



**PROTOKOLL DES ORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGS DER SPD**
BERLIN, 10.–12. DEZEMBER 2015

IMPRESSUM

Herausgeber SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Zusammenstellung Pia Dahmen
Layout und Satz werbeproduktion bucher

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnung	9
Geschäftsordnung	11
<i>DONNERSTAG, 10. DEZEMBER 2015, BEGINN: 11.16 UHR</i>	13
Eröffnung und Begrüßung der Gäste	13
Konstituierung	18
Totenehrung	20
Rede zum Gedenken an Helmut Schmidt, Egon Bahr und Günter Grass	21
Hinweis auf den Wilhelm-Dröschner-Preis	25
Bericht der Antragskommission	27
Einführung in den Antragsbereich: Für eine gerechte und friedliche Welt	31
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission	42
Antragsberatung: Für eine gerechte und friedliche Welt	43
Einführung in den Antragsbereich: Für eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik	74
Grußwort Wilhelm Schmidt, Präsident der Arbeiterwohlfahrt	75
Ehrung Steffi Barthold	79
Einführung in den Initiativantrag Flüchtlinge und Integration	81
Antragsberatung: Für eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik	91
Grußwort Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes	136
Grußwort Bohuslav Sobotka, Ministerpräsident von Tschechien	142
Beratung Initiativantrag: Nationale Bildungsallianz	145
Beratung Initiativantrag: Bezahlbarer Wohnraum für alle als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen	147
Einführung in den Antragsbereich: Familie stärken	151

Antragsberatung: Familie stärken	160
Beratung des Antrags: Mehr Zeitautonomie für junge Menschen schaffen - Engagement ermöglichen!	172
Rechenschaftsbericht der Generalsekretärin Yasmin Fahimi	178
Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters Dietmar Nietan	182
Bericht der Kontrollkommission	184
<i>FREITAG, 11. DEZEMBER 2015, BEGINN 9:10 UHR</i>	187
Bericht des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion	188
Erläuterung der Abstimmungsgeräte	195
Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel	200
Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden und zum Antrag „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“	231
Wahl des Parteivorsitzenden	276
Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die stellvertretenden Vorsitzenden	280
Ergebnis der Wahl des Parteivorsitzenden	291
Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden	293
Wahl der Generalsekretärin	295
Wahl des Schatzmeisters	302
Ergebnisse der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden	306
Wahl des Beauftragten für die Europäische Union	308
Ergebnisse der Wahlen zur Generalsekretärin und zum Schatzmeister	311
Wahl der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand	312
Ergebnis der Wahl des Beauftragten für die Europäische Union	314
Antragsberatung: Wir schreiben Deutschlands Zukunft	315
Antragsberatung: Zukunft der Arbeit	318

Grußwort Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall	324
Fortsetzung der Antragsberatung: Zukunft der Arbeit	328
Ergebnis des 1. Wahlgangs der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand	344
Antragsberatung: Demokratie stärken	349
2. Wahlgang zur Wahl der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand	357
Antragsberatung: DigitalLeben	358
Wahl zum Vorsitz der Bundesschiedskommission	363
Fortsetzung Antragsberatung: DigitalLeben	364
Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission	367
Fortsetzung der Antragsberatung: DigitalLeben	368
Ergebnisse des 2. Wahlgang zur Wahl der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand und Vorsitz der Bundesschiedskommission	371
Wahl der weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission	373
Fortsetzung Antragsberatung: DigitalLeben sowie der Anträge aus dem Bereich Medien-, Kultur- und Digitalpolitik	374
Wahl der Kontrollkommission	378
Antragsberatung der organisationspolitischen Anträge	379
<i>SAMSTAG, 12. DEZEMBER 2015, BEGINN: 8:39 UHR</i>	388
Antragsberatung: Chancen und Risiken des transatlantischen Freihandels	388
Ergebnisse der Wahlen zur Bundesschiedskommission	431
Panel zur Zukunft Europas mit europäischen Gästen	432
Einführung in den Antrag: Neue Impulse für Europa	434
Grußwort von Manuel Valls	442
Grußwort Federica Mogherini	447
Grußwort Stefan Löfven	451

Grußwort Werner Faymann	454
Grußwort Selmin Çaliskan	457
Grußwort Erhard Eppler	462
Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE	464
Panel zur Zukunft Europas mit europäischen Gästen	465
Antragsberatung: Neue Impulse für Europa und weitere Anträge zu Europa	474
Verabschiedung Yasmin Fahimi und weiterer Vorstandsmitglieder	476
Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises	479
Schlusswort des Parteivorsitzenden	485

ANHANG

	489
Finanzbericht	490
Bericht der Generalsekretärin	514
Bericht über den Stand der Betriebsorganisation	570
Gleichstellungsbericht	572
Fortschrittsbericht zur interkulturellen Öffnung der SPD	610
Bericht des Kommunalbeirates des SPD-Parteivorstandes	614
Delegierte	617
Delegierte mit beratender Stimme	625
Internationale Gäste	626
Rednerinnen und Redner	631

SPD-BUNDESPARTEITAG IN BERLIN, 10. BIS 12. DEZEMBER 2015 – TAGESORDNUNG

DONNERSTAG, 10. DEZEMBER

- 11.00 Uhr Konstituierung und Eröffnung
- Wahl des Tagungspräsidiums
 Beschluss der Tagesordnung
 Beschluss der Geschäftsordnung
 Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 11.30 Uhr Grußworte
- Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- Antragsberatung: Für eine gerechte und friedliche Welt
 Antragsberatung: Für eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik
 Antragsberatung: Familie stärken
 Antragsberatung: Demokratie stärken
- Rechenschaftsberichte
 Weitere Antragsberatung
- Ca. 20.00 Uhr Unterbrechung des Parteitages

FREITAG, 11. DEZEMBER

- 9.00 Uhr Beginn
- Bericht Fraktionsvorsitzender
- Rede des Parteivorsitzenden
- Wahl Parteivorsitzende/r
 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 Wahl Generalsekretär/in
 Wahl Schatzmeister/in
 Wahl des/der Beauftragten für die Europäische Union
 Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand
 Wahl der Bundesschiedskommission
 Wahl der Kontrollkommission
- Antragsberatung: Wir schreiben Deutschlands Zukunft
 Antragsberatung: Zukunft der Arbeit
 Antragsberatung: #DigitalLeben

Antragsberatung: Beteiligungspartei.SPD
Antragsberatung: Satzungsändernde Anträge
Weitere Antragsberatung

Ca. 22.00 Uhr Unterbrechung des Parteitages / Parteiabend

SAMSTAG, 12. DEZEMBER

10.00 Uhr Beginn

Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE

Antragsberatung: Neue Impulse für Europa

Panel zur Zukunft Europas mit europäischen Gästen

Antragsberatung: Chancen und Risiken des transatlantischen Freihandels
Weitere Antragsberatung

Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises

Abschlussrede der/des Parteivorsitzende(n)

Ca. 14.00 Uhr

SPD-BUNDESPARTEITAG IN BERLIN, 10. BIS 12. DEZEMBER 2015 – GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 18 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Wahlen zum Parteivorstand, der Bundesschiedskommission, der Kontrollkommission und der Delegierten zum Kongress der SPE werden mit einem elektronischen Wahlsystem durchgeführt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.
14. Die Schatzmeisterei erstellt einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK), welcher durch den Parteitag beschlossen wird.

DONNERSTAG, 10. DEZEMBER 2015, BEGINN: 11.16 UHR

Tagungsort: CityCube, Messe Berlin

ERÖFFNUNG UND BEGRÜßUNG DER GÄSTE

Aydan Özoğuz, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Gäste, ich begrüße euch alle ganz herzlich zum ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ganz herzlich willkommen hier bei uns in Berlin!

(BEIFALL)

Heute ist der 10. Dezember. Vor genau 67 Jahren, 1948, verabschiedeten die Vereinten Nationen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Die Weltgemeinschaft hat sich damals auf Werte und Rechte verständigt, die jedem Menschen zustehen sollten. Dieses Versprechen konnte in all den Jahren - wie wir wissen - nicht immer eingehalten werden. Wir leben in einer Zeit, in der viele Kriege und Krisen die Welt auch erschüttern. Es ist eine Zeit, in der die Folgen dieser Krisen auch bei uns und in unserem Land sichtbar und spürbar werden. Ihr habt es sicher gelesen: Der einmillionste Flüchtling ist gerade registriert worden - über eine Million Menschen, die Schutz vor Krieg, vor Verfolgung und auch vor Armut in unserem Land suchen. Nicht alle werden bei uns bleiben können. Aber, Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen mit unseren Grundwerten für Freiheit, für Gerechtigkeit und für Solidarität ein.

(BEIFALL)

Wir sind die älteste Partei Deutschlands. Geschichte, Tradition und Vermächtnis sind für uns wichtig. Wenn wir uns das Gezänk bei den Unionsparteien ansehen, dann ist doch klar: Es wird wieder einmal auf uns, es wird wieder einmal auf die Sozialdemokratie ankommen, Antworten auf die Herausforderungen für unser Land zu geben, und daran wollen wir alle zusammen sehr intensiv in den folgenden drei Tagen arbeiten. Noch einmal herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, 26 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, 20 Jahre nach Srebrenica stehen wir wieder vor neuen Herausforderungen. Es geht wieder um Krieg. Es geht wieder um Vertreibung, auch um Terrorismus und Extremismus. Von zwei großen Sozialdemokraten, die all dies erlebt haben und unermüdet nach Lösungen gesucht und für ihre Zeit auch gefunden haben, mussten wir uns in diesem Jahr trennen: Egon Bahr und Helmut Schmidt.

Mit Egon Bahr ist einer der stärksten Verfechter des Konzepts „Wandel durch Annäherung“ von uns gegangen. In einem Interview sagte er einmal, er sei 1956 Sozialdemokrat geworden, um - wie er es sagte - mitzuhelfen, dass der Frieden bleibt, Frieden, den er erreichen wollte, und Frieden, den er erreicht hat. Das war für ihn damals die größte politische Herausforderung. Frieden war auch für ihn keine Selbstverständlichkeit. Egon Bahr hat in jungen Jahren eine Zeit erlebt, die wir, liebe Genossinnen und Genossen, uns Gott sei Dank ja gar nicht mehr vorstellen können. Aber wir sind erneut gefordert. Wir wissen, dass wir den IS-Terror stoppen müssen. Aber wir wissen auch, dass der militärische Einsatz allein den Krieg in Syrien nicht beenden kann.

(BEIFALL)

Und hier ist Egon Bahrs Vermächtnis aktueller denn je. Wir brauchen politische Lösungen, und darum ist es gut, dass in Wien alle Staaten, die dafür gebraucht werden, an einen Tisch kommen. Wenn ich nur eine Person heute besonders hervorheben darf: Wir sind dir, lieber Frank-Walter Steinmeier, unglaublich dankbar für deinen unermüdlichen Einsatz.

(BEIFALL)

Wir sind froh, dass du einer von uns bist.

(BEIFALL)

Orientierung gab uns auch immer Helmut Schmidt, unabhängig davon, wie man zu ihm stand. Vor vier Jahren - viele werden sich daran erinnern - hielt er hier auf dem Parteitag in Berlin eine sehr bewegende Rede über Europa, in der er uns - wie ich finde - sehr bemerkenswerte Gedanken mitgab. Er habe gerade im Alter gelernt, in langen Zeiträumen zu denken, und er schloss mit den Sätzen:

„Wenn heute der größte Teil Europas sich der Menschenrechte und des Friedens erfreut, dann hatten wir uns das weder 1918 noch 1933 noch 1945 vorstellen können. Lasst uns deshalb hart dafür arbeiten und kämpfen, dass die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche standfest und selbstbewusst hervorgeht.“

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass diese Schwäche längst nicht überwunden ist und dass die EU heute vielleicht vor ihrer bisher größten Herausforderung steht. Lasst uns gemeinsam alles dafür tun, dass Europa gestärkt und als klares Bündnis für Frieden und Freiheit diese Prüfung besteht. Wir werden am Samstag ja auch einen ganzen Tag ein europapolitisches Panel haben, um an dieser Sache sehr ernsthaft zu arbeiten. Genossinnen und Genossen, das ist die Herausforderung unserer Zeit.

(BEIFALL)

Es war wahrscheinlich für uns alle schlimm zu sehen, dass in Frankreich, einem Gründungsland der EU, die Rechtsextremen jetzt die stärkste Kraft bei den Regionalwahlen geworden sind. Das muss ein Weckruf für alle Demokratinnen und Demokraten in Europa sein, sich geschlossen und auch entschlossen gegen Fremdenhass, gegen Radikalismus zu stellen. Unsere Zukunft liegt in Europa an der Seite unserer französischen und britischen Freunde, aber auch neben unseren polnischen und tschechischen Freunden. Auch wenn es manchmal in diesen Tagen nicht immer leichtfällt, aber Zusammenhalt und Solidarität sind jetzt wichtiger denn je.

(BEIFALL)

Drei Tage intensiven Austauschs im Plenum - und sicher nicht nur da; wie ich uns alle kenne, wird es auch sehr viele Gespräche außerhalb des Plenums geben - liegen jetzt vor uns, und wir werden und müssen auch wichtige Debatten führen zu Themen, die die Menschen natürlich in unserem Land bewegen. Ihr wisst es: Es sind auch Fragen zur Flüchtlingspolitik, die ja nachdenklich machen, die zum diskutieren und helfen anregen.

Der Leitspruch der Sozialdemokratie „ein besseres Land kommt nicht von allein“ ist aktueller denn je. Wir wollen die Schutzsuchenden gut aufnehmen, gut unterbringen und, wenn sie bleiben, auch gut integrieren. Das ist unsere sozialdemokratische Haltung, und das ist nicht verhandelbar. Mit uns gibt es keinen Rabatt bei den Menschenrechten.

(BEIFALL)

Aber liebe Genossinnen und Genossen, zur Vollständigkeit des Bildes gehört natürlich noch eines dazu: Es gibt auch einen schlechtgelaunten Teil Deutschlands. Es gibt offene Menschenfeindlichkeit, Attacken und Einschüchterungen gegen Ehrenamtliche und Politiker, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Das nimmt in erschreckendem Ausmaß zu. Wir haben in diesem Jahr schon über 800 Anschläge auf Asylbewerberunterbringungen verzeichnen müssen. Und auch deshalb freue ich mich, dass unser Verfassungsgericht nun endlich das Verbotverfahren gegen die NPD eröffnet hat.

(BEIFALL)

Ich finde, wir dürfen auch ein Dankeschön an unsere Länderinnenminister und Senatoren an dieser Stelle einmal aussprechen; denn es ist ja auch ihrem Durchhaltevermögen zu verdanken, dass es dazu nun gekommen ist. Also herzlichen Dank, dass wir so weit sind.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, um gute Politik zu machen und all das umzusetzen, was wir sicherlich in diesen Tagen beschließen werden, braucht die SPD ja auch Verbündete. Wie ihr wisst, sind das ja meist die Gewerkschaften voran. Einige habe ich schon gesehen, aber nicht alle. Vielleicht können Sie sich einfach noch einmal zeigen. Ich weiß, dass Reiner Hoffmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund heute Nachmittag zu uns sprechen wird. Ist er da? - Er ist wahrscheinlich noch nicht da. Für die IG BAU ist Robert Feiger da, für die Eisenbahner Alexander Kirchner und für die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Michaela Rosenberger. Seid uns alle herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Morgen werden auch Frank Bsirske, der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann und Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, bei uns sein. Und wenn ihr mir diese eine Bemerkung erlaubt, liebe Genossinnen und Genossen: Immer wenn wir uns mit den Gewerkschaften einig waren, hat es ja auch Fortschritt für unser Land gegeben. Immerhin ist dies der erste ordentliche Parteitag, bei dem wir einen gesetzlichen Mindestlohn haben, und den werden wir nicht aufweichen lassen zugunsten irgendeines Niedriglohnssektors für Flüchtlinge.

(Beifall)

Wir freuen uns natürlich auch, dass wir zahlreiche Vertreter der Wirtschaft auf unserem Parteitag begrüßen können. Auch sie sind starke Verbündete. Bei uns zu Gast sind heute Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, und Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland. Herzlich willkommen auch Ihnen!

(BEIFALL)

Das Herzstück unserer Gesellschaft und unserer Demokratie, die Grundlagen unseres menschlichen Miteinanders, sind natürlich die Ehrenamtlichen, die zivilgesellschaftlichen Vereine, die sozialen Wohlfahrtsverbände; zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter sind heute hier. Herzlich willkommen Wilhelm Schmidt für die AWO,

(BEIFALL)

Knut Fleckenstein für den Arbeiter-Samariter-Bund,

(BEIFALL)

Kurt Bodewig für die Deutsche Verkehrswacht, André Wüstner für den Bundeswehrverband, Anja Nordmann für den Deutschen Frauenrat, Bärbel Dieckmann für die Welthungerhilfe, Heinz Hilgers für den Deutschen Kinderschutzbund! Lasst uns gemeinsam für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft kämpfen! Auch euch herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Ganz besonders begrüße ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf unserem Parteitag. Ich habe Prälat Jüsten schon erblickt an der Seite. Oberkirchenrat Joachim Ochel wird für die evangelische Kirche da sein. Stefan Vesper wird da sein für die katholische Kirche. Ein herzliches Willkommen natürlich auch den jüdischen und muslimischen Gemeinschaften, Walter Homolka und Aiman Mazyek; auch sie begrüße ich hier ganz herzlich.

(BEIFALL)

Als Vertreter der orthodoxen Bischofskonferenz begrüße ich ebenfalls herzlich Emmanuel Sfiatkos und für die orientalischen Christen in Deutschland stellvertretend Mike Malke. Herzlich willkommen auch euch und Ihnen!

(BEIFALL)

Denn wir wissen, wie wichtig das Miteinander ist, auch zwischen unterschiedlichen Religionen sowie zwischen denen, die religiös sind, und denen, die es nicht sind.

Ich begrüße natürlich auch die mehr als 200 internationalen Gäste, die zu unserem Parteitag gekommen sind. Im Namen der Sozialdemokratie möchte ich alle Vertreterinnen und Vertreter der sozialdemokratischen Schwesterparteien und natürlich auch alle Exzellenzen und alle des Diplomatischen Korps hier aufs Herzlichste willkommen heißen.

(BEIFALL)

Nun erlaubt ihr mir, noch einige ganz wenige Namen zu nennen. Sie stehen natürlich stellvertretend für alle anderen, die ich nicht erwähne. Einer ist noch nicht da; trotzdem möchte ich ihn gleich zu Beginn unseres Parteitags einmal genannt haben. Er hat gestern seinen 89. Geburtstag gefeiert und wird morgen kommen: Erhard Eppler, ich freue mich sehr auf ihn, und ihr wahrscheinlich auch.

(BEIFALL)

Aber heute schon dabei sind Kurt Beck, Gesine Schwan - hier vorne -, Matthias Platzeck, Wolfgang Thierse, Manfred Stolpe und viele andere.

Nicht zu vergessen: Otto Schily; ich schaue ihn gerade an. Also herzlich willkommen, lieber Otto Schily!

(BEIFALL)

Einen möchte ich ganz ausdrücklich nennen; er ist nicht nur bei uns, sondern wird heute auch zu uns sprechen. Es ist, glaube ich, für uns alle eine wirklich große Freude: Herzlich willkommen, lieber Gerhard Schröder! Ich freue mich, dass du da bist.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, dann gibt es noch eine gute Tradition, die ich hier fortführen darf. Ich habe ja von Traditionen gesprochen. Es gibt auch Delegierte, die ihren Geburtstag mit uns allen feiern auf so einem Parteitag. Ich weiß jetzt nicht, wo diejenigen sitzen, aber Norbert Dumler aus Ansbach in Bayern feiert heute seinen 63. Geburtstag mit uns. Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Und Edda Goede aus Wolfsburg in Niedersachsen feiert heute ihren 75. Geburtstag mit uns.

(BEIFALL)

Ich möchte auch noch einen Dank aussprechen. Denn es ist ja keine Selbstverständlichkeit, dass wir hier in der Messe sind, das alles in Beschlag nehmen und hier tagen dürfen. Ich habe gehört, dass das alles reibungslos abgelaufen ist. Ich möchte Dr. Christian Göke, den Geschäftsführer der Messe Berlin, also den Hausherrn, wenn man so will, unseres Tagungsortes, nennen. Und ich möchte auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses ganz herzlich danken für die hervorragende Vorbereitung. Das war viel Arbeit.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, gleich geht es los. Wir werden jetzt diskutieren über Zukunft der Arbeit, moderne Familienpolitik, Inklusionspolitik, ländliche Räume. Wir werden als erste Partei ein digitales Grundsatzprogramm verabschieden. Ich freue mich sehr auf gute und konstruktive Debatten. Ich denke, wir werden geschlossen und entschlossen handeln, nachdem wir aber ordentlich gestritten haben. Das gehört zu unserer Partei dazu; wenn das nicht mehr stattfindet, dann wäre irgendwas mit der Sozialdemokratischen Partei nicht in Ordnung. Wir müssen streiten und bekommen dann gute Pakete. Damit beginnen wir jetzt gleich.

Ich begrüße euch noch einmal. Der Parteitag ist hiermit eröffnet.

(BEIFALL)

KONSTITUIERUNG

Jetzt kommt vermutlich die leichteste Wahl des Tages, schon mal zum Einüben - auch nicht elektronisch. Für das Tagungspräsidium schlägt der Parteivorstand folgende Personen vor: Doris Ahnen, Niels Annen, Michael Groschek, Anke Rehlinger und Manuela Schwesig. Hierzu liegt die Tischvorlage 1 aus. Jetzt bitte ich euch um eure Zustimmung zu diesem Vorschlag. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Ich sehe keinen. Enthaltungen? - Ich glaube, es ist einstimmig beschlossen worden. Ich freue mich; das ist ein guter Anfang. Vielen Dank.

Ich übergebe hiermit das Wort an Manuela Schwesig.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Aydan! Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, für euer Vertrauen. Wir vom Tagungspräsidium begrüßen euch natürlich auch noch mal ganz herzlich. Auch herzliche Grüße an alle Gäste. Wir freuen uns, diese drei Tage mit euch hier verbringen zu dürfen. Wir haben ein Hammerprogramm. Wir sind die einzige Partei, die die Doppelaufgabe annimmt und auch bewältigen kann, sich um aktuelle Themen wie Flüchtlingspolitik und Außenpolitik zu kümmern, ohne dabei viele Alltagsthemen der Menschen wie Arbeit und Familie zu vergessen.

So sieht auch unser Programm aus. Deshalb möchte ich euch schon darauf vorbereiten, dass wir jetzt drei Tage sehr intensiv über Deutschlands Zukunft beraten werden. Wir haben uns dazu auch einen Plan gemacht. Alleine für heute sehen wir vor, bis 21.30 Uhr zu beraten. Morgen legen wir noch mal eine Schippe drauf, und zwar bis 22 Uhr, und am Freitag bis 14 Uhr. Ich sage euch das deshalb so konkret, damit ihr alle darauf vorbereitet seid und wisst: Wir müssen jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Plan auch aufgeht: Zeit für gute Diskussionen, aber auch straff durch das Programm zu kommen.

Wer Lust hat - ich weiß, davon sind viele unter uns - kann vom Parteitag über den Hashtag „spd.bpt“ twittern. Es wäre toll, wenn viele mitmachen.

Ich darf auch neben den Ehrengästen, die schon eben begrüßt worden sind, noch einmal für die europäischen Sozialdemokraten, die insbesondere am Samstag sehr gut vertreten sind auf unserem Parteitag - die internationalen Gäste -, den Vorsitzenden der Europäischen Sozialdemokraten begrüßen. Herzlich willkommen, Sergei Stanischew. Schön, dass du da bist!

(BEIFALL)

So, wir wollen auch gleich loslegen. Wir fangen mit der Beschlussfassung über die Tagesordnung an. Den Vorschlag für die Tagesordnung findet ihr auf euren Plätzen. Wir schlagen euch in Abstimmung mit der Antragskommission vor, den Antragsschluss für Initiativanträge, die die Themen des heutigen Tages betreffen, auf 14 Uhr zu legen. Für initiative Wahlvorschläge und alle weiteren Initiativanträge schlagen wir euch heute 18 Uhr vor.

Ich bitte um Zustimmung zur Tagesordnung. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Dann haben wir das einstimmig beschlossen.

Dann würde ich gerne zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung kommen. Auch der Vorschlag für die Geschäftsordnung liegt auf euren Plätzen. Ich bitte um Zustimmung zur Geschäftsordnung. - Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Dann haben wir auch die Geschäftsordnung so beschlossen, und wir haben damit soeben beschlossen, dass wir eine fünfminütige Redezeit haben. Ich habe es ja schon angesprochen. Es wäre toll, wenn wir das gemeinsam auch gut hinbekommen.

Dann würde ich gerne zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission kommen. Der Vorschlag für die Besetzung der Kommission liegt auf euren Plätzen. Wir haben eine Veränderung. Bedauerlicherweise ist Sören Mandel erkrankt. Dafür bewirbt sich Veronika Peters für den Bezirk Weser-Ems. Gute Besserung an Sören Mandel. Danke an Veronika Peters, dass sie einspringt.

Wer mit dem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir auch das gut beschlossen.

Ich bitte die gerade gewählten Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission direkt zur Sitzung zum Ausgang, von euren Plätzen aus gesehen links von der Bühne, zum Wortmeldetisch zu gehen. Dort werdet ihr von Caroline Winkler in Empfang genommen und in eure Sitzung geleitet. Herzlichen Dank, dass ihr das hier für uns managt, und viel Erfolg.

(BEIFALL)

Ich möchte euch einen weiteren Hinweis geben. Wir werden auf diesem Parteitag erstmals Tablets zur Abstimmung über Wahlen einsetzen. Die Wahlen finden morgen erst statt, sodass wir auch die Abstimmungsgeräte morgen erst ausgeben. Aber eine wichtige Information gleich zu Beginn: Ihr habt alle bei der Akkreditierung einen roten Umschlag erhalten. Der ist sehr wichtig. Hier ist der Code für das elektronische Abstimmungsverfahren drin. Diesen Code brauch ihr morgen. Ansonsten könnt ihr an den wichtigen Wahlen nicht teilnehmen. Deshalb: Steckt ihn einfach zu euren Unterlagen und bringt ihn vor allem morgen mit.

Gut, liebe Genossinnen und Genossen, damit haben wir den technischen Teil erledigt.

TOTENEHRUNG

Aydan Özoğuz, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! In den letzten zwei Jahren haben wir viele Menschen aus unseren Reihen verloren. Ihre Arbeit und ihr Engagement bleiben unvergessen. Ich darf euch bitten, euch zu erheben. Das habt ihr auch schon getan.

(DIE ANWESENENDEN ERHEBEN SICH ZU EHREN DER TOTEN VON IHREN PLÄTZEN)

Wir trauern um: Claus Arndt, Egon Bahr, Klaus Bölling, Gert Börnsen, Iring Fetscher, Rainer Fornahl, Fritz Gerstl, Horst Gobrecht, Günter Herterich, Reinhard Höppner, Antje Huber, Peter Kauffold, Karl-Hans Kern, Hans Kremendahl, Uwe Küster, Alfons Lauer, Hans Lemp, Hans Mommsen, Kurt Nemitz, Paul Neumann, Brunhilde Peter, Karlheinz Pfaff, Willi Reiland, Walter Romberg, Adolf Schmidt, Helmut Schmidt, Knut-Alexander Schumann, Erika Simm, Hans-Joachim Stief, Fritz Tepperwien, Helga Timm, Kurt Vogel-sang, Hermann Weber.

Ich bitte euch um eine Gedenkminute.

(SCHWEIGEMINUTE)

Genossinnen und Genossen, ihr habt euch zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich danke euch.

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Liebe Aydan, herzlichen Dank dafür, dass du unseren Parteitag eröffnet hast. Wir wollen dich für eine kurze Zeit verabschieden. Heute gibt es eine wichtige Tagung im Kanzleramt zur Flüchtlingspolitik mit vielen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern. Da ist es uns natürlich ganz besonders wichtig, dass wir dort gut vertreten sind. Dafür verabschieden wir dich gerne und freuen uns, wenn du nachher wieder bei uns bist.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, während unserer Schweigeminute haben wir gemeinsam unserer Toten gedacht. An drei besondere Menschen wollen wir nun gemeinsam mit euch gesondert erinnern. Menschen, die unsere Geschichte mitgeschrieben haben und die durch ihr Wirken einen Beitrag dazu geleistet haben, unsere Demokratie zu gestalten. Dies macht heute einer, der ebenfalls mit uns gemeinsam, mit uns allen Geschichte geschrieben hat. Wir freuen uns sehr, dich, lieber Gerhard Schröder, begrüßen zu dürfen. Du hast das Wort.

(BEIFALL)

REDE ZUM GEDENKEN AN HELMUT SCHMIDT, EGON BAHR UND GÜNTER GRASS

Gerhard Schröder, Alt-Bundeskanzler: Lieber Sigmar! Liebe Genossinnen und Genossen! Jede und jeder einzelne der Verstorbenen verdient es, hier gewürdigt zu werden. Sie alle haben sich für unsere gemeinsame Sache starkgemacht. Sie haben unserer Partei ihren Dienst erwiesen. Dafür sind wir ihnen allen sehr, sehr dankbar. Und dennoch sei es erlaubt, hier und heute, dreier großer Sozialdemokraten besonders zu gedenken: Egon Bahr, Günter Grass und Helmut Schmidt. Als Sigmar Gabriel mich bat, diese Würdigung vorzunehmen, habe ich gerne zugesagt; denn als ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist es für mich eine große, eine besondere Ehre, diese drei großen Vertreter unserer Partei würdigen zu dürfen. Ich kannte sie mehr als 40 Jahre.

Zunächst habe ich sie als Jungsozialist politisch begleitet - nicht immer ohne Kritik. Später haben sie mich politisch begleitet - auch nicht immer ohne Kritik. Darüber, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein freundschaftliches Verhältnis entstanden, und manch gutes Gespräch in Berlin, in Hamburg, in Lübeck oder in Behlendorf ist mir in bester Erinnerung.

Liebe Genossinnen und Genossen, Günter Grass verstarb im April; er wurde 87 Jahre alt. Egon Bahr verstarb im August; er wurde 93 Jahre alt. Helmut Schmidt verstarb im November; er wurde 96 Jahre alt.

Alle drei haben den größten Teil ihrer Lebenszeit im vergangenen Jahrhundert verbracht. Sie repräsentierten auf ihre jeweils ganz, ganz eigene Art unser Land, ein Land, das aus Widersprüchen und Brüchen hervorgegangen ist, ein Land, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch für Verfolgung und Vertreibung, für Krieg - ja: auch für Vernichtung - stand. Die drei haben das erlebt. Sie sind als junge Männer in den Krieg gezogen, und sie haben in den Abgrund geblickt. Am Ende waren sie geschlagen, aller Illusionen beraubt, aber auch entschlossen.

„Nie wieder Krieg“ wurde zu ihrer Maxime. Aus dieser Erfahrung sollte und musste etwas Neues entstehen, und so kämpften sie für ein friedliches, für ein freies, für ein soziales und gerechtes Deutschland. Sie haben ein Land mit aufgebaut und eine Demokratie mitgeformt, auf die sie stolz sein konnten und auf die wir stolz sein dürfen. Es ist unser Land.

Liebe Genossinnen und Genossen, Günter Grass wurde erst spät Mitglied unserer Partei und blieb es formal kaum mehr als ein Jahrzehnt. Und trotzdem: Er war immer einer von uns - im Geist, aber eben auch in der Tat. Diese Haltung führte ihn zur deutschen Sozialdemokratie, zu Willy Brandt, den er schätzte und verehrte und für den er kämpfte - mit Hingabe und Leidenschaft, so, wie viele in unserer Partei.

Doch Günter Grass hat nicht nur für Willy Brandt geschrieben und getrommelt, sondern auch für andere, die seine Hilfe brauchten - auch für mich. Er war immer zur Stelle und brachte viele seines Standes mit. Auch und vor allem Günter Grass haben wir es zu verdanken, dass sich zwischen Kunst und Kultur auf der einen und der deutschen Sozialdemokratie auf der anderen Seite ein enges Vertrauensverhältnis entwickelte.

Es war unmittelbar nach dem Ende des Krieges, als Grass zusammen mit der „Gruppe 47“ an die Spitze der Gesellschaftskritik rückte. Grassens moralischer und politischer Anspruch an die Literatur war groß, und er

löste ihn 1959 mit der „Blechtrommel“ brillant ein, einem gewaltigen Roman, der die deutsche Gesellschaft in Aufruhr versetzte.

Meine Generation hat das sehr bewusst wahrgenommen; denn Wegsehen war für viele - wenn nicht für die meisten - damals Teil des Alltags. Die konsequente Verdrängung der Vergangenheit war ein erstaunliches, aber eben auch politisch gewolltes Phänomen. Mit lautem Trommelschlag hielt Günter Grass einem kulturell und moralisch ausgedörrten Land seinen Spiegel vor. Zurecht hat er dafür 1999 den Literaturnobelpreis erhalten. Ich war damals sehr stolz auf ihn, und ich war glücklich für uns alle; denn er war für die Welt der Vertreter eines neuen, eines wirklich besseren Deutschlands.

Auch angetrieben durch ihn und seinesgleichen haben wir mit Rot-Grün an die Maxime von Willy Brand, „Mehr Demokratie wagen“, anknüpfen können und unser Land erneuert: eine moderne Integrationspolitik, eine neue Familienpolitik, die Gleichstellung von Schwulen und Lesben, die Energiewende, die Förderung der Künste, der Bildung und der Kultur.

Dieses Durchlüften einer erstarrten Gesellschaft hat Günter Grass gefallen. Darauf war er stolz, und er war stolz auf unser Nein zum Irakkrieg.

(BEIFALL)

In dem politisch zähen Kampf gegen diesen irrsinnigen Krieg, der so viele Opfer gekostet hat, hat er mich von Anfang an unterstützt - mit Worten, aber eben auch mit Taten. Günter Grass forderte nicht nur von sich, sondern von allen, die Kultur schaffen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Nach seinen eigenen Verfehlungen und Verstrickungen im Nazideutschland hat er für die Demokratisierung der Republik gestritten und Großes dafür geleistet. Seine Stimme wird fehlen.

Günter Grass war ein guter Deutscher und ein großer Sozialdemokrat im Herzen und im Geiste.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wie Günter Grass, so entstammte auch Egon Bahr einer Generation der um 1920 Geborenen, die nach den jugendlichen Irrungen in der Nazizeit das zerstörte Land nach 1945 wieder aufbauen mussten. In Etappen, sagte Egon, bildete sich sein politisches Bewusstsein heraus, seine Haltung, sein Lebensantrieb - auf dass Nationalsozialismus und Krieg niemals wieder eine Chance hätten.

Diese Haltung führte ihn zur Sozialdemokratie. Die SPD Kurt Schumachers zog ihn an. Später wurde er - wir wissen es - der engste Weggefährte von Willy Brandt.

Wandel durch Annäherung, Ostpolitik, Entspannungspolitik: Der eine drängte, der andere konzipierte. Zusammen setzten sie den großen Plan gegen erhebliche Widerstände um. Dabei riskierten sie viel, aber am Ende brachten sie die Völker Europas dem Frieden näher. Ohne ihren mutigen Einsatz hätten Ost und West kaum wieder zusammengefunden.

(BEIFALL)

Der Ausgangspunkt im Denken von Egon Bahr hat mir immer imponiert. Da waren nicht nur der Pragmatismus und der Vorrang der Realpolitik, für den er stand, sondern da war vor allem die Fähigkeit, sich in die Denkweise des anderen hineinzuversetzen - auch dann, wenn dessen Haltung und Taten nicht den eigenen Maßstäben entsprachen. Von ihm konnte man lernen, dass man sich nicht davon abbringen lassen darf, das zu tun, was richtig und notwendig ist, und vor allem, dass Konflikte, so verfahren und starr sie auch sein mögen, durch kluge Politik lösbar sind.

Mit diesem Denken hat Egon Bahr die deutsche und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik wesentlich mitgestaltet. Sein Vermächtnis ist eine Verpflichtung für alle, die heute politisch Verantwortung tragen, durch eine Politik der Zusammenarbeit, der Vertrauensbildung und der Entspannung für Frieden, Stabilität und Sicherheit zu sorgen.

Wenn wir auf die besorgniserregenden Konflikte in und um Europa blicken, sollten wir uns an ihn erinnern und sollten wir Frank-Walter Steinmeier mit aller Kraft unterstützen, in der Tradition dieser Politik zu handeln.

(BEIFALL)

Der Denker und Stratege Egon Bahr war ein Glücksfall für die deutsche Sozialdemokratie, aber eben auch für unser Land und für unseren Kontinent.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Dritte aus dieser Generation, um den wir trauern, ist Helmut Schmidt. Er war ein wahrlich großer Kanzler, der Deutschland in der Welt zu einem geachteten, verlässlichen Partner gemacht hat. Helmut Schmidt hat unsere Partei zu zwei großen Wahlsiegen geführt: 1976 und 1980. Er hat sie als eine Partei der wirtschaftlichen Kompetenz in der Mitte der Gesellschaft verankert. Das war eine Grundlage für unseren Erfolg. Das ist das, was Sigmar Gabriel jetzt versucht und wofür er jede Unterstützung braucht.

(BEIFALL)

Auch außenpolitisch war er ein Mann der Tat - hart, wo die Umstände es verlangten, aber stets offen für den Dialog und für den Kompromiss. Nur so war für ihn ein Ausgleich unterschiedlicher Interessen möglich. Mit dieser Grundhaltung ist es ihm gelungen, Europa dem Frieden und Deutschland der Wiedervereinigung wahrlich näher zu bringen.

Helmut Schmidt hat in schwierigen Zeiten geführt. Das Wort „Führung“ benutze ich in seinem Fall im besten Sinne des Wortes. Er gab die Richtung vor, er gab uns Orientierung und vermittelte uns auf diese Weise Sicherheit. Nie hat er gezögert. Immer hat er schnell, entschlossen und vor allem verantwortungsvoll gehandelt. Stets war er sich der Tragweite seines Handelns bewusst. Am Ende war ihm klar, dass er als Kanzler allein die politischen und moralischen Konsequenzen seines Tuns zu tragen hatte. Er trug sie auch, als im deutschen Herbst vor fast 40 Jahren viele Menschen dem Terror der RAF zum Opfer fielen - eine für ihn persönlich sehr belastende Situation. Er trug sie, als er den sogenannten NATO-Doppelbeschluss durchsetzen musste und dabei auf erhebliche Widerstände stieß. Diese Position wurde von großen Teilen der Gesellschaft, aber auch von unserer Partei nicht mitgetragen. Er war aber bereit, für das Notwendige die Macht zu opfern; denn er war bereit, das Wohl des Landes über das Wohl der

Partei zu stellen - eine schwierige, eine mutige, im Ergebnis eine richtige Entscheidung, aber eben auch eine Entscheidung, die einsam macht.

Helmut Schmidt war ein großer Deutscher, ein wirklicher Europäer, ein beeindruckender Staatsmann und ein großartiger Mensch. In seinem Sinne sagen wir das ohne Pathos, aber mit Respekt, Anerkennung und aus Dankbarkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, Günter Grass, Egon Bahr, Helmut Schmidt - drei große Deutsche, in deren Lebensläufen sich die Geschichte unseres Landes konzentriert. Ihr Antrieb lautete: Ohne Frieden ist alles nichts! - Diese Maxime bestimmte ihr Handeln, und sie ist ihr Vermächtnis. Sie rufen uns in Erinnerung, wofür wir Sozialdemokraten stehen: für Frieden, für Freiheit und für Gerechtigkeit.

Wir sind dankbar dafür, was sie für unsere Partei und für unser Land geleistet haben. Wir verbeugen uns vor großen Sozialdemokraten, deren Gedanken und Ideen uns begleiten werden. Ihr Tod ruft uns in Erinnerung, was uns Sozialdemokraten im Kern zusammenhält und was uns von anderen unterscheidet. Lasst uns das nicht vergessen. Denn es gibt uns und vor allem euch die Kraft für alles, was zu tun ist. - Ich danke euch.

(ANHALTENDER BEIFALL)

<https://www.youtube.com/watch?v=1n8Jt7B-3TU&list=PL85IMmq0WVITNRTlcDpSYsXGb-6-7sOcs&index=1>

HINWEIS AUF DEN WILHELM-DRÖSCHER-PREIS

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Lieber Gerhard Schröder, herzlichen Dank für deine würdigen, nachdenklichen Worte und auch für den Mut und die Kraft, die du jedem von uns gegeben hast, die Herausforderungen dieser Zeit anzunehmen!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch auf unseren Dröschler-Preis hinweisen. Der Dröschler-Preis hat eine gute und wichtige Tradition unserer Bundesparteitage. Seit dem Bundesparteitag 1982 wird der Wilhelm-Dröschler-Preis verliehen, in diesem Jahr zum 17. Mal. Mit diesem Preis erinnern wir an Wilhelm Dröschler, der nicht nur Schatzmeister unserer Partei, sondern auch Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz war. Aber er war vor allem jemand, mit dessen Namen bis heute die besondere Zuwendung zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu jedem Einzelnen verbunden ist, besonderes zu denjenigen, die Hilfe brauchen. Ich glaube, diese Zuwendung, diese Hilfsbereitschaft, diese Mitmenschlichkeit werden heute aktueller denn je gebraucht.

Die Ausstellung um den Wilhelm-Dröschler-Preis präsentiert auch in diesem Jahr wieder einen Querschnitt besonders engagierter Initiativen und besonders kreativer Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften. Ihr als Delegierte und die Besucherinnen und Besucher des Parteitag sind deshalb aufgerufen, ein beispielhaftes Projekt für den Delegierten- und Besucherpreis auszuwählen. In den Tagungsunterlagen befinden sich entsprechende Abstimmungskarten. Diese können ab sofort im Ausstellungsbereich Wilhelm-Dröschler-Preis an der Bühne abgegeben werden. Dort steht ein roter Würfel für den Einwurf bereit.

Die Bewerberinnen und Bewerber für den Wilhelm-Dröschler-Preis haben viel Herzblut in ihre Projekte und vor allem in ihre Präsentationen hier auf dem Parteitag gesteckt. Lasst euch inspirieren! Besucht diese Projekte und würdigt sie durch euren Besuch! Dann viel Erfolg bei der Abstimmung! Es wäre toll, wenn viele von euch und Ihnen mitmachen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Bericht der Antragskommission. Ich konnte als Mitglied der Antragskommission selbst erleben, wie intensiv die Antragskommission über unsere mehr als 800 Anträge beraten hat - am Wochenende, zuletzt gestern Abend bis spät in die Nacht.

Diese vielen Anträge zeigen, dass wir eine lebendige Partei sind und dass wir uns vielen Themen widmen. In vielen Anträgen stecken auch Gedanken, die stellvertretend für unsere Nachbarn dieser drei Tage des Bundesparteitages stehen. Ich möchte euch darauf hinweisen, dass hier ganz in der Nähe über 1.000 Flüchtlinge in einer Messehalle untergebracht werden. Sie werden dort vor allem von den Maltesern versorgt und begleitet, und die Kinder bekommen eine Kinderbetreuung.

Sigmar hat die Flüchtlinge natürlich besucht. Ich war auch dort. Die SPD hat insbesondere für Kinder und Spielgeräte gespendet. Ich weiß auch, dass Sigmar in den nächsten Tagen noch eine kleine Überraschung vorhat.

Ich glaube, diese tausend Flüchtlinge, jung und alt, klein und groß, stehen stellvertretend für die vielen Menschen in ihren Herkunftsländern, in anderen Flüchtlingslagern, um die wir uns kümmern wollen, um die wir uns Gedanken machen. Das zeigen die vielen Anträge. Das zeigen auch die vielen Anträge, die darauf zielen,

dass unser Land bei dieser großen Aufgabe zusammenbleibt und nicht auseinanderdriftet.

Deshalb sagen wir: Herzlichen Dank an alle, die so fleißig Anträge gestellt und über Anträge beraten haben.
Und vor allem herzlichen Dank an Olaf Scholz und die Antragskommission für die intensive Beratung.

Lieber Olaf, du hast das Wort.

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle sind noch ganz in Gedanken bei denjenigen, die wir eben geehrt haben und an die Gerhard Schröder erinnert hat, die Großes geleistet haben für unsere Partei, aber auch für unser Land.

Deshalb ist es etwas ganz Besonderes, dass dieser Parteitag ganz im Zeichen der Fragen steht, die zum Beispiel Helmut Schmidt und Egon Bahr in ihrem Leben immer sehr bewegt haben. Sie wussten, was Krieg und Zerstörung anrichten können, was nationaler Größenwahn für Unheil anrichten kann. Sie haben dafür gesorgt, dass es eine Friedens- und Sicherheitspolitik gibt, die den Kontinent, die Welt und auch Europa zusammenhält.

Deshalb ist es gut, dass dieser Parteitag sehr viele Beratungsgegenstände hat, die sich mit der internationalen und europäischen Politik beschäftigen. Das ist ganz im Geiste derjenigen, an die wir eben erinnert haben und für die das ein großes Thema war.

Ich will ausdrücklich sagen, dass ich an Egon Bahr, Helmut Schmidt, aber auch Willy Brandt immer sehr bewundert habe, wie sehr die Außenpolitik, wie sehr die Europapolitik in ihrem politischen Denken eine Rolle gespielt hat, lange bevor sie Bundeskanzler wurden oder die Ämter innehatten, in denen wir sie kennen. Das war immer Teil ihres politischen Denkens. Deshalb stehen wir in einer ganz wichtigen und sehr bedeutenden Tradition. Dieser Parteitag füllt diese Tradition aus.

(BEIFALL)

Wir werden beraten über die Außen- und Sicherheitspolitik, über die Europapolitik, über die Frage internationaler Handelsabkommen und über die Frage, wie wir in Europa mit der großen Zahl der Flüchtlinge umgehen, die nach Europa und Deutschland streben, was in unserem Land und in Europa zu tun ist und wie wir dazu beitragen können, dass die Fluchtursachen bekämpft werden und nicht so viele Menschen aus ihren Heimatländern fliehen müssen, wie es heute der Fall ist.

Das ist, glaube ich, sehr wichtig, und es ehrt unsere Partei, dass das so ausführlich in den Beratungen der Gliederungen thematisiert worden ist und dass es dazu so viele gemeinschaftlich erarbeitete Leitansätze des Parteivorstandes gibt, mit denen sich die Antragskommission noch einmal befasst hat, um alles zusammenzubringen, was in unserer Partei zu diesen Themen diskutiert worden ist.

Ich glaube, die Lehre der letzten Tage, Wochen, Monate und Jahre ist, dass es nicht mehr möglich ist, zu denken wahrscheinlich war das schon lange nicht mehr richtig; aber zwischendurch hatten wir eine Zeit, in der das fast vergessen wurden, dass es irgendeinen Konflikt in der Welt gibt, der uns nichts angeht. Daraus können wir nicht immer die Schlussfolgerung ziehen, dass wir diese Konflikte auch lösen können. Das wäre eine falsche Reminiszenz an das 19. Jahrhundert und die schreckliche erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aber eindeutig ist, dass es eine Illusion ist, zu glauben, man sehe im Fernsehen etwas über einen Konflikt und wüsste nicht gleichzeitig, dass er nur kurze Zeit später eine Frage der europäischen und deutschen Politik werden wird. Darum geht es, und darum ist es sehr gut, dass wir diese Fragen verhandeln.

Ich will ausdrücklich sagen, dass es auch gut ist, dass wir bei dieser Gelegenheit das Thema Europa besprechen. Denn Deutschland ist das Land, das einen wichtigen Auftrag zu erfüllen hat, damit die europäische Integration tatsächlich gelingt. Wer sich ein bisschen mit Geschichte beschäftigt, der weiß, dass es in den letzten hundert Jahren in Europa auch um die Frage gegangen ist, wie man eigentlich mit diesem großen Land in der Mitte Europas umgehen will, mit Deutschland und seiner großen Bevölkerung und seiner Wirtschaftskraft. Das war auch in früheren Jahrhunderten schon ein Thema.

Nur Europa, nur die EU, nur die europäische Integration hat es uns ermöglicht, dass wir uns als Land zusammenfinden, dass wir unsere Einheit wiederfinden. Es hat uns ermöglicht, dass wir in Frieden mit unseren Nachbarn leben und sie dieses Land als einen Teil der Problemlösung, der Zukunftsentwicklung Europas begreifen und nicht als eine politische Bedrohung.

Ich will auch all denjenigen, die das europäische Projekt infrage stellen, entgegenhalten: Es ist doch ganz offensichtlich anders herum: Wir sollten nicht wieder in die Zeit des 19. Jahrhunderts zurückkehren, als der Deutsche Bismarck eine Politik „immer drei gegen zwei“ gemacht hat und immer bei den dreien war. Das ist eine Politik, die damals in Kriege und Katastrophen geführt hat. Wir müssen deshalb die europäische Integration vorantreiben. Deutschland braucht eine Bevölkerung, eine Regierung und politische Kernparteien, die dieses politische Projekt Europa auch tatkräftig unterstützen und nicht schlecht darüber reden, um zum Beispiel in Brüssel etwas herauszuholen. Sie müssen sich für den Konsens und die Integration zuständig fühlen. Darum geht es in unseren Beratungen auf diesem Parteitag.

(BEIFALL)

Wir werden uns auch mit der Frage beschäftigen, wie wir eine gute Zukunft für unser eigenes Land erreichen können. Die Themen, um die es dabei geht, sind sehr klar beschrieben: Es geht um die Frage, wie sich die Arbeit weiterentwickeln soll. Für Sozialdemokraten, aber auch für alle Deutschen ist das ein ganz zentrales Thema. Denn die Wertvorstellungen, die wir für uns selber und für unser Leben haben, sind doch sehr davon abhängig, ob es uns gelingt, durch eigene Arbeit ein unabhängiges, selbstständiges Leben zu führen. Das kann aber nur gelingen, wenn die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt so sind, dass es für die Einzelnen immer wieder gut werden kann. Dazu haben wir Fortschritte erreicht, und zwar mit dem Mindestlohn. Das ist ein großer Fortschritt für unser Land. Fast alle marktwirtschaftlichen Demokratien hatten einen Mindestlohn - nur wir nicht. Das haben wir Sozialdemokraten geändert, und das ist die Ausgangsbasis für weitere Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt.

(BEIFALL)

Wir werden noch darüber diskutieren, aber ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Ich halte nichts von der Idee, unter dem Vorwand, dass man im Zusammenhang mit der großen Zahl der Flüchtlinge etwas tun müsse, neue Ausnahmen vom Mindestlohn zu schaffen. Das ist keine richtige Perspektive.

(BEIFALL)

Man muss den Scheinheiligen auch entgegenhalten: Es nützt niemandem und zuallerletzt den Flüchtlingen, wenn man auf diese Art und Weise vorgeht. Denn das bedeutet nur, dass es gesplante Arbeitsmärkte gibt, in denen ein Teil für Löhne arbeiten muss, die es niemals ermöglichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Deshalb brauchen wir gerade jetzt, wo so viele Neue auf dem Arbeitsmarkt Erfolg haben wollen, einen Mindestlohn. Er ist die Bedingung für eine erfolgreiche Integration.

(BEIFALL)

Die Sozialdemokratische Partei Gerhard Schröder hat darauf hingewiesen; er hat an seine eigene Regierungstätigkeit erinnert und an das, was wir als Sozialdemokraten in dieser Zeit zustande gebracht haben ist immer wieder eine Partei gewesen, die die Familienpolitik vorangebracht hat, die das Zusammenleben in der Familie, mit Kindern so organisieren wollte, dass auch moderne Lebensentwürfe möglich sind.

Wir sind sehr weit vorangekommen, und wir haben erfolgreiche Politikerinnen, die das in der Vergangenheit und jetzt vorangebracht haben. Aber wir sind noch nicht da angelangt, wo wir hinwollen. Da gibt es noch viel zu tun. Deshalb ist es richtig, dass wir im Zusammenhang mit einem Leitantrag zur Familienpolitik all die Fragen der Familien- und Gleichstellungspolitik diskutieren, die jetzt neu anstehen.

Ein drittes Thema für diesen Parteitag wird die Frage der Digitalisierung unserer Gesellschaft sein und die Frage der Veränderungen, die sie mit Blick auf unser Zusammenleben, auf den technischen Fortschritt und auf die Zukunft der Demokratie bringt - ein Thema von geradezu globaler Dimension. Jeder von uns ahnt: Wenn wir dabei nicht auf der Höhe der Zeit sind, wenn wir mit romantischem Blick in die Vergangenheit versuchen, die Probleme zu lösen, die in der Zukunft auf uns zukommen, dann kommen wir nicht weiter. Wir müssen genau verstehen, was möglich ist. Das genaue Verständnis der Digitalisierung, ihrer Gefahren und ihrer Möglichkeiten ist die Voraussetzung dafür, dass die Möglichkeiten vorangebracht werden können. Wir müssen uns auskennen; wir müssen auf der Höhe der Zeit sein, und wir müssen politische Vorstellungen entwickeln, um die globale digitale Welt so zu gestalten, dass die demokratischen Ansprüche, die wir an unser zukünftiges Leben haben, dabei auch gut erfüllt werden können.

Das ist auch ein großes Thema dieses Parteitages.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist schon gesagt worden: Wir haben fast 900 Anträge, über die wir hier beraten werden. Das ist ein großes Zeichen für die Diskussionsfreude der Sozialdemokratischen Partei, für die unglaubliche Zahl der Mitglieder, die sich Gedanken über ihre Zukunft und über die Zukunft unseres Landes machen und meist weit darüber hinaus. Es ist ein Zeichen für eine lebendige Partei, und es ist ein gutes Zeichen, dass wir auf diesem Parteitag diese Gedanken immer wieder zu gemeinsamen Schlussfolgerungen zusammenführen können.

Dass das gelingt - das erlaubt mir als Vorsitzender der Antragskommission zu sagen -, ist auch den Genossinnen und Genossen zu verdanken, die ihr in diese Antragskommission schickt - eine nicht ganz kleine, aber auch nicht übermäßig große nicht verschworene Gemeinschaft, aber eine, die sehr zusammenhält und die dazu beiträgt, dass das im Vordergrund steht, was uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht immer, aber fast immer ausgezeichnet hat, nämlich dass wir konstruktiv sind und nach vorne blicken. In diesem Sinne: einen erfolgreichen Parteitag!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Olaf, ganz herzlichen Dank für diesen Bericht der Antragskommission. Ich glaube, ich darf zugleich auch im Namen der Mitglieder der Antragskommission sagen: Die gute Arbeit der Antragskommission hat auch etwas mit ihrem Vorsitzenden zu tun, der uns mit großer Umsicht durch diese vielen Anträge führt, die Dinge zu Ende diskutieren lässt und am Ende zu guten Ergebnissen führt. Herzlichen Dank an Olaf für diese wirklich aufwendige Arbeit!

(BEIFALL)

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAGSBEREICH: FÜR EINE GERECHTE UND FRIEDLICHE WELT

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, wir haben schon darauf hingewiesen: Wir sind auf diesem Parteitag von wichtigen Themen geprägt, und wir beginnen mit einem ganz besonders wichtigen Antragsbereich, nämlich dem, in dem es um eine gerechte und friedliche Welt geht, das Thema, das uns alle in diesen Tagen in besonderer Art und Weise bewegt. Ich glaube, ich darf sagen, dass wir froh sind, dass uns in diesen Zeiten Frank-Walter Steinmeier vertritt.

(BEIFALL)

Deswegen freue ich mich sehr, dass er uns nun in diesen Antragsbereich einführen wird. Lieber Frank-Walter, du hast das Wort.

(BEIFALL)

Frank-Walter Steinmeier, Bundesaußenminister: Lieber Gerd, es ist nach deiner Rede nicht ganz leicht, zur üblichen Parteitagsdramaturgie zurückzufinden. So bewegend deine Worte, so groß die Figuren, an die du erinnert hast. So groß, dass alles andere klein wirkt in unserem täglichen Bemühen. Deshalb will ich dir ausdrücklich Dank sagen dafür, dass du uns nicht nur erinnert hast an großes sozialdemokratisches Erbe, sondern auch dafür, dass du uns Maßstäbe aufgezeigt hast, an denen wir uns messen müssen. Das heißt: nicht zu bescheiden sein in unseren Zielen, nicht hadernd mit den Hindernissen, nicht jammernd über Gegenwind, sondern beharrlich und mit Ausdauer auf das Ziel hinarbeiten! Dafür standen in der Geschichte der Bundesrepublik zwei große sozialdemokratische Kanzler, von denen du einen hier gewürdigt hast. Ein dritter gehört in diese Reihe. Lieber Gerd, danke, dass du hier bist – hier gehörst du hin!

(BEIFALL)

Lieber Sigmar, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

vor sage und schreibe 60 Jahren trat Egon Bahr in die SPD ein. Und schon damals -so ist das ja auch heute, wenn einer auf die verrückte Idee kommt, in die SPD einzutreten-, haben ihn seine Freunde mit großen Augen angeguckt und gefragt: ‚Warum das denn?‘

Wisst Ihr, was Egon geantwortet hat? ‚Ich will nicht die Welt verbessern. Ich will auch nicht die Banken verstaatlichen. Ich will, dass der Friede bleibt!‘

Dass der Friede bleibt - 1956, zehn Jahre nach dem Ende der Weltkriegskatastrophe.

Diesen Sommer, liebe Freunde, wenige Wochen vor seinem Tod, saßen wir beide zum letzten Mal in meinem Büro zusammen. Und es gab das übliche Ritual: ‚Darf man bei dir rauchen?‘ – ‚Ja.‘ Dann kam der Aschenbecher. Dann fingert er die Schachtel Marlboro aus der Tasche, zieht eine Kippe raus, bietet sie an. Daraufhin ich -wie immer-: ‚Egon, du weißt, es hat Mühe gekostet. Ich bin jetzt Nichtraucher.‘ Egon: ‚Kannste ja auch bleiben. Aber nimm eine. Es redet sich dann besser.‘ Dann, liebe Freunde, bei diesem letzten Gespräch durch den Zigarettenqualm hindurch, sagt er zu mir: ‚In diesen ganzen sechs Jahrzehnten

war der Auftrag an die Sozialdemokratie, für den ich damals eingetreten bin, niemals so ernst und niemals so dringlich wie heute.“ Dass der Friede bleibt!

Und Egon hat recht: Ukraine, Russland, IS-Terror, Syrien, Irak, Libyen. So viele Menschen weltweit auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Krisen überschlagen sich geradezu, und es kommt uns doch vor, als ob die Krise nicht mehr Ausnahme, sondern der neue Normalzustand ist. Und die Krisen rücken ja nicht nur näher an uns heran, sondern sie sind längst angekommen: in unseren Turnhallen, in unseren Schulen, überall dort, wo Menschen Zuflucht suchen vor Chaos und Gewalt.

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade in so einer Zeit bin ich heilfroh, dass wir als Sozialdemokraten uns nicht wegducken. Dass nicht Abenteurer und Wolkenschieber die deutsche Außenpolitik bestimmen, sondern dass wir Regierungsverantwortung übernommen haben und dass wir das große friedenspolitische Erbe dieser Partei annehmen und fortschreiben in einer stürmischen Zeit!

(BEIFALL)

Verantwortung zu tragen in schwieriger Zeit, das ist eine Last. Aber ich frage euch: Wer könnte sie besser tragen als eine Partei, die seit 150 Jahren steht für Frieden und Gerechtigkeit in dieser Welt? Ich bin froh, liebe Freunde, und ich bin stolz darauf, dass wir in diesen Zeiten diese Last tragen!

(BEIFALL)

Ja, es sind ernste Zeiten. Zeiten, in denen es keine einfachen Antworten gibt. Zeiten, in denen gewohnte Freund-Feind-Kategorien in Zweifel geraten, vertraute Erklärungsmuster für Schuld und Verantwortung ins Wanken geraten. Die Konflikte, mit denen wir zu tun haben, sind zu komplex, die Gräben zu tief, die Grenzen zu fließend für das Schwarz und Weiß, das Gut und Böse in den ganz schlichten Antworten, nach denen viele sich sehnen. Ob Ukraine, ob Syrien, ob Irak, selten wählen wir zwischen der nur richtigen und der nur falschen Antwort. Häufiger ist die Wahl begrenzt auf Antworten, die alle von Zweifeln begleitet sind, entweder was die Wahl der Mittel angeht oder was die Wahl der Bündnispartner angeht. Das quält mich manchmal nicht weniger als euch.

Ich weiß nur eines: Die Konflikte, um die es geht, sind real! Die Gefahren, die daraus erwachsen, auch. Und die gehen nicht weg, indem wir sie als SPD ignorieren. Deshalb: Zu dem großen Erbe sozialdemokratischer Außenpolitik gehört auch, dass wir uns nicht verstecken, dass wir, nur weil die Entscheidungen schwierig sind, einfach dichtmachen und beschließen: Raushalten ist die beste Alternative. Lasst die anderen machen, und wir benoten anschließend, was richtig und was falsch war.

Liebe Genossinnen und Genossen, in einer solchen Welt Schwarz-Weiß-Antworten zu widerstehen, das braucht Erfahrung, das braucht Ideen – aber das braucht vor allem Mut!

Und ich frage euch: Wer hat diesen Mut in der deutschen Politik? Wer macht sich die Antworten nie zu einfach? Das ist nur die deutsche Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Wer hatte den Mut und die Vision vor fast 100 Jahren, als dieser Kontinent noch in den Trümmern des Ersten Weltkrieges lag, zum ersten Mal die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu fordern? Wer zog damit den Hass der Braunhemden auf sich, die Europa in den Abgrund reißen sollten?

Das waren Rudolf Breitscheid, Philipp Scheidemann und Hermann Müller. Das war deutsche Sozialdemokratie!

(BEIFALL)

Und wer hatte den Mut, später, als die Gräben des Kalten Krieges am tiefsten waren, gegen allen Widerstand eine Brücke des Dialoges in Richtung Russland zu bauen, die Brücke der Neuen Ostpolitik, die am Ende eine Brücke war zur deutschen Wiedervereinigung?

Das war Willy Brandt, das war Egon Bahr. Das war deutsche Sozialdemokratie!

(BEIFALL)

Wer hatte den Mut, als ein brutaler Terror in Deutschland um sich griff, diesem Terror zu widerstehen, damit unsere offene Gesellschaft eine offene Gesellschaft bleiben konnte?

Das war Helmut Schmidt. Das war deutsche Sozialdemokratie!

(BEIFALL)

Und wer hatte den Mut, unserem wiedervereinigten Land nach 1990 zu sagen, dass es außenpolitisch erwachsen geworden ist? Wer hat es hineingeführt in internationale Verantwortung, mit schwierigen Entscheidungen zum Balkan und zu Afghanistan? Aber wer hatte auch den Mut, Nein zu sagen zu einem verheerenden Krieg im Irak?

Das war Gerhard Schröder. Und das war deutsche Sozialdemokratie!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, schaut auf die stolzen Traditionslinien der Sozialdemokratie: Dieser Mut hat deutsche Außenpolitik geprägt, und wir brauchen ihn heute umso mehr.

Wir brauchen den Mut, lieber Martin Schulz, zu mehr Europa und nicht zu weniger Europa!

(BEIFALL)

Wir brauchen den Mut, den Rechtspopulisten etwas entgegenzusetzen, denen, die Zwietracht säen wollen in Europa! Und wir brauchen den Mut, jetzt in der Flüchtlingskrise zu sagen: Entweder Europa steht zusammen und handelt solidarisch in Zeiten der Not von Hunderttausenden - oder es werden wieder Zäune gebaut und Schlagbäume errichtet, und dann bröckelt die Vision vom vereinten Europa, für die Scheidemann im Exil geblieben und Breitscheid in Buchenwald gestorben ist!

(BEIFALL)

Wir brauchen den Mut von Willy und Egon - den Mut zu Dialog und Zusammenarbeit über politische Gräben hinweg. Diesen Mut brauchen wir heute, wo wir uns entschlossen haben, im nächsten Jahr den Vorsitz der OSZE zu übernehmen. Gerade heute, in angespannten Zeiten, halten wir fest am Weg der Diplomatie, am Weg des Dialogs! Wir halten auch fest am Weg von Minsk - auch wenn er mühsam ist - und wir werden mehr Dialog mit Russland führen und nicht weniger!

(BEIFALL)

Wir brauchen auch den Mut Helmut Schmidts und den Mut Gerhard Schröders, uns nicht einfach rauszuhalten, wenn es schwierig wird! Dazu gehört auch, zu sagen, auch für die SPD, dass man mit Selbstmordkommandos keine Friedensgespräche führen kann. Aber es braucht genauso den Mut, liebe Freunde, zu sagen, dass man die Wurzeln des Terrors nie wird ausheben können ohne politische Lösungen im Mittleren Osten.

(BEIFALL)

Wir sind es doch, die immer und immer wieder dafür streiten - auch jetzt in Syrien -, dass Politik und Diplomatie den Ton angeben und nicht die Logik der militärischen Eskalation, liebe Freunde. Das sind doch wir!

(BEIFALL)

Liebe Freunde, dies sind Zeiten, in denen sich die Welt verändert. Und solche Zeiten sind Zeiten für die Sozialdemokraten! Denn die SPD war vom ersten Tag an und sie ist bis heute: die Partei des Internationalismus in Deutschland!

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, hat Willy Brandt gesagt. Eine unfriedlich gewordene Welt ein Stück friedlicher zu machen, das ist unser historischer Auftrag. Für den ich arbeiten will, gemeinsam mit euch!

(BEIFALL)

Der 13. November, fast ein sonniger Spätsommertag, sollte eigentlich ein schöner Tag werden. Ein Tag der Dankbarkeit. Ich bin mit acht deutschen Orden im Gepäck in die französische Hauptstadt geflogen, um Bürgermeister, Polizeiführer, Leiter von Hilfsorganisationen und deren Helfer zu ehren, die nach dem Germanwings-Absturz in den französischen Seealpen im Einsatz waren und in menschlichen Grenzsituationen wirklich Unbeschreibliches geleistet haben. Da wir nicht alle 1.200 Eingeladenen mit einem Bundesverdienstkreuz ausstatten konnten, habe ich es für eine gute Idee gehalten, die Helfer einzuladen ins Stade de France, um gemeinsam mit den Angehörigen der Absturzopfer ein Freundschaftsspiel zwischen den Nationalmannschaften zu feiern.

Dann, mitten im Spiel, erst eine, dann eine zweite Detonation. Ich saß neben Präsident Hollande, und wir glaubten wie all die anderen 70.000 im Stadion: Das sind Böller, das ist Feuerwerk; das sind Fußballfans, die sich nicht benehmen können.

Nein, waren sie nicht. Aus dem Tag der deutsch-französischen Freundschaft, aus einem fröhlichen Fußballabend, wurde eine Nacht des Schreckens. Ihr alle habt es miterlebt an den Bildschirmen - fassungslos, verzweifelt, voller Entsetzen und voller Wut wie ich auch.

Das ist der eine Teil der traurigen Wahrheit, den ich erzählen will. Aber es gibt auch einen anderen Teil: Noch in derselben Nacht, mitten in dem Chaos und der Angst in Paris, haben wir Menschen erlebt, in Paris und in ganz Frankreich, die gegen die Angst, gegen die Verzweiflung und gegen die Wut trotzig die Marseillaise gesungen haben. Und wir Deutschen haben eingestimmt und mitgesungen. „Ihr seid nicht allein“, das war unsere Botschaft in dieser Nacht. Wir lassen euch nicht allein, auch jetzt nicht, drei Wochen nach dem Attentat. Solidarität, die wir versichert haben, ist nicht einfach dahingesagt. Wir wollen sie leben im eigenen Land, aber auch gegenüber den schrecklich getroffenen Nachbarn. Dazu stehen wir gemeinsam, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Mich hat noch etwas anderes beeindruckt: eine Botschaft auf Facebook; vielleicht hat sie der eine oder andere gesehen. Ein junger Ehemann und Vater hat seine Frau bei dem Attentat verloren. Im Internet schreibt er an die Mörder: „Ihr bekommt meinen Hass nicht.“ Er schaut dabei auf seinen Sohn, 17 Monate alt, und schreibt weiter: „Sein ganzes Leben wird dieser kleine Junge euch beleidigen, indem er glücklich und frei ist. Denn nein, auch seinen Hass werdet ihr nicht bekommen.“ Das sagt dieser Mann in der bittersten Stunde seines Lebens, und er hat so recht! Hass wird uns auf der Suche nach den Ursachen für Terrorismus nicht helfen, und schon gar nicht darf er unser politischer Ratgeber nach den Attentaten sein! Was wir auch nicht brauchen, ist die Suche nach Sündenböcken, die manche, auch hier in Deutschland, im Islam ganz allgemein oder bei den ankommenden Flüchtlingen suchen wollen. Um es ganz klar zu sagen: Wer so redet, wer da Sündenböcke sucht, der missbraucht eine notwendige Debatte, die wir in Deutschland brauchen. Es ist einfach schäbig, die Attentate und die Opfer dafür zu nutzen!

(BEIFALL)

Aber ich befürchte, die Bedrohung, von der wir reden, ist breiter. Der Terror des IS richtet sich gegen die offene Gesellschaft und gegen alle, die in Freiheit leben wollen - ob in Tunis oder in Beirut oder in Paris oder bei uns in Deutschland. Der Terror richtet sich gegen Christen und Atheisten, gegen Juden und Muslime. Dieser Terror ist allumfassend und fanatisch. Unsere Antwort aber – sie muss umfassend und vernünftig sein.

Und vernünftig sein, heißt zu wissen, dass keiner der aktuellen Konflikte, ob in der Ukraine, in Syrien oder in Libyen, am Ende militärisch gelöst wird; zu wissen, dass nirgendwo auf der Welt allein durch militärischen Einsatz Terrorismus jemals besiegt worden ist.

Weil wir das wissen, haben wir unsere ganze Kraft da hineingelegt, nach den Anfängen für eine politische Lösung in Syrien zu suchen, und das war schwierig genug. Ihr habt gesehen, wie viele Reisen, wie viele Gespräche notwendig waren, nach Washington, nach Moskau, aber vor allen Dingen nach Teheran und nach Riad. Jetzt ist das zustande gekommen, was sich eigentlich niemand vorstellen konnte: Dass in Wien tatsächlich alle an einem Tisch sitzen, die am Tisch sitzen müssen: Europäer, Russen, Amerikaner und alle wichtigen Akteure aus der Region: Iran, Saudi-Arabien und die Türkei.

Natürlich ist die Hoch-Spannung zwischen manchen dieser Partner nicht weg, aber es kommt darauf an, dass sich diese Spannungen am Verhandlungstisch entladen und nicht in viel schlimmeren Kurzschlüssen.

(BEIFALL)

Zum ersten Mal gibt es so etwas wie eine Road-Map hin zu einer politischen Lösung im Syrien-Krieg. Zum ersten Mal nach fünf Jahren, nach 300.000 Toten, nach 12 Millionen Menschen, die Haus und Hof verloren haben, zum ersten Mal wird der erste Schimmer einer politischen Lösung am Horizont sichtbar.

Ich selbst war lange vor dem Krieg 2006 und 2007 häufig in Syrien und habe zu überzeugen versucht, dass die Einordnung Syriens auf der Achse des Bösen falsch ist. Dass man Syrien nicht in die Arme des Mullah-Regimes im Iran treiben sollte und dass Isolation von Assad die falsche Politik ist. Niemand hat das damals hören wollen. Zu verführerisch waren die einfachen Zuschreibungen von Gut und Böse. Aber heute, nach fünf Jahren Krieg und Tausenden von Fassbomben, muss man sich dann auch noch die vorwurfsvolle Frage gefallen lassen: Warum redet denn eigentlich niemand mit Assad? Das ärgert mich!

Wir sind in vielem zu spät in Syrien. Aber es ist nicht zu spät für eine Umkehr. Im nächsten Schritt wird nicht der große Friede ausbrechen, aber vielleicht gibt es den Weg zur Entschärfung des Konflikts. Der Weg ist kompliziert. Zu unterschiedlich sind die Positionen, zu unterschiedlich die Auffassung der Beteiligten, was aus Assad werden soll. Wie kompliziert das wirklich ist, das hat mir neulich ein Angehöriger der syrischen Opposition ganz deutlich erklärt. Er hat einfach gesagt: „Weißt du: Ohne Assad wird es keinen Waffenstillstand in Syrien geben. Mit Assad wird es keine Zukunft geben für Syrien.“ Das ist doch das Dilemma, in dem nicht nur die Opposition in Syrien steckt, sondern alle, die wir international diesem Land wieder eine Zukunft geben wollen. Aber die Schwierigkeit lässt uns nicht aufgeben – sondern sie muss uns mehr Ehrgeiz abverlangen!

(BEIFALL)

Ich glaube, dass es klug war, die Zukunft Assad jetzt gerade nicht in den Vordergrund der Beratungen zu stellen, sie zurückzustellen und in der Debatte mit den Fragen zu beginnen, über die wir doch einig sind am Wiener Tisch: Dass der Kampf jeder gegen jeden in Syrien beendet werden muss, dass der Weg zu einem Waffenstillstand gesucht werden muss, dass der Aufbau einer Übergangsregierung jetzt eingeleitet werden muss und dass innerhalb der nächsten 18 Monate in Syrien Wahlen stattfinden sollen.

Wahlen: Wer die Bilder von Syrien heute sieht, der muss Zweifel haben. Was da vereinbart worden ist in Wien zwischen den ungleichen Partnern klingt wie eine Utopie. Und richtig ist: Wer den Mittleren Osten kennt und wer auf Syrien schaut, der findet keinen Anlass für Optimismus. Aber der, der sich vor acht Wochen noch nicht vorstellen konnte, dass Russland, Amerika, Iran und Saudi-Arabien gemeinsam wegen Syrien durch dieselbe Tür, in den selben Raum, an den selben Tisch gehen und über dasselbe Thema reden – für den ist das, was in den zwei Wiener Verhandlungsrunden passiert ist, durchaus ermutigend. Das ist ein Hoffnungsschimmer. Und wir in der Außenpolitik haben dafür zu sorgen, dass aus dem Hoffnungsschimmer ein Licht wird. Dafür werde ich meine ganze Kraft einsetzen!

(BEIFALL)

Wir bleiben dran: An diesem Wochenende tagen in Riad über 100 Vertreter von Oppositionsgruppen in Syrien gemeinsam miteinander, und in der Woche darauf werden wir im Wiener Format in New York zusammentreffen.

Es kann nur eine politische Lösung in Syrien geben. Doch eine Frage bleibt. Und diese Frage müssen sich auch diejenigen stellen, die jetzt klatschen: Heißt das, dass die Entscheidung vom Freitag im Deutschen Bundestag zu unserer militärischen Beteiligung in der Auseinandersetzung gegen ISIS deshalb überflüssig oder gar falsch war?

Mancher mag sich das so wünschen, aber ich sage euch: Das Gegenteil ist leider richtig. Meine Bitte ist: Lasst uns nicht das eine gegen das andere ausspielen! Ich bin wie kein anderer für eine politische Lösung, aber ich kann doch die Augen nicht davor verschließen, dass ISIS eine politische Lösung nicht will. Wir können doch auch nicht wollen, dass Regime und moderate Opposition in einen Waffenstillstand gehen und ISIS am Ende den Nutzen daraus zieht und sich noch weiteres Territorium in Syrien unter den Nagel reißt. Die ganze unschöne Wahrheit ist doch: Gerade wenn wir eine politische Lösung wollen, dann muss vom syrischen Territorium auch etwas übrig bleiben, das wir am Ende überhaupt befrieden können! Deshalb sage ich euch: Es ist nicht falsch, was am Freitag entschieden worden ist. Es ist am Ende richtig - auch aus Sicht derjenigen, die für die politische Lösung plädieren.

(BEIFALL)

Was wir am Freitag entschieden haben, war keine Entscheidung gegen eine politische Verhandlungslösung, sondern gerade eine Entscheidung, die eine spätere Verhandlungslösung überhaupt realistisch hält. Ich finde, das könntet ihr den Heuchlern von der Linkspartei, die wir in der Debatte gehört haben, ruhig einmal kräftig entgegenhalten!

(BEIFALL)

Was mich am meisten ärgert, sind die von der Linkspartei, die jetzt mit der Angst der Menschen spielen und sagen: „Wenn Deutschland in dieser Auseinandersetzung mitmacht, ziehen wir dann am Ende nicht den Zorn der Terroristen auf uns in Deutschland?“ Ich frage euch, ganz im Ernst: Liebe Freunde, was ist das für eine perfide Logik!? Abschottung, Lichter aus, Rollläden runter, wenn Terroristen durch die Straßen ziehen, und darauf hoffen, dass sie beim Nachbarn landen, wo die Fenster hell erleuchtet sind. - Das, liebe Freunde, ist eine Logik, mit der macht man weder das eigene Zuhause noch seine Nachbarschaft sicherer, und das ist bestimmt nicht die Logik von Sozialdemokraten!

(BEIFALL)

Nun gab es letzte Woche einige in der Fraktion, die gesagt haben: „Frank, das ist schlüssig, was du sagst. Deine Politik ist okay, die Suche nach der politischen Lösung auch. Das unterstützen wir. Aber was Militär angeht: Nicht mit uns! Das ist unsozialdemokratisch.“ Ich habe mit vielen gesprochen, und glaubt mir: Ich habe Achtung vor denen, die sagen: Keine Gewalt, kein Militär! Und glaubt mir auch eines: Ich wäre gern auch ebenso konsequent dagegen.

Lasst mich diejenigen, die das sagen, nur auf eines hinweisen: In meiner Erfahrung gibt es Situationen, in

denen auch das Prinzip zur hohlen Phrase wird, wenn es auf die unerbittliche Realität nicht mehr passt. Vor gut einem Jahr war ich, wie vorgestern auch, im Nordirak. Der IS drängte scheinbar ungebremst Richtung Osten vor. Als ich in Erbil landete, sah ich den Strom verzweifelter und erschöpfter Menschen, die sich aus dem Sindschar-Gebirge in die Stadt gerettet hatten: ältere Frauen, vor deren Augen die Männer und Söhne vom IS geköpft worden sind, deren Töchter von den Horden der IS vergewaltigt worden sind, Töchter, die nach den Massenvergewaltigungen auf neu eingerichteten Sklavenmärkten verkauft wurden, um die letzten Wochen ihres kurzen, trostlosen Lebens als Objekte der Lustbefriedigung der Frontkämpfer zu dienen, Frauen, deren Babys auf der Flucht aus den Bergen unterwegs verdurstet waren, Menschen, die alles verloren hatten, außer dem bisschen Leben, was sie unter die Plastikketzen im Flüchtlingslager gerettet hatten. Und all das damals in Erbil vor einem Jahr in einer Situation, als Mossul schon gefallen war und man nicht wusste, wie lange Erbil noch hält.

Seht Ihr, liebe Freunde: Das ist so eine Konstellation, bei der es die einfache Lösung nicht gibt. Auf die wir nicht einfach nur mit Prinzipienklärungen antworten können. Vielleicht gibt es da keine richtige Lösung und keine ohne Widersprüche -das ist wahr! Aber diesen Menschen, die dort vor einem Jahr ankamen, einen Beutel Reis in die Hand zu drücken und zu sagen: „Waffen sind keine Lösung“: Das war eine Antwort, die mir jedenfalls eine Spur zu einfach war!

(BEIFALL)

Mit anderen Worten: Ich finde, sich wehren zu können, wenn einem alles genommen wird, ist keine unethische Forderung. Wenn wir durch die Unterstützung der Peschmerga damals dazu beigetragen haben, dass sie sich wehren konnten, dann ist das aus meiner Sicht - verzeiht mir - keine Verletzung unserer Prinzipien.

Ich habe Respekt vor denen, die „Nein“ sagen. Ich sage nur: Dieses „Nein“ derjenigen steht nicht immer und automatisch in jeder Konstellation auf einer höheren moralischen Stufe als das „Ja“. Wir tragen Verantwortung für das, was wir tun, aber auch für das, was wir unterlassen, liebe Freunde!

(BEIFALL)

Deshalb habe ich gar keine Bange vor der Auseinandersetzung über Außenpolitik in diesem Lande. Und eines brauchen wir uns schon von gar niemandem vorwerfen zu lassen mit Blick auf die Entscheidungen am Freitag; wir seien da kopflos und ohne eine politische Strategie hineingegangen.

Wer ist denn derjenige, der seit Jahren gesagt hat: „Lasst uns im Westen aus den Fehlern des Irakkrieges lernen“?

Wer hat gesagt, dass ein militärischer Einsatz wie der in Libyen nichts bringt, wenn man den zweiten Schritt nicht beschlossen hat?

Wer baut heute schon in den vom IS befreiten Gebieten im Irak Strommasten, Wasserleitungen, Schulen und Krankenhäuser wieder auf, sodass die Vertriebenen nach Hause zurückkehren können? 130.000 Menschen -90 Prozent der Bevölkerung- sind heute ins befreite Tikrit zurückgekehrt, weil wir geholfen haben, wieder einigermaßen lebenswerte Bedingungen zu schaffen.

Und ich sage euch: Jetzt ist Sindschar befreit worden - im Augenblick zwar noch nicht so, dass die Menschen zurückkehren können, weil die Stadt völlig vermint und mit Sprengfallen verseucht ist. Aber wenn die beseitigt sind, dann müssen wir dasselbe auch in Sindschar tun. Und ich hoffe, dass uns dort das gelingt, was in Tikrit gelungen ist. Ich finde, das sind vornehme Aufgaben, denen sich die deutsche Außenpolitik gerne und gut widmen kann.

(BEIFALL)

Und wer hat immer gesagt, dass wir ein vernünftiges Verhältnis zur Türkei brauchen?

Wer hat gesagt, dass uns das Schicksal der Flüchtlinge nicht erst etwas angeht, wenn die Menschen aus lauter Verzweiflung in die Schlauchboote steigen?

Wer hat dafür gesorgt, dass wir massive humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und in der Türkei leisten?

Wer hat dafür gesorgt, dass Flüchtlingskinder in Jordanien zur Schule gehen können? Und wer hat dafür gesorgt, dass 2 Millionen Menschen auch im Norden Syriens heute wieder Brot zu essen haben, weil es Deutschland trotz Krieg geschafft hat, Getreidemöhlen dorthin zu bringen?

Ihr wisst die Antwort auf diese Fragen. Es war und ist die sozialdemokratische Außenpolitik, die das bewirkt hat!

(BEIFALL)

Es sind die vielen kleinen konkreten Schritte, für die wir stehen. Aber vor allen Dingen ist es unser Wissen, dass wir etwas für eine bessere Welt beizutragen haben! Das Wissen, dass Krieg kein Schicksal ist und dass Veränderungen möglich bleiben! Liebe Freunde, der Partei von Willy Brandt muss niemand erklären, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Aber das reicht eben nicht, sondern wir Sozialdemokraten müssen auch dafür sorgen, dass von deutschem Boden die harte Arbeit gegen den Krieg ausgeht, wo immer er stattfindet! Diese Aufgabe ist unsere Aufgabe, liebe Freunde.

(BEIFALL)

Dasselbe gilt für einen anderen Konflikt, bei dem ich nicht ganz verstehe, warum er in der Öffentlichkeit keine Rolle spielt. Er ist auch nah an unseren Grenzen, nämlich in Libyen. Bei diesem Konflikt wurde der Fehler von Irak wiederholt. Die Spitze des Staates wurde beseitigt, die Strukturen wurden ruiniert, der Kampf der bis an die Zähne bewaffneten Milizen - jeder gegen jeden - tobt, und der Staat zerfällt.

Auch da haben viele gesagt: Freunde, was kümmert ihr euch um Libyen? Da ist nichts zu machen. - Wir haben gesagt: Nein, das akzeptieren wir nicht.

Wir haben stattdessen gesagt: Lasst uns gucken, wer die entscheidenden Spieler der Opposition sind. Es hat vier Wochen gedauert, dann hatten wir sie heraus.

Dann haben wir gesagt: Wenn das die vier entscheidenden Gruppierungen sind, dann laden wir sie nach Berlin ein. Sie haben die Einladungen akzeptiert, und wir haben ihnen sogar ein Flugzeug geschickt, und sie standen in Tripolis zum Flug nach Berlin bereit.

Ich bekam dann in Brüssel den Anruf: Wir sind am Flughafen, aber wir steigen hier nicht ein. Mit den Leuten, die meine Familie erschossen haben, sitze ich nicht im selben Flugzeug. Das Ergebnis wäre gewesen, dass wir vier Flugzeuge hätten schicken müssen. Ich habe gesagt: Das ist der erste Test, der jetzt bestanden werden muss. Wenn wirklich Interesse besteht, miteinander zu reden, dann steigt in dieses Flugzeug ein. Sie sind zwei Stunden später eingestiegen und kamen in Berlin an.

Sie kamen in Berlin an und wollten in ihre Hotels - natürlich vier unterschiedliche Hotels. Wir haben ihnen gesagt: Das ist gut und schön, da dürft ihr auch hin, aber vorher gibt es ein gemeinsames Abendessen, damit ihr euch kennen lernt. Sie sagten: Kennen lernen wollen wir uns gar nicht.

Das Abendessen gab es aber trotzdem. Warum? Das fand nicht in irgendeinem Hotel statt, sondern wir haben einen Spreadampfer gemietet – da kann keiner weg! Und dann haben wir diese vier unterschiedlichen Gruppierungen, die nie miteinander geredet, sondern immer nur aufeinander geschossen haben, drei Stunden lang die Spree rauf und runter geschippert – solange, bis das Eis gebrochen war. Auch das ist Außenpolitik, liebe Freunde!

(BEIFALL)

Lieber Sigmar, zum Schluss: Es geht doch auch um die Folgen dieser Krisen und Konflikte, von denen ich berichtet habe: es geht um die große Fluchtbewegung. Du hast als einer der Ersten die Konsequenzen in ihrer ganzen Tragweite verstanden. Und du hast sie nicht nur verstanden, sondern du hast sie angenommen. Du hast sie zu unserer Politik gemacht!

Du, Sigmar, sorgst dafür, dass die SPD Anker und Motor dieser Regierung ist und bleibt. Wir haben nicht nur den Koalitionsvertrag geschrieben und Punkt für Punkt in die Tat umgesetzt - Andrea den Mindestlohn, Manuela die Frauenquote, Heiko die Mietpreisbremse -, sondern jetzt führt die SPD von der Kommunalpolitik bis zur Außenpolitik unser Land auch durch diese nächste große und schwierige Umwälzung! Das ist eine Riesenaufgabe, liebe Freunde, aber das ist auch eine große Chance für die Sozialdemokratie!

(BEIFALL)

Was doch fast noch erstaunlicher ist, Sigmar: Der Streit darüber, wie man das am besten macht, findet weniger bei uns als vielmehr bei den anderen statt. Du, Sigmar, hast stattdessen ganz früh gesagt: Lasst uns das anpacken! - Du hast gesagt: Lasst diese schicksalhaften Zeiten nicht einfach passieren – sondern lasst sie uns politisch gestalten! - Das genau ist der Mut, von dem ich am Anfang gesprochen habe. Das ist der Mut, der Sozialdemokraten auszeichnet!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen: Ihr wisst, ich bin nicht zum ersten Mal Außenminister. Ich bin es vor zehn Jahren geworden. Vieles hat sich seitdem verändert: nicht nur in der Welt, sondern auch Deutschlands

Rolle in der Welt.

Deutschland wird um Rat gefragt, wo wir früher nicht gefragt wurden.

Unser Handeln wird erwartet, wo es früher nicht erwartet wurde.

Unsere Stimme wird hin und wieder zumindest gehört, wo sie früher nicht gehört wurde.

Deshalb habe ich bei meinem Amtsantritt 2013 gesagt: Deutschland ist ein bisschen zu groß, um die Außenpolitik der anderen nur zu kommentieren. Sondern Deutschland muss bereit sein, Verantwortung zu tragen - nicht, liebe Freunde, weil wir uns Verantwortung anmaßen wollen, sondern weil wir sie in den Augen der anderen schlichtweg haben!

(BEIFALL)

Ich finde: Wenn das so ist; wenn Deutschlands Stimme in der Welt Gehör findet, dann lasst uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass diese Stimme auch eine sozialdemokratische Stimme ist: ‚damit der Friede bleibt‘!

(ANHALTENDER BEIFALL)

<https://www.youtube.com/watch?v=gFPQQKQv4WY&index=2&list=PL85IMmq0WVITNRtIcDpSYSxGb-6-7sOcs>

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Frank-Walter, ganz herzlichen Dank! Ich denke, du hast an der Reaktion des Parteitags gemerkt, wie wichtig diese Rede für uns ist.

Bevor wir in die Antragsberatung einsteigen, möchte ich zunächst die Mandatsprüfungs- und Zählkommission um ihren Bericht bitten. Ich darf darauf hinweisen, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission inzwischen eine Vorsitzende gewählt hat. Janne Herzog wird uns sicher noch öfter auf dem Parteitag begegnen. Janne, du hast das Wort. Alles Gute für dein Amt!

(BEIFALL)

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen.

Anwesend sind 568 Delegierte und 34 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 259 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 43,02 Prozent. Die Quote ist also erfüllt. Der Parteitag ist damit beschlussfähig.

(BEIFALL)

Der älteste Delegierte ist mit 80 Jahren, geboren am 29. Juli 1935, Rudolf Herbers. Er kommt aus der Landesorganisation Hamburg.

(BEIFALL)

Jüngster Delegierter ist mit 18 Jahren, geboren am 16. Mai 1997, Can Deniz Bolat aus dem Bezirk Hannover.

(BEIFALL)

Ich wünsche dem Parteitag einen weiteren erfolgreichen Verlauf. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank für diesen Bericht!

Da Janne auch über die Quotierung berichtet hat, darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir das bei der Redeliste auch so halten. Das heißt, wir quotieren die Redeliste zumindest so lange, wie es geht. Dadurch kann sich durchaus die Reihenfolge verändern.

ANTRAGSBERATUNG: FÜR EINE GERECHTE UND FRIEDLICHE WELT

Bevor wir in die Debatte einsteigen, darf ich nun Dietmar Nietan für die Antragskommission das Wort geben.

Dietmar Nietan, Antragskommission: Es liegen sehr viele, auch wichtige Anträge zum Bereich Außen- und Sicherheitspolitik vor. Euch liegt ein noch einmal von der Antragskommission überarbeiteter Initiativantrag Nr. 4 vor. Er versucht, viele der Intentionen der vielen Anträge, die zum Parteitag eingegangen sind, mit aufzunehmen und zu bündeln, damit wir einen in sich konsistenten Antrag haben, der alle wichtigen Punkte zur Außenpolitik, zur Sicherheitspolitik, aber auch zur Entwicklungszusammenarbeit zusammenfasst. Ich finde, das ist gut gelungen. Deshalb möchte ich euch für die Antragskommission vorschlagen, dass dieser Antrag IA 4 in der jetzt noch einmal geänderten Fassung der Antragskommission, die euch vorliegen müsste, angenommen wird.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen lieben Dank, Dietmar. - Ich gehe davon aus, dass sich die Wortmeldungen, die uns vorliegen, auf den IA 4 beziehen. Sollte das nicht der Fall sein, müsstet ihr das jeweils in eurem Beitrag kenntlich machen.

Wir möchten jetzt in die Debatte einsteigen. Ich darf zu Beginn der Debatte noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns auf fünf Minuten Redezeit verständigt haben. Da wir auf diesem Parteitag möglichst vielen die Möglichkeit geben wollen, an der Debatte teilzunehmen, werden wir recht genau darauf achten, dass es bei fünf Minuten Redezeit bleibt.

Als Erster hat Arne Lietz das Wort. Ihm folgt Heidi Wieczorek-Zeul.

Arne Lietz, Sachsen-Anhalt: Liebe Sozialdemokratinnen und liebe Sozialdemokraten! Ich möchte an der von unserem ehemaligen Bundeskanzler sehr gut erklärten Situation anknüpfen, wie Egon Bahr, Helmut Schmidt und Willy Brandt für Europa gekämpft haben. Ich bin einer der Europa-Abgeordneten. Wir sind 27 im Europaparlament. Wir haben es auch insbesondere Martin Schulz in dem guten europäischen Wahlkampf zu verdanken, dass wir sozialdemokratische Politik in das Europaparlament bringen und dort auch sichtbar machen.

Ich möchte gerne als Außenpolitiker, Entwicklungspolitiker und Menschenrechtler auf diesen Antrag eingehen. Genau diese Themen sind hier zusammengefasst. Hier zeigt sich, dass dieser Leit Antrag „Die Zukunft gestalten - Sozialdemokratische Friedenspolitik in Zeiten neuer Konflikte“ die Punkte einbringt, die wir zusammensetzen müssen, die wir nicht nur vor dem Hintergrund der 20, 30 Ziele, die jetzt in New York gefasst wurden, miteinander angehen müssen, sondern dass wir das erweitern müssen. Wir müssen die Themen zusammenbringen: in Zeiten neuer Konflikte, Klimapolitik, Gender-Politik und Handelspolitik, aber auch hier insbesondere aktive sozialdemokratische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Wir müssen aus dem Silo-Denken der Politikbereiche heraus. Das zeigt dieser Antrag sehr gut. Wir müssen Mut haben, das einzubringen. Diesen Mut haben und diese Arbeit machen wir zusammen mit den Bundespolitikern. Die Zusammenarbeit zwischen den Bundestagsabgeordneten, der Bundestagsfraktion und der Europagruppe, mit den 27, läuft sehr gut.

Unsere Außenpolitik ist umso erfolgreicher, je stärker wir sie abstimmen und uns auch an diese Abstimmung halten.

Frank-Walter Steinmeier hat hervorgehoben, dass er zusammen mit der hohen Beauftragten das Thema Iran weiter beibehalten hat. Die Iran-Politik ist nur geglückt aufgrund von Diplomatie, nicht aufgrund von Androhung von Krieg. Sie ist auch geglückt aufgrund von Sanktionen.

Wir haben gleichzeitig weiterhin einen zentralen Ansatzpunkt bei den Nahost-Gesprächen. Ich bin sehr froh, dass hier ausländische Gäste zum Beispiel von der Labour-Partei und von Fatah anwesend sind. Wir arbeiten zusammen mit Federica Mogherini an dem Ziel, gemeinsam an der Ostpolitik dranzubleiben. Wir wollen - und das waren europäische Sozialdemokraten - die Anerkennung Palästinas im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung als europäischen Ansatz, nicht als nationalen Ansatz.

Es geht insbesondere darum, in der Ukraine-Frage Außenpolitik, europäische Politik gemeinsam zu gestalten. Hier ist es wichtig, dass wir die Umsetzung - so wie Frank-Walter es gesagt hat der Minsk-Vereinbarung in den Vordergrund stellen und sie klar abarbeiten. Das geht nur in einem engen Dialog - auch mit Russland. Frank-Walter hat aufgezeigt, dass es die Brücken sind, die wir - das erfolgt in Anlehnung an die Tradition der Außenpolitik, die Egon Bahr und Willy Brandt damals ebenfalls gelebt haben real angehen müssen.

Ich bin froh, dass wir bei der Ukraine nicht mit Waffen in den Konflikt gegangen sind, sondern diplomatische Lösungen angegangen sind. Wir brauchen das Druckmittel der Sanktionen, das es wohl einzusetzen gilt. Ich habe es als Fehler angesehen, den russischen Bären auf dem syrischen Bazar - Stichwort Sanktionen wegen der Ukrainesituation - milde stimmen zu wollen. Wir brauchen auch keine Privatmeinung, sondern wir brauchen Meinungen, die sozialdemokratischen Linien entsprechen und sie weiterführen. Deswegen bin ich dankbar für die Initiative und den starken Einsatz von Frank-Walter Steinmeier mit Blick auf den OSZE-Vorsitz, die genau diese Ost- und Entspannungspolitik aufgreift.

Wir brauchen ebenfalls - auch dafür bin ich sehr dankbar - eine neue Entwicklung der sozialdemokratischen Außenpolitik, die Aspekte der zivilen Krisenprävention, der Konfliktlösung, aber auch einer Kulturaußenpolitik mit aufgreift.

Der sozialdemokratische Ansatz in diesem Antrag geht aber über Militär und Diplomatie hinaus; die zivile Krisenprävention wird ergänzt durch eine globalisierte gerechte Gestaltung unserer gemeinsamen Politik. Dabei meine ich insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit. Wir brauchen faire Lieferketten. Gute Arbeit weltweit darf nicht nur Bestandteil einer Normierung werden, sondern wir brauchen das zur Umsetzung.

(BEIFALL)

Wir brauchen gleichzeitig - und da ist Sigmar Gabriel einen Schritt weitergegangen - ein rechtlich bindendes Regelwerk auch für die Konfliktmineralien. Das sind zentrale Punkte, an denen wir weiterarbeiten müssen.

Ich möchte mit Folgendem schließen: 67 Jahre nach der Deklaration der Menschenrechte müssen wir auch hier heute die Menschenrechte hochhalten. Damit meine ich insbesondere das Menschenrecht der Religionsfreiheit. Es kann nicht sein, dass Flüchtlinge und Muslime mit Terroristen gleichgesetzt werden. Wir brauchen diese Religionsfreiheit. Dafür müssen wir uns einsetzen. Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt

auf die Menschenrechte, setzt auf die entwicklungspolitischen Ziele 2030 als Kompass. Dafür müssen wir streiten, und zwar vom Kommunalparlament bis zum Europaparlament. Lasst uns mutig dafür streiten und das in praktische Politik umsetzen! - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Arne. - Ihm folgt Heidi Wieczorek-Zeul und danach Niels Annen.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hessen Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, Frank-Walter hat hier sehr deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass Deutschland, dass unsere Regierung für politische Lösungen - sowohl im Irak als auch in Syrien - eintritt. Ich sage ausdrücklich - und wir müssen diesen Abwägungsprozess auch selber für uns deutlich machen -, dass ich es für falsch halte, zusätzlich auch die militärische Karte zu ziehen.

(BEIFALL)

Ich will an dieser Stelle sagen: Ohne ein robustes UN-Mandat, das nach Kapitel VII der UN-Charta zu militärischem Einsatz autorisiert, halte ich die Entscheidung zum Einsatz der Tornados für falsch.

(BEIFALL)

Ich respektiere den Abwägungsprozess, den alle Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion vollzogen haben. Der Parteitag hat ja nicht mehr die Möglichkeit - weil er nachgelagert ist -, diesen Abwägungsprozess zu vollziehen. Deshalb möchte ich meine Position hier noch einmal darstellen und darstellen, warum ich das für falsch halte. Ein UN-Mandat nach Kapitel VI würde das gemeinsame politische Ziel, den Übergangsprozess und das militärische Ziel, nämlich gegen den IS, fixieren müssen. Ich schätze und liebe Sigmar Gabriel, aber er definiert das Ziel der Aktion nicht alleine. Deshalb kann es sich maximal um eine Ersatzlösung handeln - eine Ersatzhandlung, die aber durchaus gefährliche Elemente hat. Es geht darum, liebe Genossinnen und Genossen, das globale Rechtsbewusstsein zu stärken. Der Westen - jedenfalls aber Europa - muss doch gerade in einer Zeit wachsender Gesetzlosigkeit und wachsender Gewalt mit dem eigenen Beispiel bei der Einhaltung der globalen Regeln des Völkerrechts vorangehen. Wer hier auf ein robustes Mandat verzichtet, der darf doch nicht andere Länder und Gruppen belehren, dass sie das Völkerrecht respektieren müssen.

(BEIFALL)

Und die Sache hat doch auch eine Vorgeschichte: „Coalitions of the willing“ - der Irakkrieg von George W. Bush hat verheerende Konsequenzen gehabt. Wenn bestimmte Länder ihren eigenen Krieg erklären und führen, schürt das Gewalt und schafft das neue Unterstützer von Gewalt. Wenn Staaten jedoch immer häufiger zerfallen und Bürgerkriege zum Normalfall werden, dann haben wir es weltweit, aber auch in unseren Ländern, mit einer zunehmend gesetzlosen Situation zu tun.

Liebe Genossinnen und Genossen, gestern hat Frank-Walter in der SPE-Konferenz gesagt, dass nach dem Zerfall der bipolaren und unipolaren Welt die Welt auf der Suche nach einer neuen Ordnung ist. Und heute Morgen hat Aydan an die Gründung der Vereinten Nationen erinnert. Ich plädiere engagiert dafür - das haben wir auch in der Grundwertekommission getan -, deutlich zu machen, dass wir eine Weltinnenpolitik verwirklichen wollen mit der UN und dem internationalen Völkerrecht als verbindlichem gemeinsamen Zentrum der Regulierung.

(BEIFALL)

Diese Vision liegt vielleicht weit weg, aber wir müssen dafür dann auch unser Engagement für die Vereinten Nationen stärken.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin - das wissen alle - keine prinzipielle Pazifistin. Ich habe auch als Entwicklungsministerin gelernt, dass manchmal ein militärischer Einsatz zum Zurückdrängen von Gewalt notwendig ist. Es geht darum - das ist so -, Gewalttäter zurückzudrängen und Menschenleben zu schützen, ja. Aber wir dürfen doch nicht nur an eine Situation denken! Warum hält sich Deutschland gerade bei den von der UN bereits beschlossenen mandatierten und auch durchgeführten UN-Friedensmissionen, die genau diese Ziele haben, zurück? Von den global agierenden 90.000 Friedenssicherungskräften der Vereinten Nationen kommen nur etwa 200 aus Deutschland. Bezogen auf den Sudan sind es jeweils höchstens 50.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es darum geht, die UN zu stärken, dürfen wir doch nicht nur den Reden des Papstes zujubeln, sondern wir müssen auch daran denken: Wir brauchen diese Verpflichtung, die Verpflichtung auch Willy Brandts und Egon Bahrs. Er hat es - wie es in unserem Grundsatzprogramm steht - so ausgedrückt: Wir wollen der Stärke des Rechts zum Durchbruch verhelfen.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank Heidi. - Ihr folgt Niels Annen, danach hat das Wort Cornelia Östreich.

Niels Annen, Parteivorstand: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Heidemarie, ich bin dir dankbar, dass du Europa erwähnt hast. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir uns - auch wenn wir die Entscheidung vom Freitag miteinander diskutieren; und das ist auch der Ort, das zu tun - darüber im Klaren sind, in welchem Zustand, in welcher tiefgreifenden Krise sich Europa befindet. Kein Land ist doch so sehr auf Integration und Kooperation ausgerichtet wie Deutschland - dank der Arbeit auch sozialdemokratischer Bundeskanzler wie Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, trifft es uns doch auch immer besonders stark, wenn die europäische Idee in die Krise gerät. Schauen wir uns doch einmal um in Europa: Der schockierende Sieg des Front National ist ja nur ein Sieg dieser Rechtsradikalen. Wir haben andere Länder, die uns große Sorgen bereiten: Ungarn, Dänemark und - ich sage das mit besonderem Bedauern - Polen, wo wir eine neue Rechtsregierung haben, die die Verfassung beugt, gegen Flüchtlinge hetzt und europäische Vereinbarungen verletzt, Genossinnen und Genossen. Auch deswegen war es doch so wichtig, dass wir mit Frankreich in dieser

Situation gemeinsam gehandelt haben. Es wäre doch gar nicht auszudenken, die Folgen wären gar nicht zu verantworten, auch für uns selber, wenn in dieser Situation der deutsch-französische Motor ins Stottern geraten wäre. Ja, Genossinnen und Genossen, ich würde sogar sagen: Deutsch-französische Uneinigkeit in dieser Situation, das wäre der größte Sieg für die Anti-Europäer gewesen, den wir uns hätten denken können.

(BEIFALL)

Und deswegen, Genossinnen und Genossen: Der Mangel an Solidarität und politischer Einigkeit in Europa - Frank-Walter hat das gesagt - hat die deutsche Außenpolitik in kürzester Zeit in eine zentrale Rolle hineinkapultiert, auch weil wir dank unserer wirtschaftlichen Stärke eben diese Verantwortung haben. Deswegen, liebe Heidemarie, will ich schon noch einmal sagen: Das, was wir hier zu erreichen versuchen, ist ja das Gegenteil einer Coalition of the willing. Es ist eine Politik, die sich eben im Rahmen auch der Beschlüsse der Vereinten Nationen orientiert. Wenn Frank-Walter darüber spricht, dass wir es in Wien nun endlich geschafft haben, die Antagonisten an einen Tisch zu bekommen, dann will ich an dieser Stelle vielleicht auch einmal darauf hinweisen: Es war auch deutsche Außenpolitik, die die Mitglieder des Sicherheitsrates daran erinnern musste, den von ihnen selber eingesetzten UN-Vermittler mit zu dieser Konferenz einzuladen. Insofern, Genossinnen und Genossen, ist ganz wichtig die Unterstützung für die syrischen Flüchtlinge in den Nachbarländern, aber auch die Unterstützung für diejenigen, die später für einen politischen Prozess überhaupt noch zur Verfügung stehen. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt. Deswegen, Genossinnen und Genossen, ist diese Entscheidung aus meiner Sicht auch richtig. Ich kriege das ja mit, auch als Sprecher meiner Fraktion, unter was für einem Druck unser Außenminister steht, und auch, wie er mit diesem Druck umgeht.

Es ist deswegen vielleicht auch kein Zufall, dass sich Angela Merkel neulich im Bundestag bei Frank-Walter Steinmeier bedankt hat. Ich glaube, sie hat auch guten Grund dazu. Ich will das auf diesem Parteitag auch einmal sagen. Ich erlaube mir diese Bemerkung ganz bewusst, gerade wo es große Ehrungen für die Kanzlerin gibt. Es war doch Angela Merkel, die mit ihrem Widerstand gegen eine Mitgliedschaft der Türkei das Momentum für eine nachhaltige Demokratisierung und Heranführung dieses wichtigen Landes an die EU verspielt hat

(BEIFALL)

und die sich jetzt nicht daran erinnern will und vor lauter Hast, ein Abkommen abzuschließen, bei ihrem Besuch in der Türkei darauf verzichtet hat, die drangsalierte Opposition zu treffen. Und, Genossinnen und Genossen, es war Angela Merkel, die mit einseitiger Sparpolitik Solidarität in Europa verspielt hat, die wir jetzt dringend benötigen.

Und, Genossinnen und Genossen, dann ist da noch die Parteipolitikerin Angela Merkel, die in ihrer europäischen Volkspartei Menschen wie Herrn Orbán willkommen heißt. Und die folgenreiche Fehleinschätzung, als sie in der Ukraine ausgerechnet auf Julia Timoschenko gesetzt hat. Ist das alles schon vergessen? Ich wundere mich - ich will das zum Schluss sagen - doch ein bisschen darüber, wenn jemand wie ausgerechnet Winfried Kretschmann sagt, sie sei weitsichtig und ein Stabilitätsfaktor.

Im fünften Jahr des Krieges nach 300.000 Toten will ich an dieser Stelle einmal daran erinnern, dass es Frank-Walter Steinmeier war, der, als es noch eine Möglichkeit gab, das Gespräch mit Baschar al Assad gesucht hat, und es wäre weitsichtig gewesen, ihn damals dabei zu unterstützen, Genossinnen und Ge-

nossen. Deswegen ist es gut für unser Land, wenn wir uns in der Großen Koalition in wesentlichen Teilen der Außenpolitik einig sind. Aber der Stabilitätsfaktor der sozialdemokratischen Politik und der deutschen Außenpolitik, das ist unsere Politik, Genossinnen und Genossen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass das so bleibt. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Cornelia Östreich hat das Wort. Ihr folgt Ralf Stegner.

Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein: Zunächst einmal, liebes Protokoll: Mein Name ist Östreich. Ich bin friedenspolitische Sprecherin der AsF - das vielleicht nur zu Einordnung.

Liebe Genossinnen und Genossen, Aydan hat vorhin bei der Eröffnung ganz richtig darauf hingewiesen, dass heute, am 10. Dezember, der internationale Tag der Menschenrechte ist. Ich halte das für ein bedeutsames Zusammentreffen auch mit unserer Tagesordnung beim heutigen Parteitag; denn das erste Menschenrecht ist Frieden. Ganz offenbar gibt es in unserer Welt derzeit zu wenig davon.

Zum Syrien-Konflikt werden noch andere reden bzw. haben andere geredet - sehr überzeugend in meinen Augen Heidemarie Wieczorek-Zeul. Aber ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass ich mit den Aussagen des Antrags kein Problem habe. Womit ich ein Problem habe, das ist die Praxis der Bundesregierung und insbesondere die jüngste Abstimmung des Bundestages. Daher von dieser Seite ein großes Lob an die vier Mitglieder des Bundestages aus Schleswig-Holstein, die nicht dafür gestimmt haben.

(BEIFALL)

Was ich als friedenspolitische Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen auch klar anerkennen möchte, sind die Aussagen zur Rüstungsexportkontrolle. Einmal mehr: Wäre die Praxis in allen Stücken so wie der Antrag Seite 14 folgende, würden wir bereits in einer friedlicheren Welt leben. Das gilt vor allem für die Anwendung der politischen Grundsätze, die auf Seite 15, Zeile 718, zitiert sind, zu denen auch die Nichtverbreitung in Krisengebiete und an menschenrechtsverletzende Staaten gehört. Dies bleibt der Maßstab unserer Politik auch in der Großen Koalition, finde ich.

(BEIFALL)

Obwohl wir im Großen und Ganzen zufrieden sind, hätte ich noch drei Änderungen im Namen der AsF einzubringen. Ich habe sie auch schriftlich dabei und werde sie gleich abgeben.

Auf Seite 1, Zeile 42, Ergänzung: „das Völkerrecht und die Menschenrechte zu stärken“. Wie gesagt, Tag der Menschenrechte, und wenn wir uns in diesen Fragen nur auf intergouvernementaler Eben bewegen, ist das zu wenig.

Auf Seite 7, Zeile 305: Da geht es um die UN-Resolution 1325. Da bin ich dafür, einzufügen: „Wenn sie Frauen gleichberechtigt einbeziehen und Genderaspekte berücksichtigen“; denn das ist der Kern dieser UN-Resolution, Frauen gleichberechtigt in Friedensprozesse einzubeziehen und nicht bloß der Opferschutz, so wichtig er sein mag. Ich denke schon, dass die Welt auch dann friedlicher wäre.

Die dritte Ergänzung wäre: Da geht es um die Vorbedingung für eine Entschuldung im Rahmen von Entwicklungspolitik. Da hätten wir gerne zu den Bedingungen außer dem Armutsbekämpfungsprogramm auch Initiativen zur Stärkung von Frauen und Mädchen. Hier vor der Tür ist ein Stand zum Plan International. Unten bei den Dröschler-Preisen habe ich eine Bildungsinitiative für Frauen in Afrika entdeckt. Warum erwähnen wir solche guten Projekte nicht auch in unserer Entwicklungspolitik und machen sie zur Bedingung?

Ach ja, noch einmal zur UN-Resolution. Das ist eingearbeitet in den IA 9. Es ist also State of the art, kann man sagen. Warum nicht auch in den IA 4? Solche Sachen sollten eine Selbstverständlichkeit sein. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Cornelia. - Genossinnen und Genossen, wir haben es heute Morgen schon gesagt: Wir haben eine Vielzahl von wirklich wichtigen Antragsbereichen auf dem Parteitag, und wir wollen jedem dieser Antragsbereiche zu seinem Recht verhelfen. In Anbetracht dessen, dass ich jetzt für den Antragsbereich Friedens-, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik 16 Redemeldungen habe, würde euch gerne den Vorschlag machen, dass wir es vielleicht dabei dann auch belassen, damit wir dann anschließend in die wichtige Debatte zum Thema Flüchtlinge kommen. Könnt ihr damit einverstanden sein? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist die Redeliste jetzt geschlossen.

Ich appelliere auch noch einmal an die nachfolgenden Redner, dass sie versuchen, ihre wichtigen Botschaften im gegebenen Zeitrahmen rüberzubringen.

Das Wort hat jetzt Ralf Stegner. Nachfolgend kommt Hilde Mattheis.

Ralf Stegner, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Wer vorhin Frank-Walter Steinmeier zugehört hat, der weiß, wie froh wir sein können, dass er unser Außenminister ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich sage das, weil die Außenpolitik einer der wichtigen Bereiche ist, die wir haben. Wir waren immer eine internationale Partei. Wir haben heute 400 internationale Gäste aus 40 Ländern, darunter 16 Parteivorsitzende, 6 Regierungschefs.

Herzlich willkommen bei der SPD in Berlin; es ist gut, dass ihr alle da seid. Wir sind eine internationale Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich melde mich auch deswegen zu diesem Antrag, weil wir im letzten Jahr in Kiel einen friedenspolitischen Kongress gemacht haben. Da war Frank-Walter Steinmeier dabei und auch Egon Bahr. Vieles von dem, was wir dort beschlossen haben, ist in den Antrag eingegangen, und ich bin dafür sehr dankbar. Der Hauptgrundsatz ist der, den Frank-Walter zitiert hat, nämlich: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. - Und weil das so ist, müssen wir neue Initiativen starten für Entspannungspolitik. Egon Bahr hat uns beigebracht, dass man Frieden nicht mit denen schließt, die die eigenen Werte alle teilen. Und wo werden unsere eigenen Werte schon alle geteilt? Nicht in Moskau, nicht in Peking, nicht in Neu Delhi, vermutlich

nicht einmal in Washington. Deshalb haben wir überall Grund, mit Menschen zu reden, wo das manchmal auch schwierig ist. Diese Initiativen, zum Beispiel, dass Frank-Walter es mit geschafft hat, dass die Iran-Gespräche zum Erfolg geführt haben, finde ich großartig. Das ist ein wichtiger Schritt gewesen.

Es ist auch gut, dass es die Syrien-Gespräche in Wien gibt. Genossinnen und Genossen, vergessen wir auch nicht einen Konflikt, der uns wirklich sehr beschwert, nämlich den zwischen - viele Gäste sind da - Israel und den palästinensischen Freundinnen und Freunden. Auch das ist etwas, was für beide Seiten schwierig ist und wo es dringend neuer Initiativen bedarf, damit wir wieder Frieden in der Region bekommen. Denn daher, dass das nicht der Fall ist, kommt manches Übel, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Und ja, auch der Dialog mit Russland ist wichtig. Am Ende führen die Sanktionen zu nichts. Das heißt ja nicht, dass man die Annektion der Krim akzeptiert; das würde niemand tun. Aber wir brauchen einen Fortschritt in den Gesprächen.

Genossinnen und Genossen, wenn wir darüber reden, was wir tun können, müssen wir aber auch anerkennen, dass wir nicht nur internationale Verantwortung haben, sondern dass wir auch etwas ändern können. Wir ändern zum Beispiel etwas, wenn wir die Waffenexportpraxis verändern. Ich bin dafür: keine Waffenexporte mehr in Diktaturen und in Krisengebiete, liebe Genossinnen und Genossen. Das sollten wir ändern.

(BEIFALL)

Wir haben auch eine Verantwortung für eine Klima- oder Landwirtschaftspolitik, die anderen Menschen die Lebensgrundlage entzieht. Auf Dauer wird Europa nicht in Frieden und Wohlstand leben können, wenn andere Teile der Welt im Elend und im Krieg leben, Genossinnen und Genossen. Auch das ist unsere Verantwortung, um die wir uns zu kümmern haben.

(BEIFALL)

Und schließlich: Man sieht gerade im Augenblick, wie wichtig es ist, dass es solche Initiativen wie die von Frank-Walter Steinmeier und von Martin Schulz in Europa gibt. Europa ist in einem beklagenswerten Zustand. Viele glauben, das sei nur noch eine Zugewinnngemeinschaft. Wo ist eigentlich die Wertegemeinschaft Europa, wenn überall Rechtspopulisten und Nazis nach vorne marschieren? Genossinnen und Genossen, wir sollten uns ein Beispiel nehmen an der Haltung der Wiener Sozialdemokratie, die gezeigt hat, wie man so etwas in einer Wahl zurückweisen kann.

(BEIFALL)

Denn wir brauchen wieder mehr Demokratie. Dieses Europa hat nach einem Jahrhundert schrecklichster Kriege - die Deutschland übrigens mit angezettelt hat, gerade den Zweiten Weltkrieg - gelernt, wie schön es ist, in Wohlstand und Frieden zu leben, wie wir das heute haben. Dieser bleibt aber nicht von alleine; das geht nur durch beharrliches Dafür-Kämpfen, durch beharrliche Gespräche zur Entspannungspolitik und indem man sich einsetzt für den Frieden. Wer glaubt, er kann sich einmauern und braucht das alles nicht zur Kenntnis zu nehmen, der täuscht sich; das hat Frank hier sehr deutlich dargelegt. Wir müssen mitwirken - nie

alleine, nie mit erhobenem deutschem Zeigefinger, sondern immer gemeinsam mit anderen, aber immer mit dem Ziel: mehr Frieden in der Welt. Denn Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Der Antrag ist ein guter; lasst ihn uns unterstützen. Lasst uns Frank-Walter unterstützen und die Politik, die für mehr Frieden in der Welt und für entspannungspolitische Initiativen sorgt. - Vielen herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ralf. - Als Nächstes ist Hilde Mattheis dran, gefolgt von Matthias Ecke.

Hilde Mattheis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ja, internationale Politik und Friedenspolitik drücken sich uns wieder sehr massiv auf durch die ganzen Konfliktherde, die es gerade auf der Welt gibt, und den IS, der mit seinem Terror Schlimmes anrichtet.

Wir sind uns alle einig in der Verantwortung, gegenüber den terroristischen Anschlägen durch Diplomatie, durch Gespräche etwas zu tun und die Völkergemeinschaft dazu aufzurufen, sich friedlich und gemeinsam dagegenzustemmen. Das ist uns allen klar. Wir alle haben noch im Blick - das wurde heute auch schon gesagt -, dass unser Nein zum Irakkrieg etwas ist, das unsere Partei positiv geprägt hat und wofür wir dankbar sind. Wir alle wissen, dass es in dem Bereich der militärischen Einsätze immer einen Grenzbereich gibt, wo man im Respekt vor der Meinung des anderen, klare Argumente gelten lassen muss.

Aber ich schließe mich an der Stelle dem an, was Heide Wieczorek-Zeul gesagt hat: Es fehlt ein robustes UN-Mandat, und es fehlt in meinen Augen vor allen Dingen an einer Gesamtstrategie.

(BEIFALL)

Wir alle wissen, dass ein schlüssiges Konzept etwas ist, was dringend notwendig ist und wo wir gerade im Afghanistan-Einsatz darum gerungen haben, dass wir im Nachhinein ein schlüssiges Gesamtkonzept präsentieren konnten. Wir alle wissen, dass unser militärischer Einsatz in Afghanistan - Pro Asyl und andere Organisationen sagen das - viel mehr Terror jetzt im Moment gebracht hat und sehr viel mehr Tote. Das ist mir und sicherlich uns allen eine Mahnung: die Mahnung, nicht vorschnell - wir haben es letzte Woche im Parlament innerhalb von drei Tagen entsprechend entschieden - in einen militärischen Angriff zu gehen. Wir wissen auch - das sagen uns unsere französischen Freunde -: Die, die diesen fürchterlichen Terroranschlag verübt haben, waren junge Menschen, die in Frankreich, in Belgien, in Europa aufgewachsen sind. Es sagen uns viele Leute, die sich intensiv mit der Radikalisierung von jungen Leuten auseinandersetzen, dass wir dem natürlich Einhalt gebieten müssen. Aber es wird auch darauf hingewiesen, dass dieser kurzfristig entschiedene militärische Einsatz etwas ist, wo wir jetzt nicht wissen, wie wir da herauskommen. Dieses Mandat gilt für ein Jahr, aber die Bundesverteidigungsministerin spricht schon davon: Es werden wahrscheinlich zehn Jahre.

Heute starten die Tornados für diesen militärischen Einsatz. Wir haben ein Mandat gegeben für 1.200 Soldatinnen und Soldaten. Wir wissen schon jetzt: Dieses Mandat für ein Jahr muss wahrscheinlich verlängert werden. Und - auch das wird schon diskutiert, vor allem bei den Militärs - es werden wahrscheinlich Bodentruppen zum Einsatz kommen müssen, um einen Erfolg gegen IS überhaupt verzeichnen zu können.

Ich muss euch sagen: Ich glaube, dass wir damit einen Fehler wiederholen.

(BEIFALL)

Lasst uns wenigstens in den Ini-Antrag 4 in Zeile 90 einfügen: „Wir wollen keinen Einsatz von Bodentruppen“ oder „Den Einsatz von Bodentruppen schließen wir aus“. Lasst uns wenigstens hier heute dieses beschließen und damit als Botschaft aussenden, dass eine Wiederholung von Afghanistan mit uns nicht zu machen ist. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Hilde. - Dann darf ich jetzt Matthias Ecke ans Rednerpult bitten, gefolgt von Christa Randzio-Plath.

Matthias Ecke, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank an den Parteivorstand und an Frank-Walter Steinmeier für diesen Antrag. Denn er beschreibt Friedenspolitik in einer neuen, multipolaren Welt, in einer unübersichtlichen Welt, in der staatliche und nichtstaatliche Akteure Unfrieden säen. Das ist wichtig, denn es macht noch einmal deutlich, dass auch jetzt gilt: Wir, die SPD, sind die Partei des Friedens, und wir sind die Partei der Stärke des Rechts.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir betreten aber auch Neuland in der internationalen Politik und auch in der völkerrechtlichen Praxis. Wir betreten dieses Neuland aber mit einem festen Kompass in der Hand. Unsere Orientierung ist in dem Antrag klar festgelegt. Dort steht, dass wir einer Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen nur dann zustimmen können, wenn ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen und die Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen.

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag einem Mandat für Syrien zugestimmt, auch mit der Mehrheit unserer Fraktion. Diese Entscheidung - das ist, glaube ich, an diesem Pult schon deutlich geworden - ist sehr umstritten, sowohl unter Verantwortungsträgern und Völkerrechtlern als auch in unserer eigenen Partei. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen: Ich teile die Skepsis, die Heide Wiecek-Zeul und andere hier an diesem Pult schon geäußert haben.

(BEIFALL)

Nun hat die Antragskommission den vorliegenden Antrag des Parteivorstands ergänzt um die Begründung, mit der auch die Mehrheit unserer Fraktion dem Mandat zugestimmt hat. Es liegt euch in Zeile 74 vor. Diese Begründung beschreibt die handlungsleitenden Motive der Gegenwart.

Wir wollen aber auch, liebe Genossinnen und Genossen, in die Zukunft blicken; denn wir dürfen nicht zulassen, dass international vereinbartes Völkerrecht durch unilaterales Agieren ausgehöhlt wird. Diese Gefahr ist real, liebe Genossinnen und Genossen, und damit die Gefahr, dass der materielle Wert des Völkerrechts, nämlich der Konsens der global einflussreichen Akteure und des Friedens willen unter Druck gerät. Es ist die reale Gefahr gegeben, dass das globale Rechtsbewusstsein abnimmt und damit den Frieden schwächt.

Deswegen schlagen wir euch vor, eine Ergänzung vorzunehmen im Antrag, und zwar in Zeile 86 zu ergänzen:

„Wir werden kontinuierlich darauf achten, dass das vom Bundestag beschlossene Mandat den Rahmen des international vereinbarten Völkerrechts nicht überschreitet und der Befriedung der Region nachweislich nützt.“

(BEIFALL)

Diese Ergänzung schlagen wir nicht vor, weil wir Misstrauen haben, sondern weil wir deutlich machen wollen, dass wir, die SPD, die Partei der Friedenspolitik ist und dass wir diejenigen sind, die das Völkerrecht in stürmischen Zeiten achten und aktualisieren - um des Friedens willen. Diese Achtsamkeit auch in unserem Antrag zum Ausdruck zu bringen, das ist unser Vorschlag. Ich würde mich freuen, wenn ihr diesem Änderungsantrag des Landesverbandes Sachsen, der auch vorliegt, zustimmen könntet, um aus diesem sehr guten Antrag einen perfekten zu machen. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank. - Dann darf ich jetzt Christa Randzio-Plath aufrufen, gefolgt von Klaus Barthel.

Christa Randzio-Plath: Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Frieden auf der Welt gehört auch die gerechter gestaltete Welt, und von daher ist es wichtig, dass der Antrag auch das Thema Entwicklungspolitik in einen anderen Zusammenhang stellt, als es zum Beispiel die CDU/CSU tut. Wir können nämlich mit Entwicklungszusammenarbeit nicht die Fluchtursachen bekämpfen. Entwicklungspolitik ist eine langfristige, mittelfristige, aber auf jeden Fall systemische und strukturverändernde Politik. Die SPD ist stolz darauf, dass sie diese Entwicklungszusammenarbeit in der Vergangenheit gestaltet hat. Ich finde es gut, dass sie sich selbst heute mit dem Bundesparteitag wieder ein solches Mandat geben will. Das ist auch dringlich erforderlich, weil die Entwicklungszusammenarbeit für einige eigentlich das Schlüsselwort ist, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

Genossinnen und Genossen, das geht eben nicht. Den Frieden kann man so nicht herstellen. Aber was geht, ist, diese Welt zu verändern, und das geht auch dadurch, dass man die Entwicklungszusammenarbeit ernst nimmt und dass man endlich das 0,7-Prozent-Ziel erreicht. Liebe Genossinnen und Genossen von der Bundestagsfraktion, ihr könntet doch auch ein Gesetz machen, dass das 0,7-Prozent-Ziel festschreibt, wie es andere europäische Länder zum Beispiel auch getan haben. Das wäre sehr wichtig.

Aber es ist nicht nur wichtig, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ist auch wichtig, die Entwicklungszusammenarbeit wirksamer zu gestalten, und zur wirksamen Gestaltung von Entwicklungszusammenarbeit gehört auch, dass wir sehen, dass die Investitionen in Entwicklungsländern nur von solchen Unternehmen auch gefördert werden, die die Menschenrechte, die Sozialstandards und auch den ökologischen Standard gewährleisten, wie es auch die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen aussagt. Ich finde es gut, dass es die Entwicklungsagenda 2030 gibt. Sie ergänzt oder löst die MDG ab, die nicht so viel gebracht haben - trotz aller Fortschritte -, wie wir uns gewünscht hätten.

Ich meine, was auch dazu gehört, ist Folgendes: Wir müssen die Frauen in Entwicklungsländern stärken und auf ihre Kräfte, ihre Erfahrung und ihr Können setzen. Es ist so wichtig, dass sie beruflich qualifiziert werden, um die Armut zu überwinden. Es wäre schön, wenn wir ihr in der Tradition der genderorientierten

Entwicklungszusammenarbeit diese Arbeit auch unterstützt; denn Frauen sind auch ein Träger der Entwicklung. Das wissen wir inzwischen. Selbst die Bundesregierung und die G-7-Staaten setzen inzwischen darauf. Wir wollen das aber auch nicht nur, damit ein Einkommen erwirtschaftet wird, sondern damit diese Welt gerechter wird, und dazu leisten Frauen in Entwicklungsländern, die wir alle unterstützen - insbesondere der Marie-Schlei-Verein - unseren Beitrag. - Danke.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Christa, vielen herzlichen Dank, auch für dein Engagement für den Marie-Schlei-Verein. Ich glaube, die Informationen sind euch auch alle noch mal auf die Tische gelegt worden. Jetzt darf ich Klaus Barthel aufrufen, gefolgt von Franziska Wende.

Klaus Barthel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte erst mal zwei Bemerkungen zum Beratungs- und Diskussionsverfahren machen.

Zum einen haben wir heute früh eine Geschäftsordnung beschlossen, in der sich folgende Passage findet:

„Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Rednerliste/Rednerinnenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.“

Ich frage euch: Seht ihr eine Rednerliste?

(BEIFALL)

Das zweite Problem, das ich habe, ist, dass ich in meiner Eigenschaft als Berichterstatter für Weltwirtschaft und für Lateinamerika Änderungsanträge eingereicht habe und dass die euch leider nicht vorliegen. Ich bedauere es sehr, dass wir hier einen Antrag beraten müssen, der zu 99 Prozent in seinem Inhalt eigentlich schon mindestens vor drei Monaten feststand und hätte mit verschickt werden können,

(BEIFALL)

und dass wir jetzt Änderungsanträge beraten und uns jetzt die Zeit stehlen, indem ich euch kleinklein ein paar Sachen vortrage, wo ich eigentlich gedacht hätte, die Antragskommission kann übernehmen, und wir brauchen uns hier nicht lange damit aufzuhalten. Aber ich will versuchen, euch im Kern zu sagen, worum es mir geht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr den Antrag in seinem Beschreibungsteil durchlest, dann werdet ihr nur an einigen Stellen mal etwas an Bemerkungen von globaler Ungerechtigkeit finden. Aber ich finde, ein sozialdemokratischer Antrag, der sich mit Konfliktursachen und mit den Problemen, die der Weltfrieden hat, beschäftigt, darf nicht auf ein Kapitel verzichten, das etwas zu den ökonomischen Ursachen sagt. Wer über Konflikte, Kriege und Krisen reden will, der muss auch über Ökonomie reden, der muss auch über Handelsbeziehungen reden.

(BEIFALL)

Der muss darüber reden, dass es weltweit keine Standards gibt und dass die Ungerechtigkeit immer größer wird. Deswegen habe ich beantragt, einen Absatz einzufügen, der da lautet - ich muss ihn euch vorlesen; anders geht es offensichtlich nicht -:

„Wir Sozialdemokraten wissen um die Ursachen von Kriegen, Krisen und Konflikten. Dazu gehört vor allem wirtschaftliche Unterentwicklung, postkoloniale Strukturen, mangelnde Chancen, im globalen Wettbewerb erfolgreich teilzunehmen, und die wachsende Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Staaten und Regionen. Die 80 reichsten Personen auf der Welt besitzen so viel wie die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung zusammen. Ihr Vermögen“ - also das der Reichsten - „hat sich zwischen 2009 und 2014, also in den letzten fünf Jahren, verdoppelt. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über die Hälfte des gesamten Vermögens.“

Die Einsicht wächst, und ich hätte erwartet, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, in einen sozialdemokratischen Antrag hineinzuschreiben:

„Die Einsicht wächst, dass Ungleichheit, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Klimawandel auch die wirtschaftliche Entwicklung massiv hemmen. Weltweit nimmt daher die Kritik am herrschenden Globalisierungsmodell zu. Wir sind gefordert, die Globalisierung auch ökonomisch tiefgreifend zu gestalten.“

Wenn wir das so da hineinschreiben müssen, weil es stimmt, dann muss auch bei den Forderungen etwas daraus folgen. Deswegen habe ich eine Reihe von Änderungsvorschlägen gemacht, die sich darauf beziehen, in das Kapitel zur Globalisierungsgestaltung, zur Entwicklungszusammenarbeit wenigstens mal das Stichwort „Gute Arbeit weltweit“ aufzunehmen

(BEIFALL)

und hineinzuschreiben, und nicht, wie es in dem Antrag so schön heißt - ich darf Seite 9 zitieren -:

„Um grundsätzlich Menschenrechte in Wertschöpfungs- und Lieferketten zu verbessern, muss auch über Fortschritte im Bereich der Unternehmensverantwortung und deren Sorgfaltspflichten nachgedacht werden.“

Liebe Genossinnen und Genossen, nachgedacht wird lang genug darüber, und die Freiwilligkeit hat überhaupt nichts gebracht.

(BEIFALL)

Deswegen müssen wir sagen, es muss verpflichtende Standards geben. Es muss zum Beispiel beim Import von Konfliktmineralien in die Europäische Union Zertifizierungssysteme geben, die für alle gelten.

Ich bedauere es, dass wir diese Sachen leider nicht unbürokratisch aufnehmen konnten, sodass wir das jetzt in dieser Breite diskutieren müssen.

Ich hätte sehr gerne auch noch etwas zu Lateinamerika gesagt; denn darüber zu schreiben und zu sagen, dass

zum Beispiel das Drogenproblem anders als bisher angegangen werden muss, dass es keine Waffenexporte mehr nach Kolumbien und Mexiko wie bisher geben darf, usw., wäre auch des Schweißes der Edlen wert gewesen.

Danke, dass ihr mir zugehört habt, und ich hoffe, dass wir das eine oder andere vielleicht doch noch aufnehmen können.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, lieber Klaus. - Nur zur Erläuterung: Selbstverständlich ist die Redeliste einsehbar. Hier vorne rechts könnt ihr sie auf dem Bildschirm sehen. - Das Wort hat jetzt Franziska Wende, und dann kommt Rainer Arnold.

Franziska Wende, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in der Weltgemeinschaft vor wenigen Monaten die Sustainable Development Goals verabschiedet, die das Nachfolgeprotokoll für die Millennium Development Goals sind.

Wenn wir uns den Erfolg der Millennium Development Goals anschauen, dann sehen wir, dass es im Großen und Ganzen eigentlich gar nicht so schlecht aussieht. Wenn man aber einen genaueren Blick darauf wirft, dann sieht man, dass gerade die ärmsten Menschen noch immer nicht den Zugang zu den lebensnotwendigsten Dingen haben. Hierauf muss auch in der Post-2015-Agenda ein großer Fokus auch der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gelegt werden.

Dazu muss allerdings die Welt und dazu muss auch Deutschland deutlich mehr Geld in die Hand nehmen als bisher. Das 0,7-Prozent-Ziel ist noch immer nicht erreicht, und ich möchte auch starke Zweifel anmelden, dass das für die Ziele, die wir uns mit den SDGs gesetzt haben, ausreichen wird.

Wir müssen auch mehr darüber nachdenken, direkte Investitionen zu tätigen und nicht nur Kredite zu geben. Das Volumen muss hier deutlich höher werden.

Ich bin sehr dankbar für die Beiträge und für den Fokus, den der Antrag auf die Beteiligung von Frauen in der Entwicklung legt. Das hört aber nicht bei der Beteiligung von Frauen in den sogenannten Entwicklungsländern auf, sondern betrifft auch die deutschen Institutionen, und da haben wir in den vergangenen Jahren mit den letzten Regierungen Rückschritte gesehen.

Wir haben einen Minister im Entwicklungsministerium, der drei männliche Staatssekretäre hat, und wenn man sich die Abteilungsleitung anschaut, dann sieht man, dass es dort nicht viel besser aussieht. Auch hier müssen Frauen beteiligt werden.

(BEIFALL)

Es wurde heute schon richtig gesagt: Heute ist der Internationale Tag der Menschenrechte. Wer die Verpflichtung auf die Wahrung und Verteidigung der Menschenrechte ernst nimmt, der darf nicht wieder mit den nützlichsten Diktatoren einen Pakt eingehen. Durch diese fatale Politik hat Europa viele Sympathien bei den Bewegungen des Arabischen Frühlings, die eigentlich unsere natürlichen Verbündeten sein sollten, verspielt.

Wir schauen vor allen Dingen in den Nahen Osten und sehen ganz viele Machthaber, die eine Zeitmaschine zurück ins 19. Jahrhundert betreten wollen: Putin spielt sich zum Zaren auf, der IS will ein Kalifat errichten, Erdogan will wieder Sultan des Osmanischen Reiches werden, und im Iran ist seit Jahren ein klerikal-faschistisches Regime an der Macht,

(BEIFALL)

das auch offiziell deutlich gemacht hat, dass es sich an das Abkommen von Wien nicht halten möchte. Ich finde es problematisch, dass wir hier in diesem Antrag gleichzeitig dieses Abkommen loben und gemäß dem nächsten Absatz die Sicherheit Israels wahren wollen, das durch den Iran immer noch massiv bedroht ist.

Zu guter Letzt möchte ich noch ein paar Worte zum Syrien-Einsatz verlieren. Dazu sind schon sehr viele sehr kluge Dinge gesagt worden.

Ein entschlossenes Vorgehen in dieser riesigen Katastrophe ist längst überfällig. Wir beobachten seit Jahren diesen dort schwelenden Konflikt, diesen schrecklichen Krieg, den Terror gegen die Zivilbevölkerung, und es passiert zu wenig. Gerade deswegen blutet mir momentan das Herz; denn ich kann nicht sehen, dass es mit dem Einsatz, den wir jetzt beschlossen haben, den wir unterstützen, zu einem konsolidierten und wirklich guten Vorgehen kommt. Jeder kocht sein eigenes Sूपchen; es gibt kein konzentriertes, gemeinsames Vorgehen, und das wird nicht ausreichen, um den Konflikt zu befrieden. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt hat das Wort Rainer Arnold. Ihm folgt Cornelia Ott.

Rainer Arnold, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Es ist gerade einmal zwei Jahre her, dass der Bundespräsident und andere uns als Politiker und die deutsche Gesellschaft aufgefordert haben, die Verantwortung und die Rolle Deutschland stärker zu klären.

Wer die Arbeit von Frank-Walter Steinmeier in den letzten zwei Jahren auf diplomatischem Parkett beobachtet hat - und das tun wir alle -, der sieht: Die Frage, welche Verantwortung Deutschland diplomatisch in der Welt hat, im Bereich der humanitären Hilfe, im Bereich der fairen wirtschaftlichen Bedingungen, im Bereich der Krisenprävention, ist längst durch das Engagement des deutschen Außenministers beantwortet.

Schwieriger wird es, wenn es um die Frage geht: Welchen Anteil hat in diesem vernetzten Ansatz in der Tat das Militärische? Meine Beobachtung ist, Genossinnen und Genossen: Die Bürgerinnen und Bürger haben aus mehreren Gründen in den letzten Wochen gespürt: Die Krisen und Kriege der Welt sind uns jetzt wirklich nah gekommen. Dies verändert auch die Sichtweise auf militärische Notwendigkeiten.

Wir haben immer das Postulat der deutschen militärischen Zurückhaltung. Das ist im Kern auch richtig. Aber es darf natürlich nicht falsch verstanden werden. Dieses Postulat heißt nicht, dass Deutschland einen Sonderweg in der Welt gehen sollte. Wenn wir dies damit meinen würden, würden wir im Kern, Frank-Walter, die Chancen auf diplomatischer Ebene, unser gesamtes Gewicht zum Tragen zu bringen, ein gutes Stück weit schmälern.

Was bedeutet dies nun für die Diskussion um Syrien? Das ist ein schwieriger Abwägungsprozess, bei dem es um „weniger gut“ und „noch schlechter“ und nicht um „richtig oder falsch“ geht.

Genossinnen und Genossen, wir sind schon in dieser Krise und in diesem Bürgerkrieg engagiert. Das dürfen wir nicht vergessen. Was wir vor einem Jahr für den Norden des Iraks beschlossen haben, ist aus heutiger Sicht wirksam. Es ist wirksam, weil sich die Peschmerga am Boden mit unserer Ausbildung und mit unseren Waffen diesem fürchterlichen Terror erfolgreich entgegengestellt haben. Die Diplomatie hat dort keine Chance. Hätten wir dies nicht getan, wären die Menschen im Sindschar-Gebirge verhungert oder umgebracht worden. Dies ist die Wirklichkeit, und wer sagt: „Das ist alles falsch“, der muss sich dieser Wirklichkeit dann schon stellen und Antworten darauf geben.

Genossinnen und Genossen, die Peschmerga sagen uns auch, sie sind deshalb ein gutes Stück erfolgreich, weil wir ihnen helfen, aber auch, weil sie aus dieser Allianz Luftunterstützung erhalten. Das ist die Wirklichkeit - ob sie uns gefällt oder nicht.

Nun haben wir die aktuelle Debatte um die Unterstützung der Allianz in Syrien. Ja, es wäre schöner, liebe Heidi, wenn es eine Resolution des Sicherheitsrates dazu gäbe, aber es sind immerhin 64 Nationen daran beteiligt, und außer Assad bezweifelt niemand in der Staatengemeinschaft die Rechtmäßigkeit dieser Allianz und die Rechtmäßigkeit des Vorgehens. Deshalb können wir mit Fug und Recht sagen: Es ist legal und völkerrechtlich abgesichert. Was wir tun, macht einen militärischen Sinn. Das ist kein Placebo, weil man irgendjemandem etwas versprochen hat.

Dann wird immer die Forderung nach einer Gesamtstrategie gestellt. Es ist ja richtig, dass wir Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Es gibt mehrere Lehren: aus Afghanistan, aus dem Irak. Es gibt auch junge Lehren als Libyen. Es ist falsch, liebe Genossinnen und Genossen. Man kann heute mit Luftkampf eine Diktatur verjagen. Das ist möglich. Aber den Tag danach kann man nicht im Glauben angehen: Man kommt von außen mit 140.000 Soldaten und betreibt dann Staatsaufbau. - Diese Idee war falsch, und das ist nicht machbar.

Dies muss die Konsequenz für Syrien sein. Das heißt, dieser Prozess in Wien ist eng verzahnt mit einem militärischen Engagement. Das Engagement militärischer Art wird nur zum Tragen kommen, wenn auch der Wiener Prozess so weit führt, dass sich die Fronten dort so weit sortieren, dass diejenigen, die wir für den Tag danach auf dem Boden unabdingbar brauchen, nicht zwischen zwei Fronten verrieben werden, sondern dass es zumindest lokale Friedensabkommen gibt und sich alle gegen den IS stemmen können in diesem Bereich.

Die weitere Lehre ist: Man darf in solchen Situationen auch nicht alle Sicherheitsstrukturen von zerbrochenen Staaten in die Wüste schicken. Das war in der Vergangenheit falsch. Man muss auch mit denen, die in der Lage sind und die nicht so ganz viel Blut an den Fingern haben, Versöhnungsprozesse in diesen Gesellschaften organisieren - in der Administration und bei den Sicherheitsbehörden.

Wenn man dies nicht tut, dann läuft es wie im Irak. Dann hat man sie, wenn man sie wegschickt, am Ende sogar zum Gegner. Und das Dumme ist: Sie verstehen ihr Handwerk, und wir können sie als Gegner nicht vertragen. Deshalb muss man in Syrien am Tag nach Assad - nicht mit Assad - auch seine Administration ein Stück weit für dieses Syrien gewinnen.

Am Ende, liebe Genossinnen und Genossen: Militäreinsätze werden nie ohne Risiko sein. Es gibt politische Risiken. Es gibt auch militärische Restrisiken. Wir machen keine Abenteuer, aber es bleiben immer Restrisiken. Nur, Genossinnen und Genossen, jetzt Nein zu sagen, hätte auch ein Risiko. Wenn dieser zum Glück noch enge Geleitzug zwischen Deutschland und Frankreich als einzig enger Geleitzug in einer schwierigen Europäischen Union jetzt auf die schiefe Bahn kommt, dann haben wir für Europa noch größere Schwierigkeiten.

Das zweite große Risiko, das wir hätten, wenn wir Nein sagen, ist: Was ist denn, wenn es unsere Sicherheitsorgane nicht mehr schaffen und morgen oder übermorgen auch bei uns ein Anschlag passiert? Wie diskutieren wir dann die Frage der Bürger: Habt ihr alles getan, um das zu verhindern? - Das ist eine schwierige Frage. Wie diskutieren wir dann, wenn wir spüren, mit den terroristischen Herausforderungen und der Staatsgründung des vermeintlichen IS wird kein Land allein fertig und wir brauchen jetzt plötzlich auch Partner und Solidarität? Wie finden wir dann die notwendige Solidarität, wenn wir sie jetzt nicht bereit sind zu üben? - Recht herzlichen Dank!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Cornelia Ott hat das Wort. Ihr folgt Michael Schrodi.

Cornelia Ott, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte eher eine verfahrenstechnische Bemerkung machen. Es tut mir leid, dass ich das jetzt in dieser Debatte machen muss. Ich wollte das zu dem Antrag A5 sagen. Da er aber nicht mehr aufgerufen wird, muss ich das jetzt in diesem Zusammenhang sagen.

Als ich das Antragsbuch durchgeschaut habe, sind mir darin zahlreiche Bemerkungen mit dem Wortlaut „Zurückgestellt im Hinblick auf einen eventuell zu erwartenden Initiativantrag des Parteivorstands“ aufgefallen. Ich habe mich sehr darüber geärgert. Ich kann nicht erkennen, weshalb fristgerecht eingereichte Anträge von der Antragskommission nicht behandelt werden.

(BEIFALL)

Die Gliederungen, die Anträge stellen, haben ein Recht darauf, finde ich jedenfalls. Wo ist da die Wertschätzung? Ist also deren vorliegender Antrag weniger wert als ein noch zu erwartender Initiativantrag des Parteivorstands? - Das ist eine Vorstellung, die mir überhaupt nicht gefällt. Dann können wir Ortsvereine und andere Gliederungen uns in Zukunft Anträge ganz sparen und einfach nur das abwarten und abstimmen, was vom Parteivorstand kommt.

Jetzt ist es passiert. Jetzt sind durch diesen Initiativantrag 16 Seiten lang alle Anträge erledigt und werden gar nicht mehr aufgerufen. Wie gesagt, Wortmeldungen zu diesen Anträgen sind nicht mehr möglich.

Zu dem Antrag 5, zu dem ich hätte sprechen wollen, kann ich zumindest sagen, dass ich nicht sehe, dass alle Inhalte dieses Antrages durch den Initiativantrag abgedeckt sind. Das finde ich sehr schade.

Wenn ich meine Tischvorlagen angucke, geht es bei den anderen Themen so weiter. Viele Anträge, die in dem dicken Antragsbuch stehen, werden wir heute nicht beraten. Das finde ich schade.

(BEIFALL)

Doris Ahnen: Jetzt hat Michael Schrodi das Wort. Ihm folgt Gesine Schwan.

Michael Schrodi, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank-Walter Steinmeier, man hat bei deiner Rede gemerkt, dass du mit Herzblut für eine friedliche Weltordnung kämpfst. Uns liegt ein guter Antrag vor, der viele richtige Antworten auf die Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik gibt. Wir werden übrigens einen noch besseren Antrag haben, wenn wir auch, wie Klaus Barthel gesagt hat, das Thema einer gerechten Weltwirtschaftsordnung als Teil der Friedens- und Sicherheitspolitik betrachten und das mit aufnehmen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen eine gerechte Weltsicherheitsordnung, um Sicherheit und Frieden weltweit zu organisieren und zu bewahren.

(BEIFALL)

Wir haben auch deswegen einen guten Antrag, weil darin ganz klar festgehalten wird und ganz richtig steht, dass eine Beteiligung an bewaffneten Auslandseinsätzen nur erfolgt, wenn ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen sowie die Zustimmung des Deutschen Bundestages im Sinne des Parlamentsvorbehalts vorliegen. Das ist eine ganz entscheidende und wichtige Feststellung in diesem Zusammenhang, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich würde diesem Antrag gerne zustimmen, weil er viele richtige Antworten gibt. Ich sage das aber deswegen im Konjunktiv und würde es gerne aus dem Konjunktiv herausführen „Ich werde gerne zustimmen“, wenn wir auch einen Antrag beschließen, den ich hier gerne herausheben möchte. Ich verweise auf den Antrag des Landesverbandes Sachsen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben, Rainer Arnold, eine kontroverse Debatte über die Frage der völkerrechtlichen Legitimation des Syrien-Einsatzes. Dieser Antrag nimmt diese Debatte und diese Legitimationskette auf.

Ich würde euch darum bitten, deshalb dem sächsischen Antrag zu folgen, weil wir darin ganz klar sagen, dass wir darauf achten werden, dass das vom Bundestag beschlossene Mandat den Rahmen des Völkerrechts nicht überschreitet und vor allen Dingen auch zukünftig nicht überschreitet, dass wir ein bindendes Mandat wollen und dass wir dann in diesem Rahmen die nächsten Einsätze, sollten sie kommen, auch führen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen diese Feststellungen. Unter diesen Voraussetzungen kann ich dem zustimmen. Wenn wir nur die Legitimationskette haben, wie sie uns jetzt vorliegt, kann ich leider nicht zustimmen. Stimmt deswegen auch für den sächsischen Antrag, der das einfügt! - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen: Vielen Dank. - Das Wort hat Gesine Schwan. Wir freuen uns sehr, dass du da bist und dass du zu uns sprichst. Ihr folgt Franz Thönnies.

Gesine Schwan, Grundwertekommission: Herzlichen Dank, dass ich sprechen darf! - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will keinen Antrag verfolgen. Aber mir ist aufgefallen, dass das Thema Europa, das mir sehr am Herzen liegt, heute nicht sehr viel vorkommt. Es steht im Antrag. Aber es steht da wenig über die innere Gestalt Europas. Am Samstagvormittag gibt es, wenn ich das richtig erkenne, praktisch keine Dis-

kussion dazu. Dafür ist gar keine Zeit.

Ich war von Frank-Walters Vortrag, von seinem Engagement sehr beeindruckt. Ich finde auch, dass wir ganz glücklich sein können, dass er diese schwierigen Geschichten in der Ukraine und im Nahen Osten leitet. Aber wenn ich es richtig beobachtet habe, sieht er da verständlicherweise nicht seine Hauptzuständigkeit in der Europäischen Union, weil dies das Kanzleramt macht.

Mich beunruhigt, dass wir nicht eine ebenso gute Handschrift wie in den Bereichen, in denen Frank-Walter tätig ist, in Europa haben. Denn wer ist jetzt in der deutschen Sozialdemokratie für Europa zuständig? - Natürlich ist Martin Schulz dafür zuständig. Aber er ist Präsident des Europäischen Parlaments. Wer denn sonst hier? Die einzelnen Ministerien in ihren jeweiligen Zuständigkeiten? - Ich glaube, das kann es nicht sein. Wenn die Sozialdemokratie sich als Friedenspartei versteht, wenn sie sich den Internationalismus auf ihre Fahnen schreibt, wenn sie sagt, dass Deutschland nur innerhalb Europas etwas machen muss, dann muss man jetzt auch etwas zur inneren Situation der Europäischen Union sagen. Da kommt eigentlich nichts! Ich finde, das ist nicht genug.

(BEIFALL)

Ich finde es auch nicht genug, zu sagen, dass wir für Freiheit und Gerechtigkeit sind. Interessanterweise wird das Wort „Solidarität“ aus meiner Sicht nicht so betont. Hier ist der entscheidende Punkt. Hier ist aus meiner Sicht Mut notwendig. Wenn wir es nicht schaffen, über Solidarität von der bisherigen No-way-out-Politik, von der bisherigen Renationalisierung, von der bisherigen Austeritätspolitik wegzukommen, dann sollen wir nicht über Marie Le Pen in Frankreich und über andere Extremisten in anderen Ländern meckern, wo die Arbeitslosigkeit, zumal die Jugendarbeitslosigkeit, ganz groß ist.

(BEIFALL)

Ich kann es als Sozialdemokratin nicht fassen, dass dieses zentrale Problem, das wir aus dem vergangenen Jahrhundert kennen, nicht in den Mittelpunkt gestellt wird. Wir müssen da heran! Wir sollen uns nicht vertun: Diese Europäische Union ist überhaupt nicht mehr sehr sicher. Wir haben als Bundesregierung unter Angela Merkel keine solidarische Politik gemacht. Wir haben Kredite gegeben, aber wir haben keine solidarische Politik gemacht. Das müssen wir uns klarmachen.

(BEIFALL)

Wenn wir jetzt über mangelnde Solidarität mit Deutschland in der Flüchtlingsfrage klagen, dann muss uns das nicht wundern; denn unsere Bundesregierung hat den anderen in allen Politiken fast immer ihren Willen aufgedrückt, aber hat sich nicht solidarisch verhalten.

Ich appelliere also an die Partei, auch an den Parteitag, diesen Punkt ernst zu nehmen, dass wir wirklich einen Politikwechsel in Europa brauchen und dass sich die Sozialdemokratie an diese Spitze stellt. Der Schlüssel für eine bessere, neue Europapolitik liegt aufgrund der gewachsenen Machtverantwortung in Deutschland. Da hat Frank-Walter völlig recht. Der Schlüssel liegt aber hier in der Sozialdemokratie. Denn die Union wird sich nicht von dem verabschieden, womit sie sich jahrelang identifiziert hat. Unsere deutsche Öffentlichkeit ist nicht so kleinkariert und nicht so unsolidarisch und sonst was, wie es immer suggeriert wird.

Ich appelliere an euch und an alle in der Partei, die etwas zu sagen haben:

Erstens. Macht die Europapolitik auch personell und institutionell fest in dieser Partei! Dafür muss doch jemand zuständig sein.

Zweitens. Macht eine Kehre zu mehr Solidarität. Sonst wird uns das um die Ohren fliegen. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Gesine, herzlichen Dank für dein leidenschaftliches Plädoyer für Europa. Ich darf dir allerdings ein bisschen Beruhigung mit auf den Weg geben: Der ganze Samstag steht unter dem Thema Europapolitik.

Jetzt hat Franz Thönnies das Wort. Ihm folgt Can Bolat.

Franz Thönnies, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank-Walter, große Zustimmung zu deinen Ausführungen. Mir als Schleswig-Holsteiner hat besonders gefallen, strittige Parteien auf einem Boot zusammenzubringen und damit einen neuen Abschnitt maritimer Friedenspolitik einzuleiten.

Ich will aber sagen: Bei dem, was wir einleiten, wird es im Wesentlichen ganz stark auf Solidarität ankommen. Das, was wir gestern in der internationalen Konferenz am Vorabend diskutiert haben, darf nicht nur am Rande von Parteitag stattfinden. Wir brauchen mehr Solidarität und Abstimmung unter den sozialdemokratischen Parteien in Europa. Denn wir haben hier an dieser Stelle in der Vergangenheit und gerade in der aktuellen Situation so manche Ausrutscher erlebt, wenn es darum ging, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, Genossinnen und Genossen.

Weil dieser Dialog so wichtig ist, will ich an der Stelle sagen: Wenn es um Solidarität geht, dann ist die konsequente Bekämpfung des Terrors notwendig - angefangen beim Austrocknen der Finanzquellen über die Frage, wie wir es mit Waffenlieferungen halten, bis hin zu dem gesamten Instrumentarium von diplomatischen politischen Aktivitäten und auch - als Ultima Ratio - einer militärischen Beteiligung im Rahmen von Allianzen, im Rahmen einer Einbindung in eine UN-Entscheidung.

Gerade deswegen hätte ich es mir gewünscht, dass - auf der Basis des schleswig-holsteinischen Antrages - dieser Dreiklang von politischen, diplomatischen und humanitären Aktivitäten, gerade weil wir ihn mit Frank-Walter Steinmeier und der Politik der Sozialdemokraten in der Regierung so gut vorleben, an dieser Stelle auch im Antrag des Parteivorstandes mehr Deutlichkeit erhalten hätte. Frank-Walter hat auf Wien und Riad hingewiesen. Wir haben 1,1 Milliarden Euro für die Entwicklungshilfe, für humanitäre Hilfe, seit 2012 ausgegeben. Wir haben zusätzlich 400 Millionen Euro für humanitäre Hilfe in die Hand genommen. Das ist der Dreiklang, der eingehalten werden muss.

Da gibt es keine letzten Weisheiten. Ich kann viele verstehen, die Fragen nach der Konzeption stellen, und sagen, dass man ein Risiko nicht ausschließen kann. Aber Willy Brandt hilft uns hier ein bisschen. Willy Brandt hat einmal gesagt: Der beste Weg, Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten. Und dazu gehört Mut. Dazu gehört auch die eine oder andere Ungewissheit. Deswegen wird der Einsatz nicht ohne Gefahren sein. Aber uns muss doch ein bisschen Sicherheit geben, dass in Wien alle fünf Vetomächte des Sicherheitsrats

mit am Tisch sitzen, dass 60 Nationen mit in dieser Allianz sind, dass es dazu vier UN-Resolutionen gibt, wobei es in der letzten vom 20. November ganz klar und deutlich heißt: mit allen Mitteln gegen IS vorzugehen, Attentate und Terrorangriffe zu unterbinden und die Rückzugsgebiete zu beseitigen. Jeder weiß doch eigentlich ganz genau: Wenn es nicht das strittige Thema Assad zwischen Russland und den anderen geben würde, dann hätte es mit Sicherheit ein robustes Mandat gegeben. Dann hätten wir eine andere Diskussion, wenn es um Militäreinsätze gehen würde.

Wenn Vertragstreue, wenn internationales Recht eingefordert wird, Genossinnen und Genossen, dann sollten wir auch mal in den Artikel 47 Abs. 2 der Europäischen Verträge schauen. Frankreich hat sich genau auf diesen Artikel bezogen und um Beistand gebeten. Und wenn es dann darum geht, Solidarität zu leisten, dann gilt das auch für Deutschland; es muss sich an diesen Vertrag halten, Genossinnen und Genossen.

Helmut Schmidt hat auf dem Parteitag 2011 sehr eindrucksvoll - alle waren sehr leise und ruhig - Folgendes gesagt: Nach meiner Überzeugung ist es im kardinalen langfristigen strategischen Interesse Deutschlands, sich nicht zu isolieren und sich nicht isolieren zu lassen. Eine Isolation innerhalb des Westens wäre gefährlich. Eine Isolation im europäischen Raum wäre hoch gefährlich. - Ich glaube, Helmut Schmidt hat das insbesondere mit Blick auf das enge Verhältnis Frankreichs und Deutschlands gesagt. Wer diese Achse gefährdet, der gefährdet die Stabilität und die Aufhängung Europas, Genossinnen und Genossen.

Frank-Walter hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Dialog mit Russland wichtig ist. Ich glaube, als einen Erfolg sollte man auch werten, dass jetzt endlich bald wieder der NATO-Russland-Rat tagt. Auch das ist eine Initiative, die Frank-Walter Steinmeier eingeleitet hat, wofür er gekämpft hat.

(BEIFALL)

Wir wollen die gute Nachbarschaft, aber das bedeutet auch, dass wir bei unserer OSZE-Präsidentschaft noch einen Schritt weitergehen sollten. Ich glaube, im Interesse guter Nachbarschaft wäre es, wenn die EU und Russland gemeinsam mit ihren Nachbarn über diese gute Nachbarschaft reden würden und nicht nur alleine eine EU- und östliche Partnerschaft stattfindet. Russland gehört zu diesem Dialog dazu, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich glaube, es ist ganz wichtig, nicht über diese Staaten zu reden, sondern mit ihnen, nicht über Russland zu reden, sondern mit Russland, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will abschließen mit einer weiteren Positionierung, damit wir uns auch darüber im Klaren sind, was die OSZE-Präsidentschaft für uns bedeutet. Für diese Politik, Genossinnen und Genossen, brauchen wir weder in Kaliningrad neue Raketen noch auf NATO-Territorium in den neuen NATO-Mitgliedstaaten. Auch konventionelle Abrüstung muss wieder auf die Tagesordnung, Genossinnen und Genossen.

Und noch eine kleine Korrektur für die Redaktion: Im Antrag steht an einer Stelle, dass wir das deutsch-russische Jugendwerk weiterentwickeln können. Das gibt es leider noch nicht; das ist eine Forderung von

Frank-Walter. Ich bin dafür, dass wir den Absatz redaktionell ändern und formulieren, den deutsch-russischen Austausch weiterzuentwickeln zu einem deutsch-russischen Jugendwerk. Das wäre eine gute Investition in die Zukunft, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Es folgt Can Bolat; dann kommt Mathias Stein.

Can Bolat, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank, zunächst einmal möchte ich mich bei dir bedanken, dass du mit diesem Antrag sozusagen die Grundzüge der deutschen Politik präsentiert hast. Mit vielem, was du vorgestellt hast, war ich sehr zufrieden. Dennoch gibt es einige Punkte, bei denen ich Verbesserungsbedarf sehe. Zum einen ist es die Türkei-Politik und zum anderen die zwiespältige Politik gegenüber Saudi-Arabien.

Als Erstes zur Türkeipolitik. Wie kann es sein, dass im Vorfeld des türkischen Wahlkampfes die Bundeskanzlerin in die Türkei reist und dann sozusagen Wahlkampfhilfe für den türkischen Präsidenten Erdogan betreibt, der, wie wir alle wissen, Menschenrechtsverletzungen in seinem eigenen Land begeht, der quasi die Position des Ministerpräsidenten und die des Staatspräsidenten in sich vereint und die Opposition drangsaliert? Das ist einfach unmöglich; das muss man auch einmal verdeutlichen.

(BEIFALL)

Die Bundeskanzlerin ist zu Besuch beim Staatspräsidenten Erdogan, der seinen eigenen Ministerpräsidenten als Marionette benutzt, der seine AKP-Partei benutzt, der die Presse unterdrückt. Wie kann es sein, dass wir als deutsche Politik dagegen keine Haltung und keinen Mut zeigen - so wie du es gesagt hast? Daran fehlt es.

(BEIFALL)

Es gehört auch zum Mut dazu, einem Autokraten wie Erdogan die Stirn zu bieten. Es gehört auch zum Mut dazu, den EU-Fortschrittsbericht nicht zurückzuhalten, weil Wahlkampf in der Türkei ist. Es gehört dazu, zu zeigen, dass wir uns nicht erpressen lassen.

(BEIFALL)

Es kann ja nicht sein, dass wir auf der einen Seite sagen, dass die Menschenrechte auf der ganzen Welt geachtet werden müssen, und auf der anderen Seite Rücksicht nehmen, weil ein sehr wichtiger NATO-Partner an der Grenze zu Syrien eine Schlüsselposition spielt. Wir müssen da Haltung zeigen.

Meiner Meinung nach gehört es auch zum Mut dazu, Saudi-Arabien unsere Position zu verdeutlichen: Wir vertreten auf der einen Seite eine Politik, die mit dem IS nicht übereinstimmt. Auf der anderen Seite muss man aber schauen, welche Menschenrechtsverletzungen Saudi-Arabien täglich begeht. Da unterscheiden sie sich nicht viel vom IS, das muss ich einmal deutlich sagen.

(BEIFALL)

Homosexuelle Menschen, christliche Minderheiten, alle werden in Saudi-Arabien genauso unterdrückt, wie es auch der IS tut. Und nichts tun wir dagegen. Das ist das Problem.

(BEIFALL)

Meiner Meinung gehört dazu, dass man vielleicht auch einmal den Botschafter einbestellt, dass man bei einem Besuch in Saudi-Arabien sagt, dass es so nicht geht. Wir dürfen uns nicht zurückhalten. Das ist das Problem. Ich bitte dich, lieber Frank, dass du auch dies in Zukunft tust, dass wir nicht davor zurückscheuen wegen strategischer Interessen oder Sonstiges. Der IS unterscheidet sich nicht so viel von Saudi-Arabien. Ich muss auch sagen, Saudi-Arabien selber ist Unterstützer des IS, und da muss man Kante zeigen. Wir müssen zeigen, dass wir uns nicht erpressen lassen. Das ist die Politik, die wir durchsetzen müssen

(BEIFALL)

Auf der anderen Seite müssen wir die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weiterführen. Wir müssen der Türkei sagen, dass es eine Perspektive gibt, in die EU zu kommen. Aber auf der Kehrseite müssen wir auch sagen, dass zuerst die Verhandlungen durchgeführt werden müssen und dass die Türkei auch europäischer werden muss. Wir haben das die letzten Jahre nicht gemacht, und was ist passiert? Die Türkei hat sich dem Nahen Osten weiter angenähert und nicht Europa. Das kann nicht unser Ziel sein.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, dass wir diesen Weg zusammen auch mit der Europäischen Union gehen können. Die deutsche Politik muss in Abstimmung mit der Europäischen Union eine differenziertere Politik in Bezug auf die Türkei und gleichzeitig auch in Bezug auf Saudi-Arabien führen. Das ist das Wichtigste, was wir jetzt tun müssen. Kooperation, aber auf der anderen Seite auch klare Haltung zeigen und auch Mut beweisen. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Delegierte, bevor ich jetzt Matthias Stein das Wort gebe, möchte ich gerne noch einmal das Signal senden: Wir haben jetzt in dieser Debatte noch drei Wortbeiträge. Im Anschluss werden wir dann in die Abstimmung über den Leitantrag und über die anderen Anträge dieses Kapitels einsteigen. Es wäre also schön, wenn ihr gucken würdet, dass die Delegierten möglichst im Saal sind.

Das Wort hat jetzt Matthias Stein. Ihm folgt Knut Fleckenstein.

Mathias Stein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin kein Außenpolitiker, politischer Experte, sondern ein Experte in der Frage von Organisation und Ortsvereinen. Dem Lob an die Politik von Frank-Walter Steinmeier können wir uns natürlich auch vorbehaltlos anschließen. Aber etwas bereitet mir Sorge, wenn ich auf die Debatte um den Syrien-Einsatz gucke. In kaum einem Ortsverein war es möglich, darüber vernünftig zu diskutieren. Es gab Erschrecken. Mein Ortsverein hatte große Bedenken gegenüber dem Syrien-Einsatz, und wir hatten kaum die Chance, mit Abgeordneten zu reden, wenn man das so schnell beschließt. Mir bereitet es Sorge, wenn ein Genosse, der seit 40 Jahren oder über 40 Jahre

Mitglied der Partei ist, sagt, man soll dem Parteivorstand für diese schnelle Entscheidung das Misstrauen aussprechen. Ich glaube, wir müssen auch in dieser Frage der Militäreinsätze etwas vorsichtiger sein. Ich habe große Sorge, dass der Syrien-Einsatz nicht in einem Jahr beendet ist, sondern zehn Jahre dauert, viele Tote noch weiter nach sich zieht und dass wir eine Strategie verfolgen, die am Ende kein Mensch mehr nachvollziehen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, dass wir bei der künftigen Diskussion über Friedenspolitik, so wie wir das in Schleswig-Holstein gemacht haben, die Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen vor Ort auch etwas mehr mitnehmen. In diesem Sinne herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Jetzt kommt Knut Fleckenstein. Ihm folgt Rolf Mützenich.

Knut Fleckenstein, Mitglied des Europaparlaments: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist auch und gerade von Brüssel aus nicht unbedingt vergnüglich, Außenpolitik begleiten zu müssen. Aber wir, die Fraktion im Europäischen Parlament und nicht nur wir Deutschen - ausdrücklich nicht nur wir -, sind froh, dass wir den Frank-Walter Steinmeier haben. Gemeinsam mit Federica Mogherini und anderen -Sozialdemokraten in der Regel - zeigt er uns immer wieder, dass Diplomatie etwas bewirken kann und dass dicke Backen machen alleine eben nicht ausreicht. Das haben wir bei dem Abkommen mit dem Iran gesehen. Wir sehen es auch heute wieder bei den Bemühungen, in Syrien eine Verhandlungslösung zu bekommen. Ich verstehe, dass man unterschiedlich darüber diskutieren kann, ob militärische Einsätze sinnvoll sind oder nicht. Aber, wie eine meiner Vorrednerinnen es getan hat, es sozusagen auf Tornados und die vielen, die ein eigenes Stüppchen kochen, zu reduzieren, ist nicht ganz richtig. Es ist nämlich wichtig, dass wir auch darauf hinweisen: Es ist unser Außenminister. Es sind Sozialdemokraten, Mogherini, Steinmeier und andere, die ständig um die Welt reisen, um Opposition an einen Tisch zu holen, um die Iraner mit den Saudis sprechen zu lassen, um eine Lösung zu finden, die eben notwendig ist, damit auch die militärischen Dinge Sinn machen.

Lasst mich ein paar Worte sagen zu einem Thema noch, nämlich zu Russland. Der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat vor einiger Zeit ein Interview gegeben und daran erinnert, wie wir das gemeinsame Haus Europa mit Russland bauen wollten, und wie man die Hoffnung hatte, dass nach dem Fall der Mauer die Blöcke sich auflösen, und er hätte den Eindruck, einige hätten gemeint, Blöcke auflösen wäre nicht so das Richtige, sondern die Blockgrenze an die russische Westgrenze zu schieben, das sei die richtige Politik. Ich verstehe diese Kritik. Aber sie zeigt eben auch, wie schwierig es ist, auf europäischer Ebene eine Außenpolitik zu machen, wie man gleichzeitig mit Russland das Haus Europa bauen will und die Länder des früheren Warschauer Paktes, die alle froh sind, eher ein bisschen mehr Distanz zu haben, gleichzeitig in die Europäische Union zu integrieren. Auch hier sind es wieder unsere sozialdemokratischen Außenminister, die ständig versuchen, einen vernünftigen Ausgleich dieser Interessen hinzubekommen.

Nun lasst mich etwas sagen: Die Annexion der Krim ist natürlich völkerrechtswidrig. Darüber brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Das militärische Eindringen in die Ost-Ukraine ist absolut nicht hinnehmbar. Aber es ist wieder der deutsche Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier gewesen, der diesen Minsker Prozess dort mit seinem französischen Kollegen in Gang gebracht hat. Und es ist doch wieder - auch wenn es ganz kleine Schritte sind - ein Zeichen dafür, dass Diplomatie eben auch etwas bewirken kann.

Sanktionen haben wir parallel dazu eingeführt. Die gefallen mir nicht. Aber wenn man weder eine militärische Lösung haben will, eine Aufrüstung der Ukraine, noch einfach Wegsehen will, haben wir nicht sehr viel mehr Möglichkeiten.

Dann noch ein letzter Satz: Was wir im Moment brauchen, ist mehr Dialog und nicht weniger. Franz Thönnes hat darauf hingewiesen: Den NATO-Russland-Rat nicht tagen zu lassen, wenn man ihn wirklich braucht, ist absurd. Wenn ich sehe, dass der parlamentarische Dialog mehr oder weniger ausgesetzt wird in einer Zeit, in der Abgeordnete mehr miteinander reden müssten und nicht weniger, weil die Probleme größer werden, dann ist das falsch. Parlamentarier haben auf Sanktionslisten nichts zu suchen, weder auf Brüsseler noch auf Moskauer.

(BEIFALL)

Wer sind wir Abgeordnete denn, dass wir uns von Außenministern erzählen lassen, mit wem wir reden und mit wem wir nicht reden? Das muss schnell in Ordnung gebracht werden.

(BEIFALL)

Miteinander reden hat auch etwas zu tun mit Zivilgesellschaft, die wir in anderen Ländern unterstützen müssen. Es hat auch was mit der Begegnung von jungen Menschen zu tun. Aber was für eine Begegnung ist denn da möglich, wenn eine junge Frau aus Nowosibirsk einen Kursus oder eine Veranstaltung einer Stiftung in Brüssel oder in Berlin mitmachen will? Lasst euch mal erzählen, wie viel Visa-Anträge sie stellen muss, wie sie reisen muss, damit sie überhaupt hier rein darf. Deshalb ist Visa-Erleichterung gerade mit Ländern wie Russland besonders wichtig.

Wenn Hunderttausende junger Menschen miteinander darüber streiten, miteinander darüber diskutieren, wie Zukunft auszusehen hat auf diesem Kontinent, wenn Hunderttausende junge Menschen gemeinsame Projekte erarbeiten, dann ist das mehr wert als mancher Vertrag, unter dem am Ende „Merkel“ und „Putin“ steht. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Knut. - Als letzter Redner in dieser Debatte hat Rolf Mützenich das Wort. - Ich bitte noch einmal alle Delegationen, dafür zu sorgen, dass, wenn wir gleich in den Abstimmungsblock zu diesen Anträgen kommen, möglichst viele Delegierte im Saal sind. - Rolf, du hast das Wort.

Rolf Mützenich, Nordrhein-Westfalen: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich kenne niemanden in der SPD-Bundestagsfraktion, der sich am vergangenen Dienstag und dem Donnerstag zuvor - wir hatten extra die Haushaltsberatungen unterbrochen - die Entscheidung leicht gemacht hat. Wir haben eine sehr intensive und nachdenkliche Debatte in der Fraktion erlebt.

Ich muss dazu sagen: Keine Position hat es sich leicht gemacht, aber auch keine Position hat davor zurückgeschreckt, das Dilemma, das sie selbst hat, zu beschreiben. Deswegen sind letztlich Widersprüche in einer solchen Situation da. Aber der Bundestag musste am Freitag eine Entscheidung in Form von Ja oder Nein treffen.

Deswegen sage ich sehr eindringlich, liebe Genossinnen und Genossen: Deutschland ist nicht verantwortlich für das Abschlagen in Syrien, aber Deutschland trägt Verantwortung in dem Versuch, eine friedliche, eine humanitäre Lösung im Sinne der Menschen, die dort sind oder die von dort geflohen sind, zu erreichen. Deswegen, finde ich, muss man auch auf diesem Parteitag daran erinnern, dass wir schon längst Verantwortung übernommen haben. Deutschland und der Deutsche Bundestag haben im letzten Jahr der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen auf deutschem Boden zugestimmt. Das war eine verantwortliche Haltung des Deutschen Bundestages und insbesondere der Sozialdemokratie. Man muss den Linken vorwerfen, dass sie unter fadenscheinigen Argumenten der Vernichtung von Chemiewaffen in Deutschland nicht zugestimmt haben. Das bleibt letztlich auch als Vorwurf in einer internationalen Debatte, die wir als Sozialdemokraten führen.

Zweiter Punkt. Es waren an verantwortlicher Stelle Sozialdemokraten, die die Verhandlungen mit dem Iran erst möglich gemacht haben und diplomatische Bemühungen damals in der rot-grünen Bundesregierung versucht haben. Wir haben es bis zum Ende durchgehalten und waren erfolgreich.

(BEIFALL)

Der dritte Punkt. Auch das ist etwas, wofür ich Frank-Walter danke: Er versucht gerade bei der Syrien-Frage die Europäer zueinanderzubringen. Die Europäer hatten von Beginn an ganz unterschiedliche Vorstellungen gehabt, und erst jetzt funktioniert es, weil Deutschland Verantwortung übernommen hat.

In diesem Zusammenhang: Es war nicht nur ein Foto, das hier hing, als Frank-Walter geredet hat, sondern hier wurde die Flagge der Vereinten Nationen gezeigt. Die Vereinten Nationen, die Charta und die Beschlüsse, sind eine Richtschnur für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Und es war Frank-Walter, der de Mistura auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen überhaupt erst wieder einen Platz als Beauftragter des Generalsekretärs zugewiesen hat. Das war wichtig, damit unter dem Dach der Vereinten Nationen auch eine diplomatische Lösung für Syrien erreicht wird. Genau das ist die Richtschnur einer Bundesregierung, wo Sozialdemokraten Verantwortung tragen.

(BEIFALL)

Ich habe mich zu Wort gemeldet nach Heidis Wortbeitrag. Heidi, ich glaube, auch deine Position ist nicht ohne Dilemma und ohne Widerspruch. Du weißt, dass wir beide in der letzten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag für den Syrien-Einsatz gewesen waren, weil es ein robustes Mandat gegeben hat. Es gab einen Beschluss. Frank-Walter war in diesem Zusammenhang skeptischer gewesen. Deswegen, glaube ich, gehört zu einer ehrlichen Debatte mit dazu, dass wir nach den Erfahrungen in Libyen wahrscheinlich nicht so schnell wieder eine eindeutige Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sehen werden, weil sie missbraucht worden ist, zum großen Teil eben auch von westlichen Ländern. Ich bekenne mich auch zu dieser Sichtweise und zu dieser Niederlage, die damals, glaube ich, Heidi, für uns eine gemeinsame Niederlage war; denn wir wollten die Responsibility to Protect stärken.

Deswegen sage ich auch: Wer sich noch einmal die Sicherheitsratsresolution 2249 in Ruhe in allen ihren Teilen anschaut, sieht: Es folgt dem Kapitel 7 der Charta der Vereinten Nationen. Das ist eine starke Aufforderung an die Völkergemeinschaft, gemeinsam zu handeln. Ich glaube, gerade nach den Ereignissen in Frankreich konnte Deutschland nicht abseitsstehen.

Zwei Bitten habe ich zum Schluss. Ich bin der festen Überzeugung: Wir müssen alles versuchen, eine Verabredung in Wien zustande zu bringen. Aber eine politische Verabredung darf nicht auf Kosten einer internationalen Strafverfolgung derjenigen gehen, die sich schwerster Menschenrechtsverletzungen in Syrien schuldig gemacht haben. Das ist Assad, aber es sind auch viele andere in Syrien. Auch das ist ein Standbein der Sozialdemokratie, nämlich der internationalen Strafverfolgung zum Durchbruch zu verhelfen.

Der letzte Punkt. Ich bin froh, dass im nächsten Jahr die Präsidentschaft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit an Deutschland übergeht. Frank-Walter hat eine große Liste vorgelegt für die Staatengemeinschaft innerhalb der OSZE. Ich bin mir ganz sicher, dass gerade aufgrund der Erfahrung, die er in seiner Rede angesprochen hat, nämlich eine Erfahrung aus der sozialdemokratischen Entspannungs- und Friedenspolitik, uns 2016 diese wertvolle Organisation hilft, auf dem Weg zu einem friedlichen Europa ein bisschen weiter voranzukommen. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Rolf, ganz herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der Debatte zum Bereich Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik angelangt. Es hat in der Debatte eine Reihe von Änderungswünschen gegeben zum IA 4; um den geht es im Moment. Deswegen wird Dietmar jetzt für die Antragskommission erklären, welche Änderungswünsche übernommen werden können, und dann werden wir sehen, ob es noch weiteren Abstimmungsbedarf gibt.

Dietmar Nietan, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die differenzierte und, wie ich finde, sehr wichtige Debatte. Die gute Nachricht ist: Die meisten - ich sage es gleich noch im Detail - Änderungsanträge würden wir als Antragskommission übernehmen.

Lasst mich aber noch kurz zwei Bemerkungen machen, was die Wertschätzung all der vielen, wirklich auch guten Anträge zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik angeht, die ihr im Antragsbuch findet. Wir haben diesen außen- und sicherheitspolitischen Antrag nicht so spät eingebracht, weil wir gedacht haben, wir lassen die Anträge der Landesverbände oder auch der Basis ins Leere laufen und wir nehmen sie nicht ernst oder schätzen sie nicht wert. Vielmehr ist es so, dass die Dramatik und Dynamik der letzten Wochen - man kann fast schon sagen: Tage - es erfordert hat, am Ende an diesem außenpolitischen Antrag immer wieder neu zu feilen, damit er in einer Form präsentiert wird, die die aktuellsten Ereignisse mit einbezieht. Deshalb bitte ich um Verständnis. Es war in keiner Weise so gemeint, dass wir das nicht wertschätzen. Wir haben vielleicht nicht alles, aber doch sehr viele Punkte, die ihr mit guten Anträgen eingebracht habt, zu übernehmen versucht.

Ein weiterer Punkt, den ich noch loswerden will: Liebe Gesine, wir haben am Samstag etwas vor uns, was es, ich glaube, in dieser Form noch auf keinem Parteitag einer sozialdemokratischen oder sozialistischen Partei in Europa gegeben hat. Wir werden den letzten Tag des Parteitages zu einem großen Teil ausschließlich der Europapolitik widmen. Viele Dinge, die Gesine angesprochen hat, stehen in einem eigenen europapolitischen Antrag, wo übrigens auch sehr dezidierte und sehr kritische Punkte zum Thema Türkei und Menschenrechte drinstehen. Also, es ist mitnichten so, dass wir nicht wissen, dass wir bestimmte Dinge in der Europapolitik ändern und weiterentwickeln müssen. Es ist nicht so, dass es dafür etwa keine Wertschätzung gibt, sondern im Gegenteil: Wir werden mit der europapolitischen Debatte, mit dem Antrag, mit der Rede dazu von Martin Schulz, mit dem Panel, an dem sozialdemokratische europäische Staats- und

Regierungschefs und die Hohe Beauftragte für EU-Außenpolitik teilnehmen, genau andersherum am Ende des Parteitages den Akzent setzen, dass es nur eine Partei gibt in Deutschland, die Europa als Ganzes und als ein soziales, solidarisches Europa im Blick hat, und das ist die SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Vielen Dank auch für die Hinweise von Franz Thönnies. Wir haben zu humanitären Hilfen noch mal einen ganzen Absatz in den Antrag auf Seite 6 aufgenommen. Wir nehmen nicht noch mal explizit die Worte des Dreiklangs in den Mund, die du beschrieben hast, lieber Franz; aber ich glaube, mit dieser Aufwertung des Antrags um einen Absatz „Humanitäre Hilfen“, wo wir auch eng mit dem menschenrechtspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion Frank Schwabe zusammengearbeitet haben, werden wir dem Anliegen gerecht.

Vielen Dank auch für den Hinweis. Wir werden das so umformulieren, dass deutlich wird, dass sich die deutsche Sozialdemokratie wünscht, dass die Beziehungen zu Russland weiterentwickelt werden und dass wir uns auch freuen würden, wenn dazu auch ein deutsch-russisches Jugendwerk gehören würde.

Nun möchte ich aber zu den einzelnen Änderungsanträgen kommen. Ich fange mit dem an, was wir gerne übernehmen möchten, liebe Genossinnen und Genossen.

Die drei Änderungsanträge vonseiten der ASF, die Cornelia Oestrich eingebracht hat, werden wir alle übernehmen. Ebenso möchten wir die zwei Textbausteine, die euch Klaus Barthel vorgelesen hat, übernehmen. Wir werden den Text zu den ökonomischen Ursachen der Krisen nicht vorne einbauen, wie es Klaus vorgeschlagen hat, sondern in das Kapitel 3, wo es um die globalisierte Welt geht. Wir glauben, da passt es sehr gut hin. Das ist aber auch mit Klaus so besprochen. Auch, was verbindliche Standards, Unternehmen, Handelsverträge und auch den Umgang mit Konfliktmineralien angeht, übernehmen wir gerne die Änderungen vom Klaus, sodass wir, glaube ich, den Antrag auch an der Stelle noch einmal weiterentwickelt haben.

(BEIFALL)

Dann möchte ich euch jetzt darum bitten, euer Augenmerk noch einmal auf die Seite 2 des Antrags und den ab Zeile 74 fettgedruckten, aktualisierten Teil zu richten, der von Zeile 74 bis zum Ende der Seite - fast bis Zeile 91 - geht. Zu diesem Komplex, wo es auch rund um die Frage „Solidarität mit Frankreich“ geht, gab es mehrere Änderungsanträge, und da möchten wir folgenden Vorschlag machen: Rainer Arnold hat den Vorschlag gemacht, in der Zeile 81 nach dem Satz, der mit „... Frankreich und der internationalen Allianz gegen den IS ihre Unterstützung zugesagt.“ endet - das ist, wie gesagt, Zeile 81 - Folgendes einzufügen: „Aus der Beistandspflicht ergibt sich kein Automatismus, einen bestimmten Umfang an Unterstützungsleistungen einzubringen.“ Damit gehen wir auf die Frage ein: Gibt es einen Automatismus auch hinsichtlich Bodentruppen oder hinsichtlich einer weiteren Eskalation? Wir finden, dass dieser Vorschlag von Rainer Arnold sehr zielführend ist, dass es eben diesen Automatismus mit uns jedenfalls nicht gibt.

Wir würden dann an dieser Stelle, direkt gefolgt nach diesem neuen Satz von Rainer Arnold, auch den Vorschlag von Hilde Mattheis einbringen: „Wir wollen keine Bodentruppen.“

Diese beiden Punkte würden wir an dieser Stelle dann so übernehmen.

Damit kämen wir jetzt zu der Frage: Was würden wir dann nicht übernehmen? Es gibt den Antrag von Hessen-Süd, ab der Zeile 77 - „Frankreich bat die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union“ usw. bis zur Mittel der Zeile 86 „Weltfriedens und internationale Sicherheit“ -, also den gesamten Absatz zu der Frage Solidarität mit Frankreich, zu streichen. Das möchten wir nicht tun, weil wir glauben, dass wir durch die Ergänzungen von Rainer Arnold und Hilde Mattheis, die ich gerade aufgezählt habe, jetzt diesen Beistand auch noch einmal in einen entsprechenden Kontext rücken. Deshalb wäre es schlecht, wenn wir diesen ganzen Absatz streichen.

Zum anderen ist es so: Ich kann mir denken, was der Hintergrund war, nämlich dass wir Bezug nehmen auf Art. 40 des Vertrags über die Europäische Union. Wenn ihr euch den Text noch mal anguckt: Dieser Text gibt keine Bewertung der Rechtmäßigkeit der Anrufung des Artikels, sondern er weist nur darauf hin, dass Frankreich sich auf ihn bezogen hat, und im weiteren Text weist er nur darauf hin, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Anschläge einstimmig verurteilt hat, und zitiert daraus. Ich glaube, wenn wir die Zitate, die wir bringen, einfach streichen, kann das in einen falschen Hals kommen. Deshalb lehnen wir diese Streichung ab und bitten, wie ich gerade gesagt habe, eher darum, diesen Absatz durch die Anträge von Mattheis und Arnold zu präzisieren.

Wir sind dann auch der Meinung, dass mit diesen Präzisierungen der Änderungsantrag, der vom Landesverband Sachsen gekommen ist, entfallen kann, denn wenn wir das jetzt so präzisiert haben, und würden dann noch einmal schreiben, wie ihr es fordert - „Wir werden kontinuierlich darauf achten, dass das vom Bundestag beschlossene Mandat den Rahmen des international vereinbarten Völkerrechts nicht überschreitet.“ -, dann kann das nur noch so verstanden werden nach all diesen Präzisierungen, dass wir der Bundesregierung und damit auch dem Teil der SPD in der Bundesregierung nicht zutrauen, strengstens darauf zu achten, dass wir uns selbstverständlich ans Völkerrecht halten. Deshalb möchten wir auch diesen Antrag von Sachsen nicht übernehmen.

Also bis auf die Streichung Hessen-Süd und den Antrag Sachsen würden wir alles wie von mir vorgetragen übernehmen, und für diese Übernahme brauchen wir keine Abstimmung mehr. Aber für die Nichtübernahme der beiden letztgenannten Punkte bitte ich dann um euer Votum.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dietmar, für den Bericht und vor allen Dingen auch für den Versuch, ganz vieles noch aufzunehmen, was in der Debatte eingeführt worden ist. Ich glaube, das macht noch einmal deutlich, wie ernsthaft wir mit den Anträgen umgehen.

Normalerweise können wir jetzt über das komplette Votum der Antragskommission abstimmen, ob dieser Antrag mit Änderungen angenommen wird, es sei denn, die Hessen-Südler oder die Sachsen fordern noch eine Einzelabstimmung zu den nicht übernommenen Anträgen. Ist das bei Hessen-Süd der Fall? - Ja, das scheint der Fall zu sein. Ist das bei Sachsen auch der Fall? - Ja.

Okay, Dietmar, dann würde ich dich jetzt bitten, den Antrag von Hessen-Süd noch mal genau vorzulesen. Es geht um die Streichung der Zeilen 81 bis 86 auf der Seite 2, wenn ich es richtig sehe.

Dietmar Nietan, Antragskommission: Es geht darum, ab der Zeile 77, wo der Satz beginnt „Frankreich bat ...“ bis zur Mitte der Zeile 86, wo der Satz dann mit „internationaler Sicherheit“ endet, diesen gesamten Komplex aus dem Antrag ersatzlos zu streichen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Votum der Antragskommission ist, dass dieser Absatz so erhalten bleibt. Wir stimmen zunächst über das Votum der Antragskommission ab. Wer folgt dem Votum der Antragskommission, dass der Absatz erhalten bleibt? - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war ganz eindeutig die Mehrheit.

Dann kämen wir zu dem zweiten Antrag, bei dem um Einzelabstimmung gebeten worden ist. Das war der sächsische Antrag. Wenn du auch hier noch mal genau sagst, um welche Zeilen es geht?

Dietmar Nietan, Antragskommission: Da ging es darum, in der Zeile auf dieser besagten Seite diesen Absatz einzubauen: „... kontinuierlich darauf zu achten, dass das Mandat im Rahmen des international vereinbarten Völkerrechts ist, es nicht überschreitet“ usw.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Auch da war das Votum der Antragskommission, dass man es bei der Fassung belassen soll, wie sie eben Dietmar Nietan mit Ergänzungen vorgestellt hat. Wer diesem Votum folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt diesem Votum nicht zu? - Auch hier war das erste eindeutig die Mehrheit.

Damit kämen wir dann zur Gesamtabstimmung über den IA4 mit all den Änderungen, die Dietmar eben vorgestellt hat. Ich darf also fragen, wer dem Leitantrag „Die Zukunft gestalten - Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte“ seine Zustimmung geben möchte, und bitte um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wir sehen von hier oben drei Gegenstimmen. - Vier. Dann müsst ihr die Kartenzeichen noch mal ganz hoch heben. Hebt bitte noch mal hoch, wer dagegen ist. - Wer enthält sich? Das sind auch einige wenige Enthaltungen. - Bei - ich sage mal - zwei Dutzend Gegenstimmen ist dieser Antrag mit großer Mehrheit beschlossen. Herzlichen Dank für die gute Debatte.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Stichwort „Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik“.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Noch nicht ganz. Das war jetzt ein ganz klein bisschen zu schnell. Wir müssen und wollen noch darauf hinweisen, dass mit der Annahme des IA 4 eine Reihe von Anträgen aus dem Antragsbuch erledigt ist. Die Liste liegt euch vor und ist ausgeteilt worden. Ich glaube, ich brauche sie euch jetzt nicht mehr alle zu nennen, wobei ich auch noch mal darauf hinweisen will: Viel von diesen Anträgen ist ja in die Debatte eingeflossen.

Gibt es an irgendeiner Stelle Widerspruch dagegen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann haben wir das so zur Kenntnis genommen.

Dann komme ich noch zu den übrigen Anträgen im Bereich Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Die gesamten Vorschläge der Antragskommission findet ihr im Antragsbuch auf den Seiten 97 bis 173. Auch darüber können wir komplett abstimmen, es sei denn, jemand von euch wünscht, dass ein einzelner Antrag noch mal aufgerufen wird. Ist das der Fall? - Nein. Es liegen auch keine Wortmeldungen dazu vor.

Insofern können wir komplett über das Votum der Antragskommission zu den weiteren Anträgen auf den Seiten 97 bis 173 im Antragsbuch abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Mit einigen wenigen Gegenstimmen haben wir das so miteinander auf den Weg gebracht. - Vielen, vielen Dank.

Jetzt kann ich an Michael Groschek übergeben.

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAGSBEREICH: FÜR EINE VERANTWORTUNGSVOLLE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Danke. - Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen jetzt zum Themenschwerpunkt „Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik“. Verantwortung übernehmen seit vielen Monaten Zehntausende von Bürgerinnen und Bürgern, um aus Neubürgern Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen. Zehntausende in unserem Land schreiben in Wirklichkeit ein neues Sommer-, Herbst- und Wintermärchen, und diesen vielen Zehntausenden, zu denen auch viele Sozialdemokraten zählen, sollten wir jetzt wirklich Dank sagen. Herzlichen Dank euch allen draußen im Land!

(BEIFALL)

Film ab, bitte.

(ES WIRD EIN FILM GEZEIGT - BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen! Applaus zu spenden, ist das eine. Das ist wohlthuend und wichtig. Zeit und Geld zu spenden, ist noch besser, und dazu haben wir gleich die große Gelegenheit. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen gleich durch die Reihen, und ihr könnt Zeit spenden - egal wann und wo; das bestimmt ihr alleine. Geld spenden könnt ihr auch ganz einfach qua SMS. Die Nummer wird gleich angezeigt. Ich bitte euch nur, darauf zu achten, dass ihr euer Privathandy benutzt; denn die Spende wird mit der Telefonrechnung abgerechnet.

Bevor ich jetzt Wilhelm Schmidt das Wort erteile, möchte ich unter uns einen großen europäischen Sozialdemokraten begrüßen, nämlich den Vorsitzenden unserer tschechischen Bruder- und Schwesterpartei und Ministerpräsidenten Tschechiens, Bohuslav Sobotka. Herzlich willkommen auf unserem Parteitag.

(BEIFALL)

Lieber Wilhelm Schmidt, als Präsident der AWO sitzt du den vielen ehrenamtlichen Helfern vor, ohne die der Alltag in unserem Land für Millionen von Zuwanderern trostlos wäre. Deshalb freuen wir uns auf dein Grußwort als Genosse, Freund und Familienmitglied. AWO und Sozialdemokratie gehören zusammen.

(BEIFALL)

GRÜßWORT WILHELM SCHMIDT, PRÄSIDENT DER ARBEITERWOHLFAHRT

Wilhelm Schmidt, Präsident der AWO: Vielen Dank, lieber Mike, für die freundliche Begrüßung. - Ich überbringe die Grüße der Arbeiterwohlfahrt hier auf dem Parteitag erneut sehr gerne - gemeinsam mit Wolfgang Stadler, unserem Vorstandsvorsitzenden, und eigentlich mit euch allen; denn ich vermute, fast alle sind auch Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt. Wer es noch nicht ist, der kann es noch werden.

(BEIFALL)

Ich überbringe die Grüße der Arbeiterwohlfahrt an einem solchen Tag und in einem solchen Zusammenhang auch deswegen sehr gerne, weil ich finde, dass wir gerade in dieser Zeit im besonderen Maße auf die gemeinsame Arbeit in der Zivilgesellschaft und mit der SPD angewiesen sind, wenn wir den Menschen helfen wollen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. - Das ist der Ausgangspunkt.

Die Arbeitswohlfahrt begleitet die Arbeit in der Gesellschaft, die wir tun wollen und tun müssen, in dreierlei Weise: als Mitgliederverband in 4.000 Ortsvereinen und 400 Kreisverbänden mit rund 350.000 Mitgliedern auf der einen Seite, aber auch als Träger der Einrichtungen der sozialen Arbeit in Deutschland - 16.000 an der Zahl - mit inzwischen über 207.000 hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ich finde, eine ganz besondere wichtige Aufgabe, der wir uns stellen, ist immer die, auch Sprachrohr für die Menschen zu sein, uns also in die politische Debatte einzumischen und dafür zu sorgen, dass die Interessen der Menschen in der Öffentlichkeit, in der Politik und auch bei der SPD wahrgenommen werden. Dies tun wir nach Kräften, liebe Genossinnen und Genossen, und ich denke, dass das auch viele spüren.

Vor diesem Hintergrund haben wir in der Arbeiterwohlfahrt viele staatliche und kommunale Entscheidungen seit der Gründung vor knapp einhundert Jahren immer wieder mit auf den Weg gebracht. Vieles ist in den Denkwerkstätten der Arbeiterwohlfahrt entstanden: das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, die Sozialhilfeansprüche, die Tatsache, dass wir ein modernes Kinder- und Jugendrecht und die Pflegeversicherung haben. Vieles ist von der Arbeiterwohlfahrt erdacht, angedacht oder jedenfalls in besonderem Maße ausgearbeitet worden.

In jüngerer Zeit fühlen wir uns besonders an der Seite von Manuela Schwesig in einer modernen Familienpolitik sehr eng miteinander verbunden, weil ich glaube, dass das eine ganz besondere Rolle spielt, übrigens - ich komme gleich darauf zurück - auch im Zusammenhang mit der Flüchtlingsarbeit.

Darauf, was wir schon geleistet haben, sind wir stolz; das will ich durchaus sagen. Wir fühlen uns an vielen Stellen von sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sehr unterstützt.

Natürlich - auch das gehört dazu - sind wir in einer solchen rasanten Zeit, in der wir immer wieder - manchmal auch sehr plötzlich und mit besonderen Herausforderungen - vor politischen Entscheidungen stehen, mitgerissen, und es fällt uns manchmal auch nicht ganz leicht, diese mitzutragen.

Dennoch glaube ich: Eine ganz wichtige Grundlage ist hier, dass mit Sigmar Gabriel einer die Wirtschaftspolitik macht, der auch an die soziale Arbeit denkt, und dass wir in der Justizpolitik auch für viele andere sichtbar und spürbar machen, dass wir an die Mitmenschlichkeit in dieser Gesellschaft dadurch denken, dass

Heiko Maas sich immer wieder einschaltet.

Das, was Barbara Hendricks mit ihrer Nachhaltigkeitspolitik macht - gerade auch in diesen Tagen in Paris -, wollen wir auch mit sozialer und nicht nur mit ökologischer Nachhaltigkeit verbinden. Auch das ist ein ganz wichtiger Aspekt, von dem wir meinen, dass er gut verankert ist.

Von Frank-Walter Steinmeier und seiner internationalen Politik muss ich nur im Ansatz reden. Ich finde, er hat für sich selbst und für uns alle vorhin mit seinem Eröffnungsbeitrag eine unglaubliche Marke abgegeben, hinter der wir uns - jedenfalls auch als Arbeiterwohlfahrt - gut versammeln können.

Mit Andrea Nahles und Manuela Schwesig haben wir zwei Fachministerinnen, in deren politischen Bereichen wir uns in besonderem Maße mitverantwortlich fühlen und von denen wir meinen, dass sie wirklich gute Arbeit leisten.

Mindestlohn, die Tarifverankerung gerade auch im sozialen Bereich - die Arbeiterwohlfahrt kämpft für einen Sozialtarifvertrag über alle Sparten hinweg, für alle Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Alles das, glaube ich, bringt uns da sehr viel weiter.

Wenn es darum geht, Arbeitsmarktpolitik auch für Flüchtlinge in Deutschland zu machen, Andrea, dann bist du auch von uns und mit uns gemeinsam auf den richtigen Weg gegangen.

(BEIFALL)

Das gilt auch und besonders für Manuela Schwesig. Ich habe eben schon angedeutet, wie eng wir in der Familienpolitik mit ihr zusammenarbeiten. Das gilt aber auch für die Politik für die ältere Generation. Das gilt für die Politik, die wir mit den ganz kleinen und mit den jungen Menschen in Deutschland verfolgt haben möchten. Die Tatsache, dass wir glücklicherweise kein Betreuungsgeld mehr haben, sondern dafür den Kita-Ausbau gesichert haben, ist auch Manuela Schwesig und ihrer Arbeit zu verdanken. Herzlichen Dank dafür!

(BEIFALL)

Sie ist die zuständige Ministerin für die Wohlfahrtsverbände. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es mit anderen überhaupt besser ginge. Im Gegenteil. Manuela, herzlichen Dank für deine Solidarität und Unterstützung der Arbeiterwohlfahrtsverbände! Das ist nicht ein Selbstzweck. Ich glaube, wir verstehen uns da gemeinsam richtig, wenn wir sagen: Die Wohlfahrtsverbände erfüllen insgesamt einen ganz wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft. Vor allen Dingen sichern wir die Angebote des Sozialstaats, der Daseinsvorsorge. Wir sorgen dafür, dass das bei den Menschen vor Ort ankommt. Dass wir diese Akzente immer wieder gesetzt haben, ist ein Teil der Arbeit dieser Regierung.

Zu zwei, drei Spezialbereichen nur in aller Kürze.

Über Flüchtlingspolitik wird gleich noch in der Breite diskutiert werden. Auch darauf freuen wir uns. Ich will nur anmerken, dass wir als Arbeiterwohlfahrt auch aus unserer Geschichte, aus der gemeinsamen Geschichte mit der SPD heraus auf jeden Fall darauf pochen, dass das Asylrecht nicht angetastet werden darf

und dass sich alle unsere Bemühungen immer vor der Frage der Sicherung der Menschenwürde und der Menschenrechte zu versammeln haben. Dann können wir auch das erreichen, was wir erreichen wollen, nämlich eine gute, eine zügige Erstaufnahme in Deutschland und daraus folgernd was ganz wichtig ist, liebe Genossinnen und Genossen auch eine nachhaltige Integrationspolitik zu entwickeln. So steht es im Leitantrag. Damit sind wir sehr zufrieden. Ich will jedenfalls an dieser Stelle gesagt haben, dass wir uns auch in diesem Zusammenhang in engem Schulterschluss mit der SPD auf den Weg gemacht haben und das auch vor Ort machen werden.

Zur Friedenspolitik ist viel gesagt worden. Egon Bahr war einer unserer jüngeren nicht vom Lebensalter her, aber von den in den letzten Jahren geehrten Preisträger mit unserer höchsten Auszeichnung, dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis. Den haben wir ja nicht umsonst zum ersten Mal Johannes Rau vor mittlerweile 14 Jahren verliehen. Das Entscheidende ist, glaube ich, dass wir noch mehr als bisher darauf pochen, dass Friedenspolitik nicht mit Kriegseteiligung anfängt, sondern dass Friedenspolitik gerade für uns damit anfängt, dass wir eine soziale Politik auch im Ausland und vor allen Dingen auch eine gute Entwicklungszusammenarbeit im Ausland verankern. Dann kommt es gar nicht erst zu vielen Dingen, die wir heute beklagen müssen, wie wir das jetzt spüren.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist also ermutigend, wenn wir in dieser Zeit auf so etwas blicken können, dass sich das schrittweise auch im Rahmen von Sozialdemokratie entwickelt. Ich will das auch zur Wirtschaftspolitik sagen. Wirtschaftspolitik ich habe es angedeutet fängt mit sozialem Denken an. Mit guter Wirtschaftspolitik sichert man die Existenz der Menschen. Man verringert Armut. Man sorgt dafür, dass sich vieles, was wir immer noch zu beklagen haben, in der Gesellschaft besser darstellt.

Lieber Sigmar, ich will hier an dieser Stelle in aller Offenheit und in aller Freundschaft auch ein Wort zum Freihandelsabkommen TTIP sagen. Wir haben uns sehr oft damit beschäftigt und auseinandergesetzt. Das, was draußen im Land viele Organisationen und Verbände übrigens auch die Arbeiterwohlfahrt immer wieder berührt um nicht zu sagen: auch zu einem Teil stört, ist die Tatsache, dass wir nicht in dem Maße, wie wir es erhoffen, in dieser Phase der Verhandlungen der Europäischen Union mit der amerikanischen Seite ein Wort hören, das ungefähr so lautet: Das Sozialstaatsgefüge in Deutschland, die Systeme der Daseinsvorsorge in Deutschland in der Kultur, in der Medienlandschaft, werden durch das Freihandelsabkommen, das wir anstreben und von mir unterzeichnet werden soll, nicht verhandelbar sein und werden nicht zu stoppen sein! - Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Botschaft auch an einem solchen Tage.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein ganz breites Spektrum, von dem wir meinen, dass wir uns immer wieder eines Kompasses vergewissern müssen, eines Kompasses, der in der Geschichte der Sozialdemokratie, in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt begründet ist. Wenn wir in den nächsten Monaten ein Denkmal für Marie Juchacz in Berlin errichten werden was wir wollen und an dem wir schon arbeiten, dann wird darin nach unserer jetzigen Auffassung, die wir mit dem Künstler teilen, u.a. stehen, dass wir auch an den Grundwerten der SPD und der Arbeiterwohlfahrt als Vermächtnis der Gründerin der Arbeiterwohlfahrt und als Zukunftsperspektive für uns alle in der Wahrnehmung festhalten wollen, nämlich Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität.

In diesem Sinne wollen wir alle miteinander gerade auch diese Solidarität noch mehr als bisher im Interesse

der Menschen, die sich unserer Hilfe und unserer Unterstützung anvertrauen, an den Tag legen. In diesem Sinne danke ich der SPD auf allen Ebenen mit ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern für die gute Zusammenarbeit. An mancher Stelle könnte es noch besser sein. Mehr AWO ist gut für die Menschen! Mehr AWO ist übrigens auch gut für die SPD! - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wilhelm Schmidt. - Jetzt Sigmar!

EHRUNG STEFFI BARTHOLD

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Willi, keine Angst, die Blumen sind nicht für dich! - Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil wir ja häufig genug diejenigen unter uns loben und ehren, die in der Öffentlichkeit stehen und häufig auch Funktionen wahrnehmen, die im Fernsehen auftreten, die vieles andere tun und die Ämter innehaben wie auch der AWO-Vorsitzende.

Wir hatten in diesem Spätsommer eine Veranstaltung, zu der wir alle diejenigen in den Deutschen Bundestag eingeladen haben, die als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wie Mike Groschek es gesagt hat, vor Ort Flüchtlingshilfe machen. Es waren ein paar Hundert. Das war ein beeindruckendes Bild. Wir haben uns gedacht: Wir laden heute stellvertretend für alle, die das tun, eine Person ein, die sich unter ziemlich schwierigen Umständen engagiert. Sie selber ist beruflich Altenpflegerin, aber engagiert sich in ihrem Ort in Sachsen, in Einsiedel, einem Stadtteil von Chemnitz, für Flüchtlinge. Sie ist dort vor allen Dingen das einzige SPD-Ortsratsmitglied gegen die Rechtsradikalen und gegen die Kampagne der Rechtsradikalen „Nein zum Heim“.

Ich finde, ab und zu macht es Sinn, dass wir übrigens möglichst häufig diejenigen ehren, die nicht auf den Plakaten stehen, die keine Ämter haben. Einer meiner Vorgänger in meinem Heimatbezirk Braunschweig, Rudi Hauck, hat mal ein Buch über sie geschrieben. Er nannte sie die „Wasserträger“, weil sie das Wasser auf das Rad der SPD und des sozialen Fortschritts tragen, ohne die sich dieses Rad nicht drehen würde, die sich dabei viel Arbeit machen, aber persönlich damit weder Geld als Abgeordnete verdienen noch daraus ihren Beruf machen noch sonst irgendwie Ehrungen erfahren. Wir alle wissen, ohne diese Hunderttausende und im Laufe der Jahrzehnte Millionen Wasserträgerinnen und Wasserträger wäre es nichts mit den Erfolgen der Sozialdemokratie.

Deshalb möchten wir Steffi Barthold bitten, auf die Bühne zu kommen. Sie ist aus Sachsen, aus Einsiedel, einziges Ortsratsmitglied der SPD, kämpferisch in der Flüchtlingsinitiative und kämpft gegen die Nazis in ihrem Ort.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, was ihr nicht wissen könnt, ist, dass ich Steffi vorher versprechen musste, dass sie nicht reden muss. Ich habe ihr auch nicht gesagt, dass sie auf die Bühne muss. Aber sie hat mir eben zugeflüstert, dass sie das für alle macht. Und wir wollen dich stellvertretend für all diejenigen ehren, die so etwas machen wie du, die etwas mit Menschen für unsere gute Sache unternehmen und dafür in der Regel ganz still zu Hause sitzen. Dafür haben wir all denen, die gerade im Bundestag waren, eine Urkunde und eine Nadel mitgegeben. Die geben wir dir jetzt auch - aber auch einen Strauß Blumen. Vielen Dank, dass du das alles machst! Vielen Dank, dass du die Fahne der SPD hochhältst und dass du hergekommen und nicht rausgerannt bist, als ich gesagt habe, dass du auf die Bühne musst. Alles Gute, vielen Dank!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Auch das ist Solidarität und Verantwortung - so wie der Titel unseres Initiativantrages 9, der Grundlage der nun folgenden Beratung sein wird.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz, gibt ihrer Politik durch Solidarität und Verantwortung ein menschliches Maß. Rheinland-Pfalz ist ein sozialdemokratisches Land, auf das wir stolz sind. Liebe Malu, wir hoffen sehr, dass wir dich - nach breitem Rückenwind hier - nach der Landtagswahl und einem großartigen Wahlerfolg hier auf einem der nächsten Parteitage wieder begrüßen können.

(BEIFALL)

Malu, du hast das Wort.

EINFÜHRUNG IN DEN INITIATIVANTRAG FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz: Liebe Genossen und liebe Genossinnen! Herzlichen Dank, lieber Mike. Ich verspreche schon jetzt, bevor ich loslege: Wir tun alles dafür, und ich bin ganz sicher: Wir schaffen das auch - mit eurer Hilfe.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich möchte euch von einem Flüchtling erzählen, von einem jungen Mann, 20 Jahre alt. Er flieht vor Terror und politischer Verfolgung aus seiner Heimat. Er ist jung; er ist motiviert und politisch engagiert. Er flieht in ein anderes Land, auf der Suche nach Sicherheit, auf der Suche nach Freiheit, auf der Suche nach Demokratie. All das findet er in einem anderen Land. Ihm wird die Möglichkeit gegeben, ein Hochschulstudium zu absolvieren. Nach einigen Jahren nimmt er sogar die neue Staatsangehörigkeit an. Er heiratet. Aber er vergisst seine Heimat nie. Er engagiert sich für die demokratischen Kräfte dort. Er unterstützt aus der Ferne, wo er kann. Jahre später ist der Krieg beendet. Der junge Mann kehrt nach Hause zurück. 24 Jahre später wird er zum Regierungschef gewählt und erhält wenige Jahre später den Friedensnobelpreis.

Menschen, für die ein Leben in Sicherheit unverzichtbar ist, die Partei Was lehrt uns das, liebe Genossen und Genossinnen? Die SPD ist und bleibt die Partei der Menschen, die nach Frieden und Freiheit streben, die Partei der Menschen, die für Gerechtigkeit kämpfen. Wir sind, liebe Genossinnen und Genossen, und wir bleiben die Partei Willy Brandts.

(BEIFALL)

Die Geschichte Willy Brandts erinnert uns daran, dass wir Deutsche auch schon in Not und auf der Flucht waren. Sie erinnert uns daran, dass viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ihre Heimat verlassen mussten, dass auch wir schon häufig auf die Hilfe, die Unterstützung und die Solidarität anderer angewiesen waren. Die Geschichte erinnert uns daran, dass gerade unsere junge Demokratie nach 1945 unfassbar davon profitiert hat, dass Menschen wie Willy Brandt auf der Flucht Chancen hatten. Er sei in Norwegen politisch in die Lehre gegangen, hat er gesagt. Das Gelernte konnte er nach seiner Rückkehr in seiner Heimat einbringen.

Und die Geschichte erinnert uns auch daran, dass die Länder, die Flüchtlingen Chancen geben, selber davon profitieren. Willy Brandt sagte selber: Ich fühle mich Norwegen mit tausend Banden verbunden, aber ich habe niemals Deutschland, das andere Deutschland, aufgegeben.

Liebe Genossen und Genossinnen, das andere Deutschland, das sind wir. Lasst uns dieses andere Deutschland heute von seiner allerbesten Seite zeigen.

(BEIFALL)

Was wohl hätte Willy Brandt uns geraten, und was heißt sein Erleben, seine Flucht für uns heute im Jahr 2015? Das heißt, dass wir eine Verpflichtung haben, Menschen, die vor Krieg, vor Gewalt und vor politi-

scher Verfolgung fliehen, zu helfen. Das heißt, dass wir sie integrieren und ihnen Chancen geben müssen, weil das zum Wohle unserer gesamten Gesellschaft ist. Das heißt auch, dass jeder eine Chance verdient hat. In jedem Flüchtling steckt vielleicht sogar der, der in einigen Jahren seinem Land die Demokratie bringt.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, die Geschichte von Willy Brandt zeigt doch auch: Nicht alle Flüchtlinge werden auf Dauer bei uns bleiben. Viele werden zurückkehren, wenn in ihren Heimatländern endlich Frieden herrscht und sie Perspektiven haben. Lasst uns auch das nicht vergessen, und lasst uns auch das immer wieder erzählen.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, ich weiß, dass sich viele Menschen bei uns im Land unsicher sind. Sie fragen sich, was all die vielen Flüchtlinge für sie selber bedeuten. Sie fragen sich, ob ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind und wie es eigentlich weitergeht. Diese Sorgen müssen wir selbstverständlich sehr ernst nehmen. Sorgen haben vor allem diejenigen, die es schwerer haben in unserer Gesellschaft, die weniger gut ausgebildet sind, die keine oder schlecht bezahlte Arbeit haben und die jeden Cent in ihrem Portmonee umdrehen müssen. Wenn wir diese Sorgen nicht ernst nehmen, gefährden wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und nur wenn wir zusammenhalten, schaffen wir auch die Integration.

(BEIFALL)

Die Sozialdemokratie steht dafür, dass keiner das Gefühl hat, ausgeschlossen zu sein, und alle die gleichen Chancen bekommen. Wir stehen dafür, dass keiner in unserer Gesellschaft verloren geht. Darum geht es heute auch, wenn wir über die Herausforderungen mit Blick auf die Flüchtlinge sprechen.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, gerade deswegen ist es mir so wichtig, dass von uns eine eindeutige, eine optimistische, eine zukunftstaugliche Botschaft ausgeht. Die Antwort der SPD auf Unsicherheit ist mehr soziale Gerechtigkeit. Die Antwort der SPD auf Unsicherheit sind Chancen für alle auf Bildung, auf Arbeit, auf Wohnen. Und die Antwort der SPD auf Unsicherheit ist: mehr Sicherheit. Nur so sichern wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

(BEIFALL)

Wir spielen die Menschen in Deutschland nicht gegeneinander aus.

(BEIFALL)

Wir spielen nicht Muslime gegen Frauen aus.

(BEIFALL)

Wir spielen auch nicht Arbeitslose gegen Flüchtlinge aus. Wir denken Gesellschaft zusammen, liebe Genossen und liebe Genossinnen.

(BEIFALL)

Ich bringe heute auf unserem Parteitag den Initiativantrag zu Flüchtlingen und Integration ein. An dieser Stelle will ich mich sehr herzlich bedanken bei Sigmar, bei Hannelore, bei Thorsten, bei all jenen, die mitgearbeitet haben. Herzlichen Dank für diesen wichtigen Antrag. Der Antrag zeigt, dass wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die Partei sind, die weiß, wie Integration geht und was dafür auch erforderlich ist. Natürlich, Integration braucht Zeit. Integration braucht Geduld. Integration braucht aber auch Kraft und gemeinsame Anstrengungen. Diese Anstrengungen gelten für die, die neu zu uns kommen, und für die, die bei uns leben und die Angst davor haben, dass ihnen etwas weggenommen wird. Ihnen allen gehört unsere ganze Aufmerksamkeit und diese große Kraftanstrengung, damit wir Integration in unserer Gesellschaft gut gestalten können.

(BEIFALL)

Deshalb brauchen wir auch einen Pakt, einen Pakt für die Zukunft unseres Landes, einen Pakt zwischen Bund und Ländern, einen Pakt, der unser Land erfolgreich macht und in eine gute Zukunft führt.

Vergangene Woche habe ich in Berlin zusammen mit Andrea, Aydan, Barbara und Manuela ein Integrationskonzept vorgestellt. Darin haben wir die Idee eines Zukunftspaktes aufgegriffen, und wir fordern einen Neustart für Deutschland. Wir haben den richtigen Nerv getroffen. Es ist die SPD, die klare Vorstellungen davon hat, wie Integration funktionieren kann. Egal ob mit den zuständigen Ministern und Ministerinnen in der Bundesregierung, ob mit der Parteispitze, ob mit meinen Kollegen Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen. Egal, mit wem ich aus der SPD arbeite und spreche, wir alle wissen ganz genau, dass es eine der großen Stärken der SPD ist, dass wir wissen, wie Integration funktioniert und dass wir mit diesem Wissen gestalten und bei diesem Gestalten auch noch große Freude haben. Liebe Genossen und Genossinnen, lasst uns auch das nicht vergessen, dass Gestalten, dass Integration zu organisieren uns auch allen Kraft gibt und wir Freude daran haben, diese Aufgabe zu meistern.

(BEIFALL)

Ich kann nur ein paar wichtige Punkte des Antrags ansprechen. Logischerweise beginne ich deshalb mit dem Erlernen der Sprache, weil wir alle wissen, wie elementar sie ist. Sie ist ein Schlüssel für den Bildungserfolg. Deshalb ist es auch richtig, dass Aydan und andere schon lange sagen, die Integrationskurse gehören endlich geöffnet. Auch für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive ist es eine Grundvoraussetzung dafür, dass Integration gelingen kann.

(BEIFALL)

Viele, sehr viele der Menschen, die zu uns fliehen, sind noch jung. Es sind Kinder. Es sind Jugendliche. Es sind junge Erwachsene. Sie kommen zu uns. Sie sind die Chance auch für unser Land. Sie sind die Chance für die Zukunft für unsere Gesellschaft.

Lasst mich ein Beispiel aus Rheinland-Pfalz nennen. Seit vielen Jahren arbeiten wir hart daran, dass wir im Bereich von Pflege und Medizin genügend Menschen haben, die Ausbildung machen. Heute macht unser Landeskrankenhaus das Angebot, 30 junge Flüchtlinge in diesen Bereichen auszubilden. Das nennt man

heutzutage Win-win- Situation. Die Flüchtlinge sind glücklich, und wir sind es auch, weil wir wissen, sie werden verlässliche Fachkräfte der Zukunft werden. Liebe Genossen und Genossinnen, genau so funktioniert Integration.

Die Bildungspolitik ist einmal mehr der Schlüssel dazu. Integration entscheidet sich maßgeblich in unseren Kitas, in unseren Schulen, in unseren berufsbildenden Schulen und den Hochschulen. In Rheinland-Pfalz wissen wir schon lange: Gute und gebührenfreie Bildung, das heißt eben auch Chancen für alle Kinder, die den gleichen Zugang zu Bildung haben, egal, wo sie wohnen, woher sie kommen, wer ihre Eltern sind. Das gilt für unsere Kinder, die hier leben. Das gilt in gleicher Weise natürlich für die Kinder, die zurzeit als Flüchtlinge zu uns kommen.

(BEIFALL)

Deshalb ist es auch ein Erfolg zwischen Bund und Ländern, Manuela, dass wir das Betreuungsgeld jetzt ausgeben dürfen für mehr Kita-Plätze oder für die Qualität der Kita-Plätze.

(BEIFALL)

Es ist das einzig Richtige - lasst mich auch noch einmal hinzufügen: für alle Kinder in unserer Gesellschaft. Darum geht es, dass wir für alle mehr Kita-Plätze zur Verfügung stellen.

Natürlich müssen wir die Bildung der Flüchtlinge auch ermöglichen. Wir müssen aber auch die Zahl derer verringern, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Wir müssen uns bei der schulischen Bildung um die Kinder kümmern, die zu uns kommen. Aber genauso klar ist, dass wir auch für die Kinder in unserem Land immer noch besser werden wollen.

(BEIFALL)

Deshalb brauchen wir an unseren Schulen auch mehr Schulsozialarbeit. Wir brauchen auch mehr Lehrer und Lehrerinnen, und wir brauchen mehr Sprachförderung.

(BEIFALL)

Wir sind ein Land der Ganztagschulen. Jede zweite Schule in Rheinland-Pfalz ist eine Ganztagschule. Wir haben einfach gemerkt, wie wichtig es ist, zum Lernen, zum Kennenlernen dieses Angebot zu haben. Deshalb, liebe Genossen und liebe Genossinnen, lasst uns auch hier weiterdenken, dass wir auch an dieser Stelle bundesweit noch ein ganzes Stück weiterkommen.

In einem Zukunftspakt von Bund und Ländern müssen die Bildung und die Ausbildung eine ganz zentrale Rolle spielen. Bund und Länder müssen gemeinsam ihre Kraft für Integration auch in der Bildung einsetzen. Deswegen ist für mich auch klar, dass sich der Bund an der Finanzierung der Schulen und Hochschulen auch in Zukunft stärker beteiligen muss.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und Genossinnen, neben der Bildung ist der Zugang zum Arbeitsmarkt der zweite zentrale Punkt für gelungene Integration. In Rheinland-Pfalz haben wir gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, den Kammern, der Bundesagentur eine Chancengarantie auf Ausbildung für die Flüchtlinge beschlossen, die bei uns bleiben dürfen, eine Chancengarantie auf gute Arbeit und Ausbildung. Eine Chancengarantie sollten alle Menschen bei uns im Land haben. Das gilt für Flüchtlinge, auch für all die Menschen, die sich etwas schwerer tun, die zwei, drei Kurven drehen in ihrem Leben und eine zweite und eine dritte Chance brauchen.

Liebe Genossen und Genossinnen, nichts daran, was ich sage, ist einfach. Uns ist doch allen klar, dass wir große Hindernisse überwinden müssen. Aber gerade weil es schwierig ist, müssen wir tatkräftig anpacken. Ehrlich gesagt, so sind wir doch auch als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, wenn wir wissen, wir haben eine große Aufgabe zu stemmen, dass wir dann auch viele Kräfte mobilisieren können und tatkräftig diese Aufgabe auch annehmen können.

Im Antrag fordern wir einen sozialen Arbeitsmarkt. Damit sollen die Organisationen der Flüchtlingshilfe vor Ort in den Kommunen unterstützt werden. Der soziale Arbeitsmarkt wäre für viele Flüchtlinge ganz sicher eine Chance auf einen ersten Einstieg, aber genauso ist es eine Chance für Langzeitarbeitslose. Ich bin froh, dass Andrea längst an der Sache dran ist; denn wir müssen uns kümmern, und zwar jetzt, und wir müssen Wege finden, wie wir die Flüchtlinge sehr schnell auf die Spur bringen, in den Arbeitsmarkt einmünden zu können.

Es geht auch in Zukunft um gute Bezahlung für alle. Es ist heute schon gesagt worden. Dennoch noch einmal: Selbstverständlich kann es nicht sein, wenn wir über Chancen für Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt sprechen, dass wir auch nur annähernd an den Mindestlohn gehen. Der Mindestlohn ist gerade jetzt ein Garant, dass Zuwanderung eben nicht zu einem Überbietungswettbewerb um Niedriglöhne wird. Der Mindestlohn ist eine Garantie für gute Arbeit für alle, und mit uns kann und wird es keinesfalls eine Ausnahme geben.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, neben Bildung und Arbeit ist Wohnen ebenso wichtig. Wir müssen aus der Geschichte lernen, auch hier. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Ghettos oder Parallelgesellschaften bilden. Integration heißt für uns Sozialdemokraten auch immer Nachbarschaft. Doris hat in unserem Land ein Bündnis für bezahlbares Wohnen gegründet und die Mittel dafür deutlich erhöht. Auch hier ist für uns vollkommen klar: Gutes und bezahlbares Wohnen muss allen Menschen ermöglicht werden. Bundesweit brauchen wir ein paar Hunderttausend neue Wohnungen jedes Jahr. Wir müssen über Anreize nachdenken, den Bau bezahlbarer Mietwohnungen attraktiver zu machen. Wir werden aber auch über bessere und neue Formen des Quartiersmanagements nachdenken müssen.

Deswegen bin ich auch so froh, dass Barbara sich engagiert in diesem Bereich und wir neue Optionen bekommen, um Nachbarschaft im positivsten Sinne miteinander zu gestalten. Auch das ist nötig, damit Integration wirklich gut gelingen kann.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wir machen den Flüchtlingen ein Angebot auf Gleichheit. Die, die bei uns bleiben, sollen die gleichen Chancen auf Bildung, Ausbildung und Arbeit haben wie alle anderen auch. Das ist richtig, das ist gerecht, und das ist sozialdemokratisch.

Genauso klar ist, dass der, der zu uns kommt, und die, die hier leben, die Werte unserer Gesellschaft anerkennen, genauso, wie es im Grundgesetz festgelegt ist. Genauso wie es der Gleichheitsgrundsatz vorsieht. Ob die Gleichheit von Mann und Frau oder die gleichen Rechte für Schwule und Lesben - das ist das, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Daran müssen sich alle Menschen in Deutschland halten.

Aber, liebe Genossen und liebe Genossinnen, unsere Werte von Gleichheit, Mitmenschlichkeit und Solidarität hat vor allem eine Gruppe in unserem Land nicht ansatzweise verstanden: In unser Land sind Töne und Taten zurückgekehrt, die Angst machen. Wir hören Parolen, die unsere Werte niederbrüllen. Wir sehen im Fernsehen Bilder, die wir niemals wiedersehen wollten. Wir lesen Leitartikel, die mit „Es brennt in Deutschland“ überschrieben sind. Wir konstatieren, dass es an jedem zweiten Tag eine fremdenfeindliche Tat gibt.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, das ist es, worum es zurzeit geht: Es geht um unsere offene Gesellschaft. Es geht um unser Zusammenleben. Es geht um die Normen unserer Verfassung.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wehret allen bösen Anfängen.

(BEIFALL)

Setzt euch ein für unsere Demokratie und unser Zusammenleben, als soziale Demokraten und soziale Demokratinnen! Wir müssen aufstehen, wir müssen Haltung zeigen, wir werden gebraucht.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, heute Nacht hat es in Herxheim, einem kleinen Ort in Rheinland-Pfalz, schon zum zweiten Mal gebrannt. Ich werde gleich von hier aus dahinfahren; deswegen entschuldige ich mich für mein Fehlen am heutigen Nachmittag. Ich glaube, es ist wichtig, dass ich als Ministerpräsidentin dort vor Ort bin und ein Zeichen setze.

(BEIFALL)

Noch etwas ist mir sehr wichtig: Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, liebe Genossen und Genossinnen, dass die einfachen, die scheinbar einleuchtenden, die populistischen und die falschen Antworten der Rechten nicht geglaubt werden. Machen wir uns nichts vor: Die AfD ist nicht mehr eine Partei von gestrigen Professoren, die sich um den Euro sorgen. Diese Partei hat sich im vergangenen Jahr deutlich verändert. Sie ist deutlich nach rechts gerutscht. Sie ist ein „Monster“ geworden, wenn ich Gründungsmitglied Hans-Olaf Henkel zitieren darf.

(BEIFALL)

Ich will nicht, dass die AfD in noch mehr Parlamente in Deutschland einzieht. Dafür müssen wir kämpfen. Hier erwarte ich auch klare Worte von den Unionsparteien, aber vor allem ein klares Auftreten von uns, liebe Genossen und Genossinnen.

(BEIFALL)

Im Antrag machen wir zu Bildung, zu Arbeit, zu Wohnen und vielen anderen Themen Vorschläge, wie wir die Integration anpacken wollen. Wir überlassen nichts dem Zufall. Das sind mutige, ambitionierte Pläne. Aber genau darum geht es auch: ums Anpacken, um Mut-Zeigen - auch Frank-Walter hat davon gesprochen - und auch um Haltung. Liebe Genossen und Genossinnen, wir können die Integration leisten. Wir können sie aber nur dann gut leisten, wenn die Flüchtlinge nicht mehr so schnell und nicht mehr in so großer Zahl zu uns kommen. Wir dürfen uns nicht scheuen, das auch zu sagen. Ich habe von Anfang an betont, dass die Lösung dafür nur in Europa und auf internationaler Ebene liegen kann. Frank-Walter, du hast das in deiner Rede eben auch so deutlich gesagt. Deshalb lohnt es sich auch, diesen Kampf weiterzukämpfen. Genossen und Genossinnen, wenn wir darüber sprechen, dürfen wir ganz klar auch darüber sprechen, dass wir keine Lust haben, über Scheinlösungen zu debattieren, weil wir unsere Kraft brauchen, um in Europa und international Erfolge herbeizuführen.

(BEIFALL)

Wir, Europa und die internationale Gemeinschaft, müssen die Länder, die viele Flüchtlinge aufgenommen haben, und die UN-Hilfsorganisationen endlich besser unterstützen. Im Falle Syriens gilt das vor allem für Jordanien, den Libanon und die Türkei. Und natürlich müssen die Außengrenzen der Europäischen Union gesichert werden. Deswegen ist es auch folgerichtig, dass wir Aufnahmekontingente für Flüchtlinge fordern. Mit Kontingenten können die Menschen auf sicheren Wegen, ohne Schlepper und ohne lebensgefährliche Reisen, nach Europa kommen – besser planbar und besser steuerbar für uns. Niemand, der sich auf den Weg nach Europa macht, soll sein Leben riskieren. Hier muss Europa endlich zu einer Lösung finden.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, ich selbst wohne in Trier; viele wissen das. Von Trier aus ist es ein Katzensprung nach Luxemburg, nach Belgien und auch nach Frankreich. Als Rheinland-Pfälzerin erlebe ich jeden Tag, welche Chancen und welche Freiheiten Europa jedem Einzelnen von uns bringt. Es macht mich wütend und auch manchmal traurig, zu sehen, wie in Europa gerade mit dem Thema umgegangen wird. Wie bürokratisch, wie egoistisch, wie emotionslos. Wir können nicht laut genug sein, wenn es um Europa, wenn es um die europäischen Werte geht.

(BEIFALL)

Wir alle sehen mit Sorge, was derzeit politisch in unseren Nachbarländern passiert, gerade in Polen und in Frankreich. Aber wir dürfen nicht resignieren, sondern müssen weiter für eine europäische Lösung kämpfen. Es lohnt sich, und deshalb bin ich sehr froh, dass Martin Schulz einfach nicht aufhört, dafür zu kämpfen, genauso Frank-Walter Steinmeier. Vielen, vielen Dank und weiterhin viel Mut und Erfolg dazu! Wir sind Europäer und stehen hinter euch.

(BEIFALL)

Dass eines ganz klar ist, liebe Genossen und Genossinnen: Kontingente bedeuten keine Obergrenzen.

(BEIFALL)

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind das Recht auf Asyl und die individuellen Schutzrechte nicht verhandelbar.

(BEIFALL)

Mit dieser Haltung stehen wir auf dem Boden unseres Grundgesetzes.

Liebe Genossinnen und Genossen, es bleibt dabei: Wenn wir mehr Ordnung in den Asylverfahren wollen, kann es nicht sein, dass immer noch 350.000 Flüchtlinge in Unklarheit leben, wie und wann ihr Asylantrag entschieden wird.

(BEIFALL)

Und 400.000 noch nicht einmal einen Antrag stellen durften. Das sind 750.000 Menschen, die darauf warten, dass ihnen die Unsicherheit ihres Aufenthalts hier genommen wird. Was für ein Wahnsinn! Wir müssen die Verfahren beschleunigen. Wir brauchen kürzere Wartezeiten. Wir brauchen mehr Personal. Und ich erwarte - ich wiederhole das, ich weiß nicht, zum wievielten Mal schon -, dass das BAMF Verabredungen mit dem Personalrat trifft, wie wir zu schnelleren Verfahren auch durch Dienste am Wochenende kommen können. Wir Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen haben das längst geregelt in unseren Ländern, aber natürlich nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sondern in fairen Verabredungen mit ihnen und der Personalvertretung, wie man so etwas organisieren kann.

(BEIFALL)

Das nützt den Flüchtlingen, es nützt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, und es nützt den Helfern. Es bringt Klarheit, wer bleiben darf, wer gehen muss, was das langsame Verfahren verhindert. Wir verhindern damit ja auch die Integration. Das heißt, auch an diesem Punkt können wir schneller werden.

Was aber ganz sicher nicht die Lösung sein kann, liebe Genossen und Genossinnen, das ist, den Familiennachzug zu begrenzen.

(BEIFALL)

Diesen Vorschlag können nur die machen, denen nicht am Zusammenhalt der Gesellschaft gelegen ist.

(BEIFALL)

Da wird die Begrenzung des Familiennachzugs als eine Frage der Mathematik bezeichnet. Wie kalt ist das eigentlich? Das ist keine Frage der Mathematik, sondern eine Frage der Menschlichkeit und auch der Vernunft.

(BEIFALL)

Eine Frage der Menschlichkeit, weil es unmenschlich ist, die Männer aufzunehmen und ihre Frauen und Kinder im Krieg zu lassen.

(BEIFALL)

Und eine Frage der Vernunft, weil Integration doch gar nicht funktionieren kann, wenn wir nur die Männer hier haben. Also dient es uns doch beiden.

Die CDU hat im letzten Wahlkampf plakatiert - ich zitiere das mal -: „Jede Familie ist anders. Und uns besonders wichtig.“ Und jetzt soll sie beweisen, dass sie noch zu dieser Aussage steht.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wir wissen auch, dass der hohe Zustrom unserer Ehrenamtlichen an ihre Belastungsgrenze bringt. Aber was wären wir ohne sie? Wir haben es eben gehört. Sie sind wirklich das Rückgrat unserer Gesellschaft. Es ist wirklich aufopferungsvoll, was sie zurzeit bringen. Ich bin froh darüber, dass die vielen ehrenamtlichen Bürger und Bürgerinnen, die sich fast jeden Tag in der Flüchtlingshilfe engagieren, Menschen sind, die einfach anpacken und mithelfen. Sie diskutieren nicht, sondern sie sorgen dafür, dass unsere Gesellschaft ein Gesicht zeigt, das menschlich, tatkräftig und auch klar ist. Deshalb auch von mir ein ganz großes, herzliches Dankeschön.

(BEIFALL)

Schnellere Verfahren, schneller Klarheit, die Reduzierung des Zustroms, gemeinsame Kraftanstrengungen bei der Integration - das ist auch im Interesse unserer Kommunen. Auch unsere Kommunen leisten Unglaubliches. Die Kommunen müssen in der Lage sein, die Aufgaben auch künftig zu stemmen, mit Wohnraum, Unterstützung der Familien mit Deutschkursen und Schulunterricht. Wir sorgen dafür, dass unsere Kommunen nicht zum finanziellen Garanten der Flüchtlingsfrage werden. Ich bin froh darüber, dass Sigmar weit vor allen anderen erkannt hat, dass die Kommunen hier unsere Unterstützung brauchen. Das soll auch in Zukunft gesichert werden, denn die Kommunen leben tatsächlich die Integration vor Ort, und sie brauchen unsere Unterstützung.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, wir stehen vor großen, vor sehr großen Herausforderungen. Aber gerade deshalb machen wir doch Politik. Wir stehen nicht in der Ecke der Geschichte herum und lassen andere die Arbeit machen. Nein, wir packen an. Wir kämpfen seit Generationen dafür, dass unser Land gerechter und solidarischer wird. Lasst uns weiterkämpfen, und vor allem: Lasst uns gestalten, mit aller Kraft und mit Zuversicht, mit all unserem Wissen und unserer Kompetenz, die sich auch in diesem Leittrag widerspiegelt.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, in drei Monaten wird gewählt, bei mir im Land, in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt. Ich wünsche allen Wahlkämpfern, den Helfern und den Kandidaten viel Kraft für diese nächsten anstrengen Wochen. Ich danke allen, die uns unterstützen, die ihre Zeit, die ihre Überzeugung, die ihre Kraft in uns stecken. Ich versichere euch: Es lohnt sich!

Genossen und Genossinnen, ich habe mit Willy Brandt angefangen. Lasst mich also auch mit ihm aufhören: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Ich finde, es gibt eigentlich fast gar keinen besseren Satz, obwohl es so viele gute Sätze von Willy Brandt gibt. Wir machen Politik, weil wir die Gesellschaft gestalten wollen, und zwar mit all unserer Kraft, mit unseren Ideen und auch mit unseren Zukunftsvisionen. Unsere Stärke in der SPD ist, dass wir Integration können, dass wir Gesellschaft als Gemeinschaft denken, dass wir den Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellen.

Deshalb, liebe Genossen und liebe Genossinnen, wünsche ich uns, dass wir das genauso tun, auch in den nächsten Monaten, und dass ihr diesem schönen Antrag zustimmt, der die Grundlage für viele wichtige Maßnahmen ist, die wir in den nächsten Monaten gemeinsam gestalten. - Herzlichen Dank.

(STARKER, SEHR LANG ANHALTENDER BEIFALL)

<https://www.youtube.com/watch?v=YO0iklDreJ4&index=3&list=PL85IMmq0WVITNRtIcDpSYSxGb-6-7sOcs>

ANTRAGSBERATUNG: FÜR EINE VERANTWORTUNGSVOLLE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Malu Dreyer. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Antragsberatung. - Die SPD lebt lebendige Demokratie; denn wir haben jetzt schon weit mehr als 30 Wortmeldungen. Wir schlagen euch dennoch nicht vor, die Redezeit zu verkürzen, weil wir glauben, die Partei muss sich Zeit nehmen, um gründlich und offen über Perspektiven einer verantwortlichen Flüchtlingspolitik zu reden. - Zunächst, liebe Genossinnen und Genossen, hören wir den Bericht der Antragskommission. Susanne Mittag hat das Wort.

Susanne Mittag, Antragskommission: Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Das war jetzt etwas überraschend, aber ich denke, das kriegen wir trotzdem hin. - Wir haben einen Antrag vom Parteivorstand, über den wir wirklich sehr, sehr lange - auch gestern Abend noch - in der Vorbereitung diskutiert haben. Ich habe schon gesehen: Es gibt eine lange Rednerliste dazu.

Wir haben versucht, viele Anträge, die wir vorliegen haben, mit einzubauen - auch noch in Gesprächen gerade eben. Ich bitte, wie gesagt, den genau durchzulesen. Er ist heute Morgen im Prinzip in letzter Fassung noch einmal vorgelegt worden und nimmt viele Dinge davon auf.

Wir nehmen natürlich die Anregungen - ich denke, es gibt jetzt sowieso noch einige Anträge - noch einmal mit auf und versuchen, die noch mit hineinzubringen. Ich finde aber, dieser Antrag ist schon sehr, sehr umfassend und berücksichtigt nicht nur unser Anliegen bei den Flüchtlingen, sondern auch die Anliegen der Kommunen und der Länder, die mit dieser riesigen Aufgabe natürlich auch klarkommen müssen.

Also, ich denke mal, ich will das nicht unnötig verlängern. Wir haben eine unheimlich lange Redezeit und sehr viele Redner, und ich hoffe, sehr viele Redner können sich mit diesem Antrag identifizieren, mit dem sich ganz viele Genossinnen und Genossen sehr viel Arbeit gemacht haben, um dort alle Aspekte hineinzubringen, die für eine gute, richtige und lang anhaltende Flüchtlingspolitik in der Sozialdemokratie passen. - Erst einmal herzlichen Dank.

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Jetzt steigen wir in die Diskussion ein. - Zunächst hat Martin Schulz das Wort.

Martin Schulz, EU-Beauftragter des Parteivorstands: Liebe Genossinnen und Genossen! Die ersten Sätze dieses Antrags lauten - ich zitiere sie -:

„Europa steht in diesen Tagen vor einer großen Bewährungsprobe. Die humanitäre Katastrophe in Syrien und anderen Staaten des Nahen Ostens sowie in vielen Ländern Afrikas erreicht in zunehmendem Maße und tagtäglich die Länder Mitteleuropas. Die allererste Pflicht aller Staaten“ - aller Staaten! -, „aller staatlichen Ebenen und aller gesellschaftlichen Kräfte ist jetzt, diesen Menschen zu helfen, sie unterzubringen, zu ernähren, zu kleiden und medizinisch zu versorgen.“

Ich bin dankbar für diese ersten Sätze, weil sie mir die Gelegenheit geben, auf etwas hinzuweisen, was mich in diesen Monaten schockiert. Es ist der Prozess der Entsolidarisierung in Europa. Wir reden von einer Flüchtlingskrise, aber diese Krise entsteht deshalb, weil sich nur ganz wenige Länder der Europäischen Uni-

on an der Bewältigung der Flüchtlingsarbeit beteiligen. Wir haben 507 Millionen Einwohner in der Europäischen Union in 28 Staaten. Wenn sie alle sich beteiligen würden, wenn wir - ich nehme einmal eine Zahl - 2 Millionen Menschen unter 507 Millionen Menschen verteilen würden, dann wäre das kein Problem, aber die Tatsache, das 20 Länder sagen: „Wir haben mit der Flüchtlingspolitik nichts zu tun“, lässt diese Krise erst entstehen. Deshalb lautet mein Appell an alle: Alle müssen bei der Bewältigung dieser Krise mithelfen.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, ich will ganz ehrlich sein: Ich danke der Malu für den Satz „Ich höre nicht auf, zu kämpfen“. - Ja, das tue ich auch nicht. Ich höre nicht auf, für die Idee europäischer Solidarität zu kämpfen. Ich höre aber auch nicht auf, meine Meinung offen zu sagen. Es sind nicht nur rechte Regierungen, die sich nicht beteiligen. Es sind auch sozialdemokratisch geführte Regierungen, die sich nicht beteiligen. Diesen Genossinnen und Genossen will ich eines sagen: Wer glaubt, man könne auf ein globales Problem wie die Flüchtlingskrise mit dem Rückzug in die nationale Politik, in den nationalen Schrebergarten, antworten, der verkennt die Realität des 21. Jahrhunderts.

(BEIFALL)

Und deshalb bin ich nicht der Meinung, dass die SPD in Europa falsch aufgestellt ist. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass diese Partei in diesem Land diese Flüchtlingspolitik, die in diesem Antrag steht, vertritt, ist ein Grund zum Stolz und auch ein Grund, dafür zu werben, dass sich andere Parteien dieser Politik anschließen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, da wir bei den klaren Aussagen sind: Diese Entsolidarisierung macht mir deshalb Sorge, weil es nicht sein kann, dass diejenigen, die die Europäische Union mit viel Geld und berechtigterweise im eigenen Interesse finanzieren - die Nettozahlerstaaten in der Europäischen Union -, am Ende die sind, die auch die Flüchtlingslast, die Bewältigung der Kosten bei der Flüchtlingskrise alleine tragen müssen. Deshalb ein ganz klarer Appell an die Finanzpolitik der Europäischen Union - und das sage ich als Präsident ihres Parlaments -: Bei der Verteilung der Finanzmittel müssen wir die Flüchtlingspolitik und die Finanzierung und Betreuung von Flüchtlingen in der Prioritätenliste genauso hoch ansiedeln wie die Forderung der neuen polnischen Regierung, dass es höhere Subventionen für polnische Bauern geben soll. Ich bin der Meinung, hier muss auch Klartext geredet werden.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein paar Sätze zu den Rechtspopulisten in Europa: Die Konjunkturritter der Angst entblöden sich jetzt, nach den Anschlägen in Paris, in allen Ländern nicht, die Menschen zu diskriminieren, die vor dem Islamischen Staat und dessen Terror fliehen. Die geistigen Kinder des IS, die in ihren Lagern ausgebildet worden sind, sind die Typen, die in Paris die Anschläge verübt haben. Jetzt die Menschen, die vor diesem sogenannten Islamischen Staat fliehen, als einen Risikofaktor für die öffentliche Sicherheit darzustellen, bedeutet, aus Opfern Täter zu machen. Ich habe in der öffentlichen Debatte selten etwas Schabigeres als dieses Vorgehen erlebt.

(BEIFALL)

Die Malu fährt jetzt in ihr Bundesland zu einem brennenden Asylbewerberheim. Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt in Deutschland in zunehmendem Maße Leute, die das bejubeln. Ich will gar nicht über die Brandstifter reden. Aber diejenigen, die durch Schweigen, durch passives Verhalten oder durch indirekte Zustimmung, indem sie Verständnis äußern, sozusagen einen Akzeptanzrahmen für diese Typen schaffen, sei nur eines gesagt: Es gibt nicht nur aktive, sondern auch geistige Brandstifter. Wer Asylbewerberheime in Brand steckt oder Verständnis dafür äußert, ist kein Patriot, sondern ein Schandfleck für die Bundesrepublik Deutschland.

(BEIFALL)

Die Rechtspopulisten - das ist völlig klar - sind auf dem Vormarsch, und wir müssen uns ihnen in den Weg stellen. Auch das ist schon gesagt worden. Aber sie sind wild entschlossen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist Kampf angesagt. Wir müssen kämpfen, und jedem, dem das Motiv zum Kämpfen ein bisschen fehlt, dem gebe ich eine Empfehlung: Schaut mal in die Augen der Flüchtlinge, die bei uns ankommen. Schaut mal in die Augen der Eltern und der Kinder. Was suchen diese Leute bei uns? Sie suchen Schutz, und sie suchen diesen Schutz, weil sie wissen: Sie bekommen ihn in Europa, weil sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf Demokratie, auf Rechtsstaatlichkeit, auf die Ächtung der Todesstrafe, auf das Folterverbot und darauf verpflichtet haben, die Menschenwürde an die erste Stelle zu setzen und jeden einzelnen Menschen - auch im Asylverfahren - individuell zu behandeln, zu schützen und zu betreuen.

Die Leute suchen in Europa das Beste, was Europa zu bieten hat, das, was wir europäische Werte, unsere europäischen Grundsätze nennen. Das suchen sie bei uns. Lassen wir nicht zu, dass diejenigen, die in Europa diese Grundsätze infrage stellen, auch noch Wahlen gewinnen.

(BEIFALL)

Es gilt für uns in diesen Tagen der Satz des englischen Philosophen Edmund Burke, der oft zitiert, aber richtig ist. Er hat gesagt:

„Für den Sieg des Bösen reicht es, dass die Guten nichts tun“. - Deshalb: Es ist Kampfzeit angesagt. Lasst uns da sein, wo wir immer waren: bei denjenigen, die das Gute in Europa verteidigen, die das Gute in Europa auf ihre Fahnen schreiben! - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Jetzt Hannelore Kraft. Dann Thorsten Schäfer-Gümbel.

Hannelore Kraft, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch wenn Malu nicht mehr da ist: Ich finde, ihre Rede hat heute gezeigt, wofür die Sozialdemokratie steht: für Politik mit Herz und Verstand!

(BEIFALL)

Dieser Antrag, der vorgelegt wurde, zeigt, dass wir Sozialdemokraten eine klare Haltung haben. Wir stehen dafür, politisch verantwortungsvoll zu handeln. Wir sind nicht diejenigen, die jeden Tag eine neue Sau durch

das Dorf treiben. Wir sind nicht diejenigen, die Scheindebatten führen und Scheinlösungen auf den Tisch legen und damit zur Verunsicherung der Menschen in diesem Land aktiv beitragen. Wir wissen, worum es geht: um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das ist das, worum es in diesen Tagen geht.

(BEIFALL)

Wir sind auch nicht diejenigen, die Politik nach Umfragelage machen. Ja, es gibt immer mehr, die Sorgen und Ängste haben. Es ist eine große Herausforderung, vor der wir stehen, aber es ist auch eine große Chance. Denjenigen, die verunsichert sind, sagen wir: Wir werden gemeinsam anpacken. Das zeigt sich doch überall vor Ort. Ich bin in so vielen Flüchtlingseinrichtungen gewesen, ich habe so viele Ehrenamtler getroffen, die mit leuchtenden Augen von ihrer Arbeit berichten. Ich sage hier klipp und klar: Die Willkommenskultur lebt! Wir lassen auch nicht zu, dass das Ende dieser Willkommenskultur herbeigeredet wird!

(BEIFALL)

Wir sind uns einig: Unser Ziel muss es sein, dass möglichst wenige und wenn, dann weniger schnell zu uns kommen. Aber das heißt, bei den Fluchtursachen anzusetzen. Deshalb sind wir für das dankbar, was die Bundesregierung und als Außenpolitiker an der Spitze Frank-Walter Steinmeier tun. Das ist der richtige Weg: bei den Fluchtursachen anzusetzen, d.h. schwierige diplomatische Wege zu gehen. Das heißt manchmal auch, sich mit einigen an den Tisch zu setzen, bei denen es einem nicht besonders gut geht. Aber das gehört dazu, wenn man Krisen lösen will. Das heißt auch, dafür zu sorgen, dass wir auf Europa auch in Zukunft stolz sein können. Martin Schulz, du kämpfst an allen Fronten dafür, dass Europa weiter kräftiger und besser wird, für die Zukunft gerüstet sein wird. Ich habe die Grenzen innerhalb Europas erlebt. Ich bin aus tiefstem Herzen Europäerin. Ich möchte, dass Schengen weiter besteht, dass die Grenzen nicht mehr erforderlich sind. Deshalb gilt es, auch offensiv die Außengrenzen der EU zu schützen. Auch das gehört heutzutage zur Realität ganz klar mit dazu.

(BEIFALL)

Deshalb ist es auch richtig, dass wir in dem Antrag über Kontingente, über eine geordnete Zuwanderung reden, damit die Menschen sich gar nicht erst auf den gefährlichen Weg machen müssen, gerade diejenigen, die aus dem Bürgerkrieg zu uns kommen. Aber das sind eben keine Obergrenzen. Diese ganzen Begriffsdebatten, die da geführt werden, die mit der Realität oft gar nichts zu tun haben, sind doch eher schädlich. Wir müssen dafür sorgen, dass es eine geordnete Zuwanderung gibt. Wir lassen nicht nach, für ein Zuwanderungsgesetz in Deutschland einzutreten. Das ist der richtige Weg, den wir gehen müssen und dem sich die CDU/CSU nachhaltig verweigert.

(BEIFALL)

Eines ist ganz wichtig: Warum sind Kontingente keine Obergrenzen? - Weil für die Sozialdemokratie auch mit Blick auf unsere eigene Geschichte eines völlig klar ist: Dieses Asylrecht muss bleiben! Es ist ein gutes Asylrecht! Dafür haben wir gestritten. Das werden wir verteidigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ja, wir haben eine klare Haltung. Wir haben auch eine klare Haltung gegen rechts. Wir haben eine klare Haltung für Integration. Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Wir wissen, wie wichtig Sprachförderung ist. Ich bin froh, dass überall die unterschiedlichen Programme nach oben gefahren werden. Inzwischen haben wir schon ein Dickicht von Maßnahmen, wo wir ein bisschen Struktur hineinbringen müssen: Sprachförderung, Kita-Plätze, Schule. Allein in Nordrhein-Westfalen stellen wir über 6.000 neue Lehrerinnen und Lehrer ein. Das ist das, was wir tun müssen, damit die Gesellschaft zusammenhält, dass die Kinder, die zu uns kommen, schnell in den Ganztags kommen, dass wir es schaffen, die Menschen schnell in Arbeit zu bringen, weil wir wissen: Der Arbeitsmarkt ist der beste Weg, für Integration zu sorgen.

(BEIFALL)

Wir werden auch in den Aufgaben nicht nachlassen das ist uns in Nordrhein-Westfalen ganz besonders wichtig , vor denen wir auch noch in anderen Themenfeldern stehen. Es gilt, die Waage zu behalten. Nein, wir kümmern uns nicht nur um Flüchtlinge. Wir haben auch das im Blick, was für die Langzeitarbeitslosen in diesem Land zu tun ist. Es gibt jetzt so viel zu tun. Es wird Zeit, dass wir die öffentlich geförderte Beschäftigung nach oben fahren, damit Langzeitarbeitslose eine Chance auf einen ordentlichen Arbeitsplatz haben. Das ist das, worum es uns geht.

(BEIFALL)

Wir lassen auch nicht nach, für diejenigen jungen Menschen zu kämpfen, die gerne eine Ausbildung machen würden und immer noch keinen Platz kriegen. Wir nehmen nicht nur die Flüchtlinge in den Blick, sondern auch den anderen Teil der Gesellschaft, der schon lange hier bei uns lebt.

Wenn wir über Wohnungsbau reden und die Maßnahmen nach oben fahren, dann ist das nicht nur Wohnungsbau für Flüchtlinge, sondern wir wissen: In unseren Großstädten ist der Wohnraum knapp. Wir haben die Mietpreisbremse eingeführt. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass in Zukunft genug günstiger Wohnraum in unserem Land zur Verfügung steht. Das ist Politik der Sozialdemokratie!

(BEIFALL)

Wir wissen auch, dass wir die Kommunen mit diesen Aufgaben, die vor uns liegen, nicht allein lassen können. In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir uns um die Unterbringung gekümmert, darum, dass die Menschen, die zu uns kommen, ein Dach über dem Kopf haben und versorgt sind. Jetzt gilt es, die Schritte Richtung Integration zu gehen. Dafür brauchen wir wiederum die Kommunen, die vielen Vertreter vor Ort, diejenigen, die in den Räten verantwortungsvoll entscheiden müssen. Ich möchte nicht, dass in den Kommunen wichtige Aufgaben zurückgestellt werden müssen, damit wir Integration finanzieren können. Deshalb ist die Finanzausstattung der Kommunen auch in dieser Debatte so wichtig, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Eine Aufgabe, die wir nicht vernachlässigen dürfen, ist auch das Thema innere Sicherheit. Auch das sage ich auf diesem SPD-Parteitag ganz ausdrücklich: Es gilt auch in diesen Tagen gerade vor dem Hintergrund der Terroranschläge, dafür zu sorgen, dass die Menschen Sicherheit als wichtiges Gut behalten. Deshalb haben

wir in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Polizistinnen und Polizisten nach oben gesetzt. Wir haben auch die Justiz und den Verfassungsschutz ausgebaut. Wir sehen das Ganze unter einer Überschrift; die heißt bei uns: präventive vorbeugende Politik. Wir wollen nicht mehr hinterher reparieren. Wir wollen von Anfang an das Gute, das Wichtige und das Richtige tun, weil es jetzt gilt, die Weichen dafür zu stellen, dass die Gesellschaft auch noch in Zukunft gegen die Spalter da draußen, gegen die rechte Brut zusammenhält, die versucht, dieses Land kaputtzumachen. Dagegen steht die SPD mit klarer Haltung und klarer Kante. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Thorsten! - Ihm folgt Johanna Uekermann.

Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So lautet Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 und 2 unseres Grundgesetzes.

Aylan Kurdi, der dreijährige syrische Junge, der dem Elend an den europäischen Außengrenzen in diesem Herbst Namen und Gesicht gegeben hat, der an der griechischen Küste angespült wurde, nachdem er ertrunken war, ist einer dieser Menschen, die in Artikel 1 unseres Grundgesetzes gemeint sind. Da steht nämlich nichts von der Würde des deutschen Menschen, sondern es ist ausdrücklich von der Würde des Menschen die Rede.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, geht es bei der Flüchtlingsfrage seit Monaten um nichts anderes als um eine Handlungsfrage, um eine Wertefrage, um die Frage, ob wir das ernst meinen, was in unserer Verfassung steht, und ob wir bereit sind, auch angesichts des Wohlstands, den wir in unserem Land haben, mit dieser Verantwortung bewusst umzugehen.

Natürlich wirft das auch Fragen auf. Und wir haben versucht, in dem Leitantrag viele dieser Fragen aufzunehmen. Aber ich will ausdrücklich sagen, liebe Genossinnen und Genossen denn manchmal bekommt man in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass man Fragen nicht stellen darf; und es gibt ja einige, die versuchen, das bewusst zu vermitteln: Kritische Fragen zu stellen, ist ausdrücklich legitim. Diese Fragen allerdings mit Ausgrenzung und Abgrenzung zu beantworten, wäre schändlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will nur drei kurze Bemerkungen machen. Denn Malu Dreyer, Hannelore Kraft und Martin Schulz haben bereits Etliches zum inhaltlichen Teil bzw. zu den europäischen Dimensionen gesagt.

Erstens zu den geistigen Brandstiftern, die sich montags in Dresden versammeln: Ich sage euch, Genossinnen und Genossen, mir macht das Sorge, was da im Rutschen ist. Viele, die Verantwortung tragen, ehrenamtlich wie hauptamtlich, bekommen Hetzmails in diesen Monaten und können das einschätzen. Aber wenn ich sehe, wie in Dresden montags Politiker an Galgen gezeigt werden, wie die Bundeskanzlerin in Naziuniform gezeigt wird oder aber Rednerinnen und Redner sich offen auf der Bühne bedauernd darüber äußern, dass die Konzentrationslager nicht mehr in Betrieb sind, ohne dass dagegen Widerstand geleistet wird, dann kann ich nur sagen, liebe Genossinnen und Genossen: In Dresden sind längst rote Linien überschritten. Dem müssen wir entschieden entgegenreten.

(BEIFALL)

Denen, die sich da als kritische Bürger oder Islamkritiker beschreiben, muss man sagen: Das hat mit kritischem Bürgertum oder mit Islamkritik gar nichts zu tun. Es sind diejenigen, die den Weg freimachen, die Grenzen überschreiten, die Grenzen fließend machen, die uns Sorgen machen müssen. Genau diejenigen sind in den 90er-Jahren das will ich am heutigen Tag in aller Klarheit sagen mit solchen Argumenten, mit solchen Mustern in Rostock-Lichtenhagen und in Hoyerswerda geendet. Deswegen muss Schluss sein mit dem braunen Spuk in Dresden, und mit der AfD, dem politischen Arm der geistigen Brandstifter aus Dresden, muss eine offene und harte Konfrontation aufgenommen werden, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die zweite Bemerkung, die ich machen will, bezieht sich auf unseren Koalitionspartner. Auch das muss auf diesem Parteitag gesagt werden. Mein Eindruck ist schon, dass die Kanzlerin, nachdem sie in einer Frage mal Haltung bewiesen hat, jetzt heftig aufpassen muss, dass ihre Formulierung „Wir schaffen das!“ nicht zu einer Durchhalteparole wird, weil die Union nicht in der Lage ist, irgendetwas zu liefern. Weite Teile der Union haben sich in den letzten Monaten in einem Doppelspiel aufgestellt. Auf der einen Seite steht eine Kanzlerin, die sozusagen in Verbundenheit mit den großen Fragen dieser Welt versucht, eine bestimmte Position zu vertreten, während auf der anderen Seite weite Teile der Union ihr nicht mehr folgen. Daraus ist in Teilen ein Schätigkeitswettbewerb geworden, liebe Genossinnen und Genossen, der seinesgleichen sucht. Das gilt nicht nur für all die Attacken von Horst Seehofer und erst recht von Markus Söder, sondern das gilt ganz ausdrücklich auch für jemanden wie Julia Klöckner, die keinen Tag auslässt, um Ressentiments zu bedienen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Julia Klöckner versucht sozusagen jeden Tag, mit subtilen Bemerkungen zu erklären, warum das mit dem Islam schwierig ist, warum das mit den Fremden schwierig ist, warum die Landesregierung das nicht im Griff hat. Aber gleichzeitig ist sie in Mitverantwortung für die Bundespolitik. An jeder Stelle versucht sie, das zu hintertreiben, was politisch beschlossen ist. Auf der anderen Seite gibt es eine Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die gerade in aller Klarheit gesagt hat: Wir schaffen das, wenn wir es gemeinsam machen und niemand gegeneinander ausgespielt wird. Genau das ist die Alternative, die sich zwischen Konservativen auf der einen Seite und Sozialdemokraten auf der anderen Seite dokumentiert. Deswegen sollten wir alles tun, damit Malu Dreyer Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz bleibt.

(BEIFALL)

Es gehört aber am heutigen Tage auch dazu, etwas zu Folgendem zu sagen: In den letzten Monaten hätte man den Eindruck gewinnen können, dass die Politik in Berlin das alles nicht im Griff hat. Aber die Wahrheit ist, liebe Genossinnen und Genossen, dass die Politik das eigentlich schon im Griff hat. Denn die Ministerpräsidenten haben früh, im Frühjahr dieses Jahres, Entscheidungen getroffen. Die Politik hat es im Griff, weil u.a. Sigmar Gabriel bereits im Sommer des letzten Jahres darauf hingewiesen hat, dass da ein großes Thema kommt, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Aber es gibt einige, die es nicht im Griff haben, und zwar die Unionsfamilie insgesamt. Sie hat in diesem

Sommer sozusagen einen Realitätsschock erlebt; denn sie muss das, von dem sie jahrzehntlang versucht hat, zu dokumentieren, dass sie sich nicht damit beschäftigen muss - nämlich mit Einwanderung, Zuwanderung und Flucht -, jetzt verkraften. Auf der anderen Seite muss man schon den Eindruck haben ich will das mit der gebotenen Vorsicht beschreiben -, dass es den einen oder anderen im Kabinett gibt, der überfordert ist.

Ich fand die Debatte der letzten Tage ein wenig schwierig. Aber aus meiner Sicht ist eines hinreichend klar: Der Einzige, der wirklich nichts im Griff hat, ist der Bundesinnenminister De Maizière.

(BEIFALL)

Er ist seit Monaten nicht in der Lage, die gemeinsamen Entscheidungen umzusetzen. Stattdessen treibt er jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf. Was ist das für ein Innenminister, der an dem Tag, nachdem wichtige Entscheidungen getroffen wurden, erklärt: Aber jetzt müssen wir noch etwas anderes machen. - Dass das das Vertrauen nicht verstärkt, ist doch völlig klar. Das ist doch Teil eines Doppelspiels in der Unionsfamilie, weil sie mit der Situation nicht klarkommt. Deswegen reden sie auch ständig über Scheinlösungen. Deshalb müssen wir sehr klar sagen und damit bin ich wieder am Anfang; denn wir reden über Haltungsfragen -, dass es mit uns keine Debatten über Scheinlösungen gibt. Es gibt im nationalen Kontext keine Obergrenzenlösung. Denn das würde bedeuten, dass wir das Asylrecht aushöhlen müssten, und das werden wir nicht tun.

(BEIFALL)

Was wir brauchen, ist Steuerung. Das sagen wir übrigens nicht erst seit vier Wochen, sondern das sagen wir seit Jahren. Wir brauchen im Kern neben dem Asylrecht ein Einwanderungsgesetz, das Menschen, die nach Arbeit und sozialer Sicherheit suchen, einen Zugang dazu verschaffen muss. Übrigens haben wir in diesem Jahr einen Einstieg in dieses Thema geschafft. Das Gleiche gilt für das Thema humanitärer Aufenthaltstitel.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, will ich am Schluss einen entscheidenden Punkt noch einmal betonen und ich will offen gestehen, dass es auch in unseren Reihen manchmal die eine oder andere kritische Debatte dazu gibt und das manchmal auch schwierig ist, wenn man in einen aufgeheizten Saal gehen muss und nicht so genau weiß, welche Fragen einem gestellt werden : Meine Erfahrung in den letzten Jahren und in den letzten Wochen ist: Wenn man einen klaren Kompass, eine klare Haltung hat, nämlich dass es im Kern um den Artikel 1 Abs. 1 Satz des Grundgesetzes geht - „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ -, der für jeden Einzelnen gilt, dann kommt man ziemlich gut aus all diesen Debatten heraus. Wir sollten diese Haltung auf keinen Fall aufgeben. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Johanna; ihr folgt Karamba Diaby.

(BEIFALL)

Johanna Uekermann, Bundesvorsitzende der Jusos: Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns über Solidarität reden. Denn die Solidarität ist im Moment riesig, und ich bin wahnsinnig beeindruckt, was so viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer jeden Tag leisten. Und unter diesen ehrenamtlichen Helferinnen

nen und Helfern sind auch viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen und auch viele Jusos, die das machen, was gerade nötig ist: Betten aufbauen, Sprachkurse geben, Behördengänge erledigen, Spendenaktionen organisieren.

Dieses Engagement müssen wir weiter unterstützen; denn dieses Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber es gibt auch diejenigen, die versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten, die Rassisten bei Pegida, die Hetzer bei der AfD, aber auch die dumpfen Stammtischler bei der CSU und bei der CDU. Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt leider viele in diesem Land, die sich der Solidarität mit Flüchtlingen verweigern, viele, die gar nicht erst versuchen wollen zu verstehen, warum Menschen fliehen und dann zu uns kommen, die stattdessen ihre Vorurteile pflegen und mit platten Parolen gegen Menschen hetzen. Das Problem sind nicht die Geflüchteten, liebe Genossinnen und Genossen. Das Problem sind die, die Geflüchtete ablehnen. Das Problem ist Rassismus.

(BEIFALL)

Wir müssen immer wieder klarmachen, dass Geflüchtete zuallererst unsere Solidarität verdienen. Menschen verlassen ihre Heimat nicht, weil es ihnen einfach nur schlecht geht, sondern es muss schon unerträglich sein oder lebensbedrohend. Hinter dem Wort Flüchtlinge, was wir zu oft auch als Flüchtlingsproblem bezeichnen, verbergen sich doch vor allem Menschen. Das sind keine anonymen Zahlen, keine volkswirtschaftlichen Kennziffern. Das ist Menschen, Menschen, die vor Krieg geflohen sind, Menschen die vor Erniedrigung geflohen sind, Menschen, die sich wünschen, was wir uns alle wünschen: ein sicheres, ein menschenwürdiges Leben.

(BEIFALL)

Als SPD müssen wir deshalb klar Haltung beziehen: Mit uns darf es keine weitere Schleifung des Asylrechts geben. Mit uns darf es keine Obergrenzen geben.

(BEIFALL)

Mit uns, liebe Genossinnen und Genossen, darf es auch kein Gerede über Belastungsgrenzen und Aufnahmekapazitäten geben.

(BEIFALL)

Stattdessen müssen wir als SPD nach vorne stellen, was die Menschen jetzt von uns erwarten: Wir zeigen, wie Integration funktioniert, und benutzen auch die Möglichkeiten, die sich uns durch Geflüchtete bieten. Viele Menschen, die zu uns kommen, sind jung. Sie sind eine riesige Chance für unsere Gesellschaft. Doch dafür müssen wir auch ihnen Chancen bieten. Wir müssen ihnen den Zugang zu Bildung und Hochschulbildung ermöglichen. Wir müssen ihre Talente bei der Ausbildung fördern, und zwar nicht irgendwann, sondern am besten so schnell wie möglich, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die geflüchteten Menschen führen uns aktuell vor Augen, was wir sowieso alle brauchen: Wir brauchen mehr preiswerte Wohnungen, mehr ErzieherInnen, mehr LehrerInnen, mehr Jobs, mehr Chancen. Kein Geflüchteter braucht, was wir nicht alle brauchen, und wenn wir den Geflüchteten helfen, dann helfen wir uns allen. Lasst es uns anpacken, liebe Genossinnen und Genossen. Lasst uns sagen: Refugees welcome!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Jetzt Karamba. Ihm folgt Aydan Özoğuz.

Karamba Diaby, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir können stolz auf uns sein, wenn wir heute am internationalen Tag der Menschenrechte diesen Antrag beschließen, wo wir sagen: Asylrecht ist ein Menschenrecht. Ich denke, das ist der richtige Weg, dass wir diesen Antrag heute behandeln.

(BEIFALL)

Der Antrag greift Aspekte der Integration mit einem ganzheitlichen Ansatz auf. Ich finde es gut, dass wir in allen Bereichen der Integration Aspekte finden in diesem Antrag und dass Geschlossenheit gezeigt wird, dass wir einer Meinung sind, wenn es darum geht, dass Menschen, die zu uns kommen, Teilhabe bekommen sollen in unserer Gesellschaft - im Gegensatz zu der Union, die sich darüber streitet, wer die besten Ideen für die Abschottung der Gesellschaft hat. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir haben die richtige Haltung.

(BEIFALL)

Ich finde es vor allem wichtig, dass es uns gelingt, auch Integration als Querschnittsaufgabe zu sehen. Unsere Ministerinnen und Minister - Ministerinnen, sage ich mal, die vier Ministerinnen und Malu Dreyer - haben vor einigen Tagen ein Konzept vorgelegt, wo auch dieser Aspekt total gut dargestellt wird. Ich denke, wir können auch stolz auf unsere Ministerinnen sein, dass sie wirklich nach vorne gegangen sind und diese ganz, ganz wichtige Idee nach vorne gebracht haben. Ich meine damit wirklich, dass wir diese Geschlossenheit auch weiterhin zeigen sollten, wenn es um dieses wichtige Thema geht, um das Thema Integration, das Thema Teilhabe in unserer Gesellschaft.

(BEIFALL)

Die Bereiche der Teilhabe aus meiner Sicht, die wirklich ineinandergreifen, sind auch in diesem Antrag zu finden: gesellschaftliche Teilhabe, Kinder, Jugendliche, Frauen, Mädchen und insbesondere das Thema Arbeit und Bildung finden Eingang in diesen Antrag. Ich finde, deshalb ist es sehr, sehr wichtig, dass wir heute darüber beraten.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz ist aus meiner Sicht von großer Aktualität. In der SPD-Bundestagsfraktion haben wir die Projektgruppe „Neues Miteinander - Einwanderungsland Deutschland“. Dort diskutieren wir ganz intensiv über dieses Thema. Ich denke, das ist sehr, sehr aktuell. Vor allem wird in dem Antrag deutlich, dass wir sozialdemokratische Haltung zeigen,

indem wir eindeutig sagen, Asyl ist ein Grundrecht, das nicht infrage gestellt wird. Aber bei einem Einwanderungsgesetz geht es darum, dass wir aufgrund des branchenspezifischen Fachkräftemangels Menschen anwerben können, dass wir auch legale Einwanderungsmöglichkeiten einräumen. Diese beiden Aspekte sollten aus meiner Sicht getrennt voneinander betrachtet werden. Deshalb ist es gut, dass wir auch über ein neues Einwanderungsgesetz diskutieren, das auch in unseren Überlegungen eine Rolle spielen soll.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns bitte mit den Kommunen, mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den Sozialverbänden, über die guten Ideen diskutieren, die wir haben, welche Einstellung und welche Vorschläge sie dazu haben. Lasst uns die Gesellschaft mitnehmen und in einen Dialog eintreten, in dem wir unsere Konzepte auch gut und nachhaltig umsetzen können. Die Unternehmen sind uns wichtig, da sie auch wissen, dass Menschen, die zugewandert sind, ein Potenzial in dieser Gesellschaft haben. Diese Potenziale dürfen nicht brachliegen. Die sollten wir nutzen. Deshalb lasst uns mit der Gesellschaft diskutieren, dass wir in Dialogform unsere Konzepte verkaufen. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich denke, in der SPD-Bundestagsfraktion werden wir weiterhin über dieses Thema diskutieren und immer wieder die Ideen der Gesellschaft mit einbeziehen. - Danke schön.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Aydan!

Aydan Özoğuz, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Vieles Richtige ist ja schon gesagt worden. Deswegen von meiner Seite nur wenige Ergänzungen. Dass dies eine richtige Querschnittsaufgabe ist, das hat sich, glaube ich, schon bei Malu Dreyers Einführung gezeigt. Alle Ministerien sind betroffen. Alle müssen etwas dazu tun, und alle tun dies eben auch. Wir sind ja schon recht lange ein Einwanderungsland, auch wenn so manch eine Partei das jahrzehntelang nicht wahrhaben wollte und so getan hat, als wären Menschen wie ich und Karamba und andere eine Fata Morgana in diesem Land. Also, wir sind doch mindestens seit 60 Jahren ein Einwanderungsland, und die Einzige, die, glaube ich, wirklich inhaltlich etwas daraus gemacht hat, das war die Sozialdemokratie, weil sie sich ja an verschiedenen Stellen dann wirklich damit beschäftigt hat.

Ich möchte euch daran erinnern, liebe Genossinnen und Genossen, im Jahr 2000 das Staatsangehörigkeitsrecht - das können wir heute immer noch diskutieren. Hans Eichel erinnert sich sicherlich daran. Es war keine leichte Debatte. Aber jetzt stellt euch mal vor, wenn wir heute sagen, ein Fünftel unserer Bevölkerung hat eine Einwanderungsgeschichte - richtig viele davon sind hier geboren worden -, dann hätten wir heute einen riesigen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern, die nicht mitmachen dürften, die nicht mitbestimmen dürften.

Und es ist eben die Sozialdemokratie gewesen, die dies maßgeblich vorangetrieben hat. Deswegen wundere ich mich nicht, dass wir heute wieder diejenigen sind, die sagen: Wir haben ein vernünftiges Konzept, das wir hier beschließen werden - so hoffe ich doch zumindest -, und wir werden diejenigen sein, die am Ende auch ein Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen. Das ist unser Weg, dieses ordentlich voranzutreiben.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, eben gerade sagte Karamba, man sollte noch einmal mit den Wohlfahrtsverbänden und vielen Ehrenamtlichen sprechen. Ich möchte euch sagen: Ich war eben kurz im Kanzleramt, und da waren einige Ehrenamtliche. Wir haben - Manuela Schwesigs Haus und auch mein Amt - sehr viel mit den Wohlfahrtsverbänden gemacht. Wir haben ihnen geholfen, Strukturen aufzubauen, um den Ehrenamtlichen eine Hilfe zu geben bei dem, was sie tun. Denn es gilt schon der Satz: Ehrenamt braucht auch Hauptamt.

(BEIFALL)

Man muss auch mal irgendwo ankommen können mit dem, was man den ganzen Tag leistet. Wir tun das auch bei Fußballvereinen, bei Sportvereinen. Ich glaube, unsere Gesellschaft ist da ein ganzes Stück weiter, als es häufig gesagt oder geschrieben wird.

Aber an manchen Stellen muss man eben auch unseren Koalitionspartner ein bisschen schütteln und daran erinnern, dass Sprücheklopfen allein nicht reicht. Da sind Manuela Schwesig und ich ein bisschen wütend - kann ich wohl sagen - in diesen Tagen; denn wir reden so viel darüber, wie wichtig die deutsche Sprache ist, wie wichtig sie ist, um in diese Gesellschaft hineinzukommen. Und, liebe Genossinnen und Genossen, was macht das Bundesinnenministerium? Es streicht die Kinderbetreuung. Am Ende sollen nur die Kerle Deutsch lernen. Entschuldigung, wenn wir das nicht in Ordnung finden! Alle sollen Deutsch lernen, bitte auch alle Frauen, die kleine Kinder haben.

(BEIFALL)

Man muss sich, glaube ich, eins auch noch einmal klarmachen: Tatsächlich ist es doch so: Es gibt eine Herausforderung, und manches kostet Geld. Jetzt müssen wir aufpassen, dass es eben nicht heißt: Für die einen wird etwas ausgegeben, für die anderen womöglich nicht.

(BEIFALL)

Darauf müssen wir achten. Es muss für alle sozialen Wohnungsbau geben. Es muss für alle mehr LehrerInnen geben. Es muss für alle Kitaplätze geben. Wir machen kein eigenes Programm nur für Flüchtlinge. Sie sind sicher ein Motor; das darf man, glaube ich, nicht verhehlen. Aber wir machen Politik für alle Menschen in unserem Land, und wir wollen keine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Gruppen aufkommen lassen.

(BEIFALL)

Jeder früh investierte Euro, liebe Genossinnen und Genossen, spart häufig am Ende viele Maßnahmen. Das haben wir in der Jugendpolitik oft gehört, wenn manches nicht gut gelaufen ist, wenn man sich nicht frühzeitig gekümmert hat. Ich kann heute nur sagen: Natürlich müssen wir alles dafür tun, dass die Menschen schnell in Ausbildung kommen, schnell in Arbeit kommen. Die eigenen Jugendlichen - das wurde hier schon zu Recht gesagt -, die manchmal eine zweite und eine dritte Kurve brauchen, dürfen wir dabei natürlich nicht vergessen. Aber wichtig ist doch: Auch Flüchtlingen, die einmal so ein Leben hatten wie viele von uns und heute versuchen, hier Fuß zu fassen, hier eine neue Heimat zu finden, sollten wir die Möglichkeit geben, zu guten Nachbarn zu werden. Deswegen ist dieser umfassende Antrag genau der richtige Weg, um zum

Ausdruck zu bringen: Es wird nicht jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben; es ist ein ordentliches Konzept, das wir brauchen und das die Sozialdemokratie liefert. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir schlagen euch vor, die Rednerliste zu schließen. Wir haben noch 33 Wortmeldungen und glauben, dass das Diskussionsfeld auf diesem Parteitag dann abgesteckt ist. Gibt es gegen den Vorschlag Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Jetzt hat das Wort Aziz Bozkurt, ihm folgt Elvan Korkmaz.

Aziz Bozkurt, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in bewegten Zeiten, auf die wir in ein paar Jahrzehnten zurückblicken werden, so wie wir in diesen Tagen an den Kniefall in Warschau gedacht haben oder vor ein paar Wochen auch an die Flutkatastrophe 1962 in Hamburg, als Helmut Schmidt zur Legende wurde. Heute blicken wir mit Stolz auf die Haltung dieser Männer. Wie werden wir aber auf die heutigen Herausforderungen zurückblicken, an die Zeit, als die Konflikte der Welt an unsere Haustür klopfen? Heute legen wir gemeinsam das Fundament dafür, ob wir Zustände wie in den Banlieues in Frankreich produzieren wollen oder - was unsere sozialdemokratische Haltung ist - ob wir eine Gesellschaft formen wollen, die trotz großer Anstrengung innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer multikulturellen Einheit in Vielfalt wird.

Einen Beitrag liefert der folgende Antrag, der eine klare sozialdemokratische Richtung vorgibt. Der Antrag zeigt, dass die SPD nicht nur Plattitüden wie „Wir schaffen das“ hinterherläuft, sondern auch an einem Plan dahinter arbeitet, liebe Genossinnen und Genossen.

An dieser Stelle lohnt sich aber zur Halbzeit der GroKo auch ein Blick zurück. Trotz berechtigter Kritik auch von unserer Seite müssen wir eines festhalten: Ohne die SPD gäbe es mit dieser Union nur noch ein Asylrecht light, mit Transitzonen, mit Obergrenzen und einem Zweiklassensystem menschlicher Würde. Wenn mehr Ressourcen für Wohnungsbau, für die Unterbringung von Geflüchteten, für Integration vor Ort ankommen, dann hat das die SPD gemacht. Wenn ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht für langjährig Geduldete durchgesetzt wurde, dann war auch das die SPD. Dank der SPD ist die Residenzpflicht abgeschafft, dank der SPD wurden Integrationskurse und Sprachkurse sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt geöffnet. Schlichtweg: Dank der SPD wurde die Lebenssituation von vielen Geflüchteten in diesem Land verbessert, und darauf können wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das haben wir bis zum Sommer durchgesetzt. Nun sehen wir, dass die Konservativen und Rechtspopulisten in der Union in ihre Mottenkisten greifen und die Stimmung vergiften. Eine Übersetzung von Front National ins Deutsche darf es nicht geben. Wenn wir nicht zaudern, wenn wir nicht wackeln, dann wird es auch die Mitte unserer Gesellschaft nicht tun. Eine andere Haltung kommt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht infrage.

(BEIFALL)

Wer keine Haltung hat, das ist heute Angela Merkel. Auch wir als Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ haben sie strategisch gelobt, als sie verbal Kurs hielt. „Wir schaffen das“ war ihr Mantra. Mehr als eine Luftnummer war das wohl nicht. Deshalb ist es völlig sinnfrei, wenn Leute heute diskutieren, ob und wann Merkel kippt. Da, wo es keine Richtung gibt, wo es keine Linie gibt, da gibt es auch nichts einzuknicken. Merkel ist nicht nur eingeknickt, sondern in ihrer Haltung völlig eingebrochen, liebe Genossinnen und Genossen.

Warum, zeigen drei Beispiele:

Erstens. Im Juli wurde das Sachleistungsprinzip abgeschafft. Zu hoch sei der Verwaltungs- und Bürokratieaufwand gewesen. Nicht einmal drei Monate später hat die Bundesregierung im Asylpaket 1 das Sachleistungsprinzip wieder eingeführt.

Zweitens. Wir haben durchgesetzt, dass die restriktive Ausnahmeregelung beim Familiennachzug für subsidiär Geschützte weggefallen ist. Die Bundesregierung will auch dies kippen.

Drittens. Die Integrationskurse waren ein Herzstück sozialdemokratischer Politik zu rot-grünen Zeiten. Wir waren stolz darauf und haben deshalb die Teilhabemöglichkeit auch für Geflüchtete geöffnet. Jetzt wird aber an einem Gesetz gewerkelt, das diesen Geflüchteten einen solidarischen Beitrag abverlangt.

Liebe Genossinnen und Genossen, besser kann man Integrationsanstrengungen nicht torpedieren. Ich bin der Antragskommission dankbar, dass sie zu diesen letzten beiden Punkten einen Kompromiss mit uns eingeht.

Betrachtet man die praktischen Auswirkungen dieser janusköpfigen Politik, dann sehen wir Mehrarbeit für das überlastete BAMF, bürokratische Monster für die schon keuchenden Verwaltungen und menschenunwürdige Zustände. Das ist der Mist, auf dem Unkraut wie die AfD wächst. Für diesen Mist dürfen wir nicht die Steigbügelhalter werden.

(BEIFALL)

Zwei Jahre nach dem Koalitionsvertrag müssen wir aber eines festhalten, was wir in der Regierung nicht geschafft haben: Die „Wildsäue“ und die „Gurkentruppe“, von denen die schwarz-gelben Koalitionäre damals gesprochen haben, haben wir nicht vertreiben können. Aber das liegt anscheinend an der DNA der Union.

Eine sozialdemokratische Marschrichtung haben letzte Woche unsere Ministerinnen mit dem Aufschlag für einen Neustart für Deutschland gegeben: Barbara mit Vorschlägen für Wohnraum für alle Menschen, Andrea mit dem Integrationsmotor Arbeit, Manuela mit Vorschlägen zur Stärkung des Wir-Gefühls und Projekten für die Zukunft geflüchteter Kinder und Jugendlicher und Aydan mit einem scharfen Blick dafür, dass das Thema Integration und Teilhabe ressortübergreifend gedacht wird. Diese Sozialdemokratinnen haben einen Aufschlag für einen sozialdemokratischen Neustart gegeben. Davor kann man sich nur verneigen.

(BEIFALL)

Ich glaube, wir werden uns positiv an die heutige Sozialdemokratie erinnern. Jedoch werden es nicht wie in der Vergangenheit die Männer sein, die unsere Erinnerungen schmücken werden, sondern diese sozialdemokratischen Frauen mit Haltung, Herz und Verstand. Danke dafür!

(BEIFALL)

Michael Groschek: Jetzt die Genossin Korkmaz, dann Kevin Kühnert.

Elvan Korkmaz, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Uns wurde dargelegt, vor welchen Herausforderungen wir stehen - heute, morgen und natürlich auch langfristig. Wir denken in langen und stringenten Linien. Das haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in über 152 Jahre bewiesen. Und das tun wir auch heute, in der Flüchtlings- und Integrationsfrage. Wenn ich mich auf dem politischen Parkett so umsehe, stehen wir damit doch ziemlich alleine. Andere führen Debatten um Zonen, Zäune und CSU-Parolen - wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es kommen Menschen in unser Land, die ihre Heimat verloren haben, die vertrieben wurden, und viele von ihnen werden auch hier bei uns bleiben. Sie stecken ihre Hoffnung in ein Leben in unserer Mitte, und das wollen wir diesen Menschen ermöglichen. Sie sollen mitten unter uns in unserer Gesellschaft ein selbstbestimmtes Leben führen können. Diese Menschen wollen arbeiten. Sie wollen ihre Familie eigenständig ernähren, und sie möchten ihren Kindern eine gute Bildung ermöglichen und teilhaben an unserer Gesellschaft. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist auch das Ziel unserer sozialdemokratischen Integrationspolitik.

Integration wird uns bei Kindern und Jugendlichen besonders schnell gelingen. Unsere Kitas und Schulen machen beste Arbeit; sie leisten hervorragende Arbeit. Ich habe auch Vertrauen darin, dass die sozialdemokratischen Teile unserer Bundesregierung, aber auch unserer Landesregierungen darauf aufpassen und die Rahmenbedingungen schaffen werden, damit es keine Flüchtlings-Kitas braucht, sondern alle Kinder gemeinsam spielen und lernen können, liebe Genossinnen und Genossen.

Integration wird uns auch bei Akademikern, Fachkräften und sonstigen Hochqualifizierten, die zu uns kommen, sehr rasch gelingen. Sprachkurse sind sicher ein erster guter Einstieg. Der Rest ergibt sich dann über den Beruf und mit der Zeit wie von selbst. Natürlich müssen sich unsere Behörden und Betriebe darauf einstellen, aber wenn die Integration in den Arbeitsmarkt erst einmal schnell geschafft ist, wird sich auch die Integration in die Gesellschaft daran anreihen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt auch die Gruppe derer - und auf diese müssen wir in den Blick nehmen -, die nicht über eine gute Vorbildung verfügen, die nicht nur einen, sondern mehrere Sprachkurse benötigen werden, die unsere Schrift vielleicht nicht lesen können und die keine unmittelbare Chance auf den Einstieg ins Berufsleben haben. Aber auch für diese Menschen werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Hilfen entwickeln, Orientierung geben, individuelle Förderung, Bildung von der Pike auf, Nachschulung und natürlich Ausbildungsplätze.

Ja, wir sehen die Herausforderungen, aber kennen natürlich insbesondere die Chancen der Einwanderung. Wir schreiben aktuell unsere Bevölkerungsstatistiken, überdenken den demografischen Wandel und bauen neuen Kitas, stärken unsere heimische Wirtschaft durch die Fachkräfte, die zu uns kommen. Aber nicht zuletzt gewinnen wir an Vielfalt. Meine Heimat NRW hat von jeder vergangenen Einwanderungswelle stark profitiert. Mit diesen Erfahrungen der Vergangenheit möchten wir diesen Prozess gestalten und haben genau

vor Augen, wie wir heute Flüchtlingen eine neue Heimat bieten wollen.

Es sind zwei Punkte, die ich Ihnen nennen möchte und die im Antrag doch noch mal zu unterstreichen sind: Erstens. Ja, Einwanderungsgesetz - brauchen wir. Zweitens ist für uns klar: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten doktern nicht an unserem Grundgesetz herum. Das Recht auf Asyl ist und bleibt für uns unantastbar.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie hat sich nie damit zufriedengegeben, bloß Ideale zu formulieren. Dieser Antrag macht es doch deutlich: Uns geht es immer um die Machbarkeit, um die bestmögliche Umsetzung und die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen. Wenn wir uns daran halten, an diese Werte, dann haben wir, glaube ich, allen Grund zu viel Optimismus. - Glück auf!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Kevin Kühnert, dann Kerstin Griese.

Kevin Kühnert, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Gestattet mir, zuerst ein paar Worte als Delegierter aus Berlin zu sagen. Diese Worte betreffen die Situation an dem mittlerweile leider traurige Berühmtheit erlangt habenden LaGeSo in Berlin, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales. Es ist hinlänglich bekannt; die Bilder sind leider, muss man sagen, um die ganze Welt gegangen. Ich als Berliner muss sagen: Ich schäme mich dafür. Ich schäme mich dafür, dass in dieser Stadt, die sich gerne als so weltoffen, als kosmopolitisch sieht, solche Bilder möglich sind. Ich schäme mich dafür, dass Senatoren wie Mario Czaja hier die entsprechende politische Verantwortung dafür trage können.

(BEIFALL)

Wofür ich mich nicht schäme - ganz im Gegenteil -, ist, dass unser regierender Bürgermeister Michael Müller, den ich an dieser Stelle gerne erwähnen möchte, gerade gestern in einem - wie ich finde - beispiellosem Akt der Anwendung von Richtlinienkompetenz den Rücktritt von Franz Allert, dem Präsidenten des LaGeSo, erzwungen hat, den Rücktritt, zu dem der zuständige Senator nicht fähig war und weiterhin nicht fähig ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, Solidarität mit Geflüchteten zu zeigen, heißt nicht nur, Nazis entgegenzutreten. Es heißt eben auch, wenn man in politischer Verantwortung ist: Unfähigkeit, Empathielosigkeit und organisierter Verantwortungslosigkeit die rote Karte zu zeigen. Das hat Michael gestern gemacht, und ich bin ihm sehr dankbar dafür, dass er uns dieses Beispiel gegeben hat.

(BEIFALL)

Ich glaube, man kann an dieser Stelle auch sagen: Liebe Frau Bundeskanzlerin, ein Blick nach Berlin lohnt. So kann man auch mit Mitgliedern im eigenen Kabinett mal umgehen. Da sind ja die entsprechenden Worte in Richtung des Bundesinnenministers heute schon gefallen.

Ich möchte deshalb auch bitten. Hier ist schon hinlänglich auf die Wahlen im kommenden Jahr hingewiesen

worden, vornehmlich auf die im März; wir haben auch eine, und zwar im September. Ich bitte euch dort auch um eure Unterstützung. Ich möchte beim nächsten Parteitag in Berlin nicht noch mal beschämt vor euch stehen müssen. Ich möchte, dass wir hier eine andere Regierungskonstellation hinbekommen und diese verantwortungslose CDU endlich aus dem Senat schmeißt. Auch das ist ein Akt der Hilfe für Menschen, die nach Berlin geflüchtet sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Zurück zum Antrag. Ich möchte jetzt als Mitglied des Juso-Bundesvorstands auf zwei Dissense hinweisen, die wir nachher auch im Rahmen von Änderungsanträgen abstimmen werden. Der eine betrifft die sogenannten sicheren Herkunftstaaten und den Westbalkan. Wir haben dort einen Dissens. Wir haben jetzt darauf verzichtet, ihn heute noch einmal abstimmen zu lassen. Ich glaube, die Fronten sind da so weit geklärt. Wir haben große Bedenken, ob die zugesagte sorgfältige Einzelfallprüfung tatsächlich noch gewährleistet ist. Wir sehen besonderes die Risiken für Roma, für sexuelle Minderheiten, insbesondere für Trans-Personen, die hier im Schnellverfahren abgehandelt werden und aus unserer Sicht nicht entsprechend zu ihrem Recht kommen.

Die Antragstellerinnen und Antragsteller nehmen eine andere Position ein. Das sehen wir zwar anders, aber wir respektieren das. Wir möchte aber auf einen Punkt hinweisen: Als logische Ableitung daraus, dass diesen Menschen vom Westbalkan das Recht auf Asyl in der bisherigen Form nicht mehr zugestanden werden soll, leiten die Antragstellerinnen und Antragsteller ab, dass wir ein Einwanderungsgesetz brauchen. So weit, so gut; das sollte wahrscheinlich Konsens hier im Raum sein. Das ist aber keine tolle Forderung, wenn wir nicht sagen, was wir genau damit meinen.

Unsere Bitte ist - das werden wir nachher im Änderungsantrag beantragen -: Bitte nicht nur ein Einwanderungsgesetz für Hochqualifizierte Menschen aus G-7-Staaten, die am besten noch einen hoch dotierten, bereits unterschriebenen Arbeitsvertrag mitbringen, liebe Genossinnen und Genossen. Wer eine Tür zumacht - und das machen wir mit dem eingeschränkten Asylrecht für die Menschen vom Westbalkan -, der muss - zumal als Sozialdemokrat und Sozialdemokratin - eine andere Tür aufmachen. Deswegen bitten wir euch darum: Lasst dieses Einwanderungsgesetz tatsächlich für diese Menschen auch zu einer Tür werden und schlägt sie diesen Leuten nicht auch noch vor der Nase zu. Das ist unsere Bitte.

(BEIFALL)

Der letzte Punkt: Ihr werdet vielleicht, wenn ihr mit diesem Antrag befasst sein, schon mitbekommen haben: Um eine Passage in dem Antrag gibt es nicht erst seit heute Morgen, aber heute im ganzen Laufe des Tages noch mal größere Debatten.

Wir haben von vielen Leuten, die sich hier in die Debatte eingeschaltet haben, gehört - und viele, die noch kommen, werden das auch noch einmal sagen -, dass es mit der SPD keine Obergrenzen geben wird. Ich höre das sehr gerne - gerade in Anbetracht der Debatte, die in der Union völlig unverantwortlich geführt wird -, und ich glaube das unseren Genossinnen und Genossen auch.

Gerade deswegen geht es aber auch darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass viele Menschen - auch in diesem Saal - von seinem Satz irritiert waren, der sich in dem Antrag findet und bis vorhin noch wie folgt lautete:

„Über die Grenzen der Aufnahmefähigkeit pro Jahr zu sprechen, ist für uns nicht das Ende der Willkommenskultur, sondern die Voraussetzung für ihren Erfolg.“

Dieser Satz ist mittlerweile kürzer geworden. Er ist „pro Jahr“ rausgefallen, und jetzt sollen auch „die Grenzen“ rausfallen. Es soll also nur noch da stehen: „Über die Aufnahmefähigkeit zu sprechen“ usw. usf.

Liebe Genossinnen und Genossen, da dieser Satz doch ganz offenkundig so viele Irritationen hervorruft und wir uns gleichzeitig hier im Raum einig sind, dass es mit der Sozialdemokratie keine Obergrenzen geben wird, lasst uns doch diesen Satz, der in seiner Substanz gar nichts zum Inhalt des Antrags beiträgt, nachher einfach komplett streichen. Dann ist die Botschaft dieses Parteitages klar. Ich bitte euch um Streichung dieser beiden Zeilen. Das macht den Antrag nicht schlechter, sondern besser. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Kerstin Griese, Thomas Oppermann.

Kerstin Griese, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Angesichts der Herausforderungen - und ich will ganz ausdrücklich sagen: auch angesichts der Chancen, die die Flüchtlinge bieten, die zu uns kommen - sind mir drei Punkte besonders wichtig, wenn es um Solidarität und Verantwortung geht.

Das Erste ist - ich glaube, man muss es noch einmal sagen - ein riesengroßer Dank an alle Ehrenamtlichen, aber auch an die Wohlfahrtsverbände, Stadtverwaltungen, Hilfsorganisationen und Kirchengemeinden, die so unermüdlich aktiv sein. Ich finde, die Flüchtlinge haben in unserem Land eine Seite geweckt, von der wir gar nicht wussten, dass sie so wunderbar und so positiv ist: Sehr viele Menschen engagieren sich ganz toll. Und das finde ich großartig.

(BEIFALL)

Zum Zweiten, denke ich, ist es wichtig, zu sagen, dass es gut ist, dass in diesem Antrag so deutlich steht, dass diejenigen, die dort ehrenamtlich aktiv sind, die Tag für Tag und Nacht für Nacht Hilfe leisten, das menschenfreundliche, das humane und das soziale Gesicht Deutschlands zeigen und dass wir darauf stolz sein können. Und deshalb finde ich es wichtig, dass wir als Sozialdemokratie auch eine klare Haltung haben, dass wir uns an die Seite dieser Helferinnen und Helfer stellen und sie überall unterstützen, wo es geht.

Uns geht es nämlich gerade darum, keine Mauern in den Köpfen, keine Mauern an den Grenzen und keine Transitschonen zu schaffen, sondern uns geht es darum, Herausforderungen anzupacken, und ich habe ganz viele tolle Erlebnisse - auch bei uns zu Hause in Nordrhein-Westfalen - gehabt. Menschen vor Ort packen an, und ich erlebe, dass dort wirklich klare Kante gegen Rechts und dafür gezeigt, Flüchtlingen zu helfen.

Ich finde es spannend, dass in der aktuellen Debatte von der CDU oder von einigen dort immer wieder die Forderung kommt, man solle sich jetzt zum Grundgesetz bekennen, man solle sich zur Gleichheit von Frau und Mann bekennen, man solle sich zu gleichen Rechten für Homosexuelle bekennen. Ich finde, wenn das mal ein kompletter CDU-Bundesparteitag und ein kompletter CSU-Bundesparteitag besprochen haben, dann sprechen wir uns wieder.

(BEIFALL)

Ein dritter Punkt, der mir bei diesem Antrag wichtig ist, ist, dass wir ganz klar machen, dass das Grundrecht auf Asyl erhalten bleibt. Mir geht es vielleicht so wie vielen von euch. Ich habe 1993 zusammen mit anderen im Juso-Bundesvorstand in der Bannmeile in Bonn gegen die Verschärfung des Asylrechts demonstriert. 1993 ist für meine Generation in dieser Partei eine wirklich traumatische Erfahrung. Deshalb finde ich es so wichtig, dass wir jetzt alles tun, damit das Grundrecht auf Asyl erhalten bleibt. Daran gibt es mit der SPD nichts zu deuteln.

Deshalb ist es auch so wichtig, jetzt zu sagen, was wir wollen. Ich will noch einmal ganz klar sagen: Kontingente bedeuten sichere Wege. - Mir geht es sicherlich auch so, wie vielen von euch. Mich entsetzen diese furchtbaren Bilder von dem Tod im Mittelmeer, von den grausamen Umständen auf der Balkanroute wirklich sehr. Deshalb ist es besser, klare Kontingente und sichere Weg zu schaffen und gleichzeitig - das gehört immer zusammen - das Grundrecht auf Asyl zu erhalten.

Ein letzter Punkt: Ich glaube, die wichtigsten Grundlagen für Integration sind Sprache, Bildung und Arbeit. Deshalb ist es richtig, dass gerade die SPD dafür gesorgt hat, dass wir deutlich mehr Geld für Sprachkurse haben und dass mehr Leute jetzt auch schon früher in Sprachkurse gehen können, und dass wir auch viel dafür getan haben, damit Menschen früher in Arbeit kommen können, früher Praktika machen können, früher eine Qualifizierung durchlaufen können.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen werden gerade überall Integration Points eingerichtet. Ich will das sehr empfehlen; denn da arbeiten die Bundesagentur, das Jobcenter und die kommunale Ausländerbehörde zusammen, und dort bekommt man dann wirklich Hilfe aus einer Hand. Da geht es wirklich darum, dass Flüchtlingen geholfen wird, dass ihre Qualifikation anerkannt wird, dass geschaut wird, wo sie vielleicht noch eine Unterstützung, eine Eingliederungsmaßnahme brauchen, und wo auch versucht wird, sie in Sprachkurse und Arbeit zu vermitteln. Davon brauchen wir noch viel mehr; denn das ist der beste Weg zur Integration.

(BEIFALL)

Das Ziel muss sein und unser Ziel ist, dass die Menschen, die zu uns kommen, die Flüchtlinge, zu unseren Nachbarn und Kollegen werden, und deshalb will ich noch einmal ausdrücklich sagen: Ganz herzlichen Dank an alle, die dabei mithelfen, und ganz herzlichen Dank auch an alle, die in Kommunen, in Ländern und im Bund dabei mithelfen. Es ist die SPD, die all diese Schritte eingefordert und durchgesetzt hat, dass uns diese Integration auch tatsächlich gelingen kann; denn darauf kommt es an. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek: Thomas, dann Michaela Engelmeier.

Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossen und Genossinnen! So, wie Hunderttausende Menschen in Deutschland den Flüchtlingen, die zu uns kommen, mit Hilfsbereitschaft, mit Respekt, mit Unterstützung, mit Kleiderspenden, mit Zeitspenden, mit Geldspenden begegnen: Das ist ein großartiger Akt der Solidarität. Der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland hat das einen „Triumph der Menschlichkeit“ genannt. Ich denke, wir schulden all diesen engagierten Menschen großen

Respekt und große Dankbarkeit - nicht nur, weil sie Deutschland von seiner besten Seite zeigen, sondern auch, weil sie ein großes soziales Kapital in unsere Gesellschaft einbringen, ein soziales Kapital, das unsere Gesellschaft über den Tag hinaus positiv verändern kann, und wir müssen alles dafür tun, dass diese große Solidarität in Deutschland erhalten bleibt.

(BEIFALL)

In diesem Jahr kommen über 1 Million Flüchtlinge zu uns. Wenn wir das richtig einordnen, stellen wir fest: Das sind mehr in einem einzigen Jahr, als in den letzten zwölf Jahren zusammen gekommen sind. Wenn ich mir das anschau, dann räume ich gerne ein: Wir haben wohl, gemessen an der Not, die es in dieser Welt gab, in den letzten Jahren zu wenige Flüchtlinge aufgenommen. Aber niemand kann eigentlich sagen, dass wir in diesem Jahr zu wenige Flüchtlinge aufnehmen.

Ich glaube, dass wir langsam an unsere Grenzen stoßen. Wenn ich die Situation in den Kommunen sehe, dann weiß ich: Viele haben Schwierigkeiten, weitere Notunterkünfte zu akquirieren. Deshalb sage ich: Wir müssen alles dafür tun, dass sich die Zahl der Flüchtlinge verringert, dass weniger Flüchtlinge zu uns kommen und dass weniger Menschen zu uns flüchten müssen. Dabei helfen uns keine Obergrenzen. Obergrenzen sind populistisches Geschwätz,

(BEIFALL)

Obergrenzen führen nicht dazu, dass ein einziger Flüchtling weniger kommt. Deshalb sollte die Union diese Scheindebatte beenden.

Dieser Antrag zeigt, wie wir die Sache angehen müssen. Wir müssen uns auf drei Dinge konzentrieren:

Erstens müssen wir die Lage der Flüchtlinge in den Krisenländern verbessern. Dazu muss auch die Europäische Union einen stärkeren Beitrag leisten. Ich freue mich, dass Martin Schulz auch die Finanzfrage angesprochen hat. Ich finde es unerträglich, dass die Europäische Union jedes Jahr 60 Milliarden Euro für Agrarsubventionen ausgibt, aber in den Flüchtlingslagern in Jordanien und im Libanon die Menschen nicht genug zu essen haben. Das passt nicht zusammen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Zweitens brauchen wir sichere Außengrenzen. Wir wollen die Binnengrenzen offen halten. Wir wollen keine Renationalisierung der Grenzen in Europa, aber dann brauchen wir sichere Außengrenzen. Dabei muss die Türkei helfen. Im Augenblick ist es zwischen der Türkei und Griechenland so: Die staatlichen Organe haben dort gar nichts zu sagen. Allein organisierte Kriminelle, Schlepperorganisationen, bestimmen, was dort passiert. Sie nehmen den Flüchtlingen Milliarden Euro ab und bringen sie überdies in Gefahr.

Drittens. Wenn uns die Türkei dabei hilft, die Grenzen zu sichern, dann heißt das nicht „Abschottung“, sondern dann müssen wir unsere humanitären Verpflichtungen erfüllen, indem wir großzügige Kontingente aufnehmen. Mit Kontingenten haben wir Erfahrungen. Wir haben schon 20.000 Syrer in Form von Kontingenten aufgenommen.

Wir haben dafür klare rechtliche Regeln. Sie stehen im Aufnahmegesetz, das Otto Schily, der leider nicht mehr da ist, unter Rot-Grün auf den Weg gebracht. Das ist eine humane, eine legale Art, als Flüchtling nach Deutschland zu kommen.

Dann können auch Frauen und Kinder kommen und müssen sich nicht in unwägbara Gefahren begeben.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen jetzt alles dafür tun, um die Flüchtlinge zu integrieren: Sprache, Kita, Schule, Ausbildung, Arbeit, Werte und Regeln. Das ist das ABC der Integration. Dieses ABC muss jetzt jeden Tag durchbuchstabiert werden. So steht es auch in unserem Antrag.

Ich kann nur sagen. Da müssen wir klotzen und nicht kleckern! Halbe Integration bringt nichts, sondern die Menschen müssen dann schon die volle Chance haben, an unserem Leben hier teilzuhaben. Das, was wir heute investieren, zahlt sich in zehn Jahren doppelt aus. Das, was wir heute nicht tun, lässt sich nicht mehr nachholen. Also müssen wir jetzt richtig ran! Wir haben mit diesem Antrag auch alle Möglichkeiten dazu.

Für mich gehört zur Integration aber auch ein Einwanderungsgesetz. Diese Debatte dürfen wir nicht länger vor uns herschieben. Ich freue mich, dass das so eindeutig in diesem Antrag steht. Als die Bundestagsfraktion Anfang des Jahres Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht hat, gab es nicht überall Zustimmung. Aber das ist jetzt Konsens in unserer Partei. Einwanderungsgesetz bedeutet, dass wir den Menschen, die nicht aus Bürgerkriegsländern kommen oder politisch verfolgt sind, sondern die hier Arbeit und ein besseres Leben suchen wofür ich absolut Verständnis habe und was auch absolut legitim ist, legale Perspektiven bieten.

Bei den Flüchtlingen fragen wir: Wie viel Schutz brauchst du? - Bei den politisch Verfolgten fragen wir: Wie viel Schutz brauchst du? - Bei Arbeitsmigranten geht es um eine wirtschaftliche Frage. Da ist es legitim zu fragen: Wen brauchen wir? - Aber wir brauchen Menschen! Wir verlieren in den nächsten 15 Jahren ein Erwerbstätigenpotenzial von 6 bis 7 Millionen Menschen. Das heißt, wenn wir unsere Volkswirtschaft, unsere öffentlichen Einrichtungen erhalten wollen, dann brauchen wir Einwanderung. Aber ich finde, das Einwanderungsgesetz muss auch Flüchtlingen eine Perspektive bieten. Wenn ein Bürgerkriegsflüchtling hier in Deutschland, der erst einmal drei Jahre Schutz bekommt, in diesen drei Jahren die Sprache lernt oder eine Ausbildung macht oder einen Job bekommt, mit dem er seinen Lebensunterhalt verdient, dann müssen wir diesen Flüchtlingen unabhängig von ihrem Flüchtlingsstatus eine Bleibeperspektive, eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis mit Einbürgerungsperspektive geben. Das gilt für mich auch für alle, die in Deutschland eine Ausbildung machen. Wir haben das leider in der Koalition immer noch nicht durchsetzen können. Es gibt immer noch jährlich befristete Duldungen. Ich finde, wenn ein junger Mensch in Deutschland eine duale Ausbildung macht, dabei notwendigerweise die deutsche Sprache lernt, eine Erwerbsgrundlage hat - wie kann ein Mensch besser integriert sein, als wenn er das macht? - Diesen Menschen wollen wir klare Perspektiven geben. Unterstützt uns dabei! Dieser Antrag ist der richtige Weg, das zu tun. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungsleitung: Michaela! - Ihr folgt Karl Finke.

Michaela Engelmeier, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wenn sich die kleine buckeli-

ge Verwandtschaft der Union im südlichsten Teil unseres Landes im Moment mit rechtspopulistischen Äußerungen gegen die Menschen, die zu uns kommen, die bei uns Schutz suchen, die Zuflucht in Deutschland finden, übertreffen und wenn man in der Union über Obergrenzen und Transitzonen schwadroniert, haben wir Haltung gezeigt.

Mit diesem Antrag, den wir heute hier vorlegen, auch mit den Kompromissen sind wir an der Seite der Flüchtlinge. Ich möchte es ist schon sehr viel gesagt worden; ich will das nicht wiederholen den Fokus auf einen kleinen Teilaspekt in diesem Antrag legen, nämlich auf das Thema: Fluchtursachen bekämpfen.

Wir alle reden immer darüber, Fluchtursachen zu bekämpfen. Was steckt wirklich dahinter? - Das müssen wir uns ein bisschen ehrlich machen. Dazu gehört u.a. das Thema Entwicklungspolitik. Wenn wir es immer noch nicht geschafft haben, unsere Verpflichtung mit 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandprodukts in die Entwicklungsländer zu geben, dann müssen wir uns auch nicht darüber wundern, dass sich genau diese Menschen auf den Weg machen und zu uns kommen,

(BEIFALL)

weil sie es in ihren Ländern vor Krieg, Terror, Armut und bitterstem Hunger nicht mehr aushalten.

Wenn ich höre, dass das UN-Hilfswerk und das UN-Welternährungsprogramm finanziell nicht auskömmlich ausgestattet sind, dann gucken wir zu, wie Menschen in Flüchtlingslagern in Syrien, im Irak und überall dort vor Hunger sterben. Das kann es nicht sein! Auch da, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Haltung zeigen

(BEIFALL)

und müssen es unterstützen, auf die Mitgliedsländer Druck auszuüben.

Ich will natürlich auch nicht die Gelegenheit verpassen, etwas zu den sogenannten besorgten Bürgern zu sagen, die jeden Montag in Dresden und jeden Mittwoch in Erfurt spazieren gehen und mit unsäglichen Ressentiments gegen Flüchtlinge und Andersdenkende vorgehen. Ich kann nur sagen: Wir müssen wachsam sein, wir müssen kämpfen, und wir müssen die Leute aufklären, dass sie diesen braunen Brandstiftern nicht in die Hände fallen. Vor allem muss die Jugend davon überzeugt werden, dass Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in diesem Land keinen Platz haben. Ich möchte diesen braunen Brandstiftern heute hier zurufen: Ihr seid nicht das Volk - wir sind das Volk!

(BEIFALL)

Ich unterstütze natürlich diesen Antrag und möchte euch auch bitten, das zu tun. Denn lasst uns in Deutschland zeigen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diejenigen sind, die sich übrigens schon seit Jahren mit dem Flüchtlingsthema auseinandersetzen und immer versucht haben zu helfen, wo wir können! Lasst uns weiterhin die sozial Gerechten sein und den Menschen zeigen: Mit uns ist zu rechnen! - In diesem Sinne: Glück auf!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Karl Finke!

Karl Finke, Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv: Liebe Genossinnen und Genossen! Als Vorsitzender von Selbst Aktiv möchte ich auf zwei Dinge eingehen: erstens auf die historische Situation und zweitens auf politische Bürgerbewegungen, die Politik von unten dokumentiert haben.

Wir haben das ist mehrfach ausgeführt worden zurzeit eine historische Situation, in der es gilt, die zu uns kommenden Flüchtlinge aufzunehmen, zu integrieren und in Beruf, Leben und Alltag einzubeziehen. Eine historische Situation ist aber nicht dauerhaft und häufig auch einmalig. Von daher begrüße ich die Ausführungen von Hannelore Kraft, die deutlich gesagt hat: Wir dürfen gleichzeitig nicht die anderen Personengruppen vergessen, die Gegenstand unserer Politik sind und die sich von der Sozialdemokratie etwas erhoffen, u. a. viele Menschen mit Behinderungen mit dem Bundesteilhabegesetz. Wir gehen davon aus, dass die soziale Symmetrie beibehalten wird und dass die historische Situation mit unserer Unterstützung ausdrücklich gewährleistet und gesichert wird.

Wir sind der Meinung und danken ausdrücklich Sigmar Gabriel, der in Mainz dargelegt hat, dass es auch darum geht, Menschen mit Behinderungen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, aufzunehmen, entsprechend einzubringen und neben den Trauma-Erfahrungen auch die körperlichen Beeinträchtigungen und sonstigen Beeinträchtigungen mit aufzufangen und sie entsprechend gut medizinisch zu versorgen.

(BEIFALL)

Das ist ein Akzent der Sozialdemokratie, den ich ausdrücklich unterstütze.

Ein anderer Bereich ist natürlich: Wie kommt es dazu? - Thorsten Schäfer-Gümbel hat gesagt: Es gab Lichtenhagen, es gab Rostock, es gab auch Mölln und Solingen, Übergriffe gegen Ausländer, wie es seinerzeit noch hieß. Aber es gab seinerzeit auch, historisch gesehen, eine bundesweite Kampagne von Menschen mit Behinderungen, gesteuert aus Niedersachsen: „Gegen Übergriffe gegen Menschen mit Behinderungen, gegen Übergriffe gegen Ausländer“ wie es seinerzeit hieß, „Obdachlose, Frauen und Personen mit gleichgeschlechtlichen Lebensformen“. Das war ganz gezielt so angelegt, dass da, wo Übergriffe sind, Bürger von unten sagen: Das lassen wir mit uns nicht machen!

Diese Situation hat dazu geführt, dass erstens der damalige Bundespräsident von Weizsäcker die Verfassungsergänzung gefordert hat, die später auch gekommen ist, und zweitens am heutigen Tag wir aus Niedersachsen hierfür die Auszeichnung der Internationalen Liga für Menschenrechte erhalten haben, um zu dokumentieren: Menschen mit Behinderungen lassen sich ihre Rechte nicht nehmen, Ausländer lassen sich ihre Rechte nicht nehmen, und vor allen Dingen sind sie politisch bewusst.

Wir haben die Helfer vor Ort, die tolle Arbeit machen. Das ist unstrittig; das ist sehr wichtig. Wir haben die großen Politiker - sie wurden alle erwähnt. Die sind alle sehr nett; ich schätze sie alle. Aber ich schätze vor allen Dingen die große Zahl sozial engagierter Bürgerinnen und Bürger und von Sozialdemokraten, die sich vor Ort einsetzen, die die Demokratie leben und die Bürgerbeteiligung organisieren. Wir haben das bundesweit organisiert.

Die Verfassungsergänzung ist seinerzeit - das wisst ihr - in der Bund-Länder-Kommission gescheitert also

auch an den großen Sozialdemokraten und dann wieder aufgegriffen worden. Ich bin stolz darauf, dass die Formulierung von Jochen Vogel kommt. Ich bin stolz darauf, dass das weitergeführt wird. Und ich würde mich freuen, wenn wir künftig stolz darauf sein könnten, dass wir die Frage der Flüchtlinge, auch der behinderten Flüchtlinge, gemeinsam solidarisch gelöst haben, und wenn wir sagen könnten, dass wir die Themen, die dabei anstehen, im Gleichklang mit den Themen Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen, Frauen usw. behandelt haben und sie nicht hinten runtergefallen sind. Die soziale Symmetrie ist bei der Sozialdemokratie gut verankert. Darum sind wir hier. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Manuela Schwesig!

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, mir geht ein Satz eines Flüchtlings in einem Interview nicht aus dem Kopf. Dieser junge Mann hat gesagt: Ich bin als Flüchtling geboren, aber ich möchte nicht als Flüchtling sterben. - Ich glaube, mit diesem Satz hat er ausgedrückt, dass es für Menschen, wenn sie schon ihre Heimat verlassen, wichtig ist, irgendwann anzukommen, irgendwann nicht mehr der Flüchtling zu sein, sondern eine Heimat zu finden, in der man arbeiten kann, in der man Freunde und Familie hat, in der man einfach wieder ein sicheres und erfülltes Leben führen kann. Das sind ganz schlichte Wünsche, die wir alle haben.

Ich glaube, die Antwort darauf ist der Antrag mit dem besonderen Schwerpunkt der Integration. Es wird Zeit, dass wir uns, nach vielen Monaten der Diskussion darüber, wie es in einem ersten Schritt gelingen kann, alle unterzubringen und zu versorgen, stärker auf das Thema Integration konzentrieren. Das haben wir getan mit dem gemeinsamen Integrationspapier der vier Bundesministerinnen und von Malu Dreyer. Davon findet sich in diesem Antrag viel wieder.

Ich finde es ganz wichtig, dass wir herausstellen, was auch Malu gesagt hat: Der Schlüssel zur Integration sind die Kinder und die Familien. Vielleicht hat der eine oder andere von euch das Video über einen kleinen Jungen gesehen, der aus dem Kindergarten kam. Er wurde gefragt: Wie war es denn im Kindergarten? - Gut. - Und, waren da auch Ausländer? - Nee, nur Kinder.

Ich glaube, diese Antwort zeigt, dass Kinder viel entspannter mit Fremden umgehen, dass Kinder Kindern eine neue Heimat bieten. Natürlich lernen Kinder auch viel schneller die fremde Sprache. Deshalb ist es gut, dass wir den weiteren Kitausbau durchgesetzt haben, dass wir die Sprachförderung weiter ausbauen und uns darauf konzentrieren, dass die Kinder und Jugendlichen, die zu uns flüchten, gute Chancen haben. Wir dürfen sie nicht auf die eine Seite stellen und zu ihnen sagen: „Ihr seid die Flüchtlingskinder, wir machen das für euch“, und auf der anderen Seite zu den einheimischen Kindern sagen: Ihr seid die einheimischen Kinder. - Die Kinder sollen zusammen sein, die die zu uns kommen und die, die schon hier geboren wurden. Das ist der Schlüssel zur Integration.

(BEIFALL)

Malu Dreyer hat viele andere Punkte aus dem Integrationspapier angesprochen. Ich finde, zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Integration braucht Zeit - nicht nur Geld. Integration braucht Zeit, Kraft und Personal. Ich glaube, darum geht es, wenn wir darüber nachdenken, wie wir zukünftig dafür sorgen können, dass wir

besser wissen, wie viele zu uns kommen, wann sie kommen und wer zu uns kommt. Ich will hier ganz deutlich sagen: Mich treibt es unheimlich um, dass Frau Merkel erst sagt: „Wir schaffen das!“; dann kommen viele, und jetzt heißt es: Oh, jetzt wird es uns zu viel, die Kinder und Frauen sollen draußen bleiben. - Das ist unmenschlich und hat mit Integration auch nichts zu tun.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, überzeugt mich unser Konzept. Wir sollten daran arbeiten, dass wir zukünftig gerade Kriegsflüchtlinge über Kontingente nach Europa und in unser Land holen können. Das heißt zum einen: sichere Wege. Und es würde auch heißen, dass wir Prioritäten setzen können. Wir können zunächst denen Schutz bieten, die den Schutz am allermeisten brauchen. Das sind vor allem die Kinder und die Familien. Denn Kinder können es sich nicht aussuchen, wo sie geboren werden, wer gerade Krieg führt und wo sie hinkommen. Deshalb wären diese Kontingente kein Ersatz für das Asylrecht, sondern sie wären eine Möglichkeit, die Dinge besser zu steuern, im UNHCR miteinander zu reden und insbesondere Kindern und Familien zu helfen.

Mein letzter Punkt ist: Ich finde schon, dass wir auf die Helferinnen und Helfer, auch auf unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort hören müssen. Sie sagen: Das ist zwar alles richtig, aber wir haben vor Ort ganz praktische Probleme. Wir müssen Zeit haben, um das gut umzusetzen. - Mir schreiben auch Familien und fragen, ob es mit dem Kitaplatz klappen wird oder ob die Flüchtlingskinder zuerst in die Kita kommen. Diese Fragen werden gestellt, und zwar nicht von den Leuten von Pegida, sondern von Leuten, die wollen, dass wir den Flüchtlingen helfen, aber trotzdem Fragen haben. Wir müssen auf diese Fragen Antworten geben mit der doppelten Integrationsaufgabe - Bildung für alle, Wohnung für alle und Arbeit für alle. Wir müssen diese Antworten geben, ansonsten holen die Populisten diese Leute ab. Das dürfen wir nicht zulassen.

(BEIFALL)

Deshalb ist es auch wichtig, dass wir uns dafür stark gemacht haben - an der Stelle Danke an Sigmar und Thomas, die mitgekämpft haben -, dass unser Programm „Demokratie leben“ aufgestockt wird. Die SPD hält Wort. Wir geben jetzt endlich 50 Millionen Euro pro Jahr aus, um die vielen Initiativen zu unterstützen, die sich vor Ort engagieren, z. B. gegen Rechtsextremismus. Wir haben die Extremismusklausel abgeschafft; wir müssen die Leute, die vor Ort Flagge gegen Rechtspopulismus und vor allem gegen Rechtsextremismus zeigen, besser unterstützen. Sie brauchen unsere Rückendeckung. Und es gibt einen Satz, der immer stimmt: Da, wo wir sind, kann kein Nazi sein. Deshalb müssen wir viele sein. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Herbert Schmalstieg, ihm folgt Sigmar Gabriel.

Herbert Schmalstieg, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in einer Welt - wir alle. Das heißt auch, dass wir alle Verantwortung tragen für diese eine Welt. Und wir müssen uns auch um die Menschen kümmern, die aus den unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat verlassen und fliehen müssen.

Ich bin froh darüber, dass diese beiden Anträge zur Europa- und Außenpolitik und zur Flüchtlingspolitik hier nacheinander behandelt worden sind. Und ich bin Frank-Walter Steinmeier und Malu sehr dankbar für

ihre klaren Worte.

An Malu gerichtet, die jetzt nicht mehr hier sein kann, weil sie an einen Schandfleck reisen muss, will ich sagen: Wir wünschen ihr alles Gute für die Wahlen im nächsten Jahr. Wir brauchen nicht, wie ihre Genkandidatin fordert, ein Integrationspflichtgesetz. Nein, wir brauchen eine Haltung, wie sie die deutsche Sozialdemokratie in diesen Fragen seit Jahrzehnten gezeigt hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es ist eine Schande, was in Deutschland passiert. Und wenn man an Pegida in Dresden, an die AfD und andere denkt, muss man an Bert Brecht erinnern, der zu Recht formuliert hat: „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem es kroch“. - Wir müssen alles tun, dass diesen menschenverachtenden Rattenfängern das Handwerk gelegt wird.

(BEIFALL)

Wir haben uns in den formulierten Anträgen an den Grundwerten - wie ich immer noch sage - des demokratischen Sozialismus orientiert. Und Solidarität ist einer von diesen ganz wichtigen Punkten. Und wenn es um die Flüchtlingswanderungen und bewegungen geht, dann ist es völlig richtig, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz bei uns haben müssen.

Sie dürfen nicht in das Asylrecht gezwängt werden, sondern sie müssen gesondert behandelt werden; denn wir wollen, dass sie, wenn der Krieg dort vorbei ist, ihre Länder wieder aufbauen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und politisch Verfolgte - das ist völlig unstrittig - müssen bei uns den Schutz genießen. Deswegen kann ich nur sagen: Nicht weiter das Asylrecht unserer Verfassung amputieren, sondern es so lassen, wie es ist, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Einen Hinweis will ich noch geben, weil ja mehrere Rednerinnen und Redner zum Thema Familienzusammenführung gesprochen haben. Fragen wir doch einmal die CDU, wie ernst sie es nimmt mit unserer Verfassung, wenn es um den Schutz von Ehe und Familie geht. Die haben nach unserer Verfassung ein Anrecht darauf, dass die Familien hier zusammengeführt werden.

Zu den Armutsflüchtlingsen lasst mich eine Bemerkung machen. Das muss vor Ort bekämpft werden, sagen wir alle. Das hätten wir seit 30 Jahren tun können und müssen. Denkt an Willy Brandt, an die Nord-Süd-Kommission, wo er 0,7 Prozent vom Bruttosozialprodukt gefordert hat.

(BEIFALL)

Jetzt stellt sich Frau Merkel vor die UNO-Vollversammlung und sagt: Wir wollen das machen. - Ja, es gibt wohl eine leichte Erhöhung im Bundesetat für 2016. Aber bitte schön, lasst uns Sozialdemokraten dafür sor-

gen, dass wir in dieser Legislaturperiode tatsächlich bei den 0,7 Prozent landen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich habe mich hier zu Wort gemeldet, weil ich zu dem Antrag IA 9 einen Zusatzantrag einbringen will. Es wird zu Recht darüber gesprochen, was in Jordanien, im Libanon und auch in der Türkei getan wird. Auf Seite 3 gibt es schon eine Korrektur, dass man den Irak mit erwähnt. Aber - Frank-Walter hat darüber auch eindrucksvoll gesprochen - Heidi Merk und ich, wir waren in diesem Jahr schon zweimal in den Flüchtlingslagern im Nordirak, wo bei einer Einwohnerzahl von 5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern inzwischen mehr als 3 Millionen Flüchtlinge sind. Wir müssen auch dieses Land in unserem Antrag erwähnen. Deswegen schlage ich vor, dass wir dort in der Zeile 158 einfügen: „Jordanien, dem Libanon, dem Irak, insbesondere in der autonomen Region, die in der Verfassung dort garantiert ist, Kurdistan“.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich bitte eine abschließende Bemerkung machen. Natürlich leistet auch die Türkei für die Aufnahme von Flüchtlingen eine Menge. Man spricht von 2 Millionen. Davon sind 200.000 in Flüchtlingslagern. Die anderen sind irgendwo in dem Land. Natürlich muss auch denen geholfen werden. Natürlich muss es dazu auch Erleichterungen in der Zusammenarbeit mit der Türkei geben.

Ich war immer - manche haben mir das nie abgenommen - für die Aufnahme und für Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei in die Europäische Union, wie es Hallstein vor über 50 Jahren bei den Assoziierungsverhandlungen mit Griechenland formuliert hat. Aber wenn man das will und das jetzt auch forcieren will, dann bitte sofort Verhandlungen aufnehmen in Brüssel und den Artikel und die Passagen zu den Menschenrechten aufrufen. Dann wird sich sehr schnell klären, wie es mit der Aufnahme der Türkei weitergehen kann.

(BEIFALL)

Ich komme zum Schluss, aber dies will ich noch sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Im Rahmen dieser Erleichterungen - Visa-Erleichterungen und andere - wird ja in Papieren unserer Partei auch formuliert: Das gilt auch für die Einstufung der Türkei als sicheres Herkunftsland. - Genossinnen und Genossen, ich kann nur sagen: Solange dort Journalisten verhaftet werden, Gewerkschafter verhaftet werden, Bürgermeister inhaftiert werden, man das eigene Land im Osten mit Bomben übersät, ist das für mich kein sicheres Herkunftsland. Lasst bitte die Finger davon.

(BEIFALL)

Man kann der Türkei auch auf anderen Wegen helfen. - Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Lieber Herbert, bevor du wegläufst: Das Schlimme ist ja eigentlich, dass die Türkei für Flüchtlinge aus der Türkei kein sicheres Herkunftsland ist, allerdings für Flüchtlinge aus Syrien ein sicheres Drittland ist. Deswegen sage ich mal für mich: Wenn die Europäische Union beschließt, dass die Türkei ein sicheres Herkunftsland ist, dann heißt das für mich in Deutschland, dass wir dafür sorgen müssen, dass zum Beispiel jeder Kurde trotzdem in Deutschland ein Asylverfahren bekommt. Es kann nicht anders gehen.

(BEIFALL)

Es steht übrigens in unserem Grundgesetz, in Artikel 16 a, dass, wenn Anhaltspunkte dafür da sind, dass jemand, der aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, trotzdem Anspruch auf Asyl erhält, dann natürlich ein Asylverfahren haben muss. Für mich hat jeder, der aus der Türkei kommt und Kurde ist, ausreichend Anhaltspunkte in der Biografie oder in der Geschichte der Kurden in der Türkei, dass er einen Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland hat. Ich finde, das muss stehen bleiben.

(BEIFALL)

Ich habe mich gemeldet wegen der Debatte um Obergrenzen und wegen des Satzes, der hier zur Streichung angemeldet ist, weil ich finde, wir brauchen hier Klarheit; denn es nützt ja nichts, wenn wir hier so ein bisschen aneinander vorbeireden und dann hinterher die SPD im Bund und in den Ländern etwas macht, was hier möglicherweise anders verstanden wurde. Diese Art von Umgang mit Parteitagebeschlüssen ist in normalen Fällen schon nicht besonders gut. Aber in dieser entscheidenden Frage braucht die Partei absolute Klarheit.

Warum bin ich gegen Obergrenzen? Ich bin nicht gegen Obergrenzen, weil ich nicht glaube, dass wir die Anzahl der Flüchtlinge, die pro Jahr nach Deutschland kommen, nicht reduzieren müssten. Ich bin sogar der festen Überzeugung, dass es nicht gelingen wird, eine angemessene Integration in Deutschland sicherzustellen, wenn im nächsten und übernächsten Jahr wieder jeweils mehr als eine Million Menschen nach Deutschland kommen. Tut mir leid, auch wenn das unangenehm ist.

Ich habe jeden Tag mit unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zu tun. Ich war gerade nebenan hier in der Flüchtlingsunterkunft in Berlin, die als Notunterkunft gedacht ist und sich inzwischen zu einer längeren Dauerunterkunft entwickelt und von wo aus die Menschen nicht etwa in Wohnungen wegziehen, wenn die Messe der Grünen Woche beginnt, sondern in das alte ICC, das wir übrigens gerade geschlossen haben, weil da angeblich zu viel Asbest drin ist. Wir dürfen nicht die Augen davor zumachen, dass unsere Leute, die in den Kommunen Verantwortung haben, jeden Tag zu uns kommen und sagen: Ihr müsst etwas dafür tun, dass die Geschwindigkeit des Zuzugs abnimmt, liebe Genossinnen und Genossen. Das dürfen wir nicht tun. Mir ist hier zu viel - sagen wir mal - Schulterklopfen über das, wo wir uns einig sind. Wir haben eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der Republik und in der Geschichte Europas zu meistern, und dafür brauchen wir absoluten Realismus. Die CSU hat diesen Realismus nicht. Deswegen tritt sie für Obergrenzen ein. Warum bin ich gegen Obergrenzen? Selbst wenn man das Asylrecht ändern würde, könntest du sie nicht einhalten. Für mich ist übrigens völlig klar, dass mit einer Stimme eines deutschen Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag nicht zu rechnen ist, wenn jemand versucht, das Asylrecht anzutasten, liebe Genossinnen und Genossen, völlig klar.

(BEIFALL)

Übrigens: Fantastisch ist in diesem Land, dass wir nicht mehr wie in den 90er-Jahren eine Debatte haben: „Das Boot ist voll.“ Damals waren es 400.000, und das Land war irgendwie in Panik. Jetzt werden es mehr als eine Million, und wir haben keine Panik im Land. Aber was wir haben, ist bis tief hinein in die Helferinnen und Helfer die Sorge, dass sie es im nächsten Jahr nicht mehr schaffen. Es sind nämlich Ehrenamtliche, wie hier oft betont wird, die den Großteil der Arbeit tragen. Deswegen sage ich euch: Das sind die, die zusammen mit den Kommunalpolitikern zu uns kommen und sagen: Tut etwas dafür, dass wir das im nächsten Jahr auch noch schaffen können.

Die Obergrenzendebatte führt aber eben gerade nicht dazu, sondern sie vermittelt den Eindruck, man könnte mal eben durch einen Beschluss festlegen, wie viel Menschen so an die deutsche Grenze kommen. Was machen wir denn an dem Tag - das ist meine Frage an die CSU -, an dem an der deutsch-österreichischen Grenze der Erste steht, der über eine Obergrenze hinausgeht? Dann ist der nächste Schritt: Du musst in Europa die Grenzen schließen.

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, ist Europa wirklich im Eimer, weil wir dann das herbeigeführt haben, was wir alle verhindern wollen.

(BEIFALL)

Aber selbst, wenn wir es machten: Wie wollen wir denn verhindern, dass die Flüchtlinge oberhalb einer irgendwie festgesetzten Obergrenze zu uns kommen? Wir müssten doch einen Zaun rund um Deutschland ziehen, und wir müssten die Bundeswehr mit aufgepflanztem Bajonett an die Grenzen stellen. Das übrigens fordert die AfD, und das werden wir niemals machen, liebe Genossinnen und Genossen, niemals!

(BEIFALL)

Das ist der Grund, warum die Obergrenzendebatte ein Unsinn ist: weil sie das Problem nicht löst; denn es ist nicht so, dass die Menschen nicht kommen werden, nur weil Herr Seehofer oder wer auch immer eine Obergrenze einführt.

Aber es ist trotzdem richtig, über die Frage zu reden: Wie reduzieren wir die Geschwindigkeit? Das Problem ist doch nicht 1 Million. Wir sind 80 Millionen, das ist einer auf 80. Ich weiß nicht, wie viele Delegierte jetzt im Saal sind, aber das wären irgendwie unter zehn Flüchtlinge, wenn man das auf die Delegierten im Saal umrechnet. Also, richtig Angst vor Überfremdung würden wir dadurch sicher nicht bekommen.

Das ist nicht das Problem. Das Problem ist die Geschwindigkeit, in der sie kommen. Übrigens: Das Problem in unserer Bevölkerung ist, dass selbst die, die helfen, den Eindruck haben, dass wir die Steuerungsfähigkeit verloren haben, dass wir nicht mehr wissen, wer kommt, dass wir nicht mehr wissen, wann sie kommen, und dass wir nicht mehr wissen, wie wir mit ihnen umgehen sollen. Das ist die Sorge von denen, die helfen wollen - nicht von denen, die nicht helfen wollen; die haben ganz andere Ideen im Kopf.

Darum reden Frank-Walter Steinmeier und ich, darum reden alle eure Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, eure Bürgermeister, eure Landräte über die Frage: Wie schaffen wir es, die Steuerungsfähigkeit zurückzugewinnen? Das geht nicht mit nationalen Mitteln. Das geht nur auf dem Weg, den Thomas Oppermann beschrieben hat: erstens, zweitens und drittens helfen, helfen, helfen - in der Türkei, im Libanon, in Jordanien, im Irak. Nur wenn sich dort die Lebensbedingungen verbessern, nur dann werden weniger Menschen ihr Heil in der Flucht nach Europa und nach Deutschland suchen.

(BEIFALL)

Übrigens: Ab und zu darf man auf Deutschland stolz sein. Wir sind das Land, das seine Versprechungen auf den internationalen Geberkonferenzen einhält. Es gibt ein paar andere, die auch zusagen, zu helfen. Aber wenn die Konferenz vorbei ist, fließt kein Geld. Wir dürfen auch einmal sagen: Ja, das macht unser Land mit

einigen anderen, mit den Schweden und den Österreichern, besser als die meisten anderen Länder Europas und der Welt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Trotzdem ist es noch nicht genug. Trotzdem müssen wir noch mehr in diese Länder hineingeben, und zwar nicht nur Essen und Trinken. Ich war in Jordanien. Ich habe auch eine syrische Familie getroffen. Ich meine, wenn du die siehst, dann weißt du doch, dass du die nicht zurücklassen darfst im Elend. Der Vater hat durch einen Raketenangriff ein Bein verloren, ein zwölfjähriger Junge beide Beine, die rechte Hand und das rechte Auge. Sie sitzen mit den Kindern traumatisiert in einem 12-Quadratmeter-Container, und du weißt, wenn du sie siehst: Das Leben für die Kinder ist eigentlich vorbei. Die haben wir rausgeholt, weil das besonders schlimm war.

Übrigens: Ich fahre bald nach Hannover, weil in Hannover Leute sind, die uns helfen, an der Medizinischen Hochschule, aber auch viele andere mehr. Wir können ja nicht jedem diese Chance bieten, aber dann müssen wir doch wenigstens dafür sorgen, dass der UNHCR, der Flüchtlingskommissar, genug Geld hat, damit die Krankenhäuser in der Region nicht geschlossen werden müssen!

(BEIFALL)

Viele von euch sehen solche Lager. Ich weiß nicht, wie es euch dabei geht. Ich empfinde es als eine Rießenschande, dass die reichen Staaten dieser Welt nicht einmal in der Lage sind, die Krankenhäuser und die Schulen offen zu lassen für die Leute, die da im wahrsten Sinne des Wortes im Elend hausen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist doch das, um was es geht.

(BEIFALL)

Zweitens. Ja, wir müssen die europäischen Außengrenzen sichern, aber nicht um eine Festung Europa zu bauen, sondern um den Schleppern das Handwerk zu legen. Es geht doch bei der Kontingentlösung darum, Menschen die Chance zu geben, nach Europa und Deutschland zu kommen, ohne dass sie ihr Hab und Gut an die Schlepper geben müssen und ihr Leben gefährden müssen. Es ist vorhin von Hannelore und von Aydan und auch von Malu Dreyer gesagt worden: Unser Anspruch muss sein, dass jeder, der sich nach Europa retten will, dabei nicht sein Leben gefährden muss. Das ist ein hoher Anspruch, aber darunter dürfen Sozialdemokraten es nicht machen, liebe Genossinnen und Genossen. Darunter dürfen wir es nicht machen.

(BEIFALL)

Das ist die Idee von Kontingenten, und zwar im Resettlement-Programm der Vereinten Nationen, nicht sonst irgendetwas. Natürlich müssen das viel höhere Kontingente sein. Jetzt reden wir gerade über 400.000. Ich meine, den Türken zu sagen: „Macht eure Grenzen zu“, und dann da die Zahl der Flüchtlinge wachsen zu lassen, so geht es auch nicht; man muss ihnen schon auch welche abnehmen. Aber dann doch gesteuert, damit wir wissen, wer kommt und wann sie kommen. Ich sage hier einmal ganz deutlich: Das muss nach dem Motto gehen: Frauen und Kinder zuerst! Familien haben Vorrang auf dem Weg nach Europa und nach Deutschland! Das ist der Sinn.

(BEIFALL)

Herbert Schmalstieg hat es völlig richtig gesagt: Asylrecht und dieser Weg über Kontingente, das sind kommunizierende Röhren. Wenn wir sehen, dass weniger Asyl beantragen - wobei ich nicht glaube, dass das allzu schnell der Fall sein wird -, dann müssen die Kontingente wachsen. Wenn wir sehen, dass auf anderem Wege weiterhin viele zu uns kommen, dann werden die Kontingente nicht ganz so groß sein. Aber natürlich darf eins nicht passieren: Man kann nicht sagen, weil wir Kontingente haben, gibt es kein Asyl mehr. Das ginge nur bei Abschaffung des Asylrechts, und das werden wir nicht machen.

Aber es ist doch klar, dass wir es über Hilfe in den Ländern, Sicherung der Außengrenzen, gezielte Aufnahme gesteuerter Kontingente schaffen wollen, die Geschwindigkeit zu reduzieren, damit unsere Städte und Gemeinden, damit die Helferinnen und Helfer in der Lage sind, eine angemessene Integration sicherzustellen. Ich finde, es steht uns gut an, immer beides im Blick zu haben: die Hilfsbereitschaft, die Nächstenliebe, die Solidarität, aber natürlich auch die Belastungsfähigkeit derer, die das alles machen. Denn das machen ja in der Regel, wie gesagt, Ehrenamtliche. Ich finde, die Balance ist uns gut gelungen. Wir haben in den letzten Monaten diesen Quatsch von Obergrenzen und Dichtmachen der Grenzen nicht mitgemacht, sondern wir haben von Anfang an dafür gekämpft, dass wir mehr Geld in die Herkunftsstaaten geben, dass wir mit der Türkei verhandeln und dass wir zu großen Kontingentlösungen kommen. Wir haben das durchgesetzt. Die anderen haben doch die ganze Zeit nur miteinander gestritten. Wir Sozialdemokraten haben den Weg vorgegeben, wie man den Menschen hilft, aber auch, wie man sozusagen die Integrations- und Aufnahmefähigkeit in Deutschland so im Griff behält, dass wir diejenigen, die es machen, nicht überfordern.

Darum geht es und nicht um irgendwelche Obergrenzendebatten. Beide Signale braucht das Land. Beide Signale sind realistisch. Dafür steht dieser Antrag. Ich bin denen, die das in wochenlanger Arbeit zusammengetragen haben, die die Partei beieinander gehalten haben, außerordentlich dankbar. Sie stärken uns den Rücken. Ich habe die herzliche Bitte, dass auch der Parteitag das tut. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das war ein wichtiges Wort des Vorsitzenden. Deshalb, finde ich, müssen wir uns gleich die gebührende Zeit für die konkrete Beratung der vorliegenden Anträge nehmen. Weil wir schon jetzt eine Stunde im Verzug sind, was das ursprüngliche Regiebuch angeht, schlagen wir euch folgendes Verfahren vor: Wir machen jetzt weiter bis 18 Uhr, arbeiten die Rednerliste ab. Wenn sich alle disziplinieren, was den Zeitumfang ihrer Beiträge angeht, schaffen wir noch eine ganze Menge. Um 18 Uhr würden wir dann einsteigen in die konkrete Antragsberatung. Können wir darüber abstimmen, ob wir so verfahren? - Wer mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann war das eine sehr, sehr breite Mehrheit. Vielen Dank.

Jetzt haben das Wort Susanne Maaß und Immanuel Benz.

Susanne Maaß, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Gäste! Mein Name ist Susanne Maaß. Ich komme aus dem Kreisverband Oberberg und dort aus dem Ortsverein Reichshof, einer großen Flächengemeinde im Oberbergischen Kreis. Ich bin im Gemeinderat und auch stellvertretende Bürgermeisterin. In dieser Eigenschaft habe ich die Flüchtlingshilfe Reichshof ins Leben gerufen. Ich sage

euch das, weil ich euch auch bisschen berichten möchte. Ich bin ziemlich gut informiert über die Probleme zwischen Verwaltung und Ehrenamt. Ich finde diesen Antrag sehr, sehr wichtig. Ich denke, er wird gleich auch eine große Zustimmung finden. Aber es gibt doch auch einige Dinge, die dringend notwendig sind.

Im Moment werden Asylanträge zum Glück schneller entschieden. Aber das stellt uns Ehrenamtler auch vor die Probleme, dass die Flüchtlinge schneller aus ihren Unterkünften müssen. Wir brauchen Wohnraum. Deshalb freue ich mich, zu lesen, dass die finanziellen Mittel für die Wohnraumförderung aufgestockt wurden und dass es Förderung für den sozialen Wohnungsbau geben soll; denn wir stoßen an unsere Grenzen. Den freien Wohnraum, den wir hatten, hat die Gemeinde sich gekrallt, um Flüchtlinge unterzubringen. Wenn jetzt, wenn die Zahl aktuell ist, bei uns von 370 Flüchtlingen 70 anerkannt werden, dann haben wir als Ehrenamtler wirklich ein Problem. Die Flüchtlinge stehen dann auf eigenen Füßen, aber das können sie nicht. Auch da muss das Ehrenamt weiter unterstützen. Ich bin froh, dass sich jede Woche Menschen bei mir melden, die uns in unserer Hilfe unterstützen, durch Sachspenden, aber auch durch persönliche Mithilfe. Aber es kommen auch immer mehr Flüchtlinge, und die Ehrenamtler stoßen wirklich an ihre Grenzen.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass, wie auf Seite 10 des Antrags gesagt, dass durch hauptamtliche Anlaufstellen das Engagement gestützt wird. Wir schaffen das nicht mehr alleine als Ehrenamtliche, und die Kommunen schon gar nicht. Wenn die uns Ehrenamtliche nicht hätten, wären die ziemlich aufgeschmissen.

Ich finde auch wichtig, was Hannelore eben gesagt hat: Dass wir nicht nur die Flüchtlinge im Blick haben. Es darf keine Neidsituation aufkommen zwischen den Bürgern, die schon lange hier leben, und unseren neuen Nachbarn, die zu uns kommen. Wir stoßen bei Kita-Plätzen, bei Schulplätzen, bei der Wohnungssuche immer an unsere Grenzen, aber es ist wichtig, dass wir das für alle tun, die bei uns leben. Da sind wir auch in engen Gesprächen und versuchen, da Lösungen zu finden. Aber das ist wirklich nicht immer einfach.

Der schönste Satz in diesem Antrag ist: „Asylrecht gilt ohne Abstriche.“ Ich bin stolz darauf, Mitglied der SPD zu sein. Ich bin hauptsächlich Mitglied des Buchstaben S, Sozial. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, dass wir viel für diese Menschen bewegen.

Eines ist heute, finde ich, zu kurz gekommen. Ich war zwar auch zu dem Ehrenamts-Empfang im Sommer, aber das war mir eigentlich schon ein Stück weit unangenehm, denn das bin nicht ich. Die ganzen Ehrenamtler, die vor Ort in den Kommunen die Arbeit leisten, ich finde, denen muss man gebührenden Dank zollen. Ich finde, das müssen wir weiterhin unterstützen.

(BEIFALL)

Wir sind eine große Flächengemeinde in einer ländlichen Region, und auch da haben wir Probleme mit dem sozialen Wohnungsbau, der wirklich nicht mehr existent ist. Auch da bitte ich, uns zu unterstützen.

Das größte Problem, das in den Städten gar nicht auftritt, ist die Mobilität. Unsere Ehrenamtler fahren auf eigene Kosten die Flüchtlinge wirklich von A nach B, ob zum Einkaufen, zum Arzt, oder ob es andere Fahrten sind. Wir haben keinen guten ÖPNV. Den werden wir auch so schnell nicht bekommen. Die Bürgerbushaltestelle können wir auch so schnell nicht einrichten. Der fährt auch nur ein Mal die Woche. Das ist ein wahnsinniges Problem in den ländlichen Regionen.

In dem Antragbuch waren auch zwei Anträge I 54 und I 55, die gefordert haben, dass die Dublin-Verordnung angepasst wird. Dieser Antrag soll an die Gruppe der SPD-Abgeordneten im EU-Parlament und an die SPD-Fraktion überwiesen werden. Uns liegt bereits von Ehrenamtlern ein offener Brief vor, weil auch das bei uns zu Problemen führt. Wir schicken die Leute weg. Wir haben jetzt jemanden aus Pakistan, der bei uns schon richtig gut integriert war, nach Italien zurückschicken müssen, der da in die Obdachlosigkeit verfallen ist, bei minus 3 Grad unter freiem Himmel leben musste und wo unsere Ehrenamtler Geld überweisen, damit er sich ein Motel leistet. Ich finde, da muss auch etwas getan werden.

(BEIFALL)

Dann möchte ich noch eine Herzensangelegenheit ansprechen, was mich persönlich betroffen macht. Ich kenne viele unserer Flüchtlinge persönlich, die bei uns in der Kommune leben. Ich glaube, viele Syrer wären gar nicht ohne ihre Familien zu uns gekommen, wenn sie gewusst hätten, dass der Familiennachzug eingeschränkt werden soll. Wie soll denn Integration funktionieren, wenn man sie von ihren Familien trennt? Wir haben die depressiven Männer bei uns sitzen, die sich Sorgen um ihre Frauen und um ihre Kinder machen. Das kann doch nicht angehen, dass wir jetzt sagen, die Familien dürfen nicht kommen. Da möchte ich einfach noch einmal appellieren.

Für mich ist es sehr bereichernd, in der Flüchtlingshilfe tätig zu sein. Bei uns gibt es zum Glück noch keine Fremdenfeindlichkeit. Zumindest kommen sie noch nicht aus der Deckung. Ich bin eigentlich stolz auf unsere kleine Kommune mit knapp 20.000 Einwohnern, wie wir das bisher gestemmt haben und weiter stemmen. Ich denke, das ist in vielen anderen Kommunen auch der Fall. Ich möchte einfach mal danke sagen an alle, die da so tatkräftig helfen. Ohne die wäre es nicht möglich. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Immanuel Benz, dann Stella Kirgiane-Efremidis.

Immanuel Benz, Bundesvorsitzender der Falken: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir erleben eine merkwürdig gesplante öffentliche Debatte in dieser Zeit. Einerseits hören, lesen und erleben wir vielerorts die Überforderung von Politik und Verwaltung. Andererseits loben wir zu Recht und hier auch ohne Unterlass die Leistung der Zivilgesellschaft, die dort hilft - das gehört aber eben auch dazu -, wo Systeme nicht mehr funktionieren, und zwar Systeme, die eben lange darauf ausgerichtet waren, Menschen davon abzuhalten, bei uns anzukommen, und nicht, sie aufzunehmen. Kein Wunder also, dass diese Systeme nun nicht mehr funktionieren. Daher reicht es auch nicht aus, an dem Image einer Willkommenskultur zu arbeiten und sich irgendwie dann genau diese Zivilgesellschaft zu vereinnahmen.

Drittens müssen wir tagtäglich neue Meldungen von brennenden Flüchtlingsunterkünften, von Attacken auf Menschen mit Migrationshintergrund und Aufmärschen von Nazis und solchen, die auch so genannt werden müssen, ertragen. Und da, liebe Genossinnen und Genossen, muss man doch auch einfach sagen: Da ist Deutschland scheiße! Da ist dann die Frage: Was ist die Rolle der Sozialdemokratie, die sich Verantwortung und Solidarität auf die Fahnen geschrieben hat? Es ist gut, zu hören, dass hier gesagt wird, es soll niemand gegeneinander ausgespielt werden. Dann müssen wir aber auch sagen: Dann reicht es aber auch nicht, Flüchtlinge in gute, brauchbare und unnütze Flüchtlinge zu unterscheiden. Und auch da ist die Frage der sicheren Herkunftsländer schon angesprochen worden. Auch das ist ein Problem, dem wir als Sozialde-

mokratie uns anders und auch deutlicher stellen müssen.

Auch bei den Standards, die nicht in Frage gestellt werden dürfen, was hier schon betont wurde, gab es schon andere Debatten, wo gesagt wurde, da müsse man über Aussetzung von Schulbesuchsrechten nachdenken. Ich bin sehr froh, dass dieser Parteitag dieses Stadium der Debatte eindeutig überwunden hat. Dafür ein herzliches Dankeschön, liebe Genossinnen und Genossen!

Deshalb noch mal zum Punkt Sicherheit, was ja auch immer damit verbunden wurde: Was bedeutet Sicherheit im Zusammenhang mit Flüchtlingspolitik? Sicherheit bedeutet soziale Sicherheit und vor allem Bleibeperspektive. Bleibeperspektive über Investitionen, über Möglichkeiten legaler Zuwanderung und über Anerkennung. Dazu gibt es in einem Kapitel des Antrags, der jetzt vom Parteivorstand vorliegt, immerhin einen guten Abschnitt zu Kinder und Jugend. Aber bei den Forderungen würden wir noch mal deutlich vorschlagen, die Forderungen in unserem Antrag I 16 zu übernehmen, denn die sind noch mal deutlicher und konkreter und zeigen klare Möglichkeiten auf, wer hier in Schule ist, wer hier im Studium ist, wer eine Ausbildung oder einen Beruf hat, darf bleiben, und wer das abgeschlossen hat - eine Lehre, ein Studium oder die Schule -, der darf auch bleiben. Das ist unheimlich wichtig. Das ist Sicherheit, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Abschließend noch eine Anmerkung. Als Falken, als sozialistische Jugend, noch mal zur Bedeutung von Jugendarbeit, von Jugendverbandsarbeit. Beim Thema Integration gibt es wohl kein besseres Feld, wo man tatsächlich auch mit investieren kann, um Integration gelingbar zu machen.

Wir stehen für politische Bildung, wir stehen für politischen Protest, und wir stehen vor allem auch für konkrete Solidarität. - In diesem Sinne: Freundschaft!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Jetzt Stella Kirgiane-Efremidis, danach folgt Hans Eichel.

(BEIFALL)

Stella Kirgiane-Efremidis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich muss erst einmal unseren SPD-Baden-Württemberg-Löwen aufstellen, weil wir Landtagswahlen haben und wieder mitregieren wollen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt zum ernstesten Thema Flüchtlinge. - Die Debatte hat ja gezeigt, dass es in uns allen aufgrund dessen, was im Moment europaweit passiert, brodeln. Deswegen möchte ich mich auch erst einmal ganz herzlich bei unseren Ministerinnen und Ministern und bei Malu Dreyer für diesen tollen Antrag bedanken.

Allerdings möchte ich einleitend zu dem Thema Integrationskurse etwas sagen, was auch der AG Migration

und Vielfalt sehr am Herzen liegt: Integrationskurse können nur gelingen und gut ankommen, wenn sie für die Flüchtlinge kostenfrei sind. Bitte nehmt euch das zu Herzen! Ansonsten ist das, was wir hier machen, wirklich scheinheilig.

(BEIFALL)

Da wir beim Thema Scheinheilig und bei Scheinlösungen sind, komme ich zum Thema „Aktionsplan der EU mit der Türkei“: Die EU hat mit der Türkei einen Pakt geschlossen. Sie sichert ihre Grenzen schärfer, damit Flüchtlinge nicht so schnell nach Europa flüchten können. Dafür bekommt die Türkei Geld - 3 Milliarden Euro. Hat sich denn tatsächlich jemand Gedanken darüber gemacht, welche Auswirkungen dieser Aktionsplan bei den Flüchtlingen haben wird? Hat man wirklich geglaubt, dass diese Verschärfung die Flüchtlinge abhalten wird, nach Europa kommen zu wollen?

Fakt ist: Die Menschen wollen dort weg, und zwar so schnell wie möglich. Dafür nehmen sie jetzt eine längere und eine viel gefährlichere Route in Kauf. Das Ergebnis: Von Dienstag auf Mittwoch sind vor der Küste von Lesbos elf Menschen ertrunken.

Liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir wirklich so unsere Außengrenzen schützen? Reichen uns die Toten im Mittelmeer immer noch nicht? Wäre es nicht zum Beispiel sinnvoller, den griechischen Inseln Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie die Menschen dort würdevoll unterbringen, aufnehmen und registrieren können,

(BEIFALL)

anstatt Griechenland jetzt mit einem Austritt aus dem Schengen-Abkommen zu drohen?

Wir wollen unserem Antrag gemäß sichere Wege ohne Schlepper, ohne lebensgefährliche Reisen. Dafür ist dieser Aktionsplan aber nicht der richtige Weg.- Ich danke euch.

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Hans Eichel, ihm folgt Irena Rudolph-Kokot.

Hans Eichel, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Zunächst möchte ich eine Anmerkung zu dem machen, was Martin Schulz gesagt hat: Ja, wir stehen vor einer großen Bewährungsprobe, und wir brauchen europäische Solidarität. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, als in Lampedusa nichts mehr ging und Matteo Renzi unsere Solidarität gefordert hat, haben wir nicht einmal hingehört.

(BEIFALL)

Als in Griechenland längst Land unter war, haben wir auch nicht hingehört. Erst seitdem wir die Flüchtlinge bei uns haben, fordern wir europäische Solidarität.

(BEIFALL)

Hier liegt das Elend der europäischen Solidarität; denn inzwischen versteht fast jeder - wir auch - unter Solidarität nur noch etwas, wenn es ihm selber finanziell nützt - sonst nicht. Und das genaue Gegenteil ist Solidarität. Solidarität ist nämlich, dann zu helfen, wenn es einem selber nicht nützt, aber der andere es braucht.

(BEIFALL)

Zweite Bemerkung. Wir verhandeln hier ein Thema, das uns dieses ganze Jahrhundert beschäftigen wird. Jetzt sind es die Bürgerkriegsflüchtlinge. Dieses ganze Jahrhundert wird voll sein von Klimaflüchtlingen. Wer sich frühzeitig darauf einstellt, der wird das Geschehen bestimmen.

(BEIFALL)

Wenn wir, liebe Genossinnen und Genossen, die Willkommenskultur, die einen ja wirklich stolz machen könnte, preisen, dann muss man vielleicht auch auf Folgendes hinweisen - ich erinnere mich gut, wie wir in den frühen 90er-Jahren die Debatten ums Asylrecht geführt haben und welche Situation wir damals in Deutschland hatten -: Deutschland ist inzwischen bunt, Deutschland ist längst Einwanderungsland. Vielleicht gäbe es die Willkommenskultur ohne diese Tatsache nicht.

(BEIFALL)

Ich finde den Antrag gut und sehr umfassend, aber ich will an zwei Stellen Anmerkungen, Anregungen und einen Vorschlag machen - ich kann selber keinen Antrag stellen -, und zwar erstens zur Arbeit und Ausbildung: Ich schlage vor, hinter die Zeile 551 folgende Zeile einzufügen:

„Wir brauchen eine Ausbildungspflicht der Wirtschaft.“

1,3 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Viele Zehntausende kommen jährlich hinzu, meist aus bildungsfernen Elternhäusern - viele Einwandererkinder und nun die vielen jungen Flüchtlinge. Sie alle müssen wir in ein verpflichtendes Ausbildungssystem integrieren.

Liebe Freunde, das ist ein Punkt, der uns heute längst Sorgen macht - und nicht erst, seit die Flüchtlinge kommen. Wir haben völlig verdrängt, dass wir eine große Zahl junger Leute gänzlich ohne Perspektive in diesem wunderschönen dualen System zurücklassen, und das müssen wir ändern.

(BEIFALL)

Der Staat kann nicht sagen: „Ich habe kein Geld“ oder „Du bist nicht ausbildungsfähig, ich beschule dich nicht“. Wieso kann dies aber die Wirtschaft mit Blick auf die Ausbildungsplätze sagen?

Ich kenne die Diskussion, sie seien nicht ausbildungsfähig. Es gibt eine Fülle sehr guter Beispiele von engagierten Betrieben und Kammern, die diese jungen Leute aus dieser Reserve in die Ausbildung holen. Sie unternehmen große Anstrengungen, haben damit aber auch große Erfolge. Deswegen muss das jetzt geändert werden, weil wir uns sonst die Probleme, die wir in Frankreich studieren können, selber ins Haus holen.

(BEIFALL)

Und macht euch nichts vor: Es kommen nicht nur Akademiker, wie manche beschwichtigend sagen. Es kommen viele junge Leute, die wir fast auf die Stufe von Analphabeten stellen müssen, weil PISA das so gezeigt hat. Das wird große Anstrengungen erfordern, und das müssen wir uns klarmachen.

Zweiter Punkt. Ich möchte gerne anregen, in der Zeile 384 Folgendes hinzuzufügen:

„In Deutschland stehen 1,7 Millionen Wohnungen leer. Sie müssen so weit wie möglich genutzt werden.“

Ich nenne einmal ein Beispiel: Ich komme aus Kassel. 20 Kilometer südlich von Kassel liegt das prosperierende Melsungen; B. Braun sitzt dort. 20 Kilometer nördlich liegt Hannoversch Münden. 40 Kilometer nördlich liegt die alte Hugenottenstadt Bad Karlshafen. Dies alles wird im Kern leer. Das alles steht zur Verfügung. Ich sage euch: So schnell könnt ihr die Wohnungen gar nicht bauen, wie ihr dies in diesem Antrag beschließt.

Wir haben heute schon einen Bauboom, und wenn ich dafür noch mehr Geld zur Verfügung stelle, kriege ich nur steigende Preise, aber nicht mehr Wohnraum. Das heißt: So richtig es ist, dass wir mehr Sozialwohnungen brauchen: Das wird dauern, und das wird unser Problem nicht lösen. - Deswegen müssen wir - was übrigens schon geschieht - die leerstehenden Wohnungen - zunächst in der Peripherie der großen Städte - viel mehr in den Blick nehmen, um unser Problem zu lösen.

Ich wäre euch dankbar, wenn das als Anregung aufgenommen werden könnte. - Danke.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Irena - und als letzte Wortmeldung, die behandelt werden kann, Ralf Stegner.

Irena Rudolph-Kokot, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Überall in Deutschland, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, gehen seit mehr als einem Jahr Rassistinnen und Rassisten fast täglich auf die Straßen und verbreiten eine Stimmung des Hasses gegen Zufluchtssuchende und Andersdenkende. Dies führte zum rasanten Anstieg von rechtsmotivierten Gewalttaten gegen Geflüchtete, Helferinnen und Helfer, Politikerinnen und Politiker und gegen AktivistInnen.

Die Stimmung vor allen Dingen in Sachsen aus diesem Bundesland komme ich erinnert an die rechten Pogrome der 1990er-Jahre. Damals reagierte Politik mit dem sogenannten Asylkompromiss. Leider droht sich die Geschichte gerade in bizarrer Weise zu wiederholen. Die CDU/CSU drängt in Reaktion auf Hass und Hetze der sogenannten besorgten Bürger zu restriktiven asylpolitischen Maßnahmen. Das ist der falsche Weg. Diesen Weg, liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht gehen. Das zeigt auch der vorliegende Antrag. Dafür danke ich den Antragstellerinnen und Antragstellern.

Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die sich überall im Land für Zufluchtssuchende engagieren, zeigen, dass der einzig richtige Weg im Ausbau von Integrationsmaßnahmen und in der Stärkung ehrenamtlicher Strukturen durch hauptamtliche Unterfütterung und eine ordentliche finanzielle Ausstattung

liegt. Wir brauchen keine populistischen Diskussionen über jegliche Art von Obergrenzen à la CDU/CSU, sondern mehr demokratische Bildung. Wir brauchen keine Beschränkungen, sondern ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit. Wir brauchen keine Abschottung. Wir brauchen mehr Menschlichkeit.

Lasst uns gemeinsam Offenheit wagen, Integration leben und eine lebendige, vielfältige sozialdemokratische Zukunft gestalten! - Danke.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Ralf Stegner!

Ralf Stegner, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Parteitag wird es am Montag einen Bundestag der CDU geben. Auch die werden sich mit dem Thema beschäftigen. Dort werden dann die Wahlkämpfer auftreten: Frau Klöckner, Herr Laschet, Herr Wolf und der amtierende Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Dann werden die über „Belastungsgrenzen“ reden, Genossinnen und Genossen. Das Wort „Belastungsgrenze“ hat eine gute Aussicht, das Wort des Jahres 2015 zu werden. Meinen die die Belastungsgrenzen der Kinder, Frauen und Männer, die aus Syrien vor den Fassbomben oder vor den Mörderbanden der IS oder der Al-Qaida fliehen? Meinen die die Menschen, die aus ihrer persönlichen Hölle in Eritrea, Afghanistan oder Irak fliehen? Meinen die die Menschen, die fliehen, um ihre Kinder vor dem Hungertod zu bewahren, während wir hier in Europa Lebensmittel wegschmeißen? Meinen die die Menschen, die vor den Waffen davonlaufen, die vom Westen in bestimmte Gegenden geliefert worden sind? Oder meinen die vielleicht diejenigen, die aus Ländern kommen, wo man ausgepeitscht oder auf grausame Art und Weise hingerichtet wird, wenn man Kritik übt? - Die Belastungsgrenzen dieser Menschen meinen die nicht, sondern sie meinen die Belastungsgrenzen von uns.

Ich will euch ehrlich eines sagen: Bei allem Respekt und bei dem großen Dank, den wir an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und auch an die Polizisten, die Kommunalbeamten und all diejenigen richten müssen, die da etwas tun, sage ich euch bezogen auf die Größenordnung Sigmar hat das vorhin erwähnt: Wir haben 82 und eine kommt dazu. Ich finde, das ist eine sehr merkwürdige Form der Definition von Belastungsgrenzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Manchmal meinen wir nämlich durchaus die Belastungsgrenze unserer eigenen Bequemlichkeit. Ich habe in anderem Zusammenhang vorhin gesagt ich will das hier noch einmal wiederholen: Dieses Europa wird auf Dauer nicht in Frieden und Wohlstand leben können, wenn der Rest der Welt in Elend und Krieg lebt und die Menschen in Eritrea auf ihrem Handy sehen können, wie schön es in Paris, Berlin und anderswo ist. Wir werden lernen müssen zu teilen, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Das bedeutet, dass wir mit unserem Antrag, den ich sehr leidenschaftlich unterstützen möchte, ein ganz anderes Bild zeichnen als das, welches die Partei zeichnet, die vorne ein „C“ hat und sich als Christliche Union bezeichnet, ein ganz anderes Bild. Denn unsere Antwort lautet nicht „Wir schränken das Asylrecht ein“. Unsere Antwort lautet nicht, dass wir Schwangere oder Kinder in der Gesundheitsversorgung schlecht

behandeln. Unsere Antwort lautet nicht, dass wir nur junge Männer hierher holen und die Frauen und Kinder in den Kriegsgebieten lassen. Das ist nicht die Antwort einer christlichen Partei und einer sozialdemokratischen schon gar nicht, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Aber was soll auch dabei herauskommen, wenn man hingehet und sich den Herrn Orbán zu Orientierungszwecken auf den Parteitag einlädt? - Das ist das, was diese Kolleginnen und Kollegen machen.

Genossinnen und Genossen, viele von uns fürchten, dass diese Haltung in unseren Landtagswahlkämpfen in Rheinland-Pfalz, in Sachsen-Anhalt, in Baden-Württemberg und anderswo schwierig wird. Ich sage euch: Es mag sein, dass es schwierig ist. Aber ich bin sicher, in Deutschland gibt es eine Mehrheit für Humanität, wenn wir uns ordentlich dafür einsetzen, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Es mag wahr sein, dass das Thema die Rechten mobilisiert. Aber wir haben auch in Wien und anderswo gesehen: Es mobilisiert auch unsere Leute, wenn wir das ordentlich machen. Es mobilisiert auch unsere Leute, die nämlich wissen, wem wir es zu verdanken haben, dass wir heute so in Wohlstand und Frieden leben können, Genossinnen und Genossen.

Deswegen sollten wir uns nicht irre machen lassen. „Wer kämpft, kann verlieren“, hat Berthold Brecht gesagt; „Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

(BEIFALL)

Deswegen gilt für die Landtagswahlkämpfe und für alles andere auch: Wir haben eine Haltung, liebe Genossinnen und Genossen.

In einem Punkt, liebe Genossinnen und Genossen, ist meine Belastungsgrenze auch erreicht, nämlich hinzunehmen, dass Tag für Tag in Deutschland Flüchtlingsunterkünfte angezündet werden und dass Rechtsradikale auf den Straßen sind. Da ist unsere Belastung wirklich erreicht!

(BEIFALL)

Deswegen rate ich uns, dass wir erstens den Menschen erklären, es gibt da keinen Schalter, den man umdrehen kann, sondern wir machen die mühselige Arbeit, etwas gegen Fluchtursachen zu tun, wie es Frank-Walter Steinmeier tut, dass wir zweitens die mühselige Arbeit unternehmen, für die europäische Einheit zu werben wir sind nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch eine Wertegemeinschaft und dafür gemeinsam mit anderen zu kämpfen, und dass wir drittens in Deutschland das tun, was wir vereinbart haben, dass zum Beispiel Herr de Maizière mit seinem Bundesamt endlich die Verfahren beschleunigt und nicht ständig Ausflüchte suchend neue Vorschläge macht. Dazu haben wir Ideen. Zur Integration haben wir Ideen, Genossinnen und Genossen. Um unsere Grundrechte, um unsere Grundwerte, nämlich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, geht es im konkreten Verhalten.

Wenn wir zeigen wollen, dass das nicht nur für die Sonntagsreden ist, dann sollten wir diesen Antrag beschließen und sollten uns nicht vor den Auseinandersetzungen mit den Konservativen und vor den Auseinandersetzungen mit den Rechten schon gar nicht fürchten. Diese „C“-Partei sollte sich schämen für ihre Politik, die sie in der Flüchtlingspolitik macht. Die Sozialdemokratie hat eine Haltung, und die werden wir auch behalten, liebe Genossinnen und Genossen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Antragsberatung. Wir beraten über den Initiativantrag 9 und den Sachbereich Flüchtlings- und Asylpolitik.

Im Hinblick auf den gemeinsamen Initiativantrag der Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Hessen und des Parteivorstands sind die Anträge I 1 bis 18, I 20, I 22, I 24 und I 34 zurückgestellt. Bei Zustimmung zum Initiativantrag 9 schlägt die Antragskommission die Erledigung der zurückgestellten Anträge vor. Nach Abstimmung über die weiteren Anträge im Sachbereich Flüchtlings- und Asylpolitik ist dieser Sachbereich dann abgeschlossen und wir kämen zu den nächsten Antragspaketen.

Für die Antragskommission spricht jetzt Olaf Scholz.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir hatten eine lange, ausführliche Debatte. Aber das ist sehr gut. Wir hatten diese lange ausführliche Debatte nicht nur auf diesem Parteitag. Wir hatten sie auch schon lange vorher. Das zeigt sich ja an der sehr außergewöhnlichen Situation einer gemeinsamen Antragstellung zweier sehr großer Landesverbände, nämlich Hessen und Nordrhein-Westfalen. Das zeigt sich daran, dass der von diesen beiden im Wesentlichen bearbeitete Antrag noch sorgfältig diskutiert worden ist, zum Beispiel mit Vorschlägen, die Malu Dreyer, die hier in unsere Diskussion eingeführt hat, gemacht hat, zum Beispiel mit Vorschlägen des Parteivorsitzenden und vieler anderer, die an den Parteivorstandsdiskussionen teilgenommen haben, und natürlich auch mit Vorschlägen, die sich aus den Beratungen der Antragskommission ergeben haben.

Deshalb nimmt es nicht Wunder, dass es, was den großen Antrag betrifft, der zunächst zu beraten ist, zu diesem Zeitpunkt nicht mehr sehr viele Änderungsvorschläge gibt, die wir abstimmen müssen - da kann man in vielen Fällen ja leicht den Überblick verlieren. Es ist also möglich, dass wir gut nachvollziehen können, worüber wir hier miteinander reden.

Ich will versuchen, die Änderungsvorschläge so aufzurufen, wie sie in unserer Diskussion zum Teil eine Rolle gespielt haben.

Aziz hat vorgeschlagen, mehrere Änderungen vorzunehmen. Er hat auch darauf verwiesen, dass wir als Antragskommission schon mit ihm und vielen anderen, die dahinter stehen, gesprochen haben. Wir wollen einen Vorschlag machen, der auf allgemeine Zustimmung stößt - auch bei den Antragstellern selber.

Das betrifft zum einen eine Einfügung zum Familiennachzug. Dabei geht es darum, dass Familiennachzug und Integration stark zusammenhängen; deshalb muss das Recht auf Familiennachzug für alle gelten, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben. Es wird verwiesen auf die Situation, die sich aus dem Gespräch der Parteivorsitzenden ergeben hat. Wir machen auch deutlich, dass die besondere Lage der Famili-

enangehörigen zu berücksichtigen ist.

Das ist ein konsentierter Text. Ich würde es gut finden, wenn wir diesen konsentierten Text als Anfügung mit dem entsprechenden Votum der Antragskommission akzeptieren könnten.

Ich übernehme kurz die Sitzungsleitung: Wer diesem Vorschlag der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(BEIFALL)

Dann sollen die berufsbezogenen Sprachkurse gefördert werden. Dazu gab es den entsprechenden Vorschlag, das in Zeile 430 anzufügen. Dort ist klargestellt worden, dass wir nicht wollen, dass die absurde Situation eintritt - das ist in der politischen Debatte, nicht aus unseren Kreisen, aber von anderen, vorgeschlagen worden -, dass bei denjenigen, die das Richtige tun, nämlich einen Sprachkurs absolvieren, etwas von dem Geld, das sie zur persönlichen Verfügung haben, abgezogen wird, während man das bei denjenigen, die das Falsche machen, nicht tut. Dann gibt es noch eine Diskussion darüber, wie hoch der Abzug sein soll. Das ist aber fast nebensächlich, weil das eine völlig falsche Intention ist, die von uns nicht geteilt wird.

Deshalb ist es richtig, dass wir sagen, dass ein solch individueller Abzug, wie er zum Teil vorgeschlagen wird, nicht mit unserer Unterstützung stattfinden kann. Entsprechend würde ich darum bitten, dass dem, wenn ihr diesem Votum der Antragskommission folgen wollt, alle zustimmen. Ich frage, ob alle damit einverstanden sind? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das auch so beschlossen. Damit haben sich die insbesondere von Aziz vorgeschlagenen Änderungsanträge erledigt, weil das einvernehmlich ist.

Es hat dann - und das ist sicherlich der wichtigste Punkt, über den wir hier sprechen müssen - Diskussionen darüber gegeben, ob der auf Seite 4 des abgedruckten Antrages in den Zeilen 112 und 113 aufgeschriebene Text redaktionell bereits vollständig elegant gelungen ist. Es hat darüber in der Antragskommission schon zweimal Gespräche gegeben; denn man stößt natürlich immer wieder auf die Situation, dass eigentlich alle genau wissen, was sie meinen, aber wenn es dann formuliert ist, kommen immer wieder Überlegungen, ob man nicht möglicherweise auch eine andere Intention dahinter vermuten kann, die gar nicht in diesem Text steht.

Deshalb ist der Vorschlag, über den wir gesprochen haben und der das Einverständnis von sehr vielen Gutmeinenden findet - ich nenne bewusst und auch nicht zufällig zum Beispiel Ralf Stegner, Hannelore Kraft, Thorsten Schäfer-Gümbel und den Parteivorsitzenden -, dass wir den Satz ändern, indem wir den ersten Teil des Satzes formulieren, wie folgt: „Darüber zu sprechen, ist für uns nicht das Ende der Willkommenskultur.“ Das „darüber“ bezieht sich auf den völlig konsensualen Satz davor, in dem gesagt wird, dass es natürlich auch aus der Perspektive von Städten, Gemeinden und Helferinnen und Helfern und Flüchtlingsorganisationen richtig ist, eine Verringerung der Geschwindigkeit der Zuwanderung pro Jahr zu erreichen.

Das ist der Vorschlag, den wir gerne machen wollen. Ich glaube, wenn ich das aus dem Saal und von anderswo richtig gehört habe, dass das ziemlich überwiegend auf Zustimmung stößt. Deshalb bitte ich all diejenigen, die dem zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das der Fall. Andere Anträge, die sich auf diesen Satz beziehen, sind damit erledigt.

Es hat auch den Vorschlag gegeben, dass wir auch noch den Irak, insbesondere die autonome Region Kur-

distan, in die Aufzählung der Länder einfügen, in denen Flüchtlinge Aufnahme finden - zum Teil auch eine sichere Aufnahme. Dort möchte die Antragskommission Annahme empfehlen. Das geschieht auch an einer zweiten Stelle, die ich jetzt aber nicht nennen will. Deshalb bitte ich all diejenigen, die diesem Vorschlag der Aufnahme dieser weiteren Region zustimmen möchten, um ihr Handzeichen. - Ich sehe einige Gegenstimmen. - Enthaltungen gibt es auch.

Die Jusos haben noch vorgeschlagen, schon jetzt etwas zum Inhalt des Einwanderungsgesetzes zu regeln. Dieser Vorschlag ist deshalb etwas kompliziert, weil er im Prinzip eine sehr sorgfältige, lange Diskussion, die wir zum Teil schon hinter uns, aber in weiten Strecken noch vor uns haben, aufnimmt und in einem Halbsatz erledigen will. Das ist bei einer solchen Sache sicherlich nicht ganz hilfreich.

Es gibt zwei Möglichkeiten, und ich bitte denjenigen von den Jusos, der das vorgetragen hat, A oder B zu sagen, wenn das möglich ist, damit wir konsensual vorankommen.

Die erste Möglichkeit ist: Wir stellen klar, dass sich die Zuwanderung, die über das Einwanderungsgesetz ermöglicht werden soll, nicht nur auf Hochqualifizierte beschränkt. Darüber besteht im Übrigen, soweit ich das übersehe, ein großer Konsens. Niemand hat ein Problem damit. Eine Diskussion müssten wir darüber führen, ob wir auch die Zuwanderung von Leuten, die kein Arbeitsverhältnis in Aussicht haben, richtig finden. Das ist so ungefähr das Gegenteil von dem, was die allermeisten mit einem Einwanderungsgesetz verbinden. Insofern glaube ich nicht, dass wir das holterdiepolder nebenbei machen sollten.

Ich frage den Juso-Sprecher, der das vorgeschlagen hat, ob er mit dieser Beschränkung einverstanden ist.

(ZURUF)

- Ja. Dann ist das einvernehmlich. Dann bitte ich alle, die dem so veränderten Text zustimmen, um ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch gelungen.

Dann gibt es den Vorschlag, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vor allem in Pflegefamilien und kleinen Wohngruppen unterzubringen sind. Die Antragskommission empfiehlt, das abzulehnen, und zwar deshalb, weil wir meinen, dass wir nicht etwas fordern sollten, was in gar keinem einzigen Fall in Zukunft passieren wird. Man muss sich das vorstellen: Gegenwärtig ist die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge so groß, dass manche Städte und Gemeinden und Landkreise nicht mehr wissen, wo sie die überhaupt unterbringen sollen. Sie sind sehr froh, wenn sie eine gesonderte Unterbringung außerhalb der allgemeinen Flüchtlingsunterkünfte realisieren können. Aber eine Unterbringung von 2.800 in zwei Jahren in Hamburg angekommenen minderjährigen Flüchtlingen in Pflegefamilien ist so weit weg von aller Realität - und das gilt für alle anderen Gegenden Deutschlands auch -, dass man das nicht beschließen sollte. Denn dabei würde man sich selber nicht sehr ehrlich verhalten. Deshalb schlagen wir Ablehnung vor. Wir fragen, ob die Jusos ihren Antrag vielleicht nicht mehr aufrechterhalten.

(ZURUF)

- Den habt ihr schon zurückgezogen. Okay, das ist hier nicht angekommen; denn der Antrag wurde hier im Saal gestellt. Wir schreiben mit, was ihr sagt, und nehmen das ernst. Damit müsst ihr immer rechnen.

(BEIFALL)

Dann haben wir Vorschläge von den Falken bekommen. Der erste ist, dass die Berufsausbildung auch bis zum 25. Lebensjahr ermöglicht werden soll. Das würden wir zur Annahme vorschlagen. Wer möchte dem folgen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen?

Dann haben wir - mit dem Hinweis, dass wir das redaktionell bearbeiten wollen, weil das textlich da so nicht hineinpasst - inhaltlich den Vorschlag, dass das BAföG auf die Situation junger Flüchtlinge zugeschnitten werden soll, um es einmal vereinfacht zu sagen. Das würden wir mit dem Hinweis auf redaktionelle Bearbeitung gerne zur Annahme empfehlen.

Wenn das euer Einverständnis findet, dann würde ich diejenigen, die dafür sind, um ihr Handzeichen bitten.

Dann gab es noch zwei mündlich vorgetragene Vorschläge, in denen es um Änderungen geht, die aber schon in dem Antrag stehen. Deshalb würden wir vorschlagen, dass die sich erledigt haben und hier nicht weiter verhandelt werden müssen. Wenn jetzt niemand widerspricht, würden wir so verfahren.

Dann habe ich noch die Antragsvorschläge von Hans Eichel. Lieber Hans, ich schätze dich sehr. Aber ich glaube, wir sollten das nicht machen. Das Erste ist die Frage: Ausbildungspflicht der Wirtschaft. Das ist nun eine Debatte, die haben wir schon 5.000-mal geführt. Es gehört in den Bildungsantrag; über den sprechen wir noch. Aber mal so nebenbei in einem Flüchtlingsantrag untergebracht, ist das, glaube ich, nicht der Weg, wie die SPD sich dann so ganz spontan einer Sache, die sie schon mehrfach anders entschieden hat, hier zuwenden sollte.

Im Übrigen ist das Thema auch sehr ernst, und es gibt ja sehr, sehr sorgfältige Wege, das zu ändern. Das, was wir in den Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung aufgrund der Praxiserfahrung an mehreren Stellen - auch dort, wo ich Verantwortung habe, aber nicht nur dort - hineingeschrieben haben, ist, dass wir versuchen, mit dem Modell der Jugendberufsagentur den Übergang von der Schule in den Beruf und eine höhere Integrationsquote von jungen Leuten in die Ausbildung zu organisieren - übrigens dort, wo es gemacht wird, mit erstaunlichen und großen Erfolgen. Den Weg jetzt abzubrechen und es jetzt wieder ganz anders zu machen und das mal nebenbei, das schlagen wir nicht vor. Deshalb wollen wir das nicht aufnehmen. Beantragt ist es ja nicht. Aber ich wollte das hier doch ansprechen.

Ich glaube, als jemand, der davon profitieren würde, am authentischsten sagen zu können, dass wir auch nicht beschließen sollten, dass jetzt überall, wo Wohnungen leer stehen, die Flüchtlinge hinkommen, und dort, wo Leerstände nicht sind, keine Flüchtlinge sind; denn das ist ja inhaltlich der Vorschlag, wenn man sagt, wir sollen zuallererst Wohnungen belegen. Als Hamburger Bürgermeister wäre das für mich die Superlösung. Ich habe keinen Wohnungseerstand und am nächsten Tag keine Flüchtlinge mehr. Aber warum das eine faire Lösung für Deutschland sein sollte, das weiß ich nicht. Deshalb bitte ich um große Zurückhaltung in dieser Frage. Der Königsteiner Schlüssel, der die Aufteilung auf die Länder regelt, ist eine Methode, die - das weiß ich selber - viele Probleme mit sich bringt und wo man auch Hilfe untereinander braucht, die möglich ist und über die ich mit meinen Nachbarländern auch ordentlich und sehr fair spreche. Aber das sollten wir nicht vorschreiben und sagen: Da, wo Leerstände sind, kommen die alle hin, und die Länder, wo es wirtschaftlich boomt und keine Wohnung leer steht, da kommen keine Flüchtlinge hin. Das ist, glaube ich, irgendwie kontraproduktiv.

Darum also mache ich mir diese beiden Anträge nicht zu Eigen. Sonst hat es auch niemand gemacht. Dann sind wir mit den neu gestellten Änderungsanträgen durch und müssten jetzt das nur noch technisch abschließen.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: So. Es gibt jetzt trotzdem noch Änderungswünsche zu dem ausgehandelten vorliegenden Papier in der Fassung der Antragskommission.

Zunächst geht es um Zeile 458 und 59. Sabine!

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt noch zwei Änderungsanträge, für die ich bei euch um Zustimmung bitten möchte. Es geht einmal um die Zeile 458/59. Da geht es darum, dass wir den Schutz vor Abschiebung natürlich auf alle Schwangeren beziehen wollen und nicht auf die sechs Wochen vor und nach der Geburt. Richtig ist sicherlich das Argument, das angeführt worden ist, dass Schwangerschaft keine Krankheit ist. Ich sehe es allerdings auch als richtig an zu sagen, dass Schwangere generell nicht abgeschoben werden sollten. Deshalb möchten wir euch um Unterstützung bitten. Wir haben den Änderungsantrag eingereicht, der lautet in der Zeile 458: Schwangere und Frauen innerhalb der Mutterschutzfrist sollen bitte vor Abschiebung geschützt werden. - Das ist eine kleine Änderung. Ich finde, für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollte das selbstverständlich sein. Das trifft ja auch nicht eine Riesengruppe. Aber ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen. - Vielen Dank für eure Unterstützung.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht noch einmal zur Klarstellung: Wir haben bei der Abstimmung, um 18 Uhr die Rednerliste zu beschließen, die Diskussion zu beschließen und die Antragsberatung aufzurufen, gesagt: Diejenigen, die konkrete Änderungswünsche mit ihrem Wortbeitrag verbinden wollen, sollten die Antragsberatung nutzen, um das zu verdeutlichen. Von daher hat Sabine von ihrem guten Recht Gebrauch gemacht und kann jetzt auch zu ihrem Änderungsantrag eine qualifizierte Abstimmung erwarten.

(BEIFALL)

Olaf Scholz, Antragskommission: Ich stimme dem ausdrücklich zu. Das muss ja möglich sein. Ich habe ja eben gesagt, wir schreiben jeden Antrag, der hier mündlich gestellt wird, mit, verhandeln den dann und versuchen, das irgendwie aufzugreifen. Insofern ist das richtig. Was nicht gesagt wurde, konnte ja noch nicht beachtet werden.

Über das Thema haben wir in der Antragskommission aber schon gesprochen, weil es einen Änderungsantrag gab, den die AsF formuliert hatte, und haben uns jetzt auf die jetzt dort ausgedruckte Formulierung verständigt. Das hat mehrere Gründe, zum Beispiel, dass es natürlich wichtig ist, dass wir ja nicht nur das Thema der Abschiebung haben, wo es zur Abschiebung von Hochschwangeren in Deutschland nirgendwo kommt. Das ist ein Thema, das nicht real ist; das will ich einmal dazusagen. Das ergibt sich bereits aus dem Gesundheitsschutz und verschiedenen anderen Fragestellungen.

Aber es ist so, dass es für jemanden, bei dem gerade die Schwangerschaft festgestellt worden ist und wo wir ein Verteilsystem in Deutschland haben, aus der Sicht aller Beteiligten kein Problem ist, dass man statt in Fulda in Nürnberg ist, um es einmal so zu sagen. Das ist eine Frage, wo alle sagen, das kann man doch so lösen. Deshalb haben wir uns in der Antragskommission darauf verständigt, das Wort mit den Mutterschutzfristen dort einzusetzen. Wir waren im Übrigen sicher, dass natürlich niemals jemand, der hochschwanger ist, aus Deutschland abgeschoben wird - das ist eine Situation, die sich aus der Rechtslage ergibt - und fanden uns damit ganz gut aufgehoben.

Deshalb ist mein Vorschlag, dass wir beim Votum der Antragskommission, die das einvernehmlich so gesehen hat, bleiben.

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Gut. Liebe Genossinnen und Genossen, dann stimmen wir jetzt ab über das Votum der Antragskommission, alternativ zu dem Änderungsantrag, den Sabine gerade eingebracht hat.

Wer also dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann war das Erste eine - wenn auch nicht große, aber deutlich Mehrheit.

Lasst uns, Genossinnen und Genossen, die Abstimmung wiederholen. Wer also für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den gesamten Antrag, Initiativantrag 9 in der Fassung der Antragskommission. Wer diesem zustimmen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Drei Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Bei ganz wenigen Enthaltungen und drei Gegenstimmen so beschlossen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Damit sind die zurückgestellten Anträge, Initiativanträge 2 bis 18, 20, 22, 24 und 34, erledigt.

Darüber hinaus bitte ich jetzt um Zustimmung, dass die Anträge, Initiativantrag 1, 19, 21, 23, 25 bis 33 und 35 bis 58 so, wie im Antragsbuch beschrieben, behandelt werden. Darf ich da um eure Zustimmung bitten?

Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? - Einige Neinstimmen. Wer enthält sich? - Dann haben wir mit ganz breiter Mehrheit so beschlossen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Der Punkt Flüchtlings- und Asylpolitik ist damit auf dem Parteitag behandelt.

(BEIFALL)

GRÜßWORT REINER HOFFMANN, VORSITZENDER DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, damit darf ich das Grußwort des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann aufrufen. Sozialer Fortschritt hat immer dann am besten funktioniert, wenn SPD und Gewerkschaften gemeinsam vorangeschritten sind; Stärkung der Tarifautonomie, Mindestlohn, aber auch mehr Vorsorge in der Altersabsicherung sind dafür sicherlich gute Beispiele aus jüngerer Zeit. Lieber Reiner, das ist nicht dein erster Bundesparteitag, aber es ist dein erster Bundesparteitag als Vorsitzender des DGB. Du hast das Wort. Herzlich willkommen hier bei uns!

(BEIFALL)

Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender: Meine Damen und Herren, wertige Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen und - ganz im Einklang mit dem Mannheimer Abkommen aus dem Jahre 1906 - liebe Genossinnen, liebe Genossen!

(BEIFALL)

Es ist schön, hier zu sein. Ich kann mich daran erinnern: Als ich das erste Mal hier stand, war ich noch nicht DGB-Vorsitzender. Wir haben damals diese schönste Garage Berlins eingeweiht. Ich finde es klasse, dass ihr unserem Beispiel gefolgt seid.

Euer Parteitag findet in einer Zeit statt, in der uns allen hier und in ganz Europa die Wirklichkeit förmlich auf die Füße fällt. Der Krieg in Syrien, der Zerfall Iraks, der zerstörte Staat in Libyen, das instabile Afghanistan, Boko Haram im Norden Nigerias, die Hungerkatastrophen in Äthiopien und im Süd Sudan, der blinde Terror - alles ist nun auch bei uns angekommen. Hunderttausende suchen Zuflucht in Europa. Das ist Flucht vor Krieg, vor Unterdrückung und Missachtung der Menschenrechte, aber auch Not und Elend.

Eingestehen müssen wir: Wir waren nicht vorbereitet, die Gesellschaft nicht, die Politik und auch die Gewerkschaften nicht. Haben wir aufmerksam genug hingesehen, wenn es um die Ursachen von Flucht geht, die zugegebenermaßen komplex und vielschichtig sind? Hannelore Kraft hat da, wie ich finde, heute wichtige Hinweise gegeben. Frank-Walter Steinmeier hat vor Monaten bei uns im DGB-Bundesvorstand von multiplen Krisenherden gesprochen. Genossinnen und Genossen, ich kann sagen: Wir sind froh, dass er unser Außenminister ist.

(BEIFALL)

Wir alle wissen: Mit schönen Worten sind die Probleme nicht zu lösen. Verunsicherung macht sich breit und wird mancherorts mit regelrechten rhetorischen Brandsätzen geradezu befeuert. Und nicht nur das: Die Zahl rechtsradikaler, rassistisch motivierter Anschläge nimmt zu. Der rechte Rand hat Zuwachs: in Schweden, in Finnland, in Dänemark. In Ungarn ist er schon ganz oben angekommen. In Polen hat die neue Ministerpräsidentin schon einmal die Europaflagge aus dem Dekor genommen. Besorgniserregend sind die Ergebnisse der ersten Runde der Regionalwahlen in Frankreich. Es kommt nun darauf an, dass die proeuropäischen Parteien im zweiten Wahlgang geschlossen Front gegen die Front machen. Das wird keineswegs einfach; denn offenkundig hat Sarkozy den Warnschuss noch nicht gehört.

(VEREINZELT BEIFALL)

Bei uns ist es die AfD, nur mit einem gutbürgerlichen Lack. Aber eine andere, eine sehr rostige, Farbe schimmert massiv durch. Die AfD ist nur eine notdürftig verkleidete Pegida, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk wird seiner Verantwortung in keiner Weise gerecht.

(BEIFALL)

Er missversteht sein Amt, wenn er wie der Brüsseler Pressesprecher der neuen polnischen Regierung auftritt. Er soll einigen und nicht spalten, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge verlangt natürlich Realismus, aber auch Tatkraft und Entschlossenheit. Ich finde es beeindruckend, wie die Zivilgesellschaft nachhaltiges Engagement an den Tag legt. Heute Mittag, als ihr den Parteitag eröffnet habt, hat im Kanzleramt der zweite Flüchtlingsgipfel stattgefunden. Ich bin in der Tat beeindruckt, mit welchem Engagement Vertreter der Kirchen und der Sozialverbände über unzählige Aktivitäten vor Ort berichtet haben. Dort wird ganz hart an praktischen Lösungen gearbeitet, oft bis an die Grenze der Belastungsfähigkeit und mit viel Empathie. Natürlich gab es auch Kritik. Natürlich gibt es offene Fragen. Aber die Atmosphäre heute auf dem Flüchtlingsgipfel war klar: immer mit dem Anspruch: Gemeinsam schaffen wir das.

Die Gewerkschaften sind im Gespräch mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen, den beiden Kirchen, aber auch mit dem Zentralrat der Juden, dem Zentralrat der Muslime, den Sozialverbänden und den Arbeitgebern. Gemeinsam müssen wir Kante zeigen für Weltoffenheit, für Solidarität und für Demokratie. Gemeinsam müssen wir Front machen gegen die von vorgestern, gegen Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir nehmen unsere Verantwortung zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Deutschland sehr ernst. Es kann aber nicht sein, dass andernorts in Europa Menschen in Not vor verschlossenen Türen stehen. Europa muss sich diesem Problem solidarisch stellen. Das müssen wir gemeinsam schultern. Da hast du, lieber Sigmar, recht: Wir müssen die Verunsicherung und die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Damit meine ich ausdrücklich nicht die Wutbürger, die uns in den Kerker sogenannter Volksgemeinschaften einsperren wollen.

Die Europäische Union ist alles andere als in guter Verfassung. Der Handlungsbedarf ist enorm. Ich bin in der Tat erschrocken, wie mutlos, zum Teil auch perspektivlos die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union geführt wird.

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Gesine Schwan, du hast mir heute mit deinem Beitrag für ein gemeinsames europäisches Engagement förmlich aus der Seele gesprochen. Dazu wäre viel zu sagen. Lasst mich aber nur zwei Hinweise geben:

Gemeinsam mit Sigmar, mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven, dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann und meinen Gewerkschaftskollegen aus Schweden und Österreich wollen wir die sozialen Grundrechte in der Europäischen Union stärken.

(BEIFALL)

Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen wir endlich ein soziales Fortschrittsprotokoll bei der nächsten EU-Vertragsreform. Die sozialen Grundrechte müssen in der Europäischen Union mindestens den gleichen Stellenwert haben wie die wirtschaftlichen Freiheiten.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, natürlich setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass die Europäische Kommission in Brüssel nicht irgendein TTIP-Abkommen verhandelt, sondern ein Abkommen, mit dem wir mehr fairen statt lediglich freien Welthandel befördern. Ausgehend von unserer gemeinsamen Erklärung ist ja schon vieles in Bewegung gekommen, Sigmar. Ich hoffe, dass die privaten Schiedsgerichte - hoffentlich - nun vom Tisch sind, das hat auch mit deinem Engagement zu tun.

Dafür herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Lasst uns hartnäckig auch an den anderen Baustellen weiterarbeiten. Beispielsweise die Anerkennung der ILO-Kernarbeitsnorm, ein klarer Positivlisten-Ansatz bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, und manches mehr. In eurem Antrag bestätigt ihr noch einmal das, was ihr bereits auf dem Konvent beschlossen habt, und das, was Sigmar und ich im November letzten Jahres in einem gemeinsamen Positionspapier verabredet haben. Lasst uns gemeinsam die Großbaustelle Europa in Angriff nehmen. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, denn nur gemeinsam können wir dazu beitragen, dass wir den Vorurteilen, aber auch den Ängsten vieler Menschen offen und ehrlich begegnen. Wenn wir die Webfehler der Europäischen Währungsunion überwinden wollen, dann brauchen wir am Ende des Tages mehr Kompetenz auf Europäischer Ebene. Das bedeutet auch, verbindliche Regeln in der Sozial- und in der Steuerpolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir befinden uns gegenwärtig mitten im politischen Diskurs zur Gestaltung der Arbeit der Zukunft. Andrea hat im April ein Grünbuch mit dem Titel „Arbeiten 4.0“ vorgestellt. In diesem Grünbuch werden viele wichtige Fragen aufgeworfen. Darüber sind wir in einem intensiven, in einem konstruktiven Austausch. Jörg Hofmann, der morgen zu euch sprechen wird, wird dazu sicherlich noch einiges sagen. Daher nur so viel: Der digitale Wandel unserer Wirtschaft wird nur funktionieren, wenn die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen ausreichend beteiligt werden. Daher sagen wir: Der mitbestimmungspolitische Stillstand in diesem Land muss überwunden werden. Daher gehen wir in die Offensive für Mitbestimmung. Und ich lade euch ein: Lasst uns gemeinsam in die Offensive gehen, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Natürlich muss ich ein paar Worte zum Gesetzesvorhaben, zur Leiharbeit, zu Werkverträgen sagen.

Eine Journalistin hat mich diese Woche ernsthaft gefragt, ob der Gesetzentwurf aus der Feder des DGB stamme. Ich habe ihr geantwortet: „Schön wäre es, wenn es so gewesen wäre.“ Ihr wisst, dass der Gesetzentwurf hinter den Forderungen der Gewerkschaften weit zurückfällt. Aber er entspricht eins zu eins dem, was im Koalitionsvertrag verabredet wurde, und dahinter, Genossinnen und Genossen, sollten wir nicht zurückfallen. Da wissen wir Andrea an unserer Seite!

(BEIFALL)

Die Arbeitgeber haben nichts anderes zu tun, als diese bescheidenen Vorschläge reflexhaft abzuwehren. Für ihre Bemerkung, sie werde über den Koalitionsvertrag nicht hinausgehen, hat die Bundeskanzlerin auf dem Arbeitbertag reichlich Beifall bekommen. Das hat sie sicherlich gefreut. Ich habe ihr allerdings empfohlen, sich mit der einschlägigen Rechtsprechung vertraut zu machen. Wenn sie das mittlerweile getan hat, dann wird sie erkennen, dass ihre Freude über den Beifall der Arbeitgeber auch ein Verfallsdatum hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich eine kurze Geschichte aus dem praktischen Leben zum Besten geben. Vor ein paar Tagen war ich in einem Restaurant - nicht hier in Berlin - und habe mich mit dem Kellner unterhalten. Der Mann ist 52 Jahre alt, arbeitet in dem Restaurant seit zwölf Jahren. Vor Einführung des Mindestlohns hatte er einen Stundenlohn von 6,50 Euro. Er ist nach der Einführung des Mindestlohns der NGG beigetreten - als Erster in seinem Lokal -, und nun wirbt er dafür, dass ihm viele andere Kollegen folgen.

Nahezu zeitgleich ist eine Spitzenfunktionärin der NGG der SPD beigetreten. Das nenne ich Synergien, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Klar ist der Mindestlohn ein großer Schritt nach vorne, und zu verdanken haben wir ihn dem sozialdemokratischen Einfluss in der Großen Koalition.

(BEIFALL)

Aber natürlich auch dem gewerkschaftlichen Engagement.

(BEIFALL)

Lasst mich zum Schluss zurück zum Anfang kommen, zum Mannheimer Abkommen aus dem Jahre 1906. Das war und bleibt die Grundlage der Beziehungen zwischen der deutschen Einheitsgewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und das sind besondere Beziehungen, entstanden aus einer gemeinsamen Geschichte, aus gemeinsamen Niederlagen und aus gemeinsamen Erfolgen. Diese Beziehungen war nicht immer störungsfrei - auch nicht in der jüngsten Vergangenheit. Das finde ich, das finden meine Leute nicht immer nur gut. Aber es zeigt: Wir sind einander in gegenseitiger Unabhängigkeit fest verbunden, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Lieber Sigmar, du hast auf dem Leipziger Parteitag gesagt, dass unser Verhältnis, das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften, sich nie wieder so weit voneinander entfernen darf wie zuzeiten der Agenda 2010. Dass dies geht, hast du, lieber Sigmar, habt ihr, liebe Genossinnen und Genossen, in der Großen Koalition unter Beweis gestellt. Dafür herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Nur wenige Beispiele: Leistungsverbesserung in der gesetzlichen Rentenversicherung, Tarifeinheit, nicht nur ein einfaches Thema für uns, Elterngeld plus, Mietprelsbremse. Das Grünbuch von Andrea hatte ich schon erwähnt. Das sind einige Beispiele, auf die ich hier nicht näher eingehen muss. Ihr kennt die Inhalte; ihr wisst, wie wir dazu stehen.

Und die IG Metall mit den Metall-Arbeitgebern haben das Bündnis „Zukunft der Industrie“ vorgeschlagen. Der DGB und seine Gewerkschaften haben es unterstützt, und du, lieber Sigmar, hast diesen Vorschlag aufgegriffen, beherzt umgesetzt. Jetzt werden wir gemeinsam dieses Bündnis ans Laufen bringen. Ich finde, das ist eine ordentliche Bilanz, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb, lieber Sigmar, liebe Genossinnen und Genossen, habe ich ein Präsent mitgebracht, das unterstreichen soll, dass wir gemeinsam mehr bewegen. Der Vorsitzende der IG Bau, mein Kollege Robert Feiger, der vorne mit in der ersten Reihe sitzt, hat mich gebeten, dir, lieber Sigmar, seinen Aufnahmeantrag zu überreichen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen eine starke Sozialdemokratie.

(BEIFALL)

Ihr braucht starke Gewerkschaften.

(BEIFALL)

Und unser Land braucht beides. In diesem Sinne: Einen erfolgreichen Parteitag! Glück auf!

(LEBHAFTER BEIFALL)

https://www.youtube.com/watch?v=sfm_YfTYxrg&index=4&list=PL85IMmq0WVITNRtfcDpSYSxGb-6-7sOcs

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Reiner, für dein Grußwort. Vielen Dank auch für das Testat der ordentlichen Arbeit. Und vielen Dank natürlich auch für das Geschenk. Ich nehme mal an, wenn noch jemand in diesem Saal weitere Geschenke hat, kann er die sicherlich auch gerne abliefern.

Vielen Dank dafür!

(BEIFALL)

Ich darf dann auch gleich auch zum nächsten Grußwort überleiten und zunächst einmal herzlich willkommen heißen, nämlich den Vorsitzenden unserer tschechischen Schwesterpartei und Ministerpräsidenten Tschechiens, Bohuslav Sobotka. Herzlich willkommen hier bei uns! Bohuslav, du wirst ein kurzes Grußwort zu uns sprechen. Auch dir und insbesondere auch deiner hochrangigen Delegation noch einmal ein herzliches Willkommen hier bei uns in Berlin. Welcome!

(BEIFALL)

GRÜßWORT BOHUSLAV SOBOTKA, MINISTERPRÄSIDENT VON TSschechien

Bohuslav Sobotka, Ministerpräsident Tschechiens: Lieber Sigmar! Liebe Delegierte! Gestatten Sie mir, meine Freude über die Einladung zu Ihrem Parteitag zum Ausdruck zu bringen und Sie alle im Namen der Mitglieder der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei zu begrüßen.

Unsere Länder sind politisch, wirtschaftlich und kulturell eng miteinander verbunden, und ich bin überzeugt, dass darin unsere sozialdemokratischen Parteien, die jetzt in den Regierungen vertreten sind, auch eine Verpflichtung für die Zukunft sehen. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Tschechien waren in unserer Geschichte noch nie so gut wie heute, und sie werden sich auch weiterentwickeln.

Die größte Herausforderung für die Beziehungen in Europa ist heute die Flüchtlingskrise. Erlauben Sie mir, mit Martin Schulz übereinzustimmen, dass sie eine Bedrohung der europäischen Einheit in bisher unbekanntem Maße bedeutet. Die durch die Flüchtlingskrise erweckten Ängste und Sorgen unter den Europäern und die Ereignisse in Paris spielen den antieuropäischen Desintegrationskräften in die Hände und verstärken den Nationalismus, der sich der Begründung bedient, dass die Europäische Union nicht in der Lage sei, ihre Bürger gegen den Terrorismus und gegen die Flüchtlingswelle zu schützen, und deshalb müsse sich jedes Land um die Sicherheit seiner Bürger selbst kümmern.

Diese Meinung begründet dann die Forderung nach Aufhebung des Schengen-Abkommens oder seine Beschränkung auf nur ein paar wenige Länder. Das würde die Rückkehr zum Konzept der Nationalstaaten und Nationalgrenzen bedeuten. Das dürfen wir nicht zulassen.

(BEIFALL)

Das Schengen-Abkommen ist für uns einer der Pfeiler des Integrationsprozesses. Seine Abschaffung würde eine ernsthafte Bedrohung für diesen Prozess bedeuten, und gleichzeitig wäre es auch eine Umkehr dieses Prozesses.

Es ist erforderlich, die Sicherheits- und humanitäre Fragen der Flüchtlingskrise ausgewogen zu lösen. Heute muss sich Europa sowohl auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik einigen, zum Beispiel durch Bestrebungen, die Außengrenzen besser zu schützen, so schnell wie möglich den Frieden in Syrien herzustellen und den Islamischen Staat zu bekämpfen, als auch an einer gemeinsamen Asylpolitik arbeiten, um die aktuellen humanitären Herausforderungen der Flüchtlingskrise solidarisch zu bewältigen.

Es ist wichtig, die Interessen der Mitgliedsstaaten dabei zu berücksichtigen. Diese dürfen aber das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung und die Bestrebungen nach gemeinsamen Lösungen nicht verdrängen. Europa kann die Krise nur gemeinsam bewältigen.

(BEIFALL)

Europa muss in der Lage sein, Menschen, die vor dem Krieg und der Verfolgung flüchten, zu helfen, ohne gleichzeitig die Sicherheitsaspekte der Krise zu unterschätzen. Im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik brauchen wir eine stärkere gemeinsame europäische Politik als heute.

Sehr geehrte Delegierte, erlauben Sie mir, auch ein paar Worte zu der Frage der Flüchtlingsquoten zu sagen. Diesbezüglich haben die Deutschen und die Tschechen, die SPD und die Tschechische Sozialdemokratische Partei, unterschiedliche Positionen. Seien Sie bitte überzeugt, dass wir in Tschechien diese Bestrebungen unterstützen. Die Solidarität muss allerdings auf freiwilliger Basis basieren, auf Freiwilligkeit entsprechend den nationalen Entscheidungen der Länder. Eine erzwungene Solidarität würde objektiv die antieuropäischen Kräfte stützen. Ebenso werden diese Kräfte aber auch durch den Ausschluss der Länder mit unterschiedlichen Meinungen zur Flüchtlingskrise aus den europäischen Kohäsionsfonds gestärkt.

Wir in der Tschechischen Republik sind bereit, zu helfen. Wir wollen solidarisch sein. Wir sind aber trotzdem skeptisch bezüglich der Flüchtlingsquoten. Die Flüchtlinge gehen gezielt in Länder mit den höchsten Lebensstandards, in die Länder, in denen sie Verwandte und Landsleute haben. Mit dem heutigen Schutz der Außengrenzen sind wir außerdem nicht imstande, die Flüchtlinge, die ein Recht auf Asyl haben, von den rein wirtschaftlichen Flüchtlingen bereits vor den Toren Europas auseinander zu halten.

Populisten und Nationalisten können die Flüchtlingskrise schon deshalb für eigene Interessen gut nutzen, da es ihnen gelingt, die aktuelle Flüchtlingswelle mit den Zielen der islamistischen Terroristen in Verbindung zu bringen. Sie stellen die Flüchtlinge mit den Terroristen oder sogar die Muslime mit den Terroristen gleich. So etwas müssen wir entschieden ablehnen, weil die überwiegende Zahl der Flüchtlinge meistens gleichzeitig auch Opfer des islamistischen Terrors sind.

(BEIFALL)

Wir dürfen aber auch die realen Befürchtungen unserer Bürger bezüglich der Flüchtlingskrise und der Frage, ob es uns gelingt, sie in unsere Gesellschaften zu integrieren, nicht unterdrücken und nicht unterschätzen. Wir dürfen uns bei unserem Handeln nicht durch Ängste leiten lassen, und wir dürfen die Rhetorik der ausländerfeindlichen rechtsradikalen Kräfte nicht übernehmen. Das würde ihnen nur den Weg zur Macht ebnen.

Wir müssen auf die Sorgen unserer Bürger mit pragmatischen und humanistischen Schritten antworten und die wirklichen Probleme der Integration der Asylanten aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen lösen. Wir brauchen eine offene und eine tiefgehende Debatte über die Flüchtlingsfragen auch innerhalb unserer Sozialdemokratischen Parteien - auch zwischen der SPD und der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei. Wir in Prag sind darauf vorbereitet.

Ich bin überzeugt, dass eine wirksame Antwort auf alle gegenwärtigen Bedrohungen die tiefere politische und soziale Integration Europa ist. Ohne sie werden wir nicht in der Lage sein, Frieden und Wohlstand in Europa zu sichern. Ohne sie schaffen wir es nicht, die Sicherheits- und humanitären Aspekte der gegenwärtigen Flüchtlingskrise zu bewältigen, die die größte Herausforderung seit Ende des Kalten Krieges ist. Nur ein einheitliches und starkes Europa kann den gegenwärtigen und auch den zukünftigen Herausforderungen, vor denen unsere Länder und Gesellschaften stehen, trotzen.

Sehr geehrte Delegierte, ich wünsche den deutschen Sozialdemokraten viel Erfolg. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit und wünsche Ihnen bei Ihrem Parteitag gutes Gelingen und jedem unter Ihnen ein fröhliches Weihnachtsfest.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Lieber Genosse Sobotka, vielen Dank für deine klaren, offenen Worte! Wir danken dir, dass du angesprochen hast, wie groß der Diskussionsbedarf auch unter uns europäischen Sozialdemokraten noch ist. Dass du hier gewesen bist und eine deutliche Sprache gefunden hast, zeichnet dich aus. Wir freuen uns auf die weitere Diskussion mit dir. Wir haben unterschiedliche Standpunkte in einigen Bereichen. Das wird in den Diskussionen hoffentlich bald zu klären sein. Vielen Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen, um einen Ausblick auf die Bereiche zu geben, die wir heute auf jeden Fall noch miteinander behandeln wollen: Wir wollen gleich die Initiativanträge 12 und 10 aufrufen. Das sind die aus den jeweiligen Bereichen Bildung und Kommunales, die unter Integrationsgesichtspunkten einen ganz engen Zusammenhang zum Themenbereich Flüchtlingspolitik/Asylpolitik haben. Danach wollen wir das Feld Familienpolitik aufrufen und heute auf jeden Fall noch die Rechenschaftsberichte behandeln. Was zusätzlich behandelt werden kann, sollten wir zeitnah klären, wenn die Rechenschaftsberichte in der Diskussion sind.

Ich rufe jetzt den Bereich Initiativantrag 12 auf: Nationale Bildungsallianz. Einbringen wird das Hubertus Heil.

BERATUNG INITIATIVANTRAG: NATIONALE BILDUNGSALLIANZ

Hubertus Heil, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Sozialdemokratie ist und bleibt die Bildungspartei in Deutschland - nicht nur, weil wir das seit über 152 Jahren sind, sondern weil Bildung, faire Bildungschancen und gleiche Bildungschancen heute mehr denn je gefragt sind.

Schon vor der Vielzahl der Menschen, die jetzt in kurzer Zeit als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, hat sich in den letzten 10, 15 Jahren zwar viel in unserem Bildungssystem verbessert. Aber wir müssen nach wie vor feststellen, dass in unserem reichen Land die Herkunft stärker über die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen entscheidet als die individuelle Leistungsfähigkeit und das Talent von Kindern. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht nur ungerecht. Es ist auch eine ökonomische Schande für unser Land, dass wir nicht alle Talente in diesem Land zur Entfaltung bringen, dass wir nicht allen Menschen die gleiche Chance geben. Deshalb ist die frühe und individuelle Förderung von Kindern, deshalb sind gleiche Bildungschancen ein Gebot der Vernunft im ökonomischen und sozialen Sinne. Ich sage euch: Es hat mit unserem Menschenbild zu tun. Wir wollen nicht, dass Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht über den Lebensweg von Menschen entscheiden, sondern wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt leben können. Dafür ist Bildung die entscheidende Voraussetzung. Deshalb dieser Antrag.

(BEIFALL)

Die Aktualität dieses Antrages im Zusammenhang mit dem Thema Integration liegt auf der Hand. Wir haben vorhin in der Bildungs-, in der Integrationsdebatte sehr deutlich gemacht, dass wir die Orte jetzt stärken müssen, an denen sich Integration in den nächsten Jahren entscheidet: Das ist die Kindertagesstätte, das ist die Schule, das ist die Berufsschule, das ist die Werkbank, das sind auch die Hochschule und die Weiterbildungseinrichtungen. Es sind Sprache, es sind Arbeit und Bildung, und es ist die Vermittlung von Werten in dieser Gesellschaft, die notwendig ist.

Wir haben in dieser Situation allerdings den Eindruck, dass unsere Bildungsinstitutionen auf diese große Aufgabe nicht ausreichend vorbereitet sind. Viele Bildungseinrichtungen, vor allem auch im schulischen Bereich, rechnen in den nächsten Jahren noch auf der Basis von sogenannten demografischen Renditen mit dem Rückgang von Schülerzahlen. Das wird sich aller Voraussicht nach nicht ergeben. 25 Prozent der Flüchtlinge, die in diesem Jahr zu uns gekommen sind, sind jünger als 16 Jahre – 25 Prozent! Weitere 25 Prozent sind übrigens unter 25. Deshalb ist es notwendig, die Kräfte zu bündeln. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam mitarbeiten, dass die Qualität und die Quantität im Bildungsbereich ausreichen, dass die Bildungschancen für alle für die, die jetzt schon im System sind, für die, die hier geboren sind und hier leben, und für die, die zu uns kommen so eingerichtet sind, dass Integration auch gelingen kann, dass es nicht Verlierer gibt, nicht die Hiesigen und nicht diejenigen, die zu uns kommen.

(BEIFALL)

In diesem Zusammenhang, damit wir diese doppelte Integrationsaufgabe auch im Bildungsbereich leisten können, müssen wir uns von Fesseln in der Verfassung befreien, die uns hindern, das Richtige zu tun. Ich war immer der Meinung, dass das Kooperationsverbot im schulischen Bereich aus dem Jahr 2006 ein in die Verfassung gegossener Irrtum ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das zeigt sich jetzt mehr denn je. Deshalb müssen wir Druck machen, um das zu ändern. Ich sage euch: Dabei geht es nicht darum, dass der Bund die Länder bevormundet. Die Länder bleiben in der Hauptverantwortung für die schulische Bildung in diesem Land. Aber der Bund muss doch mithelfen können, damit wir Ganztagschulen in Deutschland ausbauen können, damit wir Schulsozialarbeit dorthin bekommen, wo wir sie brauchen. Das geht nur gemeinsam und nicht getrennt.

(BEIFALL)

Deshalb schlagen wir euch das vor.

In der Wissenschaft ist übrigens Artikel 91b des Grundgesetzes im letzten Jahr geändert worden. In der Wissenschaft, im Hochschulbereich dürfen Bund und Länder jetzt kooperieren, um die Wissenschaftslandschaft voranzubringen. Warum sollte das eigentlich nicht für den schulischen Bereich gelten?

In dem Antrag, liebe Genossinnen und Genossen, sind insgesamt 14 Bausteine beschrieben, die ich euch nicht im Einzelnen vortragen will, die wir unter dem Begriff „Nationale Bildungsallianz“ verstehen, damit wir, wie gesagt, als Bildungspartei dafür sorgen, dass alle in diesem Land unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen auf gute, auf bessere Bildung haben. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Wir müssen dann Druck machen, damit das Realität wird. Aber ich glaube, für dieses Thema geht es nicht um die ideologischen Schlachten von gestern, sondern um die Notwendigkeiten von heute. Für diese Idee einer nationalen Bildungsallianz, um dafür zu sorgen, dass wir das System entsprechend ausbauen mit einem handlungsfähigen und starken Staat, gilt die alte Idee von Victor Hugo: „Nichts ist kräftiger als die Kraft der Idee, deren Zeit gekommen ist.“

Deshalb ist es Zeit für diesen Antrag. Stimmt bitte zu, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hubertus. - Berichterstatteerin für die Antragskommission ist Inka Damerau.

Inka Damerau, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission empfiehlt Zustimmung zu diesem Antrag.

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Ihr habt das Votum der Antragskommission gehört. Wortbeiträge zum Antrag liegen nicht vor, sodass wir direkt in die Abstimmung einsteigen können.

Wer dem Votum der Antragskommission folgt und dem Antrag zustimmt, den darf ich jetzt um sein Karrenzichen bitten. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen, liebe Genossinnen und Genossen, und durch dieses einstimmige Votum auch die zurückgestellten Anträge B 18 bis 23 erledigt.

BERATUNG INITIATIVANTRAG: BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE ALS GEMEINSCHAFTSAUFGABE VON BUND, LÄNDERN UND KOMMUNEN

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Antragsbereich Initiativantrag 10: Bezahlbarer Wohnraum für alle als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.

Ich bringe den Antrag stellvertretend für Florian Pronold von hier aus ein. Ich glaube, wir haben im Wohnungsbau und im Bereich Bauen und Wohnen eine stolze Leistungsbilanz unserer Regierungsarbeit in der Großen Koalition vorzuweisen. Fördern und fordern sind da messbare Größen. Im Bereich des Förderns haben wir die Mittel für Soziale Stadt und Stadtentwicklung deutlich aufgestockt. Wir haben den Mittelantrag für sozialen Wohnungsbau verdoppelt. Im Bereich des Forderns haben wir mit Heiko Maas jemanden, der über die Mietpreisbremse, die Maklerverordnung deutlich gemacht hat, dass Mieterinnen und Mieter in Deutschland wieder mehr soziale Rechte und eine echte soziale Schutzfunktion vom Staat erwarten dürfen. Das sind Leistungsmerkmale, auf die wir als Sozialdemokraten auch stolz sein können, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Was die Perspektiven angeht, müssen wir begreifen, dass sozialer Wohnungsbau längst kein Randgruppenphänomen ist. Wenn in Städten wie München, Frankfurt und Düsseldorf 50 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner ein Recht auf Sozialwohnung haben, dann wissen wir, dass die Wohnungsnot in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Deshalb brauchen wir alle Elemente und alle Instrumente, um diese Wohnungsnot zu beseitigen. Ja, wir müssen Leerstandsmobilisierung in ganz neuer Qualität hinbekommen. Die Leerstände alleine werden unsere Probleme nicht lösen, weil die Menschen nicht gezwungen werden können, sich da anzusiedeln, da Wohnungen zu nehmen, wo Leerstand ist. Im Gegenteil, die Urbanisierungstendenzen, der Druck auf die sogenannten Schwarmstädte halten weiter an. Wir müssen viel eher über eine Regionalisierung von Wohnungsbauprogrammen nachdenken, also die Kernstädte im regionalen Umfeld jeweils mitdenken.

Das ist eine große Aufgabe, der wir uns widmen. Und Barbara Hendricks hat ja dafür gesorgt, dass mit einem neuen bauplanungsrechtlichen Instrument auch in Metropolen leichter, schneller und besser gebaut werden kann. Wir haben das neue Rechtsinstrument von urbanen Mischgebieten, die das neu bauen in der Großstadt erst richtig möglich machen.

Was den Bereich Wohnungsbau angeht, müssen wir fordern, dass die Mittel für die soziale Wohnraumförderung gesteigert werden. Und wir müssen begreifen, dass wir eine gemeinsame neue Verantwortung haben - der Bund, die Länder und die Gemeinden. Der Bund vor allem über das Baurecht und die Förderung, die Länder über das Umsetzen der Förderung und die Kommunen über das Mobilisieren von Grundstücken. Ohne baureife Grundstücke gibt es keinen Neubau. Wir brauchen aber Neubau sowohl im sozialen als auch im frei finanzierten Wohnungsbau. Nur wenn wir alle Instrumente mobilisieren, werden wir die Wohnraumnot besiegen.

Das heißt, wir müssen auch im frei finanzierten Wohnungsbau neue Impulse setzen. Deshalb muss sich die steuerliche Abschreibung über AfA verbessern. Ansonsten wird dieser Bereich des Wohnungsbaus in weiten Teilen des Landes brachliegen bleiben. Das wird der Herausforderung mit Blick auf Neubaumaßnahmen nicht gerecht. Ich bitte euch deshalb, diesem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Für diesen Antragsbereich liegen Wortmeldungen vor, sodass es eine Diskussion geben wird. Aber zunächst spricht Elke Ferner für die Antragskommission.

(BEIFALL)

Elke Ferner, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wenn der Initiativantrag angenommen wird, wären damit die Anträge K 10, 11 und 12 erledigt.

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Zunächst hat Klaus Herzog das Wort; ihm folgt Stephan Schumann.

Klaus Herzog, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, als ich im Juni als Oberbürgermeister der nord-bayerischen Stadt Aschaffenburg zu einer Veranstaltung in einer großen Turnhalle fuhr, wusste ich nicht, was dabei herauskommt. Meine Aufgabenstellung war, mehr als 700 Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass wir eine Turnhalle räumen müssen, weil in dieser Turnhalle 200 bis 300 Flüchtlinge unterkommen sollten. Ich musste ihnen auch sagen, dass nicht abzusehen ist, wann die Vereinsvertreter diese Halle wieder nutzen können.

Ich begann damals meine Ausführungen mit dem Hinweis, dass die bayerischen Städte München, Passau und Aschaffenburg nicht Budapest sind. Ich habe auf die damaligen Zustände im Bahnhof von Budapest hingewiesen, wo 5.000 Flüchtlinge ohne Wasser, ohne sanitäre Einrichtungen, ohne Betreuung auskommen mussten. Die Bürgerinnen und Bürger haben das nachvollzogen, und sie haben das Signal gegeben, dass die Flüchtlinge dort unterkommen sollen und wir sie betreuen werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass die sozialdemokratischen Oberbürgermeister in München und Passau Großartiges geleistet haben. In der ganzen Welt ist sichtbar geworden, dass Deutschland ein soziales Gesicht hat. Darauf möchte ich hinweisen.

(BEIFALL)

Es kommt jetzt nach der ersten Etappe darauf an, dass wir die vielen Maßnahmen, die wir in Bezug auf berufliche und gesellschaftliche Integration diskutiert haben, jetzt einleiten. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir werden bei den Kommunalwahlen, bei den Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl in den nächsten Jahren nur gewinnen, wenn wir das Problem der Wohnungsversorgung in den Städten und Gemeinden lösen. Nur dann sind wir erfolgreich. Dazu braucht es bestimmter Rahmenbedingungen. Und der Landesverband der SPD in Bayern hat dazu auch Anträge abgeliefert.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Fokus muss auf den Wohnungsbau gelegt werden. Wir sind der Motor. Aber ich denke, wir brauchen die gleiche Kampagne wie für den Mindestlohn auch für den Wohnungsbau.

(BEIFALL)

Für uns Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte ist deshalb eine zentrale Forderung der bessere Zugriff auf die Liegenschaften der BImA.

(BEIFALL)

Es darf nicht sein, dass die BImA nur noch meistbietend verkauft, die Kommunen in die Röhre schauen und Eigentumswohnungen entstehen, bei denen der Quadratmeter 600 oder 700 Euro oder 1.000 Euro kostet. So entstehen keine bezahlbaren Wohnungen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen Trend in unseren Städten - nicht nur in Berlin und Hamburg, sondern auch zum Beispiel in Stuttgart -, Wohnraum in touristische Wohnungen umzuwandeln. Diese neuen Geschäftsmodelle - und da appelliere ich an unsere Politiker in Berlin - müssen unter die Lupe genommen werden; denn es darf nicht sein, dass in unseren Städten das Geschäftsmodell Umwandlung in touristische Wohnungen so weitergeht.

(BEIFALL)

Wir brauchen den Ausbau der sozialen Stadt; wir brauchen Anreize für energetische Sanierungen, und, liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen mehr Geld aus Berlin für den sozialen Wohnungsbau, sonst können die kommunalen Wohnungsbauunternehmen das nicht wirtschaftlich darstellen.

(BEIFALL)

Wir werden die politische Macht in den Ländern und im Bund nur sichern können, wenn wir Antworten auf die Wohnungsfrage in den Städten finden. Unsere sozialdemokratischen Oberbürgermeister in Frankfurt, Herr Feldmann, und in München, Herr Reiter, haben gezeigt, dass bei guten Kampagnen für bezahlbaren Wohnraum auch Mehrheiten gefestigt werden können. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag. Und wir appellieren an unsere Bundespolitiker: Der soziale Wohnungsbau und die Integration gehören zusammen. Die Integration wird in einigen Jahren nur gelingen, wenn wir für alle Bevölkerungsgruppen genügend Wohnraum zur Verfügung stellen. - Vielen Dank.

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Klaus. Jetzt folgt Stephan.

Stephan Schumann, Mecklenburg-Vorpommern: Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag ist gut - insofern nur eine kurze Ergänzung.

Ich berate ehrenamtlich Mieterinnen und Mieter im Mieterverein

(BEIFALL)

ja, eine Erzählung aus der Praxis, und es kommt bei uns ab und zu vor, dass wir auf Vermieterseite mit kommunalen Wohnungsgesellschaften zu tun haben, die sich bei uns tatsächlich benehmen wie normale Vermieter am Markt. Dieser Punkt fehlt mir in diesem Antrag ein bisschen. Mir ist aber auch klar, dass das ein Bundesparteitag ist. Ich nutze nur die Gelegenheit, um euch kurz auf das Thema aufmerksam zu machen. Ich weiß, viele von euch achten schon darauf - in den Aufsichtsräten und in den Gemeindevertretungen. Ich bitte euch aber, das noch weiterzutragen und zu sagen: Miete, liebe Genossinnen und Genossen, ist öffentliche Daseinsvorsorge; da geht es nicht ums Geschäftemachen - zumindest nicht bei den öffentlichen Gesellschaften.

Insofern bedanke ich mich; ich will das hier nicht weiter in die Länge ziehen. Meine Vorredner haben schon sehr viel gesagt. Bitte nehmt den Antrag an!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stephan. - Liebe Genossinnen und Genossen, nun spricht noch einmal Elke Ferner für die Antragskommission.

Elke Ferner, Antragskommission: Entschuldigung. Ich hatte eben vergessen zu sagen, dass wir auf der Seite 3 ab Zeile 121 folgende Sätze zur Streichung vorschlagen - das Votum der Antragskommission -:

„Wir regen an, dass die Länder in von ihnen festgelegten Gebieten, befristet auf die Jahre 2016, 2018, einen besonderen niedrigen Grunderwerbsteuersatz erheben oder die Differenz zum regulären Satz erstatten, sofern die Grundstücke für die Errichtung von sozialem Wohnungsbau genutzt werden. Generell schlagen wir ein Moratorium vor. In den kommenden drei Jahren sollten die Länder auf Grunderwerbsteuererhöhungen verzichten.“

Das ist gestern in der Antragskommission einstimmig rausgenommen worden auch vor dem Hintergrund - das wisst ihr auch - der Kommunen bzw. der Länder, die es mit größeren Haushaltsproblemen zu tun haben. Das hatte ich nur am Anfang vergessen, weil ich kurzfristig die Berichterstattung übernommen hatte.

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt die Ergänzung der Antragskommission gehört.

Ich lasse jetzt abstimmen über die aktualisierte Fassung der Antragskommission. Wer dem Antrag in dieser Fassung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir einmütig so beschlossen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will jetzt nur ergänzen, dass damit auch die Anträge K 10, 11 und 12 erledigt sind.

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAGSBEREICH: FAMILIE STÄRKEN

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, Manuela Schwesig ist heute Morgen in den Tag gestartet, indem sie gesagt hat, die SPD zeichnet sich dadurch aus, dass wir die Herausforderungen der Flüchtlings- und Integrationspolitik annehmen, gleichzeitig aber nicht vergessen, dass es auch andere Herausforderungen gibt, denen wir uns stellen müssen in der Gesellschaftspolitik, in der Innenpolitik. Eine ganz vornehme Aufgabe ist sicherlich dabei das Thema Familien und Familien stärken. Da geht es genauso wie in der Integrationspolitik um Zusammenhalt, um Miteinander. Diesen Themenbereich rufen wir jetzt an dieser Stelle auf. Bevor wir diesen Antragsblock vorgestellt bekommen, sage ich: Film ab!

(FILMEINSPIELUNG)

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, in diesen Antragsbereich „Familien stärken“ führt nun unsere Ministerin und stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig ein. Liebe Manuela, du hast das Wort!

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, es geht uns heute Abend ein bisschen so, wie auch oft Familienalltag aussieht: Es ist halb acht. Wenn man Glück hat, schlafen die Kinder schon, und man würde eigentlich am liebsten die Beine aufs Sofa legen. Aber die Wahrheit ist, dass es oft noch heißt: Waschmaschine bestücken, Geschirrspüler einräumen, noch irgendwie vielleicht Papierkram machen. So geht es uns jetzt ein bisschen. Wir müssen, auch wenn es jetzt schon später als geplant ist, uns dem Thema Familie widmen und wollen dies auch.

Ich finde, es ist ein sehr guter Tag heute; denn wir haben heute deutlich gemacht, dass es uns darum geht, dass wir neben den aktuellen Herausforderungen auch die Themen weiter vorantreiben, die schon die ganze Zeit aktuell und brennend sind. Wir sehen es hinter mir auf dem Bild, ein Bild voller Menschen, ganz bunt, ganz verschieden. Das ist Familie. Sie gehören zusammen. Familie sind die Menschen, mit denen wir am engsten verbunden sind, bei denen wir uns sicher fühlen, auf die wir uns verlassen können, Menschen, die wir lieben, mit denen wir natürlich auch streiten, aber mit denen wir glücklich sind. Ich nehme wahr, dass gerade in diesen Zeiten, wo viele sich fragen: „Wie geht es auf der Welt weiter?“, wo viele die Konflikte, Kriege, die viele Gewalt mit großer Sorge sehen, es für die Menschen ganz wichtig ist, diesen ganz persönlichen, privaten Rückzugsort Familie zu haben.

Familie gab es schon immer, aber Familie hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Familie ist wesentlich bunter geworden. Wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Familie sprechen, dann geht es uns nicht darum, eine bestimmte Familie ins Zentrum zu rücken. Uns geht es nicht darum, Familien vorzuschreiben, wie sie zusammenzuleben haben, sondern wir respektieren die Familien in ihrer Vielfalt, die vielen Paare - ob mit oder ohne Tauschein - mit Kindern, die vielen Alleinerziehenden, vor allem Frauen, aber auch Männer, aber auch die Patchwork-Familien und die Regenbogenfamilien. Immer da, wo Menschen sagen, ich nehme Verantwortung für ein Kind oder für meine pflegebedürftigen Eltern, da ist Familie. Und wer bereit ist, diese Verantwortung füreinander zu übernehmen, der sollte nicht vom Staat gegängelt

werden, sondern er sollte vom Staat, von der Politik respektiert und unterstützt werden. Das ist moderne Familienpolitik der SPD.

(BEIFALL)

Das, liebe Genossinnen und Genossen, unterscheidet uns. Es unterscheidet uns auch ganz klar von den Konservativen, die doch immer das eine Modell in den Mittelpunkt rücken und die anderen irgendwie links und rechts liegen lassen. Es betrifft ganz besonders die Alleinerziehenden, die in der Vergangenheit zu wenig Beachtung fanden, die im Steuerrecht ungerecht behandelt werden. Es sind die vielen Paare mit Kindern, die nicht verheiratet sind, aber eben auch nicht vom Steuerrecht gut behandelt werden. Und es sind vor allem die Regenbogenfamilien, die immer noch nicht die gleichen Rechte wie andere Familien haben. Es ist nicht zu erklären, warum homosexuelle Paare mit Kindern kein Adoptivrecht haben.

(BEIFALL)

An dieser Stelle will ich sagen: Es geht ja nicht nur um die Rechte dieser Paare. Mir geht es vor allem um die Rechte dieser Kinder. Es darf nicht sein, dass diese Kinder nicht die Möglichkeit haben, Rechte eines Adoptivkindes zu bekommen. Wir haben 7.000 Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, mindestens genauso behütet wie in allen anderen. Diese Familien haben es verdient, den gleichen Respekt, die gleiche rechtliche Anerkennung zu bekommen. Deshalb sage ich der Union: Wenn jetzt viele in der Union wegen der Flüchtlinge auf einmal die Rechte von Homosexuellen entdecken, dann können sie ja mal damit anfangen, dass wir mit echter Gleichstellung als Bundesregierung gut vorangehen.

(BEIFALL)

Dann könnten sie endlich die Gleichstellung dieser Paare mitbeschließen.

(BEIFALL)

Die Familien von heute sind nicht nur sehr vielfältig. Sie haben auch neue Herausforderungen, und sie haben neue Wünsche. Viele Paare, viele Frauen und Männer sagen, wir wollen uns nicht mehr entscheiden zwischen Beruf und Kindern, sondern wir wollen beides haben. Wir wollen berufstätig sein. Wir wollen aber auch Zeit für Kinder. Und wir wollen vor allem, dass das partnerschaftlich aufgeteilt wird. Das sagen viele der jetzigen Elterngeneration. Wenn wir auf die Jugendstudie der 12- bis 25-Jährigen schauen, dann sagen die: Auch wir wollen später einmal Familie. Aber wir sind nicht mehr bereit, sozusagen für den Job auf alles zu verzichten, was man sich für die Familie wünscht.

Wir sprechen deshalb heute von der geforderten Generation, weil viele Frauen und Männer, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige haben, in diesem Spagat sind zwischen Beruf und Familie. Sie sind gefordert. Gefordert, weil sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Sie sind gefordert, weil sie Kinder großziehen wollen, ihnen gerecht werden wollen, ohne ihre beruflichen Anforderungen zu vernachlässigen. Sie sind gefordert, weil sie ihren Eltern in der Pflege gerecht werden wollen, ohne auch ihren beruflichen Verpflichtungen nicht gerecht zu werden.

Ich glaube, viele von uns kennen das Gefühl dieses Spagates nur zu gut. Mein Sohn hat heute in der Schule

mit der ganzen Schule zusammen das Weihnachtssingen. Die Eltern und die Großeltern sind eingeladen. Natürlich habe ich ein schlechtes Gewissen, wenn ich nicht da sein kann. Aber ich weiß: Ich hätte auch ein schlechtes Gewissen, wenn ich da und nicht hier wäre. Dazu muss man nicht Parteitag haben, und dazu muss man auch nicht Parteivize sein. Dieses Gefühl kennt fast jede Mutter und mittlerweile auch fast jeder Vater: Du hast immer das Gefühl, es niemandem recht zu machen: nicht genug für die Kinder da zu sein, wenn man nicht pünktlich von der Arbeit loskommt und bei der Aufführung in der Schule vielleicht nicht dabei sein kann, oder einen wichtigen dienstlichen Termin zu versäumen, wenn man zu Hause bleiben muss, weil das Kind krank ist.

(BEIFALL)

Ich glaube nicht, dass Politik dieses Problem der Vereinbarkeit wirklich für immer auflösen kann. Das ist auch nicht die Erwartung. Aber die Erwartung von berufstätigen Frauen und berufstätigen Männern ist völlig zu Recht, dass sie nicht gegängelt werden, dass man ihnen nicht noch ein schlechtes Gewissen macht, sondern dass Politik, aber vor allem auch Wirtschaft und Arbeitswelt dafür sorgen, dass die Arbeitswelt mindestens familienfreundlich ist und ihnen dieses schlechte Gewissen nimmt und sie viel, viel besser unterstützt.

(BEIFALL)

Eine moderne Familienpolitik schaut auch darauf, dass es gleichberechtigter zwischen Frauen und Männern läuft. Eine Familienpolitik muss auch solidarisch sein und die Chancengleichheit für alle Kinder herstellen. Ich habe das heute schon in der Flüchtlingsdebatte gesagt. Wenn ich hier von Kindern und auch von Familien rede, dann ist für mich nicht entscheidend, ob die Familien hier schon leben und ob die Kinder hier geboren sind, während andere erst später zu uns gekommen sind. Vielmehr haben alle die gleichen Wünsche. Deshalb ist es nicht wichtig, woher jemand kommt, sondern wichtig ist, wo die Familien hinwollen. Deswegen beziehen wir alle Familien in unsere Familienpolitik ein.

Mit dieser Haltung hat die SPD die Familienpolitik erobert. Ich erinnere an Regine Hildebrandt, Christine Bergmann und Renate Schmidt. Sie waren immer alle ganz konkret dran, ganz nah an den Bedürfnissen von Familien. Moderne Familienpolitik ist zum Markenzeichen der SPD geworden. Wir haben mit dieser Haltung die Familienpolitik wieder zurückerobert.

Familienpolitik der SPD ist längst nicht alleine Politik der Familienministerin. Es ist unser Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der als erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland an der großen Kitaqualitätskonferenz teilgenommen hat, um deutlich zu machen: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Qualität in der Bildung für Kinder ist nicht nur ein Ding der Familienministerin, sondern geht auch einen Wirtschaftsminister etwas an.

(BEIFALL)

Dieses Zeichen setzt auch Nils Schmid in Baden-Württemberg, der als Finanz- und Wirtschaftsminister eindeutig sagt: Wichtig ist für uns, die Familien zu unterstützen in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das muss ganz stark finanziell, aber vor allem aus Sicht der Wirtschaft unterstützt werden. Ich finde, das sind

gute Wege. Es geht nicht um die Ökonomisierung der Familien, sondern darum, die Anliegen der Familien ernst zu nehmen, auch in der Arbeitswelt. Es muss Schluss sein damit, dass Familien immer flexibler und arbeitsfreundlicher werden. Die Arbeitswelt muss endlich familienfreundlicher werden, und das kriegen wir nur gemeinsam hin.

(BEIFALL)

Familien sind bunt, Familien sind vielfältig, und Familien sind in ganz unterschiedlichen Lebenslagen. Deshalb kann es gar nicht die eine Antwort geben in der Familienpolitik, sondern wir brauchen einen Mix: einen Mix aus Infrastruktur, Zeit und Geld für Familien. Auf diesen Mix setzen wir. Wir wollen eine neue Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die nicht nur auf die Mütter schaut, sondern auch darauf, dass Kinder in der Regel Väter haben. Die jungen Väter von heute wollen Zeit für ihre Kinder, und sie sollten dabei genauso unterstützt werden. Wir brauchen eine partnerschaftliche Aufteilung der Zeiten für Familie und Beruf - für junge Frauen und Männer.

(BEIFALL)

Wir wollen Zeit für Familie. Wir stellen die Kinder in den Mittelpunkt einer gerechten finanziellen Förderung. Wir stellen die Kinder und ihre Bildungschancen in den Mittelpunkt des Ausbaus der Infrastruktur. Wir rücken die Kinder ins Zentrum der Familienpolitik - ihre Rechte, ihre Bedürfnisse und ihre Chancen. Alle Kinder haben ein Recht auf gute Zukunftschancen von Anfang an. Es ist gut - ich danke allen, die dabei waren -, dass die SPD vor vielen Jahren den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab einem Jahr durchgesetzt hat.

Als andere noch darüber diskutiert haben, ob das nicht Teufelszeug ist - manche haben es immer noch nicht richtig gelernt -, waren wir fortschrittlich und haben gesagt: Wir brauchen gute Kinderbetreuung. Kinderbetreuung ist für uns nicht Aufbewahrung, sondern es ist für uns die erste Bildungseinrichtung, die Kinder besuchen sollten und können. Deshalb ist es wichtig, dass alle Kinder ein Recht darauf haben. Es geht um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber eben auch um die Bildungschancen von Kindern.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, war es auch richtig, dass wir immer kritisch gesehen haben, dass ans Betreuungsgeld geknüpft wird, dass man sein Kind nicht in die Kita schicken darf. Das war doch unser Kritikpunkt, weil wir sagen: Es kann nicht sein, dass man sein Kind nicht in die Kita geben darf, um Geld zu bekommen. Ich bin sehr froh und glücklich, dass sich das, wofür die SPD immer gekämpft hat, jetzt bewahrheitet hat: Es wird in Zukunft bundesweit kein Betreuungsgeld mehr geben. Dieses Geld geht zukünftig in den Ausbau und in die Qualität der Kinderbetreuung.

(BEIFALL)

Wir haben auch in dieser Legislatur die Mittel für Betriebskosten und Investitionskosten aufgestockt. Aber es muss weitergehen. Wir wollen auch in diesem Bereich mithilfe des Bundes schrittweise zur Gebührenfreiheit kommen. Die SPD hat vor vielen Jahren dafür gesorgt, dass das Schulgeld abgeschafft wird. Wir haben dafür gesorgt, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Jetzt müssen wir schrittweise auch dafür sorgen, dass die Kitagebühren abgeschafft werden.

(BEIFALL)

Es ist ganz klar, dass das eine nationale Bildungsaufgabe ist und sich deshalb auch der Bund beteiligen sollte. Wir haben Länder, die mit gutem Beispiel vorangehen. An der Stelle möchte ich Rheinland-Pfalz ansprechen. Rheinland-Pfalz hat gezeigt, wie es gehen kann. Ich wünsche mir das für ganz Deutschland.

(BEIFALL)

In Rheinland-Pfalz sehen wir jetzt auch den Unterschied zur Union. Während wir und auch andere Länder ganz hart versuchen, schrittweise die Gebühren herunterzufahren, bis hin zur Abschaffung, sagt jetzt die Union in Rheinland-Pfalz, nachdem sie es schon in Hamburg probiert hat: Die Kitagebühren sollen wieder eingeführt werden. Ich sage: Das ist bildungsfeindlich und familienfeindlich, insbesondere für die arbeitende Bevölkerung.

(BEIFALL)

Das soll die Union mal schön in Rheinland-Pfalz erklären - schafft sie sowieso nicht -, warum ausgerechnet berufstätige Frauen und Männer, die jeden Tag arbeiten gehen, die außerdem für ihre Kinder da sind und die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, jetzt zusätzlich belastet werden sollen - nur weil sie die Kita nutzen, weil sie Beruf und Familie vereinbaren. Das zeigt, wo die Unterschiede sind, und das zeigt auch, wen man im März in Rheinland-Pfalz wählen muss: Malu Dreyer und die SPD.

(BEIFALL)

Und das ist nicht ein Unionsirrläufer in Rheinland-Pfalz. Vielmehr ist es die Strategie der Union zum Beispiel auch in Hamburg gewesen. Olaf Scholz hat dafür gesorgt, dass auch in Hamburg die Gebühren abgeschafft werden. Die Union wollte sie wieder einführen. Es ist gut, lieber Olaf, dass die Bürgerinnen und Bürger sich klar für dich und für deine Bildungs- und Familienpolitik entschieden haben, dass sie klar gesagt haben, wohin die Reise gehen muss. Das sollten wir für ganz Deutschland erreichen.

(BEIFALL)

Wir haben aber auch noch mehr Herausforderungen. Viele Eltern sind froh, dass sie endlich einen Kita-Platz haben. Aber was machen eigentlich die vielen vor allem Alleinerziehenden, die in Branchen arbeiten, wo Schichtdienst an der Tagesordnung ist, die Polizistin, die Altenpflegerin, diejenige, die in der Gastronomie arbeitet? Es wird immer Branchen geben, wo wir Randzeiten, Schichtdienste nicht abschaffen können. Jeder von uns will, dass das Krankenhaus rund um die Uhr offen ist. Niemand kann sich vorstellen, dass es nachts keinen Pflegedienst im Pflegeheim gibt. Deshalb ist es so wichtig, dass diese berufstätigen Frauen und Männer besser unterstützt werden. Andrea Nahles hat es sich genau angeschaut: Es sind gerade die langzeitarbeitslosen Frauen, die in diesen Branchen Berufsabschlüsse haben, und sie sind deshalb langzeitarbeitslos, weil sie nicht die entsprechende Kinderbetreuung haben. Deshalb ist es gut, dass wir zum 01.01.2016 ein Bundesprogramm starten, mit Finanzierung auch von Personalkosten, dass wir da, wo es notwendig ist, Randzeiten ausbauen, damit Beruf und Familie besser gelingen kann, insbesondere für Alleinerziehende.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben viel im Kita-Bereich erreicht, aber ich will auch sagen: Da dürfen wir nicht aufhören. Ich bekomme zunehmend Post von Familien, die schreiben: „Jetzt hatte ich einen Kita-Platz, aber was ist eigentlich mit der Schule?“ Eine Mutter, die in einer Zahnarztpraxis arbeitet, hat mir geschrieben, sie hat zwei Kinder, sieben und fünf Jahre alt. Sie sagt, dass für sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Kita-Alter ging, aber jetzt im Schulalter deutlich schwieriger geworden ist, seit der Ältere zur Schule geht. Und sie fragt zu Recht: „Von mir wird im Beruf Flexibilität verlangt, aber wo ist die Flexibilität in der Betreuung für meine Kinder, wenn sie in die Schule gehen?“

(BEIFALL)

Deshalb sieht unser Antrag auch vor, dass wir, wie wir es beim Rechtsanspruch für Kita gemacht haben, zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder - mindestens für Grundschul Kinder - kommen wollen. Ich weiß, dass gerade viele vor Ort, die sozusagen mit aller Kraft den Rechtsanspruch in der Kita durchgesetzt haben, sich fragen: Wie kann das gehen? Und auch hier sehen wir im Antrag vor: Realistisch, schrittweise und mit Unterstützung des Bundes.

Aber liebe Genossinnen und Genossen, das erste und einzige Ganztagsschulprogramm, das es jemals gab, ist vor zehn Jahren unter Kanzler Schröder eingeführt worden. Zehn Jahre Kanzlerschaft Merkel, und kein einziger Cent ist in die Ganztagsbetreuung von Schulkindern geflossen. Das darf nicht so bleiben. Das müssen wir Sozials ändern, entweder in dieser Legislatur oder nach 2017.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe deutlich gemacht, wie wichtig die Infrastruktur ist. Ich sage aber auch ganz deutlich: Arbeitswelt, Arbeitgeber - ob in Wirtschaft oder im öffentlichen Bereich - können nicht erwarten, dass Politik mit einer Rundumversorgung mit Kitas und Schulen dafür sorgt, dass Eltern immer nur dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Eltern haben sich auch für Kinder entschieden, um Zeit mit ihnen zu verbringen. Es muss deshalb möglich sein, dass junge Frauen, aber auch junge Männer sagen: „In bestimmten Zeiten meines Arbeitslebens - insbesondere wenn die Kinder kleiner sind - möchte ich eben nicht 40 Stunden Vollzeit plus Überstunden zur Verfügung stehen. Da möchte ich auch mal auf Teilzeit gehen können, um später wieder hochzugehen.“ Es muss viel bessere Arbeitszeitmodelle geben, die die Familiensituation - ob mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen - berücksichtigen.

Und das ist nicht die Realität in unserer Arbeitswelt. Wir alle wissen es: Du bist nur etwas wert, wenn du dem Arbeitsmarkt richtig zur Verfügung stehst. Die Arbeitswelt hat sich nämlich daran gewöhnt, dass es oft die Arbeitsteilung in der Familie gab: Er steht der Arbeitswelt zur Verfügung, Vollzeit plus Überstunden, und sie kümmert sich um Kinder und Haushalt. Diese Zeiten sind für viele Paare vorbei. Sie wollen es nicht. Sie wollen beide berufstätig sein. Sie wollen aber auch beide Zeit für Kinder. Deshalb mein Vorschlag der sogenannten Familienarbeitszeit. Es muss möglich sein, dass die Väter - jeder zweite wünscht es sich - auch ein Stück mal die Arbeitszeit reduzieren können, zum Beispiel auf 35 Stunden, wie sie es sich wünschen, und es muss möglich sein, dass die Frau in den Beruf einsteigen kann, aber eben auch ihre Arbeitszeit höher gestalten kann, vollzeitnah. Das ist die Idee der Familienarbeitszeit.

Dahinter steckt die Idee, dass beide Zeit für den Job, aber auch für die Familie haben. Liebe Frauen und Männer, Gleichstellung kann auch nicht heißen, dass wir unter Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstehen: Jetzt sollen mal die Mütter Vollzeit rund um die Uhr arbeiten, für die Kinder da sein, für die pflegebedürftigen Angehörigen und noch für das Ehrenamt. Das hat nichts mit Gleichstellung zu tun. Gleichstellung ist, wenn Frauen und Männer die Möglichkeit haben, es sich in dem Korridor, wie sie es sich wünschen, partnerschaftlich zu teilen, Zeit für Arbeit, aber auch Zeit für Familie.

(BEIFALL)

Nur wenn die Männer die Frauen entlasten können, können die Frauen auch höher gehen. Das ist Gleichstellungspolitik, wie wir sie brauchen.

Das Interessante ist: Die meisten Paare wünschen sich genau diese Aufteilung. Nicht starr und fest vorgegeben, aber die Möglichkeit. 60 Prozent der Familien mit Kindern unter drei Jahren sagen: „Wir wünschen uns solche Arbeitszeitmodelle.“ Aber nur 14 Prozent machen es. Warum? Weil viele erleben, dass Teilzeit heute eine Sackgasse ist, vor allem für die Frauen, dass sie nicht zurückkommen, dass sie schlechte berufliche Perspektiven haben, schlechtes Einkommen, schlechte Rente. Es muss Schluss sein damit, dass Teilzeit in Deutschland eine Sackgasse ist, dass man aufs berufliche Abstellgleis kommt. Es muss möglich sein, auch in diesen Arbeitszeitmodellen gute berufliche Perspektiven zu haben. Darum muss es gehen in Zukunft in unserer Arbeitswelt.

Deshalb bin ich sehr froh, dass Andrea Nahles vorhat, das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit einzuführen; denn nur, wenn wir dieses Rückkehrrecht haben, dann können sich berufstätige Frauen und Männer trauen, stärker in Familienphasen auch mal die Arbeitszeit zu reduzieren, um dann, wenn das Kind vielleicht in der Pubertät ist und wenn man froh ist, wenn man länger arbeitet, als zu früh zu Hause zu sein, auch mal wieder hochgehen zu können. Wir brauchen diese modernen Arbeitsmodelle.

Als ich diese Familienarbeitszeit zu Beginn der Legislatur vorgeschlagen habe, hat ja nicht jeder mitbekommen im Kanzleramt, dass zweimal 32 mehr ist als einmal 40 für die Familie. Das heißt nämlich - das hat das Deutsche Institut für Wirtschaft berechnet -, wenn beide die Chance haben, berufstätig zu sein, aber auch Zeit für Kinder zu haben, dann ist das Familieneinkommen besser. Dann haben wir auch mehr Arbeitsstunden, und wir haben viel mehr wirtschaftliche Stabilität in den Familien.

Und wie es immer so ist, wie es beim Mindestlohn war, wie es bei der Frauenquote war: Am Anfang ist der Aufschrei immer groß. Das ist ein Zeichen dafür, dass man eigentlich richtig liegt. Ich freue mich sehr, dass es mittlerweile viele Unterstützer der Familienarbeitszeit gibt, auch aus der Wirtschaft, von DIHK-Chef Schweitzer, aber dass auch viele Medien, zum Beispiel Die Zeit - nicht im Dossier „Schöner leben“, sondern im Dossier „Gute Arbeit“ - dieses Modell entdeckt hat. Es gibt mittlerweile auch politische Konkurrenten wie die Grünen, die sagen: „Mensch, da ist ja was dran an dieser Idee. Wir denken auch mal in diese Richtung.“ Deshalb bin ich sehr stolz darauf, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Erstes dieses Modell in die Diskussion gebracht haben, was große Unterstützung findet. Deshalb werbe ich dafür: Lasst uns heute auch mit diesem Antrag beschließen, dass wir ein solches Arbeitszeitmodell brauchen. Wir wollen dafür auch Finanzierungen entwickeln, denn es muss auch für Paare möglich sein, die nicht so viel Geld haben, sie staatlich zu flankieren. Deshalb wäre heute ein starkes Zeichen an die Familien. Uns geht es nicht nur um Kita und Ganztagschule. Uns geht es auch darum, dass Familien Zeit füreinander haben. Wir Sozialdemokraten wollen beides zusammenbringen.

(BEIFALL)

Wir haben den ersten Schritt in diese Richtung mit dem Elterngeld plus gemacht.

Lasst mich zum Abschluss und als letzten Punkt deutlich machen: Neben Infrastruktur und Zeit für Familie brauchen Familien auch Geld. Es gibt manchmal die Diskussion - auch in der Sozialdemokratie -, ob man nicht eigentlich das Kindergeld runterkürzen könnte, um mehr Geld für die Infrastruktur zu haben. Ich sage ganz klar: Ich finde nicht, dass Familienleistungen gegen Infrastruktur für Familien ausgespielt werden dürfen.

(BEIFALL)

Es gibt zu viele Familien in unserem Land, die jeden Tag arbeiten gehen, aber dringend auf das Kindergeld und sogar mehr angewiesen sind, weil sie sonst nicht klarkommen. Wir holen 1 Million Kinder alleine durch das Kindergeld aus der Kinderarmut. Es muss die SPD sein, die weiter den Blick auf diese arbeitende Bevölkerung hat, die sich nämlich jeden Tag anstrengen und trotz Mindestlohns nicht aus Transfer kommen, wenn sie Kinder haben.

Diese Familien brauchen Kindergeld, und sie brauchen auch den Kinderzuschlag. Ich bin stolz darauf, dass wir nach zehn Jahren endlich den Kinderzuschlag für diese fleißigen Familien angehoben haben. Wir müssen dafür sorgen, dass es keine Kinderarmut in Deutschland gibt, indem die Eltern einen anständigen Lohn und eine gute Unterstützung durch das Kindergeld bekommen.

(BEIFALL)

Es gibt bei den Familienleistungen aber schon Unwuchten, und zwar zum Beispiel die Unwucht, dass diejenigen, die sehr gut verdienen, wie zum Beispiel ich als Ministerin, über Steuerfreibeträge bessergestellt werden als eine alleinerziehende Frau, die mit einem kleinen Einkommen auskommen muss. Deshalb sieht unser Antrag auch vor, dass wir uns die Familienleistungen und auch das Steuerrecht genauer anschauen und dafür sorgen, dass das System endlich gerechter wird. Derzeit profitieren die Familien, die am meisten haben, am meisten.

Es geht nicht darum, anderen etwas wegzunehmen, aber es geht darum, dass man, wenn man Geldleistungen einsetzt, diese Leistungen ganz gezielt denen gibt, die berufstätig sind, aber nicht so hohe Einkommen haben.

Deshalb wollen wir ein gestaffeltes Kindergeld, und deshalb wollen wir auch ein gerechteres Steuerrecht. Derzeit bevorteilt das Steuerrecht die Paare, die verheiratet sind - völlig egal, ob sie Kinder haben oder nicht. Ein Ehepaar, das ein Einkommen von 50.000 Euro hat, zahlt 2.000 Euro Steuern weniger als ein Paar, das nicht verheiratet ist, dafür aber ein Kind großzieht.

Das sind Ungerechtigkeiten. Diese Ungerechtigkeiten sollen jetzt nicht dazu führen, dass den einen das sofort weggenommen wird, aber wir brauchen ein Steuermodell, das die verschiedenen Familienformen für die Zukunft viel stärker berücksichtigt und dann besonders unterstützt, wenn man sich für Kinder entschieden

hat. Das ist die Idee des sozialdemokratischen Familiensplittings.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns deshalb weiter an diesen Konzepten arbeiten, damit die Familien in unserem Land sehen, dass wir ihre Bedürfnisse ernst nehmen - ihr Bedürfnis, Beruf und Familie zu vereinbaren, ihr Bedürfnis, finanziell klarzukommen, aber auch ihr Bedürfnis, Zeit für Kinder zu haben.

Uns ist es gelungen, die Familienpolitik zurückzuerobern. Wir sind die Familienpartei Deutschlands, und damit das so bleibt, wollen wir weiter im Sinne der Familien kräftig ranklotzen, damit Familie keine Doppelbelastung ist, sondern doppeltes Glück.

Macht alle mit! Ich würde mich sehr darüber freuen.

(BEIFALL)

<https://www.youtube.com/watch?v=GwGVTDussEY&index=5&list=PL85IMmq0WVITNRtIcDpSYSxGb-6-7sOcs>

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Manu, herzlichen Dank für deine Rede. - Während für die Antragskommission Elke Ferner ans Rednerpult geht, von mir noch einmal der Hinweis, dass wir jetzt die Anträge IA 2 bis F 20 beraten, dann darüber abstimmen und anschließend in diesem Block hier auch noch einmal über B 1 beraten und auch abstimmen werden - alles unter der gleichen Überschrift.

Auch jetzt schon einmal der Hinweis: Wir haben jetzt sieben Wortmeldungen zu diesem Antrag. Das soll euch motivieren, noch hier dabeizubleiben und mit uns noch fleißig zu beraten und zu beschließen.

Elke, du hast das Wort für die Antragskommission.

ANTRAGSBERATUNG: FAMILIE STÄRKEN

Elke Ferner, Antragskommission: Vielen Dank. - Seit ich Parteitagsdelegierte bin, kann ich mich an keinen Parteitag erinnern, auf dem wir so wenige Anträge zur Familienpolitik im Antragsbuch hatten. Ich glaube, dass zeigt auch, dass wir derzeit schon wirklich viel von der guten Beschlusslage abarbeiten, die wir haben, sodass es jetzt auch wirklich in die Umsetzung geht.

Wir haben jetzt mit dem Leitantrag IA 2 den ersten Antrag. Mit dem sind dann F 1, F 2, F 3 und F 4 erledigt.

Wir haben gestern in der Antragskommission zusätzlich zu den Änderungen, die ihr schon im Antragsbuch habt finden können, noch einen Änderungsvorschlag beschlossen, und zwar soll auf Seite 255, Zeile 8, und auf Seite 260, Zeile 19, folgender Satz eingefügt werden:

„Alternativ wollen wir prüfen, ob die Förderung von Alleinerziehenden wirksamer im Steuersystem oder durch direkte Unterstützungsleistungen, zum Beispiel im Kindergeld, verbessert werden kann.“

Der Hintergrund ist schlicht, dass viele Alleinerziehende gar keine Steuern zahlen und deshalb auch von einer steuerlichen Förderung nicht profitieren würden. Hier müssen wir jetzt gucken, wie das austariert werden kann, damit wir durch eine neue steuerliche Regelung auch im Individualfall Gerechtigkeit herstellen können.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elke. Damit ist die Fassung der Antragskommission klar, und wir können in die Debatte einsteigen. - Dazu erteile ich als Erstes Nils Schmid das Wort. Ihm folgt dann Katharina Oerder.

(BEIFALL)

Nils Schmid, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Seit 20 Jahren hat die SPD die Familienpolitik zu eines ihrer Schwerpunktthemen gemacht. In den letzten 20 Jahren hat sich in unserer Gesellschaft und in unserer Republik mächtig was verändert.

Ich will das am Beispiel einer Umfrage illustrieren, die ich als Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg gemacht habe. Ich habe die Bürgerinnen und Bürger des Landes und nicht etwa die Redakteure in den Wirtschaftsredaktionen oder die IHKen gefragt. Ich habe die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg gefragt, was gute Wirtschaftspolitik ist und wodurch sich eine gute Wirtschaftspolitik auszeichnet. Sie haben nicht geantwortet: „Durch niedrige Steuern und Abgaben“, sondern sie haben geantwortet: dadurch, dass die Infrastruktur und die Verkehrsinfrastruktur in Ordnung gebracht werden und dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Ordnung ist. - Das heißt, Familienpolitik ist für die Wirtschaft in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland zu einem Standortfaktor ersten Ranges geworden.

(BEIFALL)

Letzten Endes geht es darum, dass wir die Fachkräfte, die in unserer Gesellschaft vorhanden sind, das Potenzial an Fachkräften in Deutschland, in Zukunft optimal nutzen. Die am besten ausgebildete Frauen-

generation unserer Geschichte hat es auch verdient, dass diese Frauen ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll einsetzen können - und nicht nur in Teilzeit und mit Unterbrechungen, sondern, wenn sie es wünschen, in Vollzeit. Und wenn sie es wünschen, dann sollen sie mit diesen Kompetenzen auch Karriere machen können; denn wir brauchen diese am besten ausgebildete Frauengeneration unserer Geschichte mehr denn je für die Zukunft unseres Landes.

(BEIFALL)

Dass wir hier auf viele Partner setzen können, zeigt, dass viele Unternehmen das schon erkannt haben.

Ich habe in Baden-Württemberg - in Ost-Württemberg - Firmen kennengelernt, zum Beispiel ein Steuerberaterbüro. Dieses Büro hat händierend Fachkräfte gesucht, Steuerberaterinnen und Steuerberater. Damals gab es vor Ort noch keine Kindertagesstätten in ausreichender Zahl. Was haben sie gemacht? Sie haben die Firmen aus dem Gewerbegebiet zusammengeholt und einen Betriebskindergarten mit Ganztagesangeboten und flexiblen Betreuungszeiten eingerichtet, weil sie wussten, dass das der Standortfaktor ist, durch den im ländlichen Raum in Ost-Württemberg Firmen qualifizierte Steuerberaterinnen und Steuerberater, qualifizierte Fachkräfte, halten können.

Genau das ist die Zukunft von Deutschland: Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft für gute familienpolitische Rahmenbedingungen sorgen.

(BEIFALL)

Es war die SPD, die den Weg beschritten hat: 1998 die Erhöhung des Kindergeldes, dann die Einführung von Ganztagesesshulen; ihr erinnert euch noch an das Kürzel IZBB, an die Investitionsoffensive für Ganztagesesshulen in der ganzen Republik. Es war genau die Regierung Schröder, die es überhaupt erreicht hat, dass in Baden-Württemberg Ganztagesesshulen auf breiter Front eingerichtet worden sind. Das müsst ihr euch mal vorstellen! Dann kam - auch wieder durch den Impuls der SPD - die massive Ausweitung der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen.

Deshalb ist es gut, dass wir es in Baden-Württemberg seit 2011 mit den Grünen geschafft haben, die Kinderbetreuung insbesondere für die ganz Kleinen massiv auszuweiten. Wir haben mehrere hundert Millionen Euro zusätzlich an die Kommunen gegeben und können heute, nach weniger als vier Jahren Regierung von SPD und Grünen in Baden-Württemberg, Bilanz ziehen: Baden-Württemberg hat die qualitativ beste Kinderbetreuung in ganz Deutschland. Wir sind nach der Bertelsmann Stiftung das beste Kinderland geworden, und es ist gut so, dass die SPD auch in Baden-Württemberg diese Aufholjagd gestartet hat.

(BEIFALL)

Wir wollen noch einen Schritt weitergehen. Das strategische Ziel muss es sein so wie es Manuela angedeutet hat, dass wir den Eltern und auch den Betrieben im Land eine Ganztagesgarantie geben können, dass vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag durchgängige Ganztagsangebote in allen Bildungseinrichtungen von der Kita über die Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen vorhanden sind. Wir brauchen das für die Chancengleichheit der Kinder. Wir brauchen das aber auch für die Fachkräfte der Zukunft.

(BEIFALL)

Wir brauchen aber auch das Bekenntnis der SPD, dass wir auch in Zukunft Kindergeldpartei sind. Deshalb bin ich froh und dankbar, dass die Antragskommission die Anregung von uns aufgenommen hat, einen Kindergeldzuschlag für Alleinerziehende einzuführen.

Alleinerziehende da meine Frau selber lange Zeit alleinerziehend war, weiß ich, wovon ich rede sind die stillen Heldinnen und Helden des Alltags in unserer Gesellschaft. Sie brauchen auch finanzielle Unterstützung. Deshalb war es gut, dass Manuela zusammen mit den SPD-Ministern Verbesserungen bei der steuerlichen Förderung von Alleinerziehenden durchgesetzt hat. Wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen. Wir brauchen einen Kindergeldzuschlag, der einkommensunabhängig auch für die Frauen und Männer gewährt wird, die alleinerziehend sind und noch nicht so viel Geld verdienen, dass sie Steuern zahlen müssen. Deshalb ist es meine dringende Bitte, dass wir uns in den nächsten anderthalb Jahren bis zur Abfassung des Regierungsprogramms dieser Sache zuwenden. Denn auch bei Alleinerziehenden gilt: Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Ich will ein Letztes sagen. Wir brauchen eine partnerschaftliche Familie, ein partnerschaftliches Familienbild, in dem sich Männer und Frauen in gleichen Zeitanteilen über das Erwerbsleben hinweg um Kinder kümmern können. Ich hatte ein interessantes Erlebnis. Als ich mein Ministeramt im Mai 2011 übernommen habe, habe ich den Kolleginnen und Kollegen des Ministeriums mitgeteilt, dass ich die ersten 14 Tage halbtags von zu Hause aus arbeiten würde. Das war nämlich die Eingewöhnungszeit meiner kleinen Tochter bei der Tagesmutter. Die Reaktionen waren interessant. Viele Kolleginnen und Kollegen kamen danach auf mich zu und haben gesagt: „Es ist ganz toll, dass Sie als Führungskraft deutlich machen, wie wichtig Ihnen die Kinderbetreuung und der Bezug zu Ihren Kindern sind!“ Die andere Reaktion war, dass eine große Regionalzeitung getitelt hat: „Nils Schmid, der Halbtagsminister“. Wenn schon ein relativ privilegierter Mensch wie ein Minister solche Probleme hat, das durchzusetzen, dann zeigt dies an, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben hin zu dieser partnerschaftlichen Familie. Ich bin aber überzeugt, dass wir mit dem Leitantrag dafür die Weichen stellen. Deshalb bitte ich euch um Unterstützung für diesen tollen Antrag. Lasst uns gemeinsam Familien leben! - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Nils. - Jetzt kommt Katharina Oerder. Ihr folgen Alexander Schweitzer und danach Barbara König. Ich erlaube mir um diese Uhrzeit, noch einmal auf die Fünf-Minuten-Grenze hinzuweisen.

Katharina Oerder, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Gleichstellungspolitik ist nicht nur Familienpolitik. Aber Familienpolitik ist immer auch ein ganz großes Stück Gleichstellungspolitik. Denn noch immer sind es Frauen, die zusätzlich zu ihrer eigenen Erwerbsarbeit für den Löwenanteil der Sorge für Familien- und Reproduktionsarbeit zuständig sind. Dieser Zustand ist für uns als SPD mit einer über 125-jährigen Geschichte der Gleichstellung unhaltbar, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb bin ich für die Übernahme des Änderungsantrags von uns Jusos zur gerechten Aufteilung der Elternmonate sehr dankbar. Denn wir brauchen endlich eine paritätische Aufteilung zwischen beiden Elternteilen, weil

wir Männer endlich nicht nur freundlich bitten wollen, sich an der manchmal etwas nervigen Hausarbeit zu beteiligen, sondern klare politische Rahmenbedingungen dafür brauchen.

(BEIFALL)

Was ich wirklich nicht mehr hören kann, sind die lahmen Begründungen für nicht mehr als vielleicht gerade mal acht Wochen Elternzeit von manchen Männern wie „Ich würde ja eigentlich gerne, aber irgendwie passt das gerade nicht in die Karriere-Planung“ oder „Mein Chef sieht das halt nicht so gerne“. Ich glaube nicht, dass sich mein Chef unglaublich darüber gefreut hat, als ich gesagt habe, dass ich für die nächsten sechs Monate ausfalle. Aber warum sollen diese Diskussion die Männer nicht genauso führen können?

(BEIFALL)

Ich glaube an euch, liebe Genossen. Ihr schafft das! Denn echte Gleichstellung ist erst dann erreicht, wenn Männer ein genau so hohes Ausfallrisiko wegen Kinderbetreuung haben wie Frauen. Dabei müssen wir ruhig mutig sein, liebe Genossinnen und Genossen, und vor allem ehrlich sein. Wenn es nicht reicht, die Männer an dieser Stelle nur zu ziehen, dann müssen wir sie im Notfall auch schubsen. - Vielen Dank.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Alexander Schweitzer ist schon auf dem Weg. Danach Barbara König und Sascha Vogt.

Alexander Schweitzer, Rheinland-Pfalz: Guten Abend, liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst will ich Nils ganz herzlich dafür danken, dass er den Löwen dagelassen hat. Es ist leider nicht möglich, spontan noch eine Flasche Pfälzer Riesling zu organisieren, die eigentlich daneben gestellt werden müsste.

(BEIFALL)

Darum akzeptiere ich es einfach einmal in guter Nachbarschaft, dass es danach Bilder von mir mit einem roten Löwen darauf gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Manu, ich will dir ganz herzlich dafür danken, dass du in deinem spannenden Beitrag zur Familienpolitik Rheinland-Pfalz hervorgehoben hast. Ich will dir sagen: Du hast Rheinland-Pfalz völlig zu Recht hervorgehoben. Vor euch spricht ein Delegierter aus Rheinland-Pfalz. Wir sind das Land der gebührenfreien Bildung. Wir sind das Land der Ganztagschulen.

(BEIFALL)

700 Ganztagschulen haben wir schon in Rheinland-Pfalz!

(BEIFALL - ZURUF: BRAVO!)

Wir sind das Land der Bildung von Anfang an. Wir sind das Land der Gebührenfreiheit. Liebe Genossinnen

und Genossen, die Gebührenfreiheit ist ein entscheidendes Thema, weil es immer noch welche gibt, die vor der Frage „Muss ich Kindergarten- oder Kindertagesstätten-Gebühren zahlen?“ zurückschrecken und dann lieber darauf verzichten, die Kinder mit Hilfe dessen, was man in der Familie leisten kann, auch noch in gute Betreuung zu geben. Liebe Genossinnen und Genossen, darum ist es eine Gerechtigkeitsfrage, dass es heute und in Zukunft keine Gebühren gibt. Darum haben wir in der Auseinandersetzung in Rheinland-Pfalz, in der wir sind, in der wir jemanden gegenüber haben, die Kollegin Klöckner ich will sie beim Namen nennen, die so hat man den Eindruck ein Familienbild hat, das eher mit dem Maggi-Kochstudio als mit den Realitäten zu tun hat, wie wir sie tatsächlich bei Familien kennen,

(BEIFALL)

gesagt: Es wird in Rheinland-Pfalz keine Rückkehr zu Gebühren geben. - Ich habe sie genannt: Wir wollen keine Klöckner-Steuer für die arbeitende Mitte in Rheinland-Pfalz! - Liebe Genossinnen und Genossen, alles, was denen dann eingefallen ist, ist: Das ist keine Steuer, das ist eine Gebühr! - Daraufhin haben wir gesagt: Wir wollen weder eine Steuer noch eine Gebühr; wir wollen weiterhin Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zur Ausbildung, bis zum universitären Abschluss. Das ist Bildungsgerechtigkeit! Dafür stehen wir auch an der Seite der Familien in Rheinland-Pfalz, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dass wir mit Kurt Beck da vorangekommen sind, dass Malu an die Arbeit von Kurt Beck angeschlossen hat, was die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie angeht, das wisst ihr. Aber wir sehen jetzt auch, dass viele Familien vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in der Rush-Hour ihrer eigenen Lebensentwürfe in die Situation kommen zu sagen: Na gut, in Rheinland-Pfalz kann man Kinder haben und kann man Familie und Beruf in dieser Phase miteinander verbinden. Aber was ist denn, wenn es dem Papa, wenn es der Mama, wenn es den Verwandten nicht mehr so gut geht, wenn die Pflegesituation näher kommt? Wer ist dann da? - Auch da kann ich euch sagen: Wir haben in Rheinland-Pfalz schon Spuren gelegt. 135 Pflegestützpunkte finden wir in Rheinland-Pfalz. Die sind wohnortnah und fachlich gut ausgestattet. Die helfen Familien schon heute in der Beratung. Wenn ihr „135“ hört, dann mag euch das nicht viel sagen. Aber lasst euch auf der Zunge zergehen: Wenn wir 135 Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz und gerade mal um die 10 in Bayern haben, dann seht ihr, wer tatsächlich gute Schwerpunkte setzt und wer weiß, wie Familienpolitik und Pflegepolitik gehen! Das sind wir in Rheinland-Pfalz, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Wir brauchen diese Pflegestützpunkte in Zukunft noch sehr viel intensiver, weil wir sie mit einem Modell verbinden, das Malu Dreyer vorgeschlagen hat, nämlich dem des persönlichen Pflegemanagers. Wie ist es denn, wenn man in der Familie in der Situation ist: Beide arbeiten. Man hat viel um die Ohren. Die Familie lebt nicht unbedingt in der eigenen Nachbarschaft. Man hat sich ganz schön zu organisieren. Dann kommt die Pflege. Dann braucht man doch eigentlich jemanden, dem man vertrauen kann, der nicht unbedingt ein kommerzielles Interesse hat, der fachlich gut ausgebildet ist, der einen an die Hand nimmt und sagt: „Ich gehe mit dir die Wege durch. Ich berate dich. Wir sorgen dafür, dass wir eine gute Einrichtung finden. Wir sorgen dafür, dass wir eine gute Wohnform finden, dass wir einen ambulanten Pflegedienst finden.“ Genau das wollen wir mit dem persönlichen Pflegemanager machen. Wir kommen deshalb in der demografischen Strategie des Landes Rheinland-Pfalz von dem verwirklichten Rechtsanspruch auf gute Betreuung zu dem

verwirklichten Rechtsanspruch auf gute Pflege.

Liebe Genossinnen und Genossen, das nimmt die Familien mit, und genau das ist die Voraussetzung für gute sozialdemokratische Familienpolitik.

(BEIFALL)

Deshalb lasst mich zum Ende meiner kurzen Rede sagen: Manu, alles Positive, was du über Rheinland-Pfalz gesagt hast, war richtig. Wir sind das Land der gebührenfreien Bildung; wir sind das Land der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; wir sind das Land der guten Betreuung, der guten Pflege, und wir werden in Rheinland-Pfalz auch nach dem 13. März 2016 mit Malu Dreyer an der Spitze dafür arbeiten, dass wir auch weiterhin bundesweites Vorbild für eine gute Familienpolitik sein können. All das wollen wir natürlich auch in dieser Antragsdebatte deutlich machen, deshalb unterstützt bitte - nach einer eingehenden Debatte - den Antrag des Parteivorstands. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Alexander. - Als Nächste hat Barbara König das Wort. Ihr folgt Sascha Vogt. Dann kommen Can Deniz Bolat und - das ist bislang die letzte vorliegende Wortmeldung - Sönke Rix. Damit würde ich die Liste gerne schließen wollen.

Barbara König, Berlin: Ich habe leider keinen Berliner Bären zur Hand, sonst hätte ich den da aufgestellt. Mit dem Löwen, das geht gar nicht.

(BEIFALL -ZURUFE)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe in der Familienpolitik ein neues Wort gelernt, und zwar das Wort „Steuerzahlerfamilien“. Das ist mir begegnet bei einer Tagung von Wirtschaft und Bundesfamilienministerium zum Thema Kita. Dafür wolle man sich jetzt besonders einsetzen.

Ich will das nicht so hoch hängen, weil das eine Werbeagentur gemacht hat. Die konnte nicht wissen, dass die meisten Familien Deutschlands - nicht nur Alleinerziehende - gar keine Steuern zahlen. 70 Prozent aller Familien in Deutschland zahlen keinen Cent Steuern. Und warum nicht? - Weil sie viel zu wenig verdienen. Insofern glaube ich, dass sich sozialdemokratische Familienpolitik, sozial gerechte Familienpolitik nicht auf Steuern zahlende Familien kaprizieren und fokussieren darf.

Für eine sozial gerechte Familienpolitik brauchen wir drei Punkte: Erstens brauchen wir gute, existenzsichernde Erwerbsarbeit, die es Müttern wie Vätern ermöglicht, Beruf und Familie zu vereinbaren. Da unterstützen wir sehr die von Manuela Schwesig vorgeschlagene Familienarbeitszeit, die das möglich macht.

Zweitens brauchen wir aber auch Geld für Familien - Manuela hat es gesagt. Wir unterstützen sehr das sozial gestaffelte Kindergeld, weil das ein Schritt in Richtung einer Kindergrundsicherung ist, die verschiedene Verbände - AWO, Kinderschutzbund usw. - fordern und die jedem Kind ein bedarfsgerechtes Kindergeld, und zwar in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern, zusichern soll.

Der dritte Punkt ist die Infrastruktur. Bei der Infrastruktur will ich insbesondere etwas zu den Kitas sagen. Es ist gesagt worden, dass wir mehr Kitaplätze brauchen. Wir brauchen aber auch mehr Qualität, und wir brauchen mehr bundeseinheitliche Qualitätsstandards. Dazu würde ich gerne einen Änderungsantrag einbringen: Auf Seite 262, Zeile 61, heißt es, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern Konzepte entwickeln. Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt Verbände in diesem Land - u.a. die Arbeiterwohlfahrt, aber auch die Caritas und Gewerkschaften wie die GEW, die schon Konzepte entwickelt und ein bundesweites Kitagesetz vorgeschlagen haben - ein Kitagesetz, das bundesweite Qualitätsstandards festlegt.

Ich würde mir wünschen, dass wir dort Folgendes einfügen: Wir wollen Konzepte aus Wohlfahrtspflege, Wissenschaft, aber auch Elternbeiräten aufgreifen. - Denn ich glaube, wir als Sozialdemokratie tun gut daran, nicht nur mit Bürgerinnen und Bürgern zu reden, sondern auch Entwicklungen in der Zivilgesellschaft und auch Mehrheiten wahrzunehmen und dafür sensibel zu sein. Und dies ist ein mehrheitsfähiges Konzept, das derzeit diskutiert wird. Warum wollen wir das nicht prüfen und stärker machen?

(BEIFALL)

Ein zweiter Punkt ist: Auf derselben Seite heißt es, es soll einen Instrumentenkasten in einem solchen möglichen Gesetz geben, der es den Ländern ermöglicht, ihren vordringlichen Bedarf auszuwählen. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle wissen, was das heißt. Deshalb schlage ich vor, das so zu belassen, aber gleichzeitig einzufügen, dass wir ein Gesetz mit wissenschaftlich fundierten Minimalstandards für Kitaqualität brauchen. Denn ansonsten machen die Länder Kitapolitik nach Kassenlage - nicht alle, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nicht, wie wir gehört haben - wunderbar. Aber andere tun das vielleicht; deshalb habe ich Sorge. Deshalb kommen diese beiden Änderungsanträge aus Berlin. Und, wie gesagt: Wir brauchen Familienpolitik für alle Familien in Deutschland, nicht nur für die Steuerzahlerfamilien. - Danke.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Barbara. - Als Nächster hat Sascha Vogt das Wort. Dann folgen Can Deniz Bolat und - als Letzter - Sönke Rix.

Sascha Vogt, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich könnte jetzt noch ein westfälisches Pferd beisteuern, und dann könnten wir gemeinsam bei einem Glas Riesling einen ganzen Zoo begutachten.

(BEIFALL)

Aber viel lieber möchte ich hier und jetzt über Familienpolitik reden; denn ich finde, der uns vorliegende Antrag ist ein sehr guter Antrag, der den Weg zu einer modernen und fortschrittlichen Familienpolitik aufzeigt. Herzlichen Dank an Manuela und an alle anderen, die daran mitgewirkt haben.

(BEIFALL)

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, es ist richtig: Gerade junge Familien in der Rush-Hour des Lebens brauchen mitunter mehr Zeit und mehr zeitliche Flexibilität. Und deswegen ist es richtig und gut, dass wir uns an das Konzept der Familienarbeitszeit machen, es konkretisieren, um ein flexibles Modell zu haben,

um Familien mehr Zeit geben zu können. Und es ist richtig, dass unsere staatliche Familienförderung in manchen Dingen ungerecht ist und wir dafür sorgen müssen, dass das Geld dort ankommt, wo Kinder sind, und dort, wo es am meisten gebraucht wird. Und es ist auch richtig, dass die sozialdemokratische Erfolgsgeschichte des Ausbaus von Kinderbetreuung konsequent fortgesetzt werden muss. Ich finde, gerade die Bundesländer, die von uns regiert werden, haben in den vergangenen Jahren Erhebliches geleistet. Dafür gilt es, Anerkennung zu zollen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich aber auch, dass es uns in der Antragskommission gelungen ist, aus diesem Dreiklang, der in diesem Antrag verankert ist, einen Vierklang zu machen. Wir wollen künftig auch daran arbeiten, wie wir Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen, besser rechtlich absichern können.

Manuela ist in ihrer Rede darauf eingegangen: Unsere Gesellschaft ist moderner geworden. Sicherlich: Viele leben noch in der klassischen Ehe - das wird auch weiterhin so sein -, mit oder ohne Kinder. Aber daneben gibt es Paare, die nicht verheiratet sind - mit und ohne Kinder. Es gibt Alleinerziehende, es gibt Patch-Work-Familien, es gibt binationale Familien, es gibt auch so etwas wie Senioren-WGs oder Mehrgenerationenhäuser. Alle diese Gemeinschaften verbindet etwas: Sie übernehmen im Alltag Verantwortung füreinander. Und sie sind im Alltag manchmal vor rechtliche Hürden gestellt: wenn es um Auskunfts- und Besuchsrechte geht, wenn es um das Aufenthaltsrecht oder Erbrecht geht, um mietrechtliche Fragen oder auch bestimmte Aspekte der Familienförderung. Bei vielen dieser Punkte kann man einzelvertragliche Regelungen schaffen - bei einigen nicht. Aber wenn man das einzelvertraglich regeln möchte, dann rennt man mit einem Stapel von 20 bis 30 verschiedenen Dokumenten durchs Leben. Ich finde, gerade diesen Gemeinschaften, die Verantwortung übernehmen, könnten und sollten wir das Leben einfacher machen, indem wir uns auf den Weg machen und über einen neuen Partnerschaftsvertrag diskutieren, der ein paar dieser Elemente beinhaltet, ein kleineres Paket an gemeinsamen Rechten und Pflichten.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt auf der anderen Seite schon für Teile dieser Verantwortungsgemeinschaften gemeinsame Pflichten, nämlich Einstandspflichten, wenn wir zum Beispiel an die Bedarfsgemeinschaften im Bereich des Arbeitslosengeldes denken. Dort gibt es diese Verantwortungsgemeinschaft de facto schon, und ich finde, man muss auch darüber diskutieren, an welchen Stellen man sie besser rechtlich absichern kann.

Eins, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich noch klarstellen, damit hier keine Missverständnisse entstehen: Wir wollen mit diesem Vertrag, mit diesem kleineren Paket an gemeinsamen Rechten und Pflichten, niemandem etwas wegnehmen oder gar die Ehe schlechterstellen, als das heute der Fall ist. Und eins ist für uns ebenso klar: Ehe heißt für uns Ehe für alle, liebe Genossinnen und Genossen. Das heißt dann konsequenterweise in der Folge auch die Abschaffung der eingetragenen Lebenspartnerschaft, weil es dann die Ehe für alle und die gemeinsame Verantwortungsgemeinschaft gibt.

(BEIFALL)

Natürlich kann man einwenden, dass noch nicht alles in allen Details geklärt ist. Aber genau dazu ist dieser Antrag da. Wir wollen aufzeigen, über welche Punkte wir auf dem Weg zum Regierungsprogramm 2017 dis-

kutieren wollen. Das sollten wir in diesem Fall tun. Ich bin mir sicher, dass am Ende nicht nur ein weiteres Element einer modernen SPD-Familienpolitik steht, sondern wir für viele Menschen das Leben im Alltag ein klein bisschen einfacher und damit besser machen. - Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger: Vielen Dank, Sascha. - Als Nächster kommt Can Deniz Bolat und als Letzter Sönke Rix.

Can Deniz Bolat, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Manuela, zunächst einmal möchte ich mich bei dir für diesen klasse Redebeitrag bedanken. Du hast als Familienministerin bewiesen, dass man nicht als Familienministerin unbedingt so handeln muss wie die Kristina Schröder damals. Erst mal vielen Dank dafür!

(BEIFALL)

Dann als Zweites: 2001 wurde das Lebenspartnerschaftsgesetz eingeführt. Ab da gab es bis 2015 keine großartigen Änderungen zur Gleichstellung homosexueller Paare mit den heterosexuellen Paaren. Wir brauchen, um das zu ermöglichen, ein Gesetz, das die Ehe auch für diese öffnet. Ich bin der festen Überzeugung, dass man die linke Mehrheit im Bundestag, aber auch im Bundesrat nutzen sollte, um so ein Gesetz voranzubringen. Bis wann sollte man denn sonst warten? Sollen wir etwa darauf warten, dass wir keine Mehrheit mehr im Bundesrat haben? Das wäre eine schlechte Antwort für alle homosexuellen Paare.

(BEIFALL)

Ich bin auch der Überzeugung, dass das Adoptionsrecht von 25 auf 18 Jahre gesenkt werden sollte; denn homosexuelle Paare müssen dann ab dem Alter von 25 Jahren warten, bis sie ein Kind adoptieren können. Das ist für mich persönlich - wie ich meine - auch eine Benachteiligung von homosexuellen Paaren.

Gleichzeitig denke ich, dass die Stiefkindadoption weg sein sollte und stattdessen eine gemeinsame Adoption bewerkstelligt werden sollte. Ferner denke ich, dass die Rechte von Transpersonen gestärkt werden sollten. Darüber haben wir auch große Diskussionen bei den Jusos geführt. Wir sind auch der festen Überzeugung, dass das ein sehr wichtiger Punkt ist, um andere Lebensgemeinschaften zu stärken.

Gleichzeitig denke ich, dass in unserer Gesellschaft noch sehr viel Homophobie herrscht und auch Hass gegen andere Minderheiten. Um dem entgegenzuwirken, brauchen wir von der Schule an eine Erziehung bzw. eine Bildung, die Schülerinnen und Schüler in einer Art und Weise erzieht, in der sie sich für andere Formen der Lebensgemeinschaft öffnen. Dies sollte man an Schulen sofort ansetzen. Warum haben wir denn bis jetzt keine Gleichstellung von homosexuellen Paaren? Es liegt in der Verantwortung der CDU und auch der CSU, allen voran der Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt. Sie hat es zu verantworten, dass wir bis jetzt keine Gleichstellung von homosexuellen Paaren haben. Diese Diskriminierung muss endlich aufhören.

(BEIFALL)

Auch das Betreuungsgeld ist ein Thema, das natürlich uns bei den Jusos lange beschäftigt hat. Ich bin erst mal dem Bundesverfassungsgericht sehr dankbar, dass es dieses erst einmal gekippt hat. Nichtsdestotrotz

will die bayerische Regierung das Betreuungsgeld in Bayern weiterzahlen. Dies halte ich - um es ganz schlicht zu beschreiben - für perfide. Ich fordere gleichzeitig - und ich möchte das auch -, dass die Bundesregierung das Geld, was sie im Bundeshaushalt geplant hat, der bayerischen Regierung nicht auszahlt, damit diese ihr Betreuungsgeld an bayerische Familien weiter auszahlen kann. Diese Herdprämie ist eine Diskriminierung von Frauen.

Und zum Schluss, liebe Manuela: Ich bin sehr zufrieden mit dir als Bundesfamilienministerin.

(BEIFALL)

Natürlich kann es auch immer noch besser werden. Aber wenn sich eine Bundesfamilienministerin mit dem Bundesfinanzminister anlegt, dann kann man schon sagen, dass das eine absolut gute Arbeit ist. - Vielen Dank.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Jetzt folgt Sönke Rix.

Sönke Rix, Schleswig-Holstein: Liebe Manu, ich weiß gar nicht, ob ich so viel Lob jetzt noch steigern kann. Aber zu zwei, drei Punkten der Debatte will ich doch noch etwas sagen. Das Erste: Es gab jetzt hier so ein bisschen - ich will nicht sagen - Wettstreit, wer nun das Land ist, in dem es am besten um Betreuung und Bildung bestellt ist, ob Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz, das weiß ich nicht. Ich muss als Schleswig-Holsteiner jetzt natürlich das Land erwähnen, in dem die glücklichsten Menschen des Landes leben. Aber gerade diese Debatte macht auch deutlich, dass es gut ist, von den guten Ländern zu lernen. Wir haben leider nicht bundesweit so gute Standards, wie wir sie in rot-grün geführten Ländern haben. Deshalb ist es richtig und gut, dass wir in diesen Antrag hineingeschrieben haben, dass wir bundesweit Qualitätsgesetze für Kindertagesstätten haben wollen. Da seid ihr, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und alle rot-grün regierten Ländern natürlich vorbildlich.

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, was dieser Antrag vor allen Dingen macht, ist auch, die Widersprüche aufzuheben, mit den Widersprüchen zu brechen, die wir leider immer noch aufgrund einer Großen Koalition haben. Den einen Widerspruch hat dankenswerterweise das Verfassungsgericht für uns aufgehoben, nämlich das Betreuungsgeld ist verfassungswidrig von Bundesseite. Damit haben wir diese widersprüchliche Handlung zu unserem Ausbau von Kitas und von Ganztagsbetreuung aufgehoben. Wir haben das Betreuungsgeld zwar nicht selber abgeschafft, aber wir danken dem Verfassungsgericht dafür.

Das Gute ist: Das Geld aus dem Betreuungsgeld bekommen die Länder für die Betreuung von Kinder für Familien. Das ist eine gute Entscheidung, die die Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung getroffen haben.

(BEIFALL)

Das Zweite. Wir werden jetzt einen Widerspruch aufheben, wenn wir uns bei dem durchsetzen, was wir uns schon lange auf unsere Fahnen geschrieben haben, nämlich: wir werden das Ehegatten-Splitting abschaffen.

(BEIFALL)

Es ist sinnlos und widersprüchlich, wenn wir einerseits sagen, wir wollen fördern, dass beide Partner rechtzeitig nach Betreuungszeiten wieder in Lohn und Brot kommen, aber andererseits die Ehe steuerlich fördern. Was wir fördern wollen, ist die Familie mit Kindern und nicht die Ehe, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Abschließend will ich euch auf etwas vorbereiten, weil es jetzt ja auch um die letzten beiden Jahre dieser Koalition geht. Wir hatten die Debatte über die Quote. Gerade eben hat mein Vorredner erwähnt, dass es gut ist, dass Manuela sich auch mal mit Schäuble oder mit Volker Kauder anlegt. Ich erinnere daran, als Volker Kauder bei der Debatte um die Quote gesagt hat, wir müssten aufpassen, dass wir keine wirtschaftsfeindliche Politik machen. Also, in seiner Aussage heißt das, mehr Frauen in Führungspositionen, das ist wirtschaftsfeindlich. Jetzt hat er in der Haushaltsdebatte etwas Ähnliches gesagt. Er hat gesagt, wir wollen eins zu eins den Koalitionsvertrag umsetzen. Da werden wir ihn beim Wort nehmen. Er hat ferner gesagt: Wir müssen aber aufpassen, dass wir die Wirtschaft nicht strapazieren. - Ich wusste, dass er das Lohngerechtigkeitsgesetz dabei im Kopf hat. Bei ihm bedeutet wirtschaftlich strapazieren, den Frauen nach wie vor weniger Lohn zu zahlen. Aber wir wollen genau das Gegenteil. Wir wollen die Wirtschaft fördern; denn wir wollen, dass alle für gleiche Arbeit gleichen Lohn bekommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Diese Debatte wird uns noch intensiv begleiten. Ich hoffe da ganz intensiv auf eure Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende der Aussprache. Elke hat ja eben darauf hingewiesen, wie die aktuelle Fassung lautet, über die wir beraten haben. Es gab jetzt einen Abänderungsantrag. Elke, aber du kannst das für die Antragskommission noch einmal darstellen.

Elke Ferner, Antragskommission: Ja, den würden wir auch übernehmen. Der würde dann eingefügt werden auf Seite 262 unten. Der letzte Absatz, der beginnt: „Dafür wollen wir folgende Konzepte entwickeln“, würde dann heißen: „Dafür wollen wir folgende Konzepte entwickeln und Konzepte aus Wohlfahrtspflege, Elternberäten und Wissenschaft aufgreifen“, und dann geht das im Text weiter. Bei dem dritten Spiegelstrich - den findet ihr auf der Seite 263 oben - würde noch davor eingefügt werden: „Mit wissenschaftlich fundierten Minimalstandards sowie einem Instrumentenkasten, aus dem die Länder ihren vordringlichen Bedarf auswählen können“ und ansonsten dann so, wie die Empfehlung der Antragskommission ist.

Damit wären dann die Anträge F 1 bis F 4 erledigt.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elke. - Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die geänderte Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Enthaltungen ist damit der Antrag angenommen. Herzlichen Dank; Elke hat ja schon auf die Erledigungen hingewiesen.

(BEIFALL)

Dann kommen wir jetzt, wie angekündigt, noch zum Antrag B 1, den wir an dieser Stelle gerne mitberaten wollen: „Mehr Zeitautonomie für junge Menschen schaffen - Engagement ermöglichen!“. Das wird Sascha Vogt noch einmal vorstellen. - Während er ans Rednerpult geht, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass diesen Antragsberatungen noch die Rechenschaftsberichte folgen werden, was zwingend notwendig ist, damit wir anschließend den Vorstand entlasten können, was wiederum notwendig ist, damit wir morgen überhaupt in die entsprechenden Wahlgänge einsteigen können. Ich verbinde diese Ausführungen mit der herzlichen Bitte vonseiten des Präsidiums, noch ein bisschen länger durchzuhalten. Das Ende ist sehr nah, und wir würden es gern mit möglichst vielen von euch gemeinsam erleben, zumindest was die Beratungen am heutigen Abend angeht. Wir versuchen das jetzt zügig durchzuziehen. Bitte bleibt noch ein bisschen hier, damit wir das ordnungsgemäß miteinander erledigen können. Herzlichen Dank.

BERATUNG DES ANTRAGS: MEHR ZEITAUTONOMIE FÜR JUNGE MENSCHEN SCHAFFEN - ENGAGEMENT ERMÖGLICHEN!

Sascha Vogt, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, manchmal ist der Weg zu einem Antrag zumindest auch das Ziel dieses Antrags. Deswegen möchte ich mich zu Beginn erst einmal ganz herzlich bei allen an diesem Antrag Beteiligten bedanken. Das sind zuallererst die Jugendverbände. Stellvertretend seien hier genannt die Falken, der BDJ, die evangelische Jugend und auch die DGB-Jugend. Ebenso genannt seien die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aus der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen. Denn sie alle gemeinsam haben in den vergangenen anderthalb Jahren an diesem Antrag gearbeitet, und ich glaube, sie haben mit diesem Prozess deutlich gemacht, dass uns Partizipation nicht nur auf dem Papier etwas wert ist, sondern auch im Prozess ein ernsthaftes Anliegen ist. Ich finde das gut.

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir setzen mit diesem Antrag unsere erfolgreiche programmatische Arbeit im Jugendbereich durch. Schon mit dem Beschluss für eine eigenständige Jugendpolitik im Jahr 2012 haben wir wichtige Forderungen formuliert, die nun eins zu eins durch die SPD, durch Manuela Schwesig in der Bundesregierung umgesetzt werden. Liebe Manuela, dafür herzlichen Dank. Wir hoffen, dass auch auf dieser antraglichen Grundlage der Fortschritt weitergeht - natürlich vorbehaltlich eurer Zustimmung.

Genossinnen und Genossen, das Thema Zeit war gerade schon bei der Debatte zum Leitantrag Familie ein zentrales Thema. Das Thema Zeit und Zeitautonomie betrifft eben nicht nur junge Familien, sondern es betrifft auch Jugendliche und junge Erwachsene. Denn auch und gerade sie müssen mit einem gestiegenen Leistungs-, Erwartungs- und Zeitdruck umgehen. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, muss es doch unser Ziel sein, den Druck auch bei jungen Menschen an der einen oder anderen Stelle ein wenig herauszunehmen und damit allen jungen Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihnen damit auch die Möglichkeit zu geben, sich zu orientieren und auszuprobieren. Das sollte unser Kernanliegen sein.

Wir sind das in diesem Antrag einmal in fünf verschiedenen Bereichen durchgegangen. Ich will das hier nur exemplarisch nennen.

Erstens. Das Projekt Ganztagschule ist und bleibt ein sozialdemokratisches Erfolgsmodell; darauf können wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, überall dort, wo wir Verantwortung tragen, ist es ein gutes Modell. Aber wenn man genau hinschaut, scheint es an der einen oder anderen Stelle etwas zu haken. Wenn man Schülerinnen und Schüler befragt, stellt sich heraus, dass nicht alles hundertprozentig zu laufen scheint. Wenn es solche Fehlentwicklungen gibt, dann müssen wir, finde ich, auch den Mut haben, diese zu benennen. Ich finde zum Beispiel, dass es nicht sein kann, dass Schülerinnen und Schüler nach einem Schulschluss um 16 Uhr noch Hausaufgaben machen müssen. Dazu hat die AfB einen Änderungsantrag, den ich aus Zeitgründen hier mit einfließen lasse, formuliert, der da lautet, auf Seite 179 in Zeile 27 einzufügen: „Das pädagogisch sinnvolle und für den Lernerfolg nötige Üben und Anwenden von Erlerntem wird dadurch nicht abgeschafft, sondern in einen gut rhythmisierten Schulalltag integriert und professiona-

lisiert.“ Dieser Änderungsantrag zur Konkretisierung liegt noch vor. Den würden wir im Schulbereich zur Annahme empfehlen; Elke wird das gleich tun.

Zweitens. Auch die duale Berufsausbildung ist eine Erfolgsgeschichte. Aber auch hier gilt: Wir müssen sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch nachsteuern. Wir brauchen bei einigen Ausbildungsberufen verbesserte Arbeitszeitbedingungen. Wir brauchen eine Stärkung von Teilzeitausbildung, und wir müssen gerade, wenn die Digitalisierung im Berufsleben mehr und mehr zunimmt, über die Grenzen der Erreichbarkeit diskutieren.

Drittens. Wir müssen uns auch den Hochschulbereich anschauen. Auch hier brauchen wir gerade für junge Familien, gerade für Alleinerziehende, mehr Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium, als es sie heute gibt. Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch darauf achten, dass es im Jahresablauf auch Zeiten gibt, die nicht von Lehrveranstaltungen oder Prüfungsvorbereitungen belegt sind.

Viertens. Wir haben den Jugendfreiwilligendienst, den viele junge Menschen gerne wahrnehmen und der für die persönliche Entwicklung eine entscheidende Bedeutung hat. Denn wo sonst gibt es die Möglichkeit, einmal so über den Tellerrand zu schauen? Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir auch hier unsere erfolgreiche Politik fortsetzen und dafür sorgen, dass alle jungen Menschen, die das wollen, einen Platz im Jugendfreiwilligendienst bekommen.

Last, but not least: Wer jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen möchte, muss auch für ökonomische Sicherheit sorgen. Deshalb müssen wir auch die Phase des Berufseinstiegs in den Blick nehmen. Wir brauchen mehr Sicherheit beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben, und wir brauchen vor allem keine sachgrundlose Befristung mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch bitten, diesem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Anke Rehliger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sascha, für die Antragsbegründung. - Elke, wirst du noch einmal separat sprechen für die Antragskommission? - Wenn nicht, sage ich einfach: Das Votum der Antragskommission ist, der Fassung mit der vorgetragenen Ergänzung zuzustimmen.

Wir haben drei Wortmeldungen zur Aussprache vorliegen: Johanna Uekermann, dann Ferdinand Meyer-Erlach und dann Tobias Köck. Ich will auch gleich ankündigen, dass wir die Rednerliste damit schließen wollen, wenn es dazu keinen Widerspruch gibt. - Ich bitte jetzt Johanna ans Rednerpult.

Johanna Uekermann, Bundesvorsitzende der Jusos: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte es kurz machen, weil die Zeit schon sehr fortgeschritten ist. Ich möchte mich auch noch einmal sehr für den Antrag bedanken. Ich konnte live dabei sein, als die Jugendverbände in den letzten zwei Jahren diesen Antrag gemeinsam erarbeitet haben. Es ist aus meiner Sicht ein sehr guter Antrag, der viele wichtige Punkte aufgreift. Der Parteivorstand hat diesem Antrag Rechnung getragen, indem er ihn einstimmig weitergeleitet hat an diesen Bundesparteitag, damit wir darüber beschließen können.

Allerdings hat die Antragskommission eine Änderung vorgenommen und eine für die Jugendverbände wichtige Forderung herausgestrichen. Da geht es darum, dass wir auch in der Ganztagschule zeitliche Freiräume für die Jugendverbandsarbeit schaffen wollen, einen sogenannten freien Nachmittag. Das ist eine Forderung, die ist nicht nur den Falken sehr wichtig, sondern auch der Solijugend, dem Bundeswerk der AWO und dem kompletten Deutschen Bundesjugendring. Deshalb bringe ich quasi stellvertretend noch einmal die Bitte der Jugendverbände hier vor, dass ihr an dieser Stelle dem Votum der Antragskommission nicht folgt, sondern dem Gesprächskreis Jugend folgt, der quasi beschlossen hat, dass diese Passage dort mit drin sein soll.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen: Es geht nicht um einen Angriff auf die Ganztagschule, sondern es geht einfach darum, jungen Leuten Zeit zu verschaffen, Freiräume zu verschaffen für die Jugendverbandsarbeit, sich selbst zu organisieren und ehrenamtlich zu engagieren. Wie gesagt, ich würde euch sehr bitten, da dem Gesprächskreis Jugend, den Jugendverbänden zu folgen. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig: Wir brauchen mehr Freiräume für junge Menschen. Das kann auch einmal heißen: mehr Freiräume an der Playstation, auf dem Bolzplatz oder eben auch für die Jugendverbandsarbeit. Wie gesagt, bitte folgt da dem Gesprächskreis Jugend. - Danke schön.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als Nächster hat das Wort Ferdinand Meyer-Erlach.

(BEIFALL)

Ferdinand Meyer-Erlach, Juso-Hochschulgruppen: Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst möchte auch ich mich, stellvertretend für die Juso-Hochschulgruppen, bei Sascha und allen weiteren Mitgliedern des Gesprächskreises Jugend für die enge Zusammenarbeit bei der Entstehung des Antrags bedanken. Gemeinsam konnten wir ein Papier erarbeiten, das der Zielsetzung, mehr Zeitautonomie für junge Menschen zu schaffen, auch gerecht wird.

Zwei Aspekte des Antrags möchte ich noch einmal besonders hervorheben:

Der SPD muss es endlich wieder gelingen, als die bildungspolitische Kraft wahrgenommen zu werden. Gerade wenn wir mehr junge Menschen erreichen wollen, ist es unerlässlich.

Das Thema Bildungsgerechtigkeit beschäftigt nahezu alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie nehmen Bildung als essenziellen Bestandteil sozialer Gerechtigkeit wahr. Wir brauchen daher endlich wieder eine starke bildungspolitische Vision - für Kita, Schule, Hochschule und darüber hinaus. Dieser Antrag kann ein erster Baustein dieser Vision sein, denn mehr Autonomie für junge Menschen bedeutet auch mehr Selbstbestimmung und mehr Gerechtigkeit.

(BEIFALL)

Menschen haben schlichtweg unterschiedliche Bedürfnisse und Ansprüche an Bildung. Nur mit mehr Zeitautonomie kann es uns gelingen, für inklusive Bildungseinrichtungen zu sorgen, die allen Menschen gleichermaßen gerecht werden. Ohne Zeitautonomie und Freiräume ist auch kein Engagement in unserer

Gesellschaft möglich. Das stellt der Antrag klar.

Ein anderer Aspekt aber, der viel zu oft und leider auch in diesem Antrag ein wenig vernachlässigt wird, ist, dass die Ermöglichung von Engagement immer von der finanziellen Situation der Menschen abhängig ist. Dies zieht sich durch alle Bildungsebenen. Im Hochschulbereich steht und fällt die Finanzierung des Lebensunterhalts mit dem BAföG. Über 60 Prozent der Studierenden müssen neben ihrem Studium noch arbeiten. 70 Prozent der Studierenden beenden auch deshalb ihr Studium nicht in der vorgesehenen Regelstudienzeit. Diese Zahlen müssen uns alarmieren. Die BAföG-Reform von 2014 greift diese realen Probleme jedoch nicht auf. Wir brauchen deshalb endlich eine Entkopplung der BAföG-Berechtigung von der Regelstudienzeit und eine echte Anpassung an den Bedarf von Studierenden. Das bedeutet, es braucht ein alters- und elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen gemeinsam für diese weitergehende Reform streiten. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass uns die Menschen als die BAföG-Partei, als die Partei mit bildungspolitischen Visionen wahrnehmen. Als ersten Schritt hierfür müssen wir uns heute für mehr Zeitautonomie und mehr Freiräume aussprechen. - Glück auf!

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt als Letzter Tobias Köck.

Tobias Köck, Deutscher Bundesjugendring: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Manuela, lieber Sascha, liebe Johanna! Zunächst möchte ich mich für meinen Verband, den RKB Solidarität Deutschland, und seinen eigenständigen Jugendverband bedanken, die Solidaritätsjugend, für den gelungenen Antrag bedanken. Für uns als ArbeiterInnensportverband kommt der Antrag genau zur richtigen Zeit. Dass der ArbeiterInnensport im Aufwind ist, hat ja der Parteitagrundlauf heute Morgen auch eindrucksvoll demonstriert.

Nicht nur für uns Delegierte, sondern auch für unsere Vereine und Gruppen vor Ort ist es überlebensnotwendig, wieder mehr Freiräume für ehrenamtliches Engagement im außerschulischen Bereich zu haben. Dort, liebe Genossinnen und Genossen, leisten Sportvereine und Verbände nicht nur einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Fitness, sondern sie engagieren sich beispielsweise auch gegen Rechtsextremismus, Fremdenhass und Intoleranz, in Zeiten wie diesen notwendiger denn je. Sie kommen ihrem subsidiären Auftrag freiwillig, selbstorganisiert und in demokratischen Strukturen nach. Zivilgesellschaftliches Engagement gilt es deshalb jetzt zu stärken und nicht zu schwächen.

Ich bitte euch deshalb im Namen des Sports, der sportlichen Jugend und auch unseres Verbandes, dem Antrag zuzustimmen und auch dem Änderungsantrag zu einem freien Nachmittag pro Woche zuzustimmen, um unser Engagement wertzuschätzen. Die guten Erfahrungen mit den einzelnen Pilotprojekten in den Landesverbänden können wir nur bestätigen und hoffen deshalb auf euer Votum. - Danke.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Für die Antragskommission hat das Wort Olaf Scholz.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antrag hat nur einen einzigen Änderungsantrag, über den wir hier sprechen müssen. Das spricht dafür, dass er in der Tat so gut ist, wie er hier von vielen schon gelobt wurde, und das will ich gerne noch unterstreichen.

Es gibt einen Wunsch, den die Jugendverbände formuliert haben, und ich finde es auch sehr gut, dass die Jusos sich zu ihrem Sprecher machen und das hier vortragen. Allerdings haben wir uns Antragskommission entschlossen, dem Wunsch nicht nachzukommen, nämlich dass es einen per Bundesparteitag der SPD beschlossenen freien Nachmittag an den Ganztagschulen geben soll. Erstens ist das eine Entscheidung, die die Länder zu treffen haben, was, glaube ich, immer ein ganz wichtiger Gesichtspunkt ist, dass man denkt: Da ist es gut aufgehoben. Zweitens ist diese Forderung eine, an die sich in fünf oder zehn Jahren niemand mehr erinnern wird, weil sie eine typische Forderung eines Übergangsregimes ist. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts - vorher war es weitgehend anders - sind die Schulen in Deutschland Halbtagschulen. Und natürlich hat das dazu geführt, dass sich die gesamte Verbandslandschaft - einschließlich der Jugendverbandslandschaft - auf die Halbtagschulwirklichkeit eingerichtet hat. Deshalb gibt es überall - wir haben das in Hamburg auch erlebt, aber es hinter uns; deshalb ist es für uns nicht so dramatisch -, wo man flächendeckend Ganztagschulen einführt, sofort die Forderung aller Verbände, dass das aber nicht gelten kann auf ihre bisher in diesen Zeiträumen festgelegten Aktivitäten. Also haben sich bei uns alle gemeldet: Die Freiwillige Feuerwehr, das THW, die Sportverbände, alle Möglichen haben gesagt: Das kann nicht sein. Die Ganztagschule bedroht uns. Aus diesem Konzept heraus ist diese Idee entstanden.

Ich glaube aber, dass es vor Ort mal solche Lösungen gibt, also nicht dagegen ist, dass man das so macht. Aber es gibt auch viele andere Lösungen, die auch gut funktioniert haben. Ich kenne viele Ganztagschulen, die mit den Sportvereinen, mit dem THW, mit der Freiwilligen Feuerwehr und mit den Jugendverbänden ganz tolle Vereinbarungen über die Integration in die Angebote an den Schulen getroffen haben.

(BEIFALL)

Nun will ich mir hier nicht anmaßen, zu sagen, dies ist die bessere und jenes ist die bessere Lösung. Überhaupt finde ich nicht, dass, was da die bessere oder die schlechtere Lösung ist, einer Beschlussfassung des Bundesparteitages der SPD klugerweise zugänglich sein sollte. Wir sollten uns eigentlich nur darüber klar sein, dass der Ganztag eine neue Herausforderung für viele Angebote - auch im Jugendbereich - ist und dass es unsere gemeinsame Aufgabe sein muss, Ganztag in den Schulen und Jugendverbandsarbeit miteinander zu integrieren. Das allerdings sollte auch geschehen.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Olaf. Damit ist deutlich geworden: Die Antragskommission übernimmt den Änderungsantrag nicht. Ich lasse deshalb jetzt über das Votum der Antragskommission auf Annahme in der vorgelegten Fassung mit der einen von Sascha vorgetragenen Ergänzung abstimmen. - Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzichen. - Gegenstimmen? - Rund 20 Gegenstimmen. Enthaltungen?

(ZURUFE)

- Gegenstimmen? Machen wir es noch mal. - 40 Gegenstimmen, aber immer noch deutlich. Enthaltungen? - Bei rund 40 Gegenstimmen damit doch mit sehr deutlicher Mehrheit in der Fassung der Antragskommission angenommen. Herzlichen Dank. Damit wäre auch dieser Antrag abgehandelt.

Es bleiben noch die Anträge F 5 bis F 20, also 21 weitere Anträge im Themenbereich Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik. Die gesamten Vorschläge der Antragskommission findet ihr auch im Antragsbuch auf den Seiten 267 bis 296 vermerkt.

Mit Blick auf die Uhr wäre jetzt ein Verfahrensvorschlag, dass wir diese Anträge nicht alle einzeln aufrufen, sondern in toto über die an dieser Stelle im Antragsbuch vermerkten Voten jetzt so abstimmen würden. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, würde ich gerne so verfahren. Das heißt jetzt, wir stimmen dann über die Vorschläge der Antragskommission ab, so wie vermerkt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei sechs Enthaltungen damit auch mit großer Mehrheit so angenommen.

Herzlichen Dank dafür. Damit können wir auch diesen Antragsbereich verlassen, und ich gebe ab an Niels Annen.

RECHENSCHAFTSBERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN YASMIN FAHIMI

Niels Annen, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Schönen guten Abend auch von meiner Seite zum letzten Teil unseres heutigen Parteitages. Ich möchte mich erst einmal im Namen des Präsidiums bedanken, dass ihr alle noch hier ausharrt, und ich verbinde das mit der Bitte, dass wir jetzt die Rechenschaftsberichte, die ich gleich aufrufen werde, hier auch noch mit der nötigen Aufmerksamkeit verfolgen. Ich weise auch schon einmal vorsichtig darauf hin, dass es danach noch eine Abstimmung geben wird, nämlich die über die Entlastung des Vorstandes.

Damit darf ich die Rechenschaftsberichte aufrufen und als Erstes unserer Generalsekretärin Yasmin Fahimi das Wort erteilen. Yasmin, bitte schön.

(BEIFALL)

Yasmin Fahimi, Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen! Vor zwei Jahren habt ihr mir das Amt der Generalsekretärin unserer Partei anvertraut, und ich möchte dafür noch einmal Danke sagen; denn die Ausübung dieses Amtes ist mir stets ein großes Privileg gewesen.

In den vergangenen zwei Jahren habe ich noch einmal neu erfahren dürfen, wie vielfältig, wie selbstbewusst und wie engagiert unsere SPD ist, welche Kraft in ihr steckt und wie viele motivierte, engagierte und kompetente Frauen und Männer wir zu uns zählen dürfen.

Die Stärken zu stärken: Das habe ich als Generalsekretärin als die wichtigste Aufgabe angesehen. Dazu gehört manchmal auch, Verlorengegangenes wiederzubeleben; denn ich halte es für überlebensnotwendig, dass eine Volkspartei wie die SPD das „große Gespräch mit der Gesellschaft“ führen muss, wie Willy es einst genannt hat. Sie muss auf dem Pausenhof, in der Mensa und an der Werkbank ebenso wie im Verein, am Küchentisch und auf dem Spielplatz - kurz: in der Nachbarschaft - präsent sein. Dafür muss sich unsere Partei weiter öffnen und auch manches Neues zulassen.

Wir tun das im Willy-Brandt-Haus, aber wir tun das vor allem auch in vielen faszinierenden und vielversprechenden Initiativen vor Ort - mit der Nachbarschaftskampagne, den Mitgliederbefragungen, den Bürgerkonventen, aber auch mit der Kampagne „Fundament stärken“ aus NRW, dem digitalen Ortsverein in Hamburg oder aber der Veranstaltungsreihe „Unser Land von morgen“ in Rheinland-Pfalz.

(BEIFALL)

Es geht um nichts Geringeres als um die Meinungsführerschaft jeden Tag an vielen verschiedenen Orten in unserem Land.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass das nicht immer einfach ist. Aber stellt ihr nicht auch fest, dass die Menschen wieder nach Antworten für sich selbst suchen - nicht nur Antworten, die die Politik ihnen geben soll, sondern Antworten für sich ganz persönlich -, dass die Leute darüber diskutieren wollen, in welcher Gesellschaft wir leben? Und dazu haben wir doch einiges anzubieten - nicht zuletzt auch vieles von dem, was wir heute beschlossen haben. Es darf zum Beispiel nicht heißen, arm zu sein, weil man alleiner-

ziehend ist. Kein Kind zurücklassen: Das ist unser Motto. Man muss darüber hinaus von seiner Arbeit leben können, ohne im Alter Angst um seine Existenz zu haben, und der Wohnraum in unseren Städten ist eine soziale Frage. Wir müssen und werden dafür sorgen, ein bezahlbares Zuhause zu sichern.

Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Das ist das Ziel unserer Politik. Das große Gespräch um das Wie unseres Zusammenlebens wollen wir in der Gemeinschaft führen. Und, ja, umso mehr gilt es dieser Tage, für ein freies und friedliches Zusammenleben zu kämpfen, weil sie wieder unterwegs sind: die gewissenlosen Hetzer, die ein gesellschaftliches Klima der Angst verbreiten wollen, die spalten wollen, die uns auseinandertreiben wollen. Wer hetzt und Angst verbreiten will, wer Brandstiftung begeht - ob mit Worten oder Benzinkanistern -, dem muss sich unsere Gesellschaft ohne Wenn und Aber entgegenstellen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ja, dazu gehört es auch, klar Haltung zu beweisen. Viele Repräsentanten unserer Partei sind dabei selbst Ziel von Anfeindungen geworden. Ich persönlich habe vor allem mit dem Schritt in die Öffentlichkeit ein hässliches Gesicht von Deutschland kennen lernen müssen, ein Deutschland, in dem Politiker Volksverräter, Moslems Terroristen, Migranten Schmarotzer, Journalisten Lügner und Frauen Huren sein sollen.

Wir dürfen uns nichts vormachen, liebe Genossinnen und Genossen: Die Vertreter dieses hässlichen Deutschlands wollen nicht mehr im Schatten leben. Sie wollen raus auf die Straße und rein in die Köpfe der Leute. Das motiviert mich nur umso mehr, für das Deutschland einzutreten, das bunt, offen, menschlich, weltoffen ist, liebe Genossinnen und Genossen, und deswegen habe ich Lutz Bachmann auch als das titulierte, was er meines Erachtens ist, nämlich einen wahnsinnigen Faschisten, der perfide und ekelhafte Rattenfängerei betreibt.

(BEIFALL)

Ich habe dafür teilweise auch Kritik einstecken müssen. Manchmal erfordert Haltung aber eben auch Mut, und Mut ist das, was unsere Partei braucht. Deswegen stehe ich auch heute zu dieser Aussage.

(BEIFALL)

Ich will nicht, dass sich irgendjemand in diesem Land dafür rechtfertigen muss, woher er kommt, ob eben aus einer reichen oder armen Familie, ob er in Deutschland oder woanders geboren ist. Wir können uns abschotten, wir können ausgrenzen, aber nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir können auch genau das tun, was dieses Land stark gemacht hat, nämlich eine sozial gerechte Politik für Frieden und Wohlstand.

Und deswegen bin ich stolz auf meine Sozialdemokratie, die in diesen zwei Jahren Regierungsarbeit so unglaublich viel für dieses Land geleistet und dieses Land ein großes Stück sozialdemokratischer gemacht hat. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wir eine verlässliche Kraft in diesem Land, die ihre Belange im Blick hat und ihnen konkret den Rücken freihält.

Im Übrigen - nebenbei bemerkt -: Es ist schön, die Gewerkschaften dabei an seiner Seite zu wissen - für die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, die Mietprelsbremse, das Elterngeld Plus, den Ausbau

des sozialen Wohnungsbaus, die Milliardenhilfen für die Kommunen und, ja, vor allem auch den Mindestlohn, mit dem wir der Arbeit ihren Wert und ihre Würde zurückgegeben haben, liebe Genossinnen und Genossen. Dieser Mindestlohn ist eine sozialhistorische Leistung, und wir werden nicht müde, zu betonen, dass wir sie eingebracht haben.

(BEIFALL)

Es gäbe noch vieles andere mehr, auf das man eingehen könnte, aber, liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zu dieser späten Stunde zum Schluss nur noch etwas Persönliches sagen.

Der Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer habe ich mein ganzes politisches Leben als Gewerkschafterin und als Sozialdemokratin gewidmet. Deshalb habe ich mich dazu entschlossen, Staatssekretärin im Arbeitsministerium zu werden, weil ich glaube, dass ich dort meinen Beitrag für noch viele weitere wichtige Projekte leisten kann, die wir in dieser Regierungszeit umsetzen wollen, zum Beispiel das Teilhabegesetz, das behinderten Menschen und ihren Familien neue Freiheiten ermöglichen soll, zum Beispiel für die Stabilisierung unserer Rentensäulen, die mehr Sicherheit auch für die Lebensplanung im Hier und Jetzt sichern soll. Meine Kraft und mein Engagement stelle ich deswegen jetzt in den Dienst von Andrea und in den Dienst dieser Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will aber auch betonen: Es sind zwei intensive, spannende und aufregende Jahre für das Land, für die Partei, aber auch für mich persönlich gewesen. Deswegen möchte ich mich, lieber Sigmar, auch bei dir ganz persönlich noch einmal für die intensive Zusammenarbeit bedanken. Uns beiden ist ja nie langweilig geworden, und ich freue mich natürlich darauf, dass wir auch zumindest indirekt noch viele weitere Projekte in der Zusammenarbeit der Regierung voranbringen werden.

Ich bin überzeugt, dass Katarina auch auf deine und auf euer aller Unterstützung setzen kann. Sie ist die richtige Frau für den Job; sie ist der richtige Mensch für die Sozialdemokratie. Liebe Katarina, meine Unterstützung hast du - heute, aber auch darüber hinaus.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe aus ganz vielen Reihen und bei meinen Reisen durch die Länder eure Unterstützung erlebt, auf die ich bauen konnte - auch, wenn es manchmal etwas rauer wurde. Das hat wirklich gutgetan. Deswegen kann ich zuletzt an auch alle, an meine Partei, nur sagen: Danke für das Vertrauen, das ihr mir in dieser Zeit entgegengebracht habt. Es war mir eine Ehre. - Glück auf!

(BEIFALL)

<https://www.youtube.com/watch?v=7gCLaqt5sIw&index=6&list=PL85IMmq0WVITNRtIcDpSYSxGb-6-7sOcs>

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Yasmin, ich glaube, der Applaus zeigt es: Wir alle sind dir für deine intensive Arbeit für unsere Partei sehr dankbar. Du hast einen wesentlichen Anteil am Erfolg der Arbeit der letzten zwei Jahre gehabt. Ich will auch noch einmal sagen: Besonders dein entschiedener, kompromissloser Einsatz für unsere Demokratie und gegen die, die du gerade zu Recht die Vertreter des hässlichen Deutschlands genannt hast, hat deine Arbeit ausgezeichnet. Wir alle wünschen dir alles Gute für deine

Tätigkeit bei Andrea Nahles! Du wirst uns erhalten bleiben. Herzlichen Dank dafür, Yasmin Fahimi!

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, jetzt darf ich unseren Schatzmeister Dietmar Nietan um seinen Rechenschaftsbericht bitten.

RECHENSCHAFTSBERICHT DES SCHATZMEISTERS DIETMAR NIETAN

Dietmar Nietan, Schatzmeister: Liebe Yasmin, du hast gesagt, dass es dir eine Ehre war, für unsere und mit unserer Partei zu arbeiten. Ich möchte sagen, dass es mir eine große Freude war, mit dir zusammenzuarbeiten. Ich möchte mich ausdrücklich für die freundschaftliche und gute Zusammenarbeit bedanken und hoffe, dass wir noch vieles gemeinsam auf den Weg bringen können.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt, wie ich das immer in der Zeit gemacht habe, als ich noch nicht Schatzmeister war, von der ersten bis zur letzten Seite diesen Finanzbericht ausführlich zwischendurch mal, wenn eine Debatte nicht so spannend war, studiert. Deshalb erspare ich mir einen langen Rechenschaftsbericht.

(BEIFALL)

Ich möchte sagen, dass die Finanzen der Partei in Ordnung sind. Ich möchte für die Zukunft sagen, dass die Parteifinanzen in Ordnung bleiben, solange der Parteivorstand den sachdienlichen Hinweisen des Schatzmeisters auch weiter folgt.

(BEIFALL)

Ich möchte betonen ihr seht es, wenn ihr euch den Stand der ddvg anguckt, dass ich den Kurs weiter betreiben möchte, dass die ddvg zu einem Unternehmen umgebaut wird, das sich dem digitalen Zeitalter stellt. Da sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg.

Weil das so ist, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich einfach nur noch damit enden, dass ich mich ebenfalls bedanke. Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Willy-Brandt-Haus bedanken, ohne die ich diese Arbeit nicht in dieser Art und Weise hätte machen können. Ich danke euch sehr dafür!

(BEIFALL)

Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Schatzmeister- und Kassiererkonferenz, die sehr gut mit mir zusammengearbeitet haben und viele sachdienliche Hinweise gegeben haben. Ich danke auch der Kontrollkommission für eine kritische, konstruktive Zusammenarbeit.

Ich will an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Besonders danken möchte ich all den Genossinnen und Genossen, die ehrenamtlich in Ortsvereinen und Unterbezirken Kassiererinnen und Kassierer sind, die sich sehr viel Mühe geben, die das Grundgerüst für die finanzielle Unabhängigkeit der Partei schaffen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, da ich euch gesagt habe und ihr wisst, dass ihr mir vertrauen könnt, dass

die Finanzen der Partei in Ordnung sind, möchte ich an dieser Stelle meinen kurzen Rechenschaftsbericht beenden. Wer das noch nicht gelesen hat, kann das ja jetzt noch tun. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Dietmar, vielen Dank. Das war kurz und präzise. Ich will nur ergänzen, dass wir dir für deine Arbeit danken, die für unsere Partei und für unsere politische Handlungsfähigkeit von ganz entscheidender Bedeutung ist. Du hast eben schon die Kontrollkommission angesprochen. Von ihr kommt der letzte Rechenschaftsbericht heute. Ich darf Brigitte das Wort geben.

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

Brigitte Reckmann, Kontrollkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Dietmar, du bist ja sehr mutig, bevor ich berichtet habe schon zu sagen, dass alles in Ordnung ist!

Ich berichte heute ein bisschen über die Arbeit der Kontrollkommission und habe meinen Bericht unter den Titel „Sisyphos oder Cerberus“ gefasst. Seit acht Jahren begleite ich nun mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Arbeit der Schatzmeisterei und des Generalsekretariats, seit vier Jahren als Vorsitzende der Kontrollkommission. Die Arbeit ist spannend und interessant, aber hin und wieder ist sie auch mühsam und anstrengend. Manchmal sieht es so aus, als sei es eine Sisyphos-Arbeit, eine Arbeit, die vergeblich ist und nicht zum Erfolg führt. Manchmal fühlen wir uns wie Cerberus, der Höllenhund, der der Sage nach den Eingang des Hades bei uns natürlich die Finanzen nach innen und nach außen bewachen muss.

Es gibt Themen, die unsere Arbeit seit Jahren begleiten und sich nur in Nuancen ändern: Wie angemessen ist der Standard von Veranstaltungen? Was ist als Standard von Veranstaltungen angemessen? Was geben wir für Events und Einladungen aus? Wo tagen wir? Wie viel Personal beschäftigen wir, und ist der Einsatz effizient? - Diese Liste ließe sich mühelos verlängern.

Um die Handhabung einiger Fragen einfacher zu machen, haben wir angeregt, Compliance-Richtlinien für den Parteivorstand zu erarbeiten.

Bei den vierteljährlich stattfindenden Haushaltsvollzugsprüfungen informieren wir uns über alle Projekte, die im Willy-Brandt-Haus geplant und durchgeführt werden. Wir sprechen regelmäßig mit den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern. Wir treffen die Persönlichen Referentinnen und Referenten der stellvertretenden Vorsitzenden und des Vorsitzenden, bei Bedarf auch diese selbst.

Hin und wieder ist es nötig, darauf hinzuweisen, dass die Sozialdemokratische Partei nicht auf unendliche finanzielle Ressourcen zurückgreifen kann und dieses Vermögen durch frühere Generationen hart erarbeitet wurde.

Wir achten darauf, dass das Geld, das die Partei zur Verfügung hat, entsprechend den beschlossenen Haushaltsrichtlinien möglichst sparsam und nachhaltig verwaltet wird. Dieses Bemühen zeigt Erfolge, zumal auch die beiden neuen verantwortlichen Akteure, Dietmar Nietan und Yasmin Fahimi, in den letzten beiden Jahren genau in diesem Sinne gehandelt haben. Die Organisationspolitische Kommission hat einen Aufgabenkatalog für das Willy-Brandt-Haus entwickelt. Eine interne Organisationsreform wurde begonnen. Ein Liquiditätsausgleich über alle der sozialdemokratischen Familie angehörende Unternehmen und Gliederungen und ein Bankenwechsel bringen hoffentlich noch mehr Ressourcen für die politische Arbeit.

In der gegenwärtigen Situation sind die Finanzen in der Tat gut sortiert, und die Partei ist gut aufgestellt.

(BEIFALL)

Aber es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen. Insbesondere in der Fläche werden in den nächsten Jahren viele erfahrene, wahlkampfproben hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Rente gehen. Aus unserer Sicht, aus der Sicht der Kontrollkommission, ist es dringend erforderlich, durch Personalentwicklung und Personalplanung ein gutes, qualifiziertes Personal für die SPD zu finden und es auch an uns zu binden. Diese Maßnahmen müssen alle Gliederungen mit einbeziehen.

Die Höhe der Personalkosten müssen wir im Blick behalten und diese an unsere Einnahmen anpassen. Um noch einmal die altertümliche Sage zu bemühen: Eine Herkules-Aufgabe! Aber auch diese ist erkannt und wird angegangen.

Zu guter Letzt ist es unerlässlich, auch unsere Einnahmeseite zu entwickeln. Dazu das ist nichts Neues brauchen wir neue Mitglieder. Wir müssen es schaffen, wieder mehr Menschen für die Idee der Sozialdemokratie zu begeistern. Diese Aufgabe hat eine organisatorische Seite, die mit vielen hilfreichen Maßnahmen bearbeitet wird, zum Beispiel die Nachbarschaftskampagne oder das Campaign Camp.

Aber lassen wir uns nicht beirren: Mitglieder gewinnen wir durch Inhalte, durch überzeugende Arbeit vor Ort und durch unsere Politik. Nur wenn wir, Genossinnen und Genossen, stolz und überzeugt für unsere Ideen stehen, können wir auch andere davon begeistern. Das nimmt uns keine Technik ab.

(BEIFALL)

Die Kontrollkommission bedankt sich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses, insbesondere bei dem Schatzmeister und der Generalsekretärin für die gute Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren. Je näher der Bundestagswahlkampf kommt, desto genauer werden wir auf das Geld achten.

Aber wir sind zuversichtlich, dass es in verantwortungsvollen Händen liegt. Deshalb beantragen wir gerne die Entlastung des Vorstands. - Danke schön.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Brigitte, vielen Dank für deinen Bericht, für deine Arbeit, aber auch für die Arbeit deiner Kolleginnen und Kollegen in der Kontrollkommission.

Genossinnen und Genossen, ihr habt es gehört: Brigitte hat die Entlastung des Vorstands beantragt. Ich frage: Gibt es den Wunsch, sich dazu zu äußern? - Da das nicht der Fall ist, bitte ich jetzt all diejenigen, die für die Entlastung stimmen wollen, um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Vorstand, wenn ich das richtig sehe, einstimmig entlastet.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen hier oben vielen herzlichen Dank. Ich habe jetzt noch einen ganz wichtigen Hinweis: Wenn ihr die Unterlagen, die auf euren Tischen liegen, behalten wollt, dann müsst ihr diese Unterlagen von euren Tischen nehmen und auf eure Stühle legen; dann bleiben sie dort. Alles andere wird von den fleißigen Helferinnen und Helfern entsprechend der Müllverwertung zugeführt.

Ich danke euch für eine intensive und, glaube ich, sehr gute Debatte.

Der Parteitag ist unterbrochen; wir sehen uns morgen früh wieder. Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

- UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGS: 21.16 UHR -

FREITAG, 11. DEZEMBER 2015, BEGINN 9:10 UHR

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, verehrte Gäste! Wir freuen uns, euch und Sie seitens des Tagungspräsidiums zum zweiten Tag unseres Bundesparteitages begrüßen zu dürfen und möchten gleich heute Morgen ankündigen, dass wir auch heute ein straffes Programm haben. Das heißt, wir hier oben werden versuchen, einen Beitrag dazu zu leisten, durch diesen Tag zu kommen. Aber es wäre eben schön, wenn die Delegierten auch ihren Beitrag leisten würden. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir versuchen, möglichst pünktlich an diesem zweiten Tag zu beginnen.

Zunächst darf ich eine Ansage machen, die Hannelore sehr wichtig ist. Hannelore Kraft, die gestern noch da war, sozusagen auch schon sehr gesundheitsmäßig angeschlagen, ist heute wirklich krank. Sie musste abreisen und bittet ganz herzlich um Verständnis, dass sie den Weg so gewählt hat. Aber ihr alle wisst, dass Hannelore schon richtig krank sein muss, bevor sie vom Bundesparteitag abreist. Herzliche Grüße, und ich denke, ihr alle habt Verständnis dafür.

(BEIFALL)

Ich darf darüber hinaus heute Geburtstagskinder auf unserem Parteitag begrüßen. Wenn es denn stimmt, sind es immerhin drei an der Zahl, die heute mit uns hier ihren Geburtstag hier feiern. Das ist einerseits Christiane Seitz-Dahlkamp, es ist Gerhild Kreuziger, und es ist Daniel Rinkert. Euch allen herzlichen Gruß zum Geburtstag vom gesamten Bundesparteitag!

(BEIFALL)

Jetzt wäre ich dankbar für einen ganz besonderen Moment der Aufmerksamkeit. Die Delegierten werden gleich Abstimmungsgeräte erhalten. Wir haben uns verständigt, dass wir heute wieder eine elektronische Abstimmung machen. Ich will es mal so ausdrücken: So ein Tablet in der Hand zu haben, das verleitet dazu, dass man erst mal damit spielt. Ich würde vorschlagen, dass ihr das ein bisschen aufhebt, euch erst voll auf die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden konzentriert, und dass wir dieses Gerät hinterher im unmittelbaren Anschluss an die Rede von Thomas gemeinsam entdecken. Das wird uns das vielleicht hinterher erleichtern. Also, man muss nicht gleich alle Funktionen an dem Gerät ausprobieren. Es passiert auch nichts, wenn man sie ausprobiert. Aber ich wollte frühzeitig ankündigen: Unmittelbar im Anschluss an Thomas werden wir sozusagen gemeinsam uns diesen Prozess erarbeiten. Es wäre aber wichtig, dass ihr, die Delegierten, auf euren Plätzen seid, damit ihr tatsächlich auch ein solches Gerät - ihr seht, die Wagen werden gerade hereingefahren - erhaltet. Es reicht für das Erste, wenn ihr es einfach entgegennehmt. Den Rest machen wir dann später.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, ich freue mich ganz besonders, dass wir heute den zweiten Tag unseres Bundesparteitages mit dem Bericht des Fraktionsvorsitzenden eröffnen können. Lieber Thomas Oppermann, du hast das Wort.

(BEIFALL)

BERICHT DES FRAKTIONSvorsITZENDEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Thomas Oppermann, SPD-FraktionsvorsITzender: Liebe Genossinnen und Genossen, es stehen noch einige herum, die schon ungeduldig auf die Rede von Sigmar Gabriel warten. Die wird auch kommen. Aber jetzt kommt erst mal der Bericht des FraktionsvorsITzenden, und den könnt ihr euch auch im Sitzen anhören.

(BEIFALL)

Von daher, liebe Genossinnen und Genossen, alles okay.

Vor ziemlich genau zwei Jahren haben mit Dreiviertelmehrheit die Mitglieder der SPD sich dafür entschieden, in die Große Koalition einzutreten, und sich für den Koalitionsvertrag ausgesprochen. Heute, nach zwei Jahren kann ich berichten: 80 Prozent des Koalitionsvertrages sind umgesetzt. Die Fraktion hatte daran ihren Anteil, aber zuallererst möchte ich unseren Ministerinnen und Ministern, allen voran Sigmar Gabriel, dafür danken. Es ist euer Verdienst, dass die SPD die treibende Kraft in dieser Regierung ist, dass wir die Regierungspolitik maßgeblich bestimmen und dass unsere Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden.

(BEIFALL)

Ihr habt aus dem Verhandlungserfolg, aus dem Koalitionsvertrag einen Erfolg für unsere Politik gemacht. Gemeinsam haben wir die soziale Marktwirtschaft gestärkt. Für viele Menschen in Deutschland ist dadurch das Leben besser geworden. Deshalb sage ich als FraktionsvorsITzender: Unsere Ministerinnen und Minister machen hervorragende Arbeit, und wir stellen diesem Land eine gute Regierung.

(BEIFALL)

Vieles ist nur möglich, weil unsere Wirtschaft in einer sehr guten Verfassung ist. -Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wende und den höchsten Stand der Beschäftigung. Wir haben einen unglaublich stabilen Arbeitsmarkt. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig. Allein im letzten Jahr, also in den letzten zwölf Monaten, sind 688.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Vor zehn Jahren hatten wir 5 Millionen Arbeitslose. Diese Arbeitslosigkeit haben wir heute halbiert. Gewerkschaften können wieder Nettolohnzuwächse durchsetzen. Und, Genossinnen und Genossen, die Reallohne werden in diesem Jahr um 3 Prozent steigen. Das erzeugt Kaufkraft bei vielen Menschen. Das erzeugt Wachstum. Wir haben es geschafft, neben der erfolgreichen Exportwirtschaft jetzt mit der Binnenwirtschaft ein zweites Standbein für die Konjunktur zu etablieren. Lasst uns ehrlich sein, Genossinnen und Genossen: Diese Erfolge wären ohne die Reformen von Rot-Grün unter Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht möglich gewesen.

(BEIFALL)

Und ohne diese Reformen wären wir heute nicht in der Lage, die großen Herausforderungen zu bewältigen und so viele Flüchtlinge aufzunehmen. Was vor zwölf Jahren heftig umstritten war, gilt überall in Europa heute als der maßgebliche Grund für das deutsche Jobwunder. Und trotzdem war es nötig, diese Reformen nach mehr als zehn Jahren nach zu justieren und zu ergänzen.

Was von Anfang an gefehlt hat, war ein gesetzlicher Mindestlohn. Niemand soll in Deutschland Vollzeit arbeiten und trotzdem auf Sozialhilfe angewiesen sein. Leistung soll sich lohnen. Das ist ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft - aber nicht nur für die Gutverdiener, sondern auch für die vielen, die weniger gut bezahlte Jobs haben. Wer etwas leistet, soll dafür auch einen anständigen Lohn kriegen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dieses Prinzip haben wir für über 4 Millionen Menschen in Deutschland umgesetzt. Wahrscheinlich ist die Einführung des Mindestlohns die größte Lohnerhöhung, die dieses Land je erlebt hat. Das ist ein Erfolg, der auch zeigt, was Gewerkschaften und Sozialdemokraten erreichen können, wenn sie gemeinsam an einem Strang ziehen. Es kommt ja auch nicht oft vor auf einem Parteitag, dass ein leibhaftiger Gewerkschaftsvorsitzender auf offener Parteitagshöhne seinen Eintritt in die SPD erklärt, wie das Robert Feiger gestern gemacht hat. Ich finde, das sagt mehr als viele Worte.

(BEIFALL)

Wir haben mit Milliardenaufwand ein Konzept für eine menschenwürdige Pflege durchgesetzt. Wir haben das BAföG von den Ländern übernommen und damit wieder ein Instrument für Chancengleichheit dazubekommen. Wir haben den Doppelpass und die Frauenquote verwirklicht. Wir haben die Kommunen entlastet und die Investitionen hochgefahren - und das alles bei einem ausgeglichenen Haushalt, Genossen und Genossinnen.

Und trotzdem ist dieser Koalitionsvertrag noch nicht abgearbeitet. Es bleiben noch einige große Aufgaben, die wir lösen müssen. Dazu gehört für mich vor allem die Reform der Eingliederungshilfe. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr in einem veralteten Fürsorgesystem verwaltet werden, sondern dass ihnen endlich eine menschenwürdige Teilhabe ermöglicht wird.

(BEIFALL)

Und auch wenn wir mit der gesetzlichen Frauenquote einen wichtigen Schritt gegangen sind, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, bleibt die größte Benachteiligung von Frauen die ungleiche Bezahlung. Deshalb werden wir Maßnahmen ergreifen, die eines ganz klar zum Ziel haben: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig hat die Eckpunkte vorgelegt, und die werden wir umsetzen.

Wir schaffen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden Werkverträge und Leiharbeit vernünftig regulieren. Wenn in großen Fabriken wie zum Beispiel in Fleischfabriken keine Arbeitnehmer mit Arbeitsverträgen mehr an den Fließbändern oder Bearbeitungsstraßen stehen, sondern dort nur noch Werkvertragsunternehmer nebeneinanderstehen, dann hat das nichts mit unternehmerischer Tätigkeit, sondern ganz viel mit Scheinselbstständigkeit zu tun. Wir werden diesen Missbrauch stoppen und die Vorschläge von Andrea Nahles umsetzen, Genossen und Genossinnen.

(BEIFALL)

Aber unsere Wählerinnen und Wähler wollen nicht nur, dass wir den Koalitionsvertrag abarbeiten; sie wollen auch, dass wir Verantwortung übernehmen in schwierigen Zeiten. Für Sozialdemokraten ist klar: Wir stellen uns dieser Verantwortung.

Seit fast zwei Jahren stellt der offene Konflikt zwischen Russland und der Ukraine die europäische Friedensordnung infrage. Ich bin Frank-Walter Steinmeier dankbar, dass dieser Konflikt nicht weiter eskaliert ist, sondern wir im Gegenteil gemeinsam mit Frankreich mit dem Minsker Abkommen einen Weg zu einer friedlichen Lösung gefunden haben.

(BEIFALL)

Und auch bei den Terroranschlägen in Frankreich haben wir gezeigt: Wenn unser wichtigster Bündnispartner Frankreich uns bei einem Angriff um Hilfe und Unterstützung bittet, dann können wir ihn nicht im Stich lassen. Wenn es darauf ankommt, muss Europa zusammenhalten. Ich sage euch: Wir haben uns diese Entscheidung in der Bundestagsfraktion nicht leicht gemacht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Für mich sind das die stärksten Momente in unserer Fraktion, wenn wir so eine schwierige Entscheidung treffen müssen: wenn dann alle Fakten überprüft werden - wir debattieren so etwas mehrere Stunden -, wenn alle Argumente gegeneinander abgewogen werden und wenn am Ende eine verantwortliche Entscheidung herauskommt. Das ist eine Gewissensentscheidung für alle Abgeordneten. Da ist dann auch Platz für 28 Gegenstimmen. Aber ich betone, dass es auch eine Gewissensentscheidung für die 153 Abgeordneten ist, die mit Ja gestimmt haben. Die haben sich das genauso schwer gemacht.

(BEIFALL)

Wir alle wissen, dass dieser Konflikt nicht allein mit militärischen Mitteln gelöst werden kann, sondern dass wir das nur schaffen, wenn die politischen Verhandlungen in Wien einen Waffenstillstand für Syrien erreichen. Aber wenn der UN-Sicherheitsrat sagt, dass der IS-Terror eine Bedrohung für den Weltfrieden ist, dann dürfen wir nicht zulassen, dass der IS Fakten schafft, bevor die Verhandlungen in Wien Erfolg haben können.

Aber auch wir in Deutschland müssen die richtigen Antworten auf den Terror geben.

Klar ist: Wir müssen entschlossen handeln, aber wir dürfen nicht die Freiheit opfern, um Sicherheit zu erreichen. Wer das tut, verliert am Ende beides.

(BEIFALL)

Was uns nicht hilft, das sind Gesetzesverschärfungen im Wochentakt. Was wir dagegen brauchen, das ist eine kluge Prävention und das sind wachsame, starke Sicherheitsbehörden. Wir haben das Personal der Sicherheitsbehörden in diesem Land massiv verstärkt. Das ist nicht nur notwendig, um den islamistischen

Terrorismus zu bekämpfen. In den letzten Monaten ist auch in Deutschland einiges aus den Fugen geraten: Flüchtlingsheime brennen, Menschen werden bedroht, Hassbotschaften werden im Internet und auf Pegida-Demonstrationen verbreitet. Ich finde es unerträglich, wenn hierzulande Bürgermeister und Landräte bedroht und angegriffen werden, nur weil sie sich um Flüchtlinge kümmern.

(BEIFALL)

Gegen Gewalt und Hetze muss der Rechtsstaat mit aller gebotenen Härte vorgehen.

Carlo Schmid, einer der sozialdemokratischen Väter des Grundgesetzes, hat bei den Beratungen im Parlamentarischen Rat gesagt: „Es gehört nicht zum Begriff der Demokratie, dass sie selbst die Voraussetzung für ihre Beseitigung schafft.“ - Das ist die Begründung für die wehrhafte Demokratie. Genossen und Genossinnen, ich finde, diese Demokratie muss sich zur Wehr setzen gegen die zahlreichen Übergriffe, egal ob sie von salafistischen Hasspredigern oder von rechten Hetzern und Gewalttätern kommt.

(BEIFALL)

Ich finde, es war ein gutes Signal in dieser Woche, dass das Bundesverfassungsgericht das Hauptverfahren gegen die NPD eröffnet hat. Ich weiß noch sehr genau, wie das war im Frühjahr 2013, als wir im Bundestag einen Antrag eingebracht haben mit dem Ziel, dass sich auch der Bundestag als Verfassungsorgan an diesem Verfahren beteiligt. Wir standen leider auf verlorenem Posten. Die SPD-Fraktion war die einzige, die für diesen Antrag gestimmt hat. Deshalb möchte ich mich noch einmal bei den Ländern bedanken, bei den Innenministern der Länder und bei den Ministerpräsidenten, dass sie dieses Verfahren auf den Weg gebracht haben.

(BEIFALL)

Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Sie ist rassistisch. Sie ist antisemitisch. Sie ist in großen Teilen gewaltbereit. Sie ist antidemokratisch. Diese Partei vertritt in der Kontinuität der nationalsozialistischen Ideologie die Auffassung, dass die Menschen in Deutschland nicht gleichwertig sind, sondern dass es minderwertige gibt und dass diese aus sogenannten national befreiten Zonen vertrieben werden müssen. Genossen und Genossinnen, ich hoffe auf ein Verbot dieser Partei; denn es wäre unerträglich, wenn die Aktivitäten der NPD weiter mit den Mitteln der Steuerzahler finanziert werden müssten.

(BEIFALL)

Liebe Genossen und Genossinnen, wir beschäftigen uns in der Bundestagsfraktion zu einem großen Teil unserer Zeit mit Europa. Das ist Teil unserer Innenpolitik geworden. Ich mache mir Sorgen um den Zustand von Europa. Im Sommer haben wir es mit Ach und Krach geschafft, dass Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Wo wären wir heute, wenn Griechenland im Chaos versunken wäre? Es ist in der Euro-Zone zu halten, wäre niemals gelungen ohne die SPD in der Bundesregierung und ohne Sigmar Gabriel und Martin Schulz.

(BEIFALL)

Aber jetzt sind wir mitten in der Flüchtlingskrise. Martin Schulz hat völlig recht, wenn er sagt, eigentlich wäre das gar keine Krise, wenn 1 Million Flüchtlinge in 28 Ländern Unterkunft finden würden. Deshalb müssen wir natürlich weiter daran arbeiten, dass es zu einer fairen Verteilung der Flüchtlinge in Europa kommt.

(VEREINZELT BEIFALL)

Aber es sind nicht nur die Nationalisten und die Populisten, die sich dagegen stellen und das verhindern wollen. Wenn jetzt der sozialdemokratische Ministerpräsident Fico aus der Slowakei beim Europäischen Gerichtshof dagegen klagt, dass er aus dem Gesamtkontingent von 160.000 Flüchtlingen sage und schreibe 802 Flüchtlinge in die Slowakei aufnehmen soll, dann ist das so kleinstmütig, dass ich mich als Sozialdemokrat dafür schäme, Genossen und Genossinnen.

(BEIFALL)

Bei allem Verständnis für die Probleme in den östlichen EU-Ländern: Ein Minimum an Solidarität darf nicht verweigert werden. Darauf bestehen wir, aber bitte nicht mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger. Denn wir wissen aus eigener Erfahrung, wie das war, als vor vier Jahren die Flüchtlinge nicht bei uns waren, sondern in Lampedusa und Griechenland angekommen sind und wir von dort um Hilfe gebeten wurden: Damals hat die Bundeskanzlerin europäische Quoten verhindert. Das erinnern natürlich heute noch viele.

Aber das darf natürlich für uns kein Maßstab sein. Wenn wir die Flüchtlingsfrage in Europa nicht gemeinsam lösen, dann wird Europa nicht aus dieser tiefen Krise kommen; denn die chaotische Situation, dass wir die Außengrenzen nicht richtig sichern können, dass mehr als die Hälfte der europäischen Regierungen sich weigert, Flüchtlinge aufzunehmen und dass wir eine nicht funktionierende Flüchtlingsordnung in Europa haben, sondern einen großen Verschiebehahnhof, in dem Flüchtlinge hi- und hergeschoben werden, all das verstärkt doch den Nährboden für Nationalisten und für Populisten in Europa. Und deshalb: Europa muss auch in der Flüchtlingskrise zu einer solidarischen Antwort und zu einer gemeinsamen Lösung finden.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gestern über die große Solidarität in der Flüchtlingshilfe gesprochen, über die vielen Helfer, die Zeit investieren und sich engagieren. Ich glaube, so wie wir heute mit Respekt auf die Männer und Frauen - es waren zumeist Frauen - schauen, die nach dem Ende des 2. Weltkriegs aus den Trümmern dieses Land wieder aufgebaut haben, so werden eines Tages auf das Jahr 2015 die Menschen schauen und sagen: Das war das Jahr der christlichen Nächstenliebe, der Solidarität, der Menschlichkeit. Deshalb müssen wir alles dafür tun, damit diese positive Kraft in unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

Das Motto „Wir schaffen das“ war ein guter Appell an die ehrenamtlichen Helfer, aber das darf jetzt keine bloße Durchhalteparole werden. Jetzt muss der Staat seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Vom „Wir schaffen das“ müssen wir jetzt übergehen zum „Wir machen das“. Das erwarten die Menschen von uns.

(BEIFALL)

Und deshalb bin ich froh, dass wir gestern diesen Beschluss gefasst haben und dass Malu Dreyer, Aydan, Barbara, Andrea und Manuela diesen großen Integrationsplan vorgestellt haben. Das ist ein Kraftakt, das ist eine Aufgabe für ein ganzes Jahrzehnt. Bei der Integration heißt die Devise: Nicht kleckern, sondern klotzen. Wir dürfen keine Angst vor den Kosten der Integration haben. Deutschland hat nach Japan die älteste Bevölkerung aller Industrieländer, und die Flüchtlinge sind zur Hälfte jünger als 25 Jahre. Das ist eine riesige Chance: Was wir heute investieren, das wird sich in zehn Jahren doppelt auszahlen, und was wir heute versäumen, das können wir nicht aufholen.

Aber Integration braucht Regeln: „Fördern und Fordern“ muss die Maxime lauten. Deshalb muss es auch klare Ansagen geben. Einen Platz in dieser Gesellschaft kann nur finden, wer die Grundwerte unserer Verfahren akzeptiert. Einen Platz in dieser Gesellschaft kann nur finden, wer Andersdenkende und Andersgläubige respektiert, wer die Rechte von Frauen und Kindern achtet und wer auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichtet. Das steht alles so im Grundgesetz. Das gilt für alle in Deutschland. Das gilt auch für Flüchtlinge ohne Wenn und Aber. Und dafür brauchen wir keine neue Leitkultur. Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Mit unserem Koalitionspartner ist das nicht immer so einfach. Weil die sich nicht einigen können, ob sie eine Obergrenze wollen oder nicht, kommt die Union immer wieder mit unausgegorenen Vorschlägen und Forderungen um die Ecke, die keine Probleme lösen. Stattdessen überbieten sie sich mit Ideen, wie man die Integration erschweren kann. Und da sagen wir ganz klar: Es kann doch nicht richtig sein, dass man Millionen Flüchtlinge mit einem freundlichen Gesicht in das Land holt, aber dann nur noch darüber nachdenkt, wie man sie schlecht behandeln kann, um andere Flüchtlinge abzuschrecken. Das passt nicht zusammen, und trotzdem wird der CDU-Parteitag das in der nächsten Woche beschließen.

Das wäre ein Signal gegen die bisherige Regierungspolitik, und deshalb muss von unserem Parteitag ein anderes Signal ausgehen, ein starkes Signal. Wir müssen Sigmar Gabriel und die SPD-Ministerinnen und Minister stärken, Genossinnen und Genossen, denn nur mit einer starken SPD können wir die Flüchtlingspolitik prägen: Für Realismus, für Humanität und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(BEIFALL)

Ich glaube, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise eine ganz neue Chance für sozialdemokratische Reformpolitik ist. Durch Flüchtlinge wird offensichtlich, welche Defizite und welcher Modernisierungsbedarf in unserer Gesellschaft stecken. Mit der Flüchtlingskrise haben wir gleichsam einen Reformhebel in die Hand bekommen, und den müssen wir nutzen.

Zum Beispiel im Wohnungsbau: Vor einem Jahr wollte uns niemand hören, als wir gesagt haben, wir müssen dringend den Wohnungsmangel in den Ballungszentren beseitigen. Jetzt haben wir dafür 2 Milliarden Euro für sozialen Wohnungsbau bekommen.

Zum Beispiel Personalabbau: In der schwarz-gelben Regierung war der Personalabbau ein Instrument für den ideologisch motivierten Rückzug des Staates. Das haben wir gestoppt. Wir haben jetzt 3.000 neue Stellen für die Bundespolizei geschaffen und viele weitere andere Stellen im öffentlichen Dienst. In der Krise

wird deutlich, dass ein schwacher Staat die Menschen nicht schütten kann.

Zum Beispiel junge Menschen ohne Berufsabschluss: Davon gibt es viele in Deutschland, und wir müssen uns um sie kümmern. Aber die Flüchtlingskrise macht deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf ist. Andrea Nahles hat bisher von Schäuble immer eher die kalte Schulter gezeigt bekommen. Jetzt werden wir etwas tun, um Menschen ohne Berufsabschluss in Arbeit zu bringen.

Zum Beispiel Bildung: Allein in diesem Jahr kommen 325.000 schulpflichtige Kinder nach Deutschland. Das schaffen die Länder nicht alleine. Wir werden ihnen dabei helfen müssen. Die Kanzlerin sagt, wir brauchen eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Aber eine Verantwortungsgemeinschaft und ein Kooperationsverbot, das passt nicht zusammen, Genossinnen und Genossen.

Deshalb: Weg mit dem Kooperationsverbot!

(BEIFALL)

Zum Beispiel in der Gesellschaftspolitik: Die Union sollte sich ein Beispiel nehmen, was sie selbst von den Flüchtlingen fordert. Die Konservativen erklären gerade die Rechte der Homosexuellen und die Gleichstellung der Frau zum Markenkern für unsere offene Gesellschaft. Das sehen wir schon länger so, liebe Union. Aber jetzt erwarte ich auch, dass wir jetzt endlich die Diskriminierung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften beenden, und auch die Lohnschere bei Frauen und Männern.

(BEIFALL)

Ich bin überzeugt: Wenn wir die Integration der Flüchtlinge richtig anpacken und nicht kleckern, sondern klotzen, wenn wir die Gelegenheit ergreifen, unser Land zu modernisieren, dann sind die Flüchtlinge auch eine große Chance für unser Land. Lasst uns gemeinsam anpacken, um diese Chancen zu realisieren. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=6LvR7TW10T8&index=7&list=PL85IMmq0WVITNRtfcDpSYsXGb-6-7sOcs

ERLÄUTERUNG DER ABSTIMMUNGSGERÄTE

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Thomas, ganz herzlichen Dank für deine engagierte Rede und deinen engagierten Bericht.

Ich darf an dieser Stelle weitere Gäste bei uns begrüßen. Ich freue mich ganz besonders, dass auch Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen, heute bei uns sein kann. Herzlich willkommen, Verena!

(BEIFALL)

Liebe Delegierte, ich habe den Eindruck, dass es jetzt auch alle in den Saal geschafft haben. Wir wissen, dass einige von euch bei der Sicherheitsüberprüfung leider noch ein bisschen festgehangen haben. Nein, nicht - - Anke Rehlinger sagt gerade „durchgefallen“. Nein, durchgefallen sind sie nicht. Sie sind ja inzwischen alle da. Das heißt, ihr seid auch alle gut in den Saal gekommen. Wir wissen, dass das ein bisschen zu Zeitverzögerungen geführt hat, freuen uns aber umso mehr, dass wir jetzt so zahlreich hier im Saal versammelt sind.

Ich hatte schon angekündigt, dass wir jetzt zum vermeintlich schwierigsten Teil des Tages kommen - zumindest empfinden wir das hier oben im Tagungspräsidium so-, weil wir euch jetzt die Abstimmungsgeräte erklären sollen, die ihr wahrscheinlich schon längst verstanden habt.

Trotzdem müssen wir euch, da es später um Wahlen geht, bitten, dass wir jetzt ein paar Dinge gemeinsam miteinander machen und dass ihr uns vor allen Dingen die Möglichkeit gebt, es wirklich einmal zu erklären. Ich glaube, das ist für hinterher sehr hilfreich.

Wir haben schon öfter elektronische Abstimmungssysteme eingesetzt. Dieses Tablet-System nutzen wir heute aber zum ersten Mal. Ihr seht also: Es gibt das große Bemühen seitens des Willy-Brandt-Hauses, mit dem technischen Fortschritt mitzuhalten. Nachdem wir das alte System so super beherrscht haben, nutzen wir heute also das Tablet-System.

Ich frage jetzt als Erstes, ob jede Delegierte und jeder Delegierte ein solches Tablet erhalten hat. - Ausgerechnet Ralf Stegner hat keines. Das war bestimmt keine Absicht.

(HEITERKEIT)

Auch Carsten Sieling hat keines. - Ich gucke jetzt erst einmal in den Saal. Gibt es im Saal einen Delegierten oder eine Delegierte, die kein Gerät erhalten hat? - Die Katarina Barley hat auch keines. Sie sitzt hier ganz vorne. Haltet bitte noch einmal euren Arm hoch, wenn irgendwo noch ein Gerät fehlt. Macht euch bitte gegenüber den Helferinnen und Helfern kenntlich.

Wir werden heute noch mehrfach abfragen, aber trotzdem müssen wir jetzt einmal gucken, dass diejenigen, die hier im Saal sind - auch wir hier oben auf der Bühne -, schon einmal ein Gerät bekommen. Wir warten jetzt einfach einmal einen Moment.

Für die Helferinnen und Helfer gibt es die herzliche Bitte, dass sich diejenigen, die in den Gängen stehen, einfach hinsetzen. Dann ist das Verteilen der Geräte einfacher. Wer kein Gerät braucht und trotzdem miteinander reden will, der kann das jetzt vielleicht einfach draußen im Ausstellungsbereich machen.

Ich darf jetzt noch einmal fragen, ob noch irgendwo Geräte fehlen. Gibt es noch jemanden, der keines hat? Haben alle Delegierte, die im Saal sind, ein entsprechendes Tablet erhalten, oder gibt es noch jemanden, der keines hat? - Dann gehen wir jetzt davon aus, dass für den Moment alle eines haben. Selbstverständlich werden wir auch später noch einmal fragen, ob noch irgendwo ein Gerät fehlt.

Liebe Delegierte, wir haben die Sicherheit dieser Tablets umfassend überprüft, und wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass mit diesen Abstimmungsgeräten eine geheime und sichere Abstimmung gewährleistet ist.

Die Tablets arbeiten im sogenannten Kiosk-Modus, das heißt, alle anderen Funktionen sind deaktiviert.

Ihr habt bei der Akkreditierung einen verschlossenen, zufällig ausgewählten Briefumschlag mit einem 16-stelligen Abstimmungscode bekommen. Diese Codes wurden im Zufallsprinzip anonym vorher vergeben, und somit kann niemand nachvollziehen, wer wie abgestimmt hat. Dieser Abstimmungscode berechtigt zur Teilnahme an der Wahl, und er gewährleistet damit zugleich auch, dass nur die angemeldeten Delegierten und die Parteivorstandsmitglieder ihre Stimme abgeben können. Er ist also das, was ihr bisher sozusagen als Stimmkarte hattet. Ihr müsst ihn genauso sorgfältig wie eine Stimmkarte aufbewahren; denn geht der Code verloren, gibt es keinen Ersatz.

Das elektronische Abstimmungsverfahren hat im Grundsatz die gleiche Funktionalität wie eine Abstimmung mit dem Stimmzettel, nur dass hier die Abstimmung durch Anklicken und Tastendruck erfolgt. Das ist dann das Gleiche wie das Kreuz auf dem Stimmzettel. Die Abstimmung ist - ich habe schon einmal darauf hingewiesen - geheim - wie eine Wahl mit dem Stimmzettel.

Die Nutzung des Abstimmungsgerätes durch einen anderen ist ebenso unzulässig wie das Ausfüllen des Abstimmungzettels durch einen anderen. Es gibt eine Ausnahme: Die Ausnahme ist, wenn Delegierte Assistenz bei der Bedienung des Tablets brauchen. Dafür gibt es neutrale Hilfspersonen im Saal. Sie haben - ihr seht das hier auch - gelbe Jacken an. Wenn also jemand Hilfe braucht, dann solltet ihr das auch kenntlich machen. Wenn ihr Hilfe bei der Bedienung des Tablets braucht, dann macht das also entsprechend kenntlich. Die Hilfspersonen haben dann die Möglichkeit, mit euch auch eine Wahlkabine - sie stehen hier vorne rechts - zu benutzen.

Solltet ihr den Parteitag vorzeitig verlassen müssen, müsst ihr das Gerät und euren Delegiertenausweis am Akkreditierungsschalter zurückgeben. Nur dann kann ein Ersatzdelegierter aus dem Bezirk, aus dem Landesverband zum Zuge kommen.

Liebe Delegierte, liebe Genossinnen und Genossen, nach dieser langen Vorrede wollen wir, damit es später bei den Wahlgängen gut klappt, eine Testabstimmung durchführen. Ich bitte euch also, die Tablets zur Hand zu nehmen.

Die Geräte wurden eingeschaltet und verteilt. Nach einiger Zeit gehen sie aber in den Standby-Modus über.

Dann braucht ihr nur den Schalter oben rechts zu drücken. Der Bildschirm ist dann wieder aktiviert. - Das müsste jetzt bei allen so sein.

Noch einmal: Solltet ihr Hilfe brauchen, könnt ihr euch an die Helferinnen und Helfer wenden.

Auf dem Bildschirm seht ihr jetzt ein Nummernfeld mit dem Feld „Zugangscode“. Das ist jener Code, den ihr in dem roten Umschlag bekommen habt, und den solltet ihr jetzt dort auch eingeben. - Wenn ihr den Code von der roten Karte eingegeben habt, dann erscheint darunter ein Feld für eine neue PIN. Das geschieht, damit ihr nicht immer diese lange Nummer eingeben müsst. Man könnte jetzt zum Beispiel die Nummer von seiner EC-Karte oder die Handy-PIN nehmen. Dann vergisst man das nicht. Ihr gebt also eine vierstellige PIN ein. Sie kann aus Buchstaben oder aus Zahlen bestehen. Bitte notiert sie nicht auf dieser Karte, sondern behaltet sie anderweitig. Am besten ist es, wie gesagt, wenn ihr sie kennt, weil ihr sie schon immer wieder einmal irgendwie benutzt habt. Diese PIN, die ihr jetzt eingibt, muss dann zur Sicherheit noch einmal bestätigt werden.

Dann könnt ihr auf „Login“ drücken, und dann müsstet ihr eigentlich alle eine schöne Seite sehen, auf der der SPD-Bundesparteitag euch willkommen heißt. - Fühlt ihr euch alle auf diesem Parteitag willkommen?

(BEIFALL)

- Super. Das scheint schon einmal funktioniert zu haben.

Erst wenn ein Wahlgang eröffnet wird, erscheint ein Fenster mit dem Stimmzettel auf dem Tablet. Erst dann könnt ihr wählen.

Jetzt wollen wir das miteinander ausprobieren, indem wir eine Testabstimmung durchführen. Dazu wollen wir von euch wissen, aus welchem Postleitzahlenbereich ihr kommt. Es gibt dafür drei Alternativen. Auch hier gilt: Die Wahl erfolgt durch einfaches Antippen der Felder neben den Antworten mit dem Finger.

Wenn ihr eure Eingabe korrigieren wollt, könnt ihr die Eingabe durch einen weiteren Klick mit dem Finger wieder löschen. Ihr könnt auch alle drei Felder antippen. Allerdings ist euer Stimmzettel dann ungültig.

Wenn ihr eure Wahl abschließend getroffen habt, müsst ihr „Stimme abgeben“ drücken. Danach ist der Stimmzettel abgesendet; er liegt sozusagen in der Wahlurne. Dann könnt ihr nichts mehr ändern. Wenn ihr den Stimmzettel in die Wahlurne geworfen habt, bekommt ihr ihn auch nicht wieder heraus. Damit ihr aber sicher sein könnt, dass ihr ihn wirklich in die Urne geworfen habt, bekommt ihr sozusagen eine Quittung. Es wird dann angezeigt, was ihr gewählt habt. Das bleibt für fünf Sekunden auf eurem Bildschirm stehen. Mit „OK“ könnt ihr das vom Bildschirm entfernen.

Habt ihr bis dahin noch Fragen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann eröffne ich jetzt die Testabstimmung.

Wenn jemand seine Postleitzahl wirklich nicht weiß dieses Problem ist hier oben aufgetaucht, dann soll er halt irgendetwas ankreuzen. Wir machen gerade eine Testabstimmung.

(HEITERKEIT)

Hat jemand seine Stimme noch nicht abgegeben? - Wie gesagt, bei dieser Testabstimmung geht es nur um die Postleitzahlen!

Hat jemand seine Stimme noch nicht abgegeben? - Einer noch. Zwei. Dann bitte! Aber wir können nicht warten, bis alle Delegierte den Weg gefunden haben.

Haben jetzt alle Delegierte ihre Stimme abgegeben?

(ZURUF: NEIN!)

Ich frage noch einmal: Haben alle Delegierte ihre Stimme abgegeben? - Ich verstehe, dass jetzt erst der eine oder andere hereinkommt. Das ist aber eine Testabstimmung. Wenn es nicht 100 Prozent schaffen, dabei mitzumachen, dann ist das, glaube ich, kein Problem. Wer jetzt spät hereingekommen ist, der sollte sich das lieber von seiner Kollegin oder seinem Kollegen in Ruhe erklären lassen.

Ich möchte jetzt die Testabstimmung für geschlossen erklären. Wir warten jetzt auf das Ergebnis.

Hört mir bitte noch einen Moment zu. Für später, wenn es um Einzelwahlen geht: Bei Einzelwahlen wählt ihr durch Antippen der Felder „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“. Noch einmal: Ihr könnt auch alle drei Felder antippen; dann hättet ihr eine ungültige Stimme.

Bei Listenwahlen wird die Anzahl der bereits angekreuzten Kandidatinnen und Kandidaten nur zu eurer Hilfe oben auf dem Bildschirm des Tablets angezeigt: „Sie haben so und so viele Stimmen vergeben.“ Das hilft uns, damit wir nicht zu viele und nicht zu wenige Stimmen abgeben. Auf dem Bildschirm wird auch das satzungsmäßige Minimum und Maximum der abzugebenden Stimmen zu sehen sein. Auch das ist eine Hilfe. Ihr solltet darauf achten, dass ihr das richtig ausfüllt; sonst wird der gesamte Stimmzettel, wie auch bei der Papierwahl, für ungültig erklärt.

Ein Letztes: Solltet ihr euren Platz verlassen, lasst bitte das Tablet im Saal auf eurem Platz liegen! Aus Sicherheitsgründen solltet ihr euch aber vorher ausloggen. Auf dem Bildschirm ist im Menü oben links bei dem untersten Punkt unter „Logout“ die Abmeldung möglich. Wenn ihr euch dann wieder einloggen wollt, müsst ihr wieder euren Abstimmungscode und die Pin eingeben.

Ihr findet alle diese Hinweise auch in der Tischvorlage, in der ihr das nachgucken könnt. Wie gesagt, ihr könnt auch immer die Helferinnen und Helfer fragen.

Noch einmal: Wenn ihr vorzeitig abreist und wollt, dass ein Ersatzdelegierter nachrücken kann, dann müsst ihr das Gerät am Akkreditierungsschalter zurückgeben ebenso wie den Delegiertenausweis. Nur dann kann ein Delegierter das Gerät wieder mit einem entsprechenden Abstimmungscode erhalten.

Heute Abend sind die Abstimmungsgeräte auf jeden Fall zurückzugeben, weil sie dann wieder aufgeladen werden und morgen wieder zur Verfügung stehen.

Das Wahlergebnis wird natürlich immer durch die Mandatsprüfungs- und Zählkommission überprüft, wie das auch ansonsten bei einer Stimmzettellabgabe der Fall ist. Wir sind jetzt aber noch in der Testabstimmung.

Deswegen schlage ich vor, dass wir jetzt auf die Mandatsprüfungs- und Zählkommission verzichten. Sie wird das heute noch oft genug machen können. Wenn wir ein Ergebnis hätten, würden wir es selbst bekannt geben.

Gibt es ein Ergebnis zu den Postleitzahlen? - Liebe Delegierte, auf die schwierige Frage „Aus welchem Postleitzahlbereich kommst du?“ wurden 521 Stimmen abgegeben. Das ist schon mal ganz gut. Ziemlich viele haben es geschafft. Von diesen 521 waren nur 510 gültig. - Da könnte man noch etwas besser werden! - Sehr viele 37,65 Prozent wohnen im Postleitzahlbereich 1, 40,78 Prozent im Postleitzahlbereich 2 und 21,57 Prozent im Postleitzahlbereich 3.

Das war jetzt ein wichtiges Ergebnis. - Jetzt fragt noch jemand: Nehmen die Postleitzahlbereiche die Wahl an? - Ich denke, ja. Damit haben wir auch diese schwierige Aufgabe bewältigt.

Ich möchte euch jetzt noch einmal an etwas anderes erinnern. Auch das ist wichtig. Ihr wisst, dass wir den Dröscher-Preis vergeben. Ich möchte euch noch einmal daran erinnern, dass ihr als Delegierte und als Besucherinnen und Besucher ein besonders beispielhaftes Projekt aus der Ausstellung auswählen könnt. Im Ausstellungsbereich gibt es entsprechende Abstimmungskarten. Bitte geht zu den Ständen, wenn ihr zwischendurch Zeit habt! Ich glaube, das ist Anerkennung und Wertschätzung für diejenigen, die dort eine gute Arbeit machen und ein tolles Projekt präsentieren.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein starkes Land braucht den Einsatz, das Engagement und den Zusammenhalt der Menschen. Füreinander da zu sein und zusammenzustehen - das ist das Deutschland, das wir uns wünschen, und das ist das Deutschland, das wir fördern. Ich sage an dieser Stelle: Film ab!

(FILMEINSPIELUNG - BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Wort hat nun unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel.

REDE DES PARTEIVORSITZENDEN SIGMAR GABRIEL

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Gäste! Unser Parteitag findet in ernsten Zeiten statt: Erst kam mit der Ukraine-Krise der Krieg zurück nach Europa, dann geriet die Euro-Zone in der Griechenland-Krise an den Rand des Scheiterns, und nun weiten sich der Terror und Krieg im Nahen Osten immer weiter aus und zwingen Millionen Menschen zur Flucht.

Die barbarischen Mörder des IS tragen ihren Terror nach Europa, das zugleich unfähig erscheint, eine gemeinsame Antwort auf den Umgang mit Millionen Flüchtenden zu finden, die in Europa Schutz und eine neue Heimat suchen.

Mehr noch: War das geeinte Europa seit den Gründungsverträgen der Europäischen Union die jahrzehntelange Erfahrung von wachsendem Wohlstand, so ist Europa heute wirtschaftlich und politisch instabil und wird eher als Faktor der Unsicherheit denn der Sicherheit wahrgenommen.

Das alles, liebe Genossinnen und Genossen, ist in den letzten knapp zwei Jahren passiert. Und manchmal denke ich: Wir haben ja erst die Hälfte der Legislaturperiode hinter uns. Was soll nun noch alles kommen in dieser Zeit sich fast überschlagender Krisen?

Ernste Zeiten also. Und ebenso ernsthaft, finde ich, müssen auch unsere Beratungen und Entscheidungen auf diesem Parteitag und auch in unserem Alltag sein. Lasst uns lieber etwas nachdenklicher sein als zu laut. Lasst uns mehr darüber sprechen, was für unser Land und für die Menschen bei uns wichtig ist, und weniger darüber, was bei anderen Parteien passiert. Nicht Parteitaktik darf unser Handeln bestimmen, sondern Ernsthaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein, Besonnenheit und Entschlossenheit.

Aber eines, liebe Genossinnen und Genossen, darf man schon sagen: Wir Sozialdemokraten sind der stabile Faktor dieser Bundesregierung.

(BEIFALL)

Ohne uns wäre die deutsche Bundesregierung bereits durch den Streit innerhalb von CDU und CSU gelähmt, und unser Land wäre in großen Schwierigkeiten. Das ist kein übertriebenes Eigenlob, liebe Genossinnen und Genossen, sondern die schlichte Wahrheit.

(BEIFALL)

Und dass wir dieser stabile Faktor sein können, lieber Thomas Oppermann, dafür sorgen die Abgeordneten der SPD im Deutschen Bundestag und Du als Fraktionsvorsitzender. Herzlichen Dank für diese große Rückenstärkung in schwieriger Zeit!

(BEIFALL)

Liebe Freundinnen und Freunde, mit unseren Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und mit unseren Ministerinnen und Ministern im Bundeskabinett sorgen wir für Stabilität im ganzen Land. Und ich finde,

wir können wirklich selbstbewusst sagen: Es tut Deutschland gut, dass es die SPD in den Regierungen von Bund und Ländern gibt! Darauf dürfen wir durchaus stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber wenig ist übriggeblieben von den scheinbaren Gewissheiten nach dem Fall der Mauer vor 25 Jahren. Statt einer Welt des Friedens und des Fortschritts erleben wir eine Welt voller Unsicherheit. Ich gebe zu: In den letzten Wochen und Monaten bin ich mir eigentlich, zum ersten Mal wirklich klar darüber geworden, wie viel Glück ich mit meiner Generation hatte. Im Frieden geboren, schon nicht mehr in den schwierigen Zeiten der Nachkriegsjahre aufgewachsen, sondern bereits in den ersten Jahren des Wirtschaftswunderlandes Deutschland, haben wir ein Leben führen können, das trotz der Ost-West-Konfrontation weitgehend Sicherheit und Frieden versprach. Was für ein Glück für unsere Generation!

Aber ich frage mich fast täglich, ob eigentlich meine beiden Töchter das gleiche Glück haben werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Und ich finde, wenn es einen Grund gibt, sich in dieser Zeit politisch zu engagieren, dann den, dafür zu sorgen, dass es unseren Kindern und Enkeln genauso gut geht wie uns durch die Aufbauarbeit unserer Vorgängergeneration gegangen ist.

(BEIFALL)

Noch vor wenigen Wochen ist ja gesagt worden: Ach, Politik! Warum muss man sich da engagieren? Läuft schon alles! - Ich finde, wir leben in höchst politischen Zeiten, und wir sollten die Menschen einladen, mit uns darüber zu reden, wie wir die Gesellschaft gestalten wollen - insbesondere übrigens die, die uns vielleicht kritische Fragen stellen, die andere Antworten haben als wir. Mit denen darüber zu reden, wie wir dieses Land gemeinsam nach vorne bringen, ist Handeln im öffentlichen Interesse, Handeln im Sinne des Gemeinwohls. Und das ist der eigentliche Sinn von Politik. Deshalb müssen wir das Land auch wieder repolitisieren. Denn es geht um die Zukunft der Menschen in Deutschland und in Europa. Darum geht es in der Politik, und um nichts anderes.

(BEIFALL)

Manchmal ist es gar nicht so leicht, die richtige Entscheidung für eine sichere Welt zu treffen. Vor allem dann nicht, wenn es um den Einsatz militärischer Mittel geht. Aber so sehr der Satz stimmt, dass man den IS nicht nur militärisch besiegen kann, sondern vor allem den Bürgerkrieg in Syrien durch Verhandlungen politisch beenden muss, um dem Terror des IS den Nährboden zu entziehen, so sehr stimmt es eben auch, dass jede politische Lösung zu spät kommt, wenn der IS das Land erst erobert und dort wirklich einen Terrorstaat errichtet hat.

(BEIFALL)

Das und vor allem die Solidarität mit Frankreich hat die weit überwiegende Zahl der SPD-Bundestagsabgeordneten dazu bewegt, dem Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung Frankreichs zuzustimmen. Ich sage Euch offen: Ich mag mir nicht ausmalen, was es für Europa und das deutsch-französische Verhältnis bedeutet hätte, wenn wir als Deutsche diese Unterstützung verweigert hätten.

Trotzdem verstehe ich die Zweifler, und ich habe übrigens auch großen Respekt vor ihren Argumenten. Wie ich überhaupt finde, dass es in solchen Zeiten doch normal ist, dass sich in unserer Partei die gleichen Sorgen, die gleichen Befürchtungen und die gleichen Zweifel wiederfinden wie im Rest der Bevölkerung - ob es nun um die Flüchtlingsfrage geht oder um den Umgang mit dem Terror des IS. Stellt Euch vor, das wäre nicht so! Das wäre eigentlich nur ein Beweis dafür, dass wir keine Volkspartei sind. Wir sind es aber, und deswegen sind all diese Sorgen und Zweifel auch bei uns zu Hause.

Wir machen es uns nicht leicht bei solchen schweren Fragen. Das ist natürlich auch anstrengend, na klar! Aber die einfachen Antworten sind eben meist auch die falschen.

(BEIFALL)

Deshalb ist es gut, dass wir es uns schwer machen. Und es ist gut, dass es bei uns bei Fragen von Krieg und Frieden keinen Hurra-Patriotismus gibt, sondern Nachdenklichkeit.

(BEIFALL)

Lasst uns deshalb ein Beispiel dafür geben, wie respektvoll der Austausch der unterschiedlichen Auffassungen zur Lage unseres Landes und Europas sein kann.

Respekt in der Wortwahl, Respekt durch Zuhören und Respekt auch vor dem Argument derjenigen, deren Meinung wir nicht teilen. Und dann die gemeinsame Suche nach den richtigen Wegen. Das braucht das ganze Land, diesen respektvollen Umgang, und wir brauchen eine respektvolle Demokratie. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen mit gutem Beispiel voran.

(BEIFALL)

Im Falle des Syrieneinsatzes der Bundeswehr heißt das, dass gerade jetzt auch auf diejenigen zu hören ist, die Sorge haben, dass am Ende nur wieder die militärische Gewalt steht und der so dringend notwendige politische Prozess auf der Strecke bleibt. Die Sorge haben, dass auch Deutschland Schritt für Schritt in diesen militärischen Konflikt hineinrutscht und wir am Ende weit mehr tun, als Tank- und Aufklärungsflugzeuge zu schicken, wie wir es jetzt beschlossen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, die Frage nach Krieg und Frieden ist die vielleicht schwierigste Frage demokratischer Politik. Nirgendwo ist es so wichtig, dass die SPD dabei sensibel und verantwortungsbewusst handelt. Deshalb sage ich ganz bewusst: Wir wissen heute nicht, welche Anforderungen noch auf uns zukommen können. Darüber jetzt zu reden, hieße spekulieren. Aber eines verspreche ich Euch: Sollte das Mandat, das der Deutsche Bundestag in der letzten Woche verabschiedet hat, verändert und die direkte Beteiligung von Deutschland an Kampfhandlungen oder gar Bodentruppen in Syrien oder der Region eingefordert werden, dann werde ich als Vorsitzender der SPD die Mitglieder der SPD in Deutschland fragen. Sie müssen dann entscheiden, wie die Position der SPD ist. Wenn wir über Krieg und Frieden unsere Mitglieder nicht fragen, wann denn dann?

(BEIFALL)

Das sind die Einzigsten, die entscheiden dürfen, wie sich die SPD verhält. Niemand sonst hat das Recht, die SPD in einer solchen Frage zu positionieren.

Die Erfahrungen mit dem Mitgliedervotum zur Großen Koalition, wo uns ja auch alle neunmalklugen Beobachter gesagt haben, wir würden uns zerreißen, die zeigen doch das Gegenteil. Sie zeigen, dass es gerade bei schwierigen Fragen sicher ist, dass wir uns auf das Engagement und die Klugheit unserer Mitglieder verlassen können. Und außerdem übrigens zeigt man mit so etwas, was keine andere Partei in Deutschland zeigt, nämlich dass die Mitgliedschaft in einer Partei bei wichtigen, großen Fragen der Politik auch etwas wert ist und die Leute Einfluss nehmen können. Das können sie nur in der SPD.

(BEIFALL)

Gestern hat Gerhard Schröder in wirklich beeindruckender Weise Helmut Schmidt, Günter Grass und Egon Bahr geehrt. Alle drei kamen aus ganz unterschiedlichen Motiven zur Sozialdemokratie. Aber alle drei waren deutsche Patrioten, und zwar im besten Sinne des Wortes. Weil sie wussten: Wer das Beste für die Menschen in Deutschland und das Land sucht, der muss es im Herzen Europas verankern. In der bewegenden letzten großen Rede auf dem Bundesparteitag der SPD 2011 hat Helmut Schmidt gesagt:

„Wenn wir die Hoffnung haben wollen, dass wir Europäer eine Bedeutung für die Welt haben, dann können wir das nur gemeinsam. Denn als einzelne Staaten – ob Frankreich, Italien, Deutschland, ob Polen, Holland oder Dänemark oder Griechenland – kann man uns am Ende nicht mehr in Prozent-, sondern nur noch in Promillezahlen messen. Lasst uns Sozialdemokraten deshalb dafür arbeiten und kämpfen, dass die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche standfest und selbstbewusst hervorgeht!“

Das ist das Vermächtnis von Helmut Schmidt an seine Partei. Und das ist unsere Verpflichtung für die Zukunft unserer Arbeit.

(BEIFALL)

Demokratie und Frieden, Chancen für viele und soziale Gerechtigkeit – es war die Generation vor uns, die für diese Ziele schon gearbeitet hat. Heute verstehen wir: Nichts ist auf immer gesichert, und alles muss neu errungen werden. Mehr noch: Machen wir uns ernsthaft klar, um was es gerade in Europa geht: Das historische Projekt der Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen, wird infrage gestellt und angegriffen. Denn dieses historische Projekt der Sozialdemokratie ist doch, dass wir gemeinsam und im Frieden miteinander ein besseres Leben gestalten können als einzeln und gegeneinander. Dass übersteigerter Nationalismus, Intoleranz und Rassismus die Menschen immer ins Chaos und immer ins Elend geführt haben. Und genau diese Idee, liebe Freundinnen und Freunde, wird angegriffen – nicht irgendwo, sondern mitten im Herzen Europas!

Schaut Euch um: Die Rechte regiert in Ungarn und stellt sich gegen die europäischen Werte. Rechtsnationale haben die Wahlen in Polen gewonnen, und die erste Amtshandlung war es, das europäische Sternenbanner aus den Büros der Regierungsmitglieder zu entfernen. In Schweden sind die rechtspopulistischen „Schwedendemokraten“ in Umfragen stärkste Partei. In Finnland sind die „Wahren Finnen“ bei den Wahlen in diesem Jahr zweitstärkste Partei geworden, und sie sind sogar in die Regierung eingezogen. In den Regionalwahlen in Österreich hat die FPÖ wieder ihr Haupt erhoben, und in Großbritannien trägt die radikale

Rechte Nadelstreifen und nennt sich „United Kingdom Independence Party“. In Frankreich, dem Mutterland Europas, dem Mutterland der Demokratie, macht der „Front National“ Kampagnen mit dem Slogan „national und sozial“ und ist mit 28 Prozent stärkste Partei in den Runden der Regionalwahlen geworden.

Diese Bewegungen stehen gegen alles, wofür wir stehen, und alles, was uns ausmacht: Spaltung statt Zusammenhalt, Ausgrenzung statt Integration, Nationalismus statt Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten und offener Rassismus statt Menschlichkeit und Gemeinsinn.

Die deutsche und die europäische Sozialdemokratie führt in diesen Wochen und Monaten und in den vor uns liegenden zwei Jahren einen entscheidenden Kampf gegen diese nationalistische Rechte. Lasst uns den Feinden Europas und den Ideen gegen die Freiheit entschlossen entgegenreten! Das ist die wichtigste Aufgabe aller europäischen Sozialdemokraten.

Und an die deutschen und europäischen Konservativen muss man sagen: Ruft Euren Freund Sarkozy endlich zur Ordnung, der in Frankreich in den Wahlkreisen lieber den Rechtsradikalen zum Sieg verhilft, statt ihnen gemeinsam mit den französischen Sozialisten entgegenzutreten.

Es ist eine Schande für die europäischen Konservativen und auch für die deutsche CDU, dass sie so etwas zulassen und den Rechtsradikalen in Frankreich damit zu Erfolgen verhelfen! Eine große Schande für die konservativen Demokraten in Europa!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, aber seien wir ehrlich: Nicht erst seit dem Erstarren der Rechtsradikalen spüren wir die wachsende Entfremdung zwischen der sogenannten etablierten Politik, zu der die Menschen uns übrigens auch zählen, und großen Teilen unserer Bevölkerung. Parallel zu der wachsenden Verunsicherung erleben auch wir ein Anwachsen des rechten und auch des linken Populismus in Deutschland und Europa. Alle sozialdemokratischen Parteien Europas kämpfen dabei mit Politikenttäuschung, Politikmüdigkeit und Politikverachtung.

Schauen wir hinein in unsere Ortsvereine. Ich erlebe, wenn ich da unterwegs bin, auch viele, die sagen: „Na, Ihr da oben, Ihr seid doch in der Politik nur noch unterwegs, damit Ihr diese dicken Dienstwagen fahrt. So richtig auskennen tut Ihr Euch doch mit dem Alltag gar nicht mehr.“ - Das heißt, die Verdächtigung, es gehe uns nie um die Sache, sondern immer nur um eigene Interessen, ist inzwischen tief verankert, auch in unserer Bevölkerung, bis tief hinein in alle Parteien.

Ich gehöre ja nicht zu denjenigen, die den Ruf haben, mit jedem Interview und jedem Medium in ausgesuchter Höflichkeit umzugehen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ja, ein paar klatschen. Es gibt schon Situationen, wo ich mich hinterher frage, ob ich mich nicht besser für eine andere Wortwahl entschieden hätte.

(BEIFALL)

Da klatschen jetzt die Fans von Frau Schausten.

(HEITERKEIT)

Das ist in Ordnung. Wobei ich ehrlich sagen muss: Das Interview mit Frau Slomka hat die Wahlbeteiligung beim Mitgliedervotum deutlich nach oben gebracht, glaube ich.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Aber ich will auf etwas anderes hinaus. Wir haben manchmal einen harten Umgang zwischen Politik und Medien. Das ist auch gut so. Die müssen uns kontrollieren, dürfen keinen Respekt vor uns haben, und wir dürfen sagen, was wir denken. Aber eines müssen wir, vielleicht beide Seiten, wieder lernen: Nicht hinter jedem Bericht von denen und nicht hinter jeder Handlung von uns immer gleich einen taktischen Plan oder eine zynische Theorie zu vermuten, sondern uns ab und zu gegenseitig abzunehmen, dass wir das, was wir sagen, auch meinen.

(BEIFALL)

Ich finde, es zerstört das Vertrauen in die Demokratie, wenn wir bei jedem politischen Handeln so tun, als gäbe es keine Politiker mehr, die es ernst meinen. Als seien das alles Dummköpfe, die keine Ahnung haben oder die immer nur über ihre eigenen Interessen nachdenken. Ich treffe jedenfalls in meinem Alter - allemal bei den Ehrenamtlichen, aber auch bei unseren politischen Widersachern und Konkurrenten - vor allen Dingen Leute, die es ernst meinen. Mit denen ich nicht immer einer Meinung bin, die aber nicht immer einen geheimen Plan verfolgen, immer nur über Machtspielchen nachdenken, ausgrenzen wollen, damit sie selber etwas werden. Das ist eine Beschreibung des demokratischen Lebens, die nicht zutrifft. Das wäre nicht so schlimm. Aber wenn man das jeden Tag neu schreibt, dann glauben es die Leute irgendwann. Und wenn wir jeden Tag sagen, die Medien sagen nicht die Wahrheit, dann glauben die Leute auch das. Beide müssen lernen, respektvoller miteinander umzugehen, sich ernster zu nehmen und vielleicht auch das eine oder andere Interview gelassener zu führen. Das wäre vielleicht eine gute Sache.

(BEIFALL)

Ich sehe unter Euch einen Delegierten, der schon lange versucht, auf mich aufzupassen und bei dieser Bemerkung ein bisschen mit dem Kopf gewackelt hat. Weil er nicht glaubt, dass ich das schaffe. Rolf, ich werde Dich vom Gegenteil überzeugen. Professor Rolf Wernstedt, langjähriger Kultusminister in Niedersachsen und in seinem Zweitberuf Aufpasser auf Sigmar Gabriel. Kann man das so beschreiben?

(HEITERKEIT)

Jetzt mal ehrlich: Das sind ernste Zeiten, aber so ein bisschen dürfen wir unsere gemeinsame Fröhlichkeit ja auch nicht verlieren. Es gibt ein altes chinesisches Sprichwort: „Wer nicht lächeln kann, soll keinen Laden aufmachen.“ - Wir können lächeln, liebe Genossinnen und Genossen, das ist mal sicher.

(BEIFALL)

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen bei dem rechten Populismus aufpassen. Wir dürfen nicht einfach schnell über ihn hinweggehen. Denn die Populisten nehmen Stimmungen und Bewertungen auf, die in der Bevölkerung weiter verbreitet sind, als wir das glauben. Manche sind nicht nur am Stammtisch, sondern auch am Frühstückstisch zu Hause. Der wachsende Anteil der Nichtwähler ist ein deutlicher Fingerzeig darauf.

Wir sollten auf Menschen, die sich nicht mehr vertreten fühlen, nicht einfach abweisend reagieren. Genauso wenig sollten wir natürlich den rechten Sprücheklopfern hinterherlaufen. Beides ist grundfalsch. Vielmehr sollten wir uns mit den Motiven dieser wachsenden Entfremdung auseinandersetzen.

Die etablierte Politik - auch die der SPD - reagiert auf den erstarkten Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bisher vor allem mit Ausgrenzung. Gegenüber dem organisierten Rechtspopulismus mit seinen Hasstiraden bis hin zur offenen Morddrohung ist das garantiert auch die richtige Antwort und wirklich alternativlos.

Wenn es stimmt, dass ein öffentlich-rechtlicher Sender jetzt seinen Journalisten gegenüber sagt, man möge die AfD doch nicht mehr „rechtspopulistische Partei“, sondern nur noch „AfD“ nennen, dann, muss ich allerdings sagen, ist das genau der falsche Umgang. Wir bezahlen keine Rundfunkgebühren fürs Wegducken, sondern wir zahlen sie für das kämpferische Eintreten für die Demokratie.

(BEIFALL)

Deshalb ist es auch gut, dass das Verbotverfahren für die NPD jetzt endlich vor das Bundesverfassungsgericht kommt. Wir wollen - und ich wiederhole es ganz bewusst - für die rassistische Propaganda dieses Packs nicht auch noch Steuergelder ausgeben.

(BEIFALL)

Aber - jetzt kommt der schwierigere Teil - Ausgrenzung des Rechtsradikalismus allein reicht nicht. Denn wir merken ja, dass wir allein damit dem Erstarken der Rechtsextremen nicht entgegenreten können. Es muss deshalb ergänzt werden durch eine Dialogoffensive und politische Angebote der SPD an diejenigen, die keine Rechtsradikalen sind, sich aber auch abgewandt haben von unserer Demokratie und die sich in den politischen und wirtschaftlichen Elitendialogen längst nicht mehr wiederfinden. Ausschluss der Neonazis, aber Einschluss der Menschen, die verunsichert sind: Darum muss es gehen. Denn auf diese Verunsicherten setzen doch die rechten Einflüsterer. Umso mehr müssen wir Demokraten - und zuallererst wir Sozialdemokraten - um jede Seele kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen, um jede Seele kämpfen.

(BEIFALL)

Vor allem um die Menschen, denen unsere technischen und ökonomischen Erklärungen nicht ausreichen. Sondern die manchmal ganz einfache Fragen haben: Zum Beispiel warum ihre Bedürfnisse eigentlich immer zu kurz kommen. Warum nach 40 Jahren Arbeit ihre Rente immer noch unter Sozialhilfeniveau ist. Oder warum sie trotz harter Arbeit nicht vorankommen, der Staat aber in kurzer Zeit Milliarden für Bankenrettung, für Griechenland und für Flüchtlinge aufbringen kann.

Seien wir ehrlich: Genau diese Argumente und Fragen hören wir doch jetzt immer wieder, und es ist auch für uns manchmal nicht einfach, darauf verständliche Antworten zu geben, die die soziale Wirklichkeit verändern. Es ist vor allem eine Haltungsfrage, um die es dabei geht: Zuhören als ernst gemeintes Angebot. Und Voraussetzung für das Zuhören ist, dass man hingehört. Über soziale Fragen dürfen wir nicht nur in Parteiversammlungen sprechen, sondern wir müssen in die Brennpunkte gehen, wo die sozialen Fragen bitter und sehr konkret sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, das tut außer uns nämlich niemand - die CDU/CSU nicht, weil sie sich dafür zu fein ist. Die Grünen nicht, weil sie den Menschen, um die es geht, fremd sind, und die Linke nicht, weil sie den Menschen unrealistische Versprechungen macht und deshalb Angst vor dem Regieren hat.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stammen aus dem Arbeitermilieu. Und auch wenn wir seit Jahrzehnten keine Arbeiterpartei mehr sind, so sind wir doch vor allem für die da, die jeden Tag hart arbeiten und für die das Leben manchmal verdammt anstrengend ist in diesem Land.

(BEIFALL)

In dem Maße, in dem wir in die soziale Mitte der Gesellschaft eintauchen und dort tief verwurzelt sind und die Alltagsinteressen der Menschen im Blick haben, in dem Maße wachsen unsere Chancen im Kampf gegen die Feinde der Demokratie. Denn das wirksamste Mittel gegen Rechtsradikalismus ist eine Gesellschaft, in der sich die Menschen gut und sicher aufgehoben fühlen. In der ihre Arbeitsleistung angemessen entlohnt wird und sie Sicherheit für die Zukunft ihrer Kinder empfinden. Das in Deutschland und Europa wieder für möglichst alle Menschen erfahrbar zu machen - nicht nur darüber zu reden, sondern im Alltag erfahrbar zu machen -, das ist die Aufgabe der deutschen und der europäischen Sozialdemokratie. Das ist die einzige wirksame Strategie gegen das Anwachsen der rechten Hasstiraden und der Rechtspopulisten überall in Europa.

(BEIFALL)

Die hartgesottenen Feinde unserer freiheitlichen Demokratie sind noch eine kleine Minderheit. Aber Vorsicht: Sie sind eine entschlossene Minderheit, und ihr Projekt ist die Zerstörung unserer Demokratie und übrigens auch die Zerstörung des Sozialstaats.

Bei der AfD darf man nie vergessen, wo ihre Wurzeln liegen: Im gnadenlosen Liberalismus. Es waren Hans-Olaf Henkel und seine Professorenfreunde - meistens übrigens schön abgesichert im öffentlichen Dienst,

(BEIFALL)

deren Vorschläge die Unsicherheit im Land wieder vergrößern sollten. Die Feinde der Mitbestimmung, die Feinde der Arbeitnehmerrechte, die Feinde der sozialen Sicherheit. Diese Leute haben sich diese Brut, die heute bei der AfD sitzt, an die Brust gezüchtet. Und ich sage Euch: In der deutschen Geschichte war es schon immer so, dass diejenigen, denen der Sozialstaat ein Dorn im Auge war, am Ende die Geister, die sie gerufen haben, nicht mehr losgeworden sind.

(BEIFALL)

Der Kampf um soziale Fairness und Gerechtigkeit ist immer der beste Kampf gegen alle menschenfeindlichen Ideologien.

Apropos menschenfeindliche Ideologien. Ich sage Euch - aus meiner Sicht: Der Rechtsextremist und der aggressive Salafist haben ein enges und verwandtes Weltbild. Sie hängen beide einer Ideologie der Ungleichheit an. Hass auf Fremde, gewaltbereiter Antisemitismus, Hass auf emanzipierte Frauen oder auf Homosexuelle - so wenig, wie wir das den Neonazis durchgehen lassen, so wenig dürfen wir die Augen verschließen vor dem islamistischen Menschenhass. In beiden Fällen gilt: null Toleranz in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen! Null Toleranz in diesem Land!

(LEBHAFTER BEIFALL)

Wir müssen uns auch fragen, warum Europa eigentlich für so viele Menschen keine Bedeutung mehr hat. Gesine Schwan hat gestern darüber gesprochen. Europa ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem rein wirtschaftsliberalen Projekt geworden. Ein Binnenmarkt, der nicht das bessere Leben für alle in Europa zum Ziel hat, sondern in dem Konkurrenzkampf zum Selbstzweck erklärt wurde. Natürlich ist wirtschaftlicher Wettbewerb wichtig. Aber wenn er keine sozialen Regeln hat, macht er die Starken stärker und die Schwachen schwächer. Das ist das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft.

Ein Europa, das sich nicht kümmert, wenn 26 Millionen Menschen arbeitslos sind, darunter Millionen junger Leute, ein Europa, das erstarrt in seinen Floskeln und Routinen und zu gemeinsamer Politik nicht fähig ist, das wird zum Opfer der Nationalisten und der Rechtspopulisten.

Ich habe Angela Merkel übrigens immer wieder davor gewarnt, Frankreich diesen Sparkurs aufzudiktieren zu wollen, weil doch schon vor zwei Jahren absehbar war, dass es dabei nur einen Profiteur gibt - den Front National. Und dass nichts Deutschland und Europa mehr Geld kosten wird, als ein Sieg des Front National in Frankreich, und dass es Unsinn ist, die Sparschraube in dem Land anzudrehen und den Front National nach oben zu bekommen. Wenn die auf uns besser gehört hätten, dann wäre Frau Le Pen vielleicht noch nicht so weit, wie sie jetzt gekommen ist. So kann man mit einem Land nicht umgehen. Man muss schon hinschauen, wie die sozialen Verhältnisse in einem Land sind, wenn man ein gemeinsames Europa gestalten will, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Der große französische Sozialist und einer der großen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, hat gesagt: „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“. Da hat er wohl recht. Aber nach unserer Idee von Europa ist der Binnenmarkt ein Zweck, aber nicht das Ziel der europäischen Zusammenarbeit. Bei der europäischen Idee geht es um das Zusammenleben der Menschen. Die europäische Idee stellt das Gemeinwohl über das Einzelinteresse. Die europäische Idee stellt die kulturelle Vielfalt über den Zwang zur Anpassung, die Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, die nachhaltige Entwicklung vor die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur. Und vor allen Dingen stellt die europäische Idee die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt über Machtausübung und Dominanz.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer gekämpft gegen eine Klassengesellschaft, in der die einen Herren sind und die anderen die Knechte. Wir wollten immer Gleichheit und Bürgerrechte. Auch und gerade in Europa müssen wir uns gegen die Dominanz der Mächtigen gegenüber den Ohnmächtigen wenden. Auch und gerade dann, wenn wir selbst als Deutsche zu den Mächtigen gehören, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Eine solche Dominanz - das begreifen viele Konservative nicht - hält Europa auf Dauer nicht aus. Denn Respekt und Augenhöhe zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Staaten, gemeinsamer Wohlstand und sozialer Ausgleich - das ist die Idee von Europa. Und diese Idee wollen wir verteidigen und voranbringen. Die europäische Sozialdemokratie ist die einzige Kraft, die sich das auf ihre Fahnen geschrieben hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Noch ist diese Idee aber im Würgegriff der Arbeitslosigkeit. Das ist es, was Europa so verwundbar macht. Deshalb fällt es den Feinden der europäischen Idee so leicht, das europäische Haus mit nationalen Vorurteilen in Brand zu setzen. In unserem Kampf gegen die Nationalisten müssen wir deshalb den Kurs verändern, den Europa in den letzten Jahren eingeschlagen hat. Wir müssen den Teufelskreis brechen, dass verschuldete Länder sich bevormundet fühlen und zugleich die Überschussländer in Wut geraten, weil sie immer neue Kredite geben müssen. Es ist doch unglaublich: Wir mobilisieren Milliarden und Milliarden Euro an Rettungskrediten, um das europäische Finanzsystem zu stabilisieren, aber wir schaffen es nicht, in normalen und realen wirtschaftlichen Bedingungen die sozialen Bedingungen für die Menschen im Land zu verbessern.

Junge Leute mit Wünschen und Plänen ganz am Anfang ihres Lebens - Teenager, die von der Schule kommen, Studenten, die loslegen wollen mit Mitte 20 -, diese ganze Generation in Südeuropa und Teilen auch in Ost- und Westeuropa kennt in den Krisenländern heute keinen europäischen Traum mehr. Das ist doch der Unterschied zwischen denen und meiner Generation zum Beispiel. Als wir 15, 16, 17 waren, als unsere Generation in die Ausbildung oder zum Studium ging, da war doch Europa ein Signal des Aufbruchs und der Hoffnung. Wir fanden das fantastisch. Und heute? Für die ist Europa oft nur ein Symbol für Bürokratie, Technokratie und für 26 Millionen Arbeitslose. Die sinkenden Löhne und Renten bei ihren Eltern haben sie im Blick und Chancenlosigkeit bei sich selbst. Das darf so nicht bleiben! Denn die soziale Frage, das ist der eigentliche Sprengsatz, der das europäische Haus in Stücke fliegen lässt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wer davor die Augen verschließt, der wird zum Totengräber der Europäischen Union. Wer Europa will, muss Chancen schaffen, Schulen und Hochschulen bauen, in Städte und Gemeinden und in die kleinen und mittleren Betriebe investieren. Unternehmen müssen Arbeit und Einkommen ermöglichen. Dabei hat jeder Staat, jedes Land in Europa auch seine eigenen Aufgaben; keine Frage. Es ist nicht immer die Europäische Kommission, die für ihre Bürokratie schlechte Noten verdient. Die Mitgliedstaaten sind es oft, die sich verweigern. Staatsversagen in der Verwaltung und in der Steuererhebung, Ausbeuten des eigenen Landes durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten - wie jahrzehntlang in Griechenland - auch das gehört gesagt

und zur Misere Europas. Davor dürfen auch wir die Augen nicht verschließen, denn auch das sind immer Gerechtigkeitsfragen.

Wer Europa stärken will, der muss die Korruption bekämpfen und die Steueründer jagen.

(BEIFALL)

Zu den fünf weltweit größten Steuerhinterziehungsländern gehört außer Italien übrigens auch Deutschland. Die EU-Kommission schätzt, dass in Europa 1 Billion Euro an Steuern jährlich hinterzogen werden. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir davon nur 10 bis 15 Prozent bekommen würden, was für einen großen Marshall-Plan für Bildung, Wachstum und Arbeit in Europa könnten wir finanzieren! Es ist nicht wahr, dass kein Geld da ist, aber es wird nicht für das Richtige eingesetzt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir müssen Steuerdumping, Steuerbetrug und Steuervermeidung gemeinsam bekämpfen, und wir müssen aufhören, ausgerechnet die Reichsten in den Krisenländern mit Samthandschuhen anzufassen. Staatsanwaltschaften müssen grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Der Verfolgungsdruck muss steigen und was kriminell ist, das muss mit voller Härte geahndet werden. Denn die, die in Europa die Steuern hinterziehen, das, liebe Genossinnen und Genossen, sind doch die wahren Asozialen unseres Landes - und nicht diejenigen, die Sozialhilfe brauchen.

(BEIFALL)

Einer, der sich das seit Jahren auf seine sozialdemokratische Fahne geschrieben hat, kämpft dafür in Europa wie kein anderer: Martin Schulz.

(BEIFALL)

Martin, Dir haben wir es zu verdanken, dass wir eine unüberhörbare Stimme eines Sozialdemokraten für ein sozialeres und verantwortungsbewussteres Europa haben. Ihm ist es zu verdanken, dass das Europäische Parlament im Gefüge der Institutionen in der EU nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich an Macht und Respekt gewonnen hat.

Lieber Martin, Du findest immer klare Worte. Du hast keine Angst. Du kniest nicht vor scheinbaren Königsthronen, im Gegenteil: Da wächst Du zu großer Größe auf. Mehr europäische Demokratie: Mit diesem großen Ziel vor Augen stehst Du den Nationalisten und neuen Rechtspopulisten gegenüber. Wir sind stolz darauf, dass Du einer von uns bist, Martin. Große Klasse!

(BEIFALL)

Angesichts der gewaltigen Herausforderungen durch die Flüchtlingsbewegungen braucht Europa gegenseitiges Vertrauen und einen gemeinsamen Handlungswillen. Beides fehlt, und das merken jetzt auch wir Deutschen. Denn auch wir sind auf Hilfe angewiesen. Seien wir hier ehrlich: Wir finden in Europa bisher wenig bis kein Verständnis für unsere Flüchtlingspolitik. Die allermeisten Mitgliedsstaaten - und weiß Gott

nicht nur die Osteuropäer - halten uns für verrückt. Deshalb wollen sie uns auch keine Flüchtlinge abnehmen. Man darf das unfair und unsolidarisch nennen, aber man darf sich darüber keine Illusionen machen.

Ich glaube übrigens, dass wir mit diesen Ländern nicht Ausgrenzung betreiben dürfen, sondern reden müssen. Und ich glaube, dass wir sie nicht einfach verlieren und sagen dürfen: Mit denen wollen wir nichts mehr zu tun haben.

Ich bin zum Beispiel dagegen, dass wir denen, die keine Flüchtlinge aufnehmen, die Sozial- und Kohäsionsfonds kürzen. Aber ich bin dafür, dass diejenigen, die Flüchtlinge aufnehmen, mehr Geld bekommen, liebe Genossinnen und Genossen. So herum muss man es eigentlich machen.

(BEIFALL)

Schlimmer wiegt aber die Schadenfreude, die quer durch Europa zu finden ist - übrigens ganz besonders auch bei den konservativen Freunden der deutschen Union.

Helmut Schmidt hat mir drei oder vier Wochen vor seinem Tod bei meinem letzten Besuch bei ihm sehr ernsthaft gesagt, dass sich aus seiner Sicht jetzt der deutsche Hochmut räche und dass die Politik der Bevormundung vieler anderer Mitgliedsstaaten das Vertrauenskapital aufgezehrt habe, das zuvor über so viele Jahrzehnte aufgebaut wurde. Auch hier, finde ich, zeigt sich, dass unser Helmut immer einen ziemlich klaren Blick auf die Realitäten hatte.

(BEIFALL)

Ich glaube, dass die wirtschaftlichen Probleme Europas und die mangelnde Fähigkeit zur gemeinsamen Lösung der Flüchtlingskrise ganz viel miteinander zu tun haben. Länder mit hoher Arbeitslosigkeit nehmen keine Flüchtlinge auf, und Gesellschaften, die selbst sozial zerrissen sind, sind auch nicht in der Lage, Flüchtlinge zu integrieren.

Wir brauchen einen umfassenderen Ansatz. Es hilft nicht, jeden Tag und in immer schärferen Tönen das Versagen Europas bei der Flüchtlingskrise zu beklagen. Hören wir auf damit! Das verstärkt nur die Verbitterung und das Unverständnis auf allen Seiten, und das spielt übrigens den ideologischen Feinden Europas auf der politischen Rechten nur in die Hände.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wo vieles wankt, was wir in Europa für sicher gehalten haben, wo die Unionsparteien schwanken, wo nur noch Misstrauen, Schuldzuweisungen und Schadenfreude den Ton angeben, da müssen wir Sozialdemokraten uns gegen den antieuropäischen Zeitgeist stellen.

Erinnern wir uns und auch andere daran: Solidarität hat immer eine materielle Basis. Deutschland muss die Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme einfordern, ja. Aber wir müssen auch viel mehr als bisher bereit sein, anderen Ländern in Europa bei Wachstum, Beschäftigung und Investitionen zu helfen. Sonst wird das nicht zusammenkommen.

(BEIFALL)

Nur wenn wir beides zusammenbringen, haben wir eine Chance, wirklich politisch wieder zusammenzufinden.

Natürlich bewegt unser Land in diesen Wochen und Monaten nichts so sehr wie die große Zahl der Flüchtlinge, die nach Europa kommen - vor allen Dingen nach Deutschland. Ich weiß - das habe ich Euch gestern gesagt, und viele von Euch merken das ja auch -, dass auch in Deutschland zunehmend Menschen Angst haben. Und ich finde, es ist immer noch ein kleines Wunder, dass Deutschland zu einem Ort der Hoffnung für Millionen geworden ist. Überlegt einmal! 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 50 Jahre nach dem Ende des Auschwitz-Prozesses und 25 Jahre nach der Deutschen Einheit ist ausgerechnet Deutschland, das noch in der Generation unserer Eltern und Großeltern eine beispiellose Kette von Gewalt, Flucht, Vertreibung und Mord verursacht hat, heute Ziel der Hoffnungen und Sehnsüchte so vieler Menschen geworden, die Sicherheit und Zukunft suchen. Findet Ihr nicht, dass das eine phantastische Entwicklung unseres Landes ist?

(BEIFALL)

Natürlich stellt uns das vor große Herausforderungen, aber ganz ehrlich: Ich finde, wir können glücklich sein, dass wir vor schwierigen Aufgaben stehen, weil Deutschland als Land der Hoffnung gesehen wird, und dass wir nicht, wie früher, vor schwierigen Aufgaben stehen, weil Deutschland als Land der Bedrohung wahrgenommen wird. Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, wir haben glückliche Zeiten für unser Land - trotz aller Herausforderungen.

(BEIFALL)

Unglaublich viele Menschen tun in diesen Wochen und Monaten genau das Richtige: Sie helfen Menschen in Not, sie packen an, sie unterstützen und organisieren. Diese großartige Hilfsbereitschaft und Zivilcourage vieler Bürger ist das Beste, was unser Land zu geben hat.

Aydan Özoğuz ist unsere Ansprechpartnerin für alle, die jetzt helfen wollen. Sie ist aber noch mehr: Sie kennt die Fehler der Integration, und sie weiß auch, was das für ein Land ist. Sie hilft uns mit Menschen, die dieses Wissen und die Integrationsfähigkeit haben, die Fehler nicht noch einmal zu begehen und denen, die kommen, zu sagen, in welches Land sie kommen. Aydan ist die Repräsentantin für die vielen Kulturdolmetscher, die wir in Deutschland haben. Das ist eine tolle Arbeit. Vielen Dank, Aydan, für diese großartige Arbeit.

(BEIFALL)

Und noch einem Teil unseres Landes sind wir zu Dank verpflichtet - ich sage das ganz bewusst: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltungen.

(BEIFALL)

Ihre Einsatzbereitschaft, ihre Verantwortung und ihre Hilfsbereitschaft widerlegen jeden Tag die dummen

Vorurteile über den öffentlichen Dienst, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben einen großartigen öffentlichen Dienst - insbesondere in den Kommunen mit den Bürgermeistern und Landräten. Ich finde, dass wir gerade auf diesen Teil unseres Landes stolz sein können. An alle Kommunalpolitiker, die heute hier sind: Grüßt Eure Freundinnen und Freunde, von mir aus auch die schwarzen.

Ihr macht das alle gut in den Kommunen! Ohne Euch würden wir das nicht schaffen! Vielen Dank an Euch!

(BEIFALL)

Ich habe Euch gestern schon gesagt, dass wir auch darüber reden müssen, dass selbst bei den Helfern die Fragen lauter werden: Kriegen wir das wirklich hin? Ist mein kleiner Beitrag nicht bloß ein Tropfen auf den heißen Stein? - Die Wahrheit ist, dass alle Anstrengungen der Integration nur dann gelingen können, wenn wir das Tempo, in dem die Menschen zu uns kommen, verringern.

Über noch etwas müssen wir uns im Klaren sein: Es ist leicht, eine Willkommenskultur in gut klimatisierten Sitzungsräumen des Bundestages oder Redaktionsstuben von Medien zu entwickeln - oder in besseren Wohngegenden, wo kein Flüchtlingsheim hinkommt. Die wahren Helden der Integration unseres Landes sind aber diejenigen, die die Probleme und Konflikte der Zuwanderung mitbekommen und aushalten und trotzdem helfen und sich nicht von den Ausländerfeinden bequatschen lassen.

(BEIFALL)

Sie leben in den Stadtteilen, wo die Temperatur auch jetzt im Winter steigt, weil man dort der Hitze der kulturellen Reibungen und Konflikte nicht entgehen kann. Es sind die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die beides in sich tragen: Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft und gleichzeitig die bange Sorge, dass es im kommenden Jahr nicht noch einmal so hohe Zahlen sein dürfen. Weil sie nicht mehr sehen, wie sie das schaffen sollen! Diese ganz normalen Bürgerinnen und Bürger stemmen den Alltag der Flüchtlingsintegration. Sie erleben die Anstrengungen, die kleinen und größeren Konflikte - und übrigens manchmal auch das Gefühl der Unsicherheit und Fremdheit. Und trotzdem lassen sie sich nicht aufhetzen! Trotzdem lassen sie sich nicht von den Falschen vereinnahmen! Deshalb nenne ich sie die wahren Helden der Integration. Diese Alltagshelden der Integration dürfen wir nicht verlieren, liebe Genossinnen und Genossen! Die dürfen wir nicht verlieren!

(BEIFALL)

Sie erwarten zweierlei von uns: dass wir nicht so tun, als ob wir jedes Jahr noch eine Million Flüchtlinge aufnehmen könnten, sondern dass wir die Geschwindigkeit der Zuwanderung pro Jahr verringern. Übrigens erwarten sie auch von uns, dass wir die Kontrolle über die Zuwanderung zurückgewinnen. Deshalb war es so wichtig, dass wir gestern hier auf dem Parteitag mit einer so überwältigenden Mehrheit drei Pfeiler für den Neustart der Flüchtlingspolitik beschlossen haben, den Deutschland so dringend braucht:

Erstens: dass unser Land hilfsbereit und offen bleiben muss für Menschen, die aus Krieg, Bürgerkrieg, Not und Verfolgung fliehen, und dass wir das Asylrecht unserer Verfassung nicht antasten werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Helfen heißt, die, die kommen, anständig zu behandeln und nicht jeden Tag über die Frage nachzudenken, was man noch machen kann, damit der Eindruck entsteht, man wolle sie nicht gut behandeln.

Ich war gestern Morgen nebenan in der Flüchtlingsunterkunft. Da ist mir ein kleiner Junge, anderthalb oder zwei Jahre alt, entgegengekommen, bei dem man gesehen hat, dass er eine schwere Fehlstellung beider Augen hat. Ich habe gefragt: „Wie ist es denn hier?“ – „Na ja, er hat immer noch keinen Termin bei einem Arzt und vermutlich vor allen Dingen nicht einen Termin für eine längere Behandlung, die er ganz sicher braucht.“ - Ich verstehe nicht, warum bei jeder Debatte über Menschen, die solche Hilfen brauchen, über Behinderte, über Menschen in Not unser Koalitionspartner immer gleich Angst hat, das wäre der nächste Pull-Faktor für noch mehr Menschen, die zu uns kommen.

(BEIFALL)

Ich bin mir ganz sicher: Ein Blick in die Augen dieses kleinen Kindes überzeugt jeden, der noch Fragen zu solchen Integrationsaufgaben hat, die wir haben.

Aber eines geht auch nicht: Man kann sich nicht morgens dafür feiern lassen, dass man eine Million Flüchtlinge nach Deutschland holt, und abends im Koalitionsausschuss jedes Mal einen neuen Vorschlag machen, wie man sie schlechter behandeln könnte. Diese Doppelstrategie machen wir nicht mit!

(BEIFALL)

Die zweite Säule des Neustarts der Flüchtlingspolitik ist, dass wir mehr dafür tun wollen, die Lebensbedingungen im Libanon, im Irak, in Jordanien und in der Türkei zu verbessern, damit eben nicht so viele gezwungen werden, sich auf die Flucht zu begeben.

Drittens: dass wir die Außengrenzen der EU gegen Schlepper und Menschenhändler sichern, damit wir statt chaotischer und lebensgefährlicher Flüchtlingsrouten Flüchtlingskontingente sicher nach Deutschland und Europa bringen.

Das ist unsere Alternative. Diese drei Pfeiler sind unsere Alternative zu der dummen und nutzlosen Obergrenzendiskussion.

(BEIFALL)

Ich wiederhole es, damit das niemand falsch versteht: Ich bin gegen eine Obergrenze, weil man die sowieso nicht einhalten kann. Ich bin nicht dafür, Flüchtlingszahlen nicht zu reduzieren. Ich finde, es muss Klarheit herrschen. Wir können nicht immer zwei Veranstaltungen machen: eine auf dem Parteitag und eine mit den Kommunalpolitikern. Wir müssen schon eine Partei sein. Das kann man mit ganz großen Zahlen machen, die trotzdem zu uns kommen können. Aber wir müssen helfen, ordnen und auch steuern. Das muss uns gelingen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Vor allen Dingen müssen wir helfen, die eigentliche Fluchtursache, vor allem den Bürgerkrieg in Syrien, zu beenden. Ihr habt das gestern gehört: Niemand hat dafür in den letzten Monaten so viel gearbeitet wie unser Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.

(BEIFALL)

Lieber Frank, Du hast gestern in einer fulminanten Rede die Ziele, die Kraft und auch die Erfolge sozialdemokratischer Friedenspolitik vor Augen geführt. Wir werden darin niemals nachlassen. Dafür stehst Du mit Deinem Namen und Deiner ganzen Energie ein. Ich bin ganz sicher, Frank: Nicht nur die SPD und ihre Wählerinnen und Wähler sind Dir dankbar. Ich glaube, das ganze Land ist Dir für diese Aufgabe und auch für die Erfolge dabei dankbar.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Das Gleiche gilt für Barbara Hendricks, die zurzeit als Bundesumweltministerin in Paris verhandelt, um ein wirksames internationales Klimaschutzabkommen durchzusetzen. Denn die globale Erwärmung, die Ausbreitung der Wüsten, die Zerstörung der Lebensräume, die ganze Regionen unbewohnbar macht, sind doch auch Fluchtursachen - nicht erst morgen, sondern schon längst. Lasst uns ihr von hier aus zurufen: Liebe Barbara, wir drücken Dir und Deinen engagierten Kolleginnen und Kollegen die Daumen, dass Ihr am Ende Erfolg habt und einen Schritt schafft das ist ohne Pathos, ohne Übertreibung, die Welt zu retten und gleichzeitig Menschen ihre Heimat zu belassen! Das ist eine großartige Arbeit, der Ihr Euch dort widmet!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Sicherheit und Gerechtigkeit sind aber nicht mehr nur das Privileg Europas oder des Westens. Wir müssen sie genauso international vertreten und fördern, wo wir nur können.

Manchmal wird man ja gefragt: Was ist eigentlich die große Idee der Sozialdemokratie heute, wo Ihr national so viel erreicht habt? Welches ist Eure große Vision? - Ich kann sie Euch sagen für mich ist sie jedenfalls klar: Dafür zu sorgen, dass Globalisierung endlich Gerechtigkeit für alle heißt und nicht nur Reichtum für wenige. Das ist unsere Vision, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Dafür brauchen wir aber keinen neuen Nationalismus, sondern dafür brauchen wir einen neuen Internationalismus. Viel muss sich ändern, um dieses Ziel zu erreichen. Manches wird lange dauern. Aber erinnert Euch: Als sich die ersten Sozialdemokraten es waren ganze zwölf 1863 in Leipzig das erste Mal trafen, wussten sie auch nicht, wann sich ihre Ziele erfüllen. Aber sie wussten eines: Man muss anfangen, sonst wird es nie etwas. So wie wir es in einem 100 Jahre langen Kampf geschafft haben, den Kapitalismus im Nationalstaat zur sozialen Marktwirtschaft zu zähmen, so müssen wir es nun in Europa und eigentlich auch international schaffen.

Nur haben wir für manches keine 100 Jahre mehr Zeit. Das klingt von heute aus gesehen fast unmöglich - aber es ist nicht weniger utopisch als vor 152 Jahren die Forderung nach der Abschaffung des Kaiserreichs, nach dem Achtstundentag oder nach freien und gleichen Wahlen für Männer und Frauen. Diese Forderungen

müssen sich damals ungefähr so angehört haben wie heute die Forderung nach globaler Gerechtigkeit. Liebe Genossinnen und Genossen, warum sollten wir es nicht ein zweites Mal schaffen?

(BEIFALL)

Und es gibt Dinge, mit denen man sofort beginnen kann: zum Beispiel weniger Waffen zu exportieren.

(BEIFALL)

Noch viel zu häufig sind wir gezwungen, Beschlüsse und Verträge früherer Bundesregierungen zu vollziehen. Aber seit eineinhalb Jahren haben wir begonnen, diese Rüstungspolitik zu ändern und zu stoppen. Vor allem die Ausfuhren von Kleinwaffen - denn das sind die Lieblingswaffen der Bürgerkriege - haben wir halbiert. Denn nicht die Höhe der Rüstungsexporte ist entscheidend. Vier Tankflugzeuge nach Großbritannien in diesem Jahr sind ein Riesenvolumen, aber ganz ungefährlich. 10 000 Sturmgewehre in den Nahen Osten würden bei Weitem nicht so viel kosten - das sind kleine Zahlen - sind aber um ein Vielfaches gefährlicher. Deshalb liefern wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir haben dafür gesorgt, dass Deutschland die geringsten Exporte bei Kleinwaffen seit 15 Jahren hat. Genauso haben wir die Ausfuhren in die Entwicklungsländer drastisch reduziert. Wir kontrollieren, wo die Waffen bleiben, und wir machen vor allem mit einer Sache endlich Schluss: Frühere Regierungen haben Lizenzfertigungen von deutschen Kleinwaffen - mitten in die Spannungsgebiete hinein - genehmigt. Wir haben in der Bundesregierung durchgesetzt, dass solche Lizenzproduktionen in Zukunft verboten sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir haben übrigens auch dafür gesorgt, dass den Unternehmen Förderprogramme angeboten werden, damit sie mit ihrer technischen Intelligenz etwas anderes entwickeln können als Waffen. Denn die Arbeitsplätze wollen wir ja behalten.

Wir sind noch nicht am Ende dieses Weges - ganz im Gegenteil. Aber ich finde, nach eineinhalb bzw. zwei Jahren kann sich die Bilanz sehen lassen. Und ich verspreche Euch: Auf dem Weg werden wir weitergehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Im Inland stehen wir jetzt vor einer doppelten Aufgabe der Integration: Zum einen die zu integrieren, die zu uns kommen, aber zum anderen vor allem auch diejenigen zusammenzuhalten, die im Land leben. Wir sind verantwortlich für die realen Bedingungen, damit das Menschenrecht auf Asyl Bestand hat und nicht erneut von einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern infrage gestellt wird. Niemals dürfen wir zulassen, dass die Flüchtlinge gegen die hier Lebenden ausgespielt werden. Wer das tut - sei es bewusst oder einfach nur durch eine falsche Sozialpolitik - der muss auf den energischen Widerstand der Sozialdemokratie stoßen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb brauchen wir jetzt auch keinen Wohnungsbau für Flüchtlinge, sondern Wohnungsbau für alle, die in Deutschland bezahlbare Mieten brauchen.

(BEIFALL)

Seit mehr als einem Jahr versuchen wir, das in der Bundesregierung mithilfe von Barbara und allen anderen durchzusetzen. Jetzt endlich kommt es in Gang - und manchmal ist es ein Elend, wenn man dabei zusehen muss, dass die Probleme größer werden, weil einige andere die Augen davor verschließen. Es ist wirklich dumm gewesen, nicht viel früher damit anzufangen.

(BEIFALL)

Und natürlich ist es heller Wahnsinn, ausgerechnet jetzt den Mindestlohn infrage zu stellen. Und ich bin froh, dass viele Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände sagen: „Das machen wir nicht“ Herr Wansleben sitzt hier unten und nickt. Denn die wissen auch, dass sozialer Sprengstoff entsteht, wenn man die Armen, die kommen, gegen die Armen, die da sind, ausspielt. Dann schiebt man den Brandsatz mitten rein in die Gesellschaft. Das werden wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Was wir deshalb jetzt dringend brauchen, ist ein Programm für gesellschaftlichen Zusammenhalt - ein Programm, das beweist, dass wir in unserem Kampf nicht wegsehen und niemanden zurücklassen oder verdrängen: Nicht die alleinerziehende Mutter, die dringend einen Ganztagsschulplatz braucht, um überhaupt arbeiten gehen zu können. Übrigens wäre das ein großer Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut. Wir werden ja für die Bundestagswahl 2017 erst noch ein Programm schreiben, aber ich sage Euch: Ganz oben muss stehen, dass wir den Kampf gegen die Kinderarmut - und es leben 2,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze in unserem Land - aufnehmen. In einem der reichsten Länder der Erde darf uns das nicht egal sein.

(BEIFALL)

Wir wollen auch nicht die Hauptschüler zurücklassen, die zwar nicht den besten Schulabschluss geschafft haben, aber trotzdem jetzt die Lehre anpacken und erstes Geld verdienen.

Wir können und wir dürfen die Gerechtigkeitsfragen unseres Landes nicht liegen lassen. Gerade jetzt müssen wir sie anpacken, damit Integration und Zusammenhalt gelingen. Dazu gehört übrigens auch, dass Menschen, die hart arbeiten, bessere Löhne brauchen. Eine Verkäuferin verdient - wenn sie Glück hat und einen Tariflohn bekommt - netto um die 1.300 Euro. Aber wie gesagt: nur, wenn sie Glück hat. Viele verdienen weniger wegen fehlender Tarifverträge oder weil sie nur einen Teilzeitjob finden.

Altenpflegerinnen und Altenpflegern geht es nicht viel besser. Und auch mit einem Facharbeiterlohn im Osten von unter 2.000 Euro trotz Schichtbetrieb kann man keine weiten Sprünge machen. Die Arbeitsleistung, die hinter diesen Berufen steht, ist jedenfalls viel höher als der Lohn, den die Menschen dafür bekommen.

(BEIFALL)

Auf der anderen Seite der Gesellschaft sind schon beim mittleren Management die Monatsgehälter zehnfach so hoch - und bei denen ganz oben 100- bis 200-fach. Damit ist jedenfalls eines klar: Mit persönlicher Leistung haben diese Gehaltskategorien nichts zu tun, liebe Genossinnen und Genossen.

Nun muss ich zugeben, dass jedenfalls mir Sozialneid fremd ist. Von mir aus können ganz viele Menschen in Deutschland Millionäre werden. Ich habe nichts dagegen. Es sei ihnen gegönnt. Aber dann müssen auch die, die den ganzen Wohlstand erarbeiten, wieder besser von ihrer Arbeit leben können, liebe Genossinnen und Genossen. Beides gehört zusammen.

(BEIFALL)

Handwerksgesellen, Facharbeiter, Angestellte - das waren früher mal Berufe, von denen man nicht nur leben, sondern mit denen man vor allem auch teilhaben konnte an der Entwicklung der Gesellschaft. Ihr kennt sie doch noch von Euren Eltern und Großeltern, die kleinen Träume von den eigenen vier Wänden. Die konnten sie wahr werden lassen. Und für die Kinder, für uns, wurde noch etwas zurückgelegt, wenn es irgendwie ging. Wenn man so etwas heute erzählt, dann klingt das für heutige Generationen manchmal wie ein Märchen aus vergangenen Zeiten. Das Leben und die Teilhabe am Wohlstand in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wieder für alle, die arbeiten, bezahlbar werden. Das muss die SPD machen.

(BEIFALL)

Der Mindestlohn reicht dafür nicht aus. Eigentlich ist es eine Schande, dass wir überhaupt einen brauchen.

(BEIFALL)

Gute Tariflöhne wollen wir, und vor allem, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit auch endlich gleichen Lohn erhalten. Liebe Manuela, gib nicht auf bei dem Kampf dafür!

(BEIFALL)

Es geht wirklich um mehr als Flüchtlingspolitik. Es geht um Gesellschaftspolitik, und zwar um große und auf ein Jahrzehnt angelegte Gesellschaftspolitik: Förderung von Familien, Bildungsinvestitionen, Städtebau, Arbeitsmarktpolitik. Es geht um die Sicherung des Sozialstaates genauso übrigens wie um die Stärkung des Rechtsstaates.

Wie nie zuvor müssen wir in Bildung und Chancengleichheit investieren. Das alles ist schwer, und es kostet auch Geld. Aber noch teurer wird es, liebe Genossinnen und Genossen, wenn unsere Gesellschaft sich spaltet und auseinanderdriftet.

Die SPD hat seit 152 Jahren eine Kernkompetenz: Wir sind die Expertinnen und Experten für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Keiner kann das besser als wir - und die Gewerkschaften.

(BEIFALL)

Vor uns sitzen Alexander Kirchner, Vorsitzender der EVG - den Älteren unter uns noch besser bekannt als Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands - und Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE. Herzlich willkommen, Ihr beiden! Wir freuen uns, dass Ihr hier bei uns seid.

(BEIFALL)

Wir sind Experten: Wir wissen, für Integration brauchen wir einen starken Sozialstaat. Aber übrigens auch einen starken Rechtsstaat - auch in der inneren Sicherheit und bei der Polizei. Wir müssen für Sicherheit sorgen können. Soziale Sicherheit und innere Sicherheit - beides gehört zusammen. Und damit meine ich nicht nur den Schutz vor Terrorismus, sondern vor allen Dingen das, was Menschen in den letzten Jahren ja schon immer wieder bewegt: der Schutz vor wachsender Alltagskriminalität. Auch das gehört zu den Kernaufgaben der SPD, wenn wir über Sicherheit reden.

Deswegen war es übrigens richtig, dass wir die 3.000 Stellen bei der Bundespolizei jetzt umgesetzt haben. Denn es kann doch nicht sein, dass, wenn die Bundespolizei an den Grenzen gebraucht wird, dann die Sicherheit am Bahnhof und in den Innenstädten darunter leidet. Das müssen wir unseren Bürgern doch beides ermöglichen. Deswegen war es richtig, mehr Stellen einzustellen.

(BEIFALL)

Aber ich sage Euch: Es gilt beim Thema innere Sicherheit das, was bei der sozialen Sicherheit auch gilt: Nur ganz reiche Leute können sich einen armen und schwachen Staat leisten. Die haben im Zweifel genug Geld, um sich persönlichen Schutz zu kaufen. Alle anderen Bürger sind darauf angewiesen, dass der Staat ausreichend auch für soziale und für innere Sicherheit sorgt. Beides sind Kernkompetenzen der SPD. Lasst uns das in den nächsten Wochen und Monaten deutlich machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Gerade ein Einwanderungsland braucht einen Staat, der handeln kann und Achtung genießt. Da geht es nicht nur um Finanzen. Es geht vor allen Dingen darum, dass eine vielfältigere Gesellschaft auf starke Institutionen angewiesen ist, weil nur sie es sein können, die Vertrauen stiften. Der Staat muss in der Lage sein, sowohl das Gemeinwohl zu fördern als auch seine Regeln durchzusetzen. Ein Staat, der das nicht kann, verliert an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz.

Niemand kann erwarten, dass Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder sonst woher bei Grenzübertritt Verfassungspatrioten in Deutschland werden. Aber Heiko Maas, unser Justizminister, hat recht, wenn er sagt: „Alle, die kommen und bleiben wollen, müssen lernen, in was für ein Land sie gekommen sind.“ Was es für uns heißt, frei zu leben. Denn Deutschland ist kein beliebiges Land. Und Thomas Oppermann hat zu Recht gesagt: „Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung, das ist die Leitkultur.“ Und daran wird sich nichts ändern, liebe Genossinnen und Genossen, daran wird sich nichts ändern.

(BEIFALL)

Wir tun den Einwanderern keinen Gefallen, wenn alles beliebig ist. Wir brauchen Klarheit darüber, dass die, die kommen, bereit sein müssen, unsere Verfassung, unsere Kultur, unsere Lebensgewohnheiten, unseren

Freiheitssinn und den Konsens von Gleichstellung in der Gesellschaft zu respektieren. Klarheit darüber, dass wir ein Land der Religionsfreiheit sind, aber dass wir keinen religiösen Fanatismus dulden. Klarheit auch darüber, dass Antisemitismus in diesem Land nicht hingenommen wird.

(BEIFALL)

Wisst Ihr, Flüchtlinge aufzunehmen ist richtig. Aber wir müssen sie jetzt auch mitnehmen. Ihnen die Regeln unseres europäischen Zusammenlebens erklären, nahebringen und übrigens notfalls die Einhaltung dieser Regeln auch erzwingen. Das ist vielleicht die gewaltigste Aufgabe, die wir in Europa und Deutschland haben. Denn - lasst uns ehrlich sein - dieser Kontinent - und auch unser Land - hat mehr Erfahrungen mit misslungener Integration als mit gelungener. Aus den Fehlern müssen wir lernen.

Deutschland und ganz Europa muss viel besser werden bei der nachhaltigen Integration. Das ist leichter gesagt als getan. Fördern und Fordern - beides brauchen wir. Und vor allem brauchen wir einen langen Atem. Und wir dürfen uns bei dieser Aufgabe der Integration keinesfalls nur auf die unglaublich große Einsatzbereitschaft der Ehrenamtlichen stützen. Sie ist wichtig und unverzichtbar. Aber lasst uns auch eines klar sagen: Integration ist Staatsaufgabe. Sonst wird aus dem Satz: „Wir schaffen das“ nämlich schnell der Satz: „Ihr schafft das schon.“ Und das dürfen wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Schnell wird gefragt: Wie sollen wir das bezahlen? Na klar ist das nicht einfach, vor allen Dingen, weil wir es nicht durch Schuldenmachen bezahlen wollen. Eine solide Finanzpolitik hilft, um Herausforderungen zu meistern. Aber etwas gegen die Unfairness und Ungerechtigkeit des Steuersystems zu tun, ist eine der Finanzierungsquellen. Steuergestaltung, dass man auf Einkommen aus Kapital weniger Steuern bezahlt als auf das aufgrund von ehrlicher Arbeit, auch das ist etwas, was wir ändern können.

(BEIFALL)

Ich wusste, dass ihr jetzt klatscht. Aber wenn wir Helmut Schmidt ehren, müssen wir auch eine andere Wahrheit von ihm hier akzeptieren, und ich finde, es darf uns nicht schwerfallen. Denn mehr als alles andere hilft es, die finanziellen Herausforderungen zu bewältigen, wenn unsere Wirtschaft gut wächst. Was wäre in diesem Land wohl los bei steigender Arbeitslosigkeit, bei sinkenden Wachstumszahlen? Wir hätten schon längst riesige Verteilungskämpfe, und dabei verlieren, wie wir wissen, immer die Schwachen. Je erfolgreicher unsere Unternehmen sind, je mehr sie Arbeit und Beschäftigung schaffen, desto mehr schaffen sie auch staatliche Einnahmen, die wir zu dieser Zeit brauchen.

Auch wenn ich weiß, dass die Beifallstürme bei diesem Vergleich unter Sozialdemokraten vermutlich überschaubar sind - ich setze auf Sie, Herr Wansleben -, sage ich: Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer um einen Prozentpunkt bringt mal gerade Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden Euro. Aber ein höheres Wachstum von nur einem halben Prozent bringt mehr als das Doppelte, liebe Genossinnen und Genossen.

(ZURUF)

Ja, ich wusste, dass einer ruft: Müssen wir beides machen!

(BEIFALL)

Es nützt ja nichts, wenn ich hier eine Rede halte, mit der ihr nur einverstanden seid; das geht ja auch nicht. Dann wäret ihr irritiert und ich auch.

(HEITERKEIT)

Wir werden darüber noch reden. Aber es macht keinen Sinn, sich über diesen Zusammenhang keine Gedanken zu machen; denn wir brauchen höheres Wirtschaftswachstum. Wenn ich ehrlich bin, dann weiß ich, dass wir ein starkes Land sind. Wir haben eine der stärksten Volkswirtschaften in der Welt. Das Durchschnittswachstum ist höher als sonst überall. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tief; der Schuldenstand auch. Wir haben starke Unternehmen, qualifizierte Beschäftigte. Wir haben ein unglaublich gutes Innovationsmodell.

Trotzdem mache ich mir Sorgen, dass wir zu viel daran glauben, dass das automatisch so weitergeht. Meine Sorge ist, dass das Erste, was schiefliegt, der Tag ist, an dem man glaubt, es läuft immer gut. Deswegen finde ich, müssen wir über die Frage reden, was wir dafür tun können, dass wir auch in zehn Jahren noch gut und sicher leben und nicht nur heute und morgen.

(VEREINZELT BEIFALL)

- Herr Wansleben, Sie dürfen klatschen, auch wenn Sie der Einzige sind.

Ich glaube, dass das zu den Kernaufgaben der SPD gehört. Denn ich meine: Was passiert denn bei geringerem Wirtschaftswachstum? Die Verteilungskämpfe, die dann losgehen, gehen doch immer zu Lasten der kleinen Leute. Dann geht die alte Leier los: Wie finanzieren wir die Rente? Wie bezahlen wir die Sozialversicherung? Wie ist das mit dem Geld für Bildung? All das, finde ich, müssen wir uns ersparen und deshalb darüber reden, wie wir Wettbewerbsfähigkeit in diesem Land erhalten.

Übrigens: Wir setzen dabei ja etwas um, was noch vor ein paar Jahren als total unmodern galt. Ich meine, die Wahrheit ist doch, dass unser Modell einer sozialen Marktwirtschaft sich bei wirtschaftlichem Erfolg durchgesetzt hat und die Neoliberalen heute vor den Trümmern ihrer volkswirtschaftlichen Theorien stehen.

(BEIFALL)

Aber das Erreichte ist eben nicht sicher. Wir leben von der Substanz, die vor uns aufgebaut wurde. Heute wird in der Öffentlichkeit meist darüber diskutiert, was wir alles nicht wollen: große Infrastrukturprojekte nicht, Stromtrassen nicht, Freihandelsabkommen nicht. Wir wissen genau, was wir nicht wollen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich habe gedacht, da klatschen mehr. Gott sei Dank waren es nicht so viele.

(HEITERKEIT)

Das kommt noch, oder? - Aber etwas Ernsthaftes ist das Problem: Man kann für alles ein Argument finden. Aber was wir meistens nicht bereden in diesem Land, ist die Frage, was wir wollen, was wir durchsetzen wollen, wie wir Wohlstand, soziale Sicherheit, Umweltschutz und Teilhabe auch morgen noch sichern. Einfach nur zu allem Nein zu sagen, ohne zu sagen, was man stattdessen machen will, um wirtschaftliche Entwicklung beizubehalten, gute Arbeit, guten Lohn, das reicht eben nicht.

Die Frage nicht einmal zu stellen, sondern den Status Quo einfach zu erhalten und sich darauf auszuruhen, das ist ein Riesensisiko für künftige Entwicklungen in den kommenden Jahren. Ohne mehr Investitionen, ohne wirkliche Innovationen, ohne moderne Infrastruktur, ohne die Internationalisierung unserer Wirtschaft und ohne die Integration aller Qualifikationen in unsere Volkswirtschaft werden wir nicht erfolgreich und nicht wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb müssen wir investieren. Investitionen sind unsere Zukunft, und die SPD muss Treiber dieser Modernisierung unserer Volkswirtschaft sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Zur Wahrheit gehört auch, dass die fünf stärksten Unternehmen in den USA weniger als 30 Jahre alt sind und dass diese fünf Unternehmen das Doppelte an Börsenkapital haben wie alle unsere DAX-30-Unternehmen zusammen. Das letzte neu geschaffene Unternehmen aus Deutschland mit einer globalen Marke ist SAP und wurde 1972 gegründet. Sicher, wir haben Gott sei Dank viele kleine und mittelständische Weltmarktführer. Aber, Genossinnen und Genossen, wir brauchen mehr Gründungsdynamik in Deutschland. Wir brauchen mehr Unternehmer. Wir brauchen eine Gründerszene, die sich in der digitalen Welt behaupten kann. Denn ohne Start-Ups wird die Digitalisierung nicht gelingen.

Es gibt übrigens einen interessanten Bericht der führenden Wirtschaftsnationen der Welt. Die OECD ist nicht zwangsläufig das Zentralkomitee deutscher oder europäischer Sozialdemokraten. Aber trotzdem ist es spannend, was sie uns ins Stammbuch schreiben. Sie schreiben: Ihr in Deutschland braucht Reformen. Sie fordern von uns den Abbau von Bildungsprivilegien. Bildungschancen von der Herkunft zu entkoppeln, den sozialen Aufstieg zu ermöglichen, gerade auch für Kinder aus nicht so wohlhabenden Elternhäusern.

(VEREINZELT BEIFALL)

Sie fordern, die zu große Einkommensungleichheit zu beseitigen, weil sie diese als ein Wachstumshemmnis in Deutschland sehen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Sie fordern gute und produktivitätsorientierte Löhne, aber auch eine gezielte Abgabentlastung für die unteren Einkommensgruppen. Und sie kritisieren die mangelnde Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben und bezeichnen diese als Blockade der wirtschaftlichen Modernisierung. Ich finde, die OECD hat ein schönes sozialdemokratisches Modernisierungsprogramm formuliert, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb muss es die Aufgabe der SPD sein, der drohenden Entwicklung des Stillstands, des Sich-Ausrühens auf dem Erreichten, entgegenzuwirken und uns um eine Kultur des Aufbruchs, der Innovationen und Investitionen zu kümmern. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik, Innovationsfreude und technologischer Fortschritt sind sozialdemokratische Kernthemen, liebe Genossinnen und Genossen. Sie sind es, weil es dabei immer um Wohlstand für breite Schichten und um soziale Gerechtigkeit für alle in diesem Land geht. Das ist nicht voneinander zu trennen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Demografie und Digitalisierung sind dabei die großen Megathemen. Es ist wichtig, in Bildung und Ausbildung, in die Stärkung der beruflichen Bildung und übrigens auch, wie Thomas Oppermann gesagt hat, in gesteuerte Zuwanderung zu investieren. Alle Wirtschaftsverbände und auch alle Gewerkschaften fordern Bund und Länder auf, bei den Bildungsinvestitionen endlich zusammenzuarbeiten und zugleich ein modernes Einwanderungsgesetz zu schaffen. Die Einzigen, die das immer noch nicht verstanden haben, sitzen in der CDU/CSU.

(BEIFALL)

Es wird Zeit, dass die Union ihre Verweigerungshaltung aufgibt und sowohl den Weg für die Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung freimacht, als auch ihren Widerstand gegen ein modernes Einwanderungsgesetz aufgibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Auch bei der Digitalisierung geht es ums Investieren. 50 Megabit pro Sekunde im Jahr 2018 ist ein nettes Ziel; aber es ist eher eine Krücke als eine Brücke ins Zeitalter der Digitalisierung.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es wird doch immer gefragt: Wie kriegen wir Europa in Gang? Martin, lass uns dafür kämpfen und werben. Warum setzen sich dieser Kontinent und auch dieses Land nicht das Ziel, in zehn Jahren die modernste digitale Infrastruktur der Welt zu haben? Das muss doch unser Anspruch sein, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Junge Unternehmen ergreifen in der Digitalisierung ihre Chance und schaffen neue Arbeitsplätze. Diese Unternehmen zu fördern - nicht nur ihren Start, sondern auch ihr Wachstum -, auch das ist sozialdemokratischer Modernisierungspolitik.

Übrigens: Die Produktivitätsgewinne der Digitalisierung sind riesig. Natürlich muss ein großer Teil davon in die Unternehmen investiert werden. Aber es geht auch um die Frage, wie wir sie nutzen, um gesellschaftliche Herausforderungen zu lösen.

Ich bin froh, dass Andrea Nahles die Debatte über Arbeit 4.0 begonnen hat. Denn es geht - und dafür ist Andrea Expertin - dabei auch um Macht- und Verteilungsfragen. Warum sollen wir denn eigentlich die Pro-

duktivitätsgewinne der Digitalaristokratie in Kalifornien überlassen, liebe Genossinnen und Genossen? Die brauchen wir doch im eigenen Land! Die müssen wir doch hier einsetzen,

(BEIFALL)

und zwar natürlich für mehr Flexibilität für die Arbeitnehmer. Bislang müssen sich immer die Arbeitnehmer mit ihrem Leben der Arbeit anpassen. Ich finde, auch der umgekehrte Weg muss möglich sein. Arbeiten und leben besser miteinander zu vereinbaren, das ist eines der ältesten Ziele von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, und das müssen wir jetzt nutzen, diese Chance zu verbessern - und dabei übrigens auch denen, die jetzt als Click- und Crowdworker arbeiten, ihren gerechten Anteil für ihre soziale Absicherung zu geben. Wer mit Wissen und Kreativität den Mehrwert im Netz erzeugt, der braucht auch höhere Einkommen, und eine Selbstständigkeit dort muss auch soziale Sicherheit erzielen. All das steht auf der Agenda von Andrea. Vielen Dank! Das ist ein großer Teil sozialdemokratischer Modernisierungspolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wenn die anderen an das Heute denken, müssen wir an das Morgen denken.

Wir haben bei der Modernisierung unserer Volkswirtschaft übrigens alte und neue Verbündete. Alte Verbündete sind - das darf man wohl sagen, vor allem nach der Rede von Reiner Hoffmann gestern - wieder die Gewerkschaften. Ich danke stellvertretend all denen, die daran mitgewirkt haben und die nicht die Sozialdemokratie aufgegeben haben, obwohl sie vielleicht auch manchmal gezweifelt haben.

Wir haben uns seit 2009 intensiv darum bemüht, das Vertrauen der Gewerkschaften in die SPD wieder zu rechtfertigen. Nicht nur durch Programme, sondern dadurch, dass wir einhalten, was wir versprochen haben. Ich habe damals in Dresden gesagt: Niemals dürfen sich SPD und Gewerkschaften wieder so weit voneinander entfernen. Der Eintritt von Michaela Rosenberger, der Vorsitzenden der Gewerkschaft NGG, und von Robert Feiger, des Vorsitzenden der IG BAU, ist, glaube ich, ein deutliches Zeichen dafür, dass wir dieses Versprechen eingehalten haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich gebe freimütig zu: Ich bin ziemlich stolz darauf, dass jetzt wieder sechs der acht Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften in Deutschland Mitglied der SPD sind.

(VEREINZELT BEIFALL)

Bei Frank Bsirske - der ist bei den Grünen - behaupte ich, der hat irgendwo heimlich auch noch ein Parteibuch von uns herumliegen. Die Kollegin von der GEW gehört keiner Partei an, ist aber trotzdem eine aufgeschlossene und gesprächsbereite Kämpferin. Aber dass endlich wieder sechs der acht Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und der DGB-Vorsitzende der SPD angehören: Ich finde, das gehört sich auch so, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Also: Es gehört sich auch so, dass wir etwas dafür tun, dass Euch das möglich ist. - Ist das besser? - Okay.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich verspreche Euch: Dabei bleibt es.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, so sehr der Satz „Ohne die Gewerkschaften kann die SPD keine Wahl gewinnen“ stimmt, so sehr stimmt auch der Satz: Mit ihnen alleine reicht es nicht. Das wissen auch die Gewerkschaften. Deshalb freue ich mich genauso über neue Bündnispartner, die eine Initiative von Hubertus Heil und Michael Frenzel zu uns bringt. Michael war gestern da. Hubertus kennt Ihr. Michael Frenzel ist seit 1969, also seit 46 Jahren, SPD-Mitglied, war über viele Jahre der Vorstandsvorsitzende der TUI und hat der SPD in guten, aber vor allen Dingen in schlechten Zeiten die Treue gehalten.

(VEREINZELT BEIFALL)

Die beiden haben das Wirtschaftsforum der SPD gegründet. Ein Verein, der nach kurzer Zeit mehr als 150 Mitglieder hat: Unternehmerinnen und Unternehmer, Manager, vor allen Dingen aus Familienunternehmen, die uns natürlich helfen werden, auch unsere wirtschaftspolitische Kompetenz zu stärken.

Ich wünsche mir, dass das Wirtschaftsforum der SPD wächst und in einem kritischen Dialog mit der SPD uns, aber vor allen Dingen das Land voranbringt. Das ist für Unternehmer wahrscheinlich anstrengender als beim Wirtschaftsrat der CDU. Aber bei uns ist es spannender, kreativer und vor allen Dingen erfolversprechender, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die SPD nimmt eine Sache sehr viel ernster als andere Parteien. Wir kennen Unternehmerinnen und Unternehmer als Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft haben. Familienunternehmerinnen und -unternehmer, das sind keine herzlosen Profitmaximierer. Sie sind keine engstirnigen Lobbyisten. Sie sind allerdings auch keine Befehlsempfänger des Staates. Das sind kluge Köpfe, die Deutschland und Europa voranbringen, die ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit hoher Lebensqualität wollen, engagierte Demokraten und vielleicht immer mehr auch Sozialdemokraten.

Lieber Michael, lieber Hubertus, vielen Dank für Eure erfolgreiche Initiative. Sie wird uns helfen, den Anspruch, Volkspartei zu sein, erneut und erfolgreich unter Beweis zu stellen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die beschriebenen Herausforderungen zeigen: Wir müssen unser Land wieder zukunftsfähig machen. Dafür gibt es einen hoch aktuellen Begriff: „Die offene Gesellschaft als Chance“. Das war einmal das Programm von Willy Brandt. Heute hat es wieder an Aktualität gewonnen. Die offene Gesellschaft als Chance, das ist ein Programm, mit dem wir mit der heutigen Sozialdemokratie gut arbeiten können. Wir brauchen die innere Öffnung der Gesellschaft, um den demografischen Wandel und die Zuwanderung von hunderttausenden

Menschen zu gestalten. Bildungsprivilegien, vererbte Zukunftschancen, Blockaden und Mauern, die die Tatkraft von Kindern und Jugendlichen einsperren, statt sie zu entfalten, die wollen wir loswerden. Denn das ist keine offene, sondern eine geschlossene Gesellschaft.

Herkunfts- und Altersdiskriminierung, Angst und Vorurteile gegen Einwanderer, der abschätzig Blick auf Menschen über 50 in den Personalabteilungen der Betriebe - auch das sind Merkmale einer geschlossenen Gesellschaft. Diskriminierung von Frauen, schlechtere Bezahlung, die gläserne Decke beim Aufstieg in Führungspositionen, die falsch gestellte Alternative Karriere oder Kind, die steuerliche Diskriminierung von Alleinerziehenden gegenüber Ehepaaren - alles Zeichen einer unmodernen, selbstzufriedenen und innerlich verschlossenen Gesellschaft.

Sozialdemokraten wollen Gerechtigkeit. Fragt man genauer, was das heißt, sagen die Leute: Chancen und Leistungsgerechtigkeit. Jeder muss seine Chance bekommen, wenn er sich anstrengt, und jeder, der sich anstrengt, muss vorankommen - egal, ob er arme, reiche, junge, erfolgreiche Eltern oder Großeltern hat. Egal, ob er hier geboren oder eingewandert ist, ob Mann oder Frau - dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, als moderne Partei hier in diesem Land muss die SPD ihren Blick auf diese Mitte der Gesellschaft richten. Sich an die Mitte der Gesellschaft zu richten, ist übrigens etwas anderes, als sich einer vermeintlich elitären neuen Mitte der Gesellschaft anzupassen oder anzubiedern.

(BEIFALL)

Was verstehen wir als Sozialdemokraten eigentlich unter der Mitte der Gesellschaft, und welchen Stellenwert hat sie für uns? Meiner Auffassung nach ist die Mitte der Gesellschaft nie ein fester Ort. Sie ist weder an ihren sozialen Status noch an politische Willensbildung gebunden. Sie ist umkämpft, sie ist in Bewegung. Die Parteien, die Medien, aber wohl mehr noch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung wirken auf diese Mitte ein. Deshalb kann nur gelten, dass eine engagierte und auf Fortschritt orientierte Partei wie die SPD auch versuchen muss, die Mitte der Gesellschaft zu prägen. Viele in der SPD verweisen auf die Nichtwähler, um die wir uns kümmern müssen. Dazu gehören viele, die an der Armutsgrenze leben und keine Hoffnung mehr haben.

Es zählen aber auch in wesentlichen Größenordnungen Menschen mit guter Ausbildung und Arbeit dazu, die eher den Eindruck haben, dass sie hart arbeiten und trotzdem für ein gutes Leben mit ihren Kindern zu wenig übrig bleibt. Die sich allein gelassen fühlen. „People who work hard and play by the rules“ hat Bill Clinton das mal genannt - Menschen also, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten. Oder einfach nur, wie Willy Brandt es der SPD empfohlen hat: „Die Arbeitnehmermitte, um die müssen wir uns kümmern.“

Es geht um diejenigen, die jeden Tag hart arbeiten, um den Wohlstand des Landes zu mehren, um die, die mit uns für mehr Gerechtigkeit in allen ihren Dimensionen streiten wollen, weil es auch ihr eigenes Leben besser macht - ob als Chancengleichheit, als Lohn- und Leistungsgerechtigkeit oder als Sicherheit bei Alter und Krankheit.

Wir dürfen keine Scheu haben, uns in unseren programmatischen Debatten zu dieser arbeitenden Mitte der Gesellschaft zu bekennen. Nicht, weil wir die anderen, die nicht arbeiten können oder wollen, dabei

vergessen. Aber es gilt die alte Lehre: Wenn das Zentrum, die Mehrheit der Gesellschaft, die Mehrheit der Arbeitsgesellschaft merkt, dass sie im Mittelpunkt der Politik steht, dann ist sie auch bereit, denen zu helfen, die am Rande stehen und die der Hilfe bedürfen. Das Zentrum der Arbeitsgesellschaft, das ist die Mitte, an die sich die SPD wenden muss, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir haben viel erreicht in den letzten zwei Jahren nach dem Eintritt in die große Koalition. Wir haben alle Ziele, die wir uns vorher gesetzt haben, Punkt für Punkt umgesetzt. Nicht nur den Mindestlohn, nicht nur die Rente nach 45 Versicherungsjahren, sondern auch 9 Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung und übrigens das größte kommunale Entlastungsprogramm in der Geschichte der Republik mit 20 Milliarden Euro, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und vieles andere mehr. Es gibt ja schon ein paar, die glauben, wir seien durch. Nein, sind wir nicht. Ich erinnere nur zum Beispiel an ein modernes Teilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen. Das kommt noch in dieser Legislaturperiode, ebenso wie manches andere mehr, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber einzuhalten, was man versprochen hat, ist eigentlich das, was die Wähler sowieso von einem erwarten, und es ist nur der erste Schritt, um Vertrauen zurückzugewinnen. Neue Stärke bekommen wir nur, wenn wir darüber hinausgehen. Wenn wir zeigen, dass wir nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft gestalten wollen und dafür glaubwürdige Antworten haben. Deshalb sage ich: Wir müssen in Deutschland endlich wieder mehr Politik wagen. Politik hört nicht an den Grenzen oder Begrenzungen der Koalitionen oder des Koalitionsvertrags auf. Die SPD muss weiter denken. Die anderen wollen oder können das nicht, aber wir, wir können das. Und wir werden das auch tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wer immer nur auf Sicht fährt, der merkt erst, wenn er direkt vor der Wand steht, dass er in der Sackgasse gelandet ist. Wir müssen Politik machen, die zehn Jahre im Voraus denkt: Wie wollen wir in zehn Jahren in diesem Land und in Europa gut und sicher leben? Dafür brauchen wir engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer, Mittelständler, Familienunternehmen, auch große Unternehmen, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, starke Gewerkschaften. Aber vor allen Dingen brauchen wir viel mehr Investitionen in Infrastruktur, in Forschung und Entwicklung und in die Modernisierung unseres Landes.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns deshalb in und mit der SPD, aber mit allen, die daran teilhaben wollen, über eine sichere, gerechte und weltoffene Zukunft für unser Land reden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in 150 Jahren gezeigt: Die Veränderung zum Guten ist möglich. Wir wollen unsere Zukunft und die unserer Kinder nicht anderen überlassen, sondern selbst etwas machen - aus Zukunft Fortschritt machen.

Lasst Euch weder einreden, das Ende der Geschichte sei da oder das sozialdemokratische Jahrhundert sei vorbei. Nichts davon ist wahr. Immer wieder geht es um die Erneuerung unseres sozialdemokratischen Versprechens. Und das lautet: Wir wollen, dass die Menschen frei leben können. Nicht nur frei von Not und Unterdrückung, sondern vor allen Dingen frei, aus dem Leben was zu machen. Dass aus dem Leben was wird, ein gelungenes Leben, das muss jeder selber machen. Aber Bedingungen dafür schaffen, dass das Leben nicht von der Hautfarbe abhängt, nicht vom Einkommen der Eltern, nicht von Beziehungen, nicht von Rasse, Geschlecht oder Religion, sondern dass es möglich ist, dass jeder Mensch in diesem Land und in Europa aus seinem Leben etwas machen kann, selbstbestimmt und frei, das ist der Auftrag der Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Im Film ist es gut gesagt worden: Unsere Geschichte beginnt mit jeder Generation neu. Eine bessere Zukunft kommt nicht von allein. Zukunft muss man machen. Für die Zukunft braucht es Mut. Und wir haben diesen Mut, liebe Genossinnen und Genossen, da bin ich sicher. Genug zu tun also für eine moderne Sozialdemokratie.

Ich bin jetzt seit über sechs Jahren Euer Vorsitzender, und ich lese immer, wie schwierig das ist. Ein paar schreiben ja auch schon, Ihr würdet mich immer nur wählen, weil kein anderer will. - Also, mal los!

Ich sage Euch mal Eines ganz persönlich: Vorsitzender der SPD zu sein, ist kein Opfergang. Für mich - ich gehöre der SPD seit meinem 16. Lebensjahr an - ist es das stolzeste und ehrenvollste Amt, das man in der demokratischen Politik dieses Landes haben kann.

(BEIFALL)

Der Franz hat einmal gesagt: Das ist das schönste Amt neben dem Papst. - Ich kann dazu nichts sagen; ich bin Lutheraner.

(BEIFALL)

Als Protestant ist das das höchste Amt, das ich mir vorstellen kann.

Ich sage Euch: Es ist schon etwas Besonderes, Vorsitzender dieser 152 Jahre alten Partei zu sein, auch wenn man sich neben der Statue von Willy im Willy-Brandt-Haus immer ziemlich mickrig vorkommt. „Wir stehen auf den Schulden von Riesen“, hat Newton einmal gesagt. Deshalb können wir weiter blicken. - Ich finde, er hatte schon mehr Weitblick als viele heute.

Ich hätte mir aber auch nicht vorstellen können, dass das einmal möglich ist. Meine Mutter war eine kleine Krankenschwester, die eher Zweifel daran hatte, dass ihr Bengel überhaupt die Schule schafft, und die Verhältnisse, in denen wir aufgewachsen sind, die, na ja, waren jedenfalls nicht so, dass man das hätte erwarten können.

Es ist auch ein tolles Zeichen für dieses Land, dass, anders als in anderen Ländern, in diesem Land für jeden alles möglich ist - jedenfalls dann, wenn wir die Bedingungen so gestalten, dass Menschen aus ihrem Leben

etwas machen können. Ich finde, das ist ein Zeichen für die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Stellt Euch einmal vor, mit welcher Herkunft Gerhard Schröder zum Kanzler der Republik geworden ist. Es gibt ein paar Länder in Europa, in denen das unmöglich wäre.

Wir sind schon auch ein großartiges liberales Land, und ich weiß, dass die Zeiten schwierig sind, aber ich weiß auch, dass wir als Partei auf unserem Weg, der jetzt schon 152 Jahre währt, immer noch die großen politischen Entwicklungen und Entscheidungen mitbestimmen, worauf wir sehr stolz sein können. Und ich gebe zu: Es ist etwas, worauf ich als Vorsitzender in diesem Amt auch sehr stolz bin.

Wenn ich Euch heute erneut um Euer Vertrauen bitte, dann tue ich das im vollen Bewusstsein der Verantwortung für die kommenden zwei Jahre. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn alle diese Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wenn die SPD, die wie keine andere Partei kämpfen kann, gemeinsam Politik für die Zukunft machen, dann wird sich das Land verändern. Ich glaube, das ist unsere eigentliche große Kraft.

Lasst Euch deshalb nicht kirre machen wegen der Umfragen. Klar könnten die besser sein, und wir dürfen uns damit nicht zufriedengeben. Ganz im Gegenteil! Aber wir haben es selbst in der Hand.

In 2017 wird es um die Frage gehen, wer die richtigen Antworten für die Zukunft unseres Landes hat. Nur eines ist auf dem Weg dahin wichtig: Unser Handeln darf nicht davon bestimmt sein, dass wir jeden Tag auf die Umfragen schauen. Sondern wir müssen jeden Tag auf unsere Überzeugungen schauen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Am allerwenigsten müssen wir auf die neunmalklugen Beobachter unserer Politik hören.

Ich weiß es noch: Vor dem Mitgliedervotum vor zwei Jahren haben sie geschrieben: „SPD vor der Zerreißprobe“. - Dann ist das Gegenteil dabei herauskommen. Im Sommer haben sie über diesen Parteitag geschrieben: SPD schon wieder vor einer Zerreißprobe! Na, das sieht irgendwie nicht danach aus. - Und jetzt, wo es nicht so läuft, schreiben schon die Ersten: „Das ist aber langweilig bei denen.“

(HEITERKEIT)

Nachdem wir ihnen diesen Gefallen nun nicht tun und sie wieder enttäuschen - anders übrigens als die Wettbewerber der SPD - kann man wohl sagen: Die SPD ist geschlossen und selbstbewusst.

(BEIFALL)

Für die Zeit bis zur Bundestagswahl gebe ich Euch einen Tipp: Mein Vorschlag ist, dass wir die Zeit nutzen, um die Besserwisser noch mal zu enttäuschen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir werden kämpfen! Denn wahr ist: Die Mehrheit in unserem Land ist in Bewegung. Nichts steht fest und

ist unverändert. Wir müssen die Ideen formulieren und verkörpern, die viele Menschen begeistern.

Wir wollen Deutschland wieder regieren und nicht nur mitregieren - natürlich vom Kanzleramt aus. Von wo denn sonst?

(BEIFALL)

Dass das infrage steht, wundert mich, denn schon meine dreieinhalbjährige Tochter weiß das. Wir reden mit ihr wirklich nicht über Politik, aber am Dienstag sagte sie zu mir, als ich sie ins Bett gebracht habe: „Bis morgen früh, Papa.“ - Ich sagte zu ihr: „Nein, da bin ich nicht da. Ich muss nach Berlin ins Kabinett.“ - Da fragte sie mich: „Sag mal, wie lange musst Du denn noch immer zu Angela Merkel fahren?“

(HEITERKEIT)

Da habe ich gesagt: „Keine Angst, nur noch bis 2017.“

(BEIFALL)

Also, cool bleiben!

Lasst Euch niemals kleinmachen, liebe Genossinnen und Genossen, lasst Euch niemals den Kampfgeist für eine gute Sache nehmen! Denn das macht die Herzen eng, und in dieser Zeit müssen wir für das Richtige und für das Wichtige kämpfen. Der Kampf für das Richtige und das Wichtige macht die Herzen weiter.

Die SPD ist doch eigentlich immer die Partei der weiten, der großen und der mutigen Herzen gewesen - mit Überzeugung und Selbstbewusstsein, mit Vertrauen und Geschlossenheit. Das ist die SPD auf dem Weg zu neuer Stärke. Ich sage Euch: Das schaffen wir, liebe Genossinnen und Genossen, gemeinsam. - Alles Gute!

(STARKER, NICHT ENDEN WOLLENDER BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=bu-E3PAadhQ&list=PL85IMmq0WVITNRtIcDpSYSxGb-6-7sOcs&index=8

AUSSPRACHE ZUR REDE DES PARTEIVORSITZENDEN UND ZUM ANTRAG „WIR SCHREIBEN
DEUTSCHLANDS ZUKUNFT“

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Sigmar, ganz, ganz herzlichen Dank. Ich denke, der Applaus hat alles gesagt. Vielen, vielen Dank für deine Rede.

Sigmar Gabriel hat mit seiner Rede zugleich auch den Antrag „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“ eingebracht, mit dem wir vor allen Dingen auch die perspektivische Debatte konturieren und strukturieren.

Wir kommen jetzt also zur Aussprache über die Rede von Sigmar Gabriel und beraten zugleich den Antrag „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“ mit.

Es liegt auch schon eine Reihe von Wortmeldungen vor, und ich freue mich, dass als Erstes Katrin Budde zu uns sprechen wird. Ihr alle wisst es: Sie ist unsere Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 13. März in Sachsen-Anhalt. - Katrin, du hast das Wort.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Natürlich schaffen wir das, und ich bin mir mehr denn je darüber im Klaren, dass Angela Merkel, als sie gesagt hat: „Wir schaffen das“, in jedem Fall nicht ihre CDU gemeint hat.

(BEIFALL)

Sigmar hat vorhin gesagt, er sei in der glücklichen Situation, in einem friedlichen Deutschland und in einem friedlichen Europa aufgewachsen zu sein. Das ist bei mir auch so. Ich bin in diesem Jahr noch dazu in der glücklichen Situation, genau die eine Hälfte meines Lebens im geteilten und die andere Hälfte im geeinten Deutschland gelebt haben zu können: 25 Jahre in der DDR, 25 Jahre in der Bundesrepublik. Damit besteht auch kein Geheimnis mehr über mein Alter. Man muss einfach sagen: Es ist wirklich eine glückliche Zeit, und ich bin froh, dass das so gekommen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich muss mich aber trotzdem bei euch für den Ministerpräsidenten meines Landes entschuldigen, der mit noch peinlicheren Vorschlägen als Herr Seehofer kommt und der nicht einmal von Herrn Seehofer unterstützt wird. Wir, die wir 1989 dafür gesorgt haben, mit dafür gekämpft haben, dass die Mauern niederfallen, wollen keine neuen Mauern wieder in oder um Europa bauen.

(BEIFALL)

Ja, das sind ernsthafte Zeiten, das sind ernste Zeiten. Selbstverständlich kennen wir die Umfragewerte, die gerade für die AfD prognostiziert werden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Wer kämpft, kann noch gewinnen und hat nicht verloren. Deshalb werden wir uns damit nicht abfinden.

(BEIFALL)

Mein Bundesland hat 1998 schon einmal damit leben müssen, dass 13 Prozent DVU in den Landtag eingezogen sind. Wir haben es in den Jahren danach geschafft, durch ein breites gesellschaftliches Bündnis zu verhindern, dass die NPD in den Landtag eingezogen ist. Ich hoffe sehr, dass wir noch ein ganz breites gesellschaftliches Bündnis aufstellen werden und ab dem 1. Januar nächsten Jahres massiv dagegen kämpfen werden, dass das, was jetzt in den Umfragen steht, für Sachsen-Anhalt Realität wird; denn das wäre sehr schlecht.

(BEIFALL)

Wir haben gestern über Familienpolitik geredet. Die Zukunft Deutschlands sind die jungen Menschen, das sind die Familien. Lasst mich eines sagen: Ja, junge Menschen wollen heute anders leben. Ich weiß das von meinen Zwillingstöchtern, die beide 19 sind. Die sagen: Hochachtung, Mama, vor dem, wie du arbeitest, was du machst, aber leben wollen wir eigentlich anders! - Sie wollen eine andere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Da steht Familie am Anfang und Beruf als zweites. Sie wollen natürlich auch Karriere machen. Aber sie wollen nicht nur eine technische Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern eine qualitative. Da wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer dafür kämpfen, dass es der nächsten Generation besser geht, lasst uns doch einen Schwerpunkt auch darauf setzen, dass wir sagen: Wir wollen mehr Lebensqualität für unsere Töchter und für unsere Söhne, was die Familienpolitik angeht!

(BEIFALL)

Ich brauche alles das nicht zu wiederholen, was Sigmar hier vorgetragen hat, was wir in unseren Leitansätzen aufgeschrieben und zum Teil schon beschlossen haben und was wir auch im nächsten Antrag „Deutschlands Zukunft“ beschließen werden.

Aber eines will ich euch noch versprechen das will ich auch ganz deutlich sagen : Zurzeit wirbt mein Bundesland mit dem Spruch „Wir stehen früher auf“. Ich kann euch versprechen, dass wir alles tun werden, dass dieses Schild von der Staatskanzlei abgeschraubt wird und dass daran steht: „Hier arbeitet Sachverstand für soziale Gerechtigkeit“. Ich glaube, das ist ein besseres Schild als „Wir stehen früher auf“.

(BEIFALL)

weil ich davon überzeugt bin, dass auch mein Bundesland mehr kann, als früh aufzustehen. Dafür werden wir kämpfen. Das werden wir euch nach dem 13. März nächsten Jahres beweisen. Ich freue mich, wenn wir es an diesem Tag in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt drei Bindestrichländer schaffen, in dem einen in der Staatskanzlei zu bleiben und in die Staatskanzleien der anderen einzuziehen.

Ich danke euch für eure Rückendeckung, die kommt, und freue mich auf die nächsten Monate mit euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Katrin, ganz herzlichen Dank und viel Erfolg und viel Kraft für die nächsten Wochen!

Als nächster Redner hat sich Nils Schmid gemeldet. Er ist unser Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 13. März in Baden-Württemberg. Lieber Nils, wir freuen uns sehr, dass du das Wort ergreifst.

(BEIFALL)

Nils Schmid, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! 1969 ist Willy Brandt und die SPD mit dem Slogan in den Wahlkampf gezogen: Wir schaffen das moderne Deutschland! - Ich finde, Sigmar Gabriel und auch der Leitantrag des Parteivorstands machen noch einmal deutlich: Genau das muss auch unser Anspruch für die nächsten Jahre sein. Wir schaffen das moderne Deutschland. Wir sind die Partei, die jetzt in die Zukunft, in Wachstum und Beschäftigung für alle Schichten unserer Bevölkerung investiert.

(BEIFALL)

Seitdem die SPD zusammen mit den Grünen das wunderbare Land Baden-Württemberg regiert, schaffen wir das moderne Baden-Württemberg, in dem gute Arbeit, wirtschaftliche Stärke und sozialer Ausgleich zusammen gehören, in dem wir ein Tarifreuegesetz verabschiedet haben, in dem wir ein Bildungszeitgesetz verabschiedet haben nach vielen Jahrzehnten hat Baden-Württemberg endlich auch fünf Tage Freistellung für Weiterbildungszwecke für die Beschäftigten; ein überfälliger Schritt ,

(BEIFALL)

aber in dem wir auch das sozialpartnerschaftliche Miteinander ernst nehmen, in dem wir Wirtschaftspolitik im Dialog und auf Augenhöhe betreiben bei mir im Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg sitzen die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften nicht am Katzentisch, sondern auf Augenhöhe mit den Kammern und mit den Wirtschaftsverbänden

(BEIFALL)

und in dem wir den Spruch eines großen Existenzgründers von Baden-Württemberg beherzigen, der noch vor SAP sein Unternehmen gegründet hat, nämlich von Robert Bosch. Der hat nämlich gesagt: Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich viel Geld habe, sondern ich habe viel Geld, weil ich gute Löhne bezahle.

(BEIFALL)

Damit war Robert Bosch einer der Sozialdemokraten aus dem Unternehmerlager, die wir jetzt auch brauchen, um Innovation, Beschäftigung und Wachstum in Deutschland voranzubringen. Genau das ist das Erfolgsgeheimnis der Wirtschaft, in Deutschland, in Baden-Württemberg Sozialpartnerschaft und gemeinsame Partnerschaft um Innovationen voranzubringen.

(BEIFALL)

Dazu gehört aber auch ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland. Es ist die Industrie, die industrielle Produktion, die viele Millionen Arbeitsplätze schafft. Es ist die Industrie, die in Wertschöpfungsketten zusammen mit dem Handwerk Innovationen vorangebracht hat. Es ist kein Wunder, dass Ro-

bert Bosch aus einer Handwerkerwerkstatt heraus einen Weltkonzern begründet hat. Das ist bis heute der häufigste Weg von Existenzgründungen in Deutschland, der häufigste Weg von innovativen Betrieben: Sie fangen in einem Stall oder in einer kleinen Garage klein an. Da müssen wir nicht nach Silicon Valley schauen. Das gibt es auch in Deutschland. Das gibt es auch in Baden-Württemberg. Das müssen wir in Zukunft noch mehr unterstützen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dazu gehört aber auch, dass wir auf neue Technologien, auf neue Wertschöpfung setzen, auf nachhaltige Mobilität, Leichtbautechnologien und das Mega-Thema Digitalisierung der Produktion. Baden-Württemberg ist deshalb das erste Bundesland, das eine Allianz für Industrie 4.0 gegründet hat - mit Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Kammern. Dabei geht es darum, das, was uns in der Vergangenheit stark gemacht hat, auch in die Zukunft zu tragen. Es geht darum, die kleineren und mittleren Unternehmen für diese neuen Produktionsverfahren anhand von konkreten Anwendungsbeispielen zu gewinnen. Es geht aber auch darum, die Veränderung der Arbeitswelt, die Notwendigkeit der Qualifizierung der Beschäftigten voranzutreiben. Deshalb hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland Lernfabriken für Industrie 4.0 flächendeckend eingeführt, damit die Beschäftigten die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

(BEIFALL)

Ihr seht, liebe Genossinnen und Genossen: Die Modernisierung des Landes, die Öffnung von Gesellschaft und Wirtschaft laufen. Deshalb ist der 13. März in Rheinland-Pfalz, in Sachsen-Anhalt und natürlich auch in Baden-Württemberg ein entscheidendes Datum. Dann steht zur Abstimmung, ob es ein Roll-Back der CDU hin zu einem ungerechten Bildungssystem, hin zur Wiedereinführung von Studiengebühren, hin zu sozialen Verteilungskonflikten gibt oder ob der Weg der Modernisierung von Baden-Württemberg, von Sachsen-Anhalt und von Rheinland-Pfalz konsequent weiterbeschritten wird. Deshalb wird es darauf ankommen, mehr denn je zu mobilisieren. Denn in allen drei Ländern droht die AfD in eine Schiedsrichterrolle hineinzurutschen. Eines darf nicht passieren, liebe Genossinnen und Genossen: dass quasi die CDU aus eigener Kraftlosigkeit und Saftlosigkeit mit der AfD über Bande spielt und nur deshalb, weil die AfD ins Parlament kommt, eine fortschrittliche Mehrheit in diesen Ländern unmöglich ist. Deshalb: Lasst uns bis zum 13. März für eine Mehrheit für mehr Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung in diesen Ländern kämpfen!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Nils, ganz herzlichen Dank und auch euch viel Kraft und Erfolg für die nächsten Wochen!

Als Nächste hat Hilde Mattheis das Wort. Ihr folgt Joachim Poß.

Hilde Mattheis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar, ich glaube, wir alle haben ein Ziel, nämlich für unsere Kinder und Enkelkinder eine Welt zu hinterlassen, in der es gerecht und friedlich zugeht. Ich glaube, das muss unser politischer Anspruch sein. Du hast das in vielen Sätzen auch so formuliert.

Aber in einem - das muss ich gestehen - lässt du mich ein Stück weit ratlos zurück, Sigmar. Du beschreibst die Situation in Deutschland - zu Recht, finde ich. Du führst die Untersuchungen der OECD an - zu Recht, finde ich. Du beschreibst auch die Situation in Europa und der gesamten Welt; du beschreibst die Krisensituationen - ja, das finde ich richtig. Es ist eine ernsthafte Lage. Wir haben nicht nur eine Spaltung in Deutschland; wir haben auch eine große Spaltung zwischen den europäischen Ländern und auch in der Weltstaatengemeinschaft.

Ich finde, dass deine Beschreibung genau auf den Punkt trifft: Da müssen wir etwas tun. Ich finde, du hast zu Recht diese Krisensituationen sehr präzise bestimmt und geschildert. Aber ein Stück weit gefehlt hat in meinen Augen: deine Antwort.

(BEIFALL)

Du forderst Investitionen - auch das zu Recht, meine ich. Denn wir alle wissen: Das Thema Wachstum ist ein Thema, das wir nicht nur unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten diskutieren müssen und sollten, sondern wir müssen es auch im Verbund - wenn wir Verteilungsgerechtigkeit und Gerechtigkeit definieren - mit Investitionen in die Zukunft diskutieren. Und ich finde, es steht der SPD gut zu Gesicht, wenn wir in diesem Verbund der Verteilungsgerechtigkeit auch immer Investitionen meinen; denn auch die Teilhabe an öffentlichen Gütern müssen wir unseren künftigen Generationen garantieren und mit auf den Weg geben.

(BEIFALL)

Auch hier, finde ich, fehlt ein Stück weit deine Antwort - eine Antwort, die wir durchaus in unseren Beschlüssen schon formuliert haben. Ich glaube, es ist nicht rückwärtsgewandt oder traditionalistisch, sondern höchst modern, die Verteilungsfrage wieder zu stellen.

(BEIFALL)

Diese Verteilungsfrage zu stellen, bedeutet in meinen Augen, durchaus auch wieder sehr kritisch mit dem Thema Steuern und Steuergerechtigkeit umzugehen.

(BEIFALL)

Zum Thema Steuergerechtigkeit haben wir viele Beschlüsse gefasst. Ich will dich nicht ärgern, wenn ich die Worte Vermögensteuer oder Reform der Erbschaftsteuer in den Mund nehme. Aber Steuern steuern! Und wenn ich Investitionen will, wenn ich die Spaltung der Gesellschaft nicht will und nicht akzeptieren will, brauche ich Instrumente, um dagegenzuhalten. Und ein wichtiges Instrument ist das Instrument der Steuern.

(BEIFALL)

Ich glaube, dazu haben wir gute Beschlüsse, hinter denen wir uns nicht verstecken sollten. Wir sollten sehr selbstbewusst sagen: Ja, wenn wir Altersarmut nicht akzeptieren wollen, dann geht es nicht nur um die Rente mit 63, sondern um das Rentenniveau.

(BEIFALL)

Und wenn wir nicht akzeptieren wollen, dass immer mehr Menschen abgehängt werden, dann müssen sich die beteiligen, die zu den Reichen bzw. zu den Reichsten gehören - um genau zu sein. Du hast es geschildert. Ich finde, wir sollten diesen Initiativantrag zum Anlass nehmen, um unsere Koordinaten und unser Koordinatensystem noch einmal genau zu bestimmen und zu sagen: Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Unsere Koordinaten stimmen; wir wollen sie nicht zurücknavigieren. Nein!

Und wenn ich mir dein Papier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ angucke, dann erinnert mich das an eine Zeit, in der wir feststellen mussten: Wir haben die prekäre Beschäftigung ausgebaut; wir haben das Thema Altersarmut nicht so beantwortet, wie wir es beantworten sollten.

(VEREINZELTER BEIFALL)

Ich finde, liebe Genossinnen und Genossen, wir sollten das, was in dem Leitantrag steht, in Zeile 101 ergänzen. Dort heißt es: „Steuern und Sozialabgaben müssen gerecht verteilt sein.“ Diesen Satz sollten wir präzisieren. Das ist mir zu allgemein. Ich finde, wir sollten ganz präzise Folgendes formulieren: „Und wir bleiben bei unseren Beschlüssen: Wir wollen mit Steuern steuern und dabei alle Einkommen erfassen, und die Finanzierung von Sozialabgaben muss von allen solidarisch geleistet werden.“ Das ist eine etwas präzisere Beschreibung, ohne dass wir all die Fragen, die Sigmar womöglich zu Recht gestellt hat, in diesem Papier vorweg beantworten. Aber ich glaube, unsere Beschlüsse sind gute Beschlüsse. Wir sollten da nicht wackeln. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Joachim Poß. Ihm folgt Johanna Uekermann. - Ich bitte noch einmal herzlich darum, dass alle Rednerinnen und Redner die Redezeit einhalten. Es liegen über 20 Wortmeldungen vor. Wir wollen alle zu Wort kommen lassen. Das geht nur, wenn sich jeder und jede Einzelne an die Redezeit hält.

Joachim Poß, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar, du hast in deiner Rede u. a. über die Voraussetzungen für zukünftiges Wirtschaftswachstum gesprochen. Du hast viele wichtige Voraussetzungen genannt. Damit stimme ich voll überein. Ich glaube aber, dass man in diese Analyse das aufnehmen muss, was die Wirtschaftsforscher der ganzen Welt das stellen nicht nur sogenannte linke Ökonomen, sondern stellt die Mehrheit in Deutschland fest; mit Ausnahme des Deutschen Sachverständigenrates feststellen, dass nämlich weltweit, europaweit und auch in Deutschland die wachsende Ungleichheit ein Hemmnis für weiteres Wirtschaftswachstum ist. Das heißt, wir haben ein doppeltes Hemmnis.

(BEIFALL)

Wir müssen diese wachsende Ungleichheit - auch als Sozialdemokratie - stärker adressieren, als es uns bisher gelungen ist. Dabei müssen wir noch nicht alle Fragen beantworten, wie es Hilde hier angemahnt hat. Aber wir müssen das stärker adressieren. Das meinen auch OECD, Internationaler Währungsfonds und andere.

Sigmar, ich habe auch starke Zweifel, dass wir in Deutschland den Finanzkapitalismus schon so weit gebändigt haben, wie es in unseren Augen im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft wirklich der Fall sein sollte. Sicherlich haben wir in dieser Koalition auch seitens der Sozialdemokratie - und das müssen wir stärker betonen, als es derzeit auch durch die Sozialdemokratie geschieht - viel mehr durchgesetzt, als uns die Menschen zugetraut hätten. Das betrifft wachsende Ungleichheit, Mindestlohn, Investitionen in Bildung. Das sind stolze Ergebnisse, auf die wir verweisen können.

Und Sigmar hat recht, wenn er fordert, dass sich die gesamte Partei stärker um Fragen der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze kümmern muss, als es bisher geschieht. Da ist Luft nach oben. Deswegen ist auch die Orientierung auf die arbeitende Mitte richtig.

Aber ich füge hinzu: Wir sollten nicht ignorieren, dass wachsende Ungleichheit nicht nur den sozialen Zusammenhalt bedroht, sondern zum zentralen ökonomischen Problem zu werden droht. Das ist meine Analyse der Situation, die stärker adressiert werden sollte. Das sollte auch Konsequenzen für den neu zu wählenden Parteivorstand haben. Ungleichheit schadet dem Wachstum. Die Bekämpfung von Ungleichheit kann dagegen ein Wachstumstreiber sein. Ob progressives Steuersystem, Mitbestimmung, Aufstieg durch Bildung oder gute Gesundheitsversorgung - der Sozialstaat, liebe Genossinnen und Genossen, schafft die Voraussetzungen dafür, dass jede und jeder ihr oder sein Potenzial nutzen kann. Das steigert auch die wirtschaftliche Produktivität, und das bedeutet wiederum Wohlstand. Damit verträgt sich in meinen Augen - um es deutlich zu sagen - keine Flatrate-Besteuerung, auch nicht bei der Erbschaftsteuer.

(BEIFALL)

Wir wollen die Zukunft unseres Landes prägen.

Deshalb müssen wir die wichtigsten Probleme auch deutlich ansprechen, also auch die sozialen und wirtschaftlichen Nachteile der einseitigen Vermögenskonzentration.

Und ich sage im Blick auf unsere Umfragewerte: Es ist auch eine Frage unserer politischen Glaubwürdigkeit, ob wir solche Fragen der wachsenden Ungleichheit stärker und prononcierter ansprechen, als das bisher der Fall ist.

(BEIFALL)

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war eben eine Folge neoliberaler Exzesse. Diese Krise hat die Ungleichheit vergrößert und damit Wachstumschancen verbaut.

Und was die Umverteilung angeht, hat die Steuersenkung für Unternehmen und Spitzenverdiener in den letzten Jahrzehnten, der globale Trend - ich rede gar nicht nur von Deutschland -, ihre Wirkung eigentlich verfehlt, was die Finanzierung des Gemeinwesens angeht. Dazu kommt Steuerhinterziehung. Das hat ja Sigmar zu Recht angesprochen. Steuerdumping in Europa. Wenn wir, liebe Genossinnen und Genossen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit unseres Staates, auch der europäischen Ebene, wiedererlangen wollen, dann müssen wir kurzfristige Erfolge erzielen, und zwar nicht nur in der Flüchtlingsfrage, auch nicht nur in der Euro-Krise, sondern in der Bekämpfung von Steuerdumping und Soziald-

umping. Da werden von uns Antworten erwartet, und die sollten wir wirklich so entschieden wie möglich ansteuern. - Vielen Dank.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jochen. - Jetzt folgt Johanna Uekermann und dann Udo Bullmann.

(BEIFALL)

Johanna Uekermann, Bundesvorsitzende der Jusos: Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Sigmar! Ihr habt mitgekriegt, dass wir vor zwei Wochen auf unserem Juso-Bundeskongress auch einiges an Kritik hatten. Ich muss sagen, ich hätte diese Kritik auch sehr gerne persönlich ausgetauscht.

(BEIFALL)

Deshalb, lieber Sigmar, bekommst du bei der nächsten Einladung auch eine detaillierte Wegbeschreibung mit, damit du den Weg nicht ins Stadion, sondern vor allem zu uns Jusos findest.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin aber nicht nur Juso-Bundesvorsitzende, sondern ich bin vor allem auch Sozialdemokratin, und als Sozialdemokratin glaube ich an meine Partei und an unsere Partei. Ich glaube auch daran, dass es nur mit der SPD eine gerechte Gesellschaft geben kann und nur mit der SPD eine friedliche Welt geben kann. Wir brauchen die SPD. Deshalb lässt es mich auch nicht kalt, wie es um die SPD steht. Und deshalb ärgert es mich auch, was in den letzten Monaten an vielen Stellen passiert ist. Ich möchte diese Kritik jetzt auch ehrlich äußern, weil ich glaube, es gehört dazu, dass man sich auch ehrlich in die Augen guckt und dass man seine Kritik loswird und das nicht hintenherum macht.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, nicht nur ich, sondern auch die Jusos, wir haben uns geärgert, wie das mit der Vorratsdatenspeicherung abließ, weil das ein unverhältnismäßiger Eingriff in die BürgerInnenrechte ist,

(BEIFALL)

weil wir nicht glauben, dass es zu einem Mehr an Sicherheit führt, sondern nur zu einem Verlust an Freiheit.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich auch darüber geärgert, wie die Debatte um Griechenland abließ, weil es die Sozialdemokratie sein muss, die für Solidarität in Europa steht und die daran überhaupt keinen Zweifel aufkommen lassen darf.

(BEIFALL)

Wenn ich diese Kritik äußere, dann heißt das nicht, dass ich Erfolge kleinreden möchte. Selbstverständlich sind wir diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass die Menschen jetzt 8,50 Euro verdienen. Selbstverständlich sind wir diejenigen, die die Frauenquote eingeführt haben. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube halt, diese Erfolge bringen uns nichts, wenn wir nicht endlich auch das Vertrauensproblem lösen, das wir haben.

(BEIFALL)

Wir haben ein Vertrauensproblem. Die Menschen glauben uns nicht mehr, dass wir wirklich auch tun, was wir sagen. Deshalb ist es so wichtig, nicht nur eine klare Haltung einzunehmen, sondern vor allem auch danach zu handeln.

Da nehme ich zum Beispiel mal das TTIP- und das CETA-Abkommen heraus. Ja, wir stehen für gerechten Handel. Wir wollen einen fairen Welthandel. Wir wollen, dass Handel den Menschen nutzt und nicht den Konzerninteressen. Wenn wir es ernst meinen mit der Fluchtursachenbekämpfung, dann müssen wir auch sagen, wir wollen offenen Welthandel, der dafür sorgt, dass der globale Süden nicht weiter abgehängt wird.

(BEIFALL)

Deshalb haben wir rote Linien gezogen. Aber dann gehört halt auch dazu, dass man diese roten Linien anwendet und dass man sagt: CETA, so wie es im Moment vorliegt, ist halt nicht zustimmungsfähig für uns und muss nachverhandelt werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wer sich besonders auch eine klare Haltung wünscht, das sind junge Leute. Die SPD war immer dann stark, wenn sie es geschafft hat, die jungen Leute hinter sich zu versammeln, wenn sie auch die jungen Leute mit ihren Ideen begeistert hat. Aber ich muss sagen, ich kann all meine Freunde verstehen, die sich gerade fragen: Was macht denn diese SPD, was macht denn diese Große Koalition für mich? Was soll denn das mit den Ausnahmen beim Mindestlohn? Wo bleiben denn die Investitionen in Bildung, in Infrastruktur für mich? Deshalb sage ich auch: Wenn wir junge Leute wieder für uns gewinnen wollen und eine starke SPD werden wollen, dann müssen wir erstens etwas für sie tun, endlich die Mindestausbildungsvergütung einführen, und zweitens endlich die sachgrundlose Befristung abschaffen.

(BEIFALL)

Und, liebe Genossinnen und Genossen, dann müssen wir junge Leute auch ernst nehmen; denn sie haben einfach ein sehr gutes Gespür dafür, ob sie ernst genommen werden. Sie kriegen halt auch mit, wie man mit seiner eigenen Parteijugend umspringt, weil man lieber übereinander redet statt miteinander.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, zu der Handlungsfrage gehört auch, dass wir klar herausstellen: Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das heißt auch, wir sind die Partei der Verteilungsgerechtigkeit. Wer,

wenn nicht die Sozialdemokratie, muss denn thematisieren, dass die Schere zwischen Arm und Reich auseinandergeht,

(BEIFALL)

dass wir auf der einen Seite Kinderarmut haben und auf der anderen Seite die, die so viel haben, dass sie nicht wissen, wohin damit. Wir müssen das sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Lieber Sigmar, ich habe dir gerade sehr aufmerksam zugehört. Ich glaube, an sehr vielen Stellen waren wir uns einig, und ich kann ganz vieles von dem unterschreiben, was du heute gesagt hast. Es war wirklich eine starke Rede. Aber ich kann auf der anderen Seite die Leute, meine Freunde und viele Leute da draußen verstehen, die sagen: Ich kann der SPD nicht glauben, dass sie wirklich tut, was sie sagt. - Genauso kann ich Delegierte hier im Raum verstehen, die sagen: Ja, das war eine starke Rede, aber irgendwie kann ich das nicht in Einklang bringen mit dem, was dann danach immer wieder passiert.

(BEIFALL)

Deshalb sage ich: Reden halten ist das eine. Aber danach zu handeln, das ist entscheidend. Bis zur nächsten Bundestagswahl haben wir jetzt zwei Jahre Zeit. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass es nicht bei schönen Freitagsreden bleibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Udo Bullmann hat das Wort. Danach hat sich Sigmar gemeldet, weil er von Johanna direkt angesprochen worden ist. Ich denke, das ist okay und richtig so. Danach kommt dann Klara Geywitz.

Udo Bullmann, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Auf diesem Parteitag ist viel von Europa die Rede. Das ist gut so. Aber das ist auch bitter nötig, Genossinnen und Genossen. In zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist die wirtschaftliche Leistungskraft noch weit unter dem, was wir vor der Krise 2008/2009 hatten. In vielen Ländern ist die Arbeitslosigkeit so explodiert, dass mehr junge Menschen ohne Arbeit sind als mit. Da wächst ein Generationsproblem heran.

(VEREINZELT BEIFALL)

Natürlich ist es richtig, dass wir aufräumen müssen mit unsauberen staatlichen Strukturen, dass wir gute Steuerverwaltungen brauchen und dass wir Wasserköpfe nicht benötigen, kein Schlendrian und keine Korruption. Aber das ist genau das, was nicht Gegenstand der Reformdebatte in den letzten sechs, sieben Jahren war. Das ist genau das, was die Troika nicht oktroyiert hat. Sie hat gesagt: Griechenland, du bekommst Geld, wenn du die Renten kürzt. - Was sie hätte sagen müssen, ist: Griechenland, du bekommst Geld, wenn die Tankerkönige wieder Steuern bezahlen. - Das haben Sie aber nicht gesagt, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deswegen brauchen wir eine Neuorientierung dieser europäischen Politik, auch im Umgang mit den Ländern des Südens. Korrupte Eliten sind mitverantwortlich für den Zustand. Deswegen müssen wir mit ihren Praktiken aufräumen.

Dahinter gibt es zwei große Aufgaben. Die erste große Aufgabe: Investieren, investieren, investieren: in moderne Energie, in gute Verkehrssysteme und vor allen Dingen in Bildung, in die Menschen, die die Träger von moderner Wirtschaftspolitik sein müssen. 200 Milliarden Euro fehlen pro Jahr in der Europäischen Union an Investitionen. Das ist ein Betrag, der ist weitaus höher als der gesamte europäische Haushalt für 28 Mitgliedstaaten. Auch in Deutschland ist das richtig - gerade in Deutschland mit unserer relativ guten Finanzposition -: Investieren, investieren, investieren - nicht in irgendetwas, aber in die eigene Zukunft. Diejenigen, die aus der Kommunalpolitik kommen, wissen, was ich meine.

Es gibt einen zweiten Punkt; auch der gehört auf die Agenda unserer Europapolitik und unserer nationalen Politik. Jahrelang war nicht mehr davon die Rede, wie wichtig es ist, einen handlungsfähigen Staat zu haben. Ein handlungsfähiger Staat war kein Reformziel in der Europäischen Union, im Gegenteil: Das Zusammenkürzen von Haushaltspositionen war Reformziel. Aber das ist eine falsche Reformagenda, die den Begriff der Reform denunziert. Auch hier ist es notwendig, einen Neuanfang zu starten. Da setzen wir auf die Bundesregierung, jedenfalls auf die Sozialdemokraten in der Bundesregierung, die dazu beitragen müssen, dass es eine neue europäische Reformagenda gibt.

Es kann nicht sein - das lehrt uns die Flüchtlingssituation -, dass wir noch im Sommer, angetrieben auch vom Bundesfinanzminister, die Diskussion hatten, Griechenland aus der Euro-Zone zu drücken, und nur drei Monate später wissen wir, dass Griechenland ein Eckpfeiler sein muss bei der Bekämpfung der schlimmen humanen Situation in der Ägäis, dass wir neue Hotspots brauchen, dass wir eine leistungsfähige Verwaltung brauchen, die hilft, Menschenleben zu retten. Genossinnen und Genossen, das passt nicht zueinander. Hier brauchen wir mehr Konsistenz in der Politik, um eine neue europäische Reformagenda zu stiften. Das ist bitter nötig und im besten Interesse Deutschlands.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt hat Sigmar das Wort. Ihm folgt Klara Geywitz.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde es ja ganz gut, dass wir einmal eine solche Debatte führen aufgrund des Beitrags der Vorsitzenden der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Johanna - ich weiß nicht, wo du sitzt;

(ZURUF)

auf der anderen Seite, rechts bist du? Das hätte ich gar nicht gedacht -, der schlimmste Vorwurf, der in der Politik gemacht werden kann, ist der, den du mir und der SPD-Führung - die Dinge, die wir in der Regierung tun, machen wir ja gemeinsam - gemacht hast. Du sagst: Ich glaube nicht, was ihr sagt. Ihr brecht das, was ihr öffentlich sagt. - Einen schwereren Vorwurf - ich habe übrigens auch in meiner Rede etwas dazu gesagt -

kann man Politikern insgesamt nicht machen. Für die eigene Partei ist es der schwerste Vorwurf, den es gibt.

(BEIFALL)

Ich finde nur, es wäre angemessen, wenn wir das an Taten und nicht an Worten messen würden. Es ist in der SPD üblich geworden, dass man so daherredet, was wir angeblich sagen und dann nicht tun. Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine schöne Broschüre veröffentlicht. Sie hat 78 Seiten und liegt hier für alle aus. Die Überschrift ist „Gesagt. Getan. Gerecht“. Dort steht Punkt für Punkt drin, dass wir in den letzten zwei Jahren den Koalitionsvertrag abgearbeitet haben. Das geht weit über Mindestlohn und Rente hinaus. Da stehen zum Beispiel 9 Milliarden Euro drin für Bildung, Forschung und Entwicklung. Da steht das Gesetz zur Einführung der Frauenquote drin. Da steht die Mietpreisbremse drin, die Erhöhung der Mittel des Städtebaus. Da steht ganz viel darüber drin, was wir gesagt und versprochen haben und was wir getan haben.

Wenn wir uns öffentlich gegenseitig unterstellen, wir würden unsere Versprechen nicht einhalten, obwohl man schwarz auf weiß nachlesen kann, dass wir das tun, dann, glaube ich, tut man der Partei und den Jungsozialisten keinen Gefallen.

(BEIFALL)

Das Zweite ist: Ich finde es ehrlicher, wenn du sagst - das darf und muss eine Jugendorganisation vielleicht auch -: Wir waren gegen diese Große Koalition. - Ich war auf eurem Bundeskongress. Das war ein schrecklicher Kongress, weil er im Wesentlichen Schreierei beinhaltet hat. Ich bin auf eurem letzten Kongress aus folgendem Grund nicht gefahren: Nachdem du im Parteivorstand für die Jungsozialisten nichts gesagt hast, und zwar über Monate nicht, hast du ein Fernsehinterview gegeben mit einer Zensurenverteilung für Frau Merkel; ich glaube, eins plus oder eins minus für sie und für mich vier minus. Das ist - wie soll ich das sagen? - ein sehr kreativer Umgang in der Debatte. Wäre ich zu eurem Kongress gekommen, hätten ARD und ZDF die Chance gehabt, wieder einmal Bilder von der SPD zu zeigen, die ich jedenfalls nicht bereit bin öffentlich zu zeigen, weil sie weder euch noch uns dienen. So einfach ist das.

(BEIFALL)

Du darfst nicht glauben, dass ich sozusagen keine Lust dazu hätte, mit Jusos zu diskutieren. Ich halte auch so eine Veranstaltung aus. Aber die Partei hält so einen Umgang miteinander nicht aus. Ernst nehmen heißt, dass man sich in ernstesten Zeiten ernsthaft benimmt. Ich muss dir offen sagen: Uns zu unterstellen, wir würden nicht das tun, was wir sagen, das ist nicht in Ordnung.

(VEREINZELT BEIFALL)

Du willst andere Dinge. Ich sage dir was zur Vorratsdatenspeicherung. Die Vorratsdatenspeicherung darf man kritisieren, na klar. Aber es galt irgendwann einmal in der SPD: Wenn wir lange debattiert haben - über die Vorratsdatenspeicherung haben wir sechs Jahre diskutiert - und dann die Partei eine Entscheidung fällt, dann muss die auch mal gelten, Johanna.

(BEIFALL)

Ich habe immer gesagt: Man kann zur Vorratsdatenspeicherung Ja oder Nein sagen; damit wird weder die innere Sicherheit explodieren, noch wird sie völlig verloren gehen. Aber ich kann dir eins versprechen: Nach den Attentaten von Paris würden wir jetzt eine ganz andere Debatte über die Vorratsdatenspeicherung führen, und zwar nicht über eine so liberale, wie sie Heiko Maas vorgeschlagen hat. Die SPD würde mit hängenden Ohren und unter der Tür hindurch in diese Debatte gehen. Ich bin froh, dass wir das Ding vorher abgeräumt haben und dass wir einen liberalen Umgang mit dem Thema haben und nicht die Hardlinerposition haben, die jetzt nach den Attentaten von Paris garantiert mehrheitsfähig geworden wäre; da bin ich ganz sicher.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es geht im Wesentlichen darum, ob wir vielleicht sagen, dass Beschlüsse, zwei Jahre oder ein Jahr nachdem wir sie gefasst haben, dann auch gelten. Als ich in die SPD eingetreten bin, war Willy Brandt fürs Berufsverbot und für Atomenergie, und wir waren gegen beides. Dass man sich am Parteivorsitzenden reibt, ist normal; es wäre ja eine komische Jugendorganisation, die das nicht machen würde. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht Vorurteile über uns selber produzieren, die einfach nicht wahr sind. Gestern hat der DGB-Vorsitzende darauf hingewiesen, dass wir zwei Neueintritte von Gewerkschaftsmitgliedern haben; einer von den beiden war übrigens einmal ausgetreten. Sie kommen doch nicht zu uns zurück, weil wir unsere Zusagen nicht einhalten, sondern sie kommen zurück, weil wir sagen, was wir tun, und tun, was wir sagen. Das ist der Grund, warum sie zurückkommen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deswegen meine herzliche Bitte: Lass uns strittige Fragen debattieren; aber unterstelle uns nicht, wir würden etwas anderes machen, als wir sagen. Denn das ist der härteste Vorwurf, den man jemandem machen kann. Wenn du das glaubst, wenn du das wirklich glaubst, dann darfst du mich natürlich nicht wählen; natürlich nicht. Du darfst keinen Parteivorsitzenden wählen, von dem du glaubst - -

(ZURUF)

Ich bitte auch darum, dass du das machst; ich habe damit gar kein Problem. - Ja, du lachst darüber. Ich lache darüber deshalb nicht, weil ich weiß, wie tief hinein in die Gesellschaft dieser Topos inzwischen wirkt, Politiker sagten nicht die Wahrheit und täten nicht, was sie sagen. Wenn wir das, obwohl wir das Gegenteil tun, über uns behaupten, dann wird kein junger Mensch zu uns kommen. Übrigens: Junge Menschen gewinnt man nicht dadurch, dass man ihnen nach dem Munde redet, sondern dadurch, dass man mit ihnen in eine ernsthafte Auseinandersetzung geht, und das tue ich in der Tat.

(BEIFALL)

Letzte Bemerkung: Klare Haltungen. Willy Brandt wird immer so schön gelobt. Der wichtigste Satz von ihm war: Die SPD muss die Partei des donnernden Sowohl-als-auch sein. Das müssen und dürfen nicht die Jungsozialisten sein, um Gottes willen. Ich weiß noch, wie ich mit Vorsitzenden debattiert habe. Da bist du noch in der Bandbreite dessen, zu dem ich auch in der Lage war. Aber die Partei selber - das bitte ich dich; du kandidierst ja nachher zum Parteivorstand - muss so sein wie das Leben, und das Leben ist

nie schwarz oder weiß, richtig oder falsch. Das Leben besteht immer daraus, dass wir Mittelwege suchen müssen, weil wir so viele mitnehmen müssen. Die Partei des donnernden Sowohl-als-auch, das ist die Partei Willy Brandts, die zugesehen hat, dass sie die Gesellschaft beieinander hält. Deswegen halte ich nichts von Entweder-oder-Themen.

Bei CETA und TTIP lege ich Wert darauf, dass die roten Linien nicht du oder irgendwer anders gezogen hat, sondern Reiner Hoffmann und ich. Wir haben im März des letzten Jahres beschlossen, was danach von der Partei beschlossen wurde und morgen hier noch mal beschlossen wird. Und wir haben das übrigens noch mal beschlossen. Mit allen kommunalen Spitzenverbänden und mit sämtlichen Wohlfahrtsverbänden gibt es einen Vertrag des deutschen Bundeswirtschaftsministers mit diesen, dass ich als Wirtschaftsminister nur dann zustimmen werde, wenn das, was wir mit dem Städtetag, mit den Gewerkschaften, mit den Sozialverbänden verabredet haben, eingehalten wird.

Ich bitte dich herzlich um Verständnis. Wenn jeden Tag einer aus der Partei losgeht - oder die Vorsitzende der Jungsozialisten - und unterstellt, ich würde das sowieso nicht machen, weil ich doch nur eine nette Rede halte und ansonsten das Gegenteil tue, wie sollen wir dann glaubwürdig das durchsetzen, was da drinsteht? Warum soll sich denn einer an das halten, was wir da reinschreiben?

(BEIFALL)

Ich mache dir mal folgenden Vorschlag: Du sagst häufiger was im Parteivorstand und ich antworte dir auch, und auf dem Juso-Bundeskongress setzen wir die Debatte fort, aber wir verzichten auf öffentliche Fernduelle über Zeitungen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Klara Geywitz. Ihr folgt Josip Juratovic.

Klara Geywitz, Brandenburg: Lieber Sigmar! Liebe Johanna! Es ist natürlich nicht schön, wenn man sich in der Partei streitet, aber ich glaube, es gibt eine Sache, die noch viel schlimmer als innerparteilicher Streit ist, nämlich Schweigen und die andere Seite einfach doof finden.

(BEIFALL)

Insofern war das ja heute ein hoffnungsvoller Anfang zwischen Sigmar und dir. Ich hoffe, der findet heute Abend auch Fortsetzung. Wir haben immer als Sozialdemokraten uns an unseren Vorsitzenden gerieben. Ich gebe zu: Momentan - in den letzten zwei Jahren - ist bei Sigmar besonders viel Wärme entstanden. VDS war ein Thema, TTIP, CETA, andere Sachen. Aber, ehrlich gesagt, bin ich froh darüber, dass wir einen Parteivorsitzenden haben, der eine Meinung hat, auch wenn er mich regelmäßig dazu bringt, zu sagen: „O Gott, nein!“ Ein Mal in diesem Jahr war es fast so weit, dass er mich dazu gebracht hätte, mein Parteibuch hinzuschmeißen. Ich gucke mal in Richtung IG BCE, Vassiliadis.

Wir haben einen streitbaren, einen polarisierenden Parteivorsitzenden, und ich sage: Das ist gut für die Sozialdemokratie. Ich bin darauf sehr stolz. Sigmar hat auf Polen verwiesen. Sigmar hat auf Frankreich/Le

Pen verwiesen. Aber schauen wir uns doch mal an, wie es in Ostdeutschland, wo ich herkomme, um unsere Parteiendemokratie bestellt ist. Weniger als 50 Prozent der Leute gehen noch zur Wahl. In meinem Landesparlament in Brandenburg sitzen 12 Prozent AfD. Glaubt ihr denn allen Ernstes, die Sozialdemokratie ist in der Lage, die Hälfte, die sich von uns abgewandt hat, wiederzugewinnen, indem wir wohlfeile, dreimal im Mund hin- und hergerollte Worte ausspucken und uns den üblichen Stanzen der Berufspolitik hingeben? Nein, das werden wir nicht schaffen.

Deswegen bin ich froh, dass wir einen polarisierenden Parteivorsitzenden haben, der klare Kante zeigt, auch wenn es für uns alle - und mit niemandem kann man sich besser streiten als mit Sigmar - nicht immer einfach ist.

Ich finde, wir sollten uns hart in der Sache streiten, aber eine Sache nicht vergessen: Wir brauchen eine starke Sozialdemokratie in diesen krisenhaften Zeiten, in denen Parteibüros von uns in Sachsen demoliert werden, in denen die Nazis wieder zu Massen aufmarschieren, in denen Flüchtlingsheime angezündet werden. Da braucht es in Deutschland eine starke Sozialdemokratie.

(BEIFALL)

Und eine starke Sozialdemokratie braucht natürlich auch einen starken Vorsitzenden. Also lasst uns trennen den Streit im Detail um die Inhalte - das können wir gut, seit über 150 Jahre -, und lasst uns Sigmar ein überzeugendes Ergebnis auf diesem Parteitag geben. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt hat Josip das Wort. Ihm folgt Bärbel Bas.

Josip Juratovic, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist richtig, Europa als Innenpolitik zu betrachten. Als Außenpolitiker und aus Balkanerfahrung weiß ich, dass wir nur durch ein starkes und geschlossenes Europa bei den Lösungen und bei der Suche nach den Lösungen im globalen Bereich ernst genommen werden. Deshalb besteht mit Recht die Forderung nach mehr Solidarität in Europa. Leider befindet sich Europa nicht in dem besten Zustand. Es erinnert mich an den Zustand des ehemaligen Jugoslawien der 80er-Jahre.

Deshalb: 28 nationale Interessen müssen in 28 nationale Interessen für ein Europa des Friedens und der Sicherheit einfließen. Deutschland und Frankreich sind zwei wichtige Säulen der Europäischen Union. Allerdings: Es reicht nicht allein aus, der Schulterchluss bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Menschen in Europa brauchen soziale Sicherheit und Orientierung. Dabei sind alle Augen gerade auf uns Deutsche gerichtet.

Genossinnen und Genossen, vieles wird bereits geleistet. Martin Schulz und die Europa-Politiker machen eine sehr gute Arbeit. Dabei möchte ich auch unseren baden-württembergischen Europaminister Peter Friedrich hervorheben, der sich mit der Dollarraum-Strategie große Anerkennung erworben hat.

(BEIFALL)

Es ist auch wichtig, in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten Europas den vor drei Jahren erwähnten Marshall-Plan auszuarbeiten. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss nach wie vor unser Hauptziel bleiben. Chancengleichheit darf nicht nur sozialdemokratische Forderung in Deutschland sein, sondern auch in Europa. Und wenn soziale Marktwirtschaft in Deutschland gut ist, dann muss es auch für Europa sein. Leben und leben lassen muss unser Motto für die Zukunft lauten.

Genossinnen und Genossen, die SPD ist die einzige Schutzmacht der kleinen Leute. Übrigens war dies auch ein Grund, warum ich als Gastarbeiter 1982 in die SPD eingetreten bin. Genossinnen und Genossen, dazu lasst mich eine Anekdote erzählen. Vor ein paar Monaten war eine Botschaftsvertretung eines Gründerstaates der Europäischen Union bei mir und sagte zu mir: „Juratovic, Sie sind ein Phänomen.“ Ich habe ihn ein bisschen verwundert angeschaut und habe gefragt: „Warum?“ Er sagte mir: „Sie haben es tatsächlich vom Fließband als Gastarbeiter in den Deutschen Bundestag geschafft.“ Ich habe darauf erwidert: „Es ist nicht ein Phänomen des Juratovic, sondern das spricht für die deutsche Gesellschaft, für diese Gesellschaft, in der wir leben, in der es möglich ist, dass es ein Gastarbeiter in den Deutschen Bundestag schafft.“ Dafür hat die Sozialdemokratische Partei sehr viel geleistet.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, allerdings erfordert das auch für uns alle in der Gesellschaft Beteiligung. Mich schmerzt ein bisschen die Tatsache, dass nicht einmal 3 Prozent der deutschen Bevölkerung Mitglied irgendeiner Partei sind, in einer demokratischen Gesellschaft, die maßgeblich von der Beteiligung abhängt. Nicht einmal 1 Prozent beteiligt sich aktiv an der politischen Gestaltung dieses Landes. Ich finde es ein bisschen schwierig, wenn in der Öffentlichkeit gerade diejenigen, die leisten, dass die Gesellschaft sich besser entwickelt, dann als die Buhmänner der Nation dargestellt werden, und andere kommen schlau davon.

(BEIFALL)

Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen, braucht allerdings auch Kompromisse. Das heißt, Diskussionen sind wichtig, aber es ist genauso wichtig, dass Kompromisse geschlossen werden und dementsprechend geschlossen nach außen getragen werden, um den Menschen einfach Sicherheit und Orientierung zu geben.

Ich komme zum Schluss. Als Integrationsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion möchte ich noch mal unterstreichen: Integration ist mehr, als nur die Herausforderungen im Umgang mit den Flüchtlingen zu bewältigen, wenn das auch die Gruppe ist, die jetzt die größte Unterstützung braucht.

Viele Migrantinnen und Migranten, die sich aus unterschiedlichen Gründen unter uns befinden, brauchen unsere Anerkennung und Unterstützung.

Im Zusammenhang mit der Integration möchte ich abschließend noch eine Gruppe erwähnen, die ständig vergessen wird. Ich denke hier an die Situation der Roma in Deutschland und in Europa. Das ist die größte Minderheit; es sind 10 bis 15 Millionen Menschen. Sie sind entrechtet und werden EU-weit diskriminiert. Es ist höchste Zeit, dass auch diese Gruppe Ziel der EU-Integrationspolitik wird, um auch diese Menschen zu integrieren; denn Gerechtigkeit wird daran gemessen, wie wir mit den Schwächsten unter uns in Deutschland und in Europa umgehen. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. - Liebe Delegierte, ich möchte euch drei Vorschläge machen, da uns jetzt noch über 25 Wortmeldungen in dieser Generalaussprache vorliegen.

Ich schlage erstens vor und bitte darum, dass sich der eine oder andere vielleicht noch einmal überlegt, ob er seinen Redebeitrag wirklich aufrechterhält, weil manches von dem vielleicht ja auch schon gesagt worden ist. Man kann die Debatte ja ein bisschen beobachten.

Zum Zweiten schlage ich euch vor, dass wir die Redeliste an dieser Stelle jetzt auch schließen.

(BEIFALL)

Zum Dritten schlage ich euch vor, dass wir nach drei Minuten hier oben abklingeln - wir würden die Gedanken dann natürlich immer noch zu Ende führen lassen -, damit möglichst viele zu Wort kommen.

Könnt ihr mit dem Vorgehen einverstanden sein?

(BEIFALL)

Ist irgendjemand dagegen? - Das scheint sich so durchzusetzen. Dann sollten wir so verfahren.

Als Nächstes hat Bärbel Bas das Wort. Ihr folgt Sebastian Roloff.

Bärbel Bas, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Streiten in der Sache ist immer gut, aber wenn wir uns selber schlechtreden, wird uns auch draußen niemand wählen, und deshalb sollten wir auch darauf aufpassen, wie wir hier miteinander umgehen.

(BEIFALL)

Wir haben nämlich auch keinen Grund dazu, uns schlechtzureden. Sigmar Gabriel hat angesprochen, welche Themen wir bereits durchgesetzt haben. Ich weiß, dass das vielen nicht ausreicht - mir persönlich übrigens auch nicht -, aber wir haben auch noch eine gute Zukunft vor uns.

Deshalb will ich gerne zwei Themen noch einmal schärfen, die mir aus sozialpolitischer Sicht wichtig sind:

Ich meine zum einen das Thema Kinderarmut, das Sigmar auch schon angesprochen hat. Das muss ein Zukunftsthema für uns sein. Wir dürfen nicht nur darüber reden, sondern wir müssen auch ganz deutlich etwas dafür tun, diese Kinderarmut endlich auch mit Taten zu bekämpfen; denn es ist ein wichtiger Punkt, der viele Eltern drückt, dass sie ihren Kindern nicht das bieten können, was sie ihnen bieten wollen.

Das hängt, wie alles, mit allem zusammen - auch mit dem Arbeitsmarkt. Das ist ein entscheidender Punkt. Als jemand, die aus dem Ruhrgebiet kommt, möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir hierauf einen Fokus legen müssen.

Der Arbeitsmarkt - dafür hat Andrea Nahles gesorgt - hat schon eine Menge Dinge bewegt, es ist uns aber

noch nicht gelungen, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Liebe Genossinnen und Genossen, man muss sagen: Unter dieser Langzeitarbeitslosigkeit leiden auch sehr viele Kinder, die durch ihre Eltern unmittelbar davon betroffen sind. Wir brauchen - ich weiß, dass das mit der CDU im Moment nicht geht - einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Ich finde, dafür müssen wir kämpfen, und das muss auch in das nächste Regierungsprogramm.

(BEIFALL)

Das Zweite, was ich noch ganz kurz ansprechen will, ist auch ganz wichtig für uns: Wir sind die Kommunalpartei, und Sigmar Gabriel hat mit vielen anderen dafür gesorgt, dass in dieser Legislaturperiode so viele Gelder wie, glaube ich, noch in keiner anderen Regierung an die Kommunen umgeschichtet werden konnten. Das ist den Sozialdemokraten in dieser Großen Koalition und nicht der Union zu verdanken. Das muss an dieser Stelle auch noch einmal deutlich gesagt werden.

(BEIFALL)

Was uns aber drückt, ist, dass wir hier jetzt nicht stoppen dürfen. Wir müssen den Kommunen, wo die Menschen leben, deutlich mehr Unterstützung für Investitionen geben.

Am Schluss will ich noch sagen: Der soziale Wohnungsbau ist ein ganz wichtiger Punkt für viele Menschen, die in den Städten leben. Ein bezahlbares Dach über dem Kopf ist ganz entscheidend für viele Menschen in unseren Städten. Wir haben gestern schon entsprechende Beschlüsse gefasst, aber ich weiß, dass es in vielen Kommunen kaum noch Wohnungsbaugesellschaften gibt, an denen Städte beteiligt sind. Deswegen wird es noch ganz schwer, den sozialen Wohnungsbau auch umzusetzen. Hier würde ich uns Initiativen wünschen, die wir an dieser Stelle gemeinsam erkämpfen.

Sigmar, dir wünsche ich erstens gleich ein gutes Wahlergebnis und zweitens für das, was du in der Regierung tust, vor allen Dingen Folgendes - das ist ein Moto des Ruhrgebiets -: Pack an und mach fertig!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Sebastian Roloff; ihm folgt Gerlinde Schermer.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Bärbel und ich haben uns zwar nicht abgesprochen, aber es passt inhaltlich gut, weil ich auch auf das Thema „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“ eingehen möchte.

Ich glaube, ich kann für uns alle sagen, dass uns die Umfrageergebnisse, dieses dauernde Umfragetief - Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind mit 25 Prozent nicht zufrieden; wir haben einen Gestaltungsanspruch und möchten stärkste Kraft werden -, schmerzen. Wir müssen auch sagen, dass wir weiterhin an einer stringenten Haltung arbeiten müssen, an unserer Glaubwürdigkeit. Wir haben hier richtige Schritte gemacht, aber wir müssen auch zu eigenen Fehlern stehen.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, dass wir die Wahlunterlage 2013 und die Gründe dafür - es war

wirklich eine Wahlniederlage, auch wenn wir daraus das Beste gemacht haben - noch nicht richtig gearbeitet haben. Wir waren damit beschäftigt, uns in die Große Koalition zu retten; das hat auch ordentlich funktioniert. Wir haben hier sehr viel umgesetzt; ich bin über sehr viele unserer Projekte sehr froh. Wir müssen uns aber fragen, warum wir aus diesem Tief nicht herauskommen.

Ich glaube, zu eigenen Fehlern zu stehen, gehört auch die Feststellung, dass wir bei der Agenda 2010 in vielen Punkten auch ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen sind, auch wenn wir das durchaus mit richtiger Motivation gemacht haben. Wir müssen aber einräumen, dass da manches falsch war, und ich glaube, dass wir bezogen auf den Arbeitsmarkt auf einem guten Weg sind, dort aber noch weiter gehen müssen.

Die Arbeitsmarktpolitik wird einer der Lackmustests für die Glaubwürdigkeit der SPD sein, und ohne eine glaubwürdige und stringente Arbeitsmarktpolitik werden wir nicht über 30 Prozent kommen - von 35 Prozent ganz zu schweigen.

Die SPD muss sich auch mit den Lebensrealitäten von prekär Beschäftigten befassen. Das tut sie, das muss sie aber noch weiter verstärken.

Auch dem Niedriglohnsektor müssen wir uns verstärkt widmen, und ich glaube, dass die Lebensrealität von Menschen, die in prekärer Beschäftigung sind, wofür eben leider auch die eine oder andere Reform aus der rot-grünen Regierungszeit mit verantwortlich ist, bei uns weiter in den Fokus rücken muss.

Leiharbeit und Werkverträge sind ein ganz großes Problem im deutschen Arbeitsmarkt, und viel des vermeintlichen Wirtschaftswachstums und des vermeintlichen Wohlstandes wird auf dem Rücken dieser Kolleginnen und Kollegen erwirtschaftet.

Wenn man sich fragt, was reiche Menschen tun, wenn sie Sicherheit haben, wenn sie etwas übrig haben, dann stellt man fest: Sie bauen zum Beispiel ein Haus; sie investieren in den Hausbau. Was tun arme Menschen, wenn sie Sicherheit haben, die sie oft nicht haben? Schwache investieren in ihre Kinder oder im besten Fall in den sozialen Aufstieg ihrer Kinder.

Für diese Sicherheit braucht man aber auch ein Arbeitsverhältnis, von dem man nicht täglich abgemeldet werden kann. Das darf nicht sachgrundlos befristet werden, und es kann nicht sein, dass man kaum Kündigungsschutz und deutlich schlechtere Bedingungen als die Stammebelegschaft hat. Das ist ein ganz zentrales Thema des Arbeitsprekariats, dem wir uns verstärkt widmen müssen.

Ich bin sehr dankbar für den Gesetzentwurf von Andrea, auch wenn in dieser Frage immer noch ein bisschen mehr gehen würde. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, möglichst früh zu einem verpflichtenden Equal Pay zu kommen, damit man wenigstens nicht schlechter bezahlt wird als die Stammebelegschaft. Man hat ohnehin schon schlechtere Arbeitsbedingungen. Eigentlich müssten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter besser bezahlt werden, weil sie flexibler als die Stammebelegschaft sind.

Wir brauchen eine Höchstausleihdauer. 18 Monate bzw. 24 Monate mit Tarifbindung ist hier das höchste der Gefühle. Ich glaube, wir müssen bei der Begrenzung bei der Leiharbeit auf den Arbeitsplatz und nicht auf die Beschäftigung abstellen, weil sonst alle 18 Monate abgemeldet wird.

Bei Werkverträgen ist es gut, dass wir Informationsrechte für Betriebsräte bekommen. Eine echte Mitbestimmung wäre aber noch besser.

Lasst uns diesen Weg weitergehen, damit die Menschen, die unsere Hilfe brauchen, sie auch bekommen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Gerlinde Schermer hat das Wort. Ihr folgt David Wade. Danach kommt Verena Bentele.

Gerlinde Schermer, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte auf den Aspekt eingehen, den Sigmar Gabriel mit dem Stichwort „Investitionen“ umschrieben hat. Sigmar hat hier ja auch den Antrag „Zukunft“ eingebracht. Da findet sich auf der Seite 6 Public Private Partnership. In dieser Partei hat eine öffentliche Diskussion über das Für und Wider von Public Private Partnership bisher gar nicht stattgefunden. Sigmar Gabriel hat eine Expertenkommission eingerichtet. Als Wirtschaftsminister ist das sein gutes Recht. Aber die Gewerkschaften, die hier auch so gelobt wurden, haben ein ablehnendes Minderheitenvotum zu diesem Vorschlag abgegeben, öffentliche Investitionen zusammen mit Privaten zu finanzieren, weil nämlich darin steckt das findet sich auch in diesem Satz; sehr problematisch, aber versteckt; Sigmar hat ja gesagt, wir sind für offene Diskussionen; deswegen hätte ich mir gewünscht, dass er in diesem Antrag offen anspricht, was er will; das macht er aber nicht : Er will damit auch, dass die ganzen Lebensversicherer und die Anleger feste Renditen dafür haben, dass sie in die öffentliche Infrastruktur Geld geben. Denen ist es scheißegal, wofür sie Geld geben, Hauptsache die Rendite ist sicher. Das kann der Bundesfernstraßenbau sein. Dann wird überlegt, eine Bundesfernstraßengesellschaft zu bilden. Der Bundesrat hat das schon abgelehnt. Die Gedanken sind weit gediehen. Das ist nicht nur ein Planspiel. Das ist ernster Wille. Aber in diesem Antrag kommt das so lapidar daher: Wir wollen mal überlegen und denken. - Nein! Sigmar Gabriel will Public Private Partnership. Wir in Berlin haben Erfahrungen mit Public Private Partnership. Wir wollen Public Private Partnership nicht!

(BEIFALL)

In Berlin gab es die größte Privatisierung in ganz Europa in Sachen Wasser. Was war da? - Eine feste Rendite für die Privaten, abgesichert durch geheime Verträge, abgesichert durch private Schiedsgerichte, die auch darüber verhandelt haben, dass die Berliner zu wenig Wasser verbrauchen. Deswegen musste das Land Berlin einen Ausgleich dafür bezahlen. Das ist der Skandal, der bei PPP stattfindet!

Hier ist vorgesehen, dass sozusagen ihr alle, wenn ihr mit dem Auto über die Autobahn fahrt, über nutzerfinanzierte Kreisläufe so nennen es die Experten mit der Maut die Rendite für die Lebensversicherer usw. bezahlt. Wir haben hier heute über Armut gesprochen. Wie viele Leute haben überhaupt noch eine Lebensversicherung? Ist es unsere Aufgabe, die Rendite für die Lebensversicherer zu besorgen, indem wir sozusagen den kleinen Leuten über nutzerfinanzierte Investitionsfinanzierung das Geld aus der Tasche holen? Wäre es nicht besser, wenn wir das Geld endlich bei den Reichen holen und sagen: Investiert, wenn ihr das machen wollt, aber bitte auf eigenes Risiko und nicht auf unser Risiko!

(BEIFALL)

Deshalb stelle ich hier den Antrag, auf der Seite 6 diese Passage zu ersetzen. Wie kann Politik Innovationen effektiv unterstützen und fördern? - Das ist eine Frage. Wir haben ja in diesem Antrag pausenlos Fragen. Ich habe gedacht, wir geben hier heute Antworten. Aber das ist ja ein Antrag, der nur Fragen enthält. Aber bitte! Wie kann Politik Innovationen effektiv unterstützen und fördern? - Investitionen brauchen eine solide Finanzierung. Deshalb Streichung der Passage und eine belastbare Perspektive, dass sich diese auch lohnen. Damit ist nämlich die Rendite für die Anleger gemeint. Über die Höhe der Rendite wird übrigens von Sigmar Gabriel auch nichts gesagt.

Ich gebe also diesen Antrag auf Streichung dieser Passage hier ab und bitte, dass das nachher bei der Antragsberatung vorgetragen wird. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt kommt David Wade. Ihm folgt Verena Bentele.

David Wade, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Vorweg: Ich glaube, ich bin nach Johanna der erste Juso, der hier die Chance hat zu reden. Ich habe selbst formal nichts mit dem Juso-Bundesvorstand zu tun. Aber ich finde es völlig legitim, wenn Johanna darum ging es ja im Kern die Sorge äußert, dass die Menschen und nicht Johanna selbst uns nicht mehr abnehmen, was wir sagen, und dass wir auch wirklich das tun, was wir vorher angekündigt haben. Die Sorge ist gerade deshalb begründet, weil die Bundestagsfraktion in vielen Teilen zeigt, dass genau das Gegenteil passiert. Aber wir müssen natürlich darüber reden, warum das in der Öffentlichkeit anders wahrgenommen wird. Dann finde ich es auch völlig legitim, das als Juso-Bundesvorsitzende hier so anzusprechen.

(BEIFALL)

Ich habe mich aber ursprünglich gemeldet, weil ich mir um den gesellschaftlichen Zusammenhalt Sorgen mache. Ich komme aus dem hessischen Landkreis, in dem sich die AfD bundesweit gegründet hat, dem hessischen Oberursel. Ich glaube, dass es Aufgabe sozialdemokratischer Politik sein muss, noch viel pointierter und klarer den menschenverachtenden Ideologien, die von AfD & Co. durch die Straßen getrieben werden, die Grundlagen zu entziehen. Wir sehen es überall: Da, wo die öffentliche Infrastruktur verkommt, wo der soziale Zusammenhalt nicht mehr existiert, haben die Rechten ein einfaches Spiel. Sigmar hat in seiner Rede zu Recht die 20 Milliarden Euro angesprochen, mit denen wir die Kommunen entlasten wollen. Aber wir wissen seit mehreren Jahren der Deutsche Städtetag hat das noch einmal herausgegeben, dass allein die Kommunen ein Investitionsdefizit von über 100 Milliarden Euro haben. Wir haben es im gesamten Bundesgebiet immer wieder mit kaputten Straßen, maroden Schulen, geschlossenen Schwimmbädern und unzureichender Instandhaltung des Straßen- und Schienennetzes zu tun. Gleichzeitig haben wir eine Situation, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer brutaler auseinander geht. In den jüngsten Zahlen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung heißt es, dass die obersten 0,1 Prozent, das oberste Promille, 17 Prozent des privaten Volksvermögens besitzt und die untersten 50 Prozent in der Bundesrepublik zusammen 2,5 Prozent besitzen.

Ich glaube, wenn wir es mit einer solchen Situation zu tun haben, wäre es angesichts der Flüchtlingssituation

und der Herausforderungen, die damit verbunden sind, an der Zeit, von sozialdemokratischer Seite noch viel klarer die Verteilungsfrage zu stellen und klarzumachen, dass die Kosten, die entstehen, nicht die einfachen Leute und nicht die arbeitende Mitte zahlen werden, sondern die Leute, die es sich auch wirklich leisten können. Wenn wir dann anfangen, Steuerdumping effektiv zu bekämpfen, haben wir auch das Geld, entsprechende Investitionen zu tätigen. Aber das ist ja in der politischen Praxis nicht immer einfach. Ich glaube, da holen uns jetzt aktuell politische Fehler der Vergangenheit ein.

Wir haben uns der Debatte um die Schuldenbremse gestellt. Wir haben gesagt: Wir finden das grundsätzlich richtig, weil Schulden, Zinsen usw. auch etwas Unsoziales haben. Aber aktuell sind die Zinsen so niedrig wie noch nie. Es ist doch absurd, dass wir jetzt nicht anfangen und sagen können: Wir machen aus dieser Flüchtlingssituation eine positive Message! Wir bauen Straßen, modernisieren die Schulen, machen die Schwimmbäder wieder auf und machen das kreditfinanziert! Das ist so billig, dass es auch für die zukünftige Generation sinnvoll ist, weil sie von den öffentlichen Investitionen und einer guten Infrastruktur profitieren kann. Ich glaube, wenn wir die öffentliche Debatte noch viel klarer darauf zuspitzen, brauchen wir uns auch 2017 um die AfD keine Sorgen zu machen. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Verena Bentele. Ihr folgt Carsten Sieling.

Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar! Ich war richtig froh, heute Morgen zu hören, dass Teilhabe in Deutschland für alle Menschen realisiert werden soll und dass die SPD die Partei ist, die Teilhabe für Menschen mit Behinderungen verwirklicht. Das habt ihr im Koalitionsvertrag festgelegt. Daran müssen wir zwingend festhalten.

Für mich ist es entscheidend, dass wir Teilhabe in ganz Deutschland, die Chancen für Menschen mit Behinderung, genauso wie die Chancen für Menschen mit Flüchtlingshintergrund, die nach Deutschland kommen, für Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Das heißt, es darf nicht davon abhängen, wo ich wohne, ob ich in Brandenburg, Berlin, Bayern, Hessen oder Nordrhein-Westfalen wohne, ob ich Assistenzleistungen bekomme, ob ich an der Gesellschaft teilhaben kann und ob ich selbst entscheiden kann, wo ich wohne und wer meine Unterstützung sein soll.

Teilhabe für alle Menschen in Deutschland heißt auch, dass es nicht von der Finanzkraft einer Kommune oder eines Bundeslandes abhängen soll, wie gut die Teilhabechancen sind. Dafür trägt die SPD mit Andrea Nahles, der ich sehr für ihre Standfestigkeit auch gegenüber Wolfgang Schäuble danke, eine hohe Verantwortung. Es kann nicht sein, dass Menschen mit Behinderung in Deutschland, die einen hohen Assistenzbedarf haben, nur 2.600 Euro Einkommen und Vermögen behalten dürfen.

Ich weiß, dass ihr alle mit Sicherheit meiner Meinung seid: Menschen mit Behinderungen, die teilhaben an der Gesellschaft, brauchen finanzielle Möglichkeiten und müssen in die Lage versetzt werden, von ihrem Einkommen und Vermögen etwas für sich zu behalten und für sich selbst zu sorgen.

(BEIFALL)

- Ja, da könnt ihr schon mal klatschen! Stellt euch mal vor, ihr hättet nur 2.600 Euro. Bei 2.600 Euro ist nicht mal ein gescheiter Urlaub drin. Das muss man sich einmal vorstellen. Oder denkt an die Weihnachtseinkäufe! Die Deutschen kaufen für 80 Milliarden Euro Weihnachtsgeschenke. Aber wer so wenig Geld hat, wie viele Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf, ist da mit Sicherheit nicht dabei.

Wichtig ist mir auch, dass wir Menschen fördern, nicht Institutionen. Jeder muss selbst entscheiden können, wo er wohnt und lebt - ob in einer Einrichtung, in einer WG, in einer Partnerschaft oder allein. Diese Entscheidung ist für euch und für mich, liebe Genossinnen und Genossen, Normalität. Sie muss auch für Menschen mit Behinderungen Normalität sein.

(BEIFALL)

Menschenrechte - damit möchte ich enden; ich werde meine Redezeit nicht überziehen -, liebe Genossinnen und Genossen, können wir nicht veräußern und verscherbeln. Menschenrechte für alle Menschen zu realisieren, ist eine der Grundkompetenzen und eine der Aufgaben der SPD. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Carsten Sieling. Ihm folgt Marc Dietzschkau.

Carsten Sieling, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, wir diskutieren in dieser Debatte über die Zukunft Deutschlands sehr viel über Integrationspolitik und die Herausforderungen, die wir im Zusammenhang mit den Flüchtlingen haben.

Ich finde es außerordentlich gut und richtig, dass Verena eben deutlich gemacht hat, dass dazu auch eine vernünftige Inklusionspolitik gehört. Denn das macht deutlich, dass die Zukunft Deutschlands mehr ist. Wir brauchen eine starke Integration, aber auch eine starke sozialpolitische Ausrichtung. Denn wir stehen für den sozialen Zusammenhalt. Das tun wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Genossinnen und Genossen.

Diese Aufgabe, die wir überall, in allen Ebenen vor allem in den Kommunen, aber auch in den Ländern und im Bund, bewältigen müssen, wird in den nächsten Jahren bedeuten, dass wir einen weiteren Schritt gehen müssen mit Blick auf das, was in den letzten Wochen und Monaten vor uns lag. Wir werden aktive Wohnungsbaupolitik betreiben müssen. Wir werden mehr für eine inklusive und integrative Bildungspolitik machen müssen. Und auch ein vernünftiger Arbeitsmarkt will organisiert sein. Ich sage hier: Er braucht die private Wirtschaft existenziell, aber das wird nicht allein darüber möglich sein. Wir werden auch eine öffentlich geförderte Beschäftigung brauchen, liebe Genossinnen und Genossen, um dieses Ziel zu erreichen.

(BEIFALL)

Das alles wird Geld kosten. Für das alles sind Investitionen nötig. Und ich will an dieser Stelle sagen: Das sind Investitionen in die Zukunft, und das ist auch ein gewaltiges Wachstumsprogramm. Sigmar hat in seiner Rede sehr deutlich gemacht, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Partei von Fortschritt und Wachstum sind. Darauf müssen wir setzen. Das ist eine Chance, die Dinge zu verknüpfen.

Wir werden dazu - das ist vielfach in der Debatte angesprochen worden - auch Geld brauchen. Wir werden mehr investieren und mehr finanzieren müssen, als bisher erwartet war. Und ich bin der Auffassung, dass es richtig ist, dass wir dafür auch eine ordentliche Erbschaftsbesteuerung in Deutschland bekommen.

(BEIFALL)

Dazu hat selbst der Bundesfinanzminister einen guten Vorschlag gemacht, einen Vorschlag, der wirklich akzeptabel ist. Dieser Vorschlag befindet sich in den Beratungen, weil die Union an der Stelle blockiert, Genossinnen und Genossen. Diese Blockade muss überwunden werden. Wir brauchen Fairness bei der Erbschaftsbesteuerung.

Ich will ergänzen - weil wir hier viel über Steuerhinterziehung und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung gesprochen haben -: Die Abgeltungssteuer ist nicht mehr zeitgemäß.

(BEIFALL)

Sie muss weg. Denn Arbeit darf nicht stärker besteuert werden als Finanzspekulationen.

Aber ich bin auch der Auffassung, dass wir eine ordentliche Besteuerung von hohen Vermögen brauchen. Da sind wir weit hinterher. Und ich will an dieser Stelle auch sagen: Dazu haben wir in der Vergangenheit viel debattiert; das werden wir auch weiter tun. Ich habe häufig einen anderen Akzent gesetzt als Sigmar, aber wir diskutieren das und setzen uns darüber auseinander, Genossinnen und Genossen, um an dieser Stelle weiterzukommen. Und ich weiß, dass Sigmar in diesen Debatten immer scherzhaft sagt, er sei der Vorsitzende des Vereins der Vermögenssteuer.

(ZURUF VON SIGMAR GABRIEL: DAS STIMMT!)

- Das stimmt, sagt er. Da hat er auch recht. Ich bin an der Stelle manchmal ein bisschen ungeduldiger als der Vorsitzende. Aber, Genossinnen und Genossen, ich bin froh, dass wir einen Vorsitzenden haben, der dieses Thema im Auge hat und voranbringt - bei allen schwierigen Diskussionen, die wir haben.

Wenn wir als Sozialdemokraten in Deutschland Gerechtigkeit durchsetzen wollen, dann brauchen wir eine starke, geschlossene Partei. Und eine starke, geschlossene Partei, die wieder mehr Wahlen gewinnt und besser abschneidet - und zwar nicht nur bei den Umfragen, sondern bei den Wahlen, Genossinnen und Genossen -, braucht einen Vorsitzenden, der die Partei geschlossen hinter sich hat. Und - denn wir reden hier nicht nur über Anträge, sondern auch über Personal - Sigmar Gabriel verdient unsere Unterstützung bei der anstehenden Wahl zum Vorsitzen. Um diese Unterstützung bitte ich euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Das Wort hat jetzt Marc Dietzschkau. Ihm folgt Kaweh Mansoori.

Marc Dietzschkau, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte einen Punkt näher beleuchten, den Sigmar in seiner Rede angedeutet hat.

Aber zunächst muss ich etwas bekennen: Ich komme aus der Pegida-Hauptstadt Deutschlands. Ja, ich komme aus Dresden. Ich komme aus einer Stadt, die seit über einem Jahr im Fokus steht, aus einer Stadt, in der jeden Montag eine rassistische Bewegung in Divisionsstärke aufmarschiert, aus einer Stadt, die seit einem Jahr von der Presse, aber auch von anderen sehr kritisch betrachtet wird. Leider muss ich sagen: zu Recht.

Denn es kann doch nicht sein, dass es eine Stadt nicht schafft, einer so völkischen und nationalistischen Bewegung Einhalt zu gebieten. Man kann sich fragen, woran das liegt. Schließlich geht es ja in anderen Städten auch. Da kommt irgendeine -gida Bewegung auf, und sofort gibt es Gegenproteste, und sie wird im Keim erstickt. Dass das in Dresden nicht möglich ist, liegt, glaube ich, zunächst einmal daran, dass sich Pegida dort gegründet hat. Es liegt auch daran, dass man am Anfang diese Gefahr, die davon ausging, nicht ernst genommen hat. Man hat zu viel Verständnis für angebliche Sorgen und Nöte gezeigt, und man hat mit Krampf und vielleicht auch gut gemeint, aber schlecht gemacht, versucht, einen Dialog mit diesen Leuten zu führen - leider auch in staatlichen Institutionen wie bei uns in der Landeszentrale für politische Bildung. Ich war selbst bei solchen Dialogveranstaltungen dabei und Sigmar, glaube ich, auch. Ich fand es einfach nur gruselig, wie dort die absurden Sorgen der Menschen überhöht und ernst genommen wurden.

(BEIFALL)

Die Ursachen liegen aber auch in der Dresdner Stadtgesellschaft. Nicht umsonst war es jahrelang so, dass am 13. Februar immer der größte Naziaufmarsch Europas dort stattgefunden hat, oder dass, wenn Thilo Sarrazin kam, Tausende zu seinen Buchlesungen gerannt sind und ihn dort gefeiert haben. Es liegt auch an dem haltungslosen Oberbürgermeister, der neu gewählt wurde, und auch an 25 Jahren CDU-Herrschaft in Sachsen, die oft viel zu wenig zur Demokratisierung des Landes beigetragen hat.

(BEIFALL)

Das sind nur einige Ursachen. Eine andere Ursache ist auch die aktuelle Flüchtlingssituation - natürlich nicht die Geflüchteten selbst, sondern wie mit der Situation umgegangen wurde, gerade im letzten Spätsommer. Man hat zu lange hilflos gewirkt, hatte offensichtlich manchmal keinen Plan und zeigte zu oft keine Haltung. Deshalb war das die Konsequenz. Ich muss es leider ehrlich so sagen: Durch bestimmte Entscheidungen in der Asylpolitik in den letzten Monaten fühlte sich Pegida gestärkt und wurde auch gestärkt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Dresden und in Sachsen waren von Anfang gegen Pegida mit dabei. Wir haben schon vor einem Jahr erkannt, was das für eine Truppe ist, damals, als andere sie noch als besorgte Bürger bezeichnet haben.

(BEIFALL)

Es tut mir leid, aber man konnte schon vor einem Jahr erkennen, dass der Bachmann ein Rassist ist, dass dort Hetzer und Rassisten reden,

(BEIFALL)

dass deren Aufmärsche deutlich sichtbar faschistische Züge zeigen. Wer Lügenpresse und Volksvertreter brüllt, ist nicht besorgt, sondern der hat einen Knall.

(BEIFALL)

Dass sie nicht das Volk sind, ist uns, glaube ich, klar, auch wenn sie anderes rufen. Und eines ist auch klar: Pegida hat eine Saat gesät, und bei dem Pack aus Heidenau und Freital ist sie aufgegangen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen uns dem auch weiter entgegenstellen, in Dresden, aber auch überall sonst, wo Rassismus und Nazis auftreten. Dem muss widersprochen werden - auf der Straße, politisch, manchmal auch juristisch. Und es gehört eben dazu, dass die Spitze einer Stadt auch an der Spitze der Gegenbewegung steht. Dass das funktioniert, sieht man in ganz vielen Teilen Deutschlands, insbesondere natürlich da, wo die Sozialdemokraten die Bürgermeister stellen.

(BEIFALL)

Und wie es nicht funktioniert, sieht man leider in Dresden. Aber ich kann euch versichern: Wir lassen uns in Dresden nicht unterkriegen. Wir leisten mit Herz statt Hetze Widerstand. Das ist nicht immer leicht. Manchmal sind wir auch an unserer Belastungsgrenze. Aber wir machen weiter, und zwar so lange, bis der Spuk ein Ende hat. Ich hoffe, ihr unterstützt uns dabei. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Kaweh Mansoori. Ihm folgt Eckart Kuhlwein. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich erinnere noch einmal an die drei Minuten. Ihr müsst die einhalten.

Kaweh Mansoori, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Seit Wochen organisieren die Konservativen eine Kampagne in unserer Gesellschaft, die die Spaltung der Bevölkerung zum Gegenstand hat, die versucht, die Schwächsten in unserem Land gegeneinander auszuspielen, Flüchtlinge auf der einen Seite, Menschen aus niedrigen Einkommensgruppen, unsere Kernwählerschaft, auf der anderen Seite, die die Grundlage sind für Hass und Menschenverachtung. Und wir müssen das aufhalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Man kann mir das ansehen. Ich bin jetzt nicht jemand, der 15 Generationen deutscher Vorfahren hat. Deswegen sage ich schon aus persönlicher Betroffenheit: Es gibt keine Rechtfertigung für Menschenverachtung und Menschenhass.

(BEIFALL)

Sehr wohl habe ich aber Verständnis für Leute, die nicht bei Pegida sind, die Abstiegsängste haben, für Leu-

te, die hart arbeiten und jetzt wissen wollen: Wer zahlt das eigentlich alles? Da gibt es zwei Möglichkeiten, wie die Sozialdemokratie damit umgeht: Entweder wir beantworten das, oder die andere beantworten das. Die anderen diskutieren längst über so Sachen wie: Ausnahmen beim Mindestlohn, Rente mit 85, Sozialkürzungen. Das kann niemand wollen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist die Grundlage für die Neiddebatte, die wir nicht mehr brauchen.

(BEIFALL)

Wir müssten endlich dieses ganze Geschwätz um Kapazitätsgrenzen beenden. Wir haben kein Kapazitätsproblem. Wir haben ein Verteilungsproblem.

(BEIFALL)

Wenn wir uns die Zahlen mal anschauen, liebe Genossinnen und Genossen, dann zahlen wir in diesem Jahr für die Unterbringung und menschenwürdige Versorgung von Flüchtlingen 10 Milliarden, nächstes Jahr 20 Milliarden. Für Steuerhinterziehung, für Leute, die sich ihrer Verantwortung für die Solidargemeinschaft entziehen, zahlen wir jedes Jahr 100 Milliarden. Das ist ungerecht, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wer das nicht für einen Mangel an Gerechtigkeit hält, der hat entweder ein Brett vor dem Kopf oder ist CSU-Vorsitzender.

(BEIFALL)

Der soziale Zusammenhalt, unsere Projekte soziales Wohnen, Bildung, Ausbildung, der Zusammenhalt dieser Gesellschaft, das alles kostet Geld. Dabei gilt der Grundsatz: Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Ich finde, in diesen Zeiten stünde es uns gut zu Gesicht, diesen Satz häufiger zu sagen. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kaweh. - Das Wort hat jetzt Eckart Kuhlwein. Ihm folgt Daniel van Geister.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar, viele um mich herum haben deine Schulmeistereien gegenüber Johanna Uekermann nicht besonders gut gefunden.

(BEIFALL)

Deswegen will ich mich aber jetzt bei dem, was folgt, wie du es angeraten hast, besonders anständig benehmen.

Ich habe am 10. Oktober an einer großen Demonstration hier in Berlin teilgenommen. Die SPD war kaum

vorhanden. SPD-rote Fahnen hat man nicht gesehen. Stattdessen lasen wir in den Zeitungen Anzeigen des Bundeswirtschaftsministeriums – 235.000 Euro sollen sie gekostet haben -, dass wir uns alle irren, weil wir falsche Argumente in falschen Sachen verwendeten. Ich finde das besonders traurig: Die Einzige, die sich gestellt hat, war Gesine Schwan, die ja schon in der Grundwertekommission erhebliche Vorarbeiten für eine kritische Position der Sozialdemokraten gegenüber TTIP, CETA und TiSA ausgearbeitet hat.

Was mich besorgt macht: Die SPD hat es oft verstanden, neue soziale Bewegungen, die ökologische Bewegung damals auch und lange Zeit die Friedensbewegung an sich vorbeiziehen zu lassen, zu negieren und musste dann in Kauf nehmen, dass sich neue Parteien formiert haben oder neu gegründete Parteien plötzlich Zulauf bekamen.

Ich warne davor, dass mit der globalisierungskritischen, globalisierungsskeptischen Bewegung genauso zu machen. Unter den 200.000 oder mehr sind fast lauter intelligente Leute gewesen, die Mitte der Gesellschaft, viele junge Leute, und deren Protest muss man ernst nehmen. Darauf gibt es nicht die einfachen Antworten: Wir lehnen das alles ab, weil wir für Globalisierung und Freihandel sind. - Wir müssen endlich lernen, dass Globalisierung ohne Regeln keine Weltprobleme löst, sondern dass wir Regeln einziehen müssen - Regeln vielleicht, die der Konvent aufgestellt hat -, weil Freihandel an sich zur Verarmung der einen Hälfte der Welt beiträgt und dann neue Fluchtursachen schafft. Kümmern wir uns auch um die Globalisierungskritiker, wenn wir wieder aus dem 25-Prozent-Ghetto herauskommen wollen! - Schönen Dank.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Daniel van Geister, und ihm folgt Raphael Pfaff.

Daniel van Geister, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, lieber Sigmar! Vielleicht an der Stelle direkt vorneweg: Wenn sich das Mandat Syriens ändern sollte und wir tatsächlich vor der Entscheidung stehen, den Konflikt mit Truppen noch zu unterstützen, dann darf es für uns als Sozialdemokraten letztendlich nur eine Entscheidung geben: raus aus der Regierung, nein zum Krieg, und das Ganze bedingungslos. Da, glaube ich, müssen wir erst gar nicht auf eine Mitgliederbefragung warten. Krieg können wir hier in der Form nicht unterstützen.

(BEIFALL)

Zu einigen meiner Vorredner möchte ich gerne sagen: Mir ist nicht so ganz klar, warum eine Aussprache als ein inneres Zerreißen deklariert wird. Wir als Sozialdemokraten haben uns nicht davor gescheut, uns auch mal ein bisschen anzugehen, den Ton ein bisschen grober ausfallen zu lassen, uns die Meinung zu sagen; denn letztendlich haben wir danach weiterhin zusammengestanden und versucht, unseren Weg zu gehen und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes dabei mitzunehmen. Das ist immerhin noch mehr, als man von der CDU und CSU jetzt und auch in Zukunft erwarten kann.

Nichtsdestotrotz möchte auch ich mich kritisch äußern. Johanna hat mir da einen wichtigen Kritikpunkt schon weggenommen, nämlich die Vorratsdatenspeicherung. Deswegen will ich hier auch gar nicht darauf eingehen. Zur Arbeitsmarktpolitik werde ich mich dann bei der Behandlung des Antrages IA 1 noch äußern.

Ich finde es toll, dass wir uns für die Zukunft unseres Landes so viele und hohe Ziele gesetzt haben. Schade ist eigentlich nur, dass es sich dabei um Themen handelt, die wir immer wieder mal auf dem Schirm hatten

und die immer wieder mal auch Bestandteil unseres Wahlprogramms waren. Wir sind seit 1998 - mit einer vierjährigen Ausnahme - in Regierungsverantwortung, entweder als regierende Partei oder als Koalitionspartner. Viele der in der Rede von Sigmar Gabriel angesprochenen Punkte sind immer noch nicht umgesetzt. Das finde ich nicht in Ordnung.

(BEIFALL)

Ich habe noch immer die Hoffnung, dass wir das endlich mal schaffen. Aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich am Schluss. Ich sage ganz ehrlich: Ich kann heute einer Wiederwahl des Parteivorsitzenden nicht zustimmen. Ich würde mich aber wirklich darüber freuen, wenn ich in zwei Jahren sagen darf: Ich hatte endlich unrecht, und wir haben es tatsächlich geschafft. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Raphael Pfaff. Ihm folgt Sebastian Fiedler.

Raphael Pfaff, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar! Ich denke, wir haben einen Parteivorsitzenden, der ein bisschen anders ist als alle anderen Parteivorsitzenden, und ich finde es auch gut. Du bringst mit Sicherheit viele Qualitäten mit, die auch jeder Kritiker neidlos anerkennen muss. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, dass du es geschafft hast, unsere Partei von 23 auf 25 Prozent zu hieven, sondern ich möchte auf ein paar andere Punkte eingehen.

Bei all deinem Potenzial, das du unstreitig mitbringst, gibt es leider ein paar Sachen, die wahrscheinlich dir und uns das Parteileben ab und zu ein bisschen schwierig machen.

Als du 2009 Parteivorsitzender wurdest, hast du angekündigt, dass die Basta-Politik ihr Ende hat. Und ich muss mich jetzt fragen: Hat dieses Ende schon sein Ende gesehen?

Denn eine Mitmachpartei zeichnet sich durch mehr aus als nur durch Abnicken. Ich bin mir sicher, dass du mich für diesen Satz nachher kritisieren wirst. Deswegen möchte ich ein paar Sachen klarstellen.

Wir hatten bekanntlich die Abstimmung zum Koalitionsvertrag. Ich denke, wir sind uns alle einig: Das war eine sehr gute Idee. Ich finde, da kann man auch noch einmal klatschen - oder, liebe Leute?

(BEIFALL)

Was ich allerdings nicht so super fand, war, dass ihr versucht habt, uns von oben nach unten eine vorgefertigte Meinung überzustülpen. Ich finde, diese Zeiten sind doch eigentlich vorbei. Oder, Sigmar? - Man kann jetzt natürlich auch sagen: Das war 2013; mittlerweile ist alles anders. - Aber ist wirklich alles anders? Wir hatten ja vor kurzem einen Parteikonvent. Ich finde, wir müssen davon wegkommen, zu versuchen, die Delegierten, die dort vertreten sind, mit allen Mitteln auf Linie zu bringen. Es kann nicht sein, dass es, wenn sie nicht konform abstimmen wollen, Ärger gibt. Ich finde, lieber Sigmar, diese Zeiten sollten vorbei sein.

(BEIFALL)

Daher nimm bitte deine Vorstellungen von 2009 mit und gestalte mit ihnen diese Zukunft.

Wir haben 848 Seiten Anträge, die größtenteils von der Basis gestellt wurden.

(GLOCKE)

Ja, ich komme gleich zum Ende. - Wir stimmen jetzt allerdings größtenteils nicht über diese Anträge ab, weil der Parteivorstand meint, er muss Initiativanträge einbringen. Initiativanträge, die zum Beispiel den Charakter haben, dass der ÖPNV auf dem Land einen anderen Stellenwert hat als in der Stadt. Ich frage mich, ob das jetzt wirklich so neu ist, dass man es nicht schon vorher hätte einbringen können, und ob man nicht Anträge hätte behandeln können, die von der Basis kommen.

(BEIFALL)

Zum Schluss noch ein Lob: Sigmar, das war eine klasse Rede. Wir haben schon viele gute Reden gehört. Ich bitte dich wie Johanna: Wir brauchen auch Taten.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Du musst zum Schluss kommen.

Raphael Pfaff, Baden-Württemberg: Ja, ich gehe jetzt dann auch.

(HEITERKEIT)

Zu diesen Taten gehört zum Beispiel, dass man auch bei der Vermögensteuer oder bei TTIP nach dem Parteikonvent handelt. - Danke schön.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Danke schön. - Der nächste Redner ist Sebastian Fiedler, gefolgt von Tobias Afsali.

Sebastian Fiedler, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Sigmar, wir haben ja heute und auch gestern schon sehr viele Zitate von großen Politikerinnen und Politikern dieser Partei gehört. Helmut Schmidt sagte einmal: Politiker und Journalisten teilen sich das traurige Schicksal, dass sie oft heute schon über Dinge reden, die sie erst morgen ganz verstehen. - Da kann man sagen: Er hat damit recht gehabt.

Eigentlich bin ich hierhergekommen mit zwei Seiten, die ich vorlesen wollte - in Anführungsstrichen -, wo ich dich sehr stark kritisieren wollte. Du hast mir heute sehr viel weggenommen, als du deine Rede gehalten hast, weil du Sachen zurückgenommen hast, die in der Hälfte dieses Jahres entstanden sind. Dafür möchte ich dir danken.

Aber ich möchte dir auch eine Warnung mitgeben, die auch mit dem zu tun hat, was Johanna gesagt hat: Wir werden ganz genau im Auge behalten, ob du das, was du heute gesagt hast, auch umsetzen wirst. Daran werden wir dich spätestens in zwei Jahren messen. Denn wir können natürlich heute noch nicht sagen, ob du

das einhalten wirst oder nicht, sondern erst in der Zukunft.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der meiner Ansicht nach noch nicht angesprochen worden ist, und das ist die Sicherheit. Jetzt kann man natürlich nicht per se etwas gegen Sicherheit sagen. Jemand, der das machen würde, wäre, glaube ich, verrückt. Die Sache ist doch aber die, dass wir in der Sozialdemokratie für mehr als nur für Sicherheit stehen. Wir haben doch unsere drei großen Grundprinzipien: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wenn wir uns aufgrund dieser Punkte positionieren und unsere Politik daran ausrichten, dann führt das doch automatisch zu der Sicherheit, die wir wollen. Deswegen können wir doch nicht die Sicherheit an die erste Stelle setzen, sondern müssen sagen: Zuerst kommt die Freiheit, dann kommt die Gerechtigkeit, und dann kommt die Solidarität.

Man muss dazu auch sagen - Thomas Oppermann hat es heute Morgen gesagt -, dass wir nur dann über Sicherheit reden können, wenn wir alle in Frieden und Freiheit leben. Dafür sollen wir doch bitte kämpfen. Deswegen bitte noch einmal darüber nachdenken, ob Sicherheit der erste Punkt sein sollte, über den wir reden. Denn das allein macht die Sozialdemokratie nicht aus. - Danke schön.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, auch dafür, dass du sogar unter der Zeit geblieben bist. - Jetzt hat Tobias Afsali das Wort, gefolgt von Michael Müller.

(BEIFALL)

Tobias Afsali, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Sigmar, Kritik hat für uns keinen Selbstzweck. Wir würden uns als Jusos gerne hier vorne hinstellen und würden nur die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik feiern und uns auch darüber freuen, dass die Mehrheit der Gesellschaft - nicht 25 Prozent, sondern die Mehrheit der Gesellschaft - das so sieht. Wir würden das gerne tun, glaube mir das; wir können es aber leider nicht.

Ja, ihr habt recht: Die Ministerinnen und Minister in dieser Bundesregierung, die etwas arbeiten, sind die von der SPD; da habt ihr völlig recht.

(BEIFALL)

Was noch besser ist: Das Handeln unserer Kabinettsmitglieder hat auch vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand, im Gegensatz zu den Hirngespinnsten der Union; auch da habt ihr völlig recht.

(BEIFALL)

Und die einzelnen Projekte, die das Leben vieler Menschen besser machen - die Förderung der Kommunen, die Mietpreisbremse, der Mindestlohn -, das sind alles gute und wichtige Projekte, und wir dürfen stolz darauf sein, dass unsere Genossinnen und Genossen das durchgesetzt haben.

(BEIFALL)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, gerade zum Thema Mindestlohn lässt mich sagen: Das kann doch nur ein erster Schritt sein. Gerade bei einem Mindestlohn, der noch so viele Ausnahmen beinhaltet, besonders für Jugendliche, können wir noch nicht von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn sprechen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir tun gut daran, diesen Kurs fortzusetzen und den Mindestlohn gegen die Unkenrufe von Professor Unsinn und die Idioten aus der Union zu verteidigen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen es uns nicht ganz so einfach machen. Wir können uns auf diesem Parteitag nicht hierhinsetzen und so tun, als ob alles rosig wäre, als ob da draußen alles in Ordnung wäre. Denn viele der großen roten Linien fehlen. Wo sind denn unsere Alternativen zur Austeritätspolitik in Europa? Wo sind sie denn?

(BEIFALL)

Wo ist unser Programm zur Finanzierung dieser Gesellschaft für eine gerechte Steuerpolitik, die uns erst dazu befähigt, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewerkstelligen? Stattdessen stellen wir unsere Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht mit der VDS. Wir zögern und schlingern hin und her bei TTIP und CETA, und wir beantworten die untragbaren Angriffe der Union auf das Asylrecht mit der Zustimmung zu weiteren sicheren Herkunftsstaaten, zur Residenzpflicht für viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber

(BEIFALL)

und zum Sachleistungsprinzip, das wir gerade erst abgeschafft haben - gerade erst abgeschafft und schon wieder eingeführt. Das kann doch nicht euer Ernst sein! Kompromisse ja, liebe Genossinnen und Genossen, aber keine faulen Kompromisse.

Lieber Sigmar, ich will dir glauben, dass wir mit der Diskussion um Kontingente keine Obergrenze schaffen und dass der Beschluss von gestern auch morgen noch gilt. Aber nach dem Schlingerkurs der letzten Monate befürchte ich das Schlimmste.

Deshalb lasst uns doch ein bisschen mutiger sein. Lasst uns einen alternativen Politikstil wagen. Wir müssen doch klarmachen, dass wir nicht der linke Flügel der Union sind. Wir sind die Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Starken die Schwachen unterstützen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Freiheit und Sicherheit nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern einander bedingen, und eine Gesellschaft, in der eine öffentliche Daseinsvorsorge vom Staat geregelt wird, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst uns diesen Kurs an vielen Punkten korrigieren. Wir sind dafür bereit. - Freundschaft!

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Nächster Redner: Michael Müller für die NaturFreunde, gefolgt von Klaus Barthel.

Michael Müller, NaturFreunde: Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke der Sozialdemokratie, dass sie auch den NaturFreunden das Recht eingeräumt hat, hier zu reden. Ihr wisst vielleicht, dass wir einer der Hauptorganisatoren der Demonstration gegen die Freihandelsabkommen am 10. Oktober waren.

(BEIFALL)

Ich will, weil ich das ziemlich genau weiß, schon sagen: Es waren mindestens 250.000, die dabei waren.

(BEIFALL)

Ich sehe dies - ich würde mir wünschen, dass auch die SPD das so sieht - als ein ermutigendes Zeichen, dass wir in der Gesellschaft wieder mehr Politik haben.

(BEIFALL)

Wir brauchen nämlich die Repolitisierung unserer Gesellschaft, um die großen Zukunftsherausforderungen überhaupt bewältigen zu können. Ich will klar sagen: Ein bisschen habe ich den Eindruck, dass das so abläuft wie damals beim Krefelder Appell, als die SPD am Anfang auch zurückhaltend und zögernd war. Es wird eine Bewegung werden, die wir als Chance begreifen müssen, und ich bitte euch sehr herzlich darum. Denn es kann doch nicht sein, dass wir die Zukunft den Märkten überlassen. Ich finde es beispielsweise ein schlimmes Zeichen, dass im Augenblick in die Klimaverhandlungen vor allem deshalb Bewegung gekommen ist, weil die großen Fondsgesellschaften ihr Kapital abziehen. Wäre das nicht die Aufgabe der Politik gewesen, den Durchbruch zu schaffen?

Also, ich finde jedenfalls, dass das nicht gut ist für die Demokratie.

Ich sage das vor allen deshalb in Richtung Sozialdemokratie, weil wir vor mehr als 100 Jahren schon mal erlebt haben, dass zwei Zeitalter aufeinandergeprallt sind, damals das im Kern noch mittelalterliche Regime der Kirche, des Adels und des Militärs auf die zweite industrielle Revolution. Damals ist es nicht zu dem Bündnis gekommen, was damals notwendig gewesen wäre, nämlich von aufgeklärtem Bürgertum und Arbeiterbewegung. Vielmehr kam es zu Nationalismus, zu Militarisierung und dann zum Ersten Weltkrieg. Heute erleben wir erneut, dass zwei Zeitalter aufeinanderprallen, das noch nationalstaatliche Zeitalter gegen die globale Welt der Begrenzungen und Ungleichheiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen begreifen, dass wir in der Zukunft nicht mehr von der plumphen Idee des Wachstums und der Linearität, die uns geprägt haben, ausgehen dürfen. Wir werden sonst dramatisch scheitern. Es kommt auf Gestaltung und Gerechtigkeit an und vor allem auch auf Begreifen, dass wir die planetarischen Grenzen erreicht haben. In drei von neun Bereichen, die für das Leben auf der Erde essentiell sind, haben wir sie bereits überschritten.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Michael, du hast leider auch deine Redezeit überschritten.

Michael Müller, NaturFreunde: Es muss die Stunde der Politik werden, und deshalb sage ich euch: Es ist erneut eine Frage, ob die SPD das Bündnis sucht, und zwar diesmal zwischen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Wenn wir das nicht hinbekommen, versagen wir.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Michael, vielen Dank. Wir müssen leider aufgrund der Liste wirklich auf die Redezeit achten. Vielen herzlichen Dank für deinen Beitrag.

Klaus Barthel ist der Nächste, gefolgt von Michael Schrodi.

Klaus Barthel, Bayern: Genossinnen und Genossen, ich bedaure es, dass der Initiativantrag 7 jetzt im Zuge dieser Rechenschaftsdebatte mitberaten wird, weil ich glaube, dass wir da ein bisschen genauer draufschauen sollten, was wir da eigentlich beschließen; denn wir werden ja bei Parteitag oft gefragt: Was macht ihr da eigentlich? Ist das mehr als Rituale? Es wird doch eigentlich gar nichts mehr entschieden. - Ich halte dann immer dagegen, dass wir sehr wohl auf diesen Parteitag entscheiden und dass vieles, was wir durchgesetzt haben - ob das die Verbesserung in der Rente war oder der Mindestlohn, der Ausstieg aus der Kernenergie, was auch immer -, auf Parteitag entschieden haben. Wir tun das auch gestern zum Beispiel mit den Flüchtlingen, mit dem wohnungspolitischen Antrag, mit Bildung, Familie, und wir werden es fortsetzen mit Arbeit. Und dann sollen wir hier einen Antrag beschließen, wo draufsteht: „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“. Das ist der Auftrag der SPD seit 150 Jahren.

Dieser Antrag hat doch den Duktus, als gäbe es das alles nicht, was wir hier diskutieren, beschlossen haben und noch beschließen werden. Das ist ein wildes Sammelsurium von Stichworten aus allen möglichen Politikbereichen. Mal ist es Beschreibung, mal ist es Forderung, mal ist es ein bisschen Wahlstrategie. Wir tun so, als fangen wir mit der politischen Debatte erst an. Wie können wir Sicherheit schaffen? Wie wollen wir die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen? Wie wollen wir mehr Tariftreue erreichen usw.? Mir kommt das ein bisschen vor wie bei der Feuerzangenbowle: „Also, wat ist en Dampfmaschin? Da stelle mer uns janz dumm.“ Und dann stellen wir uns all diese Fragen.

Teilweise passen die Fragen nicht zu dem, was vorher als Beschreibung da ist. Ich will das nur an einem Beispiel deutlich machen. In dem einen Kapitel ist die Mitbestimmung erwähnt. Die taucht dann bei den Fragen nicht auf. Es ist die Vermögenskonzentration und die Ungerechtigkeit erwähnt. Das taucht bei den Fragestellungen dann überhaupt nicht mehr auf. Wir räumen mit diesem Parteitag vieles ab. Wir entwerfen es, was wir hier mühsam erarbeiten und beschließen...

Und im Übrigen mache ich euch noch mal auf etwas aufmerksam, auch wenn ich meine Zeit überzogen habe, und zwar auf das Verfahren, das wir hier beschließen. Ich glaube, das wird dem Parteivorstand und uns allen noch leidtun. Wir benennen 14 Arbeitsbereiche, sechs Perspektiv-AGs, zudem 45 Arbeitsgruppen und Arbeitsgemeinschaften, Themenforen, die wir alle schon haben, noch mal obendrauf, vier Regionalkongresse, eine Modernisierungskonferenz, den Parteivorstand, vier Bürgerdialoge, und ganz zum Schluss, wenn alles gelaufen ist, drei Monate vor der Bundestagswahl, darf diese Partei dann das Wahlprogramm beschließen.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, so kann man es nicht machen. Diese Partei hat mehr Substanz als das, was in diesem Antrag formuliert ist. Ich plädiere deswegen dafür, IA 7 an den Parteivorstand zurück zu überweisen.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Klaus, du hast deine Redezeit jetzt in der Tat etwas überschritten. Deswegen muss ich leider noch mal darauf achten. - Jetzt folgt Michael Schrodi aus dem Landesverband Bayern, gefolgt von Axel Schäfer. Bitte schön!

Michael Schrodi, Bayern: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Lieber Sigmar, du hast in deiner Rede ganz richtig davon gesprochen, dass wir in Europa auch einen Marshallplan brauchen. Investitionen in die Infrastruktur, soziale Infrastruktur, digitale Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur. Das ist vollkommen richtig, denn wir haben in Europa, aber auch hier in der Bundesrepublik einen hohen Investitions- und Sanierungsstau, und es steht auch so unter Punkt 4 des Antrags, den wir gerade behandeln.

Dann kommt es aber zur Gretchenfrage, die da lautet: Wie hältst du es mit der Finanzierung? Liebe Genossinnen und Genossen, diese Frage der Finanzierung wird heute schon in Teilen beantwortet - durch die Union. Die Union mit ihrem Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ist schon längst dabei, ÖPP-Projekte zu fahren. Sie ist schon längst dabei, bei der Privatisierung der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben bei den Bundesautobahnen, liebe Genossinnen und Genossen. Da muss ich als Bayer auch deutlich sagen: Horst Seehofer und seine Truppe, die ja vermeintlich immer als Löwen losspringen und hier als Bettvorleger in Berlin wieder landen, haben mit der Maut schon ein Eigentor geschossen. Die „Herdprämie“ ist kassiert worden, liebe Genossinnen und Genossen, und auch diese Privatisierung öffentlicher Aufgaben dürfen wir der CSU und der Union nicht durchgehen lassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die SPD hat nämlich eine andere Vorstellung davon, und das haben wir ihm auch deutlich gemacht. Wir wollen Reiche und Vermögende, die sich aus der sozialen Verantwortung stehlen, die sich aus der sozialen Aufgabe stehlen, auch zur Finanzierung beizutragen, wieder stärker heranziehen, mit ins Boot holen und sagen: Ihr müsst mitmachen bei diesen Aufgaben!

Wir haben gesagt, gerade die öffentliche Daseinsvorsorge ist Aufgabe der öffentlichen Haushalte. Und wir haben da übrigens auch ständig vom Bundesrechnungshof recht bekommen. Ich darf zitieren, Bundesrechnungshof, Gesamtbeurteilung:

„Die ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau sind nach den Berechnungen des Bundesrechnungshofes deutlich teurer als die konventionelle Realisierung durch die öffentliche Hand. Ursache dafür ist insbesondere, dass die Finanzierungskosten der Privaten deutlich über denen der öffentlichen Hand liegen.“

Liebe Genossinnen und Genossen, es stellt sich also für uns die Frage: Zahlt jeder einzelne Steuerzahler die Zeche für diese Infrastruktur, für die Sanierung der Straßen, für die soziale Infrastruktur, oder ziehen wir diejenigen heran, die sich das auch leisten können, die starken Schultern, die endlich mehr auch tragen müssen? Das muss sozialdemokratische Antwort sein. Es ist auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit,

und die müssen wir wieder deutlicher in den Mittelpunkt stellen, liebe Genossinnen und Genossen. Dann werden wir auch wieder mehrheitsfähig.

(BEIFALL)

Deswegen stellen wir einen Ergänzungsantrag, Seite 6, Zeile 260, wo es heißen soll:

„Dabei gilt für uns: Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind Aufgabe der öffentlichen Haushalte. Wir wollen die finanzielle Ausstattung von Bund, Ländern und Kommunen stärken, um diese Aufgaben zu bewältigen. Wir werden uns aber auch darüber Gedanken machen:“

Dann geht es weiter.

Im Übrigen - letzter Satz -: Mit dem Streichungsantrag von Berlin, bezogen auf den letzten Satz, kann ich mich auch sehr gut anfreunden. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, bevor jetzt Axel Schäfer das Wort erhält und nach ihm Stephan Weil, würde ich mal die Delegationsleitungen und die Delegierten darauf aufmerksam machen wollen: Wir haben jetzt noch fünf Wortmeldungen. Fünf mal drei sind 15 Minuten. Ihr dürft also davon ausgehen, dass wir in ungefähr 15 Minuten den Wahlgang eröffnen werden. Es wäre also gut, wenn ihr so langsam guckt, dass ihr eure Delegationen wieder vollzählig im Saale habt. - Axel, du hast das Wort.

Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich nur gemeldet, weil ich nicht über die Partei, sondern einmal über Parteivorsitzende reden wollte.

Ich war hier 1977 zum ersten Mal Delegierter. Der Vorsitzende war da noch Willy Brandt. Ich habe hier also alle live erlebt. Nach dem Rücktritt von Kurt Beck habe ich mir eines geschworen, nämlich, Folgendes auf jedem Parteitag zu sagen: Bei aller notwendigen Kritik untereinander müssen wir mit unseren Verantwortlichen - auch mit unserem Parteivorsitzenden - schon auch pfleglich und solidarisch umgehen. Das gehört elementar dazu, wenn wir gemeinsam Erfolg haben wollen.

(BEIFALL)

Auch weil es eine öffentliche Veranstaltung ist und weil hier über Willy Brandt gesprochen worden ist: Wollen wir die Fehler seit Willy Brandts Zeiten wirklich wiederholen - sozusagen von Brandt bis Beck -, sodass einige die Verantwortung haben, wenn unser eigener Vorsitzende demontiert wird? Ich mache das in dieser Partei jedenfalls nicht mit. Ich bin seit 47 Jahren dabei, und ich möchte das auch noch sehr, sehr lange bleiben.

(BEIFALL)

Ich sage ein Zweites, was dazugehört, wenn man über Amtszeiten und Bilanzen redet: Es hat heute kei-

ner ein Wort darüber verloren, dass wir von 2009 bis jetzt Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zurückgeholt haben. Daneben haben wir in fünf Bundesländern die Bestätigung bekommen. Ich weiß: Das alles waren Erfolge von guten Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sowie Bürgermeister. Das ist alles okay, aber, bitte schön, das hat auch etwas mit der gesamten SPD und auch mit diesem Parteivorsitzenden zu tun. Es ist unser gemeinsamer Erfolg; es ist der Erfolg der Länder. Es ist aber auch ein Erfolg dieses Parteivorsitzenden.

(BEIFALL)

Ich sage euch noch etwas sehr Persönliches, weil ich mit Sigmar nicht immer in allen Dingen einer Meinung bin: Es gibt einen wichtigen Unterschied: Man kann mit Sigmar diskutieren und ihn auch kritisieren, aber man hat hinterher nicht das Gefühl, dass der Vorsitzende einen dann in den Senkel stellt.

Hubertus, Carsten Schneider und andere werden das bestätigen: Wir haben in der Nacht von Brüssel, als es darum ging, dass zwei Drittel der europäischen Finanzminister den Grexit betrieben haben, mit der Sozialdemokratie, mit Sigmar, mit Martin Schulz und natürlich vor allem mit François Hollande ein Stück dieses Europas, dieses Zusammenhaltes gerettet, weil wir zusammengestanden haben und weil auch der Parteivorsitzende gestanden hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der Abstimmung und bei der Wahl ist auch das heute zu berücksichtigen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Stephan Weil hat jetzt das Wort; ihm folgt Ansgar Dittmar.

Stephan Weil, Ministerpräsident Niedersachsen: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Das passt ganz gut zu dem, was Axel eben gesagt hat. - Mit zunehmendem Alter findet man sich ja immer häufiger in der Rolle des Zeitzeugen wieder. Das können die einen oder anderen von euch nachvollziehen. Wenn ich mich nicht wirklich täusche, dann war in diesen großen Zeiten von Willy Brandt, Helmut Schmidt und all den anderen großen Sozialdemokraten die Lücke zwischen dem, was wir programmatisch wollten, und dem, was wir tatsächlich geschafft haben, immer da, Genossinnen und Genossen. Ich glaube, das ist der Sozialdemokratie wesensimmanent.

Ich will noch weiter gehen: Ich kann mich, seitdem ich in der SPD aktiv bin, an keine Phase wie in den letzten zwei Jahren erinnern, in denen so viel von dem, was versprochen worden ist, auch tatsächlich schwarz auf weiß gehalten wurde. Das ist ein Erfolg, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will noch auf etwas anderes hinweisen: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir vor wesentlichen Entscheidungen jemals so viel Gelegenheit gehabt haben, in der SPD zu diskutieren und dann auch dort zu entscheiden - gerade bei wunden Themen wie TTIP oder die Vorratsdatenspeicherung. Dass wir heute einen Parteikonvent haben, ist einer Initiative des Parteivorsitzenden zu verdanken. Wenn man einen solchen

Konvent hat, dann muss man auch mit den Entscheidungen leben, Genossinnen und Genossen. Das ist mein Verständnis von innerparteilicher Demokratie, um auch das klar zu sagen.

(BEIFALL)

Seht es mir nach!

Vor diesem Hintergrund kann ich eine Diskussion über Glaubwürdigkeit nur sehr begrenzt verstehen, und ich mag es, ehrlich gesagt, auch nicht akzeptieren, dass hier die eine über den anderen von uns Schulnoten vergibt. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir führen hier politische Diskussionen, aber wir geben uns keine Schulnoten. Das sollten wir gar nicht erst einreißen lassen.

(BEIFALL)

Meine letzte Bemerkung: Wenn ihr euch an die Rede von Sigmar zurückerinnert, dann wisst ihr, dass darin einige große Fragen aufgeworfen wurden: Halten wir Europa zusammen? Schützen wir unsere Demokratie bei uns in Deutschland? Bewahren wir uns die Weltoffenheit unserer Gesellschaft unter schwierigen Bedingungen? - Das sind die entscheidenden Fragen.

Im Moment ist ganz viel im Fluss. Ich habe den Eindruck - zum Beispiel gestern nach der Diskussion -, die SPD hat für diese entscheidenden Fragen wirklich ganz viel anzubieten. Wenn es uns gelingt, uns selbst auf die wichtigen und wesentlichen Themen zu konzentrieren, und wenn es uns gelingt, unsere Antworten auf die Fragen zu geben, die sich die Menschen in der Gesellschaft stellen, dann hat unsere Partei in den nächsten zwei Jahren wirklich alle Chancen. Im Moment werden die Karten neu gemischt. Es liegt an uns, ob wir gewinnen werden oder nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit einem klaren Kurs und einer klaren Führung hat unsere Partei eine richtig gute Zeit vor sich. Nutzen wir diese Chance, liebe Genossinnen und Genossen! Das sollte das Signal von diesem Parteitag sein.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor jetzt der Ansgar als drittletzter Redner das Wort erhält, möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Dreimal drei Minuten sind neun. Es wäre also gut, wenn spätestens in drei bis vier Minuten wirklich alle Delegierten im Saal wären. - Ansgar, du hast das Wort.

Ansgar Dittmar, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin ganz froh, dass ich nach Stephan Weil sprechen kann, weil Stephan als Ministerpräsident von Niedersachsen und ehemaliger Oberbürgermeister von Hannover nach den Terroranschlägen von Paris und Brüssel am nächsten davon betroffen war, was dieser Terror ausgelöst hat.

Wir alle sind uns darin einig: Solche Terroranschläge müssen mit aller Macht verhindert werden. Die Franzosen brauchen in diesen schweren Zeiten unsere Solidarität. Wir müssen uns aber natürlich auch fragen:

Was lernen wir denn aus Paris und aus Brüssel?

Paris hat gezeigt, dass man auch mit einem hochgerüsteten Polizeiapparat, mit Vorratsdatenspeicherung und mit Überwachung ein solches Verbrechen, einen solchen Terrorakt nicht verhindern kann und dass diese kleine radikalisierte Gruppe unter dem Radar der Überwachung agieren und ihren tödlichen Plan umsetzen konnte.

In Brüssel haben wir gelernt, was passiert, wenn Integration misslingt. Die Attentäter von Paris waren die Integrationsverlierer von Brüssel. Sie wurden aus der Gesellschaft, in die sie hineingeboren wurden, ausgeschlossen, und die Gesellschaften, aus denen ihre Vorfahren stammten, nahmen sie nicht auf. Sie fanden in einer Parallelgesellschaft und letztendlich bei radikalen Islamisten ihre Anerkennung.

Es gibt keine Entschuldigung für eine solche Tat, aber wir müssen uns natürlich fragen: „Was lernen wir aus solchen Taten?“, damit wir dies in Zukunft verhindern können. Eines haben wir gelernt: Fehlende Integration und fehlende gesellschaftliche Anerkennung sind der Nährboden für Radikalisierung. Das haben wir aus Paris und Brüssel gelernt.

Was heißt das für uns, für Deutschland, für Berlin? Klar ist, dass das Mantra der Konservativen von immer mehr Überwachung eine Sicherheit nur suggeriert. Wir schränken unsere freie Gesellschaft ein, ohne einen sicherheitspolitischen Nutzen zu haben. Das ist nicht unser Ziel, das ist nicht das Ziel der Sozialdemokratie.

(BEIFALL)

Klar ist auch, dass wir das Leben zwischen den Gesellschaften aufbrechen müssen; denn mehr Integration schafft mehr Sicherheit, liebe Genossinnen und Genossen, und das muss unser Mantra sein. Mehr Sicherheit schaffen wir nur durch mehr Integration. Wir müssen weg von dem Grundgedanken: „Du wirst niemals Deutscher sein“, den es heute bei vielen rechten Gruppen gibt.

Thomas und Sigmar hatten ja auch schon auf das Grundgesetz verwiesen. Bei den Amerikanern ist es die amerikanische Verfassung. Wir sind aber noch lange nicht so weit. Wir erkennen immer noch an: Deutsch ist man nur, wenn man einen ewig langen deutschen Stammbaum hat.

In dem Moment, wenn jemand einen türkischen, italienischen oder serbischen Namen hat, wird immer noch gefragt: Wo kommst du denn ursprünglich her oder wo kommt deine Familie her? - Wir müssen hier gemeinsam kämpfen, um das zu verändern.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Handlungsempfehlung herausgegeben. Dort haben zwei Forscher von bedeutsamen Missachtungs- und Desintegrationserfahrungen berichtet, die dazu führen, dass Menschen in die Nähe von radikalisierten Gruppen kommen. Was müssen wir denn daraus lernen? - Es darf doch nicht sein, dass ein Mensch, der sich heute bewirbt und nicht Meyer, Müller, Schulze, Gabriel oder Dietmar heißt, nicht genommen wird oder dass er keine Wohnung bekommt!

Das heißt, wir müssen zu klaren Antidiskriminierungsregeln und zu einer klaren Anerkennungs- und Integrationspolitik kommen. Dann ist es vollkommen unverständlich, dass die Bundesrepublik Deutschland als

letztes Land in der Europäischen Union die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie verhindert. Alles das sind Bausteine, die wir für eine gute Anerkennungspolitik brauchen. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, zum Abschluss noch einmal das Mantra: Mehr Integration schafft mehr Sicherheit! - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Jan Stöß. Als letzter Debattenredner wird ihm Peter Friedrich folgen. Dann wird der Parteivorsitzende noch einmal kurz das Wort ergreifen. Danach werden wir in die Wahl des Parteivorsitzenden einsteigen. Sorgt also bitte noch einmal dafür, dass eure Delegierten alle im Saal sind! - Jan, du hast das Wort!

Jan Stöß, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte jetzt, nachdem sich der Saal wieder gefüllt hat, an ein Bild erinnern, das die wunderbare Malu Dreyer zur Eröffnung unseres Perspektivkongresses in Mainz schon benutzt hat. Denn wir sitzen hier ja wie bei einem großen sozialdemokratischen Familientreffen zusammen, heute schon am zweiten Tag. Man freut sich, dass man eine Tasse Kaffee hat, vielleicht zwischendurch auch mal hinausgehen kann. Morgen haben wir noch einen Tag vor uns. Vielleicht ist der eine oder andere ganz froh, dass man morgen wieder nach Hause fahren und die Tür hinter sich zumachen kann einer klatscht schon! und dass man dann wieder seine Privatsphäre hat. Wenige hundert Meter von hier gibt es eine zweite Kongresshalle im ICC, in der fast genauso viele Menschen zusammenleben und aufeinandersitzen wie wir hier. Die können morgen nicht nach Hause fahren, sondern werden Tage, Wochen und Monate in dieser Einrichtung bleiben.

Wenn man sich das klarmacht, wenn man sich das deutlich macht und sich da hineinversetzen kann, dann sieht man, vor welcher großen Herausforderung wir stehen, schnell zu organisieren, dass es eine menschenwürdige, funktionierende Unterbringung und Integration der Menschen gibt, die zu uns in unser Land und in unsere Stadt kommen.

(BEIFALL)

Das ist eine Herausforderung, die sich an uns als Sozialdemokratie stellt, weil wir als SPD die Partei der Städte und Kommunen sind. Stephan Weil hat vorhin darauf hingewiesen, dass es ein Erfolg ist, welche Bundesländer wir zurückgewonnen haben. Aber es ist auch wieder die schöne Regel in Kraft getreten, dass fast jede Stadt in Deutschland, die über 100.000 Einwohner hat, einen OB mit einem roten Parteibuch hat. Auch das ist eine gute Entwicklung für Deutschland und ein Erfolg der ganzen SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich glaube, dass das auch eine Basis dafür sein kann, dass wir im Bund wieder und weiter erfolgreich sind. Denn wir haben überall die Aufgabe, dass wir das Wachstum organisieren müssen. Hier bei uns in Berlin hatten wir in den letzten Jahren schon immer 40.000 Menschen mehr pro Jahr in der Stadt. Dieses Jahr werden es 100.000 Menschen mehr sein. Am 31. Dezember werden über 100.000 Menschen mehr in Berlin leben, als es am 1. Januar der Fall war. Daran sieht man die Größe der Herausforderung. Dann finde ich die Forderung richtig, dass wir sagen müssen: Der Wohnungsbau, bezahlbarer Wohnraum und nicht nur Flücht-

lingswohnraum müssen die Forderung sein, die die gleiche Bedeutung haben muss, wie sie der Mindestlohn über viele Jahre in der SPD gehabt hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Diesen Gedanken führe ich noch zu Ende: Wir müssen auch dafür kämpfen, dass wir von einer Irrlehre Abstand nehmen, der auch wir selber lange genug aufgesessen sind, nämlich dass wir mit einem schlanken Staat, mit Stellenkürzungen, mit schlanken Strukturen diese Aufgabe bewältigen können. Ich glaube, Sigmar hat recht: Wir müssen auch sagen, dass zum Ehrenamt auch das Hauptamt gehört und dass wir funktionierende Strukturen im öffentlichen Dienst brauchen. Das ist kein Kostenfaktor, sondern das ist ein Instrument guter sozialdemokratischer Politik.

(BEIFALL)

Damit wir das alles durchsetzen können, liebe Genossinnen und Genossen: Gönnen wir uns heute ein bisschen Geschlossenheit! Ich gehöre auch zu denen, die mit Sigmar nicht immer einer Meinung gewesen sind: bei der Vorratsdatenspeicherung, bei CETA. Wir haben uns bei den Konventen Diskussionen geliefert. Aber eines möchte ich bestätigen: Man kann sich mit Sigmar streiten. Ich möchte das weiter tun. Deshalb sollten wir ihm heute die Stimme geben. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Peter Friedrich. Er ist der letzte Debattenredner.

Peter Friedrich, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar, ich möchte dir für deine Rede in drei Punkten in drei Minuten danken.

Erstens: die klare Abgrenzung und die klare Auseinandersetzung mit AfD, Pegida und NPD. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben im Frühjahr Landtagswahlen in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt. Die einzige Hoffnung der CDU, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten zu stellen, heißt AfD. Wir werden es gemeinsam nicht zulassen, dass die AfD die Wahlen entscheidet, sondern wir werden gemeinsam weiterhin soziale, integrative und weltoffene Regierungen haben, weil wir die Auseinandersetzung mit der AfD aufnehmen und uns nicht wegducken, wie es heute die CDU als Strategie empfohlen hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Zweitens. Du hast Bemerkenswertes und Wichtiges zu Europa gesagt. Es ist der Anachronismus unserer Tage, dass wir wissen, dass alle großen Fragen nur gemeinsam in Europa gelöst werden können und sich trotzdem die Menschen immer mehr ins Nationale verkriechen. Das gemeinsam mit unseren Partnerparteien und Schwesterparteien in Europa aufzunehmen, dafür hast du Axel Schäfer hat es vorhin schon gesagt in diesem Sommer Wichtiges geleistet, weil du im Schulterschluss mit Françoise Hollande dafür gesorgt hast, dass Schäuble und andere eben nicht den Grexit herbeiführen konnten, sondern du bist ihm in den Arm gefallen und hast dabei Europa verteidigt. Wir werden das gemeinsam bei der Flüchtlingspolitik tun. Wir

werden das gemeinsam für ein soziales und ökonomisch starkes Europa tun. Das schaffen wir nur, wenn wir selbst als SPD zu einer noch europäischeren Partei werden, als wir es heute schon sind. Dass Europa einen solchen Stellenwert hier in deiner Rede und auch in dem Perspektivantrag eingenommen hat, ist wichtig. Denn die Lösungen für die Probleme unserer Zeit liegen in einem gemeinsamen Europa und nicht in einer nationalen Sozialdemokratie, sondern in einer europäischen Sozialdemokratie, die du mit dem Schulterchluss insbesondere mit Frankreich, aber auch mit Italien wunderbar verkörperst.

(BEIFALL)

Zum Dritten, liebe Genossinnen und Genossen: Beim Thema Flüchtlinge streitet die Union gerade wie die Kesselflicker. Sie kriegen keine gemeinsame Grundlage hin. Sie beschließen Ausweichendes, und sie beschließen Nebenkriegsschauplätze. Am Ende sagt jeder „Aber wir stehen hinter Angela Merkel!“, sodass sich nahezu die Balken biegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir diskutieren hier kontrovers, intensiv, wir beschließen dann einmütig, und ich sage, ohne dass sich irgendetwas verbiegen müsste: Wir stehen geschlossen hinter Sigmar Gabriel in dieser Frage, der uns bei dem, was aus Bayern, aus Sachsen-Anhalt, aus Sachsen von dortigen Ministerpräsidenten in den Verhandlungen kam, vor viel Unheil bewahrt hat. Deswegen stehen wir in dieser Frage geschlossen hinter unserem Parteivorsitzenden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Sigmar ist eine ehrliche Haut. Als jemand, der jetzt schon einige Jahr im Parteivorstand mit ihm zusammenarbeiten darf, sage ich: Es ist nichts leichter, als mit Sigmar Gabriel aneinander zu geraten. Aber es ist gut, dass das so ist. Könnt ihr euch vorstellen, dass es ein Sigmar Gabriel körperlich überhaupt nur ertragen hätte, sich zehn Minuten von Horst Seehofer auf einem Parteitag abkanzeln zu lassen und dann groß- und wortlos die Bühne zu verlassen? - Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin froh, dass wir einen Parteivorsitzenden haben, der Kritik annimmt, indem er auf sie eingeht, der manchmal herausgeht, wo der Parteivorstand denkt, es wäre vielleicht besser, jetzt nicht herauszugehen, aber der dann Kritik aufnimmt, anspricht und diskutiert.

Deswegen, lieber Sigmar, bin ich froh, dass wir dich als Vorsitzenden haben, der manchmal seine dünne Haut auch offen trägt, der aber auch Kritik erträgt und der mit Kritik umgehen kann und damit die Partei auch gemeinschaftlich führt. Deswegen bin ich froh, dass wir dich haben. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind damit am Ende einer wirklich ausführlichen und sehr konstruktiven Debatte. Zum Abschluss der Debatte hat Sigmar noch einmal das Wort.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Jan Stöß, lieber Peter, ich wollte nur zur Sicherheit klarstellen: Ich kandidiere allerdings nicht nur, damit wir uns weiter ein bisschen miteinander herumstreiten können. Es hörte sich fast so an, als ob es sonst zu langweilig würde.

(HEITERKEIT)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wollte mich für die Diskussion bedanken und insbesondere auch für die Klarheit bei einigen Wortmeldungen. Ich finde es übrigens gut, mutig und einer Sozialdemokratie angemessen, wenn sich ein Delegierter hier hinstellt und sagt: Ich kann dich nicht wählen, und das sind meine Gründe dafür. - Es wäre doch schlimm, wenn jemand das nur über den Wahlzettel zeigt, und wir nicht darüber diskutieren würden. Was für armselige Parteien sind das, bei denen das so läuft. Ich finde, wir können stolz darauf sein, dass wir offen miteinander debattieren können und keine Angst davon haben, was hinterher darüber in den Zeitungen steht. Denn wir wissen am besten, wie diese Partei zu organisieren ist. Deshalb können wir das auch in Offenheit tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Allerdings - das stimmt - melde ich mich dann auch zu Wort. Es gibt folgende Möglichkeiten, mit Kritik umzugehen: Man kann sagen: Ja, ich finde, das ist überlegenswert. Glaub mir, wir werden noch mal darüber reden. Es ist gut, dass wir darüber gesprochen haben. - Und dann geht man zur Tür raus und macht so weiter wie vorher. Man ist noch nicht ganz draußen, da hat man schon vergessen, was da eigentlich los war. - Ich glaube, dass das kein angemessener Umgang mit Diskussionen ist - übrigens auch nicht in Bürgerversammlungen. Meine Erfahrung ist - in der Partei, aber auch außerhalb der Partei -: Wenn du Menschen sagst, warum du eine andere Meinung hast als sie, dann ist das der erste Moment, in dem sie sich ernst genommen fühlen.

(BEIFALL)

Die Leute erwarten nicht von Politikern, dass sie ihnen immer recht geben. Es gibt übrigens sogar Menschen, die wissen, dass der Vorschlag, den sie machen, wahrscheinlich nicht sehr realistisch ist, und die dich eher komisch angucken, wenn du ihnen auf einmal zustimmst.

Die Menschen erwarten vielmehr, dass du dem Argument zuhörst und dich damit auseinandersetzt. Und wenn du am Ende eine andere Haltung hast als sie, dann werden sie dir jedenfalls mehr Respekt entgegenbringen, wenn du ihnen das offen sagst, als wenn du nur versuchst, schnell wieder aus der Veranstaltung herauszukommen. Das ist meine Vorstellung von Politik.

(BEIFALL)

Und, ehrlich gesagt, anders kann ich mir auch die innerparteiliche Debatte nicht vorstellen. Aber es gibt eben auch Themen, bei denen wir gelegentlich unterschiedlicher Meinung sind, und dann muss ein Vorsitzender darum kämpfen, dass das, was er für richtig hält, in der Partei auch eine Mehrheit findet - was wäre das sonst für ein Vorsitzender! Geführt, liebe Genossinnen und Genossen, wird eine Partei von vorne, und nur dann, wenn sie von vorne geführt wird, gibt es auch Diskussionen und Entscheidungen. Hinterher müssen allerdings alle zu den gemeinsam gefassten Entscheidungen stehen. Das war vielleicht zu den Zeiten von Schmidt, Wehner und Brandt anders - aber es war natürlich nicht so, dass die sich nicht gestritten hätten. Aber wenn eine Partei entschieden hat, dann muss das auch für alle gelten.

Ja, es stimmt, ich war von Anfang an ein Befürworter der Vorratsdatenspeicherung - von Anfang an. Deswegen habe ich es übrigens zugelassen, dass es den Versuch einer Mitgliederentscheidung darüber gab - allerdings wollten die Mitglieder das nicht machen. Das ist gescheitert. Deshalb habe ich zugelassen, dass wir einen Parteitag zu diesem Thema gemacht haben. Die Mehrheit des Parteitages hat gesagt: Wir machen das. - Dann habe ich gesagt: Obwohl es einen Parteitagsbeschluss gibt, lassen wir noch mal einen Konventsbeschluss darüber fassen. Dann haben die wieder entschieden, dass sie dafür sind, es so zu machen. Und meine herzliche Bitte ist, dass dann nicht hinterher erzählt wird, wir hätten uns nicht an Parteitagsbeschlüsse gehalten.

(BEIFALL)

Manchmal kommen die Beschlüsse anders, als man denkt. Aber wir halten uns daran. Und das gilt. Ich glaube, das ist das wichtigste, was man machen muss. Wenn die Partei beraten hat, dann muss das, was sie beschlossen hat, gelten. Allerdings musst du in der Debatte als Vorsitzender auch sagen, was du für richtig und was du für falsch hältst. Denn eine Sache ist so ungeheuer gefährlich: Nur, weil es nett ist, weil es schneller geht, weil man keine Kritik will, gezielt ein bisschen aneinander vorbeizureden und Beschlüsse zu fassen, in die jeder alles hineininterpretieren kann, nur, damit man eine breite Abstimmungsmehrheit hat. Und hinterher, wenn es zum Regierungshandeln kommt, ist die Hälfte der Partei enttäuscht, weil sie in dem Beschluss etwas ganz anderes vermutet hat als die andere Hälfte der Partei.

Deswegen bin ich für Klarheit - für Klarheit in der Debatte und in den Beschlüssen - und trotzdem für Freundschaft in der Partei. Die Alten vor uns haben unter ihre Briefe nicht deshalb „in Freundschaft“ geschrieben, weil sie alle so eng miteinander befreundet waren und sich so lieb gehabt haben. Nein, die haben das als Gruß untereinander darunter geschrieben in alten Briefen findet ihr das, weil sie damit ausdrücken wollten, dass es trotz aller Unterschiede und unterschiedlichen Meinungen am Ende mehr Verbindendes in der SPD gibt als Trennendes. Das ist der Grund, warum man in einer Partei ist, und nicht, weil man mit allen einer Meinung ist.

(BEIFALL)

Ich möchte sicher sein, dass ihr Klarheit darüber habt, wen ihr wählt. Nach sechs Jahren Vorsitz müsstet ihr das eigentlich wissen - wenn nicht, dann kann ich es noch einmal erklären. Ich weiß, mit welcher Partei ich es zu tun habe - einer Partei, die immer davon lebt, dass sie sich mehr wünscht, als sie in der Praxis umsetzen kann. Gott sei Dank ist die SPD so! Mein Gott, was wären wir für ein armseliger Haufen, wenn wir uns nicht mehr wünschen würden, als wir manchmal im Alltag schaffen. Wir leben von einem Hoffnungsüberschuss im eigenen Leben, aber genauso in der Politik. Deswegen ist es gut, dass sich die SPD höhere Ziele setzt, als sie manchmal im Alltag erreichen kann.

Aber man muss auch wissen, dass Reformen manchmal Schritt für Schritt gehen. Und ihr sollt bei mir wissen, mit wem ihr es zu tun habt. Nein, ich bin kein Gegner von Freihandelsabkommen, und ich lese ja immer: Alle anderen auch nicht. - Aber ich bin auch nicht dafür, so zu tun, als sei das nebensächlich. Wir werden ja morgen noch darüber diskutieren.

Übrigens, Eckart Kuhlwein, morgen verteile ich die Anzeige, die wir gemacht haben. Darin wird sich als

Erstes dafür bedankt, dass es die Demonstrationen gibt und dass uns Gewerkschaften und Umweltverbände weitergebracht haben in der TTIP- und CETA-Debatte. Das steht in der Anzeige und nicht das, was du vorhin behauptet hast. Aber wir verteilen das, damit das jeder lesen kann.

Ihr müsst wissen, mit wem ihr es zu tun habt. Und es ist auch nicht schlimm, wenn Leute sagen: Den wollen wir nicht; den wählen wir nicht. - Das ist in Ordnung. Aber was nicht passieren darf, ist, dass es Missverständnisse darüber gibt, wer kandidiert und was die Partei will. Wir wollen Klarheit in der Sache, Klarheit in der Person - dadurch kann die SPD stärker werden, und nicht, indem wir aneinander vorbeireden. Und ich finde, die Debatte eben war absolut klar und absolut gut. Deswegen bin ich froh und nach wie vor stolz darauf, Vorsitzender dieser Partei zu sein. Deshalb will ich es auch noch mal werden. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, jetzt müssten wirklich alle im Saal sein. Ich würde als Erster unserer Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die wir gestern schon gewählt haben, Janne Herzog, das Wort geben wollen.

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich wiederhole das, was ich gestern bereits erzählt habe: Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Derzeit sind 593 Delegierte und 33 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder anwesend. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 264 Frauen; das entspricht einem Anteil von 42,17 Prozent. Damit ist die Quote erfüllt und der Parteitag beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag weiterhin einen erfolgreichen Verlauf. - Danke.

(BEIFALL)

WAHL DES PARTEIVORSITZENDEN

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Janne. - Wir beginnen also nun mit den Wahlen.

Ich habe euch heute Morgen schon darauf hingewiesen, dass wir mit elektronischen Abstimmungsgeräten wählen. Die Geräte wurden auch ausgeteilt, und ich frage jetzt mal als Allererstes: Gibt es jemanden, der Delegierter oder Delegierte ist und noch kein Abstimmungsgerät hat? Die müssten sich jetzt mal ganz schnell ganz deutlich kenntlich machen. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Okay.

Die allermeisten von euch, die heute Morgen am Testlauf teilgenommen haben, werden auch noch eingeloggt sein. Für die, die es nicht sind: Sie finden in ihrem roten Umschlag - wir haben das heute Morgen schon mal miteinander gemacht - ihren Abstimmungscode. Den müssen sie dann eingeben, den 16-stelligen Abstimmungscode. Diejenigen, die nicht eingeloggt sind, müssen ihre eigene vierstellige Pin-Nummer eingeben. Dann müssen sie „log-in“ drücken. Jetzt geben wir denen, die das noch nicht machen konnten, einen Moment Zeit, damit sie das machen können.

Wenn jemand noch Unterstützung braucht: Wir sind uns hier oben nicht ganz einig, ob es grüne oder gelbe T-Shirts sind. Ich sehe, sie sind grün. Der Niels behauptet, sie sind gelb. Aber diese leuchtenden Menschen da in euren Reihen würden euch helfen, wenn ihr ein Problem habt.

Sind alle eingeloggt?

(ZURUF)

- Nein, ich höre noch Widerspruch. Dann müssen wir noch ein bisschen warten.

Ich darf vielleicht schon mal eines vorwegnehmen: Ich bitte die Medienvertreter ganz, ganz herzlich, sich genauso zu verhalten, wie sie sich bei einem schriftlichen Stimmzettel verhalten würden, nämlich ihre Objekte während des Wahlgangs nicht auf Abstimmungsgeräte zu richten und das Wahlgeheimnis zu respektieren.

(BEIFALL)

Auch das ist ganz, ganz wichtig, dass wir das so handhaben.

Ich sehe noch Helfer mit Tablets in der Hand. Das spricht dafür, dass noch nicht alles behoben ist. - Ich frage noch einmal: Gibt es noch irgendwo Probleme? - Ja, ein, zwei Probleme noch.

Also, noch einmal zur Sicherheit: Wenn ihr eingeloggt seid, sieht das im Moment so aus.

(DORIS AHNEN ZEIGT DAS DISPLAY EINES TABLETS)

Sehe ich es richtig, dass da hinten links noch ein Problem ist? - Ja. Dann müssen wir leider noch einen Moment warten.

Sind jetzt alle Probleme behoben? - Nein, es gibt noch eines.

Ich eröffne noch nicht den Wahlgang. Aber ich erkläre euch schon mal, wie es dann ablaufen wird. Wenn der Wahlgang eröffnet wird - wir sind, wie gesagt, noch nicht so weit, weil wir dahinten noch ein paar Probleme haben -, erscheint automatisch ein Fenster mit dem Stimmzettel auf dem Tablet.

Es handelt sich bei der Vorsitzendenwahl um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Vorgeschlagen ist Sigmar Gabriel, und wir haben nur einen Kandidaten. Es liegt kein weiterer Vorschlag vor.

Bei einem Kandidaten habt ihr dann die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung zu stimmen. Die Wahl erfolgt durch einfaches Antippen mit dem Finger auf die Felder „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“. Sollte ihr eure Eingabe korrigieren wollen, könnt ihr mit nochmaligem Antippen des gleichen Feldes die Stimme wieder löschen. Im Anschluss müsst ihr dann „Stimme abgeben“ drücken. Damit gebt ihr dann eure Stimme endgültig ab.

Wichtig - alle gut zuhören -: Nachdem ihr mit der Taste „Stimmenabgabe“ eure Eingabe bestätigt habt, ist diese Stimme endgültig abgegeben. Dann ist keine Korrektur mehr möglich. Nach der Stimmabgabe wird noch einmal angezeigt, was gewählt wurde. Damit wird bestätigt, dass die Stimme übermittelt und gezählt wurde. Diese Quittung bleibt fünf Sekunden stehen. Nach fünf Sekunden kann die Quittung mit „Okay“ vom Bildschirm entfernt werden

Ich frage jetzt noch einmal: Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? - Dann weise ich noch einmal darauf hin - - Ist da eine Frage, oder gibt es da noch ein technisches Problem?

(ZURUF)

- Wir haben ja noch nicht eröffnet, deswegen brauchen wir auch keine Auszeit zu nehmen. Wenn wir mal eröffnet haben, dann haben wir eröffnet. Im Moment warten wir noch, dass ihr das Problem behoben bekommt. Ihr braucht auch keinen Stress zu haben. Wenn wir den Wahlgang gleich eröffnen, dann wird der auch für mehrere Minuten geöffnet bleiben. Aber wir sind immer noch nicht so weit. Also, in früheren Zeiten hätte ich mich ja getraut zu sagen: Wir singen jetzt mal gemeinsam. Aber da kann man sich ja auch nicht mehr so sicher sein.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir haben noch ein einziges technisches Problem. Das müssen wir jetzt noch abwarten; das geht nicht anders.

So, jetzt wird mir hier oben signalisiert, dass alle technischen Probleme behoben seien. - Nein, es gibt da immer noch ein Handzeichen.

Sind jetzt alle Probleme behoben? - Nein, es gibt noch eines. Dann müssen wir noch eine Sekunde warten. - Keine Hektik. Wir sind immer noch gut in der Zeit. Ihr müsst euch überlegen: anderenfalls müssten wir Stimmzettel verteilen, müssten sie einsammeln, müssten sie auszählen. Also, wir kriegen das alles hin. Ich

gehe davon aus, dass es, wenn wir den ersten Wahlgang gut miteinander bestanden haben, danach auch deutlich einfacher wird.

So, jetzt habe ich noch einmal ein Zeichen bekommen, dass alles klar wäre. Gibt es jetzt noch jemanden?

(ZURUF: NOCH MAL LINKS!)

- Noch mal links ist noch ein Problem. - Sagt mal, was ist denn das für eine Delegation dahinten links?

(HEITERKEIT)

Wir sagen es auch nicht. - Also, ich habe jetzt noch einmal das Signal, es wäre jetzt alles geklärt.

Wir versuchen das jetzt noch einmal. Gibt es noch irgendwo noch ein technisches Problem? - Ja, es gibt noch eins. - Das hört sich nach Rheinland-Pfalz an, das geht auch nicht. - Gibt es noch irgendwo ein Problem? - Nein. Jetzt können offensichtlich alle mit ihren Geräten arbeiten.

(BEIFALL)

Dann eröffne ich jetzt den Wahlgang.

(STIMMENEINSAMMLUNG)

Hat jeder seine Stimme abgeben können? - Zeigt einfach einmal auf, wenn jemand meint, es hat nicht funktioniert.

Ich habe eine schlechte Nachricht. - Nein, erst einmal habe ich eine gute Nachricht: Das Tagungspräsidium ist für fast alles verantwortlich, aber nicht für die Technik. Das stellen wir vorab erst einmal fest.

Also: Es hat nicht funktioniert. Das heißt, wir werden den Wahlgang wiederholen müssen. Wir prüfen im Moment, ob wir das mit dem Gerät wiederholen können. Gebt uns gerade einmal eine Sekunde.

Liebe Genossinnen und Genossen, es hat offensichtlich ein Problem gegeben. Deswegen haben wir uns entschieden, dass wir, bis das geklärt ist, jetzt in dem uns bekannten konventionellen Verfahren abstimmen.

(BEIFALL)

Wir werden diesen Wahlgang im analogen Verfahren durchführen, bis wir die Probleme in der digitalen Welt geklärt haben. Das heißt, ihr müsst jetzt alle auf eure Plätze gehen. Die Stimmzettel sind bereits vorbereitet. Das heißt, dass ihr jetzt gleich alle gegen euren Delegiertenausweis einen entsprechenden Stimmzettel bekommen werdet. Dieser sieht folgendermaßen aus: Vorgeschlagen ist Sigmar Gabriel. Man kann seine Stimme - nicht durch Klicken, sondern durch Ankreuzen - mit Ja, Nein oder Enthaltung abgeben. Ganz schlecht: Man kann es nicht korrigieren. Das wäre nur bei der elektronischen Stimmabgabe möglich gewesen.

Wir werden jetzt die Stimmzettel verteilen. Ich gucke einmal in die Richtung der Mandatsprüfungs- und

Zählkommission, ob ihr bereit seid, diese Stimmzettel zu verteilen. - Dann brauchen wir, auch ganz klassisch, wieder unsere Kontrollmarken. Die Kontrollmarken habt ihr gestern bekommen. Ich würde euch vorschlagen, dass wir die Kontrollnummer 1 auf den Stimmzettel kleben. Das sieht so aus - aber das kennt ihr alles -: Ihr bekommt einen blauen Stimmzettel und klebt darauf die Kontrollmarke Nummer 1.

Ich frage einmal, ob alle einen Stimmzettel bekommen haben.

(ZURUFE: NEIN!)

- Langsam habe ich den Eindruck, die linke Seite wird benachteiligt.

(HEITERKEIT)

Hebt ihr mal gerade eure Arme hoch, wo noch keine Stimmzettel sind, und haltet die einen Moment oben, damit die Verteiler das sehen? - Haben jetzt alle Delegierten einen Stimmzettel?

(ZURUFE: NEIN!)

- Nein. - Ich habe von einzelnen Delegierten die Bitte, dass die Medienvertreter bitte nicht zugucken, wenn Stimmzettel ausgefüllt werden. - Sind alle Delegierten mit einem Stimmzettel versorgt? - Das scheint mir der Fall zu sein. Super.

Ihr habt jetzt alle einen blauen Stimmzettel. Ich weise noch einmal darauf hin, da wir jetzt im konventionellen Verfahren sind, dass ihr eure Kontrollmarken zur Hand nehmen müsst; die habt ihr gestern verteilt bekommen. Ich bitte noch einmal darum, dass ihr auf den Stimmzettel die Kontrollmarke 1 klebt und dann den Stimmzettel ausfüllt.

Haben alle Delegierten ihren Stimmzettel ausfüllen können? - Nein, hier vorne fehlt noch einer. - Haben jetzt alle Delegierten ihren Stimmzettel ausfüllen können? - Das scheint der Fall zu sein. Dann bitte ich jetzt die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? - Nein. - Hebt einfach bitte noch einmal euren Stimmzettel hoch, wenn noch nicht eingesammelt ist, dass wir von hier oben sehen, wo noch Stimmzettel sind. - Sind alle Stimmzettel eingesammelt? - Dann schließe ich den Wahlgang.

Liebe Delegierte, lieber Sigmar, spannend ist es immer bei der SPD. - Ich gebe jetzt weiter an den Niels.

VORSTELLUNG DER KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DIE STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir jetzt zum Wahlgang der stellvertretenden Vorsitzenden kommen, sollten wir erst einmal der Doris für ihre Sitzungsleitung danken, die das hier souverän gemacht hat.

(BEIFALL)

Das ist nicht unbedingt das, was man sich wünscht, wenn man einen so wichtigen Wahlgang hier zu leiten hat. Aber wir hatten eine technische Unsicherheit, und wenn es eine Unsicherheit gibt, dann ist es, glaube ich, auch im Interesse von Sigmar und im Sinne des Ablaufs dieses Parteitages, dass wir das ausschließen.

Deswegen werden jetzt - nur, damit ihr darüber Bescheid wisst - prüfen, ob wir die weiteren Wahlgänge wie vorgesehen elektronisch durchführen können oder nicht. Sollte das nicht der Fall sein, sind wir natürlich vorbereitet, das entsprechend in Papierform zu machen. Darüber werden wir euch berichten. Ich will mich bei euch auch dafür bedanken, dass wir das hier in so vernünftiger Art und Weise durchführen. Das werden wir auch weiterhin tun.

Deswegen darf ich jetzt den Wahlgang für die stellvertretenden Vorsitzenden unserer Partei aufrufen. Ich darf für jeweils fünf Minuten die Kandidatinnen und Kandidaten bitten, sich hier vorzustellen. Es liegen die Kandidaturen von Hannelore Kraft, Aydan Özoğuz, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz, Manuela Schwesig und Ralf Stegner vor. Ich möchte euch vorschlagen, dass wir in dieser Reihenfolge die Vorstellung machen.

Ich darf deswegen jetzt die Vorstellung der Kandidatur von Hannelore Kraft aufrufen. - Norbert.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Ich darf noch kurz darum bitten, dass sich alle Mitglieder der MPZK aus naheliegenden Gründen jetzt hinter der Bühne treffen. - Bitte schön, du hast das Wort.

Norbert Römer, Nordrhein-Westfalen: Vielen Dank. - Glück auf und guten Tag, Genossinnen und Genossen! Ich bin erkennbar nicht Hannelore Kraft.

(HEITERKEIT)

Deshalb wird es auch keine Vorbstellungsrede geben. Aber ich will drei Bemerkungen machen.

Hannelore lässt euch grüßen. Sie ist krank. Sie liegt mit Fieber und Schüttelfrost im Bett. Aber in Gedanken ist sie bei uns und mit ihrem Herzen sowieso.

(BEIFALL)

Mit Kopf und Herz in der SPD und für die SPD, dafür steht Hannelore Kraft.

Zweitens. Hannelore will auch zukünftig ihre Kraft in unserer Partei einsetzen, inhaltlich und, wie ihr sie kennt, auch sehr persönlich. Sie will mithelfen, dass die SPD die politische Gestaltungskraft im Bund und in den Ländern bleibt. Deshalb helfen wir aus Nordrhein-Westfalen, Genossinnen und Genossen, bei den anstehenden Landtagswahlen - am 13. März nächstes Jahr in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt und im Herbst in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin - kräftig mit, Hannelore vorneweg.

Drittens, Genossinnen und Genossen. Wir in Nordrhein-Westfalen regieren mit Hannelore als Ministerpräsidentin seit 2010 in einer rot-grünen Koalition - erfolgreich. Die Menschen wissen das zu schätzen. 2017 im Mai werden wir die Landtagswahl, die dann in Nordrhein-Westfalen ansteht, gewinnen, und wir werden damit eine Steilvorlage für die Bundestagswahl geben, mit Hannelore vorneweg, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Also Strich drunter: Der NRW-Landesverband bietet mit Hannelore Kraft für die Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden das Beste an, was er hat: unsere Nummer eins in Nordrhein-Westfalen. Ich werbe um eure Stimmen für Hannelore Kraft. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Norbert, vielen herzlichen Dank. Wir wünschen Hannelore von hier aus noch einmal herzlich alles Gute und gute Genesung. Vielen Dank für die Vorstellung. - Ich darf jetzt Aydan Özoğuz ans Mikrofon bitten.

Aydan Özoğuz, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, die Gesellschaft für deutsche Sprache hat gerade das Wort „Flüchtlinge“ zum Wort des Jahres erklärt. Wir haben über das Thema gestern ausführlich und genug gesprochen. Ihr wisst, dass ich landauf, landab dafür unterwegs bin. Was wir alles zu tun haben, haben wir gestern in unserem Antrag festgelegt, und das möchte ich gar nicht wiederholen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ihr wisst, dass es auch noch etwas anderes in unserem Land gibt, was auch ich beispielsweise repräsentiere, aber mittlerweile unter den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten viele andere auch. Es gibt ja Einwanderung schon lange, seit Jahrzehnten. Nicht immer ist es zur Normalität geworden bei uns. Aber ich glaube, wir arbeiten sehr stark daran, dass wir in die Partei hineinwachsen, dass wir in die Gesellschaft hineinwachsen, dass wir das Stück Normalität bekommen, das wir gerne alle haben wollen.

Nun muss man im Zusammenhang mit Normalität sagen: Das Wort „Migrationshintergrund“ ist manchmal so eine gewisse Hürde. Ich habe mich auch gefragt: Welches politische Programm würde man wohl auflegen, das für Katarina Barley, Niels Annen und mich gelten würde und für euch alle nicht? Das gibt es so ja gar nicht mehr. Deswegen ist es jetzt ein Stück weit unsere Aufgabe, solche Hürden, vielleicht auch solche Schubladen, die wir doch aufgemacht haben, zu überwinden.

Was aber ganz sicher noch nicht ganz stimmig ist und was, glaube ich, gerade die Sozialdemokratie auch ein Stück weit treibt oder treiben muss, ist: Das Bildungsversprechen, das wir in Deutschland für alle geben, das ist nicht eingehalten bei jungen Leuten, die - ich sage es jetzt mal bewusst - einen falschen Namen haben,

also einen türkischen Namen, einen arabischen Namen. Da wird dann oft gesagt: „Ihr könnt euch eigentlich anstrengen, so viel ihr wollt, aber selbst mit einer sehr guten Abiturnote habt ihr deutlich weniger Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.“ Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, da liegt noch viel Arbeit vor uns, dass wir auch das wieder ordentlich hinbekommen und dass die Chancengleichheit auch für alle besteht in unserem Land.

(BEIFALL)

Und vielleicht noch ein kleines Beispiel für diejenigen, die mittlerweile viel, viel älter geworden sind. Es sind ja nicht alle jung, und nicht alle werden jetzt geboren. Gestern haben wir auch viel über die deutsche Sprache gesprochen, und zwar über diejenigen, die sie vielleicht nie gelernt haben. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt auch Senioren in unserem Land, die haben die deutsche Sprache gelernt. Die sind polnischstämmig, russischstämmig, türkischstämmig, und wenn sie beispielsweise Demenz bekommen, verlieren sie wieder ihre Sprachkenntnisse. Wir sind in unserem Gesundheitswesen überhaupt nicht darauf vorbereitet, wie wir eigentlich mit diesen Seniorinnen und Senioren umgehen. Und auch da, liebe Genossinnen und Genossen, liegt noch ein großes Stück Arbeit vor uns.

Das ist so die Spannbreite, die ich euch einmal aufzeigen wollte, von jung bis alt. Da gibt es noch einiges.

Mein letztes Plädoyer, vielleicht noch mal auch zu mir selbst, denn ich mache mir über eine Sache große Sorgen. Wir haben hier über Menschenverachtung gesprochen. Wir haben hier über Rassismus gesprochen, über viele Dinge. Aber wisst ihr was, Genossinnen und Genossen? Wer unterstützt das eigentlich in unserem Land? Ich möchte euch sagen: Bei all meinen Besuchen, die ich überall gemacht habe, war ich auch in Freital. Ich fand es eine Selbstverständlichkeit. Ich wurde dort eingeladen von einem Abgeordneten, dessen Auto in Brand gesetzt wurde. Ich habe mit den Abgeordneten vor Ort. Und wisst ihr, was ausgerechnet die CDU hinterher dann in einer Pressemitteilung geschrieben hat?

„Durch den Besuch der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, Özoğuz, unter Ausschluss von Vertretern der AfD-Fraktion, wurde der Graben durch Freital tiefer gezogen.“

Die CDU dort macht sich zum Anwalt der AfD, und ich fand es beschämend, dies zu lesen, liebe Genossinnen und Genossen,

(BEIFALL)

Weil ich jemanden besuche, der einen Anschlag bekommt, ist es, glaube ich, nicht meine Aufgabe, als Erstes die AfD aufzusuchen. Das wird mich auch weiter so lenken. Ich glaube, wir werden weiterhin die stärken, die Anschlägen zum Opfer fallen, und vor allen Dingen werden wir natürlich ganz viel dafür tun, dass es überhaupt gar nicht erst zu solchen Anschlägen kommt.

Ich hoffe, ihr könnt mir noch mal euer Vertrauen aussprechen. Ich möchte gerne noch mal zwei Jahre sehr intensiv an diesen Themen arbeiten. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Aydan, vielen herzlichen Dank für deine Vorstellung.

Bevor wir gleich weitermachen, darf ich zwei Gäste bei uns begrüßen. Einmal ist bei uns Jörg Hofmann, der Vorsitzende der IG Metall. Herzlich willkommen beim SPD-Bundestag.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist mir eine ganz besondere Freude, ja, auch eine Ehre, dass wir Erhard Eppler bei uns begrüßen. Lieber Erhard, sei uns herzlich willkommen. Wir freuen uns sehr, dass du bei uns bist. Wir freuen uns auf deine Rede.

(BEIFALL)

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Ich darf jetzt Thorsten Schäfer-Gümbel bitten, das Wort zu nehmen. - Vielen Dank.

Thorsten Schäfer-Gümbel stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Kumpel Stephan Weil hat vorhin gesagt, wenn er hier nach vorne geht, fühlt er sich seit einiger Zeit häufiger in der Rolle des Zeitzeugen. Das bin ich nun ausgewiesenermaßen als Jahrgang 1969 noch nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, als ich vor zwei Jahren das erste Mal vor euch getreten bin und mich als stellvertretender Parteivorsitzender beworben habe, habe ich über einen Mann gesprochen, den ich bei der Gießener Tafel kennengelernt habe und der in einem sehr beeindruckenden Gespräch am Ende des Gesprächs gesagt hat, er hat keine Erwartungen mehr an niemanden. Ich habe diesen Mann etwa ein halbes Jahr nach dem Parteitag erneut getroffen und habe mit ihm darüber geredet, was wir auch in dem ersten halben Jahr der Großen Koalition erreicht haben. Zumindest im Kopf haben wir ihn wieder erreicht, weil er gesehen hat, was möglich ist durch politische Entscheidungen, wenn man sie ernst nimmt. Im Herzen haben wir ihn noch nicht gekriegt, aber das ist eine der Aufgabe, um die es für uns auch in den nächsten zwei Jahren mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 geht. Deswegen bewerbe ich mich auch mit dem erklärten Ziel, dazu einen Beitrag zu leisten, erneut.

Ich will drei Schwerpunkte setzen für mich in diesen zwei Jahren.

Das Erste ist - ein Paradebeispiel dafür, wie das gehen kann, haben wir gestern gemeinsam beschlossen, nämlich rund um das Thema der Flüchtlingspolitik -, wie wir den sozialen Zusammenhalt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land stabilisieren. Das ist eine Frage, die uns auch in den nächsten Jahren massiv fordern wird.

Zweitens wird es darum gehen, dass ein Thema, das in den letzten Jahren schon wieder ein bisschen in den Hintergrund gerückt ist -, uns wieder stärker beschäftigen muss. Das ist die Bändigung der Finanzmärkte und die damit zusammenhängende Frage der Steuergerechtigkeit. Es ist mitnichten so, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise vorbei ist, sondern sie ist nach wie vor mit ihren Auswirkungen noch strikt am Laufen, und wir werden dort eine Vielzahl von Aufgaben haben, um die Bändigung der Finanzmärkte zu schaffen.

Drittens will ich einen Akzent setzen in einer ehrwürdigen Aufgabe, die ich vor wenigen Wochen übernom-

men habe in der Nachfolge von Wolfgang Thierse als Vorsitzender des Kulturforums der deutschen Sozialdemokratie. Dabei geht es nicht nur um den Neustart oder um die Wiederbelebung eines Dialogs mit den Kultur Schaffenden, sondern auch um neue Aspekte, beispielsweise in der Kultur- und Kreativwirtschaft, aber auch um Fragen der kulturellen Bildung.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit will ich zu meiner letzten Bemerkung kommen. Als ich heute Morgen den Parteitag betreten habe, gab es eine dpa-Meldung, in der die verschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden noch mal vorgestellt wurden. Die dpa hat unter anderem meine Würdigung eingeleitet mit dem Satz: „Thorsten Schäfer-Gümbel, der Mann mit den dicken Brillengläsern“. Ich verkneife mir jede weitere Bemerkung zu solchen Formulierungen, aber ich will Folgendes sagen, liebe Genossinnen und Genossen: ich bewerbe mich heute erneut und hoffe auf euer Vertrauen als stellvertretender Parteivorsitzender und nicht als ein Mitglied in dem Wettbewerb „Germany’s next Topmodel“. - Herzlichen Dank.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Thorsten, vielen Dank. Selbst da würden wir dich wahrscheinlich wählen. Aber ich danke dir für deine Vorstellung und darf jetzt Olaf Scholz das Wort geben.

Olaf Scholz, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Thema, das unseren Parteitag am Anfang begleitet hat und am Ende auch wieder erfassen wird, die Frage, wie Europa sich entwickeln kann, ist aus meiner Sicht von entscheidender Bedeutung für die Zukunft von uns allen. Die Welt wird irgendwann um die Mitte dieses Jahrhunderts, was das Bevölkerungswachstum betrifft, zum Stehen kommen, ungefähr bei 9,5 bis 10 Milliarden Menschen. Das ist das, was die Bevölkerungswissenschaftler uns vorhersagen. In dieser Welt wird Europa, das EU-Europa, das wir kennen, immer noch so um die 500 Millionen Einwohner haben, ein Europa, das uns wichtig ist, das uns lieb ist wegen seiner Tradition der Demokratie, wegen der Aufklärung, wegen der Freiheit, wegen der Rechtsstaatlichkeit und natürlich wegen des Beitrags der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überall in der europäischen Geschichte, wegen Sozialstaat und Bildungsstaat.

Das sind Traditionen, für die wir uns einsetzen müssen und die wir verteidigen müssen. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen - gerade hier in Deutschland -, dass diese Europäische Union und dass dieses Europa auch in Zukunft funktioniert. Wir haben - das ist meine feste Überzeugung - da eine besondere Verantwortung; denn es ist nicht nur so, dass wir in Deutschland froh sein können, dass die europäische Einigung gelungen ist, weil sie die Bedingung dafür war, dass wir als Land wieder vereint sein können, sondern es ist auch so, dass wir davon profitieren, dass dieses Europa gemeinsam handelt.

Es waren keine guten Zeiten, als die Staaten gegeneinander angetreten sind und dieses Europa getrennt war. Das gilt nicht nur für den schrecklichen Beginn des 20. Jahrhunderts, sondern das gilt auch schon für die ganzen Jahrhunderte davor und insbesondere für das 19. Jahrhundert.

Ich bin dagegen, dass wir es hinnehmen und geschehen lassen, dass es in diesem Europa wieder um Russland, Frankreich, Deutschland, England und den einen oder anderen Weiteren geht, sondern es muss darum gehen, dass die Europäische Union als Einheit auftritt. Dafür haben gerade wir Deutsche eine ganz besondere Verantwortung.

Ich bin darum froh, dass wir jeder Versuchung widerstanden haben - etwa in der Diskussion mit Russland über die Lösung des Konfliktes in der Ukraine -, als Deutsche gesondert aufzutreten, sondern immer mit Polen, Frankreich und der Europäischen Union gemeinsam gehandelt haben. So muss es auch in Zukunft sein.

(BEIFALL)

Ich bin dafür, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen, den Integrationsprozess Europas weiter voranzutreiben, das heißt, dass wir uns verantwortlich fühlen für Konsense, für Kompromisse, für das Miteinander und dass in der Politik jeder Versuch nicht erfolgreich ist, das Spiel zu spielen, das wir auch von woanders kennen, dass man nämlich sagt: Wir fahren nach Brüssel und holen für uns gegen alle anderen etwas raus. - Wir sind das eine Land, dessen politische Führung und dessen politische Parteien es erreichen müssen, dass sie sich von vornherein für den Kompromiss und den Konsens zuständig fühlen.

(BEIFALL)

Gerade unsere sozialdemokratische Partei hat dabei eine ganz besondere Verantwortung, weil sie eine Tradition hat, aus der heraus sie diese Politik entwickeln kann. Sie ist deshalb auch mitverantwortlich dafür, dass das gelingt.

Ich bin überzeugt, dass wir denen widerstehen müssen, die sich trotz ganz unterschiedlicher Haltungen und Positionen in der Gemeinsamkeit des Ressentiments erkennen. Das erkennen wir bei den rechten populistischen Bewegungen in Europa und den Parteien, die daraus entstanden sind. Man wundert sich ja, warum sie einer Meinung sind, obwohl sie gegeneinander sind. Aber das Gemeinsame ist das Ressentiment. Das ist eben das, was uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von diesen unterscheidet. Wir pflegen keine Ressentiments, wir sind für die Demokratie und für die Einheit Europas.

(BEIFALL)

Es gilt auch, dass wir das bedenken, wenn wir darüber diskutieren, wie man zum Beispiel den Herausforderungen der Flüchtlingskrise begegnen kann. Es ist unsere Position - und wir haben sie auf diesem Parteitag noch einmal unterstrichen -, dass es letztendlich nur gemeinsame europäische Lösungen geben kann und dass man nicht im Gegeneinander der Staaten, sondern in der Gemeinsamkeit Lösungen finden muss.

Aus meiner Sicht gehört dazu dann aber auch, dass wir uns von einem naiven Bild des gemeinsamen Handelns verabschieden. Wir sind Vertreter der offenen Gesellschaft, und die offene Gesellschaft hat nicht schon immer vorgefundene gemeinsame Haltungen und Meinungen, sondern sie entstehen im Konflikt und auch im Streit. Nicht jeder Streit, den wir in Europa austragen, ist an sich schon ein Problem. Wichtig ist, dass wir beieinander bleiben wollen und auf Lösungen aus sind. Das muss unser Beitrag in dieser Frage sein.

Ich jedenfalls würde das als einen der Beiträge betrachten, die ich zur Politik dieser Partei leisten möchte.
- Schönen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Olaf, herzlichen Dank für deine Vorstellung. -Ich darf jetzt Manuela Schwesig bitten, sich vorzustellen.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Vor einigen Jahren bin ich das erste Mal als Partei-Vize angetreten. Viele von euch kannten mich damals noch nicht oder zumindest noch nicht so gut wie heute. Trotzdem haben mir viele von euch ihr Vertrauen ausgesprochen.

Ich habe damals versprochen, dieses Vertrauen zu nutzen, um gemeinsam mit euch dafür zu sorgen, dass wir wieder die Deutungshoheit in der Familienpolitik zurückgewinnen, dass wir wieder die Gleichstellungspolitik für uns zurückgewinnen und dass wir mehr dafür tun, die zivilen Kräfte vor Ort, die sich für unsere Demokratie, unser offenes Land und vor allem gegen Rechtsextremismus einsetzen, besser zu unterstützen, weil ich ganz persönlich weiß, wie es ist, wenn die NPD in Dörfern, Städten und in Landtagen, wie in Mecklenburg-Vorpommern, unterwegs ist, und dass es so wichtig ist, jeden Einzelnen, der sich in diesen Dörfern und in diesen Städten dem entgegenstellt und Flagge zeigt, viel besser zu unterstützen.

Es ist in den letzten Jahren mit euch gemeinsam gelungen, diese Dinge umzusetzen. Wir haben dafür gesorgt, dass diese zivilen Kräfte viel besser unterstützt werden - mit mehr Geld, aber auch durch die Abschaffung der Extremismusklausel und damit durch die Abschaffung der Gängelung sowie mit dem klaren Zeichen: Wir unterstützen jeden, der sich gegen Nazis stellt.

(BEIFALL)

Es ist uns in den letzten Jahren gemeinsam gelungen, die Familienpolitik wieder zurückzuerobern. Es ist toll, jetzt, nach zwei Jahren Regierungszeit, viele Dinge davon umzusetzen: Kita-Ausbau anstatt Betreuungsgeld, Elterngeld Plus und vieles mehr. Wir haben gestern Abend gerade darüber diskutiert: Wir haben noch ein dickes Programm für eine moderne Familienpolitik vor uns, das ich gemeinsam mit euch auf den Weg bringen möchte.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, das Thema Gleichberechtigung von Frauen und Männern wieder zum Markenzeichen der SPD zu machen.

(BEIFALL)

Viele Frauen - auch einige Männer - weit vor mir haben schon viel länger und viel härter für die Idee der Gleichberechtigung gekämpft, weil es keine Freiheit, keine Solidarität und auch keine Gerechtigkeit geben kann, wenn es keine Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern gibt. Deshalb bin ich dankbar, dass diese Frauen vor mir dafür gesorgt haben, dass die Gleichberechtigung in unserer Verfassung verankert ist und dass darin auch der Satz steht, dass wir sie politisch aktiv unterstützen müssen. Dieser Satz ist für mich Handlungsauftrag.

Deshalb freue ich mich sehr, dass es gelungen ist - auch in der Regierungszeit in den letzten zwei Jahren -, zum Beispiel ein großes Projekt umzusetzen, damit wir in unserem Land endlich eine Frauenquote und

verbindliche Verpflichtungen für Frauenanteile in der Wirtschaft und auch im öffentlichen Dienst haben. Liebe Genossinnen und Genossen, über dieses Projekt wird seit 30 Jahren debattiert, und wir haben es gemeinsam auf den Weg gebracht. Dafür vor allem denjenigen, die vieles davon vorbereitet haben, ein herzliches Dankeschön!

(BEIFALL)

Ich räume ein: Ich habe gerade von den Männern nicht viel Fanpost dazu bekommen. Einer hat mir aber geschrieben: Hans-Jochen Vogel. Er hat geschrieben, dass er sich freut, dass wir jetzt endlich die Quote haben, und er hat mich daran erinnert, dass er dieses Vorhaben als Parteivorsitzender 1988 auf dem Münsteraner Parteitag durchgesetzt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, daran seht ihr, dass es manchmal auch Zeit und Kraft kostet, große gesellschaftliche Veränderungen mit gewissen Instrumenten anzustoßen. Deshalb ist es so wichtig, hier hartnäckig zu bleiben, sich durchzusetzen und diese Ziele gemeinsam anzugehen.

Ein zweites großes Ziel liegt vor uns, damit der Verfassungsanspruch Gleichberechtigung endlich auch Lebenswirklichkeit wird: die Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern. Es muss endlich gelingen, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen.

(BEIFALL)

Deshalb habe ich vor zwei Tagen einen Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit vorgelegt.

Jetzt bin ich einmal gespannt. Ich habe es gestern beim Thema „Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“ schon angesprochen: Die Union entdeckt jetzt beim Thema Flüchtlinge auf einmal sehr heuchlerisch die Idee der Gleichstellung der Homosexuellen und deren Rechte, aber ich höre von der Union jetzt zum Beispiel auch öfter - anders, als ich es in der Vergangenheit von ihnen wahrgenommen habe -, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern wichtig wäre. Ich finde, hier kann die Union jetzt einmal Flagge zeigen - beim Thema „Ehe für alle“, aber auch beim Thema Lohngerechtigkeit. Dieses Gesetz kann dann ja kein Problem sein.

(BEIFALL)

Dennoch mache ich mir nichts vor. Das Gute an der Großen Koalition ist, dass ich bei diesen Gesellschaftsthemen jeden Tag erlebe, wie die Union tickt und wie sie zu diesen Themen steht. Da zeigt mir jede Diskussion, dass ich in der richtigen Partei bin, in der Sozialdemokratie.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gemeinsam noch viel vor. In den nächsten zwei Jahren stehen wichtige Wahlen in den Kommunen - die darf man nicht vergessen - und vor allem auch in unseren Ländern, aber natürlich auch die Bundestagswahl 2017 an.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit der großen Flüchtlingsaufgabe - so, wie wir sie auch in Sachen

Integration beraten haben -, aber auch mit den ganz normalen Alltagsthemen von Familien - mit dem Thema „Gerechte Löhne für Frauen“, aber auch mit dem Thema „Demokratie und Vielfalt“ - sehr viel bewegen und noch viel mehr Menschen erreichen können, als das bisher gelungen ist.

Das möchte ich mit euch gemeinsam tun. Dafür werbe ich um euer Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Manuela, vielen herzlichen Dank für deine engagierte Vorstellung. - Ich darf jetzt Ralf Stegner das Wort geben. Ralf, bitte schön!

Ralf Stegner, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Als ich mich das letzte Mal hier beworben habe, war ich ziemlich aufgeregt; denn es ist für jemanden aus einem kleinen Landesverband eine tolle Sache, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD zu werden.

Ich habe zwei aufregende Jahre miterlebt. Ich bin zwischen Konstanz und Flensburg und zwischen Zittau und Aachen viel unterwegs gewesen. Ich habe überall eine Partei getroffen, die in ihrer Organisationsstärke sehr unterschiedlich ist, die unterschiedlich ist in dem, was man schaffen kann und wie die Mehrheiten sind, die manchmal auch Zuspruch braucht, um daran erinnert zu werden, was wir alles schon geleistet haben, und Selbstbewusstsein den Bürgern gegenüber zu bestärken, für die wir die bürgerlichen Werte eigentlich erkämpft haben, Genossinnen und Genossen. Das konnte man vor Ort oft tun. Dabei habe ich kennengelernt, wie wichtig es mit der Solidarität ist. Denn am Ende sind wir nur eine gute Partei, wenn wir zusammenhalten und die Dinge in den Regionen zusammenbringen, wo wir es schwerer haben, und da, wo es leichter geht.

Ich möchte mich auch herzlich für das bedanken, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus mitgeholfen haben; denn sie braucht man dafür. Vielen Dank für die Unterstützung!

(BEIFALL)

Wenn man über das spricht, was einen selbst bewegt, dann muss ich sagen: Es gibt den Satz von Olof Palme, der heißt: Politik heißt, etwas zu wollen. Etwas zu wollen, heißt für mich: Ich finde, wir werden an der Gerechtigkeit dessen gemessen, was wir ganz konkret in den großen und den kleinen Dingen tun. Deswegen habe ich immer gesagt: Gerechtigkeit muss der Maßstab und der Kompass unserer Politik sein, egal worüber wir reden, ob es die Generationengerechtigkeit ist, ob es die globale Gerechtigkeit ist oder ob es die schlichte Gerechtigkeit in den Alltagsdingen ist, um die wir uns für die Menschen zu kümmern haben. Es ist seit jeher in der Sozialdemokratie so, dass die einen von uns immer gesagt haben: Wir wollen eine gute, neue Welt schaffen, die friedlicher ist, in der es weniger Armut gibt. - Und die anderen haben gesagt: Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass es praktisch mit kleinen Schritten in die richtige Richtung für die Menschen vorangeht, die auf uns warten und die nicht sagen, sie warten so lange, bis wir absolute Mehrheiten haben. Beides gehört zusammen.

Deswegen möchte ich sagen: Wir haben vieles umgesetzt, was wir versprochen haben. Das ist gut für die Glaubwürdigkeit. Je mehr es dann Richtung Bundestagswahl geht, müssen wir auch sagen, wo die Unterschiede liegen.

Drei Felder will ich kurz benennen, wo ich die Unterschiede sehe:

Erstens. Wir müssen bei den Alltagsfragen, bei Arbeit, bei Familie, bei Bildung, bei Rente, bei Pflege zeigen, dass das, was wir als Antworten geben, Verbesserungen im Leben der Menschen bedeutet, für die wir tätig und verantwortlich sind. Denn Politik macht nur dann Sinn, wenn sie das Leben der Menschen besser macht.

Zweitens. Wir haben es gestern gehört: Wir sind diejenigen, die für eine neue Abrüstungspolitik, für Friedenpolitik streiten müssen. Die anderen werden das nicht tun. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Das wissen wir sehr genau, auch wenn wir seit Jahrzehnten das große Privileg haben, hier in Frieden und Wohlstand zu leben. Das bleibt nicht von alleine. Wir werden dafür streiten müssen.

Drittens. Wir müssen gesellschaftspolitisch modern sein mit unseren Grundwerten, die alt, aber nicht verstaubt sind, die nicht in die Vitrine gehören, sondern die angewendet werden müssen, die übrigens sogar innerhalb der eigenen Partei angewendet werden dürfen. Da müssen wir zeigen, dass wir moderner als andere sind. Familienpolitik heißt für uns: Wir helfen den Menschen, zu leben, wie sie wollen, und sagen ihnen nicht, wie sie leben sollen. Das, was Manuela und andere gesagt haben, möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Das gilt für viele Fragen, die mit Gesellschaftspolitik zu tun haben. Niemand sollte in unserer Gesellschaft benachteiligt werden, egal aus welchen Gründen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und ja, ich glaube tatsächlich, eines der Übel in der Politik ist die Technokratie. Manchen fehlt die Leidenschaft. Ich finde, Leidenschaft ist wichtig, Herz und Verstand. Wir müssen zeigen, dass wir anders sind. Wenn wir uns von anderen Parteien nicht unterscheiden, dann gehen die Menschen nicht wählen und dann kommen die Idiotenparteien und Rechtsparteien in die Parlamente. Das müssen wir bekämpfen, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Deshalb habe ich mit Yasmin Fahimi zusammen eine Arbeitsgruppe geleitet ich bedanke mich auch bei Yasmin dafür, in der wir das Thema besprochen haben: Was können wir tun, um die Wahlbeteiligung zu stärken? - Es kann nicht sein, dass Menschen sagen „Ich habe keinen Bock zu wählen“, während Menschen in anderen Ländern der Welt ins Gefängnis kommen, wenn sie für freie Wahlen kämpfen. Das kann nicht richtig sein. Es ist unsere Chance, dass unsere Leute wählen gehen und nicht sagen „Die da oben“, sondern sagen: Es macht einen Unterschied, ob dort ein Sozi oder jemand anders regiert.

Und ja, es ist tatsächlich so: Alle, die wir hier oben antreten, haben einen unterschiedlichen Stil. Das gilt auch für mich. Ich bin froh, dass ich mich nicht als Beauftragter für die diplomatischen Beziehungen zur CDU/CSU beworben habe. Dafür wäre ich ungeeignet, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber ich habe euch das letzte Mal versprochen: 99 Prozent meiner Offensivkraft gelten der politischen Konkurrenz. Ich habe versucht, mich daran zu halten. Das führt dazu, dass einen nicht alle mögen. Das hat aber auch mit etwas anderem zu tun. Wenn ich sage, 99 Prozent der Offensivkraft gelten der Konkurrenz, dann

sage ich auch: Man ist Teil eines Teams. Die Gegner sind nie in der eigenen Partei, liebe Genossinnen und Genossen, es sind immer die anderen. Wir müssen zusammenhalten!

(BEIFALL)

Ich gebe zu, bei dem einen oder anderen sind unterschiedliche Dinge stark. Ich war schon als Fußballer immer Linksfuß. Ich bin auch Linkshänder. Daran kann man nichts ändern. Das ist geblieben. Aber man braucht ja, wenn man über das Spielfeld geht, jemanden auf dem linken Flügel, auf dem rechten Flügel und in der Mitte. Alle schießen auf das gegnerische Tor. Ich finde, das ist eine gute Aufstellung für den Fußball und auch für die SPD.

(BEIFALL)

Insofern, liebe Genossinnen und Genossen, will ich gerne sagen, dass ich sehr stolz darauf bin, dass ich für dieses Amt kandidieren darf. Ich bin einer im Team. Es sind großartige Kolleginnen und Kollegen, die sich hier vorgestellt haben. Ich wäre froh, wenn ich wieder dabei sein dürfte und ihr mir euer Vertrauen und eure Stimme gebt. - Vielen herzlichen Dank.

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=ujOz4a25ndo&list=PL85IMmq0WVITNRtlcDpSYSxGb-6-7sOcs&index=9

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, damit haben sich alle Stellvertreter-Kandidatinnen und kandidaten vorgestellt. Bevor wir in die Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter einsteigen, bitte ich Janne Herzog von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, das Ergebnis der Vorsitzendenwahl bekannt zu geben.

ERGEBNIS DER WAHL DES PARTEIVORSITZENDEN

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach analogem Zählen haben wir jetzt ein Ergebnis. Ich gebe euch hiermit das Ergebnis der Wahl des Parteivorsitzenden bekannt.

Es wurden 620 Stimmen abgegeben. Davon waren 6 ungültig. Demzufolge gab es 614 gültige Stimmen. Mit Ja haben 456 gestimmt. Mit Nein haben 139 gestimmt. Enthaltungen gab es 19. Dies bedeutet eine Zustimmung von 74,27 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. - Vielen Dank.

(LANG ANHALTENDER BEIFALL)

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Nun setzt euch mal wieder hin! Man muss nicht erst auf dem Stimmzettel dagegen stimmen und dann aufstehen. Das macht auch keinen Sinn.

(BEIFALL)

Jetzt sage ich euch, wie man ein solches Wahlergebnis bewerten kann. In den Zeitungen wird stehen: Gabriel abgestraft. - Das ist ja auch so. Die Leute werden fragen: Kann man eigentlich eine Partei, die so unsicher über die Rolle ihres Vorsitzenden ist, in einen Wahlsieg führen? - Das wird die Interpretation der Journalisten sein. Da ist ja auch etwas dran, es sei denn, man nimmt sich etwas anderes vor. Das ist allerdings für die, die mich nicht gewählt haben, jetzt eine ziemliche Zumutung.

Ich verstehe das Ergebnis wie folgt: Jedem ist klar, was ich will. Es gibt in der Partei das darf jeder – 25 Prozent der Delegierten, die das nicht wollen. Aber mit der Wahl ist es dann auch entschieden, liebe Genossinnen und Genossen!

(ANHALTENDER BEIFALL)

So ist das Leben in der Demokratie. Und ich habe euch - das gebe ich zu - auch nicht geschont, weder in den letzten zwei Jahren noch bei meiner Rede. Und ja, ich bin der Meinung, dass die SPD auf die arbeitende Mitte zusteuern muss. Ich glaube nicht, dass eine Politik, die die Summe der Minderheiten in der Gesellschaft anspricht, am Ende eine Mehrheit erreicht. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Eine Politik für die Mehrheit ergibt Akzeptanz für eine Politik für die Minderheit.

(BEIFALL)

Ich gebe zu: Ich finde, Leute, die hart arbeiten, sind unsere Leute. Für die müssen wir etwas tun. Ich finde, dass sich Leistung in diesem Land lohnen muss, allerdings nicht für die selbst ernannten Eliten, sondern für die Verkäufer, die Altenpflegerinnen, die Facharbeiter - von mir aus auch für Manager, kein Problem. Aber Leistung muss sich lohnen. Die SPD ist eine Leistungspartei.

(BEIFALL)

Die Arbeiterbewegung ist nicht gegründet worden, um auf Leistung zu verzichten, sondern die, die etwas geleistet haben, haben gesagt: Wir wollen gefälligst auch einen fairen Anteil am Haben und am Sagen. Das ist mein Verständnis von Politik.

Ja, und ich gebe zu: Ich bin für innere Sicherheit. Denn ich glaube, dass sich nur reiche Leute einen schwachen Staat leisten können.

(BEIFALL)

Deswegen war ich auch für die Vorratsdatenspeicherung und bin es bis heute.

Ich bin auch der Überzeugung, dass wir Freihandel brauchen. Morgen werden wir darüber debattieren; ich werde das dann erklären. Das muss ich nicht jetzt machen. Und ich bin stolz darauf, dass wir beschrieben haben, unter welchen Bedingungen das passieren soll. Aber ich werde es nicht zulassen, dass man die Bedingungen zwar formal akzeptiert, aber den Freihandel eigentlich nicht will. Das ist der Kurs, für den ich geworben habe.

Und es gibt noch mehr Themen. Nein, ich halte nichts davon, etwas weiter zu verfolgen, bei dem wir mehrfach gescheitert sind. Ich bin mit Gerhard Schröder, meinem alten Freund, manchmal auch Gegner, hart aneinandergeraten, weil ich für die Vermögensteuer war und er dagegen. Aber ich habe nun drei Wahlkämpfe erlebt, in denen wir sie gefordert haben, und dreimal war die SPD nicht in der Lage, zu beschreiben, wie sie eine betriebliche Vermögensteuer von der privaten unterscheiden will. Und jedes Mal mussten wir uns anhören, dass wir, wenn wir das betriebliche Vermögen besteuern, genau das kaputt machen, was wir wollen, nämlich Eigenkapital, und wir damit die Betriebe in Richtung der Banken treiben, was wir nicht wollen. Dreimal haben wir damit Schiffbruch erlitten. Und ich bin dafür, dass man, wenn man dreimal auf die Nase gefallen ist, irgendwann feststellt: So geht es nicht.

Ich bin dafür, dass wir auf wirtschaftliches Wachstum setzen. Ich habe übrigens nichts dagegen, dass wir an anderen Steuerschrauben drehen. Aber ich habe etwas dagegen, so zu tun, als ob im Ergebnis Verteilungsgerechtigkeit über Steuerpolitik zu erreichen sei. Verteilungsgerechtigkeit beginnt bei der Primärverteilung, da, wo Leute Arbeit haben und die Arbeit anständig bezahlt wird. Darüber gibt es Verteilungsgerechtigkeit.

(BEIFALL)

Das ist der Kurs, für den ich geworben habe. Und da gibt es welche, die sagen: Das ist mir nicht links genug.

Ich bin auch dafür, dass wir die Geschwindigkeit der Zuwanderung reduzieren. Denn im Gegensatz zu denen, die sagen, dass man das nicht sagen darf, bin ich jeden Tag mit Kommunalpolitikern unterwegs, die mir sagen: Wir wissen nicht mehr, wie es weitergehen soll. - Auch denen habe ich gesagt, wofür ich bin.

Deswegen sage ich euch: Ich verstehe, dass es Menschen in der SPD gibt, die damit nicht einverstanden sind das ist okay und mich deshalb nicht gewählt haben. Das ist auch in Ordnung. Aber jetzt ist mit Dreiviertelmehrheit dieser Partei entschieden worden, wo es langgeht. Und so machen wir es jetzt auch. Und deshalb nehme ich auch die Wahl an, liebe Genossinnen und Genossen.

(STARKER BEIFALL - SIGMAR GABRIEL WERDEN BLUMEN ÜBERREICHT)

WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar, auch vonseiten des Präsidiums noch einmal herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl und zu der Annahme. Wir freuen uns, dass du dich so entschieden hast.

Ich möchte euch jetzt, Genossinnen und Genossen, durch den weiteren Teil unseres Parteitagtages führen, und ich bitte euch um Aufmerksamkeit.

Wir hatten eben schon die Vorstellungen der stellvertretenden Vorsitzenden. Ich möchte euch jetzt - damit ihr euch darauf einstellen könnt - mitteilen, dass wir im Präsidium einstimmig zu dem Ergebnis gekommen sind - denn es ist noch nicht eindeutig technisch geklärt, wo der Fehler liegt -, euch vorzuschlagen, die weiteren Wahlen mit einem Stimmzettelverfahren - das kennt ihr von früher - durchzuführen. Seid ihr damit einverstanden? - Ich interpretiere das als Zustimmung und danke euch dafür.

Dann bitte ich euch - auch mit Blick für den inhaltlichen Ablauf des Parteitages - weiterhin um große Disziplin. Wir haben die Stimmzettel vorbereitet; sie werden gleich verteilt.

Ich möchte vorher aber noch einige Erläuterungen zu den jetzt stattfindenden Wahlen zum Parteivorstand machen. Wir beginnen, wie gesagt, mit der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Dann werden wir die Generalsekretärin, den Schatzmeister und den Verantwortlichen für die Europäische Union beim Parteivorstand wählen.

Zum Verfahren der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden: Einige von euch haben das schon das eine oder andere Mal mitgemacht. Nach § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 23 Abs. 1 b unseres Organisationsstatutes sollen die stellvertretenden Vorsitzenden in getrennten Wahlgängen gewählt werden. Wir wollen euch aber vorschlagen, die Wahlen nach bisheriger Sitte - das hat sich auch bewährt - in verbundener Einzelwahl durchzuführen. Das würde uns Zeit sparen und macht auch Sinn. Wenn ihr mit diesem Verfahren einverstanden seid, bitte ich euch kurz um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist nicht der Fall. - Enthaltungen sehe ich keine. Dann werden wir so verfahren.

Ich bitte dann die Kolleginnen und Kollegen, die Stimmzettel zu verteilen. Ich möchte auch die Medienvertreterinnen und vertreter schon jetzt höflich, aber doch entschieden darum bitten, zu respektieren, dass die Wahl geheim ist, und die Kameras nicht auf die Stimmzettel und/oder Tablets der Delegierten zu richten.

Mein Vorschlag ist, dass wir den Stimmzettel mit der Kontrollmarke Nr. 2 versehen. Ihr habt alle in eurem Delegiertenausweis die entsprechenden Kontrollmarken. Wenn ihr euch an der Wahl eben beteiligt habt, fehlt eine. Deshalb nehmen wir die nächste Kontrollmarke, die Kontrollmarke 2.

Ich frage noch einmal: Gibt es dazu noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt, die Stimmzettel zu verteilen.

Ich eröffne den Wahlgang.

(DIE STIMMZETTEL WERDEN VERTEILT)

Eben gab es noch eine entsprechende Nachfrage: Wir verwenden die Kontrollmarke Nr. 2. Bitte trennt die Kontrollmarke Nr. 2 aus dem Delegiertenausweis ab und klebt sie auf euren Stimmzettel. Er ist sonst nicht gültig.

Könnten die Genossinnen und Genossen, die noch nicht abgegeben haben, einmal ihren Stimmzettel hochhalten?

(ZURUF)

- Alles klar, Entschuldigung. Dann müssen wir jetzt erst noch mal fragen: Wer hat noch keinen Stimmzettel?
- Alles klar. Dann bitte ich, dort in der Mitte Stimmzettel zu verteilen. Gibt es sonst im Saal noch Delegierten, wo Stimmzettel noch nicht verteilt worden sind? - Das ist nicht der Fall.

So, liebe Genossinnen und Genossen, ich frage jetzt noch einmal: Haben alle wahlberechtigten Delegierten des Parteitages einen grünen Stimmzettel erhalten? Gibt es noch irgendwo jemanden, der keinen Stimmzettel erhalten hat? - Das ist offenkundig nicht der Fall.

Dann eröffne ich den Wahlgang und bitte, entsprechend die Urnen bereitzuhalten.

(STIMMENEINSAMMLUNG)

Noch einmal die Frage: Hat jemand seinen Stimmzettel nicht abgegeben? Noch einmal die allerletzte Möglichkeit, sich an diesem Wahlgang zu beteiligen: Gibt es noch eine Delegierte, einen Delegierten, der seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich den Wahlgang und danke euch für diesen zweiten Teil. Ich darf dann, liebe Genossinnen und Genossen, die MPZK, und zwar alle Mitglieder der MPZK bitten, sich hinter der Bühne zu treffen und entsprechend die Stimmen auszuzählen. Das Ergebnis wird euch, sobald es uns hier vorliegt, dann bekannt gegeben.

So, liebe Genossinnen und Genossen, dann habe ich jetzt die erfreuliche Aufgabe, die Wahl der Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufzurufen. Es liegt uns der Wahlvorschlag Katarina Barley vor.

Ich darf Katarina bitten, jetzt hier das Wort zu ergreifen. Katarina, bitte schön!

(BEIFALL)

WAHL DER GENERALSEKRETÄRIN

Katarina Barley, Kandidatin für die Wahl der Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen, in Anbetracht unserer analogen Wahlen habe ich jetzt erst einmal die Hälfte meiner Rede gestrichen. Ich hoffe, das ist in Ordnung für euch.

(BEIFALL)

Alle Fragen, die ihr nachher noch habt, könnt ihr dann bei mir anmelden.

Ich kandidiere zur Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschland. Das ist schon mal eine riesige Ehre an sich. Es ist eine besondere Ehre und auch eine besondere Herausforderung in dieser Zeit; denn ich glaube, wir wissen alle, wir leben in einer schwierigen Zeit. Wir leben in einer schwierigen Zeit, weil wir uns mitten in einer Bewährungsprobe befinden, in einer Bewährungsprobe für unser Land, für Europa und auch für unsere Partei.

Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Im Nahen Osten, in Asien, in Afrika machen sich extremistische Terrorgruppen breit. Sie bedrohen die Menschen vor Ort, stürzen ganze Landstriche ins Chaos, verbreiten Angst und Schrecken und bedrohen mittlerweile auch uns ganz direkt vor Ort. Sie bekämpfen unsere Art zu leben, unsere Freiheit, unsere Demokratie.

Viele Menschen fliehen vor diesem Terror, auch zu uns nach Europa. Mehr als eine Million Menschen sind inzwischen bei uns angekommen. Was ist unsere Antwort darauf in Deutschland und in Europa? Welche Antworten wir darauf finden, gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, das wird entscheidend dafür sein, in welcher Gesellschaft wir zukünftig leben werden.

Denn wir hören die Antworten der Rechtsextremen. Wir hören die Antworten von Pegida und AfD. Ihre Antwort ist, ein Klima der Angst zu schüren, vor allem vor dem, was unbekannt ist. Das ist im Grunde dieselbe Taktik wie die der religiösen Fanatiker, und es ist sehr gefährlich; denn gegen Angst helfen keine Argumente.

Beide haben auch ein ganz ähnliches Ziel: Sowohl die Rechtsextremen als auch die Islamisten haben etwas gegen unsere offene Gesellschaft, gegen ein Miteinander von Kulturen und Religionen, gegen Lebensentwürfe, die nicht in ihr freudloses Weltbild passen und gegen freche Kunst. Diese schlechtgelaunte Intoleranz werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer bekämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Vonseiten unserer politischen Konkurrenz gibt es überhaupt keine Antworten. Wir sehen eine Kanzlerin, die zum ersten Mal in ihrer zehnjährigen Amtszeit Stellung bezieht und dafür von ihrer Partei gnadenlos gemobbt wird, von der CSU gar nicht zu reden. Eine Union, die schon bei einem Satz wie: „Wir schaffen das“ in sich zusammensinkt. Wir erleben einen Innenminister, der es nicht schafft, in seinem eigenen Ressort die erforderlichen Stellen in seinen Behörden in den Bundeshaushalt einzustellen.

Sigmar hat das eben in seiner Rede nur gestreift. Nicht Herr de Maizière hat 3.000 zusätzliche Stellen bei der

Bundespolizei und 2.000 zusätzliche Stellen beim BAMF in den Haushalt hineinverhandelt. Das war Sigmar Gabriel, und das müssen wir draußen sagen, denn sonst tut es keiner, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn eine Partei Antworten auf die aktuelle Situation finden kann, dann sind es wir, dann ist es die SPD. Und das hat auch seine Gründe; denn wie keine andere Partei hat die Sozialdemokratie Verfolgung, Flucht, Vertreibung und Exil erfahren müssen. Otto Wels, Willy Brandt, viele andere Genossen konnten nur überleben, weil sie in anderen Staaten Schutz fanden. Der Kampf gegen Terror und Diktatur, egal von welcher Seite, hat unsere Partei tief geprägt.

Und wir sind die Partei der doppelten Integration. Wir kümmern uns um die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Aber wir kümmern uns auch um diejenigen, die es hierzulande schwer haben. Ich möchte an der Stelle vor allen Dingen Andrea Nahles danken, der dieser Punkt insbesondere auf dem Arbeitsmarkt schon seit langer Zeit, länger, als diese Flüchtlingsdebatte dauert, ein Anliegen ist. Vielen Dank, liebe Andrea!

(BEIFALL)

Wir sind auch die Partei, die sich den Flüchtlingen widmet, die hier bei uns sind, aber die sich vor allem langfristig um die Fluchtursachen kümmert. Frank-Walter Steinmeier hat schon in seiner ersten Amtszeit als Außenminister der zivilen Krisenprävention ein ganz hohes Maß beigemessen. Eine Initiative, die damals relativ wenig öffentliches Aufsehen erregt hat, aber die sich heute langfristig auszahlt. Wie kein zweiter Außenminister geht Frank-Walter konsequent den Weg der Diplomatie. Ohne dich hätten wir weder das Iran-Abkommen noch die Minsker Vereinbarung noch jetzt die Wiener Gespräche zur Syrien-Krise. Vielen Dank dir, lieber Frank-Walter.

(BEIFALL)

Zudem ist die Sozialdemokratische Partei wie keine andere die Partei der kommunalen Familie. Wir stellen die Oberbürgermeister in sieben der zehn größten Städte Deutschlands, und dazu regieren wir auch noch in 14 der 16 deutschen Bundesländer. Malu Dreyer hat gestern eindrucksvoll dargelegt, wie wir gemeinsam auf allen Ebenen an einem Strang ziehen, diese große Bewährungsprobe bestehen werden, und sie zeigt in Rheinland-Pfalz, wie gut wir das draufhaben.

(BEIFALL)

Und schließlich last, but - ganz sicher - not least: Wir sind die Europapartei. Schon seit 90 Jahren, seit dem Heidelberger Programm 1925, geht es uns um ein vereintes und befriedetes Europa. Dieses Europa steht vor der wahrscheinlich größten Bewährungsprobe. Wir wissen, dass wir nur gemeinsam die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen können. Aber wir bekommen gerade deutlich vor Augen geführt, dass die europäische Idee von Frieden und Verständigung kein Selbstläufer ist, sondern dass wir jeden Tag dafür arbeiten müssen. Dabei zeigen wir, allen voran Martin Schulz, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Martin, du bist unser europäisches Gesicht. Wir danken dir dafür.

(BEIFALL)

All diese Gründe zusammen machen deutlich: Wir sind die Partei, die die Gesellschaft zusammenhält, und deswegen sind wir auch diejenigen, die die Antworten auf die wichtigen Fragen finden können, liebe Genossinnen und Genossen.

Die aktuellen Fragen haben nicht nur etwas mit der Sozialdemokratischen Partei zu tun, sondern durchaus auch etwas mit mir persönlich. Krieg, Flucht, Vertreibung, Versöhnung, aber auch die europäische Einigung haben mein Leben geprägt, wie das vielleicht auch bei vielen von euch der Fall ist. Meine Mutter ist im Krieg geboren, ein klassisches Flüchtlingskind, und die Familie passierte auf der Flucht Dresden genau einen Tag vor der Bombardierung, vor der furchtbaren Katastrophe. Mein Vater wiederum ist Brite. Er ist aufgewachsen auf einer winzig kleinen Farm in Mittelengland, nur wenige Kilometer entfernt von dem Ausbildungsstützpunkt der Royal Air Force. Als kleiner Junge fand er es immer besonders aufregend, die Bomber aufsteigen zu sehen. Das Bild, dass genau diese Bomber, die er als kleiner Junge bewundert hat, vielleicht beinahe seine spätere Frau, meine Mutter, getroffen hätten, ist ein Bild, das sich mir sehr eingeprägt hat - diese Bomber, die Hitler in die Knie zwangen, aber eben auch furchtbares Leid über viele Menschen brachten.

Heute lebe ich in einer Region, die in der Geschichte immer wieder Kriegsschauplatz und auch Truppenaufmarschgebiet war. Da, wo ich jetzt wohne, kann man an einem Tag mit dem Fahrrad durch vier europäische Staaten fahren, und man merkt es nicht einmal. Die Errungenschaften der europäischen Einigung haben wir jeden Tag vor Augen, ganz konkret. Wir überqueren Grenzen zum Arbeiten, zum Einkaufen, zum Konzertbesuch. In der Region, in der ich wohne, bauen Nachbarstaaten gemeinsam Sportanlagen, Schulen, Klärwerke. Rettungskräfte, Feuerwehr, das funktioniert bei uns alles grenzüberschreitend. Die europäische Einigung ist für uns in der Wirtschaft, in der Kultur, in der Sicherheit und vor allen Dingen menschlich ein Riesengewinn. Und sie ist der Garant für Frieden in Europa. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin nicht bereit, das wegen einiger geschichtsvergessener Rechtsaußen aufzugeben.

(BEIFALL)

Welche Voraussetzungen bringe ich mit außer dieser glühenden Leidenschaft für Europa, um für euch eine gute Generalsekretärin zu sein? Ich habe zum einen eine langjährige, abwechslungsreiche berufliche Erfahrung in einem anständigen Beruf, wenn man Juristen zu so etwas zählen will.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Vielen Dank für den Applaus; ich nehme das als Zustimmung. - In einer internationalen Großkanzlei habe ich angefangen. Ich war auch Richterin. Ich habe zwei Jahre am Bundesverfassungsgericht gearbeitet und zuletzt im Justizministerium in Rheinland-Pfalz. Da lernt man ziemlich viel, was man auch in der Politik gut gebrauchen kann. Außerdem hat diese Erfahrung dazu beigetragen, dass ich gleich nach meiner Wahl in den Deutschen Bundestag vor zwei Jahren Justiziarin der Bundestagsfraktion werden durfte, damals eine hohe Ehre für mich und ein wunderbares Amt, das ich mit einer Träne im Knopfloch aufgabe, falls ihr mich denn zur Generalsekretärin wählt.

Aber ich bringe damit eben auch Führungserfahrung in der SPD-Bundestagsfraktion mit und vor allen Dingen eine sehr gute Vernetzung im Bund und auch in die Gremien hinein.

Parallel zu Beruf und Familie habe ich, wie die meisten von euch auch, Basisarbeit in der Partei und in den

kommunalpolitischen Gremien gemacht, 20 Jahre lang. Seit 2010 bin ich Kreisvorsitzende in Trier-Saarburg.

(BEIFALL)

- Hallo, Johannes. - Ich glaube, ich bringe auch eine Persönlichkeit mit, die sehr offen ist, sehr kommunikativ ist und, ich hoffe, dieser Partei und vielleicht auch diesem Parteivorstand im Sinne der Rollenverteilung, die Ralf eben angesprochen hat, ganz gut tut. Dieses Gesamtpaket will ich als Generalsekretärin einbringen. Ich will dazu beitragen, die SPD noch moderner und noch attraktiver zu machen. Ich will dabei gezielt vor allen Dingen die Gruppen in den Blick nehmen, für die die SPD hervorragende Politik macht, aber die in der SPD immer seltener ihre politische Heimat finden oder gar nicht mehr zur Wahl gehen.

Wie können wir mehr junge Menschen für unsere Arbeit gewinnen oder durch unsere Politik besser erreichen? Wie schaffen wir es, dass sich mehr und vor allen Dingen auch mehr junge Frauen für uns interessieren und sich in die Parteiarbeit einbringen? Und wie überzeugen wir Migrantinnen und Migranten davon, dass die Partei der Sozialdemokratie diejenige ist, die ihre Interessen vertritt?

Die erste Antwort darauf ist natürlich, dass wir für diese Gruppen eine gute Politik machen. Darunter verstehe ich eine Fortsetzung der sehr erfolgreichen Regierungspolitik der letzten zwei Jahre. Ihr habt die Bilanz alle auf euren Tischen. Auch in den Redebeiträgen ist schon sehr viel erwähnt worden. Ich möchte vielleicht noch die BAföG-Reform hinzunehmen. Das ist nicht unser Ressort, aber es ist ein ganz gutes Beispiel dafür, dass wir nicht nur mit unseren eigenen Regierungsvertretern gute Politik machen, sondern auch in den Ressorts, in denen wir nicht die Minister stellen.

(BEIFALL)

Aber wir haben eben auch noch viel zu tun. Da bin ich vor allen Dingen über die Arbeit von Manuela besonders froh, weil sie viele dieser Zielgruppen erreicht, von denen ich eben gesprochen habe. Die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen ist für die Sozialdemokratie heute ein ähnliches Projekt, wie es damals das Frauenwahlrecht war. Dass Frauen noch heute für dieselbe Arbeit nicht dasselbe Geld bekommen, ist etwas, was wir nicht mehr hinnehmen können.

(BEIFALL)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird eines der bestimmenden Themen bleiben - ich glaube, lange über diese Legislaturperiode hinaus. Fast alle Eltern wünschen sich, neben dem Beruf mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können, und die Kinder wünschen sich das gewiss auch. Und schließlich: Gute Bildungsangebote im schulischen wie im beruflichen Bereich, das ist sozusagen sozialdemokratische Ursuppe. Deswegen ist es gut, dass wir die Aufhebung des Kooperationsverbotes auf unsere Fahnen geschrieben haben.

(BEIFALL)

Nun wissen wir: Unsere Regierungsarbeit ist extrem gut; die Zustimmungswerte bezüglich unserer Politik sind extrem hoch. Unsere und vor allen Dingen meine Aufgabe wird es in den nächsten zwei Jahren sein, diese gute Politik in Stimmen für die SPD umzusetzen. Liebe Genossinnen und Genossen, dafür reicht es

leider nicht, an den Verstand der Menschen zu appellieren. Wenn es danach ginge, müssten wir schon seit Jahren über 40 Prozent liegen. In der Politik geht es immer um Menschen, und deswegen geht es auch um Gefühle, die wir transportieren. Deswegen ist es mir wichtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir Haltung zeigen, dass wir unsere Werte leben, dass wir Selbstvertrauen ausstrahlen. Nur so werden wir die Menschen für die Sozialdemokratie begeistern.

(BEIFALL)

Ich bin fest davon überzeugt, dass der erste und sicher auch der wichtigste Schritt dahin derjenige ist, unsere Mitglieder zu stärken. Die SPD lebt durch ihre Mitglieder mehr, als das in den anderen Parteien der Fall ist. Das sind rund 450.000 Menschen, die Überzeugung und Begeisterung transportieren können, an ihre Nachbarn, an ihre Familienangehörigen, an ihre Kollegen. Sie sind der Schatz der SPD, und ihn zu heben, ist die Aufgabe der Generalsekretärin.

(BEIFALL)

Wer mich ein bisschen kennt, weiß, was ich darunter verstehe. Das hat viel mit Wertschätzung zu tun, viel mit Unterstützung zu tun, auch viel mit ganz praktischen Hilfen zu tun, jetzt, wo wir auf den Wahlkampf zugehen.

Mit dem Perspektivkongress im Oktober hat die Partei einen ganz wichtigen Prozess eingeleitet. Ich bin der festen Überzeugung, dass die SPD noch mehr als bisher den Dialog suchen muss: mit den eigenen Mitgliedern und auch mit Nichtmitgliedern. Ein Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2017 mit diesem Anspruch zu erarbeiten, das ist der richtige Weg. Thematische Arbeitsgruppen, Regionalkonferenzen, Bürgerdialoge und Onlinebefragungen können die Diskussion in die Partei und in die Gesellschaft hineinragen. Dazu gehören für mich auch verbindliche Mitgliederbefragungen. Wir haben in der Diskussion und in der Abstimmung über den Koalitionsvertrag gesehen, wie viel Mobilisierung das erzeugen kann.

Ich weiß nicht, wie das bei euch in den Ortsvereinen war, nach langer Zeit, wo immer wieder in den Sitzungen über Orga-Fragen und Selbstbeschäftigung diskutiert wurde, wo zum ersten Mal seit langer Zeit wieder ein ganz intensiver thematischer Dialog möglich war, wo die Leute mit Post-its und unterstrichenen Koalitionsvertragsentwürfen in die Sitzungen kamen und voller Begeisterung miteinander diskutiert haben. Auf diesen Weg müssen wir uns wieder begeben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Eine solche Aufstellung ist auch die beste Möglichkeit, um Nichtwähler wieder zum Gang zur Wahlurne zu bewegen. Es ist unsere Aufgabe, den Menschen zu zeigen, dass Politik Relevanz hat in ihrem Leben, dass politische Entscheidungen eben nicht alternativlos sind und dass es sich lohnt, sich einzubringen. Das ist keine einfache Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen. Ich bin dem Willy-Brandt-Haus und insbesondere Yasmin Fahimi ausgesprochen dankbar dafür, dass sie viele wichtige Entwicklungen angestoßen hat und viele Grundlagen gelegt hat, auf die ich nun aufbauen kann. Liebe Yasmin, ich danke dir sehr für deine Arbeit und auch für die gute Zusammenarbeit in der letzten Zeit und wünsche dir alles Gute für deine neue Aufgabe.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, bis zur Bundestagswahl 2017 liegt noch ein gutes Stück Weg vor uns. Aber die Grundlagen für den erfolgreichen Wahlkampf legen wir heute. Die SPD hat viel geleistet, und wir müssen unsere Bilanz wirklich nicht verstecken. Ich will, dass wir selbstbewusst und kämpferisch in diesen Wahlkampf gehen. Wir sind die bestimmende politische Kraft in diesem Land, und wenn wir endlich geschlossen bleiben und gemeinsam für unsere Werte eintreten, dann werden wir auch zu alter Stärke finden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die Zeit gesellschaftlicher Umbrüche - und in einer solchen Zeit leben wir jetzt - war immer eine Zeit der Sozialdemokratie. Es war nie eine Zeit für konservative Antworten. Es ist Zeit für unsere sozialdemokratischen Werte, für Freiheit, Gerechtigkeit und für Solidarität! Dafür möchte ich gemeinsam mit euch streiten. Dafür werbe ich um euer Vertrauen. Wir haben das nötige Herz, wir haben den Verstand und wir haben den Mut. Das ist unsere Zeit. Lasst uns gemeinsam in den Wahlkampf ziehen. - Vielen Dank.

(STARKER BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=QE6IKETjI0g&list=PL85IMmq0WVITNRtCdpSYsXGb-6-7sOcs&index=10

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Katarina, vielen Dank für deine engagierte, aber - wie ich finde - auch sehr persönliche Vorstellung.

Ich möchte jetzt, bevor ich den Wahlgang aufrufe, noch mal fragen: Gibt es noch Nachfragen zu Katarinas Vorstellung? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt „Wahl der Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf. Ich will noch mal darauf hinweisen: Es handelt sich relativ offensichtlich um eine Einzelwahl nach § 7 unserer Wahlordnung. Ich möchte diese Gelegenheit jetzt noch einmal - ihr werdet das von mir noch ein paar Mal hören - nutzen, um die Medienvertreterinnen und -vertreter zu bitten, auch jetzt wieder nicht die Objektivität auf die dann zu verteilenden Stimmzettel zu richten.

Wir haben einen Stimmzettel vorbereitet. Diesmal ist er gelb. Das hier ist ein Musterstimmzettel. Mein Vorschlag ist, damit wir hier nicht durcheinanderkommen, dass wir die Kontrollmarke Nr. 3 verwenden. Wir haben das Antragsdokument, den kleinen Ausweis, den ihr habt, und dort löst ihr die Nr. 3 aus.

Ich würde jetzt die Helferinnen und Helfer bitten, den Stimmzettel zu verteilen. Bitte identifiziert euch als Delegierte.

Vielleicht darf ich das an dieser Stelle einmal sagen: Natürlich waren wir vorbereitet, aber dass das jetzt alles so reibungslos klappt und dass ihr so schnell bereit seid, ist wirklich toll. Ich glaube, unsere Helferinnen und Helfer verdienen hier auch noch mal einen Applaus, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Fall irgendjemand nicht zugehört haben sollte, was ja quasi ausgeschlossen ist: Es werden jetzt an alle Dele-

gierten die Stimmzettel verteilt, und wer sie noch nicht hat, schaut bitte mal, ob er einen der Helferinnen oder Helfer findet, indem ihr eure Delegiertenkarte hochzeigt. Auch noch mal der Hinweis: Die Kontrollmarke Nr. 3 ist in jedem Fall auf dem Stimmzettel anzubringen, weil eure Stimmabgabe sonst nicht gültig ist.

Hat noch jemand, der Delegierte oder Delegierter dieses Parteitages ist, keinen gelben Stimmzettel? - Das ist, wenn ich das richtig sehe, nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass ihr alle euren Stimmzettel mit der Kontrollmarke habt, und dann darf ich jetzt den Wahlgang eröffnen. Die Wahlurnen werden hereingebracht. Ich glaube, dann können wir jetzt entsprechend weitermachen. - Schönen Dank.

(STIMMENEINSAMMLUNG)

Gibt es noch jemanden, der seine Stimme nicht abgegeben hat? Ich bitte Delegierte des Parteitags, die ihre Stimme nicht abgegeben haben, sich einmal bemerkbar zu machen. Das scheint nicht der Fall zu sein, Genossinnen und Genossen. Dann schließe ich den Wahlgang, verbunden mit der Bitte, dass bitte erneut alle Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission hinter der Bühne eintreffen, um die Stimmen entsprechend auszuzählen. Vielen herzlichen Dank, dass wir das hier so diszipliniert über die Bühne bringen.

Ich darf dann auch gleich den nächsten Wahlgang aufrufen, Genossinnen und Genossen. Dabei handelt es sich um den Wahlgang für den Schatzmeister unserer Partei. Es liegt uns ein Wahlvorschlag vor: Dietmar Nietan. Lieber Dietmar, ich würde dich bitten, dich jetzt den Delegierten vorzustellen, auch wenn die meisten dich, glaube ich, schon kennen. Aber du hast jetzt das Wort, Dietmar.

Dietmar Nietan, Schatzmeister: Liebe Genossinnen und Genossen! Am 26. Januar des Jahres 2014 habt ihr mir euer Vertrauen geschenkt, als Schatzmeister der SPD alles dafür zu tun, dass das Vermögen unserer Partei erhalten bleibt, dass es gemehrt wird, dass damit sinnvoll umgegangen sind - nicht etwa deshalb, weil es eine Spardbüchse ist, auf die man gut aufpasst, sondern weil die Sozialdemokratische Partei in ihrer über 152-jährigen Geschichte erlebt hat, dass es für uns wie für keine andere Partei wichtig ist, finanziell unabhängig zu sein und sicher sein zu können, dass wir unsere politischen Ideale und unsere politischen Ziele auch verwirklichen können, weil wir unabhängig sind und entsprechende Ressourcen haben. Ich kann euch sagen: „Das ist der Fall“, und ich möchte wieder kandidieren, weil ich alles dafür tun möchte, dass diese finanzielle Unabhängigkeit auch in Zukunft gewahrt bleibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich wundere mich bei meiner jetzigen Arbeit, bei der ich ja auch mit vielen Journalistinnen und Journalisten zu tun habe, die mich über die Unternehmensbeteiligungen der SPD und darüber befragen, ob es so etwas geben darf, wie geschichtsvergessene viele Menschen sind, wenn sie auf das Vermögen der SPD schauen.

Ich will das einfach noch einmal unterstreichen: Wir haben dieses Vermögen nicht irgendwo geerbt oder uns durch windige Unternehmensbeteiligungen an Land gezogen, sondern dieses Vermögen ist entstanden, weil die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert feststellen musste, dass uns die damals ja schon existierenden bürgerlichen Medien entweder gar nicht erwähnt oder gegen uns gehetzt haben.

Es waren die Genossinnen und Genossen damals, die, obwohl sie ausgebeutet wurden und bettelarm waren, sich mit ihrem Arbeitergroschen noch das Letzte vom Munde abgespart haben, damit die Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung eigene Zeitungen und eigene Druckereien hatte. Liebe Genossinnen und Genossen, darauf, dass unser Vermögen so entstanden ist, können wir stolz sein, und deshalb müssen wir es auch bewahren und dürfen wir es nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

(BEIFALL)

Ein weiterer Bereich ist mir sehr wichtig: Ich glaube, wir alle haben - das wisst ihr von der Arbeit im Ortsverein, im Unterbezirk, im Bezirk oder im Landesverband - oft sehr gute Ideen. Manche politische Idee umzusetzen, eine gute Kampagne zu machen, Mitglieder entsprechend zu schulen, neue Instrumente zu entwickeln, kostet auch Geld. Nicht alles können wir durch die Arbeit der Ehrenamtlichen leisten.

Wir müssen immer wieder erleben, dass wir nicht alles, was wir an guten Ideen haben, auch finanziell umsetzen können. Deshalb ist ein Punkt, dem ich mich in meiner weiteren Amtszeit, sofern ihr mich wählt, weiter widmen will, der, dass ich mit dafür arbeiten möchte, dass die Bezirke, die Landesbezirke und die Bundespartei in Fragen der Organisationsentwicklung und der Personalentwicklung, aber auch in der Frage, für was wir wie unsere begrenzten Ressourcen ausgeben, viel besser und intensiver zusammenarbeiten, das Rad nicht zweimal erfinden, den Euro nicht zweimal ausgeben und sich untereinander austauschen. Wie immer in der Partei, gilt es auch beim Geldausgaben: Gut nachzudenken, zusammenzuhalten und zusammenzulegen, ist besser als irgendein Aktionismus, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will hier aber auch noch einmal einen persönlichen Punkt ansprechen: Viele haben mir, als ich Schatzmeister wurde, gesagt: Na ja, schau dich mal um. Du wirst erleben: Das wird nicht leicht sein im Willy-Brandt-Haus. - Wahrscheinlich kann jeder von euch irgendwelche Geschichten über das Willy-Brandt-Haus erzählen.

Ich möchte es an dieser Stelle einmal sehr deutlich sagen: Ich habe im Willy-Brandt-Haus viele engagierte Kolleginnen und Kollegen vorgefunden, die mich - und nicht nur mich - in meiner Arbeit dort unterstützt haben. Ich finde, das Beste, was wir tun können, ist, dass wir in Zukunft nicht weiter mir irgendwelchen Stereotypen arbeiten - wie und auf welcher Ebene sind welche Hauptamtlichen aufgestellt? -, sondern dass wir endlich erkennen: Wenn wir nicht zusammenarbeiten und uns nicht gegenseitig ernst nehmen, dann können wir die großen Ziele unserer Partei nicht umsetzen.

Deshalb kann ich euch sagen: Ich gehe jeden Tag gerne ins Willy-Brandt-Haus, weil ich weiß, dass es dort gute Kolleginnen und Kollegen gibt, mit denen man viel umsetzen kann. Vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken, ob das eine oder andere, was nicht so gut läuft, weniger mit den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, sondern mehr mit der Frage zu tun hat, ob wir als politische Führung auch immer die eindeutigen und zielführenden Signale senden.

(BEIFALL)

Ich möchte deshalb auf einen Punkt kommen, der mir besonders wichtig ist: Wir haben viel davon gehört, dass wir uns als Sozialdemokratie nicht kleinmachen sollen und dass es jetzt, in dieser Zeit, in der um uns herum scheinbar so vieles erodiert, gerade auch auf uns ankommt. Ich bin der festen Überzeugung, dass es natürlich wichtig ist, sich programmatisch auszurichten und zu klären, für was wir stehen und was wir wollen, aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir wären nicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wenn wir vergessen würden, dass es am Ende nicht nur auf Programmatik, sondern auch darauf ankommt, wie wir selber mit uns umgehen.

Deshalb sage ich: Ich möchte meine Amtszeit auch weiter dazu nutzen, nicht nur im Willy-Brandt-Haus, sondern auch in der Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen im Präsidium und im Parteivorstand, aber auch in der Zusammenarbeit mit euch, mit den Kassiererinnen und Kassierern, mit den Generalsekretärinnen und Generalsekretären der Landesbezirke, eines klarzustellen: Es kommt nicht nur auf die Inhalte an, sondern das, was wir heute gehört haben - Respekt, Wertschätzung, Haltung -, müssen wir in erster Linie erst einmal im Umgang mit uns selber unter Beweis stellen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir uns respektieren, dass wir offen miteinander umgehen, dass wir für jede Genossin und jeden Genossen, auch wenn uns die Meinung nicht gefällt, eine Wertschätzung zeigen, ihnen zuhören und sie ernst nehmen. Ich glaube, daran können wir noch ein bisschen arbeiten; denn das macht am Ende auch Sozialdemokratie aus, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es werden harte Zeiten vor uns liegen. Der entscheidende Punkt in diesen harten Zeiten ist, zusammenzurücken und keine Konflikte unter den Teppich zu kehren. Wir müssen zusammenrücken, uns einhaken

und, wie es Sigmar gesagt hat, wissen: Selbst wenn wir uns streiten und völlig unterschiedliche Meinungen haben, das Wort „Freundschaft“ sollte für jede Genossin und jeden Genossen gelten. Wir haben nur dann eine Chance, in 2017 erfolgreich zu sein, wenn das nicht nur auf dem Papier so ist, sondern wenn für alle Menschen in diesem Land spürbar ist: Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten zusammen, respektieren sich, nehmen alle mit, stehen zueinander.

Wenn wir das schaffen, dann können wir den entscheidenden Punkt erreichen, der so wichtig ist: Wir müssen selber daran glauben, dass es auf uns ankommt, dass wir das gemeinsam schaffen können und dass wir es den Menschen schuldig sind, jetzt zusammen und miteinander für ein besseres Deutschland zu kämpfen.

Dazu will ich meinen Beitrag leisten, indem ich die Penunzen zusammenhalte, und deshalb bitte ich um euer Vertrauen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Dietmar, es tut gut, eine so selbstbewusste und optimistische Vorstellung zu hören, wenn ich das bei aller Neutralität der Sitzungsleitung hier sagen darf. Hab vielen Dank! - Wie wichtig es ist, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus zu haben, erleben wir ja gerade, und deswegen auch an dieser Stelle noch mal meinen herzlichen Dank.

Ich möchte jetzt den Wahlgang zur Wahl des Schatzmeisters ausrufen, und ich möchte auch hier damit beginnen, in die Runde zu fragen, ob es an dieser Stelle Nachfragen oder Diskussionsbedarf zu dem gibt, was Dietmar vorgetragen hat, zu seiner Vorstellung. - Das ist relativ offenkundig nicht der Fall.

Dann darf ich euch jetzt noch mal - ihr habt das schon mal gehört, aber es soll hier alles seine Ordnung haben - der Ordnung halber darauf hinweisen, dass die Wahl, die jetzt vor uns liegt, eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung ist.

Weil das eben so gut geklappt hat, will ich, um auf Nummer sicher zu gehen, auch jetzt noch einmal die Gelegenheit nutzen, für den jetzt folgenden Wahlprozess die geschätzten Vertreterinnen und Vertreter der Medien zu bitten, die Objektive nicht auf die Stimmzettel zu halten, die so aussehen, wie ihr hier seht. Dieser Musterstimmzettel wird jetzt gleich verteilt.

Auch hier ist es wieder so, dass ihr mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ abstimmen könnt. Mein Vorschlag ist, dass wir in der Reihenfolge weitergehen. Ihr habt alle euren Delegiertenausweis mit den entsprechenden Kontrollmarken. Wir nehmen die Kontrollmarke Nummer 4 für diesen Wahlgang. Falls es zu diesen Ausführungen von mir jetzt keine Fragen gibt - das scheint nicht der Fall zu sein -, bitte ich jetzt, die Stimmzettel zu verteilen. Ich bitte die Delegierten, sich bemerkbar zu machen, und dann werden die Helferinnen und Helfer diesen orangefarbenen Wahlzettel verteilen.

Genossinnen und Genossen, es wird jetzt der orangene Stimmzettel für die Wahl des Schatzmeisters verteilt. Um es noch einmal zu wiederholen: Er ist nur dann gültig, wenn ihr aus eurem Delegiertenausweis die Kontrollmarke Nr. 4 auf den Stimmzettel klebt. Also der orangene Stimmzettel, Kontrollmarke Nr.4, dann ist eure Stimmabgabe gültig. Das versprechen wir euch hier vorne.

Um den Helferinnen und Helfern die Arbeit etwas zu erleichtern, könnt ihr vielleicht dort, wo noch keine Stimmzettel angekommen sind, eure Delegiertenmarken hochhalten, sodass wir einen Überblick haben, wohin sie noch laufen müssen.

Noch einmal der Hinweis: Wer keinen Stimmzettel hat, der meldet sich bitte bei den Helferinnen und Helfern und hält den Delegiertenausweis hoch. Das müsste eigentlich dazu führen, dass man einen solchen ausgehändigt bekommt.

Genossinnen und Genossen, gibt es noch Delegierte, die keinen Stimmzettel bekommen haben? Der orangene Stimmzettel, Kontrollmarke Nr. 4, sollte euch ausgeteilt sein. - Das ist offenkundig nicht der Fall. Das heißt, jeder hat seinen Stimmzettel bekommen. Dann darf ich jetzt den Wahlgang eröffnen und bitten, die vorbereiteten Wahlurnen hereinzubringen.

(STIMMZETTELEINSAMMLUNG)

Genossinnen und Genossen, vielleicht könnt ihr eure Stimmzettel dort, wo sie noch nicht abgegeben worden sind, hochhalten. Einige sehe ich noch.

Liebe Genossinnen und Genossen, hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? - Das ist offenkundig nicht der Fall.

Dann schließe ich den Wahlgang wieder verbunden mit der freundlichen Aufforderung an die Mitglieder der MPZK, sich hinter der Bühne zu treffen, um auch diesen Wahlgang auszuzählen.

Mir ist gerade mitgeteilt worden, dass wir ein erstes Ergebnis der Auszählung haben. Janne, ich bitte dich, uns das vorzutragen. Du hast das Wort.

ERGEBNISSE DER WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekannt.

Die Wahl fand in verbundener Einzelwahl statt. Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Bei Hannelore Kraft hatten wir 620 abgegebene Stimmen. Davon waren 7 ungültig und 613 gültig. 560 haben mit Ja gestimmt. 22 haben mit Nein gestimmt. Es gab 26 Enthaltungen.

(BEIFALL)

Damit ist sie gewählt. Das bedeutet eine Zustimmung von 91,4 Prozent.

(BEIFALL)

Bei Aydan Özoğuz hatten wir 618 abgegebene Stimmen. Davon waren 15 ungültig und 603 gültig. Mit Ja haben 504 gestimmt. Mit Nein haben 59 gestimmt. Es gab 40 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 83,6 Prozent. Sie ist gewählt.

(BEIFALL)

Bei Thorsten Schäfer-Gümbel hatten wir 618 abgegebene Stimmen. 16 waren ungültig und 602 gültig. Mit Ja haben 530 gestimmt. Mit Nein haben 38 gestimmt. Es gab 34 Enthaltungen. Damit ist er mit einer prozentualen Zustimmung von 88 Prozent gewählt.

(BEIFALL)

Bei Olaf Scholz gab es 613 abgegebene Stimmen. Davon waren 16 ungültig. 597 waren gültig. 479 haben mit Ja und 75 mit Nein gestimmt. Es gab 43 Enthaltungen. Damit ist er mit einer prozentualen Zustimmung von 80,2 Prozent gewählt.

(BEIFALL)

Bei Manuela Schwesig wurden 619 Stimmen abgegeben. Davon waren 15 ungültig und 604 gültig. Es gab 557 Jastimmen, 29 Neinstimmen und 18 Enthaltungen. Sie ist damit mit einer Zustimmung von 92,2 Prozent gewählt.

(BEIFALL)

Für Ralf Stegner wurden 618 Stimmen abgegeben. Davon waren 22 ungültig und 596 gültig. Mit Ja haben 461 und mit Nein 107 gestimmt. Es gab 28 Enthaltungen. Er ist damit gewählt. Das bedeutet eine Zustimmung von 77,3 Prozent.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Janne, dir und der MPZK vielen herzlichen Dank. - Meinen herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten! Ich möchte jetzt der guten Ordnung halber fragen, ob ihr die Wahl annehmt.

Von Hannelore liegt mir eine SMS vor, dass sie die Wahl annimmt. Deswegen kann der Parteitag ihr hier herzlich gratulieren.

Aydan, nimmst du die Wahl an? - Aydan nimmt die Wahl an. Herzlichen Glückwunsch!

Thorsten, nimmst du die Wahl an? - Ich gehe davon aus. Wunderbar.

Olaf, ich nehme an, du nimmst auch die Wahl an. Ich muss dich formal fragen. - Ich interpretiere das als ein Ja.

Manuela, nimmst du die Wahl an? - Manuela nimmt sie auch an.

Ralf Stegner muss ich auch fragen. - Er nimmt die Wahl auch an.

Dann seid ihr alle im ersten Wahlgang gewählt. Herzlichen Glückwunsch! Wir wünschen euch für eure wichtige Aufgabe weiterhin alles Gute.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, hier werden noch sehr verdiente Glückwünsche ausgetauscht. Trotzdem möchte ich euch darauf hinweisen, dass wir jetzt noch eine weitere Einzelwahl haben. Da ich jetzt ungerne die Wahl des Beauftragten für die Europäische Union aufrufen möchte, solange auf unserem Podium noch Unruhe herrscht, warten wir noch eine Sekunde. Aber dann sollten wir das gleich auch in Angriff nehmen. Vielleicht kann sich Martin schon geistig bereithalten. - Genossinnen und Genossen, ich glaube, es gibt nachher auch noch die Möglichkeit zu gratulieren. Bei allem Verständnis, wir müssen jetzt mit unserem Programm weitermachen!

WAHL DES BEAUFTRAGTEN FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Niels Annen, Tagungspräsidium: Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt die Wahl des Beauftragten für die Europäische Union auf. Es liegt euch ein Wahlvorschlag vor. Ich freue mich deswegen, dass ich nicht nur unseren Genossen Martin Schulz, sondern auch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der hier vorgeschlagen worden ist, bitten darf, sich vorzustellen und einige Worte an uns zu richten. Lieber Martin, du hast das Wort! - Genossinnen und Genossen, vielleicht könnt ihr wieder auf der Bühne Platz nehmen.

(BEIFALL)

Martin Schulz, EU-Beauftragter des Parteivorstands: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bewerbe mich erneut um das Amt eines Beauftragten unserer Partei für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Ich bin stolz darauf, dass wir es als deutsche Sozialdemokraten geschafft haben, eine tiefgreifende Veränderung in der Europapolitik durchzusetzen.

Bei der Europawahl 2014 ist die europäische Sozialdemokratie zum ersten Mal europaweit mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten angetreten. Das war noch nicht die Wahlkampagne, die wir europaweit haben wollten, aber es war ein erster Schritt zu mehr Demokratisierung einer Europäischen Union, die nach wie vor unter einem Demokratie- und auch unter einem Parlamentsdefizit leidet.

Ich hatte das Privileg und die Ehre, dieser Kandidat sein zu dürfen, und das war nicht zuletzt ein Resultat der Unterstützung meiner Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dafür möchte ich mich heute bei euch, bei allen, die beim Europawahlkampf mitgemacht haben, herzlich bedanken. Ich jedenfalls habe einen solch engagierten Europawahlkampf noch nicht erlebt. Und ich fand, unsere Partei war mobilisiert und hat ein gutes Ergebnis eingefahren. - Dafür vielen Dank.

(BEIFALL)

Aber das ist der Blick zurück, und der Blick nach vorne, liebe Genossinnen und Genossen, ist von vielen Rednerinnen und Rednern gestern und heute beschrieben worden. Der Blick nach vorne ist der Blick auf eine Europäische Union, deren Zukunft unsicher ist. Und sie ist bedroht. Sie ist von innen bedroht, von den Leuten, die das Projekt der transnationalen Demokratie abwickeln wollen, von den Leuten, die eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, die Europa zu verzeichnen hat, abwickeln wollen, nämlich dass Völker, dass Nationen über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, und zwar in Organen, die sie sich als einen Rahmen gegeben haben, der ihnen dienen soll, um einen fairen Ausgleich für ihre unterschiedlichen Interessen auf der Grundlage des gegenseitigen Respektes zu finden. Etwas Größeres als Antwort auf die Zerstörungen des 20. Jahrhunderts hat es nicht gegeben. Das hat der Generation, der ich angehöre ein typischer nachkriegsgeborener Westdeutscher, eine Friedens-, eine Wohlstands-, eine Glücksperiode beschert, die meine Eltern nicht kannten. Dafür bin ich dankbar.

Und die Bundesrepublik Deutschland, Genossinnen und Genossen, unser Land, durfte fünf Jahre nach Auschwitz – 1950, fünf Jahre nach dem Tiefpunkt der Zivilisationsgeschichte, aufgefordert und eingeladen von den Ländern, die von Deutschland zerstört worden waren, von den Benelux-Staaten - Belgien, den Niederlanden, Luxemburg -, von den Franzosen, von den Italienern, als gleichberechtigtes Mitglied in die

demokratische Staatengemeinschaft zurückkehren. Deshalb war es richtig, dass deutsche Staatsräson immer die Stärkung der Europäischen Union war. Und es ist der Auftrag eines deutschen Politikers in Europa, dieses Erbe zu bewahren.

(BEIFALL)

Keine Partei steht heute mehr hinter dieser Position als die SPD. Darauf, Genossinnen und Genossen, bin ich stolz. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Europa-Fraktion, mit Udo Bullmann und den Genossinnen und Genossen dort, mit Gianni Pittella an der Spitze der Fraktion im Europäischen Parlament, die es mir ermöglicht haben, Präsident des Europaparlaments zu werden, bin ich auch 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stolz darauf, dass eine multinationale, eine multiethnische, eine multireligiöse, eine multikulturelle Parlamentarierversammlung, die 507 Millionen Menschen aus 28 Staaten repräsentiert, wie selbstverständlich von einem Deutschen geführt wird, der ein Prinzip hat, das das Prinzip dieser Partei, der SPD, ist: Wir kämpfen für ein europäisches Deutschland. Und wir kämpfen in unserem Land gegen die, die ein germanisiertes Europa propagieren. Und wir kämpfen gegen all diejenigen, die einen Nationalismus propagieren und ihn vor die europäische Idee stellen wollen.

(BEIFALL)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, wiederhole ich, was ich gestern gesagt habe: Es ist Kampfzeit. Denn diejenigen, die das Projekt zerstören wollen, sind bis in die Haarspitzen mobilisiert. Deshalb ist es mir ein großes Bedürfnis, mich bei euch, die ich für die nächsten zwei Jahre um euer Vertrauen bitte, um im Namen unserer Partei diese Aufgabe auf nationaler und internationaler Ebene wahrnehmen zu dürfen, für die bisherige Unterstützung zu bedanken, aber vor allem auch, euch um Unterstützung für die Zukunft zu bitten. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, nichts ist garantiert. Der Friede kommt nicht wie der Strom aus der Steckdose. Er muss jeden Tag neu erkämpft werden. Er muss jeden Tag neu verteidigt werden.

(BEIFALL)

Ich will diesen Kampf weiterführen. Das kann ich nur mit eurer Hilfe. Deswegen bitte ich euch um eure Zustimmung. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Martin, vielen herzlichen Dank. Du weißt, dass dich deine Partei bei dieser wichtigen Aufgabe mit aller Kraft unterstützt, so wie wir das auch im Europawahlkampf gemacht haben. Deswegen freuen wir uns, dass du dich bereit erklärt hast, für dieses wichtige Amt zu kandidieren. Der Form halber darf ich fragen: Gibt es Nachfragen zur Vorstellung von Martin Schulz? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir gleich in den Wahlgang eintreten.

Vorher darf ich, wenn ich es richtig sehe, den Vorsitzenden meiner Gewerkschaft, Frank Bsirske, hier bei uns begrüßen. Frank, herzlich willkommen beim SPD-Bundesparteitag!

(BEIFALL)

Ich rufe jetzt den Wahlgang für den Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union auf.

Wir haben einen vorbereiteten Stimmzettel mit einer wunderschönen Farbe. Dort könnt ihr Ja, Nein oder Enthaltung ankreuzen. Auch hier weise ich der Form halber darauf hin: Es handelt sich um eine Einzelwahl nach dem inzwischen berühmten § 7 unserer Wahlordnung.

Auch hier wiederhole ich die freundliche Bitte an die Vertreter der Medien, die geheime Wahl zu respektieren und den Wahlvorgang nicht zu dokumentieren. Das wäre ganz reizend und hat bisher ganz gut geklappt.

Gleich wird der Stimmzettel ausgeteilt, und in euren Delegiertenausweisen findet ihr weitere Kontrollmarken. Wir wählen für diesen Wahlgang die Kontrollmarke Nr. 5. Wenn es dazu keine weiteren Fragen gibt, bitte ich jetzt die Helferinnen und Helfer, die vorbereiteten Stimmzettel auszuteilen. Bitte identifiziert euch und vergesst nicht: Eure Stimme wird nur dann gezählt, wenn beides vorhanden ist: Eure abgegebene Stimme und die Kontrollmarke Nr. 5 auf diesem Stimmzettel. Die Stimmzettel werden jetzt verteilt.

(DIE STIMMZETTEL WERDEN VERTEILT)

Genossinnen und Genossen, braucht jemand noch einen Stimmzettel? - Haben jetzt alle wahlberechtigten Mitglieder einen Stimmzettel? - Das scheint der Fall zu sein. Dann darf ich jetzt die Helferinnen und Helfer bitten, euch die vorbereiteten Wahlurnen zugänglich zu machen.

Ich eröffne den Wahlgang.

(STIMMZETTELEINSAMMLUNG)

An dieser Stelle der Hinweis: Wir hatten euch vorhin darauf hingewiesen das ist eine kleine Disziplinübung, die wir aber gut miteinander bewältigen : Es folgt der erste Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands. Also bleibt nach der Stimmabgabe am besten einfach hier sitzen.

Genossinnen und Genossen, gibt es noch stimmberechtigte Kolleginnen und Kollegen, die ihre Stimme nicht abgegeben haben? Noch irgendjemand, der seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann schließe ich den Wahlgang und verbinde das erneut mit der Bitte an alle Mitglieder der MPZK, sich hinter der Bühne zu versammeln. Während ihr eurer wichtigen Aufgabe nachkommt, darf ich die Janne noch einmal bitten, für den Bericht der MPZK, die uns, glaube ich, über ein weiteres Wahlergebnis unterrichten kann, das Wort zu nehmen. Janne!

ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUR GENERALSEKRETÄRIN UND ZUM SCHATZMEISTER

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl zur Generalsekretärin bekannt. Für Katarina Barley wurden 606 Stimmen abgegeben. Davon waren fünf ungültig und 601 gültig. Mit Ja haben gestimmt 559, mit Nein haben gestimmt 21, und es gab 21 Enthaltungen. Dies bedeutet eine Zustimmung von 93,01 Prozent der gültigen Stimmen.

(STARKER BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Katarina, herzlichen Glückwunsch zu diesem großartigen Wahlergebnis. Ich interpretiere das mal zu einer Annahme der Wahl. Wir gratulieren dir alle sehr herzlich.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wenn dann auch die Plätze hier oben auf dem Präsidium wieder eingenommen sind, darf ich in der Tagesordnung fortfahren.

Wir haben, falls es untergegangen ist, zumindest die Frage an Katarina Barley gestellt, ob sie die Wahl auch annimmt. Wir deuten ihr Schweigen an dieser Stelle als eine Zustimmung und können ein weiteres Ergebnis bekannt geben - es geht Schlag auf Schlag -, nämlich das Ergebnis zur Wahl des Schatzmeisters. Die Janne hat das Wort!

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekannt. Es wurden für Dietmar abgegeben 569 Stimmen. Davon waren fünf ungültig; gültige Stimmen 564. Mit Ja haben gestimmt 552, mit Nein haben gestimmt acht, und es gab vier Enthaltungen. Dies bedeutet eine Zustimmung von 97,87 Prozent.

(STARKER, ANHALTENDER BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Lieber Dietmar, damit bist du eindeutig mit einem außerordentlich überzeugenden Ergebnis gewählt worden. Ich stelle auch hier noch der Form halber, wenn es die Glückwünsche zulassen, die Frage, ob du die Wahl annimmst. Dietmar, heb wenigstens die Hand zum Annehmen!

(DIETMAR NIETAN: JA!)

- Er hat Ja gesagt. Dann herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Wir warten noch einmal die Glückwünsche ab. Ich kündige aber an der Stelle schon einmal an, dass der nächste Wahlgang gleich ansteht, nämlich die Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes, sprich der Beisitzerinnen und Beisitzer. Insofern wäre es sicherlich auch ganz gut, wenn der eine oder andere, der sich momentan außerhalb des Plenums befindet, zurückkommt, damit auch diese Wahl mit möglichst hoher Wahlbeteiligung durchgeführt werden kann.

WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben natürlich Verständnis dafür, dass noch eine Reihe von Glückwünschen ausgesprochen werden sollen. Aber ich glaube, es ist auch in unser aller Interesse, dass wir jetzt doch noch einmal versuchen, zügig weiterzumachen.

Damit rufe ich dann auf die Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes. Wir würden euch vonseiten des Präsidiums gerne vorschlagen, an dieser Stelle auf eine Einzelvorstellung verzichten.

(BEIFALL)

Ich deute den Applaus als Zustimmung. Wenn es dann keine Gegenstimmen dazu gibt, dann wollen wir auch so verfahren.

Was die Wahl der Beisitzer angeht, muss man noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken. Das will ich jetzt auch gerne machen. Der Parteivorstand besteht aus bis zu 35 Mitgliedern gemäß § 23 Abs. 1 des Organisationsstatuts. Das Tagungspräsidium empfiehlt euch, die Zahl von 35 auch zu wählen. Ich muss aber fragen, ob das die Zustimmung der Delegierten findet. Ist jemand dagegen? Will sich jemand enthalten, was die Zahl angeht? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass der Parteivorstand auch dieses Mal aus 35 Mitgliedern bestehen soll. Daraus ergibt sich, dass nach Abzug der bereits stattgefundenen Einzelwahlen zum Parteivorstand jetzt noch insgesamt 25 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen sind.

Was die Mehrheiten angeht, der Hinweis: Im ersten Wahlgang ist gemäß § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Der Hinweis: Der Stimmzettel, der jetzt ausgeteilt wird, ist ein etwas anders gestalteter Stimmzettel; denn es handelt sich um eine Listenwahl, also auch um ein etwas anderes Verfahren, als es bisher stattgefunden hat. Insofern auch immer der ganz wichtige Hinweis darauf, dass dieser Stimmzettel nur gültig ist, wenn höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden, wie insgesamt auch zu wählen sind, und mindestens aber auch die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt ist.

In konkrete Zahlen übersetzt heißt das: Ihr müsst mindestens 13, dürft aber höchstens 25 Kandidatinnen und Kandidaten wählen. Ich sage es nachher, bevor wir in den Wahlgang einsteigen, noch einmal, weil es wichtig ist für die Gültigkeit des Stimmzettels. Neinstimmen und Enthaltungen sind dem Verfahren nach bei einer Listenwahl ungültige Stimmen und machen insgesamt den Stimmzettel ungültig.

Ein weiterer Verfahrenshinweis ist, dass nach § 11 Absatz 2 des Organisationsstatuts der Parteivorstand insgesamt quotiert sein muss. Die bereits gewählten Mitglieder, also das, was wir bislang an Wahlgängen hinter uns gebracht haben, werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Quote angerechnet. Das heißt in Zahlen auf die Situation angewendet, dass bei einer Gesamtzahl von 35 Mitgliedern des Parteivorstandes mindestens 14 Frauen und Männer dem Parteivorstand insgesamt angehören müssen.

Soweit vielleicht im Vorfeld die Bemerkungen meinerseits. Die Stimmzettel sind vorbereitet und können jetzt von den Helferinnen und Helfern ausgeteilt werden. Das wird ja einen Augenblick in Anspruch nehmen. Ich bitte, mit dem Austeilen der Stimmzettel zu beginnen.

Um auch weiterhin einen zügigen Ablauf zu gewährleisten, wäre die ganz herzlich Bitte, dass man die Gänge, insbesondere den mittleren Gang, trotz aller Glückwünsche und Interviewwünsche freimacht. Das würde auch die Arbeit der Mandatsprüfungs- und Zählkommission ein Stück weit erleichtern. Ein herzliches Dankeschön dafür. - Mit dem Austeilen wird jetzt begonnen.

Es wird jetzt - welche Farbe ist das? - ein hautfarbener oder wie auch immer - für Hinweise bin ich dankbar; auf jeden Fall ein, wie ich finde, in der Farbe sehr gelungener - Stimmzettel ausgeteilt. Ich bitte euch, die Kontrollmarke Nummer 6, sobald euch der Stimmzettel vorliegt, aufzukleben.

Ich sage noch einmal, damit das auch klar ist: mindestens 13, höchstens 25 Kandidatinnen und Kandidaten. Und ein weiterer Hinweis: Bei der Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit absoluter Mehrheit gewählt, wenn die Quotenvorgaben erfüllt werden. Warnhinweis: Wird die Quote nicht erfüllt, sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts in der Reihenfolge der Stimmabgabe bis höchstens 60 Prozent gewählt, die Kandidatinnen und Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts nur, insoweit sie mindestens die gleichen Stimmzahlen erreichen wie der oder die erste Nichtgewählte der anderen Gruppe.

Ich frage jetzt einmal, ob die Stimmzettel soweit überall ausgeteilt sind oder ob noch welche fehlen - dann würde ich um ein Handzeichen bitten - oder ob ansonsten noch Fragen zum Wahlverfahren bestehen. - Haben alle den Stimmzettel? - In der Mitte wird gewunken; ich bitte, dass die Helferinnen und Helfer da noch einen Stimmzettel abgeben. - Sind jetzt alle Stimmzettel am Ort? - Sind wir schon so weit, dass wir mit dem Einsammeln beginnen können? Noch einmal: mindestens 13, höchstens 25. - Die Stimmabgabe ist erfolgt. Dann würde ich jetzt bitten, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission mit dem Einsammeln der Stimmzettel beginnt.

(STIMMENEINSAMMLUNG)

Haltet vielleicht für die Helferinnen und Helfer noch einmal den Stimmzettel hoch, damit sie wissen, wo sie einsammeln müssen. - Vielleicht noch einmal die Bitte, dass die Delegierten, solange der Wahlgang andauert, Platz behalten, damit wir ordentlich einsammeln können und die Helferinnen und Helfer sehen, wo sie einsammeln.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? - Noch nicht; hier vorne noch. - Wenn ich es richtig sehe, sind alle Stimmzettel eingesammelt. - Das ist der Fall. Dann bedanke ich mich und schließe diesen Wahlgang.

Ich rufe noch einmal Janne Herzog auf die Bühne, denn es liegt ein weiteres Ergebnis vor, und zwar das zur Wahl des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union.

ERGEBNIS DER WAHL DES BEAUFTRAGTEN FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union bekannt. Für Martin Schulz wurden 551 Stimmen abgegeben. Davon waren ungültig 8, gültige Stimmen 543. Mit Ja haben gestimmt 510, mit Nein 21, und es gab 12 Enthaltungen. Dies bedeutet eine Zustimmung von 93,92 Prozent.

(BEIFALL)

Vielen Dank.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Lieber Martin, damit bist du gewählt. Ich frage dich der Form halber: Nimmst du die Wahl an?

Martin Schulz, EU-Beauftragter des Parteivorstands: Nach langem Zögern: ja.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Nach guter und reiflicher Überlegung nimmt er die Wahl an. Herzlichen Dank.

ANTRAGSBERATUNG: WIR SCHREIBEN DEUTSCHLANDS ZUKUNFT

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Nach so vielen Wahlgängen wollen wir noch einmal in die inhaltlichen Fragen einsteigen und einen Themenblock aufrufen, den wir heute Morgen im Grunde genommen schon angesprochen haben und für den es auch schon die Antragsbegründung gegeben hat. Wir kommen nämlich jetzt noch einmal zum Bereich Wahlinitiativen und Perspektiven. Wir rufen jetzt den IA 7 auf, der überschrieben ist mit „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“. Die Rede des Parteivorsitzenden war dazu auch die Begründung. - Ich erteile für die Antragskommission André Stinka das Wort.

André Stinka, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, den Antrag in der Fassung vom 09.12. habt ihr auf euren Tischen, diesen wichtigen Antrag über Wahlinitiativen und Perspektiven. Erlaubt mir, bevor wir in die Hinweise gehen, noch ein Wort, Genossinnen und Genossen.

Wir haben heute Morgen vom Parteivorsitzenden gehört, dass wir mit Stolz und Engagement reingehen können. Ja, wir haben diesen Antrag vorliegen über Perspektiven und weiteres Vorgehen bis zur Bundestagswahl. Wir haben wenigstens etwas vorliegen. Wir erinnern uns an die Wahl 2013, als die CDU mit nur 99 Delegierten ein leeres Blatt vorwies. Wir haben Inhalte. Wir kümmern uns um Inhalte. Deswegen glaube ich, dass dieser Stolz und dieses Engagement sich auch noch mal in diesem Antrag widerspiegelt, dass wir darüber reden, wie Deutschlands Zukunft gestaltet werden kann. Darauf sollten wir auch mal stolz sein und uns nicht kleinreden in den inhaltlichen Auseinandersetzungen.

Wir schauen uns an und ihr habt auf dem Tisch liegen die Fassung der Antragskommission vom 9. Dezember, in dem wir beraten haben. Ihr erkennt die Änderungen herausgehoben in dieser Fassung.

In der Debatte von vorhin kamen noch einige Ergänzungsvorschläge. Ich trage die Ergänzungsvorschläge vor und werde dazu auch das Votum der Antragskommission bekannt geben.

Der erste Änderungsvorschlag von Michael Schrodi aus Bayern. Er hatte noch mal auf das Thema der Investitionen in der öffentlichen Infrastruktur hingewiesen. Dort würde das Votum, der Vorschlag der Antragskommission lauten:

„Die öffentlichen Haushalte müssen in der Lage sein, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Wir wollen die finanzielle Ausstattung von Bund, Ländern und Kommunen stärken, um diese Aufgaben zu bewältigen.“

Das wäre das Votum der Antragskommission, worüber ich jetzt gerne abstimmen lassen würde. Wer stimmt diesem Votum der Antragskommission zu?

(ZURUFE)

- Das Votum habe ich gerade verlesen. Kurz zuhören könnte sinnvoll sein.

Ich werde es noch mal vortragen. Es ging bei Michael Schrodi um öffentliche Infrastruktur und um die Finanzierung. Ich hatte dazu einen Vorschlag gemacht. Die Antragskommission nimmt diesen Vorschlag in

geänderter Fassung auf. Der Vorschlag lautet - das ist Seite 6, Zeile 260 -:

„Die öffentlichen Haushalte müssen in der Lage sein, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Wir wollen die finanzielle Ausstattung von Bund, Ländern und Kommunen stärken, um diese Aufgaben zu bewältigen.“

Das ist das Votum der Antragskommission. Hierüber würde ich gerne abstimmen, wer diesem Votum folgen kann. - Gegenstimmen? - Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Zweiter Vorschlag von Hilde Mattheis, Baden-Württemberg. Sie hatte dargestellt: Streiche Zeile 100 - „Steuern und Sozialabgaben müssen gerecht verteilt sein.“ Wir regen an: Annahme in geänderter Fassung. Seite 10 an einer Stelle, Zeile 440, einfügen: „Steuern helfen auch, Gerechtigkeit zu gewährleisten.“ Wer kann diesem Votum der Antragskommission folgen? - Gegenstimmen? - Damit folgt ihr dem Votum der Antragskommission. - Danke sehr.

Dritter Vorschlag von Gerlinde Schermer aus Berlin, nach Zeile 255 einzufügen: „Wie kann Politik Innovation effektiv unterstützen und fördern?“. „Innovationen brauchen solide Finanzierung“. Streich ab: „um eine belastbare Perspektive, dass diese sich auch lohnen.“ Das Votum der Antragskommission auf ihren Vorschlag lautet Ablehnung. Wer kann diesem Votum folgen? - Gegenstimmen? - Damit ist das Votum angenommen.

Dann der nächste Vorschlag: Einfügen und ersetzen: „Dafür brauchen wir eine stärkere Nachfragebasis der Länder und Kommunen und werden diese finanziell stärken.“ Wir schlagen hierzu folgende Fassung der Antragskommission, redaktionell aufbereitet, vor, und zwar neue Formulierung in Zeile 263:

„Dafür brauchen wir eine starke Nachfragebasis der Länder und Kommunen und die aktive Rolle des Staates als Nachfrage bei der Einführung neuer Technologien. Dafür werden wir Länder und Kommunen finanziell stärken.“

Wer kann diesem Votum der Antragskommission folgen? - Gegenstimmen? - Danke sehr.

Dann kommen wir zum Vorschlag 4 von Klaus Barthel: IA 7 zurückweisen an den Parteivorstand. Hier schlagen wir Ablehnung vor. Wer kann diesem Vorschlag folgen? - Gegenstimmen? - Bitte noch mal! Wer kann dem Votum der Antragskommission, den IA 7 an den Parteivorstand zurück zu überweisen, der von der Antragskommission mit Ablehnung empfohlen worden ist, folgen? - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist

(WIDERSPRUCH)

Ist knapp, nicht?

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Aus dem Präsidium betrachtet war das Erste die Mehrheit, auch wenn die Baden-Württemberger in ihrem Block das vielleicht ein bisschen anders wahrgenommen haben. Aber hier waren doch Stimmen eindeutig, die dem Votum der Antragskommission gefolgt sind, und das war die Mehrheit, was das Votum der Antragskommission angeht.

André Stinka, Antragskommission: Okay. - Dann der letzte Hinweis von Ute Vogt und Matthias Miersch: Aufnahme der Themen Umwelt, Klimaschutz, Energie und Verbraucher in die Perspektiv-AGs“. Hierzu wird Annahme votiert, und es soll als Vorschlag der Antragskommission eine Arbeitsgruppe mit dem Thema „Umwelt, Klimaschutz und Verbraucherschutz“ gebildet werden. Wer kann dem Votum folgen? - Gegenstimmen? - Danke sehr.

Dann kommen wir jetzt zum Punkt, dass wir über den Gesamt-Initiativantrag abstimmen müssen mit den Änderungen, die wir gerade vorgetragen haben. Ich empfehle also, mit den Voten, die eingearbeitet werden, jetzt noch mal über den IA 7 insgesamt abzustimmen in der Fassung der Antragskommission. Wer kann dem IA 7 in der Fassung der Antragskommission zustimmen? - Gegenstimmen? - Damit angenommen.

Zu beachten noch: Durch die Annahme des IA 7 sind die Anträge W 5 bis W 9 so zu behandeln wie von der Antragskommission vorgeschlagen. Wer kann dem Votum folgen? - Gegenstimmen? - Vielen Dank. Damit ist dieser Bereich beendet.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, André. Auch noch mal der Hinweis von mir, dass die Einzelaufrufe weiterer Anträge aus diesem Bereich nicht mehr stattfinden und damit das Kapitel, das überschrieben ist mit „Wahlen, Wahlinitiative und Perspektiven“ abgeschlossen ist. Ein herzliches Dankeschön auch dafür.

Ich übergebe noch mal an Niels, und der wird uns jetzt auch sagen, wie es bei uns weitergeht.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank.

Wir kommen jetzt zu einem Antragsbereich, der - das ist, glaube ich, auch aus den Debatten deutlich geworden - sozusagen das Herzstück sozialdemokratischer Politik beinhaltet. Deswegen möchte ich auch gar keine große Vorrede machen, sondern, Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass ich die Rede unserer Arbeitsministerin ankündigen darf. Liebe Andrea, du hast das Wort.

(BEIFALL)

Andrea Nahles, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD wäre nicht die SPD, wenn sie nicht die Frage nach der Zukunft der Arbeit in den Mittelpunkt stellen würde. Wir sind und bleiben die Partei der Arbeit. Erinnert euch: Vor zwei Jahren in Leipzig haben wir über die Rente ab 63 geredet. Heute müssen wir nicht mehr sagen, wir schaffen das - die Rente ab 63 ist da. Wir haben es geschafft, liebe Genossinnen und Genossen. Und wir haben für den Mindestlohn gekämpft. Heute müssen wir auch hier nicht mehr sagen, wir schaffen das - der Mindestlohn gilt für 4 Millionen Menschen in unserem Land. Wir haben auch das geschafft. Auf uns, auf euch, Genossinnen und Genossen, auf die SPD ist Verlass. Wir halten Wort, und das gilt auch beim Thema Leiharbeit und Werkverträge.

Liebe Genossinnen und Genossen, für mich ist klar: Wir müssen Leiharbeit und Werkverträge aus der Schmutzedecke holen. Da arbeiten viele Menschen knochenhart ohne verdiente Anerkennung, ohne gerechten Lohn. Ihr alle kennt die unrühmlichen Negativbeispiele. Ich sage nur: Fleischindustrie. Bei den vier großen Schlachtkonzernen in unserem Land arbeiten inzwischen zwei Drittel mit Werkverträgen zwölf Stunden am Tag, sechs Tage die Woche, für 800, 900 Euro netto.

Das ist nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in der Chemiebranche so. Es ist eben nicht normal, dass beispielsweise bei Conti mittlerweile eine ganze Nachtschicht über Werkverträge abgewickelt wird. In der Metallindustrie - etwa im Autobau in Leipzig - müssen Leiharbeiter und Werkvertragler ständig auf Abruf sein und Überstunden und Wochenendarbeit leisten - ohne Zuschläge. Das kann so nicht weitergehen.

Herr Dulger vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall sagt, er sehe da eigentlich keinen Handlungsbedarf. Ich kann nur sagen: Herr Dulger, in welcher Welt leben Sie eigentlich? Machen Sie einmal die Augen auf! Leiharbeit und Werkverträge sind in den letzten Jahren das Einfallstor für Lohndumping und für Druck auf Belegschaften und Arbeitsbedingungen geworden. Das ist die Realität, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Damit mich niemand falsch versteht: Ich bin nicht grundsätzlich gegen Leiharbeit und Werkverträge. Wir brauchen sie für Auftragsspitzen und für Flexibilität. Wir müssen zugleich aber auch alles dafür tun, den Missbrauch abzustellen. Diesen Missbrauch müssen wir bekämpfen.

Ich habe deswegen einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ganz klar und einfach ist. Er sichert Flexibilität, verhindert aber zugleich auch Missbrauch. Das bedeutet ganz konkret: Wo es Tarifverträge gibt, da gibt es

mehr Flexibilität - auch für die Arbeitgeber -, wo es keine Tarifverträge gibt, da gilt nun einmal das blanke Gesetz, und das heißt: nach 9 Monaten gleicher Lohn für gleiche Arbeit und nach 18 Monaten Höchstüberlassung Festeinstellung. - Das ist aus meiner Sicht ein fairer Deal: Flexibilität gegen Sicherheit. Das muss das sozialdemokratische Prinzip sein.

(BEIFALL)

Einen Punkt, den wir in diesem Gesetzentwurf festgelegt haben, möchte ich hier ganz klar erwähnen; denn es hat in diesem Jahr einen massiven Tarifkonflikt gegeben, in dem das bei Ver.di eine große Rolle gespielt hat - ich sehe Frank Bsirske hier -: Wir werden es verbieten, dass Leiharbeiter als Streikbrecher eingesetzt werden, wie das bei der Post in diesem Jahr zulasten der Beschäftigten im großen Stil der Fall war, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir sind die Partei der Arbeit. Mindestlohn, Leiharbeit, Werkverträge: Hier setzen wir uns für Verbesserungen ein. Zugleich haben wir auch die Zukunft im Blick. Der Antrag ist mit „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten“ überschrieben. Die Welt verändert sich, die Arbeitswelt verändert sich, und auch wir, die SPD - das ist mein Appell -, werden uns verändern müssen; denn immer, wenn sich die Welt im Rahmen der verschiedenen industriellen Transformationen, die wir erlebt haben, verändert hat, hat eben diese SPD diesen Wandel zusammen mit der Arbeiterbewegung auch gestaltet, und das muss auch unser Anspruch sein.

Wir haben es trotz aller Veränderungen immer geschafft, für die ganz normalen Leute etwas Gutes auszuhandeln und herauszuholen. Das muss auch in Zeiten der Digitalisierung möglich sein. Auch digitale Arbeit muss gute Arbeit sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deswegen habe ich in diesem Jahr das Grünbuch, in dem es darum geht, das Arbeiten weiterzudenken, unter das Stichwort „Arbeiten 4.0“ vorgestellt; denn es ist keine Zukunftsutopie mehr, dass uns in ein paar Jahren ein Taxi abholt, in dem kein Fahrer mehr sitzt, und dass Aufzüge selbst einen Techniker rufen und danach auch mit Smiley oder keinem Smiley bewerten, wie gut die Wartung und die Reparatur geklappt haben. Das ist bei ThyssenKrupp Elevator bereits Realität, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen müssen wir uns aufmachen und neue Antworten suchen. Mir ist hier nicht bange; denn die SPD hat es immer geschafft, Risiken und Chancen in eine Balance zu bringen.

Vor wenigen Wochen hatte ich zu diesem Thema eine Diskussion mit Katrin Budde in Magdeburg. Katrin hat dabei den Transformationsprozess nach der Wende für viele Beschäftigte beschrieben und gesagt - das ist mir dadurch noch einmal klar geworden -, wie viel Mut und Veränderungsbereitschaft sie mitbringen mussten. Ich sage an dieser Stelle: Das brauchen wir auch für die Zukunft. - Hier können wir uns auch einiges aus Ostdeutschland abgucken, wenn wir hier ein bisschen beharrlich sind. Ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass es unsere Partei ist, die auch die Chancen in den Mittelpunkt stellt.

(BEIFALL)

Eine Chance, liebe Genossinnen und Genossen, sehe ich beim Thema Arbeitszeit. Sie kann darin liegen - ich glaube, das wird nicht vom Himmel regnen; wir müssen uns das Stück für Stück erkämpfen -, dass wir mehr Arbeitszeitsouveränität verwirklichen können.

Mir war es mit zwanzig Jahren, ehrlich gesagt, total egal, wie lange ich gearbeitet habe. Da stand die Arbeit ganz im Mittelpunkt. Wenn man dann aber Familie bekommt, dann sieht man das anders; das wird dann eine sehr sensible Frage. Sicher kommt dann auch wieder die Zeit - wenn die Kinder größer sind -, in der man sagt: Ich möchte noch einmal richtig reinklotzen. Am Ende eines Arbeitslebens merkt man dann, dass man den Takt doch nicht mehr so mitgehen kann, wobei man aber nicht aus dem Erwerbsleben ausscheiden will. Man möchte weiterarbeiten und Leistung bringen, aber eben die Arbeitszeit wieder etwas verringern.

Anders ausgedrückt: Die Arbeitszeit bewegt sich über das Leben gesehen wie eine Welle. Sie hat ein Wellenprofil, welches dem Wellenprofil einer Stimme ähnlich ist. Deswegen müssen wir es schaffen, dass Arbeit im Lebenslauf „atmen“ kann - individuell und stimmig. Ich möchte, dass wir in diesem Land eine Wahlarbeitszeit verwirklichen, liebe Genossinnen und Genossen,

(BEIFALL)

Erste Bausteine dafür haben wir mit der Elternzeit, der Familienpflegezeit und auch mit der Familienzeit, die Manuela vorschlägt, ja bereits geschaffen. Es gibt aber auch noch andere Gründe, warum Menschen mehr Arbeitszeitsouveränität bekommen sollten: ehrenamtliches Engagement, Weiterbildung.

Ein weiterer Baustein, um das zu erreichen, kann das Recht auf befristete Teilzeit sein; denn die Teilzeit ist heute eine Sackgasse. Deswegen müssen wir auch wieder einen Weg zur Rückkehr in Vollzeit eröffnen. Das Entscheidende für mich ist aber: Ich will die Wahlarbeitszeit für alle ermöglichen, Genossinnen und Genossen. Das klingt vielleicht utopisch, aber diese Chance gibt es in der Digitalisierung; davon bin ich fest überzeugt.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, welchen Arbeitsplatz ihr euch jetzt auch immer vorstellt - überlegt euch irgendeinen Arbeitsplatz -: Ihr könnt sicher sein, dass er in fünf bis zehn Jahren deutlich anders aussehen wird. Ich weiß nicht genau, wie er aussehen wird, aber eine Sache weiß ich sicher: Wir müssen auf Qualifizierung setzen. Es muss in einer innovationsstarken Wirtschaft selbstverständlich wie täglich Brot werden, dass wir Weiterbildung in die Arbeit integrieren. Qualifizierung ist und bleibt die beste Arbeitslosenversicherung.

(BEIFALL)

Wir werden uns immer wieder, laufend, weiterqualifizieren müssen - und das nicht auf der Schulbank. Der Betrieb wird zum Lernort. Darauf hat mich als einer der Ersten übrigens Nils Schmid aufmerksam gemacht. Meine Fachleute sagen: Baden-Württemberg ist vorbildlich, was das angeht. Der federführende Minister ist Nils Schmid. Ganz herzlichen Dank für diese Initiative!

(BEIFALL)

Das ist im Übrigen auch etwas, was die Tarifarbeit erreicht hat. Ich fand es sehr gut, lieber Jörg Hofmann, was die IG Metall in dieser Tarifrunde gemacht hat. Sie hat nämlich nicht nur über Lohnhöhen verhandelt, sondern auch über eine tarifliche Bildungsteilzeit, und den Einstieg dazu haben sie geschafft.

Ich denke, dass auch politische Aufgaben auf uns zukommen. Meine Perspektive ist, dass die Bundesagentur für Arbeit eine Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung wird und dass nicht nur das Firmenschild ausgetauscht wird - das wäre die eine Sache -, sondern dass wirklich die Bundesagentur kleine und mittlere Unternehmen berät, begleitet und teilweise auch das mitfinanziert, was große Unternehmen aus eigener Kraft leisten können.

Das sehe ich als eine Zukunftsperspektive für die Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Mir geht es darum, dass wir nicht auf dem Papier, sondern in der Praxis ein Recht auf Weiterbildung in Deutschland schaffen. Das muss das sein, was wir am Ende in diesem Land erreichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe es bereits gesagt: Wo Chancen sind, da sind auch Risiken. Flexibilität bei Arbeitszeit, Druck und Mehrarbeit können auch krankmachen. Binnen der letzten zehn Jahre hat sich der Ausfall von Arbeitsstunden durch psychische Belastungen verdoppelt. Als ich Ende der 90er-Jahre angefangen habe, Sozialpolitik zu machen, war der klassische Mensch, der in die Erwerbsminderungsrente ging, 58 und Bauarbeiter. Wenn wir uns das heute angucken, sind die Menschen, die in die Erwerbsminderungsrente gehen, im Durchschnitt 48. Der Grund sind nicht nur körperliche Belastungen, sondern auch hier psychische Erkrankungen. Das ist 10 Jahre jünger als noch vor 20 Jahren. Das kann uns, mit Verlaub, nicht einfach tatenlos lassen.

(BEIFALL)

Irgendwann muss auch digital einmal Feierabend sein. Jeder muss das Recht haben, mal nicht erreichbar zu sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir brauchen auch einen funktionierenden Beschäftigtendatenschutz. Grenzenlose Überwachung und Leistungskontrolle, die übrigens immer leichter möglich werden - es gibt jetzt auch schon Kleidung, die alles erfasst und beobachtet -, sind immer auch ein Problem für Unternehmen. Ich glaube nicht, dass es langfristig wirklich zu einem guten Betriebsklima führt. Deshalb ist es auch im eigenen Interesse, hier Vorbehalte einzubauen und Schutzrechte für die Beschäftigten durchzusetzen.

Eine Entwicklung, die mit der Digitalisierung sichtbar wird, sehe ich mit ganz besonderer Sorge. Sowohl die digitalen Eliten in Silicon Valley als auch diejenigen, die in der digitalen Welt arbeiten, haben ein grundsätzliches Misstrauen, eine riesige Skepsis gegenüber dem Staat. In ihren Unternehmen, auf ihren Plattformen bauen sie dann ganz eigene Parallelwelten auf. Das habe ich bei einem Besuch, den ich mit Reiner Hoffmann in diesem Jahr in Silicon Valley hatte, sehr deutlich sehen können. Ein Beispiel: Auf den Autos steht

„Uber“, man bestellt sie über die Seite von Uber oder über die Uber-App, und am Ende bezahlt man die Rechnung an Uber. Aber ausgerechnet der Fahrer ist nicht bei Uber beschäftigt. Uber zieht das Geld ein, aber Verantwortung für seinen Fahrer übernimmt diese Firma nicht, auch nicht, wenn sie krank sind oder wenn sie später alt sind. - Das ist nicht unser Weg. Das ist kein europäischer Weg. Das ist kein Weg der sozialen Marktwirtschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

In den letzten Tagen ist viel darüber diskutiert worden, dass Facebook-Gründer Mark Zuckerberg seine Aktien spenden will. Sicher, Genossinnen und Genossen, das ist ja erst einmal gut. Gleichzeitig stelle ich allerdings Folgendes fest: In den USA sind die Steuern für Unternehmen extrem niedrig und die Programme für soziale Unterstützung chronisch unterfinanziert. Deshalb muss auch an dieser Stelle unsere Antwort eine andere sein. Wir hier in Europa, wir hier in Deutschland setzen nicht auf Wohltätigkeit. Wir setzen auf ein gerechtes Steuersystem, das alle nach Leistungsfähigkeit heranzieht,

(BEIFALL)

und wir setzen auf einen handlungsfähigen Sozialstaat mit Rechten und Ansprüchen, die verlässlich und einklagbar sind. Wir setzen auch auf demokratische Legitimation, wenn es um die Frage geht, wofür wir das Geld ausgeben, das wir so eingesammelt haben. Das unterscheidet uns hier sehr klar.

(BEIFALL)

Deswegen sage ich: Silicon Valley mag ruhig Silicon Valley sein. Wir können das, was Silicon Valley ist, nicht kopieren, wenn wir gleichzeitig die soziale Marktwirtschaft in der Digitalisierung erhalten wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die gute Nachricht ist: Wir brauchen das auch nicht! Denn wir haben unsere eigene Stärke. Wir haben ein großes Potenzial an leistungsfähigen Unternehmen und leistungsstarken Beschäftigten. Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass wir vor allem unsere kleinen Betriebe, den Mittelstand, die großartigen Beschäftigten fit für die Arbeit von morgen machen. Gerade da können wir noch eine Schippe oben drauflegen. Aber wir haben prinzipiell die Chance und die Stärke, das zu schaffen.

Deswegen bin ich auch daran interessiert, dass wir in einem Dialog diese Stärke, die wir haben, weiter stärken und voranbringen - mit den Unternehmen, nicht nur mit den Start-Ups, sondern mit den ganz vielen Unternehmen in diesem Land, die gut sind, die es perfekt schaffen, Wettbewerbsfähigkeit hinzukriegen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass es ihnen in den nächsten 10, 20 Jahren genauso gelingt. Da sehe ich uns alle in der Verantwortung - nicht nur die Unternehmen selbst oder umgekehrt die Politik. Das müssen wir zusammen hinkriegen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Schluss noch ein Wort als Rheinland-Pfälzerin sagen.

Ich bin sehr froh, wie Malu Dreyer unser Land führt. Gestern Abend hat sie das auch hier gezeigt. Gestern Abend gab es auch das Kontrastprogramm. Da haben die anderen einen Antrag zum Thema Flüchtlinge präsentiert. Malu hat echten Willen zur Integration und Weitblick gezeigt. Sie hat das auf der Basis eines echten Wertefundaments getan: integer, ehrlich und zupackend. Jeden Tag lösen wir in Rheinland-Pfalz so die Probleme, während andere den Populisten nachrennen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb geht es bei der Wahl in Rheinland-Pfalz im nächsten Jahr um mehr als nur um eine landespolitische Frage. Es geht auch um den weiteren Weg weit über mein Heimatland hinaus. Lasst uns dafür kämpfen, dass Malu Dreyer weiter diesen Weg bestimmt! Denn das ist der richtige Weg nicht nur für Rheinland-Pfalz, sondern für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

(BEIFALL)

Wir hatten ja jetzt turbulente Wahlen. Gerade Sigmar hat eben auch gesagt, es sind stürmische Zeiten. Lieber Sigmar, du bist doch Niedersachse. Ich glaube, da gibt es ein Lied: „sturmfest und erdverwachsen“. Deswegen sage ich: Ein bisschen Wind wirft dich nicht um! Jedenfalls brauchen wir dich. Wir brauchen das gute Team, das sich hier heute neu aufgestellt hat. Deswegen gratuliere ich euch, gratuliere ich dir, lieber Sigmar! Glück auf! Wir brauchen euch alle. Wir brauchen euch in den nächsten Jahren; denn dann geht es um viel in Deutschland - nicht nur beim Thema Arbeit. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=mqDHSXR6MFg&list=PL85IMmq0WVITNRTlcDpSYSxGb-6-7sOcs&index=12

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Andrea, vielen herzlichen Dank für deine engagierte Rede, vor allem aber für deine engagierte Arbeit! Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass diese zentralen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, die unsere Partei seit der Gründung bewegen, bei dir in guten Händen liegen. Wir danken dir für deinen Vortrag, für deine Einbringung hier.

Da es hier auch um den Übergang in die digitale Wirtschaft geht: Wir haben uns so auf deine Rede gefreut, dass wir vergessen haben, den Film anzusetzen. Wir wollen aber trotzdem nicht darauf verzichten. Deswegen Film ab! - Und noch einmal danke an Andrea!

(FILMEINSPIELUNG - BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir in die Aussprache eintreten, darf ich den neuen ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann, ganz herzlich begrüßen. Ich glaube, etwa sieben Wochen nach deiner Wahl dürfen wir noch herzlich gratulieren! Vor allem freuen wir uns sehr, dass du jetzt zu uns sprichst. Du hast das Wort.

GRÜßWORT JÖRG HOFMANN, VORSITZENDER DER IG METALL

Jörg Hofmann, 1. Vorsitzender der IG Metall: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst einmal besten Dank für die Gratulation. Ich richte den Dank und die Gratulation zurück an Sigmar und an die Genossinnen und Genossen, die heute gewählt worden sind. Ich sage als Metaller: Es tut gut, einen Vizekanzler und eine Arbeitsministerin zu haben, die Metaller sind. Damit lässt es sich gut leben.

Und ich sage auch: Gestern hat unser Chief of Command, Rainer Hoffmann, euch zwei neue SPD-Genossen vorgestellt: den Kollegen Robert Feiger und den Kollegen Rosenberger. Ich möchte hier betonen - nachdem Frank Bsirske den Saal verlassen hat, kann ich das machen -: Es geht auch andersherum, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Arbeitspolitik - das zeigt auch der Leitantrag - ist ein ganz zentrales Feld sozialdemokratischer Politik. Arbeit ist und bleibt nun einmal der zentrale Platzanweiser in unserer Gesellschaft. Und es ist eine Politik, die in die Mitte der Gesellschaft zielt. Denn richtig ist: Eine Korrektur verfehlter Arbeitsmarktpolitik ist notwendig. Andrea hat gerade die Initiativen zum Thema Leiharbeit und Werkverträge skizziert. Unsere tariflichen Bemühungen, wieder mehr Ordnung an den Arbeitsmarkt zu bekommen, sind notwendig. Das Thema der Solo-Selbstständigen neu zu beschreiben, ihre soziale Sicherung zu klären, das Thema Crowd-Worker als sozialpolitisches und sozialversicherungsrechtliches Thema aufzugreifen, ist notwendig.

Richtig ist aber auch: Eine Politik, die nur die Problemlagen der Ränder erkennt, ist keine Politik, die Perspektiven der Mitte eröffnet. Deswegen halte ich den Gedanken für so zentral, den Andrea gerade formuliert hat, nämlich die Frage des Umbaus der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung, die die Qualifikationen der heute Beschäftigten fördert.

Die digitale Arbeitsgesellschaft von morgen - da stehen wir mitten im Umbruch - wird zunächst einmal eines bedeuten: einen massiven Umbruch in den Qualifikations- und Tätigkeitsprofilen. Ich sage aber auch: Konsequenter wäre es in diesem Falle, Schluss zu machen mit einer Zumutbarkeitsklausel als Symbol der Abstiegsängste der Mittelschichten, die jeden Job annehmen lassen muss. Damit wird die erworbene Qualifikation im Ergebnis oft entwertet. Zu Ende gedacht, gehört beides dazu.

Ich erinnere an der Stelle daran, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt noch mehr Menschen in größerer Dynamik in Neuorientierungen bei Beruf und Erwerbstätigkeit führen wird.

Lasst mich drei Aspekte in aller Kürze benennen:

Erstens. Die Menschen wollen sichere Perspektiven, auch in einer digitalen Arbeitswelt. Die Umbrüche sind gewaltig und beginnen jetzt schon in den Fabriken, in den Betrieben, in den Büros. Heute verdient ein Maschinenbauer 40 Cent von einem Euro Umsatz an der Maschine; 60 Cent verdient er aus Service und Bildung. Heute stammt jeder dritte Cent, also 30 Cent von einem Euro, Gewinn in der Automobilindustrie aus dem Fahrzeugverkauf. Der Rest stammt heute schon aus den Mobility Services, Finanzdienstleistungen usw. Diese enormen Umbrüche in der Wertschöpfungskette bringen Ängste mit sich - deshalb braucht man auf der anderen Seite verlässliche Sicherheiten. Man braucht die Sicherheit, wenn es darum geht, wie man

Qualifikationen weiterentwickeln kann. Man braucht aber auch Sicherheiten, was die Beschäftigung angeht. Diese Sicherheiten bieten heute Tarifverträge, deswegen halte ich die Frage der Tarifbindung und Mitbestimmung als Basispfeiler einer sozialen Marktwirtschaft für ein zentrales Thema. Sie muss gerade mit Blick auf diese digitalen Umbrüche gestärkt und nach vorne entwickelt werden. In den letzten zwei Jahren haben wir mit der AVE und dem Entsendegesetz erste Fortschritte gemacht. Das kann der Gesetzgeber tun, um die Tarifbindung zu stärken.

(BEIFALL)

Zweitens. Wir haben auf unserem Gewerkschaftstag gesagt, dass das Arbeitszeitthema zentral ist. Warum? Weil in der Frage der Arbeitszeit viele Fragen der Zukunft gebündelt werden.

Ich mache das an drei Normativen fest, die wir in den Mittelpunkt gestellt haben. Erstens: gerecht. Es wurde schon erwähnt: Heute verfallen in der Bundesrepublik Jahr für Jahr 1,4 Milliarden geleistete Arbeitsstunden. Sie werden oft nicht erfasst oder nicht vergütet. 1,4 Milliarden Arbeitsstunden - das bedeutet letztendlich eine Abwertung von Arbeit, eine Nichtwertschätzung von Arbeit. So werden die Beschäftigten um ihren Lohn betrogen und die Einnahmen der Sozialkassen gemindert.

Deswegen sage ich klar und deutlich: Eine zentrale Anforderung auch für ein neues Arbeitszeitgesetz ist, dass jede Stunde, die von den Menschen, die in dieser Republik arbeiten, erfasst und vergütet wird, Kolleginnen und Kollegen.

(BEIFALL)

Zweitens: sicher. Ja, die Formel Flexibilität gegen Sicherheit ist eine, die zieht. Dazu braucht es tarifvertragliche Lösungen. Dazu braucht es aber auch die Unterstützung der Politik, etwa um Arbeitszeitkonten praktikabel auch in kleinen und mittleren Unternehmen umsetzen zu können.

Das dritte Normativ, das ich ganz stark in den Mittelpunkt stellen möchte, ist „selbstbestimmt“. Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen ein selbstbestimmteres Arbeiten, weniger Fremdbestimmung in der Arbeit. Das ist nicht mit dem schnellen Ruf allein getan - wir brauchen eine Neuregelung etwa der Ruhezeiten bei der mobilen Arbeit.

Wir müssen viele Themen detailliert miteinander debattieren, die eine notwendige neue Arbeitszeitgesetzgebung begleiten müssen - etwa zeitnahe Ausgleichszeiten oder die Frage, wie wir mit Zerstückelung von Arbeit während des Tagesablaufes umgehen. Das ist manchmal gewollt, manchmal erzwungen. Eine Frage ist auch, wie wir mit der Frage von Selbstbestimmung und dem Recht auf Abschalten umgehen. Das sind Themen, die es lohnt, miteinander zu debattieren, wenn wir die Fragen der Weiterentwicklung von Arbeitszeit und Arbeitszeitgesetz auf die Tagesordnung setzen wollen.

Last, but not least geht es um das Thema lebensphasenorientierte Arbeitszeiten. Hier haben wir als Tarifpartei in der Metall- und Elektroindustrie für drei Aspekte Lösungen gefunden: für einen flexiblen Übergang am Ende des Arbeitslebens, für die Bildung und für die Teilzeit. Das gilt es, zu erweitern, und zwar auf Pflege, auf Kindererziehung, auf die Frage einer persönlichen Erwerbsbiografie, die notwendigerweise längere Phasen der beruflichen Umorientierung braucht.

Damit komme ich zum dritten und letzten Punkt, den ich ansprechen will: Wir brauchen eine bessere Integration von Gesetz, Tarifvertrag und Mitbestimmung. Ja, wir wollen neue Wahlarbeitszeiten mit Blick auf Kindererziehung, Pflege und Qualifizierung. Aber dazu brauchen wir branchenspezifische Lösungen, die die Arbeitssituation möglichst nahe am Betrieb und an seinen Bedingungen lösen lassen. Das geht nur durch Tarifverträge. Und es geht darum, wie ein Beschäftigter seine reduzierte Arbeitszeit denn nutzen will. Was heißt das für den Rest der Truppe? Gibt es einen Personalausgleich im Arbeitsteam, oder bedeutet das nur mehr Leistung für den Rest? Und geht das am gleichen Arbeitsplatz, oder wird er versetzt?

Ich bringe das Beispiel nur, um deutlich zu machen, dass das relativ einfach erscheinende Thema „Förderung Wahlarbeitszeit“ in der Konsequenz im realen Leben nur dann funktioniert, wenn es uns gelingt, Gesetz, Tarifvertrag und Mitbestimmung als Rädchen, die ineinandergreifen, zu installieren und damit den Menschen nicht nur das Recht geben, sondern auch zum Recht verhelfen, solche Ansprüche geltend zu machen.

(BEIFALL)

Soweit, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, einige Anmerkungen zum Leitantrag. Ich finde, es ist gut und wichtig, Arbeitsmarktpolitik in den Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Agenda zu setzen. Wer Politik für die Mehrheit des Landes machen will, muss die Gestaltung der Arbeitsgesellschaft von morgen zum Thema machen. Das Grünbuch „Arbeit 4.0“ ist der hervorragende Ausgangspunkt für diese gemeinsame Debatte zwischen Gewerkschaften und SPD. Der Leitantrag weist auch, glaube ich, im Wesentlichen in die richtige Richtung. Deswegen möchte ich auch an dieser Stelle auffordern: Suchen wir das Gespräch miteinander: Wie entwickeln wir die Arbeitsgesellschaft von morgen miteinander als Gewerkschaften, als Sozialpartner zusammen mit den politischen Parteien, zusammen mit meiner Partei, der SPD? - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=vBCxsxHJico&list=PL85IMmq0WVITNrtJcDpSYSxGb-6-7sOcs&index=11

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Jörg, vielen herzlichen Dank für deine Worte. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit dir und deiner machtvollen Gewerkschaft.

Ich darf die Gelegenheit nutzen, auch Michael Sommer in unseren Reihen herzlich willkommen zu heißen. Lieber Michael, alles Gute von dieser Seite!

(BEIFALL)

Bevor wir jetzt in die weitere Antragsberatung gehen, habe ich noch einen besonderen Gast, den ich gerne begrüßen möchte: Nikolai Statkevich ist unter uns. Lieber Nikolai, es ist uns eine ganz besondere Freude, dass du heute mit deiner Frau Marina hier bei uns auf unserem Parteitag bist. Ich will euch das noch einmal kurz erläutern.

2010 trat Nikolai als sozialdemokratischer Präsidentschaftskandidat gegen den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko an, und er hat dafür und für sein Eintreten für Demokratie und Freiheit einen hohen Preis

gezahlt: Er saß fast fünf Jahre im Gefängnis und kam erst vor wenigen Wochen frei.

Lieber Nikolai, die SPD - das weißt du - hat sich intensiv für deine Freilassung und die Freilassung aller politischen Gefangenen in Weißrussland eingesetzt. Wir heißen dich herzlich willkommen hier auf unserem Parteitag!

(BEIFALL)

So. Jetzt kommen wir zur Aussprache. Wir haben eine Reihe von Wortmeldungen. Ich darf als Erster Isolde Ries aus dem Saarland das Wort geben, gefolgt von Knut Lambertin.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG: ZUKUNFT DER ARBEIT

Isolde Ries, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Andrea, ich bitte euch, die Grundlage für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen weiter zu verbessern, und zwar dahingehend, dass die Antragsteller auch ein Mitspracherecht bei der AVE haben. Warum ist dies notwendig? Genossinnen und Genossen, die SPD hat die Regelungen zur Allgemeinverbindlichkeit im Tarifvertragsgesetz verbessert - mein Vorredner, Jörg Hofmann, hat das gerade angesprochen -, um den Weg der Allgemeinverbindlichkeit endlich wieder zu ermöglichen.

Früher war es so - wir erinnern uns, wer es weiß -, dass 50 Prozent der Mitglieder einer Branche Mitglied der Gewerkschaft sein mussten, und 50 Prozent der Mitglieder einer Branche mussten auch im Arbeitgeberverband organisiert sein. Diese Hürde war so hoch, dass es eigentlich keine Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen mehr gab.

Nun gilt seit 1. Januar dieses Jahres, dass nur noch das öffentliche Interesse notwendig ist, dass man das in einer Branche nachweisen muss, um die Allgemeinverbindlichkeit zu beantragen. Das ist gut so, und das wollten wir auch so als Gewerkschaften. Aber wie so schön immer die Praxis zeigt: Im Gesetz gibt es Fallstricke, die eine Umsetzung unmöglich machen, und zwar steht dort als Bedingung, dass je drei Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber der Allgemeinverbindlichkeit zustimmen müssen bzw. darüber entscheiden müssen. Hier muss das Gesetz dringend nachgebessert werden, und zwar dahingehend, dass die zuständige Gewerkschaft und der zuständige Arbeitgeberverband der zu regelnden Branchen mitentscheiden dürfen. Warum?

Ich berichte aus dem Versuch, die Allgemeinverbindlichkeit im Hotel- und Gaststättenbereich im Saarland auf den Weg zu bringen. Die untersten Gehaltsgruppen sollten - so der Wille der NGG, meiner Gewerkschaft, und des DeHoGa - für allgemeinverbindlich erklärt werden, damit diese Lohngruppen für alle Beschäftigten und alle Arbeitgeber gelten sollten. Gerade im Hotel- und Gaststättenbereich - da muss ich niemandem etwas erzählen - muss dem Wildwuchs von schlechter, untertariflicher Bezahlung und muss der Schwarzarbeit begegnet werden.

Aber leider war das nicht möglich, da die Antragsteller, das heißt, meine zuständige Gewerkschaft und der DeHoGa, keine Möglichkeit hatten, bei diesem Gremium mitzubestimmen, und die Spitzenverbände - hier die saarländischen Unternehmensverbände - aus ideologischen Gründen dagegen gesprochen haben, und sie haben uns angekündigt, dass sie das immer wieder tun werden. Ich habe jetzt gehört, dass die IG BAU ebenfalls versucht hat, in der Bauindustrie so etwas herzustellen. Dass genau das gleiche Veto dort eingelegt worden ist, bedeutet also: Wenn wir das jetzt nicht verändern, dann wird diese Regelung ein zahloser Tiger bleiben. Sie wird in der Praxis keine Anwendung finden, und deshalb bitte ich euch auch hier als Gewerkschafterin: Bessert die Regelung nach, damit wir wirklich das Instrument auch in Zukunft anwenden können. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank für deinen Beitrag. - Jetzt kommt Knut Lambertin, gefolgt von Katja Mast.

(BEIFALL)

Knut Lambertin, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Andrea und allen, die an den Vorstufen des Antrages gearbeitet haben, sehr dankbar, dass Erwerbsarbeit als Grundlage für gutes Leben wieder ins Zentrum sozialdemokratischer Kernkompetenzen rückt. Es wurde hier ja schon diskutiert, dass die Primärverteilung der erste Hebel für Verteilungspolitik in unserer Republik ist. Das geht aber nur, wenn tatsächlich Löhne auch gezahlt werden. Jörg Hofmann hat auf den Skandal schon hingewiesen. Das ganz klassische und weit überwiegende Normalarbeitsverhältnis funktioniert so: Arbeitsvertrag Zeit gegen Geld.

Nun ist es aber so, dass 1,4 Milliarden Überstunden in dieser Republik weder bezahlt werden noch durch Urlaub ausgeglichen werden. Wir als Landesverband Berlin haben deswegen einen Änderungsantrag zu dem vorliegenden Antrag formuliert, der auf diesen Skandal hinweist; denn wir haben das einmal kurz überschlagen. Das bedeutet alleine für Berlin 44 Millionen Überstunden pro Jahr, die weder bezahlt werden noch durch Urlaub abgeleistet werden. Es sind 1,4 Milliarden Überstunden bundesweit nach wissenschaftlichen Studien. Was das ganz konkret bedeutet: Das sind, wenn man den Mindestlohn zugrunde legen würde, 11,9 Milliarden Euro Lohn oder der entsprechende Gegenwert in Urlaub, die nicht ausgezahlt werden, die den abhängig Beschäftigten vorenthalten werden. Das bedeutet auch, für mindestens 11,9 Milliarden Euro wurden weder Sozialversicherungsbeiträge gezahlt noch Steuern. Gute Arbeit, guter Lohn werden so unterlaufen, und - das will ich betonen - auch unser Projekt. Der Mindestlohn wird so unterlaufen. 1,4 Milliarden Euro, um die die abhängig Beschäftigten betrogen werden, bedeutet an dieser Stelle ein Skandal ersten Ranges.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben als Landesverband Berlin einen Änderungsantrag dazu formuliert; er liegt euch vor.

Liebe Antragskommission, liebe Gabriele Lösekrug-Möller, angesichts des Lohnraubes, der da stattfindet in Form von 1,4 Milliarden nicht bezahlten Überstunden, möchte ich euch bitten, zu überprüfen, ob die Formulierung „Wir werden gemeinsam mit den Sozialpartnern und den für Aufsichtsbehörden über das Arbeitszeitgesetz zuständigen Ländern nach Lösungen suchen“ tatsächlich ausreichend ist. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Knut. - Jetzt kommt Katja Mast, gefolgt von Norbert Fabian.

Katja Mast, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, dass Sigmar Gabriel uns vorhin noch einmal eine ganz wichtige Botschaft ins Stammbuch der SPD geschrieben hat, nämlich: Wir sind die Partei, die sich um die Arbeitnehmermitte in Deutschland kümmert, um diejenigen, die morgens aufstehen, arbeiten gehen - bei uns sagt man „schaffe gehen“ - und ordentlich ihre Steuern zahlen. - Da fällt mir auf: Einer von der Delegation könnte mir noch einen Löwen vorbeibringen, denn der fehlt hier gerade. Es kann ja nicht sein, dass eure Generalsekretärin redet und der baden-württembergische Löwe fehlt.

Andrea Nahles hat mit dem Parteivorstand den Antrag zur Arbeitsmarkt- und Arbeitnehmerpolitik ausgearbeitet. Es geht darum, die Digitalisierung zu gestalten. - Man hat mir gerade die Weihnachtsversion des

Löwen gebracht, Genossinnen und Genossen; ihr seht es ja. - Bei uns im Land ist klar: Digitalisierung und Sicherung des Fachkräftebedarfs gestalten wir nur, wenn wir uns mit der immer mehr zunehmenden Halbwertszeit von Wissen auseinandersetzen. Es reicht nicht mehr, am Anfang der Erwerbsbiografie eine Ausbildung oder ein Studium zu machen, sondern wir brauchen Menschen, die sich lebensbegleitend weiterqualifizieren. Das ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Fragen, wenn wir über Arbeiten 4.0 diskutieren.

In dem Leit Antrag des Parteivorstands sind für uns heute tatsächlich wegweisende Richtungsentscheidungen zu treffen. Denn da steht drin: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen ein Recht auf Weiterbildung, ein Recht auf Weiterbildungsberatung bekommen, und sie sollen auch Zeit dafür bekommen, Genossinnen und Genossen. Das sind tatsächlich echte Ansätze, die Digitalisierung in der Arbeitswelt zu gestalten.

Die Bundesagentur für Arbeit erprobt schon heute bundesweit eine Weiterbildungsberatung an genau vier Standorten. Das macht mir Mut, die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln, zu einer Versicherung, die nicht wartet, bis die Leute arbeitslos werden, sondern verhindert, dass Menschen arbeitslos werden. Das ist vorsorgende Arbeitsmarktpolitik à la SPD, und ich finde, das ist gut abgebildet in diesem Antrag des Parteivorstands.

(BEIFALL)

Wir in Baden-Württemberg machen das auch: Wir haben eine Bildungszeit in Baden-Württemberg eingeführt - nicht zur Freude der Arbeitgeber, aber zur Freude der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Leute, die ehrenamtlich engagiert sind; denn die haben jetzt dank der SPD in der dortigen Regierung fünf Tage Bildungszeit in Baden-Württemberg. Wir haben auch mit der Allianz für Fachkräfte den Weg gewiesen.

Zum Schluss kommend will ich mich an der Stelle bedanken, und zwar bei unserer Bundesarbeitsministerin, bei Andrea Nahles. Andrea, ich kann dir sagen, wir finden es alle klasse: Wir haben eine super Ministerin, wir haben eine gute Staatssekretärin - Yasmin wird dich künftig super ergänzen -, wir haben eine starke Achse zur Fraktion, wir haben eine starke Achse zu den Gewerkschaften und eine starke Achse in die Partei. So macht Arbeitsmarktpolitik für die Arbeitnehmer*innen in Deutschland Spaß. Vielen Dank dafür.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Katja, auch dir vielen herzlichen Dank. - Ich rufe jetzt Norbert Fabian auf, dann folgt Simone Burger.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, auch einen guten Antrag kann man noch verbessern. Das hat die Antragskommission auch schon getan. Auf Seite 28 der Fassung der Antragskommission in Zeile 5 - ich lese einmal kurz vor -: „Darüber hinaus halten wir an unserem Ziel fest, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird.“ Also ein sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, eine alte Forderung der NRW-SPD, übrigens auch der Gewerkschaften natürlich und auch der Kirchen; vielleicht kann die CDU/CSU hier ausnahmsweise einmal auf die Kirchen hören.

Ich meine aber, dass man an dieser Stelle noch drei Punkte ergänzen könnte. Der erste Punkt ist Beschlusslage unserer Partei auf dem letzten Parteitag, den wir hier in Berlin hatten. Ich denke, das gilt dann auch

weiterhin. Es geht darum, dass die Bedingungen für den Bezug des ALG I, also einer Versicherungsleistung, verbessert werden und die Zeiten verlängert werden, vor allem für jüngere Arbeitslose, die prekär beschäftigt sind - da ist es wirklich ein Problem, dass sie sehr schnell in ALG II rutschen -, und eben auch für ältere Beschäftigte generell.

Das hat damals Sigmar Gabriel als unser neu gewählter Bundesvorsitzender durchgesetzt, mit klarer Kante. Daran sei noch einmal erinnert, weil hier immer schlechte Umfragewerte in die Diskussion gebracht werden. Das war 2012. Im Sommer war die Zeit der NRW-Landtagswahl. Da war die SPD bei 32 Prozent, kurz hinter der CDU mit 34 Prozent.

Zu NRW: Dort würde die AfD nach den neuesten Umfragen unter 5 Prozent bleiben und nicht in den Landtag kommen. Vielleicht kann das auch in anderen Bundesländern erreicht werden. Die haben dort einen ziemlich unmöglichen Vorsitzenden. Aber unmöglich sind die ohnehin.

Zweiter Punkt - ich habe das schon auf dem Konvent anzusprechen versucht -: Wir brauchen - Andrea Nahles hat vieles in dieser Richtung entwickelt - eine neue Philosophie auf dem Arbeitsmarkt, eine Philosophie, die nicht nur fordert, sondern vorrangig fördert - also weg von dem, wie es Clement, der Exgenosse, damals in der Öffentlichkeit verbreitet hat -, eine Philosophie der zweiten und dritten Chance. Andrea Nahles hat das in vielem aufgegriffen, übrigens auch Manuela Schwesig, etwa mit dem Vorschlag, die Kinderbetreuung für Alleinerziehende so zu gestalten, dass auch sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, denke ich.

Dritter Punkt. Hier ist die Rede davon, dass Langzeitarbeitslosigkeit ein regionales und lokales Problem ist. Also müssen auch die Instrumente regional und lokal angesetzt werden, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist nur so, dass die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung auf EU-Ebene zurückgefahren worden sind. Das liegt auch an den Torys. Aber ich denke, dass wir die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur hier aufstocken und weiterentwickeln sollten.

(GLOCKE)

Darf ich noch ganz kurz den Vorschlag vorlesen, den ich dazu für den Antrag einbringen würde in der Zeile 10? - Ich lese es einfach einmal vor: „Zudem ist die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur weiterzuentwickeln und finanziell erheblich besser auszustatten. Notwendig ist eine neue Philosophie der Prävention und einer zweiten und dritten Chance auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen eine Reform der Reform der Arbeitsmarktpolitik.“ Übrigens fände ich es gut - ich war früher auch mal Niedersachse -, wenn auch die Niedersachsen mit Gerd Schröder das unterstützen würden.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Norbert, du musst zum Schluss kommen.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Letzter Satz. - Diese Frage der Wirtschafts- und Strukturpolitik ist ein Markenzeichen der NRW-SPD, und das sollte auch, zusammen mit einer Reform der Reform der Arbeitsmarktpolitik, ein Kennzeichen unserer gemeinsamen Politik auf Bundesebene sein. - Danke.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Wir haben uns gemeinsame Regeln gegeben. Ihr habt uns damit beauftragt, die Regeln sozusagen durchzusetzen. Sie gelten auch für dich. - Ich wollte dich nur bitten, den Satz, den du eingebracht hast, uns noch einmal schriftlich zu geben. Das würde es sehr erleichtern. Vielen Dank.
- Jetzt hat Simone Burger das Wort, gefolgt von Ewald Schurer.

Simone Burger, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, Hermann Hesse hat einmal gesagt: Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. - Ich glaube, er hat nicht den Arbeitsmarkt gemeint. Wer heute auf diesem Arbeitsmarkt anfängt, der fängt vor allem befristet an. Es gibt nicht wenige, die sagen: Die jungen Menschen sollen sich nicht so anstellen; da müssen sie durch, und irgendwann winkt dann auch ein unbefristeter Arbeitsvertrag. - Menschen, die das sagen, waren noch nie befristet beschäftigt. Sie wissen nicht, was es bedeutet, dieses Damoklesschwert über dem Kopf zu haben, was es bedeutet, nicht zu wissen, ob es weitergeht oder nicht.

Und die haben noch nie versucht, mit einem befristeten Arbeitsvertrag eine Wohnung zu suchen oder sich einen Kredit zu organisieren. Deswegen ist es so unglaublich wichtig, das Thema Befristungen in diesem Antrag anzugehen.

(BEIFALL)

Ich freue mich, dass in diesem Antrag steht, dass die SPD weiterhin die sachgrundlose Befristung abschaffen will und dass sie den Katalog der anderen Befristungsgründe überprüfen möchte. Ich hätte da auch konkrete Vorschläge. Ich weiß nicht, warum man eine Generation nach der Ausbildung und nach dem Studium unter Generalverdacht stellen muss und warum es eine Befristung zur Probe braucht.

Aber ich möchte einen anderen Punkt einbringen. Ich würde gerne - wir befinden uns auf Seite 29, Zeile 22 - am Ende des Satzes „Auch wollen wir weiterhin Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.“ etwas einbringen, nämlich: „und den Missbrauch einschränken“. Weil: Es gibt immer noch Kettenbefristungen. Kettenbefristungen aus betrieblichen Gründen, Projektbefristungen, die sich eine an die andere reiht, wo wir dringend ran müssen, wo wir klare Kriterien schaffen müssen: Was ist eine Projektbefristung und was ist es nicht? Deswegen hoffe ich auf eure Zustimmung bei diesem Änderungsantrag.

(BEITRAG)

Liebe Genossinnen und Genossen, das Zweite ist ein älterer Punkt: Die Ausbildungumlage. Es findet sich in diesem Antrag die Möglichkeit, branchenspezifische Ausbildungsfonds aufzulegen. Wir glauben aber, diese Ausbildungsfonds haben nur eine Chance, wenn es einen gesetzlichen Rahmen gibt. Deswegen möchten wir den Änderungsantrag aufrechterhalten - das ist Seite 30, Zeile 36 -: „Dafür werden wir einen gesetzlichen Rahmen schaffen.“ - Danke schön

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Simone. - Jetzt kommt Ewald Schurer, und Ewald folgt dann Gerlinde Schermer.

Ewald Schurer, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will hier bewusst auf den Seiten 25 und 33 des vorliegenden Antrag IA 1 ansetzen, weil wir wissen, dass Arbeitsmarkt und Migration für die Sozialdemokratie und für die Menschen eine riesige Chance beinhalten.

Wir stellen fest, dass draußen im Lande sehr viel polemische, sehr viel Angst machende Politik zum Thema Integration und Migration von AsylbewerberInnen und von dann anerkannten Flüchtlingen stattfindet. Es gibt eine ganz große Möglichkeit und eine ganz große Chance für uns als SPD in ganz Deutschland - in den Kommunen, in den Regionen, in den Ländern und bundesweit, nämlich mit guter, dezidiertem Arbeitsmarktpolitik - im Prinzip ist das „Early Intervention“ - frühzeitig den Menschen, die zu uns kommen, eine Chance zu geben, über Sprache, Ausbildung und dann natürlich berufliche Tätigkeit in diese Gesellschaft hineinzuwachsen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist genau die Rezeptur, die man den konservativen und zum Teil auch rechtspopulistischen, zum Teil Hass säenden Parolen entgegensetzen muss; denn Integration wird in dieser Gesellschaft eine harte Arbeit werden. Wir haben erste Studien, wonach ca. 20 Prozent der Menschen, die zu uns kommen, Qualifikationsstandards haben, mit denen sie relativ früh nach dem Erlernen der deutschen Sprache bei uns eine Chance haben, direkt am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Aber sie werden dann auch ca. 50 Prozent der Menschen sein, wo wir mit sehr guter und mit sehr systematischer Arbeit fünf, sechs oder sieben Jahre brauchen, bis die Menschen über Qualifikationsstandards die Chance haben, in dieser arbeitsteiligen und immer komplizierter werdenden Arbeitswelt in Deutschland auch Fuß zu fassen. Und genau diesen Mut und diese Konzeption brauchen wir. Ich behaupte auch als Haushälter der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales: Diese richtig aufzusetzen, ist das größte Investitionsprogramm, das wir im Bund und für diese Gesellschaft aufsetzen müssen und aufsetzen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden mit so einer Arbeit versuchen müssen - ich zähle zwei, drei Dinge auf -, dass Menschen, die asylsuchend zu uns kommen und die überwiegend sehr jung sind - die Hälfte unter 25 Jahren, zwei Drittel unter 30 Jahren -, sie schon sehr früh in Ausbildung oder ausbildungsvorbereitende Gänge zu bringen. Wir werden versuchen müssen, wenn junge Menschen in der Ausbildung sind, dass sie diese Ausbildung dann auch abschließen dürfen und dann mit einer gelungenen Ausbildung einen Aufenthaltstitel bekommen. Das sind ganz konkrete Maßnahmen, und ich kann euch nur bitten, wirklich draußen in allen Gemeinden, in allen Stadtteilen, in allen Regionen und Ländern Deutschland vor Ort, wenn ihr den Dialog führt - mit Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten, mit den Kommunen, mit den Helferkreisen -, genau diesen Ansatz einer Arbeitsmarktpolitik nicht nur zu diskutieren, sondern eben dann auf kommunaler Ebene eure Jobcenter zu besuchen, sich die Modelle vorstellen zu lassen, mit den Agenturen für Arbeit vor Ort und regional zu reden und genau diese Arbeit zu hinterfragen und vonseiten der SPD öffentlich zu besetzen. Das würde der beste Weg werden, um bei uns dezentral und gesamtgesellschaftlich die Integration, vor allen Dingen junger Menschen über Arbeit und Ausbildung zu befeuern. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ewald. - Jetzt kommt Gerlinde Schermer, gefolgt von Klaus Barthel.

Gerlinde Schermer, Berlin: Liebe Andrea Nahles, ich bin dir sehr dankbar, dass du den Bereich der Selbständigen, der Kleinstselbständigen in deinen Antrag aufgenommen hast. Zwar ist da noch keine Lösung drin, aber wenigstens ist die Problemlage der Kleinstselbständigen angesprochen. Die hier sitzen, wissen es vielleicht nicht: Bei den Selbständigen gilt bei der Krankenversicherung die sogenannte Mindestbemesungsgrundlage für den Beitrag, aufgrund dessen sie Krankenversicherungsbeitrag bezahlen müssen. Wenn jemand als Kleinstselbständiger 1.000 Euro Einkommen im Monat hat - das ist in Berlin normal -, dann zahlt er davon 326 Euro Krankenversicherung, und wenn er krank ist, kriegt er auch gar kein Geld. Dann kann er von diesen 1.000 Euro natürlich nicht noch eine Rentenversicherung bezahlen; das könnt ihr euch vorstellen. Bei den Mieten geht hier gar nichts.

Das heißt, wir haben hier ein echtes Problem. Wie können wir das Problem lösen? Indem wir es vermeiden, dass es so viele Kleinstselbständige gibt; denn das ist ja nichts Innovatives, sondern das ist dadurch entstanden, dass insbesondere in der Verantwortung der öffentlichen Hand outgesourct wird, wo es nur geht. Ich erinnere euch zum Beispiel an die katastrophale Situation der Musikschullehrer, die zum Beispiel, wenn die Sommerferien beginnen, entlassen werden und hoffen, wenn sie im Oktober/November einen Monat gearbeitet haben, dass sie wieder Geld bekommen. In der Zwischenzeit müssen sie von der Luft leben. Das ist in Berlin Praxis.

Ich erinnere an tariffreie Zonen zum Beispiel bei der weltbekannten Charité in Berlin. Da gibt es tariffreie Bereiche. Das können wir uns nicht leisten. Dagegen müssen wir angehen. Wir brauchen keine Selbständigen in diesem Bereich, die sozusagen Pflege auf eigene Kosten machen und ihre Krankenversicherung und Rentenversicherung alleine bezahlen müssen.

Wir müssen uns um normale sozialversicherungspflichtige Beschäftigte bemühen, und das heißt um die Kommunen wie Berlin, die Outsourcing-Politik machen, nach dem Motto - es war ja unser Klaus Wowereit, der diesen Spruch geprägt hat -: Wir sparen, bis es quietscht. Es quietscht nicht nur - es schleift. Das hat sich bis nach Amerika herumgesprochen. Im öffentlichen Dienst ist ganz viel abgebaut worden und durch prekäre Beschäftigung ersetzt worden. Das kann doch nicht sozialdemokratische Politik sein. Das heißt, wir brauchen mehr öffentliches Geld für die Kommunen. Dann haben wir auch nicht mehr diese prekären Beschäftigungen, und dann müssen wir uns auch nicht den Kopf zerbrechen, wie wir diese Kleinstselbständigen, die im Grunde genommen Scheinselbständige sind, aus der Armut herausholen.

Das heißt, diesen Weg würde ich beschreiten.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen. Bei den Public-Private-Partnership-Geschäften wird immer darauf verwiesen, dass die Privaten günstiger sind. Warum sind sie günstiger? Weil bei demjenigen, der den Zuschlag bekommt, gesagt wird: „Du musst den Mindestlohn einhalten.“ Der führt das ja aber nicht selber aus, sondern gibt es an den Sub-und-Sub-und-Subunternehmer weiter. Und da gibt es keine Überprüfung dieser Sachen. Das heißt, PPP ist sozusagen das Unterlaufen der Lohnbedingungen. Deswegen sind wir so dagegen.

Danke, Andrea, dass du dich diesem Thema widmest, aber wir brauchen auch eine Unterstützung für dich, nämlich mehr Geld für die Kommunen. - Danke.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Gerlinde, vielen herzlichen Dank für deinen Beitrag. - Jetzt kommt Klaus Barthel, und dann kommt Viktoria Spiegelberg-Kamens.

Klaus Barthel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin froh, dass wir die Arbeitswelt der Zukunft doch noch zu einer vernünftigen Zeit und in der gebotenen Ausführlichkeit diskutieren können; denn ich denke, das ist der Markenkern der SPD.

Allen Danksagungen an Andrea kann man sich nur anschließen; denn in ihrem Bereich haben wir unheimlich viel erreicht. Das, was jetzt zur Leiharbeit und zu Werkverträgen vorliegt, geht genau in die richtige Richtung, und damit wird der Koalitionsvertrag umgesetzt.

Ich will mich auch bei der Antragskommission bedanken; denn ihr seht: In die vorgelegten Änderungsanträge sind viele Dinge, die wir von der AfA angeregt haben, bereits übernommen worden. Deswegen will ich mich jetzt darauf beschränken, noch ein paar Probleme anzusprechen, die offen bleiben.

Wir erleben auf unserem Arbeitsmarkt immer noch enorme Polarisierungen, und ich glaube, das sollten wir uns noch einmal bewusst machen:

Das gilt zum Beispiel bei der Arbeitszeit. Während die einen mit Vollzeitarbeit immer mehr arbeiten - inzwischen 41 Stunden -, arbeiten die anderen mit wenig Arbeitszeit immer weniger. Im Durchschnitt erscheint es dann so, als befänden wir uns auf dem Weg in die Freizeitgesellschaft. Genau das Gegenteil ist aber der Fall.

Dieselbe Polarisierung erleben wir bei den Einkommen. Es hält sich ein hartnäckiger Niedriglohnssektor.

Das Gleiche gilt für die Arbeitsbedingungen. Diejenigen, die eh schon am geringsten bezahlt werden, haben auch noch die schlechtesten Arbeitsbedingungen und die niedrigste Renten- und Lebenserwartung.

Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Die andere Seite - so nenne ich sie einmal - versucht nach der Demografiedebatte und nach der Globalisierung aber, die Digitalisierung als neuen Hebel gegen Schutzrechte zu benutzen. Hier müssen wir unheimlich aufpassen - gerade zum Beispiel bei der Arbeitszeitdebatte.

Wir müssen uns klarmachen: Die Arbeitszeit ist ohnehin extrem flexibel. Die Arbeitszeitgesetzgebung erlaubt in der Woche eine Arbeitszeit von bis zu 56 Stunden - 48 Stunden normalerweise - bei 6 Arbeitstagen. Das macht deutlich, dass es da auf der gesetzlichen Ebene überhaupt nichts mehr zu flexibilisieren gibt, sondern dass wir den Achtstundentag, die Mindestruhezeiten und die Pausen festhalten müssen

(BEIFALL)

und dass es unbedingt notwendig ist, die Forderungen, die wir jetzt übernommen haben und die Jörg Hofmann auch vorgetragen hat - es geht um die Erfassung der Arbeitszeit und die entsprechende Bezahlung -, jetzt auch gesetzlich umzusetzen.

Wir müssen aber aufpassen, dass wir, wenn wir von Flexibilitätskompromissen sprechen, nicht das Kind mit dem Bade ausschütten; denn in der korrigierten Formulierung heißt es jetzt:

„Da, wo Tarifverträge und Betriebsräte vorhanden sind, können Flexibilitätskompromisse möglich werden.“

Wir bestehen darauf, dass es heißen muss: „im Rahmen des geltenden Rechts“; denn es kann keine Flexibilitätskompromisse geben, die zum Beispiel die Ruhezeiten und den Achtstundentag durchbrechen.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Klaus.

Klaus Barthel, Bayern: Deswegen muss bitte auch der nächste Satz entfallen. Dort heißt es:

„Wo dies aber nicht funktioniert oder gar verhindert wird, sollten gesetzliche Regelungen strenger und öfter kontrolliert werden.“

Liebe Genossinnen und Genossen, auch in dem anderen Bereich muss man strenger kontrollieren und überwachen.

(BEIFALL)

Deswegen sollten wir uns hier nicht dem Verdacht aussetzen, dass wir an diesen gesetzlichen Regelungen rütteln wollen.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Klaus.

Klaus Barthel, Bayern: Im Übrigen bitte ich euch noch einmal, die Ausnahme beim Mindestlohn für die Langzeitarbeitslosen zu streichen und nicht nur zu prüfen. Wir haben entsprechende Formulierungen vorgelegt. - Danke für eure Aufmerksamkeit. - Ich habe es gehört.

(BEIFALL)

Nils Annen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Wir wollen uns nicht dem Verdacht aussetzen, hier unterschiedliche Maßstäbe anzusetzen. Deswegen vielen Dank, lieber Klaus. Ich glaube, alle Vorschläge sind bei der Antragskommission angekommen. - Viktoria hat jetzt das Wort, gefolgt von Udo Lutz.

(BEIFALL)

Viktoria Spiegelberg-Kamens, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Arbeit - und ich möchte betonen, dass er hier in dem Antrag ausschließlich um Erwerbsarbeit und nicht um die zahlreiche Arbeit von Frauen und Männern geht, die im Haushalt für Kindererziehung und pflegebedürftige Eltern erbracht wird - ist ein Produktions- und ein Dienstleistungsfaktor in unserer Gesellschaft.

Schon längst werden aber unsere Produkte, die wir hier in Deutschland konsumieren, nicht ausschließlich durch Arbeiterinnen und Arbeiter hier in Deutschland produziert, sondern durch Arbeiterinnen und Arbeiter, für die die Forderungen aus diesem guten Antrag und die zahlreichen Arbeitsschutzmaßnahmen, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erarbeitet haben, nicht greifen.

Äpfel können zum Beispiel von unseren hessischen Obststreuwiesen gekauft werden. Deren Kilopreis ist aber viel höher als der von Äpfeln, die im Ausland produziert und dann wirklich unter furchtbarsten Bedingungen - zum Beispiel in China - mit einer in der Produktion hochätzenden Lösung überzogen werden, damit sie in unseren Regalen für wenig Geld angeboten werden und bei uns zu Hause zwei Wochen liegen können.

Die Produktion dieser Äpfel, die zu sehr niedrigen Preisen angeboten werden, wird von Arbeiterinnen und Arbeitern erbracht, die keine maximale Wochenarbeitszeit haben und für die an ihren Arbeitsplätzen keinerlei Arbeitsschutzmaßnahmen greifen, durch die ihre Gesundheit oder gar ihr Leben geschützt werden.

„Arbeit 4.0“, die Andrea hier fordert, braucht aber vor allem elektronische Ressourcen. Doch allein für die Mikrochips, die notwendig sind, um das überhaupt leisten zu können - für uns und unseren Wohlstand -, sind wiederum Rohstoffe notwendig, die in Minen in Afrika und Südamerika gar unter tödlichen Bedingungen produziert werden müssen.

Ich bitte als Sozialdemokratin nur um eines, da die Arbeit, die in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert hat und an die hohe Ansprüche gestellt werden, teilweise auf Arbeit aufbaut, bei der das alles nicht gegeben ist: Lasst uns Arbeit und Arbeitsschutz gemeinsam bitte nicht in einer Zweiklassengesellschaft denken, und lasst uns unsere Forderungen nicht an nationale Grenzen knüpfen, vor allem nicht in einer digitalisierten Welt, in der die Grenzen schon längst aufgehoben worden sind.

Lasst uns deshalb gemeinsam mit unseren internationalen sozialdemokratischen Freundinnen und Freunden für alle Arbeiterinnen und Arbeiter dieser Welt streiten und Konzepte erarbeiten, die alle Arbeiterinnen und Arbeiter berücksichtigen, weil sie dafür Sorge tragen, dass unser Wohlstand hier wächst, wovon aber nicht alle am Produktionsprozess Beteiligten auch profitieren. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank. - Ich darf jetzt Udo Lutz das Wort geben. Ihm folgt als letzter Redner in der Debatte Rainer Schmeltzer.

Udo Lutz, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin in einem Großbetrieb Betriebsrat, und ich muss euch sagen - vielleicht hat man jetzt ja auch ein Stück weit einen Durchhänger -: Ich hätte es mir 2013 nicht träumen lassen, dass die SPD in den Betrieben wieder einmal ein so hohes Ansehen hat und so stark Gutes für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestaltet. Dafür möchte ich mich ausdrücklich auch bei der Andrea Nahles bedanken, weil du das ganz super gemacht hast, Andrea.

(BEIFALL)

Auch die, die uns kritisch gegenüberstanden, stehen uns jetzt sehr positiv gegenüber. Es geht sogar so weit, dass der Arbeitsdirektor uns erzählt hat: Sie haben aber etwas geschafft. Dort finden keine Laberkreise statt, sondern da wird etwas bewegt. - Also, ganz, ganz herzlichen Dank! Ich glaube, wir alle müssen auch einmal stolz darauf sein, dass wir das als SPD so gemacht haben, und diesen Weg werden wir auch konsequent weitergehen.

(BEIFALL)

Wir sind ja gerade in einer schwierigen Situation. Mir ist aber wichtig, dass klar sein muss: Arbeitnehmer sind unteilbar. Auch die Arbeitnehmerschaft möchte keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse haben. Deshalb haben wir auch keine Arbeitnehmer, die im Mittelpunkt stehen, und vielleicht welche, die am Rand stehen. Wir sehen uns nämlich immer als eine feste Gemeinschaft; denn wer heute im Mittelpunkt steht, der kann morgen schon am Rand stehen. Unsere Kollegen können hier sehr schnell eins und eins zusammenzählen, und sie wissen, was das für sie bedeutet.

Deshalb bitte ich euch, einen Änderungsantrag, der auch von der AfA, von Klaus Barthel, gestellt wurde, anzunehmen. Darin geht es darum - Klaus Barthel hat das eben gesagt -, die Ausnahmen zu verringern, wenn es um den Mindestlohn geht.

Ich bitte euch, diesen Antrag anzunehmen bzw. wenn es Schwierigkeiten macht, ihn in dieser Koalition umzusetzen, klar zu formulieren, dass es heißt: Für uns als SPD sind bestehende Ausnahmeregelungen, wie sie jetzt für Langzeitarbeitslose und unter 18 Jahren bestehen, abzuschaffen. - Das sind die Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn. Da hatten wir immer eine klare Position. Die sollte auch so klar hineingeschrieben werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank. - Ich darf jetzt als letzten Redner in der Debatte Rainer Schmeltzer begrüßen, den neuen Minister für Arbeit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Du hast das Wort!

(BEIFALL)

Rainer Schmeltzer, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! In der Tat beinhaltet der IA 1 wegweisende Arbeitsmarktschritte. Andrea hat sie sehr eindrucksvoll dargelegt. Ich will nur noch einmal in Erinnerung rufen: Industrie 4.0, die Digitalisierung, darf nicht ohne Arbeit 4.0 diskutiert werden. Denn wir alle wissen, dass dort, wo Betriebsräte mitreden, die besseren Entscheidungen getroffen werden.

Da, wo wir über Flüchtlinge in Arbeit reden, geht aus dem Antrag klar hervor, dass es gute Projekte bei „Early Intervention“ gibt. Ich sage: „Early Intervention“ und „Integration Points“, wie sie als Projekte geplant sind, gibt es flächendeckend in Nordrhein-Westfalen. Das funktioniert hervorragend so, wie es als Projekt gedacht war, flächendeckend. Ich kann nur appellieren, dass andere Länder das genauso übernehmen.

So wie Rheinland-Pfalz mit Malu Dreyer an der Spitze an dem ovalen Tisch ein sehr gutes Papier, ein Arbeitsstrukturpapier für Flüchtlinge in Arbeit vorgelegt hat, wie man Flüchtlinge in Arbeit bringen kann, so werden wir das in Nordrhein-Westfalen am kommenden Montag auch gemeinschaftlich mit Wirtschaft, Industrie, Handwerk, Gewerkschaften und mit der Bundesagentur machen. Das wird ein gutes Strukturpapier mit allen Beteiligten werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, entgegen der Annahme vieler, die geglaubt haben, in einer Großen Koalition werde es keinen Mindestlohn geben, hat es die SPD geschafft, in dieser Koalition mit der CDU/CSU einen Mindestlohn durchzusetzen. Das hat niemand gedacht. Das ist nicht zuletzt Andrea Nahles zu verdanken, weil sie diesen Punkt des Koalitionsvertrages sehr schnell und konsequent umgesetzt und auf den Weg gebracht hat.

Genauso schnell und konsequent ist Andrea jetzt dabei, die Änderungen in der Arbeitnehmerüberlassung auf den Weg zu bringen. Sie hat das angekündigt. Es war ursprünglich vorgesehen, dass der Referentenentwurf im Dezember ins Kabinett geht. Aber das hat ja eine „Wächterin des Koalitionsvertrages“, wie Frau Merkel sich selber beim Arbeitgebertag genannt hat, gestoppt. Sie hat mitgeteilt, dass sie das alles erst einmal überprüfen möchte.

Es ist richtig, dass die Forderungen der vergangenen Parteitage von Hamburg über Dresden und Berlin nicht alle eins zu eins mit diesem Koalitionspartner umgesetzt werden konnten. Das ist aber dem Koalitionspartner zu schulden.

Auf einen Punkt möchte ich aber hinweisen: Der Antrag IA 1 sagt zur Leiharbeit nicht deutlich aus, wie wir die Leiharbeit eingrenzen können. Das ist auch mit der CDU jetzt nicht machbar. Deswegen möchte ich einen Änderungsantrag stellen, den ich der Antragskommission auch schon mitgeteilt habe, der schon auf die zukünftigen Veränderungen hinweist. Ich zitiere aus unserem Änderungsantrag bezüglich der Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten: „Dabei müssen wir mittelfristig sicherstellen, dass die Höchstüberlassungsdauer nicht durch aufeinander folgende Einsätze wechselnder Leiharbeitnehmer auf Dauerarbeitsplätzen umgangen werden kann. Deshalb muss ausdrücklich geregelt werden, dass die Höchstüberlassungsdauer sich nicht auf den Arbeitnehmer bezieht, sondern auf den zu besetzenden Arbeitsplatz.“

Wenn das heute nicht machbar ist, dann sollten wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, als die Partei der Arbeiterschaft, jetzt schon Vorsorge für die Zukunft treffen, damit wir diese Drehtürpolitik nicht weiter fortführen, damit wir ordentliche Arbeitsplätze, faire Arbeitsplätze auch in der Leiharbeit haben. Deswegen plädiere ich dafür, diesen Änderungsantrag so anzunehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das war es auch schon. Das Klingeln kam pünktlich. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Perfekt! Vielen herzlichen Dank. - Ich danke euch, dass wir hier, wie ich finde, eine konzentrierte und sehr gute Debatte führen konnten. Ich rufe deswegen jetzt gleich den Bereich Arbeitsmarktpolitik auf. Gabriele Lösekrug-Möller ist die Berichterstatterin in der Antragskommission.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir, nachdem wir das jetzt mit der notwendigen Zeit und den Änderungsanträgen behandelt haben, ein weiteres Wahlergebnis bekannt geben. Falls das den einen oder anderen interessiert, der sich nicht innerhalb des Saales befindet und dann vielleicht auch schon zum Arbeitsmarkt hereinkommen mag, kann man das entsprechend weitergeben.

Wir rufen jetzt den Bereich Arbeitsmarktpolitik auf. Das sind die Anträge AR 1 bis 98, Seiten 36 bis 95 im Antragsbuch, aber als Grundlage der Beratung der Leitantrag IA 1. Dazu gebe ich jetzt Gabriele das Wort.

Gabriele Lösekrug-Möller, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich. Wir haben eine gute Diskussion zu diesem wichtigen Thema und viele Änderungsvorschläge gehabt, die wir gleich im Einzelnen durchgehen werden. Mein Eindruck ist, dass der Antrag durch die Änderungsanträge noch einmal deutlich an Qualität gewonnen hat.

Bevor wir in die Einzelheiten einsteigen, will ich euch aber einfach einmal sagen, dass ich finde, dass Andrea ein Ministerium für Arbeit und Soziales so führt, dass der Name berechtigt ist und dass es eine deutliche sozialdemokratische Handschrift ist. Ich bin sehr froh darüber.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, verstehe ich alles das, was wir heute beschließen, verstärkend in eine Richtung, von der zu Recht gesagt wurde: Ja, Arbeit ist in unserer Gesellschaft immer noch Platzanweiser. Jörg Hofmann hat das gesagt. Ich finde, das ist ein gutes Bild. Deshalb ist es so wichtig, dass die Regeln und die Ordnung dazu stimmen. Das findet sich auch in den Anträgen wieder.

Ich möchte jetzt gemeinsam mit euch die Änderungen durchgehen, damit wir präzise wissen, worüber wir abstimmen, was dann hoffentlich auf breite Zustimmung stößt.

Wir haben eine ganze Liste von Änderungsanträgen an euch verteilt. Zuerst zu I: Das ist eine Anregung des DGB, die wir unbedingt übernehmen wollen. In diesem Zusammenhang hat Klaus Barthel zu diesem Text eine Änderung vorgeschlagen, die wir nicht übernehmen wollen. Weil der Text so, wie wir ihn euch vorlegen, mit dem DGB abgestimmt ist, sagen wir, er soll so bleiben.

Unter II findet ihr eine Fülle von richtig guten Vorschlägen, die Klaus Barthel eingebracht hat. - Lieber Klaus, für das Kompliment der guten Zusammenarbeit bedanke ich mich. Ich kann das zurückgeben. Ich finde, das war eine gute Arbeit mit dir.

Zu III hat Knut Lambertin vorgetragen. Lieber Knut, wir haben den etwas langen Text ein bisschen gekürzt, ohne dass er an Inhalt verloren hat. Man könnte also sagen, das spezifische Gewicht ist gestiegen. Das ist das, was ihr unter III findet.

Dann gab es in der Debatte noch eine Reihe von mündlich vorgestellten Änderungswünschen. Auf die will ich gerne in der Reihenfolge der Wortbeiträge eingehen.

Da war der gute Vorschlag von Isolde Ries vom Landesverband Saar, die gesagt hat, wir mögen auf Seite 29, Zeile 45, nach „erforderlich sind“ einfügen: „Dazu gehört auch, die Beteiligung der zuständigen Gewerkschaft und des zuständigen Arbeitgeberverbands bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages zu ermöglichen.“ Das übernehmen wir gerne.

Zu dem Änderungsvorschlag, den Knut vorgetragen hat, habe ich schon gesagt, dass wir ihn in der Fassung der Antragskommission übernehmen, also III des Zettels, der vorliegt.

Norbert Fabian hat gute Anregungen zum Thema Dauer des Bezugs, Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Regionalisierung und anderes gegeben. Lieber Norbert, das liegt uns ja handschriftlich vor. Wir nehmen das in die AG für das Wahlprogramm, weil wir glauben, dass wichtige Punkte darin sind, die wir berücksichtigen sollten.

Simone Burger hat eine Anregung gegeben, von der wir vorschlagen, dass wir sie in einer anderen Fassung aufnehmen. Denn es gab aus dem Landesverband Saar einen Vorschlag von Johannes Hiry, der uns seine

Redezeit geschenkt hat, der aber das trifft, was Simone Burger gewünscht hat, nämlich eine Einfügung auf Seite 29, Zeile 22: Es muss zudem sichergestellt werden sodann der beigefügte Text , dass bei befristeten Arbeitsverträgen für ein und denselben Arbeitsplatz grundsätzlich die gleichen Bedingungen gelten.

Da empfehlen wir Annahme.

Dann gab es noch Vorschläge von Klaus Barthel. Einer, auf den ich schon eingegangen bin, bezog sich auf den Text unter I: DGB-Vorschlag. Da wollen wir beim DBG-Vorschlag bleiben.

Dann gab es einen weiteren, mündlich vorgetragenen Vorschlag, den Udo Lutz unterstrichen hat. Da geht es um die Frage, wie wir mit dem Thema Mindestlohn bei Langzeitarbeitslosen umgehen. Ihr wisst, dass ein Bestandteil des geltenden Rechts die Evaluation der Wirkung ist - auch bezogen auf die Zielgruppe Langzeitarbeitslose, aber auch auf andere, zum Beispiel unter 18-Jährige. Unsere Empfehlung ist das ist ja auch eine Selbstverpflichtung des Gesetzgebers , diese Evaluation abzuwarten und dann erneut in eine Debatte einsteigen. Das heißt, wir folgen nicht eurem Vorschlag, sondern sagen mit Blick auf das geltende Recht: Es ist sichergestellt, dass wir uns dieses Themas noch einmal annehmen werden.

Dann gab es den mündlich vorgetragenen Vorschlag von Rainer Schmeltzer, der sich mit der Höchstüberlassungsdauer befasste. Wir schlagen vor, ihn wie vorgetragen zu übernehmen. Da das aber ein ziemlich langer Satz ist, lese ich ihn gerne noch einmal vor:

Er heißt: Dabei müssen wir mittelfristig sicherstellen, dass die Höchstüberlassungsdauer nicht durch aufeinanderfolgende Einsätze wechselnder Leiharbeitnehmer auf Dauerarbeitsplätzen umgangen werden kann. Deshalb muss ausdrücklich geregelt werden, dass die Höchstüberlassungsdauer sich nicht auf den Arbeitnehmer bezieht, sondern auf den zu besetzenden Arbeitsplatz.

Das ist die Einfügung auf Seite 28, Zeile 44.

Aus meiner Sicht, liebe Genossinnen und Genossen, habe ich damit zu jedem Vorschlag ein Votum der Antragskommission vorgelegt. Deshalb, lieber Niels, könnten wir jetzt ins Abstimmungsverfahren gehen.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Gabriele, vielen Dank. - Ich glaube, es war sehr gut, das noch einmal so systematisch darzustellen. Wenn ich es richtig verstanden habe, sind bis auf den einen Antrag von Klaus Barthel alle Punkte die Zustimmung der Antragsteller vorausgesetzt von der Antragskommission übernommen worden. Das heißt, wir müssten diesen einen Punkt abstimmen. Wenn dazu von den Antragstellern noch einmal das Wort gewünscht wird, gibt es natürlich die Möglichkeit dazu. - Klaus, ist das eine Meldung? - Okay.

Klaus Barthel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt mich etwas kalt erwischt. Offensichtlich ist die Redezeit auf drei Minuten verkürzt wurden, ohne dass mir das klar war.

Bei der Passage mit den Flexibilitätskompromissen verzichten wir auf eine Abstimmung. Aber wichtig ist uns die Frage der Ausnahmeregelungen für Langzeitarbeitslose. Lasst mich das noch einmal sagen: Das ist eine brandgefährliche Geschichte vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte. Die Flüchtlinge werden, wenn sie länger da sind, Hartz IV bekommen. Sie sind dann Langzeitarbeitslose. Das heißt, sie alle haben

keinen Anspruch auf Mindestlohn. Das heißt, ein paar hunderttausend Menschen ohne Anspruch auf den Mindestlohn drängen auf den Arbeitsmarkt. Ihr könnt euch vorstellen, was das auf dem Arbeitsmarkt auslöst. Das können wir so nicht durchgehen lassen. Deswegen können wir auch nicht bis zur Überprüfung warten, sondern wir müssen Druck machen, damit diese Ausnahmeregelung sofort geändert wird - so schnell wie möglich.

(BEIFALL)

Wir müssen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten da eine deutliche Haltung einnehmen. Sollte es für die Flüchtlinge keine Ausnahmeregelung geben, würde das bedeuten, dass die Flüchtlinge womöglich besser behandelt werden als die Langzeitarbeitslosen, die schon da sind. Das geht erst recht nicht. Also lasst uns da eine klare Haltung einnehmen.

(BEIFALL)

Was wir noch beantragt hatten, was aber leider unter den Tisch gefallen ist, ist: Wenn wir für die Aus- und Weiterbildung durch die Tarifvertragsparteien Fonds bilden lassen wollen - das hat auch Simone Burger angesprochen -, dann brauchen wir dafür eine gesetzliche Grundlage. Ich bitte darum, das an der dafür passenden Stelle, die wir angeben haben, einzufügen. Denn wir können ohne gesetzliche Grundlage keine Fonds für Aus- und Weiterbildung bilden. Das ist einer der zentralen Punkte, die immer wieder in allen Sonntagsreden betont werden. Wenn es heißt, dass wir etwas für die Aus- und Weiterbildung, für die Digitalisierung und die Flüchtlinge tun müssen, dann tun wir das doch auch! Dann muss der Gesetzgeber handeln!

(BEIFALL)

Letzter Punkt - gleich vorweg -: Den Antrag zum Thema Union Busting, der noch im Antragsbuch steht, würden wir nicht gerne überweisen, sondern darum bitten, dass der Parteitag ihn annimmt. Denn das ist ein aktuelles Thema, das uns überall beschäftigt. Den können wir nicht einfach wegschieben.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Ich finde es gut, dass wir uns diese Zeit nehmen. Ich will aber darauf hinweisen: Wir sind jetzt in der Beratung. Die Reden waren eigentlich für vorher vorgesehen. - Jetzt hat Gabriele noch einmal für die Antragskommission das Wort.

Gabriele Lösekrug-Möller, Antragskommission: Ich finde Antragskommissionen gut, die sich von guten Argumenten überzeugen lassen. Deshalb sage ich: Klaus Barthel, wir nehmen dein Votum, was den Mindestlohn und Langzeitarbeitslose betrifft, an.

(BEIFALL)

Und, liebe Simone - das haben wir wirklich übersehen -, die Anregung, dass wir eine Regelung zu den Ausbildungsfonds brauchen, übernehmen wir auch.

(BEIFALL)

Den Antrag zum Thema Union Busting das man auch auf Deutsch sagen; dabei geht es wirklich um konsequente, konzipierte Attacken gegen Gewerkschaften und ihre Arbeit - empfehlen wir auch zur Annahme. Dann haben wir aber alles erledigt, was in den Bereich Arbeit gehört.

(BEIFALL)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Wunderbar! Gabriele, vielen herzlichen Dank. - Dann gehe ich jetzt davon aus, dass das mit den Antragstellern so in Ordnung geht und würde jetzt, Genossinnen und Genossen, über den Antrag IA 1, den Leitantrag, abstimmen lassen.

Damit wir Klarheit haben, will ich noch einmal fragen, ob es in Ordnung ist, dass wir mit dieser Abstimmung die gesamte Empfehlung zum Bereich Arbeitsmarktpolitik der Antragskommission mit abstimmen. Klaus, das bedeutet dann, dass der Union- Busting-Antrag zur Annahme empfohlen worden ist. Haben wir uns richtig verstanden? - Sehr schön.

Dann lasse ich jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Ich darf dazu um das Kartenzeichen bitten. - Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe eine Gegenstimme. - Gibt es Enthaltungen? - Dann sage ich herzlichen Dank an alle, die sich beteiligt haben. Bei einer Gegenstimme ist das so angenommen.

(BEIFALL)

Ich finde, das ist ein ganz tolles Ergebnis. Ich bedanke mich, dass wir eine so wichtige, konstruktive und gute Debatte gehabt haben. Ich glaube, Andrea, das ist eine gute Grundlage für die Fortsetzung deiner erfolgreichen Arbeit.

Jetzt darf ich an Anke übergeben.

ERGEBNIS DES 1. WAHLGANGS DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Niels. - Wir haben ein Wahlergebnis vorliegen, wie du eben angekündigt hast. Dazu erteile ich noch einmal Janne Herzog das Wort.

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch die Ergebnisse der Wahl der weiteren Mitglieder im Parteivorstand bekannt. Insgesamt sind 25 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Für eine Wahl im ersten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Abgegeben wurden 602 Stimmzettel. Davon waren 11 Stimmzettel ungültig, also sind 591 Stimmzettel gültig. Das notwendige Quorum im ersten Wahlgang liegt somit bei 296 Stimmen.

Ich gehe das Wahlergebnis alphabetisch durch:

Ahnen, Doris: 431 Stimmen - ist gewählt.

(BEIFALL)

Annen, Niels: 355 Stimmen - ist gewählt.

(BEIFALL)

Klaus Barthel - 229 Stimmen, nicht gewählt.

Katrin Budde - 330 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Udo Bullmann - 377 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Petra Crone - 386 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Ansgar Dittmar - 147 Stimmen, nicht gewählt.

Martin Dulig - 268 Stimmen, nicht gewählt.

Michaela Engelmeier - 348 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Elke Ferner - 308 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Peter Friedrich - 214 Stimmen, nicht gewählt.

Kerstin Griese - 387 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Michael Groschek - 415 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Hubertus Heil - 380 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Josip Juratovic - 133 Stimmen, nicht gewählt.

Natascha Kohnen - 256 Stimmen, nicht gewählt.

Anette Kramme - 263 Stimmen, nicht gewählt.

Gabriele Lösekrug-Möller - 427 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Heiko Maas - 492 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Christoph Matschie - 180 Stimmen, nicht gewählt.

Matthias Miersch - 401 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Florian Pronold - 237 Stimmen, nicht gewählt.

Armin Schild - 94 Stimmen, nicht gewählt.

Dagmar Schmidt - 371 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Carsten Sieling - 436 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

André Stinka - 334 Stimmen, gewählt

(BEIFALL)

Jan Stöß - 203 Stimmen, nicht gewählt.

Sascha Vogt - 205 Stimmen, nicht gewählt.

Ute Vogt - 312 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Dietmar Woidke - 340 Stimmen, gewählt.

(BEIFALL)

Damit sind 18 Mitglieder des erweiterten Parteivorstands gewählt. Sieben Mitglieder müssen demnach noch im zweiten Wahlgang gewählt werden, darunter mindestens eine Frau. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Janne, für den Bericht. - Ich würde jetzt gerne ein paar Vorschläge zum Verfahren machen, als Erstes aber noch mal die Frage an die richten, die jetzt gewählt worden sind, ob da jemand dabei ist, der die Wahl nicht annimmt. - Das ist offenkundig nicht der Fall. Damit sind die, die jetzt schon als gewählt festgestellt werden, definitiv auch die Gewählten.

Dann zum Zweiten der Hinweis, dass wir damit jetzt 18 gewählte Mitglieder haben und zwölf, die nicht gewählt worden sind. Mit Blick darauf, dass ja 25 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen waren, ergibt sich daraus die Notwendigkeit, noch einmal für sieben Beisitzerinnen und Beisitzer ein Votum auch abgeben zu müssen. Ich frage jetzt, ob wir noch einmal aufzählen müssen, wer jetzt unter den nicht Gewählten ist.

Wenn das nicht explizit gewünscht ist, würde ich des Weiteren die Frage ins Plenum richten, ob eine Unterbrechung durch die Delegationen gewünscht wird. - Ich sehe dazu ein entsprechendes Kopfnicken.

Insofern würde ich jetzt vorschlagen, dass wir dann tatsächlich eine kurze Unterbrechung des Parteitages vornehmen und in 20 Minuten, mithin also um 19.15 Uhr, den Parteitag an dieser Stelle fortsetzen.

(UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGES: 18.52 UHR BIS 19.15 UHR)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns bitte wieder beginnen. Ich sehe, dass doch ganz überwiegend wieder Platz genommen worden ist.

Zur Vorbereitung des zweiten Wahlgangs brauchen wir jetzt quasi auch das Ergebnis der Beratungen, damit auf dieser Grundlage dann der neue Stimmzettel angefertigt werden kann. Damit das auch ordnungsgemäß ist, bräuchte ich jetzt aus der Mitte des Plenums noch einmal die Zurufe, wer jetzt als Kandidat für den zweiten Wahlgang zur Verfügung steht. Ich rufe jetzt einfach die Namen auf, werde dann an dieser Stelle schon von mir aus dort, wo mir signalisiert worden ist, dass eine Kandidatur nicht weiter aufrechterhalten wird, das bekannt geben. Bei den übrigen bitte ich dann um einen entsprechenden Zuruf, ob eine Kandidatur weiterhin stattfindet oder ob sie gegebenenfalls zurückgezogen wird.

Ich beginne in alphabetischer Reihenfolge dazu mit Klaus Barthel. - Klaus Barthel kandidiert im zweiten Wahlgang.

Dann geht es in der Reihenfolge weiter mit Ansgar Dittmar. Er hat mir bereits signalisiert, dass er seine Kandidatur nicht weiter aufrechterhalten wird.

Als Nächster bei den Nichtgewählten ist Martin Dulig aufzurufen. - Er kandidiert im zweiten Wahlgang. Dann: Peter Friedrich? - Kandidiert.

Josip Juratovic? - Zieht für Peter Friedrich zurück.

Dann haben wir Natascha Kohnen. - Kandidiert im zweiten Wahlgang.

Dann haben wir noch Christoph Matschie. - Kandidiert weiterhin.

Anette Kramme? - Zieht zurück.

Dann haben wir noch Florian Pronold. - Kandidiert erneut.

Armin Schild hat mitgeteilt, dass er zurückzieht.

Dann haben wir noch Jan Stöß. - Kandidiert erneut.

Und Sascha Vogt? - Kandidiert ebenfalls erneut.

Auf dieser Grundlage werden wir jetzt einen entsprechenden Wahlzettel fertigen. Die Zwischenzeit wollen wir natürlich nutzen, um in unserem Programm weiter voranzukommen. Aus diesem Grunde rufe ich jetzt einen neuen Antragsbereich auf, der überschrieben ist mit „Demokratie stärken“. Das wird eingebracht von Yasmin Fahimi.

Bis sie am Rednerpult ist, nutze ich die Zeit, um darauf hinzuweisen, dass noch zwei weitere sehr wichtige Wahlgänge am heutigen Abend anstehen. Das ist zum einen die Wahl zur Schiedskommission und zum anderen auch noch die Wahl zur Kontrollkommission. Nach dem Antragsbereich „Demokratie stärken“ - das wäre auch noch zu erwähnen - kommen wir heute Abend noch zum Bereich „#Digital Leben“. Insofern

haben wir noch ein sehr ambitioniertes Programm. Aber wir versuchen natürlich, das gewohnt zügig abzu-
arbeiten.

Jetzt hat Yasmin das Wort. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

ANTRAGSBERATUNG: DEMOKRATIE STÄRKEN

Yasmin Fahimi: Liebe Genossinnen und Genossen! „Es geht auf Dauer nicht, dass die Hälfte der Nation vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.“ - Dieser Satz stammt von August Bebel aus dem Jahr 1895, einer Zeit, als es noch ein kühner Traum war, dass wir so etwas wie eine demokratische Bundesrepublik haben könnten oder - nebenbei bemerkt - einer Zeit, in der unsere Partei noch für das Frauenwahlrecht kämpfen musste.

Dieser Satz von August Bebel wird aber heute auf eine ganz andere Art und Weise traurige Wahrheit. Wir haben natürlich das formale Wahlrecht. Aber wir sind in einer Situation, in der nicht mehr alle von diesem formalen Wahlrecht überhaupt Gebrauch machen. Als Willy Brandt 1972 wieder zum Kanzler gewählt worden ist, hatten wir eine Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent. Bei der letzten Bundestagswahl waren es gerade einmal 70 Prozent. Bei Landtagswahlen, bei Oberbürgermeisterwahlen oder bei Landratswahlen sieht es noch düsterer aus.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen wieder deutlich machen, dass das Wahlrecht die Kraftquelle unserer Demokratie ist, das sie überlebenswichtig für unsere Demokratie ist. Wenn nur noch jeder Zweite oder Dritte zur Wahl geht, dann verliert unsere Demokratie an Legitimität. Sie verliert den Anspruch, alle Menschen zu vertreten. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist Gift für unsere Programmatik einer sozialen Demokratie.

(BEIFALL)

Lasst uns noch einmal anschauen, wer denn eigentlich den Wahlen fernbleibt. Es sind eben nicht satte zufriedene Beobachter oder kritische Geister, vermeintliche Intellektuelle, die von der Politik gelangweilt sind. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, Nichtwähler, das sind oft genug diejenigen, die nicht so gut ausgebildet sind, die nicht die beste Arbeit haben, die vielleicht eher in den Randbezirken unserer Städte und Gemeinden leben, in Hochhaussiedlungen, für die gute Schulen nicht selbstverständlich sind und für die Hochschulen zum Teil unerreichbar sind.

Mit anderen Worten, liebe Genossinnen und Genossen: Es sind unsere Leute, die dieser Wahl und diesem Prinzip fernbleiben.

Deswegen ist es unsere Aufgabe als SPD, dafür zu sorgen, dass Arbeit immer auch gute Arbeit ist, dass man von seinem Lohn leben kann, dass das Aufstiegsversprechen, das wir geben wollen, kein leeres Versprechen ist und dass Wohlstand für alle da ist. Das muss die Voraussetzung sein; denn wir leben in einer sozial gespaltenen Demokratie, in der Menschen das Gefühl haben, dass die Politik sie nicht erreicht und für sie nichts bewirkt, mit anderen Worten: dass wir die Zukunft, das Morgen, nicht in unseren eigenen Händen haben.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn diese Menschen nicht mehr zur Wahl gehen, dann droht unsere Demokratie zu scheitern; dann wird sie zu einem System, in dem Reiche das Sagen haben, weil die Armen zu Hause bleiben. Dafür hat August Bebel nicht gekämpft, und dafür haben wir nicht 152 Jahre lang gekämpft.

Wir haben deswegen im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Ich möchte mich noch einmal dafür bedanken, dass - lieber Ralf Stegner, liebe Christine Lambrecht, lieber André Stinka - ihr alle gemeinsam daran gearbeitet habt, dass wir in guter Teamarbeit jetzt einen Antrag vorlegen können auf der Grundlage einer gemeinsamen Analyse. Es wurden auch gute Beispiele in den Blick genommen, zum Beispiel Schweden, wo die Wahlbeteiligung auch heute noch sehr viel höher liegt.

Der Antrag, wie er euch vorliegt, sieht vor allem ein Ziel vor, nämlich dass es uns gelingen muss, Wahlen wieder stärker in den Alltag der Menschen zurückzuholen. Deswegen wollen wir zum ersten Hürden abbauen. Wir wollen Wahlwochenenden einführen, mobile Wahlurnen einführen, egal ob in Städten oder im ländlichen Raum. Wir wollen die Wahlen nicht nur einfacher machen, wir wollen sie vor allem zurückholen in den Alltag der Menschen. Wir wollen sichtbar machen, dass Wahl stattfindet. Wir wollen für Demokratie begeistern.

Für Demokratie begeistern müssen wir vor allem die junge Generation, die das Gefühl haben muss, dass diese Demokratie etwas ist, an der sie tatsächlich teilhat. Deswegen gibt es in diesem Antrag auch einen zweiten Bereich, nämlich das Heranführen an das Erlebnis Demokratie, indem wir Jugendparlamente stärken wollen, und zwar nicht nur als eine Spielwiese, sondern mit echten eigenen Befugnissen und eigenen Budgets; dass wir das Einüben von Wahlen in Schulen zum Beispiel mit den Juniorwahlen weiter fördern wollen - im Übrigen ein Projekt, das ihr euch auch hier im Ausstellungsbereich anschauen könnt. Und wir wollen in Modellprojekten, wie es Schleswig-Holstein schon vorbereitet, deutlich machen, dass das funktionieren kann, dass man die Hürden abbauen kann und Wahlen attraktiver machen kann.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich will euch auch sagen: Uns ist natürlich völlig bewusst, dass das Wählen gehen nicht einfach nur sozusagen ein technischer Baustein ist, sondern dass es natürlich um die richtige Haltung geht, dass es am Ende darum gehen muss, unseren Grundgesetzartikel 21 zum Leben zu erwecken, der nämlich sagt: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit. - Deswegen ist es wichtig, dass wir auch unsere eigene Partei konsequent weiter öffnen und modernisieren, mit der Nachbarschaftskampagne, aber zum Beispiel auch, wie wir es im Prozess „#Digital Leben“ gemacht haben; dass wir als Mitmachpartei dazu aufrufen, dass wir in unseren eigenen Reihen streiten und debattieren, aber dass wir tatsächlich auch etwas zu entscheiden haben. Wir wagen auch mehr Demokratie in unseren eigenen Reihen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist das Signal, das ausgehen muss von diesem Parteitag und - das hoffe ich schlicht und ergreifend - auch von diesem Antrag.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich euch darum, diesem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=hRHeDACTMbA&list=PL85IMmq0WVITNRtIcDpSYSxGb-6-7sOcs&index=13

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Yasmin. - Wir haben bislang zwei Wortmeldungen dazu vorliegen. Die erste Wortmeldung ging von Ralf Stegner aus, dann folgt Taner Ünalgan.

Ralf Stegner, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, die Yasmin Fakhimi, die die Arbeitsgruppe geleitet hat, hat euch dargestellt, warum wir das gemacht haben. Sie hat zu Unrecht in Teilen dafür öffentlich - wie soll ich sagen? - nicht das Maß an Interesse bekommen, das es eigentlich verdient hätte. Das liegt ein bisschen auch an uns selbst, und zwar deswegen, weil wir an Wahlabenden regelmäßig beklagen, wie niedrig die Wahlbeteiligung ist und dass das am meisten der SPD schadet. Regelmäßig beklagen wir das. Aber wenn wir dann darüber reden, was wir daran ändern können, dann zucken wir mit den Schultern oder finden es nicht wirklich wichtig.

Genossinnen und Genossen, wir können noch so gut sein mit unserer Politik: Wenn nicht genug Menschen wählen, um diese Politik mehrheitsfähig zu machen, dann nützt das alles nichts. Ihr kennt den schönen Satz: Erst kommt das Land, dann kommt die Partei. - Ich finde den Satz problematisch, denn er taugt nur etwas, wenn alle Parteien sich daran halten. Wenn nur wir uns daran halten, ist das irgendwie blöd. Da sollten wir nicht das olympische Motto wählen.

(BEIFALL)

Deswegen muss man sich einmal eine Frage vornehmen, die heute Vormittag gestellt worden ist, nämlich: Warum stimmen eigentlich drei Viertel der Bundesbürger unseren Vorstellungen zu guter Arbeit, zu gerechten Steuern, zu gerechter Bildung zu, aber nur ein Viertel macht am Wahltag das Kreuz für die SPD? Warum ist das so? Nicht, weil die Leute doof sind, auch nicht, weil sie das nicht verstehen würden, sondern in Teilen, weil sie glauben, es macht keinen Unterschied, ob man wählen geht oder nicht, in Teilen, weil es uns nicht gelungen ist, zu erklären, dass Demokratie nicht von alleine bleibt, in Teilen übrigens auch, weil sie uns, wenn wir bei ihnen an der Haustür klingeln, nicht abnehmen, dass wir nicht denken: „Gott sei Dank bin ich hier bald wieder weg und muss hier nicht wohnen“, sondern vielleicht denken könnten: Wir wollen etwas tun, damit das Leben, das du da führst, vielleicht besser wird; damit du das realisierst, musst du es wichtig finden, zu wählen.

Einen Punkt will ich auch noch ansprechen - Yasmin ist darauf eingegangen -: Niedrige Wahlbeteiligung heißt: Naziparteien, Idiotenparteien, Rechtspopulisten kommen in die Landtage und am Ende in den Bundestag. - Uns nutzen alle markigen Reden gegen recht nichts, Genossinnen und Genossen, wenn wir apathisch zugucken, wie die Wahlbeteiligung sinkt und die reinkommen.

(BEIFALL)

Wenn die anderen Parteien ein bisschen lustlos diese Geschichte mit begleiten, dann ist das demokratietheoretisch schon ein Problem, weil eigentlich auch andere demokratische Parteien begreifen können müssten, dass Demokratie nicht von alleine bleibt. Aber warum tun die das? Ich will es euch sagen: Weil sie genau wissen, dass jedes Zehntel mehr Wahlbeteiligung der SPD nützt. Nun kann man von anderen Parteien nicht verlangen, dass sie der SPD nützen wollen - also jedenfalls nicht primär. Aber dann heißt das doch für uns, dass wir die anderen auffordern, sich öffentlich vor diese Demokratie zu stellen, aber dass wir etwas dafür tun.

Genossinnen und Genossen, ich habe zu vielem - Yasmin hat das häufig in der Presse vertreten - gehört: Ach, diese Technik. Das hat doch mit technischen Dingen nichts zu tun. Vielleicht sind die Leute ja auch ganz zufrieden und wählen deshalb nicht. - Das ist übrigens großer Unsinn. Umfragen zeigen, dass es nicht an der Zufriedenheit liegt. Vielmehr liegt es teilweise daran, dass sie glauben, wir unterscheiden uns nicht genug.

Dazu könnte man Beiträge leisten, dass wir uns mehr unterscheiden, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber auf die technischen Dinge will ich noch einmal eingehen. Selbst wenn sie nicht das Allheilmittel sind, selbst wenn es politische Gründe sind, können sie doch ein bisschen nützen. Wir wählen in Deutschland teilweise wie vor 100 Jahren. Ich kann nicht erkennen, dass in den Kommunen richtig offensiv für Wahlen geworben wird, dass ausgeschildert wird: Gehen Sie da bitte hin. - Was ich aber mitkriege, ist, dass die sagen: In unserem Ort für eine Erotikmesse plakatieren, das machen wir, aber bitte nicht den Ort mit Parteiplakaten verschandeln. - So etwas gibt es in den Dörfern.

(BEIFALL)

Oder sie sagen: Bitte nicht in öffentlichen Veranstaltungsräumen, es könnten ja auch Nazis kommen. - Ja, klar könnten auch Nazis kommen! Das muss man anderweitig verhindern. Aber man muss doch die öffentlichen Räume zur Verfügung stellen.

(BEIFALL)

Oder sie sagen: Bitte keine Parteipolitik in der Schule. - Genossinnen und Genossen, wer so blöd ist, in eine Schule zu gehen und dort platte parteipolitische Propaganda zu machen, dem ist nicht zu helfen. Erwachsene Schüler wählen so jemanden jedenfalls nicht.

Aber Parteien sind nicht Schmuttelkinder, sondern sie wirken mit an der politischen Willensbildung. Deswegen gehören sie in die Schulen, und zwar nicht nur zu Wahlkampfzeiten, sondern um für Demokratie zu werben.

(BEIFALL)

Deswegen finde ich alles, was formale Hürden sind, die darin bestehen, dass sie in den Kommunen nicht so richtig wollen, in den Schulen und anderswo, und da muss man auch mal ein klares Wort in Richtung Presse sagen. Das will ich hier mal deutlich tun. Auch bei der Presse ist es in manchen Regionen so: Wahrscheinlich in keinem der Wahlkreise, die ihr vertretet, aber ich höre, dass es Wahlkreise gibt, wo gesagt wird: Nein, über Wahlkampf berichten wir nicht, oder höchstens zwei Mal. Oder nur die Ankündigung, aber nicht den Bericht. Oder höchstens pro Partei irgendwie eine bestimmte Anzahl. - Genossinnen und Genossen, worüber sollen Zeitungen denn bitte berichten, wenn nicht über die Frage, wie wir das Land voranbringen? Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(BEIFALL)

Ich finde, da haben die Medien eine Verantwortung, an die wir sie auch erinnern müssen. Wir haben nämlich etwas zu verlieren. Übrigens: Auch die Medien leben davon, dass wir unsere Demokratie nicht schwächen. Da sitzen wir irgendwo in einem Boot miteinander, was dieses Thema angeht.

(BEIFALL)

Insofern sind all die Vorschläge, selbst wenn sie klein sind, selbst wenn sie manchmal vielleicht auch ein bisschen eigentümlich wirken. Zum Beispiel das mit den mobilen Wahllokalen. Das will ich auch noch mal kurz erklären: Die, die ins Rathaus gehen, um ihre Stimme vorzeitig abzugeben, weil sie am Wahltag nicht da sind, sind die Hochmotivierten, die das auf jeden Fall tun. Es gibt aber ganz viele, die sind nicht so hochmotiviert. Und wenn da ein Wahlbus eben - das Rathaus dann - zu dem Altenheim oder zu bestimmten zentralen Orten kommt, die angekündigt sind, dann kann das doch nur nützen und nur helfen, und dann sollten wir das auch tun. Und das geht heute mit den technischen Mitteln, die wir haben, auch unproblematisch.

Kurz und gut: Ich merke ja, ich habe nur einen Teil eurer Aufmerksamkeit. Das liegt wahrscheinlich nicht nur an mir, sondern auch am Abend und an den Aufregungen des Tages. Trotzdem erbitte ich eure Aufmerksamkeit weniger für meine Rede, aber für die Sache. Macht euch das zu Eigen. Es schadet nichts, wenn das, was der Demokratie nutzt, auch der SPD nutzt. Ich finde, es kommt eigentlich gut zusammen, wenn man es genau sieht.

(BEIFALL)

Deswegen sollten wir das gemeinschaftlich unterstützen, diesen Antrag unterstützen, in den Parlamenten dafür sorgen, in den Landesparlamenten, dass man eine Initiative macht. Ich habe das in Schleswig-Holstein losgetreten und habe am Ende außer den Piraten alle dazu bekommen, dabei mitzumachen. Das ist doch nicht schlecht. Wir haben bestimmte Dinge im Regelwerk schon verändert. Das kann doch nur nützen. Macht das in euren Landtagen bitte auch, da, wo ihr das könnt. Da, wo wir im Bund etwas zusammen ändern können, sollten wir das auch tun.

Also herzliche Bitte: Unterstützt das. Alles, was Yasmin hier vorgetragen hat, ist zutreffend. Man kann dazu nur Ja sagen. Tut das bitte und macht mit. - Vielen herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ralf. - Als Nächstes hat das Wort Taner Ünalgan.

Taner Ünalgan, Nordrhein-Westfalen: Lieber Ralf, du hast gerade von vielen kleinen Dingen gesprochen, die dieser Antrag beinhaltet, viele kleinere Vorschläge, die, alle zusammengenommen, die Wahlbeteiligung in Deutschland erhöhen sollen. Dabei ist der wichtigste Punkt, den du angesprochen hast, und der wichtigste Punkt, der mit diesem Antrag auf dem Tisch des Bundesparteitags liegt, dass wir uns als Sozialdemokraten damit beschäftigen, wie wir die Demokratie stärken können, und das ist die Grundlage dafür, dass es in Zukunft wieder überhaupt oder überhaupt noch die Demokratie geben kann in Zeiten der rechten Parteien, die in Europa erstarben, in der gesamten Europäischen Union und darüber hinaus. Deshalb will ich nur einige wenige Worte dazu sagen, denn es ist aus meiner Sicht klar, dass wir das unterstützen.

Gerade für uns muss, glaube ich, klar sein und ist es auch - ich glaube, im Gegensatz zu anderen Parteien -, dass Demokratie keine Veranstaltung sein darf für die Vermögenden und Spitzenverdiener dieser Gesellschaft, sondern dass Demokratie das sein muss, wo gerade die Leute sich angesprochen fühlen, denen es vielleicht noch besser gehen muss, wofür wir kämpfen, und dass Demokratie etwas ist, wofür die SPD steht, ein Aufstiegsversprechen sozusagen durch die SPD, und dass wir auch wieder Zukunftsoptimismus als Politik insgesamt, aber gerade als SPD verbreiten müssen. Es ist ja auch so, dass in Untersuchungen - und das ist

uns bekannt - klar geworden ist, dass je niedriger die Bildung, je geringer das Einkommen ist, je auswegloser die eigene Situation ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Wählerinnen und Wähler zu Hause bleiben, und da ist es nicht gerecht, wenn man Wahlen nach Sozialstruktur macht, sondern Wahlen müssen für alle Menschen da sein.

(BEIFALL)

Wenn wir Demokratie verstehen als etwas, woran ständig gearbeitet werden muss, als etwas, was ständig bedroht ist, was gerade heute ständig bedroht ist, dann steht es uns gut an - jedem Einzelnen, jeder Einzelnen von uns hier vor Ort -, dass wir uns ständig streiten mit den Leuten, auch mit den Leuten, die überhaupt nicht bei der Rechten sind, aber die überhaupt noch fragen: „Wofür sollen wir denn wählen?“ Das bedeutet dann auch, dass man Politik in die Fläche tragen muss und dass das nicht eine Teilzeitbeschäftigung ist.

Insofern ist es so, dass die SPD immer - gerade die SPD - die Partei war, die für die Demokratie gekämpft hat, manchmal sogar wortwörtlich gekämpft hat, und es steht uns verdammt gut zu Gesicht, dass wir das heute wieder tun und weiter tun und immer weiter tun, weil es nicht so ist, dass die soziale Ungleichheit Halt macht vor der politischen Teilhabe, sondern sie bedroht auch die kulturelle Teilhabe, die soziale und die ökonomische und dann eben auch die politische Teilhabe. Es kann nicht sein, dass Menschen, die abgehängt sind, politisch abgehängt sind, nicht mehr partizipieren. Ich bin froh, dass wir als SPD uns damit beschäftigen, wie wir die Demokratie wieder stärken können. - Vielen Dank und Glück auf!

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank für den Redebeitrag. - Als Nächstes hat Can Deniz Bolat das Wort. Ich darf sagen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Insofern würde ich damit auch die Rednerliste schließen.

Can Deniz Bolat, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen, zurzeit haben wir es in Deutschland mit einer immer stärker sinkenden Wahlbeteiligung zu tun. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies damit zu tun, dass sich immer mehr Menschen von der Politik nicht ernstgenommen fühlen. Gleichzeitig denken immer mehr Menschen, dass ihre Stimme eh nichts ändern würde. Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die älteste Partei in Deutschland, aber wir schrecken - im Gegensatz zu den anderen Parteien wie der CDU, aber auch der CSU - nicht davor zurück, Mitgliederbefragungen durchzuführen. Darauf können wir stolz sein. Warum sollten wir als Partei, die Mitgliederbefragungen durchgeführt hat und durch die hohe Wahlbeteiligung auch positive Erfahrungen gemacht hat, dies nicht unterstützen? Beispielsweise Volksscheide auf Bundesebene.

(BEIFALL)

Ich denke, dass wir uns als moderne Partei auch für neue Möglichkeiten der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger öffnen sollten. Dies wäre eine gute Möglichkeit, um dies zu erreichen.

Wir müssen aber auch an den Schulen anfangen, Schülerinnen und Schüler auf ihr Recht aufmerksam zu machen, wählen zu gehen, und wie wichtig es eigentlich ist, überhaupt wählen zu gehen. Man könnte beispielsweise Aktionstage oder Planspiele durchführen. Ich persönlich bin Schüler, und bei mir wurde das

beispielsweise nie getan. Zum Glück bin ich bei der SPD gelandet und weiß, wie wichtig es ist, überhaupt wählen zu gehen.

(BEIFALL)

In vielen Städten gibt es auch Jugendparlamente. Das finde ich auch gut so. Aber unser Anspruch als politische Vereinigung sollte es ja sein, die jüngeren in der Gesellschaft an uns heranzuziehen und nicht an die Jugendparlamente. Das ist zwar eine gute Möglichkeit, aber nur ein Zwischenschritt, um das zu erreichen.

(BEIFALL)

Sie, die Jüngeren, sind - ich beende gleich - die Zukunft der Gesellschaft und sollen einen großen Teil unserer Partei ausmachen. Um das zu ermöglichen, ist es unumgänglich, unsere Partei attraktiver zu gestalten, zum Beispiel dadurch, dass man in den Städten oder Kreisräten auch mal den Jüngeren den Vortritt lässt. Auf der anderen Seite müsste dann die Jüngeren die Kritik der Älteren respektieren, die viel mehr Erfahrung haben. Ich glaube, dass dies ein gutes Zusammenspiel zwischen Älteren und Jüngeren in unserer Partei wäre. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Damit sind wir am Ende der Aussprache. Wir kämen dann jetzt auch zur Abstimmung dieses Blocks. Dazu wird André Stinka für die Antragskommission sprechen. Seinen Weg will ich noch nutzen, um einen außerordentlich wichtigen Zeithinweis an alle Delegierten zu geben.

Wir haben auch für den morgigen Tag noch einen überaus ambitionierten Zeitplan, und wir wollen natürlich auch hinreichend Raum für alle notwendigen Debatten geben. Es gab bereits einmal ein Papier mit einem Hinweis zur Anfangszeit morgen früh, das auf dem Tisch ausgelegt worden ist. Dort stand ohnehin schon irrtümlicherweise eine Uhrzeit, nämlich 10 Uhr. Es war nie wirklich geplant, um 10 Uhr zu beginnen, sondern geplant war immer ein Beginn um 9 Uhr.

Aufgrund dessen, dass wir auch morgen wirklich ausreichend Zeit für die Wortbeiträge ermöglichen wollen, haben wir uns im Präsidium darauf verständigt - auch wenn man sich mit der Botschaft heute Abend vielleicht nicht mehr ganz beliebt macht -, dass wir morgen früh um 8.30 Uhr beginnen wollen. Ich glaube aber, dass das auch im Interesse derer ist, die auch die morgigen Anträge noch ordnungsgemäß beraten wollen, ohne dass diejenigen, die entsprechend gebucht haben, mit ihren Delegationen schon abreisen müssen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das jetzt noch einmal sagen, solange möglichst viele hier im Raum sind. Nehmt das bitte auch mit in eure Delegationen, soweit der eine oder andere Parteitagsgedlegierte jetzt schon nicht mehr hier anwesend ist. Also, der Hinweis lautet: Morgen starten wir nicht, wie ursprünglich einmal ausgeteilt und vorgesehen, um 10 Uhr und auch nicht um 9 Uhr, sondern um 8.30 Uhr. - Jetzt hat die Antragskommission das Wort.

André Stinka, Antragskommission: Vielen Dank. - Bevor wir in den Antragsabschluss gehen, möchte ich mich auch bei Yasmin Fahimi für die Initiative bedanken. Viele reden über sinkende Wahlbeteiligungen, viele beklagen sich darüber. Es ist aber wieder einmal die Sozialdemokratie, die sich dieser Frage annimmt,

und ich weiß noch, wie die Medien reagiert haben. Auf der anderen Seite weiß ich auch, wie die anderen Parteien uns nach und nach gefolgt sind.

Wir kommen nun also zur Abstimmung über den Initiativantrag IA 3. Das Votum der Antragskommission lautet: Annahme in der geänderten Fassung.

Auf Seite 817 könnt ihr in der rechten Spalte fettgedruckt eine Ergänzung feststellen, die ich hier noch einmal vorlese:

„Die Ausweitung der zeitlichen Möglichkeiten zur Stimmabgabe muss begleitet werden durch eine Initiative zur Regelung der Veröffentlichung von Wahlumfragen. Es muss sichergestellt werden, dass diese die Wahlentscheidung nicht beeinflussen.“

Wenn Ihr dieser Ergänzung zustimmen könnt, die bereits in den Antragsunterlagen vermerkt ist, dann würde ich hier für den Gesamtantrag um euer Votum bitten. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? - Gibt es Gegenstimmen? - Vielen Dank.

Dann gibt es noch einen weiteren Hinweis: Die Anträge W 1 bis W 3 sind durch die Annahme des Initiativantrages 3 angenommen. Gibt es hierzu Einwände? - Dann lasse ich auch hierüber abstimmen. Wer mit diesem Verfahren so einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Danke sehr.

Damit ist der Vorgang abgeschlossen.

2. WAHLGANG ZUR WAHL DER WEITERERN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Damit haben wir auch diesen Bereich abgearbeitet.

Wir haben die Zeit genutzt. Zwischenzeitlich ist der Stimmzettel für den zweiten Wahlgang bei der Wahl der weiteren Mitglieder für den Parteivorstand erstellt worden. Ich gehe einmal davon aus, dass jetzt alle Helferinnen und Helfer bereitstehen, und bitte, dass mit dem Austeilen der Stimmzettel begonnen wird. Die Zwischenzeit nutze ich, um noch einmal ein paar Hinweise zu geben.

Euch wird jetzt ein lilafarbener Stimmzettel ausgeteilt werden, auf dem acht Kandidatinnen und Kandidaten vermerkt sind. Diesen Stimmzettel versteht ihr bitte mit der Kontrollmarke 7. Nur wenn ihr ihn mit der Kontrollmarke 7 versehen habt, ist er auch tatsächlich gültig. - Jetzt also bitte die Kontrollmarke 7 aufbringen!

Als weitere Voraussetzung, damit die Stimmabgabe gültig ist, der Hinweis von mir: Es können jetzt noch höchstens sieben Stimmkreuze gemacht werden - das ist jetzt nämlich die Zahl, die aufgrund der Höchstzahl des Parteivorstandes noch möglich ist -, und es müssen mindestens vier sein.

Im zweiten Wahlgang sind dann die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, soweit die Quote nicht verletzt wird. Damit die Quote eingehalten wird, ist es notwendig, dass noch eine Frau gewählt wird.

Noch einmal die Fakten: Kontrollnummer 7, höchstens sieben, mindestens aber vier Kreuze.

Gibt es noch Klärungsbedarf? - Gebt bitte ein Handzeichen in Richtung der Helferinnen und Helfer, wo noch Stimmzettel gebraucht werden. - Fehlen noch irgendwo Stimmzettel? Wenn ja, dann bitte ich um ein Handzeichen. - Sind jetzt alle mit Stimmzetteln versorgt? - Das ist der Fall.

Dann noch einmal der Hinweis: Kontrollmarke 7, höchstens sieben, mindestens aber vier Kreuze.

Wenn die Stimmabgabe erfolgt ist, bitte ich darum, dass wir mit dem Einsammeln der Stimmzettel beginnen. - Gebt mir im Saal bitte ein Zeichen, wo noch Stimmzettel einzusammeln sind, und ich bitte die Zählkommission auch, hier oben auf dem Podium vorbeizukommen, da auch hier noch Stimmzettel einzusammeln sind. - Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? - Das ist der Fall.

Damit schließe ich diesen Wahlgang.

Ich darf mich herzlich bedanken und gebe die Sitzungsleitung weiter an Doris Ahnen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Anke hat schon darauf hingewiesen, dass wir morgen ab halb neun tagen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass ihr bitte auch in euren Delegationen kommuniziert, dass wir morgen früh um halb neun beginnen. Das hat einfach etwas damit zu tun, dass wir den Debatten - auch den europapolitischen - einen entsprechenden Raum einräumen wollen. Also, morgen früh geht es um halb neun weiter. - Bitte plant ein - ihr habt es heute ja auch gemerkt -, dass ihr ein bisschen Zeit durch die Sicherheitsschleuse braucht.

Wir versuchen, euch heute möglichst schnell durch den Rest des Abends zu schleusen. Das hängt auch ein bisschen von eurer Mitarbeit ab.

Wir haben uns vorgenommen, dass wir heute Abend noch den Antragsbereich „DigitalLeben“ erledigen, die Wahlen der Bundesschiedskommission und der Kontrollkommission durchführen und im Bereich der satzungsändernden Anträge über das Thema Doppelspitze entscheiden wollen. - Das wäre dann auch das Programm für heute Abend, sodass man, wenn wir das irgendwie konsequent hinbekommen und miteinander machen, auch noch zu einer halbwegs vernünftigen Zeit auf den Parteiabend kommt. Ich hoffe, dass ihr damit einverstanden sein könnt.

Ich schlage vor, dass wir nun in den Bereich „DigitalLeben“ einsteigen, da es mit den Stimmzetteln für die nächste Wahl noch einen Moment dauert. - Ich freue mich ganz besonders, dass ich Lars Klingbeil und Gesche Joost auf die Bühne bitten darf, die uns jetzt in diesen Bereich einführen werden.

(BEIFALL)

Lars Klingbeil: Liebe Genossinnen und Genossen, wir probieren es, diesen Antrag jetzt ein bisschen anders zu präsentieren. Wir haben ein paar Folien vorbereitet.

Gesche Joost: Total digital dieses Internet! Ich sage es euch: Das wird kommen!

Lars Klingbeil: Wir versprechen euch auch: Wenn wir diesen Antrag „DigitalLeben“ beschließen, wenn wir ihn alle gelesen haben und wenn wir ihn als Partei leben, dann klappt es beim nächsten Mal auch mit den Onlinewahlen hier auf dem Parteitag!

Gesche Joost: Wir alle haben schon viel davon gehört und gelesen. Wir sprechen alle über autonomes Fahren, über Industrie 4.0. Die Digitalisierung verändert vieles an unserem Leben und auch unseren Alltag.

Ich habe ein Bild aus meinem Forschungslabor an der Universität der Künste mitgebracht. Das ist ein Bild von Wearables, also von intelligenter, vernetzter Kleidung. Das funktioniert so: Man nimmt einen Pulli aus dem Schrank und klebt einen Minicomputer, einen Mikrocontroller darauf. Dieses Ding kommuniziert dann mit dem Handy. Ich muss zugeben, die Batterie ist noch ein bisschen groß. Aber sonst funktioniert das schon ganz gut. Man kann damit zum Beispiel eine Notruf Funktion für Schlaganfallpatienten implementieren. Wenn man allein zu Hause lebt und vielleicht stürzt und Hilfe braucht, dann kann man mit einem solchen

intelligenten Pulli ganz schnell Hilfe rufen.

Da kommt also ziemlich viel auf uns zu. Aber vieles ist auch noch ungeklärt, und es bleiben viele offene Fragen, was man zum Beispiel mit den Daten macht, was das für uns technologisch und für die digitale Souveränität bedeutet. Deswegen haben wir gemeinsam den Prozess „DigitalLeben“ gestartet.

Lars Klingbeil: Das ist ein Prozess, den Sigmar Gabriel vor anderthalb Jahren angeregt hat. Wir haben ihn dann umgesetzt. Unser Anspruch als SPD im Prozess „DigitalLeben“ war, dass wir sagen: Wir wollen die Chancen des Internets in den Vordergrund stellen. Wir wollen das annehmen. Wir wollen das gesellschafts-politisch gestalten. Wir sagen, alle Politikfelder verändern sich durch das Internet. Wir wollen das gerne in der Partei diskutieren und wollen die erste Partei sein, die ein digitales Grundsatzprogramm verabschiedet. Wir haben dafür einen Programmbeirat eingesetzt.

Ihr könnt hier auf der Folie sehen: Wir hatten ganz viele Arbeitsgruppen. Ganz viele haben mitgeholfen, die anderthalb Jahre lang im Programmbeirat, auf Barcamps, in vielen Veranstaltungen, die wir vor Ort gemacht haben, dieses Programm mitgestaltet haben, das wir heute verabschieden wollen.

Gesche Joost: Wir haben auch viele neue Beteiligungsformate ausprobiert. Wir haben das Ganze also auch gelebt - nicht nur thematisch, sondern auch als Formate neu gelebt. Wir haben eine Adhocracy-Plattform eingerichtet, wo sich mehrere 100 Akteure mitbeteiligt haben, mitkommentiert haben, auch kritisch zu den kritischen Punkten diskutiert haben, wie Vorratsdatenspeicherung, wie Netzneutralität, aber auch wie digitale Souveränität und Datenschutz. Wir hatten auch ein Format, wo wir 100 Köpfe mit 10 Fragen befragt haben. Das seht ihr auf der Website „DigitalLeben“, wo wir ganz viele Meinungen eingeholt haben. Das war ein sehr mutiger und offener Prozess, der uns sehr viel Spaß gemacht hat und der viele neue Anregungen gebracht hat.

Lars Klingbeil: Das sind acht Kapitel, die ihr in dem Antrag „DigitalLeben“ findet. Wir wollen kurz mit den Schwerpunkten durch die Kapitel hindurchgehen.

Das erste ist der Bereich Wirtschaft. Wir wollen, dass Innovationen hier in Deutschland stattfinden können. Wir beschreiben, wie wir uns Industrie 4.0, also das Zusammenbringen von Mittelstand, von Industrie und von Gründerkultur vorstellen.

Wir beschreiben als Zweites, wie wir Start-Ups hier in Deutschland stärken wollen: über Bürokratieabbau, über Wachstumsfinanzierung.

Das dritte wichtige Kapitel bei Wirtschaft ist, dass wir Plattformen endlich regulieren wollen und auch wollen, dass dort soziale Standards herrschen.

Gesche Joost: Ein zweiter Bereich ist gute digitale Arbeit. Darüber wurde hier schon viel diskutiert. Wir haben hier wirklich die Chance, zu setzen, dass digitale Arbeit das neue Normale ist. Das ist nicht nur etwas für Nerds und Softwareentwickler, sondern es betrifft ganz unterschiedliche Bereiche. Selbst der Dachdecker wird heute schon und in Zukunft noch stärker 3D-Modelle vom Dach entwickeln, wird über die Wetter-App schauen, wann man am besten das Dach deckt, wird kollaborativ an diesen Plänen weiterarbeiten. Das heißt, das ist nicht ein digitales Eliten-Phänomen.

Wir haben hier ganz große Chancen, wenn wir Wissensarbeiter stärker einbeziehen, wenn wir die So-lo-Selbstständigen stärken, wenn wir Leitlinien für gute digitale Arbeit deklinieren und modulare soziale Sicherungssysteme schaffen. Denn wir brauchen diese Flexibilität für die neuen Formen des Arbeitens, die mobiler sind, die flexibler sind. Hier haben wir ganz große Chancen, sozialdemokratische Politik zu machen, Mitbestimmung auch auf digitalen Plattformen zu stärken und ein lebenslanges Lernen und Sich-Weiterentwickeln zu implementieren, damit wir die Chancen hier weiter nach vorne bringen.

Das ist auch das nächste Thema. Diese Chancen des digitalen Lernens müssen auch in der Schule anfangen. Hier ist ein Bild, wie zwei Mädchen während der Code Week das ist eine Woche Programmieren für Kinder und Jugendliche in ganz Europa aus Orangen ein kleines Klavier basteln. Das kann man mit dem Makey Makey machen. Das kostet 30 Euro und macht auch Großen ganz großen Spaß. Das ist ein Beispiel dafür, dass man kreativ programmieren kann.

Wir wollen heute die Familien nicht allein lassen in der Frage, wie man Kinder und Jugendliche in das Digitale begleitet. Wir wollen auch in der Schule nicht mehr den letzten Hort des Analoges sehen, sondern ganz stark neu gestalten, wie man kreativ auch mit Technologien umgehen kann. Wir müssen die Lehrer trainieren. Wir müssen die Ausstattung verbessern, aber auch eigene Geräte zulassen. Das nennt sich dann „bring your own device“. Da kann man sehr viel machen.

Wir müssen neue Formen der Kombination des digitalen Lernens und Lernens gemeinsam mit analogen Formen zusammen zu einer neuen Kombination führen. Dabei müssen wir auf jeden Fall im Ranking der Europäischen Union aus dem letzten Drittel nach oben kommen. Wir sind beim Thema Digitales wirklich abgeschlagen. Da haben wir eine ganz große Chance, eine kluge, moderne Bildungspolitik sozialdemokratisch zu bestimmen.

(BEIFALL)

Lars Klingbeil: Die Veränderung des Staates ist das nächste Kapitel, das wir aufgeschrieben haben. Wir sagen: Der Staat verändert sich durch die Digitalisierung. Wir wollen auch das positiv gestalten. Wir wollen endlich eine Open-Data-Strategie, dass Daten, die der Staat sammelt, wirklich veröffentlicht werden. Wir wollen, dass die Verwaltung modernisiert wird. Wir sagen auch: Wir brauchen mehr Partizipation und Teilhabe. Das wird durch das Internet möglich. Es wird möglich, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder stärker an den Staat heranrücken, dass wir die Verbindung zwischen Staat und Bürgern stärken. Dafür bietet die Digitalisierung eine sehr große Chance.

Der nächste Bereich, den wir aufgeschrieben haben, ist „Kultur und Medien“.

Gesche Joost: Kultur und Medien - das heißt, auch Hunde werden demnächst online sein. - Nein, das heißt es nicht. Aber ich habe geguckt, ob ihr aufgepasst habt. Anscheinend nicht! - Hunde sind also nicht online, sondern dieses Bild soll zeigen, dass es E-Books neben gebundenen Büchern geben wird, dass es Spotify neben CDs geben wird. Es wird große Herausforderungen für uns bedeuten, neue Geschäftsmodelle in dieser Vielfalt der Medien zu entwickeln.

Das Urheberrecht ist ein wahnsinnig heißes Thema. Ihr habt vielleicht mitbekommen, dass die Europäische Kommission gerade vorgestern eine neue Initiative gegen Geoblocking ins Leben gerufen hat, dass man die

Inhalte, die man gekauft hat, also einen Film, den man gekauft hat, vielleicht auch auf seiner Urlaubsreise in Paris oder in London anschauen kann, also dass wir nicht mit Ländergrenzen im Internet arbeiten.

Wir wollen den fairen Ausgleich der Vergütung hinbekommen. Aber wir wollen auch neue Geschäftsmodelle fördern. Das gilt auch für den publizierenden Bereich und auch für neue journalistische Formate der Berichterstattung.

Gleichzeitig setzen wir uns aber für einen Erhalt der Buchpreisbindung ein, um die Vielfältigkeit unseres kulturellen Ausdrucks zu sichern.

Die Digitalisierung von Kunst und Kulturgütern wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen. Dafür haben wir ein gutes Programm geschrieben.

Den letzten Punkt, den ich noch vorstelle, ist das Thema Big Data. Darüber wurde auch schon viel diskutiert.

Wir brauchen eine ganz kluge und abgestimmte Datenpolitik. Ich habe ein Bild mitgebracht, das wir zusammen mit dem EU-Kommissar Ansip gezeichnet haben. Das ist der digitale Single Market auf einer Serviette. Man kann ihn durchaus sehr schnell und kurz beschreiben. Er beschreibt die Komplexität der Datenflüsse. Die Zielsetzung auf europäischer Ebene ist ja, einen wirklich freien Fluss der digitalen Güter, aber auch der physischen Güter hinzubekommen.

Big Data wir wissen das alle ist die Analyse großer Datenmengen. Sie stellt uns vor Herausforderungen, was unsere digitale Souveränität angeht. Können wir eigentlich noch mündig entscheiden, was mit unseren Daten passiert? - Das wollen wir erreichen. Dafür wollen wir uns einsetzen. Wir wollen einen Transparenzgrundsatz durchsetzen, sodass ich weiß, was mit meinen Daten passiert, sodass ich widersprechen kann, sodass ich ein Recht auf Anonymisierung der Daten habe, sodass ich ein Recht darauf habe, dass meine Privatsphäre geschützt wird. Gleichzeitig wollen wir uns aber für neue datengetriebene Geschäftsmodelle einsetzen, sofern sie auf anonymisierten Daten beruhen. Denn da ist ein riesengroßes Wirtschaftspotenzial, das wir ganz stark in Deutschland nach vorne bringen müssen, wo bisher noch einiges brachliegt.

Lars Klingbeil: Ich komme zu den beiden letzten Kapiteln. Eines haben wir noch, das sich mit digitaler Infrastruktur beschäftigt.

Wir haben jetzt in der Bundesregierung den Breitbandausbau durchgesetzt: bis 2018 50 MBit. Aber wir wissen eigentlich heute schon, dass das längst nicht reicht.

Ich will hier positiv Malu Dreyer und das Land Rheinland-Pfalz erwähnen, die ja sagen: Wir müssen viel, viel mehr als 50 MBit machen und sind auch daran.

Wir alle wissen heute eigentlich auch, dass wir eine Glasfaserstrategie brauchen. Wenn wirklich Digitalisierung stattfinden soll, muss das noch viel mehr sein. Auch das schreiben wir im Programm auf.

Ein zweiter wichtiger Punkt bei der Infrastruktur ist die Frage der Störerhaftung. Wir sagen, es muss endlich offene WLAN-Netze in Deutschland flächendeckend geben. Daran arbeiten wir gerade. Auch das ist ein wichtiger Punkt in diesem Kapitel.

(BEIFALL)

Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit der internationalen Ebene. Wir alle haben durch die NSA verstanden, dass wir etwas zum Schutz unserer Daten tun müssen. Wir müssen international zusammenarbeiten. Wir haben im Koalitionsvertrag schon festgeschrieben: Wir brauchen ein Völkerrecht des Netzes. Wir müssen an der Cyber-Außenpolitik arbeiten, so wie Frank-Walter Steinmeier das schon heute im Auswärtigen Amt tut.

Wir brauchen eine europäische Strategie, wenn es um Datenschutz usw. geht.

Das waren die acht Kapitel, die Gesche und ich euch kurz vorstellen wollten.

(BEIFALL)

Ganz zum Ende will ich sagen: Das war ein anderthalbjähriger Prozess, in dem wir mit vielen Menschen zusammenarbeiten durften. Das hat wirklich Spaß gemacht. Und ich möchte dir, Gesche, die du in den anderthalb Jahren mitgearbeitet hast, am Ende gerne die Frage stellen: Was, meinst du, soll die SPD jetzt mit diesem digitalen Grundsatzprogramm machen? Wo siehst du die nächsten Schritte? Was ist der Ausblick?

Gesche Joost: Ich glaube, wir haben eine Steilvorlage für das Wahlprogramm erarbeitet. Es sind wirklich viele sehr wichtige und zukunftsweisende Konzepte darin enthalten, die jetzt aber hart codiert werden müssen. Das heißt, sie müssen Schwarz auf Weiß ins Wahlprogramm überführt werden. Dann haben wir den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt. Bisher hat keine andere Partei ein so umfassendes Konzept entwickelt. Wir haben dabei neue Formate ausprobiert, auch um die Parteiarbeit zu öffnen. Das ist, glaube ich, sehr wichtig, um neue Zielgruppen anzusprechen. Wir hatten viel mit jungen Menschen zu tun, mit Frauen, mit Männern und mit allem, was es dazwischen so gibt. Das war wirklich ein toller Prozess, der mit allen Beteiligten viel Spaß gemacht hat. Dass wir das hier in zehn Minuten runterreißen, kann ich noch gar nicht fassen. Aber ich glaube, die wichtigsten Punkte sind übergekommen. Den Rest könnt ihr analog nachlesen, aber, ich glaube, auch im Internet. Oder? Das müsste doch eigentlich zu schaffen sein, dass wir den Antrag auch ins Internet bekommen!

Lars Klingbeil: Erst beschließen! - Vielen Dank.

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=xbkng4zoThs&list=PL85IMmq0WVITNRtlcDpSYSxGb-6-7sOcs&index=14

WAHL ZUM VORSITZ DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Gesche, lieber Lars, ganz herzlichen Dank für diese Einführung der besonderen Art. Wir steigen auch gleich in die Antragsberatung ein.

Um die Zeit effizient zu nutzen, würde ich euch vorschlagen, dass wir zunächst den ersten Wahlgang zur Wahl der Bundesschiedskommission durchführen. Wie bei den anderen Wahlen auch, ist im ersten Wahlgang die qualifizierte Mehrheit erforderlich. Die Wahl des bzw. der Vorsitzenden ist eine Einzelwahl. Alle anderen Wahlen - auch die der stellvertretenden Vorsitzenden - sind Listenwahlen, sodass wir insgesamt drei Wahlgänge durchzuführen haben.

Ich komme also zunächst zur Wahl der Vorsitzenden. Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Auch hier gilt: Die Medienvertreter werden gebeten, den Wahlgang nicht zu filmen. Gleich wird ein gelber Stimmzettel verteilt. Der Vorschlag für den Vorsitz lautet: Hannelore Kohl. Da es um eine Einzelwahl geht, könnt ihr Ja, Nein oder Enthaltung ankreuzen. Ihr solltet für diesen Wahlgang die Kontrollnummer 8 benutzen.

Ich bitte jetzt darum, die Stimmzettel für die Vorsitzende der Bundesschiedskommission zu verteilen. Hat noch jemand Fragen zum Wahlverfahren? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

(STIMMZETTEL WERDEN VERTEILT)

Haben alle einen Stimmzettel erhalten? - Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann hebt noch einmal schnell den Arm! - Jetzt scheinen alle einen Stimmzettel erhalten zu haben.

Jetzt bitte ich euch, zu wählen und die Kontrollmarke 8 zu benutzen. Ich darf dann die Mandatsprüfungs- und Zählkommission bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

(STIMMZETTEL WERDEN EINGESAMMELT)

Während das geschieht, setzen wir die Redeliste zum Thema Digitales fort. Mir liegen fünf Wortmeldungen vor. Ich will daran erinnern, dass wir uns auf eine Redezeit von drei Minuten verständigt haben. Wir werden im Sinne all derer, die diszipliniert hier geblieben sind, darauf achten, dass die drei Minuten eingehalten werden. Es beginnt Andreas Hartl, ihm folgt Sabine Gilleßen.

Jetzt liegen sieben Wortmeldungen vor. Darf ich davon ausgehen, dass alle, die sich melden wollten, sich inzwischen gemeldet haben? - Das scheint so zu sein. Dann schließen wir die Redeliste und beginnen mit Andreas Hartl.

Andreas Hartl, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag, das Grundsatzprogramm ist eine gute Grundlage. Das kann sich für die SPD sehen lassen. Ich möchte allen, die daran beteiligt waren, danken, allen voran Gesche und Lars, aber auch allen Beteiligten im Willy-Brandt-Haus.

Diejenigen, die den Prozess verfolgt haben, wissen, dass es parallel dazu Diskussionen gegeben hat. Einige haben gefordert, dass in den Antrag mehr aufgenommen und ein etwas ambitionierterer Ansatz verfolgt würde. Ich bin dennoch der Meinung, dass man diesem Antrag zustimmen kann und dass es gut ist, dass wir das vorliegende Grundsatzprogramm haben.

Klar ist aber auch: Dieses Grundsatzprogramm kann nur ein wichtiger Meilenstein in einem dauerhaften Prozess sein. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass damit die Diskussion beendet ist. Gerade bei der Digitalisierung, die sehr dynamisch voranschreitet, müssen wir uns klarmachen, dass wir einen lernenden, einen atmenden Ansatz brauchen.

Ein zweiter, wie ich finde, sehr wichtiger Punkt ist: Gerade in den Kommunen kann Digitalisierung helfen, Herausforderungen zu bewältigen. Im Grundsatzprogramm ist das ausdrücklich für das Thema Breitband erwähnt. Das ist völlig richtig. Und viele kommunale Verantwortungsträger denken bei Digitalisierung an E-Government. Das ist auch richtig. Aber ich denke, wir sollten ambitionierter sein und einen übergreifenden Ansatz verfolgen, der Bildung, Gesundheit und Verkehr einschließt. Deswegen ist meine Bitte an alle kommunalen Verantwortungsträger: Schafft vor Ort eine digitale Agenda und setzt diese engagiert um.

Letzter Punkt: Auch wenn heute vielleicht nicht der beste Tag dafür ist und viele vielleicht gleich noch ein paar Sprüche machen werden: Ich bin jedenfalls der Meinung, dass wir Digitalisierung weiterhin für das Parteileben brauchen. Es ist ein wichtiges Instrument der Willensbildung und des Austausches. So wie das Grundsatzprogramm mit Mitteln wie Adhocracy entstanden ist, könnte ich mir das auch für das Wahlprogramm 2017 vorstellen.

Zum Schluss möchte ich euch noch ans Herz legen, euch den tollen Verein D64 näher anzuschauen und ihm beizutreten - nicht nur die, die sowieso digital affin sind, sondern auch die, die sich informieren wollen. Das ist ein ganz toller Verein. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Sabine Gilleßen das Wort. Ihr folgt Erik Donner. - Sabine Gilleßen scheint nicht da zu sein.

Sind alle Stimmzettel zur Wahl der Bundesschiedskommission eingesammelt? - Ja, das ist der Fall. Dann schließen wir diesen Wahlgang.

Wenn Sabine nicht da ist, kommt jetzt Erik Donner. Ihm folgt Amina Yousaf.

Erik Donner, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen, mein Vorredner hat es gerade schon gesagt: Dieser Antrag kann nur der Start in eine ständige Debatte in der Partei sein - eine ständige Debatte über den Wandel, den wir durch Digitalisierung erleben, über die Neuerungen und die Chancen, die sich in diesem Bereich ergeben.

Viele Passagen in diesem Antrag sind recht allgemein gehalten. Da steht drin, es müssten oder sollten neue Konzepte entwickelt werden. Aber jetzt geht die Arbeit los; jetzt müssen Konzepte entwickelt werden! Wir haben vorhin über gute Arbeit gesprochen. Zum Beispiel muss es darum gehen, wie wir mit Leuten umgehen, die ein Start-up gründen, die vielleicht auch scheitern. Das Scheitern an sich ist ja nichts Schlimmes. Aber wie sollen zum Beispiel die Sozialversicherungssysteme für diese Leute gestaltet sein? Es gibt zum Beispiel den Vorschlag, so etwas wie die Künstlersozialkasse auch für junge Gründer zu gestalten. Ich glaube, das ist eine gute Basis, um detailliertere Dinge zu erarbeiten.

Das Zweite ist: Lasst uns diesen Antrag auch als Basis begreifen, um ständig in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Kreisverbänden etc. über das Thema Digitalisierung zu diskutieren. Das Thema gehört in großem Maße auch in die Kommunen. Ich glaube, dass wir damit eine gute Basis schaffen können, um weitere Diskussionen zu führen.

Ich möchte auf einen Punkt eingehen. Wir reden zum Beispiel über Open Access oder Open Data oder Open Government. Beim Thema Open Government sind wir in Rheinland-Pfalz, denke ich, recht gut dabei. Wir sind gerade dabei, das Transparenzgesetz - nach Hamburg als zweites Bundesland - auf den Weg zu bringen. Ich denke, da können sich viele andere - auch sozialdemokratisch regierte Bundesländer ein Beispiel nehmen.

Aber eine Frage, die in dem Antrag überhaupt nicht auftaucht, ist die Frage nach Open-Source-Software. Wir geißeln sozusagen mehr oder weniger die großen Konzerne, aber das Thema Open Source und sozusagen freie Software - ob es Linux ist, ob es andere Betriebssysteme oder Softwareprodukte sind - erwähnen wir da gar nicht. Also, da haben wir zum Beispiel über die Kommunen, aber auch über die Landesverwaltung Steuerungsmöglichkeiten. Da sind wir sozusagen Marktteilnehmer. Ich denke, darauf müssen wir in Zukunft stärker eingehen.

Der zweite Punkt - Lars hat es erwähnt - ist das Thema Störerhaftung und freies WLAN. Wir haben gestern das Thema Flüchtlinge sehr intensiv diskutiert. Wenn ich da mit Verantwortlichen spreche, gibt es eigentlich vier Punkte, die wichtig sind. Das Erste ist natürlich ein Dach über dem Kopf, zweitens dass man etwas zu essen hat und drittens dass man warme Kleidung oder Kleidung hat. Aber der vierte Punkt ist natürlich, dass man Zugang zu Informationen hat. Deswegen ist das Thema freies WLAN, zum Beispiel über Freifunk, auch eines, wo wir dranbleiben wollen. Da müssen wir die Union auch in die Pflicht nehmen. Da dürfen nicht nur irgendwelche Parteitagbeschlüsse bei denen gefasst werden, sondern wir müssen denen auch bei dem Thema in den Hintern treten. Ich hoffe, dass Lars das entsprechend angehen wird. Der Bundestagsfraktion wünsche ich da viel Erfolg. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Amina Yousaf. Dann kommt Klaus-Georg Nolte.

Amina Yousaf, Hannover: Liebe GenossInnen, wir reden hier über ein digitales Grundsatzprogramm, ein Grundsatzprogramm, das eigentlich schon überfällig war. Wir müssen uns letztendlich auch der Realität stellen und unsere Positionen im Bereich Digitales voranbringen.

Ich habe mich gefreut, als es vor eineinhalb Jahren hieß, ja, wir beschäftigen uns jetzt endlich mal auch mit diesem Internet. Was ich dabei schade fand: diesen Dialogprozess. Natürlich, es gab die Online-Plattform. Es gibt ein Barcamp, auch wieder in Berlin, was für Genossinnen und Genossen, die nicht in Berlin wohnen, oder auch für andere Menschen immer auch ein Hindernis ist, sich überhaupt zu beteiligen. Auch im Zuge dessen, wenn wir jetzt über Beteiligung in der Partei reden, kann ein digitaler Fortschritt uns dabei helfen.

Ich möchte aber auch inhaltlich ein paar Dinge sagen, und zwar haben wir einen ganzen Absatz zu „Cyberkriminalität bekämpfen“ und „Datenschutz gewährleisten“. Nicht mit einer Silbe finde ich das Wort „Sexismus“ oder „hate speech“. Keiner spricht das irgendwie hier drin an. Gerade Frauen, die im feministischen Kontext unterwegs sind und sich online engagieren und viele und gute Aufklärungsarbeit leisten, werden ganz häufig verbal angegriffen. Wir haben das mit keinem Wort hier drin erwähnt. Hier ist nur von Mobbing die Rede. Es geht aber viel weiter als Mobbing. Es sind zum Teil Morddrohungen, es sind Dinge wie: „Wir wissen, wo du wohnst. Pass doch auf!“ und solche Geschichten. Darauf müssten wir eigentlich auch eine Antwort geben.

(BEIFALL)

Ein weiterer Punkt. Im selben Absatz sprechen wir von Kinderpornografie. Warum reden wir nicht von sexualisierter Gewalt an Kindern?

(BEIFALL)

Denn sexualisierte Gewalt an Kindern ist viel mehr als nur Kinderpornografie, die im Netz stattfindet.

Ein weiterer Punkt, den ich nur am Rande noch anbringen will: In diesem Antrag wird immer von einer Netzneutralität geredet. An anderen Stellen wird dann wieder von der Netzneutralität geredet. Was meinen wir eigentlich? Meinen wir nicht eigentlich Netzmanagement? - Vielen Dank.

(BEIFALL)

WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, bevor sich jetzt Claus-Georg Nolte auf den Weg macht, würde ich vorschlagen, dass wir noch den Wahlgang „stellvertretende Vorsitzende der Bundesschiedskommission“ dazwischenschieben, wenn du damit einverstanden bist, Claus-Georg. - Danke.

In dem zweiten Wahlgang für die Bundesschiedskommission haben wir zwei stellvertretende Vorsitzende der Bundesschiedskommission zu wählen. Es handelt sich um eine Listenwahl in dem Fall nach § 8 der Wahlordnung. Es dürfen bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden höchstens zwei Namen angekreuzt werden. Es muss mindestens ein Name angekreuzt werden. Im ersten Wahlgang bedarf es jeweils der absoluten Mehrheit.

Zu verwenden ist die Kontrollmarke Nummer 9, wenn an euch jetzt gleich ein Stimmzettel verteilt wird, auf dem Thorsten Jobs und Roland Rixecker zur Wahl stehen. Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, die Stimmzettel zu verteilen. Noch einmal: Ihr müsst auf diesem Stimmzettel die Kontrollnummer 9 verwenden.

Darf ich erst mal fragen, ob alle einen Stimmzettel erhalten haben? - Das scheint der Fall zu sein. Dann bitte ich euch, wie gesagt, die Kontrollnummer 9 auf diesen Stimmzettel zu kleben und mindestens einen, maximal zwei Namen anzukreuzen. Dann bitte ich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die Stimmzettel einzusammeln. Ich sage auch noch dazu: Wir werden gleich noch einmal einen Wahlgang zur Bundesschiedskommission haben. Bitte bleibt also im Raum. Dann geht das einfach schneller. Dann können wir schneller verteilen; dann ist das für alle besser. Also, bleibt bitte hier. Es wird jetzt gleich noch ein nächster Wahlgang für die Bundesschiedskommission sein. Das wird dann auch der letzte Wahlgang heute in dieser Form sein, weil ich euch bei der Kontrollkommission vorschlagen werde, dass wir da offen abstimmen. Bleibt also bitte im Raum.

Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission sammelt die Zettel ein? - Das ist der Fall.

(STIMMENEINSAMMLUNG)

Dann darf ich jetzt Claus-Georg Nolte zur Debatte um Digitales bitten. Ihm folgt Evelyn Gebhardt.

Claus-Georg Nolte, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, der digitale Wandel bringt es mit sich: Fast alle von uns verfügen über Smartphone. Fast jeder von uns hat einen Führerschein. Viele von uns fahren Auto. Und mit dem Internet der Dinge kommt es so, dass jeder von uns Datenspuren im Internet hinterlässt. Jeder von uns ist inzwischen, ob er möchte oder nicht, online. Die Generation der Offliner ist vorbei. Umso wichtiger ist es, dass wir mit dem Programm „DigitalLeben“ dieses Problem endlich erkannt haben und die Chancen und Risiken, die sich mit der Digitalisierung ergeben, angehen.

Es ist wichtig, dass wir als die Partei der Arbeiter und Arbeiterinnen die Verantwortung in diesem Wandel übernehmen und diesen Wandel für alle Menschen fair und sozial gestalten wollen. Es ist wichtig, dass wir diejenigen sind, die dafür Sorge tragen, dass die Effizienzsteigerungen und der Profit, der durch die Digitalisierung Einzug hält, gleichmäßig auf alle Menschen verteilt werden und nicht am Ende nur in Silicon Valley landen.

Wir in Baden-Württemberg haben diese Entwicklung schon erkannt. Deswegen haben wir bei unserem letzten Landesparteitag dazu ein umfangreiches Programm beschlossen, aus dem wir auch ein paar Änderungsanträge abgeleitet haben, die wir in den „DigitalLeben“-Prozess eingebracht haben.

(BEIFALL)

Einige davon möchte ich vorstellen. Zum einen beschäftigt sich der „DigitalLeben“-Antrag unter anderem mit der Förderung einer Gründerszene. Es geht darum, Start-ups auf die Beine zu helfen. Innovation findet aber nicht nur in jungen Unternehmen statt. Innovation findet in Deutschland gerade auch aufgrund unserer Forschung an Hochschulen und Universitäten statt. Deswegen finden wir es wichtig, dass auch Hochschulen und Universitäten in diesem Bereich eine wesentlich bessere Finanzierung erfahren und dass auch aus Hochschulen und Universitäten, aus der aktuellen Forschung heraus, Start-ups gegründet und gefördert werden.

Darüber hinaus - das erkennt man in aktuellen Forschungsarbeiten, gerade aus dem angloamerikanischen Raum - gibt es gewisse Risiken, die mit der Digitalisierung verbunden sind. Es wird mittel- und langfristig einen enormen Umbruch bei den verschiedenen Arbeitsangeboten geben. Wir sehen das schon jetzt, wenn Unternehmen wie Google und Apple am autonomen Auto forschen. Jobs wie Lastkraftwagenfahrer, Taxifahrer, Bus- und Bahnfahrer werden mittelfristig wegfallen. Deshalb haben wir im „DigitalLeben“-Programm erkannt, dass wir Leute weiterbilden müssen. Die Digitalisierung sorgt nicht nur für Wegfall von Arbeit, sondern birgt auch viele, viele neue Jobs, die erkannt werden müssen, und das sind Jobs, die wir nach Europa, nach Deutschland holen wollen. Dafür müssen wir die Menschen weiterbilden. Wir müssen sie abholen, wo sie sind. Und wir müssen ihnen klarmachen, dass lebenslanges Lernen nicht nur quasi zu einer Pflicht für jeden wird, um weiterhin bestehen zu können.

Zudem birgt das Ganze auch die Möglichkeit der Flexibilisierung. Wir können uns die Arbeit mehr und mehr einteilen, über die Woche und über das Leben verteilen. Auch das sollten wir wahrnehmen, die Chancen der Freizeit nutzen, die sich da als Gestaltung bieten, und vor allem den Menschen die Angst nehmen, dass die Digitalisierung sie bedrohen könnte.

Ich bin froh, dass wir als SPD diesen Wandel erkannt haben und dass wir ihn sozial und verantwortungs-

bewusst gestalten werden. Deshalb bitte ich euch herzlich um eine breite Zustimmung zum „DigitalLeben“-Antrag. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich frage jetzt noch einmal: Sind alle Zettel vom zweiten Wahlgang eingesammelt, also von der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission? - Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang.

Das Wort hat jetzt Evelyne Gebhardt, ihr folgt Jens Zimmermann. Das ist dann auch die letzte Wortmeldung. Ich bitte, dass ihr dann alle da seid, denn dann würden wir die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der Beisitzer vom Parteivorstand bekannt geben und würden unmittelbar im Anschluss in die Antragsberatung und die Antragsabstimmung über „DigitalLeben“ einsteigen. - Evelyne.

Evelyne Gebhardt, Baden-Württemberg: Vielen Dank, Doris. - Liebe Genossinnen, liebe Genossen, dieses Thema ist tatsächlich ein äußerst wichtiges Thema, das wir sehr gründlich diskutieren müssen. Die digitale Revolution, vor der wir stehen bzw. in der wir mittendrin stecken, hat tatsächlich sehr viele sehr positive Aspekte: Innovation, neue Arbeitsplätze, alles Mögliche, was wir da voranbringen können.

Wir sollten allerdings nicht die Augen davor verschließen, dass damit auch sehr viele Gefahren und Probleme verbunden sein können. Das sind die Punkte, die wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen insbesondere ansprechen müssen.

Wegen der Kürze der Zeit werde ich mich hier auf einen Themenbereich konzentrieren, nämlich die Plattformen. Viele Plattformen sind bekannt. Allerdings können wir sehen, dass in der Entwicklung, vor der wir stehen, immer häufiger eine Scheinselbstständigkeit entsteht in diesen Bereichen, in denen wir von Crowdworking, von Clickworking, von Like-Bezahlung sprechen müssen - eine neue Art von, wie eine Mitarbeiterin mir sagte, Sklaverei. So weit will ich nicht unbedingt gehen. Allerdings müssen wir uns Gedanken darüber machen: Wie können wir dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die in diesen Bereichen arbeiten, auch wirklich in den vollen Genuss der sozialen Rechte, des Arbeitsrechts, das wir auf hohem Niveau hier in Deutschland und in der Europäischen Union haben, kommen und sie auch wirklich weiterhin genießen können? Das muss eine der ganz großen Aufgaben sein, die wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zu leisten haben.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als letzter Redner hat Jens Zimmermann das Wort.

Jens Zimmermann, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, mit dem Programm „DigitalLeben“ haben wir, glaube ich, das richtige Gegenstück zur digitalen Agenda gesetzt, das wir seit zwei Jahren im Deutschen Bundestag bearbeiten. Ich glaube, es ist hier der richtige Punkt, um auch einmal klarzustellen: Die SPD ist die führende Kraft bei der Umsetzung der digitalen Agenda, bei der Umsetzung der ganzen Themen, die uns dort umtreiben. Es ist eben nicht so, dass es die anderen sind; das sind die, die immer große Ankündigungen machen, aber am Ende nichts halten. Die treibende Kraft sind wir.

(BEIFALL)

Wenn man in der Welt ein bisschen herumkommt, dann stellt man fest, dass wir als Deutschland da viel Bewunderung erfahren, weil wir ein Parlament sind, das einen eigenen Ausschuss zu diesem Thema eingesetzt hat. Auch in diesem Ausschuss sind wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die führende Kraft. Es sind eben nicht die Kolleginnen und Kollegen vom Koalitionspartner, und es ist auch nicht die Opposition; sie gibt dort nämlich häufig ein ganz schön großes Trauerspiel ab, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir sind auch in der Bundesregierung die treibende Kraft, seien es Programme im Bereich der Industrie 4.0 oder auch, was Andrea heute schon vorgestellt hat, das Thema Arbeiten 4.0, der Grünbuchprozess. Das ist absolut vorbildlich, was wir dort machen.

Ich glaube, es ist unser erstes digitales Grundsatzprogramm, das wir hier heute beschließen werden. Es wird nicht unsere letzte Debatte sein, aber es ist ein richtiger Aufschlag, und es ist wichtig, dass wir das haben. Wir werden über viele Jahre immer wieder darüber diskutieren müssen, und wir werden es immer wieder anpassen müssen. Aber ich glaube, wir haben hier einen ersten wichtigen Schritt bei diesem Thema gemacht. Ich möchte mich bei all denen bedanken, die da sehr viel Zeit und Herzblut reingesteckt haben, und natürlich auch bei Gesche und Lars. Deswegen bitte ich um eure Zustimmung. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende dieser Debatte.

Ich darf jetzt zunächst der Mandatsprüfungs- und Zählkommission das Wort geben, um die inzwischen vorliegenden Ergebnisse vorzutragen.

ERGEBNISSE DES 2. WAHLGANG ZUR WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND
UND VORSITZ DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes bekannt. Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den absolut höchsten Stimmzahlen. Dabei ist die Quote zu berücksichtigen.

Abgegeben wurden 582 Stimmzettel, davon sind 11 Stimmzettel ungültig, also sind 571 Stimmzettel gültig. Ich komme zu den Wahlergebnissen:

Klaus Barthel: 248 Stimmen - nicht gewählt -,

Sascha Vogt: 346 Stimmen - gewählt -,

Florian Pronold: 352 Stimmen - gewählt -,

Christoph Matschie: 360 Stimmen - gewählt- ,

Jan Stöß: 375 Stimmen - gewählt -,

(BEIFALL)

Peter Friedrich: 396 Stimmen - gewählt -,

(BEIFALL)

Martin Dulig: 474 Stimmen - gewählt -,

(BEIFALL)

Natascha Kohnen: 527 Stimmen - ebenfalls gewählt.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist kein dritter Wahlgang erforderlich.

Wenn ich schon einmal hier vorne stehe, komme ich jetzt gleich zum nächsten Ergebnis. Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl zur Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt. Für Hannelore Kohl wurden 461 Stimmen abgegeben, davon waren 4 ungültig, 457 Stimmen gültig. Mit Ja haben 448 Personen gestimmt, mit Nein 5, es gab 4 Enthaltungen. Dies bedeutet eine Zustimmung von 98,03 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Janne, ganz herzlichen Dank. Ihr macht gerade wirklich einen super Job. Es geht auch gleich weiter.

Ich darf jetzt erst fragen: Sascha, du nimmst die Wahl an? - Florian? - Nimmt auch die Wahl an. Christoph Matschie nimmt auch die Wahl an. Jan Stöß nimmt die Wahl an. Peter Friedrich nimmt die Wahl an, Martin Dulig nimmt die Wahl an, und Natascha Kohen nimmt ganz sicher auch die Wahl an, wenn ich das richtig sehe. Euch allen herzlichen Glückwunsch.

Hannelore Kohl als Vorsitzende der Bundesschiedskommission nimmt ganz sicher auch die Wahl an. Wo sitzt sie? - Da hinten. Ganz herzlichen Dank.

WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, dann können wir auch gleich den dritten und damit letzten Wahlgang für die Mitglieder der Bundesschiedskommission machen. Es geht um die weiteren Mitglieder. An euch wird jetzt ein Stimmzettel verteilt. Der sieht so aus: Der ist grün. Auf den klebt ihr bitte die Kontrollmarke Nr. 10. Es bedarf auch hier im ersten Wahlgang der absoluten Mehrheit. Bei der Wahl der weiteren Mitglieder dürfen höchstens vier Namen angekreuzt werden. Es müssen mindestens zwei Namen angekreuzt sein. Wie bei der Wahl der Beisitzer im PV ist die Quote zu beachten, wobei die Geschlechter der bereits gewählten Bundesschiedskommissionsmitglieder anzurechnen sind. Das bedeutet, dass der Bundesschiedskommission mindestens je drei Frauen und Männer insgesamt angehören müssen. Wie gesagt, zu verwenden ist die Kontrollmarke 10.

Hat noch jemand Fragen zum Wahlverfahren? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, die Stimmzettel auszuteilen.

Haben alle einen Stimmzettel erhalten? - Das scheint der Fall zu sein. Dann bitte ich euch, die Kontrollmarke 10 zu benutzen und abzustimmen. Kontrollmarke 10, mindestens zwei, maximal vier.

Haben alle einen Stimmzettel erhalten? - Ja. Haben alle abgestimmt? - Ja. Dann bitte ich, die Stimmzettel einzusammeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, während die Stimmzettel eingesammelt werden, fahren wir fort im Bereich Digitales. Ich würde jetzt Peter Friedrich nach der Debatte für die Antragskommission das Wort geben.

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG: DIGITALLEBEN SOWIE DER ANTRÄGE AUS DEM BEREICH MEDIEN-, KULTUR- UND DIGITALPOLITIK

Peter Friedrich, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich vermute mal, aufgrund der langen und integrativen Vorarbeit zu diesem Antrag haben wir keine kontroversen Änderungsanträge. Aber wir haben eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen, die eingereicht wurden, die von den Antragstellern hier eben zum Teil schon vorgetragen wurden. Zu einigen haben wir uns schon im Vorfeld mit den Antragstellern in der Antragskommission unterhalten und deswegen eine Empfehlung insgesamt, wo wir eine ganze Reihe von Punkten annehmen und übernehmen können, die ich euch jetzt so schnell wie möglich vortragen möchte. Wenn ich es richtig sehe, werden wir keine Kampfabstimmung über einzelne Punkte brauchen.

In dem Antrag M 1 wird auf Seite 490 in Zeile 58 eine falsche Zahl korrigiert. Da steht „58 Prozent“. Richtig wäre 98. Vielen Dank für den Hinweis. Das übernehmen wir.

Dann gibt es auf Seite 491 den Antrag, das Wörtchen „viel“ vor „Einsparen der Energie“ zu streichen, da es eine Reihe von Studien gibt, die belegen, dass wir Energie einsparen können, aber nicht so viel wie gedacht. Auch dieses übernehmen wir in Zeile 54 auf Seite 491.

Zu Seite 493 wird von Klaus Nolte beantragt, in Zeile 9 zu ergänzen: „Eine mit der 4. industriellen Revolution möglicherweise verbundene Verknappung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots sollte als Chance wahrgenommen werden, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern flexiblere Arbeitsangebote zu ermöglichen, damit sie ihr Leben freier gestalten können.“ Diese Änderung übernehmen wir.

(BEIFALL)

Auf der Seite 496 in Zeile 36 ff. wird die Formulierung, die da heißt: „Noch immer muss festgestellt werden“, geändert in: „Wir stellen fest, dass es im Bereich des Datenschutzes für Beschäftigte Handlungsbedarf gibt.“ Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Wir übernehmen das gerne.

Wir fügen auch noch auf der gleichen Zeile beim selben Absatz an in Zeile 45: „Datenerfassung und Analyse dürfen nur mit vollem Einverständnis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer passieren.“ Auch hier kein Widerspruch.

(BEIFALL)

Dann kommen wir auf Seite 498 in Zeile 32 auch zu einem Ergänzungsantrag, der eben schon angesprochen. Dort soll nach Zeile 32 eingefügt werden: „Hierfür gilt es, die Universitäten und insbesondere die universitäre Forschung besser zu finanzieren sowie Unterstützungsprogramme für Start-ups aus der universitären Forschung heraus auszubauen und zu fördern.“ Diese Ergänzung übernehmen wir.

Der Landesverband NRW hat beantragt, auf Seite 498, Zeile 40, noch zu ergänzen: „Dazu gehören auch ein modernes Urheberrecht sowie ein umfassender Patentschutz.“ Auch diese Ergänzung übernehmen wir.

Dann kommen wir auf Seite 501, Zeile 69. Hier soll am Ende der Seite angefügt werden: „Darüber hinaus gilt es, die Interoperabilität zwischen Plattform gleichen Typs über offene Standards anzustreben, um so den Wettbewerb zu stärken und Datenschutz zu einem Wettbewerbsfaktor zu machen.“ Auch diesen Antrag übernehmen wir.

Dann gibt es auch von NRW den Vorschlag, auf Seite 502 in Zeile 2 einzufügen: „Datenschutz ist kein Luxus, sondern ein in der EU-Grundrechtecharta verbürgtes Grundrecht.“ Das stimmt. Deswegen übernehmen wir das auch.

Auf Seite 502 - hier gibt es dann eine etwas längere Änderung: ich bitte um Verständnis - sollen in Zeile 15 die folgenden Sätze eingefügt werden:

„Unverzichtbare Grundlage sind hierfür die Prinzipien der Datensparsamkeit, der Zweckbindung der Datenverarbeitung und der Freiwilligkeit, Daten anzugeben. Niemand soll Nachteile befürchten müssen, wenn er sich weigert, etwas preiszugeben. Auch die Möglichkeit, persönliche Daten bei Anbietern wieder löschen zu lassen, das sogenannte Recht auf Vergessenwerden, ist uns wichtig.“

Es ist uns wichtig. Wir hatten es aber nicht aufgenommen. Wir nehmen es aber auf und übernehmen diesen Änderungsantrag.

Wir kommen dann zur Seite 502 und zur Bitte, den Begriff „unser wichtigster Rohstoff“ - damit sind in diesem Fall Menschen gemeint - zu ersetzen, sodass wir nicht mehr von Rohstoff sprechen. Der Satz soll dann also lauten:

„Qualifizierte Menschen sind die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der Garant für Innovation und Fortschritt.“

Diese sprachliche Verbesserung übernehmen wir gerne.

Damit kommen wir zur Seite 503. Nordrhein-Westfalen schlägt vor, auf der Seite 503 in Zeile 46 Folgendes zu ergänzen:

„Voraussetzung dafür ist, dass sichergestellt wird, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status Zugang zu Medien und Infrastruktur haben.“

Dieses übernehmen wir, und wir führen das redaktionell auch so fort wie vorgeschlagen.

Wir kommen dann zur Seite 506, liebe Genossinnen und Genossen. Amina Yousof hat hier vorhin vorgeschlagen, dass wir in den Katalog in Zeile 8 den Begriff „Sexistisch“ miteinfügen, weil dieser Diskriminierungsstatbestand in der Tat fehlt. Das übernehmen wir selbstverständlich.

(BEIFALL)

Wir kommen damit zur Zeile 38 auf Seite 508. Es wird beantragt, dass der Begriff „Die SPD sollte“ in „Die

SPD wird“ geändert wird. Das übernehmen wir gerne.

Wir haben es gleich geschafft.

Nun kommen wir zur Seite 509. Amina Yousaf hat hier vorhin gebeten, den Begriff „Kinderpornografie“ durch „sexualisierte Gewalt an Kinder“ zu ersetzen. Das ist in der Tat die bessere und umfassendere Bezeichnung. Auch das übernehmen wir gerne, Amina.

(BEIFALL)

Dann kommen wir noch zur Seite 511. Aus Nordrhein-Westfalen liegt ein Antrag vor, den Satz in den Zeilen 28 und 29 „Der Schutz des geistigen Eigentums wird von uns als notwendig erachtet“ in den Satz „Der Schutz des geistigen Eigentums ist für uns unabdingbar“ zu ändern. Das ist die stärkere Formulierung, die wir an dieser Stelle gerne übernehmen.

Damit kommen wir zur Seite 514. Hier soll es in Zeile 33 eine Ergänzung bzw., wenn man es genau nimmt, eine Aktualisierung geben. Der Text soll aufgrund der vor Kurzem beschlossenen EU-Verordnung entsprechend aktualisiert werden. Der Abschnitt „Netzneutralität stärken“ soll aufgrund eines Antrags der Netzpolitischen Kommission durch folgende Formulierung ersetzt werden - ich bitte, genau zuzuhören, weil Netzneutralität in diesem Zusammenhang ja ein wichtiges Thema ist -:

„Netzneutralität kommt eine entscheidende Bedeutung für den Erhalt des offenen und freien Internet und für die Sicherung von Teilhabe, Meinungsvielfalt, Innovation und fairem Wettbewerb zu. Die auf europäischer Ebene beschlossene Verordnung soll Netzneutralität und die Verpflichtung der grundsätzlichen Gleichbehandlung des gesamten Datenverkehrs gesetzlich absichern.

Dabei sollen die Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität und die bevorzugte Behandlung von Spezialdiensten nur in engstem Umfang und bei besonderem gesellschaftlichen Interesse zugelassen werden. Die europäischen Aufsichtsbehörden und die Bundesnetzagentur müssen den Internetanbietern klare und umfassende Mindestversorgungspflichten auferlegen und die genehmigungsfähigen Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität klar und eng begrenzen.

Dazu hat die Bund-Länder-Kommission zur Reform der Medienkommunikationsordnung Vereinbarungen zu treffen.“

Dieses ersetzt den Passus zur Netzneutralität. Damit wären auch alle anderen Vorschläge zum Thema, mit denen auch noch Änderungsbitten geäußert wurden, mit abgedeckt, wenn wir das entsprechend übernehmen.

Auf Seite 522 soll in Zeile 42 das Wort „sogar“ gestrichen werden. Das übernehmen wir. Dann passt es auch inhaltlich besser.

Entschuldigt den Parforceritt, aber wir haben jetzt lange miteinander diskutiert, wie wir alles aufnehmen können. Ich glaube, wir haben somit alle Änderungswünsche mit aufgenommen, und wir haben keine Abstimmungsnotwendigkeiten mehr, außer bezüglich des Gesamtantrags in so geänderter Fassung der Antragskommission, und ich bitte jetzt das Tagungspräsidium, darüber abstimmen zu lassen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir kommen jetzt zur Empfehlung der Antragskommission. Die Empfehlung der Antragskommission ist, den Antrag mit diesen Änderungen zu verabschieden. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Peter Friedrich, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, die Antragskommission schlägt euch bei Annahme von M 1 vor, folgende Anträge für erledigt zu erklären: M 2, M 3, M 4, M 6, M 11 und W 4. - Seid ihr damit einverstanden?

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Nein, das machen wir von hier aus. - Ich dachte, wir haben jetzt gerade eben über eure Gesamtempfehlung abgestimmt. Gibt es noch weitere Teilempfehlungen?

Peter Friedrich, Antragskommission: Wenn ihr dem zustimmt, dann würden wir die verbleibenden Anträge M 5, M 7 bis M 10, M 12 bis M 18 gemäß Votum der Antragskommission ebenfalls behandeln, und die Einzelaufrufe der Anträge M 1, Ä 1 bis Ä 6 und M 2 bis M 18 sind bereits abgeschlossen mit den bisherigen Empfehlungen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Gibt es gegen diese Empfehlungen der Antragskommission Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Peter Friedrich, Antragskommission: Wunderbar.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Dann bitte ich, dass wir darüber abstimmen. Wer stimmt dem Votum so zu? - Wer stimmt dagegen? - Dann haben wir das so beschlossen. - Vielen Dank.

Damit haben wir auch diesen Antragsbereich zu Ende beraten.

(BEIFALL)

WAHL DER KONTROLLKOMMISSION

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ich komme jetzt noch einmal zum letzten Wahlgang bei der Wahl der Bundesschiedskommission zurück, und ich darf fragen, ob alle Stimmzettel eingesammelt sind. - Ja, sie sind alle eingesammelt. Dann ist dieser Wahlgang geschlossen.

Ich komme jetzt zur Wahl der Kontrollkommission und kann euch folgenden Vorschlag machen: Da wir neun Mitglieder zu wählen haben, sich auch genau neun Menschen zur Wahl gestellt haben und diese neun Menschen damit einverstanden wären, dass wir die Kontrollkommission offen wählen, bräuchten wir, wenn ihr dem auch zustimmt, keinen schriftlichen Wahlgang durchzuführen. Ich brauche dafür aber euer ausdrückliches Einverständnis.

Wer kann meinem Verfahrensvorschlag zustimmen, dass wir die Kontrollkommission in offener Abstimmung wählen? - Widerspricht dem jemand? - Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann möchte ich euch gerne die Namen verlesen. Für die Kontrollkommission kandidieren:

Renate Drewke, Brigitte Fronzek, Günter Gloser, Thomas Hitschler, Walter Meinhold, Marko Mühlstein, Brigitte Reckmann, Karin Rehbock-Zureich, Norbert Wiczorek.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Nachfragen? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann bitte ich euch, dass wir jetzt über die Mitglieder der Kontrollkommission abstimmen. Wer diesen neun Personen zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so auf den Weg gebracht.

(BEIFALL)

Bevor ich jetzt an Michael Groschek zur letzten Aufgabe des Tages abgebe, möchte ich noch einmal daran erinnern, dass wir uns morgen früh um halb neun hier treffen. Ihr wisst, dass es morgen früh um die europapolitischen Anträge geht.

Ihr wisst auch, dass es dabei insbesondere auch um die Frage TTIP und CETA geht und dass das morgen früh zur Beratung ansteht. Bitte gebt noch einmal in euren Delegationen durch, dass man sich darauf einstellt, dass es unten ein bisschen dauert, wenn man an der Sicherheitsschleuse ist, und dass wirklich um halb neun alle hier oben sind, weil wir um halb neun mit der Debatte anfangen.

Ich bedanke mich bis hierher bei euch für die zügige Beratung und gebe das Wort jetzt an Michael weiter.

ANTRAGSBERATUNG DER ORGANISATIONSPOLITISCHEN ANTRÄGE

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir müssen jetzt Gründlichkeit und Geschwindigkeit übereinbringen. Das geht nur sehr diszipliniert. Deshalb hat zunächst Dietmar Nietan das Wort. Dann stimmen wir über einen Verfahrensvorschlag ab.

Dietmar Nietan, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Jetzt steht der Bereich der organisationspolitischen Anträge auf der Tagesordnung.

Ihr wisst, dass nicht nur der Organisationspolitische Leitantrag O 1, sondern auch viele Anträge, die dort eingebracht worden sind, einer Diskussion entspringen, die schon seit vielen Jahren in der Partei vorangetrieben wurde, die Partei zu modernisieren, auch was die Organisationsstrukturen angeht. Ich erinnere an den Parteitag 2009 in Dresden, wo wir gesagt haben, wir wollen eine Dialogorientierung, wir wollen unsere politische Arbeit modernisieren, wir wollen neue Organisationsformen möglich machen und ausprobieren, wir wollen einfach, auch was die Organisation angeht, die modernste Partei in Deutschland sein.

Ich bin sehr froh, dass es sehr viele gute Anregungen gegeben hat, dass die Organisationspolitische Kommission, wie ich finde, sehr viele gute Dinge auch in diesen Organisationspolitischen Antrag O 1 eingearbeitet hat. Vieles davon ist es auch wert, in den nächsten Jahren entsprechend umgesetzt zu werden.

Auf der anderen Seite möchte ich darauf hinweisen, dass ich der festen Überzeugung bin, dass ihr es als Delegierte und vielleicht darf ich das auch für uns als Parteivorstand sagen wir es eigentlich nach diesem Tag verdient haben, jetzt möglichst schnell auf dem Parteitag auch mal von Genossin zu Genosse zu reden, die Seele baumeln zu lassen, vielleicht auch ein Bier zu trinken und dass es irgendwann auch mal genug ist mit der Arbeit hier in diesem Plenum.

(BEIFALL)

Aus diesem Grund möchte ich euch den folgenden Vorschlag machen. Ich schlage euch vor, dass wir den gesamten Bereich der organisationspolitischen Anträge, auch den O 1, bis auf eine Ausnahme, zu der ich gleich komme, heute Abend nicht mehr behandeln,

(BEIFALL)

dass wir die Dinge, die keinen satzungsändernden Charakter haben, sehr gerne auch in einem Parteikonvent weiter diskutieren können, dass wir aber vor allem viele Dinge, die in diesem Antrag sind, zum Beispiel indem wir sie in Modellprojekte kleiden, indem wir Richtlinien ändern, auch schon möglich machen, ohne dass es heute einer Beschlussfassung durch unser höchstes Gremium, den Parteitag, bedarf, und dass wir einfach die Dinge, die eingebracht worden sind, organisationspolitisch in den Jahren 2016, 2017 in den Wahlkämpfen, in den Landtagswahlkämpfen, auch in der Bundestagswahl ausprobieren, voranbringen und dass wir dann das würde ich euch hier versprechen auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag einen umfassenden weiterentwickelten organisationspolitischen Antrag beschließen, weil dieser Prozess, sich organisationspolitisch weiterzuentwickeln, weder heute noch im Jahr 2017 enden würde.

Einen Punkt würde ich als einzigen Punkt aufrufen, nämlich die Frage der Doppelspitze. Ich glaube, die ist so weit, dass wir sie heute klären sollten.

Wenn ihr dem zustimmt, würden wir bis auf den Punkt „Doppelspitze“ den gesamten organisationspolitischen Bereich sozusagen zurücküberweisen, heute dazu keine Beschlüsse fassen, keine Anträge beschließen. Allerdings wäre mein Vorschlag, dass wir die Diskussion und dann auch die Beschlussfassung über den satzungsändernden Antrag O 63 zur Doppelspitze jetzt noch führen aber nur diesen, dass wir, wenn wir diese Debatte geführt haben, darüber abstimmen und dass dann entsprechend dem Abstimmungsergebnis auch die organisationspolitischen Anträge mit satzungsänderndem Charakter O 64 bis O 66, aber auch die inhaltlichen Anträge zu diesem Thema O 28 bis O 29 nach dieser Debatte und Beschlussfassung zu O 63 erledigt werden. Dann könnten wir jetzt sehr kompakt die Frage Doppelspitze diskutieren und klären. Ich finde, danach hätten wir es alle verdient, auf den Parteiabend zu gehen.

Das würde ich euch gerne vorschlagen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Zu diesem Vorschlag gibt es eine Wortmeldung von Elke Ferner.

Elke Ferner, Parteivorstand: Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

(BEIFALL)

Jetzt den O 1 zurückzuziehen bedeutet schlicht und ergreifend, dass wir nicht mehr die Gelegenheit haben werden, politisch über die Frage Doppelspitze abzustimmen, sondern nur noch mit einer satzungsändernden Mehrheit über den O 63 abstimmen können. Deshalb beantrage ich, dass wir den O 1 weiterhin mit im Verfahren lassen, damit wir auch politisch darüber abstimmen können.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, klare Entscheidungen sind immer die besten Entscheidungen. Klarer ist die Entscheidung, die wir jetzt zu treffen haben, nicht. Es stehen gegeneinander der Vorschlag von Dietmar Nietan, sich auf den O 63 zu konzentrieren und damit heute die Frage Doppelspitze zu klären, und der Vorschlag von Elke Ferner, den O 1 zu diskutieren mit den entsprechenden Folgen.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer dem Vorschlag von Dietmar Nietan folgt, sich auf den O 63 und die Doppelspitze zu konzentrieren, wer das will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit haben wir beschlossen, uns heute auf den O 63 zu konzentrieren.

Damit sind aus der Sicht des Präsidiums folgende vier Wortmeldungen zunächst einmal hinfällig, weil sie sich zu anderen Themenkomplexen aus diesem Bereich gemeldet hatten: Ralf Spörkel, Stefan Engel, Petra Hinz und Torsten Warnecke.

Wir schlagen euch vor, in der bewährten Verfahrensweise vorzugehen, dass die Rednerinnen und Redner jeweils drei Minuten haben. Wir haben eine umfangliche Rednerliste. Deshalb beginnen wir jetzt mit Elke Ferner.

Elke Ferner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Vielleicht habt ihr euch gefragt, wie es überhaupt zu diesem Antrag gekommen ist. Das will ich euch jetzt sagen.

Vor ein paar Jahren hat mein eigener Ortsverein eine Doppelspitze wählen wollen und dafür die Ortsvereinsatzung entsprechend abändern wollen, und zwar aus drei Gründen: zunächst weil es einfacher ist, Beruf und Familie und auch das Ehrenamt miteinander zu vereinbaren, zum zweiten, weil wir fanden, dass es an der Zeit ist zu zeigen, dass Verantwortung und Macht teilbar sind, und zum dritten, weil wir nach außen deutlich machen wollten, dass es in der SPD eine Selbstverständlichkeit ist, was wir für Frauen in der Wirtschaft fordern, nämlich mehr Frauen in Führungspositionen.

(BEIFALL)

Um sicher zu gehen, dass bei dieser Satzungsänderung keine Fehler gemacht werden, hat sich mein Ortsverein an das Willy-Brandt-Haus gewandt und erfahren, dass unsere Parteisatzung Doppelspitzen nicht vorsieht und der Ortsverein seine eigene Satzung auch nicht entsprechend ändern kann.

Die Enttäuschung darüber war groß; denn die Satzung der SPD verbietet, was wir seit Jahren politisch einfordern, nämlich mit mehr Partnerschaftlichkeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

(BEIFALL)

Jetzt liegt ein Antrag auf Satzungsänderung vor. Aus den Delegationsbesprechungen höre ich, die Doppelspitze ginge ja schon jetzt, man bräuchte keine Satzungsänderung.

Es mag ja Doppelspitzen geben. Gerade vor zwei Wochen war in der Zeitung zu lesen, dass ein Ortsverein in Wiesbaden eine Doppelspitze im Vorgriff auf den Parteitag gewählt hat. Aber satzungskonform ist das eben nicht. Wenn dies satzungskonform wäre, dann hätten wir diesen Antrag gar nicht zu stellen brauchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich, ehrlich gesagt, über die Aufregung über unseren Vorschlag gewundert.

(BEIFALL)

Es geht ja nicht um Zwang. Es geht um eine weitere Möglichkeit, im Ehrenamt Führungsaufgaben in der SPD übernehmen zu können. Es geht darum, eine größere Führungsreserve für Führungsaufgaben in der SPD zu haben.

Denn diejenigen, die bereits Beruf und Familie mit kommunalem Ehrenamt vereinbaren wollen, wollen sich eben nicht noch die alleinige Verantwortung für einen Ortsvereinsvorsitz oder einen Unterbezirksvorsitz ans Bein binden. Sie wollen neben der Führungsposition im Ehrenamt auch noch Zeit für ihre Familie, für ihren Beruf und ihre Freunde haben. Und ihr wisst genau, wie schwer es in einigen Bereichen schon ist,

Nachfolgerinnen und Nachfolger zu finden. Und wenn dann nach langer Suche eine Nachfolge gefunden ist, die aus zwei Personen besteht, dann wollen wir das verbieten, weil die Satzung es verbietet? Warum verschenken wir denn dieses Führungspotenzial? Wie passt das denn zusammen, dass wir für die Wirtschaft mehr Partnerschaftlichkeit fordern und in unserer Partei genau das verbieten?

(BEIFALL)

Wie passt es denn zusammen, dass wir gestern in unseren Reden sagen: „Wir wollen mehr Partnerschaftlichkeit; wir wollen die mittlere Generation mit dabei haben und Politik für die mittlere Generation machen“, aber gleichzeitig in unserer Partei keine Chance eröffnen, sie mit der mittleren Generation zu machen?

(BEIFALL - GLOCKE)

Ich halte mich an die fünf Minuten.

(ZURUFE)

Ich habe euch wirklich nicht überstrapaziert. Ich weiß, dass es spät ist. - Gut, das ist schon überstrapaziert; dann weiß ich ja, wie die Abstimmung gleich ausgehen wird.

Ich kann uns wirklich nur zu einem raten: Glaubwürdig zu bleiben, und zwar in dem, was wir sagen und in dem, was wir tun. Es reicht eben nicht aus, zu sagen: Wir wollen mehr Partnerschaftlichkeit, wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wenn es um die anderen geht. Wir müssen das auch in der eigenen Organisation machen. Deshalb bitte ich euch, dem Antrag O 63 zuzustimmen.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Thorsten Schäfer-Gümbel!

Thorsten Schäfer-Gümbel, stellv. Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist gut, dass wir einen satzungsändernden Antrag diskutieren, weil uns das eine klare Entscheidung erleichtert.

Elke Ferner hat an einer Stelle recht: Es gibt in Teilen unserer Ortsvereine in der Tat partnerschaftliche Lösungen unterschiedlichster Art und Weise, und das ist satzungsrechtlich manchmal nicht so ganz einfach. Aber am Ende - das ist zumindest meine Erfahrung; und ich kenne viele Ortsvereine, die so partnerschaftlich miteinander arbeiten - kriegen sie das gut auch in den derzeitigen Strukturen hin.

(BEIFALL)

Darauf setze ich auch in der Zukunft.

Was ich nicht in Ordnung finde, ist, mit so einem Antrag gleich die große Glaubwürdigkeitskeule rauszuholen bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(BEIFALL)

Denn der Antrag bearbeitet aus meiner Sicht zwei Punkte nicht ordentlich. Erstens. Er suggeriert so etwas wie Freiwilligkeit. Aber es ist völlig klar: In dem Moment, wo so etwas in die Satzung geschrieben wird, wird es immer und in unterschiedlichsten Konstellationen, insbesondere nach Parteitag wie heute, eine Debatte darüber geben, ob es ein solches Modell nicht doch geben kann, und es wird einen faktischen Zwang zu dieser Lösung geben. Den will ich schlicht nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will ihn deswegen nicht, liebe Genossinnen und Genossen, weil ich zweitens in der Tat ein anderes Führungs- und Entscheidungsmodell in einer Volkspartei für notwendig halte. Schaut euch doch mal an, was bei den Themenparteien passiert, die Doppelspitzen haben. Es passiert immer das Gleiche: Der eine Teil bzw. Flügel der Partei will den einen Vorsitzenden, und der andere will den anderen. Am Ende entsteht immer Chaos.

(BEIFALL)

Und ich sage euch: Für eine Volkspartei wie die unsere ist eine solche Organisationsstruktur am Ende schlicht tödlich.

(BEIFALL)

Deswegen, liebe Elke: Ich bin sehr für partnerschaftliche Führungsstrukturen. Dafür müssen wir die Satzung aber ausdrücklich nicht in Richtung Doppelspitze anpassen. Deswegen plädiere ich sehr dafür, dass dieser Satzungsänderungsantrag abgelehnt wird. Außerdem bin ich davon überzeugt, dass weder Malu Dreyer noch Hannelore Kraft noch Katrin Budde irgendwelche Männer an ihrer Seite im Vorsitz brauchen. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben 16 Wortmeldungen vorliegen. Deshalb würde ich euch bitten, zuzustimmen, dass wir den Schluss der Rednerliste beschließen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall, dann haben wir so beschlossen. - Sabine Gilleßen ist die Nächste. Ihr folgt Ralf Spörkel.

Sabine Gilleßen, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte gerne direkt auf das eingehen, was Thorsten gerade als ultimatives Gegenargument angeführt hat: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Genosse oder eine Genossin, der bzw. die alleine kandidieren will und dafür eine Mehrheit hat, auf einmal keine Mehrheit mehr hat, nur weil noch jemand zusätzlich antritt. Entweder sie hatten die Mehrheit vorher schon dann wird auch keine Doppelspitze erzwungen werden, oder sie hatten sie vorher nicht. Aber tut mir leid: So schwache Vorsitzende kenne ich in unserer Partei - ob auf Ortsvereins- oder Unterbezirksebene - nicht. Das sehe ich so nicht.

(BEIFALL)

Ich sehe allerdings, dass wir in ganz vielen Gremien, in denen die Mitgliedschaft qua Funktion benannt wird

- nämlich qua Funktion Vorsitz -, ganz oft zu 70 oder 80 Prozent Männer sitzen haben, und dann kommt immer das Argument: Ja, aber die sind doch jetzt alle gerade Vorsitzende, deshalb ist dieses Gremium eben mal wieder ein reines Männergremium. - Das ist ein Argument, mit dem wir uns seit Jahrzehnten rumschlagen. Wenn wir aber Doppelspitzen haben, ist das eine Möglichkeit, dieses Problem aufzubrechen.

Ich möchte ganz klar darauf hinweisen: Dort, wo wir Doppelspitzen ermöglichen - und nur darum geht es; die, die wollen, sollen können, aber sie werden nicht müssen -,

(BEIFALL)

werden wir mit Sicherheit nicht mehr und nicht weniger Flügelkämpfe haben als dort, wo wir sie nicht haben. Das, finde ich, gehört in die Reihe der Argumente: Wenn mir gar nichts mehr einfällt, dann versuche ich, irgendein Problem herbeizureden, das es eigentlich gar nicht gibt.

Die Doppelspitze wird nicht alle Probleme lösen - keine Frage. Aber ich glaube, sie wird ein wichtiger Schritt dahin sein, dass wir partnerschaftlicher zusammenarbeiten. Ich würde mir wünschen, dass meine Partei, in der ich seit 1981 Politik mache, sich traut, diesen Schritt zu gehen und denen die Chance gibt, das auszuprobieren, die das gerne machen wollen. Da, wo es nicht funktioniert, muss es nicht passieren.

Ich bitte euch einfach um Mut und Zustimmung. Ich hoffe, dass wir das heute noch hinbekommen. - Danke.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Nach Ralf Spörkel spricht Christian Dristram.

Ralf Spörkel, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann verstehen, dass es viele Bedenken gibt, dass es Fragen und Unklarheit gibt. Was ich aber wirklich nicht verstehen kann das ist ein bisschen auf das gemünzt, was Thorsten eben gesagt hat, ist diese Angst, dieser Kleinmut, diese Rückständigkeit, die die Debatte in den letzten Tagen leider geprägt hat.

Genossinnen und Genossen, das sind die gleiche Angst, der gleiche Kleinmut und die gleiche Rückständigkeit, die auch die Debatte über die Quote in den 80er-Jahren geprägt hat.

(BEIFALL)

Damals, Genossinnen und Genossen, haben wir dieser Angst, dieser Kleinmut, dieser Rückständigkeit eine Absage erteilt. Ich glaube, genau das sollten wir heute auch tun.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, ich muss sagen, dass diese Debatte - da hat der Thorsten allerdings recht - auch nicht den Zungenschlag bekommen darf, dass all diejenigen, die heute eine andere Entscheidung als ein Ja zur Doppelspitze treffen, gegen Gleichberechtigung, gegen Gleichstellung, gegen Förderung von Frauen in der Spitze unserer Partei sind. Dieses Argument muss dann aber für beide Seiten gelten. Es muss dann auch über den vorliegenden Antrag gesprochen werden. Und dieser Antrag, Genossinnen und Genossen, ist

kein Antrag zur Ermächtigung, überall Doppelspitzen einzuführen. Es ist ein Antrag, der keinen Ortsverein, keine Gliederung, keine Arbeitsgemeinschaft, keinen Bezirk, keinen Landesverband und auch nicht den Bundesverband dazu zwingt, eine Doppelspitze einzuführen.

(BEIFALL)

Er schafft nur die Möglichkeit dazu. Und wer sind wir eigentlich, Genossinnen und Genossen, dass wir sagen: Ihr, die Gliederungen, die das wollen, sollen diese Möglichkeit nicht haben.

Ich bin davon überzeugt, dass die Handlungsfähigkeit der SPD heute nicht auf dem Spiel steht. Ich glaube, unsere Partei ist nicht so klein, dass wir diese Angst haben müssen. Deswegen sage ich euch, Genossinnen und Genossen: Es ist der richtige Schritt, jetzt zu sagen: Geben wir denen, die es wollen, satzungsmäßig die Möglichkeit, diese Doppelspitze einzuführen! Seien wir nicht kleinmütig, sondern mutig, und sagen wir Ja zu diesem Antrag und damit Nein zum Votum der Antragskommission. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: So. Jetzt Christian Dristram, dann Regina Kopp-Herr.

Christian Dristram, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich möchte zur Doppelspitze sprechen und möchte diese ausdrücklich unterstützen. Der Ralf hat eben gerade schon viele gute Argumente genannt, warum wir die Doppelspitze unterstützen sollten.

Ich möchte auf ein weiteres Argument eingehen. Das ist für mich ein wenig die Stringenz der eigenen Ideen und eigenen Vorstellungen; denn gestern beim Antrag zur Familienpolitik hat Manu Schwesig den richtigen Satz gesagt, den wir alle beklatscht haben: Wir wollen die partnerschaftliche Aufteilung der Zeit in Familie und Beruf. - Da frage ich euch, liebe Genossinnen und Genossen: Warum soll dieser Satz nicht auch um das Ehrenamt erweitert werden können?

(BEIFALL)

Auch im Ehrenamt wollen wir die zunehmende Arbeitslast so wie in der Arbeitswelt verteilen. Wie in der Arbeitswelt, so können und wollen wir auch in der Partei nicht in Führungspositionen auf die bestausgebildete Frauengeneration, die wir je hatten, verzichten, liebe Genossinnen und Genossen.

Gegenüber Kritikerinnen und Kritiker an der Doppelspitze, finde ich, kann man auch - Elke hat es schon getan - Wirtschaftsbeispiele nennen, beispielsweise das Prinzip des Jobsharings, das es in der Wirtschaft häufig gibt, das wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen. Und ich sage euch: Was die Wirtschaft kann, das kann die Sozialdemokratie schon lange.

(BEIFALL)

Mein Redebeitrag ist relativ kurz. Ich möchte nur ganz kurz auf Thorsten Schäfer-Gümbel eingehen. Kein Mensch, der für eine Doppelspitze redet, würde jemals einer Hannelore Kraft oder einer Malu Dreyer absprechen, dass sie nicht allein in der Lage ist, eine Partei zu führen. Das können sie auch, wenn sie das möch-

ten, wenn die jeweilige Gliederung das möchte. Wenn es aber Gliederungen gibt, die eine partnerschaftliche Verteilung der Macht auf ihrer Ebene haben möchten, dann sollten wir ihnen das ermöglichen.

(BEIFALL)

Dementsprechend kommt auch bei mir das obligatorische Zitat am Ende - diesmal aus dem Grundsatzprogramm -:

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Und in diesem Sinne: Wer patriarchale Machtstrukturen aufbrechen will, der muss für die Doppelspitze stimmen. Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Regina, du kannst aber trotzdem zunächst mal zur Bühne gehen.

Jens Guth, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen, ein Antrag zur Geschäftsordnung: Die Positionen sind, glaube ich, ausgetauscht. Sie wiederholen sich auch nur.

(BEIFALL)

Der Antrag ist hinlänglich begründet. Auch die Gegenargumentation ist hinlänglich begründet. Deshalb schlage ich euch vor und beantrage, dass wir Ende der Debatte machen und unmittelbar zur Abstimmung kommen.

(BEIFALL)

Michael Groschek, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt den Antrag gehört. Eine formale Gegenrede. Also stimmen wir über den Antrag ab. Wer für den Antrag „Schluss der Debatte“ ist, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit.

(ZURUF)

- Natürlich, ganz klar. -

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Dietmar, willst du noch für die Antragskommission Stellung beziehen? - Das Votum ist Ablehnung.

Also kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag O 63. Wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung folgt, den darf ich jetzt um das Kartenzeichen bitten. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war deutlich die Mehrheit.

Damit ist der Antrag abgelehnt und der Parteitag für heute beendet. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Und vor dem nächsten Bundesparteitag sollten wir Folgendes überlegen: Wir haben seit der Vergrößerung des Parteitages die Zahl der Tagungstage verkürzt, aber die Tagesordnung verlängert. Das passt rational nicht zusammen. Deshalb sollten wir vor dem nächsten Bundesparteitag Konsequenzen ziehen, um das Tagungspräsidium ein wenig zu entlasten und euch zu schonen.

Schönen Abend, Glück auf und noch mal die Erinnerung: Um 8.30 Uhr beginnt die TTIP-Debatte hier, und ihr müsstet mindestens 20 Minuten früher an dem Sicherheitsschleusenbereich sein. Die Sachen können wieder im Saal bleiben. Was auf dem Tisch ist, verschwindet. Was auf dem Stuhl ist, das bleibt. Prost und gute Nacht!

(UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGES: 21.22 UHR)

SAMSTAG, 12. DEZEMBER 2015, BEGINN: 8:39 UHR

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, wir freuen uns, dass so viele es pünktlich hierhergeschafft haben, und wollen deshalb auch gleich in die Debatte des letzten Tages einsteigen. Ihr wisst, dass wir uns für heute ein anspruchsvolles Programm gesetzt haben. Wir wollen heute Morgen auch sofort mit der Debatte zu TTIP und CETA beginnen. Ich freue mich, dass uns Ralf Stegner in diesen Antragsbereich einführen wird. - Ralf, du hast das Wort.

(BEIFALL)

ANTRAGSBERATUNG: CHANCEN UND RISIKEN DES TRANSATLANTISCHEN FREIHANDELS

Ralf Stegner, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, ihr seid genauso munter wie ich, sodass wir über TTIP und CETA reden können.

(BEIFALL)

Gemeinsame Spielregeln in der Weltwirtschaft sind besser als keine Regeln. Das wissen wir nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass die Globalisierung faire Regeln bekommt. Wenn wir das nicht tun, Genossinnen und Genossen, dann tut das niemand.

Beim Thema TTIP und CETA gehen die Emotionen der Menschen hoch. Die einen - meistens Wirtschaftsvertreter - finden das super und sagen: Das ist eine Arbeitsplatzmaschine, Milch und Honig fließen; die Welt geht unter, wenn das Abkommen nicht kommt. - Die anderen sagen: Das ist Raubtierkapitalismus pur, und die Welt geht unter, wenn die Abkommen kommen.

Genossinnen und Genossen, beide Perspektiven sind falsch. Deshalb will ich darstellen, warum ich glaube, dass man das Thema differenziert betrachten muss, und warum ich diesen Leitantrag hier einbringe und für ihn werbe.

Klar ist: TTIP und CETA haben ein ziemliches Imageproblem. Die Marke TTIP ist verbrannt und steht für viele Menschen für alles Schlechte. Das gilt selbst für die, die keine objektiven Gründe dafür nennen können. Und manch einer in der öffentlichen Debatte weiß überhaupt nicht, worüber wir hier reden.

Für manche ist TTIP Sinnbild des ungebremsten Kapitalismus. Sie sagen: Nur die Großen werden profitieren; die Menschen bleiben auf der Strecke, die Demokratie wird zerstört. Deswegen demonstrieren sie gegen das Abkommen, verteilen Flugblätter in Cafés, Bürgerveranstaltungen, Kirchengemeinden und Kultureinrichtungen, beteiligen sich an Demonstrationen. Und dieses Engagement ist uns auch wichtig - ich füge hinzu: solange wir noch Argumente austauschen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Für andere sind die Kritiker von TTIP oder CETA alles Spinner, die man nicht ernst nehmen muss, weil sie einfach nicht kapieren, wie der Kapitalismus funktioniert. Diese Grundhaltung kann man auch auf der Homepage der CDU nachlesen. Dort wird erklärt, warum TTIP super und alternativlos ist und die Argumente, die dagegen vorgebracht werden, alle nichts taugen.

Etwas, das man sehr häufig hören kann, ist der Vorwurf: Wir alle wollen das nicht; ihr stülpt uns das über. TTIP ist böse, anti TTIP sein ist gut. Ihr wisst selbst: So einfach ist die Welt nicht. Und Verschwörungstheorien passen nicht zur Sozialdemokratie als einer Kraft der Aufklärung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Vermengt wird dies manchmal auch mit latentem Antiamerikanismus. Ich habe selbst drei Jahre in den USA gelebt. Auch wenn ich Kritik zu üben habe an der amerikanischen Politik: Die USA ist nicht das Land der Bösen. Bei aller Kritik muss man auch zur Kenntnis nehmen: Es gibt Standards in den USA, die sind höher als bei uns. Ich denke dabei etwa an Medizinprodukte oder Finanzprodukte. Deren Umgang mit Schweizer Banken gefällt mir besser als das, was wir in Europa machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

So einfach ist das also alles nicht. Ich sage euch: Wenn all das stimmen würde, was behauptet wird, stünde ich gewiss nicht hier und würde diesen Antrag einbringen, sondern dann wäre ich dagegen. Freihandel ist weder gut noch böse, es kommt aber auf die Regeln an, Genossinnen und Genossen, und darüber müssen wir reden.

(BEIFALL)

Manche sagen: TTIP dient dazu, die Demokratie und den Rechtsstaat auszuhöhlen, indem demokratisch legitimierte Parlamentsentscheidungen null und nichtig werden. Manche mögen auch genau diese Vorstellung im Sinn haben. Ich bin da gegen jedwede Naivität. Ich sage euch aber auch: Es glaubt doch niemand ernsthaft, dass wir dies zulassen!

Weiter wird die Sorge geschürt, dass durch ein solches Abkommen Dinge, die in einem Land erlaubt sind, automatisch auch im anderen Land erlaubt sein werden. Ein Beispiel ist das berühmte Chlorhähnchen. Wobei ich euch sagen muss: Die Amerikaner finden unsere Sachen mit den Hormonen auch ziemlich ekelhaft - nur, dass wir uns da nicht missverstehen, was die Frage angeht.

(BEIFALL)

Im Ernst: Welcher demokratische Politiker oder welche Politikerin könnte zustimmen, wenn das alles zutreffend wäre - und vor allen Dingen: welcher Sozialdemokrat könnte zustimmen, wenn das alles stimmen würde, liebe Genossinnen und Genossen?

Aber ich will sagen: Einige der Ängste und Sorgen der Gegner von den Ansätzen dieser Freihandelsabkommen teile ich - und viele andere in der Partei auch. Gerade weil viele Menschen zu Recht Sorge vor negativen Auswirkungen haben, sind faire, verlässliche globale Regeln wichtig. Die SPD kann das auf ihrem

Bundesparteitag nicht für die ganze Welt allein entscheiden, das sollten wir nicht glauben; aber wir können mitentscheiden. Es ist nicht unwichtig, was wir entscheiden und ob wir uns daran beteiligen oder ob wir das nicht tun.

Wir sind bei TTIP erst bei den Verhandlungen. Wenn wir die Verhandlungen jetzt abbrechen, wird nichts besser, Genossinnen und Genossen. Gegen Kinderarbeit, gegen Ausbeutung von Frauen, gegen null Arbeitsschutz in manchen Teilen der Welt ist vieles zu tun. Wir wollen nicht, dass China und Bangladesch die weltweiten Standards für Arbeit, Umwelt und Kultur prägen. Die anderen Teile der Welt sind uns nicht egal. Wir wollen unsere hohen Standards durchsetzen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist der Auftrag.

(BEIFALL)

Ich füge hinzu: Ich bin nicht naiv. Ich weiß, dass es vielen Befürwortern von TTIP nicht um höhere Standards geht. Aber uns muss es darum gehen.

Deshalb haben wir Sozialdemokraten im September 2014, nach langer Diskussion über das Thema Freihandel, TTIP und CETA, einen Konventsbeschluss getroffen, in dem wir die roten Linien vereinbart haben, die wir für notwendig halten, um zustimmen zu können. Diese Linien haben wir zusammen mit den Gewerkschaften ausgehandelt. Das war alles schwierig genug.

Dieser Parteikonventsbeschluss gilt. Er ist im September 2014 mit überwältigender Mehrheit fast einstimmig beschlossen worden; alle Flügel der Partei waren da beteiligt, liebe Genossinnen und Genossen, das füge ich noch einmal hinzu. Dieser Konventsbeschluss gilt.

(BEIFALL)

Wer übrigens meint, ich würde hier Anträge einbringen, die gute Beschlüsse aufweichen, der kennt mich schlecht. Ich komme am Ende noch einmal kurz darauf zurück.

Die drei roten Linien, die wir damals vereinbart haben, gelten weiterhin, und zwar ohne Einschränkungen:

Erstens. Die guten europäischen Schutzstandards, die wir hart erkämpft haben, dürfen nicht sinken, nicht beim Arbeitnehmerschutz, nicht beim Verbraucherschutz, nicht beim Datenschutz, nicht bei der Kultur, nicht bei der öffentlichen Daseinsvorsorge - nirgendwo, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Zweitens. Der Prozess muss transparent sein, und am Ende müssen alle Parlamente und das Europäische Parlament über TTIP abstimmen. Also braucht der Vertrag außer im Deutschen Bundestag noch in 27 weiteren europäischen Staaten eine Mehrheit, damit er in Kraft tritt.

Drittens. Politik muss den Primat behalten. Keine undemokratischen Schiedsgerichte oder ähnliche demokratieaushebelnde Beschlüsse. Großkonzerne dürfen nationale Gerichte und Parlamente nicht umgehen können. Denn das wäre die Abschaffung der Demokratie, und Sozialdemokraten machen so etwas nicht mit, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich habe den Konventsbeschluss nach den Änderungen damals richtig gefunden. Lieber Sigmar, ich erinnere mich: Dafür hat nicht jeder immer nur Lob bekommen auf jedem Teil der Strecke. Das ist so, wenn man in der Partei miteinander diskutiert. Aber wir haben es am Ende miteinander beschlossen. Es ist unser gemeinsamer Erfolg, und von dem sollten wir uns heute nicht distanzieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Diese harte Linie kann man vertreten, denn an ihr hat sich nichts geändert - bis auf eine wichtige Sache: Wir haben nämlich mehr erreicht, als es im September 2014 möglich schien. Die undemokratischen Schiedsgerichte werden im TTIP-Vertrag nicht kommen. Das Europaparlament hat Schiedsgerichte als Umgehung nationaler Gerichte und Parlamente bei TTIP und bei CETA für tot erklärt. Das ist der Erfolg von zivilgesellschaftlichen Gruppen, das ist der Erfolg von Globalisierungskritikern, Gewerkschaften, Umweltverbänden, es ist aber vor allem der Erfolg von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament unter der Führung von Martin Schulz, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Und das ist zustande gekommen, nachdem Sigmar Gabriel sich mit den Sozialdemokraten in Madrid getroffen hat und eingefordert hat, dass wir das tun, weil es der Auftrag war, den wir beim Konventsbeschluss miteinander formuliert hatten. Also: Auch aus dem CETA-Vertrag sollen die Schiedsgerichte raus. Denn sonst ist der Vertrag schon im Europäischen Parlament nicht zustimmungsfähig. Das hat Martin Schulz öffentlich gesagt, und das gilt auch.

(BEIFALL)

Aber, Genossinnen und Genossen, viele Gliederungen haben - trotz oder wegen des Konventsbeschlusses - Anträge zum Parteitag gestellt. Deshalb ist es notwendig geworden, dass wir noch mal darüber reden.

Eigentlich hätte der Satz gereicht: Es gilt der Konventsbeschluss; eigentlich hätte der gereicht.

(BEIFALL)

Der aktuelle Stand ist aber: TTIP wird weiter verhandelt - vermutlich kommt das nicht mehr in der Legislaturperiode der amerikanischen Regierung -, und CETA befindet sich in der Rechtsförmlichkeitsprüfung bei der Europäischen Kommission. Ab Herbst 2016 wird sich dann voraussichtlich das Europäische Parlament mit dem Abkommen beschäftigen, und dann auch die nationalen Parlamente.

Damals war CETA schon ausverhandelt, auch bei unserem Konvent. Übrigens: Die Schiedsgerichte sind weitgehend von der schwarz-gelben Vorgängerregierung hineingekommen, Genossinnen und Genossen, nicht von der kanadischen Seite. Deshalb ist das, was jetzt herausgekommen ist, ein sehr viel besserer Kompromiss, als wir es uns im Jahr 2014 vorstellen konnten.

Ihr erinnert euch: Sigmar Gabriel hat damals gesagt: „Ich weiß gar nicht, ob wir das noch schaffen können,

weil das ausverhandelt ist.“ Es ist auch das Interesse der Kanadier nach dem Regierungswechsel, dass wir darüber noch mal reden. Ich füge hinzu: Es waren die Deutschen, die das hineingebracht haben.

Übrigens: Manches, was wir heute kritisieren, haben wir gegenüber afrikanischen Staaten selber gemacht, wenn ich das auch ein bisschen kritisch hinzufügen darf.

Wir Sozialdemokraten haben auf dem Konvent festgelegt, dass wir einen Parteitag oder Parteikonvent abhalten werden, der darüber entscheidet, ob wir unseren Parlamentarierinnen und Parlamentariern empfehlen, dem Vertrag zuzustimmen oder nicht. Auch das, Genossinnen und Genossen, gilt auch weiterhin. Das heißt, es gibt keinen Automatismus in die eine und in die andere Richtung. Deshalb möchte ich kurz sagen, worum es geht.

Es geht bei TTIP um eine enorme ökonomische Dimension. Es geht um die größte Freihandelszone der Welt. Schon jetzt beträgt das transatlantische Handelsvolumen 2 Milliarden Euro täglich.

Ziel ist es, Zölle und Handelsbarrieren abzubauen. Wir wollen Handel. Wir wollen gut kontrollierte Produkte. Aber mehr Handel und mehr Wettbewerb müssen sich auf faire Grundlagen stützen, nicht auf Sozial- und Umweltdumping. Die globalisierte Wirtschaft braucht klare Regeln, die schwer durchsetzbar sind. Aber wir brauchen das.

Ein solches Abkommen bietet auch Chancen für fortschrittliche Standards für Nachhaltigkeit und Arbeitnehmerrechte, mit Strahlkraft für den Welthandel. Wenn Handelshemmnisse wie Bürokratie und Zölle wegfallen, bekommen kleine und mittlere Unternehmen aus Europa leichter Marktzugang in den USA. Auch das sichert Arbeitsplätze bei uns.

Warum sollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Globalisierung Regeln geben und den Freihandel mit klaren Bedingungen unterstützen? Wir glauben, dass diese Globalisierung gute demokratische Regeln braucht. Wer jetzt sagt: „Warum brauchen wir so ein Abkommen? Was geht mich der Rest der Welt an?“, der vergisst, dass wir eine internationale Partei sind. Wir sind die Partei der Friedenspolitik. Wir wissen ganz genau: Wir müssen die Dinge international lösen. Europa ist keine Insel. Wir können nicht Mauern um uns herum bauen und glauben, alles andere betrifft uns nicht. Denkt daran! Das ist Teil unserer Tradition.

(BEIFALL)

Ja, wir haben hohe Standards. Aber uns sind die amerikanischen Gewerkschaften nicht egal, und uns sind die Kinder nicht egal, die anderswo arbeiten müssen, die Frauen, die ausgebeutet werden. Und wenn Firmen brennen, kommt nicht der Arbeitsschutz, sondern viele gehen in anderen Ländern elendig zugrunde. Das kann uns nicht egal sein. Wir müssen uns mit solchen Themen beschäftigen.

(BEIFALL)

Aber es war ein Fehler, dass die Sache von Anfang nicht transparent gemacht worden ist. Das hat den Skeptiker viel Zulauf gebracht - verständlicherweise. Diesen Fehler hat die Kommission jetzt korrigiert. Ziemlich spät, und es ist auch immer noch Luft nach oben, was die Transparenz angeht. Ich bin der Meinung, hier sollte sich die Sozialdemokratie nicht heraushalten. Wir wollen Globalisierung gestalten, und wir wollen

die Übel, die damit verbunden sind, bekämpfen. Es ist unser eigenes Interesse, und wenn man TTIP richtig macht, kann es dazu dienen.

Übrigens: Auch Teile der Industriegewerkschaften beziehen eindeutig für TTIP Position, wenn die Grundlinien stimmen. Auch daran möchte ich hier erinnern. Wir haben gesagt, wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften sein. Das gilt auch in diesem Punkt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Was wir also tun müssen, ist, unseren Verhandlern den Rücken zu stärken und ihnen nicht in den Rücken zu fallen. Wir könnten diese größte Handelspartnerschaft der Welt dazu nutzen, dort Druck auszuüben, wo es eben diese Kinderarbeit und Ausbeutung gibt. Wenn wir keine gemeinsamen Regeln festlegen, werden am Ende die niedrigsten Standards und Dumpinglöhne bestimmen, was in der Welt geschieht. Das kann die SPD nicht wollen.

(BEIFALL)

Aber wir müssen, wenn wir mit den Amerikanern reden, auch hart verhandeln und aufpassen, dass nicht durch Liberalisierungen europäische Standards abgeschafft oder ausgehöhlt werden. Harmonisierung darf nicht bedeuten, dass wir niedrigere Standards importieren. Das gilt für soziale und arbeitsrechtliche Fragen genauso wie für den Daten-, den Verbraucher- und den Umweltschutz.

Und wenn es zum Beispiel um Marktzugang für gentechnisch veränderte Lebensmittel geht - es kann ja sein, dass man das nicht verhindern kann -, dann muss der Verbraucher erkennen können, und zwar auch, wenn er kein Lebensmittelchemiker ist, dass das genveränderte Lebensmittel sind. Wir wollen das nicht. Dann werden die hier nämlich nicht verkauft, wenn man das erkennen kann, liebe Genossinnen und Genossen. Darüber muss man ringen mit denen, die das anders sehen.

(BEIFALL)

Wir dürfen auch nicht solche Dinge zulassen, dass am Ende die Buchpreisbindung, der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder andere Dinge in Frage gestellt werden, als Handelsbarrieren. Das wollen wir nicht, und das passiert auch nicht.

Die Verhandlungen dürfen die Errungenschaften der EU im Bereich der Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards nicht in Frage stellen. Das hohe Schutzniveau, das wir für Verbraucher, Umwelt und Arbeit haben, muss erhalten bleiben. Das steht übrigens auch in unserem Koalitionsvertrag. Diesem Koalitionsvertrag haben drei Viertel unserer Mitglieder zugestimmt, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sollten mal ernst nehmen, was wir miteinander beschließen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und es sind auch viele Dinge darin wie zum Beispiel die Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen bei europäischen Handelsabkommen. Das steht bei uns auch im Koalitionsvertrag, denn Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden. Wir wehren uns doch gerade gegen Vorschläge, dass

das bei den Flüchtlingen geschieht, wie die Konservativen vorschlagen. Das gilt also auch in diesem Feld. Es ist wichtig, dass das während der ganzen Verhandlungen auch so bleibt.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, ist es ein großer Erfolg, dass wir es geschafft haben, das mit den Schiedsgerichten zu verändern. Wir haben unseren Antrag übrigens auch noch einmal angepasst, nachdem der DGB-Vorsitzende gesagt hat: „Konkretisiert das mit dem Konventsbeschluss.“

Wir haben als einzige übrigens kontrovers über dieses Thema diskutiert. Andere sagen, sie sind global dafür oder global dagegen. Wir sind nicht Zuschauer, sondern wir sind beteiligt. Deswegen muss ich euch ehrlich sagen: Wir sollten uns auf diesem Kurs auch weiterbewegen.

Lasst mich zum Schluss noch ein paar ganz wenige persönliche Argumente nennen, weil mich im Vorfeld auch der heutigen Debatte doch geärgert hat, was ich lesen konnte.

Ich habe gelesen, der Stegner, der da diesen Antrag einbringt, hat das nicht verstanden. Oder er ist weichgespült und bringt laue Anträge ein. Solche Mails habe ich aus Delegationen bekommen. Frau Merkel sagt ja immer - ich sage es mal mit dem Du -: „Ihr kennt mich schlecht, wenn ihr glaubt, dass ich so etwas tue.“ Dass ich es nicht verstanden habe, okay, das würde ich demütig hinnehmen, obwohl mir das selten nachgesagt wird. Aber das Zweite, dass ich hier ernsthaft etwas vertrete, was ich nicht richtig finde, Genossinnen und Genossen, das gibt es mit mir nicht. Dann würde ich hier nicht stehen.

Deswegen muss ich sagen: Ich bin ein altmodischer Sozi. Wir müssen aufhören mit der Misstrauenskultur in der SPD, dass die glauben, wir schreiben das eine und meinen das andere. Das stimmt nicht! Das, was wir schreiben, meinen wir auch.

(BEIFALL)

Oder dass wir 17-mal die gleiche Formulierung wiederholen müssen, damit sie uns jemand abnimmt. Das ist Minderwertigkeitskomplex. Vor einer solchen Partei haben andere keine Angst, wenn wir das ständig tun. Lasst uns doch mal glauben, dass wir das wollen, was wir sagen.

(BEIFALL)

Vielleicht ist das ja der Grund dafür, dass drei Viertel der Bevölkerung die Inhalte, für die wir stehen, gut finden, aber uns nur ein Viertel wählt. Genossinnen und Genossen, nur eine selbstbewusste SPD, die die Gegner nicht in den eigenen Reihen sucht, hat Chancen, Dinge auch durchzusetzen. Das sollten wir uns merken.

(BEIFALL)

Deshalb sage ich zum Schluss: Eine Garantie für Verhandlungserfolge gibt es nicht. Wir stimmen nur zu, wenn CETA und TTIP das Leben der Menschen verbessert. Das Ergebnis muss gut sein. Der Parteikonventsbeschluss gilt, und das werden wir in Zukunft auf Parteitag oder Konventen beschließen. Bert Brecht hat gesagt: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. - Erinnerung an das, was im Film „150 Jahre SPD“ gesagt worden ist: Eine bessere Welt kommt nicht von allein. Wir müssen schon dafür sorgen, dass sie auch passiert. - Vielen herzlichen Dank.

(LEBHAFTER BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=CMfZOeRa_Jc&index=15&list=PL85IMmq0WVITNRtlcDpSYSxGb-6-7sOcs

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Ralf, ganz herzlichen Dank für diese Einführung in die Debatte.

Liebe Delegierte, wir haben heute auch deswegen ein so gedrängtes Programm, weil es Sigmar und Martin gelungen ist, etwas umzusetzen, was wir noch nie auf einem Parteitag in dieser Art und Weise hatten.

Wir werden später drei europäische Regierungschefs und die EU-Außenbeauftragte hier zu Gast haben und ein europäischen Panel durchführen. Darauf freuen wir uns alle sehr, und deswegen haben wir einen gewissen zeitlich begrenzten Rahmen.

Gleichzeitig wollen wir so vielen von euch wie irgendwie möglich das Wort geben und die Debatte mit der gebotenen Intensität und Ernsthaftigkeit führen. Deswegen ist unser Vorschlag, dass wir uns auf eine Redezeit von drei Minuten von Anfang an verständigen, damit hier tatsächlich möglichst viele das Wort ergreifen können.

(BEIFALL)

Ich sage euch: Heute Morgen meinen wir auch drei Minuten, wenn wir „drei Minuten“ sagen. Das heißt, bei 2:50 Minuten klingeln wir ab, ab 3 Minuten werden wir unleidlich, und bei 13 Minuten stellen wir das Mikrofon aus.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir steigen in die Debatte ein. - Als Erste hat sich Simone Burger gemeldet, als Zweiter Klaus Barthel.

Simone Burger, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Genauso wie ihr, habe auch ich viele Gespräche zu den Themen CETA, TTIP und TiSA geführt. Diese Themen bewegen die Menschen, und ihre Sorgen sollten wir ernst nehmen.

Bisher war es aufgrund unserer Beschlusslage kein Problem, diese Gespräche auch zu bestehen und ihnen zu erklären, dass es uns darum geht, eigentlich multilateral zu verhandeln. 2005 wollte ich meine Diplomarbeit zum Thema „Doha Development Round“ und deren Ergebnisse schreiben, welche bis heute nicht vorliegen. Ich konnte in den Gesprächen erklären, dass wir klare rote Linien haben und sie einfordern werden und dass wir mit dem Handelsgerichtshof schon viel erreicht haben.

Es bleibt aber eine Leerstelle. Zu CETA liegt der Text vor, und er wird noch geprüft. Ich glaube, die Menschen erwarten von uns zu Recht eine Einschätzung und klar zu sagen, wo unsere roten Linien bei CETA gerissen werden, was unser weiteres Vorgehen und wo unsere Strategie ist. Deswegen freue ich mich, dass im Initiativantrag des Parteivorstands mehr dazu steht. Ich finde auch, dass man dem Initiativantrag des Parteivorstands zustimmen sollte, aber ich beantrage, dass auch eine Einzelabstimmung zum Initiativantrag 17 der AfA zum Thema CETA vorgenommen wird

(BEIFALL)

und dass beim IA 17 der letzte Satz gestrichen wird; denn es geht um mehr als um Schiedsgerichte: CETA enthält die Ratchet-Klausel, die ILO-Kernarbeitsnormen sind von Kanada nicht komplett ratifiziert worden, und ein Regulierungsrat ist darin enthalten.

Ich glaube, CETA hat es verdient, einen eigenen Antrag zu bekommen. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank - auch für die Kürze. - Klaus Barthel hat das Wort. Ihm folgt Hilde Mattheis.

Klaus Barthel, Bayern: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ralf Stegner hat gerade gesagt, unsere Grundsatzbeschlüsse würden gelten. Deswegen plädiere ich hier auch noch einmal dafür, den Initiativantrag 17 anzunehmen; denn dadurch wird unser Grundsatzbeschluss auf CETA angewendet. Die Schlussfolgerung ist - das steht auch darüber -: „CETA in der jetzigen Fassung ablehnen“.

(BEIFALL)

Ich will euch darauf hinweisen: Die Antragskommission empfiehlt Erledigung. - Dieser Antrag ist keineswegs erledigt; denn wir haben jetzt ein aktuelles Zeitfenster, in dem es eine Gestaltungsmöglichkeit gibt. Wir beziehen uns auf den Regierungswechsel in Kanada Ende Oktober und darauf, dass sich die neue kanadische Regierung in der Frage CETA noch nicht positioniert hat. Das heißt, wir haben jetzt die Chance, in neue Gespräche einzutreten und die folgenden Probleme in CETA zu lösen, die momentan sehr problematisch für uns sind:

Erstens wird in CETA bei der Daseinsvorsorge und bei den Dienstleistungen der Negativlistenansatz und nicht der Positivlistenansatz verfolgt, den wir fordern.

Zweitens ist der ISDS immer noch darin enthalten.

Drittens sind die ILO-Kernarbeitsnormen, von denen Kanada nur sechs ratifiziert hat, in diesem Beschluss nicht enthalten.

Ich will euch eines sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Man kann jetzt sagen, in Kanada sei das alles nicht so schlimm. Aber wer glaubt denn, dass wir das in TTIP oder in einem Abkommen mit China oder mit wem auch immer durchbekommen, wenn wir das in CETA nicht durchkriegen? Es ist doch völlig absurd, das zu glauben.

(BEIFALL)

Ich weiß, dass das Wirtschaftsministerium - das wird Sigmar nachher alles vortragen - eine völlig andere Lesart von CETA hat. Ich frage euch aber, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn das alles stimmt und so klar und einfach ist, wie es dargestellt wird, warum gibt es dann nicht schon längst eine abgeschlossene

ne Rechtsförmlichkeitsprüfung und eine deutsche Übersetzung, was uns schon seit Monaten versprochen wurde?

(BEIFALL)

Weil hier gesagt worden ist, dass wir in dieser Debatte mit dem DGB und den Gewerkschaften Hand in Hand gehen wollen, will ich euch eine gemeinsame Erklärung - das sollten wir uns schon noch einmal vor Augen halten - des DGB und des Canadian Labour Congress vom 23. Oktober zitieren; man kann sie bei mir einsehen. Dort heißt es:

„Wir fordern die Regierungen unserer jeweiligen Länder Kanada und Deutschland auf, das zwischen der Europäischen Union und Kanada ausgehandelte Comprehensive Economic and Trade Agreement kurz, CETA, in der vorliegenden Form nicht zu ratifizieren, die Verhandlungen zwischen Kanada und der Europäischen Union wieder aufzunehmen, mit dem Ziel, CETA zu einem fairen Handelsabkommen zu machen, das die Rechte der Arbeitnehmer achtet, als auch ihren Anspruch auf menschenwürdige Arbeit und ein gutes Leben, das die Umwelt und das das Klima schützt und das Verbraucherinteressen Vorrang einräumt vor den Interessen der Konzerne.“

Liebe Genossinnen und Genossen, nehmen wir unsere Grundsatzbeschlüsse ernst, nehmen wir die kanadischen und die deutschen Gewerkschaften ernst und beschließen wir IA 17 in der vorgelegten Fassung!
- Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Hilde Mattheis; ihr folgt Harry Underwood.

Hilde Mattheis, Baden-Württemberg: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin froh, dass in dem IA 8 formuliert ist: „Der Bundesparteitag bestätigt den Beschluss des Parteikonventes“. Diese 14 Punkte sind wichtige rote Haltelinien, hinter denen wir nicht zurückfallen dürfen.

Ich bin froh, dass wir hier heute als Parteitag noch einmal die Möglichkeit haben, über TTIP und CETA zu debattieren; denn ich finde, es sind Freihandelsabkommen, die weit in die privaten Bereiche jedes Menschen - jeder Bürgerin und jedes Bürgers - hineinreichen.

Das erklärt auch eine Gegenwehr in der Bevölkerung, die es so seit, ich glaube, der Debatte um den Atomausstieg nicht mehr gab. Die Menschen haben, auch wenn sie sich nicht in weite Teile der Verhandlungen und der Verträge eingesehen haben, instinktiv das Gefühl, dass hier Märkte über Menschen regieren und einen Einfluss bis weit in die privaten Bereiche hinein bekommen sollen. Hier klar zu sagen: „Das wird mit uns als SPD nicht möglich sein“, ist die wichtigste Botschaft.

(BEIFALL)

Hier ist auch der Punkt erreicht, an dem wir als SPD sagen: Nur wenn TTIP als Gesamtvertrag vorliegt und wir wirklich geprüft haben, ob diese 14 Haltelinien eingehalten sind, können wir als Bundesparteitag oder

als Bundespartei das Abkommen insgesamt prüfen und ihm zustimmen oder es gegebenenfalls ablehnen.

Anders verhält es sich mit CETA, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Übersetzungsphase, in der wir uns im Moment noch befinden, bedeutet für uns nicht, dass es mehr Transparenz gibt, sondern sie bedeutet für uns, dass CETA als Blaupause - so wird es ja auch genannt - für TTIP gilt.

Ob wir dann TTIP zustimmen oder nicht, ist für CETA egal. Das Problem ist, dass viele Dinge, die wir in CETA akzeptiert haben, dann automatisch gelten, weil natürlich viele Handelsmöglichkeiten mit Europa über Kanada möglich sind, auch aus den USA heraus. Der Punkt ist natürlich, dass wir jetzt in diesem Verfahren klar dokumentieren: Diese Haltelinien gelten bitte auch für CETA.

Deshalb ist es wichtig, wenn wir jetzt dem Initiativantrag 8 des Bundesvorstands zustimmen, dass wir genauso intensiv das, was von der AfA vorgelegt worden ist, miteinander debattieren und sagen: Ja, das muss auch für CETA gelten.

Ich bitte euch herzlich: Lasst uns nicht durch die Hintertür das, was wir bei TTIP erreichen wollen, für CETA akzeptieren. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hilde. - Jetzt folgt Harry Underwood. Danach Amina Yousaf.

Harry Underwood, Hessen-Nord: Ich muss sagen, dem IA 8 kann man im Prinzip teilweise zustimmen. Inhaltlich hat ja einiges gepasst. Aber er geht nicht weit genug. Deswegen hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass die Zukunft von gestern hier stehen bleibt; denn es geht hier ja eigentlich um die Zukunft. Wir setzen Akzente für dieses Jahrhundert, für das nächste Jahrhundert. Wir haben ein Abkommen, das in den derzeit online stehenden Versionen eine Laufzeit von über 75 Jahren hat, das eine Ausstiegsklausel hat, die bilateral erfolgen soll. Deswegen bitte ich, dass man, wenn man hier IA 8 zustimmt, in der Zeile 94 eine Änderung vornimmt und sagt, dass man eine einseitige Kündigung von TTIP, CETA und der anderen, die noch kommen werden, vornehmen kann, um sich für die Zukunft abzusichern. Denn wir wissen nicht, ob dieses Abkommen auch in den nächsten Jahren in unserem europäischen Interesse sein wird. Wir wissen nicht, ob die Standards, die von den Amerikanern in diese Konversation, in diese Diskussion mit hineingetragen werden, überhaupt für unsere Gesellschaft tragbar sind. Wir sollten uns da auf jeden Fall absichern, dass wir die sozialdemokratischen Akzente für die Zukunft setzen. Sollte dies nicht in TTIP der Fall sein, dann sollten wir uns absichern, dass wir das für unsere Gesellschaft aufkündigen können. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt folgt Amina. Ihr folgt Dietmar Köster.

Amina Yousaf, Hannover: Liebe Genossinnen! TTIP ist ein völkerrechtlicher Vertrag von ungeheurer Tragweite im Hinblick auf die Gestaltung des sozialen Lebens, aber auch des nachhaltigen Wirtschaftens. Es geht weit über einfachen Freihandel hinaus.

Ralf hat gerade gesagt, dass unser Konventsbeschluss gilt. Genau das steht auch in diesem Antrag. Deshalb plädiere ich an dieser Stelle dafür, in Zeile 12 den Doppelpunkt durch einen Punkt zu ersetzen und alles andere darunter zu streichen. Denn die beiden Sätze vorher sagen: Auf dem Parteikonvent im September 2014 haben wir einen Grundsatzbeschluss zum Transatlantischen Freihandelsabkommen gefasst. Der Bundesparteitag bestätigt diesen Beschluss. Er ist für uns weiterhin maßgeblich und stellt die programmatischen Maßstäbe unserer Politik dar. - Damit ist alles gesagt, und wir schaffen es, einen Beschluss zu fassen, der klar ist und unsere Positionen darstellt.

Ich habe noch eine Nachfrage. Wir sprechen in Zeile 84 davon, dass wir gegen Schiedsgerichte sind, aber einen öffentlich-rechtlichen Mechanismus haben wollen. Was ist ein öffentlich-rechtlicher Mechanismus? Können wir das nicht klarer formulieren, wenn wir nicht alles streichen, was darunter steht? - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als Nächster folgt Dietmar Köster. Ihm folgt Michaela Engelmeier.

Dietmar Köster, Mitglied des Europaparlaments: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke Ralf Stegner für die Einleitung zu dem Antrag zum Freihandelsabkommen. Ich finde, das, was jetzt vorliegt, ist ein erheblicher Fortschritt im Vergleich zu dem, was ursprünglich der Parteivorstand vorgelegt hat.

Besonders begrüße ich das ist ja von einigen Vorrednern schon deutlich gemacht worden, dass der Beschluss des Parteikonvents noch einmal eindeutig bestätigt wird. Da gibt es wohl einen Nachsatz, in dem das ein bisschen relativiert wird. Aber ich würde sagen: Geschenkt, damit kann man leben.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen entscheidenden Punkt, worauf ich jetzt noch einmal den Blick lenken möchte. Im Gegensatz zum Parteikonventsbeschluss haben wir in dem Antrag das Vorhaben, einen Investitionsgerichtshof einzurichten. Ohne Zweifel, die Einrichtung eines Investitionsgerichtshofs ist sicherlich besser als private Schiedsgerichte. Das ist auch etwas, wo wir deutlich sagen müssen: Das ist ein Ergebnis des Drucks der Öffentlichkeit, der Sozialdemokratie und auch der europäischen Sozialdemokratie und auch von Bernd Lange, der in diesem Bereich ja auch dafür zuständig ist, das durchzusetzen.

Meine feste Überzeugung ist aber: Wir brauchen überhaupt keine Schiedsgerichte, so wie es auch klar und eindeutig in unserem Konventsbeschluss steht.

(BEIFALL)

Ich möchte noch einmal unseren Parteikonventsbeschluss zitieren. Darin heißt es: Investitionsschutzabkommen sind in einem Abkommen zwischen den USA und der EU grundsätzlich nicht erforderlich und sollten nicht mit TTIP eingeführt werden. In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren abzulehnen. - Das ist die Beschlusslage des Parteikonvents.

(BEIFALL)

Das bedeutet, wenn wir das hier bestätigen, dass das ein Widerspruch ist, dass wir an anderer Stelle öffent-

liche Schiedsgerichte oder öffentliche Sondergerichte fordern.

Ich glaube, dass wir uns als Sozialdemokratie grundsätzlich die Frage stellen müssen: Ist es unsere Aufgabe, großen Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, Sondergerichte einzurichten, wo sie glauben, gegen Staaten zu klagen, die meinetwegen auch Gesetze für Arbeitnehmer einrichten? - Das kann nicht unser Ziel sein!

(BEIFALL)

Wenn Konzerne Menschenrechte verletzen, wenn Konzerne die Gesundheit schädigen, wenn die Umwelt zerstört wird - wo haben Arbeitnehmer, wo haben Verbraucher die Möglichkeit, vor ein Investitionsgericht zu ziehen? - Von daher entstehen durch diesen Investitionsgerichtshof rechtsstaatliche Asymmetrien zugunsten der großen Unternehmen. Aus diesem Grund bin ich dafür, dass wir in dem vorliegenden Antrag die Passagen zum öffentlichen Investitionsgerichtshof herausnehmen. Das entspricht unserer Beschlusslage. Ich bitte, dem Antrag des Unterbezirks Dortmund zu folgen, dass diese Passagen gestrichen werden. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Michaela Engelmeier! Ihr folgt Sascha Raabe.

Michaela Engelmeier, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Im Moment treibt uns das Thema TTIP/CETA in unserer Partei sehr um. Ich bin manchmal von der Wucht der Diskussion überrascht.

Ich möchte ganz kurz noch etwas zu meinem Vorredner sagen. Lieber Dietmar Köster, ja, natürlich wollen wir die Schiedsgerichte nicht. Aber wir müssen ehrlich sagen: Im Moment gibt es 136 bilaterale Freihandelsabkommen. Darin stehen übrigens die Schiedsgerichte. Die werden auch so fortgeschrieben. Liebe Leute, das kann ja wohl auch nicht Sinn der ganzen Geschichte sein!

(BEIFALL)

Ich möchte noch einen kleinen Ausflug in die Entwicklungspolitik machen: 140 Freihandelsabkommen, in der Regel mit Entwicklungsländern. Wer profitiert übrigens von diesen Freihandelsabkommen, die wir da haben? - Wir, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht die Entwicklungsländer!

(BEIFALL)

Das, was mich im Moment wirklich umtreibt, ist: Warum gab es nie jemanden, der sich dafür interessiert hat, wie die Verhandlungen zu diesen 140 Freihandelsabkommen waren? Warum wurde das nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert? - Man hat den Entwicklungsländern teilweise Verträge aufgedrängt, die sie an den Rand der Armut bringen. Die Folge davon, liebe Genossinnen und Genossen, sehen wir heute. Denn diese Menschen, die in Armut gebracht worden sind, sind auf dem Weg zu uns.

(BEIFALL)

Wenn wir hier eine Debatte zu TTIP führen - ich freue mich darüber, dass sie konstruktiv ist -, dann möchte ich zum Schluss noch einmal sagen: Bitte, liebe Leute, lasst uns untereinander solidarisch bleiben! Es nützt überhaupt nichts, wenn wir uns öffentlich zerfetzen, wenn wir öffentlich gegenseitig erzählen, welche schrecklichen Genossinnen und Genossen wir in der Bundestagsfraktion, in der Parteispitze sind, sondern dann seid bitte konstruktiv und hört bitte auf, euch öffentlich gegenseitig zu zerfleischen! Das bringt uns nichts, aber das bringt dem politischen Gegner sehr viel. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Sascha Raabe. Ihm folgt Heike Baehrens.

Sascha Raabe, Hessen-Süd: Lieber Sigmar, du hast gestern in deiner Rede gesagt, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer Religion und Hautfarbe in Deutschland und Europa gleiche und faire Chancen haben sollen. Ich sage: Wir müssen auch dafür sorgen, dass diese gleichen und fairen Chancen alle Menschen auf der Welt haben - auch die Näherin in Bangladesch und der Kleinbauer in Afrika. Und es muss endlich Schluss damit sein, dass sich Konzerne ihre Standorte danach aussuchen, wo sie die Umwelt am meisten vergiften und die Menschen am stärksten ausbeuten können.

(BEIFALL)

Deswegen sagen ich: Wir brauchen Fairhandel statt Freihandel, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Du hast gestern in der Debatte auch gesagt, lieber Sigmar - das fand ich gut -, dass die roten Linien für dich die sind, die du mit dem DGB Anfang 2014 aufgeschrieben hast. Auch darin stand, dass alle acht ILO-Kernarbeitsnormen in Handelsabkommen umgesetzt werden müssen. Das wurde dann auch im Parteikonventsbeschluss bestätigt - allerdings mit der etwas weicheren Formulierung „sollen“.

Ich bin froh und dankbar, dass im Antrag vom Parteivorstand, den wir heute beschließen, auf meine Anregung hin die Antragskommission das „sollen“ gestrichen hat, sodass wir jetzt klarmachen, dass Kernarbeitsnormen und Arbeitnehmerrechte nicht etwas sind, was wir uns wünschen, sondern dass das unsere oberste rote Linie ist. Das ist unsere Voraussetzung für eine Zustimmung zu Handelsabkommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir als SPD-Fraktion haben übrigens in den letzten Jahren alle Handelsabkommen im Bundestag abgelehnt, weil die Kernarbeitsnormen nie verbindlich genug geregelt waren - ich nenne Peru, Kolumbien, Zentralamerika und auch Südkorea. Und wenn das unsere oberste rote Linie ist - das haben wir übrigens auch als Bundestagsfraktion so beschlossen -, dann müssen wir auch die Texte von CETA und TTIP daran messen.

Im Augenblick ist in CETA und im Entwurf von TTIP zwar eine Absichtserklärung der Vertragsparteien drin, die ILO-Kernarbeitsnormen umzusetzen. Aber die USA haben nur zwei von acht ratifiziert, und Ka-

nada hat nur sechs von acht ratifiziert. Und wenn mir dann der kanadische Chefunterhändler ganz freimütig sagt: „Herr Raabe, ich sage Ihnen, wir werden die ILO-Konvention gegen Kinderarbeit nicht unterzeichnen, egal, was in CETA steht, weil wir - jetzt hört zu! - in der kanadischen Landwirtschaft weiter Kinderarbeit brauchen“, dann sage ich euch: Was soll ich als Entwicklungspolitiker der indischen Regierung sagen, mit der wir auch über ein Freihandelsabkommen verhandeln? - Die sagen doch dann: Wie könnt ihr von uns etwas verlangen, was ihr nicht einmal von einem der reichsten Länder dieser Welt einfordert?

(BEIFALL)

Ich bin für diesen Antrag des Parteivorstandes, weil dort diese roten Linien drin sind. Aber dann muss auch die klare Botschaft des Parteitags sein, dass wir keinem Handelsabkommen zustimmen werden, in das keine starken Arbeitnehmerrechte hineinverhandelt sind. Und der EU-Kommissarin für Handel, Frau Malmström, muss man sagen: Nichts ist ausverhandelt beim Thema CETA. Wir werden als Sozialdemokraten weder CETA noch TTIP zustimmen, wenn es keine Fairhandelsabkommen werden und sie so bleiben, wie sie sind. Wir haben sonst ein Demokratieproblem.

Sigmar, du hast zu Recht gesagt: Die Menschen wollen auch mitreden können. Aber wir können die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger als Abgeordnete nicht ernst nehmen, wenn uns gesagt wird, dass da schon etwas ausverhandelt ist. Das EU-Parlament durfte über das Mandat zu CETA nicht beschließen. Alle Beschlüsse von euch, Arne, Bernd und Martin, dazu waren immer gut. Aber die Kommission hat sich nicht daran gehalten. Wenn die Kommission die Wünsche der Parlamentarier und Bürger ignoriert, dann muss man am Ende auch sagen: Dann stimmen wir eben nicht zu. Nachsitzen, Frau Malmström! - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Heike Baehrens! Ihr folgt Martin Dulig.

Heike Baehrens, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, Zukunft kann man nicht machen, für Zukunft braucht man Mut. Das hat uns Sigmar Gabriel gestern zugerufen. Ich denke, das gehört zu diesem Thema dazu.

Lieber Sascha, du hast eben gesagt: Fairhandel statt Freihandel. Fairhandel gehört dazu und muss vertraglich vereinbart und verhandelt werden. Darum finde ich es nach wie vor beschämend, dass man versucht, mit vier Buchstaben - „Stop TTIP“ dazu aufzufordern, Verhandlungen zu stoppen, die eigentlich genau diesem Ziel dienen sollen, nämlich unsere Vertragsbeziehungen zu zivilisieren. Das ist der Hintergrund, vor dem wir Verträge verhandeln.

(BEIFALL)

Wir wollen Regeln für die Globalisierung aufstellen. Wir wollen die Globalisierung gestalten und dabei sozialdemokratische Ziele und Werte verankern. Das ist die Zielsetzung, wenn wir Verhandlungen führen. Deshalb finde ich es nicht ausreichend und vor allem auch gar nicht zulässig, zu sagen: Verhandelt erst gar nicht! Es könnte ja etwas passieren. - Nein, wir verhandeln, damit wir unsere Ziele verankern können, nämlich soziale und ökologische Ziele. Und wir wollen natürlich auch eine Verankerung der ILO-Kernarbeitsnormen und von Arbeitsbedingungen, die wir für sozial verantwortlich halten.

Deshalb freue ich mich darüber, wie Ralf Stegner diesen Antrag eingebracht hat. Er hat deutlich gemacht, warum es vernünftig ist, Freihandelsverträge zu verhandeln. Wir sollten gerade hier in unserer Partei mit dieser Misstrauenskultur aufhören.

(BEIFALL)

Wir sollten denen, die hier verhandeln, zutrauen, dass sie die Ziele, die wir in diesem Antrag wieder verankert haben, konsequent verfolgen. Am Ende heißt es dann, abzuwägen, ob die Chancen die Risiken überwiegen oder nicht. Dann entscheiden wir, ob wir Ja oder Nein sagen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Martin Dulig! Ihm folgt Sylvia Kunze.

Martin Dulig, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, nicht wenige in der SPD wären ja froh, wenn TTIP und CETA scheitern. Aber ist dann alles gut? Sind dann unsere Standards wirklich gesichert? Ich sage euch: Ich bin froh, wenn wir zu einem fairen Abkommen kommen. Das hilft uns allen.

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, man kann nicht auf der einen Seite gegen Globalisierung wettern und auf der anderen Seite die Chance ausschlagen, über Verträge etwas zurückzuerobern, nämlich das Primat des Handelns, das Primat der Politik.

Es findet inzwischen eine andere Gegenbewegung zur Globalisierung statt, nämlich eine Bewegung zur Renationalisierung. Nicht ohne Grund hat Pegida dazu aufgerufen, an der Gegendemonstration zu TTIP teilzunehmen. Das ist auch gefährlich; denn dahinter versammeln sich auch Menschen, die gegen Demokratie und gegen Internationalismus sind und die den Kern der Renationalisierung wollen. Das dürfen wir als internationale Sozialdemokratie nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Selbstverständlich wollen wir mit den konstruktiven Teilen zusammenarbeiten, die sich mit TTIP und CETA auseinandersetzen und Fragen dazu stellen. Diese Fragen stellen wir auch. Aber wir müssen doch eine klare Haltung dazu haben, was wir mit diesen Abkommen wollen. Wir wollen, dass sie gelingt; aber das, was wir verabredet haben, muss eingehalten werden.

Wir haben unsere Beschlüsse dazu; dazu stehen wir. Und als Sozialdemokrat sage ich: Es ist im Interesse des Verbraucherschutzes, es ist im Interesse unserer sozialen Standards, wenn wir für diese Linien, die wir beschlossen haben, eintreten.

Als Wirtschaftsminister sage ich auch: Ich habe ein großes Interesse daran, dass gerade die exportorientierten Unternehmen bei uns faire Bedingungen haben. Gerade in Sachsen haben wir sehr viele kleine Unternehmen, die größere Probleme haben, ihren Export zu organisieren. Sie brauchen faire Bedingungen. Deshalb ist es auch mein Interesse, zu fairen Bedingungen zu kommen. Das haben wir gemeinsam beschlossen. Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal, Vertrauen in unsere eigene Stärke und in diejenigen, die verhandeln, zu haben, und zwar im Interesse unserer Standards, im Interesse von dem, was wir uns beim Parteikonvent

vorgenommen haben. Genau deshalb werbe ich dafür, dass wir den Antrag des Parteivorstandes annehmen. Das zeigt Vertrauen, das zeigt, dass wir das, was wir beschlossen haben, auch umsetzen wollen. Ich spreche gegen den Initiativantrag der AfA. Ich denke, dass der Antrag des Parteivorstandes umfassend klarmacht, wofür wir stehen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Sylvia Kunze. Ihr folgt Ralf Spörkel.

Sylvia Kunze, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen, ich bin froh, dass es in der Debatte über TTIP und CETA besorgte Bürgerinnen und Bürger gibt, die das einfordern, was wir eigentlich auch wollen, nämlich das Primat der Politik, faire Arbeitsbedingungen usw. Denn es gibt ja auch ganz andere besorgte Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die Sachen wollen, die wir gar nicht wollen.

(BEIFALL)

Wir haben gestern darüber diskutiert, dass das eigentlich der Punkt ist, an dem wir uns ehrlich fragen müssen, was wir vereinbart haben. Wir haben rote Linien für TTIP vereinbart.

Ich denke, wir sind uns inhaltlich sehr, sehr breit einig, dass das auch das Richtige ist und der richtige Weg, dass wir diese Linien einhalten. Das ist aber aus meiner Sicht im Moment nicht die harte Debatte. Die harte Frage, um die es im Moment geht, ist: Was heißt das für CETA? Und für CETA - darüber reden wir ja heute - heißt das doch im Umkehrschluss, dass so, wie das Abkommen im Moment ist, wir es eben nicht ratifizieren können.

(BEIFALL)

Wir hatten vor wenigen Wochen eine Diskussion in Frankfurt. Da war Detlef Raphael vom Städtetag unser Gast, euch ja durchaus auch als Sozialdemokrat bekannt. Ich habe mich gefreut, als er berichtet hat, er sieht erstmalig Bewegung in CETA und die Möglichkeit, dass da doch noch was geht.

Zu Recht hat Sigmar Gabriel ja 2014 gesagt, er weiß nicht, ob da noch was zu machen ist. Ich glaube, für uns ist wichtig, auch zu sagen, es ist ein Erfolg unserer Arbeit, dass sich da Fenster auftun und dass da noch was zu machen ist.

(BEIFALL)

Ich denke, da müssen wir uns ehrlich machen und sagen: Wie gehen wir damit um? Ich denke, der Vorschlag, wir verhandeln nach, wir ratifizieren so nicht, ist der richtige, und den sollten wir gemeinsam unterstützen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als Nächster hat das Wort Ralf Spörkel. Ihm folgt Nina Scheer.

Ralf Spörkel, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich eigentlich gemeldet, um ein, zwei Sachen zum Prozess zu sagen, möchte aber doch zuerst noch ein Wort zur Genossin Engelmeier sagen, die vorher zu den Schiedsgerichten gesprochen hat. Ich halte die Logik für fehlerhaft zu sagen, wir haben etwas schon über 130-mal gemacht. Jetzt müssen wir es noch 137-mal machen.

(BEIFALL)

Das ist eine Logik, die sich mir nicht erschließt. Im Übrigen würde ich doch dazu raten, vielleicht den Unterschied zwischen den Rechtssystemen der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada oder den Rechtssystemen von Nigeria und Pakistan zu bedenken. Das ist einfach nicht das Gleiche.

(BEIFALL)

Deswegen sollte man ungleiche Dinge auch nicht so unzulässig vermengen.

Im Übrigen - das ist das Zweite, was in dieser Debatte vorgekommen ist - werden hier Chimären hochgezogen, Scheindiskussionen geführt. Wer ist denn in diesem Parteitag der Auffassung, dass wir nicht Freihandelsabkommen verhandeln sollten? Ich habe das hier nicht gehört. Ich bin dafür, dass wir verhandeln. Ich finde es gut, dass das Europaparlament und unsere Fraktion dort Leitlinien ziehen. Ich finde es gut, dass Sigmar Gabriel über diese Dinge verhandelt und auch Fortschritte erzielt hat. Dagegen bin ich nicht. Ich bin nur der Auffassung, wenn wir das ernst meinen, was zum Beispiel der Genosse Dulig hier gesagt hat, dann muss man im gleichen Atemzug auch sagen, was passiert, wenn die roten Linien, die man selber beschließt, nicht eingehalten werden.

(BEIFALL)

Und Genossinnen und Genossen, darum geht es doch. Es ist doch keine Frage des Misstrauens. Das ist doch keine Frage der Selbstzerfleischung, sondern es ist eine Frage dessen, ob man sich selbst ernst nimmt und das, was man beschließt. Da können wir doch nicht außen vor lassen, dass der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesvorsitzende eine Doppelfunktion hat, die es ihm vielleicht manchmal schwermacht, 100 Prozent sozialdemokratische Politik zu formulieren, wenn er für die Regierung spricht, weil es da ja noch dieses schwarze Anhängsel gibt.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, wäre es doch vielleicht gar nicht so schlimm, wenn die SPD sagt: Jawohl, wir wollen verhandeln. Jawohl, wir wollen, dass die Globalisierung sozial gerecht gestaltet wird. Aber wenn es durch diese Abkommen nicht geht, dann sagen wir Nein.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, CETA liegt vor. Alle, die Englisch sprechen, können das auch lesen. Auf der Grundlage würde ich sagen, ich gehe davon aus, dass 95 Prozent dieses Parteitages diesem Abkommen so, wie es vorliegt, nicht zustimmen würden, und dann sollten wir das auch so deutlich sagen.

(BEIFALL)

Das ist ein wichtiges Signal an die Zivilgesellschaft, die in den letzten Tagen eine so große Rolle gespielt hat - ich bin gleich fertig -, und vor allem an die, die in den ganzen Kampagnen dabei sind, die nicht verrückt sind, die Fleisch von unserem Fleisch sind und die von uns eine konkrete Antwort erwarten. - Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Nina Scheer, und ihr folgt Matthias Miersch.

Nina Scheer, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, die uns vorliegenden Anträge, aber auch unser Konvent-Beschluss zeigen ganz deutlich, dass wir rote Linien haben, die hier schon vielfach genannt worden sind. Es geht natürlich darum, dass das Primat der Politik erhalten bleibt, dass keine Schiedsgerichtsbarkeit sein soll und dass Mindestbedingungen eingezogen werden für den Handel, der sich weltweit in einer globalisierten Welt vollzieht. Ich finde, man muss auch dabei zur Kenntnis nehmen, dass das eine Erwartungshaltung zum Ausdruck bringt, die sich in dieser Gesellschaft in den letzten Monaten zunehmend herauskristallisiert. Und diese Erwartungshaltung heißt eindeutig, dass wir Nachhaltigkeitsziele im globalen Handeln verankert sehen wollen. Das steckt eigentlich hinter dieser Debatte. Das ist auch der Geist der Anträge, die das Antragsbuch zu einem ganz großen Teil gefüllt haben.

Auch was sich zurzeit in Paris vollzieht, die Klimakonferenz, zeigt: Die Welt macht sich auf den Weg zu sagen: ein „Weiter so“ wie bisher geht nicht. Wir brauchen eine Begrenzung im Umgang mit den fossilen Energien. Wir brauchen ein Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung. Und auch etwa die Diskussion um die Transaktionssteuer zeigt: Wir brauchen eine Begrenzung. Wir müssen die Finanzmärkte so ordnen, dass sie einen Anteil am Gemeinwohl abwerfen. All diese Debatten und Initiativen zeigen, dass die Welt sich daran macht und auch wir als Europäer und auch aus Deutschland heraus ganz stark dafür eintreten, dass Nachhaltigkeitsziele in Vereinbarungen drinstehen müssen.

(BEIFALL)

Lieber Sigmar, du hast gestern in deiner Rede etwas gesagt. Das möchte ich gern kurz wiederholen. Du hast gesagt - ich zitiere -:

„Die Wahrheit ist doch, dass unser Modell einer sozialen Marktwirtschaft sich bei wirtschaftlichem Erfolg durchgesetzt hat und die Neoliberalen heute vor den Trümmern ihrer volkswirtschaftlichen Theorien stehen.“

Ja, du hast recht. Du hast vollkommen recht. Genau deswegen meine ich, in Übertragung auf die Freihandelsabkommen, dass wir wegkommen müssen - das zeigen auch die Anträge - von Deregulierung,

(VEREINZELT BEIFALL)

von einem Abbau von Standards, und dass wir hinkommen müssen zu Mindeststandards, die den Ansprüchen von heute, auch den UN-Nachhaltigkeitszielen, die im September vereinbart wurden, gerecht werden.

Ich finde, die SPD zeigt gerade im Hinblick auf unseren Koalitionspartner in sehr vorbildlicher Weise, dass wir in der Lage sind, uns dort hinzuführen. Auch der Prozess in der Diskussion speziell um die Freihand-

delsabkommen, auch den als ausverhandelt geltenden CETA, zeigt, dass wir uns dort hinbewegen, diese Nachforderungen zu stellen. Ich finde, wir sollten uns davon auch nicht abbringen lassen. Auch der Initiativantrag, der nun erarbeitet wurde, ermöglicht dies. Insofern finde ich, können wir stolz auf unsere Partei und den hier geführten Diskussionsprozess sein. - Vielen Dank.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Matthias Miersch. Ihm folgt Eckart Kuhlwein.

Matthias Miersch, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen, diese Debatte ist gut. Sie ist wichtig, weil sie Grundlinien auch unserer Politik skizziert. Ich frage mich: Welcher Impuls sollte von diesem Bundesparteitag ausgehen? Er sollte nicht infrage stellen, wann wir zustimmen, wo die roten Linien sind. Denn das haben wir bereits beschlossen. Das ist der Konvent-Beschluss, und der gilt. Das steht in unserem Leit Antrag eindeutig drin, liebe Genossinnen und Genossen.

Das Zweite - das ist mir das entscheidende Signal, was heute von diesem Parteitag ausgehen muss - ist doch: Wie gehen wir mit CETA um? Da kann ich einige Wortmeldungen wirklich nicht nachvollziehen; denn ihr macht den Antrag des Vorstands schlecht. Aber es steht ausdrücklich drin, dass wir das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die deutsche Bundesregierung auffordern, die Chance zu nutzen und mit der neuen kanadischen Regierung ins Gespräch zu kommen, liebe Genossinnen und Genossen, und das ist das Entscheidende.

(BEIFALL)

Wir lassen uns eben nicht abspeisen, dass das ausverhandelt ist. Es sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die an entscheidender Stelle jetzt dafür kämpfen, dass die roten Linien des Parteikonvents eben nicht problematisiert werden, sondern dass CETA so angepasst wird, dass es im Sinne der Sozialdemokratie umgewandelt wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deswegen glaube ich, ist entscheidend, dass wir erstens in diesem Beschluss bestätigen, der Konvent-Beschluss gilt, zweitens dass wir Transparenz und Zeit, und zwar sowohl bei TTIP als auch bei CETA, anmahnen. Denn keiner, glaube ich, kann augenblicklich die 1.500 Seiten unter den roten Linien subsumieren, die wir festgelegt haben.

Deswegen ist es so wichtig, auch Zeit und Transparenz anzumahnen.

Drittens. Dieser SPD-Bundesparteitag sagt, dass wir weiter verhandeln wollen, dass CETA geöffnet werden muss. Dann geht es um einen ganz entscheidenden Punkt: Es geht nämlich in dem, was wir da geschrieben haben, nicht nur um die Institution Schiedsgerichte. Euch bringt auch ein unabhängiger Richter nichts, wenn die Rechtsgrundlagen mies sind. Deswegen steht in diesem Vorstandsbeschluss auch drin, dass wir an die elementaren Rechtsgrundsätze erinnern und das einsetzen wollen. Insofern bitte ich euch, hier ein deutliches Signal zu geben, indem wir den Vorstandsbeschluss heute mit größter Mehrheit beschließen. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt kommt Eckart Kuhlwein. Ihm folgt Bernd Lange.

(BEIFALL)

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, anders als die meisten hier unter uns, auch unter den Rednern, bin ich etwas skeptisch, ob die beiden großen kapitalistischen Blöcke in der Welt eine nachhaltige Weltwirtschaft mit Leitlinien versehen werden und Vorreiter werden für eine Reform der Weltwirtschaft. Ich bin da skeptisch.

(BEIFALL)

Aber ich lasse mich gerne überzeugen. Wenn unsere roten Linien gelten und sie wirklich Kriterien für eine neue Weltwirtschaftsordnung werden, dann bin ich froh und glücklich und werde dem auch zustimmen.

Ich ärgere mich ein bisschen über die dauernde Kritik an der Partei und an vielen Gliederungen der Partei. Wenn ihr euch die Anträge einmal genau anguckt, stellt ihr fest: 30 Gliederungen wollen TTIP und CETA sofort stoppen. 49 wollen CETA in der vorliegenden Form nicht akzeptieren und ratifizieren. 15 Gliederungen fordern ein neues Verhandlungsmandat. Und das sind nicht alles Verschwörungstheoretiker oder Polemiker,

(BEIFALL)

sondern die meisten haben die Zwischenpapiere aufmerksam gelesen, die nicht einmal die Abgeordneten einsehen dürfen; denn es gibt Whistleblower, die veröffentlicht haben, was geheim gehalten wurde. Dank ihnen ist auch diese öffentliche Diskussion erst zustande gekommen.

Ich setze mich auch dafür ein, dass wir bei CETA die roten Linien genauso anwenden wie bei TTIP. Ich glaube, dass TTIP sowieso nichts mehr wird, weil auch in Amerika der Widerstand wächst und die Agrarindustrie dort die Chlorehühnchen wieder exportieren möchte. Wobei mir klar ist: Hormonhühnchen sind nicht besser. Aber dann stoppen wir eben auch die Hormonhühnchen in Europa.

(BEIFALL)

Die Defizite kennt ihr. Ich bin froh, dass Barbara Hendricks vorhin hier eingeblenet wurde. Denn der Klimakongress in Paris ist wirklich wichtiger als irgendwelche Handelsabkommen, die wir mit irgendwem in der Welt demnächst abschließen werden. Dort wird Weltgeschichte gemacht, und dort wird die Welt gerettet - und nicht durch unsere TTIP- und CETA-Diskussionen.

(BEIFALL)

Letzte Anmerkung. In der Zeile 95/96 im PV-Papier steht jetzt: „Es geht darum, zusätzlichen Wohlstand tatsächlich breiten Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen.“ Ich würde beantragen, diesen Satz zu streichen. Denn die Frage, ob es zusätzlichen Wohlstand dadurch gibt, wurde auch von Sigmar Gabriel schon in der Form beantwortet, dass alle Hochrechnungen zu Wachstum und Verteilung Hokuspokus seien. Deswegen brauchen wir so ein Wohlstands- und Wachstumsversprechen in Handelsverträgen nicht. - Schönen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Bernd Lange. Ihm folgt Filippos Kourtoglou.

Bernd Lange, Mitglied des Europaparlaments: Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir sind uns einig, dass wir eine unregulierte Globalisierung nicht wollen. Wir wollen faire Handelsstrukturen, wir wollen faire Wirtschaftsstrukturen, damit Wirtschaft den Menschen dient und nicht die Menschen der Wirtschaft.

(BEIFALL)

Deswegen müssen wir gucken, wo wir Regeln einführen können. Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich wäre es am besten im Rahmen der WTO. Aber guckt euch einmal die Realität an. Können wir es hinkriegen angesichts der Strukturen der WTO, wirklich gemeinsam Regeln durchzusetzen? Guckt euch an, was in Nairobi in der nächsten Woche passieren wird. Da gibt es heftige Blockierer. Das passiert leider nicht. Deswegen müssen wir da bilateral herangehen. Wir wollen Regeln haben, die vielleicht Standards setzen für andere. Deswegen haben wir den Konventsbeschluss gefasst, mit guten Standards.

Wir im Europäischen Parlament haben das umgesetzt. Als ich als Handelsausschussvorsitzender angefangen habe, gab es 13 Abgeordnete, die vollen Zugang zu allen Dokumenten haben. Jetzt haben alle 751 Abgeordnete vollen Zugang zu allen Dokumenten. Transparenz im Parlament haben wir durchgesetzt.

(BEIFALL)

Als ich als Handelsausschussvorsitzender angefangen habe, wurde kein einziges Dokument für die Öffentlichkeit veröffentlicht. Nun sind die fundamentalen Dokumente im Netz. Aber das hat mir noch nicht gereicht. Ich habe gesagt: Auch die Protokolle der Verhandlungsrunden müssen veröffentlicht werden. Seit Oktober sind die Protokolle der Verhandlungsrunden veröffentlicht. Das ist ein Erfolg.

(BEIFALL)

Wir haben gesagt, wir wollen die Leitlinien des Konvents auch umsetzen im Europäischen Parlament. Am 8. Juli haben wir eine Resolution verabschiedet, wo genau diese Leitlinien mehrheitlich im Europäischen Parlament verankert worden sind, mit einer klaren Ansage: keine Liberalisierung der Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt hat in einem Handelsabkommen nichts zu suchen. Wir wollen einen Positivlisten-Ansatz bei Dienstleistungen, und wir wollen starke Arbeitnehmerrechte verankert wissen. Das ist ein Erfolg von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(BEIFALL)

Drittens. Ja, die Kommission hat das aufgegriffen und Arbeitnehmerrechte weiter entwickelt - weiter als jemals zuvor. Sie hat aufgegriffen, was wir gefordert haben, dass private Schiedsgerichte in der Tat tot sind. Liebe Genossinnen und Genossen, guckt einmal, was im Oktober letzten Jahres von anderen Regierungen formuliert worden ist. Das hat sich grundsätzlich geändert. Private Schiedsgerichte sind für alle Handelsverträge tot, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und wir haben auch durchgesetzt, dass CETA noch nicht ausverhandelt ist, weil natürlich klar ist: Solange nichts unterschrieben ist, kann man noch etwas ändern. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns diesen Weg weitergehen, den Weg erfolgreicher sozialdemokratischer Politik in diesen Fragen, und CETA weiter verhandeln, damit auch hier die privaten Schiedsgerichte rauskommen. Das ist unsere Absicht, und dafür streiten wir.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist doch völlig klar: Nur ein gutes Abkommen wird letztendlich auch die Zustimmung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament finden. Das ist nicht nur eine leere Hülse. Wir haben zum Beispiel das ACTA-Abkommen abgelehnt, weil es ein schlechtes war. Nur ein gutes Abkommen wird die Zustimmung der Sozialdemokraten finden. Dafür streiten wir. Lasst uns das gemeinsam machen. Lasst uns IA 8 beschließen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Filippou; ihm folgt Peter Friedrich.

(BEIFALL)

Filippou Kourtoglou, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, mit Lob fängt man bekanntlich an. Aus Juso-Sicht kann man diesem Antrag zustimmen, auch wenn er für uns als linker Richtungsverband bestimmt nicht zufriedenstellend ist.

(BEIFALL)

Denn die roten Linien, die wir auf dem Parteikonvent festgelegt haben, sind in diesem Antrag enthalten, und diese sind für uns maßgeblich.

Wie viele Rednerinnen und Redner vor mir muss auch ich hier betonen, dass wir CETA, wenn wir diese roten Linien ernst nehmen, in der aktuellen Form nicht zustimmen können.

(BEIFALL)

Die Schiedsverfahren sind hierbei besonders abzulehnen. Wie pervers ist es eigentlich, wenn es nicht mehr um die Schuldfrage geht, sondern wenn es nur noch zwischen wenigen Wirtschaftsanwälten oder anwältinnen darum geht, wie viel der Staat zu zahlen hat? Das ist nicht Rechtsstaatlichkeit, und das ist abzulehnen.

(BEIFALL)

Hand aufs Herz: Viele Menschen und viele NGOs sehen das alles sehr kritisch, was bei TTIP und CETA passiert. Sie sehen das vor allem bei uns kritisch - nicht, weil sie uns nicht mögen oder weil sie die Sozialdemokratie ablehnen, sondern weil sie Besseres von uns erwarten. Liebe Genossinnen und Genossen, sie haben auch das Recht dazu, Besseres von uns zu erwarten. Diese roten Linien zeigen ihnen, zeigen den Men-

schen, zeigen den NGOs und den Gewerkschaften, dass dieses Erwarten an uns gerechtfertigt ist. Deswegen müssen wir diese roten Linien einhalten.

Wir sind die Partei der kleinen Leute, der Schwachen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Deswegen müssen wir uns auch darum kümmern, dass eben nicht nur die Unternehmerinnen und Unternehmer von diesem Abkommen profitieren. Dieses Abkommen muss allen Menschen dienlich sein.

250.000 Menschen sind in Berlin auf die Straße gegangen. Wir sind mit dabei gewesen. Dabei ging es uns und vielen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern nicht darum, einfach nur ablehnend zu wirken oder gegen die USA vorzugehen, usw., sondern es ging uns vor allem darum, dass Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und natürlich auch die ILO-Kernarbeitsnorm gefestigt sind und als Mindeststandards betrachtet werden. Auch hier muss man sagen, die die Amerikaner nicht die Bösen sind, sondern das wir Europäerinnen und Europäer ebenfalls Nachholbedarf bei diesen Thematiken haben. Deswegen müssen wir versuchen, das Beste bei solch einem Freihandelsabkommen herauszuholen. Deswegen finde ich das, was Sascha Raabe gesagt hat und immer wiederholt, richtig: Wir sind nicht gegen ein Freihandelsabkommen, aber wir sind für ein Fairhandelsabkommen, und da müssen wir reingehen.

(BEIFALL)

Es ist auch wichtig, dass wir als Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit wieder die Partei sind, die nicht Fairhandelsabkommen oder Freihandelsabkommen ablehnend gegenübersteht, sondern die demgegenüber kritisch ist. Wir müssen immer kritisch sein als Sozialdemokratie. Ich sehe hier viele Menschen. Ich sehe alles Genossinnen und Genossen, die als Multiplikatoren später nach dem Parteitag nach Hause fahren und dann auch den Menschen vor Ort sagen müssen, wie denn die Sozialdemokratie zu diesem Thema steht. Ich sage euch eines: Ich will, dass am Ende, nach diesem Parteitag, alle nach Hause fahren und sagen: Diese roten Linien gelten für uns. Wenn diese roten Linien überschritten werden, werden wir dem nicht zustimmen, und wenn wir das versprechen, dann müssen wir uns auch daran halten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidentin: Jetzt hat Peter Friedrich das Wort. Ihm folgt Stephan Grüger.

Peter Friedrich, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Filippus, genau mit diesen Aussagen kannst du nach Hause fahren. Ich möchte betonen: Ich glaube, es gibt kein Beispiel, wo die Sozialdemokratie über alle Ebenen hinweg über die Länderregierungen im Bundesrat Beschlüsse herbeigeführt hat. Wir haben über die Bundesregierung eine Neupositionierung der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Verhandlungsgemeinschaft und im Europäischen Parlament bewirkt, und in der EU-Kommission haben wir genau die Punkte schon jetzt umgesetzt und erreicht, die wir im Beschluss des Konvents für uns aufgeschrieben haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Das rufe ich deswegen in Erinnerung, weil viele, als wir im Konvent diskutiert haben gesagt haben: „Bei TTIP können wir ja gar nichts erreichen. Da können wir gar nichts mehr machen. Man bewegt ja gar nichts, und gegenüber den USA setzen wir sowieso überhaupt nichts durch.“ Liebe Genossinnen und Genossen,

dass es gelungen ist, dass die Europäische Kommission, der Europäische Rat und die Europäische Union ihre Position insbesondere, was das Thema eines Internationalen Handelsgerichts angeht, so verändert hat, das ist das Verdienst der Arbeit von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern. Ich möchte insbesondere Bernd Lange noch einmal danken, der eben schon gesprochen. Der macht einen super Job in einem ganz schwierigen Ausschuss und sorgt dafür, dass unsere roten Linien auch auf der europäischen Ebene umgesetzt werden.

(BEIFALL)

Zweiter Punkt, liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr euch den Antrag anschaut - Matthias Miersch hat eben schon darauf hingewiesen -: In Zeile 140/141 steht: „Im Lichte der vorliegenden Reformvorschläge dringen wir auch auf Veränderungen bei CETA.“ In Zeile 144/145 heißt es: „Diese Grundzüge müssen bei CETA berücksichtigt werden und gelten.“ Deswegen: Lasst uns nicht wieder eine Debatte des eigenen Misstrauens gegen unsere eigenen Beschlüsse führen, bevor die überhaupt getroffen sind, sondern diese Beschlüsse gelten, die hier drinstehen, und auch dieses, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich euch dann in der Diskussion, in der Auseinandersetzung mit der Zivilgesellschaft genau zu vertreten. Ich habe über 20 Veranstaltungen zu TTIP gemacht, und was wir erleben, ist, dass es wenig Vertrauen darin gibt, dass die Politik das tut, was sie sagt. Das ist das, was wir überall erleben, und dem kommen wir nicht entgegen, indem wir das eigene Misstrauen voranstellen, sondern indem wir unsere Positionen sehr deutlich machen und sie erklären. Aber ich erwarte von Organisationen wie Campact und anderen oder von denen, die hier gestern ein Banner aufgehängt haben: „Willy würde TTIP stoppen“, auch Respekt davor, dass es einen politischen Prozess gibt, in dem man ringen muss, in dem man demokratische Entscheidungen mit Mehrheit treffen muss, liebe Genossinnen und Genossen, und in dem man auch in der Lage ist, Prozesse gemeinsam zu bewältigen und gemeinsam demokratisch zu gestalten und nicht alleine zu rufen: „Stoppen jetzt! Feierabend!“ Wenn wir so herangehen würden, hätten wir als Sozialdemokraten nicht die soziale Marktwirtschaft und den Sozialstaat in Deutschland hinbekommen, und wir wären unfähig, Globalisierung sozial zu gestalten, wenn wir nicht den Mut auch für einen Prozess haben, wo wir uns mit unserer Kraft und mit unseren Ideen einbringen. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Stephan Grüger. Ihm folgt Thorsten Schäfer Gümbel.

Stephan Grüger, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe gerade in einem ganz kurzen Gespräch mit Frank-Walter eigentlich den Hauptpunkt bereits schon angesprochen gehabt: Wir löffeln hier eine Suppe aus, die andere uns eingebrockt haben. Es ist die schwarz-gelbe Bundesregierung gewesen, die das Verhandlungsmandat an eine Kommission erteilt hat, die jetzt auch nicht unbedingt, mehrheitlich sozialdemokratisch besetzt war, ein Handelskommissar, der dafür bekannt ist, dass er solche Handelsabkommen unter sehr dubiosen Gesichtspunkt behandelt und der jetzt auch nicht gerade der Sozialdemokratie nahe stand. Das darf man nie vergessen. Deswegen dürfen wir das auch nicht so behandeln, als wären es Sozialdemokraten gewesen, die das alles auf den Weg gebracht haben, sondern es sind Sozialdemokraten, liebe Genossinnen und Genossen, die versuchen, daraus jetzt das Beste zu machen, und das ist aller Ehren wert.

(BEIFALL)

Ich hoffe natürlich, Ralf, dass dein Musiktipp heute Morgen bei Twitter - „You can't always get what you want“ - sich nicht auf die TTIP-Debatte,

(HEITERKEIT)

denn ich denke schon, dass wir da ambitioniert sein müssen und schon schauen müssen, dass wir da mehr bekommen, als bisher möglich erschien, und genau dazu haben Sozialdemokraten - da ist natürlich vor allen Dingen Bernd zu nennen - massiv beigetragen.

Ich kann mich übrigens, Genossinnen und Genossen, auch an Debatten auf Bundesparteitagen erinnern, wo das Thema Handelsverträge unter „ferner liefen“ lief. Insofern ist es auch ein großer Gewinn - auch für die Demokratie -, wenn wir solche Debatten heute führen und dann auch so tief und genau führen.

Von daher, denke ich, ist es richtig, was wir jetzt in dem Initiativantrag des Parteivorstands noch mal bestätigen. Die roten Linien, die wir beschlossen haben, sind maßgeblich ein Grund dafür, dass wir jetzt so weit sind in dieser Debatte, dass wir dort jetzt auch Boden in die Debatte bekommen. Es ist von daher auch richtig, noch einmal zu unterstreichen, dass diese roten Linien gelten und noch mal klarzumachen, was darüber hinaus auch noch wichtig ist. Zum Teil gehen diese Forderungen, die wir jetzt beschließen sollten, sogar über das hinaus, was wir mit den roten Linien bereits schon angelegt haben.

Ich rate dazu, in den Debatten, in den öffentlichen Debatten, einfach einen Gang herunterzuschalten und klarzumachen, dass es sich hierbei nicht um die Manifestation einer Ideologie handelt, sondern um einen Handelsvertrag. Wir müssen aber dafür sorgen, Genossinnen und Genossen, dass es genau das wird: Ein ganz nüchterner, sachlicher Handelsvertrag mit einem anderen Staat und nicht die Manifestation einer neo-liberalen Ideologie. Genau das ist ja das, was die Befürchtung ist. Auch da löffeln wir die Suppe aus, die wir im Großen und Ganzen nicht eingebrockt haben. Es ist nämlich auch ein Thema des Vertrauens oder des fehlenden Vertrauens gegenüber einer Europäischen Union oder, um es genau zu sagen, gegenüber einer Europäischen Kommission, die nicht immer klargemacht hat, inwiefern das, was sie tut, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union ist. Diese Debatte, Genossinnen und Genossen, ist immer unterlegt, und die müssen wir dabei auch führen.

Es ist für mich ein wichtiger Punkt, auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass es sich lohnt, um Europa zu ringen, darum zu ringen, dass auch Europa sozialdemokratische Mehrheiten brauchen, damit wir solche Sachen in Zukunft dann auch von Anfang an richtig gestalten können, Genossinnen und Genossen. In diesem Sinne: Glück auf!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Thorsten Schäfer-Gümbel. Ihm folgt Jens Peick.

Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Parteivorsitzender: Schönen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mir für diese Debatte eine schöne Rede vorbereitet. Die habe ich jetzt da vorne liegen lassen, weil ich nur auf zwei Punkte eingehen will, die in dieser Diskussion gesagt wurden.

Wir sollten uns zunächst einmal keine Illusion machen, liebe Genossinnen und Genossen: Auch nach diesem

Parteitag wird es Organisationen geben, die völlig unabhängig davon, was wir hier an Klarheit beschließen, anschließend erklären werden, dass das, was die SPD beschließt, machen will und fordert, nicht nur nichts trägt, sondern dass es am Ende nicht ernst gemeint ist.

Wir sollten uns davon verabschieden, zu glauben, Organisationen wie Greenpeace oder Campact an dieser Stelle zu einem Bündnispartner für uns machen zu können, weil sie es schlicht und einfach nicht wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will daneben darauf hinweisen, dass das Europäische Parlament - der Dank an Bernd Lange ist eben schon einmal ausgesprochen worden; ich will ihn ausdrücklich wiederholen - beschlossen hat, dass es einen TTIP-Vertrag mit ISDS nicht ratifizieren wird und dass das folglich auch für andere Abkommen eine Rolle spielen wird. Deswegen hat das Parlament die Kommission aufgefordert, CETA an diesem Punkt ausdrücklich nachzuverhandeln. Halb verschwörungstheoretisch wird jetzt die Frage gestellt, warum die Rechtsförmlichkeitsprüfung so lange dauert. Das hat unter anderem damit zu tun, dass genau diese Verhandlungen eingefordert werden, weswegen der Vertrag liegen bleibt, und es ist politisch ziemlich klug, dass es so ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dahinter steht aber eigentlich die Frage, wie wir mit dieser Form der Globalisierung umgehen. Ist das eine Chance oder nicht? Diesen Konflikt werden wir auch in Zukunft miteinander austragen, aber ich will daran erinnern, dass wir nicht alleine auf der Welt sind, dass es andere gibt, die derzeit versuchen, in anderen Handelsverträgen - hier teile ich ausdrücklich das, was Stephan Grüger gesagt hat - Standards durchzusetzen, die ganz dezidiert nicht unsere sind, beispielsweise im amerikanisch-pazifischen Handelsabkommen, zu dem es auch eine kritische Debatte gibt.

Natürlich stellt sich bei diesen Handelsverträgen auch die Frage, wer in Zukunft Standards setzt. Sind es die entwickelten demokratischen Rechtsstaaten, oder ist es eine Reihe von staatsautoritären Systemen? Ich sage: Hier ist meine Perspektive sehr klar. Ich will, dass wir versuchen, Standards zu setzen. Die roten Linien dazu sind dezidiert formuliert.

Damit komme ich auch zum Schluss. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben rote Linien formuliert. Auch heute habe ich wieder in zwei, drei Redebeiträgen Zwischentöne gehört. Diese kritische Debatte ist völlig notwendig. Aber diese kritischen Zwischentöne nach dem Motto: „Selbst das, was wir selber beschlossen haben, wird am Ende nicht ernst genommen“, verstärkt auch nach außen ein Bild des Vertrauensbuchs und der Misstrauenskultur - da hat Ralf Stegner völlig recht -,

(BEIFALL)

das am Ende unsere eigene politische Linie kaputt macht.

Lasst uns deswegen das, was wir selber beschlossen haben, ernst nehmen, nämlich unter anderem, dass wir erst verhandeln und dann entscheiden, ob die roten Linien eingehalten wurden oder nicht, wenn das Ergebnis

der Verhandlungen vollständig auf dem Tisch liegt. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir dabei zu einem einmütigen Ergebnis kommen. - Herzlichen Dank.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jens hat das Wort; ihm folgt Michael Müller.

Jens Peick, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sollen mit der Legendenbildung aufhören, dass es irgendwelche Verschwörungen gibt, die dahinterstehen. Das tue ich sehr gerne. Es wurde aber schon einmal gesagt: Bitte lasst uns auch mit der Legendenbildung aufhören, dass es immer gleich Verschwörungstheorien sind, wenn man hier eine andere Meinung vertritt.

(BEIFALL)

Ich glaube sehr wohl - ich nehme euch die Intention ab -, dass ihr Regeln schaffen und Standards setzen wollt, aber ich glaube nicht, dass das mit Freihandelsabkommen funktionieren wird.

(BEIFALL)

Michaela Engelmeier hat doch geschildert, was Freihandelsabkommen an ganz vielen anderen Stellen schon anrichten. Sie haben die Intention, einen freien Handel und damit auch die Gewinnmaximierung von Unternehmen zu ermöglichen. Sonst hießen sie ja Globalisierungsgestaltungsabkommen. Das sind sie aber eben nicht.

(BEIFALL)

Ich glaube, wir dürfen die Verhandlungen, die es dazu gibt, auch nicht mit Erwartungen überfrachten, die sie nicht erfüllen können. Das muss man sagen dürfen; das ist kein öffentliches Zerfleischen.

Ich brauche auch nicht Greenpeace, um mir sagen zu lassen, was Willy Brandt getan hätte, wenn er jetzt noch hier wäre.

(BEIFALL)

Das alles ist nicht die Frage. Die breite Bewegung, die es draußen gibt, dürfen wir aber auch nicht ignorieren. Bevor die Delegation aus Dortmund in den Zug gestiegen ist, wurden uns Unterschriften überreicht, und zwar von Menschen, die wir gerne als die Mitte der Gesellschaft bezeichnen. Nichts anderes war das, und wir müssen gucken, wie wir damit umgehen. Es gibt da ernste Bedenken.

Ich hänge nicht dem neoliberalen Glauben nach, dass es, wenn es der Wirtschaft gut geht, automatisch auch den Menschen gut geht. Das war auch nie der Glauben unserer Partei, und die Geschichte hat uns auch anderes gelehrt.

(BEIFALL)

Deswegen war der Beschluss des Parteikonvents, dem ich damals auch zugestimmt habe, gut. Das, was Sigmar mit dem DGB verhandelt hat, ist gut, aber ich habe aus dem genannten Grund auch einen konkreten Änderungsantrag zum jetzt vorliegenden IA 8, und zwar beantrage ich das Streichen der Zeilen 101 bis 151;

das ist der komplette Absatz zum Investitionsschutz.

Ich bin nicht der Meinung, wir sollten alles streichen bis auf den Bezug zum Konventsbeschluss, weil wir zum Beispiel schon gehört haben, dass es hier zu den ILO-Kernarbeitsnormen gute Konkretisierungen gibt. Ich erkenne auch den Erfolg an, dass die privaten Schiedsgerichte zu internationalen Handelsgerichtshöfen umgewandelt wurden; das ist keine Frage. Ich selbst glaube aber, wir brauchen gar keine Gerichtshöfe. Auch das wurde hier schon gesagt, und wir müssen sehen, dass der Konventsbeschluss auch genau das sagt: Wir brauchen keine Handelsgerichtsbarkeit.

(BEIFALL)

Wir können hier keinen Beschluss fassen, der dem widerspricht.

(BEIFALL)

Ich glaube, wenn wir diesen Absatz streichen, dann nimmt er dem Antrag erst einmal nicht viel.

Weiterhin ist aber klar: Es muss verhandelt werden. Das Verhandlungsergebnis wird dem Parteitag vorgelegt, und dann gucken wir uns das an. Dann sehen wir weiter. An der Stelle würde ich es aber gerne streichen. - Freundschaft!

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Michael Müller; ihm folgt Rolf Wiegand.

Michael Müller, NaturFreunde: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte versuchen, noch einmal klarzumachen, um was es uns, den Organisatoren des Protestes, geht.

Es ist Unsinn, zu unterstellen wir würden mit „Ja“ oder „Nein“ zum Freihandel stehen. Natürlich wollen wir einen Freihandel, aber wir wollen keinen Freihandel, der noch nicht einmal den theoretischen Grundlagen der klassischen Freihandelstheorie entspricht. Bei Ricardo und auch bei Adam Smith war immer die volle Souveränität des Nationalstaats in solchen Verhandlungen klar. Das wird hier überhaupt nicht berücksichtigt.

Viel wichtiger ist aber: Wir sind nicht einfach nur dagegen, sondern wir stellen einfach fest: In den letzten 30 Jahren ist nicht die große Idee der Nachhaltigkeit, die übrigens von Sozialdemokraten gekommen ist, zum Weltmodell aufgestiegen, sondern die Ideologie der Deregulierung, und es gibt viele Leute, die sagen: „So geht es nicht weiter“, und das finde ich richtig.

(BEIFALL)

Die Verträge grenzen nämlich beispielsweise auch die Dritte Welt aus. Ihr müsst wissen, welche zukünftigen Konflikte wir damit schon wieder inszenieren.

Es geht um Folgendes: Seit den 80er-Jahren wird systematisch eine Ideologie vertreten, die Reagan damals wie folgt formuliert hat: „Der Staat ist nicht die Lösung für unsere Probleme, der Staat ist das Problem“. Auf dieser Basis wurde systematisch eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse von der Demokratie hin zum Markt vollzogen. Wir erleben immer mehr, dass die Erwartungen der Märkte wichtiger sind als demokrati-

sche Entscheidungen, und das machen die Leute nicht mehr mit.

(BEIFALL)

Ihr müsst sehen: Das Modell der Deregulierung, das dahintersteht, ist das Modell, das uns in die Finanzkrise getrieben hat, das Modell, das in Europa letztlich Spaltungstendenzen hervorgerufen hat, das Modell, warum wir beim Klimaschutz nicht weiterkommen. Und das soll jetzt auch noch für Dienstleitungen und Freihandel gelten? Das darf doch nicht wahr sein!

(BEIFALL)

Wenn wir eine internationalistische Politik betreiben, dann ist unsere Grundidee die Idee der Nachhaltigkeit und nicht die Idee der Deregulierung, bei der Staaten im Grunde dafür kämpfen, erreichte Rechte zu sichern.

Noch wichtiger ist: Es geht ja nicht nur um die Sicherung erreichter Rechte; es geht auch darum, dass in vielen Bereichen auch noch mehr gewollt wird. Wie schwer soll das denn sein, wenn das beispielsweise vom amerikanischen Kongress und vom amerikanischen Senat abhängig wird, weil sie diesen Verträgen zustimmen müssen? Wollt ihr wirklich, dass die Tea Party am Ende darüber entscheidet, was wir zu tun haben? Das darf doch nicht wahr sein!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht also darum, ob sich die Grundidee der Deregulierung durchsetzt oder ob wir sagen: Wir wollen die Demokratie und die Gestaltbarkeit der Politik stärken.

Das wollen wir. Deshalb unterstützt bitte den Leitantrag! Er ist die rote Linie. Aber er ist schon die Mindestbedingung, um jetzt die weitere Zukunft sozialdemokratisch gestalten zu können.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Rolf Wiegand! Ihm folgt Jens Geier.

Rolf Wiegand, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin bei der Berliner Stadtreinigung angestellt, also öffentliche Daseinsvorsorge. - Ich kann euch sagen, viele Kolleginnen und Kollegen haben mich vor dem 10. Oktober angesprochen und haben teilgenommen. Wir haben ohne Ende Mobilisierung innerhalb unserer Betriebe gehabt, weil die Betroffenheit und die Ängste sehr groß sind, was diese Freihandelsabkommen angeht. Das hat damit zu tun, dass viele nicht richtig informiert sind, was sie auch nicht sein können. Denn wer kann diese Konglomerate an Verträgen durchblicken und durchschauen? - Daher kommen doch diese Ängste! Wir haben 20 Jahre Deregulierungs- und Privatisierungsdiskussionen hinter uns. Daraus speist sich die Angst der Kolleginnen und Kollegen und der Menschen in der Frage: Was kommt da auf uns zu?

(BEIFALL)

Diese Ängste aufzunehmen und in praktische Politik umzusetzen, ist wichtig. Deswegen bin ich froh, Ralf, dass es nicht nur die Industriegewerkschaften sind, sondern dass sich Industrie- und Dienstleistungsgewerk-

schaften auf gemeinsame Positionen zum Freihandelsabkommen, zu TTIP und zu CETA geeinigt haben und diese bis zum heutigen Tage vertreten. Es ist eine gemeinsame Position der Gewerkschaften. Das finde ich wichtig.

Sind wir doch dankbar dafür, dass es jetzt Menschen bewegt, dass viele in Bewegung gekommen sind und diese Fragen stellen: Wohin geht dieser Freihandel? Wohin geht dieses Wirtschaftssystem? Wohin wollen wir damit gehen? Wie wollen wir fairen Welthandel und globalen Handel gestalten? - Sind wir doch dankbar dafür, dass wir jetzt in diesem Zusammenhang auf offene Ohren stoßen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin das jedenfalls. Ich bin froh, dass ich das mit meinen Kolleginnen und Kollegen diskutieren kann, dass sich die Menschen endlich damit beschäftigen und dass wir so etwas auch haben, was Michaela angesprochen hat, was in diesem Zusammenhang wichtig ist, wenn wir über den Fairhandel reden, nicht nur über den Egoismus zu reden „Was ist für uns gut?“, sondern insgesamt die Frage zu stellen: Was ist für die Menschen in diesem Land und in der Welt gut? - Ich glaube, das ist die Nachhaltigkeit, die Michaela auch angesprochen hat. Nehmen wir das doch positiv auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Deswegen bin ich dafür, dass wir die Demonstrationen, die am 10. Oktober stattgefunden haben, als Unterstützung sehen können. Wir brauchen auch die Menschen auf der Straße dafür, dass wir unsere Positionen, die roten Linien wirklich durchsetzen können. Da hat sich auch etwas in der politischen Debatte bewegt. Das ist gut so. Deswegen bin ich auch der Auffassung, dass es richtig ist, sich CETA zu stellen. Deswegen kann man beides machen: Man kann dem Leitantrag zustimmen, und man kann dem AfA-Antrag IA 17 zustimmen. Ich finde es richtig, auch hier noch einmal deutliche Signale zu setzen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jens Geier hat das Wort. Ihm folgt Gabriele Hammelrath.

Jens Geier, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Im Frühsommer hat das Europäische Parlament mit Mehrheit beschlossen, dass wir das ISDS-System in der vorliegenden Form nicht akzeptieren und dass wir eine völlig andere Systematik wollen. Genossinnen und Genossen, damit ist das ISDS so, wie wir es bisher gekannt haben und wie es die Campagneros draußen bekämpfen, mausestot. Die beschlossene Position ist auch ein starkes Signal an die EU-Kommission, dass CETA in der aktuell vorliegenden Fassung im EP keine Mehrheit findet. Das heißt, CETA ist kein gemischtes Abkommen. Das ist ein reines Handelsabkommen. Das einzige Parlament in der EU, das mit CETA befasst wird, wird das Europäische Parlament sein. Wenn dieses CETA-Abkommen nicht genügt, wenn es der Resolution nicht genügt, die wir beschlossen haben, wo wir herausgeholt haben, was herauszuholen ist, dann werden wir CETA im Europäischen Parlament ablehnen.

Wir haben ACTA in die Tonne getreten. Dagegen hat die Kommission gekämpft. Die amerikanischen Unterhändler flogen plötzlich im Europäischen Parlament tief, weil sie begriffen haben, dass die Gefahr der Ablehnung groß ist. Wir haben das gemacht. Ihr könnt euch darauf verlassen: Wir machen das noch einmal!

Das scheint auch Frau Malmström verstanden zu haben, nachdem Bernd Lange und sie sich ungefähr 20 Minuten lang in der Sache angeschrien haben. Ihr habt gehört, dass sich Bernds Stimme bis heute nicht davon erholt hat.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, die kanadische Regierung hat Bereitschaft signalisiert, über CETA noch einmal zu reden. Was können wir denn mehr wollen? - Wir haben jetzt die goldene Chance, mit denen zu reden und dafür zu sorgen, dass ein internationales Streitschlichtungssystem, das zivilisatorischen und juristischen Ansprüchen genügt, auch in dieses Abkommen Einzug hält. Das wollen wir. Dafür wollen wir im Europäischen Parlament kämpfen. Deswegen lasst uns diese Chance nutzen!

Genossinnen und Genossen, wir werden aufgefordert, die Freihandelsabkommen zu stoppen. Ich halte das nicht für progressiv. Ich kämpfe für ein Freihandelsabkommen, das Globalisierung reguliert

(BEIFALL)

und das das im Sinne unserer politischen Ziele tut. Der Ort dafür sind das Europäische Parlament und die anderen Parlamente. Wir sollten uns nicht ohne Not binden, in diese Verhandlungen mit einem starken Signal hineinzugehen, das der IA 8 darstellt. Einem solchen Abkommen, das in der Form gestaltet wird, wie wir es hier diskutieren, stimme ich im Europäischen Parlament gerne zu. Keine Freihandelsabkommen heißen: unregulierter Handel. Genossinnen und Genossen, das ist nicht progressiv. Das ist neoliberal. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass es Sozialdemokraten gibt, die das wollen. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Gabriele, das war ehrlich gesagt ein Versehen. Wir müssen uns bei dir entschuldigen. Der Zettel ist falsch eingeordnet worden. Nach der Quotierung wärs du viel früher drangewesen. Da ist uns ein Fehler passiert. Umso mehr freuen wir uns, dass du jetzt das Wort hast. Dir folgt Axel Schäfer.

Gabriele Hammelrath, Nordrhein-Westfalen: Ganz herzlichen Dank dafür! - Liebe Genossinnen und Genossen! Wie immer an dieser Stelle ist schon sehr viel gesagt worden. Aber das wäre es auch schon gewesen, wenn ich etwas früher drangewesen wäre. Das ist also nicht so schlimm.

Der Dank an Bernd Lange ist schon ausgesprochen worden. Wir wissen genau, was es heißt, in einer solchen Situation zu kämpfen. Wir wissen auch davon bin ich fest überzeugt, dass Freihandelsabkommen alternativlos sind. Wir werden in einer globalisierten Welt mit anderen Staaten Abkommen treffen müssen. Besser ein definiertes Abkommen als eine freie mutierende Wirtschaft, die sich ihre eigenen Regeln schafft! Das heißt, Regeln sind an dieser Stelle notwendig und wichtig.

(BEIFALL)

Wir haben auf unserem Parteikonvent sehr um diese roten Linien gerungen. Das war ja nicht so ganz ohne! Da sind ja auch schon sehr deutlich die Konflikte benannt worden. Das ist gut so. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man sehr offen reden kann - ohne Misstrauen, aber hart und klar in der Sache.

Warum habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet? - In den roten Linien steht die Wichtigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es steht auch darin, dass wir Positivlisten notwendig finden, um diese öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern. Warum treibt uns das so um? - Weil diese Elemente für die Menschen und na-

türlich auch für die Kommunen ungeheuer wichtig sind. Dabei geht es um Zugang zu Wasser und zu Energie für alle Menschen zu Preisen, die bezahlbar sind, und auch mit einer großen Sicherheit verbunden, dass man auf diese Elemente zugreifen kann.

Aber wir haben auch eine ganz bestimmte Skepsis, weil wir Erfahrungen gemacht haben. Wir haben die Erfahrung gemacht und zwar nicht nur im Zusammenhang mit den USA, dass das Thema der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht unbedingt bekannt ist, auch in Europa nicht. Ich denke an dieser Stelle auch an unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir müssen sehen, dass solche Prinzipien nicht überall bekannt sind und dass wir sie schützen müssen. Denn wir investieren viel da hinein. Das machen wir auch mit ganz großer Überzeugung. Gerade unsere Demokratie lebt davon, dass wir solche Sicherungsmaßnahmen haben.

Deshalb bitte ich ganz herzlich darum, dass diese Elemente der öffentlichen Daseinsvorsorge, die sich auch auf kulturelle Belange, aber auch auf die Grundelemente des Zugangs zu öffentlichem Verkehr, zu Beweglichkeit, zu Mobilität, zu Wasser, zu Energie, also zur Grundversorgung beziehen, behalten werden, dass wir sie schätzen, dass wir sie möglichst in Europa, aber auch in der Welt für alle zugänglich machen. Das gilt natürlich nicht nur für die USA und für Kanada, sondern das gilt auch. Michaela Engelmeier hat notwendigerweise darauf hingewiesen, wenn wir Abkommen mit anderen Drittstaaten verhandeln, die nicht so stark sind und die wir dominieren können. Auch da haben wir darauf zu achten, dass auch diese geschützt werden, so wie wir geschützt werden wollen. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Axel Schäfer! Ihm folgt Harald Baumann-Hasske.

Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen, es gibt eigentlich nur drei ganz einfache Punkte.

Der erste Punkt ist - das hat eine Reihe von uns heute Morgen auch praktiziert -: Wir reden mit denen, die insbesondere beim Thema TTIP kritisch sind. Wir stellen uns ihnen nicht nur, sondern wir laden sie ein, wir nehmen sie ernst, weil das Thema wichtig ist. Wir führen den Dialog, und wir sind als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder einmal diejenigen, die auch ein Stück stellvertretend für die gesamte Gesellschaft das Pro und Kontra aufnehmen und gemeinsam in der öffentlichen Debatte Lösungen herbeiführen. Das ist das Zentrale, darüber müssen wir reden.

(BEIFALL)

Dann gibt es einen zweiten Punkt. Das sage ich nicht nur als Ortsvereinsvorsitzender, sondern auch als Bundestagsabgeordneter: Wir dürfen die Menschen nicht glauben machen, dass bei Fragen von öffentlicher Daseinsvorsorge, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten usw. in Europa bei der Ratifizierung eines Abkommens, das ausgehandelt wird 45 parlamentarische Verfahren plus das EP, alle Parlamente sozusagen schnurstracks in eine Richtung dogmatisch sagen: Jawohl, Handel; wir nicken das ab. - Das wird nicht passieren. Es wird eine große öffentliche Debatte geben, und das ist auch gut so. Und es kann sein, dass wir am Ende dieser Debatte feststellen, dass das Abkommen unseren Anforderungen nicht entspricht - weder denen des Bundestags noch des Europäischen Parlaments. An dieser Stelle sage ich: Das Europäische Parlament hat in einer Reihe von wichtigen Entscheidungen gezeigt, dass es sich für und

auch gegen etwas entscheiden kann. Das sollten wir als Grundlage nehmen, um festzustellen, dass unsere Genossinnen und Genossen in diesen Parlamenten sich tatsächlich bemühen, das umzusetzen, was wir hier beschließen.

Dann bin ich beim dritten Punkt: Wir brauchen dabei ein Stückchen Vertrauen, dass das, was wir gemeinsam hier diskutieren, von denen im Parlament auch aufgenommen wird. Wir sind eine offene und öffentliche Partei. Wir diskutieren das öffentlich und wollen das gemeinsam miteinander hinbekommen - der Parteitag und die Abgeordneten miteinander, nicht gegeneinander. Deshalb ist dieser vorgelegte Kompromiss, dieser Antrag zu unterstützen. Ich bitte euch darum! - Glück auf!

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Harald Baumann-Hasske! Ihm folgt Harald Unfried.

Harald Baumann-Hasske, Vorsitzender der AsJ: Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass unsere Debatte zu TTIP - und zwar nicht nur hier, sondern generell - in der Öffentlichkeit stattfindet, ist etwas ganz Tolles für Europa. Ich möchte daran erinnern, dass wir über Europa immer nur dann diskutieren, wenn Europawahlen anstehen. Nun haben wir mal wieder einen der wenigen Fälle, in denen sich die Öffentlichkeit wirklich für ein europäisches Thema interessiert. Ich hätte mir vor einem Jahr nicht vorstellen können, dass ein Handelsabkommen zum Gegenstand einer solchen Debatte wird. Man muss sich nur einmal anschauen, wie in vorangegangenen Jahren über Handelsabkommen diskutiert wurde: nämlich überhaupt nicht. Ich glaube, da haben wir einen großen Fortschritt gemacht.

Der Dank an Bernd Lange und an unsere Genossinnen und Genossen im Europäischen Parlament ist schon oft zum Ausdruck gebracht worden. Bernd, ich finde das klasse, was ihr macht!

(BEIFALL)

Wir haben vorhin gehört: CETA muss nachverhandelt werden. Wir haben in unserem Initiativantrag dazu festgestellt, dass das so ist. Der Konventsbeschluss soll bestätigt werden, wenn dieser Antrag angenommen wird. Ich glaube, damit ist sehr viel gesagt und festgezurr. Damit ist auch deutlich gemacht, dass kein Anlass besteht, allzu viel Misstrauen zu haben. Wir wissen allerdings nicht, was bei den Verhandlungen am Ende rauskommt. Deswegen finde ich es gut, dass nach wie vor auf den roten Linien, die wir vor Jahresfrist vereinbart haben, beharrt wird.

Die ASJ hat vor einem Jahr auf ihrer Bundeskonferenz beschlossen, TTIP abzulehnen. Inzwischen ist die Debatte deutlich weitergegangen. Wir haben den Konventsbeschluss; wir stellen heute einen Beschluss zur Abstimmung. Da ist eine ganze Menge drin.

Ich möchte noch auf einen ganz wichtigen Punkt eingehen, nämlich auf die Einrichtung der Handelsgerichtshöfe. Ich teile nicht die Auffassung, dass wir gar keine Gerichtsbarkeit auf dieser Ebene brauchen, möchte aber hier auch keine Fachdebatte lostreten. Ich meine, dass die vorgeschlagene Richtung, Handelsgerichtshöfe einzurichten, gut ist, wenn denn diese Gerichtshöfe ausschließlich mit Berufsrichtern besetzt werden.

Ich bin selbst Rechtsanwalt und ich sage euch: Bei solchen Themen sollten Berufsrichter, die von Berufs wegen zur Unabhängigkeit verpflichtet sind, tätig werden. Rechtsanwälte haben im Kopf, Parteiinteressen zu vertreten, und sind nicht unabhängig. Deswegen muss sichergestellt sein, dass das Berufsrichter sind.

(BEIFALL)

In den Verhandlungen sollte gewährleistet werden, dass Arbeitnehmerrechte auch geltend gemacht werden können. Auch das ist schon gesagt worden.

Ich möchte abschließend noch darauf hinweisen, dass wir als ASJ den IA 17 der AfA für durchaus verabschiedbar halten. Ich meine, wir sollten beide, den IA 8 und den IA 17 bestätigen. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, jetzt hat sich Sigmar zu Wort gemeldet. Ihm werden noch zwei weitere Redner folgen, und zwar Martin Peters und Norbert Römer. Danach werden wir in das Abstimmungsverfahren einsteigen. Es wäre also gut, wenn ihr mit darauf achten würdet, dass eure Delegationen möglichst vollständig sind.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nichts zu den Bestandteilen der Abkommen sagen, obwohl ich zugeben muss, dass ich bei ganz vielen Dingen völlig anderer Auffassung bin - zum Beispiel bei der Frage, ob CETA ein gutes oder schlechtes Abkommen ist. Nur ein Hinweis: Ich wäre froh, wenn CETA in wichtigen Stellen eine Blaupause für das Abkommen mit Amerika wäre. Denn da steht drin, dass beispielsweise kanadische Unternehmen auf dem europäischen Markt diskriminiert werden dürfen, wenn sie sich im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge bewegen. Darin steht, dass es das Recht gibt, einmal privatisierte öffentliche Daseinsvorsorgen zu reverstaatlichen und dass sich ein kanadisches Unternehmen dagegen nicht wehren darf.

(VEREINZELTER BEIFALL)

Diese Dinge stehen in dem Abkommen. Deswegen wäre ich froh, wenn man so etwas gegenüber den Amerikanern durchsetzen könnte.

Aber ich will eigentlich über etwas reden, das uns gestern, glaube ich, auseinandergetrieben hat - auch bei der Wahl des Parteivorsitzenden. Es geht um die Frage des Unterschieds zwischen Partei und Regierung. Was ist die Aufgabe eines Parteitag? - Grundsätze festlegen, Ziele festlegen. - Was ist die Aufgabe einer Regierung? - Möglichst viele von diesen Zielen in ihrer Regierungsarbeit umzusetzen. Nun gibt es das grundsätzliche Misstrauen der harten Gegner dieser Freihandelsabkommen, dass wir am Ende das, was wir beschlossen haben, nicht machen. Deswegen werden hier so häufig die roten Linien zitiert.

Ehrlich gesagt: In einem europäischen - nicht in einem deutschen - Abkommen sind diese roten Linien doch unsere Verhandlungslinien - nichts anderes. Und was haben wir beschlossen? Das will ich einmal in Erinnerung rufen, weil es zeigt, wie Partei und Regierung miteinander umgehen müssen, wenn eine Regierung das erreicht hat, was man erreichen konnte, das aber nicht identisch ist mit dem, was der Parteitag beschlossen hat. Deswegen haben wir übrigens auf meinen Vorschlag hin etwas beschlossen, was scheinbar alle schon vergessen haben. Das lautet: Wir werden diesen Prozess sowohl bei TTIP als auch bei CETA aktiv weiterhin und, wenn nötig, kritisch begleiten. - Jetzt kommt es: Wenn die Ergebnisse der Gespräche und Verhandlungen vorliegen, werden wir diese im Austausch mit unseren europäischen Schwesterparteien bewerten und auf einem erneuten SPD-Parteikonvent oder Bundesparteitag entscheiden, ob sie in ihrer Gesamtschau

unseren Anforderungen entsprechen und also die Zustimmung der SPD erlauben.

Was sollen wir denn nun noch beschließen?

(BEIFALL)

Das Problem ist doch, dass wir hier auf dem Parteitag gerade so tun, als ob wir die europäische Verhandlungslinie festlegen können. Das kann maximal Bernd Lange. Und auch der muss immer viele einsammeln. Er macht das, wie ich finde, exzellent.

(BEIFALL)

Ich finde, wir müssen offen umgehen. Es gibt mit guten Gründen harte Gegner jedes Freihandelsabkommens in dieser Art. Ich gehöre nicht dazu. Ich glaube, mit guten Gründen das Gegenteil vertreten zu können. Aber wir beide, beide Seiten, haben es doch damit zu tun, dass wir hier nicht nur immer große Reden über Europa halten können. Wir müssen doch gucken: Was sagen eigentlich unsere europäischen Schwesterparteien dazu? Was passiert zum Beispiel, wenn folgende Lage eintritt: Wir - und das tun wir; ein paar haben es gesagt - versuchen, mit der alten wie der neuen kanadischen Regierung Dinge in dem Abkommen mit CETA noch zu verbessern.

Übrigens: Zum Regieren gehört auch Folgendes; dass jede Regierung, die neu gewählt wird, jedenfalls in den allermeisten Fällen, die international geschlossenen Verträge der Vorgängerregierung akzeptiert - auch dann, wenn sie anderer Meinung ist. Deswegen hat Helmut Kohl die Ostverträge damals akzeptiert. Warum macht das eine Regierung? Weil die internationalen Partner sich darauf verlassen müssen, dass das, was sie mit einem Land verhandeln, nicht jeweils bei einem Regierungswechsel in dem Land wieder völlig verändert wird. Das nennt man Berechenbarkeit der Außenpolitik.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das ist ein harter Punkt. Ich sage euch mal ein Beispiel, wo das entsetzlich ist. Einen Beschluss und die Verträge einer Vorgängerregierung über 63 Kampfpanzer Leopard, die nach Katar gesendet werden, kann ich weder finanziell noch rechtlich zurückdrehen, und ihr könnt mir glauben, wie schwer es mir fällt, das zu tun.

(BEIFALL)

Aber wenn man Regierungspartei ist, wenn man regieren will, dann muss man die Bedingungen von Regierung kennen, und die lauten in der Außenpolitik: Pacta sunt servanda. Sonst vertraut einem großen Land wie Deutschland ein anderes Land nicht mehr, weil es nicht sicher ist, wie die Deutschen sich am Ende verhalten. Das ist keine Legitimation, alles mitzumachen.

Übrigens ist es auch keine Legitimation, CETA einfach durchzuwinken; denn der Vertrag, der da mit den Kanadiern geschlossen wurde, lautet: Wir beenden die Verhandlungen. Aber dann entscheiden die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament. Insofern gibt es die völlige Freiheit auch des Deutschen Bundestages, des österreichischen Parlaments, der französischen Nationalversammlung, Nein zu sagen zum Verhandlungsergebnis. Die gibt es bis heute. Aber was wir bis dahin machen, ist, zu versuchen, das, was ihr

so gerne als rote Linien beschreibt, als Leitplanken unserer Verhandlungen in die Verträge hineinzubekommen - übrigens auch noch mit Kanada.

Und dann haben wir beschlossen - ich wiederhole: mehrfach beschlossen -: Wenn wir dann in die Lage kommen, dass der Rest auch unserer europäischen Schwesterparteien oder vielleicht die große Mehrheit unserer europäischen Schwesterparteien dann CETA trotzdem zustimmen will, dann muss die deutsche Sozialdemokratie zusammenkommen und muss die Frage bewerten, ob die Dinge, die uns nicht ausreichen in dem Abkommen, so schwerwiegend sind, dass wir das gesamte Abkommen mit der Stimme der deutschen Sozialdemokratie gegen die anderen Europäer anhalten. Das darf man. Das kann man. Aber das muss man dann miteinander bereden und abwägen. Ich finde, das gehört zum Minimum dessen, was eine stolze Regierungspartei wie die SPD in der Vergangenheit und in der Zukunft sich in die Hand versprechen muss, dass sie nicht vorher Rigorismus in ihren Debatten einkehren lässt, dass sie nicht die einen hat, die im Netz unterwegs sind, und die anderen, die in der Regierung unterwegs sind, und jeder dem anderen unterstellt, er würde unverantwortlich handeln. Sondern wir haben Leitlinien mehrfach beschlossen.

Übrigens, ich wiederhole noch einmal, was ich gestern gesagt habe: Ich habe mit dem DGB, lange bevor die SPD sich damit befassen wollte, das beschlossen, was wir heute vermutlich noch einmal beschließen, und zwar als Wirtschaftsminister. Da wollte der Parteivorstand der SPD sich mit dem Thema noch gar nicht auseinandersetzen. Die haben gesagt, das können wir später mal machen. Und dann haben wir das noch wiederholt mit allen Wohlfahrtsverbänden - Wilhelm Schmidt sitzt hier unten -, und wir haben es wiederholt mit allen kommunalen Spitzenverbänden, und zwar als Bundeswirtschaftsministerium. Ich habe mich mit einer Vereinbarung an die drei gebunden, nicht nur an den Parteitag - ihr scheint ja nicht zu glauben, dass wir im Zweifel das machen, was ihr beschließt -, sondern auch noch mit den dreien. Ich finde, das ist eine ganze Menge, was wir da inzwischen auf den Weg gebracht haben.

(BEIFALL)

Übrigens, Frau Malmström hat doch deshalb die Ablehnung der privaten Schiedsgerichte mitgemacht und erklärt jetzt, wir wollen Handelsgerichtshöfe in alle Verträge, weil wir ihr gesagt haben: Machst du das nicht, werde ich, Sigmar Gabriel, als deutscher Vertreter im Europäischen Rat dagegen stimmen, und eine Gegenstimme reicht; denn du musst Einstimmigkeit im Rat haben. Das ist doch sozusagen der Hebel, den wir angesetzt haben.

(BEIFALL)

Aber noch einmal: Es geht um eine sehr prinzipielle Frage an diesem Beispiel, wie Partei mit Regierungsarbeit umgeht. Die Partei muss die Ziele und die Grundsätze festlegen. Jeder in einer Regierung muss versuchen, die umzusetzen. Und wenn dann eine Situation entsteht, wo man nicht mehr sicher ist: „Reicht das eigentlich, was umgesetzt wurde, ja oder nein?“, dann muss man sich treffen und darüber beraten, umso mehr, wenn es um europäische Fragen geht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein deutscher Sozialdemokrat im Europäischen Parlament - nicht auf der Parlamentsebene, sondern in den Räten - ohne Rückkopplung mit den anderen europäischen Sozialdemokratien mal eben so Ja oder Nein zu einem solchen Abkommen sagt, sondern die müssen miteinander reden, und dann muss im Zweifel ein Parteitag oder ein Konvent abwägen, ob die Liste dessen, was wir erreicht haben, und die Liste dessen, was wir nicht erreicht haben, ausreichend Grund sind, Ja zu sagen, oder ausreichend Gründe liefern, Nein zu sagen, selbst dann, wenn alle anderen Europäer dafür sind.

Darum geht es im Kern in unserer Partei. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht eine Partei werden, wo die einen rigoros das eine und die anderen rigoros das andere besprechen. Das ist doch im Kern das, was wir gestern in Teilen erlebt haben. Und wer heute in die Zeitungen blickt, der kann sich ungefähr vorstellen, wie die Meinungsbildung außerhalb der Insider von Parteipolitik zu diesen Abläufen aussieht, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deswegen meine Bitte: Folgt dem Antrag, den Ralf Stegner vorgestellt hat, und erinnert euch an das Versprechen - ich weiß gar nicht, ob das in dem Antrag auch noch drinsteht; wenn nein, müssen wir es noch einmal reinschreiben - , dass wir längst verabredet haben, am Ende von Verhandlungen eine Bewertung vorzunehmen, und erst dann zu entscheiden, ob die Gründe ausreichend sind, Ja zu sagen, oder ob die Gründe ausreichend sind, Nein zu sagen. Ich finde, das ist ein angemessener Umgang einer Partei, die das Land und Europa mitführen will. Das ist der Anspruch, den die SPD hat - nicht nur Zufriedenheit mit der eigenen Position, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: So. Jetzt hat Harald Unfried das Wort. Ihm folgt Martin Peters. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass ihr gucken müsst, dass eure Delegationen möglichst vollzählig sind, weil wir gleich zur Abstimmung kommen.

Harald Unfried, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist kein geringerer als der Wirtschaftsnobelpreisträger und ehemalige Weltbankchef Joe Stiglitz, der dankenswerterweise darauf hingewiesen hat, dass es bei solchen bilateralen Handelsverträgen wie TTIP oder CETA eigentlich gar nicht im Kern um Freihandel geht, ja, dass sie häufig sogar den Freihandelsprinzipien widersprechen, weil beispielsweise Entwicklungsländer ausgegrenzt werden, weil die eigentlich entscheidenden Probleme der Weltwirtschaft, etwa die großen globalen Handelsungleichgewichte oder Wechselkursbewegungen, erratische Wechselkursbewegungen, die weitaus mehr auf das Handelsvolumen durchschlagen als die Abschaffung der letzten Zölle, noch nicht einmal Regelungsgegenstand von diesen bilateralen Verträgen sind.

Und er hat noch auf etwas hingewiesen, was für uns Sozialdemokraten wesentlich ist: Stiglitz sagt - und als Weltbankchef hat er einigen Einblick und jahrzehntelange Erfahrung -, dass es bei diesen bilateralen Handelsverträgen vor allen Dingen darum geht, dass die Konzerne durch die Hintertür in geheimen Verhandlungen Interessen durchsetzen wollen, die sie in einem offenen, transparenten politischen Prozess niemals durchbekommen würden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das ist der Kern. Und das sagt nicht irgendjemand, sondern ein Wirtschaftsnobelpreisträger, und nicht nur dieser.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn diese Verhandlungen, von denen wir wissen, dass sie zentrale Lebensbereiche betreffen - Verbraucherschutz, Umweltschutz, Arbeitsschutz -, permanent geheim verhandelt werden und noch nicht einmal die Abgeordneten über Monate und Jahre hinweg ihrer Basis Rede und Ant-

wort stehen können, weil auch sie nicht mehr wissen, wo soll dann das Grundvertrauen der Zivilgesellschaft gegenüber den Parteien und der Regierung herkommen?

(BEIFALL)

Wir müssen tätig zum Anlass nehmen, auch für die künftigen Handelsverträge, Schluss zu machen mit der Geheimniskrämerei, endlich Transparenz und Demokratie herzustellen und dafür zu sorgen, dass diese bilateralen Handelsverträge nicht ein weiteres Element der Entdemokratisierung sind, in der Verschiebung der Machtbalance zwischen Wirtschaft und Politik, sondern dass wir den Primat der Politik entschieden zurückerobern wollen. Schluss mit der Geheimniskrämerei - das muss ein unmissverständliches Signal von diesem Parteitag sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Erst dann kann das Grundvertrauen wieder wachsen. Denn es geht eben nicht nur um das Verhältnis der Partei zur Regierung, sondern es geht viel tiefergreifender um das Verhältnis der Parteien und der Regierung gegenüber der Zivilgesellschaft. Wenn wir Offenheit und Transparenz durchsetzen, dann werden wir uns auch leichter tun in der Debatte, wenn die Zivilgesellschaft von Anfang an den Eindruck hat, dass sie mit einbezogen wird. Erst dann kann das Vertrauen wieder wachsen, liebe Genossinnen und Genossen, und dafür müssen wir kämpfen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat das Wort Martin Peters.

Martin Peters, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, Martin Peters mein Name. Ich bin Bevollmächtigter bei der IG Metall und war Delegierter des Gewerkschaftstages. Ich kann euch hier berichten, dass TTIP auch in der größten deutschen Einzelgewerkschaft nicht in einer Antihaltung diskutiert worden ist, sondern sehr differenziert diskutiert worden ist.

(BEIFALL)

Aus dieser Diskussion heraus, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich zwei Hinweise zur laufenden Debatte und zum IA 8 geben. Im IA 8 werden die internationalen Handelsgerichtshöfe angesprochen. Das ist sicherlich eine Verbesserung gegenüber privaten Schiedsgerichten. Aber die Frage ist doch: Auf welcher Rechtsgrundlage entscheiden potenzielle internationale Handelsgerichtshöfe, liebe Genossinnen und Genossen?

(BEIFALL)

Diese Rechtsgrundlage kann meiner Auffassung nach nicht in einem Freihandelsabkommen festgelegt werden, sondern müsste auf einer Ebene festgelegt werden, die schon fast vergleichbar mit den Vereinten Nationen ist. Das kann TTIP nicht leisten. Deswegen können wir nicht unsere Rechtsstaatlichkeit, unsere Standards einem Handelsgerichtshof unterwerfen, der keine Rechtsgrundlage hat, die von uns ratifiziert worden ist.

(BEIFALL)

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Wir haben in Deutschland das hohe Gut der Tarifautonomie. Das ist das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Wenn ich heute Tarifverträge abschließe, muss ich sie vor zwei Institutionen rechtfertigen: vor meinen Mitgliedern und vor dem Vorstand der IG Metall. Bestenfalls können sie vom Bundesarbeitsgericht infrage gestellt werden. Was ist, wenn US-Konzerne, die sich in Deutschland, in ihren deutschen Dependancen, schon massiv gegen Tarifbindung sperren, mit einem internationalen Handelsgerichtshof unsere durch die Tarifautonomie ausgehandelten Tarifverträge aushebeln können?

(BEIFALL)

Der zweite Hinweis, der mir wichtig ist, ist die vorbehaltlose Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen. Wir wissen alle, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika Union Busting staatlich sanktioniert betrieben wird und dass es Gouverneure von Bundesstaaten gibt, die sich damit brüsten, den Gewerkschaften die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Das Beispiel des Volkswagenwerks in Chattanooga zeigt sehr eindrucksvoll, dass man es jetzt erst im zweiten Anlauf in einem VW-Werk hinbekommen hat, eine Betriebsratsgründung zu initiieren. Jetzt könnte man sagen: Das ist deren Problem. Warum sollen wir über die Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen Probleme amerikanischer Gewerkschaften lösen? Aber das ist ein Trend, Kolleginnen und Kollegen, der auch nach Deutschland überschwappt. Wir haben immer schwerer damit zu kämpfen, Betriebsräte in Betrieben zu gründen, die amerikanischer Eigentümerschaft unterliegen.

Deswegen muss klar sein, auch gegenüber diesem potenziellen Handelspartner USA, dass die ILO-Kernarbeitsnormen unabdingbar sind. So sollten wir uns auch bei den Beschlüssen verhalten, Kolleginnen und Kollegen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, als letzter Redner hat jetzt Norbert Römer das Wort. - Noch einmal die Bitte, denn wir kommen dann unmittelbar in das Abstimmungsverfahren: Schaut, dass eure Delegationen dann vollständig sind!

Norbert Römer, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen, der Antrag des Parteivorstandes ist klar, er ist eindeutig, und er ist konsequent. Er ist deshalb klar, weil wir in ihm noch einmal festgelegt haben, was unsere Leitlinien, unsere Leitplanken für die Verhandlungen sind, so, wie wir das auf dem Konvent beschlossen haben. Er ist eindeutig, weil er unseren eigenen Anspruch an uns selbst, aber auch in Bezug auf die Diskussion mit anderen, nämlich eine offene und sachliche Diskussion zu führen, noch einmal herausstellt. In diesem Prozess, Genossinnen und Genossen, haben wir viel Zustimmung für eine solche Vorgehensweise erfahren - von den Gewerkschaften, von den Wohlfahrtsverbänden, von den kommunalen Spitzenverbänden und von vielen anderen weit darüber hinaus. Und der Antrag ist konsequent - darauf hat Sigmar gerade hingewiesen -, weil wir uns selbst in die Verantwortung nehmen, nämlich dann, wenn die Ergebnisse der Gespräche und Verhandlungen vorliegen, diese zu bewerten, uns eine Meinung zu bilden und dann auch zu entscheiden, wie wir mit solchen Ergebnissen von Gesprächen und Verhandlungen umgehen.

Ich füge ganz persönlich hinzu: Ich habe viele Jahre Verantwortung in einer Industriegewerkschaft gehabt. Ich habe jetzt Verantwortung als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Mein Verständnis von Verantwortung von Bundesparteitag heißt: Wenn wir solche Festlegungen hier treffen, dann

habe ich großes Vertrauen in diejenigen, die wir in unserer Partei in die Verantwortung gewählt haben, sowohl in der Parteispitze als auch durch unsere Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung. Deshalb, Sigmar, bin ich sehr dafür, dass wir diesen Prozess so machen, wie du ihn gerade noch einmal beschrieben hast: Verhandeln, das Beste herausholen, bewerten, mit den Freundinnen und Freunden in der europäischen sozialdemokratischen Familie reden und dann gucken: Wie gehen wir mit einem solchen Ergebnis um? Das erwarten die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben von uns, das erwarten die Menschen in Deutschland von uns, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Lasst uns diese politische Gestaltungskraft ausüben. Lasst uns diesem Antrag zustimmen und nichts anderes mehr machen. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir haben eine sehr, sehr gute Debatte geführt. Wir wollen uns seitens des Tagungspräsidiums bei allen Debatte-tenrednerinnen und Debattenrednern herzlich bedanken, vor allen Dingen bei den ganz vielen, die sich an die Zeit gehalten haben, was im Ergebnis dazu geführt hat, dass wir fast 30 Beiträge hatten. Ich denke, auch das spricht für unsere Diskussionskultur. Dafür ganz herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Wir kommen jetzt in die Abstimmung. Dazu gebe ich Hubertus Heil für die Antragskommission das Wort.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann mich Doris anschließen. Ich möchte mich nicht nur bedanken für die Debatte heute, sondern auch für das, was wir im Parteivorstand, aber vor allen Dingen auch mit den Vertreterinnen und Vertretern aller Landesverbände und Bezirke in der Antragskommission gemacht haben. Wir haben nämlich gegenüber ursprünglichen Dingen noch Präzisierungen vorgenommen. Ich möchte mich einmal ausdrücklich bei vier Leuten bedanken: bei Ralf Stegner, bei Martin Schulz, bei Bernd Lange und bei Matthias Miersch, die mitgeholfen haben, dass wir als Antragskommission euch klare Empfehlungen geben können.

Zum Verlauf der Debatte, auch zu mündlich vorgetragenen Themen, noch ein paar Anmerkungen. Wir bleiben auf der Linie des Konventsbeschlusses. Das ist, glaube ich, einhellige Auffassung der Partei, dass wir das machen sollten - mit klaren Vorstellungen, wie wir die Handelsabkommen - das betrifft TTIP und CETA - gestalten wollen.

An einem Punkt, weil das von Dietmar Köster und auch Amina vorgetragen wurde, präzisieren wir, ohne zu ändern, weil es auf der Strecke vom Konventsbeschluss bis heute einen Fortschritt im sozialdemokratischen Sinne gegeben hat, liebe Genossinnen und Genossen. Der Antrag, den wir euch vorschlagen, heißt in der Überschrift „Globalisierung gestalten, fairen Handel ermöglichen und demokratische Grundsätze gewährleisten“. Es ist ein Fortschritt, dass unsere Debatte aus der Sozialdemokratie, getragen von Bernd Lange, durchgesetzt von Sigmar Gabriel, mittlerweile nicht nur eine Position ist, die wir haben, sondern die europäische Verhandlungsposition ist, nämlich dass wir keine anonymen Law Firms als Geschäftsmodell

über Recht wachen lassen wollen, sondern dass wir öffentlich-rechtliche Strukturen in den Handelsverträgen bekommen mit ordentlichen Richtern, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb ist das ein Schritt, nachdem wir 130 Abkommen mit diesen komischen Schiedsgerichten aus der Vergangenheit haben, hin zu einer anderen Systematik, die demokratisch getragen ist. Und das beschreiben wir.

Deshalb ist es nicht nur richtig, dass wir den Konventsbeschluss beschreiben, weil ja gesagt wurde, wir sollten das mit den Handelsgerichten ganz streichen. Wir müssen diesen Fortschritt abbilden, und deshalb hat die Antragskommission empfohlen, dass wir es so machen, wie wir es beschrieben haben, damit öffentlich-rechtliche Handelsabkommen an dieser Stelle auch nicht anonyme Schiedsgerichtsverfahren haben, sondern mit ordentlichen Richtern besetzte Körper bekommen.

Deshalb rufe ich euch jetzt im Einzelnen Folgendes zu: Den Initiativantrag IA 8 in der Fassung der Antragskommission würde ich gerne zusammen mit den zurückgestellten Anträgen T 1 bis T68 sowie den Initiativantrag IA 17 und den aktuellen Empfehlungen zu diesen Anträgen aufrufen.

Die Antragskommission schlägt euch vor, den Initiativantrag IA 8 als Erstes zu behandeln. Deshalb rufe ich ihn auf. Hier empfiehlt die Kommission auch nach der Diskussion die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Deshalb bitte ich euch um Zustimmung zu diesem Antrag IA 8.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, das heißt, wir stimmen jetzt über diese Empfehlung der Antragskommission ab.

(ZURUFE: NEIN!)

- Wieso „nein“?

Hubertus Heil, Antragskommission: Wieso „nein“? Das ist die Empfehlung der Antragskommission.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat empfohlen, dass wir dem IA 8 zustimmen. Dann wird abgestimmt über das Votum der Antragskommission. Deswegen frage ich: Wer diesem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Jetzt frage ich: Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? - Wer enthält sich? - Das Erste war die ganz überwiegend große Mehrheit

(BEIFALL)

Hubertus!

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, damit rufe ich die Anträge IA 17 und die zurückgestellten Anträge T 1 bis T 68 auf. Ihr habt eine Votenliste dazu, und auch für den Initiativantrag IA 17 ist es so, dass unser Votum ist, dass wir das Ding nicht ablehnen, obwohl wir jetzt einen klaren Beschluss haben, sondern an die Bundestagsfraktion und auch an den Parteivorstand weiterleiten, weil wir sagen: Das, was Sigmar vorhin gesagt hat, nämlich wenn die Verhandlungsergebnisse zu CETA und zu TTIP ganz vorliegen, muss die Partei im Zweifelsfall auf einem Parteitag oder einem Konvent noch

einmal zusammenkommen, bewerten und entscheiden. Deshalb wollen wir diesen Antrag mit aufgeben. Das gilt auch für eine ganze Reihe anderer zurückgestellter Anträge. Einige werden abgelehnt, diejenigen, die beispielsweise sofortigen Abbruch fordern. Das ist ganz konsequent, weil wir eben auch einen Beschluss gefasst haben. Deshalb bitten wir euch, so zu verfahren, IA 17 entsprechend in der Diskussion zu halten, ihn aber nicht zu beschließen, und bei den anderen entsprechend der Votenliste zu verfahren. Deshalb bitte ich euch jetzt, IA 17 so abzustimmen, dass wir ihn überweisen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt, IA 17 zu überweisen und die anderen Anträge entsprechend der Votenliste abzustimmen. - Da hinten gibt es eine Wortmeldung.

(ZURUF - BEIFALL)

Hubertus Heil, Antragskommission: Das mag deine Meinung sein, aber es ist eine übliche Regel, dass wir erst einmal die Empfehlung der Antragskommission abstimmen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ja, es geht nur darum, ob wir das einzeln tun oder nicht. Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen, dass wir jetzt zunächst über den IA 17 abstimmen und dann die anderen Anträge noch einmal aufrufen. Deswegen ist die Empfehlung der Antragskommission beim IA 17 „Überweisung“. Ich bitte jetzt ums Kartenzeichen, wer diesem Votum der Antragskommission folgt. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch hier war das Erste die Mehrheit. Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Dann kommen wir zu den restlichen Anträgen. Hubertus, ich bitte dich, die Empfehlungen der Antragskommission noch einmal vorzustellen.

Hubertus Heil, Antragskommission: Es sind die Anträge T 1 bis T 68, die aus unserer Sicht mit der Beschlusslage entweder eingegangen sind, abzulehnen sind oder erledigt sind. Ihr habt zu den 68 Anträgen die entsprechende Votenliste. Wir bitten euch, anhand der Votenliste zu erkennen und so zu entscheiden, dass wir das kollektiv so machen. Einige überweisen wir in den Prozess. Andere, die einen sofortigen Abbruch fordern, lehnen wir jetzt ab. Die anderen sind auch zum Teil erledigt durch Beschlussfassung zum Initiativantrag IA 8.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, dann stimmen wir auch über diese Empfehlung der Antragskommission zum Umgang mit den Anträgen T 1 bis T 68 jetzt ab. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so entschieden.

Vielen Dank, Hubertus!

(BEIFALL)

Hubertus Heil, Antragskommission: Herzlichen Dank euch!

ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUR BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hubertus, für die Arbeit der Antragskommission und vielen Dank insgesamt für die gute Debatte, liebe Delegierte.

(BEIFALL)

Liebe Delegierte, liebe Gäste, wir machen mal etwas ganz Erfreuliches: Wir gratulieren Richard Fischer, Mike Weiland und Katrin Wiesen dazu, dass sie heute ihren Geburtstag mit uns feiern dürfen.

(BEIFALL)

Dann darf ich euch noch Ergebnisse von gestern bekannt geben, und zwar darf ich mit Einverständnis der Mandatsprüfungs- und Zählkommission sagen, dass bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission gestern 437 Stimmzettel abgegeben worden sind. Drei Stimmzettel davon waren ungültig, also 434 Stimmen gültig. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält, also mindestens 218 Stimmen.

Thorsten Jobs hat 422 Stimmen erhalten und Roland Rixecker 420. Damit sind beide als stellvertretende Vorsitzende Bundesschiedskommission gewählt worden.

Ich darf auch noch das Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission bekannt geben. Abgegeben wurden 425 Stimmzettel. Davon waren drei ungültig. Also sind 422 Stimmzettel gültig. 212 wäre die notwendige Mehrheit gewesen. Alle haben viel mehr erreicht: Ilse Brusis 407 Stimmen, Kristin Keßler 409 Stimmen, Thomas Notzke 386 Stimmen und Johannes Risse 390 Stimmen.

Ich bedanke mich bei allen, die bereit waren, dieses Amt in der Bundesschiedskommission zu übernehmen. Sie haben auch alle die Wahl angenommen. Herzlichen Dank!

(BEIFALL)

PANEL ZUR ZUKUNFT EUROPAS MIT EUROPÄISCHEN GÄSTEN

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Gäste! Ich sagte es eben schon: Wir haben heute ein ganz besonderes Ereignis auf unserem Parteitag, ein besonderes und in diesen Tagen sehr, sehr wichtiges Ereignis, weil wir uns Zeit nehmen wollen, mit internationalen Gästen über die Zukunft Europas zu diskutieren.

Wir begrüßen jetzt in unserer Mitte den Premierminister Frankreichs, Manuel Valls, die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, den Premierminister Schwedens und Vorsitzenden unserer schwedischen Schwesterpartei, Stefan Löfven, und den Bundeskanzler Österreichs und Vorsitzenden unserer österreichischen Schwesterpartei, Werner Faymann.

(BEIFALL)

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Federica Mogherini! Lieber Werner Faymann! Lieber Manuel Valls! Lieber Stefan Löfven! Wir sind sehr stolz darauf, dass ihr heute unsere Gäste seid und mit dem Parteitag über die Zukunft Europas diskutieren wollt. Herzlichen Dank, dass ihr gekommen seid.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist das erste Mal in der 152-jährigen Geschichte der SPD, dass wir auf einem Parteitag nicht nur untereinander über Europa diskutieren und das eine oder andere Grußwort eines europäischen Gastes hören, sondern mit unseren Genossinnen und Genossen aus europäischen Nachbarländern miteinander über Europa sprechen wollen.

Der Normalfall ist - das kennt ihr -: Ein Gast kommt, hält eine Rede und verlässt uns wieder. Die eigentlichen Debatten führen wir aber untereinander. - Mit dem, was wir auf diesem Parteitag tun, wollen wir auch optisch einmal zeigen, dass die Sozialdemokratie in Europa europäischer werden muss und sich nicht mit den Diskussionen in den einzelnen Nationen zufriedengeben darf.

Das erste Treffen der Internationalen Arbeiterassoziation fand 1898 in Paris statt. Damals ist der 1. Mai erfunden worden. In dem Dokument steht, das Kapital sei national organisiert, und die Antwort sei die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung.

(BEIFALL)

- Ja, damals haben auch alle geklatscht. - Ein bisschen mehr als hundert Jahre später müssen wir zugeben: Meistens ist das Kapital ziemlich gut international organisiert und die Arbeiterbewegung viel zu häufig national. Das müssen wir ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deswegen haben wir vor mehr als einem Jahr eine kleine Fünferbande gegründet. Federica war damals

noch nicht dabei, und wir sind geehrt, dass sie jetzt zu uns kommt. Diese Fünferbande mit Martin, Manuel, Stefan, Werner und mir trifft sich regelmäßig - manchmal an wirklich historischen Orten, wie bei Stefan in Bommersvik, wo Willy Brandt schon Vorlesungen gehalten hat, oder bei Werner in Wien, wo Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky zusammen waren, oder ein Besuch bei Manuel Valls in seinem Wahlkreis, in dem Ort, in dem er kandidiert, wo es spannend war, zu sehen, was dort Integration ausmacht; denn das ist eine Aufgabe, der sich Frankreich natürlich seit vielen Jahrzehnten zu stellen hat.

Heute sind sie bei uns auf dem Parteitag zu Gast. Wir wollen - das haben wir uns zum Ziel gesetzt - die sozialdemokratische Politik in Europa in den nächsten Monaten stärker zusammenführen. Wir wollen auch Vorschläge für wichtige Fragen der Bildungspolitik, der inneren Sicherheit, der Friedens- und Außenpolitik und der Integrationspolitik machen und mit vielen anderen natürlich auch darüber debattieren.

Übrigens: Einer, der heute leider nicht dabei sein kann, weil er gerade eine neue Koalition schmiedet, aber mit dazugehört, ist António Costa, der in Portugal die konservative Regierung gestürzt hat und jetzt selber Ministerpräsident werden wird.

(BEIFALL)

Wir wollen also diesem Anspruch, Politik europäisch zu formulieren, gerechter werden und diesem europäischen Anspruch dann auch in unseren nationalen Politiken folgen.

Ich darf mich herzlich bei euch bedanken, dass ihr das mit uns gemeinsam macht. Immerhin sind heute drei Regierungschefs der Sozialdemokratie und eine EU-Außenbeauftragte unter uns. Werner, Stefan und Manuel, das ist für uns Ansporn, dass wir euch dort nicht ewig alleine lassen. Wir wollen schon zeigen, dass wir gemeinschaftlich Politik machen.

Vielen Dank, dass ihr gekommen seid. Viel Spaß dem Parteitag in der Debatte. Nutzt es; denn deswegen sind die vier zu uns gekommen. - Herzlich willkommen.

(BEIFALL)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sigmar, für die Begrüßung. - Neben den Statements gibt es anschließend sicherlich auch die Beratungen zum Thema Europa insgesamt, und wer könnte dazu profunder und besser einführen als Martin Schulz, den ich jetzt sehr herzlich hier ans Rednerpult bitte. - Lieber Martin, du hast das Wort.

(BEIFALL)

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG: NEUE IMPULSE FÜR EUROPA

Martin Schulz, EU-Beauftragter des Parteivorstandes: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich für diesen Parteitag bedanken. Ich möchte euch, den Delegierten und Sigmar Gabriel für diesen Tag und für die Gelegenheit danken, dass wir mit unseren Genossinnen und Genossen der europäischen Sozialdemokratie auf Regierungsebene und in den Institutionen der Europäischen Union über den Kurs der Sozialdemokratie in Europa, über die Lage der Europäischen Union und über die Notwendigkeiten der Zusammenarbeit diskutieren können.

Das ist ein erstmaliger Schritt. Ich kenne keinen anderen Parteitag, auf dem es die Chance gegeben hat, mit internationalen Gästen - sie sind sozusagen Gastdelegierte - über die Lage in Europa zu diskutieren. Das ist die Internationalisierung der Politik, die wir brauchen. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir diesen Schritt heute gehen können.

In Ergänzung zu dem, was Sigmar gerade gesagt hat, will ich auch sagen, dass das praktische Auswirkungen hat. Wir sind seit etwas mehr als einem Jahr an unterschiedlichen Orten zusammen gewesen - mal in Schweden, mal in Frankreich, in Evry, im Wahlkreis von Manuel, mal in Wien bei Werner Faymann - und haben uns verabredet, dass wir auch in der praktischen Alltagspolitik diese sozialdemokratische Kooperation verwirklichen müssen.

Ich will das hier einmal in aller Offenheit sagen, weil das selten nach außen dringt: Dass Griechenland heute noch Mitglied der Euro-Zone ist, dass es nicht zum Grexit gekommen ist, liegt daran, dass noch in der Nacht der Verhandlungen Sigmar Gabriel, Werner Faymann, Manuel Valls und Stefan Löfven dafür gesorgt haben, dass dieser Versuch, ein Land aus der Euro-Zone herauszudrängen, gescheitert ist.

(BEIFALL)

Das zeigt, dass wir diese Kooperation praktisch verwerten und in praktische Politik umsetzen können. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist das nicht irgendetwas Dekoratives auf einem SPD-Parteitag. Sondern es ist das, was wir brauchen; denn, Genossinnen und Genossen, wir stehen in Europa vor Herausforderungen wie nie zuvor. Europa ist in einer Art und Weise herausgefordert, wie ich das in meiner politischen Lebenszeit noch nicht erlebt habe.

Es gibt vier zentrale Herausforderungen, und ich hatte vor ein paar Tagen die Gelegenheit, mit Jürgen Habermas darüber zu diskutieren. Er sagt, diese vier Herausforderungen, die ich gleich beschreiben will, laufen nicht parallel, sondern sind ineinander verschränkt und verstärken sich gegenseitig zu einem enormen Risikopotenzial.

Erstens: Wir haben es mit den anhaltenden Migrationsbewegungen zu tun, diesem globalen Phänomen. Ban Ki Moon sagt, dass 60 Millionen Menschen zu diesem Zeitpunkt weltweit auf der Flucht sind. Sie suchen Schutz und Heimat woanders - eben auch bei uns in Europa.

Zweitens: Die ungelöste Fiskal- und Wirtschaftskrise ist zwar etwas aus der allgemeinen Aufmerksamkeit verschwunden, sie ist aber nach wie vor eben eine ungelöste Krise und hat gewaltige soziale Verwerfungen in der Europäischen Union ausgelöst.

Drittens: Der islamistische Terror soll uns in Europa im Herzen unserer Gesellschaft treffen. Weil Manuel Valls, der Französische Premierminister, heute bei uns ist, will ich an deine Adresse, Manuel, ich glaube im Namen aller Delegierten, im Namen der gesamten deutschen Sozialdemokratie sagen: Wir stehen an der Seite der französischen Nation gegen diesen Angriff auf die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Nous sommes unis, camérades, avec les Français, avec les camérades en France!

(ANHALTENDER BEIFALL)

Es ist kein nationalistisches Wort, wenn ich glaube im Namen aller hier sage, dass die Deutschen an der Seite der Franzosen stehen, weil die französische Nation mit ihren republikanischen Werten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für die gleichen Ideale steht, für die auch die internationale und vor allem die deutsche Sozialdemokratie steht. Deshalb, Manuel: Wir lassen nicht den Nationalisten dieses Wort, sondern wir, die Internationalisten, im besten Sinne der französischen Aufklärung, sagen dir heute: Nous sommes unis! Vive la France! Vive la République!

(ANHALTENDER BEIFALL)

Viertens schließlich sind es die außenpolitischen Konflikte, die uns herausfordern, gerade auch der ungelöste Konflikt im Nahen Osten. Weil heute unsere Freunde aus Palästina hier sind und weil unsere Freunde der israelischen Labor Party und von Meretz hier sind: Solange der Konflikt im Nahen Osten nicht gelöst und solange der Friedensprozess nicht abgeschlossen ist, werden wir nicht müde im Sinne des Oslo-Prozesses dafür zu kämpfen, dass diese Quelle so vieler anderer Konflikte nicht in Vergessenheit gerät und wir an einer friedlichen Lösung für das palästinensische Volk und die Sicherheit Israels zum gleichen Zeitpunkt arbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Ukraine-Konflikt ist nach wie vor virulent. Ich will hier an dieser Stelle noch einmal dem Außenminister unseres Landes und Federica Mogherini danken. Ohne eure Initiative und ohne euer beständiges Verhandeln gäbe es keine Chance für Frieden, weder in der Ukraine und schon gar nicht im Mittleren und Nahen Osten. Das große Verdienst der europäischen Diplomatie, für die Federica hier repräsentativ sitzt und für die Frank-Walter Steinmeier so kämpft, ist, dass es uns gelungen ist, das Nuklearabkommen mit dem Iran unter Dach und Fach zu bringen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir in Wien mit dem Ziel einer hoffentlich friedlichen Lösung für Syrien verhandeln können. Deshalb vielen Dank an Federica und vielen Dank an Frank-Walter!

(BEIFALL)

Diese vier Szenarien, Genossinnen und Genossen, die Migrationsbewegungen einerseits, die ungelöste Wirtschafts- und Fiskalkrise, der Terror, der uns bedroht, und die ungelösten Krisen in unserer Nachbarschaft, finden zeitgleich mit einem Szenario statt, das ich vor 21 Jahren, als ich Abgeordneter unserer Partei im Europaparlament wurde, nie für möglich gehalten hätte, nämlich dass das Scheitern Europas ein realistisches Szenario ist. Europa kann zerbrechen. Dass es zerbricht, ist das erklärte Ziel der Antieuropäer, das erklärte Ziel der Ultranationalisten, die auf diesem Kontinent einen Wahlerfolg nach dem anderen einfahren. Wir sind in einer Situation, in der wir nie mehr europäische Kooperation gebraucht hätten als heute und zugleich Europa nie mehr unter Druck war. Deshalb ist der Satz, es gäbe zu Europa keine Alternative, nicht richtig. Es gibt Alternativen zur europäischen Integration. Die, die die Wahlen gewinnen, wollen diese Alternativen zur

europäischen Integration. Deshalb muss man sie einmal benennen: Wollen wir europäische Sozialistinnen und Sozialisten, dass wir wieder Grenzen hochziehen, dass wieder Mauern gebaut werden, wie diese Leute es wollen? Wollen wir die Wiedereinführung bedeutungsloser Kleinstwährungen? Wollen wir bei internationalen Abkommen zum Klimaschutz, in Paris wird gerade in diesen Minuten ein Kompromiss gesucht, als Europäerinnen und Europäer unseren Einfluss geltend machen, oder wollen wir die Deals zum Klimaschutz den USA oder China überlassen?

Mit der Rückentwicklung Europas zur Kleinstaaterei im Sinne der Ultrationalisten verabschieden wir uns aus der internationalen Politik und damit aus unserem Anspruch als Europäerinnen und Europäer, ein demokratisches, soziales, nachhaltiges, gerechtes, freies Gesellschaftsmodell als unseren Beitrag in der internationalen Politik zu vertreten und die Werte, auf denen dieses Modell aufgebaut ist, durchzusetzen. Können wir das wirklich wollen, wir, die Partei, die im Heidelberger Programm 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert hat? - Nein, das können wir nicht. Die Fragestellung für uns ist: Was ist die Aufgabe der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert? Wie können wir weiterhin in Frieden in einer solidarischen, in einer gerechten Gesellschaft leben, wie können wir unsere dynamische soziale Gemeinschaft im 21. Jahrhundert absichern?

Deshalb ist mein erster Satz dazu der, den ich gestern gesagt habe: Es ist Kampfzeit angesagt. Die, die ein anderes Gesellschaftsmodell wollen, jene, die die Hatz, den Hass auf die Minderheiten propagieren, diejenigen, die Ausgrenzung wollen, diejenigen, die sagen „Meine Nation ist wichtiger als andere Nationen“, die, die glauben, mit einem Zaun um ihr Land herum die Globalisierung bewältigen zu können, sind wild entschlossen, ihr Modell durchzusetzen.

Ich glaube, die Anwesenheit unserer Gäste heute Morgen hier zeigt: Wir müssen die gleiche Entschlossenheit zeigen, unser Gesellschaftsmodell, welches das bessere ist, zu verteidigen!

(BEIFALL)

Um die Aufgabe der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert zu diskutieren, sind Federica Mogherini, Stefan Löfven, Werner Faymann und Manuel Valls heute bei uns. Wir müssen dem globalen Kapitalismus unser europäisches Modell entgegensetzen, so wie wir im 20. Jahrhundert den nationalen Kapitalismus zivilisiert haben. Die Waffengleichheit von Kapital und Arbeit zu verteidigen, ist eine transnationale Aufgabe. Die Waffengleichheit – auf unserem Parteitag haben viele Gewerkschaftsvertreter das Wort ergriffen - von Kapital und Arbeit war die große Erfolgsstory der Montanunion, das am weitesten entwickelte Mitbestimmungsmodell in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Diese Waffengleichheit zwischen Kapital und Arbeit auf nationaler Ebene zu erstreiten, war die identitätsstiftende Leitlinie von Sozialdemokraten auf der nationalen Ebene. Wir erstritten ein nationales Arbeitsrecht, ein Streikrecht auf nationaler Ebene. Wir erstritten unsere sozialen Grundrechte auf nationaler Ebene. Aber seit Jahrzehnten erleben wir jetzt, Genossinnen und Genossen, die Internationalisierung des Kapitals. Wir erleben zugleich, dass der Sozialstaat auf der nationalen Ebene verbleibt. Das führt aber dazu, dass das Kapital in Europa Ferrari und der Sozialstaat mit dem Fahrrad hinterher fährt. Wir müssen mehr denn je heute eine Internationalisierung unseres Kampfes organisieren.

(BEIFALL)

Deshalb habe ich oft Verständnis für den Verdross von Menschen, die in einem Europa leben, das nicht gerecht ist, weil die Instrumente auf der transnationalen Ebene fehlen. Wir müssen diese Instrumente schaffen.

Geschenkt werden wir sie aber nicht bekommen, wir müssen sie erkämpfen. Ich verstehe Menschen, die sich nicht gerecht behandelt fühlen, wenn sie in einem Europa leben, in dem Spekulant Milliardengewinne machen und dafür keine Steuern bezahlen müssen, aber wenn diese gleichen Spekulanten Milliardenverluste machen, dann müssen die Steuerzahler für sie gerade stehen. Deshalb ist die gemeinsame europäische Steuerpolitik nicht nur die Harmonisierung von Mindeststeuersätzen, sondern der Kampf gegen die Steuerflucht, die Steuervermeidung. Dieser Betrug an den Einnahmen der öffentlichen Hand ist eine der vorrangigen Aufgaben der europäischen Sozialdemokratie in den nächsten Jahren.

(BEIFALL)

Ich hoffe, dass wir darüber heute diskutieren können.

Es kann doch nicht sein, dass der kleine Bistro-Besitzer in Berlin oder Paris seine Steuern zahlen muss und die amerikanische Kaffeekeite nebenan ist, deren Kaffee nicht einmal so gut schmeckt, steuerfrei ausgeht. Ich bin dafür, dass wir endlich ernst machen mit dem Prinzip: Das Land des Gewinns muss auch das Land der Steuer sein. Das ist nicht irgendeine Steuerfrage; das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

(BEIFALL)

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in einer Zeitenwende. Wir haben gestern über die digitale Agenda diskutiert. Die digitale Agenda krepelt unser Leben um. Sie schafft Strukturen in der Kombination von Big Data und Big Governance, die die Gefahr mit sich bringen, dass unsere Grundrechte ausgehöhlt werden, dass wir entprivatisiert werden, dass der Mensch nicht nur im Betrieb ein Kostenfaktor mit Ohren ist, sondern seine Daten der Rohstoff für einige wenige übermächtige international operierende Konzerne werden.

Deshalb ist es eine Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie, im digitalen Zeitalter zu begreifen, dass der Schutz unserer Rechte, wie wir ihn in der analogen Welt erkämpft haben, nicht im digitalen Raum verloren gehen darf. Deswegen ist dies eine Aufforderung an die europäische Sozialdemokratie: Kämpfen wir für eine Charta der digitalen Grundrechte, die in dieser digitalen Welt unsere sozialen, ökologischen und vor allem individuellen Grundrechte im 21. Jahrhundert absichert.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich auf die wirtschaftlichen Verwerfungen, auf die Migrationsbewegungen und auf die Bedrohungen an unseren Grenzen in unserer Nachbarschaft schaue, dann sehe ich, dass es diese permanente Reaktion der großen Vereinfacher gibt - die Leute, die, vor allem im rechten Lager, für alles einen Sündenbock haben, aber für nichts eine Lösung, die die Welt so ganz einfach erklären können, die den Menschen immer irgendeinen Schuldigen präsentieren in unserem Land.

Gestern hat ein Genosse hier - sich schon fast schämend - gesagt, er käme aus Dresden. In unserem Land finden in dieser Stadt montags diese Demonstrationen statt. - Ich will zunächst an die Adresse dieses Genossen, der aus Dresden kommt, eines sagen: Dresden ist eine wunderbare Stadt. In Dresden gibt es mehr Leute, die gegen diese Bewegung auf die Straße gehen, als die aus dem ganzen Land ankarren können.

(BEIFALL)

Aber, liebe, Genossinnen und Genossen, der Front National in Frankreich, die Wahren Finnen in Finnland, diese Leute bei uns in Deutschland, die hinter der Pegida-Bewegung oder hinter der AfD herlaufen, die Schwedendemokraten, die VVD in der Niederlanden, die FPÖ in Österreich, diese Propagandisten der Renationalisierung sind in Wirklichkeit nichts anderes als Konjunkturritter der Angst. Das, was sie haben wollen, ist die Angst der Menschen, deren Verunsicherung. Das, was sie brauchen als Sprit für ihren politischen Motor, ist die Verängstigung der Menschen. Das läuft so ab, dass sie zwischenzeitlich so weit gehen, systematisch und abgesprochen in ganz Europa - im Europaparlament sitzen sie in einer Fraktion -, jeden Tag ein Stück weiter austesten, wie weit sie mit ihrer dramatisch inszenierten, verführerischen und brutalen Rhetorik gehen können.

Wer die Flüchtlinge, die vor dem sogenannten Islamischen Staat aus Syrien und dessen Terror flüchten, rhetorisch mit den Mördern von Paris gleichsetzt, die Anschläge verübt haben und die zum sogenannten Islamischen Staat gehören, wer plötzlich die Flüchtlinge, die vor den Tätern flüchten, mit den Tätern in einen Sack steckt, der macht aus Opfern Täter - und zwar aus Opfern, die vor mörderischer Gewalt fliehen. Wie tief muss man moralisch eigentlich sinken, um eine solche Politik zu betreiben?

(BEIFALL)

Ich zitiere euch zwei Sätze aus Reden von Abgeordneten dieser Leute im Europäischen Parlament. Ein Satz lautet: Im Prinzip sind Roma auch Menschen. - Und bei dem Bild des Jungen, der in Bodrum an den Strand gespült wurde: Wie lange noch wird solch menschlicher Abfall an unsere Küsten gespült?

Diese Leute fahren 20 bis 25 Prozent bei den Wahlen ein. Genossinnen und Genossen, ich hätte nicht gedacht, dass das in Europa noch einmal möglich wäre. Für uns gilt mehr denn je der Grundsatz: Wehret den Anfängen! Für die Feinde der Demokratie gibt es keinen Platz in Europa!

(STARKER BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, globale Aufgaben können nicht national gelöst werden - nicht die wirtschaftlichen Probleme, nicht die Umweltprobleme, nicht die Migrationsfragen, nicht die Finanzfragen, nicht die Fragen der Steuerpolitik. Wir brauchen mehr denn je den Zusammenschluss und den Willen zur europäischen Zusammenarbeit. Mehr denn je brauchen wir deshalb die internationale Zusammenarbeit der europäischen Sozialdemokratie, der Sozialistinnen und Sozialisten in den Ländern der Europäischen Union und weltweit.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, lasst mich noch einmal daran erinnern, was ich gestern gesagt habe: Schaut in die Augen der Flüchtlinge, die zu uns kommen! Wer immer auch mit ihnen diskutiert - egal, wo sie herkommen -, der stellt fest, dass sie kommen, weil sie eine Chance auf ein besseres Leben haben wollen, weil sie Schutz suchen vor Terror, Gewalt und Ausbeutung. Sie kommen, weil sie wissen, dass Europa der Kontinent ist, der den Menschen Sicherheit garantiert, der ihnen ihre Freiheit garantiert, ihre Selbstbestimmung.

Genossinnen und Genossen, wir unterschätzen etwas als europäische Völker: Menschen in anderen Teilen dieser Erde, die zu uns kommen, schauen mit Neid auf uns. Wenn ich in deren Augen schaue, dann sehe ich,

dass sie uns beneiden. Denn all das, was wir als selbstverständlich hinnehmen, ist genau das, was sie nicht haben. Warum sind wir eigentlich nicht stolz darauf, dass wir das haben, was diese Menschen anstreben, was ihnen vorenthalten wird, was ihnen Diktatoren nehmen, was ihnen ein hemmungsloser Raubtierkapitalismus vorenthält? All das, unsere sozialen Rechte, unsere individuellen Grundrechte, der staatliche Schutz dieser Rechte, ist doch die Basis unserer europäischen wertegeleiteten Demokratie. Das alles haben diese Flüchtlinge nicht; es wird ihnen genommen; es wird ihnen vorenthalten. Und sie beneiden uns, weil wir es haben. Wann fangen wir endlich an, zu begreifen, dass wir einen Grund haben, genau darauf stolz zu sein, dass wir es haben, und dass wir es endlich teilen sollten mit anderen Teilen dieser Erde?

(BEIFALL)

Die Ursache für die Fluchtbewegung ist in vielen Fällen die ökologische Katastrophe. Die Ursache für die Fluchtbewegung ist Terror, ist Diktatur, ist die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, ist religiöser Fundamentalismus. Die Fluchtursache ist oft die hemmungslose Ausbeutung der Ressourcen. Und diese hemmungslose Ausbeutung der Ressourcen ist häufig die Ursache für Bürgerkrieg, der wiederum die Fluchtursache ist. Das heißt, die Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie ist, eine transnationale Struktur weiterzuentwickeln, die für eine gerechte Verteilung der Güter ist, die für Demokratie und Meinungsfreiheit eintritt, die für die Gleichberechtigung von Mann und Frau kämpft. Das Ziel ist, unsere Werte nicht für uns reserviert zu betrachten, sondern unsere internationale Kraft, auch unsere ökonomische Kraft in der transnationalen Demokratie zu nutzen, um diese Werte für uns zu verteidigen. Aber auch die Europäische Union als ein Instrument zu begreifen, mit dem wir diese Werte verbreiten könnten.

Da wir eben über Handelsabkommen geredet haben: Ja, ich bin dafür, dass wir - so wie Sascha Raabe es heute Morgen angedeutet hat - denjenigen, die auf unseren Markt wollen sagen: Wer auf den größten und reichsten Binnenmarkt dieser Welt will, der muss auch die Standards akzeptieren, die wir in diesem größten und reichsten Binnenmarkt der Welt schaffen.

(BEIFALL)

Wenn wir endlich begreifen, dass unsere ökonomische Stärke auch politische Stärke bedeutet, dann gibt das einen Sinn für die Sozialdemokratie. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, es ist die Zeit des Kampfes und auch des-sich-Vergewisserns: Was ist unsere Rolle?

Lasst mich deshalb zum Abschluss der Einführung in unsere Debatte mit unseren Gästen und der Diskussion über unsere Anträge noch einmal ein persönliches Wort sagen - des Dankes nicht nur für das Vertrauen, das mir meine eigene Partei entgegenbringt, sondern als jemand, der in einem Dreiländereck geboren worden ist.

Ich bin in diesem Dreieck zwischen Maastricht, Aachen und Lüttich in Belgien geboren und aufgewachsen. Meine wunderbare Heimatstadt liegt genau in der Mitte dieses Gebiets. Das ist ein europäischer Mikrokosmos. Ich bin der Verwandte von Familien aus drei Ländern. Meine Vorfahren stammen aus dem niederländischen Kerkrade genauso wie aus dem heute belgischen Eupen. Meine Urgroßmutter väterlicherseits - mein Vater war Saarländer - stammte aus dem heute französischen Thionville. Ich bin in einer Familie aufgewachsen, die durch die Verheerungen des 20. Jahrhunderts schwer beschädigt war, und ich habe erlebt, dass es Vettern und Cousins gibt, die auf den anderen Seiten der jeweiligen Grenze lebten und auch Soldaten in unterschiedlichen Armeen waren.

Für mich war der Kampf gegen den Rassismus, gegen den Nationalismus, gegen die Fremdenfeindlichkeit, gegen den Antisemitismus, gegen die Hetze auf die Fremden, dieses Denken „wir und die da auf der anderen Seite“ immer das Schlimmste, was es in Europa gegeben hat. Ich habe es als Jugendlicher und als Kind noch erlebt, wie es war wenn man die vier Kilometer, die es von mir aus in die Niederlande oder nach Belgien sind, fuhr, und dass die Menschen nicht immer sehr begeistert waren, wenn sie Deutsche sahen oder Deutsch hörten.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1949, kurz nach ihrer Gründung, Ende des Jahres 1949 und Anfang des Jahres 1950 ein ungeheures Privileg. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien luden dieses junge Deutschland nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu werden.

Wir haben heute den Dezember 2015. Wenn ihr euch zurückerinnert an den Dezember 2010 - das sind fünf Jahre, das ist eine kurze Zeit. Stellt euch vor, zwischen dem Dezember 2010 und dem Dezember 2015, in dieser Zeitspanne lag das Ende des Naziregimes, die Befreiung von Auschwitz, und die Einladung an Deutschland, erhobenen Hauptes als gleichberechtigtes Mitglied in eine internationale Staatengemeinschaft zurückkehren zu können. Und die Einladung wurde ausgesprochen von den Regierungen von den Ländern, in denen ganz wenige Jahre zuvor deutsche Truppen die Länder zerstört hatten, in Belgien zum zweiten Mal in 30 Jahren, in dem die jüdische Gemeinschaft von Antwerpen praktisch eliminiert war oder wo die Kinder von Izieu bei Lyon - 42 Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren - von Klaus Barbie zwischen dem 6. April 1942 und dem 13. April 1942 alle in die Gaskammern getrieben worden waren. Fünf Jahre nach Ende dieses Desasters wurde Deutschland eingeladen, als gleichberechtigtes Mitglied in die demokratische Staatengemeinschaft zurückkehren zu können.

Der Hass, der Terrorismus, der exterminatorische Vernichtungswille, der von diesem Land ausging, wurde nicht beantwortet mit Rache, sondern mit einer ausgestreckten Hand. Deshalb war es, wie ich finde, ein großes Geschenk an unser Land in diese Europäische Gemeinschaft eintreten zu dürfen. Deshalb finde ich es bis heute unverzichtbar und unverrückbar, dass es deutsche Staatsräson sein muss, in der Tradition dieses Geschenkes an der Stärkung, an der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union mitzuwirken. Und keine Partei steht mehr für die Werte, für die diese Europäische Union steht, liebe Genossinnen und Genossen, als die unsere.

Genossinnen und Genossen, wenn es überhaupt ein Land gibt, das historisch und zeitgenössisch den Hauptgrund hat, für dieses Europa zu kämpfen, dann ist es in der Tradition und auch im Bewusstsein unserer eigenen Geschichte, aber ganz stark auch in der Tradition unserer eigenen Partei die Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb: Als Regierungspartei dieses Landes und in der Tradition unserer Partei seit 1925, liebe Genossinnen und Genossen, ist es unsere zentrale Verpflichtung, für ein geeintes und starkes Europa, gegen den Rassismus, gegen die Fremdenfeindlichkeit, für die Toleranz und für den gegenseitigen Respekt in der internationalen Völkergemeinschaft zu kämpfen. Das ist der Sinn deutscher und europäischer Sozialdemokratie. - Vielen Dank.

(STARKER ANHALTENDER BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=0YmWlg_ljUE&index=16&list=PL85JMmq0WVITNRtlcDpSYSxGb-6-7sOes

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, lieber Martin. Wir sind froh, dass du unsere Stimme für und unsere Stimme in Europa bist. Du hast deutlich gemacht, dass die Sozialdemokratie in Europa gebraucht wird: für Frieden, für Freiheit und Gerechtigkeit. Wir sind sehr stolz darauf, dass du einer von uns bist.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Gäste, wir freuen uns jetzt auf die Grußworte unserer europäischen Gäste. Wir begrüßen ganz herzlich Manuel Valls.

(BEIFALL)

GRÜßWORT VON MANUEL VALLS

Manuel Valls, Premierminister von Frankreich: Lieber Sigmar! Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihnen zunächst für diese wunderbare Einladung, die Sie mir gemacht haben, danken. Ich möchte Ihnen von ganzem Herzen für Ihre Solidaritätsbekundungen, Unterstützungsmittelungen und auch für Ihre Anwesenheit in meinem Land danken, kurz nachdem mein Land zur Zielscheibe der Terroristen geworden war. Gerade in diesen Momenten zeigen die Sozialdemokratie und Europa, dass sie etwas zu sagen haben; denn Europa hat es immer verstanden manchmal auch unter Schwierigkeiten, Krisen zu überwinden. Das war auch erst kürzlich wieder so. Europa hat die Finanzkrise und die Griechenland-Krise überwunden. Ich möchte ganz besonders meine Freude darüber ausdrücken, dass Griechenland in der Eurozone geblieben ist. Wäre Griechenland aus dem Euroraum ausgeschieden, dann hätte in der Tat ein Teil des europäischen Aufbauwerks zu bröckeln begonnen.

Aber wird Europa auch in Zukunft seine Schwierigkeiten überwinden können? Denn darüber wollen wir ja auch debattieren. Das ist sicherlich eine ganz grundlegende Frage. Martin Schulz hatte recht, als er an die großen Herausforderungen erinnert hat, vor denen wir stehen und denen wir uns stellen müssen. Natürlich: Die digitale Revolution, die ökologische Wende, auch die Antworten, die wir auf die Finanz- und Wirtschaftskrise geben müssen, unsere Reaktion auf die hohe Arbeitslosigkeit, von der Millionen von Menschen in Europa vor allem Jugendliche betroffen sind. Aber wir wissen, dass angesichts der Krise mit den Flüchtlingsbewegungen und angesichts des Erstarkens des Populismus überall in Europa, wir wissen angesichts dieser Phänomene, dass Europa nun unter Zugzwang steht. Die öffentlichen Meinungen in allen Ländern fordern uns regelrecht dazu auf, starke, schlagkräftige Antworten zu geben, die der jetzigen Zeitphase angemessen sind und gewachsen sind. Wenn Europa das nicht tut, wenn Europa nicht zeigt, dass es präsent ist, dass Europa handlungsfähig ist, dass Europa auf der Grundlage seiner Werte handeln kann, aber auch mit Standhaftigkeit reagieren kann, dann läuft Europa Gefahr, von der Bildfläche zu verschwinden, weggeschoben zu werden.

Es ist daher unsere Generation, die sich nun dieser großen Herausforderung stellen muss. Diese Herausforderung besteht darin, das europäische Aufbauwerk fortzusetzen. Dieses europäische Aufbauprojekt würde ansonsten zerstört werden, jenes Projekt, von dem Frankreich und Deutschland am besten wissen, dass es nach dem Kriege, nach dem Nazismus, nach dem Chaos des Zweiten Weltkrieges Frieden und Freiheit gewährleistet hat.

(BEIFALL)

Genauso wenig wie Sie könnte ich das Gegenteil akzeptieren. Genauso wie Sie anders ausgedrückt bin auch ich ein überzeugter Europäer, von ganzem Herzen, aber auch von der Vernunft her. Gleichzeitig bin ich ein klarsichtiger Europäer; denn wir sind gezeichnet von Rassismus, von der Islamfeindlichkeit, die sich leider in unseren Ländern etabliert haben. Damit einher geht das Erstarken des Antisemitismus in Frankreich. Wir sind leider auch gezeichnet von dem Willen einiger, Europa zu zerstören. Aber leider finden diese Populisten auch ein gewisses Echo in den Arbeitermilieus bei den einfachen Leuten.

Aber ich weiß genauso wie Sie, dass Europa unser gemeinsames Ziel bleibt. Ich weiß genauso wie Sie, dass Europa unsere eigene Chance darstellt, unser Gewicht in die Waagschale zu legen und die Ereignisse in der

Welt zu beeinflussen. Gerade jetzt haben wir den besten Beweis dafür. Wir sehen es bei der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris. Wir hoffen alle, dass ein Klimaschutzabkommen in den kommenden Stunden unterzeichnet werden wird. Es soll ein ehrgeiziges, anspruchsvolles und verbindliches Abkommen sein, weil ja schließlich die Zukunft unseres Erdballs auf dem Spiel steht.

(BEIFALL)

Aber es gibt zu viel Misstrauen gegenüber Europa. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger glauben häufig gar nicht mehr an Europa, ja, sie zweifeln an Europas Fähigkeit, Sicherheit und Schutz zu gewährleisten, während sie sich einer Bedrohung ausgesetzt sehen. Sie sehen nämlich, dass Terroristen ganz leicht unsere Grenzen überqueren können. Da sehen Sie eine unerträgliche Verquickung der Dinge. Manche verwechseln die Asylbewerber, all jene, die vor Krieg und Terrorismus fliehen. Sie verquicken all diese Menschen, die Männer, Frauen und Kinder, die Schutz suchen, sie verwechseln sie mit den Barbaren, die unsere Lebensweise zerstören wollen. Das ist eine unerträgliche Verquickung.

(BEIFALL)

Es ist die Aufgabe derer, die regieren, aber auch die Aufgabe der Sozialdemokratie, von der ich überzeugt bin, dass sie nämlich gerade diesen Aufgaben gewachsen ist. Sie muss jedenfalls den Erwartungen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger gerecht werden. Sie muss aber auch unseren Werten gerecht werden. Wir müssen den Europäern deutlich zeigen, dass wir unseren inneren Raum kontrollieren, im Griff haben, indem wir unsere Außengrenzen effektiv schützen. Wir müssen eine europäische Grenzschutzagentur aufbauen. Wir müssen auch die Aufnahme der Flüchtlinge organisieren und ordnen. Das heißt, es geht vor allem um die Länder, die an vorderster Front stehen, unsere griechischen und italienischen Freunde nämlich. Wir müssen aber auch all jene Länder unterstützen, die vor allem von der Krise in Syrien und im Irak betroffen sind. Welche sind das? Die Türkei, Jordanien, der Libanon. Das ist eben die ganze Arbeit, die unsere Außenministerinnen und Außenminister leisten, aber auch die Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Union, insbesondere die Hohe Beauftragte Federica Mogherini, die ich auch ganz herzlich grüße und ihr dafür danke.

(BEIFALL)

Ich bin überzeugt, dass dies auch im Herzen all unserer Gesellschaftsdebatten steht. Es ist ein Dilemma. Einige sprechen von einem Europa, das wie ein Sieb wäre. Andererseits wollen einige eine Festung Europa entwickeln. Das ist ein Dilemma. Nein, ich glaube, wir brauchen ein weltoffenes Europa, das seine Werte vertritt. Aber dieses Europa muss auch Standhaftigkeit beweisen können, wenn es um das Management dieser Flüchtlingsströme geht. Denn nicht nur das Überleben des Schengen-Raums steht auf dem Spiel, sondern was ganz einfach auf dem Spiel steht, ist das europäische Projekt als solches. Es darf keine Tabuthemen geben. Schauen wir, wie wir noch besser zusammenarbeiten können, auch beim nachrichtendienstlichen Austausch. Wir müssen endlich imstande sein, Fortschritte bei dem Aufbau des notwendigen Europas der Sicherheit machen.

Martin, ich freue mich über die Entscheidung, die das Europäische Parlament getroffen hat, was nämlich vor allem die zentrale Datei für Fluggastdaten angeht. Wir dürfen angesichts der terroristischen Bedrohung nicht naiv sein. Wir brauchen unverzichtbare Instrumente, die wir uns an die Hand geben müssen, um wirklich zu verhindern, dass die Terroristen einfach unsere Schutzsysteme und unsere Geheimdienstinformationen zu

ihren Zwecken ausnutzen. Es ist auch gut, dass der Bundesparteitag der SPD dafür applaudiert, denn hier darf es keine Zweideutigkeiten geben. Es kann hier nur Klarheit geben.

(BEIFALL)

In einem Wort: Wir müssen Europa auch mit einem Sicherheitspakt ausstatten. Das ist notwendig, um den radikalen Islamismus effizient zu bekämpfen, ebenso wie den Dschihadismus, auch um diese totalitäre Ideologie zu bekämpfen, die ihre Wurzeln vor allem größtenteils im Salafismus hat.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass es in meinem Land Hunderte, sogar Tausende von jungen Menschen gibt, die sich von dieser Ideologie haben anwerben lassen. Natürlich müssen wir diesen Krieg auch im Ausland führen, weil es ja ein Kampf gegen den Terrorismus ist. Aber wir müssen diesen Krieg heute auch in unseren Ländern ausfechten, mit Bildungspolitik, mit Erziehungspolitik, mit Sozialpolitik, mit Sicherheitspolitik. Wir müssen den Kampf führen, indem wir Verfahren gegen Radikalisierung einführen; denn die Radikalisierung wirbt einen immer größeren Teil unserer Jugend an. Nicht nur in Frankreich übrigens.

Ja, es ist ein Krieg, und ich möchte ganz besonders den Beschluss Deutschlands würdigen, sich an der Kriegsanstrengung vor Ort zu beteiligen. Ich möchte die Entscheidung der deutschen Regierung würdigen. Ich möchte auch alle Entscheidungen würdigen, die insbesondere Sigmar Gabriel und Frank Walter Steinmeier getroffen haben; denn Deutschland war seiner Verantwortung gewachsen, und ich als Franzose möchte Ihnen Folgendes sagen: Gerade jetzt, inmitten des Kampfes gegen Terrorismus sowohl in der Levante- als auch in der Sahelzone die Unterstützung Deutschlands zu haben, ist eine ganz neue Geste, ist eine einzigartige Geste, ist eine unglaubliche Geste, die Deutschland hier vollzogen hat. Das berührt uns tief in unserem Herzen, in meinem Herzen und dem meiner Landsleute.

(BEIFALL)

Aber die Dringlichkeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ist auch das Thema Beschäftigung. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, mehr soziale Gerechtigkeit. Auch hier sollten wir in der Lage sein, unsere Anstrengungen im Bereich der Industrie von morgen zu verdoppeln. Mit Sigmar sprechen wir häufig darüber im Bereich Ökologie und Digitalwirtschaft. Wir sollten endlich das Sozial- und Steuereumping beenden. Wir müssen endlich den unlauteren Wettbewerb beenden. Wir müssen mit allem Schluss machen, was schrittweise das Europa der Innenpolitik untergräbt. Wir brauchen einen Sozialpakt. Häufig sprechen wir auch mit Stefan darüber. Wir müssen einen europäischen Mindestlohn mit all jenen einführen, die dazu bereit sind. Denn wir wissen, dass Europa ein ökonomisches und soziales Projekt braucht, um den Menschen wieder Hoffnung einzuflößen.

(BEIFALL)

Europa kann nicht nur aus Haushalts- und Fiskalpakten und verbindlichen Abkommen bestehen. Wir müssen natürlich auch imstande sein, die Verpflichtungen umzusetzen, auch was den Abbau von Defiziten angeht, gewiss. Aber wir müssen das Europa der Austerität, der Sparpolitik beenden, jenes Europa, das die Konservativen uns aufzuzwingen wollten. Europa braucht vielmehr ein soziales Projekt, ein Gerechtigkeitsprojekt. Europa braucht ein Vorhaben, das den Völkern und den einfachen Menschen, den Arbeitermilieus und den Jugendlichen wieder Hoffnung gibt.

(BEIFALL)

Und schließlich, was unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auch von uns erwarten, ist, dass Europa ohne Naivität seine Interessen in der Welt verteidigt. Die anderen Länder der Welt machen es auch. Warum sollte Europa der einzige Kontinent sein, der das nicht tut? Europa soll also begreifen, dass es eine Handels- und Wirtschaftsmacht ist. Europa ist eine Kulturmacht, und deshalb sollte sich Europa auch entsprechend verhalten, um die Worte von Helmut Schmidt aufzugreifen. Ich würdige ihn ganz besonders. Es ist mehr denn je an der Zeit, dass sich Europa in allen Bereichen und damit auch im Wirtschafts- und Handelsbereich behauptet, sagte Helmut Schmidt. Wir brauchen ein mächtiges Europa. Auch das ist das Projekt der europäischen Sozialdemokratie. Wir müssen uns behaupten.

(BEIFALL)

Es geht darum, dass wir uns behaupten, und das bedeutet, dass wir etwas ändern müssen. Europa kann etwas ändern. Wir, die Sozialdemokraten, haben es bewiesen, indem wir nämlich in den Mittelpunkt Europas etwas gerückt haben. Das war der phantastische Wahlkampf von Martin Schulz. Wir haben das Thema Wachstum und Investitionen wieder in den Mittelpunkt der europäischen Politik gerückt. Wir haben eine Banken-Union eingeführt, die die Verbindung zwischen Bankenkrise und Staatsschulden aufgebrochen hat. Aber jetzt müssen wir davon überzeugen, dass Europa eben nicht ein technokratisches Gefüge ist. Nein, Europa ist eine politische Macht. Europa muss zu seinen Entscheidungen stehen, und das sollte Europa in Zukunft noch viel stärker tun.

Das europäische Projekt ist mehr denn je ein notwendiges Projekt. Aber wie ich vorhin sagte: Europa ist in Gefahr. Wir dürfen nicht zaudern und zögern, nein, wir müssen all jene Beschlüsse fassen, die dringend erforderlich sind, genauso, wie wir es auch im vergangenen Juli getan haben, indem wir dafür sorgten, dass Griechenland im Euroraum bleibt.

Europa zu verändern, bedeutet, dass wir gemeinsam für unser sozialdemokratisches Projekt eintreten. Es ist ein Projekt, das Europa neues Leben einhauchen soll, vor allem, weil es den jungen Menschen keine Hoffnung mehr gibt. Dieses Europa muss voll und ganz für die soziale Marktwirtschaft eintreten und sie verteidigen, und dieses Europa muss aus Europa ein Gefüge machen, das uns vereint, uns zusammenstehen lässt. Es muss ein Projekt im Dienste der Europäerinnen und Europäer sein, damit Europa und die Europäer auch in Zukunft selbst die eigenen Akteure, die eigene Geschichte sind und damit Europa die Globalisierung beeinflussen kann.

Wir haben häufig darüber gesprochen, was die Krisen angeht. Es gab viele Regierungschefs, die sich auch mit Werner Faymann dazu trafen und darüber sprachen. Aber auch mit Martin und Sigmar haben sie sich getroffen und darüber gesprochen, und zwar über dieses europäische Projekt, das eine Antwort auf alle Krisen hat. Wir müssen daher aber auch neue Antworten finden, um uns neu zu erfinden, auf nationaler und europäischer Ebene.

Meine lieben Freundinnen und Freunde, stehen wir zu unserer Verantwortung! Europa, das sind wir! Das ist das Europa, das wir verdienen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, hier und jetzt mit Kraft, mit Wagemut und Überzeugung dafür zu kämpfen, denn das brauchen wir. Wir müssen dieses Europa schaffen, das den jetzigen Herausforderungen gewachsen ist. Es ist eben jenes Europa, das Antworten auf alle Krisen und He-

erausforderungen hat. Das Europa müssen wir schaffen. Das ist heute die historische Rolle der europäischen Sozialdemokratie. Wir müssen eine Antwort finden auf das Erstarken des Populismus.

Ein Großteil der Konservativen in Europa laufen ja den Rechtsradikalen und diesen Populisten hinterher. Wer kann besser etwas dagegen tun als wir, die Sozialdemokraten? Niemand kann das besser machen als wir. Wir treten für unsere Werte ein, die Werte des Friedens, die Werte der Demokratie, die Werte der Gleichheit, die Werte der Gerechtigkeit. Ja, diese Werte, wie wir sie in meinem Land auch nennen, nämlich die Werte der Trennung von Kirche und Staat, des gegenseitigen Respekts - wir respektieren diejenigen, die nicht an Gott glauben -, die Werte der Toleranz. Wir müssen mehr denn je dafür eintreten in einer Welt, die von so vielen Umwälzungen und Herausforderungen betroffen ist.

Wir sehen uns einem Amerika gegenüber, das zwischen dem demokratischen Projekt und dem anderen Projekt hin- und hertaumelt, nämlich dem Projekt der Ausschließung und des Bürgerkriegs. Dafür tritt nämlich Donald Trump ein. Nein, meine tiefe Überzeugung ist, dass die Werte unserer Länder, dass die Werte der Sozialdemokratie mehr denn je aktuell sind und vertreten werden müssen. Es ist unsere Aufgabe, darauf stolz zu sein. Wir müssen sie verteidigen. Wir müssen diese Werte jeden Tag in unseren Ländern mit Leben erfüllen, in Solidarität zwischen unseren sozialdemokratischen Parteien.

(BEIFALL)

Liebe Freundinnen und Freunde, herzlichen Dank für Ihren Empfang. Mehr denn je sage ich: Es lebe Europa! Es lebe die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland!

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Manuel Valls. Der Applaus zeigt, dass es keinen Zweifel daran geben kann, dass die Sozialdemokratie Deutschlands alles für die Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich tun wird.

Wir freuen uns jetzt auf das Grußwort von Federica Mogherini. Herzlich willkommen!

(BEIFALL)

GRÜßWORT FEDERICA MOGHERINI

Federica Mogherini, EU-Außenbeauftragte: Danke schön. - Vielen Dank, Manuel, für deine Worte. Merci! Ich möchte auch Sigmar ganz herzlich dafür danken, dass er die Initiative ergriffen hat, dass er gezeigt hat, dass Europa genau das ist: Dass wir zusammenstehen, die europäischen Institutionen, die Länder, die Mitgliedsstaaten und die große, starke politische Familie.

Ich möchte auch vom Grunde meines Herzens Frank Walter Steinmeier für die Art und Weise danken, wie er uns unterstützt und wie er immer wieder zeigt, dass es möglich ist, eine starke nationale Politik aufzubauen und gleichzeitig ein wahrer Europäer und ein wahrer Sozialdemokrat zu sein.

(BEIFALL)

Ich möchte auch Martin Schulz ganz herzlich danken und mit ihm den Kollegen vom europäischen Parlament. Denn die Art und Weise, wie wir mit dem Europäischen Parlament arbeiten, ist genau die Art und Weise, wie Europa funktionieren sollte. Das ist eine Gemeinschaft von Menschen, von Politiken, von Werten, von Demokratien, die unsere Gründungsväter und -mütter aufgebaut haben und in die weiter investieren müssen. Das ist unsere Verantwortung.

Ich möchte auch den vielen Freunden danken, die ich hier im Raum heute gesehen haben, Freunde, mit denen ich aufgewachsen bin. Viele haben über die letzten Monate kritisiert, seitdem ich mein Amt eingenommen habe - zuerst als Ministerin und dann als Hohe Vertreterin -, dass ich relativ jung bin. Ich habe den Eindruck, dass es für manche fast unerträglich wäre, dass man relativ jung ist und gleichzeitig eine Frau, aber ich komme doch ganz gut klar, muss ich sagen. Ich war immer sehr selbstsicher, nicht weil ich so selbstbewusst bin, sondern weil ich wusste, dass ich aus einer guten Schule komme, auf die ich mich verlassen kann, was für mich wirklich die beste Schule ist: 20 Jahre in unserer europäischen und internationalen Familie, hier internationale Politik für Frieden in Europa und in der Welt zu verfolgen. Ich möchte sagen, dass diese Erfahrung für meine tagtägliche schwierige Arbeit das ist, was wirklich die Stärke ist, auf die ich mich immer verlassen kann.

Das ist auch eine Botschaft an all diejenigen von euch, die jetzt vielleicht schon 16, 20 oder 25 Jahren Parteileben hinter sich haben. Das Parteileben ist natürlich nicht immer nur Spaß, sondern auch eine große Investition, eure politische Investition, für eure Möglichkeiten, mit den komplexen Situationen heutzutage umzugehen. In all diesen Jahren in der PS, in der SPE. Ich erinnere mich an eine SPE-Konferenz in 2001. Da war ich so stolz, damals eine junge Delegierte in der italienischen Delegation zu sein. Unter den Mitgliedern der Delegation gab es einen der größten Freunde Deutschlands und auch den wichtigsten, größten Politiker: Giorgio Napolitano.

(BEIFALL)

Wir wussten schon immer in unserer Geschichte, dass die Welt uns braucht. Die Welt braucht uns Sozialisten, uns Sozialdemokraten, uns Demokraten. Wenn ich jetzt einen wichtigen deutschen Genossen zitieren darf, der uns vor kurzem verlassen hat, Egon Bahr. Wenn ich das nicht falsch sehe, hat ihn auch Frank Walter gestern zitiert. Er sagt: „Ich möchte, dass der Frieden bleibt.“ Das ist heute wahr und dringend, noch viel dringender, als es je über die letzten 60 Jahre war.

(BEIFALL)

Ich bin mir sehr sicher, dass es in der Debatte Gelegenheit geben wird, über die großen Krisen zu sprechen, denen wir uns gegenüber sehen, wie tief sie gehen, und die sich auch rings um Europa befinden: Mittelmeerraum, Osten, Süden, Syrien, Libyen, der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Rohstoffe, Flüchtlingskrise, mehr und mehr Menschen sterben aufgrund von Konflikten in der Welt. Und unsere Verantwortung in diesem Zusammenhang. Ich zähle auf euch, dass ihr uns die Möglichkeit gebt, uns nachher in unserer Debatte auch darauf zu konzentrieren.

Aber erst mal möchte ich noch ein bisschen etwas über unsere Europäische Union sagen, denn auch heute ist es unsere Union, die uns braucht, uns Sozialisten und Sozialdemokratinnen und -demokraten. Europa, unsere Union, braucht, dass wir stark sind, dass wir unsere Werte leben, dass wir so stark sind, wie wir nie zuvor waren. Hier möchte ich noch einmal jemand anderen zitieren, nämlich Helmut Schmidt. In seiner letzten Rede vor diesem Parteitag - ich glaube, das war damals 2011 - sagte er: „Im 21. Jahrhundert wird Europa sicherlich weiterhin aus Nationalstaaten bestehen, jeder mit seiner eigenen Geschichte und Sprache. Jedoch kann es sich die Europäische Union nicht leisten, nur eine reine Konföderation zu sein. Die Europäische Kommission muss eine Allianz sein, die sich dynamisch entwickelt, zu der es keine weitere Parallele in der menschlichen Geschichte gibt.“ Wir Sozialdemokraten müssen zu der schrittweisen Entwicklung dieser Allianz beitragen. Ich glaube, dass das unsere Richtlinie heute sein muss.

(BEIFALL)

Dies sind schwierige und traurige Zeiten. Da stellen einige die Existenz unserer Union in Frage. Einige sagen, die Union wird von so vielen verschiedenen Seiten angegriffen - auch von außen -, dass sie zusammenbrechen könnte aufgrund dieser Risiken, die von außen kommen. Und einige sagen, diese Zeit ist ähnlich wie die Zeiten, als das römische Kaiserreich zusammengebrochen ist. Ich bin vielleicht die Einzige, die heute hier aus Rom kommt. Das römische Kaiserreich, das römische Imperium ist nicht so sehr wegen Angriffen von außen zusammengebrochen, sondern wegen interner Schwächen. Wir müssen uns von innen stärken.

(BEIFALL)

Das muss unsere Reaktion auf die Krise sein, der wir uns gegenübersehen.

Die Frage ist: Was ist Europa? Das ist die Frage, die wir uns heute stellen müssen. Man hört so viele Leute, die Rechtsextremen, die Linksextremen, von oben, von unten. Ich komme aus einem Land, wo eine politische Gruppe wochenlang im Parlament war, und sie hatten einen Sitz, aber sie fanden keinen Raum. Sie saßen dann plötzlich ganz oben, oberhalb vom Parlament, weil sie einfach keinen Raum gefunden haben. Es sind wirklich verrückte Zeiten.

Aber die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Europa muss etwas tun - aber was meinen wir, wenn wir „Europa“ sagen? Ich möchte noch mal dieselben Worte sagen, die Manuel gesagt hat: Europa sind wir, und zwar wir alle.

(BEIFALL)

Das bringt auch gewisse Implikationen mit sich. Ich hoffe, dass Sie auch dann klatschen, wenn ich die sage. Diese Implikationen sind, dass wir uns nicht auf Europa und auf unsere Union als ein paar Gebäude in Brüssel oder ein paar Bürokraten dort beziehen können. Das sind 500 Millionen Menschen, und jeder von ihnen hat eine Verantwortung für unsere Union,

(BEIFALL)

jeder einzelne Parlamentarier, jeder Bürgermeister, jeder Gewerkschafter, jedes Mitglied einer NGO, jeder Wirtschaftsvertreter, jeder Bürger. Die Botschaft, die wir weitergeben müssen und die wir auch aufbauen müssen, ist das Gefühl, dass wir eine europäische Gemeinschaft von Menschen sind. Wenn wir „Europa“ sagen, dann ist das genau das.

Viel zu häufig sehe ich in diesen Tagen, dass es ein Spiel gibt, das einige Politiker in vielen europäischen Ländern spielen. Sie sagen, das ist der Fehler von Europa. Erst einmal sagen sie, das ist die Verantwortung von Europa, und dann werden vielleicht sogar im Rat gemeinsame Entscheidungen getroffen. Dann werden diese Entscheidungen nicht umgesetzt, aber von derselben Regierung, die diese Entscheidung mit getroffen hat, und dann wird die Schuld Europa zugeschoben. Das ist zu einfach.

(BEIFALL)

Auf diese Art und Weise zerstören wir unsere Zukunft. Was wir brauchen, ist Kohärenz und Konsistenz, und wir müssen uns darüber bewusst sein: Europa sind wir alle. Wenn wir „Europa“ sagen, müssen wir „wir“ sagen. Antieuropäisch zu sein, ist, gegen uns alle zu sein, gegen jeden einzelnen.

Ein schwächeres Europa, eine schwächere Union, ich denke, das würde all unsere Mitgliedsstaaten schwächer machen. Helmut Schmidt hat das in der Rede, die ich vorher erwähnt habe, sehr gut erklärt: Europa ist angetreten als ein Projekt für den Frieden. Hier und in Frankreich ist das ganz offensichtlich: Nach Jahrhunderten von europäischer Geschichte, die davon geprägt war, den Rest der Welt in Kriege hineinzuziehen, investieren wir jetzt in unsere gemeinsamen Interessen. Somit hat es begonnen, und Schritt für Schritt ist man sich dessen bewusst geworden, dass man mit diesem gemeinsamen Interesse etwas Großes erreichen könnte, nämlich Frieden für unseren Kontinent.

Aber jetzt befinden wir uns auf einer anderen Ebene, an einem anderen Punkt, der vielleicht gar nicht schwieriger ist. Unsere Bevölkerung war ehemals ein Viertel der Bevölkerung, und jetzt ist es weniger als ein Zehntel. Unser Wirtschaftswachstum ist von einem Drittel zu einem Zehntel der Wirtschaftskraft gesunken. Es gibt keinen einzigen europäischen Mitgliedsstaat alleine, der einen Unterschied in der heutigen Welt machen würde. Kein Mitgliedsstaat schafft das alleine.

(BEIFALL)

Was ist also unsere Verantwortung? Wir haben eine individuelle politische, institutionelle Verantwortung, zu schützen - erst einmal Menschenleben zu schützen, die Menschenleben von jenen, die im Mittelmeer sterben, in Kriegen rings um uns herum, in einer Konzerthalle in Paris, in einer Bar. Wir haben die Verantwortung, die Leben unserer Bürger und unserer Freunde zu schützen, in den Regionen und weltweit. Wir müssen unsere Werte schützen, die Werte basierend auf den Menschenrechten, die universellen Werte, und

die Prinzipien und die Praktiken der offenen Gesellschaft, Gesellschaften, die basiert sind auf dem Bewusstsein, dass nicht der andere oder das andere die Bedrohung ist, sondern die Sorge und die Angst vor dem anderen, was die tatsächliche Bedrohung für unser tägliches Leben darstellt.

Dann haben wir die Verantwortung, Diplomatie und Multilateralismus zu schützen. Nachdem nach dem Fall der Berliner Mauer Jahre verloren gegangen sind, leben wir jetzt in einem globalen Umfeld. Wir versuchen immer wieder, den Frieden zu exportieren. Das ist sehr, sehr schwierig. Wir müssen investieren in die leise, manchmal in die laute, aber immer geduldige Diplomatie und Multilateralismus, um zu zeigen, dass wir hier etwas erreichen können. Das haben wir in diesem Sommer gelernt. Man kann immer wieder neue Ergebnisse erreichen. Wir können einen positiven Kreis erreichen, zum Beispiel in Syrien, in Libyen, selbst im Nahen Osten, in Jemen, in der Ukraine. Es ist möglich, Konflikte durch Dialog und Diplomatie zu lösen.

(BEIFALL)

Zum Schluss kommend, müssen wir natürlich auch unsere Union schützen, unsere Union, von der wir immer wieder hören, dass wir hier unsere nationale Souveränität abgeben. Aber nein, es ist eigentlich die einzige Möglichkeit, nationale Souveränität zu erhalten, das Herz unserer Union, die unsere Gründungsväter und -mütter auf unserem Kontinent gepflanzt haben. Wir müssen uns der antieuropäischen Debatte stellen, die doch gar nicht viel sagt in diesen Tagen. Und wir müssen die gemeinsamen europäischen Interessen und Visionen herausarbeiten. Wir können die nationalen Interessen nur durch Zusammenarbeit verteidigen. Ich glaube, auch die Bürger verstehen das Stück für Stück, gerade jetzt in den Zeiten des Terrorismus. Wir müssen unsere Union so gut verteidigen, wie wir das können.

Ich möchte noch mal kurz auf das zurückkommen, was Manuel gesagt hat: Die beste Möglichkeit, die Union zu schützen, ist, sie zu verändern, und das können nur wir tun. Niemand anders kann das.

(BEIFALL)

Unsere Väter und Mütter waren Visionäre, sehr mutig. Sie haben in ein politisches Projekt investiert, von dem alle anderen dachten, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg völlig verrückt wäre, und trotzdem haben sie uns den größten Traum und das größte Ergebnis unserer europäischen Geschichte gegeben. Und wir müssen genau so mutig, stark und visionär sein, wie sie es vor 60 Jahren waren, und müssen unsere Union noch einmal neu erfinden.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, liebe Federica Mogherini. Wir freuen uns, eine so starke Frau als EU-Außenbeauftragte zu haben. - Wir freuen uns jetzt auf das Grußwort von Stefan Löfven.

GRUßWORT STEFAN LÖFVEN

Stefan Löfven, Premierminister von Schweden: Lieber Sigmar! Liebe Freunde! Liebe Kollegen! Liebe europäische Mitbürger! Ich bin sehr stolz, heute hier zu sein. Es ist mir eine große Freude, diese Möglichkeit zu haben, hier vor dem SPD-Bundesparteitag zu sprechen. Sie sind ein sehr, sehr wichtiger Teil unserer Europäischen Union, aber auch auf internationaler Ebene. Ich denke, wenn wir über die europäischen Themen sprechen, was wir natürlich müssen und werden, müssen wir gleichzeitig auch über die internationale Perspektive sprechen. Aber vielleicht können wir uns das für einen anderen Tag aufheben.

Ich bin auch sehr stolz, später an dieser Diskussion mit einigen Freunden und wichtigen sozialdemokratischen europäischen Führungspersonlichkeiten teilzunehmen. Es ist genau ein Jahr her, heute vor einem Jahr, am 12. Dezember, dass wir uns außerhalb Stockholms in Schweden getroffen haben, Sigmar, weil wir einen Prozess zum sozialen Europa anstoßen wollten. Wie können wir als sozialdemokratische Führungspersonlichkeiten zeigen, dass es ein Europa gibt, nicht nur für die Unternehmen, für die Wirtschaft, für das Kapital, was für uns natürlich auch wichtig ist, sondern das Wichtigste für Europa - das ist auch die Botschaft, die ich heute rüberbringen möchte -, der wichtigste Teil Europas sind die Bürger, die Menschen, jeder einzelne.

(BEIFALL)

Das ist die sozialdemokratische Perspektive.

Sigmar Gabriel, als wir uns getroffen haben, Werner Faymann und ich, wir haben uns an jene Tage erinnert, als Willy Brandt und Egon Bahr sich getroffen haben, und Olof Palme. Sie haben uns die Vision gezeigt. Ich habe denen damals als junger Sozialdemokrat in Schweden zugehört. Ich habe gehört, was sie damals diskutiert haben. Ich denke, das Wichtigste, was sie uns damals gegeben haben, war Hoffnung. Das ist auch das, was wir heute den Bürgern geben müssen.

(BEIFALL)

Wir konnten so viel voneinander lernen. Wir stehen denselben Herausforderungen gegenüber: Klimawandel, stärkerer internationaler Wettbewerb, die Demografie, die sich auf den Kopf stellt. Es ist unsere Aufgabe, diese Herausforderung in Möglichkeiten umzumünzen.

Ein Punkt, den wir diskutieren müssen, ist natürlich Migration. Ich kann nur sagen, dass kontrollierte Migration eine Möglichkeit ist, die Herausforderung einer immer älter werdenden Bevölkerung in eine Möglichkeit umzumünzen, um unsere Wirtschaft stärker zu machen, aber auch unsere Gesellschaften stärker zu machen. Diese Verantwortung müssen wir teilen, denn die derzeitige Flüchtlingskrise kann nicht von ein paar kleinen Ländern bewältigt werden, die Flüchtlinge aufnehmen. Wir brauchen mehr. Heute haben wir nicht genug Kontrolle über die Flüchtlingssituation, und wir fühlen uns nicht genug als eine Gemeinschaft zwischen den Mitgliedsstaaten. Insofern besteht ein Risiko, dass man sich das Problem gegenseitig zuschiebt.

Europa war niemals erfolgreich und hat niemals Wirtschaftswachstum auf diese Art und Weise erreicht. Wir haben jetzt eine sehr bedrohliche Situation, nicht nur aufgrund der Flüchtlingskrise, sondern es gibt auch eine Bedrohung für die Europäische Union. Deswegen glaube ich, dass der einzige wirkliche Weg in die Zu-

kunft ein neues und reformiertes Asylsystem ist, mit anderen Möglichkeiten, mit sicheren Grenzen, mit kontrollierten Migrationsflüssen. Die Flüchtlingsströme sind eine gemeinsame Herausforderung, und wir brauchen hierfür eine gemeinsame Lösung als Sozialdemokraten. Wir müssen hier zeigen, wo es entlanggeht.

(BEIFALL)

Was wir im Augenblick in der langfristigen Perspektive brauchen - nicht nur für diejenigen, die geflüchtet sind, sondern für uns alle -, ist ein sozialeres Europa, für die Menschen in Europa. Aus diesem Grund ist es so, dass ich und viele meiner Kollegen heute hier genau an diesem Thema arbeiten.

Ich glaube, dass wir in diesem Zusammenhang drei Dinge tun müssen, um ein sichereres Europa zu schaffen:

Erstens müssen wir Arbeitsplätze schaffen. Es geht um Arbeitsplätze. Europa kann und soll in neue Infrastruktur, in grüne Technologien, in Wohnbauprojekte investieren, und die grünen Technologien werden sich auch noch weiter ausweiten, wenn sie mit freiem und fairem Handel kombiniert werden. Wir brauchen einen starken Binnenmarkt, der natürlich auch digitalisiert werden muss. Aber wir brauchen auch neue Handelsabkommen, die fair sind und sich viel vornehmen; denn wenn die Welt ihre Handelsrouten ausweitet, kann Europa nicht zur Seite stehen.

Zweitens ist es notwendig, dass alle Erwachsenen wirklich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Wir müssen europäische Jugendgarantien umsetzen. Wir müssen die Fähigkeiten der Migranten aus Drittländern entwickeln. Wir müssen die Frauen von jenen Rollen und Restriktionen befreien, die ihnen von einer patriarchalen Gesellschaft auferlegt werden, damit auch sie in den Arbeitsmarkt eintreten können.

(BEIFALL)

Dazu müssen wir investieren. Wir müssen in die Bildung investieren, in die Ausbildung, in die Kinderbetreuung, in die Pflege der Älteren. Denn wir können es uns überhaupt nicht leisten, diese Möglichkeiten für stärkeres Wachstum und stärkere Gleichheit zu verpassen.

Und wir brauchen gute Arbeit. Wir müssen gute Arbeit sicherstellen. Wir können schon die Stimmen der Rechten hören, die sagen, dass niedrigere Löhne, weniger Rechte, weniger soziale Sicherheitssysteme die einzige Möglichkeit wären, die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft zu managen. Und sie sind völlig falsch mit dieser Ansicht - völlig! Denn die Stärke Europas, unsere Stärke, liegt in erhöhter Bildung und in erhöhten Fähigkeiten und nicht in reduzierten Lebensstandards. Das heißt, wir brauchen ein sozial verantwortlicheres Europa. Das wird gut sein für die Arbeitnehmer und auch für die Arbeitgeber, für unsere Nationalstaaten und für die Zukunft der Europäischen Union. Das ist der Pfad, den wir verfolgen müssen.

(BEIFALL)

Nun, liebe Freunde, mit einem neuen Asylrecht, basierend auf geteilten Verantwortlichkeiten, mit einem Fokus auf der Schaffung von Arbeitsplätzen, Inklusion und guter Arbeit können wir uns aus der derzeitigen Flüchtlingskrise herausarbeiten und ein sozialeres Europa schaffen.

Ich freue mich darauf, diese Herausforderung anzunehmen, gemeinsam mit der SPD, gemeinsam mit all

den sozialdemokratischen Freunden in Europa. Und es sind tatsächlich Freunde. Aber, Freunde: Es ist eine riesige Herausforderung, und genau weil das eine so große Herausforderung ist, nehmen wir sie an, wir als Sozialdemokraten. - Ganz herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Stefan Löfven. - Wir freuen uns jetzt auf das Grußwort von Werner Faymann.

(BEIFALL)

Werner Faymann, Bundeskanzler von Österreich: Lieber Sigmar! Lieber Martin! Lieber Frank-Walter! Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Wir sind als Europäische Union weltweit dafür bekannt, dass wir in vielen Teilen der Welt und in vielen anderen Kontinenten das verteidigen und vertreten, wovon wir überzeugt sind, dass es Europa ausmacht: Das ist Freiheit, das ist Demokratie, und das sind Menschenrechte.

Aber, liebe Freunde, jetzt stehen wir auch einmal selber auf dem Prüfstand und müssen zeigen, ob wir Menschenrechte nur anderen sehr gut erklären können oder ob wir auch selbst in Europa die Frage der Asylbewerber menschlich lösen können.

(BEIFALL)

Ich bin davon überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sollten aber - wir sind ja gerne Weltmeister überall - nicht die Weltmeister der Besserwisser werden, sondern zeigen, wie wir Ordnung und Menschlichkeit zusammenbringen können in einem Europa, das groß genug ist, Menschen zu helfen, die auf der Flucht sind.

(BEIFALL)

Liebe Freunde, wir müssen uns der Herausforderung stellen, zu zeigen, ob wir über Anträge und Parteiprogrammdiskussionen hinaus stark genug sind, diese Solidarität europaweit einzufordern, ob wir stark genug sind, das zu leben, wovon wir doch so überzeugt sind. Das zeigt sich für viele Menschen in diesen Tagen, Wochen und Monaten. Die Prüfung, ob man etwas ernst nimmt, ob einem wirklich etwas vom Herzen her bedeutet, zeigt sich in der Handlungsweise.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Freunde, müssen wir gemeinsam jene Zyniker in der Gesellschaft zurückweisen, die Terrorismus und Flüchtlinge in einen Topf werfen.

(BEIFALL)

Menschen, die selbst vor Terroristen flüchten müssen, die nicht genug zum Leben haben, die versuchen, den Bomben zu entkommen, die ihr Leben retten wollen, die alleine oder mit Familie einen Ort suchen, wo sie überleben können, die haben ein Recht darauf, dass wir nicht sagen: „Das ist eine Nebenfrage, die unsere Ordnung stört“, sondern sagen: Das ist eine Hauptfrage, an der wir unsere Menschlichkeit beweisen können.

(BEIFALL)

Ich weiß, liebe Freunde, wie schwer das ist. Österreich und Deutschland haben in der öffentlichen Diskussion dieselben Herausforderungen. Es gibt rechte Nationalisten, die sich ein einfaches Konzept zurechtgelegt haben. Dieses einfache Konzept heißt: Je mehr Angst die Menschen haben, umso mehr versuchen wir, diese Angst zu schüren - und das auch noch in politische Wahlerfolge umzumünzen. - Sie versuchen, mit nationalistischen Antworten dieses gemeinsame Europa, diese Solidarität zu zerstören.

Ich erinnere mich, dass ich als junger Sozialdemokrat in Österreich stolz war, als auf meinem Parteitag Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky gesagt haben: Wir sind eine spürbare europäische und internationale Bewegung. - Das muss sich jetzt bei der Bekämpfung von Krieg und Terror und beim Kampf für Menschenrechte zeigen.

(BEIFALL)

Ich weiß, liebe Freunde, wir stehen in einem Wettbewerb: Wir stehen in einem Wettbewerb mit Nationalisten, in wirtschaftlichen und sozialen Fragen auch oft mit Neoliberalen, die so einfache, aber oft falsche Antworten haben. Wir müssen in diesem Wettbewerb zeigen, dass wir nicht vergessen haben, dass seit der Wirtschafts- und Spekulationskrise 2008 noch immer mehr als 24 Millionen Menschen in Europa arbeitslos sind, ein wahrscheinlich noch größerer Sektor zwar arbeitet, aber von dieser Arbeit nicht leben kann,

(BEIFALL)

und in vielen europäischen Ländern arbeitslose Jugendliche auf dieses Europa schauen.

Liebe Genossinnen und Genossen, von einem bin ich fest überzeugt: Die Spekulanten haben seit der Spekulationskrise die Anzahl ihrer Derivate nicht reduziert.

(BEIFALL)

Das Acht- bis Neunfache des internationalen BIP existiert alleine an Derivaten in den Finanzkreisläufen. Wenn wir nicht stark genug sind, die Spekulationen, die Milliarden vernichtet haben, als geschlossene Kraft zu bekämpfen, wenn wir nicht stark genug sind, diese dringend benötigten finanziellen Ressourcen für Investitionen, für Beschäftigung, für soziale Systeme, für Bildung und Ausbildung einzusetzen, liebe Freunde,

(BEIFALL)

dann wird der Zusammenhalt in Europa verloren gehen. Für eine Demokratie gibt es nichts Gefährlicheres, als wenn Menschen in Sonntagsreden erklärt bekommen, wie wichtig eine Demokratie ist, sie das aber nicht spüren,

(BEIFALL)

wenn sie nicht merken, dass diese Demokratie stark genug ist, ihnen eine Chance im Leben zu geben.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich froh, dass ihr mich eingeladen habt und dass ich euch auch die Grüße der österreichischen Sozialdemokraten überbringen darf. Ich darf euch versichern: Die Stärke gegen den Nationalismus in diesen Tagen heißt internationale, heißt europäische Solidarität. - Freundschaft!

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Werner Faymann. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir rufen jetzt die Antragsberatung Europa auf. Ihr habt die Möglichkeit, im Rahmen dieser Antragsberatung eure Wortmeldung abzugeben. Es sind schon acht Karten eingegangen. Ich würde vorschlagen: Weil wir heute auch noch viel anderes auf dem Programm haben, wie den Wilhelm-Dröscher-Preis, bleibt es bei der Redezeit von drei Minuten. Wir würden es auch gerne bei diesen Wortmeldungen belassen.

Bevor wir mit den Wortmeldungen beginnen, freuen wir uns über das Grußwort der Generalsekretärin von Amnesty International. Herzlich willkommen, Selmin Çaliskan!

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=pq2Ppj3QZHc&index=17&list=PL85IMmq0WVITNRtlcDpSYSxGb-6-7sOcs

GRUßWORT SELMIN ÇALISKAN

Selmin Çaliskan, Generalsekretärin Amnesty International Deutschland: Guten Tag und vielen Dank für die Einladung, dass wir heute als große Menschenrechtsorganisation hier sprechen können. Ich werde einiges zum Thema Flucht und Europa sagen, und ich werde auch einiges zum Thema Menschenrechte in der Außen- und Sicherheitspolitik sagen. Dass Sie sich das alles heute von uns anhören müssen - natürlich auch mit unserer Kritik, die wir haben -, dafür dürfen Sie sich bei Herrn Gabriel bedanken, denn der hat mich eingeladen.

(BEIFALL)

Der Tag, an dem Ihr Parteitag begann, der 10. Dezember, war - wie jedes Jahr - der Tag der Menschenrechte. Am 10. Dezember 1949 einigten sich die damals 56 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf einen Katalog der Grundrechte, Grundrechte, die auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut waren. Sie haben damit ein Wertesystem geschaffen, das für alle Menschen gelten sollte, für alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, sozialem Status oder politischer Überzeugung.

Schöne Worte, oder? Ich bin sicher, dass ein jeder von uns diesen Worten von ganzem Herzen zustimmen kann. Schöne Worte zu finden ist leicht, und sie mit anderen zu teilen. Sie machen sich immer wieder gut auf Jahresversammlungen, auf festlichen Veranstaltungen und natürlich auch auf Parteitagen wie diesem. Sie geben uns ein gutes Gefühl. Sie erheben und erbauen uns. Aber was ist, wenn wir diese Worte ernst nehmen müssen? Wehe, wir müssen uns tatsächlich an ihnen messen lassen. Wehe, wir müssen selbst etwas tun, um diese Worte mit Leben zu füllen. Wehe, wir müssen etwas abgeben. Dann vergessen wir die schönen Worte auch schon mal, oder wir wägen sie ab oder interpretieren sie neu, und zwar zu unserem eigenen Nutzen.

Die Bundesregierung macht Geschäfte mit Staaten wie zum Beispiel Usbekistan, ohne sich ernsthaft gegen die Unterdrückung regierungskritischer Menschen, die dort in den Gefängnissen gefoltert werden, einzusetzen. Auch gegenüber Freunden wie zum Beispiel den USA fordert beispielsweise die Bundesregierung nicht, dass jene Folterer endlich vor Gericht gestellt werden müssen, die in dem Entführungs- und Folterprogramm des CIA gefoltert haben und somit gegen das absolute Folterverbot verstoßen haben.

Ja, ich weiß, es gibt auch unter Ihnen und mit Ihnen immer wieder gute Initiativen, wo Sie sich massiv in Ihrer Partei gegen Menschenrechtsverletzungen für Menschen, für verfolgte Menschen einsetzen und auch Menschenrechtsverteidiger unterstützen. Darüber freue ich mich sehr, und ich hoffe auch, dass wir, was das angeht, weiter zusammenarbeiten können.

(BEIFALL)

Ah, ich merke, es hören mir welche zu. Das freut mich.

Herr Statkevich aus Russland, der eben noch hier war als Ihr Ehrengast, ist ein gutes Beispiel, wo Amnesty auch zusammen mit anderen kooperiert hat, damit Herr Statkevich als verfolgter Menschenrechtsverteidiger endlich freikommt. Ich denke, diese Art von Einsatz sollten wir in Zukunft verstärken und fortsetzen.

(BEIFALL)

Worum es mir grundsätzlich geht, worum es Amnesty eigentlich grundsätzlich geht, ist, dass Menschenrechte in der sogenannten Realpolitik anderen Interessen wie zum Beispiel geopolitische Interessen, Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik geopfert werden, und zwar regelmäßig. Daher wird es aus unserer Sicht höchste Zeit, dass der Schutz von Menschenrechte nicht wie bisher immer als Niscenthema, sondern endlich als eigenes nationales Interesse entwickelt wird, von unserer Politik mit Zivilgesellschaft zusammen. Genauso wie die Außen- und Sicherheitspolitik und wie die Wirtschaftspolitik sollten Menschenrechte ein nationales Interesse darstellen.

(BEIFALL)

Ich meine das so, dass Menschenrechte als Leitprinzip und als ein eigenes Kriterium für eine nachhaltige und eine friedensfördernde Außenpolitik entwickelt werden sollten. Sie haben eben von Frau Mogherini gehört, was wir in Zukunft erreichen müssen, auf europäischer Ebene, auf deutscher Ebene, aber auch global. Das können wir aber nur, wenn wir Menschenrechte wirklich als Leitprinzip in die Politik mit hineinnehmen und aus dem Niscenthema herausholen.

(BEIFALL)

Das ist auch besonders wichtig, wenn es um die Bekämpfung von Fluchtursachen geht. Im Jahr 2015 befinden sich mehr als 60 Millionen auf der Flucht. So viel hat es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben. Und das ist nicht erst seit gestern so. Lange Zeit war es nur nicht besonders wichtig. Ja, wir wussten, da tobt ein Krieg in Syrien, unangenehme Sache, aber solange uns das nicht betrifft - na ja. Wir hörten auch von den schlimmen Bedingungen in Flüchtlingslagern. Aber solange es dort blieb, ist es uns nichts angegangen. Wir haben gesagt, das ist nicht unser Problem. Jetzt sehen wir aber, dass es uns doch etwas angeht, aber erst, nachdem sehr viele Menschen auf der Flucht auch zu uns nach Deutschland gekommen sind; denn dann hat wirklich jeder begriffen: Okay, es geht auch uns etwas an. - Dabei ging es das aber von Anfang an.

(BEIFALL)

Denn, meine Damen und Herren, es geht um Menschenrechte. Menschenrechte sind universell, und sie sind nicht teilbar. Menschenrechtsverletzungen lassen sich nicht verleugnen, nicht kleinreden, nicht relativieren. Sie sind harte Fakten des Alltags, und sie berühren jeden von uns. Sie tun weh. Menschenrechte sind für mich das Fundament des Zusammenlebens. Das Verletzen der Menschenrechte ist daher aus meiner Sicht, aus unserer Sicht als Amnesty, der Beginn allen Übels, egal, ob es um menschenunwürdige Löhne geht oder ob es um menschenunwürdige Arbeitsbedingungen geht, was wichtige Themen für die Sozialdemokratie sind, aber auch, ob es um Vergewaltigungen und häusliche Gewalt geht, ob es um Diskriminierung geht oder ob es um Folter geht.

(BEIFALL)

Das Bewahren der Menschenrechte ist aus meiner Sicht der Schlüssel zur Lösung. Ich bin sicher, ich habe damit Sie, meine Damen und Herren der Sozialdemokratie, auf meiner Seite.

(BEIFALL)

Politik beginnt mit der Achtung vor Menschenrechten - vor den Rechten, wohlgemerkt; denn häufig werden Rechte zu Werten umgedeutet, und Werte sind nicht einklagbar. Werte sind einfach nur wünschenswert. Meine Damen und Herren, ich spreche aber von Menschenrechten. Ich spreche von Menschenrechten um jedes einzelnen Menschen willen, aber auch um unser aller willen; denn Friede und Wohlstand für uns alle lassen sich langfristig gar nicht anders bewahren, als dass wir die Menschenrechte schützen, und zwar nicht nur unsere eigenen, sondern auch die der Menschen, die nicht hier mit uns in diesem Raum sitzen. Wir von Amnesty sind überzeugt: Bei der sogenannten Flüchtlingskrise handelt es sich nicht um eine Flüchtlingskrise, sondern um eine Krise der Verantwortung und eine Krise der Solidarität.

(BEIFALL)

Wenn wir uns wirklich an Menschenrechten orientieren würden - und wie können wir uns anmaßen, das nicht zu tun? -, dann läge auf der Hand, was wir tun sollten. Zum Beispiel für mehr legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge zu sorgen. Das würde die Menschen davor bewahren, im Meer zu ertrinken oder in Lastern zu ersticken.

(BEIFALL)

Ein groß angelegtes Programm zur direkten Aufnahme von Menschen aus den Flüchtlingslagern, wie es aktuell von der Regierung vorgeschlagen wird, ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

(BEIFALL)

Wenn wir uns wirklich an Menschenrechten orientieren würden - und wie können wir uns anmaßen, es nicht zu tun? -, dann würden wir nicht hinnehmen, dass überall in Europa jetzt Zäune gebaut werden, an denen sich verzweifelte Menschen auf der Flucht - Menschen, Mütter, traumatisierte Menschen, Kinder, alte Menschen - die Zähne ausbeißen. Ich war in Slowenien. Ich habe selber gesehen, was es heißt.

Wenn wir uns wirklich an Menschenrechten orientieren würden - und wie können wir uns anmaßen, das nicht zu tun? -, wie können wir dann uns mit menschenrechtsverletzenden Ländern wie Eritrea an einen Tisch setzen und Migrationsmanagement planen, wie es so schön beschönigend heißt. Es geht natürlich um Abschottung. Gegenvorschlag: Dann würden wir die dringend notwendige Unterstützung der Türkei bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht daran koppeln, dass die Türkei zum europäischen Grenzwächter wird, ein Grenzwächter, der aktuell Syrer und Iraker in ihre Heimatländer direkt in die Verfolgung abschiebt. Dann würden wir auch gegen Ungarn ein Verfahren nach Artikel 7 Abs. 1 des EU-Vertrags wegen Verletzung von Menschenrechten einleiten.

(BEIFALL)

Aber das würde ja vielleicht zu diplomatischen Verwicklungen führen, und dann wollen wir das lieber doch nicht. Stattdessen setzt unsere Regierung weitere Asylrechtsverschärfungen vor, wogegen wir ganz energisch sind.

(BEIFALL)

Es sind die schärfsten Regelungen, die anvisiert sind, wie seit den 1990er-Jahren nicht mehr.

Es soll Schnellverfahren geben, die innerhalb von drei Wochen abgeschlossen sind. In dieser Zeit dürfen die Betroffenen den Bezirk ihres Registrierungsentrums nicht mehr verlassen. Auch Amnesty setzt sich für eine zügige Bearbeitung der Verfahren ein, aber sie müssen dabei fair bleiben.

(BEIFALL)

Wie soll das in drei Wochen gehen, wenn bis zu tausend Menschen in einem Registrierungszentrum zusammen sind? Hat die Bundesregierung eigentlich schon nachgezählt, wie viele Anwälte im Ausländerrecht es in Manching oder in Bamberg überhaupt gibt? Ist es unter diesen Umständen wirklich möglich, Fristen einzuhalten? Wir von Amnesty fürchten: Faire Verfahren sind unter diesen Bedingungen überhaupt nicht möglich.

Daneben gibt es noch die Debatte über die Obergrenze, und der Familienzugang soll auch noch eingeschränkt werden. Ich danke denjenigen von Ihnen, die hier sind und vehement dagegen zu Felde ziehen, zum Beispiel Familienministerin Manuela Schwesig. Vielen Dank!

(BEIFALL)

Ich bitte Sie, dieser Linie treu zu bleiben und die geplanten Einschränkungen beim Familiennachzug für subsidiär Geschützte aus dem Asylpaket II herauszuverhandeln.

(BEIFALL)

Wir von Amnesty International sind keine Fantasten und auch nicht naiv; wir kennen die Stimmung im Land. Wir wissen, dass nicht alles geht, was wünschenswert ist, aber wir beharren darauf, dass geht, was Menschenrecht ist.

Asyl zu suchen, ist ein Menschenrecht. Zusammen mit der Familie leben zu können, ist auch ein Menschenrecht, und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.

(BEIFALL)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie heute: Informieren Sie sich, tun Sie, was Recht ist, und bleiben Sie sich und Ihrem Gewissen treu. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Ich möchte noch einen Dank loswerden: Yasmin Fahimi hat sich soeben als neues Mitglied bei Amnesty angemeldet. - Wer zu Amnesty kommen will: Unsere Tür steht offen. Ich nehme Eintrittsgesuche gerne entgegen.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Selmin Çaliskan. Ich bin mir sicher, dass Amnesty International weiter ein wichtiger Partner für uns bleibt, und die Forderungen sind für uns natürlich auch Richtschnüre dafür, wie wir Politik gestalten können. Sie können sich sicher sein, dass wir versuchen, viele dieser Dinge auch umzusetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir mit Delegiertenfragen und Wortmeldungen weitermachen, auf die dann unsere Diskussion im Panel eingehen soll, möchte ich darauf hinweisen, dass ich den Wahlgang für die SPE-Delegierten eröffnen muss, weil wir sonst zeitlich Probleme haben.

Wir teilen jetzt also die Stimmzettel aus, und die Diskussion kann für die Wahl, also dafür genutzt werden, den Stimmzettel auszufüllen. Hinterher werden wir ihn wieder einsammeln. Ich hoffe, alle sind mit diesem praktischen Verfahren einverstanden.

Ich bitte zunächst um das Wort von Erhard Eppler. Lieber Erhard Eppler, wir freuen uns sehr, dass du heute hier bei uns bist. Herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Erhard Eppler: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe einige Hemmungen, jetzt hier zu reden, da die europäischen Sozialdemokraten hier stehend zuhören müssen.

(BEIFALL)

Wir sind ja noch unter dem Eindruck dieser Freunde aus dem europäischen Ausland, und ich kann nur sagen: Was wir hier gehört haben, hat uns gutgetan.

(BEIFALL)

Vielleicht sind unsere Gäste auch ein bisschen zu höflich, um über das zu reden, was uns im Augenblick umtreibt, nämlich, dass es in Europa nicht besonders gut aussieht und dass das möglicherweise auch mit dem Land zu tun hat, das gelegentlich als ein Land bezeichnet wird, das Europa führen kann, soll oder sogar will.

(BEIFALL)

Deshalb jetzt vielleicht noch ein kleines Tröpfchen Selbstkritik: Dieses Europa läuft ja nicht erst seit gestern ein bisschen neben dem Gleis, und es ist ja auch nicht so, dass wir - unsere Regierung fordert in der Flüchtlingsfrage Solidarität ein - Solidarität immer selbst geübt haben. Ich entsinne mich, dass in den ganzen letzten Jahren, wenn es um Europa ging, nicht das Thema Solidarität, sondern das Thema „Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit“ auf der Tagesordnung stand.

(BEIFALL)

Ich habe mich immer gewundert, wie man glauben kann, dass man über das Thema Wettbewerb einen Kontinent zusammenführen kann.

(BEIFALL)

Wettbewerb ist manchmal nötig und in der Wirtschaft sogar hilfreich, aber Wettbewerb trennt in Gewinner und Verlierer, und das geschieht auch in Europa. Vielleicht werden wir in ein paar Jahren, wenn der marktradikale Spuk vielleicht endlich vorbei ist, begreifen, dass der Versuch, Europa über den Wettbewerb zu schaffen, eine Schnapsidee gewesen ist.

(BEIFALL)

Eine Gemeinschaft wächst nur zusammen, wenn die Einzelnen füreinander eintreten, und das nennt man dann Solidarität.

(BEIFALL)

Für den, der die Marktradikalen in den letzten Jahren gehört hat, war Solidarität etwas für unrealistische, heuchlerische Gutmenschen, aber nicht für eine politische Richtlinie.

Deshalb zum Schluss: Auch wir in Deutschland haben eine ganze Menge vor uns, wenn dieses Europa wieder in Gang kommen soll.

(BEIFALL)

Wir müssen uns fragen: Was haben wir eigentlich an Führung versäumt? Wer führen will, der kann nicht immer die eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, sondern der muss die der Gesamtheit in den Vordergrund stellen.

(BEIFALL)

Man kann nicht Europapolitik machen und Europa führen wollen und dabei im Hintergrund nur an bestimmte deutsche Wähler denken und sich fragen, wie sie wohl reagieren werden.

(BEIFALL)

Ich kann mir vorstellen, dass das, was ich jetzt gesagt habe, eine ganz kleine Prise Salz ist.

Wir haben jetzt eine ganze Menge Motivation für das bekommen, was wir zu tun haben, vielleicht als deutsche Sozialdemokraten auch die Motivation, im eigenen Land einiges zu ändern. - Danke schön.

(LANG ANHALTENDER BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=ouYiET5HKFc&index=18&list=PL85IMmq0WVITNRtIcDpSYsXGb-6-7sOcs

WAHL DER DELEGIERTEN ZUM KONGRESS DER SPE

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Erhard Eppler. Uns war es wichtig, bevor die Diskussion im Panel losgeht, Delegierte und Gäste zu Wort kommen zu lassen, sodass unsere Gäste im Panel dann auch darauf eingehen können. Dass du gesprochen hast, war dabei sehr wichtig. Ich hoffe, ich konnte dir an dieser Stelle deine kleinen Hemmungen nehmen. Das ist also kein Problem. Es war uns wichtig, dass du zu Wort kommst.

Ich übergebe gleich an die Moderatorin des Panels.

Ich möchte aber den Delegierten noch drei Infos geben, die ihr für die Wahl braucht: Ihr benötigt die Kontrollmarke Nr. 11. Ihr müsst mindestens 19 Kandidatinnen und Kandidaten wählen, höchstens aber 38. Also: Kontrollmarke Nr. 11 und mindestens 19, höchstens 38.

Ich freue mich, dass ich jetzt an unsere Moderatorin, Frau Brink, übergeben kann. Viel Spaß!

PANEL ZUR ZUKUNFT EUROPAS MIT EUROPÄISCHEN GÄSTEN

Nana Brink, Moderatorin: Herzlichen Dank. Wir wollen auch keine Zeit verlieren. - Verehrtes Podium! Lieber Parteitag! Liebe Damen und Herren! Wir wollen gleich die Fragen hier im Parteitag einsammeln. Sigmar Gabriel ist schon so nett und holt sie. Denn wir wollen natürlich die Zeit noch nutzen es ist ein bisschen knapp, sie an das Podium zu stellen. Ich hoffe, ich bekomme sie auch gleich.

Wir können gerne schon einmal anfangen. Gibt es Fragen? - Dann würde ich um ein Handzeichen bitten. Bitte schön! Stellen Sie sich bitte vor und sagen Sie bitte auch, an wen die Frage gerichtet ist. Das wäre ganz wichtig. Ich bitte das Podium um kurze Antworten.

Margriet Zieder-Ripplinger, Saarland: Mein Name ist Margriet Zieder-Ripplinger. Ich komme aus dem Saarland. Ich lebe direkt an der französischen Grenze in einer Grenzregion, die den Namen SaarLorLux trägt. Diese Grenzregion ist übrigens der größte grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Europäischen Union mit über 200.000 Grenzpendlern, die jeden Tag über die Grenze wechseln.

In den Grenzregionen Europas erleben wir eigentlich ganz direkt, was in Europa schon funktioniert und was noch nicht funktioniert. Was in unserer Europäischen Union noch nicht funktioniert, ist eine Sozialunion. Wir sind täglich damit befasst, haben auch eine Task Force eingerichtet, um die rechtlichen Probleme unseres Arbeitsmarktes zu lösen, die sich täglich ergeben. Wir kommen da nur ganz, ganz mühsam weiter.

Wenn wir aber unserer Europäischen Union eine Zukunft geben wollen, dann müssen wir gerade an dieser Stelle ganz dringend arbeiten, damit wir da schneller vorankommen. Wir haben zum Beispiel auf der französischen Seite in Lothringen jetzt eine ganz hohe Jugendarbeitslosigkeit: 25 Prozent.

Nana Brink, Moderatorin: Entschuldigung! Können wir die Frage ein bisschen knapper fassen, damit noch viele die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen?

Margriet Zieder-Ripplinger, Saar: Ich möchte ganz einfach fragen: Welches sind die Rezepte der Sozialdemokratie, damit wir es tatsächlich schaffen, eine Sozialunion hinzubekommen? - Denn ich sehe das noch nicht. Haben wir eine Möglichkeit, haben wir Instrumente, da schneller voranzukommen?

Nana Brink, Moderatorin: Vielen Dank. - Eine nächste Frage, bitte!

Adis Ahmetovic, Hannover: Mein Name ist Adis. Ich komme aus Niedersachsen, aus Hannover. - Lieber Martin, die Frage richtet sich an dich. Der 14. Dezember ist ein ganz wichtiger Tag für Europa. Warum ist das ein wichtiger Tag für Europa? - Weil wir am 14. Dezember den 20. Jahrestag Frieden in Bosnien-Herzegowina feiern. 1992 bis 1995 hatten wir dort einen sehr, sehr harten und schrecklichen Bürgerkrieg. Das war der schlimmste Krieg seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Jetzt meine persönliche Frage an dich: Was versucht die Europäische Union, um für Stabilität im Westbalkan zu sorgen, wirtschaftlich, gesellschaftlich, wie auch politisch?

Wenn schon Genosse Stefan aus Schweden da ist: Ihr macht in Schweden wirklich richtig gute Balkanpo-

litik! Ihr habt sogar eine Bosnierin als Bildungsministerin, die 27 Jahre alt ist! Riesengroßer Respekt! Sie hat auch Flüchtlingsgeschichte. Sie ist im Alter von vier nach Schweden gekommen. Und ihr habt sie zur Bildungsministerin gemacht. Das ist wirklich ein riesengroßer Schritt. Das ist Integration pur! - Danke.

Nana Brink, Moderatorin: Herzlichen Dank. - Ich bitte um die nächste Frage!

Johannes Hiry, Saarland: Hallo! Mein Name ist Johannes Hiry. Ich komme aus dem Saarland. - Ich habe eine Frage an das Podium generell. Wenn man sich die Entwicklung der Europapolitik insbesondere in der Sozialdemokratie der letzten Jahre anschaut, hat man leider den Eindruck, dass der Begriff „Solidarität“, wie Erhard Eppler es eben schon erläutert hat, zunehmend in den Hintergrund gerät.

Ich stelle mir insbesondere auch aus Juso-Perspektive die Frage: Welche Instrumente werden denn wirklich ergriffen neben den Jugendgarantien, die wir in den letzten Jahren auf europäischer Ebene erarbeitet haben, und wann werden diese Instrumente endlich so eingesetzt, dass es auch effektiv ist, dass man nicht immer nur das Gefühl hat, es werden Gelder in die Hand genommen, die ein Tropfen auf dem Stein sind? Welche Instrumente habt ihr, um endlich wieder einmal ein verstärktes Maß an europäischer Solidarität zu leben?

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Herzlichen Dank. - Jens Geier hat sich noch zu Wort gemeldet. Bitte!

Jens Geier, Nordrhein-Westfalen: Eigentlich habe ich mich in die Antragsdebatte einschalten wollen. Aber es macht natürlich Sinn, dass wir die Gelegenheit nutzen, um mit unseren europäischen Freunden zu diskutieren, zumal ich sehr dankbar bin, dass der Parteivorstand diese Diskussion ermöglicht. Es tut uns gut, mit den Freundinnen und Freunden aus Europa diskutieren zu können und die Gedanken auszutauschen. Denn ich glaube, es ist auch durch eure Beiträge sonnenklar geworden: Wenn wir strategisch als deutsche SPD, als nationale Partei etwas erreichen wollen, dann müssen wir es in einem europäischen Zusammenhang denken, strategisch anlegen und umsetzen. Sonst wird das nichts in der Flüchtlingspolitik, in der Wirtschaftspolitik, ja sogar in der Energiewende.

Meine Frage an euch dort stehen ja auch Parteiführer: Wie, denkt ihr, sollten wir diese Debatte unter unseren Parteien organisieren? Wie machen wir das, was wir hier gerade versuchen, zu fast jährlicher Praxis auf unseren Parteitag, die anderen Parteien einzuladen, zu Wort kommen zu lassen und ihnen den strategischen Raum zu gewährleisten, den wir brauchen, um in unserer politischen Entwicklung weiterzukommen? - Danke.

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Luisa Boos hatte sich auch gemeldet und wollte eine Frage loswerden. - Das war nicht dazu.

Dort gibt es auch noch eine Wortmeldung. Bitte!

Rainer Arnold, Baden-Württemberg: Ich habe eine kurze Frage an alle. Wir haben jetzt viel über europäische Sozialpolitik geredet. Ich würde gerne noch etwas zu unserer Vision hören, die wir als deutsche Sozialdemokraten haben, auch ein Europa der Verteidigung zu schaffen, die knappen Ressourcen besser, intelligenter einzusetzen in dem Bewusstsein, dass wir allein mit den Herausforderungen der Welt nicht fertig werden.

Nana Brink, Moderatorin: Herzlichen Dank. - Ich glaube, wir können die Fragen jetzt gebündelt zur Beantwortung an das Podium geben. Wer möchte anfangen? - Ladies first!

Federica Mogherini, EU-Außenbeauftragte: Herzlichen Dank. - Ich denke, dass bestimmte Fragen hier an mich gehen.

In den Europäischen Verträgen gibt es Instrumente für eine stärkere und effektivere Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung. Wir haben hierfür die Rechtsgrundlage und die Instrumente. Was uns noch fehlt, ist der gemeinsame politische Wille, all jene Instrumente voll auszuschöpfen, die die Europäischen Verträge uns geben. Wie gesagt, hier geht es um den politischen Willen. Insofern freue ich mich sehr, dass es sehr häufig in Deutschland sehen wir das sehr viel Gedanken und auch Gespräche über eine europäische Armee gibt, eine Entwicklung, die schon sehr stark in diese Richtung geht, also ein föderalistisches Land. Das wäre der Traum, das in meinem Mandat umzusetzen.

Aber wir müssen hier auch ganz, ganz vorsichtig sein. Die beste Möglichkeit, nicht die Dinge zu erreichen, die man möchte, ist, die Standards so hoch zu setzen, dass man überhaupt nichts schafft, dass man noch nicht einmal das schafft, was möglich wäre. Insofern ist mein Ansatz, bis zum Ende meines Mandats all jene Instrumente, die wir schon zur Hand haben, zu verwenden. Ich möchte Manuel und der französischen Regierung dafür danken, dass sie sich entschieden haben, Artikel 42.7 zu verwenden, der zum ersten Mal nach den Attacken in Paris verwendet worden ist, für die europäische Solidarität, um Frankreich in einem Augenblick der Schwierigkeit zu unterstützen. Das heißt, jenen Artikel zu verwenden, ist schon ein riesiger Schritt der Investition in unseren europäischen Rahmen.

Ich möchte jetzt etwas über den 20. Jahrestag von Dayton und zur Situation in Bosnien-Herzegowina zu sagen. Ich weiß, dass diese Frage an Martin gerichtet war, aber trotzdem. Gestern hatten wir ein wichtiges Treffen in diesem Zusammenhang im Rat. Ich möchte sagen, die Führungsschicht in Bosnien hat großartige Arbeit hin zur Integration gemacht. Ich glaube, es ist das Richtige, dass wir als Institutionen, aber auch als politische Familie in die europäische Zukunft investieren, in die Zukunft der Europäischen Union, in die Zukunft aller Balkanländer. Das ist nicht nur im Interesse der Bürger des Balkans, sondern im Interesse von allen Europäern. Hier müssen wir etwas tun. Natürlich müssen Sie die Reformen machen, aber wir müssen in unserem Ansatz konsistent sein. Ich denke, dass es hier wirklich gute Perspektiven gibt. - Ganz herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Monsieur!

Manuel Valls, Premierminister von Frankreich: Wir haben häufig vergessen, dass die Geschichte tragisch gewesen ist. Aber es kam ja auch zum Jugoslawien-Konflikt, an den eben erinnert worden ist. Im Angesicht der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wie den Spannungen in der Ukraine, aber vor allem dem Krieg in der Levante, aber auch angesichts der Entwicklung des Terrorismus in Syrien, im Irak, in Libyen, in der Sahelzone und in Westafrika muss Europa imstande sein, diese Herausforderungen zu bewältigen, sowohl sicherheitspolitisch als auch verteidigungspolitisch. Gewiss, es ist ein langwieriger Prozess, und wir müssen aufpassen, dass wir Dinge nicht überstürzen. Daran hat Federica zu Recht erinnert. Aber gleichzeitig müssen wir entscheiden und einige Länder haben das entschieden; so geht zum Beispiel die deutsche Entscheidung in diese Richtung und imstande sein, die entsprechende Verantwortung für den Mittleren und Nahen Osten, aber auch für den Mittelmeerraum zu übernehmen; denn wir stellen doch ganz genau fest, dass insbesondere die amerikanische Großmacht gar nicht mehr ausreichende Kapazitäten hat, um sich dieser Verantwortung zu stellen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, selbst unsere Verantwortung zu übernehmen.

Aber die Geschichte kann auch tragisch sein aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Krisen. Wir sehen das ja ganz deutlich. Wir haben Instrumente, zum Beispiel die Jugendgarantie. Neben der Jugendgarantie gibt es andere Instrumente, die eingesetzt werden müssen. So, wie das vorhin sehr eloquent gesagt worden ist: Es ist in der Tat wahr: Europa lässt sich nicht auf einen Markt reduzieren, auch nicht nur auf die Unterstützung des Wettbewerbs. Nein, wir müssen gewiss auch Mittel einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und Länder zu stützen. Häufig spreche ich auch mit Sigmar darüber, wenn wir über den Bereich der Digitalwirtschaft und der Ökologie sprechen. Aber wir müssen eben auch dafür Sorge tragen, dass der Juncker-Plan, der verabschiedet worden ist, auch tatsächlich ins Werk gesetzt. Danach wird man uns messen.

Ich plädiere für eine starke Integration und Verknüpfung unserer Volkswirtschaft, vor allem zwischen Deutschland und Frankreich. Aber das darf sich nicht auf unsere beiden Länder beschränken. Wir müssen vor allem deutlich zeigen, dass wir imstande sind, in die Zukunft zu investieren, in die Infrastruktur, in die Digitalwirtschaft, in die neue Ökonomie zu investieren. Auch danach, vor diesem Hintergrund, werden uns die Mitbürgerinnen und Mitbürger beurteilen.

Stefan wird gleich sicherlich auch darauf eingehen. Es geht mir auch um den Aufbau der Sozialunion. Wir brauchen ein soziales Europa. Ich plädiere dafür, dass alle Länder, die in diesen Bereich investieren wollen, das auch tun können müssen. Es muss nämlich Länder geben, die hier voranpreschen, die praktisch die Vorhut bilden. Ich wünsche mir, dass alle sozialdemokratisch regierten Länder oder alle Länder, in denen die Sozialdemokraten in der Regierung vertreten sind und Einfluss haben, wirklich eine andere Botschaft vermitteln, nicht nur die Botschaft der Austerität, der Sparpolitik, des Haushaltsrahmens oder des Wettbewerbs. Nein, auch hier kann die Sozialdemokratie ihre Rolle voll und ganz auspielen.

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Vielen Dank. - Stefan Löfven, bitte.

Stefan Löfven, Premierminister von Schweden: Ganz herzlichen Dank. - Ich denke, es war Margriet, die die Frage zu der Sozialunion gestellt hat. Ich möchte noch mal ganz kurz auf Erhard Eppler und seine Bemerkung zurückkommen, dass wir den Unterschied verstehen müssen zwischen Wettbewerb und Solidarität. Worum geht es in der Europäischen Union? Was für Möglichkeiten hat die Union, und was ist die Vision?

Unsere Vision muss sehr viel klarer sein. Die Vision ist: Es ist eine Union, die von den Menschen für die Menschen gebaut wird. Wenn wir das umsetzen, dann geht es auch darum systematisch daran zu arbeiten, dass die Situation von einzelnen Menschen verbessert wird, nicht nur von Arbeitnehmern, sondern von allen. Wenn die Union jetzt immer weiter die Bedingungen verschlechtern würde, würde uns das nicht helfen. Nein, es geht uns darum, die Bedingungen für die Menschen Stück für Stück zu verbessern.

Zum Beispiel wollen wir in der langfristigen Perspektive ein Sozialprotokoll. Das muss eben auch in der Europäischen Union etabliert werden. Solange wir das nicht haben, müssen wir mit den Werkzeugen arbeiten, die wir an der Hand haben. Wir sind sehr gut darin, unsere finanzielle Situation Stück für Stück zu entwickeln, unsere Finanzinstrumente. Wie machen wir das? Wir machen das mit dem europäischen Semester. Warum machen wir das nicht auch mit den sozialen Themen? Warum stellen wir nicht vielleicht fünf, sechs verschiedene Faktoren für ein soziales Europa fest? Was sind diese Fakten? Arbeitnehmerrechte, Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen usw. Dann können wir mit ihnen arbeiten, genauso wie wir mit dem Semester arbeiten.

Das heißt, wir setzen das als europäischen Standard fest. Das ist das Ziel der Europäischen Union: Wir möchten an diesen Dingen arbeiten. Wir möchten sie verbessern. Jedes Land arbeitet dann mit seinen verschiedenen Kulturen, verschiedenen Hintergründen daran. Aber wir arbeiten uns nach oben. Wir verbessern die Situation, und wir verschlechtern sie nicht. Wir reduzieren die Standards nicht. Wir arbeiten mit den Instrumenten, die wir heute an der Hand haben.

Aber gleichzeitig müssen wir unterstreichen, dass dies eine Union für die Menschen ist. Wir müssen sicherstellen, dass wir eine Europäische Union entwickeln, die gut für die Menschen ist. Denn am Ende des Tages, wenn Regierungen nicht verstehen, dass wir das Vertrauen der Menschen brauchen, und wenn wir das Vertrauen nicht haben, kann es keine erfolgreiche europäische Union geben. Der einzige gute Wettbewerb, den wir bieten können, ist ein Wettbewerb, in dem sich die Menschen sicher fühlen und die Möglichkeit fühlen, dass sie ein besseres Leben haben können. Nur dann kann es erfolgreich sein, und es liegt an uns Sozialdemokraten, hier den Weg zu leiten.

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Herzlichen Dank, Herr Premierminister. - Herr Bundeskanzler!

Werner Faymann, österreichischer Bundeskanzler: In den Wortmeldungen hat doch sehr oft die Frage eine Rolle gespielt, wie wir dieses soziale Europa, wie wir die Solidarität stärken können. Da muss man zunächst mit einer nüchternen Analyse beginnen: Wir Sozialdemokraten sind sowohl im Europäischen Rat als auch im Parlament die Minderheit.

Aber wenn man die Minderheit ist, hat man eine andere Chance. Indem man sich gut organisiert und koordiniert, hat man die Chance, in der Öffentlichkeit in Europa wahrgenommen zu werden. Das setzt aber eine wesentlich bessere Koordination voraus, als es sie zur Stunde gibt.

(BEIFALL)

Normalerweise erzählt man - noch dazu als Gast - ja nur das Gute und Schöne. Aber wenn wir eine richtige Kon-

sequenz ziehen wollen, dann brauchen wir auch eine richtige Analyse. Und die Zusammenarbeit der europäischen Sozialdemokraten ist zu schwach organisiert. Sie ist für viele Menschen in Europa nicht wahrnehmbar.

(BEIFALL)

Ich möchte das an einem Beispiel zeigen: Wir können uns aus dieser Krise nicht heraussparen; das geht nicht. Wir müssen uns herausinvestieren.

(BEIFALL)

Um uns aber herauszuinvestieren, brauchen wir Rahmenbedingungen, die mit Wettbewerbsfähigkeit und Rechtsstaatlichkeit zusammenhängen - zum Beispiel Korruptionsbekämpfung und Chancen für Steuerbehörden, gegen Steuerbetrug vorzugehen. Das wären die besseren Ratschläge gegenüber Ländern wie Griechenland, anstatt ihnen zu erklären, dass sie die Pensionen kürzen sollen.

(BEIFALL)

Um diese Investitionsprogramme „Goldene Regel“, oder wie immer wir sie nennen, um diese Vorschläge und Forderungen von uns merkbar und spürbar zu machen, müssen wir besser koordiniert und organisiert sein. Dafür brauchen wir ganz besonders die deutschen Sozialdemokraten.

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler. - Martin Schulz, bitte.

Martin Schulz, EU-Beauftragter des Parteivorstands: Vielleicht ganz kurz in Ergänzung zu dem, was Werner gerade gesagt hat: Werner, manchmal sind wir, obwohl wir in der Minderheit sind, erfolgreich. So konnten wir in einem engen Zusammenspiel - du, Sigmar und ich selbst - auch mit Alexis Tsipras über die Themen weitere Rentenkürzungen, aber auch Mehrwertsteuererhöhungen im Medizinalsystem in einem Land, in dem ein Drittel der Bevölkerung in der Zwischenzeit aus der Krankenversicherung herausgefallen ist, diskutieren. Das haben wir gemeinsam attackiert, und das konnten wir Gott sei Dank gemeinsam verhindern.

Ich will einen Satz zu dem Genossen aus Hannover sagen: Ich habe dich gestern irgendwo in den Tagesthemen gesehen, in einem tollen Interview. Ich finde die einseitige Vorgehensweise der Republika Srpska bei den Referenden innerhalb Bosnien-Herzegowinas hoch gefährlich. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich das für eine Spaltungstendenz im Land halte, die kontraproduktiv ist.

Wir müssen für den gesamten Westbalkan die Beitrittsperspektive offenhalten. Das heißt nicht, dass die Staaten morgen beitreten können. Aber wenn man ihnen sagt, dass sie niemals eine Chance haben, dann, glaube ich, gewinnen dort nur diejenigen, die die gesamte Region schon oft ins Unglück gestürzt haben.

Deshalb: Wir können die Perspektive offenhalten - zum Beispiel auch durch Maßnahmen, wie du sie eben lobenderweise erwähnt hast. Denn das sind europäische Bürgerinnen und Bürger.

Schweden zum Beispiel ist ein Land, das diese Menschen in einer ganz normalen Art und Weise integriert

und auch zu Ministern macht. Das ist übrigens kein Einzelfall. Die Eltern von Manuel Valls waren Einwanderer aus Spanien, die nach Frankreich gekommen sind. Heute ist er Premierminister der Französischen Republik. So muss es sein.

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Vielen Dank, Martin Schulz. - Sigmar Gabriel, bitte!

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Ich will versuchen, darauf einzugehen, was wir gemeinsam seit einem Jahr tun - darauf hat Stefan hingewiesen -, um die Situation zu verändern, dass die europäische Sozialdemokratie zu wenig sichtbar ist.

Ich gehöre den Gremien der europäischen Sozialdemokratie seit sechs Jahren an. Ich habe immer erlebt, dass die Vertreter der europäischen Sozialdemokratie so lange in die Gremien gekommen sind, solange sie in der Opposition waren. Sobald sie an der Regierung waren, sind sie nicht mehr dahin gekommen, weil ihnen das Treffen mit den konservativen Regierungschefs wichtiger war als das Treffen mit den Sozialdemokraten. Das machen die Konservativen ganz anders; deswegen sind sie besser organisiert. Es gab dabei immer eine Ausnahme - seit den letzten Wahl gibt es mehr Ausnahmen -, und das war Werner Faymann. Werner und ich haben da immer zusammengehockt und uns darüber beschwert, dass die anderen nicht da waren. Er war Regierungschef und ist immer gekommen und hat immer gesagt: Wir müssen dranbleiben! - Deswegen: Werner, vielen Dank! Du warst für uns immer eine große Hilfe.

(BEIFALL)

Dann kamen Wahlen. Die erste Wahl kam in Frankreich. Seitdem kommt manchmal der französische Präsident. Denn gelegentlich sagen wir: François, wenn wir als Oppositionsführer einladen, dann kommt keiner. Du musst in den Elysée-Palast einladen; dann kommen alle. Genauso ist es auch. Und wenn nicht, dann ist Manuel da.

Dann kamen die Wahlen in Italien, die wir gewonnen haben. Seitdem kommt Matteo Renzi. Und seit wir in Schweden einen sozialdemokratischen Regierungschef haben, kommt der auch. Das heißt, wir haben in der letzten Zeit eine andere Kultur geschaffen. Wir arbeiten eng zusammen.

Das hat übrigens dazu geführt - und ich kann mich noch gut an die Sitzung im Elysée-Palast erinnern -, dass wir bei der Besetzung der neuen Europäischen Kommissionen entscheidende Funktionen bekommen haben - zum Beispiel die Vertreterin der Außenpolitik. Und für die Frage der Sozialunion und der Wirtschaftspolitik ist es wichtig, dass der frühere französische Wirtschaftsminister eine wichtige Funktion in der Kommission hat.

Denn was hatten denn die Konservativen vor? Sie wollten der französischen Regierung die Daumenschrauben anlegen, sie zu weiteren Sparprogrammen zwingen. Das meinte ich, als ich euch erzählt habe, dass ich Angela Merkel gesagt habe: Sie können die Franzosen noch weiter zum Sparen zwingen und dabei glauben, dass Sie Geld sparen. Am Ende werden Sie Marine Le Pen im Elysée-Palast haben - teurer geht es für Europa nicht. - Deswegen haben wir dem ein Ende bereitet, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Vieles davon sind kleine Arbeitsschritte, wie Frank sie geschildert hat. Er hat gesagt, dass er immer auf die Spree einlädt, wenn es um Friedensschlüsse geht. Das heißt, wir versuchen schon im Alltag, besser zu werden.

Wir haben uns Folgendes vorgenommen: Erstens wollen wir ein Programm für eine Sozialunion schreiben. Da wird die Idee eines Sozialprotokolls unserer schwedischen Freunde im Mittelpunkt stehen.

Zweitens sagen wir gemeinsam mit meinem französischen Kollegen Emmanuel Macron: Wir brauchen das, was Werner und Stefan vorhin beschrieben haben: eine zweite Säule der europäischen Politik, insbesondere in der Eurozone. Es reicht nicht aus, ganz genau, bis ins Detail, zu wissen, wie wir Finanzpolitik machen, wenn ansonsten für Wirtschaftspolitik, für Investitionen, für Wachstum und Beschäftigung überhaupt nichts beschrieben ist. Wir brauchen das gleichberechtigte Miteinander solider Finanzpolitik. Aber wir brauchen eben auch Instrumente für die Investitionen in Wachstum und Arbeit in Europa. Das treiben wir gemeinsam mit den Franzosen voran, liebe Genossinnen und Genossen.

Der dritte Punkt ist die Frage, wie wir ein stärkeres europäisches Bewusstsein unserer sozialdemokratischen Bewegung hinbekommen. Ich glaube, dass wir da in den letzten zwölf Monaten gut vorangekommen sind. Aber es muss eigentlich der Regelfall sein, dass wir auf unseren Parteitag miteinander, mit den europäischen Gästen diskutieren, und dass ein Gast aus Europa dann auch sagen kann, was er meint, was an der deutschen Politik unzureichend ist, wo er mehr oder andere politische Initiativen der deutschen Sozialdemokratie fordert.

(BEIFALL)

Das muss die Normalität unseres europäischen Umgangs werden. Und wir müssen dann zum Beispiel auch zur britischen Labour Party gehen, um ihr Mut zu machen und ihr zu sagen, dass wir Großbritannien in Europa nicht wegen dieses irren Cameron-Kurses verlieren wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das ist das, was wir schaffen wollen.

(BEIFALL)

Also, das war so ein bisschen der Versuch, zu schildern und zu zeigen, was wir in Gang gesetzt haben. Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren da viel erreichen können.

Ich danke noch einmal herzlich Werner Faymann, Stefan Löfven, Manuel Valls und Federica Mogherini dafür, dass sie gekommen sind. Das ist ja irgendwie auch nicht so ganz normal, hierher zu kommen - Sie haben alle zu Hause genug zu tun - und sich mit uns hier auf dem Parteitag zu unterhalten und dann auch Zeit für die Debatte zu haben. Das ist ein großartiges Zeichen. Vielen Dank! Wir werden auf der Arbeit weitermachen. Alles, alles Gute für euch!

(BEIFALL)

Nana Brink, Moderatorin: Wir danken auch dem Podium, und ich gebe zurück an die Parteitagsregie. Vielen Dank.

www.youtube.com/watch?v=M9BJ9VqleZU&index=19&list=PL85IMmq0WVITNRtlcDpSYSxGb-6-7sOcs

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Auch wir bedanken uns noch einmal bei unseren Gästen für die Möglichkeit der Diskussion. Vielen Dank, dass ihr da wart und alles Gute. Bis zum nächsten Mal!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir würden gerne den Wahlgang beenden und jetzt die Stimmzettel einsammeln. Hatten alle einen Stimmzettel und konnten ihre Stimme abgeben? - Dann bitte ich jetzt darum, die Stimmzettel einzusammeln.

Wir wollen jetzt über den EU-Antrag abstimmen. Dazu hat zunächst der Vorsitzende der Antragskommission, Olaf Scholz, das Wort.

ANTRAGSBERATUNG: NEUE IMPULSE FÜR EUROPA UND WEITERE ANTRÄGE ZU EUROPA

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind ja schon sehr fortgeschritten in der Zeit. Unsere Zeitpläne sind ein bisschen durcheinandergeraten aus vielen, vielen sehr guten Gründen. Trotzdem müssen wir ja gut und fair miteinander umgehen und einen Versuch unternehmen, festzustellen, was wir heute noch miteinander beschließen können und was nicht.

Ich glaube, dass wir die meisten der Anträge, die jetzt noch im späteren Verlauf auf der Tagesordnung stehen, heute nicht mehr werden behandeln können, jedenfalls nicht so, dass das eine ernstliche Antragsdebatte ist, dass wir aber bei den Europa-Anträgen jedenfalls den Versuch untereinander machen sollten, das jetzt auch mit den Beschlüssen zu Ende zu führen, die wir sorgfältig diskutiert und vorbereitet haben.

Deshalb ist mein Vorschlag, dass wir die noch fassen, und zwar entsprechend den Vorschlägen, die die Antragskommission dazu gemacht hat, was insofern hilft, weil dabei eine ganze Reihe jetzt nicht noch einmal neu mündlich vorgebracht, sondern vorher schriftlich der Antragskommission überreichter Änderungsvorschläge übernommen worden sind. Mit den vielen Antragstellern, die das gemacht haben, hat die Antragskommission, insbesondere Peter Friedrich, sorgfältig gesprochen und jeweils gemeinsame Lösungen entwickelt.

Ich will zwei Dinge ansprechen, die dort eine Rolle spielen. Es sind noch viele, viele kleinere Punkte, die ich jetzt nicht im Einzelnen erwähnen will. Einmal geht es darum, dass wir ein klares Bekenntnis zur Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums aussprechen, was, glaube ich, ein ganz wichtiger zusätzlicher Schritt ist.

(BEIFALL)

Und das Zweite ist, dass wir noch einmal eine Stärkung des Europäischen Parlaments in den Fragen der Finanz- und Währungspolitik aufnehmen.

(BEIFALL)

Das alles, glaube ich, ist notwendig. Aber es gibt noch ein paar weitere Punkte. Die sind alle integriert.

Wenn ich euch jetzt also vorschlage, dass wir ohne weitere Debatte, aber um diesen Punkt ordentlich abzuschließen, den Initiativantrag IA 11 in der Fassung der Antragskommission, den Initiativantrag IA 13 zur Gleichstellungsstrategie, den Initiativantrag IA 19, wo es um die Freilassung von Journalisten in der Türkei geht, beschließen und dass wir dann die übrigen Anträge entsprechend den Voten der Antragskommission auch annehmen, dann sind all die Dinge, die ich eben gesagt habe, dabei, und, ich glaube, es ermöglicht uns, heute noch Beschlüsse zustande zu kriegen, ohne dass wir jetzt noch bei einer sich allmählich leerenden Versammlung eine Diskussion führen müssen. Mein Eindruck war, das geht einvernehmlich. So möchte ich euch das vorschlagen.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Olaf. - Ich würde zunächst gerne darüber abstimmen lassen, ob ihr damit einverstanden seid, dass wir die Anträge auf den Parteikonvent überweisen. Also, wir wollen die übrigen Anträge - nicht den Europa-Antrag - auf den Parteikonvent überweisen, um da Zeit zur Debatte und Abstimmung zu haben.

Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist die Mehrheit mit diesem Verfahren einverstanden. Vielen Dank.

Dann würden wir jetzt gerne zur Abstimmung über die Europa-Anträge kommen. Wer mit dem Votum der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Dann vielen herzlichen Dank für die gute Debatte und vielen herzlichen Dank für das Abstimmungsergebnis.

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich den Wahlgang für die SPE-Delegierten schließe, möchte ich noch einmal fragen: Haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? Wenn noch irgendwo einer ist, bitte hochhalten! - Okay. Dann würde ich jetzt diesen Wahlgang schließen. Herzlichen Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte um einen kleinen Moment. Wir wollen gleich zur Verabschiedung unserer bisherigen Generalsekretärin kommen. Einen kleinen Moment noch.

In der Zwischenzeit würde ich gerne die Zeit nutzen, noch einen besonderen Gast zu begrüßen. Ich freue mich, dass Manfred Stolpe unter uns ist. Herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch noch um einen Moment Geduld. Wir haben versucht, es irgendwie straff hinzubekommen. Aber wir müssen noch einen Moment warten, weil Sigmar natürlich unsere internationalen Gäste noch verabschiedet. Er wird die Verabschiedung von Yasmin Fahimi vornehmen. Ich denke, es tut euch mal gut, wenn wir noch einmal eine Minute durchschnaufen können.

Ich nutze die Gelegenheit, euch noch einen Ausblick darauf zu geben, was wir noch so Schönes mit euch vorhaben. Wir werden nach der Verabschiedung von Yasmin Fahimi zur Verleihung des Wilhelm-Dröschner-Preises kommen und dann, wie gewohnt, zum Abschied gemeinsam singen, um euch dann hoffentlich in eine gute restliche Adventszeit verabschieden zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Verabschiedung unserer bisherigen Generalsekretärin Yasmin Fahimi. Unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel hat das Wort.

VERABSCHIEDUNG YASMIN FAHIMI UND WEITERER VORSTANDSMITGLIEDER

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Die entscheidende Frage ist, wo das Geschenk ist. - Okay. - Liebe Genossinnen und Genossen, es ist der Zeitpunkt da, ein Dankeschön an Menschen zu sagen, die in den letzten beiden Jahren Besonderes geleistet haben für unsere Partei und die jetzt in andere Funktionen wechseln oder auch aus der aktiven Vorstandsarbeit der Partei ausscheiden.

Zuerst natürlich der Dank an Yasmin Fahimi. Sie tritt nicht mehr zur Wahl an, sondern wechselt als Staatssekretärin ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Ich glaube, der ganze Parteitag gratuliert dir, Yasmin, zu der Aufgabe, bei der allerdings auch noch eine Menge zu tun ist in den nächsten zwei Jahren.

(BEIFALL)

Du bleibst unserer guten Sache damit auch auf Bundesebene erhalten. Vor allen Dingen liegt vor dir, gemeinsam mit Andrea, die Durchsetzung ganz wichtiger sozialdemokratischer Reformvorhaben dieser Periode, die wir verabredet haben und wo wir zeigen müssen, dass wir die, denen wir helfen wollen, zum Beispiel die, die eine ganz niedrige Rente haben, obwohl sie lange gearbeitet haben, auch in der Flüchtlingskrise nicht vergessen. Deswegen ist das von großer Bedeutung, was das Arbeitsministerium dort, natürlich auch mit dem Blick auf Werkverträge und vieles andere, noch zu leisten hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, Yasmin hat das Willy-Brandt-Haus mit einem sehr klaren Kurs und - was man da gelegentlich braucht - auch mit Durchsetzungsvermögen geführt. Sie hat die Kampagnenfähigkeit ausgebaut und damit wichtige Voraussetzungen auch für die Landtagswahlen und die Bundestagswahl 2017 geschaffen.

Yasmin, du warst in den zwei Jahren zugleich das Gesicht der Partei, hast die SPD repräsentiert und bist dabei keiner Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen - gelegentlich auch nicht mit mir; auch das gehört dazu.

(BEIFALL)

Warum ihr gerade jetzt klatscht, weiß ich auch nicht. Aber das könnt ihr mir ja nachher noch einmal erklären.

Liebe Yasmin, natürlich sollst du deine Zeit im Willy-Brandt-Haus in bester Erinnerung behalten. Deswegen wollen wir dir ein kleines Andenken mit auf den Weg geben: eine Lithografie des Berliner Künstlers Hans Stein. Die Lithografie zeigt eine Szene aus dem Jahr 1988. Willy Brandt sitzt für ein Fernsehinterview auf einem Podest, das direkt zwischen Reichstag und Berliner Mauer aufgestellt wurde, im Hintergrund das Brandenburger Tor. Willy Brandt in Berlin, umgeben von den großen Symbolen der deutschen Geschichte und Politik, im Begriff, der Öffentlichkeit und den Medien die Linien sozialdemokratischer Politik zu erläutern. Das große Gespräch mit der Gesellschaft, diesen Gedanken Willy Brandts hast du für dich zum Maßstab gemacht, nicht zuletzt in der Nachbarschaftskampagne für die Partei. Es sind also Bezugspunkte zu deiner Amtszeit als Generalsekretärin im Willy-Brandt-Haus. Ich hoffe, es gefällt dir.

Lass mich noch eine persönliche Bemerkung anschließen. Das Amt der Generalsekretärin ist nicht nur eines der prominentesten, die die SPD zu vergeben hat, es ist auch eines der härtesten. Ich habe aufrichtigen Respekt vor deiner Leistung in diesem Amt - nicht deshalb, weil wir immer einer Meinung gewesen wären;

wir beide wollen keine Legenden stricken. Aber mir hat genau das imponiert: wie du mit unterschiedlichen Standpunkten umgegangen bist, mit offenem Visier, ohne Doppelbödigkeit. Eines will ich einmal ausdrücklich sagen: Ich war mir immer darüber im Klaren, dass ich nicht und auch niemand anders in der Partei Grund gehabt hätte, an deiner absoluten Loyalität zu zweifeln. Das ist etwas, was dich auszeichnet.

(BEIFALL)

Unterschiedliche Positionen in der Sache, aber eine Grundloyalität zueinander und zur Partei, das ist ein Beispiel, das du der Partei gegeben hast, von dem wir alle etwas mitnehmen können, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Mitglieder des Parteivorstands sind gestern ebenfalls gewählt worden. Ich möchte - ich denke, im Namen von uns allen - all denen danken, die mit dieser Wahl aus dem Parteivorstand der SPD ausscheiden.

Vielen Dank als Erstes an Jochen Poß.

(BEIFALL)

Jochen, mit dir verabschieden wir ein echtes Urgestein des Parteivorstands, wenn ich das so sagen darf. Nächstes Jahr feierst du deine 50-jährige Mitgliedschaft in der SPD - nicht im Parteivorstand. Schon 50 Jahre hältst du der Partei die Treue, und seit 1999 hast du dem Parteivorstand angehört - mit der unüberhörbaren Stimme des Ruhrgebiets. Du hast deine ganze Kompetenz eingebracht, die du in einer sehr langen und sehr erfolgreichen politischen Karriere erworben hast.

Natürlich hat das alles einmal - das ist bei allen erfolgreichen Sozialdemokraten so - bei den Falken begonnen, lieber Jochen. Ich erinnere mich gern an diverse Aufenthalte in Oer-Erkenschwick, im sozialistischen Bildungszentrum Salvador-Allende-Haus. Das muss irgendwie in den späten 70er-Jahren gewesen sein. Du warst seinerzeit als Leiter in dem Laden. Ich bin dir immer noch dankbar für, nennen wir es einmal, die große Toleranz, die du im Umgang mit uns damals gehabt hast; Einzelheiten erspare ich uns heute.

Aber selbstverständlich meine ich mit Kompetenz auch und vor allen Dingen deine große Erfahrung als Mitglied des Deutschen Bundestages, dem du seit 1980 als direkt gewählter Abgeordneter deiner Heimatstadt Gelsenkirchen angehörst - seit 1980 jede Wahl direkt gewonnen. Das sind Ziele, die wir uns setzen müssen!

(BEIFALL)

Jochen ist ein Beispiel für die in der Partei, die sagen: Miteinander zu ringen ist wichtig; aber am Ende des Tages nützt es nichts, wenn man miteinander gerungen hat und zu Hause den Wahlkreis verliert. - Deswegen hast du dich immer auch um deinen Wahlkreis gekümmert, vor allen Dingen als stellvertretender Fraktionsvorsitzender für den Bereich Finanzen, Haushalt und Europa und als Mitglied des Parteipräsidiums. Du hast über Jahre und Jahrzehnte den steuerpolitischen Sachverstand der SPD verkörpert. Du hast unserer Partei in dieser ganzen Zeit im besten Sinne des Wortes gedient, und wir danken dir herzlich.

Lieber Jochen, zumindest hast du jetzt mehr Zeit für eine andere deiner großen Lieben. Das ist ja nicht nur die SPD. Du bist nicht nur rot, sondern auch blau-weiß, genauer gesagt: königsblau und weiß.

(BEIFALL)

Insider wissen: Ich rede von Schalke 04. Jochen, du bist sozusagen ein Schalke-Falke, und auch das macht dich aus. Weniger Zeit im Gremium, dafür mehr Zeit im Stadion - ich finde, das sind gute Vorsätze fürs nächste Jahr. Alles Gute und Glück auf, Jochen, für dich und deine Arbeit!

(BEIFALL)

Ich will jetzt noch zwei verabschieden, die nicht unter uns sind. Homaira Mansury, die - das wissen viele - eine schwere Zeit hinter sich hat und zurückfindet in ein aktives, gesundheitlich geklärtes und wieder gutes Leben. Sie ist beim letzten Parteitag in den Vorstand gewählt worden und hat gleich am Anfang für frischen Wind gesorgt. Dann ist sie erkrankt und hat lange Zeit nicht mitarbeiten können. Trotzdem: Erfahrungen wie die von Homaira, die Perspektiven ihrer Generation zu haben, ist für eine Partei wie die SPD besonders wichtig. Bei ihr waren es die Themen Kommunalpolitik und Flüchtlingspolitik. Da will sie als stellvertretende Vorsitzende der Würzburger SPD und als Stadträtin auch ihre Kräfte bündeln. Wir wünschen ihr dabei viel Erfolg. Wir brauchen nämlich eine gute und erfolgreiche Kommunalpolitik. Wir wünschen dir vor allen Dingen alles Gute für deine Gesundheit. Vielen Dank, dass du dich weiter bei uns engagierst!

(BEIFALL)

Vielen Dank auch an Armin Schild, der heute nicht mehr da ist, aber die letzten beiden Tage dabei war. Er hinterlässt eine Lücke im Parteivorstand, die wir schnellstens wieder füllen müssen, denn er ist damals, als er gewählt wurde, ein aktiver IG-Metall-Bezirksleiter gewesen. Dann hat ihn die IG Metall in das Bündnis für Industrie geschickt, und er hat auch in der IG Metall nie einen Hehl daraus gemacht, wo sein politisches Herz schlägt, nämlich bei der SPD, und das auch in schwierigen Zeiten, liebe Genossinnen und Genossen. Für ihn war immer klar, dass die Einheitsgewerkschaft ein wichtiges Gut ist, dass man sie aber nicht mit parteipolitischer Neutralität und Tatenlosigkeit verwechseln darf. Mit ihm hatte die organisierte Arbeitnehmerschaft im Parteivorstand Gesicht und Stimme. So muss das auch sein.

Ich gebe zu, dass ich bedaure, dass wir ihn nicht mehr im Parteivorstand haben. Wir müssen uns darum kümmern, dass in unseren Gremien aktive Gewerkschafter sind. Sie sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil unserer sozialdemokratischen Aktivität.

Für ihn erst mal herzlichen Dank und alles Gute. Er bleibt ja der Sache und unserer gemeinsamen Arbeit verbunden. Also vielen Dank auch an Armin Schild, liebe Genossinnen und Genossen.

Jochen und Yasmin bitte ich jetzt doch mal hierher, damit ihr euch nicht nur noch einen Applaus, sondern wenigstens ein paar kleine Geschenke abholen könnt. Vielen Dank an euch!

(STARKER, LANG ANHALTENDER BEIFALL)

VERLEIHUNG DES WILHELM-DRÖSCHER-PREISES

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Sigmar.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen gleich zu Verleihung des Wilhelm-Dröschler-Preises. Danach wird gemeinsam gesungen, und dann dürfen wir euch in die restliche Adventszeit verabschieden. Der Parteivorstand trifft sich danach bitte auch noch einmal kurz auf der Bühne für ein gemeinsames Familienfoto.

Wir dürfen uns ganz herzlich an dieser Stelle vom Tagungspräsidium von euch verabschieden. Wir danken für eure Disziplin. Es war unser Ziel, euch pünktlich ins Wochenende schicken zu können, aber trotzdem Zeit für Beratungen zu haben. Wir räumen ein, es war die Quadratur des Kreises. Wir werden diese Erfahrung für die nächste Parteitagplanung mitnehmen. Das kann ich euch versichern. Aber wir danken euch ganz herzlich, dass ihr sehr gut mitgemacht habt. Wir danken vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses und auch der externen Firmen für die Durchführung dieses tollen Parteitages.

(BEIFALL)

Ich danke meinen Kollegen hier - Anke, Niels, Doris und Michael -, dass sie die Nerven gut behalten haben für die Parteitagsregie. Herzlichen Dank! Es hat mit euch Spaß gemacht.

Euch allen, liebe Genossinnen und Genossen, ein schönes Weihnachtsfest. Feiert mit euren Familien. Nehmt euch Zeit. Tinkt Kraft dafür, dass wir dann gut gemeinsam ins neue Jahr starten können.

Jetzt, liebe Heidemarie, hast du als Vorsitzende des Kuratoriums das Wort zur Verleihung des Wilhelm-Dröschler-Preises.

(BEIFALL)

Heidemarie Wiczorek-Zeul, Kuratoriumsvorsitzende Wilhelm-Dröschler-Preis: Liebe Genossinnen und Genossen! Jetzt bin ich der Meinung, dass erst mal alle Initiativen, die hier ihre Arbeit dargestellt haben, zu uns auf die Bühne kommen und dass wir ihnen auf die Art und Weise allen danken. Sie haben nämlich eine tolle Arbeit geleistet.

(LEBHAFTER BEIFALL)

In der Zwischenzeit will ich auch noch einmal den Jurymitgliedern danken, die sich das Urteilen sehr schwergemacht haben - denn alle Initiativen waren toll -, insbesondere die beide Söhne von Wilhelm Dröschler - das ist ja der Namensgeber des Preises, Peter Dröschler und Michael Dröschler, aber auch die anderen Kollegen. Ich möchte an dieser Stelle auch Inge Böttcher, die die Arbeit vom Parteivorstand aus gemacht hat, ein herzliches Dankeschön sagen, denn die hat unheimlich schuftet müssen.

(BEIFALL)

Es zerreißt einem ja das Herz, weil wir natürlich auch jeder einzelnen der 32 Initiativen einen entsprechen-

den Preis übergeben wollten. Wir haben es uns wie immer schwergemacht. Ich will aber eines für alle sagen, und ich muss sagen, es wäre auch gut, wenn die, die jetzt im aktuellen politischen Geschäft sind, da gut zuhören: Alle Initiativen haben gezeigt, dass sie sich - übrigens schon seit Jahren und natürlich besonders im Jahr 2014 - mit der Frage Integration von Menschen, die zu uns gekommen sind, von Flüchtlingen, befasst haben und das gute Zusammenleben zu einem Zeitpunkt zum Thema gemacht haben, als Frau Merkel wahrscheinlich noch gar nicht wusste, was Willkommenskultur war.

(BEIFALL)

Das haben die wirklich gezeigt. Sie sind in ihrer Arbeit dem längst vorausgegangen, was die politischen Entscheidungen anschließend nachvollzogen haben.

Wir wollen auch lobende Erwähnungen machen. Das ist jetzt kein Preis, aber ich sage es hier jetzt sehr verkürzt.

Der Ortsverein Bischmisheim aus dem Saarland hat einen Wochenmarkt zu einem kommunikativen Platz gemacht, der dem Zusammenhalt der Gemeinde dient. Eine lobende Erwähnung für das Engagement.

(BEIFALL)

Die Ambulanten Versorgungsbrücken e.V., Bremen, „Dialog der Generationen / Erzähl-Café - interkulturell und intergenerativ“. Auch eine lobende Erwähnung für diese Initiative!

(BEIFALL)

Dann zwei Initiativen, die sich mit der Frage beschäftigen: Wie geht es eigentlich in anderen Ländern der Welt, Stichwort „Flüchtlingssituation“? Einmal eine lobende Erwähnung für den Verein Nothilfe Andkhoy e.V. aus Hessen, der den Bau von Mädchenschulen in Nordafghanistan unterstützt,

(BEIFALL)

und afemdi-projekte Deutschland e.V. aus Rheinland-Pfalz, die ein Alphabetisierungsprojekt für muslimische Mädchen und Frauen in Kamerun in Gang gesetzt haben.

(BEIFALL)

Wir haben eben zur Frage Europa vieles diskutiert. Die Ortsvereine Kleve und Kranenburg aus Nordrhein-Westfalen bzw. dann aus den Niederlanden haben einen Europatag in der Grenzregion Kleve gemacht, in der Zusammenarbeit zwischen PvdA aus den Niederlanden und der SPD. Sie sagen: „Wir wollen Grenzen überwinden und nie neue Grenzen eröffnen.“ Auch das eine tolle Initiative!

(BEIFALL)

Insgesamt sind die Initiativen, die sich mit den Lehren aus der Geschichte befassen, aus unserer Sicht ganz besonders beispielhaft gewesen. Ich nenne jetzt dabei das Forum Bildungsarbeit SPD Flensburger-Mitte,

„Auf den Spuren des Widerstandes im Flensburger Norden“.

(BEIFALL)

Eine Initiative hatten wir, soweit ich mich erinnern kann, beim Wilhelm-Dröschler-Preis noch niemals. Der Initiativkreis „17. Juni 1953 Weißenfels“ aus Sachsen-Anhalt. Das ist eine wirklich beispielhafte Initiative.

(BEIFALL)

Da wurden die Dokumente des Volksaufstandes der Öffentlichkeit noch einmal bekannt gemacht, und der Zivilcourage der Bürger und Bürgerinnen der Stadt wurde gedankt und gedacht. Daraus entwickelte sich auch eine aktuelle politische Diskussion.

Wir erwähnen natürlich auch lobend den SPD-Kreisverband Schweinfurt-Stadt mit der Initiative „Schweinfurt gegen Geschichtsverfälschung“. Auch das ist ein Beispiel für eine breite öffentliche Aktion.

(BEIFALL)

Jetzt kommen wir zu den vielfältigen Preisen, die wir vergeben.

Ich bin den beiden Brüdern Dröschler ganz besonders dankbar, dass sie von der Wilhelm-Dröschler-Stiftung einen Preis in Höhe von 1.000 Euro gestiftet haben. Er wird an die Arbeitsgemeinschaft 60plus und Jusos Kinzig-Bracht für die Initiative zur Schaffung einer Genossenschaft vergeben, mit der preiswerte Wohnungen für Jung und Alt der unterschiedlichsten Schichten ermöglicht werden.

(BEIFALL)

Das muss ich auch noch dazusagen: Der Genosse Schell - er hat sich in diesen drei Tagen so angestrengt - hatte heute Nacht ein gesundheitliches Problem. Deshalb ist er heute im Rollstuhl hier oben auf der Bühne. Wir danken ihm ganz besonders. Sein Einsatz und sein ganzes Engagement sind wirklich toll.

(BEIFALL)

Dann gibt es ja den Delegierten- und Besucherpreis in Höhe von ebenfalls 1.000 Euro. Hier zeigt sich, dass es manchmal interessante Aktivierungen gibt. Die große Mehrheit der Delegierten und der Besucherinnen und Besucher hat sich entschieden, diesen Preis der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, ASF, im Bezirk Braunschweig-Niedersachsen für ihr Projekt zu geben.

(BEIFALL)

Der Titel ist immer noch aktuell, wie jede und jeder weiß: „Vorwärts Frauen ... Macht Politik“! - Es ging um ein Mentorinnenprogramm, das sehr erfolgreich gearbeitet hat. Toll!

(BEIFALL)

Ein Sonderpreis - wir sind einfallreich - in Höhe von 500 Euro geht an ContRa e.V./Niedersachsen „Lebenskünstler“. Das sind Jugendliche, die hier geboren sind, und Jugendliche, die hierher geflohen sind, die mit Kulturprojekten das Zusammenleben, die Sprache, das Engagement und die Empathie fördern. Ganz toll!

(BEIFALL)

Nun haben wir dritte Preise zu vergeben, und zwar insgesamt fünf:

Ein dritter Preis geht an den SPD-Kreisverband Lübeck für das Bürgerpraktikum. Ihr habt es wahrscheinlich alle gesehen: Das war eine Initiative, die Menschen einlädt, Politik wirklich hautnah zu begleiten.

Ich muss sagen: Das ist wirklich eine tolle Initiative, und vor allen Dingen hat sie dazu geführt, dass bei Bürgern, die Initiativen im Flüchtlingsbereich vielleicht ablehnen würden, Vorurteile überwunden werden konnten. Das ist einfach eine tolle Initiative, die diese entsprechende Würdigung wirklich verdient hat.

(BEIFALL)

Der nächste dritte Preis geht an „Bad Nenndorf ist bunt - Bündnis gegen Rechtsextremismus e. V./Niedersachsen“.

(BEIFALL)

Als Gegeninitiative gegen rechtsextreme Aufmärsche in Bad Nenndorf hat sich dieses Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ gebildet, und es hat einen breiten zivilgesellschaftlichen Widerstand aktiviert. Glückwunsch!

(BEIFALL)

Ein weiterer dritter Preis geht an AWO Freiwillig für das Projekt „HerzlichAnkommen!“

(BEIFALL)

Das Projekt „HerzlichAnkommen!“ hat das Ziel, den Flüchtlingen neben der hauptamtlichen Hilfe, die vor allen Dingen unbegleitete Jugendliche erhalten, eben auch eine begleitete und geführte Freiwilligenhilfe zu ermöglichen, womit sie beispielhaft das machen, was uns manche anempfehlen. Ihr praktiziert das aber schon längst. Glückwunsch! Ganz toll!

(BEIFALL)

Der nächste dritte Preis geht an den Stadtjugending Sondershausen e. V. aus Thüringen für die Initiative „Jugend bewegt sich“.

(BEIFALL)

Er versucht, dazu beizutragen, dass Jugendliche eben nicht Extremisten auf den Leim gehen, sondern Betei-

ligungschancen für die Gestaltung ihres eigenen Lebens und ihrer eigenen Zukunft erhalten.

Der nächste dritte Preis geht an den SPD-Ortsverein Kirchlinteln aus Niedersachsen. Glückwunsch!

(BEIFALL)

Er erinnert mit seiner Arbeit regelmäßig an die Geschichte und an die Nazi-Barbarei und hat im Rahmen der Partnerschaft zwischen Kirchlinteln und der tschechischen Stadt Letovice eine Freundschaft zu Menschen von Letovice entwickelt, die auch eine politische Kommunikation zwischen den Menschen in diesen beiden Städten zum Inhalt hat. Das ist auch eine tolle Initiative.

Damit kommen wir zu vier zweiten Preisen in Höhe von je 1.500 Euro:

Der erste zweite Preis geht an - das wird Sigmar natürlich gerne hören - SJD-Die Falken, Ortsverein Merksteine aus Nordrhein-Westfalen für die Initiative „Flüchtlinge willkommen in Alsdorf!“

(BEIFALL)

Durch Kreativität ist da wirklich vieles gelungen. Sie haben zum Beispiel auch einen eigenen Sprachführer entwickelt, der im Unterricht beim Lernen des Deutschen wirklich sinnvoll eingesetzt werden kann. Ganz toll!

Ein weiterer zweiter Preis geht an die Robert-Limpert-Berufsschule aus Ansbach.

(BEIFALL)

Eines hat uns ganz besonders beeindruckt: Diese Schule ist nach Robert Limpert benannt worden, einem jungen Mann, der am 18. April 1945 mit 20 Jahren von den Nazis in Ansbach ermordet worden ist; er wurde erhängt.

Es ist gelungen, diesem jungen Mann ein solches Gedenken zu ermöglichen. Vor allen Dingen haben sich die Schülerinnen und Schüler seiner Geschichte entsprechend genähert. Ihr habt zum Teil schon den Rap, der über Robert Limpert gemacht worden ist, von den Schülerinnen und Schülern auf der Dialogbühne im Ausstellungsbereich gehört. Also auch ein großes Dankeschön für dieses Engagement!

(BEIFALL)

Wir haben noch zwei 2. Preise. Ein 2. Preis geht an die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt aus der SPD Berlin „Macht Vielfalt“.

(BEIFALL)

Dabei ging es darum, die Menschen, die mit Migrationshintergrund und biografie hier leben, zumal in Berlin leben, in der SPD und in der politischen Arbeit stärker zum Zuge zu bringen. Das war ausgesprochen erfolgreich.

Ein letzter 2. Preis geht an BiSa - Bürger in Schulen aktiv. BiSa ist ein gemeinnütziger Verein, der Jugendliche an Grund- und Hauptschulen mit Hilfe von Ehrenamtlichen auf unterschiedlichste Weise fördert und dabei wirklich Hervorragendes leistet.

(BEIFALL)

Der 1. Preis in Höhe von 2.500 Euro geht an ein Bündnis, das unter Initiative der Jungsozialisten im Herbst 2014 in München als ehrenamtlicher Helferkreis für Flüchtlinge gebildet worden ist. Diese Junge Bündnis für Geflüchtete ist ein Zusammenschluss verschiedener politischer, kirchlicher und gewerkschaftlicher Jugendorganisationen mit dem Ziel, die Lebensbedingungen für Geflüchtete zu verbessern. Unter der Leitung der Münchener Jusos treffen sie sich, um Ideen und Informationen auszutauschen und sich auf kommunaler Ebene mit konkreten Aktionen für gemeinsame Ziele einzusetzen. Das verdient eine große, große Anerkennung!

(BEIFALL)

Damit ihr seht, wie wichtig dieses Engagement ist und was wir alle auch selbst davon haben ich nehme das jetzt als Beispiel : Als Dank haben die Flüchtlinge aus allen Regionen eine Weihnachtsfeier für ihre Helfer im Bündnis ausgerichtet. Alle Ausstellerinnen und Aussteller engagieren sich persönlich für Flüchtlinge, zum Teil in ihren Projekten, oder sie unterstützen die Initiativen vor Ort, die Willkommensbündnisse und beweisen damit das ist mein abschließendes Wort , dass die Willkommenskultur in Deutschland nicht zu brechen ist, sondern dass sie fortexistiert. Alle, die hier sind, zeigen, wie wichtig dieses Engagement ist. Vielen, vielen Dank!

(BEIFALL)

Michael Dröschcher: Gestattet mir ein Wort als Vertreter der Familie. Peter und ich haben uns gedacht, wir müssen auch der Heidi einmal danken. Wir haben hier ein Buch, das unsere Schwester Barbara über den jungen Wilhelm Dröschcher geschrieben hat. Das möchte ich dir ganz herzlich übergeben.

(BEIFALL)

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Kuratoriumsvorsitzende Wilhelm-Dröschcher-Preis: Danke sehr. - Ich denke, ihr bleibt alle hier an Bord im wahrsten Sinne des Wortes. Wir singen dann gemeinsam.

SCHLUSSWORT DES PARTEIVORSITZENDEN

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Zuerst noch einmal einen herzlichen Dank an euch alle, an die Delegierten, an die Ersatzdelegierten für das Engagement auf diesem Parteitag! Vor allen Dingen aber auch ein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses, die das alles vorbereitet haben und die uns hier einen würdigen Rahmen verschafft haben!

(BEIFALL)

Auch danke an die, die an den Gängen gegessen haben und die hier für die Sicherheit gesorgt haben, an die, die manche von uns mit Getränken und Essen versorgt haben, aber auch die, die bei den Toiletten waren und dem Parteitag geholfen haben. All den Helferinnen und Helfern hier herzlichen Dank, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Übrigens darf man denen, wenn man hinausgeht, durchaus Trinkgeld geben, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist nicht verboten. Trotz der Einhaltung des Mindestlohnes auf solchen Veranstaltungen bei der SPD ist es nicht so, dass sie übermäßig viel verdienen. Also macht das ruhig!

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Schlusswort. Was liegt nach diesem Parteitag vor uns, der ja das haben wir heute alle lesen dürfen; so wird es auch noch ein bisschen weiter berichtet werden kein einfacher war?

Das Wichtige ist, wie ich finde, dass wir uns jetzt auf drei wichtige Landtagswahlen konzentrieren und dafür sorgen, dass Malu Dreyer wieder Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz wird,

(BEIFALL)

und Katrin Budde, Nils Schmid und den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg dabei helfen, auch bessere Ergebnisse zu bekommen und Regierungen wieder anzuführen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dabei gibt es einen Gegner, den wir haben. Der Gegner ist, dass Menschen die Hoffnung verlieren, dass Wahlen etwas ändern. Denen, die nicht hingehen, kann es passieren, dass sie morgens aufwachen und ausgerechnet die in den Parlamenten haben, die sie nun gar nicht da haben wollen: die Zerstörer von Sozialstaat und Demokratie, die Rechtspopulisten und Rechtsradikalen der AfD, liebe Genossinnen und Genossen. Die müssen wir aus den Parlamenten heraushalten! Dafür müssen wir viele Menschen dazu bewegen, zur Wahl zu gehen, liebe Freundinnen und Freunde.

(BEIFALL)

Wenn die demokratische Mitte des Landes zur Wahl geht, dann haben die rechten Ränder keine Chance. Es geht um mehr als in der Vergangenheit. Allen, die glauben, mit Nationalismus könnte man den Wohlstand

mehren, müssen wir sagen: Das Gegenteil werden wir erleben. Deshalb wollen wir Wohlstand, soziale Sicherheit, aber auch Weltoffenheit, Toleranz und Menschenrechte verteidigen. Deswegen müssen wir diese Typen aus dem Parlament heraushalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dann liegt noch etwas vor uns, was wir in der Partei nach diesem Parteitag, glaube ich, machen müssen. Wir müssen nicht nur Kurs halten. Das, glaube ich, werden wir. Das ist keine Frage. Wir haben entschieden. Den Kurs auf das Zentrum der Gesellschaft, auf die Arbeit in der Mitte dieses Landes werden wir einhalten. Aber ich glaube, was wir nach diesem Parteitag auch lernen müssen, ist, aufzupassen, dass die Rigorosität nicht Einzug in die Sozialdemokratie hält.

(BEIFALL)

Willy Brandt hat nicht ohne Grund der Partei den Rat gegeben, immer eine Partei des „donnernden Sowohl-als-auch“ zu sein, weil er weiß, dass das Leben so ist, weil wir alle wissen, dass unser Leben im Alltag nicht schwarz oder weiß, richtig oder falsch, das eine oder das andere ist, sondern wir alle wissen, dass wir im Leben aufeinander zugehen müssen; sonst gelingt das eigene Leben nicht.

Rigorosität hat nichts mit dem richtigen Leben zu tun - mit der Politik auch nichts. Immer nur zu sagen, was man als wichtig empfindet, ohne den Weg dahin mit anderen zu bestreiten, führt in die Hilflosigkeit.

Und übrigens: Menschen, die den Eindruck haben, einer Partei sei es nur wichtig, bei sich selber zu sein, ohne zu gucken, wie sie Mehrheiten gewinnt, denen kann ich sagen: Diese Partei wird keinen Erfolg haben. - Wir wollen aber Erfolg haben, und wir haben schon viel Erfolg in Deutschland.

Lasst uns also dafür sorgen, dass wir nicht in Rigorosität und Selbstzufriedenheit stehen bleiben, sondern dass es eine gemeinsame Sozialdemokratie gibt, die einander achtet, die unterschiedliche Positionen notfalls hart austrägt, die auch mal Wahlen so entscheiden kann, wie wir sie entschieden haben, aber die am Ende des Tages für die gemeinsame Sache kämpft und nicht gegeneinander. Das ist das Wichtigste, was wir bewahren müssen.

Vielen Dank! Glück auf! Frohe Weihnachten und guten Rutsch ins neue Jahr!

(BEIFALL)

www.youtube.com/watch?v=dxrpHMcluGE&index=20&list=PL85IMmq0WVITNRTlcDpSYSxGb-6-7sOcs

- LIED: „DEUTSCHE ARBEITERMARSEILLAISE“ UND „WANN WIR SCHREITEN SEIT' AN SEIT'“ -

ENDE DES PARTEITAGES: 14.17 UHR

ANHANG

Vorwort	491
1. Einnahmeentwicklung	494
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	494
1.2 Die staatliche Teilfinanzierung	495
1.3 Die Einnahmen aus Spenden	495
1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring	497
1.5 Die Einnahmen aus Vermögen	498
1.6 Parteiinterner Finanzausgleich	498
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	500
3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	502
4. Der Unternehmensbereich	503
4.1 Konzentration GmbH	503
4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH	504
4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	505
5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich	510

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 26. Januar 2014 haben mich die Delegierten des damaligen Bundesparteitages zum Schatzmeister unserer Partei gewählt. Ich freue mich daher, meinen ersten Finanzbericht zu diesem Parteitag vorlegen zu können.

Das mir von Euch übertragene Amt empfinde ich als eine große Ehre und Verantwortung. Die Sicherung unseres Parteivermögens und damit die Bewahrung der langfristigen finanziellen Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellen den Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister dar.

Wer die langfristige finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht, darf in seiner Ausgabenpolitik die zukünftige Entwicklung der Kostenseite genau so wenig aus dem Blick verlieren, wie mögliche Gefahren bei der Entwicklung der Einnahmen. Wenn die Mitgliederzahl weiter sinken sollte und es uns nicht gelingt – gegen den Trend sinkender Wahlbeteiligungen – wieder signifikant mehr Wählerstimmen bei Landtags- und Bundestagswahlen zu erhalten, werden wir zukünftig weniger Einnahmen haben. Wer weniger einnimmt, muss bei seinen Ausgaben sparen.

Und wenn wir von den Ausgaben reden, müssen wir auf die großen Kostenblöcke schauen: Wahlkämpfe und Personalkosten. Wir werden die Aufgabe zu meistern haben, mit weniger Mitteln bessere Wahlkämpfe machen zu müssen und mit weniger an Personal trotzdem die ehrenamtlichen Strukturen zu entlasten. Dies wird nur funktionieren, wenn wir unsere vorhandenen Ressourcen mit großem Bedacht einsetzen. Schon im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2017, aber erst recht danach müssen wir unsere Bemühungen, das WBH noch mehr als bisher zu einer Serviceeinrichtung für alle Gliederungen weiter zu entwickeln, verstärken. Es geht darum, am Ende die Dienstleistungen zu erbringen, die die Gliederungen auch wirklich brauchen.

Die Frage nach einem möglichst optimalen Einsatz der begrenzten Ressourcen erfordert darüber hinaus eine klare Prioritätensetzung und eine bessere Nutzung von Synergieeffekten: So könnten beispielsweise durch die Bündelung von administrativen Aufgaben in regionalen Service Centern nicht nur unnötige Kosten eingespart, sondern auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort von Verwaltungsarbeit entlastet werden.

Spätestens nach dem Bundestagswahlkampf werden die Generalsekretärin und ich gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden Gespräche führen, wie zukünftig durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand in den Bereichen Administration, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit Synergien geschaffen werden können, welche die Partei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her entlasten würden. Dazu wollen wir dann gemeinsame Zielvereinbarungen erarbeiten, um verlässliche und ergebnisorientierte Arbeitsstrukturen zu schaffen.

Mit dem Parteivorsitzenden und der Generalsekretärin bin ich mir darin einig, dass wir in der nächsten Jahren auf allen Ebenen der Partei erhebliche Investitionen in den Bereichen der EDV-Ausstattung, moderner Informations- und Kommunikationsplattformen sowie eines professionellen Datenmanagements für erfolgreiche Wahl- und Kommunikationskampagnen auf den Weg bringen müssen. Nur so können wir unter den Rahmenbedingungen des „Digitalen Zeitalters“ überhaupt noch kampagnen- und kommunikationsfähig bleiben. Auch hier müssen der PV und Bezirke, bzw. Landesverbände in Zukunft nicht nur enger zusammenarbeiten, sondern

auch ihre begrenzten Ressourcen gut aufeinander abgestimmt einsetzen.

Einen nicht unerheblichen Teil unseres Vermögens machen unsere Immobilien aus. Um dieses Immobilienvermögen gut verwalten, instand halten und nach Möglichkeit weiterentwickeln zu können, habe ich als Treuhänder den Geschäftsführer der Konzentration GmbH Anfang des vergangenen Jahres mit einer grundlegenden Restrukturierung dieses Bereichs beauftragt und die Umsetzung des bis 2018 laufenden Konzepts intensiv unterstützt. Ich freue mich, dass wir so einen drohenden Liquiditätsengpass nicht nur abwenden, sondern mittlerweile die Werthaltigkeit und die Liquidität unseres Immobilienbereichs deutlich verbessern konnten. Es geht wirtschaftlich aufwärts, wir haben unsere Etappenziele sämtlich erreicht und teilweise übertroffen. Ich möchte diesen Weg weiter beschreiten.

Die in der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) gebündelten Beteiligungen bilden zusammen mit dem wertmäßig kleineren Immobilienbereich den Kern des heutigen Parteivermögens. Diese Beteiligungen haben viele Jahre mit ihren Ausschüttungen einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei geleistet und es darüber hinaus der ddvg ermöglicht, die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen und Kulturaktivitäten abzusichern.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass dieses heutige Vermögen der Partei auf der großen Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Die Bewahrung und Weiterentwicklung dieses Vermögens muss dieser Entstehungsgeschichte Rechnung tragen. Es gibt eine historische Verpflichtung gegenüber den Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Diese unter oft entbehrungsreichen Umständen geschaffenen Werte sind heute zum größten Teil in Form von Beteiligungen an Printmedien in der ddvg organisiert. Dieses Vermögen darf nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden, sondern muss durch eine umsichtige Unternehmenspolitik auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!

Ich habe deshalb als Treuhänder der ddvg erstmals unseren Unternehmensbereich in umfassender Weise extern begutachten lassen, um aus den Erkenntnissen dieser Gutachten die ddvg so weiter zu entwickeln, dass sie auch weiterhin mit einem modernen und nachhaltigen Geschäftsmodell für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Ich freue mich, dass unser Unternehmensbereich auch weiterhin mit stabilen Ergebnissen zu den Einnahmen bei der SPD beitragen konnte. Das Unternehmensergebnis der ddvg zeigt 2013 und 2014 ein stabil positives Bild, nachdem die Zahlen des Jahres 2012 insbesondere durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a. M. GmbH (Frankfurter Rundschau)“ geprägt waren. Die ddvg hat sehr frühzeitig dafür geworben, sich auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns rechtzeitig vorzubereiten und hat sich gemeinsam mit ihren Beteiligungsverlagen zügig – an die Umsetzung dieses komplexen Themas begeben.

In der Neuen Westfälischen, der einzigen Mehrheitsbeteiligung der ddvg an einer Regionalzeitung, wurden in drei neu gegründeten Zustellgesellschaften die Voraussetzungen geschaffen, um bereits seit dem 1. Januar 2015 – ohne Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung des Mindestlohngesetzes – einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR zuzüglich Nachtzuschlägen zu zahlen.

Von den dramatischen Rückgängen auf dem Anzeigenmarkt sind auch der vorwärts und die DEMO nicht verschont geblieben. Um beide Zeitungen trotzdem langfristig absichern zu können, habe ich mich hier zu

grundlegenden Restrukturierungsmaßnahmen entschlossen: Defizitäre Projekte in der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft wurden beendet oder kostendeckend umgestaltet. Die DEMO wird nun kostengünstiger im Zeitungsformat produziert. Mit der Konzentration auf sechs Printausgaben im Jahr konnten wir ohne Kostenausweitung den Ausbau von vorwärts.de als moderner Debattenplattform im Internet voran bringen. Neben vorwärts Print mit der DEMO und vorwärts online, bildet unsere Agentur Network Media (NWMD) in neuen attraktiven Räumlichkeiten die zweite Säule des neuen Strukturierungskonzeptes.

Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, die Berliner Sparkasse als neue „Hausbank“ des SPD Parteivorstandes gewinnen zu können. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse bezieht auch ddvg, VBB und die Konzentration mit ein, sodass wir die Voraussetzungen für ein gemeinsames „Liquiditätsmonitoring“ des PV und seiner Unternehmen geschaffen haben. So können wir jetzt alle eine kostenschonende Finanzplanung angehen, die dann auch in ein gemeinsames Liquiditätsmanagement münden soll. Darüber hinaus sehen wir unsere Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse auch noch einmal als ein politisches Zeichen der Sozialdemokratie für den Sparkassen Sektor.

Immer wieder wird auch die Frage der Transparenz der Parteienfinanzierung zu einem öffentlichen Thema. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hier für alle konstruktiven Vorschläge, welche die jetzt schon hohe Transparenz weiter verbessern, sehr offen. Allerdings müssen sie Rechtsicherheit bieten, zweifelsfrei handhabbar und kontrollierbar sein, und sie dürfen die Arbeit unserer ca. 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer nicht zusätzlich belasten. So kann ich mir durchaus vorstellen, die Grenze für die unverzügliche Veröffentlichung von Spenden von 50.000 auf 25.000 EUR herabzusetzen. Auch die namentliche Veröffentlichung von Spendern im Rechenschaftsbericht ab 5.000 EUR (jetzt 10.000 EUR) kann ich mir gut vorstellen.

Auch über die Sponsoring Einnahmen der Parteien wird viel spekuliert. Allerdings sind zumindest in der SPD diese Einnahmen übersichtlich: Selbst in Jahren mit einem mehrtägigen Parteitag machen beim Parteivorstand die Einnahmen aus Sponsoring weniger als 1 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Um jedoch dem Verdacht zu begegnen, mit Sponsoring würde die Veröffentlichungspflicht bei Spenden umgangen, befürworte ich Änderungen im Parteiengesetz, welche die gesonderte Ausweisung von Einnahmen aus Sponsoring im Rechenschaftsbericht vorsehen.

Das Jahr 2013 war geprägt von der Bundestagswahl und unserem Mitgliedervotum. Wir konnten mit dem Mitgliedervotum die Partei sehr stark mobilisieren, die große Beteiligung und Zustimmung von fast 76 Prozent in die große Koalition zu gehen, hat uns bestärkt. Natürlich sind dabei auch hohe Kosten entstanden. Die Kosten wurden von der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnen-Konferenz sowie der Kontrollkommission geprüft. Die Mittelverwendung wurde nicht beanstandet. Ihr findet dazu eine detaillierte Übersicht in diesem Finanzbericht. Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnen-Konferenz sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Ein ganz großes Dankeschön möchte ich aber allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort sagen!

Euer

Dietmar Nietan

1. EINNAHMEENTWICKLUNG

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Auch in den Jahren 2013 und 2014 stellen die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge mit etwa 44,5 Prozent (2013) bzw. 46 Prozent (2014) der Gesamteinnahmen die wichtigste Einnahmequelle der SPD dar.

In absoluten Zahlen bedeutet dies Beitragseinnahmen von 73,18 Mio. EUR für 2013 und 74,45 Mio. EUR für 2014. Diese verteilen sich wie folgt:

(in EUR)	2013	2014
Mitgliedsbeiträge	49,56 Mio.	49,99 Mio.
Mandatsträgerbeiträge	23,62 Mio.	24,46 Mio.

Seit dem Jahr 1990 haben wir mehr als die Hälfte der Mitglieder verloren. Waren damals noch 943.402 Personen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, waren es Ende 2013 473.662 Personen und Ende des Jahres 2014 noch 459.902 Personen, von 2013 auf 2014 ist dies ein Rückgang um 2,9 Prozent.

Sie zahlten im Durchschnitt einen Beitrag von 8,72 EUR (2013) bzw. 9,06 EUR (2014).

Trotz sinkender Mitgliederzahlen konnten wir die Beitragseinnahmen sogar leicht erhöhen: Von 47,48 Mio. EUR (2011) bzw. 49,08 Mio. EUR (2012) auf 49,56 Mio. EUR (2013) bzw. 49,99 Mio. EUR (2014).

Wie auch in den Vorjahren liegt der Grund für die Mehreinnahmen unter anderem an der jährlich stattfindenden Beitragsanpassung, gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung. Diese orientiert sich an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen. Die Erhöhungen betragen im Jahr 2013 2,5 Prozent bzw. 2,1 Prozent in 2014. Der Großteil der Mitglieder hat diese Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten Widerspruch ein.

Angesichts der demographischen Struktur der Mitgliedschaft der SPD ist allerdings absehbar, dass langfristig unsere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sinken werden, wenn wir nicht auf allen Ebenen unsere Bemühungen um Beitragsehrlichkeit und Mitgliederwerbung verstärken.

85 Cent pro Beitragseuro verbleiben, nach Abzug der Anteile für die Strukturhilfe, den Innovationsfonds und den Anteil für den „vorwärts“ bei den Landesverbänden und Bezirken, sowie den nachgeordneten Gliederungen, für die die kontinuierliche Anpassung der Beiträge für die Finanzierung der Politik vor Ort von großer Wichtigkeit ist. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Cent.

Einen weiteren wichtigen Finanzierungsbeitrag zu unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort, leisteten mit 23,62 Mio. EUR in 2013 und 24,46 Mio. EUR in 2014 unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Das waren 14,35 Prozent (2013) bzw. 15,1 Prozent (2014) der Gesamteinnahmen.

Dass manche Gliederungen zulassen, dass Mandatsträger keine oder nur sehr geringe Mandatsträgerabgaben abführen, widerspricht dem sozialdemokratischen Gedanken der Solidarität. Gerade hier haben Mandatsträger eine besondere Vorbildfunktion.

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Für die staatliche Parteienfinanzierung müssen folgende Parameter beachtet werden:

- Anzahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (maximal 3.300 EUR je Person): hierzu zählen die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge, sowie die Spenden

Sowohl die Wählerstimmen, als auch die Beiträge und Spenden können als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung angesehen werden. Der Anteil an den staatlichen Mitteln erhöht sich, je stärker also eine Partei von Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR, er erhöhte sich erst mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011. Seit dem Jahr 2013 erhöht sich der Gesamtbetrag jährlich entsprechend des Preisindizes' der für eine Partei typischen Ausgaben. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt. Der Anspruchsbetrag für alle Parteien belief sich im Jahr 2013 auf 153,47 Mio. EUR, der Anteil der SPD lag hier bei 47,90 Mio. EUR. Im Jahr 2014 betrug die absolute Obergrenze 156,74 Mio. EUR, die SPD erhielt hiervon 48,65 Mio. EUR.

Damit entsprachen die Staatlichen Mittel einem Anteil von ca. 29 Prozent im Jahr 2013 und ca. 30 Prozent im Jahr 2014 an den Gesamteinnahmen der SPD. Die Landesverbände und Bezirke erhalten im Rahmen des Parteiinternen Finanzausgleiches ein Drittel der für die SPD festgesetzten Mittel zzgl. eines Zuschusses für die Spendenerfassung in Höhe von 80.000 EUR (siehe 1.6).

1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Bundestagswahlen spielen auf allen Ebenen der Partei auch für die Spendenwerbung eine wichtige Rolle. Dies wurde auch im Jahr 2013 wieder deutlich. Die Gesamtpartei konnte die Einnahmen aus Spenden gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern: Insgesamt wurden Spenden in Höhe von 14,96 Mio. EUR eingenommen. Und traditionell stammt der Großteil von Menschen, die uns mit kleineren und kleinsten Spenden unterstützt haben. Der Anteil der Unternehmensspenden lag lediglich bei 2,9 Million EUR. Der Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen betrug im Jahr 2013 damit 9,1 Prozent gegenüber 6,94 Prozent im Vorjahr.

Erfreulich ist, dass dieses Niveau der Spendeneinnahmen im Folgejahr insgesamt gehalten, bei den Spenden von natürlichen Personen, sogar leicht verbessert werden konnte: So liegen die Spendeneinnahmen 2014 nach vorläufigen Zahlen bei insgesamt 15,1 Mio. EUR und damit bei 9,34 Prozent der Gesamteinnahmen.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2013

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	Bgo/ Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32
1998– 2013	222.066		424.838		157.348		582.185	71.016		151.089		41.384	

Angaben in Tsd. Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2013

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Bgo/ Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31
1998– 2013	42.909		136.316		60.309		8.608		39.897		877	
☒		1,66		5,92		9,36		1,86		8,01		0,23

Angaben in Tsd. Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

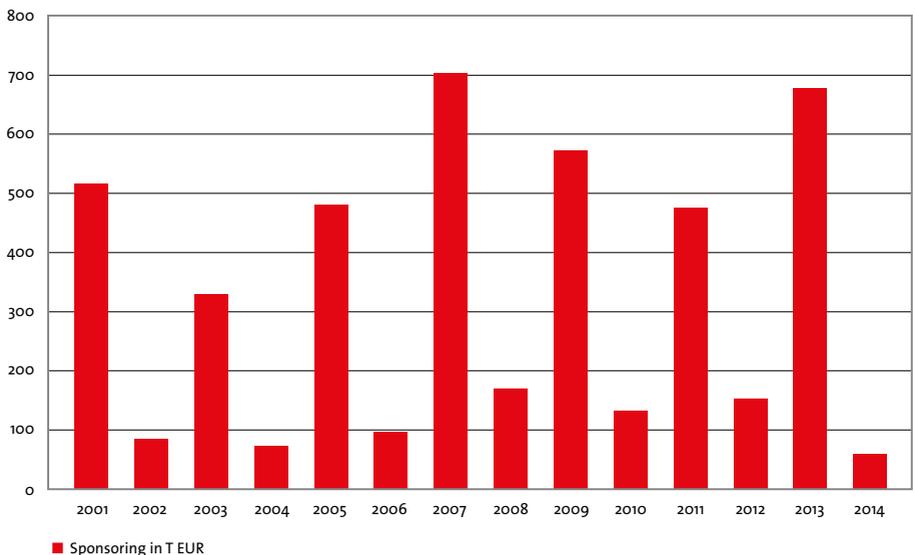
Drei Konstanten bleiben unverändert: Nach wie vor stammt der Großteil der Spenden an die SPD von den Genossinnen und Genossen, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beitragszahlungen unterstützen. Spenden aus der Wirtschaft spielen also weiterhin eine untergeordnete Rolle für unsere Partei. Dies ist, ebenfalls unverändert, bei den sog. bürgerlichen Parteien anders: Insgesamt erzielen sie höhere Spendeneinnahmen und besonders höhere Spendeneinnahmen aus der Wirtschaft. Und damit bleibt es auch dabei, dass der Vorwurf, die Parteien machten sich abhängig von Spenden aus der Wirtschaft, auf die SPD jedenfalls nicht zutrifft.

Im Klartext: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt mehr als eine halbe Milliarde EUR an Spenden eingenommen. Verglichen mit den Spendeneinnahmen der SPD in diesem Zeitraum bedeutet dies einen durchschnittlich jährlichen Vorteil von deutlich über 20 Mio. EUR für CDU und CSU.

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring

Die Einnahmeentwicklung aus Sponsoring im Berichtszeitraum zeigt eindrücklich, wie stark die Einnahmen von den Veranstaltungsformaten abhängen. 2013 fanden zwei Bundesparteitage statt: der a.o. Bundesparteitag in Augsburg und der ordentliche Bundesparteitag in Leipzig. Zudem wurden im Rahmen des Partei-jubiläums „150 Jahre SPD“ mit dem Festakt in Leipzig und dem „Deutschlandfest“ in Berlin weitere Großveranstaltungen organisiert. Diese Ereignisse mit breiter (Medien-) Öffentlichkeit boten den Ausstellern und Sponsoren einen attraktiven Rahmen zur Präsentation. Die Einnahmen reichten trotzdem bei weitem nicht, um diese Veranstaltungen zu finanzieren. Sie bereichern jedoch unsere Veranstaltungen in dem Sinne, dass sie den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft (unter den Blicken von hunderten von Journalisten!) förderten. Wir bieten im Rahmen der Großveranstaltungen aber auch nichtkommerziellen Ausstellern, wie parteinahen Organisationen, gemeinnützigen Vereinen, Fraktionen oder Stiftungen die Möglichkeit der Prä-

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen in T Euro



sensation und des Austauschs mit Delegierten und Gästen. Im Gegensatz zu Unternehmen und Wirtschaftsverbänden zahlen sie jedoch keine Ausstellermiete.

2014 boten der a.o. Bundesparteitag in Berlin zu Beginn des Jahres (mit geringer Ausstellerfläche), der traditionelle Filmabend anlässlich der Berlinale im Willy-Brandt-Haus und der Wirtschaftsempfang mit der Verleihung des Innovationspreises in Berlin die Möglichkeit eines werbewirksamen Auftritts für Sponsoren. Bei den Arbeitsgemeinschaften waren im Berichtsraum hauptsächlich die Jusos mit ihren Bundeskonferenzen als Zielgruppe für Sponsorenaktivitäten von Interesse.

Die Einnahmen aus Sponsoring sind im Rechenschaftsbericht eingeflossen unter der Position „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeiten“. Dem Vorwurf, dass Parteien ihre Sponsoringeinnahmen in der Position verschleiern, treten wir entgegen.

Die fortgesetzte Veröffentlichung der Sponsoringeinnahmen im Finanzbericht (Abb S. 13) soll zur Transparenz beitragen und sie in einer realistischen Relation zu den übrigen Einnahmen setzen.

Um eine gesonderte Einnahmeposition im Rechenschaftsbericht der Parteien zu verankern, müsste das Parteiengesetz geändert werden. Dafür fehlt es leider im 18. Deutschen Bundestag an einer fraktionsübergreifenden Mehrheit.

1.5 Einnahmen aus Vermögen

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg).

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2011/2012 9,7 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2013/2014 noch rund 8,7 Mio. EUR ausgeschüttet (alle Angaben jeweils vor Steuern).

Knapp die Hälfte diente wieder der Reduzierung der Finanzierungsraten für das Willy-Brandt-Haus, der verbleibende Betrag der Tilgung der auf die Bruttoausschüttung entfallenen Steuer und der Parteiarbeit.

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Den Parteiinternen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden/Bezirken gibt es seit 1994, dem Jahr der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse.

Als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel dienen neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen. Die Einbeziehung der Zuwendungen führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederzahl waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 31 Prozent für die Landesverbände und 69 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln wird über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände weitergegeben.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 Prozent zu 15 Prozent zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Verteilung aus staatlichen Mitteln in Tausend EUR

	1991 – 1993		1994 – 2001		2002 – 2010		2011 – 2012		2013 – 2014		Veränderung ggü. 1991 – 1993	
	Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr			
	T EUR	%	T EUR	%								
Landesverbände												
von den Landtagen	13.302		7.403		5.450		5.008		5.407			
aus Finanzausgleich	0		8.141		8.923		9.738		9.765			
LV-Gesamt	13.302	30	15.544	33	14.373	34	14.746	33	15.172	34	1.444	10,9
Parteivorstand	30.996	70	31.541	67	28.459	66	30.233	67	33.101	69	-763	-2,5
SPD-Gesamt	44.298	100	47.085	100	42.832	100	44.979	100	48.273	100	681	1,5

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. €; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR; 2013, 154,1 Mio. EUR; 2014, 156,7 Mio. EUR.

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

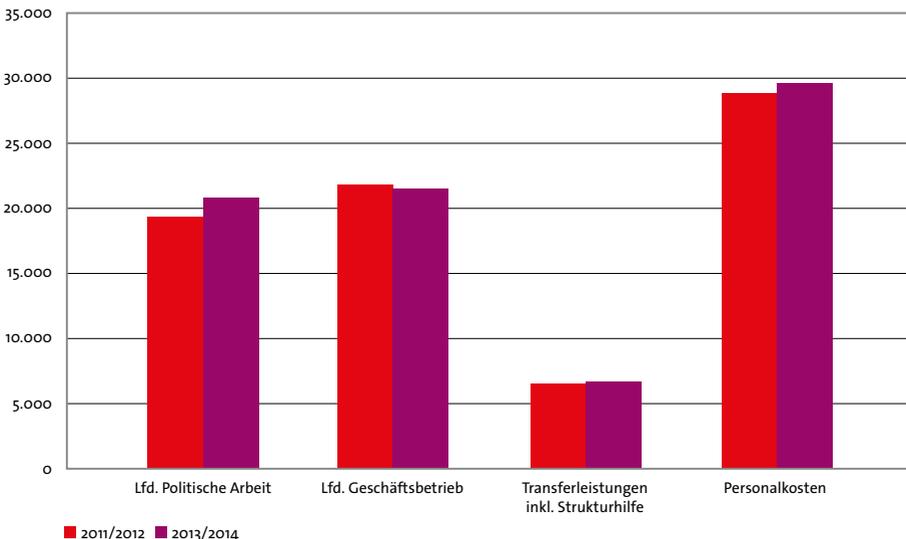
Die Haushaltsjahre 2013 und 2014 standen unter dem Zeichen von besonderen Herausforderungen. Gemeint sind hier natürlich die Aufstellung und Bewirtschaftung des Bundestags- und Europawahlkampfes, aber auch die Finanzierung eines angemessenen 150-Jahre-Jubiläums.

Die wichtigsten Einnahmen sind neben den Spenden nach wie vor die Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 18,2 Prozent (2011/2012: 20,1 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 56,9 Prozent betrug (2011/2012: 64,1 Prozent). Insgesamt sind die Einnahmen weiterhin rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 26,5 Prozent gegenüber 2011/2012 einem Anteil von 25,3 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2011/2012 einem Anteil von 28,5 Prozent und im Berichtszeitraum 27,3 Prozent. Die Entwicklung der der Kosten für die EDV ist weiterhin positiv. Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum 2013/2014 gegenüber 2011/2012 annähernd gleich geblieben. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,3 Prozent (2011/2012: 8,4 Prozent). Zusätzlich erhielten die Landesverbände und Bezirke im Rahmen des Bundestags-Wahlkampfes ca. 2,1 Mio. EUR und im Rahmen des Europa-Wahlkampfes ca. 1,5 Mio. EUR. Der Anteil der Personalkosten sank leicht von 37,8 Prozent in 2011/2012 auf 37,7 Prozent.

Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Wahlkampfzentrale für den Bundestags- und Europawahlkampf befand sich 2013 und 2014 im Willy-Brandt-Haus. Für beide Wahlkämpfe wurden insgesamt ca. 29,3 Mio. Euro aufgewandt. Dies entsprach dem vorgegebenen Budget. Für das 150 Jahre Jubiläum im Jahr 2013 wurden insgesamt 5,3 Mio. Euro aufgewendet. Einen Großteil der Kosten verursachten hier das Deutschlandfest am Brandenburger Tor in Berlin und der Festakt in Leipzig.

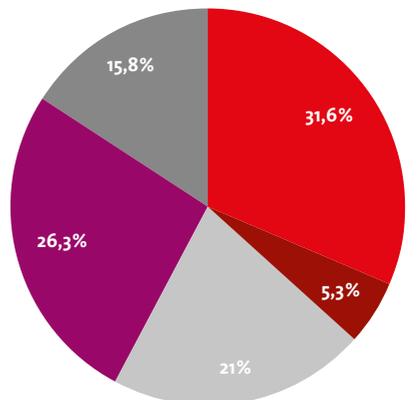
Ein großer Erfolg war auch das Mitgliedervotum im Dezember 2013. Hierfür musste ein Nachtragshaushalt durch den Parteivorstand beschlossen werden. Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 1,9 Mio. Euro, wobei zwei Drittel durch den Parteivorstand und ein Drittel durch die Landesverbände und Bezirke getragen wurde. Sowohl die Schatzmeister- und Kassiererkonferenz, als auch die Kontrollkommission stellten fest, dass die Mittelbewirtschaftung, sowie die Art und Weise der Kostenteilung nachvollziehbar und gerechtfertigt waren.

Die Kosten verteilen sich wie folgt:

Produktion und Verarbeitung der Abstimmungsunterlagen ca. 0,6 Mio. EUR, der Sondervorwärts mit dem abgedruckten Koalitionsvertrag ca. 0,4 Mio. EUR, Mediakosten ca. 0,5 Mio. EUR, Auftakt + Regionalkonferenzen 0,1 Mio. EUR, Auszählung + MPZK + Notar 0,3 Mio EUR.

Neben der unterjährig regelmäßigen Prüfung der Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes durch die Kontrollkommission wurde die Haushaltsführung für die Jahre 2013 und 2014 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen.

Kosten Mitgliedervotum



■ Produktion und Verarbeitung Abstimmungsunterlagen (0,6 Mio. EUR)
■ Auftakt, Regionalkonferenzen, Broschüre (0,1 Mio. EUR)
■ Sondervorwärts inkl. Koalitionsvertrag (0,4 Mio. EUR)
■ Mediakosten (0,5 Mio. EUR)
■ Auszählung Mitgliedervotum, Notarkosten (0,3 Mio. EUR)
Gesamtkosten 1,9 Mio. EUR

3. STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Der 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossene, vom Mitgliedsbeitrag einbehaltene Anteil für die Strukturhilfe, liegt seit Jahren konstant bei 0,26 EUR je Monatsbeitrag.

Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände in den Jahren 2013 und 2014 hieraus zusammen 2,9 Mio. EUR. Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 1,13 Mio. EUR geleistet, wobei auf das Jahr 2013 600 TEUR und 525 TEUR auf 2014 entfallen.

Im Jahr 2013 macht das einen Gesamtbetrag von 2,05 Mio. EUR und im Jahr 2014 von 1,95 Mio. EUR aus.

Auch in den kommenden Jahren wird eine solche solidarische Strukturhilfe notwendig sein, um eine handlungsfähige Parteiorganisation in den ostdeutschen Landesverbänden weiter zu ermöglichen.

4. UNTERNEHMENSBEREICH

4.1 Konzentration GmbH

Die Konzentration GmbH verwaltet neben eigenen Immobilien treuhänderisch das Immobilienvermögen der Partei. Sie nimmt dabei die Eigentumsrechte des Parteivorstands entsprechend der Finanzordnung wahr und unterstützt Parteilgliederungen vor Ort auf Wunsch mit weiteren Dienstleistungen – angefangen bei der Rechtsberatung, dem Umgang mit Behörden, Miteigentümern usw. über die Steuerung von Umbau- und Sanierungsprojekten bis zur Vollverwaltung der Objekte.

Daneben wurde in den vergangenen 20 Jahren die Restitution enteigneten Parteivermögens in den neuen Bundesländern betrieben. Es konnte ein Immobilienportfolio gesichert werden, das mit erheblichem finanziellem Aufwand saniert wurde.

Das Ende der Restitution bedeutet für die Konzentration GmbH einen tiefen Einschnitt: in organisatorischer wie auch in finanzieller Hinsicht. Die mit der Restitution verbundenen erheblichen finanziellen Zuflüsse (z.B. aus Kaufpreisauskehrungen) stehen fortan nicht mehr zur Verfügung und das Tätigkeitsprofil des Unternehmens ändert sich: weg von großen Instandsetzungsprojekten zur laufenden Verwaltung und Entwicklung des vorhandenen Portfolios.

Der Schatzmeister hat daher ein mittelfristiges und durchgerechnetes Konzept für die weitere Entwicklung des Immobilienportfolios beauftragt, das einvernehmlich mit der Geschäftsführung der Konzentration GmbH im Sommer 2014 verabschiedet werden konnte. Es sieht bis Ende 2018 eine weitreichende Neustrukturierung der Finanzierung des Vermögens, eine deutliche Reduzierung der Verschuldensquoten (i.e. Anteil der Bankverbindlichkeiten am Wert des Portfolios), einen teilweisen Umbau dieses Portfolios und selektive Zukäufe vor.

Daneben hat der Parteivorstand mit einem anteiligen Verzicht auf eigene Darlehen dazu beigetragen, die Bilanzqualität seines Treuhandvermögens kurzfristig zu verbessern, so dass die Neuausrichtung in Kooperation mit den kreditgebenden Banken Schritt für Schritt umgesetzt werden kann.

Bis Ende 2015 werden voraussichtlich Kreditvolumina von grob 10,2 Mio. EUR gegenüber Kreditinstituten neu verhandelt und strukturiert sein, insgesamt 10 Objekte veräußert (größtenteils unsanierte Restitutionsobjekte) und 7 Objekte erworben, die allesamt einen positiven Liquiditätseffekt bei überschaubarem Investitionsaufwand aufweisen. Damit kann das Portfolio stabilisiert werden und wird gegen über zukünftig möglichen Zinssteigerungen nachhaltig „wetterfest“.

Nach dem Restrukturierungsplan werden von 2016 bis 2018 weitere 7 Mio. EUR neu strukturiert, wobei nach den Vorgaben des Schatzmeisters die weitere Schuldentilgung Vorrang vor Investitionen haben wird. Die Konzentration GmbH wird bei Investitionen in neue Objekte sehr selektiv vorgehen und die derzeit teilweise absurden Preisvorstellungen von Verkäufern in begehrten Lagen nicht bedienen. Ein besonderes Projekt stellt der beabsichtigte Neubau eines Herbert-Wehner-Hauses in Dresden dar. Unweit des Landtags, am Rande der Dresdner Altstadt, konnte im August dieses Jahres ein Grundstück erworben werden, das die

Konzentration GmbH nach den derzeit vorliegenden Plänen mit einem multifunktionalen Gebäude (Büro, Tagung, Wohnen) bebaut wird. Die Arbeiterwohlfahrt Sachsen und das Herbert Wehner Bildungswerk haben bereits Absichtserklärungen unterzeichnet, um Flächen in diesem Gebäude zu erwerben. Baubeginn wird voraussichtlich im Mai 2016 sein. Die sächsische SPD wird das Haus als neues Parteihaus nutzen.

Mit dem Bau in Dresden verfolgen wir weiterhin die Strategie, das Immobilienportfolio nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach organisationspolitischen Erfordernissen umzubauen: Immobilieneigentum in den Landes-Hauptstädten und in wichtigen Ober- und Mittelzentren stützt die Organisation und stellt eine wichtige Säule der kontinuierlichen politischen Arbeit dar.

Wir ermutigen und unterstützen daher Gliederungen vor Ort, Immobilien-Eigentum zu erwerben, nachhaltig zu finanzieren und zu pflegen. Dazu steht auf Seiten der Konzentration GmbH ein internes wie externes Netzwerk von Spezialisten zur Verfügung, egal ob es um die Marktevaluation, Machbarkeit, Finanzierung, Umbau, Sanierung, Vermietung oder Verwaltung geht.

Wir sehen uns hier auch weiterhin in allen Fragen des Immobilienbereichs als einen Dienstleister für die Partei und ihre Gliederungen.

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Im Mai 2016 wird das Willy-Brandt-Haus den 20. Geburtstag als Parteizentrale der SPD feiern.

Seit dem Einzug im Sommer 1999 wird das Haus intensiv von der Partei (und anderen Mietern) genutzt. Das Gebäude- mit der auf dem Dach wehenden Fahne – wurde in kurzer Zeit als Zentrale der SPD bekannt und konnte sich als Tagungs- und Veranstaltungsort gut am Markt etablieren. Davon zeugen die hohen Besucherzahlen der Ausstellungen genauso wie das Interesse von Externen, Veranstaltungen im Hause zu realisieren.

Das Willy-Brandt-Haus war von Anfang an als „offenes“ Haus konzipiert, und zwar nicht nur in baulicher Hinsicht, sondern auch als ein Gebäude, das über die Partei hinaus wirkt. Es sollte ein Ort politischer, kultureller und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung werden. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Auch dank des Einsatzes des „Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.“, der mit zahlreichen Ausstellungen und Veranstaltungen einen unverzichtbaren Beitrag für ein lebendiges und offenes Haus leistet.

Der laufende Betrieb des Willy-Brandt-Hauses obliegt der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH, die als parteieigenes Unternehmen treuhänderisch die Eigentumsrechte des Parteivorstands wahrnimmt und die Liegenschaftsverwaltung sowie den anspruchsvollen Betrieb – vom Handy-Management des Parteivorstands bis zum fernsehgerechten Flächenmanagement – übernommen hat.

Auch im 20. Jahr seines Bestehens verfügt das Haus über einen überdurchschnittlichen guten Erhaltungszustand, wenn auch nicht zu übersehen ist, dass der finanzielle Aufwand zur Aufrechterhaltung des erreichten Niveaus wächst: So war im Sommer 2015 der (Teil-)Austausch des Dachs und die Einbringung einer neuen Ersatz-Stromversorgung erforderlich.

Seit 1999 werden die aus der Bauphase stammenden Bankverbindlichkeiten Zug um Zug abgetragen. Das

Haus ist konventionell mit mehreren Hypothekendarlehen finanziert worden. Die Zinsentwicklung der letzten Jahre hat dazu beigetragen, die Höhe der Hypothekenzinsen deutlich zu reduzieren und dadurch zusätzliche Investitionen leisten zu können, nicht nur für die Instandhaltung, sondern auch für die zeitgemäße technische Ausstattung, inklusive Kommunikationsmöglichkeiten.

Insbesondere die laufenden Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) haben dazu beigetragen, dass die Verbindlichkeiten weiter planmäßig reduziert werden konnten. Die Gesamtverbindlichkeiten (gegenüber Banken zzgl. sonstiger Verbindlichkeiten) beliefen sich zum Jahresende 2014 noch auf ca. 22,7 Mio. EUR. Dabei betrug die durchschnittliche Zinsbindung 8,2 Jahre, so dass hier eine hohe finanzielle Planungssicherheit für die Partei besteht.

Gleichwohl wird das Haus auch in den kommenden Jahren auf die Ausschüttungen der ddvg angewiesen sein, um die Verbindlichkeiten weiter zu reduzieren. Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstands, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Konferenz- und Tagungsgeschäft finanziert.

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Mehr Engagement in der digitalen Welt

Die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) hat in den vergangenen zwei Jahren ihr Engagement in digitalen Geschäftsmodellen forciert und die dahinter liegende Strategie stärker konturiert. Die ddvg geht diese Schritte mit dem gebotenen Augenmaß, um das mit den Investitionen verbundene Risiko zu begrenzen.

Die digitalen Geschäftsfelder, auf denen die ddvg aktiv wird, müssen jeweils „zur ddvg“ passen, d.h. sie müssen nicht nur eine ökonomische Perspektive bieten, sondern auch dem Ziel der Meinungsvielfalt und/oder fortschrittlichen gesellschaftspolitischen Zielen dienen. Hierbei konzentriert sich die ddvg im Wesentlichen auf zwei Themenfelder:

- neue digitale Geschäftsaktivitäten im Themenfeld „Nachhaltigkeit“ (über die **Green Lifestyle GmbH**)
- und lokale und regionale Bedürfnisse, die traditionell von Zeitungen bedient wurden und heute mit neuen digitalen Angeboten beantwortet werden (über die **2 Welten Investment GmbH**).

Die GLG Green Lifestyle GmbH

Mit ihrer Beteiligung am ÖKO-Test Magazin verfügt die ddvg schon seit langem über eine starke und glaubwürdige Marke im Themenfeld der Nachhaltigkeit. Bei ÖKO-Test ist darüber hinaus ein profundes Wissen über Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Biothemen in Deutschland vorhanden. Nicht zuletzt kann die ddvg auf die mit ÖKO-Test gewonnenen Erfahrungen im nachhaltigen Marktsegment zurückgreifen. Diese Marktkenntnisse liefern den Befund, dass der bewusste, nachhaltige Konsum in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und weiter wächst. Der Nachhaltigkeitssektor passt gesellschaftspolitisch zum Profil der ddvg: er bietet auch hervorragende Wachstumschancen.

Die ddvg hat Anfang 2014 die Mehrheit und Mitte 2015 100 Prozent der Anteile an der Plattform Utopia GmbH erworben. Die Utopia GmbH (utopia.de) ist die größte Verbraucherberatungs-Plattform für nachhaltigen Konsum in Deutschland. Gemeinsam mit dem 2013 erworbenen reichweitenstärksten Marktplatz für nachhaltige Produkte in Deutschland, avocadostore.de, erreichen die Beteiligungen, die in der Green Lifestyle Group zusammengefasst sind, zusammengenommen monatlich 2,5 Mio. Menschen. Damit ist die Green Lifestyle Group schon heute die größte deutsche Mediengruppe für nachhaltigen Lebensstil. Der Schwerpunkt der Gruppe liegt auf einer nutzwertorientierten Kaufberatung. In Deutschland ist diese Positionierung der Green Lifestyle Group einzigartig und nicht ohne weiteres kopierbar: Dies hat seine Ursache vor allem darin, dass die Beteiligungen der Green Lifestyle Group über Jahre eine kaum einholbare Reputation als glaubwürdige Konsumentenberater bzw. als vertrauenswürdiger Marktplatz aufgebaut haben.

Die Green Lifestyle Group verfolgt das Ziel, der mit Abstand wichtigste Medienpartner für diejenigen werbungstreibenden Unternehmen zu werden, die ihre Nachhaltigkeitsleistung mit hoher Breitenwirkung und Glaubwürdigkeit an den Endverbraucher kommunizieren wollen.

2 Welten Investment GmbH

Die traditionelle Aufgabe der regionalen und lokalen Tageszeitung liegt darin, lokale Informationsbedarfe zu bedienen und lokale Akteure zusammenzubringen. Diese Aufgabe besteht nach wie vor; sie wird heute verstärkt mit digitalen Möglichkeiten bedient, und die Zeitungsbranche hat auf diese Entwicklung viel zu spät und nur zögerlich reagiert.

Mit der 2Welten Investment hat die ddvg ein Unternehmen geschaffen, das an der Schnittstelle zwischen den Stärken der lokalen Zeitungsverlage (Zugang zu den lokalen Märkten) und neuen, lokal orientierten, digitalen Geschäftsideen ansetzt. Es geht hierbei vor allem darum, hochsynergetische Geschäftsmodelle umzusetzen, die an lokalen Bedarfen aufsetzen. Die ddvg bzw. 2 Welten Investment versteht sich hierbei als Akteur, der eine neue Kooperationsebene für die digitalen Geschäftszweige der Regionalverlage bietet. Das heißt auch, dass sich sowohl Unternehmen aus dem ddvg-Portfolio als auch Regionalverlage, mit denen kein Beteiligungsverhältnis besteht, an 2Welten Investment beteiligen und/oder mit ihm kooperieren können. Maßgeblich ist vielmehr, dass die kooperierenden Verlage ihr know how und viel Engagement in den operativen Aufbau des Geschäfts einbringen – dies ist der entscheidende Erfolgsfaktor für die identifizierten Geschäftsmodelle.

Beteiligungsportfolio:

- 20,2 Prozent an Stuffle GmbH (stuffle.it) – Technologisch führende Flohmarkt-App sowie ein Kleinanzeigenportal stuffle.it – Die Cuxhavener Nachrichten haben eine Vollintegration der Kleinanzeige von der stuffle-App bis zur Druckmaschine für das eigene Anzeigenblatt (Print) aufgebaut.
- 15,2 Prozent an Locafox GmbH (locafox.de) – einem Internet-Marktplatz (auch via der App Locafox), der Echtzeitverfügbarkeiten von Warenbeständen in stationären Geschäften anzeigt und an Kunden vermittelt – Die Neue Westfälische verkauft auf Basis eines Vertriebskooperationsvertrags das Produkt im Verbreitungsgebiet OWL.

Weitere digitale Beteiligungen

Darüber hinaus hält die ddvg seit nun bald sechs Jahren eine Beteiligung in Höhe von 10 Prozent an der **Tredition GmbH**, einem Selfpublishing-Anbieter. Diese Beteiligung war die erste Investition in ein gründergeführtes Startup. Das Unternehmen weist seit Jahren kontinuierliches Wachstum aus.

Die **Tivola-Publishing GmbH** (Beteiligungsquote 51,3 Prozent) ist im Markt von Apps und Mobil-Games für Kinder und Jugendliche präsent. Insbesondere der (globale) Markt für Apps eröffnet große Chancen, stellt aber auch immer wieder neue und ungeahnte Herausforderungen. Es ist Tivola gelungen, sich mit einem Umsatz deutlich über der Millionengrenze als feste Größe in diesem Teilmarkt zu behaupten.

Als weiteren wichtigen Schritt ihrer Diversifizierungs- und Digitalstrategie hat die ddvg gemeinsam mit drei chinesischen Partnerunternehmen am 15. Mai 2015 das erste unabhängige Verbraucherportal „**Okooer.com**“ in der VR China gestartet. Das Portal baut hierbei auf die bei ÖKO-Test vorhandene Kompetenz von gezielten Produkttests: Die ÖKO-Test-Redaktion Deutschland kauft im chinesischen Handel (unerkant) Produkte ein, bringt diese nach Deutschland und lässt sie durch die bewährte ÖKO-Test-Routine testen und bewerten. Die Testergebnisse werden ins Chinesische übersetzt und dann auf dem ÖKOer Portal veröffentlicht.

Weichenstellungen im Kernportfolio

Die Lage der Medienunternehmen ist nach wie vor vom digitalen Wandel und von der rückläufigen demografischen Entwicklung geprägt. Das heißt, dass bei den regionalen Tageszeitungsverlagen, dem Kern-Portfolio der ddvg, Anzeigenumsätze und Auflagen weiter rückläufig sind. Es bleibt deshalb die Aufgabe der Verlage, die Kostensituation ständig zu optimieren und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Im Finanzbericht 2013 wurde die Situation in Mediensektor, insbesondere die Herausforderungen der Regionalverlage, umfangreich beschrieben. Die damaligen Feststellungen sind noch immer aktuell. Dies bedeutet aber auch, dass einige der vor zwei Jahren angestellten Prognosen sich mittlerweile realisieren. Dies gilt auch für die Frage des Umgangs mit den Personalkosten in Verlagen, Druckereien und Redaktionen. Hierzu hat der Finanzbericht 2013 folgendes ausgesagt:

Da die Personalkosten im Medienbereich den mit Abstand größten Kostenblock ausmachen, kann der beschriebene Rückgang der Umsätze nicht ohne Auswirkungen auf die Personalkosten bleiben. Bislang haben die Tarifparteien leider seit Jahren versäumt, eine tragfähige Struktur in Mantel- und Gehaltstarifverträgen für Redakteure, Verlagsangestellte und Druckereikräfte zu vereinbaren. Das Ergebnis hiervon ist eine Erosion des Flächentarifvertrags und eine Flucht von Verlagen in OT-Mitgliedschaften, die Ausgründung in tariffreie (oder günstigeren Tarifen unterfallende) Unternehmen, echte Fremdvergabe von Leistungen etc. Die ddvg beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, wird aber – wenn es nicht gelingt, eine zukunfts-feste Neujustierung des Tarifgefüges zu erreichen – dieser Entwicklung auch in den eigenen Beteiligungen nichts entgegenzusetzen können.

Diese damalige Einschätzung hat sich mit der Entscheidung über die Fremdvergabe des Zeitungsdrucks in Hannover durch die Mediengruppe Madsack nun bestätigt. Nach umfangreichen Analysen hat die Mad-

sack-Geschäftsführung die Schließung der Druckerei und Fremdvergabe der Druckleistungen beschlossen. Derartige Entscheidungen strapazieren das Selbstverständnis der ddvg, für gute Arbeit und sichere Beschäftigung einzutreten. Es war im konkreten Fall letztlich eine schwierige Abwägung vorzunehmen, was letztlich in der Verantwortung für die gesamte Arbeitnehmerschaft des Gesamtkonzerns und auch für das Vermögen der Partei gegenüber der eigenen Gesellschafterin vertretbar war. Für die ddvg sind nach wie vor Antworten der Tarifpartner auf die Strukturkrise der Medien- und Druckindustrie das Gebot der Stunde. Solange es diese nicht gibt, wird die Erosion der Tarifbindung in diesen Branchen fortschreiten. Wir werden unsere Bemühungen, beide Tarifpartner in diesem Sinne zu einem verantwortlichen Handeln zu bewegen, auch weiterhin fortsetzen.

Ein Blick zurück

Wir als Sozialdemokraten können vor dieser Situation und den damit verbundenen Entscheidungen nicht ausweichen – das gebietet die historische Erfahrung. Vor 50 Jahren nahm die bislang schwerste Krise der SPD-Medienunternehmen nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Anfang: Zwar konnten die in der Konzentration GmbH verbundenen Unternehmen 1965 noch das beste Gesamtergebnis der letzten fünf Jahre vorweisen, dieses Ergebnis war aber trügerisch, weil die meisten parteieigenen Zeitungen trotz günstiger Konjunktur schon seit mehreren Jahren nur noch geringe oder aber negative Umsatzerlöse erzielten. Der stark wachsende Anteil des Fernsehens am Werbemarkt erschwerte es, die damals sinkenden Vertriebsinnahmen auszugleichen und damit die vergleichsweise hohen Betriebskosten der sozialdemokratischen Zeitungen zu decken. Das Hamburger Echo (später Hamburger Abendecho) beispielsweise musste 1965 bereits mehr als 4,3 Mio. DM (entspricht dem heutigen Gegenwert von rund 8,4 Mio. EUR) Verlust ausweisen. Nachdem dann 1966 die Konjunktur einbrach, mussten 1966 das Hamburger Abendecho, 1967 die SPD-eigenen Zeitungen in Saarbrücken, Karlsruhe, Heilbronn und Freiburg eingestellt werden. 1968 traf die Kieler Morgenzeitung und den Lübecker Morgen dasselbe Schicksal. Schließlich folgte mit der Einstellung des Berliner Telegraf im Jahr 1972 das Ende einer der namhaftesten Zeitungen der SPD.

Die Gründung der ddvg als Holding- Gesellschaft des SPD-Parteivorstandes im Jahr 1971 und die damit einhergehende Trennung der betriebswirtschaftlichen Führung der Beteiligungen vom politischen Geschäft war die Antwort der SPD auf diese schwerwiegende Krise. Schließlich gelang es in schmerzhaften Prozessen, den Unternehmensbereich zu stabilisieren, mehr als 250 Mio. DM Verbindlichkeiten abzutragen, gemeinsam mit „bürgerlichen“ Kooperationspartnern vor Ort die lokalen Zeitungen vor dem Zugriff großer Medienkonzerne zu bewahren und letztlich auch einen namhaften Beitrag für die Finanzierung der Partei zu leisten.

Einführung des Mindestlohns

Die ddvg hat sehr frühzeitig bei ihren Beteiligungsverlagen und auch darüber hinaus dafür geworben, sich auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns rechtzeitig vorzubereiten, wobei der Mindestlohn in der Zeitungsbranche nahezu ausschließlich im Feld der Zustellung Wirkung entfaltet. Insbesondere war es erforderlich, dass bisherige Stücklohnmodell auf die Anforderungen des Mindestlohns anzupassen. Die ddvg hat sich gemeinsam mit ihren Beteiligungsverlagen frühzeitig damit befasst, dieses komplexe Thema umzusetzen. Eine erste Zwischenbilanz kann aber erst nach Ende des Jahres 2015 gezogen werden.

In der Neuen Westfälischen, der einzigen Mehrheitsbeteiligung der ddivg an einer Regionalzeitung, wurden in drei neu gegründeten Zustellgesellschaften die Voraussetzungen geschaffen, um bereits seit dem 1. Januar 2015 – ohne Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung des Mindestlohngesetzes – einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR zuzüglich Nachtzuschlägen zu zahlen.

Stabil positive Ergebnisse der ddivg

Nachdem die Zahlen des Jahres 2012 insbesondere durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a.M. GmbH (Frankfurter Rundschau)“ geprägt war, zeigt das ddivg-Unternehmensergebnis mit 7,3 Mio. EUR (2013) bzw. 6,4 Mio. EUR (2014) ein stabil positives Bild. Das abgesenkte Niveau der Betriebsergebnisse in Höhe von 5,2 Mio. EUR (2013) bzw. 9,4 Mio. EUR erklärt sich unter anderem daraus, dass wegen erheblicher Restrukturierungsaufwendungen der Verlagsgesellschaft Madsack von dort keine Gewinnausschüttungen vereinnahmt werden konnten. Im Übrigen hat die Niedrigzinssituation zu erheblichen Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen geführt und dadurch deren Unternehmensergebnisse geschmälert.

Der Cashflow in Höhe von 16,8 Mio. EUR unterstreicht die stabil positive Verfassung der ddivg. Der leicht negative Cashflow (-0,4 Mio. EUR) des Jahres 2013 ist Sondereffekten, insbesondere der Bewältigung der Insolvenz der FR geschuldet.

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddivg war auch im Berichtszeitraum das regionale Zeitungssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 9,0 Mio. EUR (2013) bzw. 13,5 Mio. EUR (2014).

Weitere Geschäftsbereiche

Das Druckereigeschäft ist auch in den vergangenen zwei Jahren sehr unbefriedigend geblieben. Trotz umfangreicher Maßnahmen, um als tarifgebundenes arbeitendes Unternehmen im Wettbewerb Stand halten zu können, musste der Druckbetrieb in Braunschweig Anfang 2015 geschlossen werden.

Das Tourismusgeschäft zeigt Licht und Schatten. Angesichts unbefriedigender Buchungszahlen musste die Kooperation mit dem Reeder der MS Azores im Herbst 2014 eingestellt werden – trotzdem konnte auch das Kreuzfahrtgeschäft mit einem positiven Teilergebnis abgeschlossen werden. Der SPD-Reiseservice konzentriert sich nun wieder allein auf sein Kerngeschäft mit weiter wachsendem Zuspruch aus Mitgliedschaft und Umfeld der Partei.

5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2013 IM VERGLEICH

Im Jahr 2013 hat die SPD insgesamt 164,6 Mio. EUR eingenommen. Im gleichen Zeitraum verzeichneten CDU und CSU Einnahmen in Höhe von 198,7 Mio. EUR.

Für die SPD bleiben die Zahlungen der Mitglieder die wichtigste Einnahmequelle. Der Anteil durch Beitragszahlungen belief sich auf 30,1 Prozent. Rechnet man die Anteile der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, finanziert sich die SPD zu 44,5 Prozent, die CDU zu 37,2 und die CSU zu 27,7 Prozent aus Beiträgen. Der größte Posten bei den Unionsparteien sind die staatlichen Mittel mit einem Anteil von 30,2 Prozent.

Spenden hatten insgesamt einen Anteil von 9,1 Prozent an den Gesamteinnahmen. 80,6 Prozent der Spenden an die SPD stammten von natürlichen Personen. 20,4 Prozent der CDU-Einnahmen waren Spenden, die CSU finanzierte sich sogar zu 30,7 Prozent dadurch. Der Anteil von juristischen Personen, also Spenden aus der Wirtschaft, belief sich bei den Unionsparteien auf 37,0 Prozent.

In absoluten Zahlen haben CDU und CSU zusammen 45,4 Mio. EUR an Spenden erhalten, die SPD hat im Jahr 2013 14,9 Mio. EUR Spenden erhalten. Damit die SPD ihre Unabhängigkeit behalten kann, aber trotzdem weiterhin eine starke Organisation haben und kampagnenfähig bleiben kann, muss der relativ geringe Spendenanteil aus anderen Quellen ergänzt werden. Die SPD konnte auch im Jahr 2013 vom Unternehmensbereich und dem in der mehr als 150jährigen Geschichte der Partei aufgebauten Vermögen profitieren. Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen sowie aus sonstigem Vermögen betragen 12,3 Mio. EUR.

Die SPD hatte im Bundestagswahljahr 2013 Ausgaben in Höhe von insgesamt 186,2 Mio. EUR. CDU und CSU hatten Ausgaben von zusammen 205,4 Mio. EUR im Jahr 2013. Für Wahlkämpfe hat die SPD 47,4 Mio. EUR oder 25,5 Prozent der Ausgaben aufgewendet, während CDU/CSU 67,5 Mio. EUR (32,8 Prozent der Ausgaben) dafür ausgeben konnten.

Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb hat die SPD 43,5 Prozent aufgewendet.

Das Reinvermögen hat am Ende des Jahres 185,4 Mio. EUR bei der SPD betragen, die Unionsparteien hatten zusammen ein Reinvermögen von 207,8 Mio. EUR.

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2013 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2014 noch nicht veröffentlicht sind.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2013

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	49.562.123	30,12	38.747.453	25,64	10.015.458	21,03
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	23.619.757	14,35	17.529.111	11,60	3.175.954	6,67
Spenden von nat. Pers.	12.055.353	7,33	20.060.527	13,28	8.559.186	17,97
Spenden von jur. Pers.	2.905.122	1,77	10.744.681	7,11	6.079.575	12,77
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	3.213.104	1,95	0	0,00	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	9.090.751	5,52	2.803.974	1,86	251.747	0,53
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	15.255.422	9,27	11.687.842	7,74	7.326.644	15,39
Staatliche Mittel	47.898.406	29,11	48.051.765	31,80	12.008.720	25,22
Sonstige Einnahmen	958.030	0,58	1.476.198	0,98	201.078	0,42
Gesamt	164.558.068	100,00	151.101.551	100,00	47.618.362	100,00
Ausgaben						
Personalausgaben	51.861.612	27,86	43.793.063	28,92	11.299.694	20,92
Lauf. Geschäftsbetrieb	29.082.333	15,62	27.782.224	18,35	7.755.214	14,36
Allg. politische Arbeit	43.360.650	23,29	28.201.359	18,63	14.352.781	26,57
Wahlkämpfe	47.429.522	25,48	47.215.141	31,18	20.249.005	37,48
Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen	14.072.321	7,56	2.192.893	1,45	0	0,00
sonstige Zinsen	246.202	0,13	347.953	0,23	218.442	0,40
sonstige Ausgaben	102.156	0,05	1.872.888	1,24	144.899	0,27
Gesamt	186.154.796	100,00	151.405.521	100,00	54.020.035	100,00
Überschuss/ Defizit	-21.596.728		-303.970		-6.401.673	
Reinvermögen	185.388.041		135.062.211		31.889.068	

CDU/CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
48.762.911	24,54	8.724.659	21,73	6.564.877	19,70	9.153.995	33,19
20.705.065	10,42	8.988.905	22,39	2.797.227	8,39	3.578.523	12,97
28.619.713	14,40	4.283.060	10,67	7.202.931	21,61	2.485.393	9,01
16.824.256	8,47	697.128	1,74	3.698.959	11,10	85.413	0,31
0	0,00	1.477	0,00	147.933	0,44	0	0,00
3.055.721	1,54	149.890	0,37	459.625	1,38	167.423	0,61
19.014.486	9,57	843.988	2,10	1.807.529	5,42	244.344	0,89
60.060.485	30,22	15.056.823	37,50	10.507.574	31,53	11.142.416	40,40
1.677.276	0,84	1.409.040	3,51	139.970	0,42	724.741	2,63
198.719.913	100,00	40.154.970	100,00	33.326.625	100,00	27.582.248	100,00
55.092.757	26,82	14.260.437	32,89	6.164.535	16,29	11.101.047	35,48
35.537.438	17,30	6.640.333	15,31	8.815.121	23,29	5.041.600	16,12
42.554.140	20,72	7.832.003	18,06	8.110.774	21,43	6.204.720	19,83
67.464.146	32,84	14.194.405	32,73	13.401.458	35,40	8.888.522	28,41
2.192.893	1,07	317.317	0,73	92.209	0,24	3.532	0,01
566.395	0,28	3.407	0,01	1.116.057	2,95	4.642	0,01
2.017.787	0,98	114.793	0,26	151.915	0,40	40.700	0,13
205.425.556	100,00	43.362.695	100,00	37.852.069	100,00	31.284.763	100,00
-6.705.643		-3.207.725		-4.525.444		-3.702.515	
207.800.964		34.771.885		6.271.535		25.780.431	

BERICHT DER GENERALEKRETÄRIN 2014-2015

Einleitung	516
Politischer Bericht der Generalsekretärin	517
Bericht über die Arbeit der Abteilungen des WBH	521
Abteilung Mobilisierung	521
EDV-Projekt	521
Parteientwicklung	521
Freiwilligenarbeit, Mitgliederwerbung und -entwicklung	522
Parteischule im Willy-Brandt-Haus	524
Nachbarschaftskampagne	526
Arbeitsgemeinschaften/Themenforen	528
Vertragsmanagement (Zivil- und Vertragsrecht)	529
Abteilung Politik	530
Politische Arbeit der Abteilung	530
Themenlabore	530
Perspektivdebatte und Perspektivkongress	535
Kommissionen	536
Foren	538
Regine Hildebrandt-Preis	545
Themenforum Verbraucher	545
Gesprächskreise	546
Arbeitskreise	546
Projektgruppen	552
Abteilung Kommunikation	556
Textredaktion	556
Direktkommunikation	557
Veranstaltungsorganisation	558
Produktion und Vertrieb	559
Online-Kampagne	560

Abteilung Internationale Politik	562
Internationale Solidarität	562
Eine starke, soziale und demokratische Europäische Union	562
Vorausschauende Friedenspolitik	563
Globalisierung gerecht gestalten	564
Eine aktive Menschenrechtspolitik	564
Internationale und europäische Parteizusammenarbeit	565
Progressive Allianz	565
Abteilung Personal	567

EINLEITUNG

Liebe Delegierte des ordentlichen Bundesparteitags in Berlin, liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zum ordentlichen Bundesparteitag 2015, mit dem die Wahlperiode des Parteivorstandes und damit auch der Generalsekretärin zu Ende geht, lege ich Euch meinen Bericht vor.

Ich lege damit Rechenschaft ab über die politische Arbeit des Willy-Brandt-Hauses in den vergangenen zwei Jahren, über die wichtigsten Projekte und die strukturellen Weichenstellungen.

Zweifellos waren es ereignisreiche Jahre. Gleich zum Start ein erfolgreicher Europawahlkampf. In der Bundesregierung haben wir vom ersten Tag an Druck gemacht für die schnelle Umsetzung unserer Projekte. Und dann noch: Eurokrise, Flüchtlingspolitik und zuletzt die zunehmende Bedrohung durch islamistischen Terror. Vieles hat auch die Arbeit im Willy-Brandt-Haus berührt.

Neben dem „Alltagsgeschäft“ haben wir neue Ideen und Projekte entwickelt, um für 2017 organisatorisch optimal aufgestellt zu sein – und darüber hinaus. Bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im WBH bedanke ich mich herzlich für den engagierten Einsatz!

Über die Arbeit der Abteilung Finanzen berichtet der Schatzmeister in seinem Bericht.

Ich wünsche Euch eine informative Lektüre – und uns allen einen spannenden Parteitag.

Herzlichst,

Yasmin Fahimi

POLITISCHER BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN

Zwei bewegte Jahre liegen seit unserem letzten ordentlichen Bundesparteitag hinter uns. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen.

Nach der Bundestagswahl im September 2013 hat unsere Partei in einem historisch einmaligen Mitgliedervotum beschlossen, erneut Regierungsverantwortung im Bund zu übernehmen. Die überwältigende Mehrheit unsere Mitglieder hat für den Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU gestimmt. Dieses Votum stärkt unser Regierungshandeln bis heute. Und es setzt Maßstäbe für demokratische Beteiligung.

Nicht zuletzt aufgrund dieses Vertrauensbeweises, dem ein Koalitionsvertrag mit klarer sozialdemokratischer Handschrift zugrunde liegt, ist es uns bereits in den ersten beiden Regierungsjahren gelungen, maßgebliche sozialdemokratische Projekte auf Bundesebene durchzusetzen. Mit dem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € haben wir Geschichte geschrieben. Er sorgt dafür, dass Millionen von Menschen in Deutschland mehr Geld in der Tasche haben. Das Rentenpaket – also die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren, die „Mütterrente“ und die Anhebung der Erwerbsminderungsrente und des Reha-Budgets – bringt konkrete Verbesserungen für das Leben der Menschen, die jahrzehntelang hart gearbeitet haben. Auch mit der Mietpreisbremse, dem ElterngeldPlus, der Familienpflegezeit, den Entlastungen für die Kommunen, der gesetzlichen Frauenquote und dem Neustart der Energiewende sorgen wir dafür, dass das Leben der Menschen in Deutschland besser wird. Schritt für Schritt. Wenn die SPD regiert, kommt unser Land voran. Das war bisher unser Anspruch. Und das wird er für die kommenden Regierungsjahre bleiben.

Aber als Partei regieren wir nicht nur im Bund. Wir stellen in neun Bundesländern die Regierungschefin oder den Regierungschef. In fünf weiteren Bundesländern regieren wir maßgeblich mit. In unzähligen Kommunen, Kreisen und Städten fühlen sich Menschen von unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern vor Ort bestens vertreten. Und auch mit den Ergebnissen der Europawahl, der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen und den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen können wir insgesamt sehr zufrieden sein.

Bei alledem blicken wir aber mit großer Sorge auf die Wahlbeteiligung. Bei vielen Landtagswahlen geht gerade einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zur Wahl. Bei Kommunalwahlen geben mancherorts nicht mal mehr ein Drittel ihre Stimme ab. Als SPD haben wir uns deshalb sehr früh gefragt, was getan werden kann für eine höhere Wahlbeteiligung, wie wir die Wahlen wieder zurück in den Alltag holen. Dafür haben wir eine parteiübergreifende Initiative ins Leben gerufen, die mehr Beteiligung ermöglicht und unsere Demokratie stärkt.

Als Partei sind wir in den letzten zwei Jahren unseren Weg der Modernisierung und Öffnung konsequent weiter gegangen, den wir in 2009 begonnen haben. Die Nachbarschaftskampagne setzt dabei neue Maßstäbe. Unser Anspruch ist, unsere Umgebung neu kennenzulernen. Mit unseren Nachbarn nicht nur in Wahlkampfzeiten zu sprechen, sondern immer ein offenes Ohr zu haben. Zwischendurch nachzufragen, welche Probleme es gibt und dann gemeinsam einfache Lösungen dafür zu finden. Offen für neue Ideen zu sein, wie wir Politik vor Ort organisieren können. Dabei haben wir den „Europäischen Tag der Nachbarschaft“ sowie die Aktionswochen „Mehr Zeit für Familie“ und „Wir ändern das“ zum Anlass genommen, mit vielen Men-

schen ins Gespräch zu kommen. Zusätzlich haben wir in 21 Modellregionen besonders intensiv gearbeitet. In diesen Regionen haben von uns geschulte OrganisationsberaterInnen die Kampagne vor Ort begleitet, angestoßen und wichtige Fragen gestellt. Indem wir wieder im Alltag unserer Nachbarinnen und Nachbarn eine Rolle spielen, spielen auch Politik und Demokratie wieder eine Rolle. Es ist das, was Willy Brandt einst „das große Gespräch“ genannt hat. Wir setzen es fort.

Auch programmatisch hat sich in den letzten Jahren viel getan. Als eine der ersten Parteien hat die SPD den digitalen Epochenwandel thematisiert – und angemessen darauf reagiert. Mit unserem umfassenden Programmprozess #DigitalLeben zeigen wir, wie moderne, beteiligungsorientierte Programmarbeit im digitalen Zeitalter funktioniert. Denn die Digitalisierung betrifft nicht nur einige Wenige oder spezielle Themen, sondern es geht um uns alle, jeden Tag und überall. Von Kultur über Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft, Familie bis Sicherheit verändert das Internet unseren Alltag und will von uns gestaltet werden. Dabei haben wir Chancen und Risiken gleichwertig in Betracht gezogen. Darüber hinaus zeigen wir mit dem Perspektivkongress und der sich nun anschließenden Perspektivdebatte, dass wir unserem Anspruch als Programmpartei weiter gerecht werden. Ob Frieden, Zusammenhalt Europas, gelingende Integration, Wirtschaft und Arbeit von morgen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Bildung – wir arbeiten heute an den Themen, die morgen entscheidend sein werden. Wir schreiben Deutschlands Zukunft.

Mit unserer Politik und unserem programmatischen Anspruch stehen wir in der großen Tradition von Helmut Schmidt und Egon Bahr, von denen wir 2015 Abschied nehmen mussten. Sie haben unsere Partei mit dem Prinzip von Zuversicht und Realismus entscheidend mitgeprägt. Ihr politisches Lebenswerk steht für Vertrauen in Deutschland als „guten Nachbarn“, für eine umsichtige und kluge Politik gerade in schweren Zeiten, und schließlich für Sicherheit und Frieden. Ihr Vermächtnis ist eine Politik, die Realitäten anerkennt, sich aber nicht mit den Verhältnissen abfindet. Wir werden es in die Zukunft tragen.

Denn gerade in unruhigen Zeiten brauchen wir beides: Zuversicht und Realismus. Das gilt besonders für die großen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. In diesen Tagen kommen täglich tausende Menschen zu uns nach Deutschland, weil sie sich hier eine bessere Zukunft erhoffen. Das ist auch ein riesiger Vertrauensbeweis in eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und sichere Gesellschaft, für die wir als SPD stehen wie keine andere Partei. Aber wir stehen auch in Zukunft vor großen Aufgaben. Nur mit der geeinten Kraft und Kompetenz unserer gesamten Partei – im Bund, in den Ländern und ganz besonders in den Kommunen und vor Ort – werden wir in der Flüchtlingskrise erfolgreich helfen, steuern und ordnen. Es liegt an uns, eine Gesellschaftspolitik für die nächsten Jahre zur prägen, die auf echte Integration setzt und allen Menschen in Deutschland zugutekommt. Schließlich werden wir die Fluchtursachen außerhalb Europas bekämpfen, indem wir gemeinsam mit unseren Partnern für eine aktive Friedenspolitik wirken.

In schwierigen Zeiten kommt es auf die eigenen Überzeugungen an. Sie geben Halt, sie bieten Orientierung. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir auch in den nächsten Jahren für unsere Grundwerte einstehen und mit einer klaren inneren Haltung nicht auf Resignation, Angst oder gar Vorurteile, sondern auf Mut, Fortschritt und soziale Politik setzen. Mit unserem Parteitag setzen wir den Startpunkt für eine programmatische Debatte, mit der wir die Grundlagen für unsere Politik der nächsten Jahre schaffen werden.

Das digitale Zeitalter, der demographische Wandel, der Erhalt von Freiheit und Sicherheit in stürmischen

Zeiten – Herausforderungen gibt es genug. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir uns nie gescheut, auch die großen Fragen der Zeit anzugehen. Deshalb: Lasst uns anpacken. Denn Fortschritt passiert nicht einfach. Er wird gemacht.

Organisationsentwicklungsprozess

Die Sozialdemokratie ist Motor gesellschaftlicher Debatten, findet Antworten auf die Fragen der Zukunft und diskutiert diese mit allen gemeinsam. All das braucht eine gute Organisation und eine gut organisierte Parteizentrale. Gute Organisationen bleiben nicht stehen, sondern entwickeln sich ständig weiter. In einem Organisationsentwicklungsprozess haben wir folgende Ziele verfolgt:

Ziel war es, das Willy-Brandt-Haus als Anlaufstelle für Mitglieder und Bürger_innen zu stärken und die SPD als moderne Mitglieder- und Mitmachpartei weiterzuentwickeln.

Das Willy-Brandt-Haus als Dienstleister für Gliederungen, Aktive und die Parteiführung wird die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der SPD in der Fläche unterstützen und die Gliederungen von administrativen Aufgaben entlasten.

Das Willy-Brandt-Haus bestimmt als sozialdemokratische Ideenfabrik die politische Agenda mit und ist in den relevanten gesellschaftlichen Netzwerken verankert.

Das Willy-Brandt-Haus ist die Zentrale einer modernen Dialog- und Kampagnenorganisation und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten.

Das Willy-Brandt-Haus wird dabei seine Ressourcen effizient einsetzen und über moderne Strukturen verfügen.

In der ersten Phase des Prozesses ging es darum, die Strukturen der Parteizentrale zu hinterfragen und diese ggf. zu verändern. In Workshops wurde darüber gesprochen und schnell war klar, dass die Spannweite für die einzelnen Abteilungsleiter_innen verkleinert werden muss, damit alle miteinander ausreichend im Gespräch bleiben und Entscheidungen schneller getroffen werden können. Referatsleiter_innen wurden als neue Hierarchiestufe eingeführt und mit diesem Schritt wurden Aufgaben so zu Referaten zusammengefasst, dass alle Arbeitseinheiten eine gute Teamstärke haben.

In der zweiten Phase des Organisationsentwicklungsprozesses ging es anschließend vor allem um die Dienstleistungen der Parteizentrale. In diese zweite Phase haben wir nicht nur die Sichtweisen der Beschäftigten der Parteizentrale einbezogen, sondern auch die Perspektiven derjenigen, die von der Arbeit der Parteizentrale – ihrer Parteizentrale – profitieren sollen. Mitglieder, Mandatsträger_innen und Hauptamtliche in den Gliederungen haben wertvolle Hinweise zur Weiterentwicklung des Willy-Brandt-Hauses gegeben.

Vor allem sollte es darum gehen, zu bewerten, welche Dienstleistungen die Parteizentrale erstellt und wie diese angenommen werden. In einem ersten Schritt haben die Beschäftigten der Parteizentrale auf einem Innovationstag miteinander darüber gesprochen, in welchen Bereichen die Arbeit verbessert werden kann.

Die auf dem Innovationstag aufgeworfenen Ideen wurden in weiteren Workshops innerhalb des Hauses vertieft. Es liegen dazu Projektskizzen vor, die im kommenden Jahr umgesetzt werden können.

So fanden sich in einer Projektgruppe Projektmanagement Mitarbeiter_innen zusammen, die ein Regelwerk für Projektarbeit in der Parteizentrale erstellt haben. In diesem Regelwerk sind Vorschläge enthalten wie Projekte entstehen, arbeiten und beendet werden.

In weiteren Arbeitszusammenhängen wurde über ein Mitarbeiter A-Z gesprochen und über die Erweiterung der Telefonliste.

Die Referatsleiter_innen kamen zusammen, um die Aufgaben ihrer Teams zusammenzustellen. Diese Zusammenstellungen waren die Grundlage für einen Dienstleistungskataloges des Hauses und die Erweiterung der Telefonliste.

Wichtig in der zweiten Phase war die Sicht derjenigen, die mit dem Willy-Brandt-Haus zusammenarbeiten. Es fanden Befragungen unserer Aktiven, Interessierten und mit uns zusammenwirkenden Personen im Sommer 2015 statt. Folgende Perspektiven wurden einbezogen: die Landes- und Bezirksgeschäftsführer_innen, die Hauptamtlichen aus allen Teilen des Landes, die kommunalen Mandatsträger_innen und die Unterbezirks- und Ortsvereinsvorsitzende_n.

Diese Erhebungsphase wurde abgeschlossen. Die Erhebungen geben Aufschluss darüber, welche Dienstleistungen gut, welche verbesserungsfähig, welche immer weniger gebraucht und welche neuen Dienstleistungen aus Sicht der Befragten wünschenswert sind.

Das Projektteam des Organisationsentwicklungsprozesses hat die aufgeworfenen Ideen angereichert und Projektskizzen formuliert. Es liegen nun vertiefende Vorschläge, Analysen und ein Aufgabenkatalog vor. Die Erhebungs- und Analysephase konnte abgeschlossen werden. Die zweite Phase des Organisationsentwicklungsprozesses ist damit beendet. In 2016 sollten die angedachten Ideen umgesetzt werden. Dieser Teil der zweiten Phase kann nun beginnen und auf Analysen und Skizzen zurückgreifen, die in den vergangenen Monaten entstanden sind.

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DER ABTEILUNGEN DES WBH**Abteilung Mobilisierung***EDV-PROJEKT*

Das Referat administriert die Mitgliederdatenbank Mavis II und leistet sowohl technischen als auch inhaltlichen Datenbanksupport für sämtliche Anliegen der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei.

Die Priorität liegt bei der Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Datenbank und der Programmoberfläche sowie bei der Anwenderqualifizierung.

Das Referat leitet zudem die Koordination zwischen dem PV und der Office Consult im Bereich IT und führt die zentrale Finanzbearbeitung (u.a. Beitragseinzug/Beitragsverteilung, Beitragsanpassungen, Quittungsdruck) in der Mavis II durch. Auch für die technische Umsetzung von Beschlüssen (bspw. Parteireform) und neuen Richtlinien (bspw. SEPA oder Einführung des Unterstützerstatus) innerhalb der Mitgliederdatenbank ist das Referat zuständig.

Durch eine Zusammenlegung mit dem Adressmanagement liegen nun auch der Versand von Mailings, das Teilnehmermanagement für Veranstaltungen sowie das Erstellen von Akkreditierungsunterlagen im Referat.

PARTEIENTWICKLUNG

Parteientwicklung ist in der SPD kein neues Thema. Mit dem Organisationspolitischen Grundsatzprogramm haben wir uns 2011 auf den Weg gemacht, die modernste Partei Europas zu werden. Seitdem haben wir viel erreicht!

Die Evaluation unserer Reformansätze, die im Organisationspolitischen Grundsatzprogramm zusammengefasst sind, und die Begleitung der Organisationspolitischen Kommission bildeten wichtige Arbeitsschwerpunkte der Abteilung und führten zu der angestrebten, dem Parteitag vorgeschlagenen Verstetigung unserer innerparteilichen Entwicklungs- und Reformanstrengungen.

Denn unsere Demokratie ist nur so stark, wie die Menschen, die sich darin engagieren. Als Partei haben wir eine besondere Verantwortung der politischen Willensbildung. Mit Leidenschaft und beeindruckendem ehrenamtlichen Engagement stellen dies alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jeden Tag unter Beweis. Aber: Menschen engagieren sich heute anders, vielfältiger. Viele haben dabei bestimmte Themen im Blick und brauchen eine stärkere Unabhängigkeit von Zeit und Ort. Sie alle wollen etwas verändern, möchten mitreden und etwas bewirken. Wir haben darauf eine Antwort, indem wir neue Wege der Kommunikation und Partizipation entwickeln und so als einzige Partei in Deutschland unseren Anspruch als Beteiligungspartei glaubwürdig weiterentwickeln. Das heißt für uns, die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Parteiarbeit optimal zu nutzen, und mittels dauerhafter Dialogorientierung und Kampagnenfähigkeit gesellschaftliche Diskursfähigkeit (wieder) herzustellen.

Ein zentrales Referenzprojekt für die Weiterentwicklung unserer innerparteilichen Demokratie war das Mitgliedervotum im Nachgang zur Bundestagswahl 2013. Mit ihm wurde nicht nur die breiteste mögliche Einbeziehung der Mitglieder und damit eine neue Qualität innerparteilicher Legitimation erreicht, sondern in ganz Deutschland eine breite Debatte über die Zukunft der Bundespolitik entfacht, in der sich die SPD nach innen und außen als interessante und verlässliche Partnerin der Menschen profilieren konnte.

Mit den satzungsgemäßen Parteikonventen und anderen, eher auf den Informationsaustausch angelegten Formaten, wie den jährlichen Zusammenkünften der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden wurde die innerparteiliche Kommunikation ausgebaut und vertieft. Darüber hinaus erfolgen regelmäßige Informations- und Serviceangebote, die sich an die gesamte Parteistruktur richten – vorrangig organisiert über die kollegiale Zusammenarbeit im hauptamtlichen Bereich zwischen der Parteizentrale und den regionalen Gliederungen und Strukturen.

Hierzu zählen nicht zuletzt die Dienstleistungen, die seitens der Rechtsstelle und des Arbeitsbereichs Vertragsmanagement (Zivil- und Vertragsrecht) beim Parteivorstand für die Gliederungen vorgehalten werden. Dazu gehören u.a. alle Fragen rund um Satzungen und Wahlrecht sowie urheberrechtliche Belange, alle Versicherungsfragen und Belange, die die GEMA und die Künstlersozialversicherung betreffen.

Im Berichtszeitraum neu ins Portfolio der Abteilung aufgenommen wurde die Betreuung der wahlkampf-führenden Landesverbände durch einen Arbeitsstab Landtagswahlkämpfe sowie die Begleitung der Arbeit der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, die im Berichtszeitraum mehrere anspruchsvolle Veranstaltungen durchführte, die – wie das Forum zur Geschichte sozialdemokratischer Außenpolitik – auf ein großes Publikumsinteresse stießen.

Weiterhin werden durch die Betreuung der Bundesschiedskommission sowie der Antragskommissionen zu Parteitag und Parteikonventen wichtige Dienstleistungen zur Sicherstellung und Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und organisationspolitischen Verfasstheit der deutschen Sozialdemokratie erbracht.

FREIWILLIGENARBEIT, MITGLIEDERWERBUNG UND –ENTWICKLUNG

Neumitglieder:

Nach den erfreulich hohen Eintrittszahlen während des Mitgliedervotums war ein Schwerpunkt in 2014 eine bessere Willkommenskultur von Neumitgliedern. Die Mitgliederbeauftragten der Landesverbände und -bezirke haben sich auf ihrer jährlichen Konferenz auf gemeinsame Mindeststandards bei der Aufnahme neuer Mitglieder verständigt. Für das Begrüßungspaket wurde eine eigene Broschüre für Neumitglieder entwickelt.

Um Ortsvereine bei einer guten Aufnahme zu unterstützen und ein Feedback der Neumitglieder einzuholen, werden seit 2014 zwei Fragebögen verschickt: An Neumitglieder im Monat nach dem Eintritt und nach sechs Monaten Mitgliedschaft. Die Ergebnisse gehen als Service des Willy-Brandt-Hauses direkt an die Ortsvereine und bieten die ideale Grundlage für ein Erstgespräch mit dem Neumitglied.

Die Rückmeldungen zeigen, dass sich der überwiegende Teil unserer Neumitglieder in der Partei wohl und

gut aufgenommen fühlt. Viele wollen oder können sich allerdings nur mit wenig Zeit engagieren. Auch für diese Mitglieder Angebote in der täglichen Parteiarbeit zu entwickeln, ist eine der Herausforderungen.

2015 wurden zudem erstmals zwei Neumitgliedertalks in Form einer Online-Konferenz mit der Generalsekretärin durchgeführt. Neben einem Austausch über aktuelle politische Fragen standen die vielfältigen Möglichkeiten, sich in der SPD zu engagieren, im Mittelpunkt der Talks.

Mitgliederwerbung

Ende 2014 hat der Parteivorstand gemeinsam mit YouGov in einer Online-Umfrage untersucht, welches Potential an Neumitgliedern die SPD hat und was Interessierte von einem Eintritt abhält. Die Ergebnisse wurden in einer Auswertung und einem Pecha-Kucha-Vortrag „Wie gewinnen wir neue Mitglieder?“ der Partei zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde eine Online-Konferenz zu dem Thema durchgeführt, zu der Ortsvereins- und Unterbezirkvorsitzende sowie -mitgliederbeauftragte eingeladen waren.

Die Erkenntnisse aus der Studie sowie den Neumitgliederbefragungen flossen in eine Kampagne im Herbst 2015 ein. Mit fünf Motiven der SPD-Brandenburg wurden Postkarten erstellt sowie Anzeigen bei Facebook geschaltet. Die Motive wurden auch allen anderen Gliederungen über das Portal „Meine Gestaltung“ für Materialien und Online-Banner zur Verfügung gestellt.

Veranstaltungen/Seminare:

Die Seminare zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurden weitergeführt. Durch die von der Parteischule im Rahmen von „Train the Trainer“ ausgebildeten SeminarleiterInnen konnte das Angebot erweitert werden. 2014 wurden 13 Seminare durchgeführt. Im Rahmen der Parteischulwoche wurde ein Workshop zur Mitgliederwerbung angeboten.

Innovationsfonds:

Seit 2012 fördert der Parteivorstand mit dem Innovationsfonds Projekte von Unterbezirken und Kreisverbänden mit bis zu 5.000 Euro. Gesucht werden Projekte, die die SPD als Dialogpartei stärken oder die gesellschaftliche Verankerung und Vernetzungsarbeit in den Nachbarschaften vorantreiben.

Über die Förderung entscheidet der Parteivorstand auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission. 2013 wurden 63 Projekte mit insgesamt 175.245 Euro gefördert. 2014 wurden 31 Projekte mit 94.682 Euro ermöglicht.

In der Aktionsbörse auf spd.de werden die Projekterfahrungen allen Gliederungen zum Nachmachen bereit gestellt.

Analyse der Mitgliederentwicklung:

Leider ist die Mitgliederentwicklung weiterhin rückläufig. Es gibt aber auch sehr viele Ortsvereine und Unterbezirke / Kreisverbände, wo wir eine erfreuliche Mitgliederentwicklung verzeichnen. Hier haben wir unsere Analyse-Arbeiten erweitert und intensiviert, um diese Positiv-Gliederungen zu lokalisieren und aus ihrer Tätigkeit zu lernen.

Im Zeitraum 2014 bis Oktober 2015 hatten die unten aufgeführten Ortsvereine die meisten Eintritte:

SPD-OV Stadtverband Andernach	63
SPD-OV Hannover Kirchrode-Bemerode-Wülferode	58
08/01 Rixdorf (Berlin)	47
02/08 Luisenstadt (Berlin)	46
07/07 Schöneberg (Berlin)	43

PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS

Der Bundesparteitag 2011 hatte mit dem Organisationspolitischen Grundsatzprogramm auch beschlossen, die Arbeit der Parteischule zu evaluieren. Im Auftrag der Organisationspolitischen Kommission führte der Beirat der Parteischule die Evaluation im Jahr 2014 durch. Im Ergebnis wird der Parteischule „eine mehr als gute Arbeit“ attestiert. „Sie stellt ein Spektrum von modernen, hochwertigen Qualifizierungsprogrammen für diverse Zielgruppen bereit, auf das die Partei in hohem Maß zugreift und zu Recht stolz sein kann.“ (Beschluss der Organisationspolitischen Kommission vom 20.02.2015) Im Einzelnen sind das:

- die betrieblichen Weiterbildungsangebote für die 750 Beschäftigten der SPD bundesweit und im Willy-Brandt-Haus,
- die Nachwuchsförderung mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie,
- die Lehrgänge „Frauen an die Macht,
- die Train-the-Trainer-Ausbildung,
- die Führungsakademie der sozialen Demokratie,
- sowie als neuestes Element das Mentoring-Programm „Frauen in Führung“.

Darüber hinaus bietet das Netzwerk Politische Bildung einen bunten Strauß dezentraler Seminare. Es wird autonom verantwortet von 30 Bildungswerken und Stiftungen. Sie alle sehen sich den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet.

Betriebliche Weiterbildung

Bundesweit trägt die Parteischule im Willy-Brandt-Haus mit dem Programm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung“ zur betrieblichen Weiterbildung bei. Konstant gilt diese Vereinbarung mit den Bezirken und Landesverbänden seit 2000. Zum IPQ-Programm gehörten der 5. und 6. fünfmodulige Lehrgang „IPQ-Politikmanagement für neue Beschäftigte“. Die 9. und 10. bundesweiten IPQ-Parteischulwochen boten praxisnahes Wissen für Hauptamtliche. Die spezifischen IPQ-Führungstrainings und das bundesweite IPQ-Azubi-Seminar kamen hinzu. Und die IPQ-Kleeblatt-Seminare in Zusammenarbeit mit dem DGB, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung komplettierten das Angebot.

IPQ-Rufseminare

Die IPQ-Rufseminare stehen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen offen. Im Jahr 2014 wurde der Fokus erneut auf die Mitgliederwerbung gelegt. Das „IPQ-Rufseminar: Mitglieder werben praktisch gemacht“ fand elf Mal statt: in Bottrop-Eigen, Hannover, Groß-Gerau, Berlin, Leipzig, Neustadt an der Weinstraße, Frankfurt a.M., Aurich, Wolfenbüttel, Nürnberg-Land und Stuttgart.

Im Jahr 2015 bot die Parteischule erstmals das IPQ-Rufseminar „Texten – von Menschen, für Menschen, über Menschen“ an. Es wurde fünf Mal an den Standorten Berlin, Oldenburg, Steinbach (Taunus), Rotenburg an der Fulda und Potsdam durchgeführt.

„Train the Trainer“

Die Ausbildung eigener TrainerInnen wurde fortgeführt. Mit „Train-the-Trainer“-Lehrgang unterstützte der Parteivorstand konsequent die regionale Bildungsarbeit. Sie bietet den Landesverbänden und Bezirken die Möglichkeit, ehrenamtlich Aktive für die eigene Bildungsarbeit zu Trainerinnen und Trainern für bürgerschaftliches Engagement zu qualifizieren. Den Teilnehmenden erlangten am Ende der Ausbildung ein Zertifikat des Bundesverbandes für Trainer, Berater und Coaches e. V. Zentrale Bedeutung hat das Einvernehmen zwischen der Bundesebene und den Landesverbänden und Bezirken, deren Bildungsbeauftragte verantwortlich einbezogen sind in die Train-the-Trainer-Lehrgänge.

„Frauen an die Macht!“

Auch 29 Jahre nach dem Beschluss zur Geschlechterquote und trotz erkennbarer Fortschritte mit weiblichen Vorbildern in den Ministerien und Parlamenten sind Frauen in SPD-Führungspositionen unterrepräsentiert. 31 Prozent der SPD-Mitglieder sind weiblich. An der Spitze der acht tausend Ortsvereine stehen aber gerade einmal 18 Prozent Frauen.

Der SPD-Parteivorstand hat daher die Initiative von ASF und Jusos übernommen und das Frauenförderprogramm „Frauen an die Macht!“ in das Angebot der Parteischule im Willy-Brandt-Haus integriert. Jährlich finden jeweils zwei Kurse statt. Insgesamt haben in den sechs Kursen bereits 125 Genossinnen das Programm absolviert.

„CampaignerInnen-Schulung“

Zur Nachbarschaftskampagne hat die Parteischule im Willy-Brandt-Haus maßgeschneiderte Seminare für CampaignerInnen konzipiert. Diese Seminare für kampagnenorientierte Parteiarbeit wurden 2014 und 2015 dezentral insgesamt zwölf Mal durchgeführt.

Die AbsolventInnen der „Train-the-Trainer“-Ausbildung leiteten die Trainings. So arbeiten die verschiedenen Bildungselemente Hand in Hand, werden parteieigene Ressourcen effizient genutzt.

„Sozialdemokratische Kommunal-Akademie“

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie gilt unumstritten als Vorbild für moderne praxisnahe Weiterbildung. Eine Studie an der Uni Bochum erklärte sie zu der innovativsten Nachwuchsförderung in Deutschland. Zum 15-jährigen Jubiläum erhielt die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie im Herbst 2015 auf dem DEMO-Kommunal-Kongress einen Preis. Ausgezeichnet wurde die hervorragende und kontinuierliche Nachwuchsförderung von Parteivorstand und Bundes-SGK. In Kooperation mit den Bezirken und Landesverbänden haben sich bereits über 1.550 junge Talente bundesweit in 45 Kursen weitergebildet.

„Führungsakademie der sozialen Demokratie“

Der SPD-Parteivorstand hatte im Jahr 2007 die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ gegründet. Als einzige Partei in Deutschland bot die SPD damit auch den Berufspolitikerinnen und -politikern eine Weiterbildungsplattform an.

Im einjährigen Fellowship-Programm stehen Führungs- und Kommunikationstrainings im Mittelpunkt. Sie unterstützen die Personen in ihrer bestehenden herausgehobenen Verantwortung und eröffnen Perspektiven für kommende Aufgaben. Das 5. Fellowship-Programm fand 2014 statt, das 6. wurde 2015 absolviert. 250 Personen (115 Frauen, 135 Männer) haben insgesamt die Führungsakademie absolviert.

Im Europawahlkampf 2014 bot die Führungsakademie ein spezielles Auftritt coaching für Kandidatinnen und Kandidaten an.

Mentoring-Programm „Frauen in Führung“

Für die Sichtbarkeit von Frauen in der Politik sind erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen als Vorbilder sehr wichtig. Deshalb startete der Parteivorstand gemeinsam mit der Bundes-SGK im Jahr 2015 das neue Mentoring-Programm. Ziel ist es, Chancen zu eröffnen und Frauen mit Potenzial für kommunale Führungspositionen gezielt zu fördern. Das Programm dauert zwölf Monate. Zehn Duos aus Mentees und Mentorinnen arbeiten eng zusammen. Die Parteischule und die Bundes-SGK organisieren zusätzlich ein Kompetenztraining sowie individuelle 1:1-Coachings.

Parteischul-Wiki

Online ergänzt das Wiki der Parteischule die Seminarangebote. Es ist für alle offen und transparent. Das Wiki stellt das gesamte Wissen aus dem „Handbuch Politische Bildungsarbeit“ öffentlich.

Im Wiki stehen auch die jeweils aktuellen Ausschreibungen der Weiterbildungsprogramme zur Verfügung.

Zusätzlich geben über 250 Handreichungen Impulse für die Politik- und Potenzialentwicklung.

NACHBARSCHAFTSKAMPAGNE

Mit dem Beschluss des Parteivorstands am 28. Juni 2014 und den Aktivitäten in den darauffolgenden 16 Monaten hat die SPD mit der Nachbarschaftskampagne konsequent weiter an ihrer Dialog- und Kampagnenorientierung gefeilt. Wir haben die Nachbarschaften erkundet, sind neu mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen, haben zusammen für Projekte gekämpft und viele neue Beziehungen aufgebaut.

Nachbarschaftskampagne – Kampagne für alle Unterbezirke und Kreisverbände

Eine Reihe an Angeboten und Instrumenten hat die kampagnenorientierte Partearbeit unterstützt. Mit dem Startpaket der Nachbarschaftskampagne konnten auf einfache, niedrigschwellige Weise neue Eindrücke der eigenen Nachbarschaft gewonnen und Gespräche mit den NachbarInnen unterstützt werden.

Mit Planungsinstrumenten wie dem Mobilisierungsplaner, Kampagnenplaner und Potenzialanalyse wurde gerade zu Beginn der Kampagne eine Unterstützung geboten, die eigenen Ressourcen besser einschätzen und planen zu können, Zielgruppen zu definieren und zu identifizieren.

Die Unterbezirke und Kreisverbände wurden eingeladen, CampaignerInnen zu benennen, die sich als HauptansprechpartnerInnen für die Nachbarschaftskampagne verstehen. Dieser Bitte kamen insgesamt 242 Unterbezirke / Kreisverbände nach.

Insgesamt vier Aktionstage / Wochen boten im Jahr 2015 Anlass zur gemeinsamen Nachbarschaftsaktivität: Im Mai wurde der Europäische Tag der Nachbarschaft begangen, um bundesweit zu Nachbarschaftsfesten und Dialogveranstaltungen einzuladen. Im September und Oktober folgten die Aktionswochen „Mehr Zeit für Familie“ und „Wir ändern das“, bei denen die gemeinsame Aktivität mit Bürgerinnen und Bürgern im Vordergrund stand. Beim „Tag des Ehrenamts“ am 05. Dezember nutzten viele SPD-Gliederungen die Gelegenheit, sich bei ehrenamtlichen FlüchtlingshelferInnen, der Freiwilligen Feuerwehr und anderen Aktiven für das Engagement für die Gemeinschaft zu bedanken. Unterstützt wurden die SPD-Gliederungen dabei immer mit passenden, attraktiven und modernen Materialien.

Nachbarschaftskampagne – Die 21 Modellregionen

In 21 vom Parteivorstand ausgewählten Modellregionen im gesamten Bundesgebiet wurden die Kernanliegen und Grundgedanken der Nachbarschaftskampagne vertieft erprobt. Dafür hat der Parteivorstand zehn OrganisationsberaterInnen eingestellt, die vor Ort die Kampagne begleitet, angestoßen und wichtige Fragen gestellt haben.

Die Kriterien für die Auswahl der 21 Modellregionen (aus insgesamt 42 Bewerbungen) beruhten auf den Vorgaben des PV-Beschlusses vom 23. Juni. Es wurden daher städtisch geprägte, suburbane und ländliche Regionen gleichwertig berücksichtigt. Ebenso ist hinsichtlich der Parteistruktur ein breiter Bogen geschlagen – von der vermeintlichen SPD-Hochburg bis zu Regionen mit einer schwach ausgeprägten Organisationsstruktur. Damit sollte ein repräsentativer Querschnitt der Organisation abgebildet werden.

Die Erfahrungen in den Modellregionen sind höchst unterschiedlich. Eine qualitative Evaluation wird im ersten Quartal 2016 erfolgen.

Nachbarschaftskampagne – Campaign Camp 2015

Beim Campaign Camp auf dem EUREF Campus und im Gasometer Berlin kamen über 800 TeilnehmerInnen zusammen, um über neue Kampagnentrends, Instrumente der Parteilarbeit, die Möglichkeiten von Social Media und internationale Beispiele zu diskutieren.

Mit dem Campaign Camp haben wir deutlich gesehen: Es gibt viele in der SPD, die ein großes Interesse an kampagnenorientierter Parteilarbeit haben; die Lust haben, Neues auszuprobieren und Menschen für unsere Politik begeistern wollen.

Nachbarschaftskampagne – Das haben wir gelernt

Die Nachbarschaftskampagne hat eines klar gezeigt: Es lohnt sich, zu den Menschen zu gehen. Dorthin, wo sie sich aufhalten, wo sie wohnen, sich engagieren. Bürgerinnen und Bürger – und auch Vereine! – wertschätzen es, wenn die SPD auch ohne Wahlkampf vorbeikommt.

Die Zeiten, in denen wir unsere Wählerinnen und Wähler vor allem über Infostände erreicht haben, sind vorbei. In den Modellregionen hat sich besonders gezeigt: Wer sich gut überlegt, wo er hingehet, auf welche Zielgruppe er treffen wird und welche Themen diese interessiert, hat mehr Spaß an der politischen Arbeit! Es kommt auf jeden Einzelnen an!

Verändern ist nie einfach. Schon gar nicht, wenn es um lang etablierte Arbeitsweisen geht. Umso wichtiger sind Mitglieder, die voran gehen. Unsere Erfahrung hat gezeigt: Dafür reichen auch schon mal ein, zwei GenossInnen, die anpacken und neue Ideen auch einfach mal auf die Straße bringen. Auch, wenn es manchmal mühsam ist. Am Ende lohnt es sich. Jede und jeder kann die Partei zum Besseren verändern.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN/THEMENFOREN

Durch die organisatorische Bündelung der Betreuung von zehn Arbeitsgemeinschaften und dem Themenforum Verbraucherpolitik im Referat Arbeitsgemeinschaften/ Themenforen konnte der Austausch der Arbeitsgemeinschaften untereinander verbessert werden. Es gibt regelmäßige Treffen der Vorsitzenden und einen Referatsnewsletter, in dem über aktuelle Termine und Kampagnen informiert wird.

Die Arbeit der drei neuen Arbeitsgemeinschaften Schwusos, AG Migration und Vielfalt und Selbst Aktiv hat sich verstetigt und wurde durch zahlreiche Neugründungen in den Gliederungen auf breitere Füße gestellt.

Die Arbeitsgemeinschaften haben sich in die aktuellen Diskussionsprozesse der SPD eingebracht und wurden dabei durch das Referat unterstützt. Im Zuge der Evaluation der Parteireform gab es einen Workshop für die Arbeitsgemeinschaften. Dessen Ergebnisse wurden in die Organisationspolitische Kommission eingespeist, in der die Arbeitsgemeinschaften mit zwei beratenden Mitgliedern vertreten sind.

Auch darüber hinaus haben die Arbeitsgemeinschaften ihre Vorstellungen zur Aufstellung der Partei an verschiedenen Stellen und Gremien eingebracht. Im Programmprozess #digitalLeben waren die Arbeitsgemeinschaften ebenfalls beteiligt. Neben der Mitarbeit digital und analog gab es ein erfolgreiches Barcamp #digitalLeben, bei dem zu unterschiedlichen Aspekten des Digitalen in einem offenen und lebendigen Format diskutiert wurde.

Unsere Jugendarbeit haben wir durch gezielte Unterstützung und Einbindung von Jusos und Juso-Hochschulgruppen weiter gestärkt.

Das Themenforum Verbraucherpolitik hat sich nach der Gründung 2012 als die Plattform für gute und moderne Verbraucherpolitik innerhalb der SPD etabliert. Die jährlichen Tagungen, unter anderem mit Heiko Maas, Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz, sind stets ein willkommener Anlass für viele, denen eine sozialdemokratische Verbraucherpolitik wichtig ist – mit oder ohne Parteibuch, Lösungsansätze und

gemeinsame Positionen zu erarbeiten. Der Newsletter „Verbraucherbrief“ hat sich als wichtiges Medium durchgesetzt, in dem die beiden Sprecherinnen Inge Blask und Sarah Ryglewski über Aktivitäten verbraucherpolitische Themen informieren.

Als beratendes Gremium trifft sich der Beirat Verbraucherpolitik regelmäßig unter der Leitung von Elvira Drobinski-Weiß und Jochen Hartloff.

Mit dem Forum Sport der SPD unter der Leitung von Manfred Schaub kümmert sich die SPD um die Belange des Sports. Hier kommen viele Menschen aus dem organisierten Sport, aus Vereinen und Verbänden sowie Sportlerinnen und Sportler zusammen, um entweder durch Newsletter „Sportinformationsbrief“ über sozialdemokratische Sportpolitik informiert zu werden oder beim Jahrestreffen im Willy-Brandt-Haus, über aktuelle sportpolitische Fragestellungen zu diskutieren. Als Sportpolitischer Sprecher der SPD koordiniert Manfred Schaub auch den Sportbeirat der SPD, der sich aus Vertretern der Sportverbände, Sportwissenschaft, Sportpolitik und Sportlerinnen und Sportlern zusammensetzt. Sport ist bei der SPD in guten Händen.

VERTRAGSMANAGEMENT (ZIVIL- UND VERTRAGSRECHT)

Der Arbeitsbereich Vertragsmanagement ist zuständig für das Vertrags- und Zivilrecht, betreut Vorgänge und Vertragsstände der KSK, VBG und GEMA. Er unterstützt Parteigliederungen in vertraglichen und urheberrechtlichen Belangen und informiert Gliederungen durch Schulungen und Informationstexte. Der Arbeitsbereich Vertragsmanagement unterstützt die Abwehr (unberechtigter) Rechtsansprüche und begleitet pro Jahr etwa 500 Rechtsfälle. Ferner informiert und berät der Arbeitsbereich u.a. über den GEMA-Gesamtvertrag, die freiwillige gesetzliche Unfallversicherung, über versicherungsvertragliche Anpassungen bei der Generali, etc. Innerhalb des Parteivorstands ist der Arbeitsbereich mit der rechtlichen Begleitung und der Verhandlung von Verträgen aller Art befasst. .

Abteilung Politik

POLITISCHE ARBEIT DER ABTEILUNG

In der politischen Abteilung des Willy-Brandt-Hauses wurde die laufende inhaltliche politische Arbeit koordiniert und begleitet. Es wurden Auswertungen im Archiv erstellt, Wahlen ausgewertet und Erkenntnisse über die politische Konkurrenz zusammengestellt. Vor allem wurde in den Foren, Kommissionen, Gesprächskreisen und Projektgruppen mit Expertinnen und Experten aus Partei, gesellschaftlichen Gruppen und Wissenschaft anhand von inhaltlichen Fragestellungen der kontinuierliche Dialog mit Partnern und Zielgruppen gepflegt. All diese Aktivitäten haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich die SPD inhaltlich weiter entwickeln konnte.

In Themenlaboren wurden politische Ideen entwickelt im Austausch mit neuen Gesprächspartnern und in innovativen Veranstaltungsformaten. Die Arbeit der Themenlabore ging über in die Perspektivdebatte „Deutschland 2025“, die mit einer umfassenden Beteiligung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern die Diskussion auf dem Weg zum Regierungsprogramm einleitete. In den Jahren 2014 und '15 wurden im Rahmen der Kampagne #DigitalLeben aus der Partei heraus ein Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft erarbeitet und mit vielfältigen Aktivitäten in den Gliederungen begleitet.

THEMENLABORE

Die SPD hatte auf ihrem BPT im Dezember 2013 die Einrichtung von Themenlaboren beschlossen. Die Themenlabore gingen breiten gesellschaftlichen Trends und Leitfragen nach und dachten dabei programmatisch über die Regierungszeit in der Großen Koalition hinaus. Es wurden zum einen Lösungsangebote auf zentrale Fragen in unserer Gesellschaft entwickelt. Zum anderen wurden in den Themenlaboren breitere, auch visionärere Debatten geführt, die aber einen direkten Bezug zur Lebensrealität der Menschen in Deutschland hatten. In den Themenlaboren wurde experimentell und ergebnisoffen gearbeitet. Die Themenlabore waren nicht als dauerhaftes Format angelegt, sondern gingen in den Prozess der Perspektivdebatte über und bereiteten diese inhaltlich vor. Es gab insgesamt sieben Themenlabore: (1) Gute Arbeit, gutes Leben, (2) Kommunen und Lebensumfeldgestaltung, (3) Gleichstellung und Vielfalt, (4) Eine gerechte und friedliche Welt, (5) Neues Wachstum und Innovation, (6) Neue Verantwortungskultur/ Neue Bürgerthemen, (7) Sicher leben im Alter.

Nach einer konzeptionellen Phase nahmen die Themenlabore im September 2014 ihre Arbeit auf. In der Phase bis zum Perspektivkongress im Oktober 2015 wurden Beiträge eingesammelt. Innovative und praktische Ideen und Impulse für die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen waren die Grundlage für neue Ansätze jenseits eingefahrener Denkschablonen.

Themenlabor „Gute Arbeit-Gutes Leben“

Das Themenlabor „Gute Arbeit - Gutes Leben“, geleitet von Dagmar Schmidt und Armin Schild, hat sich mit der Arbeit der Zukunft und den sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beschäftigt, die eine individuell emanzipierte Lebensplanung für Männer und Frauen ermöglichen, unterstützen und absichern. Im Rahmen des Themenlabors wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die unter Hinzuziehung vieler

Expertinnen und Experten zu den Themen Arbeitszeitpolitik, Qualität der Arbeitsbedingungen, Teilhabe und Fachkräftesicherung und gerechte Verteilung gearbeitet haben.

Als zentrale Herausforderungen der modernen Arbeitsgesellschaft wurden die Digitalisierung der Arbeit und der demografische Wandel identifiziert. Mit der Digitalisierung steigen die Chancen für selbstbestimmte Arbeit und die Reduzierung von Belastungen. Zugleich wachsen die Schutzbedürfnisse der Beschäftigten durch Entgrenzung der Arbeit. Der demografische Wandel erhöht die Anforderungen an die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie an altersgerechte Arbeit und Qualifizierung. Hinzu kommen Trends der Flexibilisierung und Ungleichverteilung der Arbeitszeiten, die Prekarisierung der Arbeit bei sinkender Tarifbindung und der steigende Druck auf die Mittelschichten, der durch den Sozialstaat zunehmend weniger kompensiert werden kann.

Ausgehend vom Leitbild der gleichberechtigten Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, der Selbstbestimmung in der Arbeit und der Mitbestimmung auf Augenhöhe wurden Vorschläge in verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt:

Wir wollen die digitale Arbeitswelt gestalten. Dazu wollen wir unter anderem ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit und ein Recht auf Nicht-Reaktion im Arbeitsschutzgesetz festlegen, den Beschäftigtendatenschutz ausbauen und die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte stärken.

Wir müssen die Tarifbindung stärken. Wo Tarifverträge gelten, haben die Beschäftigten bessere Arbeits- und Lohnbedingungen. Wir wollen Weiterbildung und Qualifizierung stärker fördern. Dazu wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln und ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen.

Wir wollen moderne Arbeitszeitpolitik unterstützen. Beschäftigte sollen mehr individuelle Möglichkeiten haben, Lage, Dauer und Ort der täglichen Arbeit bzw. Arbeitszeit zu bestimmen. Dazu müssen tarifvertragliche und betriebliche Möglichkeiten durch gesetzliche Regelungen unterstützt werden.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Mitbestimmte Unternehmen sind wirtschaftlich erfolgreicher, innovationsstärker und weisen eine höhere innerbetriebliche Flexibilität auf. Deshalb wollen wir die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Organisation und Gestaltung von Arbeit und die Rechte der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter im mitbestimmten Aufsichtsrat ausbauen und sichern.

Themenlabor „Kommunen und Lebensumfeldgestaltung“

Auf der Grundlage des Leitbildes einer integrierten und nachhaltigen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden mit sozial durchmischten Nachbarschaften, Wohnungen zu bezahlbaren Mieten und einer hohen Lebensqualität für alle Generationen hat das Themenlabor „Kommunen und Lebensumfeldgestaltung“ unter der Leitung von Charlotte Britz und Michael Groschek neue Impulse für eine soziale Stadtentwicklung im Zeichen anhaltenden ökonomischen, sozialen und demografischen Wandels erarbeitet.

Die Arbeit des Themenlabors war von der Erkenntnis geleitet, dass viele Herausforderungen und Chancen des Individuums wie der Gesellschaft als Ganzes sich wesentlich im Sozialraum des Quartiers als unmittelbarem Lebensumfeld abbilden: Das Quartier bietet seinen Bewohnerinnen und Bewohnern „Heimat vor der

Haustür“. Gleichzeitig verdichten sich hier aber auch die gesellschaftlichen Veränderungen und Problemlagen wie in einem Brennglas. Insofern wurde die stärkere Ausrichtung bereits bestehender Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung auf das Quartier als eine Schlüsselaufgabe identifiziert.

Mit Blick auf die Vielzahl und die Vielfalt der Quartiere hat das Themenlabor sich vor allem Fragen nach zukünftigen Aufgaben von Nachbarschaften und der Zivilgesellschaft für die Entwicklung vor Ort, der Sicherstellung einer umfassenden Partizipation möglichst aller Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier sowie der Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der vielschichtigen Anforderungen an die Quartiersentwicklung gewidmet.

Im Rahmen von Exkursionen nach Saarbrücken, Dortmund, Gevelsberg und Köln mit Besuchen ausgewählter Projekte und Gesprächen mit einer Vielzahl von Akteuren der Quartiersentwicklung ging es vor allem um die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit, nicht nur für die soziale Arbeit in den Stadtteilen, sondern auch für die Stärkung der lokalen Demokratie, die Kontinuität in der Finanzierung von Programmen und Projekten zur Sicherung verlässlicher lokaler Strukturen und die Fort- und Umsetzung integrierter Entwicklungs- und Handlungskonzepte im Rahmen einer ressortübergreifenden Strategie nach dem Vorbild des Programms „Soziale Stadt“.

An allen Orten war der Wunsch nach einem verbesserten Wissens- und Erfahrungstransfer deutlich zwischen modell- und beispielhaften Initiativen der sozialen Quartiersentwicklung – in Form eines bundesweiten Kompetenzzentrums unter dem fachlichen Dach des Bundesbauministeriums.

Die Arbeitsergebnisse des Themenlabors wurden in zwei Positionspapieren unter den Überschriften „Heimat vor der Haustür – Die soziale Stadt in der sozialen Gesellschaft“ und „Lebendige Stadtteile – Keimzelle und Basis gesunder Kommunen: Aktives Quartiersmanagement, Gemeinwesenarbeit und die Chancen eines sozialen Arbeitsmarktes neu denken und entwickeln!“ zusammengefasst.

Themenlabor Gleichstellung und Vielfalt

Das Themenlabor Gleichstellung und Vielfalt nahm seine Arbeit im September 2014 auf. Die Steuerungsgruppe leiteten Martin Dulig und Elke Ferner. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus Parteispitze und Fraktion wurden Vorsitzende von Arbeitsgemeinschaften sowie externe Mitglieder, VerbandsvertreterInnen und Einzelpersonlichkeiten in die Arbeit einbezogen. Dies ermöglichte breit gefächerten Sachverstand und Sichtweisen auf das Thema.

Wichtige Impulse lieferte Prof. Dr. Andrea D. Bührmann, Direktorin des Instituts für Diversitätsforschung der Universität Göttingen mit ihrem Referat „Gesellschaftlichen Fortschritt gestalten durch den Abbau sozialer Ungleichheit und die Anerkennung von Vielfalt“. Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Thema „Partnerschaftlichkeit“. Inklusion wurde in den verschiedenen Feldern als Querschnittsthema berücksichtigt.

Das Abschlusspapier behandelte die Themen Inklusion von Menschen mit Behinderung, Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Gleichstellung und Partnerschaftlichkeit sowie Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LSBTI). Die verbindenden Elemente dieser verschiedenen Themen flossen in die Einleitung ein: „Eine vielfältige Gesellschaft legt niemanden auf bestimmte Lebensentwürfe fest, sondern schafft Rahmenbedingungen dafür, dass jede und jeder den eigenen Lebensentwurf verwirklichen kann. Vielfalt wert-

schätzt den Einzelnen und die Einzelne, so wie er/sie ist, mit allem was er oder sie einbringt. Vielfalt ist ein Gewinn, sobald sie sich entfalten kann. [...] Unser Ziel ist eine offene inklusive Gesellschaft – ohne Diskriminierung oder Ausgrenzung. Eine solche Gesellschaft zu ermöglichen, ist keine Minderheitenpolitik.“

Themenlabor „Eine gerechte und friedliche Welt“

Das Themenlabor „Eine gerechte und friedliche Welt“, befasste sich mit der Analyse aktueller außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungen und der Fortentwicklung sozialdemokratischer Positionierung zu internationalen und globalen Fragen.

Die Flüchtlingskrise und die Kriege in unserer Nachbarschaft zeigen, dass eine aktive und vorausschauende Außenpolitik heute notwendiger ist als je zuvor. Gleichzeitig macht die Komplexität der Herausforderungen – sei es die Lage im Nahen und Mittleren Osten, der internationale Klimaschutz oder auch die steigende soziale Kluft weltweit – deutlich, dass umfassende und nachhaltige Lösungen notwendig sind.

Ein besonderes Augenmerk bei der Arbeit des Themenlabors lag darauf, die Debatte innerhalb der Partei zu intensivieren und gleichzeitig zivilgesellschaftliche Akteure, NROs und Think Tanks einzubinden. Unter Leitung von Niels Annen, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Dr. Bärbel Kofler, entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, erarbeitete das Themenlabor ein Diskussionspapier, gestaltete inhaltlich die außenpolitische Debatte auf dem Perspektivkongress und öffnete die Diskussion um sozialdemokratische Positionierungen, wie unter anderem auf der Internationalen Konferenz der SPD am Vorabend des Bundesparteitages in Berlin.

Themenlabor „Neues Wachstum und Innovation“

Das Themenlabor „Neues Wachstum und Innovation“, geleitet von Yasmin Fahimi und Thorsten Schäfer-Gümbel, diskutierte wie eine sozial gerechte Wachstumsdynamik in Deutschland geschaffen werden kann. Es ging dabei um die Entwicklung und Ausformulierung eines intelligenten Wirtschaftsmodells, das Wohlstand für alle schafft, mehr Gerechtigkeit erzeugt, Energie und Ressourcen schont, auf Effizienz bei deren Nutzung achtet und nachhaltig wirkende Investitionen voran bringt. Wachsende Ungleichheit wurde als große Herausforderung angesehen, da sie nachhaltiges Wachstum verhindert.

Ein wesentliches Ergebnis des Themenlabors war die Erarbeitung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konzepts für Wachstum und Stabilität. Dazu wurden Indikatoren (makro- und mikroökonomische sowie soziodemografische und ökologische) ausgewählt, entwickelt und zusammengestellt. In der Gesamtschau umreißen die Indikatoren ein neues Wachstums- und Wohlstandsmodell. Inhaltlich schloss dieser Prozess an (internationale) Vorüberlegungen auf diesem Feld an. Zudem war der Entwurf der Versuch einer Erneuerung des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes (ursprünglich aus dem Jahr 1967). Bis dato gab es dazu lediglich Verweise in der SPD-Programmatik aber keine inhaltliche Unterfütterung und Konkretisierung. Die Studie, inklusive eines Tests der Indikatoren, liegt vor.

Ein weiteres Ergebnis war die Entwicklung eines Leitbildes für gute Unternehmen als Arbeitgeber zum einen und als Innovatoren zum anderen. Dabei ging es um die Frage, wie Fachkräfte gewonnen und gebunden werden, wie der demografischen Entwicklung auf betrieblicher Ebene begegnet und wie Diversität gefördert werden können. Außerdem ging es um die Frage der Produktivität und technologischen Innovationsfähig-

keit. Im Rahmen einer „Innovationsreise“ nach Skandinavien und innerhalb Deutschlands konnten Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen bezüglich technologischer Entwicklungen, Produktivität, Output und Arbeitsmodellen studiert werden. Strategisches Ziel war das Ausgreifen der SPD in das aufgeschlossene Unternehmertum Deutschlands.

Themenlabor Neue Verantwortungskultur/Neue Bürgerthemen

Unsere Gesellschaft hat sich verändert. Globalisierung, Digitalisierung, demographischer Wandel, veränderte Geschlechterrollen und Familienmuster sind nur einige Stichworte. Gleichzeitig wächst derzeit nach einer Hochphase des „Ego-Denkens“ das Bedürfnis vieler Menschen nach Kooperationen, nach neuen Formen des Zusammenlebens und des nicht primär gewinnorientierten Zusammenarbeitens.

Das Themenlabor „Neue Verantwortungskultur – Neue Bürgerthemen“ unter Leitung von Ralf Stegner und Sascha Vogt hat sich vor diesem Hintergrund mit der Frage beschäftigt, welche Rahmenbedingungen nötig sind, damit Menschen in einer hoch individualisierten Gesellschaft eine neue Kultur des Miteinanders tatsächlich leben können. Folgende Themenschwerpunkte wurden bearbeitet:

- **Gesellschaftliche Identität:** Was hält die Gesellschaft zusammen, welche gemeinsamen Werte haben wir, die unsere Demokratie tragen? Was bedeutet das für bürgerschaftliches Engagement? Wie ist unser Verständnis von gesellschaftlicher Verantwortung (in Abgrenzung zu neoliberalen und konservativen Interpretationen – „Eigenverantwortung“, „Pflichterfüllung“)? Wie grenzen wir Engagement (freiwillig, unbezahlt) und prekäre Erwerbsarbeit im sozialen Bereich voneinander ab?
- **Familie, neue Formen der Partnerschaftlichkeit und zivilgesellschaftliches Engagement:**
 - a) Wie wollen wir leben, in der Erwerbsphase und im Alter? Welche „neue Formen“ von Partnerschaftlichkeit gibt es? Wo liegen die Schwierigkeiten, Chancen und Grenzen gemeinsamer Verantwortungsübernahme innerhalb und außerhalb der Familie? Was muss Politik tun?
 - b) Welche Formen von Engagement auf der lokalen/kommunalen Ebene gibt es? Mit welchen Problemen sind diese Initiativen konfrontiert? Was wünschen sich die Menschen, die ein solches Engagement an den Tag legen, von der Politik? Welche Rolle spielt die Schnittstelle von Zivilgesellschaft (Engagement) und Wirtschaft?
- **Neue Beteiligungsmöglichkeiten:** Warum engagieren sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht oder nur sehr punktuell? Wie kann man ihnen besser ermöglichen, sich zu beteiligen?

Diese Themenschwerpunkte wurden von September 2014 bis Juni 2015 in verschiedenen Veranstaltungsformaten bearbeitet. Hervorzuheben sind der Workshop „Neue Familienmodelle – welche Unterstützung brauchen sie?“ mit großer Verbände-Beteiligung am 16. März 2015 im Willy-Brandt-Haus und ein Ortstermin von Ralf Stegner und Sascha Vogt bei der Stadtteilvertretung „menschmüller“ in Berlin-Wedding am 24. April 2015. Die Arbeitsergebnisse des Themenlabors liegen in Form eines zweiteiligen Abschlussberichtes vor (1. Familie neu denken – vielfältige Lebensmodelle unterstützen; 2. Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Teilhabe – Für eine neue Demokratiepoltik der SPD) und sind unter anderem eingeflossen in den familienpolitischen Leitantrag zum Bundesparteitag 2015 „Moderne Familienpolitik weiter denken“.

Themenlabor „Sicher leben im Alter“

Mit dem Arbeitsprogramm 2015 des SPD-Parteivorstandes wurde ein Themenlabor „Sicher leben im Alter“ eingerichtet, das von Andrea Nahles geleitet wurde und dem aus dem Parteivorstand Kerstin Griese, Gabriele Lösekrug-Möller und Dagmar Schmidt angehörten.

Anknüpfungspunkte zur Arbeit des Themenlabors finden sich im Impulspapier für die Perspektivdebatte 2015, insbesondere in der Öffnung der Systeme der sozialen Sicherung für alle Lebensmodelle und unterschiedliche Ausbildungs- und Erwerbsbiographien, in der Teilhabe-, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit und der bessere Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen.

Auf längere Sicht wird die Alterssicherung in Deutschland, und dabei vor allem die gesetzliche Rentenversicherung, vor Herausforderungen stehen, die insbesondere durch demografische Veränderungen und Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt gekennzeichnet sind. Vor diesem Hintergrund hat das Themenlabor in vier Sitzungen eine Bestandsaufnahme der Säulen der Alterssicherung vorgenommen und wesentliche Fragestellungen für weitere Arbeiten zur längerfristigen Weiterentwicklung eines Alterssicherungskonzeptes der SPD diskutiert.

PERSPEKTIVDEBATTE UND PERSPEKTIVKONGRESS

Mit der Perspektivdebatte, die Mitte 2015 begann, wurde ein deutliches Zeichen des programmatischen Aufbruchs innerhalb und außerhalb der Partei gesendet. Denken über die Legislaturperiode hinaus stand hinter dem Ziel Deutschland mit neuen Ideen voranzubringen. Im direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit den SPD-Mitgliedern wurden (und werden, fortgesetzt in 2016) in der Perspektivdebatte Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft entwickelt. Eine wichtige Grundlage für die Debatte bildete das Impulspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ des SPD-Präsidiums. Das Impulspapier konnte online in einem „Adhocracy-Prozess“ direkt von Mitgliedern und Nichtmitgliedern kommentiert werden. Rund 400 Kommentare wurden abgegeben. Außerdem wurde das Papier über den vorwärts und Mailings an alle Mitglieder zur Kommentierung versandt. Ein weiterer Ausgangspunkt der Debatte war die Befragung der SPD-Mitglieder nach ihren Vorstellungen von „Wohlstand“, „Guter Arbeit“, „Sicherheit in einer offenen Gesellschaft“, „Vereinbarkeit und Familie“ und den „wichtigsten Aufgaben der SPD in den kommenden zehn Jahren“. Über 2000 Zuschriften und Kommentare erreichten das Willy-Brandt-Haus.

Die Debatte hatte ihren ersten Höhepunkt auf dem Perspektivkongress am 11. Oktober in Mainz. Dort trafen 850 Interessierte und SpitzenpolitikerInnen sowie ExpertInnen der SPD zum Ideenaustausch aufeinander. Einen besonderen „Kick“ gab es dadurch, dass der Kongress an einem – für Politik – ungewohnten Ort, in einem Fußballstadion, stattfand. Dies passte sehr gut zum modernen und dynamischen Konzept der Veranstaltung. Die Rede des Parteivorsitzenden bildete den kämpferischen Auftakt, der den Genossinnen und Genossen wichtige Orientierung gab – „Zuversicht und Realismus ist die Formel, die unsere innere Einstellung prägen muss“, so lautete einer der Kernsätze von Sigmar Gabriel. Die rheinland-pfälzische Spitzenkandidatin Malu Dreyer zeigte, dass sie mit Herz und Verstand die Herausforderung der Flüchtlingsintegration in ihrem Land angeht. Sie forderte einen „Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen“, um die Herausforderungen des großen Flüchtlingsandrangs zu bewältigen. Im Panel „Familienzeit – Zeit für Familien“ wurde in einer hochkarätig besetzten Runde diskutiert. Parteivize Manuela Schwesig stellte die Idee der Familienarbeitszeit vor.

Organisiert in zwölf Workshops wurden wesentliche Impulse und Ideen für das nächste Jahrzehnt erarbeitet. Jedem Workshop lag ein zweiseitiges Impulspapier zugrunde, in dem wichtige Zukunftsfragen hergeleitet wurden; einige der Impulspapiere standen in einem inhaltlich engen Zusammenhang mit den vorangegangenen Themenlaboren. In den Workshops war es möglich, hautnah mit der Parteispitze direkt und unkompliziert in einen Austausch zu treten. Jeder Workshop entwickelte einen knappen Leitsatz, der – hochverdichtet – die Zukunftsaufgabe im jeweiligen Gebiet auf den Punkt bringen sollte. Entsprechend herrschte eine intensive Arbeitsatmosphäre, basierend auf möglichst breiter Beteiligung der TeilnehmerInnen. Mit dem Perspektivkongress machte die SPD ihre Verantwortung und ihren Gestaltungswillen für die Zukunft Deutschlands deutlich. Sie stellte unter Beweis, dass sie offen, diskussions- und experimentierfreudig ist.

Die Impulse aus der Perspektivdebatte und die Anregungen aus dem Kongress wurden in der Folge ausgewertet und flossen in den Leitantrag „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“ des SPD-Parteivorstandes zum Bundesparteitag ein.

KOMMISSIONEN

Grundwertekommission

Im Berichtszeitraum 2014 bis 2015 sind folgende Stellungnahmen der Grundwertekommission erarbeitet und veröffentlicht worden:

„Grundlagen einer humanen Ökonomie“

Die einseitige Beschreibung wirtschaftlichen Handelns im Kapitalismus als „ökonomische Rationalität“ missachtet wesentliche Grundprinzipien menschlicher Interaktion, die eine zentrale Rolle in einer kooperativen Wirtschaft spielen. Ökonomische Praktiker wissen, dass wirtschaftliche Optimierung nur dann erfolgreich sein kann, wenn bestimmte Regeln eingehalten werden.

In einem Werkstatt-Gespräch zum „Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)“ diskutierte die Kommission mit eingeladenen Fachleuten am 31. Oktober 2014 im Willy-Brandt-Haus die vorgelegten Thesen zu möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens.

Die Grundwertekommission veröffentlichte im Jahr 2015 das Grundsatzpapier

„TTIP und die sozialdemokratischen Grundwerte - ein Konflikt?“

Indem die Grundwertekommission fragt, ob das bisher anvisierte TTIP die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fördert oder verletzt, will sie angesichts der Komplexität dieser Werte sich verschiedenen Perspektiven öffnen.

Zwei weitere Werkstattgespräche führte die Grundwertekommission mit Parlamentariern und Vertretern von Verbänden und Gewerkschaften zu Themen der internationalen Politik durch.

Die Grundwertekommission veröffentlichte im Jahr 2015 das Grundsatzpapier

„Frieden, Demokratie, Entwicklung, Europa – Wegekarten aus dem aktuellen Krisenmodus der Weltpolitik“.

Um als normative Vorgabe in der internationalen Politik zu dienen und in einer Welt souveräner Nationen universelle Geltung beanspruchen zu können, müssen Grundwerte in die kulturell vielfältige globale Wirklichkeit übertragbar sein. Ein europäisch geprägtes Freiheitsverständnis wurde über die Begriffe der Menschenwürde und der Menschenrechte universell zustimmungsfähig. Diesen Konzepten kommt völkerrechtliche Verbindlichkeit zu. Sie bilden damit einen Rahmen für die internationale Politik. Dagegen stößt eine globale Umsetzung des Grundwertes Gerechtigkeit bisher auf sehr enge Grenzen.

Eine dritte Veröffentlichung folgte im Jahr 2015 unter dem Titel

„Sozialdemokratische Grundwerte in der Digitalen Gesellschaft: Die Herausforderung der 4. Industriellen Revolution.“

Das Papier soll Anstöße geben, damit aus der Digitalisierung als technischer Innovation auch eine soziale Innovation wird und die Kommunikationsrevolution sich auch positiv auf unser Zusammenleben und die Art und Weise, wie wir als Gesellschaft kommunizieren, auswirkt.

MEDIEN- UND NETZPOLITISCHE KOMMISSION

Für die SPD stehen die Gestaltung der digitalen Welt, ihre Demokratisierung und der Erhalt der Medien- und Meinungsvielfalt im Vordergrund. Uns ist der ungehinderte und freie Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht wichtig. Netzpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik und das politische Gestaltungsinstrument für die digitale Welt. Sozialdemokratische Medien- und Netzpolitik achtet die Freiheit der Medien und gibt deshalb selbst- und koregulativen Lösungen Vorrang vor gesetzlichen Regelungen. Wir halten an der dualen Rundfunk- und Medienordnung der Bundesrepublik fest, indem wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken und für angemessene Rahmenbedingungen für den kommerziellen Rundfunk sorgen.

Medienpolitik ist in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes eine Aufgabe der Länder, wobei auch der Bund mit Kartellrecht, dem Telekommunikationsrecht, dem Urheberrecht und vielen weiteren Kompetenzen über zahlreiche starke Instrumente verfügt. Die durch den Koalitionsvertrag von 2013 festgelegte Bund-Länder-Kommission entwickelt derzeit Eckpunkte einer der Konvergenz der Medien angemessenen öffentlichen Medien- und Kommunikationsordnung. Die Medien- und Netzpolitische Kommission (Vorsitz Marc Jan Eumann) begleitet diesen Prozess.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert die Medien- und Netzpolitische Kommission gesellschafts- und wirtschaftspolitisch relevante Entwicklungen mit medien- und netzpolitischem Schwerpunkt. Sie sorgt für Diskurs zwischen allen relevanten Akteuren aus Medien- und Kreativwirtschaft, Gesellschaft und Politik auf Bund- und Länderebene, stößt Debatten an, versteht sich als Plattform für alle medien- und netzpolitischen Aktivitäten der Partei und ist Impulsgeber für eine zukunftsweisende, vielfaltssichernde und sozialdemokratische Medien- und Netzpolitik.

Die Kommission hatte sich 2013 deshalb neu formiert, um ihrem Anspruch zu folgen, medien- und netzpolitische Themen und Fragestellungen aus einer gemeinsamen Perspektive zu diskutieren. Das drückt sich auch im Namen der Kommission aus: Medien- und Netzpolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand.

Die Kommission wird von einem Geschäftsführenden Vorstand gesteuert, in dem Europa, Bund, Länder vertreten sind. Die Kommission selbst setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Medien- und Netzwirtschaft zusammen. Die Kommission beteiligte sich am Projekt #DigitalLeben mit dem Themenbereich: Kultur, Medien und Öffentlichkeit.

FOREN

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie

Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie wurde vor nunmehr 25 Jahren als Plattform unserer Partei für Debatten um die richtigen Grundlinien in der Wissenschaftspolitik gegründet. Unter dem Vorsitz von Christoph Matschie organisiert es den Austausch zwischen Verantwortlichen in Wissenschaft und Politik.

Während das zuständige Bundesministerium vom Koalitionspartner geführt wird, tragen in der Mehrzahl der Länder Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung für die Wissenschaftspolitik. Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist es gelungen, die Arbeit des Wissenschaftsforums in den vergangenen zwei Jahren neu auszurichten, seine Arbeit zu intensivieren und seine Wahrnehmbarkeit in der wissenschaftlichen Community deutlich zu erhöhen. Die SPD wird wieder als treibender Motor politischer Entwicklungen, als Partner von Wissenschaft, Forschung und Hochschulen angesehen und ernst genommen.

Nicht mehr ein breit aufgestelltes Kuratorium sondern eine kleine und flexible Steuerungsgruppe organisiert die strategische Planung und Themensetzung. Den Ministerinnen Vera Reiß und Svenja Schulze, den MdBs Hubertus Heil und Dr. Ernst Dieter Rossmann sowie Dr. Hans-Gerhard Husung gilt ein besonderer Dank für ihre Unterstützung. Der Dialog mit den wichtigsten Akteuren aus Hochschulen, Forschungsorganisationen, Wirtschaft und Verbänden wird nun im so genannten „Forum“ geführt. Eingebunden sind hier ebenso die wissenschaftspolitisch Verantwortlichen aus Bundestag, Landesparlamenten und -regierungen. Diese Runden dienen einem offenen fachlichen Austausch, der für beide Seiten neue Impulse und Erkenntnisse liefern soll. Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses und die zukünftige Rolle der Fachhochschulen waren die Themen der vergangenen Jahre.

Ergänzt werden diese Formate durch den „Politischen Gesprächskreis“, der den strategischen Austausch zwischen der Steuerungsgruppe des Forums und den Präsidenten und Vorsitzenden der Wissenschafts- und Forschungsorganisationen ermöglicht. Von beiden Seiten wird vor allem der informelle und vertrauliche Rahmen geschätzt, der dazu beigetragen hat, neues Vertrauen aufzubauen.

Nach wie vor wird die Arbeit des Wissenschaftsforums auch durch eine Vielzahl regionaler Foren getragen, die sich in ganz unterschiedlichen Formen und Formaten organisieren. Vor allem den ehrenamtlich Engagierten sei hier ausdrücklicher gedankt. Die regionalen Foren werden in Zukunft noch wichtiger werden, wenn es darum geht, Wissenschaft und Politik zu vernetzen und die in der Wissenschaft Tätigen anzusprechen. In diesem Sinne gilt es, an ihrer inhaltlichen wie organisatorischen Weiterentwicklung zu arbeiten. Dazu ist

eine Unterstützung sowohl von Seiten des Willy-Brandt-Hauses als auch der Landes- und Bezirksverbände nötig. Mit jährlichen Treffen der regionalen Foren fördern wir den Austausch und koordinieren die Arbeit.

Eine neu ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit begleitet die inhaltlichen Angebote. Hierzu zählt nicht nur die Weiterentwicklung von Logo und Layout. So hat auch ein E-Mail-Newsletter die über viele Jahre hinweg erscheinenden Wissenschaftsnotizen abgelöst. Der Newsletter bündelt Termine und aktuelle Informationen und unterstützt mit thematischen Artikeln renommierter Autorinnen und Autoren die wissenschaftspolitische Debatte. Damit dies zukünftig noch besser gelingt, wird derzeit die Internetplattform des Wissenschaftsforums www.forscher.de entsprechend umgebaut.

Forum Bildung

Im Bundestagswahlkampf 2013 hat die SPD deutlich gemacht, dass ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem entscheidend ist für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für ökonomischen Erfolg und sozialen Zusammenhalt in unserem Land. In den Koalitionsverhandlungen haben wir uns genau dafür stark gemacht und konnten einige wichtige und richtige Schwerpunkte setzen. Trotz des damit verbundenen Fortschrittes konnten einige Fragen nicht gelöst werden: die Gestaltung der gesamtstaatlichen Verantwortung auch für die großen Herausforderungen im Schulbereichs, die Förderung des qualitativen Ausbaus der Ganztagschule oder die Umsetzung inklusiver Bildung.

Dies unterstreicht, dass es jenseits von Detailfragen gerade auch mit Blick auf grundsätzliche bildungspolitische Positionen nach wie vor gravierende Unterschiede zwischen den politischen Parteien in unserem Land gibt. Diese müssen wir mit Blick auf die Zukunft noch stärker herausstellen und sozialdemokratische Antworten auf die Anforderungen von Eltern, Schülern und Lehrenden formulieren. Im Nachgang des ordentlichen Bundesparteitages 2013 hat der SPD-Parteivorstand die Einrichtung eines Forums Bildung unter der Leitung von Doris Ahnen beschlossen. Seine Aufgabe war es, zu dieser programmatischen Debatte einen Beitrag zu leisten, indem es die wichtigsten bildungspolitischen Akteure unserer Partei aus Bund und Ländern zusammenbringt. Jenseits aktueller tagespolitischer Fragestellungen sollten relevante bildungspolitische Themen identifiziert werden. Darüber hinaus waren Vertreterinnen und Vertreter aus der Wissenschaft, aus Verbänden, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in die Arbeit des Forums eingebunden. Sie sollten mit ihren Impulsen und Beiträgen die Diskussion bereichern und die Aufmerksamkeit auch auf neue Perspektiven lenken.

Das Forum nahm insbesondere im Jahr 2014 zwei wesentliche Themenbereiche in den Blick, die gemeinsamer sozialdemokratischer Antworten bedürfen. Dies war zum einen die Frage nach dem Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung, die gerade auch durch die Debatte über einen angeblichen Akademisierungswahn angestoßen wurde. Für die SPD stehen die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und die Durchlässigkeit zwischen beiden Bereichen im Mittelpunkt. Offen aber ist die Frage, wie und mit welchen Rahmenbedingungen ein solches offenes Bildungssystem gestaltet werden muss, damit Chancengleichheit garantiert und ein Wechsel zwischen den unterschiedlichen Bildungswegen dauerhaft und in alle Richtungen möglich ist? Hierzu hat das Forum versucht, durch den Impuls von Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft mögliche Antworten zu entwickeln.

Gleichzeitig begegnen wir immer stärker der Diskussion über die Art und Weise von Bildung in der digitalen Gesellschaft. Hier geht es darum, die Möglichkeiten der digitalen Welt auch für die Bildung zu erschließen

und gleichzeitig durch Bildung einen verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien zu ermöglichen. Welche Chancen, aber auch Grenzen liegen in einer stärkeren Nutzung digitaler Medien und wie kann deren Einsatz einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten? Diese Fragen sollten nicht allein von den Netzpolitikerinnen und Netzpolitikern diskutiert werden, sondern brauchen im Wesentlichen bildungspolitische Antworten. Gerade auch vor dem Hintergrund der Entwicklung eines digitalen Grundsatzprogrammes im Rahmen der Kampagne #digitalLEBEN hat das Forum Bildung Impulse entwickelt.

Forum Innenpolitik

Das Forum Innenpolitik (bis 2014 Gesprächskreis Innenpolitik) wurde 2006 gegründet. Ziel war und ist eine bessere vertikale und horizontale Verzahnung der Akteure und Positionen hin zu einer kohärenten sozialdemokratischen Innenpolitik. Mitglieder des Gesprächskreises bzw. Forums Innenpolitik sind hierfür die innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aus Bund und Ländern, die Innenminister und -senatoren, Fachpolitiker aus der Bundestagsfraktion, sowie Vertreter der Jusos, ASJ und der GdP. Gleitet wird das Gremium seit 2008 von Ralf Stegner

Die Mitglieder des Gesprächskreises Innenpolitik tagten 2013 in fünf Sitzungen. Die Arbeit war geprägt durch den Bundestagswahlkampf und die hier aktuellen innenpolitischen Themen. Auch mit Thomas Oppermann, im Team von Peer Steinbrück zuständig für Innen und Justiz, wurde erörtert, welche Schlussfolgen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss für BKA und BfV konkret zu ziehen sind.

Rockerkriminalität und die Handlungsbedarfe beim Prostitutionsgesetz aus innenpolitischer Sicht standen auf der Tagesordnung.

Die aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik war mehrfach Thema im Gesprächskreis. Die Innenpolitikerinnen und -politiker lieferten wichtige Impulse für den von Ralf Stegner verantworteten PV-Beschluss „Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik“ vom 14. Oktober 2013.

2014 wurde der Gesprächskreis umbenannt in Forum Innenpolitik. Auch in diesem Jahr war das Thema Flüchtlingspolitik in fast jeder der fünf Sitzungen beherrschendes Thema der Beratungen. Das Gremium war sich sehr früh einig, dass der Bund die Kommunen schnell, substantiell und strukturell entlasten müsse, um einer Überforderung der Städte und Gemeinden bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vorzubeugen. Wieder kamen wichtige Impulse für den erneut von Ralf Stegner verantworteten PV-Beschluss „Aktionsprogramm zur Flüchtlingspolitik – Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen und der Flüchtlinge“ vom 24. November 2014.

Gleich mehrfach debattierte das Forum auch über das Thema Vorratsdatenspeicherung. Die große Mehrheit der Mitglieder des Gremiums befürwortete das Instrument im Sinne der Beschlusslage von 2011. Weitere Themen 2014 waren Cybercrime, also die Kriminalität im und aus dem Internet, die Prävention, Intervention und Deradikalisierung von islamistischen Extremisten und die internationale Drogenpolitik / Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit Experten aus Bolivien und Uruguay.

2015 tagte das Forum Innenpolitik bisher zweimal. Nach den Anschlägen auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo erörterten die innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher und die Innenminister und -senatoren die Sicherheitslage in Deutschland. Eingehend wurden die gesetzgeberischen Maßnahmen erörtert (Änderung

Personalausweisgesetz, Strafbarkeit Terrorfinanzierung und Ausreise- / Rückkehrerproblematik). In der Juni-Sitzung stellte der ehemalige Innensenator von Berlin (und langjähriger Co-Vorsitzender des Forums Innenpolitik), Ehrhard Körting seine Thesen und Forderungen zum Themenkomplex „Prävention, Intervention und Deradikalisierung – Maßnahmen gegen islamistischen Extremismus“ vor. In Zusammenarbeit mit der FES wurde ein Expertenkreis ins Leben gerufen, der Ende 2015 seine Handlungsempfehlungen abgeben wird.

Auch 2015 stand das Thema Flüchtlingspolitik in jeder Sitzung auf der Tagesordnung. Mit dem neuen Geschäftsführer der SGK, Manfred Sternberg, wurden die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung und die konkrete Situation in den Kommunen erörtert. Die Diskussion der Forderungen „unser“ Städte und Gemeinden an Bundesländer und an den Bund hielt Einzug in die „Berliner Erklärung“ der Kommunalkonferenz am 15. September 2015.

Darüber hinaus gab der Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags, Christian Flisek, einen Sachstand über die Arbeit und die bisher zu ziehenden Schlussfolgerungen des Ausschusses.

Zudem wurde in der Sitzung der Entwurf für ein Positionspapier Innere Sicherheit vorgestellt. Auf dessen Grundlage fußt das Impulspapier für den Workshop „Sicher zusammen leben“ auf dem Perspektivkongress am 11. Oktober 2015.

Kulturforum der Sozialdemokratie

Das Kulturforum der Sozialdemokratie hat den Auftrag, sich „für künstlerische und intellektuelle Belange“ einzusetzen, einen Beitrag „zur Erweiterung des Sachverstandes der SPD in kulturpolitischen Fragen“ zu leisten sowie als „respektabler Ansprechpartner für engagierte Personen oder Gruppen aus dem Kulturleben“ zu dienen.

Das Kulturforum war im Berichtszeitraum:

- eine intellektuelle Andockstelle beim Parteivorstand, die Sichtweisen und Kritik aus dem kulturellen Bereich aufnahm: Z.B. diskutierten in der Reihe philosophy meets politics u.a. Ulrich Beck und Peer Steinbrück, Evgeny Morozov und Thorsten Schäfer-Gümbel; es gab das jährliche Schriftstellertreffen bei und mit Günter Grass sowie eine enge Kooperation mit Klaus Staack und anderen Autoren und Künstlern und zahlreiche Buchvorstellungen und literarische Debatten;
- verantwortlich für das Netzwerk von über 30 regionalen Kulturforen, die es vor allem durch den regelmäßigen elektronischen „newsletter“ und durch die mehrtägigen Jahrestreffen in Köln (2013), in Hamburg (2014) und in Bremen (2015) unterstützte;
- Zentrum bundeskulturpolitischer Programmatik zur notwendigen Erneuerung der „neuen Kulturpolitik“ auch angesichts von Digitalisierung, Migration und freien Szenen mit entsprechenden Veranstaltungen, Reden und Debatten;
- eine Lobby für die Belange von Kunst und Kultur, die dort, wo Kulturabbau oder beschädigte Kulturinstitutionen drohten, (auch innerparteilich) ihre Stimme erhob;
- eine wesentliche Kontaktstelle und Ansprechpartner für prominente UnterstützerInnen und Sympathisanten aus dem Kulturbereich, für die immer wieder inhaltliche und atmosphärische, auch nichtöffentliche Angebote gemacht werden müssen;

- ein nicht unwichtiger Faktor in Wahlkampfzeiten: Sowohl beim Bundestagswahlkampf 2013, etwa durch eine auch ästhetisch eigenständige Kulturwahlkampf Broschüre, wie auch beim Europawahlkampf 2014 gelang es aus der Wahlkampfzentrale heraus, Kulturpolitik als zentrales Politikfeld darzustellen sowie öffentliche Unterstützung in vielfältigen Testimonials, Treffen, Auftritten und Veranstaltungen zu organisieren. Schließlich betreute das Kulturforum den Zielgruppenwahlkampf von Oliver Scheytt (für Kultur im Kompetenzteam des Kanzlerkandidaten).

Bis Oktober 2015 noch unter Leitung von Wolfgang Thierse (Geschäftsführung: Klaus-Jürgen Scherer) gelang zum Ende des Berichtszeitraums der Generationswechsel, die Übergabe des Kulturforums an den stellv. Parteivorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel (Geschäftsführung: Stefanie Lemke).

Forum „Metropolenpolitik“

Das Forum Metropolenpolitik unter der Leitung von Jan Stöß hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Situation der großen Städte und Metropolregionen in Deutschland in den Blick zu nehmen und geeignete Vorschläge für die Weiterentwicklung einer sozialdemokratischen Großstadtstrategie zu unterbreiten.

Die Arbeit des Forums beruhte auf der Überzeugung, dass die Beschäftigung mit den großen Städten und Metropolregionen in Deutschland mehr denn je eine der zentralen Aufgabe der SPD ist. In den großen Städten bündeln sich nahezu alle gesellschaftlichen Herausforderungen und Chancen, und die großen Städte und Ballungsräume fungieren als Seismographen für gesellschaftliche Entwicklungen und gesellschaftlichen Fortschritt. Die SPD muss sich weiterhin als die Garantin einer modernen Großstadtpolitik verstehen – auf der Grundlage erfolgreicher konzeptioneller Ansätze und überzeugender Wahlerfolge in nahezu allen Großstädten, die auch als Basis für bundesweite Wahlerfolge dienen.

Eine sozialdemokratische Strategie für Großstädte muss neben der Sicherung der Mehrheitsfähigkeit zum Ziel haben, Anforderungen an eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung zu formulieren, die auch im Zeichen einer anhaltend hohen Zahl von Flüchtlingen die wirtschaftliche Dynamik und den sozialen Zusammenhalt in den Blick nimmt ebenso wie die ökologischen Erfordernisse und technologischen Möglichkeiten für die Stadtentwicklung.

Die Mitglieder des Forums haben ihre Überlegungen in einem Positionspapier zusammengefasst, das unter der Überschrift „Die Zukunft des Zusammenlebens in den großen Städten“ nahezu die ganze Bandbreite großstädtischer Entwicklungsperspektiven umfasst.

Unter der Maßgabe, dass den Kommunen die Sicherung bzw. Wiedergewinnung ihrer finanziellen Handlungsspielräume gelingen muss und ein differenzierter Blick auf unterschiedliche Metropolen zwischen Wachstum und Schrumpfung nötig ist, konzentriert sich das Papier vor allem auf Aussagen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Städten angesichts einer weiter fortschreitenden Polarisierung und Segregation infolge von Arbeitslosigkeit, Einkommensverlusten und (Bildungs-) Armut, zum Umgang mit Nutzungskonflikten in den Metropolen unter der Überschrift des Leitbildes der „kompakten Stadt“, zu individuellen und kollektiven Folgen der Digitalisierung im Zeichen von „Smart Cities“, zur Ausdifferenzierung der großstädtischen Milieus mit Blick auf Lebenswünsche, Lebensstile und Lebensweisen und zur Ausweitung der Bürgerbeteiligung im Spannungsfeld der Produktion von Gemeinwohl versus der Verfolgung von Einzelinteressen. Besondere Erwähnung findet darüber hinaus das notwendige Zusammenspiel zwischen den Metropolen und ihrem Umfeld.

Das Positionspapier ist auch in der Absicht formuliert worden, einen Beitrag zum Programm für die kommende Bundestagswahl leisten zu können.

Forum „Ländliche Räume“

Das Forum „Ländliche Räume“ unter der Leitung von Ute Vogt, Katrin Budde und Petra Crone hat es sich zur Aufgabe gemacht, zukunftsweisende Strategien für eine integrierte und zugleich integrierende Entwicklung ländlicher Räume zu erarbeiten. Dem Auftrag lag die Einschätzung zugrunde, dass das Leben auf dem Land Perspektiven für zukunftsfähige Arbeitsplätze, eine angemessene Infrastruktur, eine ausreichende Nahversorgung, ein ansprechendes Wohnumfeld, verlässliche Nachbarschaften und eng geknüpfte soziale Netzwerke eröffnet und eröffnen sollte.

Dabei bestand die besondere Herausforderung darin, der Unterschiedlichkeit ländlicher Räume zwischen wirtschaftlich gut entwickelten und dynamischen Regionen einerseits und strukturschwachen peripheren Regionen andererseits – mit entsprechenden Herausforderungen für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Zeichen des wirtschaftsstrukturellen und demografischen Wandels – Rechnung zu tragen.

Die Beratungen im Forum waren von der Überzeugung geleitet, dass es zu den wichtigen Gestaltungsaufgaben der SPD gehört, gleichwertige Entwicklungschancen und Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands sicherzustellen und so zu verhindern, dass ländliche (Teil-)Räume von der wirtschaftlichen, kulturellen und allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt werden.

Die Überlegungen mündeten in ein Beschlusspapier unter der Überschrift „Ländliche Räume sind Zukunftsräume“, in dem als Ziel einer sozialdemokratischen Politik für die ländlichen Räume die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Stärkung ihrer Potentiale durch Initiativen und Programme der integrierten Dorf-, Stadt- und Regionalentwicklung sowie der Strukturpolitik formuliert wird – unter ausdrücklicher Einbeziehung aller staatlichen Ebenen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft auf dem Weg zu einer Verantwortungspartnerschaft für ländliche Räume.

Dementsprechend beziehen sich die Anforderungen an ein solchermaßen integriertes Konzept auf ein breitgefächertes Themenspektrum, darunter die soziale Dorferneuerung und die Städtebauförderung für kleine und mittlere Städte und Gemeinden, die Bereitstellung von Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangeboten, der Erhalt der kulturellen Vielfalt und der Förderung des ehrenamtlichen Engagements, der Verbesserung der Rahmenbedingungen für interkommunale und regionale Kooperation, der Stärkung von Wertschöpfung, der Umsetzung von innovativen Mobilitätskonzepten, der Ausbau der Breitbandversorgung und der Nutzung der Chancen der Digitalisierung für eine zukunftssichere Entwicklung ländlicher Räume.

Ebenso zum Aufgabenkatalog gehören die Umsetzung der Energiewende, der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaften, die zukunftsfeste Ausrichtung der Landwirtschaft, die Förderung des Tourismus und nicht zuletzt die Konzentration auf einen integrierten Ansatz einer Strukturpolitik für ländliche Räume. Ein Bekenntnis zur Stärkung des LEADER-Ansatzes schließt die umfangreiche Zusammenstellung der aktuellen und zukünftigen Programmschwerpunkte ab – zugunsten einer gestärkten Wirtschaftskraft, einer hohen Lebensqualität und guten Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume.

Der Parteivorstand hat auf der Grundlage dieses Papiers einen Leitantrag für den Bundesparteitag erarbeitet.

Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V.

Im Jahr 2014 konzentrierte sich die Arbeit des Forums Ostdeutschland auf die Vermittlung des Jubiläums der Neugründung der Sozialdemokratie im Jahr 1989. Ein besonderes Highlight war die Veranstaltung zur Gründung der SDP am 07. Oktober unter dem Motto „Eine Sternstunde der Demokratie“, die das Forum Ost mit einem Empfang bereichern konnte. Im Sommer fand die Kulturmatinee des Forums Ostdeutschland in Potsdam unter der Beteiligung von Dietmar Woidke statt. Einen Ausflug der besonderen Art organisierten wir im Sommer 2014 in Berlin: Gemeinsam mit Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Ost und Kommunalpolitikern besichtigten wir den Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof in Berlin – ein Beispiel für eine gelungene Transformation hin zum größten Wissenschafts- und Technologiecluster Deutschlands. In Trebbin führten wir eine wirtschaftspolitische Fachveranstaltung durch. Zum Jahresanfang 2015 diskutierten wir die Situation der ostdeutschen Sozialdemokratie mit der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi auf der inzwischen jährlich stattfindenden gemeinsamen Klausur mit der Landesgruppe Ost. Das Jahr 2015 nutzten wir, um gemeinsam mit der FES ein Buch zum Stand der Deutschen Einheit im 25. Jubiläumsjahr zu veröffentlichen. Spitzenpolitiker der Ost-SPD, Wissenschaftler und Schriftsteller geben unter dem Titel „50 Jahre Deutsche Einheit“ Aus- und Rückblicke zum Prozess der Wiedervereinigung. Begleitend zur Buchveröffentlichung führten wir Fachveranstaltungen in Berlin, Rostock, Magdeburg und Schwerin durch. Gemeinsam mit der Bundes-SGK erinnerten wir unter dem Titel „Ein starkes Stück Demokratie“ im April 2015 an die erste freie Kommunalwahl in der DDR im Jahr 1990. „Eine neue Ostpolitik für Frieden in Europa“ war die thematische Überschrift unserer Veranstaltung im Juni im Katharina-Schloss in Zerbst. Matthias Platzeck, Wladimir Michailowitsch Grinin, Botschafter der Russischen Föderation und Prof. Dieter Orzessek, Präsident der Hochschule Anhalt, diskutierten Alternativen zur Sanktionspolitik der EU aus ostdeutscher Sicht. Im November 2015 sprachen wir in Erfurt über den Verwaltungsaufbau nach der friedlichen Revolution in den fünf neuen Bundesländern. Gemeinsam mit Katrin Budde führten wir Fachveranstaltungen zur neuen Wirtschaftspolitik für Sachsen-Anhalt in Bernburg und Burg durch. Im Sommer bestätigte die Mitgliederversammlung Wolfgang Tiefensee als Vorsitzenden des Forums Ost für weitere zwei Jahre im Amt. Im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen anlässlich des 25. Jubiläumsjahres der Deutschen Einheit stellten wir im November gemeinsam mit dem Kulturforum und Wolfgang Thierse, der Autorin Christiane Baumann und Harald Seidel aus Greiz das Buch Manfred »Ibrahim« Böhme – Das Prinzip Verrat vor.

REGINE HILDEBRANDT-PREIS

Jeweils am 26. November, dem Todestag von Regine Hildebrandt, verleiht der SPD-Parteivorstand den Regine-Hildebrandt-Preis. Er richtet sich an gesellschaftliche Gruppen und Personen, die für Ostdeutschland und für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt wirken und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten. Die Auszeichnung nimmt die Schirmherrin des Preises und stellvertretende Vorsitzende der SPD Manuela Schwesig vor.

PREISTRÄGER 2014

Verein „Frauenbrücke Ost-West“ mit Sitz in Emsdetten
und
Verein „Die Platte lebt“ aus Schwerin

PREISTRÄGER 2015

Ehrenpreis an Dr. Manfred Stolpe, Ministerpräsident und Bundesminister a. D.

Verein „Berufliches und Soziales Lernen im Hunsrück e.V.“ aus Rheinland-Pfalz
und
Verein „Begegnungszentrum Wittenberg West e.V.“ aus Sachsen-Anhalt

Themenforum Verbraucher

Ein modernes und gerechtes Wirtschaftsverständnis, das Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt, muss sich auch an dem Bedarf der Verbraucherinnen und Verbraucher orientieren. Bei der Entwicklung neuer Kriterien für Innovation und Fortschritt gilt es daher, die Perspektive der Nachfrageseite systematisch einzubeziehen. Eine sozial gerechte und wirtschaftlich gesunde Gesellschaft setzt voraus, die Interessen der Konsumenten und Abnehmer im Blick zu haben.

Dem trägt die SPD mit dem Themenforum Verbraucherpolitik Rechnung. Dieses Format richtet sich an interessierte Mitglieder und an interessierte Bürgerinnen und Bürger. Neben fachlichen Impulsen für die Partei soll damit auch unmittelbar auf den Lebensalltag von Verbraucherinnen und Verbrauchern Bezug genommen werden. Parteimitglieder und Nichtmitglieder nutzen dieses Angebot gleichermaßen. In der großen Koalition ist es uns gelungen, sozialdemokratische Verbraucherpolitik in Regierungshandeln umzusetzen, zum Beispiel durch die Einführung der Marktwächter oder die Änderungen der Honorarberatung bei Finanzdienstleistern.

Als Sprecherinnen des Themenforums Verbraucherpolitik wurden Sarah Ryglewski und Inge Blask gewählt. Das Themenforum hat eine eigene Webadresse und verschickt regelmäßig den „Verbraucherbrief“, in dem über die Aktivitäten des Forums und aktuelle verbraucherpolitische Themen informiert wird. Der

Gesprächskreis Verbraucherpolitik fungiert seit der Gründung des Themenforums in gleicher Zusammensetzung als Beirat des Themenforums Verbraucherpolitik unter der Leitung von Elvira Drobinski-Weiß und Jochen Hartloff.

Themenschwerpunkt der Jahrestagungen war der Verbraucherschutz in der digitalen Welt. Wie kann eine Übertragung der Schutzmechanismen von der realen Welt in die digitale Welt gelingen? Im Fokus der 3. Jahrestagung standen die wachsende Macht von Online-Bewertungsportalen und die Frage nach Kriterien für eine gute Online-Verbraucherinformation.

GESPRÄCHSKREISE

Gesprächskreis Jugend

Der einstige „Gesprächskreis Jugend und Familie“ nahm, nach Unterbrechung im Bundestagswahljahr 2013, im Juni 2014 als „Gesprächskreis Jugend“ seine Arbeit in teilweise neuer Besetzung und unter Leitung von Sascha Vogt wieder auf.

Neben seiner Rolle als Ort der Vernetzung mit Ländern und Verbänden und der Begleitung des Regierungshandelns setzte sich der Gesprächskreis das Ziel, auf der Grundlage des umfassenden jugendpolitischen Beschlusses des SPD-Parteikonventes vom Juni 2012 „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“ Ideen und Projekte über die laufende Legislaturperiode hinaus zu entwickeln.

Inhaltlicher Schwerpunkt für den Zeitraum 2014/2015 war dabei das Thema „Zeitautonomie für Jugendliche“. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Trends zu mehr verplanter Zeit im Tagesablauf junger Menschen knüpfte der Gesprächskreis damit an bestehende Diskurse in den Jugendverbänden an und erarbeitete in zahlreichen Treffen und zwei Expertenanhörungen zu den wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkten (Schule, Hochschule, Jugendfreiwilligendienste, Ausbildung, Berufseinstieg) den Antrag „Mehr Zeitautonomie für junge Menschen schaffen – Engagement ermöglichen“, der dem Bundesparteitag 2015 vorliegt.

ARBEITSKREISE

Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC)

Der bundesweite Arbeitskreis versteht sich als Netzwerk von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihr politisches Engagement aus ihrer christlichen Glaubensüberzeugung heraus begründen. Die Aktiven auf der Bundesebene und in den über 30 regionalen Arbeitskreisen sehen ihre Aufgabe darin, den Kontakt der SPD zu den christlichen Kirchen, zu Diakonie und Caritas sowie zu kirchlichen Verbänden, Initiativen und Einzelpersonlichkeiten zu pflegen und zu fördern sowie kirchenpolitische Debatten zu begleiten und in die SPD hinein zu vermitteln.

Am 28. Februar 2014 starteten die beiden großen Kirchen in Deutschland unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ eine Initiative für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozia-

lordnung. Fast 20 Jahre nach dem großen gemeinsamen Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ forderten sie einen breiten Dialog darüber, wie unter veränderten globalen Bedingungen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland gestaltet werden sollten. Der AKC griff die Einladung sofort und als erster politischer Akteur auf. Die SPD-Bundestagsfraktion lud in Kooperation mit dem AKC am 11. April 2014 zur Tagung „Verantwortung für Gerechtigkeit und Solidarität“ in den Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion ein. Der Vorsitzende Thomas Oppermann begrüßte die Gäste und erklärte, die Sozialinitiative gebe wichtige Impulse zu Themen, die auch die Politik beschäftigten. Kerstin Griese verwies auf die hohen Erwartungen, die sich mit der kirchlichen Initiative verbinden, erklärte aber, dass sie sich deutlichere Worte gewünscht hätte. Der Bayerische Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, der die Initiative auf evangelischer Seite maßgeblich vorangetrieben hat, betonte, die Stärke des Textes liege im klaren Blick auf die verschiedenen Herausforderungen. Im Gespräch zwischen Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles und dem Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck ging es dann um konkrete Arbeitsmarktfragen, vor allem darum, wie Menschen, die lange erwerbslos sind, wieder in den Arbeitsmarkt zurückfinden können. Der künftige Präsident der Diakonie Deutschland, Pfarrer Ulrich Lilie, forderte von der Politik flexiblere Arbeitszeitmodelle und die Bedingungen dafür, Mitarbeitende in der Sozialen Arbeit gut bezahlen zu können. Wert und Würde der Arbeit waren auch die zentralen Stichworte in der Diskussionsrunde von Christian Flisek, MdB, Konrad Klingenburg (IG Metall) und Ulrich Lilie. In der abschließenden Runde zu „Europas Jugend eine Zukunft geben“ warben Lars Castellucci, Mitglied im EU-Bundestagsausschuss, Lisi Maier, Vorsitzende des Bundes deutscher Katholischer Jugend, und Dietmar Nietan nachdrücklich für ein solidarisches Europa, das die Chancen von jungen Menschen ganz oben auf die politische Agenda setzt.

Die anschließende Klausurtagung des AKC war wieder geprägt von intensiven Beratungen der Vertreterinnen und Vertreter aus den Regionen. Turnusmäßig wurde ein neuer Sprecherkreis gewählt. Künftig sollten die Aktiven vor Ort noch mehr in die Verantwortung einbezogen werden als bisher. Statt bisher vier gleichberechtigter SprecherInnen wurden deshalb Kerstin Griese und Wolfgang Thierse zu Sprecherin und Sprechern gewählt, die zusammen mit Joachim Feldes, Dr. Dietmar Kehlbreier, Ernst-Ewald Roth und Diana Stachowitz den neuen Vorstand bilden, zu dem auch Andreas Weigel als gewählter Delegierter des AKC für Parteitage sowie Dagmar Mensink als Geschäftsführerin zählen.

Die Jahrestagung des AKC 2015 fand erstmals als Tagung der SPD-Bundestagsfraktion in Kooperation mit AKC, AKJS und AKMS statt. Unter dem Titel „Wir alle sind Deutschland. Wie kann ein gutes Miteinander von Menschen verschiedener Religionen und Kulturen gelingen?“ diskutierten am 17. April 2015 im SPD-Fraktionssaal des Deutschen Bundestages etwa 200 Gästen mit den Referentinnen und Referenten (Bericht s.u.)

Bei der anschließenden Klausurtagung des AKC wurden die Aktivitäten beim Stuttgarter Kirchentag vorbereitet. Inhaltlich stand der Austausch über den Prozess der Gesetzgebung zu Palliativmedizin und assistiertem Suizid, über Flüchtlingsfragen und – auf der Grundlage eines Positionspapiers der Stuttgarter Regionalgruppe – über Friedensfragen und Strategien in bewaffneten Konflikten auf der Tagesordnung.

Auch 2014 und 2015 bildete die starke Vertretung der SPD beim Kirchen- und Katholikentag einen Schwerpunkt der Arbeit des AKC. Im Rahmen des 99. Deutschen Katholikentages in Regensburg (28. Mai bis 1. Juni 2014) konnte Wolfgang Thierse, der durch den Abend führte, am 29. Mai 2014 auf Einladung des AKC sowie der BayernSPD Landtagsfraktion über 300 Gäste im Haus Heuport am Domplatz willkommen heißen. Die Grußworte für die SPD hielten Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles und der Vorsitzende

der BayernSPD Landtagsfraktion Markus Rinderspacher. Wir durften uns über Grußworte der Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Karin Kortmann, für die Veranstalter freuen sowie über kurze Ansprachen des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und des gastgebenden Bischofs Dr. Rudolf Voderholzer sowie des designierten Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Dr. Heinrich-Bedford-Strohm. Im Rahmen des Empfangs wurde das Buch „Kirche und SPD“ mit Beiträgen namhafter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Verantwortlichen der Kirchen vorgestellt und an die Gäste verschenkt, das Franz Maget eigens zum Katholikentag konzipiert und herausgegeben hat. Die Resonanz auf die Einladung in Regensburg zeigte eindrücklich, dass das Engagement von Christinnen und Christen in der SPD nun auch beim Katholikentag öffentlich anerkannt wird – was noch vor zehn Jahren in dieser Weise undenkbar gewesen wäre.

Unter dem Motto „... damit wir klug werden“ diskutierten und feierten in Stuttgart vom 3.-7. Juli 2015 mehr als hunderttausend Menschen den 35. Deutschen Evangelischen Kirchentag. Zahlreiche hochrangige SozialdemokratInnen gestalteten das Programm mit. Auch die zentralen Bibelarbeiten wurden von SozialdemokratInnen mit gestaltet. Die Debatte zwischen Sigmar Gabriel und dem Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm über TTIP gehörte ebenso zu den Highlights des Kirchentags wie die Veranstaltung mit Frank-Walter Steinmeier und Kofi Annan. Zahlreiche SPD-Prominente, Genossinnen und Genossen und viele Interessierte besuchten den SPD-Stand auf dem Markt der Möglichkeiten und diskutierten über Gott und die Welt, über ihre Werte und Motivationen und über aktuelle politische Themen. Mehr als 17 Talks mit hochrangigen VertreterInnen der SPD fanden großes Interesse, u.a. mit dem Parteivorsitzenden und den MinisterInnen Heiko Maas, Andrea Nahles, Aydan Özoğuz, Manuela Schwesig und Frank-Walter Steinmeier. Höhepunkt der SPD-Aktivitäten war auch in Stuttgart der von Kerstin Griese moderierte Jour-Fixe-Empfang am 4. Juni 2015. Der AKC und der SPD-Landesverband Baden-Württemberg luden gemeinsam ins Hotel Pullman Fontana in Stuttgart-Vaihingen ein. Über 450 Gäste verfolgten aufmerksam die Grußworte von Nils Schmid, Manuela Schwesig und Frank-Walter Steinmeier. Ehrengast des Abends war Erhard Eppler, der am Schluss die Delegierten eindringlich dazu aufrief, den Dialog zwischen Kirche und Politik um der demokratischen Kultur in Deutschland willen weiter intensiv zu pflegen. Der Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich-Bedford-Strohm, würdigte in seinem Grußwort an die Gäste ebenfalls die gute Zusammenarbeit.

Insgesamt hat der AKC in den Jahren 2014 und 2015 die Beziehungen zu den Kirchen weiter gefestigt. Dazu zählt auch, dass auf Anregung des AKC am 25. Juni 2013 ein erstes Spitzentreffen zwischen der SPD und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) im Willy-Brandt-Haus stattfand. Des Weiteren wurde die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung verstärkt, insbesondere durch die intensive Mitarbeit des AKC (sowie des AKJS und seit 2014 auch des AKMS) in der Werkstatt „Religion und Politik“ der FES, bei der Tagung „Religion ist (nicht) Privatsache“ am 25. September 2014 sowie bei der FES-Fachtagung „Religion, Demokratie und Vielfalt in Deutschland. Nachdenken über Religionspolitik“ am 23.11.2015 im Jüdischen Museum in Berlin. Kerstin Griese und Wolfgang Thierse sind als Sprecher des AKC ebenso wie Tuba Işık vom AKMS Autoren des zugrunde liegenden Diskussionspapiers „Religion – Demokratie – Vielfalt“ (<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12074.pdf>).

Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS)

Der AKJS versteht sich auf Bundesebene und in seinen zwei Regionalgruppen (Berlin und Region Südwest) als ein Zusammenschluss von Jüdinnen und Juden, die Mitglieder der SPD sind oder sich als Nichtmitglieder mit den Zielen der Partei identifizieren und als solche die jüdische Perspektive in die innerparteiliche

Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der AKJS vor allem transatlantische Positionen innerhalb der SPD stärken. Zudem geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und bezieht Position in religionspolitischen Kontroversen.

Am 15./16. November 2014 begrüßte Ansgar Dittmar, Kreisvorsitzender der AWO in Frankfurt und Bundesvorsitzender der AG Schwule und Lesben (Schwusos) in der SPD die Teilnehmenden des AKJS-Bundestreffens in den Räumen der AWO in Frankfurt am Main. Er unterstrich dabei die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise für die SPD. Einen ersten inhaltlichen Schwerpunkt des Treffens bildete die Geschichte des Verhältnisses zwischen Israel und der SPD. Karsten D. Voigt, von 1969 bis 1972 Juso-Bundesvorsitzender, langjähriger außenpolitischer Sprecher der SPD im Deutschen Bundestag und von 1999 bis 2010 Koordinator der Bundesregierung für die amerikanische Zusammenarbeit erläuterte vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen den besonderen Charakter dieses Verhältnisses. Er plädierte dafür, angesichts zunehmender Skepsis auf deutscher Seite sehr viel stärker die gemeinsamen Interessen von Israel und Deutschland hervorzuheben. Den zweiten Teil des Bundesseminars bildeten interne Beratungen und die turnusmäßige Wahl des Sprecherkreises. Vier der bisherigen Sprecher wurden bestätigt (Alexander Haggall, Grigori Lagodinsky, Abraham de Wolf und Vered Zur-Panzer). Für Dr. Jessica Schmidt-Weil, die nicht mehr kandidierte, wurde Petra Somberg-Romanski gewählt. Am Schluss des Seminars stand eine öffentliche Veranstaltung zu den Konsequenzen aus den NSU-Morden für Verfassungsschutz und Polizei. In seinem einleitenden Grußwort beschrieb Ernst-Ewald Roth, der seit 2008 für die SPD Mitglied im hessischen Landtag sitzt und zum Vorstand des AKC gehört, wie schwer sich die hessische Landesregierung damit tue, dem Versagen staatlicher Stellen bei der Aufklärung ins Auge zu sehen. Dorothea Marx, frühere SPD-Bundestagsabgeordnete, heute Mitglied des Thüringer Landtags und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ in Thüringen, berichtete im Einzelnen von der Arbeit des Ausschusses. Für den AKJS regte Abraham de Wolf an, eine Art Monitoring einzurichten, das regelmäßig überprüft, ob die Empfehlungen des Untersuchungsberichts des Deutschen Bundestages und auch aus Thüringen tatsächlich umgesetzt werden.

Das Bundesseminar 2015 ist für den 19./20. Dezember in Frankfurt a.M. geplant.

2014 hat der AKJS die Gründung des muslimischen Arbeitskreises aktiv unterstützt. Mit Alexander Haggall war er auch bei der Auftaktveranstaltung im Willy-Brandt-Haus am 14. Februar offiziell vertreten. Im Sommer 2014 haben der Gaza-Krieg und die anschließenden offen antisemitischen Demonstrationen alle sehr bewegt. In Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD lud der AKJS am 19. August unter dem Titel „Antisemitismus – ein deutsches Problem?!“ zu einer Diskussion ein. ReferentInnen waren unter anderem Deidre Berger vom AJC und der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. Am 22.8. besuchte Sigmar Gabriel nach einem Anschlag die Berliner Mevlana-Moschee als Zeichen der Solidarität. Der AKJS regte an, dieses Zeichen von jüdischer Seite zu verstärken, so dass Grigori Lagodinsky und Stephan Kramer den Parteivorsitzenden begleiteten.

Im Rahmen der religionspolitischen Arbeit der SPD arbeitet der AKJS in der Werkstatt „Religion und Politik“ der FES aktiv mit und kooperiert mit dem AKC durch Teilnahme bei den Jahrestreffen und den Aktivitäten bei Kirchen- und Katholikentagen.

Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS)

(Gegründet am 14. Februar 2014 im Willy-Brandt-Haus)

Der Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versteht sich als ein Kreis von muslimischen Mitgliedern und Unterstützern der Partei, die sich dafür einsetzen, dass die SPD als politische Heimat für Menschen islamischen Glaubens wahrgenommen wird. Zugleich ist der Arbeitskreis eine Plattform, die die Anliegen der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland in die SPD hinein vermittelt. Mit ihrer Arbeit wollen die Mitglieder zu mehr Normalität und Differenziertheit im Umgang mit Musliminnen und Muslimen beitragen.

Im Jahr 2013 wurde die Gründung eines Arbeitskreises in mehreren Sitzungen mit unterschiedlichen Gesprächspartnerinnen und -partnern vorbereitet. Die Initiative ging maßgeblich von Sawsan Chebli aus, die kurz vor der Gründung zur Stellvertretenden Pressesprecherin des Außenministeriums berufen wurde (und deshalb auf ein Sprecherinnenmandat verzichtete). Die politische Schirmherrschaft für den Parteivorstand übernahm Aydan Özoğuz. Ein Initiativkreis von muslimischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus ganz Deutschland erarbeitete ein Grundsatzpapier und eine Geschäftsordnung. Er bereitete ebenso die Gründungsveranstaltung vor.

Die Gründung fand am 14. Februar 2014 im Willy-Brandt-Haus statt. Der nicht-öffentlichen Konstituierung des AKMS mit der Wahl des Sprecherkreises folgte eine öffentliche Podiumsveranstaltung mit über 100 Gästen. Der Arbeitskreis könne künftig innerhalb und außerhalb der SPD die öffentliche Wahrnehmung dafür stärken, dass Muslime ebenso wie Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften die demokratische Gesellschaft mitgestalten wollten, so Aydan Özoğuz in ihrer Eröffnungsrede. Professor Mathias Rohe, aus Erlangen, Experte für die rechtliche Stellung des Islam in Deutschland, betonte in seinem Vortrag, dass die Säkularität des deutschen Rechtsstaats keine Beziehungslosigkeit von Religion und Politik bedeute. Die Bürgerinnen und Bürger müssten vielmehr selbst das Maß von Religion in ihrem Alltag bestimmen. In Deutschland werde der Islam langsam selbstverständlicher, wie man etwa am Abschluss von Staatsverträgen in immer mehr Bundesländern ablesen könne. Der Journalist Eren Güvercin nahm anschließend die muslimische Gemeinschaft in die Pflicht. Er forderte dazu auf zu überlegen, was Muslime der Gesellschaft anbieten könnten.

Die Sprecherinnen und Sprecher bauen konsequent den Kreis und seine Arbeit aus. Dazu dienten ein Treffen mit Aydan Özoğuz am 2. Juli 2014 im Paul Löbe-Haus und eine Vorstandssitzung im Sommer im Willy-Brandt-Haus. Seit der Gründung sind die Vertreterinnen und Vertreter des AKMS in Diskussionen und Gesprächen gefragt. Auch die religionspolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung wird vom AKMS mit begleitet. Neben der kontinuierlichen Mitwirkung bei der Werkstatt „Religion und Politik“ der FES waren die Vorstandsmitglieder unter anderem beteiligt an der Tagung „Religion ist (nicht) Privatsache“ der FES und bei einem Fachgespräch zum Umgang mit der Hizmet-Bewegung im September 2015 sowie beim Berlin Forum for Muslim Thinking Anfang Oktober und bei einer Podiumsdiskussion zu Radikalisierungsprozessen im Islam zu Beginn des Dezember 2014.

Am 14./15. November 2015 lud der AKMS zu einem ersten Jahrestreffen in das Willy-Brandt-Haus ein. Unmittelbar im Vorfeld traf der SprecherInnenkreis mit Sigmar Gabriel zusammen, der seine Betroffenheit über die Attentate des IS am Tag zuvor in Paris zum Ausdruck brachte und davor warnte, die Anschläge mit

den in Europa aufgenommenen Flüchtlingen in Zusammenhang zu bringen. Zu Beginn der Tagung begrüßte Ehrhart Körting die Teilnehmenden und ging dabei insbesondere auf das Berliner Neutralitätsgesetz ein, das aus seiner Sicht der gesellschaftlichen Realität nicht mehr entspricht. Der Berater für Religion und Recht, Engin Karahan, sprach im Anschluss daran über die Herausforderungen der muslimischen Community in Deutschland und richtete seinen Blick dabei vor allem auf die politische Partizipation junger türkischstämmiger Menschen. Karahan stellte fest, dass hierzulande unter den türkischstämmigen Mitmenschen das Interesse an türkeiinternen politischen Themen stetig steigt und entsprechend dazu auch die Beteiligung an den Parlamentswahlen in der Türkei. Zudem bescheinigte er dieser Community eine eher passive Haltung gegenüber politischen Themen in Deutschland. In einem zweiten Vortrag untersuchte Dr. Martin Breul vom Institut für Katholische Theologie an der Universität Köln, wie religiöse Argumente in politischen Diskursen des liberalen Staates Resonanz finden können. Er betonte die Notwendigkeit, religiöse Gehalte in einer Sprache zu formulieren oder hinein zu übersetzen, die von weiten Teilen der Gesellschaft verstanden wird. Am zweiten Tag des Jahrestreffens standen Themen und Inhalte der zukünftigen Arbeit im Mittelpunkt.

Sprecherkreistreffen und erste gemeinsame Tagung der drei Arbeitskreise

Am 2. November 2014 trafen sich erstmals die Sprecherkreise von AKC, AKJS und AKMS gemeinsam im Willy-Brandt-Haus. Im Vordergrund stand das gegenseitige Kennenlernen und die Perspektive künftiger gemeinsamer Arbeit, etwa im Blick auf die laufende Debatte über die rechtliche Regelung des assistierten Suizids in Deutschland. Weitere Themen waren die Radikalisierung junger Muslime sowie die wirksame Bekämpfung des Rechtsradikalismus in Deutschland.

Die SPD-Bundestagsfraktion lud in Kooperation mit den drei AK's am 17. April 2015 unter dem Titel „Wir alle sind Deutschland. Wie kann ein gutes Miteinander von Menschen verschiedener Religionen und Kulturen gelingen?“ in das Reichstagsgebäude ein. Staatsministerin Aydan Özoğuz beschrieb, welchen Herausforderungen die Einwanderungsgesellschaft gegenüber steht. Deutschland brauche keine Integrationspolitik für 16 Millionen mit einer Einwanderungsgeschichte, sondern „eine integrative Politik für 81 Millionen Menschen“. Rainer Forst, Professor für politische Theorie und Philosophie in Frankfurt a.M., beschrieb die Grenzen der Toleranz. Es gehe um Regeln des Respekts und der Fairness sowie eine moralische Urteilskraft, die die eigene Religion hinterfragt. Wolfgang Thierse erklärte, wer den Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ unterschreibe, habe auch „das Recht und die Pflicht zu fragen: Welcher Islam?“. Der Koran verdecke Dinge, die entschleiert werden müssen, meinte Harry Harun Behr, Pädagogikprofessor mit dem Schwerpunkt Islam (Frankfurt a.M). Orientierungsfragen müssten mutiger und auch kontrastierend zu sicher Geglaubtem beantwortet werden. Der Berliner Kirchenhistoriker Christoph Marksches forderte, die Fundamentalismen müssten zunächst in der eigenen Religion und Theologie eingeeht werden. Als erstes müsse die Pluralismusfähigkeit der eigenen Religion entdeckt werden. Der Religionsunterricht sei zentral, um eine eigene Position entwickeln zu können, unterstrich Kerstin Griese, die sich für einen Islamunterricht an allen Schulen aussprach. Nur persönliche Begegnung könne die Grenzen zwischen den Religionen überwinden, zeigte sich Mark Dainow, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, überzeugt. „Die Generation, die die Zukunft bedeutet, ist hier heute noch nicht zu Wort gekommen“, stellte Tuba İşik zu Beginn der letzten Diskussionsrunde fest. Alaa Abdulkadir (Muslimische Jugend in Deutschland) forderte die Entwicklung einer deutsch-muslimischen Identität. Die Jugendverbandsarbeit leiste dafür einen wichtigen Beitrag, so Clara Leiva Burger (Katholische Junge Gemeinde). Die SPD-Rechtsexpertin Susann Rührich zweifelte die Motive derer an, die an Advent oder Ostermontag mit Pegida demonstriert haben und unterstrich, dass konkrete Begegnungen mit Juden und Muslimen das gegenseitige Verständnis fördern. Religion müsse viel

mehr als bisher als positiver Motor in der Gesellschaft verstanden werden, zeigte sich Atila Ülger überzeugt. Alexander Hasgall betonte die Möglichkeit verschiedener Quellen von Toleranz. Diana Stachowitz betonte am Ende, Toleranz, Gerechtigkeit und Beteiligung seien in der pluralen Gesellschaft sozialdemokratische Kernthemen.

PROJEKTGRUPPEN

Projektgruppe „Geschlechterparität (Parité) bei Wahlen“

Die Projektgruppe „Geschlechterparität (Parité) bei Wahlen“ arbeitete 2014 und 2015 unter der Leitung von Elke Ferner und Michael Groschek. Aufgabe war es, die „Anwendung von Vorgaben zur Geschlechterparität („Parité“) auch bei Wahlen in Deutschland“ zu überprüfen, so wie es die ASF in einem Antrag zum Parteitag 2011 gefordert hatte. Intention des Antrags war die paritätische Teilhabe und Repräsentanz beider Geschlechter in politischen Ämtern. Als Vorbild dienten die französischen Parité-Gesetze. Die Projektgruppe kam zu der Auffassung, dass es per Bundeswahlgesetz ermöglicht werden solle, Landeslisten paritätisch abwechselnd mit einem Mann und einer Frau oder umgekehrt besetzt zu besetzen – unter Berücksichtigung einer Öffnungsklausel. Diese und weitere Handlungsempfehlungen finden sich in einem Bericht an den Parteivorstand wieder, den die Projektgruppe vorgelegt hat.

Projektgruppe Wahlanalyse, Forschung und Strategie

Abteilungsübergreifend arbeitet eine Gruppe von Referentinnen und Referenten des WBH zur Vorbereitung der künftigen Wahlkämpfe an der Zielgruppenanalyse und wertet die Wahlergebnisse der Europa-, Landtags- und z.T. Kommunalwahlen regelmäßig aus. Als Service für den Parteivorstand und die Landesverbände veröffentlicht das WBH nach jeder Landtagswahl einen ausführlichen Wahlreport.

Projekt Populismus-Analyse

Im Vorfeld der Europawahlkampagne 2014 und auch danach hat sich der Parteivorstand regelmäßig mit dem verstärkten Auftreten (rechts-)populistischer Parteien und Bewegungen im europäischen und deutschen Kontext befasst. Mehrere wissenschaftliche Hearings wurden organisiert und Handreichungen für den Umgang mit dem Rechtspopulismus entwickelt.

Initiative Demokratische Kultur stärken und Wahlbeteiligung steigern

Die seit langem dramatisch schwachen Wahlbeteiligungen (auf Landesebene z.T. schon unter 50 Prozent, bei vielen Kommunalwahlen noch weit schwächer) werfen die Frage nach der Legitimation der politischen Repräsentation auf. Zahlreiche Studien zeigen: Je sozial schwieriger die Lebensverhältnisse in einem Wahlbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Auch ein geringeres Bildungsniveau verstärkt Wahlenthaltung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft einher. Dabei wünschen große Mehrheiten in der Bevölkerung nicht weniger, sondern mehr demokratische Teilhabe. Auch die ungleiche Repräsentation der Geschlechter ist ein Anachronismus, der zu überwinden ist. Und nicht zuletzt gewinnt angesichts hoher Zuwandererzahlen auch die Frage nach der Integration in unser demokratisches System an Bedeutung.

Die SPD hat sich als erste der Parteien in Deutschland ernsthaft dem Problem gestellt. Nach der Landtagswahl in Sachsen (31.08.2014) haben Sigmar Gabriel und der Parteivorstand die Initiative ergriffen. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Yasmin Fahimi und Ralf Stegner hat von Oktober 2014 bis Oktober 2015 die Forschungslage ausgewertet, Gutachten eingeholt und mit den Praktikern in Ländern und Kommunen sowie zahlreichen Initiativen außerhalb der Partei diskutiert. Auch die GeneralsekretärInnen der im Bundestag vertretenen Parteien (und der FDP) konnten an einen Tisch zusammen gebracht und ein gemeinsamer Arbeitsprozess vereinbart werden. Die parteinahen Stiftungen planen 2016 parallel dazu einen gemeinsamen Veranstaltungs-Dialog zum Thema Wahlbeteiligung.

Der Parteivorstand hat als Ergebnis der AG-Beratungen einen Parteitagsantrag auf den Weg gebracht. Auf Basis einer kritischen Analyse wird darin ein umfangreicher Katalog an Ideen und konkreten Vorschlägen entwickelt. Ziel der SPD ist es, bürokratische Hürden abzubauen, den Wahlakt so unkompliziert wie möglich zu machen, Wahlen in den Alltag der Menschen zurück zu holen.

Erster Schritt: Mehr Information, Motivation und Akzeptanz. Dazu gehört auch besserer Service der Verwaltungen und verstärkte Politische Bildung. Zweiter Schritt: Hürden absenken und Stimmabgabe erleichtern. Die Briefwahl kann aus verfassungsrechtlichen Gründen nur noch begrenzt erweitert werden. Wir schlagen (in Gutachten geprüft) die zeitliche Ausweitung der Stimmabgabemöglichkeit an einem Wahlwochenende und den Einsatz mobiler Wahlstationen vor. Letzteres soll gerade auch älteren Menschen, Kranken bzw. Menschen mit Einschränkungen die Stimmabgabe massiv erleichtern. In einem dritten Schritt wollen wir die Partizipationsmöglichkeiten erweitern und im Grundgesetz das Verfahren von Volksbegehren und Volksabstimmungen neu regeln.

Projekt #DigitalLeben

Mit der Digitalisierung verändert sich unsere Welt umfassend und nachhaltig. Sie berührt und verändert alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft und die Gesellschaft auch selbst: wie wir kommunizieren, wie wir arbeiten, wie wir wirtschaften, wie wir Freiheit und Demokratie gestalten, was für uns öffentlich und privat ist. Politik ist bei solchen umfassenden Neuerungen und Wandlungsprozessen zur Gestaltung gefordert. Politik lässt sich dabei ihr Primat nicht aus der Hand nehmen. Die SPD hat diese Aufgabe angenommen und folgerichtig das Projekt #DigitalLeben auf den Weg gebracht. Für uns gelten auch in der digitalen Welt unsere Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das Projekt begleitet und bündelt nicht nur alle Bemühungen der Partei zur Digitalisierung unserer Gesellschaft, sondern liefert zudem Antworten auf die Fragen und Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung ergeben. Das aus diesem Prozess entstandene Papier nennt sich deshalb zu Recht „SPD-Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft“ und ist ein konzentrierter Schritt einer Positionierung. Aber zugleich ist auch der Nachweis erbracht, dass in der Partei viel Kompetenz und Know-how zu diesem Thema versammelt ist.

Eine Steuerungsgruppe gestaltete koordinierend die Inhalte und die Organisation des Prozesses, der 2014 gestartet wurde. ExpertInnen aus allen Gliederungen der Partei bildeten den Programmbeirat, der in sieben Arbeitsgruppen das Grundsatzprogramm erarbeitete. In acht Kapiteln werden alle relevanten Themen angesprochen; die Palette reicht von Digitalisierung der Arbeitswelt und Wirtschaft, über die Bereiche Bildung, Familie und Generationen bis zu Fragen von Privatsphäre und Datenschutz. Zur Agenda gehören aber auch die Themen Digitaler Staat, Kultur, Medien und Öffentlichkeit, Infrastruktur, globale und europäische Digitalpolitik. Alle Parteigliederungen und Gremien waren aufgefordert, sich an diesem Prozess mit eigenen Aktivitäten zu beteiligen.

Nach dem Beschluss auf dem ordentlichen Parteitag 2015 gilt es, diesen Prozess weiter zu führen und die Forderungen und Überlegungen im Papier konsequent in politisches Handeln umzusetzen.

Gustav-Heinemann-Bürgerpreis

Der Preis wurde 1977 vom Parteivorstand in Andenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969-1974) gestiftet. Das Kuratorium des Bürgerpreises mit Henning Scherf als Vorsitzenden ist für die Vergabe zuständig. Seit 2011 gibt es ein neues Abstimmungsverfahren über die Preisverleihung im Internet. Das Verfahren läuft in drei Schritten ab. Zunächst sucht eine Vorauswahlgruppe des Kuratoriums bis zu zehn Vorschläge auf, die dann von Kuratorium auf mindestens drei Vorschläge reduziert werden. Diese werden im Netz zur Abstimmung gestellt. Derjenige Vorschlag mit den meisten Stimmen bekommt den Preis.

Aufgabe des Preises ist es, Menschen, Vereine, Gruppen und Institutionen auszuzeichnen, die in vorbildlicher Weise gesellschaftlich und politisch handeln. Der Preis möchte sie zudem einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Der Einsatz für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie, Mut zu Veränderungen und neuen Ideen, aber auch Mut zum Widerspruch waren für Gustav Heinemann wichtige und zentrale Elemente seines politischen Handelns und Denkens.

Der Preis wird in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, verliehen.

Preisträger war 2014 Patrick Dahlemann; 2015 ging der Preis an das Netzwerk Demokratie und Courage.

Empfänge im Rahmen der Synode der EKD

Weitere herausragende Anlässe der Begegnung zwischen SPD und Evangelischer Kirche waren die Empfänge der SPD im Rahmen der Herbstsynode der EKD.

Am 11. November 2014 konnten Justiz- und Verbraucherschutz-Minister Heiko Maas und Martin Sachsen auf der Terrasebene des Internationalen Congress-Center in Dresden unter den mehr als 180 Gästen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm als gerade neu gewählten Ratsvorsitzenden der EKD begrüßen. Dieser ließ es sich nicht nehmen, auf die Grußworte von Heiko Maas und Martin Dulig zu antworten – ebenso wie die Präses der Synode, Dr. Irmgard Schwaetzer.

Der Empfang der SPD anlässlich der 2. Tagung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bremen am 10. November 2015 war geprägt durch die bis zum Empfang dauernde Wahl des neuen Rates der EKD. Andrea Nahles konnte in ihrem Grußwort die gerade neu gewählten Mitglieder beglückwünschen. Unter ihnen ist auch Kerstin Griese, die mit hervorragendem Ergebnis in das 15-köpfige oberste Leitungsgremium der EKD gewählt wurde.

Spitzengespräche mit dem Rat der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz

Am 2. Februar 2015 fand ein Spitzengespräch zwischen Mitgliedern des Rates der EKD und dem Präsidium der SPD statt. Unter der Leitung von Sigmar Gabriel und dem Ratsvorsitzenden Heinrich-Bedford-Strohm gab es einen intensiven Austausch über die Themen Sterben in Würde anlässlich der Debatte um assistierten

Suizid, das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), Flüchtlingspolitik und über die Ziele der SPD im Jahr 2015.

Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung ihres Vorsitzenden Reinhard Kardinal Marx und die engere Parteiführung der SPD unter Leitung von Sigmar Gabriel trafen am 28. September 2015 zu einem Spitzengespräch im Willy-Brandt-Haus in Berlin zusammen. Gesprächsthema waren insbesondere die wachsenden Flüchtlingszahlen in Deutschland und Europa. Kardinal Reinhard Marx und Sigmar Gabriel betonten, dass es keine Abstriche am Grundrecht auf Asyl geben dürfe. Sterben in Würde, Palliativmedizin und das anstehende Palliativgesetz waren weitere Themen, die ausführlich besprochen wurden. Darüber hinaus ging es um eine moderne Familienpolitik.

Abteilung Kommunikation

Die Kommunikationsabteilung bereitet die Botschaften des Parteivorstandes zielgruppengerecht auf und veröffentlicht sie über die ihr zur Verfügung stehenden Kanäle. Sie weckt und bedient das Interesse der Öffentlichkeit für die Themen und Kampagnen der Partei. Sie initiiert eigene Kampagnen und Kommunikationsstrecken für den Parteivorstand. Die Abteilung ist zudem ansprechbar für alle Fragen und Anregungen, die die Arbeit des Parteivorstandes und der Partei insgesamt betreffen. Sie gibt dem Bild von der SPD klare Konturen und untermauert mit ihrer Kommunikationsarbeit das Selbstverständnis der Partei.

Die Abteilung wirkt nach innen, in die Partei hinein. Und nach außen. In diesem Sinne ergänzt sie auch die Arbeit der Pressestelle.

Die Referate:

- Textredaktion
- Direktkommunikation
- Veranstaltungsorganisation
- Produktion und Vertrieb
- Online-Kampagne

TEXTREDAKTION

Die Textredaktion hat die Aufgabe, politische Botschaften der SPD verständlich zu machen – mit klarem Fokus auf die Zielgruppen außerhalb und innerhalb der Partei. Die Texte, Botschaften und Hintergrundinformationen richten sich an Bürgerinnen und Bürger wie auch an Genossinnen und Genossen. Wichtig dabei ist stets der Blick auf Kernpunkte eines jeden politischen Vorhabens – bei einer klaren, verständlichen Sprache. Und das für alle Kommunikationsformate des Parteivorstandes: den „Intern“ (regelmäßige Beilage im vorwärts), diverse Broschüren, Plakate, Flyer, Mailings, Editorials wie auch die Onlinekanäle des Parteivorstandes (SPD.de, SPD-Facebook und SPD-Twitter).

Das Referat arbeitet zudem mit an den Textfassungen von Beschlüssen sowie an den schriftlichen Entwürfen für den Kontakt des Parteivorsitzenden mit Persönlichkeiten unserer Gesellschaft.

Die Textredaktion wurde im Zuge der Strukturreform im WBH als Arbeitseinheit neu geschaffen. Die journalistisch erfahrenen Kollegen waren zuvor im ehemaligen SPD-Newsdesk (Online-Redaktion des Parteivorstandes) und im Referat Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Mit der Einführung des Referates ist es gelungen, die Textqualität der diversen Produkte des Hauses auf ein gleichwertiges Niveau zu heben. Argumentationslinien konnten harmonisiert und nachhaltige Sprachbilder für eine einheitliche Kommunikation der SPD-Themen entwickelt werden.

DIREKTKOMMUNIKATION

Das Referat Direktkommunikation ist die zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen und Anliegen an die SPD – ob per Brief, Fax, E-Mail oder am Telefon. Für Genossinnen und Genossen, für Bürgerinnen und Bürger, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gliederungen und Abgeordnetenbüros.

Die Kolleginnen und Kollegen des Referats treten im Besucherforum auch in persönlichen Kontakt mit den Menschen, die das Willy-Brandt-Haus besuchen. Sie sind kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Teilnehmer der zahlreichen Besuchergruppen und den ebenso zahlreichen Ausstellungsbesucherinnen und Ausstellungsbesuchern. Das Besucherforum ist von Dienstag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr und an Wochenenden und Feiertagen von 12 bis 18 Uhr geöffnet.

Mit vielen Tausenden Kontakten und Antworten in den beiden Jahren 2014/2015 ist das Referat eine wichtige „Visitenkarte“ der SPD – die Arbeitsbilanz:

- Fast 3000 Briefe und Faxe, knapp 60.000 Emails und über 60.000 Telefonate.
- 800 offizielle Besuchergruppen mit über 35.000 Besucherinnen und Besuchern. Mehr als 100 MdBs haben Gruppen regelmäßig in das Willy-Brandt-Haus „geschickt“ und mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parteivorstandes haben den sehr diskussionsfreudigen Besucherinnen und Besuchern als Referenten Rede und Antwort gestanden.
- 93.000 Ausstellungsbesucherinnen und Ausstellungsbesucher. 93.000 Menschen haben in diesen beiden Jahren die Ausstellungen im WBH besucht und waren so auch Gäste des Besucherforums in der Spitze des Willy-Brandt-Hauses. Allein 2015 kamen über 65.000 Menschen, um vor allem die Ausstellungen „Vivian Meyer“ und „world press photo“ zu sehen.

Die bestimmenden Themen der vergangenen zwei Jahre in den Gesprächen und Diskussionen, die die Mitarbeiter des Referates tagtäglich führten, waren die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP und die Flüchtlingspolitik.

Besondere Herausforderungen stellten sich dem Referat als Organisationseinheit der Kampa im Europa-Wahlkampf: Die „Wahlkampfhotline“ war die zentrale Anlaufstelle für Fragen rund um den Wahlkampf – sowohl für Bürgerinnen und Bürger, als auch für Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.

Weitere Projekte, an denen das Referat in den vergangenen zwei Jahren intensiv mitgewirkt hatte, waren die Dialog-Prozesse zur Kampagne DigitalLeben und zum Bürger-Dialog Baden-Württemberg. Infolge aktueller Veränderungen der digitalen Infrastruktur des WBH, steht das Referat außerdem vor der Neuanschaffung einer Email-Beantwortungssoftware, die in ein Gesamtkonzept eingebettet und die Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter effizienter machen wird.

VERANSTALTUNGSORGANISATION

Das Referat Veranstaltungsorganisation ist im Nov. 2014 im Rahmen des Organisationsprozesses der SPD-Parteizentrale neu gegründet worden.

Dabei bilden die ursprünglichen Kernaufgaben der beiden Schlüsselreferate „Eventmanagement“ und „Zentraler Redneinsatz“ im SPD-Parteivorstand weiterhin die Basis der Tätigkeiten im Referat. Die Arbeitsschwerpunkte sind dabei:

- die Organisation von satzungemäßen Parteigremien wie Parteikonventen und Parteitag
- die Konzeption und Umsetzung von presseöffentlichen Veranstaltungsformaten wie Konferenzen, Kongressen und Kundgebungen sowie sämtlicher Zielgruppen- und Großveranstaltungen des Parteivorstandes
- die zentrale Koordination und gemeinsame Umsetzung von Terminen der Parteispitze mit den Gliederungen
- die Beratung von wahlkampfführenden Gliederungen im Bereich der Veranstaltungsorganisation und Unterstützung von Veranstaltungen beispielsweise mittels Bereitstellung von Equipment

2014:

- Außerordentlichen Bundesparteitages / Europadelegiertenkonferenz am 26. Jan. in der Arena Berlin
- 15 Großkundgebungen mit Martin Schulz und Sigmar Gabriel im Europawahlkampf
- SPD-Regierungskonferenz mit Festveranstaltung zum 70 Geburtstag des Bundeskanzlers a.D. Gerhard Schröder am 06. April
- Gedenkveranstaltung „100 Jahre 1. Weltkrieg“ mit Manuel Valls, Sigmar Gabriel und Martin Schulz am 14. April im Französischen Dom in Berlin.
- Parteikonvent am 20. Sept im Willy-Brandt-Haus
- Festveranstaltung zu „25 Jahre SDP“ am 07. Okt. im Willy-Brandt-Haus
- Unterstützung der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg
- Konzeption und Durchführung der Regionalkonferenzen in den Landesverbänden
- Sommerreise der Generalsekretärin

Insgesamt betreute das Referat 146 Termine der Parteispitze und organisierte 73 Veranstaltungen im Jahr 2014.

2015:

- Organisation der Mahnwache des Zentralrates der Muslime in Deutschland mit Teilnahme des Bundespräsidenten, Bundeskanzlerin, des Bundeskabinetts und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin als Zeichen für ein Miteinander der Religionen in unserem Land am 13. Jan. auf dem Pariser Platz als Reaktion auf den Terroranschlag auf die Redaktion des franz. Satiremagazin Charly Hebdo
- Fortsetzung der Regionalkonferenzen der SPD
- Politischer Aschermittwoch mit über 2.500 BesucherInnen und Auftritt des Parteivorsitzenden in Vilshofen
- Konferenz: „Transatlantischer Freihandel-Chancen und Risiken“ am 23. Febr. in Kooperation mit der SPD-Fraktion im Bundestag im Willy-Brandt-Haus
- 2. Netzpolitische Abend im Rahmen der re:publika am 05. Mai bei Microsoft in Berlin
- SPD Konferenz: Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik am 4. Juni im Willy-Brandt Haus
- Dialogveranstaltung mit Alleinerziehenden in der alten Feuerwache in Berlin am 13. Juni.
- Sommerreisen des Parteivorsitzenden und der Generalsekretärin
- Ehrenamtsempfang für über 400 Flüchtlingshelferinnen und -Helfer der SPD im Bundestag am 29. August.

- Besuch zahlreicher Flüchtlingseinrichtungen sowie der Organisation von Gesprächen mit vielen Ehren- und Hauptamtlichen
- Organisation des CampaignCamps mit über 900 jungen und begeisterten BesucherInnen rund um das Gasometer am 05. Sept. in Berlin
- Perspektivkongress mit über 850 Gästen und Diskussion auf Augenhöhe mit der Parteispitze am 11. Okt. in der Coface-Arena (Stadion des 1. FSV Mainz 05) in Mainz
- Kommunalkonferenz zur Flüchtlingspolitik am 12. Nov. im Willy-Brandt-Haus
- Unterstützung der Landtagswahlen in Bremen und Hamburg und der Oberbürgermeisterwahlen in NRW
- Unterstützung der Landesverbände mit Wahlkämpfen im Frühjahr 2016

Insgesamt betreute die Veranstaltungsorganisation 157 Termine der Parteispitze und organisierte 52 Veranstaltungen im Jahr 2015.

PRODUKTION UND VERTRIEB

Das Referat Produktion und Vertrieb ist Dienstleistungsreferat im Willy-Brandt-Haus – für den Parteivorstand und für die Partei. Es werden eine Vielzahl an Veranstaltungen mit Einladungen und Bühnensetting gestaltet – modern und professionell, wie zuletzt beim Campaign Camp auf dem Gelände des Berliner Gasometers und auf dem Bundesparteitag 2015. Arbeit in hoher Qualität. Integrierte Kommunikationskonzepte werden auf allen Kanälen erfolgreich umgesetzt. Veranstaltungen werden auf diesem Weg oft zu einem Highlight für die Sinne – bei der Einladung angefangen, über gestaltete Werbemittel wie eine Powerbank bis hin zum Bühnenbild einer Veranstaltung.

In den vergangenen zwei Jahren gab es viele SPD-Kampagnen, die das Referat gestaltete. Es wurden Materialien für online und offline erstellt und vertrieben. Bei Facebook und Google wurden Anzeigen gestaltet. Hier ein Überblick der begleiteten Kampagnen:

- die Europawahl 2014
- die Kampagne #digitalLEBEN
- die Nachbarschaftskampagne
- 25 Jahre SDP
- das CampaignCamp #cc15
- die Neumitgliederkampagne
- die Kampagne „Alleinerziehende stärken“
- die Perspektivdebatte

Für die Nachbarschaftskampagne wurden das Nachbarschaftsmagazin und Flyer mit informativen Grafiken gestaltet sowie verschiedene Materialien für Aktionspakete produziert.

Im Zuge der Regierungskommunikation unter dem Motto „Die SPD regiert. Das Land kommt voran.“ wurden die Erfolge der sozialdemokratischen Regierungsarbeit kommunikativ eng begleitet – unter anderem über verschiedene Flyer mit Infografiken sowie über Plakate. Bei Google wurden diverse Suchbegriffe belegt, um auf entsprechende Themenseiten auf SPD.de zu verweisen. Argumentationskarten wurden produ-

ziert, eine Halbzeitbilanz erstellt und eine Wandzeitung entworfen.

Mit der Kampagne „Deutschland heißt Willkommen“ bezieht die SPD eine klar sozialdemokratische Position in der Flüchtlingsdebatte – mit Plakaten, Broschüren, Wandzeitungen, Buttons, Aufklebern und einem Gratispaket für Ortsvereine und Mitglieder.

Im SPD-Shop gingen 2014 und 2015 16.700 Bestellungen ein. So wurden unter anderem 500.000 Broschüren zum Europawahlkampf von Martin Schulz produziert und 170.000 Plakate, Flyer, Broschüren, Aufkleber und Buttons zur Flüchtlingspolitik verschickt. Es wurden viele Aktionspakete an die Unterbezirke versendet und viele Gratismaterial-Aktionen organisiert.

Im September 2015 wurde das neue System „Meine Gestaltung“ gelauncht. Im Vorfeld wurden mit den Landesverbänden gemeinsame Zielsetzungen und Anforderungen entwickelt. Den Ansprüchen wurden wir gerecht und alle Wünsche konnten umgesetzt werden. Das System ermöglicht es, Druckvorlagen selbst zu gestalten. Eine eigene Bilddatenbank wurde integriert. Jeder Benutzer kann zudem seine eigenen Bilder hochladen und in seine Vorlagen einfügen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Bildern von den Landesverbänden und vom Parteivorstand, die heruntergeladen werden können. Das System ist bereits im Einsatz für die Wahlkämpfe in Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Aufgrund seiner sehr nutzerfreundlichen Gestaltung, intuitiven Nutzerführung und vielen Möglichkeiten zeigten sich alle bisherigen Nutzer vom neuen System sehr begeistert. Die Seite ist im Netz via Single-Sign-On über MeinBereich auf SPD.de erreichbar. Das System gleicht den Namen und die Lieferanschrift mit Daten aus der Mavis ab und leitet die Nutzer direkt auf die Oberflächen ihres Landesverbands.

ONLINE-KAMPAGNE

Das Referat Online-Kampagne wurde im Rahmen des Organisationsentwicklungsprozesses neu geschaffen. Die Mitarbeiter kümmern sich seit Oktober 2014 um Planung und Koordination der Onlineaktivitäten des Parteivorstands sowie um die Produktion entsprechender Inhalte. Im Referat werden Infografiken erstellt und audiovisuelle Konzepte entwickelt – 2015 zum Beispiel für die Begleitung des Parteitages in Berlin und des Perspektivkongresses in Mainz. Diese Konzepte umfassen die Koordination der Dienstleister, die Konzepterarbeitung bei Filmprojekten wie auch deren anschließende Umsetzung und auch die Konzeption der Bespielung digitaler Rückwände – mit der Premiere auf dem Perspektivkongress 2015.

Die tägliche Betreuung der SPD-Webseite und der Sozialen Netzwerke des Parteivorstandes erfordern immer wieder neue Ideen für die Entwicklung und für das Erstellen von Posts, Grafiken und Share-Motiven. Das Referat unterstützt zudem konzeptionell andere Abteilungen und Referate bei der Verlängerung von Kampagnen und Events der Partei im Netz. 2014 und 2015 zählten dazu viele Microsites, Kampagnenplattformen und digitale Beteiligungsprojekte wie digitalleben.spd.de, campaigncamp.spd.de, alleinerziehende.spd.de und perspektivdebatte.spd.de – um einige „Leuchttürme“ zu nennen.

Mitte 2015 hatte das Referat gemeinsam mit der Agentur BUTTERBERLIN den Relaunch von Sigmar-Gabriel.de geplant und umgesetzt. Die Seite des Parteivorsitzenden ist nun klarer strukturiert und technisch State of the Art.

Die Kollegen des Referats haben sich zudem im laufenden Jahr aktiv in den „Schiff-Messina-Prozess“ eingebracht. Ziel: eine direktere und aktivierende Kommunikation. Das Referat hat gemeinsam mit der Abteilungsleitung und den Dienstleistern die Ergebnisse des Beratungsprozesses in ein Konzept überführt.

Diesem Konzept folgend wird es zum Parteitag eine neue Webseite für den Parteivorstand geben – verbunden mit einem technischen Systemwechsel. Dieses Projekt ist vor allem deshalb von besonderem Interesse, da es ein erster Baustein für die neue datenbasierte Arbeitsweise des Parteivorstands sein wird.

Abteilung Internationale Politik

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die SPD als Friedens- und Europapartei Deutschlands klar zu positionieren – dies war auch im Berichtszeitraum eine der prägenden Leitlinien der internationalen Arbeit des SPD-Parteivorstands und der Abteilung Internationale Politik. Im Vordergrund der Arbeit standen insbesondere die Themen Frieden und Abrüstung, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung von Armut, die Durchsetzung der Menschenrechte und eine starke und soziale Europäische Union als Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen im globalen 21. Jahrhundert.

EINE STARKE, SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPÄISCHE UNION

Die Europapolitik stand im Berichtszeitraum weiterhin im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa und den mit ihr verbundenen politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Im Zentrum der Bemühungen der SPD stand das Ziel, zusammen mit unseren europäischen sozialdemokratischen Partnern eine Neuausrichtung in der Europapolitik hin zu verstärkten Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zu erwirken. Bei den europapolitischen Aktivitäten im Bundestagswahlkampf, den anschließenden Koalitionsverhandlungen sowie dem Europawahlkampf war dies die Zielsetzung: das Eintreten für ein anderes, besseres Europa, das das Vertrauen der Menschen zurückgewinnt.

In der ersten Jahreshälfte 2014 stand im Zentrum der europapolitischen Arbeit der Europawahlkampf. Insbesondere auch auf Initiative und politisches Betreiben der SPD und der europäischen Sozialdemokraten traten bei der Europawahl 2014 erstmals gesamteuropäische Spitzenkandidaten der europäischen Parteienfamilien an. Für die europäische Sozialdemokratie wurde auf einem großen Wahlkongress Anfang März in Rom Martin Schulz als gemeinsamer Spitzenkandidat gewählt. Vor diesem Hintergrund fand auch ein qualitativer Fortschritt hin zu einer gemeinsamen Europawahlkampagne der europäischen Sozialdemokratie statt. Es wurde ein Manifest mit klaren gemeinsamen Forderungen erarbeitet, der Spitzenkandidat absolvierte eine Wahlkampf-Tour mit Auftritten in nahezu sämtlichen EU-Staaten, erstmals fanden auch europaweite TV-Debatten der Spitzenkandidaten statt. Die europäische Kampagne der SPE wurde vom SPE-Generalsekretär Achim Post koordiniert. Die Europakampa im Willy-Brandt-Haus unter Leitung von Matthias Machnig unterstützte und gestaltete sie vielfach mit. Hinzu kamen unterschiedliche Aktivitäten zur Unterstützung europäischer Schwesterparteien wie u.a. Auftritte von Sigmar Gabriel in den Niederlanden, in Schweden oder in Portugal bei Feierlichkeiten der portugiesischen Schwesterpartei aus Anlass des 40. Jahrestages der Nelkenrevolution.

Einen großen thematischen Stellenwert in der Arbeit nahm zudem die intensiv und kontrovers geführte Debatte über die transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) ein. Der Parteivorstand befasste sich im Frühjahr 2014 mit dem Thema. Im September 2014 nahm der SPD-Parteikonvent einen Beschluss an, der deutlich macht, dass die SPD die Freihandelsabkommen grundsätzlich unterstützt – allerdings nicht um jeden Preis. So werden zugleich klare Erwartungen formuliert in Hinblick auf den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Verbraucher- und Umweltstandards, kultureller Vielfalt, den Schutz von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards und demokratischer Gestaltungsspielräume.

VORAUSSCHAUENDE FRIEDENSPOLITIK

Krisen und Konflikte von großer Intensität und Strahlkraft erschüttern die Welt und bestimmen in weiten Teilen die internationalen Beziehungen. Der Ukraine-Konflikt, die humanitäre Katastrophe in Syrien, das Morden der Terrormiliz IS und der vom IS bis nach Europa getragene Terror sowie Ebola stellen Europa und Deutschland vor neuartige außen-, friedens- und sicherheitspolitische Herausforderungen. Die SPD als Friedenspartei Deutschlands arbeitete intensiv daran, auf der Basis ihrer Prinzipien und Werte Antworten auf diese Herausforderungen zu finden und sich – gerade auch vor dem Hintergrund der Bundestags- und Europawahlkämpfe – klar zu positionieren.

Im Frühjahr 2014 erschütterte die Ukraine-Krise Europa und die Welt. Im Zug der proeuropäischen Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew kam es zur Annexion der Krim durch Russland. Pro-russische Kräfte versuchten mit Waffengewalt auch Teile der Ostukraine unter ihrer Kontrolle zu bringen. Ein blutiger Konflikt inmitten Europas begann, der noch anhält. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedensordnung wurden 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Frage gestellt und das Völkerrecht gebrochen. Viel Vertrauen ist verloren gegangen. Vertrauen, das auch Dank Willy Brandts mutiger „Ostpolitik“ nach Jahrzehnten der Konfrontation behutsam zwischen Ost und West heranwachsen konnte. Bereits im Mai 2014 erklärten Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier, dass es keine militärische Lösung geben könne und forderten ein Ende der Konfrontation. Beide brachten die OSZE als zentralen Akteur für eine Verhandlungslösung ins Spiel. Gleichzeitig betonten sie, dass die EU weiterhin geschlossen auf die Krise reagieren müsse.

Der Bürgerkrieg in Syrien, die Terrormiliz IS und das Morden ethnischer und religiöser Minderheiten, wie der Jesiden, verursacht nun seit Jahren eine humanitäre Katastrophe größten Ausmaßes. Die SPD und allen voran auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat sich für ein größeres Engagement in der humanitären Flüchtlingshilfe eingesetzt. Gleichzeitig, um den brutalen Vormarsch der Terrorgruppe IS zu stoppen, hat Deutschland beschlossen, die kurdischen Peschmerga mit militärischer Ausrüstung und Waffen zu unterstützen. Und mit Bundestagsbeschluss vom 4. Dezember 2015 beteiligt sich Deutschland am internationalen Anti-Terrorereinsatz gegen den so genannten IS. Es geht auch darum, die Stabilität einer Region zu festigen, die bis an die Grenzen Europas und der NATO heranreicht und somit die eigene Sicherheit unmittelbar berührt, wie die Anschläge u. a. in Paris deutlich gemacht haben. In diesem Sinne ist die Vereinbarung zum iranischen Atomprogramm ein weiterer wichtiger Baustein, um bei der Lösung der vielschichtigen Konfliktlagen voranzukommen.

Anlässlich des 30. Jahrestages der gemeinsamen Parteienbeziehungen zwischen der SPD und der KP Chinas reiste eine Delegation mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und der Generalsekretärin Yasmin Fahimi im November 2014 nach Peking. Beide Parteien beschlossen, eine Vorlesungsreihe zu „Globaler Gerechtigkeit und Entwicklung“ ins Leben zu rufen. Hiermit soll der Austausch und die gegenseitige Verständigung weiter gefördert werden.

Der Internationale Willy-Brandt-Preis 2014 wurde verliehen an die Vorsitzende der birmesischen National League for Democracy und Friedensnobelpreisträgerin, Aung San Suu Kyi. Mit dem Preis würdigte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel am 11. April 2014 das herausragende und beispielgebende Eintreten Aung San Suu Kyis für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Diesen Idealen verpflichtet, gab sie den Menschen in Myanmar Hoffnung und Mut in Zeiten der Unterdrückung und Unfreiheit. Weltweit gelten ihr gewaltloser Widerstand und ziviler Ungehorsam für Freiheit und Demokratie als Vorbild und Inspiration.

Die deutsche Verteidigungspolitik und speziell die Bundeswehr stehen vor einer tiefgreifenden Umstrukturierung. Diese Reform, die noch unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung durchgeführt worden war und mit der unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht festgeschrieben wurde, stellt die Truppe vor enorme Herausforderungen. Aufgrund des großen Handlungsbedarfs konnte die SPD in den Koalitionsverhandlungen – aufbauend auf dem SPD-Regierungsprogramm für die Bundestagswahlen 2013 – wichtige Verbesserungen für die Soldatinnen und Soldaten durchsetzen. Dies umfasste u.a. eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Vergütungs- und Besoldungsfragen.

Die Debatten um Themen wie die Ausrüstungssituation der Bundeswehr, Fragen zur Parlamentsbeteiligung in multinationalen Einsätzen und Überlegungen zur Europäisierung der Streitkräfte wurden insbesondere in der Kommission Sicherheit und Bundeswehr geführt.

GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN

Der Gestaltungsanspruch wie auch die Gestaltungsanforderungen an die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit haben in den letzten Jahren noch einmal zugenommen. Globale Transformationsprozesse gewinnen an Fahrt und verändern das Umfeld von Entwicklungspolitik. Die wichtigsten Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Ausdifferenzierung des Globalen Südens, der Aufstieg großer Schwellenländer, die relative Schwäche Europas, die Nachhaltigkeitsdebatte und die Suche nach neuen Entwicklungsmodellen. Ein zentraler Baustein in dieser Debatte ist die Verabschiedung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) 2015 durch die Vereinten Nationen, die erstmals eine Agenda vorgeben, die für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gültig sind.

Noch einmal verstärkt durch den Einsturz der Textilfabrik „Rana Plaza“ in Bangladesch, bei dem 2013 mehr als 1.100 Menschen starben, wurde die weltweite Aufmerksamkeit auf den Aspekt nachhaltiger Liefer- und Produktionsketten gelenkt. Das Forum Eine Welt unter Leitung von Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie stellvertretend von der entwicklungspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Bärbel Kofler, hatte sich bereits in früheren Jahren intensiv mit dieser Thematik befasst und griff die aktuelle Debatte erneut auf. Dabei setzte sich das Forum auch verstärkt mit der Frage auseinander, wie man die soziale Dimension der Globalisierung im Sinne der „Decent Work Agenda“ gezielt stärken könne.

EINE AKTIVE MENSCHENRECHTSPOLITIK

Der Gesprächskreis Menschenrechte beim SPD-Parteivorstand tagt seit dem Jahr 2006 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin. Seit 2013 wird die Arbeit des Gesprächskreises außerdem durch den stellvertretenden Vorsitzenden Christoph Strässer, MdB und Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, unterstützt. Im Gesprächskreis versammeln sich regelmäßig die relevanten Akteure der Menschenrechtspolitik aus Bundestag, Landesparlamenten, Ministerien, NGOs, Gewerkschaften, Kirchen und der Wissenschaft, um Menschenrechtsthemen fokussiert und interdisziplinär zu diskutieren, Handlungsbedarfe zu identifizieren und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Im Berichtszeitraum wurde wieder eine große Bandbreite an Fragen der Menschenrechtspolitik bearbeitet, wie etwa die Rechte von älteren Menschen als besonders schutzbedürftige Personen über eine eigene UN-Kon-

vention zu schützen oder die Frage, wie der Aufbau nationaler und regionaler Frühwarnsysteme für Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Responsibility to Protect (Internationale Schutzverantwortung) gelingen kann, bis zum Menschenrecht auf Privatsphäre angesichts der Massenüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern durch den US-Geheimdienst NSA.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildete jedoch die Flüchtlingspolitik. Mit Aydan Özoğuz, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender und Vorsitzender der AG Flüchtlingspolitik beim SPD-Parteivorstand, wurden die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge oder die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Deutschland intensiv diskutiert.

INTERNATIONALE UND EUROPÄISCHE PARTEIENZUSAMMENARBEIT

Die SPD hat sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene die bilaterale wie multilaterale Parteienzusammenarbeit weiter intensiviert. Im Zentrum der zahlreichen bilateralen Gespräche standen die Ursachen und politischen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die notwendigen Maßnahmen zur Stützung der Euro-Zone und einzelner EU-Mitgliedstaaten. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den Beziehungen zu unseren Schwesterparteien in Frankreich und Polen. Durch etliche politische Besuche des Parteivorsitzenden insbesondere auch in die von der Krise besonders hart getroffenen EU-Staaten, wurden ebenfalls Akzente gesetzt.

Weiterer Schwerpunkt der internationalen Parteizusammenarbeit ist insbesondere die Stärkung und Unterstützung progressiver Parteien in Israel und im Nahen Osten. Als praktisches Beispiel für viele weitere Aktivitäten in Afrika, Asien und Lateinamerika sei das Engagement für die sozialistischen Kräfte im Jemen, die weiterhin für eine friedliche Konfliktbeilegung werben, genauso wie die sozialdemokratische Partei in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die sich angesichts der chaotischen politischen Situation im Lande für Stabilität und Demokratie einsetzt.

PROGRESSIVE ALLIANZ

Am 22. Mai 2013, gründete sich in Leipzig das globale Netzwerk progressiver, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien: die Progressive Allianz. Bereits die Gründung war eine beeindruckende Demonstration der Vielfalt und Stärke des weltweiten sozialdemokratischen Lagers. Über 80 Parteien nahmen teil: Der indische Congress, die israelische Arbeitspartei und die palästinensische Fatah waren ebenso bei der Gründung dabei wie die chilenische PS, die US-amerikanischen Demokraten, die Sozialisten Senegals und alle großen europäischen Parteien. Aber auch – und das ist eine Neuerung und Teil der dringenden Öffnung der parteipolitischen Kooperation – progressive zivilgesellschaftliche Organisationen wie SOLIDAR sind von Beginn an integraler Bestandteil der Progressiven Allianz. Den Ansatz, die beiden Arme der Arbeiterbewegung zusammenzubringen, den parteipolitischen und den gewerkschaftlich-zivilgesellschaftlichen, machte die Teilnahme und Eröffnungsrede des Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Leipzig deutlich.

Die Gründung der Progressiven Allianz war Schlusspunkt einer langjährigen Diskussion über eine moderne internationale Parteien-Zusammenarbeit und gleichzeitig ihr Anfangspunkt. Die Progressive Allianz ist eine Reaktion auf den Zustand der Sozialistischen Internationale (SI). In den letzten 16 Jahren gab es mehrere Anläufe die SI zu reformieren, was allerdings an einem Bündnis von Beharrungskräften scheiterte, die die Konsequenzen von neuen, demokratischen und transparenten Regeln innerhalb der Organisation und deren Anwendung auf ihre Mitglieder fürchteten. Der Charakter der Progressiven Allianz ist daher ein doppelter: Es geht weiterhin darum, die SI zu reformieren, und gleichzeitig den wichtigen internationalen Austausch, solange er in der SI ruht, voranzubringen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Progressive Allianz drei Schwerpunkte gesetzt: gemeinsame programmatische Weiterentwicklung, Austausch zu Fragen von Kampagnen und Wahlkämpfen sowie die wichtige Solidaritätsarbeit. Mittlerweile präsent auf allen Kontinenten mit Partnern und Veranstaltungen, eng verbunden auch mit regionalen Parteinetzwerken wie der SPE oder SocDem Asien führte die Progressive Allianz eine Kampagne zu „Gute Arbeit weltweit“ durch. Nächstes Jahr hat sich die Progressive Allianz das Kampagnenthema „Für eine neue Agenda für Frieden und Gerechtigkeit“ gesetzt. Bei der Gründung der Progressiven Allianz vor zwei Jahren hat die deutsche Sozialdemokratie eine entscheidende Rolle gespielt, insbesondere durch den persönlichen Einsatz des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Auch vor diesem Hintergrund haben die anderen Parteien, die sich in dem neuen Netzwerk engagieren, die SPD gebeten, die Koordinierung der Progressiven Allianz zu übernehmen. Mittlerweile arbeiten über 120 Parteien in der Progressiven Allianz zusammen und die Zahl der Interessierten wächst.

Abteilung Personal

Das Referat Personal begleitet und führt verantwortlich alle Themen des Personalmanagements für über 200 bis in Zeiten von Wahlkämpfen hin zu über 300 MitarbeiterInnen durch.

Zu den Themen gehören:

- Personalplanung,
- Personalgewinnung (z.B. Personalauswahlprozess und Einarbeitung neuer Kolleginnen in ihre Tätigkeiten),
- Personalbetreuung (z.B. Zeitwirtschaft, Gehaltsabrechnung, Arbeitsvertragsgestaltung, betriebliche Altersversorgung),
- Personal- und Führungskräfteentwicklung (z.B. Mitarbeitergespräche, Weiterbildung, Talentmanagement, Feedback für Führungskräfte),
- Beschäftigungsbedingungen (Auskünfte zu arbeitsrechtlichen Sachverhalten und Betriebsratsangelegenheiten) und
- Kulturentwicklung (z.B. Veränderungsmanagement, Teamentwicklung, Dialogformate).

Konkret unterstützte das Personalreferat mit seinen Aufgaben bei diversen Projekten, die das Haus umsetzte. Wie zum Beispiel:

Verhandlung einer neuen Betriebsvereinbarung zum Thema Arbeitszeit und Arbeitszeitkonten.

Im ersten Halbjahr 2014 wurde mit dem Betriebsrat eine neue Betriebsvereinbarung zum Thema erfolgreich abgeschlossen.

Europawahlkampf

Nach dem Bundestagswahlkampf galt es die Personalplanung für den Europawahlkampf 2014 aufzustellen. Eine zügige Umsetzung war von Nöten, damit ein reibungsloser Übergang sowie erworbenes Know How erhalten werden konnte.

Nachbarschaftskampagne

Für die Nachbarschaftskampagne wurden 10 Organisationsberater/-innen angestellt. Hier galt es im Vorfeld eine neue Betriebsvereinbarung abzuschließen. 10 Organisationberater waren im Rahmen der Nachbarschaftskampagne in den Modellregionen unterwegs.

Organisationsentwicklung

Im Zuge des Organisationsentwicklungsprozesses unterstützte der Personalbereich die Geschäftsleitung bei der Einsetzung einer neuen Führungsebene.

Monatsgespräche mit dem Betriebsrat

Seit Oktober 2015 finden regelmäßige Monatsgespräche mit dem Betriebsratsgremium statt. Das Monatsgespräch dient dazu, das gesamte Betriebsratsgremium über anstehende Projekte zu informieren und die

Beteiligungsrechte des Betriebsrates zu gewährleisten. An diesen Monatsgesprächen nehmen neben dem Personalleiter auch die entsprechenden Abteilungsleiter teil, welche für die entsprechenden Projekte Verantwortung haben. Das Monatsgespräch findet immer am zweiten Donnerstag im Monat statt.

Konzeption Auswahlverfahren für Positionen mit Führungsverantwortung

Seit dem vierten Quartal wurde das Verfahren zur Auswahlwahl von Bewerberinnen und Bewerbern für für Positionen mit Führungsverantwortung neu gestaltet. Neben den fachlichen Kompetenzen sind jetzt auch Themen aus dem Kompetenzbereich Mitarbeiterführung Bestandteil des Auswahlverfahrens. Damit wird das Ziel verfolgt, den Führungskompetenzen der Personal-Auswahlentscheidung eine höhere Bedeutung zu geben.

INNERE DIENSTE

Im Referat Innere Dienste werden verschiedenste Angelegenheiten betreut, die für die Funktion des Willy-Brandt-Hauses als Büro- und Veranstaltungshaus sowie zu Fragen der Bürokommunikationstechnik, wie beispielsweise Mobil-, Festnetztelefonie und Ausstattung mit Multifunktionsgeräten erforderlich sind. Ergänzt werden diese Aufgaben durch das professionelle Management aller Post- und Druckaufgaben und eines serviceorientierten Sitzungsdienstes – alles kostentechnisch verantwortlich gesteuert im Rahmen sorgfältiger Kalkulation und Abrechnung. Lager-, Archivierungs- und Fuhrparkfragen werden hier außerdem genauso gelöst, wie die Wahrnehmung vielfältiger Beauftragtenfunktionen, z. B. des Arbeitsschutz-, Brand- und Sicherheitsbeauftragten.

BERICHT ÜBER DEN STAND DER BETRIEBSORGANISATION

1. Bericht über den Stand der Betriebsorganisation

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages München 1982 - „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ - ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2013 in Leipzig vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2015 in Berlin ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

2. Ergebnisse der Umfrage

A) GEGENSTAND DER UMFRAGE

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirk

B) BETRIEBSGRUPPEN

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 279 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind 43 weniger, als vor zwei Jahren angegeben wurden. Hinzu kommen 80 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. Auf Bundesebene gibt es neben den Eisenbahnern zentrale Betriebsgruppenausschüsse im Bereich der Bauwirtschaft, für den Bereich der Telekommunikation, im Bereich der Deutschen Post und eine bundesweite Betriebsgruppe der Schwerbehindertenvertreter in Betrieben.

C) BETRIEBSVERTRAUENSLEUTE

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 2.006 angegeben. Die weitaus größte Anzahl ist in der gewerblichen Wirtschaft tätig, während die zweitgrößte Gruppe auf den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungsunternehmen entfällt. Unterrepräsentiert sind sie im privaten Dienstleistungssektor.

Umfrageergebnisse, gegliedert nach SPD-Landesverbänden und Bezirken
Stand: 16. November 2015

Landesverband/ Bezirk	Zahl der SPD-UB/ KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauens- leute im LV/Bezirk
LV Schleswig-Holstein	15	3	850
LO Hamburg	7	7	8
LO Bremen	3	11	20
Bez. Nord-Niedersachsen	6	--	--
Bez. Weser-Ems	17	2	5
Bez. Hannover	13	18	155
Bez. Braunschweig	9	4	27
LV Nordrhein-Westfalen	54	193	215
Bez. Hessen-Nord	8	15	43
Bez. Hessen-Süd	18	5	653
LV Baden-Württemberg	43	--	--
LV Bayern	62	10	30
LV Rheinland-Pfalz	27	3	--
LV Saar	7	2	--
LV Berlin	12	4	0
LV Mecklenburg-Vorpomm.	8	2	--
LV Brandenburg	18	--	--
LV Sachsen-Anhalt	14	--	--
LV Thüringen	23	--	--
LV Sachsen	13	--	--
Gesamt	377	279	2.006

Berichterstatterin: Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung Elke Ferner	
MdB, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	574
2. Die SPD auf Bundesebene	578
2.1 Mitgliederentwicklung	578
2.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat	579
2.3 Weibliche Delegierte auf den Bundesparteitag 2001 bis 2013	579
2.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2013 nach Landesverbänden / Bezirken	580
2.5 Weibliche Delegierte auf den SPD-Parteikongressen 2014 und 2015	581
2.6 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes	582
2.7 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften	583
2.8 Arbeitskreise, Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes	584
2.9 Themenlabore	585
3. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene	586
3.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2009 bis 2014	586
3.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken	587
3.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke 2015	588
3.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände	590
3.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine	592
4. Parlamente / Fraktionen / Regierungen	594
4.1 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament	594
4.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	595
4.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	595
4.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	596
4.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand (erweitert) der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	596

4.2.4	Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, Sprecher/innen	597
4.3	Bundesregierung	598
4.4	SPD-Fraktionen der Länderparlamente	599
4.4.1	Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen	599
4.4.2	Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder	600
4.4.3	Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und –Ausschussvorsitzenden	601
4.5.	Landesregierungen	602
4.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	602
4.5.2	Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	603
5.	Bericht der Bundes-SGK	604
5.1	Frauenanteil der SPD-Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern	604
5.2	Weibliche Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen	605
5.3	Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene	605
5.4	Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs	606
6.	Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	607
6.1	SPD-Partei Vorstand	607
6.2	SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände	608
6.3	Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	609
6.4	Unternehmensbereich der SPD	609

1. Einleitung

Elke Ferner, MdB: Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Mit diesem Gleichstellungsbericht berichten wir über die Gleichstellung in Ämtern, Funktionen und Mandaten. Der Berichtszeitraum umfasst die letzten zwei Jahre seit dem Parteitag im November 2013 in Leipzig bis Oktober 2015.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliedszahlen sind nach wie vor rückläufig. Gleichzeitig ist der Frauenanteil im Vergleich zu 2013 wieder leicht angestiegen, auf nunmehr 31,84 Prozent (2010 31,26 / 2012 31,46). Die Frauenanteile in der Mitgliedschaft der Landesverbände und Bezirke sind allerdings sehr unterschiedlich. So hält Schleswig-Holstein mit 35,26 Prozent weiter den Spitzenplatz und Sachsen ist mit 24,73 Prozent immer noch Schlusslicht. Bis auf Bremen und Sachsen-Anhalt konnten alle Landesverbände und Bezirke einen – wenn auch kleinen – prozentualen Zuwachs der weiblichen Mitglieder vorweisen.

PARTEIVORSTAND, PRÄSIDIUM, DELEGIERTE AUF PARTEITAGEN

Mit Parteitagsbeschluss vom Dezember 2011 in Berlin wurde der Parteivorstand auf 35 Personen verkleinert. Dem Parteivorstand gehören zur Zeit 14 Frauen an, was einer Quote von 40 Prozent entspricht. Die Mindestabsicherung wird damit erfüllt.

Nach dem Parteitag 2013 wurde das Präsidium wieder eingesetzt, der Frauenanteil beträgt über 46 Prozent.

Auf den ordentlichen Bundesparteitag liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig über 40 Prozent. Beim Parteitag 2013 betrug der Frauenanteil an den 600 Delegierten 42,7 Prozent. In fast allen Delegationen wurde die 40-Prozent Marke erreicht. Spitzenreiter war auf diesem Parteitag die 9-köpfige Delegation des Bezirks Nord-Niedersachsen mit 66,6 Prozent. Echte Parität, also 50:50 erreichten Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt. Nur der Landesverband Nordrhein-Westfalen mit 38,8 Prozent und der Bezirk Hessen-Süd blieben unter der 40-Prozent-Marke. Dies ist umso bedauerlicher, da die beiden Gliederungen zusammen fast ein Drittel der Delegierten stellen.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, KOMMISSIONEN, FOREN USW.

Bei den Arbeitsgemeinschaften, Foren, Kommissionen, Arbeitskreisen und Projektgruppen ist die Spannweite beim Frauenanteil sehr groß. Wegen des hohen Frauenanteils in der Besetzung der Gremien sind der Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) mit je 57,1 Prozent, aber auch die Arbeitskreise Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit 66,7 Prozent und Muslimische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit 60,0 Prozent besonders zu erwähnen. Allerdings gibt es auch vier Gremien, die noch unter einer Quote von 25 Prozent liegen, hier besteht Nachholbedarf. Daher ist der Parteivorstand auch

künftig aufgefordert, dafür zu sorgen, dass bei der Besetzung von Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften, (Themen)Foren, Projektgruppen usw. die Quotierung von mindestens 40 Prozent bei den Vorsitzenden und Mitgliedern eingehalten wird.

VORSTÄNDE AUF LANDES-, BEZIRKS- UND ÖRTLICHER EBENE

In den Landes- und Bezirksvorständen ist bis auf eine Ausnahme die Mindestquote von 40-Prozent erreicht.

Die Landesorganisation Hamburg, die zuletzt nur gut 38 Prozent Frauenanteil aufweisen konnte, hat nun einen Frauenanteil von 52,4 Prozent erreicht! Mittlerweile können wir über einen Frauenanteil von 50 Prozent und mehr in acht Landesverbänden und Bezirken berichten. Nach wie vor und somit unverändert werden nur vier Landesverbände und Bezirke von Frauen geführt, Nordrhein-Westfalen durch Hannelore Kraft, Sachsen-Anhalt durch Katrin Budde, Nord-Niedersachsen durch Petra Tiemann und Weser-Ems durch Johanne Modder.

Eine weibliche Vorsitzende gibt es in fast jedem vierten Unterbezirk bzw. Kreisverband, knapp 23 Prozent. Dennoch können wir hier einen Anstieg des Frauenanteils verzeichnen. Die Spannbreite liegt zwischen 66,7 Prozent in Bremen und Null in Hamburg. In den Vorständen dieser Gliederungsebenen beträgt der Frauenanteil im Durchschnitt 37 Prozent.

Unverändert steht etwa jedem fünften Ortsverein eine weibliche Vorsitzende vor (19 Prozent), in den Vorständen der Ortsvereine haben Frauen knapp 31 Prozent der Ämter inne.

SPD-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Seit der Europawahl 2014 gehören der deutschen SPD-Gruppe 14 Männer und 13 Frauen an, der Frauenanteil beträgt 48,1 Prozent. Dies ist der höchste Wert seit der ersten Direktwahl 1979. Der Grund liegt zum einen darin, dass es sich um eine reine Listenwahl handelt, zum andere, dass auch hier der „Reißverschluss“ bei der Listenaufstellung angewandt wurde. In der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) sind von den 190 Abgeordneten 85 Frauen, auch dies ein beachtlicher Frauenanteil von 44,7 Prozent.

SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat zum ersten Mal zu Beginn einer Wahlperiode einen Frauenanteil von mehr als 40 Prozent (81 Frauen von 193 Mitgliedern entspricht 42 Prozent). Erstmals hat die SPD-Bundestagsfraktion eine erste Parlamentarische Geschäftsführerin.

In den Ausschüssen sieht es bei der Besetzung der sozialdemokratischen Abgeordneten sehr unterschiedlich aus. Gerade einmal in 14 der 23 Ausschüsse wird die Quote von 40 Prozent erreicht, im Ausschuss Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sogar mit 80 Prozent. Allerdings liegen der Finanzausschuss und der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit noch unter 20 Prozent. In 7 Ausschüssen

des Deutschen Bundestages stellt die SPD den Vorsitz, Vorsitzende sind 4 Männer und 3 Frauen, damit liegt der Frauenanteil bei knapp 43 Prozent.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat 23 Arbeitsgruppen entsprechend der Ausschüsse des Bundestages eingesetzt, geleitet von 7 AG-Sprecherinnen und 16 AG-Sprecher (Frauenanteil von gut 30 Prozent).

BUNDESREGIERUNG

In der Bundesregierung ist die SPD paritätisch mit jeweils drei Ministerinnen und Ministern vertreten. CDU/CSU erreichen mit ihrem größeren Anteil an männlichen Ministern nur einen Frauenanteil von 22,2 Prozent. Auch bei der Besetzung der Positionen der parlamentarischen Staatssekretär_innen und Staatsminister_innen kann die SPD mit einem Frauenanteil von 61,5 Prozent punkten (CDU/CSU 35,0 Prozent). Jedoch gibt es bei den beamteten Staatssekretär_innen auf SPD-Seite noch erheblichen Nachholbedarf. Hier sind nur 8,3 Prozent Frauen.

EXKURS: Ein Bericht darüber, wie die Quotierung in der SPD umgesetzt wird, kann nicht darauf verzichten, eine historische Entscheidung zu erwähnen, die in den Berichtszeitraum fällt: Der Beschluss über die sogenannte Frauenquote. Nach jahrelangen Diskussionen beschloss der Deutsche Bundestag am 6.3.2015 das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Es beinhaltet unter anderem eine 30-Prozent-Quote für Aufsichtsräte großer Unternehmen.

SPD-LANDTAGSFRAKTIONEN

Einen Spitzenwert erreicht Thüringen mit einem Frauenanteil von 58,3 Prozent gefolgt von Saarland, Sachsen, Brandenburg, Hamburg und Bayern, die alle über 40 Prozent liegen. In drei Landtagsfraktionen der Bundesländer liegt der Anteil der weiblichen Abgeordneten unter bzw. knapp über den 30 Prozent, in Baden-Württemberg bei nur 20 Prozent.

KOMMUNALE EBENE

In den Kommunalvertretungen ist ein durchschnittlicher Frauenanteil unter den SPD-Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern von 29,5 Prozent erreicht. Dieser Wert schwankt jedoch erheblich je nach Größe der Kommune: In Millionenstädten ist der Wert konstant geblieben, der Frauenanteil liegt bei 41,9 Prozent. In Städten von 500.000 bis 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei 38,4 Prozent (minus 1,5 Prozent). Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil unter SPD-Ratsmitgliedern. Bei den Spitzenpositionen wie Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen in größeren Städten und Landrätinnen gingen die Zahlen leicht zurück. Es gibt nur noch 10 Oberbürgermeisterinnen (Anteil 9 Prozent), 6 Bürgermeisterinnen in Städten über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (14,6 Prozent) und 7 Landrätinnen (10,3 Prozent). Noch immer ist von zehn dieser Spitzenpositionen nur eine mit einer SPD-Frau besetzt (23 von 220; Vergleich 2013: 29 von 224).

HAUPTAMTLICH BESCHÄFTIGTE DER PARTEI

Die Statistik der hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten belegt, dass auf der Ebene der Abteilungsleitungen im Willy-Brandt-Haus nunmehr von den fünf Positionen drei von Frauen besetzt werden. Die neu eingerichteten Positionen der Referatsleiterinnen und Referatsleiter werden zu einem Drittel von Frauen ausgefüllt.

In den Landesverbänden und Bezirken sind die Leitenden Geschäftsführer bis auf Saarland alle männlich, unter 20 Landes-, Bezirksgeschäftsführern gibt es sechs Frauen.

FAZIT UND AUSBLICK

Auch im Jahre 2015, 27 Jahre nach dem Quotenbeschluss von Münster ist die Mindestquote von 40 Prozent immer noch nicht überall erreicht.

Die Vorstände aller Ebenen der Partei sind verpflichtet, die Quotierung zu beachten und durchzusetzen. Und sie müssen auch aktiv dafür sorgen, dass ausreichend Frauen für Funktionen, Mandate, Kommissionen usw. zur Verfügung stehen. Gezielte Schulungs- und Bildungsmaßnahmen und Mentoringprojekte leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Überlegungen zur Änderung des Wahlrechtes oder Änderungen des Statuts, um eine Doppelspitze zu ermöglichen, müssen debattiert werden. Jetzt, zur Halbzeit der Wahlperiode, können im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 wichtige Weichen gestellt werden, damit die SPD ihr Profil als Partei für Frauen deutlich schärfen kann. Die Einhaltung der Quotierung ist dafür eine Grundvoraussetzung.

Elke Ferner

Berlin, Oktober 2015

2. Die SPD auf Bundesebene

2.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in %
1984	916.485	227.518	24,83
1986	912.854	233.708	25,60
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.129	250.906	27,30
31.12.1993	861.480	240.053	27,87
31.12.1994	849.474	238.192	28,04
31.12.1995	817.650	230.952	28,25
31.12.1996	792.773	225.622	28,46
31.12.1997	776.183	222.577	28,68
31.12.1998	775.036	224.213	28,93
31.12.1999	755.066	220.003	29,14
31.12.2000	734.667	215.633	29,35
31.12.2001	717.513	211.863	29,53
31.12.2002	693.894	205.950	29,68
31.12.2003	650.798	194.846	29,94
31.12.2004	605.807	182.923	30,19
31.12.2005	590.485	179.530	30,40
31.12.2006	561.239	172.126	30,67
31.12.2007	539.861	166.713	30,88
31.12.2008	520.969	161.920	31,08
31.12.2009	512.520	159.894	31,20
31.12.2010	502.062	156.948	31,26
31.12.2011	489.638	153.432	31,34
31.12.2012	477.037	150.085	31,46
31.12.2013	473.662	149.876	31,64
31.12.2014	459.902	146.441	31,84

2.2 PARTEIVORSTAND, PRÄSIDIUM, PARTEIRAT

Jahr	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011 ¹	2013
Parteivorstand insgesamt	45	45	45	45	45	45	45	35 ²	35
davon Frauen	23	21	19	19	18	18	19	15	14
Frauenanteil in %	51,1	46,7	42,4	42,4	40	40	42,2	42,9	40
Präsidium insgesamt	13	13	13	13	13	17	17	./. ³	13 ⁴
davon Frauen	5	6	7	6	6	8	7		6
Frauenanteil in %	38,5	46,2	53,8	46,2	46,2	47	41,1		46,2
Parteirat insgesamt	110	109	108	110	110	110	90	./. ⁵	./.
davon Frauen	50	49	52	52	49	48	43		
Frauenanteil in %	45,5	45,0	48,1	47,3	44,5	43,6	53,3		

2.3 WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN BUNDESPARTEITAGEN 2001 BIS 2013

Jahr	Anzahl der weiblichen Delegierten ⁶	Frauenanteil in Prozent
2001	229	47,7
2003	217	45,2
2005	201	41,9
2007	202	42,1
2009	211	44,0
2011	201	41,9
2013	253 ⁷	42,7

¹ Auf dem Parteitag im Dezember 2011: Reform der Parteigremien mit dem Beschluss „Partei in Bewegung - Organisationspolitisches Grundsatzprogramm der SPD - Demokratie im Wandel“

² Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wird der Parteivorstand auf 35 Personen verkleinert

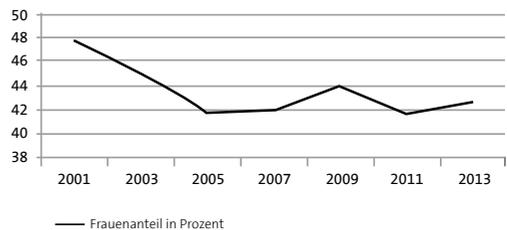
³ Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wurden die Gremien Präsidium sowie Parteirat abgeschafft

⁴ Mit Beschluss des Parteitages vom November 2013 wurde das Gremien Präsidium wieder eingesetzt

⁵ Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wurde der Parteirat ersetzt durch den Parteikonvent

⁶ Summe ohne Parteivorstand

⁷ Aus dem Protokoll der Mandatsprüfungs- und Zählkommission



2.4 DELEGIERTE AUF DEM ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG NOVEMBER 2013 NACH LANDESVERBÄNDEN / BEZIRKEN

Landesverband / Bezirk	Anzahl mögliche Delegierte	Anwesende Delegierte	Davon Weiblich	% -Frauen
Baden-Württemberg	46	46	20	43,5
Bayern	79	73	33	45,2
Berlin	20	20	8	40,0
Brandenburg	9	8	4	50,0
Braunschweig	15	15	7	46,7
Bremen	8	8	4	50,0
Hamburg	15	14	6	42,9
Hannover	35	35	16	45,7
Hessen-Nord	27	27	14	51,9
Hessen-Süd	46	46	15	32,6
Mecklenburg-Vorpommern	5	5	2	40,0
Nord-Niedersachsen	9	9	6	66,7
Nordrhein-Westfalen	147	147	57	38,8
Rheinland-Pfalz	49	49	20	40,8
Saar	25	25	11	44,0
Sachsen	7	7	3	42,9
Sachsen-Anhalt	6	6	3	50,0
Schleswig-Holstein	24	24	10	41,7
Thüringen	7	7	4	57,1
Weser-Ems	21	21	10	47,6
Gesamt	600	592	253	42,7

2.5 WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN SPD-PARTEIKONVENTEN 2014 UND 2015
DELEGIERTE GESAMT: 200⁸

Bezirk/ LV	Parteikonvent 20.09.2014				Parteikonvent 20.06.2015		
	Mandate gesamt	Anwe- sende Delegierte gesamt	davon weiblich	in %	Anwe- sende Delegierte	davon weiblich	in %
Baden- Württemberg	15	15	8	53,3	15	6	40
Bayern	26	25	13	52	24	10	41,7
Berlin	6	7	5	71,4	7	3	42,9
Brandenburg	3	2	2	100	3	1	33,3
Braunschweig	5	5	2	40	5	2	40
Bremen	3	3	1	33,3	2	1	50
Hamburg	5	5	3	60	5	1	20
Hannover	12	11	6	54,6	10	5	50
Hessen-Nord	9	9	4	44,4	9	4	44,4
Hessen-Süd	15	14	6	42,9	15	6	40
Mecklenburg- Vorpommern	2	1	1	100	2	1	50
Nord- Niedersachsen	3	3	1	33,3	3	1	33,3
Nordrhein- Westfalen	49	36	13	36,1	48	21	43,8
Rheinland- Pfalz	16	15	3	20	16	4	25
Saar	8	8	4	50	8	4	50
Sachsen	3	3	0	0	3	2	66,7
Sachsen- Anhalt	2	2	1	50	2	1	50
Schleswig- Holstein	8	8	3	37,5	8	4	50
Thüringen	3	1	1	100	3	1	33,3
Weser-Ems	7	5	2	40	7	3	42,9
Gesamt	200	178	79	44,4	195	81	41,5

⁸ Summe ohne Parteivorstand

2.6 KOMMISSIONEN UND BEIRÄTE DES PARTEIVORSTANDES

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere (Vorstands-) Mitglieder		Frauen- anteil gesamt
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Kuratorium Wilhelm-Dröschner-Preis	0	1	0	0	11	5	50,0
Gustav-Heinemann-Bürgerpreis	1	0	0	0	13	5	35,7

KOMMISSIONEN

Bundesschiedskommission	0	1	2	0	4	2	42,9
Europapol. Kommission ⁹	1	0	0	0	/	/	/
Grundwertkommission	0	1	1	0	17 ¹⁰	7	42,1
Historische Kommission	1	0	2	1	25	5	21,4
Kommission Internationale Politik ¹¹	1	0	0	0	/	/	/
Kontrollkommission ¹²	0	1	1	0	6	3	50,0
Medien- und netzpolitische Kom- mission	1	0	0	0	64	14	21,5
Organisationspolitische Kommission	0	0	0	0	23	7	30,4

BEIRÄTE

Beirat der Parteischule	1	0	0	0	13	7	50,0
Beirat Juso-Hochschulgruppen	0	0	0	0	11	5	45,5
Kommunalbeirat	2	0	0	0	25	4	14,8
SPD-Sportbeirat	1	0	0	0	26	9	33,3

⁹ Die Kommission ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar.

¹⁰ Jetzt nur noch 17 Mitglieder, 2014 ist ein Mitglied verstorben

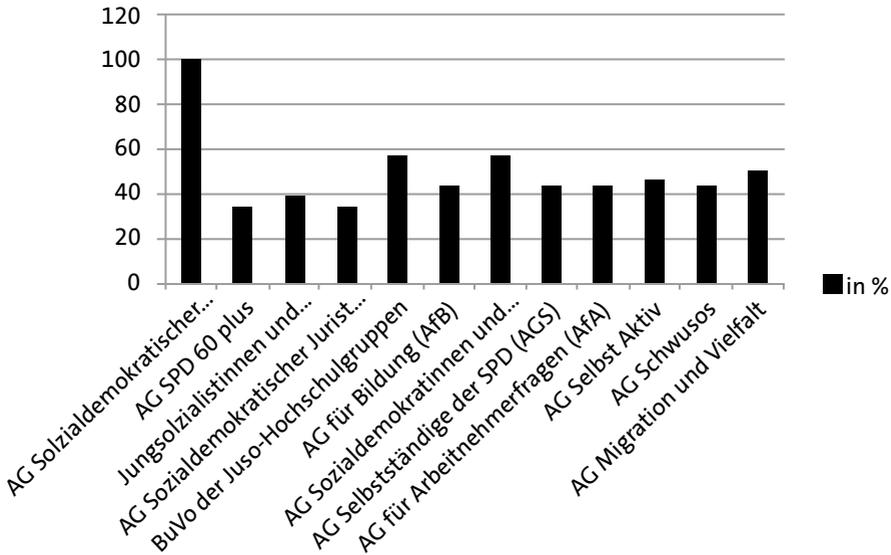
¹¹ Die Kommission ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar.

¹² Die Kontrollkommission besteht normal aus 9 Mitgliedern, nach Rücktritt von einem männlichen Mitglied besteht die Kommission z.Z. nur aus 8 Mitgliedern

2.7 BUNDESVORSTÄNDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere (Vorstands-) Mitglieder		Frauen- anteil gesamt
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	3	3	17	17	100,0
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus ¹³	0	1	1	0	7	2	33,3
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) ¹⁴	0	1	8	3	1 ¹⁵	1	50
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokrati- scher Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	2	1	9	3	33,3
Bundesvorstand der Juso-Hochschul- gruppen ¹⁶	0	0	0	0	7	4	57,1
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	1	0	2	1	4	2	42,9
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemo- kratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	2	1	4	2	57,1
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)	1	0	3	1	10	5	42,9
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa)	1	0	5	2	15	7	42,9
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv	1	0	3	1	7	4	45,4
Arbeitsgemeinschaft Schwusos	1	0	4	2	9	4	42,9
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	1	0	4	2	9	5	50,0
Gesamt	8	3	37	17	106	60	51,9

¹³ Im Moment gibt es nur einen stellvertretenden Vorsitzenden¹⁴ Zusätzlich vier kooptierte Mitglieder, davon drei Frauen¹⁵ Gewählte Bundesgeschäftsführerin¹⁶ Es gibt keinen Vorsitz



2.8 ARBEITSKREISE, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, GESPRÄCHSKREISE UND SONSTIGE GREMIEN DES PARTEIVORSTANDES

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums		Frauenanteil gesamt
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
ARBEITSKREISE							
Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC)	1	1	0	0	6	2	37,5
Arbeitskreis jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ¹⁷	0	1	0	0	2	1	66,7
Arbeitskreis Muslimische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	0	1	0	0	4	2	60,0
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AvS) ¹⁸	1	0	0	0	4	2	40,0
FOREN							
Forum Bildung	0	1	0	0	59	25	43,3
Forum Eine Welt ¹⁹	0	1	4	2	/	/	/

¹⁷ Der gewählte Sprecherkreis bestand aus 5 Personen, eine männliche und eine weibliche Person sind zurück getreten

¹⁸ Nur dem Namen nach eine AG, ist aber ein Arbeitskreis.

¹⁹ Das Forum ist ein offenes Gremium, daher ist ein Frauenanteil nicht bestimmbar.

Forum Innenpolitik	1	0	0	0	71	16	22,2
Forum Kulturpolitik / Kulturforum	1	0	2	0	12	5	33,3
Forum ländliche Räume	0	3	0	0	32	7	28,6
Forum Metropolenpolitik	1	0	0	0	30	5	16,2
Forum Ostdeutschland	0	1	1	0	8	4	40,0
Forum Sicherheits- und Verteidigungs- politik ²⁰	1	0	1	0	/	/	/
Forum Sport	1	0	0	0	26	9	33,3
Themenforum Verbraucherpolitik ²¹	0	2	0	0	0	0	100,0
Wissenschaftsforum Steuerungs- gruppe	1	0	0	0	5	2	33,3
GESPRÄCHSKREISE							
Gesprächskreis Finanzmärkte und Finanzpolitik	0	0	0	0	52	4	7,7
Gesprächskreis Jugend ²²	1	0	0	0	43	16	36,4
Gesprächskreis Menschenrechte ²³	0	1	1	0	/	/	/
Projektgruppe Parität ²⁴	1	1	0	0	6	5	75,0

2.9 THEMENLABORE

Auf dem Leipziger Parteitag im November 2013 wurde beschlossen, Themenlabore zu etablieren²⁵. Zunächst wurden sechs Themenlabore eingerichtet²⁶, im weiteren Verlauf aufgestockt auf neun Themenlabore. In diesen Themenlaboren sollten, so der Beschluss, Freiräume für neue Ideen jenseits der Sachzwänge der Regierungsarbeit geschaffen und breitere gesellschaftliche Themen aufgegriffen werden.

Insgesamt 115 Mitglieder arbeiten in den Steuerungskreisen der Themenlabore. Davon sind 44 Mitglieder weiblich, was einen Frauenanteil von 38,8 % entspricht.

²⁰ Das Forum ist ein offenes Gremium, daher ist ein Frauenanteil nicht bestimmbar

²¹ Das Themenforum besteht nur aus den beiden gewählten Sprecherinnen und einem nichtgewählten Beirat

²² Der Gesprächskreis wurde von ehemals Gesprächskreis Familie und Jugend nach dem letzten Parteitag in den Gesprächskreis Jugend umbenannt

²³ Der Gesprächskreis ist ein offenes Gremium, daher ist ein Frauenanteil nicht bestimmbar

²⁴ Die Projektgruppe war nur für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt und endete mit der Erarbeitung des Berichtes „Geschlechterparität (Parität) bei Wahlen“ an den Parteivorstand

²⁵ Beschluss Ini 1 Perspektiven. Zukunft. SPD!

²⁶ Übersicht auf <https://www.spd.de/themenlabore/>

3. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

3.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN 2009 BIS 2014

Landesverbände/ Bezirke	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
Baden-Württemberg ²⁷	39.275 12.538	38.618 12.359	37.663 12.056	36.795 11.753	36.513 11.660	35.835 11.567
Bayern	69.023 21.817	67.255 21.353	65.419 20.799	64.088 20.471	63.703 20.476	62.133 20.144
Berlin	16.281 5.428	16.428 5.463	16.457 5.441	16.516 5.500	17.121 5.724	17.038 5.747
Brandenburg	6.523 1.868	6.348 1.815	6.261 1.797	6.197 1.762	6.257 1.794	6.230 1.810
Braunschweig	12.537 3.671	12.139 3.516	11.980 3.489	11.662 3.412	11.462 3.379	11.140 3.305
Bremen	4.841 1.641	4.763 1.622	4.787 1.625	4.605 1.571	4.577 1.545	4.437 1.510
Hamburg	10.610 3.611	10.506 3.555	10.657 3.582	10.535 3.542	10.973 3.705	10.802 3.636
Hannover	30.225 9.092	29.457 8.892	29.263 8.902	28.263 8.624	27.851 8.552	26.925 8.286
Hessen-Nord	22.262 5.941	21.927 5.872	21.283 5.763	20.673 5.648	20.136 5.549	19.323 5.360
Hessen-Süd	40.870 11.729	40.141 11.623	39.396 11.480	38.118 11.184	37.563 11.126	36.060 10.772
Mecklenburg- Vorpommern	2.830 871	2.802 858	2.850 873	2.826 864	2.854 877	2.767 864
Nord- Niedersachsen	6.388 1.894	6.239 1.863	6.206 1.872	6.071 1.850	6.021 1.840	5.882 1.812
Nordrhein-Westfalen	136.840 44.997	133.867 44.018	127.765 42.125	123.368 40.772	121.947 40.533	117.756 39.258
Rheinland-Pfalz	42.463 12.514	41.617 12.311	40.669 12.089	39.650 11.862	39.361 11.910	38.527 11.762
Saar	21.485 6.846	20.823 6.657	20.323 6.515	20.044 6.452	19.720 6.388	19.192 6.260

²⁷ 1. Zeile: gesamt, 2. Zeile: weiblich

Landesverbände/ Bezirke	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
Sachsen	4.332 1.031	4.314 1.025	4.298 1.030	4.283 1.038	4.486 1.108	4.416 1.092
Sachsen-Anhalt	4.165 1.125	4.067 1.090	4.034 1.083	3.789 1.037	3.750 1.008	3.578 963
Schleswig- Holstein	19.651 6.838	19.230 6.711	18.801 6.571	18.456 6.491	18.442 6.476	17.841 6.291
Thüringen	4.389 1.214	4.357 1.200	4.324 1.188	4.302 1.184	4.382 1.198	4.112 1.132
Weser-Ems	17.530 5.228	17.164 5.145	17.202 5.152	16.796 5.068	16.543 5.028	15.908 4.870
SPD gesamt	512.520	502.062	489.638	477.037	473.662	459.902
Männer	352.626	345.114	336.206	326.952	323.786	313.461
Frauen	159.894	156.948	153.432	150.085	149.876	146.441
Frauenanteil in %	31,20	31,26	31,34	31,46	31,64	31,84

3.2 *WEIBLICHE MITGLIEDER IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN
(RANGFOLGE NACH FRAUENANTEIL IN PROZENT, STAND: 31.12.2014)*

Landesverbände/ Bezirke	gesamt	Weiblich	Frauenanteil in %
SPD-LV Schleswig-Holstein	17.841	6.291	35,26
SPD-Landesorganisation Bremen	4.437	1.510	34,03
SPD-LV Berlin	17.038	5.747	33,73
SPD-Landesorganisation Hamburg	10.802	3.636	33,66
SPD-LV Nordrhein-Westfalen	117.756	39.258	33,34
SPD-LV Saar	19.192	6.260	32,62
SPD-LV Bayern	62.133	20.144	32,42
SPD-LV Baden-Württemberg	35.835	11.567	32,28
SPD-LV Mecklenburg Vorpommern	2.767	864	31,23
SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	5.882	1.812	30,81
SPD-Bezirk Hannover	26.925	8.286	30,77

SPD-Bezirk Weser-Ems	15.908	4.870	30,61
SPD-LV Rheinland-Pfalz	38.527	11.762	30,53
SPD-Bezirk Hessen-Süd	36.060	10.772	29,87
SPD-Bezirk Braunschweig	11.140	3.305	29,67
SPD-LV Brandenburg	6.230	1.810	29,05
SPD-Bezirk Hessen-Nord	19.323	5.360	27,74
SPD-LV Thüringen	4.112	1.132	27,53
SPD-LV Sachsen-Anhalt	3.578	963	26,91
SPD-LV Sachsen	4.416	1.092	24,73

3.3 VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE 2015²⁸ (MIT VERGLEICHSAZAHLEN 2013)

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes -/ Bezirks- vorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			gesamt / davon Frauen	2013 (Angaben zum Vergleich)	2015 gesamt / Frauen
Baden- Württemberg	nein	4 / 2	34 / 15 44,1 %	28 / 13	46,4
Bayern	nein	3 / 1	38 / 17 44,7 %	36 / 17	47,2
Berlin	nein	4 / 2	14 / 8 57,1 %	14 / 7	50
Brandenburg	nein	2 / 1	13 / 7 53,8 %	14 / 7	50
Braunschweig	nein	4 / 2	19 / 9 47,4 %	22 / 10	45,4
Bremen	nein	2 / 1	17 / 9 52,9 %	17 / 9	52,9
Hamburg	nein	3 / 2	21 / 8 38,1 %	21 / 11	52,4
Hannover	nein	2 / 1	25 / 12 48,0 %	24 / 12	50
Hessen-Nord	nein	2 / 1	19 / 9 47,4 %	19 / 10	52,6

²⁸ Quelle: MAVIS

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes-/ Bezirks- vorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			gesamt / davon Frauen	2013 (Angaben zum Vergleich)	2015 gesamt / Frauen
Hessen-Süd	nein	2 / 1	20 / 9 45,0 %	20 / 9	45
Mecklenburg- Vorpommern	nein	3 / 2	16 / 7 43,8 %	16 / 7	43,8
Nord- Niedersachsen	ja	4 / 1	17 / 8 47,1 %	16 / 7	43,8
Nordrhein- Westfalen	ja	4 / 2	37 / 17 45,9 %	35 / 16	45,7
Rheinland- Pfalz	nein	3 / 1	21 / 9 42,9 %	22 / 8	36,4
Saar	nein	4 / 3	23 / 10 43,5 %	21 / 9	42,9
Sachsen	nein	2 / 2	21 / 10 47,6 %	20 / 9	45
Sachsen- Anhalt	ja	3 / 1	17 / 8 47,1 %	16 / 7	43,8
Schleswig- Holstein	nein	2 / 2	11 / 5 45,5 %	11 / 6	54,5
Thüringen	nein	4 / 2	24 / 11 45,8 %	24 / 13	54,2
Weser-Ems	ja	3 / 1	18 / 8 44,4 %	17 / 8	47,1
Gesamt	4	60 / 31	425 / 196 46,1 %	413 / 195	47,2

VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE, DIE NICHT DEN STATUS VON BEZIRKEN HABEN

Landesverband	weibliche Landesvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände Landesvorstände		
			2013 (Angaben zum Vergleich)	2015 gesamt / Frauen	2015 Frauenanteil in %
Niedersachsen	nein	5 / 4	26 / 11 42,3	25 / 14	56
Hessen	nein	3 / 1	20 / 8 40,0	19 / 9	47,4
Gesamt	0	8 / 5	46 / 19 41,3	44 / 23	52,3

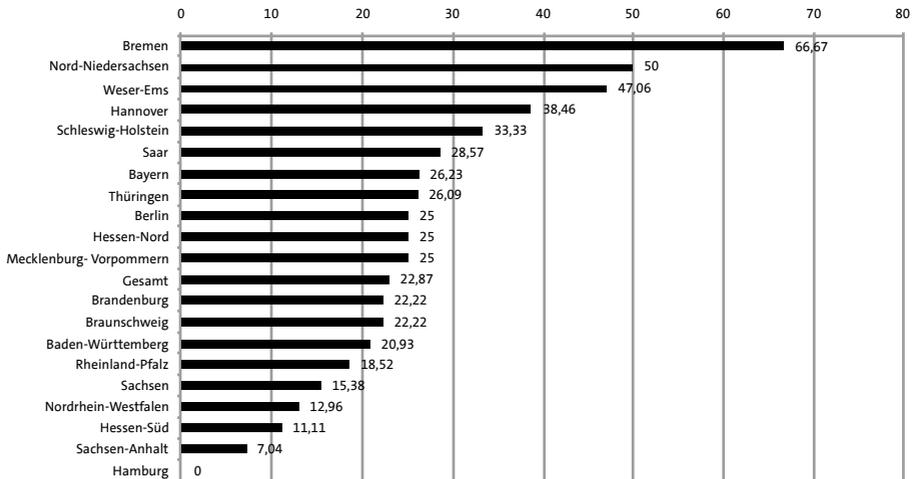
3.4 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER UNTERBEZIRKE / KREISVERBÄNDE²⁹

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in %	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in %
Baden-Württemberg	43	9	20,93	572	212	37,06
Bayern	61	16	26,23	1079	392	36,33
Berlin	12	3	25,0	217	107	49,31
Brandenburg	18	4	22,22	213	78	36,62
Braunschweig	9	2	22,22	126	48	38,10
Bremen	3	2	66,67	31	14	45,16
Hamburg	7		0	150	64	42,67
Hannover	13	5	38,46	242	108	44,63
Hessen-Nord	8	2	25,0	129	56	43,41
Hessen-Süd	18	2	11,11	368	148	40,22
Mecklenburg-Vorpommern	8	2	25,0	92	34	36,96
Nord-Niedersachsen	6	3	50,0	81	24	29,63
Nordrhein-Westfalen	54	7	12,96	971	388	39,96
Rheinland-Pfalz	27	5	18,52	471	180	38,22

²⁹ UB-Vorstand = Vorsitzende/r, stellv. Vorsitzende/r, Kassierer/in, stellvertretender Kassierer/in, Schriftführer/in, stellvertretende/r Schriftführer/in, Beisitzer/innen. Quelle MAVIS

Saar	7	2	28,57	191	58	30,37
Sachsen	13	2	15,38	140	40	28,57
Sachsen-Anhalt	14	1	7,14	152	56	36,84
Schleswig-Holstein	15	5	33,33	193	69	35,75
Thüringen	23	6	26,09	216	70	32,41
Weser-Ems	17	8	47,06	273	95	34,80
Gesamt	376	86	22,87	5907	2241	37,94

VORSITZENDE DER UNTERBEZIRKE / KREISVERBÄNDE NACH
LANDESVERBÄNDE / BEZIRKEN
FRAUENANTEIL IN %

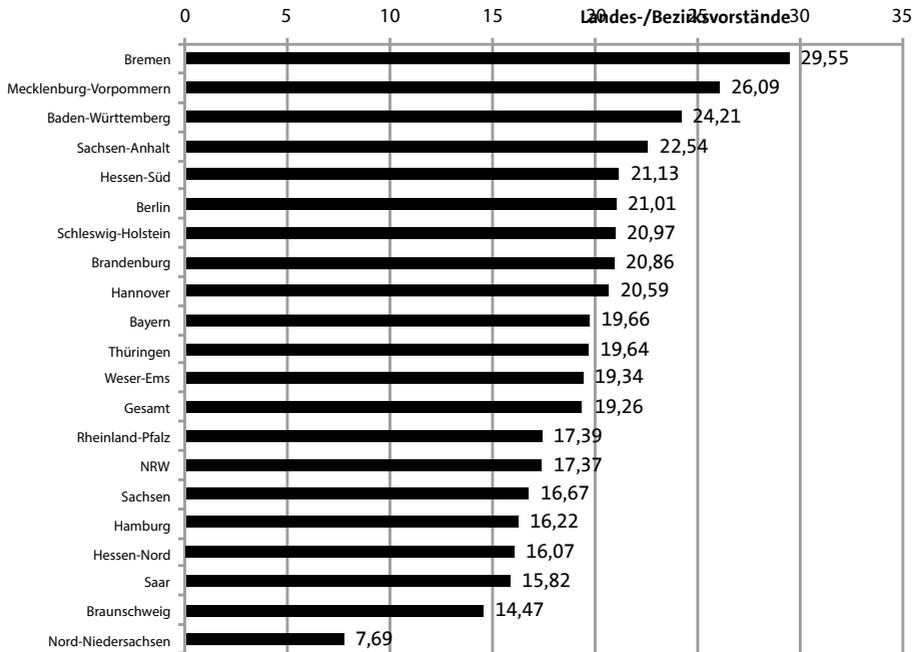


3.5 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER ORTSVEREINE³⁰

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	Anzahl der Vorsitzen- den	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Anzahl der Vorstands- mitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in %
Baden- Württemberg	822	199	24,21	5524	1814	32,84
Bayern	1551	305	19,66	11549	3650	31,60
Berlin	119	25	21,01	1471	618	42,01
Brandenburg	187	39	20,86	918	272	29,63
Braunschweig	152	22	14,47	1255	367	29,24
Bremen	44	13	29,55	402	160	39,80
Hamburg	74	12	16,22	805	318	39,50
Hannover	306	63	20,59	2697	872	32,33
Hessen-Nord	473	76	16,07	3020	728	24,11
Hessen-Süd	388	82	21,13	4013	1196	29,80
Mecklenburg- Vorpommern	92	24	26,09	404	136	33,66
Nord- Niedersachsen	65	5	7,69	595	179	30,08
NRW	1284	223	17,37	12929	4136	31,99
Rheinland-Pfalz	920	160	17,39	6869	1917	27,91
Saar	316	50	15,82	3009	923	30,67
Sachsen	120	20	16,67	594	153	25,76
Sachsen-Anhalt	142	32	22,54	626	174	27,80
Schleswig- Holstein	472	99	20,97	2636	824	31,26
Thüringen	168	33	19,64	637	182	28,57
Weser-Ems	274	53	19,34	2333	658	28,20
Gesamt	7969	1535	19,26	62286	19277	30,95

³⁰ Ortsvereins-Vorstand = Vorsitzender, stellv. Vorsitzender, Kassierer, stellvertretende/r Kassierer/in, Schriftführer/in, stellvertretende/r Schriftführer/in, Beisitzer/innen. Quelle: MAVIS

VORSITZENDER DER ORTSVEREINE NACH LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN
FRAUENANTEIL IN PROZENT



4. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

4.1 SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

ANTEIL DER WEIBLICHEN ABGEORDNETEN UNTER DEN SPD-ABGEORDNETEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 1984 BIS 2015

	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2013	2015
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	8	12	17	14	9	10	10	13
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	25,0	38,7	42,5	42,4	39,1	43,5	43,5	48,1

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten stieg seit der ersten Direktwahl 1979 auf über 40 Prozent. Seit der Europawahl 2014 gehören der deutschen SPD-Gruppe 14 Männer und 13 Frauen an, der Frauenanteil beträgt 48,1 Prozent.

Das Bestreben nach Gleichberechtigung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, das in der Vergangenheit schrittweise „weiblicher“ geworden ist. In der laufenden Legislaturperiode sind 36 % der Abgeordneten im Europäischen Parlament Frauen.

Von den nun nur noch 96 (bis 2014 waren es 99) deutschen Abgeordneten sind derzeit 35 weiblich (36,5%)

In der **Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)** ist der Anteil weiblicher Abgeordneter mit 44,7 % Prozent um 1,4 % gestiegen (vorher 43,3 %). Von den 190 Abgeordneten sind 85 Frauen. Somit ist dieser Frauenanteil gleich hoch dem Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten³¹.

³¹ Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D); eigene Berechnungen.

4.2 SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

4.2.1 WEIBLICHE ABGEORDNETE IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION SEIT 1949

1) zu Beginn der Legislaturperiode / 2) am Ende der Legislaturperiode

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2
1994	1)	86	34,1
	2)	88	35,1
1998	1)	105	35,2
	2)	108	36,9
2002	1)	95	37,8
	2)	98	39,5
2005	1)	80	36,0
	2)	83	37,6
2009	1)	56	38,4
	2)	59	40,4
2013 ³²	1)	81	42,0
2015 ³³	2)	83	43,0

³² 193 Abgeordnete gesamt (Wahl am 22.09.2013)³³ Stand Okt. 2015

4.2.2 *FRAUEN IM FRAKTIONSVORSTAND DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION*

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die vier parlamentarischen Geschäftsführerinnen, sowie die Justiziarin der Fraktion und kraft Amtes die zwei Bundestagsvizepräsidentinnen an. Unter diesen 17 Mitgliedern sind 10 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, alle vier parlamentarische Geschäftsführerinnen und die Justiziarin), der Frauenanteil liegt hier bei 58,8 Prozent.

4.2.3 *FRAUEN IM FRAKTIONSVORSTAND (ERWEITERT) DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION SEIT 1949*

	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
1. Wahlperiode 1949-1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953-1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957-1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961-1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965-1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969-1972	3	10,0
7. Wahlperiode 1972-1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976-1980	3	10,0
9. Wahlperiode 1980-1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983-1987	6	14,2
11. Wahlperiode 1987-1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990-1994	14	29,2
13. Wahlperiode 1994-1998	18	40,0
14. Wahlperiode 1998-2002	22	46,8
15. Wahlperiode 2002-2005	19	42,2
16. Wahlperiode 2005-2009	19	40,4

17. Wahlperiode 2009-2013	18	45,0
18. Wahlperiode ab 2013	21	50,0

4.2.4. ZUSAMMENSETZUNG DER AUSSCHÜSSE UND ARBEITSGRUPPEN, SPRECHER/INNEN

4.2.4.1. FRAUENANTEIL UNTER DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN MITGLIEDERN DER 23 STÄNDIGEN AUSSCHÜSSE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES³⁴

Ausschuss für	Anzahl der ordentlicher SPD-Ausschussmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in Prozent
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	5	4	80,0
Gesundheit	11	8	72,7
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11	8	72,7
Ernährung und Landwirtschaft	11	7	63,6
Sportausschuss	5	3	60,0
Menschenrechte und humanitäre Hilfe	5	3	60,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7	4	57,1
Arbeit und Soziales	13	7	53,8
Petitionen	8 ³⁵	4	50,0
Haushaltsausschuss	13	6	46,1
Auswärtiger Ausschuss	11	5	45,4
Kultur und Medien	5	2	40,0
Tourismus	5	2	40,0
Digitale Agenda	5	2	40,0
Verkehr und digitale Infrastruktur	13	5	38,5
Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	11	4	36,4
Europäischen Union	11	4	36,4
Rechts- und Verbraucherausschuss	12	4	33,3
Wirtschaft und Energie	14	4	28,6
Innenausschuss	11	3	27,3
Verteidigungsausschuss	10	2	20,0
Finanzausschuss	11 ³⁶	2	18,2
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11	2	18,2

³⁴ In der Rangfolge der Frauenbeteiligung

³⁵ Von den 8 Mitgliedern ist eine Person N.N.

³⁶ von den 11 Mitgliedern ist eine Person N.N.

Die SPD stellt in sieben der 23 ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages den Vorsitz. Drei dieser Ausschüsse haben eine SPD-Abgeordnete als Vorsitzende:

- Sportausschuss: Dagmar Freitag, MdB
- Ausschuss für Arbeit und Soziales: Kerstin Griese, MdB
- Finanzausschuss: Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Die SPD stellt sieben stellvertretende Ausschussvorsitzende, davon hat eine SPD-Frau den stellvertretenden Vorsitz in folgendem Ausschuss inne:

- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Dr. Simone Raatz

Sprecher / Sprecherinnen / Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

Unter den 23 Sprecherinnen und Sprechern der Ausschussarbeitsgruppen sind sieben Frauen. Der Frauenanteil liegt bei 30,4 Prozent.

Von den weiteren 12 Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion (Arbeitsgruppen der Enquête-Kommissionen, des Untersuchungsausschusses, themenbezogene Arbeits- und Querschnittsgruppen) haben 5 eine Sprecherin (41,7 %).

Unter den 10 Beauftragten der Bundestagsfraktion zu bestimmten Themenbereichen sind 6 Frauen (60,0 %).

4.3 *BUNDESREGIERUNG*

	insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Bundesminister/innen³⁷	15 CDU / CSU: 9 SPD: 6	5 CDU / CSU: 2 SPD: 3	33,3 CDU / CSU: 22,2 SPD: 50
Parlamentarische Staatssekretärinnen und -Sekretäre bzw. Staatsministerinnen und -Minister³⁸	33 CDU / CSU: 20 SPD: 13	15 CDU / CSU: 7 SPD: 8	45,5 CDU / CSU: 35,0 SPD: 61,5

³⁷ Einschließlich Chef des Bundeskanzleramtes

³⁸ Quelle Wikipedia

4.4 SPD-FRAKTIONEN DER LÄNDERPARLAMENTE

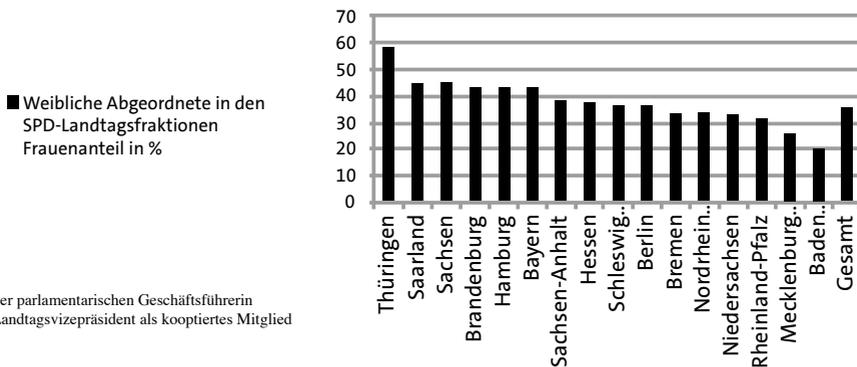
4.4.1 WEIBLICHE ABGEORDNETE IN DEN SPD-LANDTAGSFRAKTIONEN

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %	letzte Wahlen am
Thüringen	12	7	58,3	14.09.2014
Saarland	18	8	44,4	25.03.2012
Sachsen	18	8	44,4	31.08.2014
Brandenburg	30	13	43,3	14.09.2014
Hamburg	58	25	43,1	15.02.2015
Bayern	42	18	42,9	15.09.2013
Sachsen-Anhalt	26	10	38,5	20.03.2011
Hessen	37	14	37,8	22.09.2013
Schleswig-Holstein ³⁹	22	8	36,4	06.05.2012
Berlin	47	17	36,2	18.09.2011
Bremen	30	10	33,3	10.05.2015
Nordrhein-Westfalen	99	33	33,3	13.05.2012
Niedersachsen	49	16	32,7	20.01.2013
Rheinland-Pfalz	42	13	31	27.03.2011
Mecklenburg-Vorpommern	27	7	25,9	04.09.2011
Baden-Württemberg	35	7	20	27.03.2011
Gesamt	592	214	36,1	

³⁹ Nach der Landtagswahl hatte Schleswig-Holstein 9 weibliche Abgeordnete, d.h. einen Anteil von 41%. Die Veränderung ergab sich durch das Ausscheiden einer Abgeordneten, der dann nach Listen-Reißverschlussverfahren ein männlicher Abgeordneter folgte

4.4.2 FUNKTIONSVERTEILUNG IN DEN SPD-FRAKTIONEN DER LÄNDERVORSTÄNDE DER SPD-LANDTAGSFRAKTIONEN

Bundesland	Fraktionsvorsitz	stellvertretende Fraktionsvorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktionsvorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Fraktionsvorstand in %
Baden-Württemberg	Mann	3 / 2	12 / 1	18,8
Bayern	Mann	3 / 2	2 / 2	66,6
Berlin	Mann	5 / 3	9 / 5	53,3
Brandenburg	Mann	5 / 2	3 / 2	44,4
Bremen	Mann	2 / 2	7 / 2	40,0
Hamburg	Mann	3 / 3	10 / 4	50,0
Hessen	Mann	6 / 3	2 / 1	44,4
Mecklenburg-Vorpommern	Mann	4 / 2	3 / 1	37,5
Niedersachsen	Frau	8 / 4	7 / 3	50,0
Nordrhein-Westfalen	Mann	7 / 4	1 / 0	44,4
Rheinland-Pfalz	Mann	3 / 2	29 / 9	36,6
Saarland	Mann	4 / 1	5 ⁴⁰ / 3	40,0
Sachsen	Mann	4 / 2	0 / 0	40,0
Sachsen-Anhalt	Frau	2 / 1	10 / 4	61,5
Schleswig-Holstein	Mann	3 / 2	1 / 1	60,0
Thüringen	Mann	2 / 1	2 ⁴¹ / 1	40,0
Gesamt	14 Männer 2 Frauen	64 / 36	103 / 39	42,1



⁴⁰ incl. der parlamentarischen Geschäftsführerin

⁴¹ incl. Landtagsvizepräsident als kooptiertes Mitglied

4.4.3 FRAUENANTEIL UNTER DEN SPD-ARBEITSKREIS- UND –AUSSCHUSSVORSITZENDEN

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen		Ausschüsse der Parlamente	
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen		SPD-Ausschussvorsitzende insgesamt / davon Frauen	
Baden-Württemberg	11	2	4	1
Bayern ⁴²	13	5	3	1
Berlin	8	5	6	2
Brandenburg	5	2	7	3
Bremen ⁴³	0	0	4	2
Hamburg	18	8	9	2
Hessen	15	6	5	2
Mecklenburg-Vorpommern	11	2	4	1
Niedersachsen	15	5	7	3
Nordrhein-Westfalen	31	5	15	3
Rheinland-Pfalz	14	5	12	2
Saarland	11	6	6	3
Sachsen	3	1	1	0
Sachsen-Anhalt	6	4	3	0
Schleswig-Holstein	7	2	2	0
Thüringen	8	5	2	2
Gesamt	176	63	90	27

⁴² Es gibt vier weitere Arbeitsgruppen, davon drei weibliche Vorsitzende.

⁴³ Im Land Bremen gibt es neben den Parlamentsausschüssen noch Deputationen, die hier noch genannt werden dürfen. Die SPD hat in drei Deputationen den Vorsitz inne, davon ist eine Vorsitzende weiblich.

4.5 LANDESREGIERUNGEN⁴⁴

4.5.1 FRAUENANTEIL IN LANDESREGIERUNGEN, AN DENEN DIE SPD BETEILIGT IST

Bundesland	Zahl ⁴⁵ der Regierungsmitglieder insgesamt	davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in %	Frauenanteil unter den sozialdemokr. Regierungsmitgliedern in %
Baden-Württemberg Bündnis 90/ Die Grünen / SPD-Koalition	15	7	6 Bündnis 90 / Die Grünen: 4 SPD: 2	40,0	28,6
Berlin SPD/ CDU-Koalition	9	4	3 SPD: 2 CDU:1	33,3	50,0
Brandenburg SPD / Die Linke-Koalition	10	5	3 SPD: 0 Die Linke:1 Parteilos: 2	30,0	0,0
Bremen ⁴⁶ SPD / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	9	6	5 SPD: 3 Bündnis 90 / Die Grünen:2	55,6	50,0
Hamburg SPD / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	12	7	5 SPD: 3 Bündnis 90 / Die Grünen:1 Parteilos: 1	41,7	42,9
Mecklenburg- Vorpommern SPD / CDU-Koalition	9	6	3 SPD: 2 CDU:1	33,3	33,3
Niedersachsen SPD / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	10	6	4 SPD: 2 Bündnis 90 / Die Grünen:2	40,0	33,3
Nordrhein-Westfalen SPD / Bündnis 90 / Die Grünen-Koalition	13	10	5 SPD: 3 Bündnis 90 / Die Grünen:2	38,5	30,0
Rheinland-Pfalz SPD / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	9	6	7 SPD: 4 Bündnis 90 / Die Grünen:3	77,8	66,7

⁴⁴ Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de)⁴⁵ einschließlich der Ministerpräsident_innen bzw. des Regierenden Bürgermeisters⁴⁶ Einschl. weiteres Mitglied des Senats gem. Art. 107 Brem. LV

Saarland ⁴⁷ CDU / SPD-Koalition	9	4	3 SPD: 1 CDU: 2	33,3	25,0
Sachsen-Anhalt ⁴⁸ CDU / SPD-Koalition	10	4	1 SPD: 1 CDU: 0	10,0	25,0
Sachsen CDU / SPD-Koalition	11	3	4 SPD: 2 CDU: 2	36,7	66,7
Schleswig-Holstein SPD / Bündnis 90/ Die Grünen / SSW-Koalition	8	5	4 SPD: 2 Bündnis 90/ Die Grünen: 1 SSW: 1	50,0	40,0
Thüringen Linke / SPD / Bündnis 90/Die Grünen- Koalition	10	3	5 Linke: 3 SPD: 1 Bündnis 90/ Die Grünen: 1	50,0	33,3
Gesamt	144	76	58 SPD: 28	40,3	36,8

4.5.2 ZUM VERGLEICH: FRAUENANTEIL IN LANDESREGIERUNGEN, AN DENEN DIE SPD NICHT BETEILIGT IST

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmit- glieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in %
Bayern CSU	18	5 CSU: 5	27,8
Hessen CDU / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	11	3 CDU: 2 Bündnis 90/ Die Grünen: 1	27,3

⁴⁷ Einschl. Chef des Staatskanzlei und einem Staatssekretär im Kabinettrrang

⁴⁸ Einschl. Chef des Staatsministeriums

5. Bericht der Bundes-SGK

5.1 FRAUENANTEIL DER SPD-RATSMITGLIEDERN IN GEMEINDEN MIT 10.000 UND MEHR EINWOHNERN (STAND: 01.01.2013)

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon Frauen absolut	in v. H.	zum Vergleich 1.1.2012 in v. H.
1.000.000 und mehr ⁴⁹	167	71	42,5%	41,9%
500.000 - 1.000.000*	229	90	39,3%	38,4%
200.000 - 500.000	468	160	34,2%	33,3%
100.000 - 200.000	637	219	34,4%	35,0%
50.000 - 100.000	1.417	445	31,4%	31,4%
20.000 - 50.000	3.987	1.197	30,0%	29,8%
10.000 – 20.000	5.106	1.360	26,6%	27,0%
Insgesamt	12.011	3.542	29,5%	29,5%

Quelle: Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 2013, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern; Eigene Berechnungen.

⁴⁹ Für die Stadtstaaten wurde das Berliner Abgeordnetenhaus, die Hamburgische Bürgerschaft sowie die Bremische Bürgerschaft berücksichtigt

5.2 WEIBLICHE VORSITZENDE DER SPD-GROßSTADT- UND KREISTAGSFRAKTIONEN
(STAND: 01.08.2015)

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen	in v. H. 1.8.2015	in v. H. 25.8.2013
in Städten 100.000 und mehr EW ⁵⁰	95	15	15,8 %	13,8 %
in Kreisen	294	44	15,0 %	16,3 %
Insgesamt	389	59	15,2%	15,7 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

5.3 VON SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAUEN BESETZTE FÜHRUNGSPPOSITIONEN IM VERGLEICH ZU ALLEN VON DER SPD BESETZTEN FÜHRUNGSPPOSITIONEN AUF KOMMUNALER EBENE (STAND: 01.08.2015)

Anzahl	Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen	In v.H. 2015	In v.H. 2013
Oberbürgermeisterinnen ⁵¹	10 von 111	9,0 %	11,1 %
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW ⁵²	6 von 41	14,6 %	17,8 %
Landrätinnen	7 von 68	10,3 %	12,7 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

⁵⁰ Einwohnerzahlen auf Basis der Ergebnisse des Zensus 2011 zum 31.12.2011; unter Berücksichtigung der 12 Bezirksverordnetenversammlungen der Berliner Bezirke

⁵¹ Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeisteranteil mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

⁵² Zu den Bürgermeisterinnen wurden die Bezirksbürgermeisterinnen in Berlin mit hinzugerechnet.

5.4 FRAUEN IM VORSTAND DER BUNDES-SGK UND IN DEN VORSTÄNDEN DER LANDES-SGKs
(STAND: 01.08.2013)⁵³

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen	In v.H. 2015	In v.H. 2013
Bundes-SGK	31	11	35,5 %	35,5 %
SGK Baden-Württemberg	23	10	43,5 %	43,5 %
SGK Bayern	28	8	28,6 %	21,4 %
SGK Berlin	24	8	33,3 %	33,3 %
SGK Brandenburg	14	6	42,9 %	37,5 %
SGK Bremen	10	2	20,0 %	27,3 %
SGK Hamburg	12	2	16,7 %	15,4 %
SGK Hessen	24	9	37,5 %	25,0 %
SGK Mecklenburg-Vorpommern	15	7	46,7 %	46,7 %
SGK Niedersachsen	30	7	23,3 %	23,3 %
SGK Nordrhein-Westfalen	30	9	30,0 %	23,3 %
SGK Rheinland-Pfalz	20	5	25,0 %	25,0 %
SGK Saarland	16	3	18,8 %	17,6 %
SGK Sachsen	9	3	33,3 %	33,3 %
SGK Sachsen-Anhalt	10	3	30,0 %	33,3 %
SGK Schleswig-Holstein	11	2	18,2 %	27,3 %
SGK Thüringen	11	3	27,3 %	33,3 %

⁵³ Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

6. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

6.1 SPD-PARTEIVORSTAND⁵⁴

	Frauen		Männer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Abteilungsleiterinnen/ Abteilungsleiter	3	60,0	2	40,0
Pressesprecherin/ Pressesprecher/stellv. Pressesprecherin	1	33,33	2	66,66
Leiterinnen / Leiter bzw. Referentinnen / Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros	5	45,45	6	54,55
Referatsleiterinnen/ Referatsleiter	3	25,0	9	75,0
Referentinnen/ Referenten	32	50,79	31	49,21
Sachbearbeiterinnen/ Sachbearbeiter	18	60,0	12	40,0
Sekretärinnen/ Sekretäre	53	96,36	2	3,64
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	4	28,57	10	71,43
Auszubildende	3	75,0	1	25,0
Gesamt	122	61,93	75	38,07

⁵⁴ Quelle: Stellenplan 2015

6.2. SPD-LANDESVERBÄNDE, -BEZIRKE UND -UNTERBEZIRKE, REGIONALGESCHÄFTSSTELLEN UND KREISVERBÄNDE⁵⁵

LV / Bezirk	Leitende Landes-/Bezirks-geschäftsführer/-innen		Landes-/Bezirks-geschäftsführer/-innen		Referent/-innen auf Landes- und Bezirksebene		weitere Mitarbeiter/-innen und Mitarbeiter des Landesverbandes/Bezirk		Regional-/Kreis-, Unterbezirks-geschäftsführer/-innen		Mitarbeiter/-innen und Mitarbeiter der Unterbezirke „ohne politische Zuständigkeiten“	
	ge-samt	da-von Frauen	ge-samt	da-von Frauen	ge-samt	da-von Frauen	ge-samt	da-von Frauen	ge-samt	da-von Frauen	ge-samt	Da-von Frauen
Baden-Württemberg	1	0	1	1	8	4	10	7	9	1	20	18
Bayern	1	0	1	0	8	3	12	9	16	10	36	33
Berlin	1	0	0	0	7	4	15	11	1	1	11	8
Brandenburg	2	0	0	0	3	2	19	8	10	2	0	0
Braunschweig	1	0	1	0	1	1	8	5	0	0	9	8
Bremen	1	0	0	0	0	0	4	2	0	0	2	1
Hamburg	1	0	0	0	2	0	5	5	7	3	2	1
Hannover	1	0	4	1	1	1	11 ⁵⁶	8 ⁵⁷	15 ⁵⁸	11 ⁵⁹	7	5
Hessen-Nord	1	0	1	1	1	1	7	2	8	1	5	5
Hessen-Süd	1	0	0	0	1	1	13	10	13	4	17	14
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	1	0	3	2	12	8	2	0	5	5
Nord-Niedersachsen	1	0	0	0	0	0	4	4	1	0	2	2
Nordrhein-Westfalen	0	0	1	0	18	8	29	22	35	11	51	49
Rheinland-Pfalz	1	0	0	0	6	3	49	32	5	2	4	4
Saar	1	1	1	1	1	0	4	3	0	0	1	1
Sachsen	1	0	0	0	3	2	3	1	3	1	3	2
Sachsen-Anhalt	1	0	3	2	0	0	2	1	3	0	4	4
Schleswig-Holstein	1	0	0	0	4	2	10	7	0	0	11	5
Thüringen	0	0	1	0	7	2	2	2	0	0	4	4
Weser-Ems	1	0	0	0	0	0	5 ⁶⁰	4	6	0	11	11
Gesamt	18	1	15	6	74	36	224	151	134	47	205	180

⁵⁵ Stand: Ende August 2015
⁵⁸ davon 1 ATZ Ruhephase

⁵⁶ incl. Azubi
⁵⁹ davon 1 ATZ Ruhephase

⁵⁷ incl. Azubi
⁶⁰ incl. Azubi

6.3 LANDESVERBÄNDE, DIE NICHT DEN STATUS VON BEZIRKEN HABEN

LV / Bezirk	Leitende Landes- geschäftsführer/ innen		Landesgeschäfts- führer/innen		Referent/innen auf Landesebene		weitere Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Hessen	1	0	0	0	4	2	8	5
Niedersachsen	2	1	0	0	3	2	2	2
Gesamt	3	1	0	0	7	4	10	7

6.4 UNTERNEHMENSBEREICH DER SPD⁶¹

Unternehmen	Frauen	Männer
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH		
Geschäftsführer	0	2
MitarbeiterInnen im Beteiligungsmanagement	2	3
Projektleiterin	1	0
Sekretärin	1	0
Konzentration GmbH		
Geschäftsführer	0	1
Büroleitung	1	0
Immobilienkauffrau/-mann	1	1
Kauffrauen für Bürokommunikation, Controlling	3	0
Kauffrau für Grundstücks- und Wohnungswirtschaft/Bilanzbuchhaltung	1	0
Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH		
Geschäftsführer	0	1
Generalbevollmächtigte	0	1
Prokuristin	1	0
MitarbeiterInnen im Veranstaltungsmanagement	1	2
Sekretärin	3	0

⁶¹ Quelle: Schatzmeisterei des SPD-Parteivorstandes. Der Bericht bezieht sich auf die unmittelbaren Beteiligungen des Parteivorstandes, ohne Solidarität GmbH, die kein Personal beschäftigt.

FORTSCHRITTSBERICHT ZUR INTERKULTURELLEN ÖFFNUNG DER SPD

Im organisationspolitischen Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen durch den Berliner Parteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011, heißt es:

„Vielfalt gestalten“

Die SPD setzt sich für soziale Gerechtigkeit in einer offenen und solidarischen Gesellschaft ein. Das bedeutet, allen Menschen, die in unserem Land leben, gleiche Chancen zu geben, unabhängig von ihrer Herkunft. Das ist unser historisches Selbstverständnis und unser Auftrag für die Zukunft. Als Partei gehen wir mit gutem Beispiel voran. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung in unserem Land zusammenleben, müssen wir vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben. Wir eröffnen deshalb Menschen, die oder deren Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind, bessere Chancen denn je, in unsere Partei einzusteigen und in ihr aufzusteigen. Die SPD setzt sich das Ziel, dass in allen Führungsgremien der Bundespartei zukünftig 15 Prozent der Mitglieder über eine Migrationsgeschichte verfügen. Alle anderen Parteigliederungen sollen, auf ihre konkrete Situation bezogen, eigene Ziele abstecken. Der SPD Parteivorstand benennt zukünftig aus seinen Reihen eine/einen Verantwortliche/n für die interkulturelle Öffnung der Partei, die/der den Gremien regelmäßig über die Fortschritte in diesem Bereich informiert und Handlungsempfehlungen für die weitere Öffnung gibt. Vor Ort übernehmen die Mitgliederbeauftragten eine besondere Verantwortung für die interkulturelle Öffnung der Partei. Um das zu unterstützen, wird die Parteischule entsprechende Schulungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche entwickeln. Darüber hinaus qualifizieren wir Migrant/innen und Aussiedler/innen, um ihre Aufstiegschancen in der Partei zu erhöhen. Wir vertiefen außerdem den Dialog mit Migrantenselbstorganisationen und weiteren Bündnispartnern in diesem Bereich.“

VORBEMERKUNG:

Eine Einwanderungsgeschichte bzw. Migrationshintergrund haben (gemäß der Definition des Statistischen Bundesamtes) Einwohnerinnen und Einwohner, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Den tatsächlichen Anteil der Genossinnen und Genossen statistisch zu erfassen, die einen Migrationshintergrund haben, ist nicht möglich. Zwar wird die Staatsangehörigkeit unserer Mitglieder erfasst. Ein möglicher Migrationshintergrund wird allerdings weder abgefragt noch erfasst.

Dieser erste Fortschrittsbericht zur interkulturellen Öffnung der SPD führt daher im Folgenden die Informationen zusammen, die derzeit bekannt sind sowie durch eine Abfrage in den Bezirken und Landesverbänden sowie Landtagsfraktionen erfasst wurden.

I. Gremien der SPD

1. PARTEIVORSTAND

Von den 35 Mitgliedern des aktuellen SPD-Parteivorstandes sind vier Genossinnen und Genossen aus einer Familie mit Einwanderungsgeschichte; im 13 köpfigen Präsidium sind es derzeit zwei Genossinnen.

2. LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE

Eine Umfrage in den Landesverbänden und Bezirken hat ergeben, dass dort (bisher) keine konkreten Ziele abgesteckt wurden für die Beteiligung von Mitgliedern mit Einwanderungsgeschichte in den Vorständen. Die Gründe dafür sind verschieden. So ist z.B. im Osten Deutschlands der Anteil der Parteimitglieder mit Migrationshintergrund sehr gering, so dass eine repräsentative Zielvorgabe nur schwer möglich ist, als dass diese in einer bestimmten Anzahl eingebunden werden könnten. Viele Landesverbände sehen aber auch keine Notwendigkeit in der Einführung einer Vereinbarung, da die Mitarbeit von „vielfältigen“ Menschen bei ihnen bereits selbstverständlich sei. Zudem wird die vom Parteivorstand empfohlene Zielvorgabe als weitere „Quote“ neben der Geschlechterquote missverstanden und skeptisch gesehen.

3. ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT

Mit Gründung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt auf Bundesebene im Juni 2013 wurde ein wichtiger Schritt zur Interessenvertretung von Mitgliedern mit Einwanderungsgeschichte innerhalb der SPD getan.

Auch in folgenden Landesverbänden und Bezirken gibt es bereits Arbeitsgemeinschaften Vielfalt und Migration:

Berlin, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Bayern, Hessen Nord, Hessen Süd, Sachsen-Anhalt, Braunschweig, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern (zunächst als Arbeitskreis gegründet), Hannover (jedoch in ruhendem Zustand).

Noch ohne Landes/Bezirks-AGn sind: Thüringen, Brandenburg, Weser Ems, Nord-Niedersachsen.

II. Parlamente

1. BUNDESTAG:

Die SPD ist mit 12 Parlamentariern mit Einwanderungsgeschichte in der SPD-Fraktion vertreten. Bei 192 Abgeordneten der Fraktion insgesamt sind das 6,3 Prozent.

2. LANDTAGE:

Eine kurzfristige Abfrage der Landtags-, Abgeordnetenhaus- und Bürgerschaftsfraktionen auf freiwilliger Basis ergibt folgendes Bild:

Bundesland / Anzahl SPD-Abgeordnete insgesamt / davon mit Einwanderungsgeschichte

Baden-Württemberg/35/2, Bayern/42/1, Berlin/47/8, Brandenburg/30/0, Bremen/30/9, Hamburg/58/5, Hessen/37/3, Mecklenburg-Vorpommern/27/0,

Nordrhein-Westfalen/99/4, Niedersachsen/49/3, Rheinland-Pfalz/42/0,

Saarland/18/0, Sachsen (noch keine Rückmeldung), Sachsen-Anhalt (noch keine Rückmeldung), Schleswig-Holstein/22/1, Thüringen/12/0.

Diese Ergebnisse können nur einen groben Überblick geben und erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da es keine systematische Befragung der einzelnen Abgeordneten in allen Fraktionen gab. Einige Zahlen gehen deshalb auch auf Schätzungen der Fraktionsgeschäftsstellen zurück.

III. Angebote der Parteischule (Bericht der Parteischule)

In keinem Bewerbungs- und Anmeldeverfahren zur Parteischule erfragt der SPD-Parteivorstand den Familienstatus, die Herkunft, die Nationalität, die Religion oder die sexuelle Orientierung.

Alle Angebote der „Parteischule im Willy-Brandt-Haus“ werden sehr aktiv genutzt von SPD-Mitgliedern aus aller Herren Länder. Das gilt für die betriebliche Weiterbildung der Hauptamtlichen ebenso wie für die „Sozialdemokratische Kommunal-Akademie“, die Kurse „Frauen an die Macht“, die „Train-the-Trainer“-Lehrgänge sowie die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“. MigrantInnen und AussiedlerInnen haben in großer Zahl bereits an den verschiedenen Kursen erfolgreich teilgenommen. Erkennbar haben sie ihre politische Wirkung steigern können und auch ihren Weg innerhalb der Gremien und Parlamente beschritten.

In den Jahren 2012 und 2013 wurde der Bildungsabend „Kulturelle Vielfalt in der SPD“ in Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. entwickelt. Der Bildungsabend wurde bundesweit mehrfach allen knapp 400 Unterbezirken angeboten. Durchgeführt wurden die Bildungsabende gemeinsam mit Unterbezirken und/oder Ortsvereinen. Alle Nachfragen wurden erfüllt. Insgesamt haben sie 11 Mal (9 Termine 2012 in Marburg, Osnabrück, Lingen, Brilon, Würzburg, Hameln, Holzminden, Dresden, Essen und zwei Termine 2013 in Erfurt, Erlenbach a.M.) stattgefunden.

Zusätzlich hat die Parteischule Handreichungen mit Erfolgsfaktoren, aber auch Stolpersteinen zur kulturellen Vielfalt publiziert und im Parteischul-Wiki als „Pluspunkte“ veröffentlicht.

IV. Handlungsempfehlungen

Die SPD muss erkennbar vielfältiger werden. Dazu gehört, dass Genossinnen und Genossen mit Einwanderungsgeschichte zu allen politischen Fragen mit am Tisch sitzen und ihre Perspektive selbstverständlich einbringen können.

Das sollte für alle Gliederungsebenen der Partei gelten, ebenso wie für die Parlamente.

Deshalb ist es wichtig, dass wir gezielt(er) um diese Menschen werben und die Partei für sie öffnen. Da geht es einerseits um Chancengleichheit, aber es geht andererseits auch um nichts weniger als die Zukunftsfähigkeit der SPD.

Mitglieder mit Einwanderungsgeschichten wollen sich nicht ausschließlich darüber definieren, aber sie möchten eine Möglichkeit finden, ihre familiären Verwurzelungen in der Partei aufzeigen zu können.

Die SPD braucht deshalb ein Gesamtkonzept zur Zielgruppenansprache, das auf allen Gliederungsebenen anwendbar ist. Solch ein Konzept sollte im Parteivorstand abteilungsübergreifend erarbeitet werden, sodass sowohl Ziele, Inhalte als auch Werkzeuge gleichermaßen aufeinander abgestimmt werden können.

Nach dem Wegfall des Referats „Neue Inländer“ beim Parteivorstand hat das Thema interkulturelle Öffnung der SPD keine feste „strukturelle Heimat“ mehr. Um die Anstrengungen der SPD beim Thema „Vielfalt“ zu verdeutlichen, sollten diese aber auch entsprechend in der Organisationsstruktur sichtbar werden. Das heißt, auch auf Arbeitsebene des Willy-Brandt-Hauses muss das Thema verankert sein.

Wir brauchen die systematische Vernetzung in die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt kann dazu einen verstärkten Beitrag leisten, sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene.

Um in Zukunft solide Datengrundlagen für die Messung von Entwicklungen zu haben, wäre es sinnvoll, innerhalb der Partei Befragungen zum Migrationshintergrund anzustellen. Dazu können einzelne Gruppen ausgewählt werden, z.B. KandidatInnen bei Landtags- und Bundestagswahlkämpfen, MitarbeiterInnen des Willy-Brandt-Hauses sowie in den Landesverbänden und Bezirken.

Gemäß § 30 des Organisationsstatutes der SPD wurde ein Kommunalbeirat einberufen.

„Der Parteivorstand beruft einen Kommunalbeirat ein. Dem Kommunalbeirat steht das Rede- und Antragsrecht zum Bundesparteitag zu, er legt dem Parteitag einen Bericht vor.“

Seit dem letzten ordentlichen Parteitag im November 2013 in Leipzig tagte der Kommunalbeirat dreimal.

Am 14. März 2014 erörterte der Kommunalbeirat insbesondere die **Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und deren Umsetzung in die Regierungspolitik** der Großen Koalition. Dabei stand die im Koalitionsvertrag als prioritäre Maßnahme angekündigte Entlastung der Kommunen in der Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich im Vordergrund. Zunächst sollte diese Entlastung in Höhe von 1 Milliarde Euro jährlich ab 2015 bis 2017 erfolgen und 2018 mit dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes eine jährliche Entlastung in Höhe von 5 Milliarden folgen. Die kommunalen Vertreter/innen brachten zum Ausdruck, dass sie eine schnellere Entlastung erwarteten. Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann versicherten, dass sie sich dafür einsetzen würden, dass eine steigende Entlastung der Kommunen erreicht werde. Inzwischen wissen wir, dass es gelungen ist, eine weitere Stufe der Entlastung mit weiteren 1,5 Milliarden Euro in 2017 durchzusetzen. Darüber hinaus konnte auf Initiative der SPD ein kommunales Investitionsprogramm für finanzschwache Kommunen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für die Jahre 2015 bis 2018 erreicht werden.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war der **Erfolg der SPD, die Mittel der Städtebauförderung**, wie im Wahlkampf versprochen, wieder deutlich **anzuheben** und das Teilprogramm „Soziale Stadt“ auszuweiten. Barbara Hendricks berichtete hierzu und stellte ihre politischen Ziele für die Legislaturperiode vor.

Die Sitzung des Kommunalbeirates am **19. September 2014** widmete sich schwerpunktmäßig dem Thema **„Zuwanderung und Integration“**. War die Diskussion der Monate im ersten Halbjahr 2014 insbesondere durch die Befassung mit den Problemen der Armutszuwanderung aus Südosteuropa geprägt, setzte sich der Kommunalbeirat vor allem mit den bereits im ersten Halbjahr 2014 stark gestiegenen Asylbewerberzahlen auseinander. Fünf zentrale Probleme wurden festgehalten: Die Situation in und der Zustrom aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Städte und Gemeinden, Fragen der Unterbringung angesichts mangelnder Kapazitäten, die ansteigende Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die aufwachsenden Kostenbelastungen der Kommunen und die zu erwartenden Integrationsanforderungen. Es ist bekannt, dass auf Druck der SPD im Dezember 2014 die Bundesregierung eine erste Zusage gemacht hat 500 Millionen Euro für die Kommunen in 2015 zur Verfügung zu stellen. Dieser Beitrag hat sich inzwischen anlässlich der weiter gestiegenen Zahlen der Flüchtlinge in 2015 noch zweimal erhöht und wird ab 2016 mit einer fallbezogenen und damit dynamischen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme fortgesetzt.

Ein weiteres Thema stellten die **Bund-Länder Finanzbeziehungen** dar, zu dem ein ergänzendes Gespräch von Kommunalpolitiker/innen mit Sigmar Gabriel und Olaf Scholz am 22. September 2014 stattfand. Die kommunalen Vertreter/innen brachten ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die Erörterung der Bund-Länder Finanzbeziehungen nicht in einer Kommission erfolge, an der sie auch beteiligt wären. Olaf Scholz stellte den sogenannten **„Scholz/Schäuble-Vorschlag“** vor und erklärte, dass aufgrund der diversen Interessenlagen an eine Einigung im Rahmen einer Kommission kaum zu denken sei, weshalb er den Weg

einer politischen Einigung zwischen den Ländern auf der Basis, dass sich niemand schlechter stelle, allein für aussichtsreich hielt zu einem Ergebnis zu gelangen.

Ein Jahr später am **6. November 2015** erörterte der Kommunalbeirat wiederum ausführlich die Entwicklung der Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen und die Situation und Aufnahme vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Es bestand Einvernehmen darüber, dass über die am 24. September 2015 zwischen Bund und Ländern verabredeten Maßnahmen hinaus eine **weitere Unterstützung der Kommunen erforderlich** sein wird. Neben den dringlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge durch die internationale und europäische Politik betrifft dieses vor allem die Sprachförderung, den Bildungsbereich, die Integration in den Arbeitsmarkt und nicht zuletzt den Wohnungsbau. In diese Richtung zielten auch die Aussagen auf einer Zusammenkunft von rund 100 Kommunalpolitiker/innen und Mitgliedern der Parteiführung und der SPD-Bundestagsfraktion am 12. November 2015, zu der Sigmar Gabriel gemeinsam mit Uli Maly und Frank Baranowski eingeladen hatten. Der Kommunalbeirat hat sich somit in 2014 und 2015 als ein Gremium des Dialogs zwischen der Parteiführung und Kommunalpolitikerinnen gezeigt.

Mitglieder des Kommunalbeirates (Stand November 2015)

Sigmar Gabriel, MdB,	Vorsitzender der SPD, Vizekanzler, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des Kommunalbeirates der SPD
Frank Baranowski,	Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender der SGK NRW
Sören Bartol, MdB,	Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Karl-Ludwig Böttcher,	Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Sprecher der SPD-Gruppe im Deutschen Städte- und Gemeindebund
Norbert Bude,	Oberbürgermeister a.D. Vorsitzender der Bundes-SGK
Rolf Christiansen,	Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages
Bernhard Daldrup, MdB	Sprecher der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion
Helmut Dedy,	Ständiger Vertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages
Michael Ebling,	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender der SGK Rheinland-Pfalz
Yasmin Fahimi,	Generalsekretärin der SPD

Jörg Freese,	Beigeordneter des Deutschen Landkreistages
Ivo Gönner,	Oberbürgermeister der Stadt Ulm, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU)
Bertram Hilgen,	Oberbürgermeister der Stadt Kassel Sprecher der SPD-Gruppe im Deutschen Städtetag
Jürgen Kanehl,	Bürgermeister a.D., Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK
Barbara Ludwig,	Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz
Dr. Ulrich Maly,	Oberbürgermeister Stadt Nürnberg, Vizepräsident des Deutschen Städtetages
Michael Müller,	Regierender Bürgermeister von Berlin
Thomas Oppermann, MdB,	Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Bernhard Reuter,	Landrat des Landkreis Göttingen, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages
Astrid Salle-Eltner,	Bürgermeisterin a.D., Stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK
Annette Sawade, MdB,	Stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK, Stellv. Vorsitzende der SGK Baden-Württemberg Vorsitzende des Unterausschusses Kommunales des Deutschen Bundestages
Roland Schäfer,	Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Manfred Schaub,	Bürgermeister der Stadt Baunatal
Carsten Schneider, MdB,	Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Manfred Sternberg,	Geschäftsführer der Bundes-SGK
Uwe Zimmermann,	Stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

DELEGIERTE

Delegierte des Parteivorstandes

Ahnen, Doris
 Annen, Niels
 Budde, Katrin
 Crone, Petra
 Dulig, Martin
 Engelmeier, Michaela
 Fahimi, Yasmin
 Ferner, Elke
 Friedrich, Peter
 Gabriel, Sigmar
 Griese, Kerstin
 Groschek, Michael
 Heil, Hubertus
 Kraft, Hannelore
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Maas, Heiko-Josef
 Matschie, Christoph
 Miersch, Matthias
 Nietan, Dietmar
 Özoğuz, Aydan
 Poß, Joachim
 Pronold, Florian
 Schäfer-Gümbel, Thorsten
 Schild, Armin
 Schmidt, Dagmar
 Scholz, Olaf
 Schulz, Martin
 Schwesig, Manuela
 Sieling, Carsten
 Stegner, Ralf
 Stöß, Jan
 Vogt, Sascha
 Vogt, Ute
 Woidke, Dietmar

Delegierte der Landesverbände und Bezirke*BADEN-WÜRTTEMBERG*

Arnold, Rainer
 Bachrens, Heike
 Behnke, Elfriede
 Bender, Julien
 Boos, Luisa
 Cademartori, Isabel
 Distler, Katrin
 Drakul, Petar
 Dristram, Christian
 Drobinski-Weiß, Elvira
 Esken, Saskia
 Fechner, Johannes
 Gebhardt, Evelyne
 Hahn, Leon
 Harsch, Daniela
 Herrera Torrez, Markus
 Hostert-Sijercic, Jasmina
 Hummel, Rebecca
 Juratovic, Josip
 Karaahmetoglu, Macit
 Kirgiane-Efremidis, Stella
 Knauss, Renate
 Könnecke, Birte
 Lange, Christian
 Löw, Jens Ulrich
 Lutz, Udo
 Marvi, Parsa
 Mast, Katja
 Mattheis, Hilde
 Mentrup, Frank
 Nolte, Claus-Georg
 Perc, Dejan
 Pfaff, Raphael
 Rosemann, Martin
 Sawade, Annette
 Schaaf, Anton
 Schäfstoß, Nicolas Christoph
 Schmid, Nils

Simon, Peter
Soeder, Christian
Söhne, Julia-Sophie
Sorg, Anette
Spörkel, Ralf
Templ, Karl-Ulrich
Vesper, Fabienne
Weber, Jonas
Wölflé, Sabine

BAYERN

Afsali, Tobias
Al Ghusain, Mughtar
Bahr, Ulrike
Bante, Bernd
Barthel, Klaus
Baumann, Martina
Baur, Hannelore
Bergmann, Uwe
Blöhm, Bettina
Brehm, Thorsten
Brunner, Karl Heinz
Brütting, Dominik
Burger, Simone
Burkert, Martin
Dietz, Anno
Dösel, Harald
Eder, Marietta
Erdogan, Abuzar
Fees, Ulrike
Fehlner, Martina
Fischer, Sebastian
Fischer, Roland
Fleckenstein, Felix
Flisek, Christian
Grötsch, Uli
Güll, Anja
Güller, Harald
Hansen, Heidi
Heidrich, Annette
Henzler, Jutta
Herzog, Klaus
Höllein, Carsten

Jazdzewski, Daniel
Jung, Stephanie
Kalteis, Daniel
Kofler, Bärbel
Kolbeck, Johann
Körber, Fritz
Kramme, Anette
Maurer, Marco
Melzer, Madlen
Merzbacher, Jonas
Metzger, Petra
Mielentz, Jörg
Müller, Ruth
Olbrich, Gerhard
Pappler, Anette
Raab-Wasse, Helga
Rausch, Thomas
Reiß, Peter
Roidl, Ulrike
Roloff, Sebastian
Rothmayer, Julia
Rützel, Bernd
Sauer, Maria
Sauerteig, Stefan
Scales, Dominic Robert
Schieder, Maria-Anna
Schmid, Herbert
Schmitt, Gisela
Schrock, Christine
Schrodi, Michael
Schülein, Gabriel
Schurer, Ewald
Schwarz, Andreas
Sommerfeld, Olaf
Stamm-Fibich, Martina
Steiner, Mirjam Beate
Strohmayr, Simone
Stvrtecky, Anna
Tausend, Claudia
Thanheiser, Evi
Träger, Carsten
Unfried, Harald
Vilsmeier, Bernd
Volkwein, Petra
Weikert, Angelika

Wengatz, Micky
Wiedemann, Leo

BERLIN

Boermann, Frank
Böhm, Carolina
Bozkurt, Aziz
Draeger, Almuth
Drewnicki, Robert
Fehling, Ursula
Hiller-Ewers, Karin
Kannenberg, Mathilde
König, Barbara
Kreins, Ole
Kühnert, Kevin
Kujath, Rudolf
Lambertin, Knut
Lutzke, Bilgin
Matz, Martin
Neumann, Ulrike
Nowacki, Petra
Rothe, Julie
Schermer, Gerlinde
Schmidt, Matthias
Sommer, Ulrike
Wiegand, Rolf

BRANDENBURG

Artz, Katja
Geywitz, Klara
Gorholt, Martin
Hackenschmidt, Barbara
Holzschuher, Ralf
Maaß, Christian
Stohn, Erik
Tischendorf, Sabine

BRAUNSCHWEIG

Below, Andrea

Dettmann, Udo
Disterheft, Matthias
Emmerich-Kopatsch, Petra
Fox, Andreas
Grete, Gerda
Hensel, Falk
Hoffmann, Frank
Ihbe, Annegret
Mohrs, Falko
Pallinger, Hans-Walter
Riedel-Kielhorn, Miriam
Sanli, Nilgün
Schneider, Julius

BREMEN

Böhrnsen, Sören
Bronke, Karl
Herzog, Janne
Kummer, Uta
Ryglewski, Sarah
Schmidt, Uwe
Ryglewski, Sarah
Schuster, Joachim
Schwellach, Gisela

HAMBURG

Badde, Elke
Bernzen, Christian
Damerau, Inka
Dobusch, Gabi
Dräger, Gesine
Friederichs, Martina
Holster, Lars
Kahrs, Johannes
Richter, Frank
Schmager, Ronja
Stapelfeldt, Dorothee
Steppat, Sabine
Timmermann, Karin
Weiland, Nils Gustav
Wowitzko, Sylvia

HANNOVER

Ahmetovic, Adis
Andres, Katharina
Bolat, Can Deniz
Brodhun, Christoph
Drabke, Wilhelm
Eilers, Mathias
Fahncke, Barbara
Fischer, Natalie
Friedemann, Waltraud
Gamoori, Afra
Grambow, Thomas
Hansmann, Silke
Harling, Hermann
Klant, Torben
Klecha, Stephan
Knust, Friederike
Kubat, Pascal
Lonzen, Alexander
Lotze, Hiltrud
Ludwig, Andreas
Naumann, Annett
Nüsse, Ernst
Ott, Cornelia
Özkan, Tevfik Yasar
Rüter, Michael
Schostok, Stefan
Schröder-Ehlers, Andrea
Schröder-Köpf, Doris Maria
Schwarze, Horst
Sohl, Alexander
Stadler, Svenja
Watermann, Ulrich
Wernstedt, Thela
Yousaf, Amina

HESSEN-NORD

Angerhausen, Christa
Bartol, Sören
Bergmann, Anke
Bethke, Cornelia
Demmer, Nicole

Fehr, Manfred
Fey, Jan-Christian
Fiedler, Sebastian
Gremmels, Timon
Hartdegen, Tanja
Hartung, Clara
Hund, Ulrike
Klitsch, Marcel
Krämer, Rositta
Kreß, Winfried
Kröll, Wilhelm
Lanzke, Stephan
Lappöhn, Silke
Löber, Angelika
Schäfer, Enrico
Schlitzberger, Udo
Schmitt, Günter
Süsser, Andrea
Telschow, Gerhard
Underwood, Harry
Warnecke, Torsten

HESSEN-SÜD

Bastian, Swen
Bullmann, Udo
Costanzo, Vivien
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar
Dorn, Myrella
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Gasper, Jürgen
Geis, Kerstin
Grobeis, Oliver
Grüger, Stephan
Grumbach, Gernot
Habekost, Oliver
Hillesheim, Isabell-Joy
Hoffmann, Annabelle
Josef, Mike
Kunz, Cirsten
Kunze, Sylvia
Lambrecht, Christine

Langwasser, Elisabeth Rebekka
 Ludwig, Alexander
 Mansoori, Kaweh
 Müller, Carsten
 Nissen, Ulli
 Ostrowicki, Julia
 Pipa, Erich
 Raabe, Sascha
 Rabanus, Martin
 Reichenbach, Gerold
 Schabedoth, Hans-Joachim
 Schmitt, Simon
 Schabedoth, Hans-Joachim
 Schmidt, Norbert
 Schwenke, Felix
 Siebel, Michael
 Simmler, Susanne
 Spiegelberg-Kamens, Viktoria
 Stang, Gisela
 Volk-Borowski, Dennis
 Wade, David
 Weber, Meike
 Wende, Franziska
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie
 Yüksel, Turgut
 Zimmermann, Jens
 Zypries, Brigitte

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Borchert, Rudolf
 Heide, Luisa
 Junge, Frank
 Kiefert-Demuth, Cathleen
 Reinke, Christian
 Schumann, Stephan

NORD-NIEDERSACHSEN

Dorsch, Angelika
 Fornahl, Dirk
 Harjes, Michael
 Jantz, Christina

Kerber, Hans-Joachim
 Lange, Claudia
 Manal, Klaus
 Tiemann, Petra
 Wussow, Jonas

NORDRHEIN-WESTFALEN

Althaus, Manfred
 Arshad, Shamail
 Axourgos, Dimitrios
 Aydemir, Cem
 Ballhausen, Erika
 Bas, Bärbel
 Baudek, Andrea
 Bell, Dietmar
 Beste, Lena-Rosa
 Bischof, Arno
 Blask, Inge
 Blum, Ulrich
 Böhme, Sarah
 Bollermann, Gerd
 Börner, Frank
 Broch, Sebastian
 Buhre, Michael
 Burchardt, Ulla
 Butz, Maren
 Chatha, Damian
 Cikoglu, Atilla
 Coße, Jürgen
 Craney, Olaf
 Depta, Silke
 Drabig, Franz-Josef
 Duscha, Peter
 Echeverria, Axel
 Eicker, Sigrid
 Fabian, Norbert
 Fuß, Hans
 Fry, Marlis
 Gebhard, Heike
 Geier, Jens
 Görtzen, Tobias
 Gottschlich, Simone
 Groeger, Bernd

Gronau, Beate
Groß, Michael
Hammelrath, Gabriele
Hartl, Andreas
Hartmann, Sebastian
Havers, Friederike
Heinrichs, Felix
Heinrichs, Falk
Heinz, Daniel
Heitkamp, Micha
Hinz, Petra
Hördemann, Julian
Jahl, Armin
Joisten, Christian
Kanonenberg, Andrea
Katzy, Roland
Kerst, Valentina
Koch, Karsten
Kohmann, Anja
Konzelmann, Thorsten
Kopietz, Sebastian
Kopp-Herr, Regina
Korkmaz, Elvan
Köster, Gunda
Kottmann, Ilka
Krämer, Friedhelm
Kravanja, Rajko Alois
Kreß, Pat Julian
Kuiper, Manfred
Kumpf, Wolfgang
Küpper, Anne
Krützen, Klaus
Kuiper, Manfred
Kumpf, Wolfgang
Küpper, Anne
Lauterbach, Karl Wilhelm
Löwe, Michaela
Lüders, Nadja
Ludwig, Svenja
Maaß, Susanne
Machado Pires, Rogerio
Madry, Jürgen
Majewski, Ernst
Meiers, Ute
Meise, Ursula
Molzberger, Adhemar
Moskau-Ruhnau, Martina
Müller, Frank
Müntefering, Michelle
Mützenich, Rolf
Nolte, Alexander
Nolte, Veronika
Oerder, Katharina
Ott, Jochen
Özdemir, Mahmut
Peick, Jens
Peters, Martin
Pflug, Johannes
Philipp, Sarah
Pliete, Beate
Presch, Dirk
Prumbohm, Brigitte
Ramers, Markus
Reinermann, Julia
Richhardt, Elena
Rimkus, Andreas
Rinkert, Daniel
Römer, Norbert
Roschin, Nils Michael
Rottmann, Andrea
Rudolph, Karsten
Rümping, Ruth
Sander, Irmgard
Schäfer, Axel
Schall, Dörte
Schapeler-Kössler, Rita
Schiefner, Udo
Schilling, Björn
Schimmels, Karin
Schmeltzer, Rainer
Schmitz, Ute
Schmitz-Porten, Gerhard E
Scho-Antwerpes, Elfi
Schöneberg, Anita
Schultheis, Karl
Schwartz, Stefan
Seitz-Dahlkamp, Christiane
Sieger, Jörg
Soylu, Dilara
Stinka, Andre
Stoffers, Jennifer
Stotz, Marlies

Strobel, Claudia
 Ströttchen, Caroline
 Tacer, Philipp
 Thews, Michael
 Tigges, Margit
 Timm-Bergs, Ramona
 Ünalgan, Taner
 Uzungelis, Ugur
 van Geister, Daniel
 Viehmeister, Frauke
 Vogt, Alexander
 von Jaminet, Christina
 von Olberg, Robert
 Vöpel, Dirk
 Walther, Claudia
 Weller, Jürgen
 Wiertz, Sven
 Wischniewski, Hans-Werner
 Wittebur, Klemens
 Yüksel, Gülistan
 Zorlu, Sara
 Zwilling, Peter

RHEINLAND-PFALZ

Alt, Denis
 Barbaro, Salvatore
 Barley, Katarina
 Barnett, Doris
 Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
 Beck, Kurt
 Berberich, Herbert
 Bleicher, Marc-Antonin
 Brüchert, Johannes
 Brück, Bettina
 Conrad, Jürgen
 Donner, Erik
 Dreyer, Malu
 Ebling, Michael
 Geis, Manfred
 Gorges, Johannes
 Greb, Eva-Luise
 Gros, Anna
 Guth, Jens
 Herbst, Corinne

Herzog, Gustav
 Hitschler, Thomas
 Horst, Timo
 Hütten, Achim
 Langner, David
 Lewentz, Roger
 Maschino, Oliver
 Mertes, Josef-Peter
 Nahles, Andrea
 Neuser, Norbert
 Nöhl, Markus
 Noss, Hans Jürgen
 Oster, Benedikt
 Pilger, Detlev
 Pörksen, Carsten
 Puchtler, Frank
 Raab, Heike
 Ruland, Marc
 Schäfer, Roland
 Scharfenberger, Heike
 Schleicher-Rothmund, Barbara
 Schleimer, Andreas
 Schweitzer, Alexander
 Simon, Anke
 Sippel, Heiko
 Steinruck, Jutta
 Wehner, Thorsten
 Winter, Friedrich
 Winter, Emanuel-Rouven

SAARLAND

Barke, Jürgen
 Berg, Petra
 Britz, Charlotte
 Commercon, Ulrich
 Fischer, Sabine
 Henkel, Sandra
 Hiry, Johannes
 Jost, Isabelle
 Jung, Magnus
 Klein, Denise
 Krutten, Stefan
 Lindemann, David Alexander
 Meyer, Steffen-Werner

Morsch, Anke
Pauluhn, Stefan
Petry, Christian
Rase, Georg
Rehlinger, Anke
Renner, Jürgen
Ries, Isolde
Thul, Sebastian
Waluga, Günter
Yliniva-Hoffmann, Anne
Zieder-Ripplinger, Margriet

SACHSEN

Dietzschkau, Marc
Ecke, Matthias
Engel, Stefan
Frohwiesser, Dana
Rüthrich, Susann
Sieble, Sabine
Zabel, Benjamin

SACHSEN-ANHALT

Grube, Falko
Keune, Kornelia
Lietz, Arne
Möbbeck, Susi
Pähle, Katja
Reifgerste, Carlo
Wend, Detlef

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Baasch, Wolfgang
Bolln, Stefan
Borchert, Götz
Buhl, Christiane
Burkhardt, Delara
Daude, Ulf
Dürbrook, Niclas
Eickhoff-Weber, Kirsten

Fronzek, Brigitte
Gilleßen, Sabine Maria
Habersaat, Martin
Hagedorn, Bettina
Hamadmad, Amin
Klein, Melanie Sabine
Kreft, Enrico
Kuhlwein, Eckart
Malecha-Nissen, Birgit
Östreich, Cornelia
Rix, Sönke
Schreiber, Elke
Stein, Mathias
von Pein, Tobias
Wagner, Alexander
Winter, Lars

THÜRINGEN

Bausewein, Andreas
Giebe, Markus
Gleicke, Iris
Lehmann, Diana
Lemme, Steffen-Claudio
Luckert, Martin
Marx, Dorothea

WESER-EMS

Albers, Jens
Börgmann, Johann
de Boer, Dirk
De Ridder, Daniela
Dreesmann, Wilfried
Forster, Hans
Hunter-Roßmann, Hannelore
Kater, Kristian
Kirchner, Wolfgang
Kunde, Sebastian
Mandel, Roswita
Mandel, Sören
Mehlmann, Timo
Mittag, Susanne

Peters, Veronika
 Pott, Guido
 Reuber, Traute
 Schmikale, Marcel
 Schröder, Remmer
 Schulte, Jenna Juliane
 Sperling, Lisa

DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME

Allroggen-Bedel, Agnes
 Ballhausen, Werner
 Baumann-Hasske, Harald
 Binding, Lothar
 Blienert, Burkhard
 Brunn, Anke
 Brusis, Ilse
 Daldrup, Bernhard
 de Wolf, Abraham
 Dedy, Helmut
 Dörmann, Martin
 Drewke, Renate
 Dröscher, Peter Wilhelm
 Eichel, Hans
 Ernstberger, Petra
 Finke, Karl
 Fleckenstein, Knut Wilhelm
 Franke, Edgar
 Graeber, Otto
 Graf, Angelika
 Hänsch, Klaus
 Hansen, Annegret
 Hellmich, Wolfgang
 Högl, Eva
 Jones, Mark Terence
 Junker, Karin
 Kaufmann, Sylvia-Yvonne
 Kelber, Ulrich
 Klingbeil, Lars
 Köbele, Bruno
 Köck, Tobias
 Kohl, Hannelore
 Kolbow, Walter
 Kuppe, Gerlinde

Lange, Bernd
 Lischka, Burkhard
 Lühmann, Kirsten
 Mahrenholz, Ernst-Gottfried
 Maly, Ulrich
 Martiny, Anke
 Matthäus-Maier, Ingrid
 Meinhold, Walter
 Merk, Heidrum
 Mühlstein, Marko
 Müller, Michael
 Pleß, Brigitte
 Post, Achim
 Randzio-Plath, Christa
 Reckmann, Brigitte
 Rehbock-Zureich, Karin
 Reimann, Carola
 Rixecker, Roland
 Rudolph-Kokot, Irena
 Schaub, Manfred
 Scheer, Nina
 Schmalstieg, Herbert
 Schmidt, Wilhelm
 Schreier, Wilhelm
 Schwabe, Frank
 Simon, Wilma
 Sommer, Michael
 Spies, Thomas
 Stadler, Wolfgang
 Steinmeier, Frank-Walter
 Stiegler, Ludwig
 Stolpe, Manfred
 Tack, Kerstin
 Tautz, Lothar
 Thierse, Wolfgang
 Thissen, Karin
 Thönnies, Franz
 Tischner, Josephin
 Uekermann, Johanna
 Ülger, Atila
 Weigel, Andreas
 Wernstedt, Rolf
 Westphal, Bernd
 Wettig, Klaus
 Wettig-Danielmeier, Inge

Wieczorek, Norbert
Wiefelspütz, Dieter
Zimmermann, Uwe

Iole Iliada Lopes
Romenio Pereira

INTERNATIONALE GÄSTE

PARTEIEN

Albania

Socialist Movement of Albania
Edmond Haxhinasto
Meta Ilir

Austria

Social Democratic Party of Austria (SPÖ)
Bernhard Herzog
Visar Iseni
Fabian Looman
Werner Faymann
Matthias Euler-Rolle
Alexander Rinnerhofer
Erich Enengl
Karl A. Duffek

Belarus

Belarusian Social Democratic Party
Mikalaj Statkevich

Belgium

Socialist Party (SPA)
Jan de Bock

Brazil

Workers' Party (PT)
Luiz Inácio Lula da Silva
Celso Marcondes
José Crispiano Junior
Thiago Lula da Silva
Monica Valente

Burkina Faso

Movement of People for the Progress (MPP)
Moussa Boly
Maria Dicko
Adama Sawadogo

China

Communist Party of China
Fengxiang Chen
Wei Lin
Yongjie Liu
Xueyong Wang
Shouliang Sun
Yingchao Qian

Congo

Convergence Citoyenne (CC)
Bonaventure Mbaya

Croatia

Social Democratic Party (SDP)
Karolina Leakovic

Cyprus

Republican Turkish Party (CTP)
Armagan Candan

Czech Republic

Czech Social Democratic Party (CSSD)
Kristian Malina
Jan Hamacek
Michaela Marksová Tominová
Bohuslav Sobotka
Michal Kucián
Eva Gregorova
Peter Schlesinger

Vladimir Spidla

Denmark

Social Democratic Party

Martin Rossen

Henrik Sass Larsen

Simon Redder Thomsen

Mette Müller Kristensen

Estonia

Social Democratic Party (SDE)

Jevgeni Ossinovski

Randel Länts

Ethiopia

EPRDF

Desta Tesfaw

Sebhat Nega

Sekutire Getachew

Finland

Finnish Social Democratic Party (SDP)

Dimitri Qvintus

Antti Rinne

France

Socialist Party (PS)

Henri Weber

Manuel Valls

Philippine Brygo

Karine Berger

Elisabeth Humbert-Dorfmüller

Jean-Marc Ayrault

Georgia

Georgian Dream Party

Dimitri Tskitishvili

Zviad Kvatchantiradze

Ghana

National Democratic Congress (NDC)

Johnson Asiedu-Nketiah

William Kofi (Dr.) Hadzie

Fred Kwasi Agbenyo

Koffi Attor

Vida Addae

Debbie Afrakuma Amponsah

Great Britain

Labour Party UK

Jo Greening

Greece

Panhellenic Socialist Movement (PASOK)

Sylvana Rapti

Fofi Gennimata

Hungary

Hungarian Socialist Party

Vilmos Szabo

India

Association for Democratic Socialism

Gusmanta Kumar Giri

Peruru Thulasi Gopal

Iran

Democratic Party of Iranian Kurdistan (PDKI)

Hiwa Bahrami

Iraq

Kurdistan Socialist Democratic Party (KSDP)

Erin Muhamad

Mohamed Erin

Muhamad Haji Mahmud

Tamine Kakasur
Mohamad Doulashi
Haron Doulashi
Salam Omar

Island

Arbeiderpartiet
Árni Páll Árnason

Israel

Labour Party Israel
Yehiel Hilik Bar
Alona Braun
Lemuel Melamed
Michal Biran

Meretz
Mossi Raz

Italy

Partito Democratico
Laura Garavini
Marco Piantini
Enzo Amendola
Luciano Vecchi
Sandro Gozi
Socialist Party
Riccardo Nencini

Latvia

Concord Social Democratic Party (SDPS)
Nils Usakovs
Iveta Strautina-Usakova
Iveta Sers

Lithuania

Lithuanian Social Democratic Party(LSDP)
Justas Pankauskas
Valdas Sereika

Mexico

Citizens´ Movement Party (CMP)
Yadira Galvez
Alejandro Chanona

Moldova

Democratic Party of Moldova (DPM)
Victor Tanasii
Andrian Buligari
Marian Lupu
Alexandra Romanovici
Veaceslav Cupcenco
Veaceslav Ceban
Ana Muntean

Montenegro

Democratic Party of Socialists (DPS)
Ranko Krivokapic
Milan Rocen
Socialdemocratic Party of Montenegro
Marin Radojevic
Ivan Vujovic

Morocco

Socialist Union of Popular Forces (USFP)
Driss Lachguar
Soufiane Khairat

Mozambique

Mozambique Liberation Front (FRELIMO)
Eliseu Joaquim Machava
Aida Theodomira Libombo

Namibia

S.-W. Africa People´s Organisation SWAPO
Nangolo Mbumba
Magonge Ipinge

Netherlands

Labour Party (PvdA)

*Marit Maij**Agnes Jongerius**Frits Strik**Bojan Jung**Vladimir Todoric***Norway**

Norwegian Labour Party (DNA)

*Sverre Myrli**Silje Ryglund**Odd-Inge Kvalheim***Slovenia**

Social Democrats (SD)

*Tanja Fajon***Palestinian Territories**

Fatah

*Kifah Radidah**Sarah Hussein**Ali Maarouf**Sahar Qawasme**Nabil Shaath*

Palestine National Initiative (PNI)

*Mustafa Barghouti**Mohammed Awad***South Africa**

African National Congress (ANC)

*Ebrahim Ismail Ebrahim***Philippines**

Citizens' Action Party (Akbayan)

*Ronaldo M. Llamas***Spain**

Spanish Socialist Workers' Party (PSOE)

*Juan Moscoso del Prado***Sweden**

Swedish Social Democratic Party (SAP)

*Paula Carvalho Olovsson**Anne Ekberg**Leif Jakobsson**Hans Ekström**Andrine Winther**Stefan Löfven***Poland**

Democratic Left Alliance (SLD)

*Krzysztof Gawkowski**Konrad Golota***Tunisia**

Democratic Forum for Labour and Freedoms

*Sami Moatemri**Sami Bahri***Romania**

Social Democratic Party (PSD)

*Victor Negrescu***Turkey**

Republican People's Party (CHP)

*Ayşe Ayata**Sencer Ayata***Serbia**

Democratic Party

*Bojan Pajtic***USA**

Democratic Party

Richard Fiesta

Western Sahara

Frente Polisario (West-Sahara)

Ahmed Brahim Mohamed El Mamun

Solidar

Conny Reuter

ORGANISATIONEN

European Parliament

Julia Wanninger

Jan Rößmann

Jürgen Aschmutat

European Commission

Federica Mogherini

Foundation for European Progressive

Massimo D'Alema

Ernst Stetter

Berthe Stetter

Anna Maria Kellner

Party of European Socialists (PES)

Milan Marchev

Phil Kamper

Achim Post

Marije Laffeber

Isabel Janssen

Armelle Weill

Zita Gurmai

Sergei Stanishev

S&D Group

Michael Hoppe

Daniele Cardella

Javier Moreno Sanchez

Utta Tuttlies

Andrea Bracht

Laura Schulz

Gianni Pittella

REDNERINNEN UND REDNER

A

Afsali, Tobias	261
Ahmetovic, Adis	465
Ahnen, Doris	187, 195, 276
Annen, Niels	46, 293, 304
Arnold, Rainer	57, 467

B

Baehrens, Heike	402
Barley, Katarina	295
Barthel, Klaus	54, 264, 335, 341, 396
Bas, Bärbel	247
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine	134
Baumann-Hasske, Harald	421
Bentele, Verena	252
Benz, Immanuel	123
Bolat, Can	64, 168, 354
Bozkurt, Aziz	103
Budde, Katrin	231
Bullmann, Udo	240
Burger, Simone	332, 395

C

Çaliskan, Selmin	457
------------------	-----

D

Diaby, Karamba	100
Dietzschkau, Marc	255
Dittmar, Ansgar	268
Donner, Erik	365
Dreyer, Malu	81
Dristram, Christian	385
Dröscher, Michael	484
Dulig, Martin	403

E

Ecke, Matthias	52
Eichel, Hans	125
Engelmeier, Michaela	111, 400
Eppler, Erhard	462

F

Fabian, Norbert	330
Fahimi, Yasmin	178, 349
Faymann, Werner	454, 469
Ferner, Elke	381
Fiedler, Sebastian	260
Finke, Karl	113
Fleckenstein, Knut	66
Friedrich, Peter	271, 374, 411

G

Gabriel, Sigmar	79, 117, 200, 241, 272, 291, 422, 432, 471, 476, 485
Gebhardt, Evelyne	369
Geier, Jens	418, 466
Geister, Daniel van	258
Geywitz, Klara	244
Gilleßen, Sabine	383
Griese, Kerstin	108
Groschek, Michael	147
Grüger, Stephan	412
Guth, Jens	386

H

Hammelrath, Gabriele	419
Hartl, Andreas	364
Heil, Hubertus	145, 428
Herzog, Janne	42, 275, 291, 306, 311, 314, 344, 371
Herzog, Klaus	148
Hiry, Johannes	466
Hoffmann, Reiner	136
Hofmann, Jörg	324

J

Joost, Gesche	358
Juratovic, Josip	245

K

Kirgiane-Efremidis, Stella
 Klingbeil, Lars
 Köck, Tobias
 König, Barbara
 Korkmaz, Elvan
 Köster, Dietmar
 Kourtoglou, Filippou
 Kraft, Hannelore
 Kuhlwein, Eckart
 Kühnert, Kevin
 Kunze, Sylvia

124
 358
 175
 165
 105
 399
 410
 93
 257, 408
 106
 404

L

Lambertin, Knut
 Lange, Bernd
 Lietz, Arne
 Löfven, Stefan
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Lutz, Udo

329
 409
 43
 451, 468
 339
 337

M

Maaß, Susanne
 Mansoori, Kaweh
 Mast, Katja
 Mattheis, Hilde
 Meyer-Erlach, Ferdinand
 Miersch, Matthias
 Mittag, Susanne
 Mogherini, Federica
 Müller, Michael
 Mützenich, Rolf

121
 256
 329
 51, 234, 397
 174
 407
 91
 447, 467
 263, 416
 67

N

Nahles, Andrea
 Nietan, Dietmar
 Nolte, Claus-Georg

318
 43, 69, 182, 302, 379
 368

O

Oerder, Katharina
 Oppermann, Thomas
 Östreich, Cornelia
 Ott, Cornelia
 Özoğuz, Aydan

162
 109, 188
 48
 59
 13, 20, 101, 281

P

Peick, Jens
 Peters, Martin
 Pfaff, Raphael
 Poß, Joachim

415
 426
 9
 236

R

Raabe, Sascha
 Randzio-Plath, Christa
 Reckmann, Brigitte
 Rehlinger, Anke
 Ries, Isolde
 Rix, Sönke
 Roloff, Sebastian
 Römer, Norbert
 Rudolph-Kokot, Irena

401
 53
 184
 312
 328
 169
 248
 280, 427
 127

S

Schäfer, Axel
 Schäfer-Gümbel, Thorsten
 Scheer, Nina
 Schermer, Gerlinde
 Schmalstieg, Herbert
 Schmeltzer, Rainer
 Schmid, Nils
 Schmidt, Wilhelm
 Scholz, Olaf
 Schrodi, Michael
 Schröder, Gerhard
 Schulz, Martin
 Schumann, Stephan
 Schurer, Ewald
 Schwan, Gesine
 Schweitzer, Alexander
 Schwesig, Manuela
 Sieling, Carsten
 Sobotka, Bohuslav
 Spiegelberg-Kamens, Viktoria
 Spörkel, Ralf
 Stegner, Ralf
 Stein, Mathias
 Steinmeier, Frank-Walter
 Stinka, André
 Stöß, Jan

266, 420
 96, 283, 382, 413
 406
 250, 334
 115
 338
 160, 233
 75
 27, 130, 134, 176, 284, 474
 60, 265
 21
 91, 308, 434, 470
 149
 333
 60
 163
 18, 25, 114, 151, 286
 253
 142
 336
 384, 405
 49, 128, 288, 351, 388
 65
 31
 315, 355
 270

T

Thönnies, Franz 62

U

Uekermann, Johanna 98, 173, 238

Ünalgan, Taner 353

Underwood, Harry 398

Unfried, Harald 425

V

Valls, Manuel 442, 468

Vogt, Sascha 166, 172

W

Wade, David 251

Weil, Stephan 267

Wende, Franziska 56

Wieczorek-Zeul, Heidemarie 45, 479

Wiegand, Rolf 417

Y

Yousaf, Amina 366, 398

Z

Zieder-Ripplinger, Margriet 465

Zimmermann, Jens 369